Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen



MENSCHENRECHTSBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND

Wie weit reicht der politische Einfluss?

Sonderschwerpunkt:
Fritz Bauer
Menschenrechte als Herausforderung von Rechtspraxis und Rechtspolitik

Heft 4 – Dezember 2015 € 19,-

LUCIUS & LUCIUS

Editorial

5 *Wolfgang Kaleck/Ansgar Klein/Thomas Leif*
Menschenrechtsbewegung in Deutschland
Wie weit reicht der politische Einfluss? – Mit einem Sonderschwerpunkt zu Fritz Bauer

Aktuelle Analysen

16 *Barbara Unmüßig*
Zivilgesellschaft und Klimawandel
Eingeschränkte Handlungsspielspielräume, Protest und Kooptation

23 *Daniel Mittler*
Globale Gipfel: frustrierend, aber wichtig
Warum die Umweltbewegung globale Verhandlungen nutzen muss, statt sie zu verteufeln

27 *Thomas Leif*
Zwischen Debatten-Allergie und Argumentations-Phobie
Der Mehrwert von Diskursen für eine vitale Öffentlichkeit

Themenschwerpunkt

Menschenrechtsbewegung in Deutschland Wie weit reicht der politische Einfluss?

38 *Kolja Möller/Francesca Raimondi*
Mensch, Institution, Revolution. Zur Politik der Menschenrechte

47 *Walter Reese-Schäfer*
Die Antisklavereibewegung von 1787 als frühe international wirksame NGO

56 *Alejandra Ancheita/Carolijn Terwindt*
Auf dem Weg zu einer funktionierenden transnationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe

66 *Julia Duchrow*
Zwischen Professionalisierung und Fragmentierung
Herausforderungen für die Menschenrechtsszene in Deutschland

75 *Harald Glöde/Berrenice Böhlo*
Der Marsch der protestierenden Flüchtlinge von Würzburg nach Berlin und ihr Protest bis heute

86 *Julia Geneuss*
Völkerstrafrecht im Spannungszustand

94 *Anna v. Gall*
Eine kritische Bestandsaufnahme des Kampfes gegen die Straflosigkeit von sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten

106 *Miriam Saage-Maaß/Simon Rau*
Transnationale juristische Kämpfe gegen Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen

Sonderschwerpunkt

Fritz Bauer: Menschenrechte als Herausforderung von Rechtspraxis und Rechtspolitik

Teil 1: Fritz Bauer – Leben und Werk

120 *Fritz Bauer*
Nach den Wurzeln des Bösen fragen
Aus dem Wortlaut eines Vortrages von Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer

125 *Irmtrud Wojak*
Fritz Bauer: „Im Kampf um des Menschen Rechte“

136 *Herta Däubler-Gmelin*
Fritz Bauer – Erinnerung an einen großen sozialdemokratischen Juristen

144 *Irmtrud Wojak*
Fritz Bauer und Martin Luther King jr. oder die Pflicht zum Ungehorsam

Teil 2: Historische Würdigung – Bauers grosse Prozesse

162 *Erardo C. Rautenberg*
Die Bedeutung des Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer für die Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht

197 *Norbert Wolf*
Der Remer-Prozess

208 *Udo Dittmann*
Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-„Euthanasie"

229 *Thomas Walther*
Rädchen im Getriebe von Auschwitz
Das Verfahren gegen Oskar Gröning vor dem Schwurgericht in Lüneburg

234 *Rebecca Wittmann*
Zu wenig, zu spät: Wie Fritz Bauers Vision in Vergessenheit geriet

Teil 3: Das Bild von Fritz Bauer in der Öffentlichkeit. Rezeption und Kontroversen

248 *Kurt Nelhiebel*
Über den Umgang mit Auschwitz und Fritz Bauer

277 *Nicolai Freytag von Loringhoven*
Gute Gründe für die Verfahrenseinstellung

280 *Christof Müller-Wirth*
Eine letzte Begegnung mit Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer am 28. Juni 1968 im Schlosshotel in Karlsruhe

282 *Thomas Harlan*
Fritz Bauer und die Erziehung der Deutschen zur Mündigkeit

289 *Ralph Giordano*
Dieses Deutschland
Das Unvorstellbare vorstellbar machen

296 *Gerhard Zwerenz/Ingrid Zwerenz*
Mutterseelenallein durch Frankfurt am Main

Ausstellung

302 *Claudia Schulmerich*
Was mir sauer aufstieß
Eindrücke von einem Gang durch die Fritz-Bauer-Ausstellung

304 *Constanze Weinberg*
Briefe zu einer Ausstellung
Zeitzeuge beanstandet Nazipropaganda zu Lasten von Fritz Bauer

Filme

306 *Silke Kettelhake*
„Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden": Auschwitz, Fritz Bauer und die filmische Aufarbeitung

314 *Werner Koep-Kerstin*
„Fritz Bauer – Tod auf Raten"
Ein Film über den Initiator des Auschwitz-Prozesses und Mitbegründer der Humanistischen Union

317 *Ralf Schenk*
Alles kann Zukunft werden. Über das Festival „ueber Mut" und dessen Eröffnungsfilm „Fritz Bauer – Tod auf Raten"

319 *Stephan Jaeger*
Zwischen Tragik und Heldentum
Die Inszenierung westdeutscher Vergangenheit in Ilona Zioks Dokumentarfilm „Fritz Bauer – Tod auf Raten“

338 *Leistungskurs „Politik und Wirtschaft“ des Albert-Einstein-Gymnasiums, Maintal (unter Leitung von Barbara Bingel)*
Zur schulischen Auseinandersetzung mit dem Film „Fritz Bauer – Tod auf Raten“

356 *Daniel Kothenschulte*
Jenseits der Stille
Der Spielfilm „Im Labyrinth des Schweigens“ über die Frankfurter Auschwitz-Prozesse läuft an

359 *Dietrich Kuhlbrodt*
„Im Labyrinth des Schweigens“

360 *Claudia Schulmerich*
Zeitzeugin Lelle Franz zu „Im Labyrinth des Schweigens“

363 *Dietrich Kuhlbrodt*
„Der Staat gegen Fritz Bauer“

364 *Irmtrud Wojak*
„Der Staat gegen Fritz Bauer“ oder „Der Jude ist schwul!“

370 *Ulrich Kriest*
„Der Staat gegen Fritz Bauer“

Bücher

372 *Ralf Oberndörfer*
Ronen Steinke: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht

374 *Erardo C. Rautenberg*
Die Antwort von Ronen Steinke auf meine Besprechung seines Buches „Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht“: Eine Replik

377 *Irmtrud Wojak*
Fritz Bauer als Antiheld

Ehrungen und Nachrufe

379 *Jürgen Serke*
Der Moralist
Joachim Kügler – Staatsanwalt im Auschwitz-Prozess

384 *Heiko Maas*
Fritz Bauer Studienpreis für Menschrechte und juristische Zeitgeschichte

388 *Stephan Weil*
Ein Jurist mit aufrechter Haltung – Nachruf auf Dr. Heinrich Kintzi

Pulsschlag

390 *Matthias Freise*
Sahnehäubchen oder Ausfallbürgen? Fördervereine im Fokus

394 *Jana Bosse*
Kein Land mehr für Kohle – Kohleausstieg ist Handarbeit
Klimacamps im Rheinland und in der Lausitz sowie die Aktion Ende Gelände

399 *Antje Busch/Alban Werner*
Mit Sicherheit uneinig
Tagungsbericht der DVPW-Tagung Ende September 2015 in Duisburg: „Vorsicht Frei-/Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit“

Literatur

404 *Ansgar Klein*
Menschenrechtspolitik als Rechtspolitik
Wolfgang Kalecks Autobiografie
Wolfgang Kaleck 2015: Mit Recht gegen die Macht. Unser weltweiter Kampf für die Menschenrechte. Berlin. Hanser Berlin

407 *Karin Urich*
Die Ambivalenz der Menschenrechtspolitik
(Eckel, Jan 2015: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940er Jahren. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 2. Auflage)

410 *Karin Urich*
Hüter der Verfassung
(Müller-Heidelberg, Til/Steven, Elke/Pelzer, Marcel/Heiming, Martin/Fechner, Heiner/Gössner, Rolf/Niehaus, Holger/Stößel, Martin (Hg.) 2015: Grundrechte-Report 2015. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Frankfurt am Main.)

412 *Tobias Quednau*
Erosion statt Krise
(Wolfgang Merkel (Hg.) 2015: Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden. Springer VS.)

413 *Maria Langethal*
Die Entscheidung: Kapitalismus vs. Klima
(Naomi Klein 2015: Die Entscheidung – Kapitalismus vs. Klima, Frankfurt a. Main: S. Fischer Verlag.)

418 *Markus Mertens*
Die Fähigkeit medialen Einflussvermögens – revisited
(Sieber, Samuel 2014: Macht und Medien. Zur Diskursanalyse des Politischen. Bielefeld: transcript und Jonson, Lena 2015: Art And Protest In Putin's Russia. London/New York: Routledge.)

421 *Alban Werner*
Die Banalität des Narrativen
(Mayer, Frederick W. 2014: Narrative politics. Stories and Collective Action, Oxford: Oxford University Press)

426 Abstracts

448 Impressum

FJSBplus (Online-Rubrik zum Heft)
Alle Artikel der Rubrik FJSBplus sind frei zugänglich unter www.forschungsjournal.de

Beate Ziegler
Das FORUM MENSCHENRECHTE – eine Geschichte großer Herausforderungen und kleiner Erfolge

Janne Schulitz
Belo Monte, Brasilien: Eine(r) für alle, alle für eine(n)? Wenn Identitäten aufeinander prallen und wie soziale Bewegungen damit umgehen können

Menschenrechtsbewegung in Deutschland

Wie weit reicht der politische Einfluss?

Mit einem Sonderschwerpunkt zu Fritz Bauer

Die Beiträge von *Barbara Unmüßig* und *Daniel Mittler* in unserer Rubrik „Aktuelle Analyse" beschäftigen sich mit den Herausforderungen des Klimawandels und den Möglichkeiten und Aufgaben einer internationalen Klimabewegung. *Thomas Leif* diskutiert die Bedeutung kritischer Diskurse in der Öffentlichkeit und kritisiert vorherrschende „Debatten-Allergie" und „Argumentations-Phobie".

Themenschwerpunkt

Am Ende der Arbeit an dem vorliegenden Themenschwerpunkt des Heftes steht die etwas bittere Erkenntnis, was alles fehlt: Obwohl die deutsche Menschenrechtsbewegung einen bedeutenden Teil der lokalen Zivilgesellschaft darstellt, ist sie bisher weder bewegungsgeschichtlich-soziologisch noch historisch oder theoretisch-kritisch umfassend und schon gar nicht interdisziplinär untersucht worden. So beinhaltet das Handbuch von Roland Roth und Dieter Rucht „Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945" nicht einmal ein eigenes Kapitel zur Menschenrechtsbewegung, möglicherweise weil sie diese den Nichtregierungsorganisationen zuordnen, ohne dass dies allerdings erläutert würde.[1]

Schon Ursprung und Begriff der Menschenrechte scheinen weder in der Öffentlichkeit noch in großen Teilen der Bewegung selbst geklärt. Für die einen sind Menschenrechte nur diejenigen Rechte, die im Völkerrecht verbrieft sind. Dabei konkretisieren auch deutsches Verfassungsrecht und einfaches Gesetzesrecht die dort verankerten Normen, wenn auch häufig nur mit Geltung für die hier lebenden Bürger und nicht für alle Menschen. Auch das Recht der Europäischen Union hat eine große Bedeutung für die Menschenrechte, etwa im Bereich der europäischen Asylpolitik oder der Menschenrechte im digitalen Raum, wie das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Übermittlung von Nutzerdaten europäischer Unternehmen in die USA demonstriert. Für andere wiederum ist die Kategorie für alle Male diskreditiert, seitdem westliche Militärbündnisse etwa im Kosovo, in Afghanistan oder im Irak vorgaben, Bomben im Namen der Menschenrechte abzuwerfen.

Dabei verfügen die Menschenrechte über ein emanzipatorisches Potential, das allerdings daraus hervorgeht, dass die Menschenrechte nicht nur im geschriebenen Recht festgelegt sind. Sie verkörpern auch den vorrechtlichen Anspruch auf universale Gerechtigkeit. Zahlreiche Kritiken des Rechts beziehen sich teilweise unmittelbar auf die Menschenrechte, siehe etwa die verdienstvolle Zusammenfassung in „Neue Theorien des Rechts" (Buckel/Christensen/Fischer-Lescano 2006) oder die Arbeiten von Christoph Menke (etwa: Menke/Pollmann 2012; Menke/Klein 2002) – ohne dass dies von der Aktivist*innenszene hinreichend reflektiert würde.

Dieses theoretische Defizit hat in der menschenrechtlichen Praxis gravierende Auswirkungen: Diese erschöpft sich zu häufig im Aufzeigen von Missständen und den damit einhergehenden Rechtsverstößen – und in einem moralischen Appell an die „Politik", ohne zu sehen, dass der Kampf gegen die angeprangerten Missstände immer ein politischer sein muss. Jüngere Historiker sprechen von „Moralpolitik" und einer bewussten Abkehr vom Politischen hin zum vermeintlich unpolitischen Humanitären (so etwa Hoffmann 2010). Oder sie legen dar, wie nach dem Scheitern der großen politischen Visionen etwa der 1968er Bewegung und der Revolutionären Linken in Lateinamerika die Menschenrechte zur letzten Utopie wurden (Moyn 2010). Treffender wäre fast, von der Abkehr von jeglicher Utopie und einer Heilssuche in einem oft legalistischen und

positivistischen Pragmatismus zu sprechen. Es fehlt eine Politik der Menschenrechte, eine strategische Herangehensweise an als Menschenrechtsverletzungen verstandene Gewalt- und Ausbeutungserfahrungen, die die zu Grunde liegenden strukturellen Probleme ebenso wie das eigene Handeln politisch und historisch verortet. Der vorherrschende, vorgeblich unpolitische Rekurs auf die Menschenrechte führt außerdem dazu, dass diese auf Grund einer fehlenden Kritik an globalen Machtverhältnissen als Teil des politischen und ökonomischen Projekts des Westens erscheinen. Dieser Aspekt des Menschenrechtsdiskurses wird auf das Heftigste von der hierzulande in der Breite ignorierten postkolonialen Kritiktradition moniert.

So kritisiert Antony Anghie (2005) den engen Zusammenhang zwischen der Entstehung des Völkerrechts, auf welches wir uns in unserer Menschenrechtsarbeit oft berufen, und der Geschichte des Imperialismus und Kolonialismus. Die Allgemeingültigkeit des Völkerrechts wird viel zu häufig mobilisiert, ohne sich bewusst zu sein, dass entscheidende Bestandteile dieses Rechtsgebiets entstanden sind, während die außereuropäischen Kolonien als „nicht zivilisierter" Teil der Welt vom Geltungsbereich des den Krieg einhegenden Rechts ausgeschlossen waren. Daneben wirft der kenianisch-US-amerikanische Jurist Makau Mutua (2001) westlichen Menschenrechtlern eine verhängnisvolle Fixierung auf die individuellen politischen und bürgerlichen Rechte bei gleichzeitiger Verkennung der kollektiven wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte vor. Zudem hält er ihnen vor, im Menschenrechtsdiskurs drei Kategorien zu konstruieren, die Opfer, die Täter und die Retter, wobei dem Westen die Rolle der letzteren vorbehalten sei.

Folgerichtig kommt westliche Menschenrechtsarbeit oft paternalistisch daher. Der Umgang mit Blutmineralien aus den Konfliktregionen im Kongo oder mit unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen produzierten Textilien wird daher unter Ausschluss der Betroffenen, ihrer Gemeinschaften und Gewerkschaften im US-Kongress oder vom deutschen Textilbündnis verhandelt. Dahinter steckt ein Vergessen des Kolonialismus und seiner bis heute andauernden Folgen wie der andauernden Reproduktion ungleicher Machtstrukturen auch in der zivilgesellschaftlichen Sphäre und der unheilvollen Wirkungen der vor allem von westlichen Staaten und Unternehmen getriebenen globalisierten Weltwirtschaft, die einem Großteil der Weltbevölkerung ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte vorenthält. Vergessen wird dabei zudem, dass Menschenrechte immer wieder auch in Deutschland verletzt werden – die jüngsten OECD-Berichte zum Zugang zu Bildung in Deutschland und der alljährlich von Bürgerrechtsorganisationen herausgegebene Grundrechte-Report künden davon.

Dieser Schwerpunkt stellt daher nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar, will aber einen Beitrag zur Füllung der skizzierten Lücken leisten und Anstöße zur kritischen Selbstreflektion geben. Zudem gibt er Einblicke in verschiedene politische Kämpfe gegen Menschenrechtsverletzungen, an denen Akteur*innen in Deutschland beteiligt sind. Da die Universalität der Menschenrechte eine Beschränkung auf Deutschland unmöglich macht, diskutiert das Heft insbesondere die Bedeutung transnationaler Zusammenarbeit und damit verbundene Herausforderungen und Fallstricke.

Mit der Wahl des Gastherausgebers *Wolfgang Kaleck*, Generalsekretär des Berliner European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), geht eine Fokussierung auf rechtsbasierte, wenn auch kritische, Ansätze einher. Das ECCHR setzt auf die progressive Anwendung juristischer Instrumente, um die Menschenrechte weltweit durchzusetzen und die Verursacher schwerer Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen. Dabei treibt es die transnationale Vernetzung der Menschenrechtsbewegung voran, um gemeinsame Projekte und Strategien zu entwickeln.

Einen grundsätzlichen Beitrag zu einer theoretischen Reflexion leisten *Kolja Möller* und *Francesca Raimondi*, indem sie die Struktur

der Menschenrechte einer Analyse auf Grundlage kritischer Menschenrechtstheorien unterziehen. Sie beschreiben die Menschenrechte als intrinsisch politisch, da sie in Politiken der Definition, der Institution und der Revolution verstrickt sind, die in einem wechselseitigen Spannungsverhältnis stehen. Die Einsicht in diese paradoxale Struktur muss jedoch nicht dazu führen, sich vom Rekurs auf die Menschenrechte zu verabschieden. Diese führen vielmehr ein emanzipatives Potential mit, das es in konkreten rechtlichen und politischen Auseinandersetzungen nutzbar zu machen gilt.

Anschließend gibt *Walter Reese-Schäfer* mit einer historischen Analyse der britischen Antisklaverei-Bewegung, die er als Prototyp einer internationalen Menschenrechts-NGO einordnet, Ansatzpunkte zu Überlegungen zu Einfluss und Wirkmechanismen von Menschenrechtsbewegungen. Seiner Analyse nach war entscheidend, dass die Bewegung durch pragmatische Kompromisse und effektive Kommunikation Unterstützung über ein bestimmtes soziales Umfeld hinaus mobilisieren konnte und ihre Zielrichtung gleichzeitig Überlappungen mit dominierenden machtpolitischen Interessen aufwies.

Eine Untersuchung der Anforderungen an eine transnationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Akteuren aus dem globalen Süden und Norden nimmt der Artikel von *Alejandra Ancheita* und *Carolijn Terwindt* vor. Sie identifizieren den verschiedenen repressiven Druck, dem Aktivist*innen ausgesetzt sind, den unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen und internationalen Institutionen, fortbestehende koloniale Wahrnehmungsmuster und einen häufig fehlenden gemeinsamen kognitiven und rechtlichen Rahmen für das Treffen von Entscheidungen als vorrangige Hindernisse. Aus praktischer Perspektive empfehlen Ancheita und Terwindt einen fortlaufenden Verständigungsprozess, um eine transnationale Zusammenarbeit dennoch gleichberechtigt und effektiv umsetzen zu können, und legen mögliche Vorgehensweisen dar.

Julia Duchrow gibt einen Überblick über die Akteure der deutschen Menschenrechtsszene und identifiziert aktuelle Herausforderungen, darunter vor allem die bisher zu geringe Einbindung von Betroffenenorganisationen und die fehlende Verknüpfung menschenrechtlicher Arbeit mit einer Kritik ungerechter gesellschaftlicher Strukturen.

Im Anschluss erweitern *Berenice Böhlo* und *Harald Glöde* diese Analyse um eine Diskussion der selbstorganisierten Flüchtlingsproteste seit 2012. Ihre Bilanz fällt gemischt aus: Während die Proteste eine breite Diskussion über die Situation von Flüchtlingen ausgelöst und viele Betroffene politisiert haben, hat sich die individuelle Situation der Protestierenden wenig verbessert. Gleichzeitig haben sich die etablierten Akteure der deutschen Menschenrechtsszene kaum mit den protestierenden Flüchtlingen solidarisiert und die Verschärfungen des Asylrechts in diesem Jahr künden von einer staatlichen Politik der Ausgrenzung.

Darauf folgen drei Beiträge, die sich jeweils einem speziellen Aspekt der transnationalen Menschenrechtsarbeit widmen, wobei der Fokus auf rechtlichen Strategien liegt.

Julia Geneuss stellt das Völkerstrafrecht als Instrument vor, das zivilgesellschaftliche Akteure nutzen können, um die Verantwortlichen schwerer Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen. Trotz bestehender asymmetrischer Selektivität bei der Strafverfolgung mächtiger Akteure sieht Geneuss in diesem Rechtsgebiet, das die universelle Strafverfolgung für Völkerstraftaten unabhängig von Amt, Nationalität und Einfluss verspricht, ein wichtiges Instrument zivilgesellschaftlichen Handelns.

Anschließend untersucht *Anna von Gall* die mangelnde Aufarbeitung sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten. Anhand von drei Fallstudien stellt sie dar, dass ein mangelndes genderbasiertes Verständnis des gesellschaftlichen Kontextes sowie fehlender Zeug*innenschutz und drohende Stigmatisierung häufig einer rechtlichen Aufarbeitung im Wege stehen. Als wirksame Gegenstrategie

identifiziert sie die Zusammenarbeit mit lokalen Frauenorganisationen sowie den Rekurs auf internationale Mechanismen wie das Völkerstrafrecht oder UN-Menschenrechtsausschüsse, um Betroffenen das Erzählen ihrer Geschichte zu ermöglichen und Druck hinsichtlich einer nationalen Aufarbeitung aufzubauen.

Schließlich beschäftigen sich *Miriam Saage-Maaß* und *Simon Rau* an Hand von drei Fallstudien mit den Möglichkeiten, transnationale Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen rechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Auf Grund ihrer Analyse argumentieren sie, dass juristische Verfahren zu einer robusten menschenrechtlichen Regulierung globaler Wirtschaftstätigkeit beitragen können. Allerdings identifizieren sie auch erhebliche faktische und juristische Hürden für solche Verfahren. Zudem unterstreichen Saage-Maaß und Rau, dass in den allermeisten Fällen von Prozessführung gegen international operierende Unternehmen eine transnationale Zusammenarbeit zwischen Aktivist*innen im globalen Süden und Norden erforderlich ist.

Die Beiträge des Themenschwerpunktes machen deutlich: Die Akteure der Staatenwelt sind nicht mehr unantastbar, wenn es um deren Verantwortung bei Menschenrechtsverletzungen geht, ebenso wenig wie transnational operierende Unternehmen. In einer globalisierten Welt geben die individuellen politischen, aber gerade eben auch die kollektiven wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte den universellen Maßstab der Bewertung vor, der auch für das Handeln von Staaten und Unternehmen heranzuziehen ist. Zugleich stellt die von den Menschenrechten verkörperte universelle Gerechtigkeit ein wichtiges utopisches und emanzipatorisches Potenzial dar. Zudem geben die Beiträge Anstöße, wie von sozialen Bewegungen getragene politische Kämpfe um die Menschenrechte, die die strukturellen Ursachen von Gewalt, Ausbeutung und Ungerechtigkeit in den Blick nehmen, aussehen können.

Umso wichtiger ist es dann aber auch, dass der Verständnis der Menschenrechte sich offen hält für eine (selbst)kritische Befragung des jeweils zugrunde liegende Verständnisses der Menschenrechte. Ob das Abstreiten der Geltung von Menschenrechten seitens autoritärer Staaten, die unterschiedlichen Akzentuierungen im Verständnis der „Generationen" der Menschenrechte in „Nord" und „Süd", das Verständnis von Frauenrechten als Menschenrechte oder das Zusammenspiel von politischen, sozialen und kulturellen Menschenrechten – der Menschenrechtsdiskurs hat hier weiterhin zahlreichen Herausforderungen zu begegnen. Doch er hat an politischer Dynamik gewonnen.

Sonderschwerpunkt: Fritz Bauer – Menschenrechte als Herausforderung von Rechtspraxis und Rechtspolitik

Passend zum Themenschwerpunkt präsentiert das Forschungsjournal einen umfangreichen Sonderschwerpunkt zu Fritz Bauer. In seiner Funktion als Generalstaatsanwalt erst in Braunschweig, später in Frankfurt am Main, hat Bauer mit seiner mutigen, beharrlichen und systematischen Aufdeckung der NS-Verbrechen einen zentralen Beitrag zu einer Rechtspolitik geleistet, in deren Zentrum die Menschenrechte stehen. Das Recht und die Pflicht zum Widerstand gegen den „Unrechtsstaat" (Remer-Prozess) wie auch die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen in den Vernichtungslagern (Auschwitz-Prozess) sind zentrale rechtspolitische Botschaften seiner Prozesse. Die Minderheitsposition Fritz Bauers in der Justiz kam in seiner Kritik an der Gehilfenrechtsprechung in den NS-Prozessen zum Ausdruck, eine Kritik, die hinsichtlich der späteren Verfahren gegen niedere Chargen des nationalsozialistischen KZ-Systems nochmals bekräftigt wurde. Die späten Prozesse gegen niedere Chargen innerhalb des KZ-Systems wie gegen John Demjanjuk können die Versäumnisse der Nachkriegszeit weder tilgen noch auch nur annähernd wiedergutmachen.

Bereits vor den Nürnberger Prozessen erschien 1944 Fritz Bauers wegweisende

Studie *Die Kriegsverbrecher vor Gericht*, mit der er, ausgehend von einem nazistischen Deutschland, das internationale Völkerrecht als Maßstab der Ahndung der Nazi-Verbrechen und des verbrecherischen Angriffskrieges verstand. In der juristischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus machte er deutlich, dass die Kriterien der Menschenrechte einen entscheidenden Maßstab bilden müssen. Kurze Zeit danach wurden die Erkenntnisse, die Fritz Bauer mit seinem Buch der Weltöffentlichkeit präsentierte, in den Nürnberger Prozessen vertreten, die ihre Urteile mit dem Bezug auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begründeten. So muss Fritz Bauer aus heutiger Sicht als einer der bedeutenden Gründungsväter unseres modernen Menschenrechtsdiskurses gelten. Zudem ist er ein wirklich herausragender Protagonist der um Umsetzung bemühten Rechtspraxis, dessen historische Bedeutung sich erst heute in aller Klarheit herausstellt.

Die Rolle Bauers für den Eichmann-Prozess ist mit Blick auf diese Agenda eine – wenn auch bezeichnende – Nebengeschichte. Als Generalstaatsanwalt konnte er überschauen, welchen Einfluss Verantwortungsträger des NS-Regimes noch immer in Politik, Rechtssystem und Wirtschaft hatten. An eine erfolgreiche Verhaftung Eichmanns in Argentinien glaubte Bauer daher nicht, saßen doch auch in der Deutschen Botschaft in Buenos Aires noch die alten Nazis und ein Auslieferungsantrag hätte nur dazu geführt, Eichmann mit Unterstützung dieser alten Seilschaften zu warnen.

Die in jüngster Zeit vom Fritz Bauer Institut und von Spiegel online (25.10.2015) lancierte Behauptung, Fritz Bauer habe rund 100 Ermittlungsverfahren gegen Richter und Staatsanwälte eingestellt, die in der Nazizeit Todesurteile verantwortet hatten, verkennt völlig den damaligen politischen Kontext. Generalstaatsanwalt Rautenberg kritisiert diese Sichtweise in seinem Beitrag. Kurt Nelhiebel schrieb dazu der Frankfurter Rundschau in einem Leserbrief:

„Die Einstellung von Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Nazirichter durch den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer hat nichts mit einer Parteinahme für Nazirichter zu tun. Ebenso wie andere Generalstaatsanwälte hielt Bauer die Einleitung solcher Verfahren angesichts höchstrichterlicher Entscheidungen wohl für Zeit- und Kraftverschwendung, da sie ohnedies mit einem Freispruch geendet hätten. Seit der Bundesgerichtshof am 7. Dezember 1956 entschieden hatte, dass Richter, ‚soweit sie wegen richterlicher Tätigkeit zur Verantwortung gezogen werden, nur dann verurteilt werden (dürfen), wenn sie sich einer Rechtsbeugung im Sinne des Paragrafen 336 schuldig gemacht haben', konnte ein Richter nur belangt werden, wenn er gestand, vorsätzlich das Recht gebeugt zu haben. So dumm war natürlich keiner. Nicht ein einziger der am Volksgerichtshof tätigen Berufsrichter oder Staatsanwälte wurde wegen Rechtsbeugung verurteilt. Schuld daran war nach übereinstimmender Auffassung die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (vgl. BGHSt 10, 294, BGH NJW 1968, 1339, 1340). Der Bundesgerichtshof räumte das später selbst ein (Urteil vom 16. 11. 1995 gegen einen DDR-Richter; AZ5 StR 747/94). Der Senat neige zu dem Befund, ‚dass das Scheitern der Verfolgung von NS-Richtern vornehmlich durch eine zu weit gehende Einschränkung bei der Auslegung der subjektiven Voraussetzungen des Rechtsbeugungstatbestandes bedingt war'. Darin liege ‚ein folgenschweres Versagen bundesdeutsche Strafjustiz'. Wer Bauers Verhalten beurteilen will, sollte das berücksichtigen".

Besonders bedrückend ist aus Sicht der Herausgeber die vom brandenburger Generalstaatsanwalt Erardo C. Rautenberg in diesem Heft gründlich untermauerte Einschätzung, dass wir im Lichte unserer heutigen Kenntnisse auch die dunklen Seiten der exponierten Position, die Fritz Bauer im deutschen Rechtssystem eingenommen hat, stärker berücksichtigen müssen. Wir können, so der dienstälteste Generalstaatsanwalt Deutschlands und Kriminologe in seiner Analyse der Dokumente zu Bauers Tod, heute einen politischen Mord

als Todesursache im Sommer 1968 keineswegs mehr ausschließen.

Unstrittig ist, dass mit Bauers Tod der einflussreichste Protagonist einer auf den Menschenrechten beruhenden Rechtsentwicklung in der alten Bundesrepublik, die sich gerade in der von Bauer energisch und systematisch betriebenen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus herauszubilden begann, plötzlich fehlte. Umso beachtlicher ist freilich die auch nach Bauers Tod nicht nachlassende Wirkung seines Lebenswerkes für ein an die Menschenrechte rückgebundenes Strafrecht. Die moderne Menschenrechtsbewegung mit ihren Formen der juristischen Aufklärung und Ahndung schwerer Menschenrechtsverletzungen hat das Erbe Bauers angetreten und entwickelt es weiter.

Zum Aufbau des Sonderschwerpunkts:

Nach einer Einführung der Herausgeber steht zu Beginn ein Originalbeitrag von *Fritz Bauer*, in dem er sich mit den Ursachen des Nationalsozialismus auseinandersetzt. Wir danken Kurt Nelhiebel, der uns diesen Beitrag zur Verfügung gestellt hat.

Teil 1 unseres Sonderschwerpunkts führt in *Leben und Lebenswerk von Fritz Bauer* ein – mit Beiträgen der Bauer-Biographin *Irmtrud Wojak* und der früheren Bundesjustizministerin *Herta Däubler-Gmelin*. Irmtrud Wojak zieht zudem Parallelen zwischen Martin Luther King und Fritz Bauer, die beide im Jahr 1968 starben.

Teil 2 behandelt *Bauers große Prozesse* als Generalstaatsanwalt von Braunschweig und Frankfurt. Der Brandenburger Generalstaatsanwalt *Erardo C. Rautenberg*, dienstältester Generalstaatsanwalt Deutschlands und Honorarprofessor an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), unternimmt eine umfassende Würdigung der Auseinandersetzung Bauers mit dem NS-Unrecht. Unter Berücksichtigung aller greifbaren Dokumente zu den Umständen der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 1968, als Fritz Bauer tot in der Badewanne seiner Wohnung aufgefunden worden war, macht er auch deutlich, dass im Lichte der heutigen Kenntnisse weder ein Suizid noch ein politischer Mord an Bauer ausgeschlossen werden können. Der derzeitige Generalstaatsanwalt von Braunschweig, *Norbert Wolf*, würdigt den Braunschweiger Remer-Prozess, der Maßstäbe für die Bewertung des Widerstands gegen einen Unrechtsstaat gesetzt hat. *Udo Dittmann* vom Braunschweiger Fritz Bauer-Freundeskreises gibt einen Überblick zu den von Bauer initiierten „Euthanasie"-Prozessen und deren erst später wirklich entfalteter Wirkung.

Der Rechtsanwalt *Thomas Walther*, der in diesem Jahr das Verfahren gegen Oskar Gröning, den „Buchhalter" von Auschwitz, vor dem Schwurgericht in Lüneburg als Nebenkläger für die Angehörigen der ermordeten jüdischen Opfer erlebt und auch die Vorermittlungen im Demjanjuk-Verfahren geführt hat, macht deutlich: „Durch die Anklage der Staatsanwaltschaft Hannover gegen Gröning und das Urteil des Schwurgerichts Lüneburg vom 15.08.2015 hat sich Fritz Bauer 50 Jahre später als eigentlicher *spiritus rector* dieses Prozesses erwiesen, der nach den allgemeinen Strafrechtsregeln – und damit den rechtlichen Prinzipien Bauers folgend – geführt und entschieden wurde".

Rebecca Wittmann zweifelt daran, dass sich das Rechtsverständnis von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, nach dem die Beteiligung am Holocaust in jeglicher Form gleichbedeutend mit der Begehung von Mord war, durchgesetzt hat. Wie haben sich Prozesse gegen NS-Täter seither verändert? In diesem Beitrag argumentiert die Autorin, dass sich leider wenig verändert hat. Vermittels einer Untersuchung von drei Prozessen – dem Maidanek-Prozess (1975-81), dem Stammheim-Prozess (1975-1977) und dem Demjanjuk-Prozess (2009-10) – möchte sie zeigen, dass sich die deutsche Vergangenheitsbewältigung nicht im rechtlichen Bereich niederschlug.

Teil 3 behandelt die *Rezeptionsgeschichte zu Fritz Bauer*, die eben erst durch mehrere Filme und Bücher neuen Antrieb erhält. Den Anfang dieser Rezeptionsgeschichte machte 2009 die wissenschaftliche Biographie von

Irmtrud Wojak und Ilona Zioks Film „*Fritz Bauer – Tod auf Raten*“, der 2010 auf der Berlinale Weltpremiere feierte und seitdem um die Welt tourt.

Kurt Nelhiebel, der Bauer persönlich kannte und als Journalist über den Auschwitz-Prozess berichtet hat, führt ein in die Bauer-Rezeption, die lange Jahre jenseits breiter öffentlicher Aufmerksamkeit stattgefunden hat. Irritierend sind dabei insbesondere die kritischen Hinweise auf Versäumnisse und Fehler, die ausgerechnet dem in Frankfurt angesiedelten Fritz Bauer-Institut im Zusammenhang mit der Bauerrezeption gemacht werden. *Nicolai Freytag v. Loringhoven* kommentiert kritisch die aktuell in den Medien des Fritz Bauer-Instituts erhobene Vorwürfe, Bauer habe um die 100 Verfahren gegen Nazitäter unterschlagen.

Der Verleger *Christof Müller-Wirth* hat der Redaktion seine persönlichen Aufzeichnungen über ein Gespräch zur Verfügung gestellt, das er wenige Tage vor Bauers Tod mit diesem in Karlsruhe hat führen können.

Thomas Harlan, Ralph Giordano und *Gerhard Zwerenz* haben Fritz Bauer gut gekannt und ihn zum Teil über lange Jahre begleitet. Ihre Interviews, die Ilona J. Ziok bei den Arbeiten zu ihrem Film „Fritz Bauer – Tod auf Raten“ in den Jahren 2004 bis 2009 führte, beleuchten Person und Wirken Bauers aus der Perspektive von Zeitgenossen und engen Wegbegleitern. Die Transkription eines Teils des filmischen Interviews von Ilona J. Ziok zu „Fritz Bauer – Tod auf Raten“ wurde in Zusammenarbeit mit Silke Kettelhake aufbereitet; weitere Interviews sollen in Buchform erscheinen.

Die Ausstellung „*Fritz Bauer. Der Staatsanwalt*“ in Frankfurt kommentieren *Claudia Schulmerich* und *Constanze Weinberg*.

Es folgt die filmische Auseinandersetzung: *Silke Kettelhake* geht in ihrem einleitenden Beitrag anhand einer Filmauswahl der Frage nach, wie das deutsche Kino die Stimmung in Nachkriegsdeutschland, die Verdrängung der Schuldfrage und die juristische Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus behandelte und behandelt. Es entsteht so ein Gesamtbild der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, in die der als Sozialdemokrat und nach den Nürnberger Rassegesetzen als Jude zur Emigration gezwungene Bauer nach Deutschland zurückkehrte.

Der Dokumentarfilm „*Fritz Bauer – Tod auf Raten*“ von *Ilona J. Ziok* bleibt für ein annäherndes Verständnis der Person Bauers weiterhin maßgeblich. Der Film trug wesentlich dazu bei, dass Fritz Bauer dem Vergessen entrissen wurde. Die internationale Rezeption in den USA, in Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Russland und Polen verhalf dem Film von 2010 bis heute zu immer wieder neuen Aufführungsstätten) und diente in Paris zur Vorlage für ein Theaterstück über Fritz Bauer. Häufig wird der Film von der Justiz dieser Länder, aber auch von Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen gezeigt, um den eigenen Umgang mit Geschichte und Politik zu diskutieren.

Für die politische Bildung wird auch in Deutschland der Film genutzt: etwa durch das Eberhard Ludwig Gymnasiusm (EbeLu) aus Stuttgart, an dem Bauer wie auch Stauffenberg und Loriot Schüler waren. Das EbeLu nutzte den Film für eine Fritz Bauer gewidmete, selbstorganisierte Ausstellung ebenso wie die Universität Heidelberg bei einer umfassenden Würdigung Bauers in ihrer Alumni-Zeitschrift. Der im Heft dokumentierte Beitrag des *Leistungskurses „Politik und Wirtschaft“ des Albert Einstein Gymnasiums Maintal* (unter Leitung von Barbara Bingel) zeigt, wie sich die Schülerinnen und Schüler, ausgehend von Zioks Film, der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit durch die deutsche Justiz nähern. Das von ihnen erarbeitete Material ist für den Einsatz in Unterricht und Jugendarbeit erstellt worden und steht interessierten pädagogischen Einrichtungen zur Verfügung.

Werner Koep-Kerstin bespricht den Film in *vorgänge*, der Zeitschrift der Humanistischen Union und *Ralf Schenk* seine Wirkung im Rahmen einer Tour durch 100 deutsche Städte. *Stephan Jaeger* stellte ihn in einer differenzierten Inhaltsanalyse vor, die in den *Colloquia*

Germanika erschienen ist, der international renommierten Zeitschrift der germanistischen Fachbereiche an den Universitäten Nordamerikas. Es ist zu hoffen, dass ARD, Goethe-Institute und die Bundeszentrale für politische Bildung sich diesen positiven Bewertungen in Zukunft werden anschließen können und ihn in angemessener Weise in ihre Arbeit einbeziehen.

Filme über Fritz Bauer scheinen aktuell Hochkonjunktur zu haben. Doch weder der Film „*Im Labyrinth des Schweigens*" von Giulio Ricciarelli aus dem Jahr 2014, der den Auschwitz-Prozess thematisiert und in dem Bauer in einer Nebenrolle auftritt, noch der Film „*Der Staat gegen Fritz Bauer*", der derzeit Furore macht und sich auf Bauers Rolle bei der Ergreifung Eichmanns konzentriert, zeichnen ein Bild Bauers, das sich wirklich an den Kenntnissen seiner Biographie orientiert. Insbesondere in „*Der Staat gegen Fritz Bauer*" sind mit Blick auf vorliegende biographische Kenntnisse schwerwiegende Kritiken angebracht

Mit dem Film „Im Labyrinth des Schweigens setzen sich *Daniel Kothenschulte*, *Dietrich Kuhlbrodt* und die Zeitzeugin *Lelle Franz* (Beitrag von *Claudia Schulmerich*) auseinander. Der Film „Der Staat gegen Fritz Bauer" wird von *Dietrich Kuhlbrodt, Irmtrud Wojak* und *Ulrich Kriest* besprochen.

Auch eine neuere Bauer-Studie von Ronen Steinke hat zu Bauers Bekanntheit beigetragen, doch leider ebenfalls auf Kosten der biographischen Genauigkeit und zugunsten weitreichender Spekulationen. *Ralf Oberndörfer* rezensiert das Buch und *Erardo C. Rautenberg* setzt sich in einer Replik mit Reaktionen des Autors auf die Kritik an seinem Buch auseinander.

Abschließend dokumentiert unser Sonderschwerpunkt in einem dritten Teil *Ehrungen und Nachrufe* – beginnend mit einem dokumentierten Beitrag von *Jürgen Serke* über Staatsanwalt Joachim Kügler, der im Auftrag Bauers wesentlich für die Führung des Auschwitzprozesses zuständig war. Es folgt eine Rede von Bundesjustizminister *Heiko Maas* anlässlich der erstmaligen Verleihung des von ihm begründeten Fritz-Bauer-Preises für die Wissenschaft. Heiko Maas hat bereits zu Beginn seiner Amtszeit auf die Bedeutung Bauers hingewiesen und in diesem Zusammenhang den neuen Wissenschaftspreis ausgelobt. Den Abschluss bildet der Nachruf des niedersächsischen Ministerpräsidenten *Stephan Weil* auf den früheren Braunschweiger Generalstaatsanwalt Heinrich Kintzi. Dieser hatte sich sehr für eine angemessene Würdigung von Bauer, etwa eine Ausstellung zum Remer-Prozess oder die Benennung eines Platzes vor der Staatsanwaltschaft in Braunschweig nach Bauer, eingesetzt.

Im online-Bereich von Heft 4 stellt *Beate Ziegler* das *FORUM MENSCHENRECHTE* und seine Arbeit als Netzwerk deutscher Menschenrechtsorganisationen seit 1994 dar. Sie geht auch der Frage nach, welche Grenzen der politischen Arbeit eines relativ lockeren nationalen Netzwerks im Vergleich zu zentralistisch geführten und international tätigen Organisationen gesetzt sind. *Janne Schulitz* analysiert das Zusammenspiel verschiedener Identitäten in sozialen Bewegungen am Beispiel der sozialen Bewegung gegen das Staudammprojekt Belo Monte im Amazonasgebiet Brasiliens. Die nicht ausreichende Integration verschiedener Gruppen in die Gesamtbewegung kann diese in enormem Ausmaß schwächen. Zeitgleich bieten sich aber auch Chancen für die einzelnen Kämpfe der Subgruppen. Um Abspaltungen und Zersplitterung der Bewegung zu verhindern, müssen diese von innen heraus aus den Bewegungen angegangen werden.

Danksagungen

An diesem herausfordernden Heft haben viele mitgewirkt, denen es zu danken gilt. Unser erster Dank gilt natürlich allen Autorinnen und Autoren. Am Themenschwerpunkt hat neben dem Gastherausgeber *Wolfgang Kaleck* auch *Simon Rau,* Mitarbeiter im ECCHR, tatkräftig redaktionell mitgewirkt.

Für Planung und Umsetzung des Sonderschwerpunkts waren die fortlaufenden Beratungen mit und die Hinweise von *Ilona J. Ziok*, *PD Dr. Irmtrud Wojak*, *Prof. Dr. Herta*

Däubler-Gmelin, Prof. Dr. Erardo C. Rautenberg und *Kurt Nelhiebel* von unschätzbarer Bedeutung. Am Sonderschwerpunkt haben *Johanna Neuling* und Dr. *Albrecht Lüter* tatkräftig redaktionell mitgewirkt. Bei Übersetzungen und der Endredaktion hat *Miriam Küller* tatkräftig unterstützt. *Regina Vierkant* hat auf der Homepage des Forschungsjournals viele Zusatzarbeiten gerne übernommen. Wie immer danken wir natürlich der ehrenamtlichen Redaktion des Forschungsjournals und unserem Verlag. *Herr Prof. Dr. von Lucius* hat dieses ungewöhnliche Heft tatkräftig gefördert und möglich gemacht. Zustande gekommen ist der Sonderschwerpunkt zu Fritz Bauer durch Unterstützung durch Heftabnahmen und Anzeigen sowie durch zwei Förderer. Das *Goethe-Institut* hat einen Druckkostenzuschuss gegeben und die gemeinnützige *BUXUS STIFTUNG GmbH* das Lektorat unterstützt. DIE C*V FILMS PRODUKTKIONS GMBH* hat uns Fotos aus ihrem Film über Fritz Bauer zur Verfügung gestellt (www.fritz-bauer-film.de, Copy right CV Films). Auch Kurt Nelhiebel hat Fotos zur Verfügung gestellt. *Gerhard Mester* hat wie schon seit 28 Jahren seine Karikaturen für das Heft zur Verfügung gestellt, *Volker Klemm und sein Team* haben den diesmal sehr viel aufwendigeren Satz übernommen und *Nina Faber* hat den Titel wie immer pro bono gestaltet.

Wolfgang Kaleck, Generalsekretär des *European Center for Constitutional and Human Rights* (ECCHR, Berlin), Gastherausgeber des Themenschwerpunkts.

PD Dr. Ansgar Klein (Berlin) und *Prof. Dr. Thomas Leif* (Wiesbaden) als Herausgeber des Sonderschwerpunkts zu Fritz Bauer.

Anmerkungen

[1] Von den Ausführungen Wolf-Dieter Narrs einmal abgesehen, die sich jedoch vor allem auf die Bürgerrechtsbewegung beziehen.

Literatur

Anghie, Antony 2005: Imperialism, Sovereignty and the Making of International Law, Cambridge: Cambridge University Press.

Buckel/Christensen/Fischer-Lescano (Hrsg.)2006: Neue Theorien des Rechts. Stuttgart: UTB/Lucius & Lucius.

Hoffmann, Stefan-Ludwig 2010: *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen: Wallstein.

Mutua, Makua W. 2001: Savages, Victims, and Saviors: the Metaphor of Human Rights. In: Harvard International Law Journal Jg. 42, Heft 1, 201-245.

Menke, Christoph/Pollmann, Arnd 2012: *Philosophie der Menschenrechte. Zur Einführung* (mit Arnd Pollmann), 2. Aufl., Hamburg: Junius.

Menke, Christoph/Klein,Eckart 2002: *Menschheit und Menschenrechte. Probleme der Universalisierung und Institutionalisierung*, Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.

Moyn, Samuel 2010: *The Last Utopia: Human Rights in History*, Cambridge/Massachusetts: Harvard University Press.



In eigener Sache: Verlagswechsel zum Jahresende – Abschied von Verlag Lucius & Lucius

Im November 2015 wurden die Herausgeber des Forschungsjournals von ihrem Verleger, Prof. Dr. Wulf D. v. Lucius, darüber informiert, dass der Verlag aus Altersgründen an den renommierten, international tätigen Wissenschaftsverlag De Gruyter in Berlin übergeben worden ist. Ab dem Jahr 2016 wird das Forschungsjournal Soziale Bewegungen daher unter Geltung aller bisherigen verlegerischen Vereinbarungen bei De Gruyter erscheinen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle unserem scheidenden Verleger *Prof. Dr. Wulf D. v. Lucius*. Seit dem Jahr 2000 haben wir mit ihm und seinem Verlag 16 Jahre in hervorragender Weise zusammengearbeitet (zuvor war die Zeitschrift beim Westdeutschen Verlag nach Etappen beim Verlag Schüren in Marburg und den ersten Jahren im Eigenverlag). Frau *Grässer* war im kleinen Familienbetrieb unsere tägliche Ansprechpartnerin. Auch wenn unsere Zeitschrift kein ökonomisch starker Partner des Verlages war, so wussten wir doch stets, dass unser Verleger publizistisch engen Anteil an unseren Debatten und Themen nahm. Und immer wieder haben wir von seiner Seite großes Entgegenkommen, große Flexibilität bei publizistisch verwegenen Ausnahmeheften und auch eine direkte Förderung unserer Arbeit erfahren.

Herausgeber und Redaktion des Forschungsjournals bedanken sich bei einer großen Persönlichkeit der deutschen Publizistik und seinem Verlag Lucius & Lucius für eine herausragende langjährige Zusammenarbeit!

PD Dr. Ansgar Klein/Prof. Dr. Thomas Leif/Jupp Legrand/Jan Rohwerder
Berlin im Dezember 2015

Prof. Dr. Wulf D. v. Lucius wurde 1938 in Jena geboren. Aufgrund der vorübergehenden Verhaftung seiner Mutter Annelise von Lucius, Leiterin des Gustav Fischer Verlages, durch die DDR-Behörden 1953 floh die Familie über Berlin in die Bundesrepublik. Er absolvierte nach dem Abitur 1958 am Eberhard-Ludwigs-Gymnasium Stuttgart ein Volontariat bei der Druckerei von *Ensslin & Laiblin*. Er studierte von 1960 bis 1965 Volkswirtschaftslehre an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, der Freien Universität Berlin und der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und wurde 1967 an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg mit der Dissertation *Der Stand der Zinstheorie, insbesondere im Hinblick auf ökonometrische Ansatzmöglichkeiten für die empirische Überprüfung* zum Dr. rer. pol. promoviert. Nach dem Studium absolvierte er zunächst Volontariate. Ab 1969 arbeitete er im Gustav Fischer Verlag in Stuttgart, wo er von 1972 bis 1996 in der vierten Generation geschäftsführender Gesellschafter wurde. 1971 begründete er die wissenschaftliche Taschenbuchreihe Uni-Taschenbücher (UTB) mit. 1996 war er Neugründer des Stuttgarter Fachverlages Lucius & Lucius, der durch Übernahme von Programmteilen (insbesondere auch Zeitschriften) aus anderen Verlagen ausgebaut wurde. Der Verlag konzentriert sich auf die Themenfelder Wirtschaftswissenschaften und Soziologie.

Lucius ist seit 2007 Honorarprofessor für Verlagswirtschaft an der Universität Hohenheim. Prof. Dr. Wulf D. v. Lucius war u.a. Aufsichtsratsvorsitzender des Carl Hanser Verlages (1989-2013), Mitglied des Vorstandes der Deutschen Schillergesellschaft (1989-2009). Er ist Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Nationalbibliothek (DNB), Vorstandsmitglied der Stiftung Buchkunst (Vorsitzender 1982-1989) und Mitglied der Wüstenrot Stiftung (Vorsitzender 2009-2014). Seit 2009 ist er Vorsitzender der Maximilian-Gesellschaft für alte und neue Buchkunst. Seit 1981 Mitglied der Historischen Kommission des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels. Von 1991 bis 1996 war er deren Vorsitzender. Innerhalb des Börsenvereins engagierte er sich u.a. als Vorsitzender des Verlegerausschusses, 9 Jahre als Vorstandsmitglied (stellv. Vorsteher) sowie im Urheber- und Verlagsrechtsausschuss (14 Jahre als Vorsitzender). Heute ist er Ehrenmitglied. Für Urheberrecht war er auch in internationalen Verlegervereinigungen als Chairman verschiedener Komitees tätig.

Quelle: Wikimedia

Preise

1999: Friedrich Perthes-Medaille des Deutschen Buchhandels
2001: Antiquaria-Preis für *Bücherlust*
2004: Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik



© Stephan Röhl

Zivilgesellschaft und Klimawandel

Eingeschränkte Handlungsspielspielräume, Protest und Kooptation

Barbara Unmüßig

Bei den nächsten Klimaverhandlungen in Paris wird sich die ganze Vielfalt der Zivilgesellschaft für mehr Klimaschutz und Gerechtigkeit entfalten: Das „Protestcamp" wird mit diversen Demonstrationen und phantasievollen Aktionen genauso vertreten sein wie die professionelle NRO-Welt, die ihre Möglichkeiten nutzen will, von „innen" die Verhandlungen zu beobachten, zu beeinflussen und medial zu kommentieren. Dies sind durchaus komplementäre Stärken, die – geschickt genutzt – eine strategisch wichtige Ressource der Zivilgesellschaft sein kann.

Spätestens sei Kopenhagen 2009 ist klar: Es gibt positionelle Differenzen und organisatorische Trennlinien. Die einen halten nichts mehr von der Konferenzdiplomatie und setzen auf Druck von unten, auf dezentralisierte Aktionen. Die anderen wollen den schmalen Grad der Konferenzdiplomatie ausnutzen und tragen nicht selten gefundene Kompromisse von Emissionshandel, Clean Development Mechanism etc. mit. Und es gibt zivilgesellschaftliche Akteur/innen, die das „Spiel" – von draußen protestieren und drinnen mitverhandeln – beherrschen.

Es macht deshalb Sinn, nach den verschiedenen Zielen und Aktionsformen der jeweiligen Akteur/innen zu differenzieren, wenn wir über Zivilgesellschaft, soziale Bewegungen und NROs rund um Paris reden. Wichtig ist, ob es zum strategischen Austausch kommt, wie die verschiedenen Zugänge zur komplementären Stärke ausgebaut werden können statt sich wechselseitig zu paralysieren. Das berührt die Strategiefähigkeit der Zivilgesellschaft. Nach Kopenhagen haben viele NROs und Netzwerke ihre Strategien und die vielen Ressourcen reflektiert, die in den Verhandlungsprozess gesteckt wurden. Dezentrale Aktionen und Protest haben als Aktionsform Auftrieb zugunsten der Konferenzdiplomatie erhalten. Diese Reflexion hätte aber viel stärker zwischen den „Camps" geführt werden müssen.

Ein solcher Austausch ist umso dringlicher, als sich die politischen Handlungsspielräume für soziale Bewegungen und Proteste in vielen Ländern der Welt massiv einschränken. Wir erleben in verschiedenen Ländern eine Zunahme juristischer, bürokratischer oder steuerlicher Schikanen, die die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten massiv einschränken. Diejenigen, die sich für den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen und lokaler Ressourcen einsetzen oder gegen die Erschließung von Rohstoffen protestieren, sind in vielen Ländern der Welt vermehrt ins Visier staatlicher und privater Gewalt geraten und Zielscheibe von Repression oder Kriminalisierung.

Neben den lokalen NROs und Aktivist/innen werden auch ausländische Organisationen und Stiftungen, die Partner(inn)en vor Ort in ihren sozialen und ökologischen Kämpfen unterstützen, eingeschüchtert und an der Arbeit gehindert. In manchen Ländern finden regelrechte Hetz- und Diffamierungskampagnen gegen jede Form von Opposition statt. NROs und kritische Köpfe werden, wenn sie mit ausländischen Organisationen oder Stiftungen kooperieren, als „verlängerter Arm" des Westens

oder als „ausländische Agenten" angeprangert. Jede Form der Einschränkung scheint erlaubt: Aktivist(inn)en werden verhaftet, Konten eingefroren, Drohungen ausgesprochen, Lizenzen entzogen, Internetseiten blockiert, Registrierungen und Überwachung erzwungen, Büros geschlossen. In vielen Ländern gilt die innere Sicherheit und der Kampf gegen Terrorismus als Vorwand, demokratische Organisationen mundtot zu machen oder zu verbieten – ein Generalverdacht, der alle repressiven Maßnahmen legitimieren soll.

Diese Praktiken beschränken sich nicht alleine auf autoritäre oder semiautoritäre Regime. Auch in demokratischen oder partiell demokratischen Ländern beobachten wir, dass sich ein ganzes Bündel von juristischen, administrativen und repressiven Maßnahmen der Regierungen vor allem gegen jene sozialen Bewegungen und NROs richtet, die sich gegen Großprojekte wie Kohle, Erdöl- oder Gaserschließung oder andere Infrastruktur- und Investitionsprojekte (z.B. Pipelines, Landgrabbing) zur Wehr setzen. Nicht nur in China, Russland, Indien, Äthiopien, der Türkei oder Kambodscha stehen Umweltschützer(innen) als Teil der Zivilgesellschaft unter Druck. Überall, wo es um Kontrolle des Zugangs zu und die Ausbeutung von strategischen natürlichen Ressourcen geht (von Kohle, Öl und Gas über Wasser, Wälder, Land und Biodiversität bis hin zu genetischen Ressourcen), greifen die Mächtigen zu Strategien, um sich ihre Macht zu sichern und ihrem Geschäftsmodell das Überleben zu sichern.

Politische und ökonomische Interessen gehen in vielen Ländern Hand in Hand – entsprechend groß ist dort die Sorge um Machtverlust. Proteste gegen Landnahmen und Großprojekte sind da nicht willkommen. Die Finanzierung der Zivilgesellschaft aus dem Ausland dient hier als Vorwand und schürt vor allem nationalistische Ressentiments, die von diesen Interessen ablenken.

Es klingt deshalb schon fast zynisch, wenn im Kontext der Verabschiedung der Sustainable Development Goals (SDG) bei der UN-Generalversammlung mal wieder das Hohelied der NROs gesungen wird, die eine zentrale Rolle bei der Überwachung und Umsetzung der SDGs spielen sollen.

Mehr denn je stellt sich die Frage: Wer ist die erwünschte Zivilgesellschaft (gut) und wer ist unerwünschte Zivilgesellschaft (böse)? Diese Spaltung läuft auf Hochtouren und es ist nicht so, als hätten die Akteur/innen mit Blick auf diesen unübersehbaren globalen Trend – hier die Repression und Kriminalisierung kritischer Köpfe und Organisationen, dort die Instrumentalisierung für staatliche und internationale Programme – eine Debatte begonnen.

Bei allem Trennenden im Positionellen und in den Handlungsformen: Es geht um die Verteidigung von Grundrechten und von demokratischen Grundsätzen und Handlungsspielräumen für zivilgesellschaftliche Akteur/innen.

Eine politische Aufgabe ersten Ranges ist es daher, alles dafür zu tun, die Handlungsspielräume für demokratische Zivilgesellschaften offenzuhalten bzw. dafür zu kämpfen, dass sie überhaupt gewährt werden. Das ist eine dringliche Voraussetzung für eine ambitionierte Klima- und Transformationspolitik.

Sechs Thesen zur Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Transformation[1]

Antworten auf die Frage, was die Zivilgesellschaft zur sozialen und ökonomischen Transformation beitragen kann, sollten mit einer Analyse der politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen (externe Faktoren) und einer differenzierten und ehrlichen Auseinandersetzung zur Verfasstheit der Zivilgesellschaft (interne Faktoren) einhergehen. Es sollte zudem die Frage einbezogen werden, wie ex- und interne Faktoren ineinandergreifen und sich teilweise verstärken – so komplex dies auch ist.

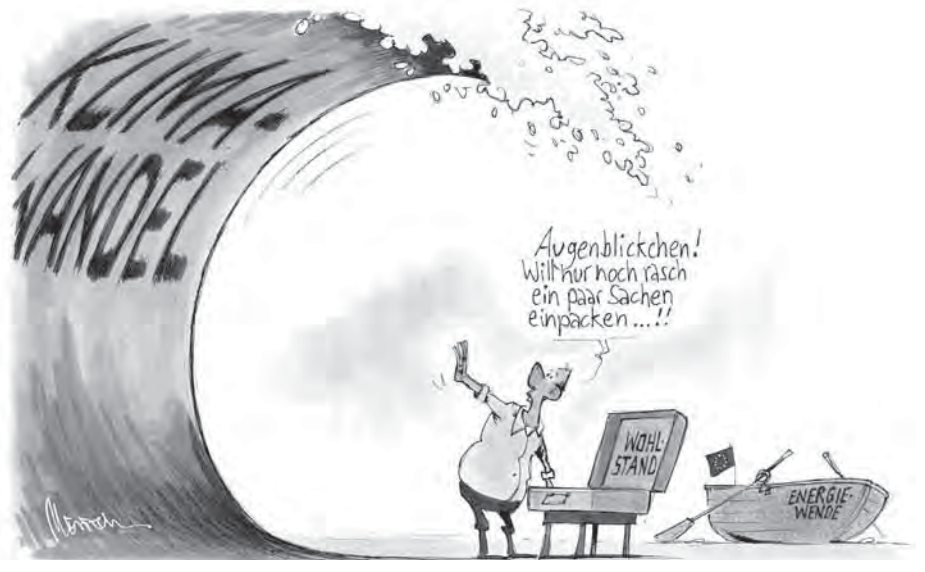
Machen wir uns nichts vor: Die professionelle NRO-Welt (und auf diese beziehe ich mich weitestgehend) kann angesichts verhandlungsstarker politischer und wirtschaftlicher Interessen die großen globalen Trends nicht umkehren. Sie kann aber Projekte und Policies

(zum Beispiel Atom- und Kohlekraftwerke, Acta oder vielleicht auch TTIP) verhindern, indem sie wirkungsmächtige Allianzen schmiedet, Watchdog für Fehlentwicklungen ist, gesellschaftliche Debatten und Gegenöffentlichkeit organisiert und politische Alternativen entwickelt. Das geschieht glücklicherweise und zeigt, wie essenziell demokratische zivilgesellschaftliche Initiativen sind. Mit den großen Krisen und den notwendigen sozialen, ökologischen und kulturellen Transformationen im Blick müsste sie sich aber strategischer aufstellen, sich besser koordinieren, selbstreflexiver werden, selbstgemachte Fragmentierungen überwinden und sich instrumentalisierenden und kooptierenden Tendenzen widersetzen.

1 | Globalisierung schreitet voran, mit ihr die sozialen, ökonomischen und politischen Krisen

Der Klimawandel, die Finanz- und die Welternährungskrisen, fragile Staatlichkeit und die globale Armut sind herausragende globale Herausforderungen. Globalisierung und auch die avisierten sozialen Transformationsprozesse verlaufen krisenhaft, mit Gewinnern und Verlierern. Beides sind komplexe soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle (Anpassungs-)Prozesse. Der Wettbewerb um ökonomische und damit auch geopolitische Einflusssphären ist in vollem Gange. Eine Welt, die sich an planetarische Grenzen hält und innerhalb des Zwei-Grad-Korridors bleibt, ist nicht in Sicht. Die Grüne Ökonomie ist immer noch eine Nischenökonomie, die ihrerseits an menschenrechtsbasierte und soziale Kriterien stärker rückgebunden werden muss.

Krisen und negative Trends sind sowohl in ihren Ursachen als auch in ihren Wirkungen eng miteinander verschränkt. Die isolierte und sektorale politische Bearbeitung der Krisen stößt deshalb längst an ihre Grenzen. Vernetztes Handeln über einzelne Politikfelder und über nationale Grenzen hinweg ist mehr denn je notwendig. Dazu gehört ein neues Verständnis von Interdependenz, globalem Interessensausgleich und Wohlstand. Die globale Erwärmung zu begrenzen, die »Große Transformation« hin zu einer postfossilen Wirtschaft nachhaltig und sozial gerecht zu gestalten, den Ressourcenverbrauch einzudämmen, Armut und Hunger strukturell zu bekämpfen, Konflikte und Kriege zu verhindern und friedlich



beizulegen, das sind die Kernziele, an denen sich politische und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse auf der globalen, regionalen und nationalen Ebene orientieren sollten.

2 | Machtkonzentration

Es gibt strukturelle Blockaden, die die nötige Transformation der fossilen Wirtschaft, des Finanzmarkts, der agroindustriellen Produktion und der globalen Mobilität verhindern oder bremsen. Die Konzentration von Wirtschaftsmacht in immer weniger Hände (wenige Konzerne kontrollieren die globale Wertschöpfungskette der Ernährung) und die Verknüpfung staatlicher und wirtschaftlicher Macht (zum Beispiel viele Staatskonzerne im fossilen und Bergbausektor) erschweren immer häufiger am Allgemeinwohl orientierte und demokratische Regelsetzungen. Dieses Vorgehen unterminiert die staatliche Schutzverantwortung sowie Rechenschaftspflichten wirtschaftlicher Akteure. Demokratisch gewählte Parlamente verlieren an Gestaltungskraft, vor allem in der Bewältigung von Krisen (Eurokrise), oder werden nicht rechtzeitig und ausreichend einbezogen (Finanzmarktregulierung über supranationale Organisationen, Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP). In Transitionsländern und autoritären Staaten gibt es wenig oder gar keine parlamentarischen Kontrollen und kaum freie Medien, die als Gegenöffentlichkeit fungieren könnten.

3 | Globale Machtverschiebungen infolge des Aufstiegs der Schwellenländer verändern die Nachkriegs-Governance-Ordnung massiv und machen multilaterale Regelsetzung komplexer

Die normative und erst recht die operative Rolle der UNO nimmt ab. Der Einfluss internationaler Organisationen der Nachkriegsordnung bleibt zwar hoch, nimmt jedoch ebenfalls tendenziell ab. Wo Schwellenländer ihren ökonomischen Machtzuwachs in politische Macht ummünzen (zum Beispiel Stimmrechtsverteilung in der Weltbank – China nun an zweiter Stelle, G20), heißt das noch lange nichts Gutes für eine soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Leider erleben wir im Schulterschluss zwischen Industrie- und Schwellenländern gerade einen Abbau errungener Sozial- und Umweltstandards sowie von Beteiligungsrechten und Rechenschaftspflichten (zum Beispiel bei multilateralen Banken, vor allem der Weltbank).

Zudem gibt es zahlreiche neue regionale und globale Clubs für wirtschaftliche und sicherheitspolitische Themen. Diese neuere »Club-Governance« erschwert ebenfalls die politische Kontrolle. Es gibt kaum Transparenz-, Beteiligungs- und Accountability-Mechanismen. Sie produziert neue Unübersichtlichkeit, denn formalisierte partizipatorische Zugänge sind nicht entwickelt (G20, BRICS). Die Zivilgesellschaft tut sich schwer mit den neuen Akteuren. Das alte Nord-Süd-Muster passt nicht mehr und wird zunehmend abgelöst von immer komplexeren staatlichen und ökonomischen Akteurskonstellationen. Hier wird es immer schwerer, auf Weichenstellungen durch zivilgesellschaftliche Interventionen zu reagieren. Süd-Süd-Kooperationen der Zivilgesellschaft sind noch sehr unterentwickelt (zum Beispiel zwischen BRICS-Ländern). Wissen und Kapazitäten zu makroökonomischen Themen sind wenig ausgeprägt, im Norden wie globalen Süden. Erfolgreiche Beiträge zur Transformation müssen hier ansetzen und die Süd-Süd-Vernetzung vorantreiben. Mitspracherechte in den neuen Clubs wie BRICS oder G20 müssen noch erstritten werden.

4 | Diskriminierung und Kriminalisierung von NRO und CSO nehmen zu

Die staatlichen Angriffe auf kritische, demokratisch orientierte Akteure sowie auf NRO und Civil Society Organisations (CSO) nehmen weltweit zu. Diskriminierung und Kriminalisierung sind die Folge. Auch Morde an Aktivistinnen und Aktivisten (vor allem im lokalen Widerstand) werden häufiger. Weltweit schränken

über 40 sogenannte NRO-Gesetze den Handlungsspielraum von NRO und Zivilgesellschaft massiv ein. Juristische Einschränkungen und finanziell-administrative Auflagen erschweren nationalen und internationalen Akteuren immer erfolgreicher das politische Einmischen. Hinzu kommen politisch und medial inszenierte Verleumdungskampagnen (ausländische Agenten, Terroristen). Sie schüchtern ein und nötigen bisweilen zur Selbstzensur. De facto haben nördliche NRO, Stiftungen und Think Tanks noch wenige Antworten auf diesen Trend formuliert. Gemeinsames politisches Agieren wäre hier besonders dringlich. Der Austausch dazu müsste organisiert werden. Denn ohne demokratische Spielräume gibt es auch nur unzureichende Einmischung in Transformations- und Anpassungsprozesse in Süd, Ost und West.

5 | Die (Selbst-)Entzauberung der NRO-Welt

Wie schon oben beschrieben: Harte politische und ökonomische Interessen werden in der Regel ohne (breite) demokratische Partizipation und Transparenz durchzusetzen versucht. Eine nennenswerte zivilgesellschaftliche Mitgestaltung wird von mächtigen Vertretern wirtschaftlicher und politischer Interessen als störend empfunden. Politische und finanzielle Ressourcen waren für zivilgesellschaftliche Akteure im Gegensatz zu den finanzmächtigen Interessensgruppen immer schon begrenzt. Der institutionelle Einfluss und die Verhandlungsmacht professioneller NRO waren wahrscheinlich in den 1990er Jahren und zu Beginn der 2000er Jahre auf einem Höhepunkt, die politische Wirkung durchaus beachtlich; sie sind heute global jedoch eher rückläufig. Die Entzauberung ist spätestens mit dem Klimagipfel in Kopenhagen deutlich geworden. Allerdings gehört auch zur ehrlichen Analyse dazu, dass sich überall auf der Welt zivilgesellschaftliche Akteure in den oben beschriebenen Grenzen bestens eingerichtet haben. Viele NRO fungieren als (Voll-)Ersatz für staatliche soziale, humanitäre und umweltpolitische Dienstleistungen, hängen am Tropf externer staatlicher oder privater Geldgeber Wo der Staat nicht handelt, ist es gut, wenn zivilgesellschaftliche Akteure Not lindern (ohne Ärzte ohne Grenzen gäbe es noch mehr Ebola-Tote) und zur sozialen Infrastruktur beitragen. Häufig genug entlasten sie aber auch für zu lange oder immer den Staat, statt ihn zur Verantwortung zu ziehen. In Afghanistan lässt sich das gut studieren, ebenso auf den Philippinen mit über 30.000 NRO. Das ist kein ganz neuer Trend, der in der Literatur gut beschrieben ist, er hat jedoch zugenommen. Der globalen Tendenz zur Privatisierung hoheitlicher Aufgaben folgen viele NRO. Im Gesundheitsbereich ist dies ganz offensichtlich. Die Melinda & Bill Gates Foundation verfügt über mehr Gelder als die WHO und versteht das eigene Mandat bewusst als eines außerhalb der WHO.

Professionelle NRO werden in vielen Fällen als Ko-Eliten betrachtet und von Regierungen auch so instrumentalisiert. Das führt dazu, dass sie entlang ähnlicher politischer und ökonomischer Sachzwänge Hand in Hand mit staatlichen Institutionen agieren und ihre Watchdog-Funktion und ihre Rolle als Gegenöffentlichkeit verlieren. Dort, wo Staaten mangelhafte Steuerungskapazitäten haben und/oder in die Moderatorenrolle gehen, werden vor allem große NRO eingebunden.

In sogenannten Multi-Stakeholder-Runden werden mit (BIG) NRO meist freiwillige Regeln ausgehandelt. So werden manchmal Politiken legitimiert, die der notwendigen Transformation eher entgegenstehen, die ohne Rechenschaftslegung und demokratische Rückkoppelung mit Betroffenen und ihren demokratisch legitimierten Interessensvertreterinnen und Interessenvertretern erfolgen. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass durch solche Prozesse der lokale Widerstand (zum Beispiel gegen Abholzung) geschwächt wird.

Die emanzipatorische Rolle als Gegenmacht oder als Watchdog staatlicher Politik und internationaler Organisationen ist in vielen Ländern ausgehöhlt. Staatliche und zunehmend private Geberstrukturen, die Mittel unkoordiniert

an die Empfängerländer verteilen, befördern zusätzlich die Entpolitisierung. Zu beobachten ist dies zum Beispiel auch in Transformationsgesellschaften wie Tunesien: Viel zu viele private und offizielle Geber überfördern eine schwache institutionelle Zivilgesellschaft. Damit überfordern sie die NRO, die sich in der Welt der Anträge, Indikatoren und des Monitorings schwer zurecht finden.

Neue soziale Bewegungen setzen sich von diesem Typus professioneller NRO bewusst ab, sehen sich als deren Alternative und kritisieren die politischen Instrumente und Organisationsformen der klassischen NRO-Welt der letzten Jahrzehnte. Zu Kooperationen zwischen neuen sozialen und politischen Akteuren und der „alten" NRO-Welt kommt es daher äußerst selten, weder bei uns noch im globalen Süden.

Unübersehbar ist die wachsende Hierarchisierung in der professionellen NRO-Welt. Die großen „Tanker" werden staatlicherseits angesprochen und sie können sich selbst größere Kampagnen sowie aufwändige Lobbyarbeit leisten. Das treibt Keile zwischen die zivilgesellschaftlichen Akteure. Bei den Entwicklungs- und Umwelt-NRO sind es die „großen Tanker", die weltweit Büros eröffnen bei gleichzeitig unzureichender Reflexion zu den Auswirkungen auf die lokale Zivilgesellschaft und deren Beteiligungsansprüche. Es sind die „Multis" unter den NRO und großen Stiftungen, die die größeren Zugänge bei der UNO, beim World Economic Forum oder den nationalen Ministerien bekommen.

6 | Dilemma: Professionalisierung, Spezialisierung und Transformation

Zum einen führt die zunehmende Komplexität der Gestaltung politischer Prozesse zu einem wachsenden Anforderungsprofil an zivilgesellschaftlicher Partizipation, die längst auf professionelle Expertise und damit auf eine Professionalisierung institutionalisierter zivilgesellschaftlicher Akteure angewiesen ist. Zum anderen erschweren die Fragmentierungen und Hierarchisierungen innerhalb der Zivilgesellschaft die zivilgesellschaftliche Einmischung. Die Zivilgesellschaft ist nicht einmal auf nationaler Ebene (und schon gar nicht global) einheitlich verfasst, sondern durch strukturelle Widersprüche und Verwerfungen geprägt. Solche Widersprüche werden zum Beispiel in Transformationsdebatten zwischen Gewerkschaften und Umweltschutzverbänden sichtbar (etwa bei der Einschätzung der Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum). Unterschiedliche Bewertungen – politisch und in den Organisationsformen – werden jedoch selten diskutiert.

Der Professionalisierungszwang bringt wachsenden Finanzierungsbedarf mit sich. Der wachsende Finanzierungsbedarf als Folge der Professionalisierung zivilgesellschaftlicher Akteure wiederum tendiert zu einer Verschärfung der Abhängigkeit professioneller zivilgesellschaftlicher Akteure von Geldgebern. Die Folgen sind eine Bedrohung der politischen Unabhängigkeit, die Tendenz zu verstärkter Spezialisierung und eine Neigung zu unterkomplexer Spendenakquise. Spendenkampagnen suggerieren häufig einfache Lösungen: Mancher Umweltverband macht glauben, dass mit drei US-Dollar der Gorilla, mit fünf US-Dollar der Tiger zu retten sei. Die Entwicklungsorganisationen bestärken die „Illusion of Aid».

Finanzen gibt es häufig nur für spezifische Handlungsfelder und für solche, an denen Staaten oder wirtschaftliche Akteure besonderes Interesse haben, oder aufgrund politischer Anlässe (beispielsweise bei UN-Konferenzen). So entstehen thematische Lücken in der Transformationsagenda und/oder „Themen-Hopping". Die Zivilgesellschaft produziert „blinde" Flecken, Teilöffentlichkeiten und Teillobbys für spezifische Themen. Der Blick fürs Ganze geht verloren. Für übergreifende, nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit alimentierten „Arbeitsaufträgen" stehende Diskurse fehlen nicht selten finanzielle und personelle Ressourcen. Ganzheitlich-systemische Sichtweisen gehen in hochprofessionellen Spezialdiskursen unter, die wiederum schwer in die breitere Öffentlichkeit zu vermitteln sind.

Eine weitere Folge des großen Finanzbedarfs ist die wachsende Konkurrenz untereinander. Der Wettlauf um Geldtöpfe und der damit häufig verbundene Wettlauf um Medienaufmerksamkeit wirkt unter anderem einer systematischen strategischen Zusammenarbeit entgegen. Koordination ist nicht nur ein Problem der staatlichen Geber, sondern auch eines innerhalb der Zivilgesellschaft. Wirksame Beiträge zur sozialen und ökologischen Transformation erfordern jedoch mehr denn je Absprachen, die Fokussierung auf weichenstellende Themen und sinnvolle Arbeitsteilung.

Was tun?

Wer kann was am besten? Dies müsste viel öfter die handlungsleitende und strategische Frage sein. Was ist relevant, was nicht? Wo sind wichtige Stellschrauben für die Zukunft? Das ist leider nicht immer der Kern der Agenda.

Das Wissen um den Zustand der Welt mündet ein ums andere Mal in Aufforderungen zum radikalen Handeln. Die kritische Wissenschaft ist hier aber manchmal radikaler als manche NRO. Politische Tugenden sind zu Recht Dialogfähigkeit, Lösungsorientiertheit und Kompromissfähigkeit. Für die Zivilgesellschaft gilt jedoch auch: Konfrontation und Nein-Sagen, auch zu manch einem Multi-Stakeholder-Dialog, vor allem, wenn er nur Zeit und Ressourcen frisst, die politische Agenda für die avisierte soziale und ökologische Transformation aber nicht voranbringt.

Um strategischer im Sinne der großen Transformation zu werden, braucht es Platz und Räume innerhalb von und zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Was muss sich innerorganisatorisch ändern, um die Spezialisierung und Sektoralisierung von Politikfeldern zugunsten von Kooperation und politischen Synergien zu verändern?

Ein Anfang könnte die Organisation eines jährlichen Ratschlags sein, bei dem wichtige Akteure aus dem Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsbereich zusammen mit Sozialverbänden und Gewerkschaften zusammenkommen, um politische Prioritäten zu diskutieren. Wo sind wichtige politische Zeitfenster, die weichenstellenden Charakter haben können (zum Beispiel EU-GAP-Reform) und deshalb einen großen Teil der Ressourcen der Zivilgesellschaft brauchen? Was ist lohnenswert, was nicht?

Solche Ratschläge oder Klausuren sind auch für Teilthemen sinnvoll. Hier könnten eine sinnvolle Arbeitsteilung entlang der jeweiligen Kompetenzen besprochen und pragmatische Ad-hoc-Allianzen geschmiedet werden. Was lässt sich gemeinsam bewirken? Was müssen wir verhindern?

Einiges davon gibt es schon sehr erfolgreich oder es ist im Entstehen (beispielsweise die Kampagne „Wir haben es satt", die „Anti-Kohle-Allianz" oder den „AK Rohstoffe"). Das ist gut so, aber ausbaufähig, vor allem im Sinne einer permanenten Reflexion darüber, wo wir stehen und wo wir hinwollen.

Barbara Unmüßig ist seit 2002 Vorstand der *Heinrich-Böll-Stiftung*. Sie verantwortet die internationale Arbeit der Stiftung in Lateinamerika, Afrika, Asien, dem Nahen und Mittleren Osten und die des Gunda-Werner-Instituts für Feminismus und Geschlechterdemokratie. Die thematischen Schwerpunkte sind insbesondere Globalisierung, Menschen- und Frauenrechte, Geschlechterpolitik, internationale Klima-, Agrar- und Ressourcenpolitik sowie Demokratieförderung und Krisenprävention. 2000 gründete sie das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) mit, ist seit 2001 Mitglied seines Kuratoriums und seit 2009 stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende. Sie ist außerdem Vorsitzende der Jury des Anne-Klein-Frauenpreises. Sie hat zahlreiche Zeitschriften- und Buchbeiträge veröffentlicht, u.a. zu Fragen der Global Governance, der internationalen Umweltpolitik und der Geschlechterpolitik.

Anmerkung

[1] Der folgende Teil des Beitrags erschien erstmalig in VENRO Diskussionspapier 1/2015.

Globale Gipfel: frustrierend, aber wichtig

Warum die Umweltbewegung globale Verhandlungen nutzen muss, statt sie zu verteufeln

Daniel Mittler

2015 wird von vielen das „Gipfeljahr" genannt. Der britische *Telegraph* nennt es „das wichtigste Jahr seit Jahrzehnten für die Klima Schlacht" (The Telegraph 2015) und auch Naomi Klein ist überzeugt, dass dieses Jahr ein „einmaliger Moment für die Klimabewegung" ist (Pierce 2015).

Ende September des Jahres fand einer der großen Gipfel des Jahres in New York statt. Die UN-Vollversammlung verabschiedete neue Nachhaltigkeitsziele, die sogenannten *Sustainable Development Goals, SDGs* (UN 2015). Sie waren seit 2012 in einem langwierigen – und vergleichsweise transparenten – Prozess ausgehandelt worden. Fast alle Nichtregierungsorganisationen begrüßten die neue globale Übereinkunft als Schritt in die richtige Richtung. Die meisten, die die Verhandlungen begleitet hatten, hatten schlechtere Ergebnisse erwartet. Und viele Nichtregierungsorganisationen hatten erfolgreich ihre eigenen Spezialthemen in den „SDGs" verankert.

Auch die Klimabewegung begrüßte, dass die Kampf gegen den Klimawandel als wichtiges und eiliges Problem in den SDGs verankert wurde (auch wenn die Details vage bleiben). Greenpeace, zum Beispiel, äußerte sich überwiegend positiv (Greenpeace International 2015), kritisierte allerdings, dass die Sustainable Development Goals weiter auf das weltweite Freihandelsregime setzen. Dieses Handelsregime und die neoliberale Ideologie, die es antreibt, sind alles andere als nachhaltig und bringen in Deutschland unter den Stichwörtern TTIP und CETA – zu Recht – so viele Menschen wie lange nicht mehr auf die Straße (Spiegel Online 2015).

Nun richten sich die Blicke auf Paris, wo die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, die UNFCCC, im Dezember einen weiteren Versuch unternehmen wird, ein universales – also wirklich globales – Klimaabkommen zu verabschieden (Kaiser/Mittler 2015).

1 | Welche Bedeutung hat Paris für die Klimabewegung?

Die Meinungen über die Bedeutung des Klimagipfels in Paris vom 30. November bis 11. Dezember gehen innerhalb der Umweltbewegung weit auseinander. Jürgen Maier, Leiter des Forum *Umwelt und Entwicklung*, wirft Nichtregierungsorganisationen, die auf einen globalen Klimavertrag setzen, vor, den Bezug zur Realität verloren zu haben. Es gäbe gar keine Klimapolitik. Alle wichtigen Entscheidungen für das Klima würden bei Einzelthemen wie Verkehr oder Landwirtschaft fallen; und diese Entscheidungen seien nicht global, sondern lokal, national und europäisch (Maier 2015). Andere, allen voran die globale Onlinekampagnenorganisation Avaaz, setzen auf Paris als einen entscheidenden Moment, um den globalen Klimaschutz voran zu bringen und das Ruder der globalen Politik herum zu reißen. Sie nennen Paris den Moment, an dem die Welt zu retten ist (Avaaz 2015).

Dieser Beitrag argumentiert, dass beide Extrempositionen falsch sind. Man sollte nicht zu große Hoffnungen auf globale Gipfeltreffen setzen, aber man sollte diese auch nicht abschreiben. Die Bewegung sollte sie – statt dessen – strategisch nutzen.

Jürgen Maier, zum Beispiel, hat Recht: Eine einmalige Versammlung von Staatschefs wird nicht die „Rettung" von oben bringen. Die zentralen Auseinandersetzungen, die darüber entscheiden, ob unser Planet lebenswert bleibt, fallen tagtäglich in der Energie-,

Wald-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik. Fossile Energien müssen jetzt und überall vor Ort bekämpft werden – und der Durchbruch für Erneuerbare Energien überall erstritten werden. Der Schwerpunkt der Arbeit auch der Umweltbewegung muss auf diesen Auseinandersetzungen liegen.

Am besten sind dabei Kämpfe, die das Nein zum klimaschädlichen Entwicklungspfad mit einem gleichzeitigen Ja zu einer anderen Welt verbinden. Projekte wie in Little Buffalo, Kanada, wo der Bau von Solaranlagen mitten im Ölsand-Gebiet auch ein symbolisches Zeichen setzt (Laboucan-Massimo 2015), oder der Wiederaufbau mit solarer Infrastruktur nach dem Superstorm Hajan auf den Philippinen (Lipton 2015) – eine zukunftsgewandte, nachhaltige Antwort auf die zunehmende Zerstörungen durch extreme Wetterereignisse.

Aber Ereignisse wie der Pariser Klimagipfel sind trotzdem nicht irrelevant. Sie können der Umweltbewegung helfen, sich gegen die zerstörerischen Kräfte des Status Quo durchzusetzen und Gegenmacht aufzubauen.

2 | Der Nutzen von Gipfeln

Gipfel setzen zum Beispiel Fristen. Regierungen werden durch sie gezwungen, Zeit zu finden, um Gesetze zu verabschieden. Verfeindete Ministerien müssen sich einigen. Brasilien hat z.B. Ende September – trotz einer tiefen Regierungskrise – einen Klimaschutzplan vorgelegt. Dieser reicht zwar nicht aus, um das Klima zu retten, aber er beinhaltet einige Schritte in die richtige Richtung (Tandon 2015). Diese Fortschritte wären ohne den Zeitdruck, der durch den Pariser Gipfel gegeben bist, sehr wahrscheinlich nicht möglich gewesen, sicher aber vertagt worden.

Globale Gipfel können außerdem Motor wichtiger bilateraler Abkommen sein. Die beiden Nationen mit den höchsten absoluten Emissionen – die USA und China – haben sich nun schon zweimal, 2014 und im September 2015, gemeinsam auf mehr Klimaschutz geeinigt. Es ist offensichtlich, dass sie bilateral an einem gemeinsamen Plan für Paris arbeiten – auch um im Dezember nicht als diejenigen dazustehen, die eine globale Übereinkunft verhindert haben. (In den USA ist es darüber hinaus politisch eine Notwendigkeit für alle, die das Klima schützen wollen, zu zeigen, dass auch China handelt.)

Gipfeltreffen sind zudem Orte, an denen die Regierungen Signale an die globalen Märkte senden können. Wer denkt, dass es nicht von Bedeutung ist, dass z.B. die G7 sich zu einer kompletten „Dekarbonisierung" der Weltwirtschaft bekannt haben, der hat noch nie mit einem Investor oder einem Manager eines Pensionsfond gesprochen.

Klar, auch der G7-Beschluss reicht nicht aus, um das Klima zu retten (und gerade in Deutschland bleibt die zentrale Auseinandersetzung der Ausstieg aus der Kohleindustrie, bei der die Bundesregierung bisher versagt hat). Aber das heißt nicht, dass der G7 Beschluss unbedeutend ist. Er eröffnet in Ländern wie Kanada und Japan die Debatte darüber, ob ein kompletter Ausstieg aus den fossilen Energien nicht doch möglich ist. Und weltweit lässt sich durch diesen Beschluss die Vorstellung einer Welt ohne fossile Energien nicht mehr als „spinnige Idee" von Umweltschützern abtun, wie der Economist kommentiert (Economist 2015). Ein Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas ist nun ein akzeptiertes politisches Ziel.

Klimaverhandlungen bringen auch jedes Jahr zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit (ein Indikator: Umweltorganisationen werden während der beiden Wochen der Klimaverhandlungen weltweit jedes Jahr mehr in den Medien zitiert als den Rest des Jahres). Dadurch bieten Klimaverhandlungen gerade Umweltorganisationen die Chance, die öffentliche Debatte voran zu treiben und auf mehr Einsatz für den Klimaschutz zu drängen.

Deswegen fordert Greenpeace, zum Beispiel, dass der Pariser Klimagipfel im Dezember sich zu einer 100 Prozent erneuerbaren Welt bis 2050 bekennt. Nachhaltige, erneuerbare Energien für alle sind verfügbar (Greenpeace Deutschland 2015). Nur diejenigen, die an

dem zerstörerischen Status Quo profitieren, wollen verhindern, dass wir dieses Ziel bis 2050 erreichen. Paris kann ein Zeichen an die Märkte senden, dass sich Investitionen in fossile Brennstoffe schlicht nicht mehr lohnen.

Paris ist gleichzeitig – aufgrund der Medienaufmerksamkeit, die der Gipfel bringt – die perfekte Plattform, um die öffentliche Auseinandersetzung darüber zu suchen, dass wir mehr machen müssen als die schrittweise „Dekarbonisierung" bis 2100 á la Merkel und G7. Diese reicht nicht aus, um ein Klimachaos zu verhindern. Die Umweltbewegung muss deswegen Paris so nutzen, wie 2014 das Treffen des Weltklimarates in Berlin genutzt wurde: Dort gelang es der Zivilgesellschaft, klar zu machen, dass nur ein komplettes Ende der fossilen Emissionen ausreicht, um den Klimawandel zu bekämpfen. Dass damals z.B. die British Broadcasting Corporation, BBC, zum ersten Mal nicht mehr von der Reduzierung von Emissionen sprach, sondern berichtete, dass das Ende des fossilen Zeitalters nötig ist, war ein wichtiger Grundstein für die folgenden G7 Diskussionen (McGrath 2014). Hierauf gilt es aufzubauen.

Der Klimazirkus ist aus all diesen Gründen nicht irrelevant, ob dieses Jahr in Paris oder auch 2016 in Marokko. Er treibt nationale Gesetze und bilaterale Abkommen voran. Er bringt öffentliche Aufmerksamkeit, die Bewegungen nützen können und sollten.

3 | Gemeinsam gegen die Macht und Lobby der Klimakiller

Die Arbeit zu den Klimaverhandlungen in Paris sollte deswegen nicht als Gegensatz zum Kampf gegen weitere Straßen, Kohleminen oder für bessere Fahrradwege verstanden werden. Statt dessen sollten wir die globale Diskussion um Paris und die globale Klimapolitik als eine Art Sprungbrett für „grassroots"-Fortschritte vor Ort nutzen.

Lokale und nationale Erfolge sind im Gegenzug die Voraussetzung dafür, dass auch die globalen Verhandlungsergebnissen besser werden. Nur weil es z.B. gelungen ist, den Kohleverbrauch in China 2014 zum ersten Mal in diesem Jahrhundert nicht mehr ansteigen zu lassen, hat sich China im Abkommen mit den USA verpflichtet, bald weniger Kohle zu verbrauchen. Dabei ist klar, dass der Kampf gegen den Smog in chinesischen Städten – vor allem natürlich getrieben von Gesundheitssorgen – der Hauptgrund für den verringerten Kohleverbrauch ist, nicht die globale Klimapolitik. Aber als erfreulicher Nebeneffekt macht die Senkung des Kohleverbrauches es auch wahrscheinlicher, dass China ein noch ehrgeizigeres Klimaversprechen in Paris abgibt.

An anderen Orten kann die Debatte um den Klimawandel ein wichtiges zusätzliches Argument gegen fossile Projekte sein. Denn wenn unser Klima nicht vollends außer Kontrolle geraten soll, dann dürfen über zwei Drittel der fossilen Ressourcen, über die wir heute schon Bescheid wissen, nicht verbrannt werden. Sie müssen im Boden bleiben. Deswegen können sich nicht nur die lokal Betroffenen sondern wir uns alle – zu Recht – zum Beispiel gegen neue Kohlehäfen am australischen Great Barrier Reef stellen. Deswegen gilt es, Ölbohrungen in der Arktis komplett zu unterbinden und die Arktis als „Commons" für die Menschheit zu bewahren. Die potentiellen zusätzlichen Emissionen dieser Projekte sind schlicht nicht hinnehmbar (Greenpeace International 2013). Sie gehen uns deshalb alle an.

Statt uns innerhalb der Bewegung über die Bedeutung von Paris und die Klimaverhandlungen zu streiten, sollten wir deshalb all unsere Kraft gemeinsam gegen diejenigen einsetzen, die durch das Verbrennen fossiler Energien, die Entwaldung oder andere Klimazerstörungen weiterhin Milliarden verdienen. Gerade die Lobbymacht der rückwärts gewandten Kräfte sollte durch den Pariser Klimagipfel skandalisiert werden (ähnlich wie Greenpeace es z.B. aus Anlass des Rio+20 Gipfels 2012 getan hatte (Greenpeace International 2012). Der VW-Skandal gibt dafür zusätzliche Munition. Denn VW ist nur die Spitze des Eisberges - die Autoindustrie als Ganzes nimmt direkt und

übermächtig Einfluss auf unsere Politik zum Schaden des Klimas, wie auch unserer Gesundheit (siehe z.B. Carter 2015).

Weltweit ist die Energiewende auf dem Vormarsch (Kosonen 2014). Das Momentum ist auf der Seite der Klimabewegung (Mittler 2014). Lasst uns dies nutzen und das Heft der Transformation gemeinsam in die Hand nehmen.

Denn was auch immer in Paris beschlossen wird, schon jetzt ist klar, dass auch danach Druck für schnellere und grundlegende Veränderungen notwendig sein wird (Mittler 2015). Die Welt wird nicht ein für alle Mal in Paris gerettet werden (und es wäre gut, wenn auch Avaaz dies nicht weiter behaupten würde; denn überzogene Erwartungen an Paris schüren nur Enttäuschung und Zynismus).

Die Umweltbewegung sollte die Aufmerksamkeit, die Paris bringt, effektiv nutzen und dadurch den notwendigen Wandel unsere Wirtschaft und unseres Konsummodells beschleunigen.

Daniel Mittler ist der Politische Direktor von Greenpeace International. Kontakt: daniel.mittler@greenpeace.org

Literatur

Avaaz 2015: 10 months to save the world, http://avaaz-email-aggregator2.blogspot.de/2015/02/10-months-to-save-world.html [14.10. 2015].

Carter, Laurence 2015: ‚Dieselgate' scandal: government regulator receives over £80 million from auto industry in past 10 years, http://energydesk.greenpeace.org/2015/10/12/dieselgate-scandal-government-regulator-receives-over-80-million-from-auto-industry-in-past-10-years/ [14.10. 2015].

The Economist 2015: „Sort of", The G7 and climate change, why the G7 is talking about decarbonisation, http://www.economist.com/news/international/21653964-why-g7-talking-about-decarbonisation-sort [14.10. 2015].

Laboucan-Massimo, Meldina 2015: Building a Solar Dream in a Tar Sands Nightmare, http://www.greenpeace.org/canada/en/blog/Blogentry/building-a-solar-dream-in-a-tar-sands-nightma/blog/54190/ [14.10. 2015].

Lipton, Chad 2014: One Year After Typhoon Yolanda, a Philippines City Rebuilds With Sustainable Transport in Mind, http://energyblog.nationalgeographic.com/2014/11/05/one-year-after-typhoon-yolanda-a-philippines-city-rebuilds-with-sustainble-transport-in-mind/ [14.10. 2015].

Greenpeace Deutschland 2015: Ein Fahrplan für die Zukunft, http://www.greenpeace.de/themen/energiewende/ein-fahrplan-fur-die-zukunft [14.10. 2015].

Greenpeace International 2012: Greenwash + 20, http://www.greenpeace.org/international/en/publications/Campaign-reports/Climate-Reports/GreenwashPlus20/ [14.10. 2015].

Greenpeace International 2013: Point of No Return, http://www.greenpeace.org/international/en/publications/Campaign-reports/Climate-Reports/Point-of-No-Return/ [14.10. 2015].

Greenpeace International 2015: The United Nations Sustainable Development Summit: Just words or a move towards a just and renewable future?, http://www.greenpeace.org/international/Global/international/briefings/climate/2015/SDG-Briefing.pdf [14.10.2015].

Kaiser, Martin/Mittler, Daniel 2014: Zeit für eine freundliche Übernahme, In: Politische Ökologie, Internationale Klimapolitik, Nummer 139, S. 18-26, online abrufbar: http://www.oekom.de/fileadmin/zeitschriften/poe_leseproben/poe_139_Lesebrobe_Kaiser.pdf [14.10. 2015].

Kosonen, Kaisa 2014: This ‚boom' might save the world – 10 quick facts about renewable energy, http://www.greenpeace.org/international/en/news/Blogs/making-waves/10-facts-about-renewable-energy/blog/51143/ [14.10. 2015].

Maier, Jürgen 2015: Es gibt gar keine Klimapolitik, http://www.klimaretter.info/standpunkte/19648-qes-gibt-gar-keine-klimapolitikq [14.10. 2015].

McGarth, Matt 2014: Fossil fuels should be phased out by 2100 says IPCC, http://www.bbc.com/news/science-environment-29855884 [14.10. 2015].

Mittler, Daniel 2014: Despite Lima: 2014 brought new momentum for climate action, http://outreach.stakeholderforum.org/index.php/225-cop20-wrap-up/11884-cop20-wu-despite-lima-2014-new-momentum-climate-change [14.10. 2015].

Mittler, Daniel 2015: A year to save the world? How crucial is 2015?, http://www.greenpeace.org/international/en/news/Blogs/makingwaves/how-crucial-is-2015/blog/52055/ [14.10.2015].

Pierce, Scott 2015: Naomi Klein On Why 2015 Is A Once-In-A-Generation Moment For Climate Change, https://collectively.org/en/article/naomi-klein-2015-climate-change/ [14.10.2015].

Spiegel Online 2015: Massendemo gegen TTIP: So viele kamen noch nie, http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ttip-demonstration-in-berlin-stellt-teilnehmerrekord-auf-a-1057187.html [14.10.2015].

Tandon, Shaun 2015: Brazil gives boost in push for climate deal, AFP, http://news.yahoo.com/brazils-rousseff-pledges-37-cut-greenhouse-gas-emissions-142149868.html [14.10.2015].

The Telegraph 2015: the most crucial year for decades in the climate battle, http://www.telegraph.co.uk/news/earth/environment/11322438/2015-the-most-crucial-year-for-decades-in-the-climate-battle.html [14.10.2015].

United Nations (UN) 2015: Sustainable Development Knowledge Platform, https://sustainabledevelopment.un.org/?menu=1300 [14.10.2015].

Zwischen Debatten-Allergie und Argumentations-Phobie

Der Mehrwert von Diskursen für eine vitale Öffentlichkeit

Thomas Leif

„In der Öffentlichkeit wird die Wahrheit unterdrückt."

Ex-Verfassungsrichter Paul Kirchhof, früheres Mitglied im Schattenkabinett von Angela Merkel

Die Chorgesänge der „vitalen, argumentierenden Zivilgesellschaft" mit dem Dauerrefrain der „Kraft der Argumente" bilden den Klangteppich für eine sedierte Gesellschaft, die unter Debatten-Allergie leidet. Carsten Linnemann und Jens Spahn gelten in der CDU als Hoffnungsträger, als Politiker der jüngeren Abgeordnetengeneration, die sich jenseits der entkernten Union noch eine „zukunftsgerichtete" Politik vorstellen können. Die (interne) Beschäftigung mit Alternativen zur jüngst beschlossenen Rentenpolitik macht die leisen Opponenten in der gesamten Union bereits zu Ausnahmeerscheinungen. Kürzlich haben der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung (MIT) und der ambitionierte Gesundheitspolitiker sogar ein paar wachsweiche Thesen als Gegenentwurf zur Politik der Großen Koalition veröffentlicht. Mit der vorsichtigen Präsentation einiger Argumente für eine ausbalancierte Politik der Generationengerechtigkeit war jedoch ihre Konfliktbereitschaft zur scheinbar allmächtigen Kanzlerin bereits ausgereizt.

Nicht nur die beiden Nachwuchspolitiker empfinden Merkels kalkulierte Klientelpolitik für die älteren Wähler als eine Art Hypothek, die sie als politische Erben später teuer bezahlen müssen. Aber: Sie wollen nur „kontrolliert anecken, ohne sich in einer rituellen Fundamentalopposition zu vernörgeln" (Die Zeit, 18.6.2014). Diese politische Signatur einer ganzen Generation muss man noch einmal in seine Bestandteile zerlegen, um die Wirkung ihrer negativen Utopie in der ganzen Tragweite zu verstehen. „Kontrolliert anecken", ohne sich rituell zu „vernörgeln": Das klingt nach freiwilliger Kapitulation aus Angst vor der persönlichen Entsorgung. Ähnlich denken die Leisetreter des konservativen „Berliner Kreises" in der CDU, aber auch die versprengt-verfeindeten Mitglieder sozialdemokratischer Subgruppen oder selbst führende Flügelfiguren der Grünen. Positionsstreit, argumentativ unterlegt, programmatisch fundiert und als Diskursprozess angelegt, gilt unter ambitionierten Politikern aller Schattierungen als nutzloses Unterfangen oder gar als kalkulierte Karrierevernichtung.

Dabei gehören Linnemann und Spahn schon zu den „mutigsten" Nachwuchskräften der CDU-Bundestagsfraktion. Von den 25 MdB-Aufsteigern – 21 sind neu im Parlament – ist sonst niemand mit Gegenentwürfen oder gar Alternativkonzepten in den zentralen Politikfeldern aufgefallen. Und dies, obwohl nicht nur Linnemann eine große Sehnsucht nach „Debatte und nach Zukunft" in der Merkel-CDU verspürt. Für Spahn hat sich die „Diskurs-Investition" gelohnt. Inzwischen hat er den Aufstieg in die CDU-Spitze und als Staatssekretär ins Finanzministerium geschafft. Diese steile Karriere kann auch als Diskursprämie verstanden werden. Auf jedem Kreisparteitag der CDU sind ähnliche Sehnsuchtsvokabeln, wie von Spahn und Linnemann, en vogue. Sie verpuffen aber meist im Nichts.

Von der jüngeren Generation auch aus anderen Parteien sind ebenfalls kaum Aufbruchsignale oder Gegenentwürfe zur „Rentenpolitik für die ältere Generation" oder anderen wesentlichen Zukunftsfragen zu vernehmen. Die jüngsten, ernstzunehmenden Proteste richteten sich gegen Studiengebühren, nicht etwa gegen die „Bildung Bolognese", die nach zwei Jahrzehnten die Universität zu einem bürokratischen „Punkte-Sammlungs-System" degradiert hat. Die zunehmende Vergreisung des Parlamentsbetriebs mag diesen Trend noch forcieren. Der Anteil der Parlamentarier unter 40 Jahren ist noch einmal geschrumpft – auf heute 18 Prozent. In der Periode zuvor waren es knapp 21 Prozent. In den Länderparlamenten ist die repräsentative Schieflage noch markanter. All diese Trends folgen einer unaufhaltsamen demographischen Logik: Bei der Bundestagswahl 2017 wird die Generation 55 plus die Mehrzahl der Wähler stellen. Schon heute gibt die Generation 55 plus nicht nur in SPD und der Union den Ton an. Weil die Jüngeren tendenziell wahlmüder und gleichgültiger sind, wird sich dieser „Rentnereffekt" noch verschärfen.

Absehbar wird die Generation 55 plus die Agenda der Wahlversprechen bestimmen. Das jüngste Angebot der Kanzlerin die Ost-Renten rasch anzugleichen, weist in diese Richtung. Der strittige Austausch von Argumenten zu den vordringlichen Konfliktthemen soll explizit ausgeklammert werden; solche Debatten hemmen die Entscheidungsfreude und gelten im nervösen Tagesbetrieb als lästig und störend. Streit in der Sache, also der Sauerstoff der Demokratie, schade dem eigenen Lager und nutze nur der Konkurrenz. Mit diesem unverrückbaren Glaubenssatz, der wie Mehltau den politischen Prozess belegt hat, amputiert sich eine argumentierende Politik selbst.

Von der gebetsmühlenartig zitierten „Zivilgesellschaft" war in der Debatte um die künftige Rentenpolitik ebenfalls wenig zu hören. Auch in weiteren politischen Konfliktthemen – von der Pflegereform bis zum Bologna-Flop – ist die Stimme der „Zivilgesellschaft" leise, kaum vernehmbar. Luise Frank, die Pressereferentin des BUND Bayern, hat stellvertretend für die meisten „Nichtregierungs-Organisationen" ihr Verständnis von „Lobbyismus" in den sozialen Medien formuliert: „So können wir für den Verband und unsere Interessen ein permanen-

tes Grundrauschen erzeugen". Grundrauschen – statt strategisch angelegten Diskurs. Das kennzeichnet die Lage ganz treffend.

Debatten leben aber von dem vernehmbaren Widerspruch im Wechselspiel von parlamentarischen und außerparlamentarischen Akteuren. Dieser „Austauschprozess" ist jenseits von kurz auflodernder Empörung ermattet. Außerparlamentarische Akteure haben keinen Resonanzboden mehr in Parteien und Parlament.

1 | „Die verratene Generation" arrangiert sich mit dem Verrat

Am Fallbeispiel der in „diskussionsloser Geschlossenheit" administrierten Rentenpolitik wird die Kluft zwischen eigentlich notwendiger vorausschauender Politikplanung und kurzsichtiger Politikrealisierung deutlich. Dabei sind die Kennziffern der strapazierten Haushalte allen bekannt: Ein Schuldenberg von zwei Billionen Euro, jeder vierte Steuer-Euro wird von Zinsen verschlungen. Die Tragweite der beschlossenen Schuldenbremse ist nicht einmal in Ansätzen verstanden. In diesem fiskalpolitischen Set, das der Öffentlichkeit als Konsolidierung verkauft wird, schlägt die Mütterrente allein mit 6,6 Milliarden Euro jährlich zu Buche.

Wie sich zusätzlich die Rente mit 63 Jahren und die Angleichung der Ost-Renten am Ende auf die ramponierten Haushalte auswirken werden, ist noch nicht genau zu beziffern. Klar ist aber schon heute, dass die Jüngeren mehr in die Rentenkassen zahlen müssen, um am Ende (jenseits von 63 Jahren) weniger zu bekommen. Die Autorinnen Christina Bylow und Kristina Vaillant (2014) haben jüngst in ihrem Buch „Die verratene Generation" kalt nachgerechnet und für die Generation der Baby-Boomer (Frauen der Jahrgänge 58-68) eine schockierende Prognose präsentiert. Diese Generation – Erziehungszeiten, Ausbildung und Berufswechsel einbezogen – kann nach Berechnung der Autorinnen mit einer Rente von 600 Euro rechnen. Wären dies nicht Kennziffern für eine argumentierende Politik, die zudem die verschobene demografische Frage interessant aktualisieren könnte?

Wie in anderen Politikfeldern – etwa dem verschleppten Einwanderungsgesetz oder der bigotten Flüchtlingspolitik – wird aber jeder kritische Zukunftsdiskurs sorgfältig eingehegt. Die rückwärtsgewandte Renten-Politik ist absehbar ein langsam wirkendes Vertrauens-Vernichtungsprogramm. Nicht nur mit Blick auf Tauglichkeit und „Fairness" der Rentenversicherung und dem Siegel eines verlässlichen Generationenvertrages. Sie treibt auch einen Keil zwischen die Jüngeren und die Älteren. Die Rentenpolitik steht nur als „Platzhalter" für weitere ungelöste Großthemen – von der Bildung bis zur Migration, von Steuern bis zur Mobilität.

2 | Die Diskursarmut leidet unter dem Ermüdungsbruch nicht nur der jüngeren Generation

Aber die „Generation Y" (Y=Why), das Fundament einer vitalen Zivilgesellschaft, die angeblich alles hinterfragt und nicht nur die digitale Welt für sich erobert hat, scheinen diese Erosionen nicht zu interessieren. Sie favorisiert eine harmonische Work-Life-Balance, in der Freunde, Freizeit und Familie Vorrang haben. Untersuchungsergebnisse der Personalberatung Kienbaum, die auch als eine leise Auswanderung aus der Leistungsgesellschaft gelesen werden können, haben viele „Personaler" irritiert. Eine verschärfte Krisenlage und eine zukunftsvergessene Politik werden also mit einer zunehmenden Gleichgültigkeit der Betroffenen und ihrer politischen Repräsentanten beantwortet.

Heiner Geißlers Credo, dass man stets Streit in einer wichtigen Sache anfangen müsse, hat nicht nur im konservativen Milieu seine Gültigkeit verloren. Der Verzicht auf Streit in der Sache gilt mittlerweile als höchste politische Tugend der politischen Klasse. Gefragt ist der Politikertyp, der Konfliktkanten frühzeitig wegschmirgelt, Streitthemen ausklammert und im präsidialen Habitus mit wolkigen Verspre-

chungen Brücken zwischen den Lagern baut. Streit in der Sache setzt eine Haltung voraus und erfordert Fachkenntnisse. Zudem ist Streit immer risikoreich, weil die Folgen der Auseinandersetzungen innerparteilich und im Konkurrenzkampf der anderen Parteien nicht kalkulierbar sind.

Die belgische Philosophin Chantal Mouffe (2014) fordert in ihrem aktuellen Titel „Agonistik" (Suhrkamp) dagegen einen Wettstreit der politischen Akteure um Positionen und Argumente; sie plädiert für weniger Konsens, weil dieser die Nivellierung politischer Unterschiede fördere und schließlich zu Apathie und Entfremdung der Bürger führe. Studien des Kölner Rheingold-Instituts und des Berliner Wissenschaftlers Byung-Chul Han (2010) belegen eindrücklich, dass die „ermüdete Gesellschaft" den Zustand der sogenannten „Zivilgesellschaft" beschreibt. Nils Minkmar (2013) hat diesen lähmenden Gemütszustand der Deutschen wiederholt in der FAS diagnostiziert und in seinen Beobachtungen rund um den Wahlkampf Peer Steinbrücks 2013 in dem Buch „Der Zirkus" als Milieu-Studie unterlegt. Die Passivität der politisch sedierten Gesellschaft gilt nicht nur im Feld der Rentenpolitik, sondern prägt fast alle Politikfelder. Mustert man diese, muss man bilanzieren, dass Absichtserklärungen, Ankündigungen und der Verweis auf „leere Kassen" den Kommunikationsbetrieb prägen. Garniert mit einer Vertröstungs-Wortwolke, die die strategisch ausgerichtete Politik des Nichts-Tuns oder zögerlichen Abwartens kaschieren und dekorieren soll.

Risikovermeidung als professionelles Prinzip führt noch zu einer weiteren Konsequenz, die aus Sicht vieler Bürger prägend ist: die Nutzung gezielt unverbindlicher, mehrdeutiger Positionen und Formulierungen. Alle Positionen müssen vermeintlich klar klingen, aber stets die eine Exit-Chance bereithalten. Auch diese Grammatik der Politik kontaminiert einen argumentierenden Diskurs-Stil.

3 | Diskursverweigerung und Argumentationsverachtung zehren die Demokratie aus – Grundübel: das Konzept der asymmetrischen Demobilisierung

So schlicht es auf den ersten Blick klingen mag: In der Nach-Merkel-Ära wird man sich in den Außenseiter-Medien, einigen Qualitätsblogs und den Hörfunk-Kulturwellen um Mitternacht mit diesem Befund auseinandersetzen. Angela Merkel personifiziert mit ihrem Stil, Konfliktthemen zu entsaften, einzuhegen, zu verlagern oder auszuklammern, eine diskursfreie



Politik. Nach außen regelt sie Sachzwänge, verschont die Bürgerinnen und Bürger vom Zwang, Haltung zu zeigen oder Positionen einzunehmen. Ihre Inszenierung von Politik besteht in der (kalkulierten) Nicht-Inszenierung im administrativen Sachwalterstil. Damit produziert sie ein Grundgefühl der sorgenvollen Zufriedenheit, in dem Argumente und Debatten als Störfaktoren gelten. Sie ist Meisterin der kontrollierten Kommunikation. Nach innen erstickt sie in ähnlicher Konsequenz jeden Meinungsstreit. Selbst arglose Kritiker, die homöopathischen Dosen Widerspruch anmelden oder andere Sichtweisen einbringen, werden kaltgestellt, zumindest eindeutig gewarnt.

Überlagert wird dieses Führungskonzept von der Idee der asymmetrischen Demobilisierung. Konfliktthemen, mit der die politische Konkurrenz sich abzugrenzen sucht, werden – möglichst bereits im Vorfeld – durch vorsichtige Zustimmung, Annäherung oder ähnlich klingende Programmideen „abgeräumt" oder aufgesogen. Durch diese gezielte Eindruckserweckung sollen die letzten Kontraste zwischen den politischen Lagern (zumindest semantisch) verschwimmen. Das politische Ziel: Bestimmte Wählergruppen soll der Ansporn genommen werden, sich an Debatten zu beteiligen und oder gar einen Sinn in Wahlen zu sehen. All zu viele Präzisierungen werden vermieden, Programmdebatten immer wieder verschoben und Parteitage auf das demokratische Minimum reduziert. Dies sind die Zutaten für eine Debatten-Allergie, die die Kanzlerin wie ein süßes Gift in die Gesellschaft träufelt. Wenn diese Medizin lange genug verabreicht wird, gewöhnt sich der Patient an die Dosis Demokratieentzug. Denn der demokratische Prozess lebt vom stetigen Austausch von Argumenten und Positionen. Sie sind wesentlich, wichtiger demokratischer Kernbestand – nicht nur eine zufällige Randgröße.

Das besonders Fatale an dem „Anti-Diskurs-Virus", den die Kanzlerin personifiziert, ist die Ausstrahlung ihres Erfolgs-Modells besonders auf die politische Konkurrenz. Merkel gilt mit ihrem puristischen Stil unter Spitzenpolitikern außerhalb der CDU als „Lichtgestalt". Nicht nur Spitzenpolitiker „bewundern" die Methode-Merkel. Mit der von ihr forcierten Debatten-Allergie steigert sie ihre Popularität. Diese Grunderkenntnis treibt die Spirale der „diskussionslosen Geschlossenheit" in allen Parteien weiter an.

4 | Argumentierende Bürger stören den etablierten Politikbetrieb und werden zunehmend als Konkurrenten empfunden

Christian Wulff wollte seine Amtszeit als Bundespräsident dem Thema „Zukunft der Demokratie" widmen. Er sorgte sich vor allem um das „mangelnde Interesse vieler Bürger, sich in den Kommunen zu engagieren." In vielen Gemeinden finden sich nicht mehr ausreichend viele Persönlichkeiten, die das Amt des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin wahrnehmen möchten. In zahlreichen Städten haben die Parteien Mühe, die geforderten Kandidatinnen und Kandidaten für Wahllisten zu überzeugen. Auch das schlechte Image der Politiker motivierte ihn (vor seinem Sturz) zu seiner ungewöhnlichen programmatischen Schwerpunktsetzung. „Heute begleitet die Politiker viel Häme, viel Spott und viel Misstrauen – mehr als früher." Ungewöhnlich klar analysierte er schon vor seinem Fall: „Der Graben zwischen Wählern und Gewählten wird größer." Vertrauensverlust und Wahlverweigerung gegenüber Politik und Parlament einerseits, Passivität, Beteiligungs-Abstinenz und Desinteresse der Bürger andererseits. Die Kerze der Demokratie brennt also von zwei Seiten und niemand kann – jenseits wohlmeinender Appelle – eine überzeugende Perspektive zur Vitalisierung demokratischer Austauschprozesse bieten. Wenn heute – etwa in regionalen Konflikten – „Dialoge" angeboten werden, ist dies meist aus Sicht der Betroffenen ein untrügliches Zeichen, „das Thema tot zu machen", wie es im Jargon heißt.

Zum Lagebild gehört auch, dass Wulffs Entscheidung, die Bedrohung der Demokratie

in Deutschland zu „seinem“ Thema zu machen, kaum öffentliche Resonanz fand, unabhängig von seiner kurzen Amtszeit bis Ende 2012. Die Idee für dieses Demokratieprojekt stammte von der Bertelsmann-Stiftung, die mit vergleichsweise gigantischem Aufwand engagierte Bürger zu Demokratieforen im Bonner Wasserwerk versammelte. Tausende Bürger wurden eingeladen, ihre politischen Zielvorstellungen in Großkongressen zu debattieren und schließlich zu bündeln.

Doch auch dieses Großprojekt versandete. Ein wesentlicher Grund: Man wurde die Geister nicht los, die man zuvor gerufen hatte. Je intensiver die ausgesuchten Bürgerinnen und Bürger sich mit „ihrem“ Thema beschäftigten und die Argumente prüften, umso präziser formulierten sie ihre Gegenentwürfe und traten zunehmend ungeduldiger mit klaren, argumentativ unterlegten Forderungen auf. Ähnliche Grunderfahrungen lassen sich aus anderen „Demokratie- und Beteiligungsprojekten“ ablesen. Mit zunehmender Themensicherheit wachsen engagierte Bürger zu Konkurrenten der im Konsens eingespielten „Parlamentspolitik“ heran. Eine Einladung auf die Tribüne des Landtags mit anschließendem Bürgerdialog verliert seine Anziehungskraft.

Die etablierte Politik spürt offenbar, dass die Abkopplung von Bürgern und Regierenden eine gefährliche Intensität erreicht hat. Mit der Diagnose dieses heiklen Zustands hat sich flächendeckend Ratlosigkeit in der politischen Klasse ausgebreitet. Therapieansätze, wie der Demokratie-Sklerose begegnet werden könnte, zeichnen sich jedoch nicht ab. Die CDU sucht Antworten in einer von vornherein sehr kleinmütig konzipierten Parteireform. Dabei müssten die Sekretäre nur einen Blick ins Archiv werfen. Vor 20 Jahren hatte eine CDU-Kommission bereits ein exzellentes Papier zur Parteireform vorgelegt.

„Gelesen. Gelacht. Gelocht“ – nach diesem Prinzip selbst fruchtbarer Programm-Debatten wurde auch hier verfahren. Die SPD flieht – wie so oft in der Not – in die Abgründe der Demoskopie. „Schwierige Zielgruppen“ (u.a. der Jungwähler) sollen demnächst genau nach ihren Motiven ihrer Politikverachtung befragt werden. Die Organisationen und Parteivertreter, die sich zivilgesellschaftlichem Engagement verschrieben haben, müssten hier ansetzen. Ohne die Bereitschaft zum begrenzten Konflikt und argumentativen Austausch reagieren Ministerial-Beamte, Abgeordnete und Funktionäre nicht. Die grassierende „Debatten-Allergie“ ist aus einem anderen Krankheitsbild hervorgegangen: aus der Immunisierung gegen alle wesentlichen gesellschaftspolitischen Konfliktthemen und dem Verzicht auf eine damit verbundene aufrichtige, sorgfältige, vor allem offene Programmdebatte.

5 | „Argumentationsarmut“ oder Diskurs-Verweigerung?

Jürgen Habermas lebendiges Vermächtnis, „der zwanglose Zwang des besseren Arguments“, hat schon lange keine Konjunktur mehr. Vordergründig sehen alle Akteure, die einen öffentlichen Diskurs zu wichtigen Fragen pflegen könnten, keinen Nutzen für den Streit um die besseren Argumente: Wer argumentiert, muss Prioritäten setzen, Wertefragen für und gegen eine inhaltliche Entscheidung klären und für seine Position streiten. Daraus erwächst Polarisierung. Das Gros der amtierenden politischen Klasse will aber beruhigenden Konsens und die „sorgenvolle Zufriedenheit“ der Bürger nicht stören, sich nicht angreifbar machen.

Die Medien bevorzugen den rasch wechselnden Empörungsrausch in Echtzeit, der angezettelt und bald wieder von einer neuen Welle abgelöst werden soll. Schon Luhmann analysierte, dass die Medien an Neuigkeiten, nicht aber an Wichtigkeiten interessiert sind. „Interessant geht vor relevant“ – heißt es heute in den journalistischen Handreichungen.

Die Bürger vermuten im Streit um Argumente zu oft folgenlose Kulissenschieberei und mangelnden Ernst. Das Credo: „Wer seine Meinung sagt, kann etwas ändern“ (Memo auf dem Schreibtisch des VW-Konzernbetriebsratsvorsitzenden) taugt nur noch für Poesiealben.

Das Gefühl, dass sich die Richtung in einzelnen Politikfeldern grundsätzlich ändern könnte, ist verkümmert. Besonders in Zeiten Großer Koalitionen dämpft dies die Bereitschaft, sich einzumischen.

Die Eindruckserweckung gilt unter Politikern als die hohe Kunst der Profession, nicht die Überzeugungskraft von geklärten Argumenten und begründeten Haltungen.Bestimmte Positionen werden systematisch als „Test-Ballon" in speziell passenden Medien „platziert", um zunächst die Reaktion der Medien zu testen und dann die Positionen zu forcieren oder wieder einzufangen. Kontrollierte Kommunikation ist zum Prinzip geworden. Abgestimmte „wordings" werden an die zitierfähige Parteispitze per SMS versendet und als verpflichtend eingestuft. Besonders in Konfliktsituationen werden wachsweiche Formulierungen gewählt, die jederzeit „dementifähig" sind. Gezielte Unklarheit ist kein Nebenprodukt von Unfähigkeit, sondern gezielte Kommunikationsstrategie.

Auch für gewiefte Politiker ist die Resonanz ihrer Äußerungen schwer kalkulierbar. Eine „Nicht-Aussage" kann „explodieren", ein wirklich neuer Gedanke kann in der Flut der Meldungen einfach untergehen. Wenn man den Output an „exklusiven" Wochenendmeldungen studiert, wird man kaum ein belastbares Relevanzmuster entziffern können. Die Wirkung der harmlosen Aussage: „Nichts ist gut in Afghanistan" mag diese neue Unübersichtlichkeit anschaulich illustrieren. Offenbar hatte die frühere EKD-Ratspräsidentin Käßmann damit ein Tabu angesprochen.

Frank Schirrmacher, der nach seinem plötzlichen Tod als argumentierende Lichtgestalt und Kontrast zum Defizit diskursiver Politik gefeiert wurde, hat mit seinen Impulsen und Anstößen eine Blaupause für mehr Argumente im öffentlichen Raum hinterlassen. Schirrmacher wollte den Streit und den Bruch mit Denkmustern. Konfliktbereitschaft und (gelegentlich hemmungslose) Zuspitzung waren ihm Katalysator für die herausfordernde Beachtung von verborgenen Themen und die Argumentations-Animation für relevante Streitthemen. Natürlich beherrschte er mit seiner Themensetzung auch die Gesetze moderner Kampagnen-Führung und die Vorzüge des genre-übergreifenden Medien-Mix, die er perfekt nutzte.

Er war ein risikobereiter Musterbrecher. In diesem Sinne könnte er als Ausnahmefigur auch ein Leitbild für Akteure der sogenannten Zivilgesellschaft sein, die – jenseits ihres Grundrauschens – mehr wollen, als den Zeitpunkt abzuwarten, wann ihre Zeit gekommen ist.

6 | Person als Narrativ: Die einfache Lebensstory ersetzt den in der Sache argumentierenden Politiker

„Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg" – besonders im politischen Betrieb gilt dieser Leitsatz. Wer hat demoskopisch ablesbaren Erfolg, wer steht auf den Spitzenplätzen der Sympathie-Fieberkurve? In der politischen Szene Deutschlands ist keine Spitzenfigur erkennbar, die stetig auf Diskurspolitik setzt, dem zwanglosen Zwang des besseren Arguments vertraut. Ein gegenläufiger Trend ist erkennbar. Ein Spitzenpolitiker, der im Kampf um mediale Aufmerksamkeit bestehen will, muss – jenseits von Positionen, Programmen und Argumenten – ein besonderes Narrativ in sich tragen, das die Auseinandersetzung um Sachfragen überlagert.

Jochen Buchsteiner (FAZ 8.8.2014) hat diese Entwicklung am Beispiel des konservativen Londoner Bürgermeisters Boris Johnson nachgezeichnet. Johnson hat zwar noch keinen Wahlkreis, aber er gilt bereits als der Herausforderer des britischen Regierungschefs Cameron. Ihm wird zugetraut, Partei und Politik „popularisieren zu können". Sein Fazit: „Fast scheint es, als transformiere sich Politik über ihn zu etwas Un- oder Überparteilichen." Ein Bezug zur Kanzlerin drängt sich hier auf. Auch weitere Charakteristika illustrieren den künftigen Erfolgstypus auf der politischen Bühne. „Sein Witz, seine Schlagfertigkeit, sein beinahe komödiantisches Talent haben ihn zu einem Superstar der Politik gemacht, dem auch nicht-konservative Wähler erliegen".

Und: „Johnson inszeniert sich als spontan, manchmal fahrig, fast chaotisch, aber meistens steckt Kalkül dahinter".

Markierungen, die auch bei anderen Erfolgskarrieren zu besichtigen sind. Argumentierender Diskurs, sortierte und begründete Positionen: Für diesen Stil scheint in postdemokratischen Gesellschaften, die unter der fatalen Verbindung von Komplexitätsdruck, finanzieller Auszehrung und starken Wirtschafts-Interessen leiden, wenig Platz zu sein. Der Typ „Johnson" macht auch in Deutschland jenseits von Herrn zu Guttenberg Karriere.

Eine ähnliche Bedeutung eines politischen Narrativs kann man in Hessen am Beispiel einer Landesregierung beobachten. Das Klein-Klein der schleppenden Landespolitik verschwindet hinter dem großen Zukunfts-Bild einer Schwarz-Grünen Koalition auf Bundesebene. Der hessische Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) versteigt sich folgerichtig schon in das geeignete Superlativ: „Schwarz-Grün ist ein Gesamtkunstwerk". (*FAZ* 8.8.2014) Die Rezeptur für dieses Narrativ liefert der Politiker gleich mit: „Außerdem trifft man sich jeden Montagabend – und bleibt notfalls auch bis in die Puppen, um Konflikte beizulegen oder im Keim zu ersticken".

Das Projekt „Schwarz-Grün", übrigens die Lieblings-Konstellation der meisten Meinungsführer, erreicht eine besondere Strahlkraft. Wenn bei der Konstruktion dieses Narrativs aber Konflikte systematisch vorab begradigt werden, bleibt kein Raum mehr für den Austausch von Argumenten in der Öffentlichkeit oder im Parlament. Ähnlich verhält es sich auch in kleinen Koalitionen. Kadavergehorsam, Konsenszwang, Konflikt-Ausblendung ersetzen die langen Linien von Programmideen oder weichen einst unverwechselbaren Positionen bis zur Unkenntlichkeit auf.

Auch in Rheinland-Pfalz überstrahlt ein Narrativ das regionale Geschehen. Die Person der Ministerpräsidentin, die trotz schwerer Krankheit Politik leidenschaftlich betreibt, scheint wichtiger zu sein als die klassische Landespolitik. In Talk-Shows wird sie immer wieder explizit auf Grund ihres „Schicksals", nicht wegen den landespolitischen Kernthemen oder besonderer politischer Fragestellungen eingeladen. Ihr Bekanntheitsgrad und die nationale Berichterstattung über sie stützen sich allein auf dieses Narrativ. Ihre Konkurrentin von der CDU konnte ihr politisches Profil vor allem durch eine stringente Weight-Watcher-Kur aufpolieren. Hinter solchen Narrativen verschwinden Kommunal-Reform und Länderfinanzausgleich.

Die drei Beispiele lassen sich zu einem künftigen Trend bündeln: Spitzenpolitiker streben ein bestimmten Narrativ an, mit dem sie öffentlich verbunden werden. Dieses oft kontextfreie Sinnbild überlagert dann alle Fragen nach argumentativ unterlegter Sachpolitik. Andernfalls erfüllen sie nicht die Ansprüche einer medialen Aufmerksamkeits-Ökonomie, die einfache Bilder verlangt und die Lust an Differenzierungen, Nuancen und Kontexten verloren hat. Dieses Erfolgsmodell färbt auf den Politikbetrieb ab: Im Ergebnis rücken rationale Argumente, überlegte Sachauseinandersetzungen und damit eine lebendige Debattenkultur in den Hintergrund. Dieser Trend wird von den Medien vorangetrieben, mitunter auch erzeugt. Die Sichtbarkeit von Personen und deren (persönliche) Stories passen besser in die Agenda der Medien als schlüssige Argumente, ausgereifte Konzepte und konsistente Politikentwürfe.

7 | Machtkampf zwischen Medien und Politik: Medien meiden Diskurse und empfinden Argumente als „Quotengift"

Im Kern geht es in der Aufmerksamkeitsökonomie um einen (lautlosen) Machtkampf, wer die Interpretationshoheit um politische Vorgänge hat: die Medien – oder die Politik? Die mediale Genese beim Sturz des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff ist – jenseits der Gewichtung einzelner Ungeschicklichkeiten, Fehler und vermeintlicher Charakterschwächen – solch ein Machtkampf

um die Interpretationshoheit zwischen Medien und Politik.

Der frühere Chef des heute-journals (ZDF), Wolf von Lojewski, hat bereits Ende 2012 in seiner Eröffnungsrede beim Mainzer Medien Disput im ZDF auf diese Dominanzfrage hingewiesen. Nach seiner Einschätzung geht es nicht nur in der sogenannten Skandalberichterstattung um die Machtfrage. Lojewski sieht eine zunehmende Macht der Medien im Kontrast zur Politik. Bald könnten Politiker froh sein, wenn sie zu wichtigen Themen noch befragt würden (vgl. www.newsroom, 16.10.2012).

Eine ähnliche, aber noch tiefer gehende Diagnose, präsentierte der frühere grüne Spitzenpolitiker Jürgen Trittin. In seiner Erfahrungsbilanz setzen die Medien „Themen, Trends und Stimmungen". Sie spielen einen aktiven Part in der Gestaltung oder Verhinderung von Diskursen. Jürgen Trittin verglich den Berliner Politikbetrieb mit den Machenschaften, die in der oft gerühmten US-Serie „House of Cards" zu besichtigen sind. Die Verzahnung zwischen Medien und Abgeordneten und die Abhängigkeit von Entscheidungsträgern von den Mächtigen aus Industrie und Wirtschaft sind die wesentlichen Narrative von „House of Cards". Die Serie, so Trittin, „zertrümmert rücksichtslos das Gerede von den Medien als Kontrolleure der Macht. Medien sind selber Teil der Macht. Sie berichten nicht einfach, sie setzen Themen". (*Freitag*, 9.1.2014) Der übliche Deal („Ich versorge Dich mit Material und Du zitierst mich") müsse nicht zu zeitweiligen Verhältnissen (wie bei den Protagonisten der Serie) führen. „Aber es läuft genau so", bilanzierte der grüne Spitzenkandidat 2013. „Medien sind Teil der politischen Maschinerie, auch wenn sie das scheinheilig verleugnen, stattdessen pauschalierend über „die Politik" reden und damit das Vorhandensein realer politischer Alternativen vernebeln. Sie setzen Themen, Trends und Stimmungen", resümierte Trittin.

Auffällig ist, dass Trittins vernichtende Analyse in der Öffentlichkeit kaum aufgegriffen wurde; kein anderer aktiver Politiker hat bislang eine vergleichbare Praxiskritik in dieser Klarheit öffentlich geliefert. Möglicherweise herrscht die immer wieder – hinter vorgehaltener Hand – präsentierte Meinung vor, man solle sich nicht mit den Medien anlegen. Zudem seien die eingeübten Mechanismen des Agenda Settings und Agenda Cuttings, der Unterhaltungssucht und der Personalisierung nicht mehr umkehrbar. Ein Arrangement mit der medialen Empörung sei günstiger als eine nüchterne Kritik.

8 | Macht ohne Verantwortung: Eine reflexionsblinde Branche steuert die Publikumsempörung in Echtzeit

Folgende „gelernte" Medientrends liefern den Rahmen einer Medienanalyse, die für Argumente und Diskurse wenig Raum lässt: Der „Aufreger" ist zum zentralen Genre der Nachrichtenproduktion avanciert. Die Stimulierung einer „Echtzeitempörung" wird zur Königsdisziplin im medialen Betrieb. Begleitet wird dieser Trend durch einen informellen (aber unaufhaltsamen) Wandel der Nachrichtenfaktoren. Gesprächswert steht ganz oben. Echte Relevanz wird „unrelevant". „Akzeptanz ist Relevanz", diese Formel hat bereits den Status eines offizielle Slogans erreicht; die jeweils erzielte Reichweite, Quote, Auflage oder Klickrate wird zur Legitimationsinstanz und zum Druckfaktor von journalistischen Entscheidungen. Der innere Kompass im Journalismus ist verlorengegangen. „Die Umkehr der Wichtigkeiten" (Richard von Weizsäcker) ist Programm und stützt sich auf interne Publikums-Akzeptanz-Ergebnisse der Medienforschung.

Die Folge ist ein verändertes Berufsbild: Im Kern müsste in den Berufsberatungsblättern der Beruf des Journalisten mit „Emotions-Ingenieur" angegeben werden. Oder als „Gesprächs-Animateur" beziehungsweise „Gefühls-Simulant". Neben dem erwähnten „Gesprächswert" eines „Aufregers" ist vor allem „schöne Information" gefragt. (Service, Kochen, Tiere, Reisen, Adel, Landschaften,

Quiz, Mundart-Theater uvm.). „Sperrige Politik-Themen" rücken an den Rand. „Postkarten-Journalismus" wird zum Kerngeschäft. Eine *Focus*-Kolumnistin nennt dies die Abkehr von den „Politik-Politik-Themen".

Journalisten sind vor allem Produzenten von vorgefertigten Stoffen, die höchstens noch konfektioniert, veredelt, evtl. erweitert werden. „Branded Journalism" oder extern zugeliefertes „Content Marketing" gewinnt immer mehr an Bedeutung. Das Berichten aus eigener Anschauung, vor Ort, mit der Nutzung vielfältiger, unabhängiger Quellen und der Einordnung auf der Basis von (spezieller) Fachkenntnis und Erfahrungswissen ist „old school". Argumentierender Journalismus, der im Ergebnis nicht vorhersehbar ist, der Nuancen wahrnimmt und Differenzierungen einbezieht, erklärt und hinterfragt, gilt als „überholt". Ausnahmen in Nischen eingeschlossen.

Gnadenlos zugespitzte Überschriftentexte sind wichtiger als eine ausgeruhte Analyse. Suchmaschinen-Optimierung hat eine wesentlich größere Bedeutung als Quellenzugänge und die Kernfunktion des Kuratierens von Informationen. Erfahrungswissen und Fachkompetenz oder Handschriften von Autoren haben offenbar keinen Mehrwert; sie gelten im tempogetriebenen News-Betrieb eher als lästig und umständlich. Sinnfällige Beispiele für diesen Trend sind die Ranking- und Check-Formate, die Objektivität simulieren, ohne ihre Begründungsmuster – jenseits von überschaubaren Votings der Nutzer – offen zu legen. Leichte Service-Kost wird in einer Flut von Sendungen rund um Essen und Nahrung serviert, ohne das „Billig-Kaufverhalten", die industrielle Produktion von Nahrungsmitteln oder die Konzentrationswirkungen der Lebensmitteldiscounter unter die Lupe zu nehmen. Phänomene werden thematisiert, ihre strukturellen Hintergründe weitgehend ausgeblendet.

Die Voraussetzung für dieses (fast) durchgängige Produktionsmodell ist die Selbstbegrenzung auf eine gnadenlose Komplexitätsreduzierung aller Stoffe und damit der Verzicht auf Differenzierung („RTL2 Prinzip"). Der einfache Erzählsatz zählt allein beim Themen-Verkauf. („Alles muss man sofort in einem Satz – dem Küchenzuruf – präsentieren können.") „Informations-Reduzierung erhöht den Erzählfluss" – lautet das erste Gebot. Die serielle Banalisierung aller Stoffe, garniert mit interessanten, visuellen Unterhaltungselementen, gilt als Garant für Quoten, Auflagen, Klicks. Jeder Grauwert, jede Differenzierung abseits der Hauptlinie der jeweiligen Story irritiert die Programm-Ansager, wie selbst ein Redakteur des Deutschlandfunks kürzlich beklagte.

Es geht immer mehr um Verpackung. Die Konfektionierung (Hülle) ist wichtiger als der Inhalt („10 Top-Erfolgsfaktoren für Politiker"). In Boulevard-Lehrbüchern heißt es: „Komplexitätsreduzierung ist Quotensteigerung". Journalismus soll „Aha-Erlebnisse" verschaffen. „Aufklärung ist retro". Nikolaus Brender, früherer ZDF-Chefredakteur, hat diese elementare Empörung in Echtzeit in einer Rede treffend beschrieben: „Eines ist klar: Wir selbst saugen die Flut an, die Welle von irrelevanten Kleinigkeiten und die Riesenwellen des bloßen Scheins. Und dabei sind wir unersättlich. (...) Echtzeitjournalismus reicht schon lange nicht mehr. Die Endzeit muss es schon sein, über die wir Journalisten berichten." (Frankfurter Rundschau, 6.11.2012, „Den Turbo-Journalismus stoppen")

Die Folge: „Allein mit Qualitätsjournalismus kann heute niemand mehr überleben." (Hubert Burda, Horizont, 20.1.2014 von Katrin Lang) Diese Erkenntnis führt dazu, dass Journalisten die „Bergarbeiter des 21. Jahrhunderts" sind (so ein Ex-FTD-Redakteur), 20-Prozent-Sparregel in den Redaktionen, ausgebrannte und austherapierte Redaktionen in Newsrooms sind die „Content"-Produzenten.

Journalismus wird zunehmend zur „Kommentierung von Marketing" (auf allen Ebenen). Die Stofflieferanten werden jedoch tabuisiert. Dieser Trend bleibt nicht folgenlos: „Daran sollten sich Journalisten gewöhnen, dass der Begriff ‚unabhängiger Journalismus' längst ein Mythos ist". Mit diesem Glockenschlag

in der Schweizer „Medien Woche" trieb die Kommunikationsberaterin Karin Müller eine schlummernde Debatte voran. Nach 18 Jahren im Journalismus heißt ihr Credo: „Wir alle müssen uns von einem Journalismus verabschieden, der aus zwei Werten bestand: Qualität und Unabhängigkeit." (www.medienwoche.ch, 19.6.2014)

Gleichzeitig verlangen Markt und Publikum zunehmend nach Angeboten zwischen Werbung und Content. Native Advertising, Content Marketing, Storytelling, Corporate Publishing wachsen rasant. Die Macher des „King Content Day" bilanzieren in ihrer Konferenz-Einladung: Auf der digitalen Ebene verschmelzen die „Grenzen zwischen Content-Produzenten, Distributeuren und Usern. Zudem werden die Grenzen zwischen werblichen und Entertainment-Inhalten immer durchlässiger". Die Wertschöpfungsketten verteilen sich neu, auch weil frische Studien „einen dramatischen Bedeutungsverlust für die traditionelle Pressearbeit" (Anm. klassische PR) ausgemacht haben. PR-Experten setzen nun auf mobile Online-Kommunikation und die Vermittlung ihrer Botschaften direkt an einzelne Zielgruppen (vgl. Rene Seidenglanz, PR und Journalismus, Quadriga-pdf o.D., mit interessanten Befunden aus der Sicht von PR-Akteuren).

Auf diese Weise wird Journalismus in den Zwängen von minütlicher Messbarkeit, von Echtzeit, wahnwitziger Komplexitätsreduzierung, Unterhaltungssucht und ökonomischen Zwängen zu einer unberechenbaren Größe. Unreflektiert, unbekümmert, unkontrolliert.

In diesem Sinne sind die Medien Spiegelbild einer Politik, die nicht mehr auf Diskurse und Argumente vertraut; sie setzt auf Aufmerksamkeits-Management, Eindruckserweckung sowie die Entwertung oder Verdrängung von Themen und Argumenten. Sie verstärken die Trends nach Personalisierung, nach Vereinfachung, nach kontextfreien Betrachtungen, die einem „inneren Narrativ" folgen. „Daumen hoch – oder Daumen runter." Gefällt mir oder Gefällt mir nicht. Hauptsache, der Aufregungspegel stimmt und die Empörungswut findet ein Ventil.

Vor dieser Kulisse eines permanenten Stichflammen-Journalismus arbeiten auch NGOs. Zum Teil nutzen sie auch die Schwächen des medialen Systems, in dem sie auch den Instrumentenkasten der PR nutzen, um ihre Inhalte zu transportieren und ihre Experten zu platzieren. Kurzfristig mag dies als Erfolg der Marketingabteilungen gewertet werden. Längerfristig führt dieses Kommunikationskonzept jedoch in eine Sackgasse. Gründliche Analysen, klare Werthaltungen, schlüssige Argumente und überzeugende Protagonisten sind die Rohstoffe, die den öffentlichen Diskurs beleben können. Ein Qualitätsanspruch, an dem sich auch Nichtregierungsorganisationen und andere Akteure der Zivilgesellschaft messen lassen müssen.

Prof. Dr. Thomas Leif ist Publizist (www.talk-republik.de).

Literatur

Bylow, Christina/Vaillant, Kristina 2014: Die verratene Generation, München.

Denkwerk Demokratie (Hg.) 2014: Sprache. Macht. Denken. Politische Diskurse verstehen und führen, Frankfurt/M.

Gradinger, Frank u.a. (Hg.): 2014: Politische Narrative, Wiesbaden.

Grünewald, Stephan 2013: Die erschöpfte Gesellschaft, Frankfurt/M.

Han, Byung-Chul 2010: Müdigkeitsgesellschaft, Berlin.

Hofmann, Wilhelm u.a. (Hg.) 2014: Narrative Formen der Politik, Wiesbaden.

Kurbjuweit, Dirk 2014: Angela Merkel: Die Kanzlerin für alle?, München.

Minkmar, Nils 2014: Der Zirkus, Ein Jahr im innersten der Politik, Frankfurt/M.

Mouffe, Chantal 2014: Agonistik. Die Welt politisch denken, Frankfurt/M.

Mensch, Institution, Revolution

Zur Politik der Menschenrechte

Kolja Möller/Francesca Raimondi

1 | Im Zeitalter der Menschenrechte

Wir leben im Zeitalter der Menschenrechte. Heute gibt es wohl kein politisches Programm, das sich nicht in irgendeiner Hinsicht auf die Menschenrechte bezieht. Das zeigt sich insbesondere auch in der internationalen Politik: Die UN verfügt über ein ausdifferenziertes Menschenrechtssystem. Es beinhaltet die allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948), die Pakte über zivile und soziale Rechte (1966) genauso wie neue Menschenrechte der sog. „dritten Generation", etwa das Recht auf Entwicklung oder eine intakte Umwelt. Zwischenzeitlich sind auf unterschiedlichen Ebenen sogar Klagemöglichkeiten für Individuen entstanden. Diese institutionellen Entwicklungen sollten aber nicht den Blick davon ablenken, dass die Menschenrechte auch eine Art Sprache geworden sind, die von politischen Bewegungen und Staaten genutzt wird, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Das schillerndste Beispiel dafür ist sicherlich der immer wiederkehrende Versuch westlicher Staaten, ihr militärisches Eingreifen in anderen Ländern als Ausdruck einer „humanitären Vernunft" (Fassin 2011) zu deklarieren. Doch die Sprache der Menschenrechte ist nicht auf das Vormachtstreben der westlichen Welt begrenzt. Auch progressive Kräfte bemühen immer wieder die Menschenrechte, um ihre Kritik an globalen Macht- und Herrschaftsverhältnisse zur Geltung zu bringen: Die altermondialistische Bewegung kämpft für globale soziale Rechte, der neue Konstitutionalismus in Lateinamerika betont immer wieder die Rolle von sozialen und kulturellen Menschenrechten und der gegenwärtigen Austeritätspolitik in Europa wird attestiert, dass sie die Menschenrechte unterläuft (vgl. Fischer-Lescano/Möller 2012). Dies sind nur einige Beispiele für die höchst vielfältigen Kontexte, in die sich der Menschenrechtsdiskurs zwischenzeitlich eingeschrieben hat. Unter diesen Bedingungen gilt es erneut über die Rolle und Funktion der Menschenrechte zu diskutieren. Auch im wissenschaftlichen Raum besteht hier Nachholbedarf: Bisher gehen die meisten Theorien des internationalen Rechts und der internationalen Politik von einem einfachen Wechselspiel zwischen den Nationalstaaten auf der einen Seite und einer internationalen Gemeinschaft auf der anderen Seite aus. Oder sie folgen einem hierarchischen Verständnis der internationalen Ordnung, an deren Spitze die Vereinten Nationen stehen.[1] Menschenrechte werden dabei als ein besonders geeigneter Kandidat für eine geteilte gemeinsame Sprache in einer kosmopolitischen Welt betrachtet. Daher auch die immer währenden Versuche, ihre Transkulturalität herauszustellen.

Aber genau diese unterstellte Einheit geht im Zuge der Globalisierung zunehmend verlo-

ren. Inzwischen liegen eine Pluralität politischer Ordnungsmuster, fragmentierter Rechtskreise und funktional spezifizierter Regime vor: Der Menschenrechtsschutz unter dem Dach der Vereinten Nationen, das Recht der Welthandelsorganisation WTO und der internationale Investitionsschutz mit seinem International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) sind nur einige Beispiele für den ausdifferenzierten Charakter der transnationalen Verrechtlichung. Die Staaten verlieren zwar nicht an Relevanz, spielen jedoch eine andere Rolle, in der sich ihre Kapazitäten – beispielsweise, um wirtschaftliche Verkehrsverhältnisse zu regulieren – stark wandeln. Das neue plurale Ordnungsgefüge auf globaler Skala wie die sich damit verändernde Bedeutung des Nationalstaats tangieren auch das Verständnis der Menschenrechte auf vielfache Weise. Denkt man etwa an „humanitäre" militärische Interventionen einerseits und andererseits daran, wie Flüchtlinge und MigrantInnen weltweit versuchen, ihre Menschenrechte einzuklagen, dann drängt sich die Frage auf, wie ein und dieselbe Institution derart disparate und untereinander sogar widersprüchliche Anwendungen finden kann und ob wir es hier nicht mit zweierlei Menschenrechten zu tun haben. Diese verschiedenen Gesichter der Menschenrechte sind ein Symptom für die neue fragmentierte Rechtsordnung. Sie geben aber zugleich auch Aufschluss über die Struktur der Menschenrechte selbst.

Wirft man einen Blick auf die Geschichte der Menschenrechte, dann erweist sich eine gewisse Mehrdeutigkeit nicht erst als ein Phänomen ihrer jüngeren Entwicklungen. Sie begleitet die Menschenrechte seit ihren ersten Erklärungen. Neben der grundsätzlichen Ablehnung der Menschenrechte als „Unsinn auf Stelzen" (Bentham) oder ihrer ungebrochenen Bejahung (Rousseau, Kant) ist der Diskurs der Menschenrechte daher von Beginn an von einer kritischen Theorie begleitet worden, die insbesondere ihren ambivalenten Charakter in den Mittelpunkt stellt.

2 | Politik und Paradoxien der Menschenrechte

Kritische Theorien der Menschenrechte sind darauf ausgerichtet, die sich in der Anwendung zeigenden Ambivalenzen oder gar Widersprüche nicht als bloßen Unfall bzw. als Anwendungsfehler zu betrachten, sondern als etwas, was auf die eigentümliche Struktur der Menschenrechte selbst zurückgeht: Zum einen werden die widersprüchlichen Effekte dadurch erklärt, dass die Menschenrechte als intrinsisch politisch verstanden werden. Menschenrechte sind weder in einem geteilten moralischen Verständnis begründet, noch sind sie einfach eine bestimmte juridische Form. Vielmehr zeigt ihre Geschichte, dass ihre Verwirklichung durch anhaltende Kämpfe um ihre Interpretation, ihren Inhalt und ihre Erklärung gekennzeichnet ist (Menke/Pollmann 2007; Menke/Raimondi 2011). Daher gibt es auch nicht die *eine* Erklärung der Menschenrechte, sondern eine Vielzahl davon, so dass man keinen vorpolitischen Gehalt dieser Rechte, der mit den Erklärungen einfach allgemein anerkannt und positiviert worden sei, annehmen kann. Zum anderen gehen kritische Theorien der Menschenrechte davon aus, dass diese eine paradoxe Grundstruktur haben. Paradoxien sind keine Widersprüche, die sich durch Rekurs auf eine vermittelnde, höhere Ebene auflösen ließen, sondern unlösbare Spannungen, die aus unterschiedlichen, miteinander nicht vollends vereinbaren Strukturmomenten dieser Rechte resultieren.

Im Folgenden möchten wir die These der politischen und paradoxen Struktur der Menschenrechte in drei verschiedene Richtungen ausführen, die jeweils unterschiedlichen (kritischen) Deutungen von Menschenrechten entsprechen. Diese drei Verständnisse sind in der Darstellung so angeordnet, dass sie zunächst als die Lösung der vorhergehenden Paradoxie erscheinen. Bei genauerer Betrachtung bilden sie jedoch einen Kreis, da keines dieser Verständnisse allein aus den Spannungen, die den Menschenrechten inhärent sind, hinauszuweisen vermag. Unsere Ausgangsthese

ist es, dass die Menschenrechte deswegen intrinsisch politisch sind, weil sie in eine Politik der Definition, in eine Politik der Institution und eine Politik der Revolution verstrickt sind. Diese jeweiligen internen Politiken sind es, die Paradoxien in der Verwirklichung von Menschenrechten mit sich führen. Nachdem wir die drei Aspekte dargelegt haben, kommen wir auf die praktischen, politischen und rechtlichen Konsequenzen einer solchen kritischen Analyse der Menschenrechte zu sprechen: Menschenrechte sind weder ein übergeordneter Wertekatalog noch ein Ersatz für politisches Handeln. Sie sind aber, so möchten wir argumentieren, auch mehr als ein bloßes politisches Instrument: Ihre paradoxale Grundstruktur und die damit zusammenhängende Fragilität führen ein emanzipatives Potential mit, das es in den vielfältigen Kontexten rechtlicher und politischer Auseinandersetzungen zu aktualisieren und damit nutzbar zu machen gilt.

2.1 | Politik der Definition

Das erste politische Moment, das den Menschenrechten inhärent ist, entspricht einer *Politik der Definition*. Menschen-Rechte beruhen auf Definitionen einer allgemeinen menschlichen Natur und sie erhalten ihre normative Kraft, indem sie an Vorstellungen davon appellieren, wer der Mensch der Menschenrechte ist und was seine dringendsten schutzbedürftigen Bedürfnisse sind. Die kritische Theorie der Menschenrechte entlarvt die angeblich so evidente menschliche Natur als eine falsche Allgemeinheit. Sie tut dies, indem sie die in den Menschenrechtserklärungen enthaltene Definition eines angeblich universellen Menschen etwa als Ausdruck einer jeweils hegemonialen partikularen, also an die spezifischen historischen Umstände einer bestimmten Gruppe gebundenen, Lebensform herausstellt. Das war schon der Ansatzpunkt in der Menschenrechtskritik des jungen Karl Marx. In seinem frühen Text „Zur Judenfrage" argumentiert er, dass die Menschenrechte eine starke Verbindung zur bürgerlichen Erwerbsgesellschaft und ihren ungleichen Besitzverhältnissen haben. Marx identifiziert hier eine „Halbheit der politischen Emanzipation", die von der allgemeinen, menschlichen Emanzipation noch weit entfernt ist (Marx 1843/1972: 351; siehe dazu auch Raimondi 2014). Die Definition des Menschen in den Menschenrechtserklärungen sei dabei politisch, nicht nur weil sie sich als partikular erweist, also eine Definition unter mehreren möglichen ist, sondern weil sie selbst einem politischen Ziel dient, nämlich dem Schutz dieser bestimmten Lebensform und in diesem Fall insbesondere der für das Bürgertum so bestimmenden Institution des Eigentums.

Wir können eine solche Politik der Definition ebenso in der Ausweitung der sozialen Rechte auffinden, die sich seit den Klassenkämpfen der 1920er und 1930er Jahren in die Welt verbreiteten (vgl. Brunkhorst 2014: 319 ff.). Das Leitbild des angeblich universellen Menschen war hier der weiße, männliche Arbeiter, und die Politik, die mit den sozialen Rechten einherging, bezog sich vor allem auf dessen Arbeitswelt. Dagegen wendeten feministische, queere und postkoloniale Theorien der Menschenrechte sowie die *critical legal studies* wiederum die Marx'sche Kritikperspektive (Spivak 2008). Paradox sind die Menschenrechte daher, weil sie an eine geteilte, universelle menschliche Natur appellieren, diese aber nur jeweils partikular deuten können. Noch bevor Marx diese Paradoxie zum Ausdruck gebracht hatte, hatte Olympe de Gouges während der Französischen Revolution, in der die Menschenrechte ihre erste Kodifizierung gefunden haben, 1791 die patriarchalische Matrix der Menschenrechte angeprangert und durch „Die Rechte der Frau und der Bürgerin" zu bekämpfen versucht (Menke/Raimondi 2011: 54-57). In diesem Zusammenhang wird die Paradoxie der Menschenrechte besonders augenscheinlich. Denn wenn De Gouges die Menschenrechte gerade wegen dieser Universalität als Referenzrahmen in Anspruch nimmt, verbleibt auch ihr Gegenvorschlag innerhalb einer Politik der Definition, die sich agonal zur herrschenden männlichen Doktrin, aber wiederum indifferent gegenüber anderen

unterdrückten Lebensformen verhält, wie die der SklavInnen.

Alles spricht dafür, dass eine Politik der Definition unumgänglich ist: Die Menschenrechte werden nie nur in ihrer Universalität erklärt, sondern sie sind in der Regel von konkreten historischen Gegebenheiten und Herausforderungen geprägt, vor denen diejenigen stehen, die sie erklären. Die Politik der Definition, die den Menschenrechten innewohnt, wird in unserer Gegenwart durch die Vielfalt der Kontexte, die die Sprache der Menschenrechte sprechen, intensiviert.[2] Neben den Vereinten Nationen beziehen sich gerade in jüngerer Zeit auch funktional spezialisierte Gerichtsbarkeiten und Streitschlichtungsinstitutionen wie der „Appellate Body" der Welthandelsorganisation WTO oder private Schiedsgerichte im Investitionsschutzrecht auf die Menschenrechte (vgl. Cutler 2013). Die Einsicht in die paradoxe Politik der Definition führt in diesen Fällen aber zu einer Vorsicht in der Bewertung: Statt einer Zivilisierung der Welt kann hier auch eine prätentiöse Geste der weltwirtschaftlichen Institutionen am Werk sein, die den Menschen der Menschenrechte als *homo oeconomicus* zurichtet oder aber die eigene Definitionsmacht moralisch auflädt und massiv ausweitet.

Gegen solche Effekte einer Politik der Definition wird man nicht die Figur eines leeren Menschen mobilisieren können. Eine paradoxe Politik der Definition lässt sich als solche nicht vermeiden. Der einzige Weg besteht darin, ihre problematischen Implikationen anzuerkennen und die Suggestion eines natürlichen Wesens des Menschen zugunsten eines demokratischen Selbstbestimmungsprojekts zurückzunehmen. An die Stelle einer allgemeinen Bestimmung des Menschen würde dann seine (von den historischen Umständen abhängige) Bestimmbarkeit treten, die eine einmal gewonnene Definition für eine Neu- und Fortbestimmung offenhält.

2.2 | Politik der Institution

Die Tatsache, dass Menschenrechte nicht nur eine Politik der Definition enthalten, sondern auch auf eine institutionelle Politik, also die Etablierung dazugehöriger Verfahren der Umsetzung, hinauslaufen, wird im Rahmen der ersten Menschenrechtserklärung besonders sichtbar. Die Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution aus dem Jahr 1789 stellt nämlich einen engen Zusammenhang zwischen den Menschenrechten und denjenigen politischen Verfahren her, in denen sie ausgedeutet und konkretisiert werden sollten. Dies wird schon in ihrem Titel *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen* deutlich: Hier wird nicht einzig auf den Menschen in seiner Allgemeinheit angespielt. Der Mensch erscheint gleichsam in der Rolle des *citoyen*, des politischen Bürgers, der an einer politischen Ordnung teilnimmt. Eine solche institutionelle Deutung der Menschrechte drängt sich auch deswegen auf, weil ihre Erklärung selbst bereits Produkt einer politischen Ermächtigung ist. Bleiben die Menschenrechte an das demokratische Verfahren einer politischen Selbstbestimmung gekoppelt, dann fungieren sie auch in ihrer weiteren Verwirklichung als ein Korrektiv gegenüber der Selbstermächtigung von Gerichten und der staatlichen Exekutive (Maus 2011: 359 ff.).

Es mag ein wenig fremd für manche moderne, stark „verrechtlichte" Ohren klingen: Die demokratisch-republikanische Konzeption ging davon aus, dass Menschenrechte nur in einer politischen Gemeinschaft der *citoyens* realisiert werden können, die sich im Medium der Gesetzgebung selbst regieren. Deshalb sind die Menschenrechte, so die Annahme, notwendig an institutionelle Mechanismen gekoppelt, in denen die Konkretisierung der Rechte in letzter Instanz den Bürgern vorbehalten bleibt. Ohne eine solche Rückbindung der Menschenrechte an einem kollektiven politischen Prozess kommt es zur Tyrannei: Indem die Exekutive oder die Gerichtsbarkeiten damit beginnen, die Rechte eigenmächtig zu konkretisieren – sei es durch Verwaltungshandeln oder durch juridische Spruchpraxis – enteignen sie die Bürgerschaft von ihrer demokratischen Handlungsmacht. Die Bindung von Menschen-

rechten an eine demokratische Tätigkeit der Selbstbestimmung scheint auch der Weg zur Korrektur eben jener Definitionsmacht, die die Menschenrechte in sich tragen. Denn die demokratische Auseinandersetzung hält auch die Definition eines Wesens des Menschen offen für eine Revision an jenen Stellen, wo sie sich als partikular erweist.

Doch die Verbindung von Menschenrechten und Demokratie erzeugt selbst eine neue Form der Exklusivität und verstrickt sich daher erneut in eine paradoxe Struktur. Es war Hannah Arendt, die in ihrem *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* auf jene „Aporie" der Menschenrechte hingewiesen hat, die aus der Verquickung des menschenrechtlichen Prinzips mit dem Prinzip der Volkssouveränität resultiert (Arendt 1986: 601-628). Mit der Französischen Erklärung der Menschenrechte als Rechte des Menschen und Bürgers verschwindet nämlich die allgemeine Adresse des Menschen hinter der Gestalt des Bürgers, die insofern partikular ist, als sie immer nur auf ein begrenztes Volk bezogen bleibt. Die Reichweite der Menschenrechte ist damit nicht mehr universell, sondern endet mit den Grenzen des Nationalstaats. Indem der Nationalstaat die Geltung der Menschenrechte garantieren soll, fallen all jene, die von einem Nationalstaat nicht als Bürger anerkannt werden oder in seinem Innern als nicht gleichwertige Minderheiten leben, umso mehr aus dem Schutz der Menschenrechte heraus.

Insofern kann die demokratisch-republikanische Konzeption in einen sich abschließenden Verstaatlichungseffekt umschlagen. Die Menschenrechte verlieren dann zunehmend ihren offenen Status, der die Gattung als Ganze und nicht nur die politischen Staatsbürger adressieren sollte. In historischer Perspektive unterlief dieser Verstaatlichungseffekt jedenfalls schnell die emanzipativen Aspirationen der Menschenrechtserklärung: Die Sklaven, die sich in der Haitianischen Revolution von 1791 gegen ihre Kolonisatoren erhoben, sangen auf dem Schlachtfeld den französischen Truppen die Marseillaise vor und erinnerten an den universalistischen Gehalt der Französischen Revolution (Buck-Morss 2011). Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass die Verbindung von Menschenrechten und Demokratie auch in eine Verabsolutierung eben jener institutionellen, heute meist staatlichen Formen übergehen kann, in denen sich Demokratie verwirklicht. Die Verbindung von Menschenrechten und Selbstbestimmung resultiert damit paradoxerweise im Verlust ihrer Distanz zur jeweiligen politischen Ordnung.

Um den widerständigen Sinn von Menschenrechten gerade auch gegenüber der etablierten Staatsmacht wiederzugewinnen, hat Etienne Balibar eine andere Lektüre des Verhältnisses zwischen Mensch und Bürger vorgeschlagen, nämlich eine, die es exakt auf dem Kopf stellt: Nicht der Mensch soll hinter dem Bürger zurücktreten, der Bürger soll von jeder institutionellen Definition (als Staatsbürger etwa) losgelöst und als universalistische Figur des politischen Aufstands betrachtet werden (Balibar 1993: 113). Während der Bezug auf den Bürger in der Regel mit einer Politik der Verfassung, also der Konstituierung einer politischen Gemeinschaft einhergeht, so gelten Balibar die Menschenrechte als Ausgangspunkt für eine Politik der Aufstands: Sie sind ein Widerstandsrecht, das die bestehende politische Ordnung immerzu herausfordern kann.

Die angemahnten Paradoxien einer Politik der Institution setzen sich jedoch fort: Der aufständische Bürger kann nicht ganz an die Stelle des verfassunggebenden Bürgers treten, der eine instituierende Macht ausübt. Man braucht den verfassungsgebenden Bürger, um die Konkretisierung der Menschenrechte nicht der Exekutive und den Gerichten zu überlassen und Einflussmöglichkeiten für aufständische Bewegungen überhaupt erst zu schaffen. Wie auch schon Balibar sieht, entsteht ein spannungsreiches Verhältnis zwischen der Notwendigkeit, die Menschenrechte zu institutionalisieren und sie gleichzeitig so offen zu halten, dass sie noch als Ausgangspunkt für die Kritik der jeweiligen politischen Ordnung dienen können.

2.3 | Politik der Revolution

In diesen Ausführungen schwingt mit, dass die Menschenrechte auch mit einer Politik der Revolution verbunden sind: Einerseits behaupten sie den absoluten Vorrang des Menschen, seine universelle Freiheit und Gleichheit. Das richtet sich freilich gegen jegliche Spielart autoritärer Herrschaft. Andererseits kann man sie als revolutionär verstehen, da sie einen allgemeinen Bezugspunkt für eine Kritik jeglicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse bereithalten. In diesem Sinne können sie eine Politik zweiter Ordnung in Gang setzen (Balibar 2013): Wer die Menschenrechte für sich beansprucht, verfolgt nicht nur einfache politische Ziele, sondern thematisiert in der Regel auch, *wer* etwas zu sagen hat, wer eingeschlossen oder ausgeschlossen ist. Darauf zielt auch Hannah Arendts berühmtes Diktum, wonach Menschenrechte vor allem in einem „Recht auf Rechte" bestehen oder Jacques Rancières paradoxe Formulierung, dass die Menschenrechte die Rechte derjenigen sind, die sie nicht haben (Arendt 2011; Rancière 2011).

Verfolgt man diesen Weg weiter, dringt man zum revolutionären Potential der Menschenrechte vor: Wenn die Menschenrechte erst einmal in die politische Ordnung eingeschrieben sind, dann können sie eine permanente Befragung provozieren. Dies gilt nicht einzig im Hinblick auf die einfache Gesetzgebung. Vielmehr werden die Menschenrechte genutzt, um die Machtverteilung und die Ein- und Ausschlussverhältnisse innerhalb des politischen Gemeinwesens einer Neuverhandlung zu unterziehen. Die Politik der Revolution setzt dort an, wo die beiden anderen Politiken ihre Schwächen aufweisen: Sie reagiert auf eine essentialisierende Politik der Definition, die eine partikulare Lebensform als naturgegeben und unveränderlich festschreibt, mit einer exzessiven Bewegung der Kritik: Jede Form der exkludierenden Festschreibung kann vom Standpunkt der Menschenrechte aus befragt werden. Und sie reagiert auf den Umschlag der Institutionalisierung in eine Herrschaftsform, indem sie eine gewisse Distanz zu den staatlichen Apparaten und Machtverhältnissen einnimmt.

Doch wie es bei den beiden anderen Politiken der Menschenrechte der Fall war, zeigt sich auch im revolutionären Moment eine folgenreiche Paradoxie: Denn eine solche Politik zweiter Ordnung kann kaum für sich alleine stehen. In der Regel liegt immer eine Vermischung einfacher Politik erster Ordnung und revolutionärer Politik zweiter Ordnung vor: Alle großen Menschenrechtsbewegungen hatten in der Regel sehr konkrete politische Ziele. Die Triebfeder war nicht die Freude des revolutionären Subjekts am Befragen jeder Ordnung, sondern es waren konkrete Kämpfe gegen Armut, Hunger oder gegen rassistische Diskriminierung. Wenn daher die Politik der Revolution zunächst ein Gegengewicht zur definitorischen und institutierenden Politik zu sein scheint, kann dieses Gegengewicht nur wirklich entstehen, wenn es die Interpretationen und Institutionen, die eine bestimmte Ordnung ausmachen, auch effektiv verändert. Eine Politik der Menschenrechte kann sich nicht einzig auf die Frage beziehen, wer wen aus welchen Gründen vertritt oder ein- und ausschließt. Man wird konkrete Anliegen in wirksame Maßnahmen übersetzen müssen. Steht die Politik der Revolution alleine und löst sich von den beiden anderen Politiken, leidet sie an einem massiven Abstraktionsproblem.

In diesem Sinne stehen alle drei Politiken in einem Verhältnis gegenseitiger Spannung *und* Korrektur. Diese wechselseitige Angewiesenheit und zugleich Widersprüchlichkeit der verschiedenen Politiken machen den paradoxen Charakter der Menschenrechte aus. Sie erklärt zugleich die zunächst verwirrende Mannigfaltigkeit von Aktionen, die im Namen der Menschenrechte erfolgen. Oft erweisen sie sich nämlich als einseitige Bezugnahme auf bestimmte dieser politischen Momente.

Wenn eine kritische Perspektive auf die Menschenrechte auf der einen Seite ihre paradoxe und äußerst fragile Struktur ausstellen und damit eine aufschlussreiche Analyse ihrer Anwendungsprobleme geben kann, lässt sie auf der anderen Seite auch wiederum die

Frage aufkommen, wie wir uns – angesichts ihrer wohl irreduziblen paradoxen Struktur – überhaupt noch auf sie beziehen sollen. Wie ist eine Praxis der Menschenrechte überhaupt möglich? Welche politischen und rechtlichen Subjektivierungsweisen, also Arten der politischen und rechtlichen Verortung, sind dafür erforderlich? Und wie kann man mit den angeführten Problemen der jeweiligen Politiken umgehen?

3 | Praxis der Menschenrechte

Die kritische Betrachtung scheint einer emphatischen Praxis der Menschenrechte zunächst einmal den Wind aus den Segeln zu nehmen: Als erstes politisches *commitment* und orientierendes Programm können die Menschenrechte nicht dienen, wenn gerade die Bestimmung des Menschen, die für die Ausrichtung dieser Rechte zentral ist, durch eine Vielfalt von Paradoxien gekennzeichnet ist und keinen unproblematischen Ausgangspunkt darstellt. Mit dem Bewusstsein ihrer paradoxen Grundstruktur wird es aber auch nicht leichter: Eine progressive Praxis muss eine Politik der Definition verfolgen und gleichzeitig auf Distanz zur Essentialisierung gehen, die beständig droht, eine partikulare Lebensweise als universell gültig festzuschreiben. Sie begibt sich in instituierende Prozesse, muss aber immer mögliche Verstaatlichungs- und Schließungseffekte in den Blick nehmen. Sie muss revolutionär sein und die Verfassung der politischen Gemeinschaft thematisieren, ohne in eine machtlose Abstraktion von den konkreten sozialen Auseinandersetzungen zu verfallen. Dasselbe Problem stellt sich innerhalb der juridischen Menschenrechtspraxis. Denn auf welcher Basis sollten kritische JuristInnen agieren, wenn sie die Einhaltung der Menschenrechte im Bewusstsein ihrer unausweichlich essentialistischen und exklusiven Dimensionen fordern?

Offensichtlich sind Strategien im Umgang mit den Paradoxien nötig, die nicht im Bewusstsein einer unauflöslichen Spannung verharren. Auf dem Spiel steht die Frage, wie die Einsichten kritischer Menschenrechtstheorien in eine Subjektivität des politischen und rechtlichen Aktivismus übersetzt werden können. Hier trifft man auf ein Problem: den Eigensinn widerständigen politischen Handelns: Ein solcher Aktivismus lebt von einem totalisierenden Horizont hinsichtlich der allgemeinen Gültigkeit der verfolgten Ziele (vgl. Laclau/Mouffe 1991), mit dem sich die Handelnden in der Regel beschreiben. Ohne eine totalisierende Fiktion und die damit einhergehende Hierarchisierung von Zielen ist ein solcher Aktivismus nicht denkbar: Es ist schwer vorstellbar, dass ein Aktivist, der soeben mit Mitteln des zivilem Ungehorsams die Auslieferung von genpatentiertem Saatgut durch den Agrarkonzern Monsanto blockiert hat, zwei Stunden später sein Engagement relativiert und erklärt, man dürfe es nicht essentialisieren.

Eine erste Reaktion auf die genannten Paradoxien und die Probleme könnte darin bestehen, ein „anderes Menschenrecht" denkbar zu machen, das sich von den jeweiligen Verfallstendenzen löst. Dieser Zugriff läuft freilich Gefahr, utopisch zu werden, da auch dieses andere Menschenrecht immer mit der bestehenden rechtlich-politischen Form konfrontiert ist. Insofern kann selbst ein solcher Zugriff den instabilen Grund, wie wir ihn herausgearbeitet haben, nicht einfach hinter sich lassen.

Aussichtsreicher ist daher die Einsicht, dass es gerade diese instabile Gestalt ist, die den Menschenrechten ihre Wendigkeit verleiht, und dass eine emanzipatorische Politik und Rechtsprechung gerade daran anknüpfen können. Der Umgang mit dem paradoxen Charakter der Menschenrechte kann nicht im Versuch liegen, ihre innere Bewegtheit auf einen stabilen Boden zu überführen oder ihre verschiedenen Momente in eine klare Rangordnung einzutragen, denn deren wechselseitige Angewiesenheit macht ein solches Unterfangen unmöglich. Es sind umgekehrt gerade jene Vorgänge, die mit dem Anspruch einer bestimmten Schließung dieser Dynamik auftreten – sei es in der Definition des Menschen der Menschenrechte, sei es in der Frage der für die Menschenrechte verantwortlichen

Institutionen –, die eindeutig problematische Effekte zur Folge hatten. Versucht man zwischen den verschiedenen politischen Dimensionen der Menschenrechte nicht einfach eine Ordnung zu etablieren, sondern betrachtet sie als notwendige Momente einer jeden emanzipatorischen Politik, so können sie ihre Wendigkeit bewahren und innerhalb eines politischen Prozesses als Korrektive füreinander fungieren.

Die Kritik der Menschenrechte würde dann nicht einfach in der resignativen Haltung gegenüber einem ambivalenten Mittel enden, weil sie mit ihren Unterscheidungen die Problemlagen menschenrechtlicher Praxis überhaupt erst lesbar und daher auch bearbeitbar macht. Das kann eine gewisse Distanz zu den Menschenrechten erzeugen, muss es aber nicht. Denn die Politik der Definition und Institution, die den Menschenrechten innewohnt, kann als Reaktion auf konkrete menschliche Unrechtserfahrungen – also mit der Benennung und Anprangerung nicht annehmbarer Zustände als „inhuman" – durchaus ein starkes *commitment* mit sich führen.

Entsprechend ist es auch ein müßiges oder gar falsches Anliegen, *eine* politische oder juridische Subjektivität zu suchen, die *einer* emanzipatorischen Politik der Menschenrechte entspricht. Man sollte nicht von vornherein entscheiden, ob die Menschenrechte grundsätzlich an ein übergreifendes *commitment* appellieren, oder ob sie als mögliche Strategien zur Subversion bestimmter Aspekte juridischer oder politischer Ordnungen eingesetzt werden. Nicht nur gehören Leidenschaften wie Strategien beide in das Feld der Politik. Die Frage nach den Subjekten der Menschenrechte lässt sich vor allem deshalb nicht entscheiden, weil sie mit ihrem universellen Charakter die Rechte einer ausgebildeten JuristIn wie die eines empörten Bauers oder einer klandestinen MigrantIn sind. Gerade weil sie verschiedene Bestimmungen haben und verschieden eingesetzt werden, können all diese Modalitäten je nach Situation dazu beitragen, emanzipatorische Politik und Rechtsprechung am Leben zu erhalten.

In diesem Sinne sind die Menschenrechte weder ein übergeordneter Superstandard noch ein bloßes Instrument. Sie haben ihre eigene Rationalität, gerade aufgrund ihrer nicht-einheitlichen, pluralen und paradoxen Grundstruktur. Dies führt vielleicht zu einer bescheideneren Rolle für die Menschenrechte in der Weltgesellschaft. Obwohl sie allgemein anerkannt sind und die gleiche Freiheit der Menschen postulieren, können sie nicht der einzige Weg sein, um den dramatischen Problemen, die wir heute im Weltmaßstab beobachten, zu begegnen: Sie stellen insbesondere kein funktionales Äquivalent zu Demokratie oder politischem Handeln dar. Ihre universalistische Adresse ebenso wie ihre institutierende und widerständige Kraft verleihen ihnen aber weiterhin eine bedeutsame Funktion, um ungerechte und unhaltbare Situationen zu identifizieren und dem Verlangen nach Selbstbestimmung einen Ausdruck zu verleihen. Sie können unter bestimmten Umständen zu einer „destituierenden Macht" (Möller 2015) gerinnen und so eine Kritik von transnationalen Herrschaftskonstellationen befördern – bzw. die dort angelegten falschen Politiken der Menschenrechte attackieren.

Dr. Francesca Raimondi ist Philosophin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Goethe-Universität Frankfurt und am Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen". Kontakt: raimondi@em.uni-frankfurt.de

Dr. Kolja Möller ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe Universität Frankfurt und am Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen". Kontakt: kolja.moeller@normativeorders.net

Anmerkungen

[1] Vgl. die Erneuerung des dualistischen Wechselspiels aus Staaten und internationaler Gemeinschaft bei Cohen 2012 und die monistische Perspektive einer übergeordneten UN bei Fassbender 2009.

[2] Vgl. nur die Analysen von Sven Opitz im Hinblick auf ihre Rolle in der Sicherheitspolitik: Opitz 2012.

Literatur

Arendt, Hannah 1986: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München: Piper.

Arendt, Hannah 2011: Es gibt nur ein einziges Menschenrecht. In: Menke/Raimondi 2011, S. 394-410.

Balibar, Etienne 1993: Die Grenzen der Demokratie, Hamburg: Argument-Verlag.

Balibar, Etienne 2013: On the Politics of Human Rights. In: Constellations, 20 (1), S. 18-26.

Brunkhorst, Hauke 2014: Critical Theory of Legal Revolutions. London/New York: Bloomsbury Academic.

Buck-Morss, Susan 2011: Hegel und Haiti. Für eine neue Universalgeschichte. Berlin: Suhrkamp.

Cohen, Jean L. 2012: Globalization and Sovereignty: Rethinking Legality, Legitimacy, and Constitutionalism. New York: Cambridge University Press.

Cutler, A. Claire 2013: Legal Pluralism as the ‚Common Sense' of Transnational Capitalism. In: Oñati Socio-Legal Series, 3 (4), S. 719-740.

Fassbender, Bardo 2009: The United Nations Charter as the Constitution of the International Community. Leiden/Boston: Martinus Nijhoff Publishers.

Fassin, Dider 2011: Humanitarian Reason. A Moral History of the Present, Berkeley-Los Angeles: University of California Press.

Fischer-Lescano, Andreas/Möller, Kolja 2012: Der Kampf um globale soziale Rechte. Zart wäre das Gröbste. Berlin: Wagenbach.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 1991: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen-Verlag.

Marx, Karl 1843/1972: Zur Judenfrage. In: Engels/ Marx (Hrsg.) (1843/1972): Marx-Engels-Werke Band 1. Berlin, S. 347-377.

Maus, Ingeborg 2011: Über Volkssouveränität: Elemente einer Demokratietheorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Menke, Christoph/Pollmann, Arndt 2007: Philosophie der Menschenrechte. Zur Einführung. Hamburg: Junius.

Menke, Christoph/Raimondi, Francesca 2011: Die Revolution der Menschenrechte. Grundlegende Texte zu einem neuen Begriff des Politischen. Frankfurt/M.: Suhrkamp 2011.

Möller, Kolja 2015: Formwandel der Verfassung. Die postdemokratische Verfasstheit des Transnationalen. Bielefeld: transcript.

Opitz, Sven 2012: An der Grenze des Rechts. Inklusion/Exklusion im Zeichen der Sicherheit. Weilerswist: Velbrück.

Raimondi, Francesca 2014: Die ‚Entwirklichung' der Freiheit. Marx' Kritik der Staatsgewalt. In: Martinsen/ Flügel-Martinsen (Hrsg.): Gewaltbefragungen. Beiträge zur Theorie von Politik und Gewalt. Bielefeld: transcript, S. 185-200.

Rancière, Jacques 2011: Wer ist das Subjekt der Menschenrechte? In: Menke/ Raimondi, S. 474-490.

Spivak, Gayatari Chakravorty 2008: Righting Wrongs – Unrecht richten: Über die Zuteilung von Menschenrechten. Zürich: Diaphanes.

Die Antisklavereibewegung von 1787 als frühe international wirksame NGO

Walter Reese-Schäfer

1 | Einleitung

Die von England ausgehende Antisklavereibewegung von 1787 musste von Anfang an transnational agieren und verfolgte internationale Ziele. Sie ermöglichte und setzte auf das politische Engagement von Gruppen, die durch das Wahlrecht nicht repräsentiert waren und entwickelte mediale Strategien zur Mobilisierung der Öffentlichkeit und zur Ausübung von Reformdruck auf das englische politische System. Als sie ihre Abstimmungssiege errungen hatte, wurde die britische Flotte zur weltweiten Kontrolle des Sklavenhandels eingesetzt.

Die für die Bewegung zentrale *Society for Effecting the Abolition of Slavery* (im weiteren „Komitee") wurde 1787 in London gegründet. 1807 erreichte sie die Abschaffung des Sklavenhandels auf britischen Schiffen, 1833 die Abschaffung der Sklaverei in den britischen Kolonien. Diese gut dokumentierte Bewegung ist ein paradigmatischer Fall für eine international wirksame NGO, so dass sich an ihr wichtige Fragen eines globalen Humanitarismus diskutieren lassen. Historiographie, und politische Ideengeschichte können hier einen Modellfall einer international agierenden sozialen Bewegung studieren und beinahe das gesamte Spektrum humanitärer und postkolonialer Fragestellungen, die für eine kritische Untersuchung heutiger internationaler NGOs zentral sind, kann in diesem Zusammenhang ebenfalls diskutiert werden.

Dazu gehören Analysen der Mobilisierungstechniken der Bewegung und der Ursachen und Voraussetzungen ihrer Triumphe, aber auch der Fallgruben humanitärer Aktivitäten, nämlich Paternalismus, interessengeleiteter staatlicher Interventionismus und Ausweitung des Kolonialismus unter dem Vorwand der Bekämpfung der Sklaverei.

2 | Die Antisklavereibewegung als frühe international wirksame NGO

Wenn man die Theorietexte der Bewegungsforschung heranzieht, dann stößt man auf einigermaßen mechanische Geschichtsbilder: Die frühbürgerlichen Bewegungen werden als liberale oder demokratische Nationalbewegungen charakterisiert, auf welche dann die Arbeiterbewegung mit ihren sozialdemokratischen, katholischen, kommunistischen und anarchistischen Teilen folgt und in der die proletarische Frauen-, Jugend- und Kulturbewegung integriert ist, und schließlich die aktuellen neuen sozialen Bewegungen, die sich nach Themen wie Ökologie, Atomenergie, Frauen, Frieden etc. differenzieren (Raschke 1987: 19-29).[1]

Die Antisklavereibewegung dagegen entzieht sich derart mechanischen Charakterisierungsmodellen. Sie kann als Prototyp einer sozialen Bewegung angesehen werden, die über viele Charakteristika verfügte, die die Funktionsweise heutiger internationaler NGOS, etwa im Menschenrechtsbereich, vorwegnahmen: Die Bewegung war von ihrem Ansatz her eine kosmopolitische und keine nationalistische Bewegung: Sie hatte ihren Kern in England, aber sie identifizierte sich mit dem Leid von Sklaven, die britischen Boden nie betreten haben. Diese wurden mit britischen Schiffen von der sogenannten Sklavenküste in Westafrika nach Westindien und Nordamerika gebracht. In einem Dreieckshandel liefen die Schiffe von dort mit Zucker, Baumwolle, Tabak und anderen Ladungen britische Häfen an. Von dort gingen sie, mit Tauschwaren und Geldmitteln ausgestattet, wieder nach Afrika, um neue Sklaven anzukaufen. Der britische Sklavenhandel erreichte im letzten Drittel

des 18. Jahrhunderts mit einem Marktanteil von etwa 50 Prozent seinen Höhepunkt.

Die Mehrzahl der Mitglieder des 1787 gegründeten Komitees waren Quäker, die alle Menschen für gleich vor Gott hielten und daraus praktisch-politische Konsequenzen zogen. Sie hatten schon einige Jahre vorher eine Petition gegen den Sklavenhandel an das britische Parlament gerichtet, hatten aber erkennen müssen, dass sie als religiöse Dissenters wenig erreichen konnten. Deshalb suchten sie Verbündete, die der britischen Gesellschaft als akzeptabler galten. So gehörten dem Komitee ebenso Evangelikale wie der unabhängige Parlamentsabgeordnete William Wilberforce (seit 1784) und Methodisten an.

Die Quäker waren die treibende Kraft der Antisklavereibewegung, aber schon das Schreiben formeller Petitionen war für sie ein Problem: Da sie die Monatsnamen als heidnisch ansahen, hatten sie ihre ursprüngliche, erfolglose Petition auf den 28. Tag des 11. Monats datiert – und wurden vom Parlament ignoriert (Hochschild 2005: 207). Entscheidend war letztlich, dass die Quäker nach dieser Erfahrung die Konsequenz eines breiteren Ansatzes um der Sache willen zogen. Zwei Wochen nach seiner Gründung 1787 diskutierte das Komitee, ob man für die Abschaffung der Sklaverei oder nur für diejenige des Sklavenhandels eintreten sollte. Die Entscheidung war klar: Man konzentrierte sich auf den transatlantischen Sklavenhandel, der von britischen Schiffen durchgeführt wurde. Mehr zu fordern wäre als Eingriff in die Eigentumsrechte der Sklavenhalter aufgefasst worden, der nach Ansicht der Komiteemitglieder nicht vermittelbar gewesen wäre.

Das Thema des Eigentumsrechts spielte eine große Rolle, solange noch nicht allgemein akzeptiert war, dass schon der Besitz eines Sklaven als Menschenrechtsverstoß gelten musste. Noch bei der Abschaffung der Sklaverei in den britischen Kolonien im Jahre 1834 wurden 20 Millionen Pfund Entschädigungen gezahlt – an die Sklavenhalter. Thomas Clarkson, ein Theologe, der eine erfolgreiche Preisschrift gegen die Sklaverei verfasst hatte, wurde vom Komitee als Hauptagitator fest angestellt. Clarkson setzte durch Agitationsreisen lokale Antisklavereigruppen in Gang (Clarkson 2008). Schon damals gab es also eine gewisse Tendenz zu einer Professionalisierung der NGO-Arbeit mit hauptberuflichen Aktivisten, die von philantrophischen Geldgebern finanziert wurden, um den Kampf gegen bestimmte soziale Missstände voranzutreiben. Die vorhandenen Quellen erwecken den Eindruck einer schwungvollen und großen Menschenrechtsbewegung.

Bemerkenswert sind die Methoden der Massenagitation mit Versammlungen, Broschüren und Pamphleten, Unterschriftenlisten, Konsumboykottaktionen gegen Sklavenzucker, parlamentarischen Hearings und Lobbyarbeit im Parlament sowie die starke Beteiligung von Frauen, die sich mangels Wahlrecht vor allem bei den unkonventionellen Partizipationsaktionen einbringen konnten. Besonders der Zuckerboykott, an dem sich bis zu 300.000 Menschen beteiligt haben sollen, war erfolgreich.

Josiah Wedgwood, ein berühmter Porzellanfabrikant und Komiteemitglied, ließ einen seiner Designer das wohl erste Logo für eine soziale Bewegung kreieren: Der kniende Schwarze mit der Parole „Am I not a Man and a Brother?"

1788 war das Thema präsent in vielen Londoner *Debating Societies*. Einige in London lebende befreite Sklaven kamen zu den Veranstaltungen und traten gelegentlich auch auf dem Podium auf. Ebenso erschienen Bücher gegen Sklaverei und Autobiographien von ehemaligen Sklaven.

Die Veranstaltungen, die Clarkson in verschiedenen Städten abhielt, wurden durch Zeitungsanzeigen bekannt gemacht und die Zeitungen fühlten sich wegen der Annoncen verpflichtet, anschließend darüber zu berichten, so dass die Medienresonanz gesichert war. Die Antisklavereiaktivisten mobilisierten die öffentliche Meinung auf verschiedenste Weise: Sie veröffentlichten Traktate und Pamphlete und produzierten eindrucksvolles visuelles Material, das als „Clarksons Kiste" bekannt

wurde: Bei seinen Auftritten verwendete Clarkson Anschauungsmaterial, das Sklavenfesseln, aber auch Gewürze, Zucker und andere Dinge enthielt, die mit Afrika, Westindien und der Sklaverei in Verbindung standen. Die Organisation von Vorträgen und Meetings und das Platzieren von wohlwollenden Pressenotizen waren weitere Mittel; schließlich der Zuckerboykott und die Petitionskampagnen. Ein weiteres wichtiges Agitationsmittel war das berühmte Plakat, das durch den Aufriss eines Sklavenschiffs die enge Lagerung der Sklaven auf dem Transport deutlich machte. Es hing in sehr vielen Kneipen und wurde allgemein als erschütternd empfunden, so aufwühlend, dass es dem französischen König, Ludwig dem XVI., nicht gezeigt wurde, um dessen Nerven zu schonen, als ihm ein Bericht über die Situation der Sklaven vorgetragen wurde.

Diese Kampagnen waren überaus erfolgreich und wurden in der Öffentlichkeit geradezu enthusiastisch aufgenommen. Die Hearings zum Sklavenhandel sowohl im Unterhaus als auch im House of Lords führten dazu, dass mehrere öffentlichkeitswirksame Dokumentationen über die Gräuel des Sklavenhandels erstellt wurden. Für die Forschung ist so hervorragendes Quellenmaterial gesammelt worden.

Das Komitee ließ es nicht bei bloßer Agitation bewenden: Clarkson prüfte die Heuerlisten einiger Sklavenschiffe und fand heraus, dass Seeleute in großer Zahl verschwanden, durch Krankheiten oder mörderische Disziplinarstrafen (die Heuer wurde nach Rückkehr ausgezahlt, so dass es lukrativ sein konnte, unterwegs Mannschaftsmitglieder einzubüßen). Clarkson versuchte auch, einen Sklavenkapitän des Mordes an einem Matrosen anzuklagen, doch er scheiterte, weil er zwei Zeugen nicht rechtzeitig vorladen konnte, und zwei weitere bestochen worden waren.

In Frankreich wurde 1788 noch vor Beginn der Revolution unter Beteiligung des Marquis de Lafayette, des Aufklärers und Generals der amerikanischen Unabhängigkeitsarmee, die *Societé des Amis des Noirs* gegründet. Thomas Clarkson eilte zur Agitation nach Paris, denn eine Befürchtung des Komitees war, dass bei einem Verbot des britischen Sklavenhandels französische Schiffe an Stelle der britischen treten würden. Er versuchte die französischen Aktivisten ebenfalls auf den Kampf gegen den Sklavenhandel und nicht die Sklaverei als solche einzuschwören. Die französische *Societé* setzte sich aber die Abschaffung der Sklaverei als unmittelbares Ziel und am 4. Februar 1794 schaffte das revolutionäre Frankreich die Sklaverei ab. Vor diesem Hintergrund erschien in England die Antisklavereibewegung als revolutionäre Machenschaft, sodass sich Wilberforce veranlasst sah, Clarkson vor dem Umgang mit den Revolutionären zu warnen.

1804 hat Napoleon Bonaparte die Sklaverei in den französischen Kolonien allerdings wieder eingeführt und einen letztlich gescheiterten Krieg gegen die Jakobiner von Haiti, ehemalige Sklaven, die in der Folge der französischen Revolution ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, geführt.

Innerhalb kurzer Zeit nach Aktivwerden des Komitees hatten Vertreter der Plantagenbesitzer in England eine Gegenagitation gestartet, die vor allem mit ökonomischen Argumenten operierte. Nachdem im Januar 1793 der französische König hingerichtet worden war, gingen die Aussichten für einen Erfolg der Antisklavereibewegung im englischen Parlament dramatisch zurück. Im Februar erklärte Frankreich Großbritannien den Krieg und ein Antrag zur Abschaffung des Sklavenhandels scheiterte zwei Wochen später im Parlament. Die folgenden 10 Jahre verliefen düster für die Bewegung, die auf Grund ihres internationalen Ansatzes überaus abhängig von der internationalen Politik war. Der Krieg mit Frankreich schob sich so sehr in den Vordergrund, dass für humanitäre Argumente wenig Raum blieb.

Bei der Kaperung französischer Schiffe in der Karibik wurden die darauf befindlichen Sklaven nicht etwa freigelassen, sondern von den britischen Kapitänen als rechtmäßig erworbene Beute verkauft. Britische Truppen besetzten französische Inseln wie Guadeloupe

und St. Lucia in der Karibik – das Gegenmittel der französischen Revolutionsregierung war die Freilassung der Sklaven, die zu gefährlichen Gegnern für die britischen Truppen wurden. Auf einmal sahen sich diese in der Position, die Fortführung der Sklaverei in der Karibik mit Waffengewalt durchzusetzen. Die britischen Verluste waren sehr hoch: Von ungefähr 89.000 Mann, die in der Karibik eingesetzt wurden, starben zwischen 1793 und 1801 ungefähr 45.000. Weitere 14.000 wurden entlassen, über 3.000 sind desertiert (Hochschild 2006: 281). Die militärische Selbstbehauptung der „schwarzen Jakobiner" von Haiti hatte eine wesentliche Rückwirkung auf die Meinungsbildung in England. Eine humanitäre Bewegung allein hätte wohl nicht ausgereicht, um das Verbot des Sklavenhandels durchzusetzen. Vielmehr wurden deren moralische Argumente durch die militärischen Kosten des Kampfes für die Sklaverei in den Kolonien wirkungsvoll untermauert (James 1984).

3 | Seemacht als Instrument humanitärer Intervention

Der Krieg führte zugleich zu neuen außenpolitischen Erwägungen des Vereinigten Königreichs, die von hoher Bedeutung für die schlussendliche Beendigung des Sklavenhandels waren. Nach dem Sieg über die französische und spanische Flotte 1805 hatte Großbritannien die uneingeschränkte Seeherrschaft über die Sklavenhandelsrouten. Französische, spanische oder holländische Schiffe fielen damit für den Handel mit den Kolonien aus. Dieser wurde aber von neutralen, nicht zuletzt amerikanischen Schiffen übernommen, oft sogar von britischen Schiffen unter amerikanischer Flagge. Die französischen Kolonien prosperierten weiterhin trotz der britischen Seeherrschaft. Bald setzte über diesen Umstand eine weit über die Bewegung hinaus reichende öffentliche Empörung ein, sodass britischen Untertanen 1806 verboten wurde, am Sklavenhandel mit den französischen Kolonien und den Kolonien ihrer Verbündeten teilzunehmen. Im Namen der Kriegsanstrengungen wurde damit ein großer Teil des britischen Sklavenhandels verboten. 1807 wurde die Abschaffung des Sklavenhandels auf britischen Schiffen vom Parlament beschlossen.

Nachdem 1815 auf dem Wiener Kongress auf britischen Druck eine Erklärung gegen den Sklavenhandel gefasst worden war, wurde die britische Flotte zunehmend zur Unterbindung des Sklavenhandels eingesetzt: ein früher Fall von humanitären Militäraktionen. Diese waren völkerrechtlich problematisch und wurden kontrovers diskutiert, da das Aufbringen von Schiffen unter fremder Flagge außerhalb des Kriegszustandes eine Verletzung der Souveränität des Flaggenstaates darstellte. Dennoch regte sich in den übrigen sechs Sklavenhandel treibenden Nationen Frankreich, Spanien, Portugal, Schweden, Dänemark und Hollandkein Widerstand gegen das britische Vorgehen. Zwischen 1808 und 1860 haben britische Schiffe schätzungsweise 1600 Sklavenschiffe beschlagnahmt und 150.000 Sklaven befreit. Das sollen etwa 15 Prozent der in diesem Zeitraum transportierten Sklaven gewesen sein (Wirz 1984: 185).

Die befreiten Sklaven wurden durchweg nach Sierra Leone gebracht, denn in ihren Herkunftsgebieten hätten sie leicht wieder versklavt werden können. Zunächst stand nur eine Geldstrafe von 100 Pfund pro Sklaven für die Schiffseigner an. Da jedoch bei drohenden Kontrollen gelegentlich Sklaven über Bord geworfen wurde, wurde 1827 die Sklaverei zu Piraterie erklärt, worauf die Todesstrafe stand.

Auf dem Aachener Kongress von 1818 legte der britische Außenminister Castlereagh ein Memorandum vor, das „ein System der Seepolizei gegen den Sklavenschmuggel" vorsah (Grewe 1984:7657). Doch die französische Regierung erhob Einwände und wurde dabei von Russland, Österreich und Preußen unterstützt, die eine allgemeine britische Seepolizei verhindern wollten. Nachdem ein derartiger Vorstoß auch auf dem Kongress von Verona 1822 scheiterte, begann die britische Regierung, beginnend mit Portugal 1817, entsprechende

bilaterale Verträge abzuschließen. In diesen wurde das aus dem Kriegsvölkerrecht stammende Visitationsrecht, also ein gegenseitiges Durchsuchungsrecht gegenüber verdächtigen Handelsschiffen, auch für den Friedenszustand vereinbart. Ähnliche Verträge wurden mit Spanien und den Niederlanden abgeschlossen.

England hat für die Aufgabe des Sklavenhandels an Spanien und Portugal erhebliche Abfindungszahlungen geleistet 1824 kam ein Vertrag mit Schweden-Norwegen zustande, und 1831 wurde auch mit Frankreich eine entsprechende Konvention unterzeichnet. Diesem Vorgehen haben sich dann kleinere Staaten in großer Zahl angeschlossen. Abgeschlossen wurde das System 1841 mit dem Quintupel-Vertrag *(Traité contre la traite des nègres)* zwischen Preußen, Österreich, Russland, England und Frankreich, das jeglichen Sklavenhandel verbot und zwischen bestimmten Breitengraden ein gegenseitiges Durchsuchungsrecht durch bevollmächtigte Kriegsschiffe einräumte. Die Gegenseitigkeit bestand angesichts der britischen Seeherrschaft allerdings nur auf dem Papier, denn kein Signatarstaat außer England hat jemals Vollmachten für den Patrouillendienst durchseine Kriegsschiffe ausstellen lassen.

Zwischen 1817 und 1841 wurde der Sklavenhandel zur „Piraterie" erklärt was den Briten die Durchsuchung von Schiffen unter der Flagge eines Nichtvertragsstaates ermöglichen sollte: Piraten verloren den Schutz ihrer Flagge, sodass sie durch jedes Land aufgebracht werden konnten. Wegen der Nichtbeteiligung der USA an den Verträgen musste man jedoch jedes Sklavenschiff, das die amerikanische Flagge hisste, weiterfahren lassen. Man half sich nach vielfachem Streit durch gemeinsame Flottenpatrouillen mit den USA. Weil Frankreich die Ratifizierung des Quintupel-Vertrags aus Ablehnung des britischen Seeherrschaftsanspruches ausgesetzt hatte, wurde dieses Vorgehen auch mit Frankreich umgesetzt.

In der Völkerrechtslehre des 19. Jahrhunderts ist die Bekämpfung des Sklavenhandels vor allem als humanitäre Angelegenheit betrachtet worden. Wilhelm Grewe resümiert dagegen, dass hier ein humanitäres Missionsbewusstsein mit großem Rückhalt in der Weltöffentlichkeit benutzt wurde, um „mit Hilfe einer an den Begriff der Piraterie anknüpfenden Rechtskonstruktion" den politischen Herrschaftsanspruch Englands über die Weltmeere zur völkerrechtlichen Anerkennung zu bringen. „So konnte diese Frage zu einem interessanten Beispiel der Verbindung einer nationalen Interessenpolitik mit einem internationalen Ordnungsanspruch, einer universell-humanitären Ideologie und einer diplomatisch geschickt gehandhabten formaljuristischen Begrifflichkeit werden." (Grewe 1984: 672)

Die Verbindung von Weltöffentlichkeit, humanitärer Mission, Seemacht und völkerrechtlicher Problematik zeigt erneut den kosmopolitischen Kern dieser Angelegenheit. Die Antisklavereibewegung hatte einen nationalen Parlamentsbeschluss erwirkt, dessen effektive Durchsetzung allerdings von Regierungshandeln unter dem Einsatz militärischer wie finanzieller Machtmittel (nämlich den Kompensationszahlungen an andere Länder) abhing. Weiterhin war der Erfolg von der öffentlichen Meinung und der Ratifizierung der entsprechenden Abkommen in den Parlamenten der anderen betroffenen Länder abhängig. Dass nationale Machtinteressen ein wesentlicher Faktor für den Erfolg des Komitees waren, sollte nicht überraschen: Ein Aufwand, wie er für die Durchsetzung des Verbotes des Sklavenhandels auf See nötig war, scheint ohne das Vorliegen entsprechender realpolitischer Interessen kaum durchsetzbar.

4 | Humanitäre Moral und ökonomisches Interesse

Eines der zentralen Probleme in Forschung und intellektueller Diskussion ist das Verhältnis von Menschenrechtsargumenten und wirtschaftlichen Interessen. Vor allem aus antikolonialistisch-marxistischer Perspektive wird die These vertr, Großbritannien habe den Sklavenhandel erst abgeschafft, als die Sklaverei ohnehin im Niedergang war, zumal sich freie Lohnarbeit

effektiver ausbeuten lasse, (Williams 1944, Neuauflage 1994). Die Antisklavereibewegung selbst hatte vergleichbare ökonomische Argumente verwendet. So stützte man sich auf Adam Smiths These, dass freie Lohnarbeit effizienter sei als Zwangsarbeit (Smith 1776, S. 318f). Eine Emanzipation der Sklaven würde deshalb den Wohlstand insgesamt mehren können. Diese Argumentation drang in der Öffentlichkeit auch weitgehend durch.

In der modernen, mit quantitativen Daten arbeitenden und theoretisch reflektierten Wirtschaftsgeschichtsschreibung gilt die Niedergangsthese allerdings als weitestgehend überholt. Nach der Sammlung genauerer wirtschaftsgeschichtlicher Daten hat sich eher die Vorstellung durchgesetzt, dass hier ein profitabler Geschäftszweig vor allem aus moralischen Gründen ausgeschaltet wurde. Am wirkungsmächtigsten ist diese These vom Wirtschaftshistoriker Seymour Drescher vorgetragen worden, der hierfür den m.E. übertriebenen Begriff des „Econocide" geprägt hat (Drescher 1977). In der Wirtschaftsgeschichtsschreibung gilt die Antisklavereibewegung daher als Paradebeispiel einer tiefgreifenden institutionellen Veränderung, die nicht völlig durch innerökonomische Faktoren zu erklären ist: „Weltgeschichtlich gesehen ist die Sklaverei nirgends und niemals aus ökonomischen Gründen aufgegeben worden, obwohl es wirtschaftliche Krise in Sklavereigesellschaften gab" (Zeuske 2013: 219). Natürlich gibt es weiterhin Autoren, die an der Niedergangsthese festhalten.

Die Betonung humanitärer Argumente in der Selbstdarstellung der Abolitionisten ist damit partiell rehabilitiert. Entscheidend für diese Entwicklung war nach Douglass North, dem Protagonisten der *New Economic History*, dass Menschen ihre Ablehnung der Sklaverei mit relativ geringen Kosten für sich selbst, z.B. einem Zuckerboykott oder der Unterzeichnung von Resolutionen zum Ausdruck bringen und gleichzeitig von den Sklavenhaltern einen hohen Preis, nämlich den Untergang ihres Geschäftsmodells, fordern konnten. Mit dieser Überlegung ergibt sich die Chance, die Vorbehalte gegenüber der Rhetorik dieser sozialen Bewegung (die uns ja aus der selbstgerechten Rhetorik heutiger NGOs ebenso bekannt ist) mit einer Akzeptanz ihrer außerökonomischen Motive zu verbinden und anzuerkennen, dass der von ihr getragene humanitär-moralische Diskurs eine eigenständige, von ökonomischen Faktoren unabhängige Wirksamkeit entfalten konnte.

Andererseits steht außer Frage, dass die Stärkung der britischen Seeherrschaft ein ausschlaggebendes politisches Interesse hinter der Unterbindung des Sklavenhandels war. Hinzu kommt der Einwand, „dass die Europäer die koloniale Eroberung und Durchdringung Afrikas zu Endes des 19. Jahrhunderts als Kreuzzug gegen die Sklaverei ausgeben konnten" (Wirtz 1984: 220). Denn nach der Abschaffung der Sklaverei auch in den USA existierte der Sklavenhandel an der arabischen und persischen Küste sowie innerhalb Afrikas weiter. Auf der Berliner Kongokonferenz von 1885 wurde erneut eine Deklaration gegen den Sklavenhandel verabschiedet, die 1890 in Brüssel konkretisiert wurde: Die Sklavenjagd und Sklaventransporte wurden für strafbar erklärt.

Bemerkenswert an der britischen Antisklavereibewegung ist, dass sie radikal gegen starke wirtschaftliche Interessen vorging, aber nicht auf eine neue Gesellschaftsordnung zielte, sondern mit Argumenten aus britischem Recht und der christlicher Tradition operierte. Ein wichtiger Flügel um Clarkson war gewiss von der französischen Revolution und deren Menschenrechtsdiskurs beeinflusst, aber der parlamentarische Arm der Bewegung war religiös und konservativ. Die Antisklavereibewegung war eine flügelübergreifende Bewegung und dies war gewiss ein Grund für ihre Durchsetzungsfähigkeit.

Wie ausgeführt, war die Abschaffung des Sklavenhandels ökonomisch kostspielig, was ein interessantes Licht auf Diskussionen wirft, in denen z.B. bei Menschenrechtsfragen *a priori* von einem Primat der ökonomischen Interessen vor humanitären Erwägungen ausgegangen wird. Eine zentrale Frage bleibt, welche

Motivbündel erforderlich sind, damit eine Gesellschaft, und vor allem deren dominierende Segmente und Eliten, bereit sind, ökonomische Einbußen zugunsten menschenrechtlicher Erwägungen in Kauf zu nehmen: Reicht ein aufklärerisches Menschenrechtsdenken, oder ist eine religiöse Prägung unverzichtbar? Und vor allem: Muss sich eine solche Bewegung mit Machtinteressen verbinden, um erfolgreich zu sein?

5 | Moralkritik und Meinungsklima

Ich will versuchen, die Faktorenbündel zu beschreiben, welche als Grundlage des Erfolges der Antisklavereibewegung anzusehen sind. Großbritannien war zum Empire geworden und die weltweite koloniale Orientierung war seit dem Siebenjährigen Krieg ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung gerückt, was die Agitationsmöglichkeiten einer humanitären Bewegung mit internationaler Ausrichtung deutlich erhöhte. Weiterhin bestand in Großbritannien ein oligarchisches Regierungssystem, in dem die aufstrebenden Mittelklassen zwar von der Macht weitgehend ausgeschlossen waren, das zugleich aber relativ offen gegenüber Kampagnen und organisierten Interessen war. So bot sich die Form der sozialen Bewegung als Mittel, der politischen Einflussnahme an. Dazu kam das reformfreundliche gesellschaftliche Gesamtklima, das zumindest bis 1792/93 – als die Reaktion auf die Französische Revolution einsetzte – und wieder ab 1805 bestand. Wie oben ausgeführt, waren die neuen Medien jener Zeit ein wichtiger Faktor: Zeitungen, Magazine und politische Pamphlete erlebten einen Aufschwung.

Ideengeschichtlich sehr wichtig war, dass um 1780 eine öffentliche Begründung der Sklaverei nicht mehr möglich war. Vorher hatte selbst im offiziellen Christentum die Sklaverei weitgehend als selbstverständlich gegolten. Dies wurde unterminiert durch die Quäker und Evangelikalen, während Montesquieu als einer der herausragenden Aufklärer gegen diese Institution argumentiert und Adam Smith sie als ökonomisch ineffizient verurteilt hatte. Die Gegenkräfte allerdings waren weiterhin vorhanden: Sklaverei galt als selbstverständlich, Sklaven als unverzichtbar in den Kolonien. Im Übrigen galt das Eigentumsrecht der Sklavenhalter als starker Einwand gegen die Abschaffung der Sklaverei (d'Anjou 1996).

Die folgenden Faktoren scheinen für den Erfolg dieser Bewegung ausschlaggebend: Die Voraussetzung war ein Wandel des öffentlichen Meinungsklimas im Zeitalter der Aufklärung und die Entwicklung menschenfreundlicher Erscheinungsformen von Religiosität, die in Hinblick auf den Sklavenhandel eine gemeinsame Position gefunden hatten. Selbstverständlich bedarf eine auf ein öffentliches Moralempfinden setzende Bewegung der Organisation und damit des politisch-moralischen Unternehmertums. Das Komitee, welches die Frage des Sklavenhandels in diesem Meinungsklima auf die politische Agenda setzte, war religiös zentriert, schaffte es aber, die Grenzen sektenhafter Orientierung zu überschreiten.

Der Begriff „Meinungsklima" ist dabei auf einer tieferen Ebene zu verorten als allein im Gedankengut von Aufklärung und Evangelikalismus und auch ökonomisch verankert, wenn auch in einem anderen Sinne als bei den Moraltheorien Goethes und Eric Williams. Britische Unternehmer, Wirtschaftswissenschaftler und viele Arbeiter nahmen die Lohnarbeit als Befreiung von traditionalen Bindungen wahr. Die Vorstellung des fremden Eigentums an einer Arbeitskraft musste der Öffentlichkeit als überholt erscheinen, ganz abgesehen von den schauerlichen Formen, die diese Ausbeutung angenommen hatte.

James Walvin kommt deshalb zu der These, dass der Kampf gegen Sklaverei einer der Punkte war, an dem Unternehmer und Arbeiter am gleichen Strang zogen (Walvin 1994: 304ff.). Da man mit dem Schiffsverkehr zwischen England, der afrikanischen Sklavenküste und Amerika einen Hebel in der Hand hatte, konnte die Aktion zugleich zielstrebig und effizient vorgehen.

Das politische System war relativ offen für öffentliche Meinungsbildungsprozesse. William Pitt, seit 1783 Premierminister, hatte einen ersten Vorstoß der Quäker noch abgelehnt, mit Gründung des Komitees allerdings ermunterte er William Wilberforce, dieses Thema aufzugreifen, weil sonst andere dies tun würden. Auch wenn die ersten Abstimmungen im Parlament verloren gingen: Die politische Führung der Tories war für das Verbot des Sklavenhandels, und die Whig-Opposition hatte dagegen keinen Einspruch. Das halte ich für einen wesentlichen Faktor für den schließlichen Erfolg. Der Widerstand kam aus den Reihen der Abgeordneten, die selber entsprechende Interessen hatten oder mit Profiteuren verbündet waren und hat sich nur als Lobby, doch nicht entlang der Parteilinien organisieren lassen.

Die öffentliche Wirksamkeit, besonders zur Zeit der großen Petitionen und des Zuckerboykotts, grenzte zeitweise an eine Art Enthusiasmus, wie Immanuel Kant ihn als weltbürgerliches Gefühl beschrieben hat, nämlich als materiell uninteressierte, und damit vor allem moralische Identifikation. Es spricht nach den heute vorliegenden wirtschaftsgeschichtlichen Analysen sehr viel dafür, dass nicht der Wandel des ökonomischen Systems, sondern der Wandel des moralischen Meinungsklimas ausschlaggebend für die Abschaffung des Sklavenhandels und später der Sklaverei gewesen ist. Insofern gilt es anzuerkennen, dass ein humanitär-moralischer Diskurs durchaus eine eigenständige, von ökonomischen Faktoren unabhängige Wirkung entwickeln kann.

Wie oben erläutert kommt das Kostenargument in einem anderen, von Douglass North beschriebenen Sinne aber doch in Betracht: Die Geschichte der britischen Antisklavereibewegung legt nahe, dass eine humanitäre Moral dann auf breiter Basis und damit erfolgreich gegen ausgeprägte ökonomische Interessen wirken kann, wenn ihre Artikulation dem Einzelnen ohne erhebliche Kosten möglich ist. Dies sollte all jene ermutigen, die sich von der heutigen internationalen Zivilgesellschaft eine Reduzierung globaler Ungerechtigkeit erhoffen.

Die Analyse zeigt aber auch, dass ein solches internationales Anliegen im Normalfall nur erfolgreich sein kann, wenn es zugleich auch zur Agenda internationaler Politik wird. Das Argument, der Sklavenhandel wäre ohne Polizeimaßnahmen der britischen Flotte von den Schiffen anderer Länder übernommen worden, leuchtet ein. An dieser Stelle wird zugleich deutlich, dass eine solche Kooptierung durch machtpolitische Interessen nicht zwangsläufig den humanitären Kern einer internationalen sozialen Bewegung untergraben muss – ohne das britische Interesse an der eigenen Seemacht wäre die Beendigung des Sklavenhandels kaum erfolgreich gewesen.

Walter Reese-Schäfer ist Professor an der Universität Göttingen, Lehrstuhl für politische Theorie und Ideengeschichte, reeseschaefer@gmail.com.

Anmerkung

[1] Noch mechanischer: Heberle 1967 mit seiner Abfolge von bürgerlicher Bewegung, Arbeiterbewegung und Faschismus/Nationalsozialismus. Dieses Modell wird seitdem in der typischen Einleitungsformel zu Texten der Bewegungsforschung geradezu lexikalisch repetiert.

Literatur

Anjou, Leo d' 1996: Social Movements and Cultural Change. The First Abolition Campaign Revisited. New York.

Baucom, Ian 2005: Specters of the Atlantic. Finance Capital, Slavery, and the Philosophy of History. Durham und London: Duke University Press.

Brown, Christopher Leslie 2006: Moral Capital. Foundations of British Abolitionism. Chapel Hill: University of North Carolina Press.

Clarkson, Thomas 2008: The History of

the Rise, Progress and Accomplishment of the Abolition of the African Slave Trade by the British Parliament, Two Volumes (1808), Neuauflage Charleston.

Coleman, Deirdre 2005: Romantic Colonization and British Anti-Slavery. Cambridge University Press.

Davis, David Brion 1984: Slavery and Human Progress. New York und Oxford.

Drescher, Seymour 1977: Econocide: British Slavery in the Era of Abolition. Pittsburgh.

Eckermann, Johann Peter 1976: Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens, Gespräch vom 1. Sept. 1829, hgg. von Ernst Beutler, München.

Eltis, David 1987: Economic Growth and the Ending of the Transatlantic Slave Trade. Oxford University Press.

*Farrell, Stephen/*Unwin, Melanie /Walvin, James (ed) 2007: The British Slave Trade: Abolition, Parliament and People. Including the Ilustrated Catalogue of the Parliamentary Exhibition in Westminster Hall, 23. Mai- 23. Sept. 2007. Edinburgh University Press.

Gondorf, Bernhard 1991: Das deutsche Antisklaverei-Komitee in Koblenz. Eine Episode in der deutschen Kolonialgeschichte. Selbstverlag des Landesmuseums Koblenz.

Gould, Philip 2003: Barbaric Traffic. Commerce and Antislavery in the Eighteenth-Century Atlantic World. Harvard University Press, Cambridge/Mass. und London.

Grewe, Wilhelm 1984: Epochen der Völkerrechtsgeschichte, Baden-Baden.

Halbersleben, Karen L. 1993: Women's Participation in the British Antislavery Movement 1824-1865. Lewiston/Quenneston/Lampter.

Heberle, Rudolf 1967: Hauptprobleme der politischen Soziologie. Stuttgart.

Herder, Johann Gottfried 1991: Briefe zur Beförderung der Humanität, Werke in zehn Bänden, Bd. 7115. Brief, hgg. Hans Dietrich Irmscher, Frankfurt am Main.

Hochschild, Adam 2006: Bury the Chains. The British Struggle to Abolish Slavery. London. (dt. als: Der entscheidende Kampf um die Abschaffung der Sklaverei, Stuttgart 2007).

James, C.L.R. 1984: Die schwarzen Jakobiner. Toussaint L'Ouverture und die San-Domingo-Revolution, Berlin.

Jennings, Lawrence C. 2006: French Anti-Slavery. The Movement for the Abolition of Slavery in France, 1802-1848. Cambridge University Press.

Kant, Immanuel 1967: Streit der Fakultäten, Akademie Textausgabe Bd. VI, Berlin 1967 *Lyotard, Jean-Francois* 2000: Der Enthusiasmus, Wien.

Marx, Karl 1983: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien. In: MEW Bd. 9, S. 220-234, Berlin.

Mar Castro Varela, Maria do/ Dhawan, Nikita 2005: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld.

Midgley, Clare 1992: Women against Slavery. The British Campaigns 1780-1870. London und New York: Routledge.

Midgley, Clare 2007: Feminism and Empire. Women Activists in Imperial Britain 1790-1865. London und New York.

Osterhammel, Jürgen 2000: Sklaverei und die Zivilisation des Westens. München.

Raschke, Joachim 1987: Zum Begriff der sozialen Bewegung. In: Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Said, Edward 1978: Orientalism, New York.

Smith, Adam (1776/1980): Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. Hg. Horst Claus Recktenwald, 5. Aufl. München 1980.

Spivak, Gayarti Chakravorty 1999: A Critique of Postcolonial Reason. Towards a History of the Vanishing Present. Calcutta und Neu Dehli.

Temperley, Howard 1972: British Antislavery 1833-1870. London.

Turley, David 1991: The Culture of English Antislavery, 1780-1860. London und New York.

Walvin, James 1994: Black Ivory. A History of British Slavery. Washington D.C.

Weindl, Andrea o.J: Die Kurbrandenburger im „atlantischen System". Arbeitspapier zur

Lateinamerika-Forschung, Universität Köln.

James, C.L.R. 1984: Die schwarzen Jakobiner. Toussaint L'Ouverture und die San-Domingo-Revolution. Berlin.

Williams, Eric 1994: Capitalism and Slavery. Chapel Hill und London (1944, Neuaufl.).

Wirz, Albert 1984: Sklaverei und kapitalistisches Weltsystem. Frankfurt am Main.

Zeuske, Michael 2013: Handbuch der Geschichte der Sklaverei. Eine Globalgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Berlin und Boston 2013.

Auf dem Weg zu einer funktionierenden transnationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Alejandra Ancheita/Carolijn Terwindt[1]

1 | Einleitung

Weltweit machen Aktivist*innen mit politischem Engagement, öffentlichen Kampagnen und der Einleitung von Gerichtsverfahren auf Armut, Diskriminierung und Ausbeutung aufmerksam, auf Zustände wie etwa die gefährlichen Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie von Bangladesch oder die Verschmutzung von Farmland und Gewässern infolge nahegelegenen Bergbaus in Peru. Zunehmend endet die Arbeit der Aktivist*innen nicht mehr an den Landesgrenzen. Im Gegenteil – transnationale Zusammenarbeit bildet oft einen wesentlichen Bestandteil ihrer Strategien und ihres Arbeitsalltags. Eine solche Zusammenarbeit wird etwa dann erforderlich, wenn grenzüberschreitend tätige Konzerne in Menschenrechtsverletzungen verstrickt sind, oder wenn die Folgen solcher Verstöße an Staatsgrenzen nicht halt machen (wie im Fall von Umwelt-/Wasserverschmutzung oder Flucht- und Migrationsbewegungen). An einer derartigen transnationalen Zusammenarbeit können Gewerkschaften, professionelle Nichtregierungsorganisationen (NGOs), gemeinschaftsgestützte Organisationen, Rechtsanwält*innen oder Aktionskollektive beteiligt sein. Auch wenn beachtliche Unterschiede zwischen diesen Akteuren bestehen mögen – wie beispielsweise zwischen professionellen NGO-Fachleuten und Aktivist*innen von der Basis –, werden wir diese Akteure der Zivilgesellschaft im Kontext des vorlegenden Artikels allgemein als „Counterparts" oder „Aktivist*innen" bezeichnen.

Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Dynamik in der Zusammenarbeit zwischen Counterparts aus den Regionen, die man als globalen Norden beziehungsweise als globalen Süden bezeichnet. Zweifellos sind diese binären Begriffe ebenso inadäquat wie zahlreiche andere, die in der Vergangenheit von Wissenschaftlern und *communities* in Bezug auf bestehende strukturelle Unterschiede zwischen diesen Regionen benutzt worden sind, wie etwa Zentrum und Peripherie, Erste und Dritte Welt, Industrie- und Entwicklungsländer (Eriksen 2015). Uns ist bewusst, dass eine begriffliche Teilung der Welt in zwei Kategorien, höchst problematisch ist und zwangsläufig zu Ambivalenzen führt. Dennoch haben wir uns entschlossen, die Begriffe globaler Norden und Süden beizubehalten, da sich diese (wie Eriksen hervorhebt) zutreffend auf die unterschiedlichen Rollen, die diese beiden Regionen in den Prozessen der Globalisierung spielen, und die daraus resultierenden Folgen beziehen (Ibid.). Wir vertreten die Auffassung, dass es der Aufbau einer echten Zusammenarbeit verlangt, sowohl über die Perpetuierung kolonialer Sichtweisen nachzudenken als auch über die divergierenden Kulturverständnisse hinaus einen gemeinsamen Bezugsrahmen zu schaffen. Dabei gilt es, die ungleichen Bedingungen der

Aktivist*innen aufzuzeigen und sich ständig bewusst zu machen, dass die Counterparts aus dem Norden und Süden häufig unter extrem unterschiedlichen Bedingungen arbeiten.

Die Beziehungsdynamik zwischen den Aktivist*innen des Nordens und den häufig als „Opfer" bezeichneten Betroffenen im globalen Süden hat inzwischen Einzug in die Fachliteratur gefunden. So entwickelte David Kennedy eine grundlegende Kritik, in der er die provokative Frage stellte, ob die internationale Menschenrechtsbewegung eventuell Teil des *Problems* sei: „Am wirkungsvollsten stellt der Menschenrechtsdiskurs Opfer als passiv und unschuldig, Menschenrechtsverletzer als abnorm und Menschenrechtsverteidiger als heroisch dar"[2] (Kennedy 2002: 111). Dass die „Opfer" durch Zuschreibung einer passiven Rolle zum Schweigen gebracht würden, ist nur einer der Kritikpunkte in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen „internationalen Menschenrechtsexperten" und „betroffenen Menschen vor Ort". Auf der Grundlage ihrer Erfahrungen in Osteuropa analysiert und kritisiert Bukovská (2008: 8-9) den Prozess der Aneignung, sogar der Instrumentalisierung der Geschichten von Überlebenden, die zur „Thematik" einer Kampagne oder zum Gegenstand einer Ermittlungsreise gemacht werden können. Ähnlich schildert Madlingozi (2010) die Erfahrungen eines Kollektivs von Apartheidüberlebenden in Südafrika und beschreibt zudem, wie die „Opfer" von Menschenrechtsverletzungen durch Kampagnen und rechtliche Verfahren „erzeugt" werden.

Beide Wissenschaftler werfen die Frage auf, wer für wen sprechen darf. Zudem weisen sie auf das Machtgefälle zwischen Akteuren wie Anwälten und ihren Mandanten hin (Bukovská 2008: 13). Dieses Machtgefälle zeichnet sich bereits im gängigen Sprachgebrauch ab, der „internationale" Aktivist*innen als „Expert*innen" beschreibt, während die „nutznießenden Communities" als „marginalisierte Opfer" betrachtet werden (Madlingozi 2010). Margaret Keck und Kathryn Sikkink haben anhand von Kampagnen gegen das Füßebinden und die Beschneidung von Frauen demonstriert, wie Organisationen aus dem Norden manchmal eine herablassende und paternalistische Perspektive gegenüber „Opfern" aus dem Süden einnehmen (1998: 78). Sie argumentieren, dass „Aktivisten das Opfer als unproblematischen ‚Anderen' betrachten, der ihre Unterstützung braucht und die Reformer selten ihren eigenen Paternalismus erkennen"[3] (Ibid: 78). Das kann zu Entmündigung führen, wenn beispielsweise eine Organisation des Nordens eine Organisation vor Ort um persönliche Zeugenaussagen und Geschichten bittet. Dabei können die betroffenen Menschen die Kontrolle über die Art und Weise verlieren, auf die ihre Geschichte wiedergegeben wird (Ibid: 19). In letzter Zeit haben Menschrechtsaktivist*innen begonnen diese Art von Kritik in ihre Arbeit einzubeziehen und Methodologien zur „Mitermächtigung" (*Co-powerment*) der Communities zu entwickeln, mit denen sie zusammenarbeiten (Hoffmann/Vahlsing 2014; CALS 2014)[4].

Weniger Beachtung findet hingegen die Tatsache, dass die transnationale Zusammenarbeit zwischen Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Anwält*innen und Aktivist*innen von ähnlichen Herausforderungen und besonders komplexen Dynamiken betroffen ist. Aktivist*innen bilden Bündnisse, die als kollaborative, zweckorientierte Vereinbarungen definiert werden können, „die unterschiedlichen organisatorischen Einheiten erlauben, Ressourcen zu bündeln, um Veränderungen herbeizuführen"[5] (Levi/Murphy zitiert nach Tarrow 2005: 164). Doch, wie Tarrow darlegt, haben Bündnisse – und zwar auch auf nationaler Ebene – ihren Preis: Ihr Unterhalt erfordert Ressourcen, manche Beteiligte profitieren eventuell mehr als andere, wodurch interne Spannungen erzeugt werden etc. (Ibid.). Transnationale Zusammenarbeit kann darüber hinaus besondere Herausforderungen mit sich bringen. Die Unterschiede in Arbeitsumgebung und -perspektive zwischen Organisationen aus dem Norden und Süden können enorm sein; dennoch werden diese selten zu Beginn der

Zusammenarbeit detailliert angesprochen. Infolgedessen versäumen es transnationale Akteure leicht zu untersuchen, wie sich die Ungleichheiten zwischen Aktivist*innen auf die transnationale Zusammenarbeit auswirken (können). Und ebenso vernachlässigen sie vielleicht, sich mit den sich hartnäckig haltenden kolonialen Perspektiven von Aktivist*innen sowohl im globalen Süden als auch im globalen Norden auseinanderzusetzen. Es besteht die Gefahr, dass die Zusammenarbeit dadurch untergraben wird, dass sich interne Machtdynamiken entwickeln.

Es gibt unterschiedliche Arten von Bündnissen. Manche sind ereignisbezogen und folglich nur von kurzfristiger Dauer. Dann gibt es solche, die Tarrow als Föderation bezeichnet und die eine langfristige Zusammenarbeit bei gleichzeitig geringem Engagement bedeuten. Noch andere Bündnisse hingegen sind kampagnenbezogen und verlangen hohes Engagement und eine langfristige Zusammenarbeit (Ibid.: 167). Damit sich solche langfristigen transnationalen Bündnisse, die einen hohen Einsatz erfordern, erfolgreich und nachhaltig gestalten, muss eine funktionierende Zusammenarbeit auf Augenhöhe stattfinden. Darunter verstehen wir die Entwicklung einer gleichberechtigten und demokratischen Beziehung zwischen den Aktivist*innen, die einen fortwährenden Austausch über Verständnis und Interessen bedeutet.

In der Fachliteratur ist das Entstehen „transnationaler Aktivistennetzwerke" begrüßt worden (Keck/Sikkink 1998). Eine mangelnde Auseinandersetzung mit den Hindernissen , die einer funktionierenden Zusammenarbeit auf Augenhöhe im Weg stehen können, kann jedoch dazu führen, dass Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen und potentielle Geldgeber*innen unter dem falschen Eindruck stehen, solche Kooperation sei leicht zu erreichen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Counterparts, die in transnationale Arbeit eingebunden sind, sehen sich mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert. Verständlicherweise werden Fragen hinsichtlich sowohl persönlicher als auch struktureller Macht und Privilegien innerhalb solcher Bündnisse geflissentlich ignoriert – anstatt sie in potentiell unangenehmen Auseinandersetzungen offen zu diskutieren. Der vorliegende Artikel stößt eine Diskussion über diese Herausforderungen an. Wir erheben zwar nicht den Anspruch, endgültige Lösungen bereitzuhalten, doch soll dieser Artikel einen Anfang machen und konkrete Vorschläge für den Umgang mit den bestehenden Herausforderungen liefern.

Im Folgenden beschreiben wir zunächst kurz die wichtigsten Herausforderungen, denen sich transnationale Aktivist*innen in der langfristigen Zusammenarbeit gegenüber sehen. Im zweiten und Hauptteil wenden wir uns den Erfahrungen verschiedener transnational arbeitender Organisationen zu, um die Diskussion darüber zu eröffnen, wie sich eine funktionierende Zusammenarbeit auf Augenhöhe erreichen lässt.

2 | Welchen Herausforderungen steht eine transnationale Zusammenarbeit gegenüber?

Mit ihrem Buch *Activists Beyond Borders* (1998) gehörten Keck und Sikkink zu den ersten, die transnationale zivilgesellschaftliche Bündnisse untersucht haben. Dabei wiesen sie auf verschiedene Hindernisse für transnationale Zusammenarbeit hin, wie etwa die Tatsache, dass Netzwerke unter ungleichen Voraussetzungen arbeiten. Bei seiner Forschung über die Zusammenarbeit von Organisationen in Mexico und den USA kam auch Jonathan Fox zu dem Schluss, dass durch mangelnde Ressourcen und divergierende Agenden hervorgerufene Schwierigkeiten den Aufbau einer langfristigen transnationalen Zusammenarbeit belasten. Infolgedessen kämen die meisten im Entstehen begriffenen transnationalen Beziehungen nie über die Phase der Kontaktaufnahme und der Schaffung einer gemeinsamen Dialoggrundlage hinaus (Fox 2004: 495).

Bei der Untersuchung einer transnationalen Kampagne gegen Kinderarbeit in Bangladesch und einer Kampagne gegen Geschlechterdiskri-

minierung in einem mexikanischen Betrieb hat Shareen Hertel festgestellt, dass zwei Mechanismen in Fällen transnationaler Zusammenarbeit auftreten können: Die Organisationen auf der „Empfängerseite" der Kampagne blockierten die Projekte oder entwickelten *backdoor moves,* wenn unterschiedliche Vorstellungen in Bezug auf die zu bearbeitenden Probleme oder die Vorgehensweise bestanden (Hertel 2006: 7-8). Organisationen können also Kampagnen blockieren oder hinauszögern beziehungsweise alternative Forderungen oder Strategievorschläge quasi durch die *Hintertür* einbringen, während sie nach außen hin scheinbar den vorherrschenden Rahmen akzeptieren (*backdoor moves*). Dies legt nahe, wie wichtig die Analyse der Dynamik zwischen transnationalen Aktivist*innen ist.

2.1 | Aktivist*innen und ihre Organisationen unter ungleichem Druck

Erstens: Zwar sind auch Aktivist*innen des Nordens keineswegs gegen Hassmails, bürokratische Schikane und Kriminalisierung gefeit, doch ihre Counterparts im Süden sind fraglos weniger geschützt und einer größeren Gefahr ausgesetzt. Oft operieren Letztere in einem Klima, das durch ein hohes Maß an Straflosigkeit und allgemeiner Unsicherheit gekennzeichnet ist, verbunden mit einer eher geringen Fähigkeit der staatlichen Behörden, jene Freiheiten, die für die Arbeit von Organisationen unentbehrlich sind, abzusichern, wie etwa die Meinungs- und Versammlungsfreiheit (van der Borgh/Terwindt 2012; ICNL 2012). Es lässt sich durchaus feststellen, dass vor allem gegen Organisationen, die politische Forderungen stellen, Repressionen in Form von körperlicher Misshandlung, Kriminalisierung, bürokratischer Schikane und Stigmatisierung ausgeübt sowie Druck auf ihre Beteiligung am politischen Prozess ausgeübt wird (van der Borgh/Terwindt 2014: 42).

Während Aktivist*innen im globalen Süden also schon grundsätzlich eher unter schwierigen Bedingungen arbeiten, sehen sie sich darüber hinaus häufig mit spezifischen Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit einer bestimmten Kampagne oder juristischen Beschwerde konfrontiert. Diese asymmetrische Verteilung von Risiken bedeutet, dass Aktivist*innen im globalen Süden beim Treffen strategischer Entscheidungen eine ungleiche Last tragen, wenn sie die möglichen Folgen ihrer Tätigkeit abwägen – sei es drohende Gefahr für Leib und Leben der Mitarbeiter*innen oder Communities, mit denen sie zusammenarbeiten, oder sei es das Risiko, dass ihre Organisation verboten wird.

2.2 | Ungleicher Zugang zu internationalen Institutionen: Finanzierung und Entscheidungsfindung

Zweitens: Aus finanziellen, sprachlichen, logistischen und kulturellen Gründen haben Aktivist*innen des globalen Südens nicht den gleichen Zugang zu Förderstiftungen beziehungsweise zu den Stätten oder Institutionen, an denen internationale Beratungen stattfinden oder Entscheidungen getroffen werden. Die Liste internationaler Organisationen mit Sitz im globalen Norden ist schier endlos. Die Vereinten Nationen haben ihre Zentralen in New York und Genf. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds haben ihren jeweiligen Hauptsitz in Washington. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) sitzt in Rom. Ebenso haben die großen Förderorganisationen ihre Sitze in London, New York, oder Berlin.

Schon allein ein Visum für eins dieser Länder zu bekommen, kann für Aktivist*innen aus dem globalen Süden eine monatelange Prozedur bedeuten, die mit einer Ablehnung endet – während die in Westeuropa oder in den USA ansässigen Aktivist*innen generell ohne nennenswerte Hindernisse zu Treffen am Sitz dieser Institutionen reisen können. Aufgrund des ungleichen Zugangs zu Fördermitteln entstehen zusätzlich oft grundlegende Unterschiede bei den materiellen Arbeitsumständen, wenn Aktivist*innen des globalen Südens unter

prekären Bedingungen arbeiten, beispielsweise keinen hürdenlosen Zugang zu Technologien oder einem verlässlichen Stromnetz haben und auch weniger Zugang zu Fortbildungen im Bereich Lobbyarbeit und Advocacy. Zudem verfügen sie häufig über weniger Mittel für eine persönliche Teilnahme am direkten Austausch mit anderen Aktivist*innen in transnationalen Räumen.

2.3 | Die anhaltend koloniale Perspektive im globalen Norden und Süden

Eine *dritte* Herausforderung besteht in der Perpetuierung kolonialen Denkens und Handelns. Kolonialismus kann definiert werden als „ein System der Naturalisierung von Unterschieden dergestalt, dass die Hierarchien, welche Herrschaft, Unterdrückung etc. rechtfertigen, ein *Produkt* der Unterlegenheit bestimmter Menschen sind und nicht der *Grund* für ihre Unterlegenheit“[6] (de Sousa-Santos in: Sian 2014: 68). Folglich bezieht sich „kolonial“ in diesem Artikel auf das Vermächtnis dieses Systems, das nach wie vor Mentalitäten, Weltanschauungen, Sprache und Machtgefüge beeinflusst. Dies wird beispielsweise sichtbar, wenn Aktivist*innen aus dem globalen Norden als „international“, diejenigen aus dem globalen Süden hingegen als „lokal“ wahrgenommen werden.

Eine fortgesetzt koloniale Perspektive kann auch bedeuten, dass in Bezug auf Unterschiede zwischen Akteuren in Kategorien von „unterlegen“ und „überlegen“ gedacht wird, statt diese einfach als „verschieden“ zu verstehen. Manchmal scheint sogar die irrige Meinung vorzuherrschen, dass die Perspektive der „lokalen“ Aktivist*innen weniger wichtig ist. Dies kann dazu führen, dass die Bedürfnisse vor Ort zu Gunsten des globalen Zuschnitts einer Kampagne vernachlässigt werden (Tarrow 2005: 76). Auch das Verhalten der Aktivist*innen aus dem globalen Süden muss untersucht werden, da ihre Reaktion auf das herablassende Verhalten, das einige Aktivist*innen aus dem globalen Norden in ihren Arbeitsbeziehungen an den Tag legen, vielleicht nicht immer professionell oder produktiv ist. Wird es nicht thematisiert, kann koloniales Verhalten im Arbeitsalltag transnationaler Kampagnen zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen Organisationen führen. Fox beschreibt einen solchen Konflikt am Beispiel einer NGO aus den USA, die einer Einladung nach Mexiko Folge leistete und dann beschloss, eine Presseerklärung abzugeben, ohne vorher die gastgebende NGO zu konsultieren (2004: 492).

2.4 | Das Fehlen eines gemeinsamen kognitiven und rechtlichen Rahmens für die Zusammenarbeit von Aktivist*innen

Die *vierte* Schwierigkeit für eine funktionierende transnationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist das häufige Fehlen eines gemeinsamen kognitiven und rechtlichen Rahmens. Ein solcher ist jedoch entscheidend, wenn es darum geht, Entscheidungen hinsichtlich der besten gemeinsamen Vorgehensweise zu treffen. Wenn beispielsweise ein Fall vor Gericht gebracht werden soll, müssen sich die Aktivist*innen darüber verständigen, in welchem gesetzlichen Rahmen sie argumentieren wollen und welches rechtliche Forum strategisch am besten ist. Unterschiedliche Standorte können zu unterschiedlichen politischen Prioritäten der Akteur*innen führen.

So beschreibt etwa Fox, dass mexikanische *Maquiladora*-Führer*innen eher Wert auf langfristige, gemeinschaftsbezogene Aktionen legen, während US-Initiativen kurzfristige Medienwirksamkeit und (wirtschafts-)politische Kampagnen bevorzugen, die sich auf Schlüsselmomente nationaler Politik, wie etwa die handelspolitischen Debatten im US-Kongress, konzentrieren (2004: 480). Tarrow (2005: 75) betrachtet in diesem Kontext das Verharren in nationalen politischer Kulturen als Hindernis bei der Organisation kollektiver Aktionen über Grenzen hinweg. Die unterschiedlichen Prioritäten beruhen allerdings häufig auf plausiblen strategischen Erwägungen, wie Gay Seidman bei der Untersuchung von Kampagnen zu globalen Textilzulieferketten festgestellt hat: „Die

meisten transnationalen Aktivist*innen erkennen die Probleme, die mit einer Überbetonung von passiver Viktimisierung gegenüber der Stimme der Betroffenen einhergehen, ebenso wie die Gefahr der Neuinterpretation lokaler Prioritäten durch globale *codes of conduct*. Dennoch [...] fällt es selbst wohlmeinenden transnationalen Netzwerken schwer, einerseits auf die Anliegen der Arbeiter*innen vor Ort einzugehen und andererseits zur gleichen Zeit die Art von globaler Unterstützung zu mobilisieren, die die Aufmerksamkeit globaler Marken auf sich zieht"[7] (Seidman 2007: 135).

3 | Ein fortlaufender Verständigungsprozess als Mittel einer funktionierenden Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Transnationale Zusammenarbeit entsteht, wenn Aktivist*innen begreifen, dass ihre Arbeit eine transnationale Perspektive braucht, um erfolgreiche Strategien für wirksame rechtliche Interventionen, politische Advocacy Arbeit und/oder gemeinsame Organisation und Mobilisierung zu entwickeln. Damit eine Zusammenarbeit demokratisch, gleichberechtigt und effektiv werden kann, ist eine Auseinandersetzung mit den im vorausgegangenen Teil beschriebenen Herausforderungen notwendig. Zu diesem Zweck halten wir einen *fortlaufenden Verständigungsprozess* für entscheidend. Auf die Bedeutung einer fortlaufenden Verständigung im Kontext einer Kampagne hat auch Hertel hingewiesen (2006: 20).

Im Folgenden werden verschiedene Konzepte und Instrumente vorgestellt, die dabei helfen sollen, die existierenden Hürden zu überwinden. Wie nicht anders zu erwarten, wird das meiste davon weder besonders neu noch innovativ erscheinen. Stattdessen kamen unsere Gespräche mit Aktivist*innen und Anwält*innen aus dem globalen Norden und Süden immer wieder auf die mehr oder wenige gleiche Botschaft zurück: Transnationale Zusammenarbeit bedeutet Arbeit, die die Investition von Zeit und Ressourcen erfordert und gut geplant werden muss – so wie jeder andere Teil einer transnationalen Strategie auch. Zieht man die unterschiedlichen geographischen Standorte der Counterparts sowie mögliche Sprach- und Kulturbarrieren in Betracht, so verlangt der kontinuierliche Aufbau einer funktionierenden transnationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe enorme Anstrengungen. Voraussetzung für einen ernsthaften Verständigungsprozess ist selbstverständlich eine Vertrauensbeziehung. Damit dieses Vertrauen entstehen kann, sind persönliche Kontakte und gegenseitige Besuche normalerweise unentbehrlich (Seidman 2007: 135).

3.1 | Der Verständigungsprozess

Der Verständigungsprozess beginnt normalerweise bereits, bevor die Zusammenarbeit überhaupt aufgenommen wird. Eine südafrikanische Anwältin gab unumwunden zu, dass ihre Organisation eine recht hohe „Zugangsschwelle" für potentielle Partner*innen aus dem Norden geschaffen habe, denn ihre Erfahrungen hätten gezeigt, dass nur sehr wenige Partnerschaften tatsächlich funktionierten. Außerdem, fügte sie hinzu, könne es schwierig sein zu gewährleisten, dass der durch Partnerschaften verursachte *Arbeitsaufwand* nicht ihren tatsächlichen *Nutzen* übersteige.

Der (formelle oder informelle) Prozess des Verfassens einer Grundsatzvereinbarung, eines *Memorandum of Understanding*, ist eins der Instrumente, die diese Organisation verwendet, um die in diesem Zusammenhang relevanten Fragen zu klären. Dazu gehört in jedem Fall eine Klärung der Rollenverteilung und die Festlegung, wer die Leitung in der Zusammenarbeit übernimmt. Es ist zu beachten, dass die Art von Gesprächen, die mit dem Entwurf einer Grundsatzvereinbarung einhergehen, nicht auf die Anfangsphase der Zusammenarbeit beschränkt werden kann. Vielmehr zieht sich der Austausch über die gegenseitigen Vorstellungen und die gemeinsamen Interessen oft über den gesamten Zeitraum der Zusammenarbeit hinweg. Laut der südafrikanischen Anwältin kann die Bedeutung von transnationalen Partnerschaften und des Managements solcher

Beziehungen in ihrem Arbeitsbereich nicht hoch genug bewertet werden. Aus diesem Grund hat ihre Organisation dieses Thema zu einem Teil ihrer Trainingsmodule für neue Menschenrechtsanwält*innen gemacht.

3.2 | Ungleiche Bedingungen erkennen und thematisieren

Es ist des Weiteren erforderlich, die Ungleichheiten zwischen den Counterparts aktiv zu benennen, zu denen auch die Privilegien der Aktivist*innen des globalen Nordens gehören. Dies ist zum einen wichtig, um Transparenz in transnationalen Beziehungen zu gewährleisten und allen Counterparts zu ermöglichen, die Verteilung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten besser nachvollziehen und anerkennen zu können. Es reicht jedoch nicht aus, wenn das Ansprechen der Unterschiede reine Rhetorik bleibt, deren Auswirkungen auf das Machtgefüge im Bündnis jedoch unsichtbar bleiben. Über das Herstellen von Transparenz hinaus sollte das Bewusstsein über tiefgreifende Unterschiede als Grundlage dafür dienen, den bestehenden Machtverhältnissen entgegenzuwirken. Dies gilt sowohl innerhalb des Bündnisses als auch außerhalb, also gegenüber Akteuren wie beispielsweise den Geldgebern oder den eigentlichen Adressaten von Kampagnen, wie etwa Regierungen und Konzernen. Aktivist*innen müssen sich zudem der Folgen bewusst sein, die eine gemeinsame Kampagne für die Bündnispartner im globalen Süden haben kann und sich im Vorfeld offen damit auseinandersetzen, wenn strategische Entscheidungen getroffen werden.

Wenn Aktivist*innen Repression ausgesetzt sind, hängt das Vermögen, ihren Handlungsspielraum zu vergrößern, oft in hohem Maße davon ab, dass und auf welche Weise sie mit internationalen Netzwerken verknüpft sind (van der Borgh/Terwindt, 2014: 51). Im konkreten Fall kann das bedeuten, dass sie auf die Solidarität von Organisationen im globalen Norden angewiesen sind, wenn sie beispielsweise ihr Herkunftsland aufgrund erhaltener Morddrohungen verlassen müssen. Auch wenn Solidarität fraglos eine gute Sache ist, ist auch in diesem Zusammenhang ein Verständigungsprozess nötig, um eine Abhängigkeitsbeziehung und ein Machtgefälle in der weiteren Zusammenarbeit zu vermeiden.[8]

3.3 | Identifizierung der politischen und institutionellen Interessen der Bündnispartner

Ein gemeinsames Ziel ist die Grundlage von Zusammenarbeit. Transnationale Akteure verfolgen jedoch häufig eine Reihe unterschiedlicher Ziele, die nicht notwendigerweise deckungsgleich sind (Hoffman/Vahlsing 2014: 264-266). Insofern ist es wichtig, die politischen und institutionellen Interessen der transnationalen Counterparts festzustellen. Einen typischen Unterschied im strategischen Vorgehen der Organisationen des globalen Südens und des globalen Nordens hat Gay Seidman bereits in ihrer Analyse transnationaler Kampagnen in Guatemala und Indien festgestellt: „Lokale Aktivist*innen tun die staatliche Fähigkeit, zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen beizutragen, selten ab; sondern [...] bezeichnen es üblicherweise als ihr langfristiges Ziel, den Staat dazu zu bringen, die armen und gefährdeten Bürger*innen besser zu schützen und stärker auf ihre Anliegen einzugehen"[9] (Seidman 2007: 140). Demgegenüber ziehen manche Aktivist*innen aus dem globalen Norden es vor, transnationale Unternehmen zu boykottieren oder direkt am Hauptsitz in ihrem Heimatstaat gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen. Eine Verständigung über diese verschiedenen Interessenlagen könnte bedeuten, dass Aktivist*innen im globalen Norden die Option in Betracht ziehen, für mehr Unternehmensverantwortung zu arbeiten, indem sie sich auf das Gastgeberland und dessen menschenrechtliche Achtens-, Schutz- und Gewährleistungspflichten konzentrieren (Ibid.: 142).

Ähnlich beschreibt Hertel die grundlegenden Unterschiede in den Strategien von Counterparts aus den USA und Bangladesch im

Rahmen einer Kampagne gegen Kinderarbeit in den 1990er Jahren. Die bangladeschischen Organisationen warnten vor den möglichen schädlichen Auswirkungen eines Boykotts und warfen damit die Frage auf, welches Vorgehen dem Kindeswohl der Kinderarbeiter*innen am zuträglichsten sei. Sie vertraten die Auffassung, dass der Zeitpunkt für Handelssanktionen noch nicht gekommen sei, so lange die einzige Alternative zu Kinderarbeit hungernde Kinder seien (2006:36-42).

Eine ähnliche Interessendivergenz trat nach dem Einsturz des *Rana Plaza* Fabrikgebäudes in Dhaka im April 2013 zutage, bei dem mehr als 1.130 Menschen getötet wurden. Als Reaktion auf das System des Outsourcing und profitorientierter Einkaufspraktiken zielten einige europäische und US-Anwält*innen und Aktivist*innen darauf ab, die internationalen Marken zur Verantwortung zu ziehen. Im ersten Jahr nach dem Einsturz äußerten Organisationen in Bangladesch jedoch die Befürchtung, dass sich diese Marken aus Bangladesch zurückziehen könnten. Sie verwiesen auf die wirtschaftliche und politische Macht, die vom Verband der bangladeschischen Textilhersteller ausginge, sowie darauf, was mögliche Folgen für diejenigen in Bangladesch sein könnten, die sich an einer Kampagne, die transnationale Unternehmen zur Rechenschaft ziehen will, beteiligen.

3.4 | Schaffung eines gemeinsamen Bezugsrahmens

Weiterhin erfordert erfolgreiche transnationale Kooperation das gemeinschaftliche Festlegen eines geteilten Bezugsrahmens für die Zusammenarbeit. Während die internationalen Menschrechtsnormen häufig als gemeinsamer Referenzpunkt dienen, erfordern Schwerpunktsetzung und Inhalt des in Gerichtsverfahren oder Advocacy dazustellenden Narrativs oft einen Verständigungsprozess, wie die folgenden Beispiele aus der Zusammenarbeit im Bereich der strategischen Prozessführung veranschaulichen.

Eine US-Anwältin verwies in diesem Kontext auf einen transnationalen Fall, bei dem im Laufe der Zusammenarbeit eine der beteiligten peruanischen Anwält*innen in das Team einbezogen worden sei, um durch den direkten Austausch im Büro die Verständigung zwischen den beiden unterschiedlichen Rechtssystemen zu ermöglichen. Dieser enge Kontakt erlaubte eine Angleichung bei der Übertragung der vor Ort ermittelten Schädigungen in eine Rechtssprache, die sich sowohl vor US-Gerichten als effektiv erweisen als auch die Sichtweise der peruanischen Kläger*innen und ihrer Gemeinschaft wiedergeben konnte. Dies war erforderlich, weil die Sprache des US-Schadensersatzrechts im Allgemeinen keinen Bezug zu Menschenrechtskonzepten zulässt. So wird beispielsweise ein bestimmtes Verhalten im US-Deliktsrecht als „Gewaltanwendung" (*assault*) oder „Körperverletzung" (*battery*) bezeichnet, wohingegen die Counterparts es vorgezogen hätten, vom „Recht auf Wasser" oder dem „Recht auf Gesundheit" zu sprechen.

Eine andere Frage, mit der sich bei der Entwicklung eines gemeinsamen Bezugsrahmen auseinandergesetzt werden sollte, ist beispielsweise: Wie kreativ kann oder sollte eine Klageschrift bei der Auslegung bestehender Rechtsprechung oder Gesetze sein, ohne dabei die Aussichten des Falles zu untergraben? Die Ausarbeitung einer Strategie, die von allen Bündnispartnern getragen werden kann, verlangt ein gemeinsames Verständnis der Möglichkeiten und Beschränkungen des jeweiligen Rechtssystems sowie eine geteilte politische Analyse. Ein erster Schritt in diese Richtung könnte eine gemeinsame Fortbildung zu den jeweiligen Rechtssystemen sowie dem politischen und wirtschaftlichen Kontext des geplanten Projekts sein.

3.5 | Interne Schlichtungs- und Rechenschaftsmechanismen

Zu guter Letzt setzt gute Zusammenarbeit auch einen Mechanismus voraus, um sich

mit Missständen und Streitigkeiten auseinanderzusetzen. Eine typische Dynamik, über die Organisationen aus dem globalen Südens berichten, ist, dass sie in transnationalen Bündnissen üblicherweise den Hauptteil der Arbeit erledigen (z.B. Gemeinschaften organisieren, Feldforschung), während die Mitglieder der ausländischen Organisationen lediglich die Ergebnisse zusammenstellen und kommunizieren. Eine mögliche Folge einer solchen Konstellation ist, dass die täglichen Anstrengungen und substantiellen Gefahren, mit denen die „lokalen" Organisationen konfrontiert sind, unsichtbar gemacht werden, was zu Spannungen zwischen den Counterparts führen kann. Darüber hinaus erhalten „internationale" Organisationen zum Teil auch mehr Anerkennung für die gemeinsame Arbeit als ihre Counterparts, was schädliche ungleiche Machtverhältnisse besonders dann verstärken kann, wenn dies gegenüber potentiellen Geldgebern oder politischen Entscheidungsträgern passiert. Ebenso frustrierend ist es für Aktivist*innen, wenn die gesamte Entscheidungsgewalt beim jeweiligen Bündnispartner liegt.

Viele Organisationen aus dem globalen Süden zögern jedoch aus Angst davor, als unprofessionell betrachtet zu werden, ihre Vorbehalte offen anzusprechen. Demgegenüber begründen viele Organisationen aus dem globalen Norden ihr Verhalten mit Hinweisen auf die unterschiedliche Ausbildung beziehungsweise den tatsächlichen oder angenommenen Unterschied in der Expertise, etwa zwischen einer „lokalen" Aktivist*in und einer „internationalen" Anwält*in. Derartige Konstellationen können beispielsweise bei der Antragsstellung für eine gemeinsame Kampagne auftreten, bei der das Budget für internationale Anwält*innen großzügiger ausfällt als dasjenige für lokale Aktivist*innen – ungeachtet dessen, dass Letztere diejenigen sind, die sowohl den direkten Risiken als auch den unmittelbaren Erwartungen und Enttäuschungen der betroffenen Menschen ausgesetzt sind.

Die angesprochene Grundsatzvereinbarung kann Transparenz hinsichtlich der von den Counterparts übernommenen Aufgaben, Risiken und Verantwortlichkeiten schaffen und in Streitsituationen als Gesprächsgrundlage dienen. Zudem können regelmäßige Termine, an denen die Zusammenarbeit evaluiert wird, den Raum dafür schaffen, bestehende Missstände anzusprechen.

4 | Fazit

Die transnationale Zusammenarbeit von Aktivist*innen, Gewerkschaften, Anwält*innen oder NGOs aus dem globalen Süden und Norden ist einer Vielzahl von Schwierigkeiten ausgesetzt, die gemeinsame Projekte beeinträchtigen können. Ziel dieses Artikels ist es gewesen, eine Diskussion über diese Herausforderungen anzustoßen, die viel zu oft vernachlässigt werden. Um eine ausgewogenere, demokratischere, nachhaltigere und effektivere transnationale Zusammenarbeit zu erreichen, ist unserer Einschätzung nach ein fortlaufender *Verständigungsprozess* erforderlich, der es möglich macht, Ungleichheiten zwischen den Bündnispartnern aufzuzeigen, unterschiedliche politische und institutionelle Interessen zu identifizieren und einen gemeinsamen Bezugsrahmen zu schaffen. Zudem kann ein interner Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten den Raum bieten, um sich mit auftretenden Missständen und Beschwerden auseinanderzusetzen. Und zu guter Letzt: In einem langfristigen Bündnis sind Zeit und Ressourcen nötig, um eine funktionierende Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu etablieren und aufrechtzuerhalten.

Alejandra Ancheita ist Direktorin und Gründerin der Menschenrechts-NGO Proyecto de Derechos Económicos, Sociales y Culturales in Mexiko-Stadt. E-Mail: prodesc@prodesc.org.mx

Carolijn Terwindt arbeitet als Referentin im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte für das European Center for Constitutional and Human Rights in Berlin. E-Mail: terwindt@ecchr.eu

Anmerkungen

[1] Wir möchten Lisa Chamberlain vom *Center for Applied Legal Studies*, Gayatri Singh vom *Human Rights Law Network* und Marissa Vahlsing von *Earthrights International* dafür danken, dass sie ihre Erfahrungen in der transnationalen Zusammenarbeit mit uns geteilt haben. Außerdem danken wir Christopher Patz für die Redaktion dieses Artikels und Birgit Kolboske für dessen Übersetzung ins Deutsche.

[2] Eigene Übersetzung.

[3] Eigene Übersetzung.

[4] Vahlsing und Hoffman haben darauf hingewiesen, dass diese Fragestellungen bereits in einem einheimischen anwaltlichen Zusammenhang bearbeitet, wenn auch noch nicht auf die Ebene transnationaler juristischer Menschenrechtsarbeit und des Verhältnisses Anwalt-Mandant in diesem Kontext übertragen worden sind (2014).

[5] Eigene Übersetzung.

[6] Eigene Übersetzung.

[7] Eigene Übersetzung.

[8] Anwält*innen, die in transnationalen Zusammenhängen arbeiten, erläutern in diesem Video, wie Organisationen des Nordens ihre Privilegien dafür verwenden können, um Organisationen des Süden zu unterstützen: „radical.female.lawyers" von Christopher Patz, 2015, verfügbar unter https://www.youtube.com/watch?v=iQDg_9suPv8.

[9] Eigene Übersetzung.

Literatur

Borgh, Chris van der/Terwindt, Carolijn 2012: Shrinking Operational Space of NGOs – a Framework of Analysis. In: *Development in Practice,* Jg. 22, Heft 8, 1065-1081.

Borgh, Chris van der/Terwindt, Carolijn 2014: NGOs under Pressure in Partial Democracies. London: Palgrave Macmillan.

Bukovská, Barbora 2008: Perpetrating Good: Unintended Consequences of International Human Rights Advocacy. In: SUR – International Journal on Human Rights, Heft 9, Dezember 2008, 7-22.

Centre for Applied Legal Studies (CALS) 2014: Community Engagement Policy.

Eriksen, Thomas Hylland 2015: What's Wrong with the Global North and the Global South? In: Concepts of the Global South – Voices from around the world, 1/2015, verfügbar unter: http://gssc.uni-koeln.de/node/454.

Fox, Jonathan 2004: Assessing Binational Civil Society Coalitions: Lessons from Mexico–U.S. Experience. In: Kevin J. Middlebrook (Hg.), Dilemmas in Political Change in Mexico. London: Institute of Latin American Studies, University of London, 466-521.

Hertel, Shareen 2006: Unexpected Power: Conflict und Change among Transnational Activists. Ithaca, NY: Cornell University Press.

Hoffman, Benjamin/Vahlsing, Marissa 2014: Collaborative Lawyering in Transnational Human Rights Advocacy. In: Clinical Law Review, Jg. 21, Heft 1, 255-282.

International Center for Not-for-Profit Law (ICNL)/World Movement for Democracy Secretariat at the National Endowment for Democracy (NED) 2012: Defending Civil Society Report, 2. Auflage.

Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn 1998: Activists Beyond Borders. Ithaca, NY: Cornell University Press.

Kennedy, David 2002: The International H*uman Rights* Movement: Part of the Problem? In: Harvard Human Rights Journal, Jg. 15, 101-126.

Madlingozi, Tshepo 2010: On Transitional Justice Entrepreneurs und the Production of Victims. In: Journal of Human Rights Practice, Jg. 2, Heft 2, 208-228.

Seidman, Gay 2007: Beyond the Boycott: Labor Rights, Human Rights, and Transnational Activism. New York: Russell Sage.

Sian, Katy 2014: Conversations in Postcolonial Thought. New York: Palgrave Macmillan.

Tarrow, Sidney 2005: The New Transnational Activism. Cambridge: Cambridge University Press.

Zwischen Professionalisierung und Fragmentierung

Herausforderungen für die Menschenrechtsszene in Deutschland

Julia Duchrow

1 | Einleitung

Der Beitrag gibt einen Überblick über die Menschenrechtsszene in Deutschland. Er zeichnet ihre Entstehung nach (2), nimmt einige wichtige Akteure in den Blick (3) und benennt die zentralen Herausforderungen, mit denen sich die Menschenrechtsszene in Deutschland heute konfrontiert sieht (4). Dabei wird auch die Frage thematisiert, ob und inwieweit sich eine „Menschenrechtsbewegung" herausgebildet hat.

2 | Entstehung der Menschenrechtsszene nach 1948

Betrachtet man die deutsche Menschenrechtsszene seit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen im Jahr 1948, wird man feststellen, dass diese sich zunächst nur auf die im Grundgesetz verankerten Rechte bezog. So gab es etwa Rechtsanwaltsorganisationen, die sich auf dieser Basis in der Bundesrepublik gegen ein restriktives Strafrecht stellten (Narr 2007: 351). Auch international geprägte Organisationen, wie die Internationale Liga für Menschenrechte im Geist von Carl von Ossietzky, setzten sich in der Bundesrepublik für Bürgerrechte und die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus ein. Maßgeblicher Referenzrahmen war auch hier das Grundgesetz. Ein Bezug auf die international verankerten Menschenrechte war selten.

Einen gewissen Einfluss auf die Wahrnehmung der Menschenrechte im kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Umfeld der Bundesrepublik hatten aber die internationalen Bemühungen und das Engagement der Kirchen durch den Ökumenischen Rat, dessen Kommission für Internationale Angelegenheiten maßgeblich an der Erarbeitung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und am Text der beiden Menschenrechtspakte des Jahres 1966 beteiligt war (Huber/Tödt 1977: S. 58f.; Motte 2005: S. 1). Dieses Engagement hatte – zumindest innerhalb der Kirche – eine Wirkung auf die Menschenrechtsarbeit in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren.

Bekanntlich mobilisierten die Notstandsgesetze der 1960er Jahre, der Vietnamkrieg und die bis dahin unzureichende Aufarbeitung des Nationalsozialismus eine breite Bewegung von Studierenden, aber auch von anderen Teilen der Bevölkerung, die für eine offenere Gesellschaft und die Einhaltung der Bürgerrechte eintrat. Doch Bezugnahmen auf international verankerte Menschenrechte fanden sich auch hier kaum, obwohl die studentische Bewegung ein ausgeprägtes internationales Bewusstsein hatte.

Erstmals klar in den Fokus rückten die Menschenrechte mit Gründung der damals noch (nur) als Gefangenenhilfsorganisation arbeitenden deutschen Sektion von Amnesty International im Jahr 1961. Die deutsche Sektion bestand zunächst aus einer kleinen Gruppe von Personen, dabei einige Journalisten, die durch den Appell des Briten Peter Benenson zur Freilassung von politischen Gefangenen mobilisiert wurden, der in 30 Zeitungen der westlichen Welt abgedruckt wurde. Heute hat die Organisation in Deutschland rund 650 Gruppen.

In den deutschen kirchlichen Strukturen verstärkte sich in dieser Zeit und in den 1970er Jahren der Einsatz für eine gerechtere Weltordnung und für den Schutz der Menschenrechte im globalen Süden (Lottje 1996: 204f.). In der übrigen deutschen Zivilgesellschaft wurden Menschenrechtsverletzungen im globa-

len Süden häufig lediglich im Rahmen von „Solidaritätsarbeit", beispielsweise durch die Gründung von Eine-Welt-Läden, angeprangert, ohne unabhängig und glaubwürdig Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und mit menschenrechtlichen Argumenten zu überwinden. Ein Aufbau von starken Menschenrechtsorganisationen, die Einfluss auf die internationale Menschenrechtsentwicklung hätten ausüben können, fand nicht statt. Dagegen war die Etablierung derartiger Strukturen auf internationaler Ebene, beispielsweise durch die International Commission of Jurists, gelungen und auch in den betroffenen Ländern entwickelten sich solche Organisationen vielfach trotz Repression (Lottje 1997: 1).

Beispiele solcher Organisationen gab es vielfach in Asien und Lateinamerika, darunter das Vicaria de la Solidaridad in Chile, die Free Legal Assistance Group (FLAG) oder die Task Force Detainees auf den Philippinen, das Nothilfekomitee der Kirchen (Comite des Iglesias) in Paraguay, des Menschenrechtskomitee des Nationalen Kirchenrates in Südkorea, das Rechtshilfebüro (tutela legal) des Erzbistums in San Salvador und die Menschenrechtsorganisationen in Südafrika. Sie dokumentierten die Menschenrechtsverletzungen in ihren Ländern, unterstützten die Opfer mit juristischen Mitteln und stellten internationale Aufmerksamkeit für deren Fälle her (Lottje 1997:1).

Zu erwähnen ist aber, dass die international und auch kirchlich geprägte Anti-Apartheidbewegung einen menschenrechtlichen Fokus hatte. Dieser war zumindest in Kirchenkreisen stark beeinflusst u.a. von der Antirassismusarbeit des Ökumenischen Rates und der Erklärung der namibischen Kirchenleitungen von 1971, die sich gegenüber der weißen Regierung ausdrücklich auf Menschenrechtsnormen beriefen.

Im Zuge der Auseinandersetzung um das Grundrecht auf Asyl zu Beginn der 1990er Jahre entstand eine soziale Bewegung mit einem expliziten Menschenrechtsbezug. Die Hauptreferenz der Asylrechtsbewegung war zwar zunächst der Schutz der Menschenwürde aus Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG). Nach einem Höhepunkt der Proteste 1993 und der trotzdem vollzogenen Einschränkung des Grundrechts auf Asyl in Art. 16 Abs. 1 GG bezog sich die Flüchtlingsbewegung dann jedoch mehr und mehr auf die Menschenrechte, speziell auf die Genfer Flüchtlingskonvention und das in ihr kodifizierte Abschiebungsverbot bei drohender Verfolgung.

Zeitgleich mit der Änderung des Asylrechts fand im Juni 1993 die Wiener Weltmenschenrechtskonferenz statt. Zeitgleich zu einer damals in Deutschland vorherrschenden rassistischen – und auch in anderen Staaten der Europäischen Union flüchtlingsfeindlichen – Stimmung, war die Konferenz ein Meilenstein für die Stärkung der Universalität und der Unteilbarkeit der Menschenrechte, die auch in Deutschland wichtige Auswirkungen hatte. Damals entstanden die rechtlichen Grundlagen für die Schaffung des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Genf und für die Schaffung vieler nationaler Menschenrechtsinstitutionen, darunter das Deutsche Institut für Menschenrechte. Die Konferenz war auch Anstoß für das in Deutschland maßgebliche zivilgesellschaftliche Netzwerk Forum Menschenrechte (Gerhard 2007: 187ff)[1].

Gleichzeitig bleibt jedoch festzuhalten, dass der Erfolg der Wiener Menschenrechtskonferenz der sehr gut organisierten weltweiten Menschenrechtsbewegung geschuldet war, sich deutsche Nichtregierungsorganisationen aber kaum einbrachten. In der Folge, etwa beim Einsatz für die Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofs, wurde die deutsche Menschenrechtsszene zwar aktiver und professioneller. Entscheidend war aber auch in diesem Themenfeld das Engagement der internationalen Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch und der internationalen Koalition für die Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofs.

Prägend für die Diskussionen weltweit und auch in Deutschland nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und nach den folgenden Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen

war das Infragestellen des absoluten Folterverbots und des universellen Geltungsanspruchs der Menschenrechte.

3 | Akteure innerhalb der organisierten Menschenrechtsszene

Nachdem im Zuge der obigen Analyse deutlich wurde, dass die deutsche Menschenrechtsszene im internationalen Vergleich zunächst nicht besonders gut organisiert und auch nicht sehr international geprägt war, stellt sich die Frage, wie sich die deutsche Menschenrechtszene nach der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 entwickelt hat. Neben einer Analyse der maßgeblichen Akteure der deutschen Menschenrechtsszene soll untersucht werden, ob sie wirklich die Kraft einer Bewegung hat und damit stark genug ist, um den aktuellen menschenrechtlichen Herausforderungen entgegentreten zu können.

3.1 | Ein Exkurs: Das Deutsche Institut für Menschenrechte

Das Deutsche Institut für Menschenrechte ist die in Folge der Wiener Menschenrechtskonferenz eingerichtete nationale Menschenrechtsinstitution und soll zum Menschenrechtsschutz in und durch Deutschland beitragen. Auch wenn dies innerhalb der Regierungskoalition zuletzt für heftigen Streit sorgte, ist das Institut als gemeinnütziger Verein organisiert.[2] Obwohl abhängig von öffentlichen Mitteln, ist es politisch grundsätzlich unabhängig; dies betrifft auch die Setzung seiner Arbeitsschwerpunkte. Die stimmberechtigten Mitglieder des Kuratoriums sind sowohl Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft als auch Mitglieder des Bundestags. Letzteren ist jedoch nur eine sehr bedingte politische Einflussnahme möglich. Bislang hat das Institut sehr unabhängig agiert und vielfach Gesetzesvorhaben, etwa in Bereichen der Asyl- und Migrationspolitik, kritisch kommentiert und wichtige Auslegungshilfen für Bundesregierung und Zivilgesellschaft, etwa für die Bereiche Rassismus oder Wirtschaft und Menschenrechte, vermittelt. Insgesamt trägt es dazu bei, die UN-Mechanismen zum Schutz von Menschenrechten für Betroffene und andere zivilgesellschaftliche Akteure nutzbar zu machen. Das Institut macht im Vorfeld auf anstehende Überprüfungen der Einhaltung von Deutschlands Menschenrechtsverpflichtungen aufmerksam. Es vermittelt, wie sich zivilgesellschaftliche Organisationen in diese Prüfverfahren einbringen können, weist öffentlich auf die Ergebnisse hin und dokumentiert diese.

Für die UN-Behindertenrechtskonvention und die Kinderrechtskonvention ist das Institut nationale Kontaktstelle und beobachtet so die Einhaltung der Verpflichtungen aus den Konventionen.

Im Ergebnis spielt das Institut als Unterstützung für die Menschenrechtsszene durch Wissensvermittlung, Fachanalyse und die Vertretung menschenrechtlicher Anliegen gegenüber Regierung und Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Aufgrund seiner Nähe zur Politik und der Rolle des Instituts als Vermittler zwischen Zivilgesellschaft und Politik ist es aber nicht Teil der zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsbewegung, um die es hier geht.

3.2 | Das Forum Menschenrechte

Die Wiener Menschenrechtskonferenz führte 1994 auch zur Gründung des Forums Menschenrechte, einem Bündnis von nunmehr 53 Nichtregierungsorganisationen in Deutschland, die unabhängig von staatlicher Einflussnahme agieren. Zu den Mitgliedern gehören die allermeisten Menschenrechtsorganisationen in Deutschland, wie Amnesty International und Human Rights Watch, Flüchtlingsorganisationen wie Pro Asyl, zahlreiche katholische wie evangelische Organisationen, der Deutsche Gewerkschaftsbund, aber auch kleinere Organisationen, die sich für spezielle Aspekte der Menschenrechtsarbeit einsetzen, wie der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland und Netzwerke, die sich für den Schutz von Menschenrechten in einem bestimmten Land einsetzen.

Entsprechend seinen Statuten sieht sich das Forum Menschenrechte als Netzwerk deutscher Menschenrechtsorganisationen, das sich zum Ziel gesetzt hat, neben dem Austausch untereinander die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung national wie international kritisch zu begleiten. Das Netzwerk will den weltweiten Menschenrechtsschutz verbessern, ein öffentliches Bewusstsein für diesen schaffen und eine Öffentlichkeit bilden, die Menschenrechtsverletzungen durch die Bundesregierung anprangert und kritisiert[3].

Für die inhaltliche Arbeit sind die Arbeitsgruppen des Forums von besonderer Bedeutung. Es gibt Arbeitsgruppen zu Antirassismus, zu Entwicklung und Wirtschaft, zu Frauenrechten, zum Thema Frieden und Menschenrechte, zur Innenpolitik, zu Kinderrechten, zur Arbeit des UN-Menschenrechtsrates und zur Außenpolitik. Aufgrund der in ihnen versammelten fachlichen Expertise können diese Arbeitsgruppen aktuelle menschenrechtliche Entwicklungen genau verfolgen und bewerten.

Ein von den Mitgliedsorganisationen gewählter Koordinierungskreis koordiniert die Arbeit des Forums, welches organisatorisch von einer Geschäftsstelle in Berlin unterstützt wird (Kirchmeier/Krennerich 2014: 41f.). Finanziell wird das Forum durch Mitgliedsbeiträge getragen, es erhält keinerlei staatliche Mittel.

Ein solches Netzwerk ist, zumindest innerhalb der EU, einmalig. Zwar gibt es Bündnisse und Netzwerke bezüglich bestimmter Themen wie dem Flüchtlingsschutz oder sozialpolitischer Fragen, aber ein Netzwerk, dessen Bezugspunkt die internationalen Menschenrechtsnormen als solche sind und das alle einschlägigen Themenbereiche bündelt und eine institutionelle Verankerung hat, die nationale und internationale Menschenrechtspolitik bewertet, gibt es sonst nicht.

Das Bündnis hat einen großen Beitrag dazu geleistet, die Menschenrechtsarbeit in Deutschland zu professionalisieren und zu qualifizieren. Gleichzeitig hat es ermöglicht, dass die Menschenrechtsarbeit in Deutschland koordiniert agiert, sich ergänzt und kleinen wie großen Organisationen der Zugang zu politischen Entscheidungsträgern ermöglicht wird. Bei „Schattenberichten" zum periodischen Überprüfungsverfahren Deutschlands vor dem UN-Menschenrechtsrat erleichtert es die Koordination und den Austausch innerhalb der Menschenrechtsszene. Derzeit begleitet das Forum zusammen mit dem entwicklungspolitischen Bündnis VENRO die Schaffung eines Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte, der die UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten in deutsches Recht umsetzen soll.

Durch die Begleitung der verschiedenen Prozesse auf Ebene der Vereinten Nationen hat das Bündnis einerseits die Funktion, möglicherweise „abgehobene" internationale Prozesse in der Menschenrechtsszene bekannt zu machen und andererseits ein Meinungsbild zu schaffen, welches beispielsweise bei der Bewertung der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Perspektiven in Betracht zieht. Insofern leistet das Bündnis einen wichtigen Beitrag, um die zivilgesellschaftliche Perspektive auf die Umsetzung der menschenrechtlichen Verpflichtungen zu bündeln – und das, obwohl es in der breiten Öffentlichkeit leider wenig bekannt ist. Dies ist sicherlich ein großes Defizit des Forums. Wenn es agiert, kann es dennoch einen starken Einfluss entwickeln, da ein sehr breites Bündnis von Menschenrechtsorganisationen mit einer breiten Expertise hinter den vertretenen politischen Forderungen steht.

Sicherlich wäre es überzogen, das Forum als „Speerspitze" einer Menschenrechts*bewegung* zu begreifen, da das Spektrum der in dem Forum vertretenen Organisationen sehr breit ist und dadurch bei den vertretenen politischen Positionen Kompromisse erforderlich sind. Außerdem liegt den Mitgliedsorganisationen selber an einer gewissen Sichtbarkeit. Aufgrund der knappen personellen und finanziellen Ressourcen in den Organisationen investieren sie wenig in das Bündnis und bearbeiten lieber ihre eigenen Themen, was wiederum zu einer Fragmentierung in der Szene führt. Durch

den institutionalisierten Zusammenschluss ergeben sich aber immer wieder sehr aktive einzelne Bündnisse, die auch stärker als das Forum selbst die breite Öffentlichkeit als Adressaten haben und wirkungsvolle Kampagnen entwickeln.

3.3 | Die einzelnen Menschenrechtsakteure – Teil einer Bewegung?

Angesichts der weltweiten Zunahme von Repressionen etwa gegen indigene Gruppen, gegen Menschenrechtsaktivisten, die sich für Landrechte einsetzen, angesichts der globalen und nationalen Zunahme von Ungleichheiten, immer mehr Menschen, die erzwungener Maßen ihr Land verlassen müssen und einer Zunahme von gewaltsamen Konflikten bräuchte es eine breite gesellschaftspolitische Antwort in Form einer Menschenrechtsbewegung.

Entscheidend für die Annahme der Existenz einer Bewegung ist die Kraft zur Veränderung und zumindest der Versuch, Einfluss auf sozialen Wandel zu nehmen (Roth/Rucht 2007: 18). Dabei stellen einzelne Organisationen oder Initiativen keine Bewegung dar, sie können aber Teil einer Bewegung sein. Die Abgrenzung, wann eine Bewegung besteht und welche genauen Grenzen sie hat, ist aufgrund des offenen Charakters von Bewegungen nicht genau bestimmbar.

Wie vor 1993 ist die Menschenrechtsszene in Deutschland auch heute noch stark von einzelnen sehr großen internationalen Akteuren wie etwa Amnesty International geprägt. Die Organisation mit rund 120 000 Mitgliedern (mit einer steigenden Tendenz), die finanzielle und inhaltliche Unterstützung in ca. 650 Gruppen leisten, ist in der Bundesrepublik sicherlich deutlich bekannter als die international gleichermaßen sichtbare Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Die Organisation setzt damit vielfach die in der deutschen Öffentlichkeit aktuellen Menschenrechtsthemen und ermöglicht aufgrund seiner Mitgliedschaftsstruktur die aktive Mitarbeit vieler Menschen. Amnesty ist damit Motor einer tatsächlichen aktiven Menschenrechtsbewegung.

Human Rights Watch ist anders strukturiert, hat eine sehr kleine, eher finanziell unterstützende, aktive Mitgliedschaft und ist stark von der internationalen Ebene der Organisation mit Sitz in New York geprägt. Dies hat der Organisation in den letzten Jahren sicherlich eine größere Bekanntheit und Einflussmöglichkeiten gebracht. Ihr Charakter ist aber der einer Menschenrechtsverletzungen dokumentierenden und daraus Lobbyziele entwickelnden Organisation, die weder bewusstseinsbildend in der Bevölkerung agiert noch Möglichkeiten zum zivilgesellschaftlichen Engagement bietet.

Beide Organisationen sind immer noch sehr von einem anglo-amerikanischen, weißen Denken geprägt, auch die gewählten Themen sind zur überwiegenden Zahl solche, die politische und bürgerliche Rechte und nicht wirtschaftliche, soziale und kulturellen Rechte in den Fokus stellen. Amnesty International versucht dies nun durch die Etablierung von Büros in den Regionen des globalen Südens zu verändern.

Gleichzeitig bleibt abzuwarten, ob es Amnesty International gelingt, sich als Menschenrechtsbewegung zu festigen, die auch junge Menschen und neue aktive Mitglieder anspricht und nachhaltig bindet.

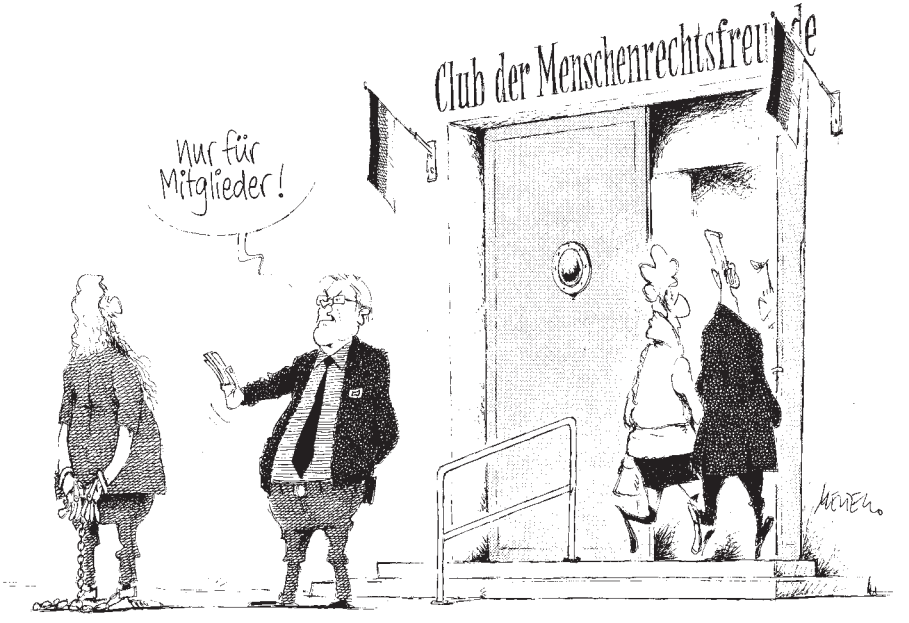
Die Organisation muss sich, um eines der bestimmenden Elemente einer nationalen und internationalen Menschenrechtsbewegung zu bleiben, sicherlich mit lokalen Bewegungen vernetzen und verstärkt nach den ursächlichen Strukturen, die weltweit zu Ungerechtigkeiten führen, fragen.

Es lässt sich beobachten, dass in den letzten Jahren besonders diejenigen Organisationen an Stärke gewonnen haben, die für einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der Entwicklungspolitik und damit für die Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte eintreten. Sie haben auch geholfen, ein menschenrechtliches Mainstreaming in der Entwicklungspolitik zu fördern. Dabei agieren diese Organisationen sehr unterschiedlich,

haben aber auch häufig einen internationalen Hintergrund, wie z.B. Oxfam Deutschland, FIAN (Food First International Information and Action Network), aber auch Brot für die Welt und weitere kirchliche Organisationen, etwa Justitia et Pax.

Das Nürnberger Menschenrechtszentrum als universitäre Institution oder das unabhängige European Center for Constitutional and Human Rights, das mit juristischen Mitteln Einzelfälle bearbeitet und damit die öffentliche Aufmerksamkeit auf die diesen Fällen zu Grunde liegenden strukturellen Menschenrechtsverletzungen lenkt, haben die Menschenrechtsszene insgesamt spezialisiert und auch ein öffentliches Bewusstsein für Menschenrechtsverletzungen entlang der Wertschöpfungskette global agierender Unternehmen hervorgebracht. Transparency International gelingt es bei seiner Arbeit, die Verbindung zwischen Menschenrechtsschutz, nachhaltiger Entwicklung und Korruptionsbekämpfung herzustellen.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und der darauf folgenden wachsenden Überwachung der Zivilgesellschaft im Namen der Terrorismusbekämpfung und einer gleichzeitig fortschreitenden Digitalisierung der Lebenswelt hat sich der Schwerpunkt vieler Bürgerrechtsorganisationen wie der Humanistischen Union auf das Menschenrecht auf informationelle Selbstbestimmung verlagert. Die Humanistische Union legt dabei ihren Schwerpunkt auf parlamentarische Beratungsverfahren und die Unterstützung von Musterklagen und war insbesondere erfolgreich im Kampf gegen wiederholte politische Versuche, die Speicherung von Vorratsdaten zu legalisieren, auch wenn diese unter der amtierenden rot-schwarzen Bundesregierung nun doch eingeführt wird. Auch Organisationen wie Amnesty International oder Reporter ohne Grenzen bearbeiten das Thema Menschenrechte im digitalen Raum seit einigen Jahren verstärkt. Auch wenn dieses Thema zeitweise, insbesondere nach den Enthüllungen Edward Snowdens, eine große Breitenwirkung erreichen konnte, scheint es aus einer gewissen Nischenposition als Spezialistenthema nicht heraus zu kommen. Gleichzeitig wird der



Protest häufig aus einer individualistischen, bürgerlich-politischen „westlichen" Perspektive artikuliert, die die täglichen Probleme von Überwachung in Staaten, in denen soziale Proteste kriminalisiert und überwacht werden, nicht ausreichend wahrnimmt.

Partikularbewegungen einer größeren Menschenrechts*bewegung* trägt die Flüchtlingsszene in sich. Die Flüchtlingsbewegung hat durch Organisationen wie Amnesty International oder Pro Asyl die Menschenrechtsszene in Deutschland über Jahre geprägt. Da seit den 1990er Jahren die Außengrenzen der Europäischen Union immer weiter ausgebaut und Grenzkontrollen auch vor die Grenzen Europas ausgelagert wurden, ist ein legaler Zugang nach Europa für Flüchtlinge kaum noch möglich und Schutzsuchende und Migranten erleben regelmäßig schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in der Form von Inhaftierungen, Gewalt und Tod. Nachdem die Zahlen der Schutzsuchenden in den 2000er Jahren zurückgingen, verlagerte sich die Debatte zunächst hin zur Schaffung legaler Einwanderungswege, der Möglichkeit eines Zugangs zum Arbeitsmarkt in der EU und der Legalisierung von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere. Seit 2014 ist die Debatte wieder stark geprägt von dem Eindruck der steigenden Zahlen von Schutzsuchenden und den tausenden Menschen, die aufgrund der Abschottungspolitik der EU auf der Flucht ihr Leben lassen.

Anders als in den 1990er Jahren gibt es in der Bevölkerung eine große Bereitschaft zur Unterstützung der Schutzsuchenden, auch wenn gleichzeitig rechtsextremistische Brandanschläge auf Asylunterkünfte und rassistische Proteste stattfinden und zunehmen. Es ist positiv, dass die Menschenrechtsarbeit im Flüchtlingsbereich über Jahre kontinuierlich stattgefunden und sich eine sehr enge und qualifizierte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren der Wohlfahrtsverbände wie dem Deutschen Roten Kreuz, der Diakonie und politischen Organisationen wie Anwaltsverbänden, Pro Asyl und Amnesty International entwickelt hat. Zum Teil ist es zumindest Organisationen wie Pro Asyl gelungen, politisch oder auch in der Wahl ihrer Mittel etwas provokantere oder radikalere Initiativen gewähren zu lassen, ohne das eigene Profil zu verlieren oder diese zu vergraulen. Im Gegensatz dazu gibt es kein Umdenken in der Politik: Die Vorschläge der Bundesregierung und der Europäischen Union setzen weiter verstärkt auf Abwehr, auf Registrierungszentren außerhalb Europas u.a.. Die Folgen einer solchen Politik sind heute für viele Flüchtlinge außerhalb Europas deutlich spürbar und häufig tödlich.

Politisch kommt es nun darauf an, dass das sehr wirkungsvolle Element der Arbeit mit Flüchtlingen, das motivierend für die engagierten Beteiligten wirkt, sich auch überträgt auf eine Schärfung der politischen Analyse. Nur wenn die breite Unterstützungsbewegung für Flüchtlinge auch die Fragen nach den strukturellen Ursachen von Flucht und erzwungener Migration und nach dem politischen Umgang mit Schutzsuchenden in der EU deutlich stellt und sich weiteren Ausgrenzungsbewegungen entgegenstellt, wird sich der Schutz für Schutzsuchende in Deutschland und Europa verbessern. Ansonsten wird die Bewegung auf einer karitativen Ebene stehen bleiben und nicht die entscheidenden Fragen etwa nach globaler Verteilungsgerechtigkeit und dem Schüren von gewaltsamen Konflikten durch deutsche Rüstungsexporte stellen.

Eine deutliche Veränderung, die sich in den letzten Jahren für die Menschenrechtsszene ergeben hat, ist, dass sich Organisationen von Betroffenen auf Menschenrechte beziehen, die nicht zu den traditionellen Menschenrechtsorganisationen gehören, die sich im Forum Menschenrechte wiederfinden. Beispiele hierfür sind Frauenberatungsstellen, Organisationen zur Stärkung von Menschen mit Behinderung oder Migrantenorganisationen. Dies liegt vermutlich einerseits an den verbesserten Schutzmöglichkeiten auf UN-Ebene durch die Überprüfungsmechanismen der Ausschüsse zu den UN-Menschenrechtspakten, aber auch an der Rolle des Deutschen Instituts für Menschenrechte, das sich sehr konsequent für die

Vermittlung der Informationen über anstehende Überprüfungsverfahren auf UN-Ebene und das Zusammenbringen verschiedener Akteure einsetzt.

Der etablierten Menschenrechtsszene gelingt es nur zum Teil, etwa im Forum Menschenrechte, diese neuen Protagonisten für die Menschenrechte zu integrieren. Hierdurch besteht zum einen die Gefahr der Fragmentierung der Menschenrechtsszene und außerdem auch eines gewissen Paternalismus, sollten sich die Forderungen der etablierten Menschenrechtsakteure von den Analysen und Schlussfolgerungen der Betroffenen lösen.

4 | Aktuelle Herausforderungen

Anders als in den 1990er Jahren hat sich im Ausland die Stellung und Situation vieler Menschenrechts-NGOs in den letzten etwa acht Jahren durch strafrechtliche oder administrative Regelungen verschlechtert. Das betrifft vor allem Länder wie die Russische Föderation, Äthiopien, Kambodscha, Bangladesch und Indien. Viele weitere Staaten planen Gesetzesverschärfungen. Dabei ist dieser Trend, der vielfach die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit einschränkt, nicht nur im globalen Süden zu spüren, sondern weltweit. So gibt es Einschränkungen in Kanada in Bezug auf Organisationen von Indigenen, die ihre Rechte gegenüber den extraktiven Industrien geltend machen. Aber auch Spanien hat ein Gesetz erlassen, das die Versammlungsfreiheit einschränkt. Vielfach werden die Einschränkungen mit der Notwendigkeit der Terrorismusbekämpfung begründet. Zu beobachten ist, dass diese Gesetze vielfach Organisationen und Einzelpersonen betreffen, die sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen, als Watchdog-Organisationen gegenüber dem Staat agieren und sich für Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt einsetzen und damit als Behinderer eines kapitalistischen Wachstumsmodells gesehen werden.

In Deutschland finden sich zwar keine Gesetzesverschärfungen. Bemerkenswert und beunruhigend ist aber gleichermaßen, dass der Organisation Attac, die sich insbesondere für ein gerechteres Finanzsystem einsetzt, der (für die Generierung von Spenden) wichtige Status der Gemeinnützigkeit entzogen wurde (die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig, die Redaktion). Die Abgabenordnung, welche die Anforderungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit nennt, enthält keinen Bezug auf die Menschenrechte oder den Einsatz für Gerechtigkeit oder politische Teilhabe. Viele Organisationen bangen daher um ihre Gemeinnützigkeit und befürchten, dass bei Attac nur der Anfang gemacht wurde und sie damit in Zukunft finanzielle Schwierigkeiten haben werden, weil in diesem Fall beispielsweise Spender ihre Spenden nicht mehr von der Steuer absetzen könnten. Deshalb haben sich einige Stiftungen und Organisationen wie Oxfam, Amnesty International oder Brot für die Welt zu einer „Allianz für Rechtssicherheit" zusammengeschlossen, um die Abgabenordnung entsprechend zu ändern und so die aktive, kritische Zivilgesellschaft abzusichern, die eine demokratische Gesellschaft braucht.

5 | Fazit

Die deutsche Menschenrechtsszene hat sich seit den 1990er Jahren im Forum Menschenrechte gut organisiert und koordiniert und damit auch kleineren Organisationen den Zugang zur institutionalisierten Politik ermöglicht. Allerdings hat seitdem die Zahl der Organisationen und insbesondere die Zahl der Betroffenen-Organisationen, die sich außerhalb des Forums Menschenrechte organisieren, zugenommen. Die Zusammenarbeit mit diesen wichtigen Akteuren bleibt eine Herausforderung für die organisierte Menschenrechtsszene.

Von einer wirklich breit angelegten sozialen Bewegung kann nur im Flüchtlingsbereich gesprochen werden. Eine wirkungsvolle Antwort auf die Herausforderungen in Bezug auf Fragen der weltweiten Verteilungsungerechtigkeit, der fehlenden multilateralen Rahmenbedingungen und der damit einhergehenden massiven Bedrohung für den Frieden und Verletzungen der

Menschenrechte kann die deutsche Menschenrechtsszene nur geben, wenn sie einen noch internationaleren Blick auf ihre Arbeitsfelder bekommt, sich stärker mit den Akteuren im globalen Süden vernetzt und gleichzeitig ihre Themenfelder erweitert (Deile 1999: 33f.).

Strategisch muss sie noch mehr als bisher Bündnisse mit Organisationen eingehen, die an der Überwindung der systemischen Ursachen von Menschenrechtsverletzungen arbeiten und dabei nicht nur die Politik in den Blick nehmen, sondern – möglicherweise auch mit provozierenden Mitteln – auf die allgemeine Öffentlichkeit und deren Vertreter, auf Studierende, MigrantInnenverbände etc. als Adressaten zugehen, um wirkungsvoller zur Entwicklung eines menschenwürdigeren globalen Systems beizutragen. Nicht zuletzt wird in diesem Zusammenhang entscheidend sein, ob es dauerhaft gelingt, eine Kooperation auf Augenhöhe mit Partnerorganisationen aus dem globalen Süden zu etablieren.

Dr. Julia Duchrow ist Juristin und leitet das Referat Menschenrechte und Frieden bei Brot für die Welt. Kontakt: julia.duchrow@brot-fuer-die-welt.de.

Anmerkungen

[1] Für die deutsche Frauenbewegung und ihre Internationalisierung war die Weltfrauenkonferenz 1995 in Bejing darüber hinaus von großer Bedeutung.

[2] Gesetz über die Rechtsstellung und Aufgaben des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMRG), BGBl. 2015 Teil I Nr. 30, ausgegeben am 22. Juli 2015.

Literatur

Deile, Volkmar 1999: Bilanz und Perspektiven der Menschenrechtsarbeit – 50 Jahre nach der Erklärung der Menschenrechte, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 12, Heft 1/1999, 28-40.

Forum Menschenrechte ohne Datum: Statuten, http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/Satzung.pdf [31.8.2015].

Gerhard, Ute 2007: Frauenbewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945 – Ein Handbuch. Frankfurt am Main: Campus, 187-218.

Huber, Wolfgang/Tödt, Heinz Eduard 1977: Menschenrechte – Perspektiven einer menschlichen Welt, Stuttgart/Berlin: Kreuz-Verlag.

Kirchmeier, Felix/Krennerich, Michael (Hg.) 2014: Handbuch der Menschenrechtsarbeit. Edition 2014/15. Berlin: FES/Forum Menschenrechte, http://inef.uni-due.de/cms/files/handbuch__mr_gesamt.pdf [31.8.2015].

Lottje, Werner 1996: Die Arbeit des Referates Menschenrechte im Diakonischen Werk der EKD. In: Brock, Lothar (Hg.): Menschenrechte und Entwicklung, Hannover: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, 204-222.

Lottje, Werner 1997: Menschenrechtlich ein Entwicklungsland? In: Schaffer, Peter/Sierk, Gabriele (Hg.): Handbuch für die Menschenrechtsarbeit. Edition 1997. Berlin: FES/Forum Menschenrechte, http://www.fes.de/themen/menschenrechte/inhalt/mrec-entw.htm, [31.8.2015].

Narr, Wolf-Dieter 2007: Bürger- und menschenrechtliches Engagement in der Bundesrepublik. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945 – Ein Handbuch, Frankfurt am Main: Campus, 347-362.

Motte, Jochen 2005: Die Kirchen und Menschenrechte – Pädoyer für ein stärkeres Engagement der Kirchen im Einsatz für die Globalisierung der Menschenrechte, http://www.emw-d.de/fix/files/menschenrechte-motte.pdf, [31.8.2015].

Roth, Roland/Rucht, Dieter 2007: Einleitung, In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945 – ein Handbuch. Frankfurt am Main: Campus, 9-36.

Der Marsch der protestierenden Flüchtlinge von Würzburg nach Berlin und ihr Protest bis heute

Harald Glöde/Berenice Böhlo

1 | Einleitung: Selbstorganisierter Protest von Flüchtlingen

Organisierter Protest von Flüchtlingen kann mittlerweile auf eine jahrzehntelange Geschichte in Deutschland zurückschauen. Schon in den 1990er Jahren demonstrierten Roma gegen ihre Abschiebungen in die Herkunftsländer. In Eisenach versammelten sich Flüchtlinge aus den verschiedensten Ländern zu einem Protest gegen die letzten Verschärfungen des Aufenthaltsgesetzes im Sommer 2015. Syrer protestieren öffentlich gegen ihre Abschiebungen in andere europäische Länder, wo sie in Obdachlosigkeit leben mussten.

Besonderes öffentliches Interesse erweckte der Protestmarsch der Flüchtlinge von Würzburg nach Berlin im Spätsommer 2012, in dessen Folge der Berliner Oranienplatz besetzt und zu einem Protestcamp wurde. Ziel des Artikels ist der Versuch, die Entwicklung dieses selbstorganisierten Widerstandes genauer darzustellen. Wir wollen dabei insbesondere auf den Aspekt hinweisen, dass Menschen, die in Deutschland mit sehr eingeschränkten Rechten leben und deren Interessen oft von anderen Solidaritätsgruppen repräsentiert wurden, hier ausdrücklich darauf bestanden haben, für sich selber zu kämpfen und zu sprechen. Damit wurden – wie zu zeigen sein wird – neue und andere Perspektiven im Protest artikuliert. Die professionellen Flüchtlingsorganisationen sind notwendigerweise auf einen Machtbarkeitsdiskurs festgelegt. Sie nehmen damit nicht nur die Perspektive der Protestierenden ein, sondern stellen auch immer Fragen wie: Wie kommt dieser Protest in der Öffentlichkeit an? Sind die Forderungen realistisch? So berechtigt diese Perspektive auch sein mag, ist sie doch oft in Gefahr, den Protest zu bremsen.

In diesem Beitrag beschränken wir uns auf aus unserer Sicht wichtige Schlaglichter. Dabei wollen wir einerseits – annähernd chronologisch – die einzelnen Stationen des Protests aufzeigen und andererseits auf ausgewählte Herausforderungen eingehen. Beides ist nach unserer Auffassung eng ineinander verwoben und eingebettet in die gesellschaftliche Reaktion auf den Protest. Wir stellen hierzu zuerst den Ausgangspunkt des zunächst lokalen Protests in Würzburg dar. Sodann beschreiben wir, wie der Protest notwendigerweise grundlegendere Positionen und Forderungen entwickelte, die sich direkt an Berlin richteten. Dadurch verlagerte sich der Protest an den Oranienplatz in Berlin. Wir möchten dann die Komplexität des Protests und der Protestbedingungen auf dem Oranienplatz untersuchen, um anschließend die Bedingungen eines gemeinsamen Protests von Flüchtlingen und Nichtflüchtlingen zu beschreiben. Schließlich setzen wir uns mit der Frage nach den Folgen des Protests auseinander.

Der selbstorganisierte Protest wendete und wendet sich direkt an das progressive gesellschaftliche Potential. Sollte es mit diesem Artikel gelingen, den notwendigen Austausch zwischen Bewegung und Gesellschaft durch eine vertiefte Kenntnis des Protests selbstzu unterstützen, wäre unser Ziel erreicht.

2 | Lokale Protestaktionen in Würzburg: Die Forderungen der Flüchtlinge blieben folgenlos

Ausgangspunkt des Protests in Würzburg war der Selbstmord des 29jährigen Iraners Mohammad R. in der Nacht vom 28. auf den 29. Januar 2012, der bis zu seinem Tod ein unbeachtetes, typisches deutsches Flüchtlingsschicksal hatte.

Er wartete auf das Ergebnis im Asylverfahren, ohne annähernd einschätzen zu können, wann die Antwort kommen und wie sie lauten würde. Das Wohnheim erinnerte ihn an das Gefängnis im Iran. Die Wohnverpflichtung in Würzburg und die strikte Residenzpflicht machten regelmäßige Besuche der Schwester in Köln unmöglich. Landsleute berichteten später, er habe insbesondere unter der Unsicherheit des Wartens und der mangelnden Intimität und Isolation im Wohnheim gelitten.

Mehr als 70 Heimbewohner verweigerten am darauf folgenden Montag die Annahme des Essens. Auf einer sich unmittelbar anschließenden Demonstration wurde massive Kritik an der Situation im Heim, an der bayerischen Staatsregierung sowie an der mangelhaften medizinischen Behandlung von Mohammad R. geübt. Gefordert wurde „Menschenrechte für alle!", „Lagerpflicht abschaffen!", „Essenspakete abschaffen!" sowie eine Befassung des Landtags und Gespräche mit Politikern. Am 19. März 2012 begannen Iraner vor dem Rathaus in Würzburg einen Hungerstreik und forderten ein Gespräch mit der Landesregierung, um ihre Anerkennung als Flüchtlinge sowie eine Verbesserung der Situation der Schutzsuchenden in Deutschland zu erreichen.

Erst am 17. Tag des Hungerstreiks waren am 4. April 2012 Vertreter der bayerischen Landesregierung zu Gesprächen mit den Streikenden bereit. Nach der Zusage beschleunigter Prüfung der Asylanträge setzten die Iraner ihren Hungerstreik für die Dauer der Bearbeitung aus, forderten aber weiterhin eine generelle Verbesserung der Lage der Asylsuchenden in Bayern.

Während des Protests versuchten die Behörden der Stadt, mit Verboten und Gerichtsverfahren den Hungerstreik und das Protestcamp aus dem öffentlichen Stadtbild zu entfernen. Flüchtlingen aus anderen Teilen Bayerns wurden Solidaritätsbesuche gezielt mit der Androhung von Strafanzeigen wegen Residenzpflichtverstößen untersagt. Letztlich konnte die öffentliche Präsenz des Protests aber nicht verhindert werden. Als klar wurde, dass es aus Sicht der Flüchtlinge seitens der Politik und Behörden keine wirkliche Bereitschaft zu Gesprächen und Veränderungen gab, wurde der Hungerstreik wieder aufgenommen. Um ihre Entschlossenheit und Ernsthaftigkeit zu unterstreichen, traten einige der Flüchtlinge zusätzlich in einen Durststreik, was Einzelne durch das Zunähen ihrer Münder noch einmal deutlich unterstrichen.

Ermutigt durch den Protest in Würzburg entstanden ähnliche Proteststrukturen im ganzen Bundesgebiet. Die Forderungen nach Abschaffung der Residenzpflicht, der Lagerunterbringung und der Abschiebungen verbreiteten sich. Zur gemeinsamen Diskussion und zur Weiterentwicklung der Proteste wurde in Bayern ein „Koordinationskomitee protestierender Asylsuchender in Deutschland", das sich ausschließlich aus „Non-Citizens" zusammensetzte, gegründet. Dieses organisierte den Informationsaustausch und plante weitere Aktivitäten. Das Komitee wurde von bereits länger bestehenden Selbstorganisationen von Flüchtlingen wie The Voice, der Karawane der Flüchtlinge und Migranten sowie durch verschiedene Flüchtlingsräte und andere Aktivistengruppen unterstützt. Schließlich entwickelte sich der Plan, den Protest nach Berlin vor das Parlament zu tragen, da auf der lokalen Ebene keine Veränderung zu erzielen sei.

3 | Gemeinsame Protestaktion und gemeinsame Forderungen

3.1 | Der Marsch von Würzburg nach Berlin

Etwas mehr als sieben Monate nach dem Tod von Mohammad R. begannen am 8. September 2012 ca. 60-70 Flüchtlinge sowie mehrere Unterstützer ihren Protestmarsch von Würzburg nach Berlin. Eine zweite Gruppe fuhr mit einem Bus verschiedene Flüchtlingslager an, um andere Flüchtlinge zu ermutigen, sich dem Protest anzuschließen und für ihre Rechte zu kämpfen. Es war dabei klar, dass sie durch diesen Kampf bestehende Gesetze wie die Residenzpflicht

verletzen und auch den Platz im Wohnheim verlieren würden.

Das Medieninteresse stieg während des vierwöchigen Fußmarsches täglich an. Zu beobachten war dabei ein bemerkenswerter Stimmungswandel in der medialen Darstellung der Proteste. In den Medien verbreitete sich zunehmend Verständnis für die Forderungen der Flüchtlinge. Punktuell schlossen sich sogar lokale Politiker den Demonstrationen an oder erklärten sich mit den Forderungen der Flüchtlinge solidarisch.

Am 6. Oktober 2012 kamen die Protestierenden nach 28 Tagen Fußmarsch in Berlin an. Zentrale Forderungen der Bewegung waren die Abschaffung der Lager und der Residenzpflicht, das Recht zu arbeiten und zu studieren für alle Asylsuchenden, die freie Arztwahl und ein genereller Abschiebestopp.

3.2 | Die Besetzung des Oranienplatzes in Berlin und der Aufbau des Protestcamps

Direkt nach Ankunft wurde der Oranienplatz in Berlin Kreuzberg besetzt. Erste Zelte und bald auch Hütten wurden errichtet. Die Flüchtlinge kündigten an, solange bleiben zu wollen, bis ihre Forderungen nach Abschaffung der Lager, Aufhebung der Residenzpflicht und das Ende der Abschiebungspolitik erfüllt würden.

Der damalige grüne Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Franz Schulz, schöpfte sein Ermessen aus und tolerierte die Besetzung als rechtswidrige Sondernutzung. Er verweigerte sich der Forderung nach Räumung. Der besetzte Oranienplatz war öffentlich sichtbarer Ausdruck der Flüchtlingsproteste und entwickelte sich zum Treff- und Anziehungspunkt für Flüchtlinge aus ganz Deutschland sowie einer heterogenen Unterstützerszene. Es zeigte sich eine weitreichende Solidarität und Unterstützung, gerade auch aus der lokalen Bevölkerung.

Am 13. Oktober 2012 wurde vom Oranienplatz aus eine bundesweite Demonstration zum Reichstag organisiert, die mit ca. 6.000 Teilnehmern die bis dahin größte Flüchtlingsdemonstration in der Bundesrepublik darstellte. Vertreter der deutschen und internationalen Presse waren permanent vor Ort, suchten nach Flüchtlingsgeschichten und berichteten in einem bis dato nicht erreichten Ausmaß über das deutsche und europäische Asylsystem, über das faktische Arbeitsverbot, über Residenzplicht sowie Flucht und Migration. Die Medien verstärkten die Wahrnehmung des Oranienplatzes als Symbol des selbstorganisierten Widerstands von Flüchtlingen, das weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinauswirkte.

4 | Die Protagonisten des Protests

Für diese Bewegung gilt ebenso, was für alle Bewegungen gilt: Sie ist äußerst heterogen. Es gibt nicht „die" protestierenden Flüchtlinge.

4.1 | Unterschiedlichste Lebensrealitäten

Unter den Protestierenden gibt es Personen, die über Jahre in Deutschland perspektivlos im Status der Duldung leben. Andere haben laufende Asylverfahren anhängig und warten seit Monaten oder Jahren auf Antwort. Für die ersten sind die Ausländerbehörden und damit die Länder, für die anderen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und damit der Bund zuständig. Manche sind akut von Abschiebung bedroht, andere haben die Perspektive jahrelanger Stagnation vor sich. Manche haben an den politischen Kämpfen in ihren Herkunftsländern teilgenommen, andere haben keine politischen Erfahrungen. Einige sind kaum zur Schule gegangen, können schlecht lesen und schreiben, andere haben studiert. Manche haben vor Jahren ihre Länder verlassen und sind seither unter größten Entbehrungen unterwegs, andere waren minderjährig, als sie aufbrachen, und sind nunmehr Anfang zwanzig, ohne jemals „angekommen" zu sein. Einige sind noch nicht lange in Deutschland und voller Hoffnung, dass der deutsche Staat sie hören und schützen werde, da sie als „ehrliche und rechtschaffene Menschen" nur eine

Chance bräuchten und nur arbeiten, sich aber keinesfalls mit Politik beschäftigen wollten. Andere haben keinerlei Vertrauen, dass die deutsche Politik ihren Anliegen ernsthaft Gehör schenken könnte und setzen auf einen konsequenten, kompromisslosen Widerstand gegen das deutsche Asylsystem.

Einige betreiben innerhalb der EU erstmals in Deutschland ein Asylverfahren, während andere bereits in anderen europäischen Ländern als Asylsuchende registriert wurden. Letztere Gruppe soll nach den Regeln des europäischen Dublin-Regimes in europäische Länder abgeschoben werden, was aber nur innerhalb bestimmter Fristen möglich ist. Damit gibt es für sie die Aussicht, nach Ablauf dieser Frist doch in Deutschland bleiben zu können. Wieder andere haben in anderen europäischen Ländern, vor allem in Italien, einen Aufenthaltsstatus erhalten, lebten dort aber auf der Straße oder erhielten von den italienischen Behörden die Aufforderung, in den Norden Europas zu gehen.

Viele der Protestierenden des Oranienplatzes hatten anhängige Asylverfahren in anderen Bundesländern, nur für eine kleine Gruppe galt dies nicht. Manche gehen endgültig nicht mehr in die Lager zurück und sprechen auch nicht mehr bei den Ausländerbehörden vor, andere schon. Manche Behörden und Lager duldeten die Abwesenheit während des Protests, ohne etwa die Sozialleistungen einzustellen. Andere Behörden dagegen verweigerten jegliche Sozialleistungen und forderten die Betroffenen zu wöchentlichen Vorsprachen auf, so etwa in Bramsche. Ein Teil der Protestler verfügt daher über keinerlei Geld mehr. Die Belastung der Einzelnen, ihre persönlichen und materiellen Ressourcen, um mit diesem Druck umzugehen, sind höchst unterschiedlich. Viele der Protagonisten haben zudem in ihren Herkunftsländern und/oder auf der Flucht traumatische Erfahrungen gemacht.

Auf dem Oranienplatzwaren Familien mit kleinen Kindern, einige Frauen und viele junge Männer. Leute aus Afghanistan, aus Mali, aus dem Tschad, aus Niger, Iran, Pakistan, aus Nigeria, Uganda, aus dem Sudan, aus Darfur, aus der Türkei und weiteren Ländern. Entsprechend unterschiedliche Sprachen wurden gesprochen. In Diskussionen beanspruchte die Übersetzung viel Zeit und erschwerte das gemeinsame Gespräch auch untereinander. Und natürlich ist auch diese Frage der Kommunikationsfähigkeit eine nach den jeweiligen Ressourcen und nicht jenseits von realen Machtverhältnissen.

Manche der Flüchtlinge sind gut in die Unterstützerszene integriert, wobei diese ebenso heterogen ist wie die Bewegung der Flüchtlinge. Auch hier bestehen unterschiedliche Erfahrungen, Lebenssituationen und politische Einschätzungen, auch hier kommt es zu Fluktuation.

4.2 | Gemeinsame Organisation des Protestcamps auf dem Oranienplatz

Es herrschten äußerst schwierige Lebensbedingungen auf dem Oranienplatz und dennoch gelang eine Organisation des täglichen gemeinsamen Lebens auf dem Platz. Es entstanden Konflikte und Spannungen, aber es wurden auch Lösungen gefunden. Der Platz wurde – basierend auf dem realen Leben seiner Bewohner – zu einem Symbol dafür, wie diese Gesellschaft mit Flüchtlingen umgeht und welches Selbstverständnis sie hat. Die Symbolkraft des Protests verlieh auch den Flüchtlingen eine gemeinsame Stärke. Trotz aller Unterschiedlichkeit und den stattfindenden Auseinandersetzungen zwischen denen, die vom Wunsch, eine Chance gewährt zu bekommen, getragen wurden, und anderen mit dem Selbstverständnis, sich ein ihnen zustehendes Recht erkämpfen zu müssen („Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört"), bleibt der Oranienplatz lange das gemeinsam erkämpfte und selbstverwaltete Zentrum des Protests. So zogen es viele Protestierer vor, dort im Zelt zu schlafen, als in die Isolation der Lager zurückzukehren und zum alimentierten Objekt staatlichen Handelns zu werden.

Die Ausrichtung auf den selbstorganisierten Protest führte dazu, dass das Bedürfnis bestand, alle Fragen und Themen gemeinsam

zu diskutieren, wozu es lange wöchentliche Plena gab, die für alle Beteiligten eine riesige Herausforderung darstellten.

Der Protest und der Lebensmittelpunkt waren für viele Flüchtlinge ein und dasselbe. Die Möglichkeit eines Rückzugs ins Private, einer nächtlichen Pause, in einem Leben neben dem Protest, gab es, anders als bei den Unterstützern, für sie nicht.

4.3 | Die Zusammenarbeit mit der Unterstützerszene

Auch hier gilt, dass wir das Unterstützerumfeld nur schlaglichtartig beleuchten können. Vor dem Hintergrund der betonten Selbstrepräsentation der Flüchtlinge agierten die etablierten Flüchtlingsorganisationen eher unterstützend im Hintergrund, z.B. bei der Verbreitung von Presseerklärungen zum Flüchtlingsprotest, bei der Beratung in konkreten Rechtsfragen, in der beratenden Begleitung bei Verhandlungen und bei der intensiven Unterstützung in konkreten Einzelfällen. Ähnliches gilt für die eher aktivistische Unterstützerszene und ihre Rolle bei der Bewältigung logistischer und organisatorischer Probleme.

Teilweise haben professionelle Flüchtlingsorganisationen andere Ansätze verfolgt und standen z.B. aus taktischen Motiven Forderungen von Teilen der Flüchtlinge nach einer Gruppenlösung für alle skeptisch gegenüber. Teile der Flüchtlinge vertraten die Auffassung, dass nur ihre kompromisslose radikale Haltung ihren Forderungen Stärke verleihe. Teile der Unterstützer schätzten Kompromisslosigkeit eher als kontraproduktiv ein, was zu gegenseitigem Missverstehen und auch zu Misstrauen führte. Aus Sicht der Flüchtlinge stellte sich die Frage, ob diese Unterstützer ihre Forderungen tatsächlich radikal solidarisch unterstützten. Dabei gab es sowohl unter den Flüchtlingen als auch unter den Unterstützern unterschiedlichste Ansätze und Einschätzungen.

Es kam zu zahlreichen Missverständnissen. Die radikale Unterstützerszene war der Lebensrealität der Bewohner des Platzes sehr nahe. Für andere Unterstützer von außen war es dagegen oft nicht einfach, die bestehenden Kommunikationsstrukturen nachzuvollziehen. Einigen erschienen die Strukturen chaotisch, was manchmal zum einem Rückzug von Unterstützern führte. Es wurde deutlich, dass es eine Herausforderung ist, eine gemeinsame Diskussion zu führen, wenn die einen eine eigene Wohnung und die anderen keinen Schlafplatz haben. Es ist eine Herausforderung, gemeinsam Strategien zu entwickeln, wenn die einen nicht wissen, was ihnen der nächste Tag bringen wird.

Wenn wir uns die Heterogenität der Flüchtlinge und Unterstützer anschauen und uns vergegenwärtigen, dass es auf dem Platz nicht nur um Widerstandsprojekte, sondern auch um die reale Organisation der Überwinterung im Freien vor dem Bedrohungsszenario der Räumung ging, während vielen die reale Abschiebung drohte, wird die riesige Herausforderung klar, in diesen Verhältnissen ein effektives und starkes Bündnis aufzubauen.

5 | Der Oranienplatz als öffentlicher Debattenbeitrag der Flüchtlinge: Unterschiedliche Protestaktionen, Kommunikation mit den Medien

Am 15. Oktober 2012 besetzte eine Gruppe von Flüchtlingen die nigerianische Botschaft, um gegen die Zusammenarbeit mit den deutschen Ausländerbehörden bei der Organisation von Abschiebungen durch „Botschaftsanhörungen" zu protestieren.

Wenig später begann eine andere Gruppe am Brandenburger Tor einen Hungerstreik, um ihren Forderungen nach einem Abschiebestopp, der Auflösung der Lager, der Aufhebung der Residenzpflicht und des Arbeitsverbots sowie der Anerkennung ihrer Asylanträge Nachdruck zu verleihen. Diese Gruppe erregte erhebliches mediales Interesse, auch die Politik sah sich gezwungen zu reagieren. So kam es einerseits zu Gesprächen mit Politikern, darunter die damalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer.

Andererseits wurde versucht, mit polizeilichen Anordnungenwie dem Abschleppen und Unbrauchbarmachen eines genehmigten Busses, in dem sich die Hungerstreikenden aufwärmen konnten, dem Protest am Brandenburger Tor die Sichtbarkeit zu nehmen.

Am 8. Dezember 2012 besetzte eine andere Gruppe von Flüchtlingen angesichts des bevorstehenden Winters die seit zwei Jahren leerstehende Gerhardt-Hauptmann-Schule in Kreuzberg. Der Bezirk kündigte an, dass die Flüchtlinge bis Ende März 2013 in der Schule bleiben dürften. Zeitweise wohnten einige hundert Personen dort. Angesichts der äußerst beengten und prekären Verhältnisse, verbunden mit einer vollkommen ungeklärten Perspektive, kam es immer wieder zu auch körperlich ausgetragenen Streitigkeiten. Tragischerweise war auch ein Todesfall zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu gelang es einigen Frauen, eine eigenständige Frauenetage, den „International Women Space", aufzubauen, wo die geflüchteten Frauen einen geschützten eigenen Bereich hatten. Trotz dieser äußerst schwierigen Wohnsituation zogen die Bewohner es auch hier vor, in der Schule zu bleiben, statt in die Lager zurückzukehren.

Anfang März 2013 wurde in München aus dem Umfeld der Hungerstreikenden vom „Aktionskreis Unabhängiger Non-Citizen Kämpfe" der „RefugeeStruggleCongress" durchgeführt, an dem über 300 Personen teilnahmen. Er diente der weiteren Selbstorganisation, wobei das Konzept der „Non-Citizens" kontrovers diskutiert wurde. Als eines der Ergebnisse dieses Treffens wurde eine zweimonatige Tour durch neun bayerische Städte vom Aktionskreis organisiert. Es sollte über den Widerstand der Flüchtlinge informiert werden. Außerdem wurde der nächste Hungerstreik auf dem Rindermarkt in München geplant, der am 22. Juni 2013 begann und durch einen Polizeieinsatz am 30. Juni 2013 gewaltsam beendet wurde. Vom 26. Februar bis zum 20. März 2013 fuhren Flüchtlinge in einer Bustour durch 22 Städte Deutschlands, um mit dieser „Refugees' Revolution Bus Tour" andere in den Lagern lebende Flüchtlinge über die Flüchtlingsproteste zu informieren und sie aufzufordern, ebenfalls für ihre Rechte zu kämpfen. Offensiv verstießen die Teilnehmer damit gegen die Residenzpflichtauflagen.

Zur Erinnerung an den Beginn der Flüchtlingsproteste ein Jahr zuvor fand in Berlin am 23. März 2013 eine Demonstration unter dem Slogan „Refugees' Revolution" statt, an der jedoch nur etwas mehr als tausend Demonstranten teilnahmen. Die Mobilisierungsfähigkeit der Flüchtlingsbewegung hatte zu diesem Zeitpunkt offenbar bereits nachgelassen.

Im Mai 2013 begann, inspiriert durch die Proteste in Berlin, eine Gruppe von ca. 300 Flüchtlingen in Hamburg, bekannt geworden als „Lampedusa in Hamburg", ihre Forderung nach einem Bleiberecht und nach der Anerkennung ihrer Aufenthaltspapiere aus Italien in die Öffentlichkeit zu tragen. Geflohen vor dem Krieg in Libyen, hatten sie nach einer riskanten Überfahrt von der libyschen Küste auf die italienische Insel Lampedusa befristete italienische Aufenthaltspapiere bekommen. Mit der Beteiligung der Nato am Krieg in Libyen machten sie auch Deutschland mitverantwortlich für die Zerstörung ihrer Häuser und den Verlust ihrer Arbeitsplätze. Sie verlangten deshalb Wohnraum und Arbeitsplätze ohne die Durchführung eines individuellen Asylverfahrens. Sie forderten ein Bleiberecht für die gesamte Gruppe. Viele Personen und Institutionen solidarisierten sich mit ihnen und es kam zu Großdemonstrationen mit über 15.000 Teilnehmern. Auch nach Berlin kam im Verlauf des Jahres 2013 eine größere Gruppe von Flüchtlingen, die sich dann „Lampedusa in Berlin" nannte.

Am 9. Oktober begannen 23 Flüchtlinge, die sich selber als Non-Citizens bezeichneten, vor dem Brandenburger Tor in Berlin erneut einen Hungerstreik, mit der Forderung nach Annahme ihrer Asylanträge. Diesem Hungerstreik schlossen sich weitere Flüchtlinge an und 28 von ihnen traten am 14. Oktober zusätzlich in einen Durststreik. Insgesamt vierzigmal musste der Rettungsdienst Hungerstreikende

ins Krankenhaus bringen. Nach Gesprächen mit dem Bundestagsabgeordneten Rüdiger Veit, der Berliner Arbeits- und Integrationssenatorin Dilek Kolat sowie dem Vizepräsidenten des BAMF, Michael Griesbeck, unterbrachen die Flüchtlinge ihren Hungerstreik, nachdem ihnen zugesagt worden war, dass die SPD ihre Forderungen in die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU einbringen würde. In den Medien und seitens der beteiligten Politiker wurde das Ende des Hungerstreiks als Erfolg dargestellt. Interessanterweise bestand in diesen Einzelfällen später, anders als beim Oranienplatz, auch auf Seiten der Behörden die Bereitschaft, individuelle Lösungen zuzulassen.

Bundesweit gab es unzählige weitere Aktionen, die von unterschiedlichsten Akteuren ausgingen. Hungerstreiks und öffentliche Proteste fanden u.a. in Eisenhüttenstadt, Freiberg, Hannover, Stuttgart, Eisenberg, Bitterfeld, Böbrach und Nürnberg statt. Es gab auch einen europäischen Protestmarsch von Flüchtlingen nach Brüssel.

6 | Der Verlust des gemeinsamen Symbols des Oranienplatzes

Ab Oktober 2013 wurden Verhandlungen mit Flüchtlingen vom Oranienplatz geführt, um zu einer Räumung des Platzes zu kommen. Zunächst kam es aber nur mit einer Gruppe auf dem Oranienplatz zu einer Einigung, den „Lampedusas in Berlin". Ca. 70-80 Personen, die zu dem Zeitpunkt der Verhandlungen auf dem Platz sehr präsent waren, wurde eine Unterkunft für die Dauer des Winters versprochen, im Gegenzug sollte der Oranienplatz bis auf einen Info-Point geräumt werden. Viele der protestierenden Flüchtlinge auf dem Oranienplatz empfanden dies als Versuch der bewussten Spaltung und Schwächung der Bewegung. Die Verhandlungen wurden daher höchst unterschiedlich eingeschätzt und es kam zu teilweise heftigen Diskussionen.

Nach dem Umzug der„Lampedusas in Berlin" kehrten einige Flüchtlinge aus der Gerhardt-Hauptmann-Schule auf den Oranienplatz zurück, da sie nicht gewillt waren, ihren erkämpften öffentlichen Raum, der zum Symbol für den anhaltenden und fortdauernden Widerstand gegen die deutsche und europäische Asylpolitik geworden war, aufzugeben. Diejenigen, die den Umzug in ein Heim akzeptiert hatten, fanden sich dort in vollkommener Isolation wieder. Es fehlte Geld für Fahrscheine zum Oranienplatz, es fehlte der Kontakt zu den anderen Protestierenden und zur Öffentlichkeit.

Innensenator Henkel (CDU) forderte die verantwortliche Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann (Die Grünen), zur Räumung des Platzes auf, drohte mit der Einschaltung der Bezirksaufsicht und stellte ein Ultimatum bis zum 16. Dezember 2013. Der damalige Regierende Bürgermeister Wowereit (SPD)setzte sich jedoch schließlich gegen Henkel durch und unter Leitung der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat (SPD), wurden Verhandlungen mit einer Delegation der Flüchtlinge aufgenommen.

Auf dem Oranienplatz war sehr umstritten, ob überhaupt Verhandlungen geführt werden sollten. Einige lehnten dies grundsätzlich ab, andere waren der Auffassung, es müssten alle Möglichkeiten sondiert werden. Wieder andere waren der Auffassung, dass es nichts zu verlieren gäbe, da der Platz sonst geräumt würde. Allen war klar, dass Bezirk und Senat endlich die Räumung des Platzes wollten. Unklar war, was der Senat im Gegenzug anzubieten bereit war. Wochenlange Treffen zwischen der Senatorin und einer Delegation der Flüchtlinge brachten hier keinerlei Klarheit. Schließlich präsentierte die Integrationssenatorin am 18. März 2015 unter großem medialem Interesse das sogenannte „Einigungspapier Oranienplatz" im Auftrag des Regierenden Bürgermeisters.

Dieses Einigungspapier sah vor, dass auf eine Liste aufzunehmende Personen (später wurden 367 Flüchtlinge erfasst) die Möglichkeit erhalten würden, bei der Berliner Ausländerbehörde, die dem Innensenat untersteht, Anträge zur Erteilung einer Aufenthaltser-

laubnis zu stellen. Im Gegenzug sollten die Flüchtlinge den Oranienplatz räumen. Der Regierende Bürgermeister Wowereit versprach in seiner Regierungserklärung vom 10. April 2014 „faire" Verfahren und eine wohlwollende Prüfung. Fast sämtliche Medien lobten die friedliche Lösung mit „den" Flüchtlingen an Stelle einer polizeilichen Räumung des Platzes. In Wahrheit hatte jedoch nur eine Minderheit der Mitglieder der Flüchtlingsdelegation das Einigungspapier unterschrieben, die Mehrheit hatte dies abgelehnt.

Am 8. April 2014 wurde das Protestcamp auf dem Oranienplatz von einer Gruppe von Flüchtlingen in Kooperation und Absprache mit dem Bezirksamt und der Stadtreinigung abgerissen. Die Gegner des Einigungspapieres versuchten dies zu verhindern, blieben allerdings letztendlich erfolglos. Flüchtlinge rissen Flüchtlingen das Dach über dem Kopf weg, persönliche Gegenstände und Ausweise gingen verloren. Um die Räumung zum Abschluss zu bringen, griff die in den Nebenstraßen wartende Polizei ein und räumte den Platz komplett. Kurz zuvor hatten noch drei Personen aus Protest einen Baum besetzt und dort teilweise mehrere Tage ausgeharrt.

Es folgte eine sich über Wochen hinziehende Registrierung der Flüchtlinge. Chipkarten mit Fotos wurden ausgegeben, die bei den Betroffenen den Eindruck erweckten, sie hätten eine Art Ausweis in der Hand und es würde ein echtes Verfahren beginnen, an dessen Ende eine Aufenthaltsgenehmigung stehen könnte. Und auch die meisten Medien berichteten in diesem Sinne.Schließlich erklärte die Berliner Ausländerbehörde, nachdem die ersten „Verfahren" im Juni begonnen hatten, sie sei zu keinem Zeitpunkt in die Verhandlungen eingebunden gewesen. Sie sprach dem Einigungspapier jegliche Rechtswirkung ab. Alle auf dieses Papier gestützten Anträge wurden daher entweder abgelehnt oder nicht einmal in Bearbeitung genommen.

In keinem Fall wurde ein Antrag inhaltlich geprüft, in keinem einzigen Fall kam es zu einer positiven Entscheidung. Egal, welche Position die einzelnen Flüchtlinge eingenommen hatten, ob sie dem Versprechen des Berliner Senats geglaubt hatten oder nicht, am Ende erhielt niemand auch nur eine Chance. Nur noch sehr wenige Medien berichteten konstant über den Gang der Ereignisse. Dies änderte sich nur, wenn ein „Oranienplatzfall" von Abschiebung bedroht war, auf deren Vollzug die Berliner Innenbehörde wohlweislich jedes Mal verzichtete.

Als der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg die Gerhardt-Hauptmann-Schule im Juni 2014 räumen wollte, verließen unter dem Eindruck der Präsenz von annähernd 1.000 Polizisten ca. 200 Bewohner die Schule und wurden in Flüchtlingsheimen untergebracht. Eine Gruppe im Haus weigerte sich und floh aufs Dach. Sie drohten an, sich vom Dach zu stürzen, sollte die Schule gewaltsam geräumt werden. Die Polizei belagerte die Schule über zehn Tage, wieder war die internationale Presse vor Ort. Der Bezirk und die Flüchtlinge unterschrieben schließlich ein Einigungspapier und die Schule wurde nicht geräumt. Bis heute wohnen Besetzer in der Schule. Auch hier wollte der Bezirk seine eigene Unterschrift als null und nichtig betrachten und die Flüchtlinge auf die Straße setzen. Die juristischen Auseinandersetzungen über den Rechtscharakter des unterschriebenen Papieres halten an.

Im August 2014 wurden dann nach und nach ohne Vorwarnung alle bislang in Heimen untergebrachten ehemaligen Oranienplatz-Flüchtlinge von einem Tag auf den anderen ohne jegliche soziale Absicherung auf die Straße gesetzt und existieren seither für die Berliner Behörden nicht mehr. Diese vom Protest übrig gebliebene Gruppe wird bis heute von kirchlichen Einrichtungen, Unterstützergruppen und Einzelpersonen untergebracht und unterstützt. Weiterhin ist der Senat nicht bereit, seine Zusagen einzuhalten und reagiert mit schweigendem Aussitzen. Fast alle Medien berichten hierüber nicht mehr.

Die Protagonisten von Würzburg und dem Oranienplatz befinden sich heute in unterschiedlichen Situationen: Einige sind verein-

zelt, einige sind Teil ihrer jeweilige Gruppe geblieben. Andere sind in die Lager zurückgekehrt oder haben Deutschland verlassen. Ein kleiner Teil harrt in der besetzten Kreuzberger Gerhardt-Hauptmann-Schule aus. Viele der Flüchtlinge sind noch da und kämpfen, individuell oder mit anderen, tagtäglich weiter für ihren Aufenthaltsstatus und die Anerkennung ihrer Rechte. Einige Protagonisten haben eine Selbsterzählung in Form einer Ausstellung über den Protest geschaffen, die gegenwärtig im Kreuzberg-Museum in Berlin zu sehen ist. Gemeinsam mit Kulturschaffenden wurde das Bündnis „My Right is your Right“aufgebaut.

7 | Schluss

Abschließend bleibt einerseits zu konstatieren, dass diejenigen, die sich im Zuge der Flüchtlingsproteste für die Veränderung ihrer Situation und damit faktisch auch für die Weiterentwicklung der Demokratie und Rechtskultur in dieser Gesellschaft engagiert haben, nichts für sich erreicht haben, obwohl sie eine neue gesellschaftliche Diskussion über die Rechte von Asylsuchenden entfacht haben.

Viele der Flüchtlinge haben auf Grundlage der Oranienplatzvereinbarung Anträge bei der Berliner Ausländerbehörde gestellt. Konkret vorhandene Wohn-, Arbeits-, Ausbildungs- und Bildungsangebote, aber auch Therapieplätze und ärztliche Behandlung wurden zur Begründung dieser Anträge gegenüber der Berliner Ausländerbehörde dokumentiert. Diese lehnte aber jeden einzelnen Antrag ohne einzelfallbezogene Prüfung auf Grundlage einer rein formalen Argumentation ab. Vorhandene rechtliche Spielräume werden bewusst nicht zu Gunsten der Flüchtlinge genutzt.

Der Berliner Senat gibt diese restriktive Rechtsanwendung und -auslegung vor und behauptet zugleich, diese sei das „Recht“ an sich. Jegliche Gegenargumentation wird zur Aufforderung zum Rechtsbruch deklariert. Die Protestierer selbst werden so zu Gesetzesbrechern, deren Protest als illegitim und illegal gilt. Die Flüchtlinge selbst wissen, dass ihnen im Gegenzug zur Räumung des Oranienplatzes die Chance auf eine echte aufenthaltsrechtliche Perspektive versprochen worden war. Als der Platz aber geräumt wurde, mussten sie feststellen, dass es diese Chance nie gegeben hat, alle Anträge wurden auf Grundlage der gleichen formalen Standardargumentation ohne echte inhaltliche Prüfung abgelehnt. Etwas anderes war offensichtlich nie beabsichtigt worden. Wenn sie nach dieser Erfahrung auf das Dach der Kreuzberger Schule steigen oder sich gegen die Räumung des Oranienplatzes wehren, gelten allerdings nicht sie als die tatsächlich Getäuschten, sondern werden als Rechtsbrecher und Erpresser dargestellt. Diese Verweigerung einer progressiven Rechtsanwendung hat verheerende Konsequenzen für die Betroffenen, doch in der Öffentlichkeit wird die Situation der Flüchtlinge vom Oranienplatz nicht mehr thematisiert.

Diese Entwicklung zeigt insofern auch Grenzen des Rechts auf. Die Frage, ob der Senat bei der Unterzeichnung des Oranienplatzpapieres mit Rechtsbindungswillen handelte oder nicht, wurde von den Gerichten als vernachlässigungswert angesehen. In einer einzigen positiven gerichtlichen Entscheidung, die später vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg aufgehoben wurde, stellte der entscheidende Richter des Verwaltungsgerichts Berlin die wesentlichen Fragen: Warum, wenn der Senat sich nicht habe rechtlich binden wollen, sei eine Vereinbarung von beiden Seiten unterschrieben worden? Warum wurde auf Grundlage dieser Vereinbarung eine Liste mit von dieser Vereinbarung begünstigten Personen erstellt? Auch die Sicht der Flüchtlinge – so das Gericht – sei nachvollziehbar und bei ihnen zwingend der Eindruck entstanden, es würde eine umfassende einzelfallbezogene Prüfung ihrer Anträge erfolgen. Sinn und Zweck der Vereinbarung sei offenbar gewesen, dass beide Seite Zugeständnisse machen sollten. Würde nun eine Seite nachträglich dieser Einigung jede rechtliche Wirkung absprechen, sei dies ein Verstoß gegen Treu und Glauben und somit sittenwidrig.

Wie ist diese Entwicklung angesichts der anfänglichen Euphorie in der Öffentlichkeit und den Medien in Bezug auf den Oranienplatz zu erklären? Eine der Ursachen hierfür ist unserer Meinung nach, dass es nicht gelungen ist, die Legitimität der Forderung der Flüchtlinge und den Skandal des Umgangs mit ihnen breiten gesellschaftlichen Kreisen nachhaltig zu vermitteln. Die Flüchtlinge und die ihnen unmittelbar nahen Unterstützer waren hiermit angesichts der Vielzahl der Herausforderungen überfordert. In einer Diskussion sagte ein Bewohner des Platzes, „Flüchtling zu sein bedeutet, jeden Tag Stress zu haben."

Wir haben versucht, die Heterogenität der unterschiedlichen Akteure bei den Flüchtlingen und Unterstützern aufzuzeigen. Die professionelle Unterstützerszene im Flüchtlingsbereich war ebenfalls zu klein, um nachhaltig eine längerfristige Strategie zu erarbeiten. Das Bewältigen der täglichen Herausforderungen stand im Vordergrund. Es hätte hier einer gezielten Intervention von außen bedurft. Wichtig wäre gewesen, mit den Flüchtlingen nicht nur Interviews zu machen, sondern professionelle Unterstützung z.B. in Form von seriösen Medienkontakten, Workshops und Seminaren anzubieten, eine größere Unterstützungsszene für das tägliche Überleben zu organisieren.

So mussten, wie wir zu zeigen versucht haben, alle gleichzeitig alles machen. Flugblätter verteilen, deren Inhalt politisch diskutieren, Konflikte auf dem Oranienplatz lösen, Übersetzer organisieren sowie Geld für die Tickets des öffentlichen Nahverkehrs, während es gerade zu einer Festnahme eines Aktivisten kam und eigentlich unklar war, wo die Hälfte der Leute die nächste Nacht schlafen würde.

So stand auf Grund der von uns dargelegten Herausforderungen mehr der gemeinsame Entscheidungsprozess an sich als dessen Ergebnis oder öffentliche Vermittlung im Vordergrund. Größere Menschenrechtsorganisationen haben sich zurückgehalten. Zwar äußert sich z.B. das Deutsche Institut für Menschenrechte zu den schlechten Bedingungen in den Wohnheimen und beschäftigt sich Amnesty International mit dem europäischen Grenzregime – gegenüber den direkt Betroffenen auf dem Oranienplatz äußerten sie sich aber nicht und erklärten schon gar nicht öffentlich ihre Solidarität.Es ist eine offene Frage, warum hier keine stärkere Parteinahme erfolgte und sich die professionelleren Akteure der Menschenrechtsszenenicht stärker einbrachten. Dies wäre aus unserer Sicht notwendig zu diskutieren. Es wäre äußerst problematisch, wenn die Flüchtlinge nur abstrakt Thema des Menschenrechtsdiskurses dieser Organisationen bleiben. Ein gegenseitiger Austausch ist dringend notwendig. Hierbei sollte von Seiten der etablierten Organisationen der Kontakt gesucht werden, wobei sich natürlich auf die Bedingungen vor Ort eingelassen werden muss.

Der Protest war unserer Meinung nach dann am stärksten, wenn er konkret wurde und sich nicht auf einen spezifischen Rechtsdiskurs einließ, was für die professionelle Menschenrechtsszene die Zusammenarbeit vielleicht erschwerte. Die rechtliche Argumentation verschiedener Organisationen, wie z.B. von Pro Asyl, zur Absurdität der Residenzpflicht stieß jahrelang auf taube Ohren seitens der Politik. Die anwaltliche Strategie, in einem Musterverfahren die Rechts- und Verfassungswidrigkeit der Residenzpflicht zu belegen, hatte nicht den Effekt der protestierenden Flüchtlinge, die einfach an den Grenzen des Landkreises nicht mehr anhielten, sondern weiter liefen. Aktuell haben wir dies bei den syrischen und anderen Flüchtlingen in Ungarn beobachten können. Tausende Gerichtsverfahren, in denen zur Situation von Flüchtlingen in Ungarn genauestens vorgetragen wurde, konnten nicht das erreichen, was die Flüchtlinge im Sommer 2015 geschafft haben. Sie haben sich nicht an „das Recht" gehalten, sie sind einfach weiter gelaufen.

In Folge des Protests vom Oranienplatz geriet unter anderem ein in Stein gemeißelter Glaubenssatz bundesdeutscher Flüchtlingspolitik – die sogenannte Residenzpflicht – ins Wanken. Jahrzehntelang wurde von der Politik gepredigt, dieses Instrument sei zur Steuerung und Kontrolle der Flüchtlinge unverzichtbar.

Regierungsvertreter von CDU und FDP erklärten bis zuletzt, ohne die Residenzpflicht werde das deutsche Asylsystem zusammenbrechen. Dann aber kippte die Stimmung in der Öffentlichkeit. Zum ersten Mal nahmen die Medien den Protest zum Anlass, um eine breite Öffentlichkeit darüber zu informieren, dass Flüchtlinge in Deutschland eine 30-Kilometer-Zone nicht verlassen dürfen, dass sie jahrelang nicht arbeiten dürfen und in kompletter Isolation leben müssen. Es entstand Empathie und auf einmal schwand die zuvor bestehende, unhinterfragte Übereinstimmung, dass „die" Flüchtlinge so zu behandeln seien. Nicht ein Menschenrechtsdiskurs, sondern der radikale Protest, verbunden mit radikaler Praxis im Sinne eines zivilen Ungehorsams, führte dazu, dass die Residenzpflicht 2014 gesetzlich neu geregelt wurde. Zwar bleibt sie für Geduldete oft bestehen, für viele andere entfallen mit dem neuen Gesetz aber strafrechtliche Verfolgung und behördliche Willkür in diesem Bereich.

Hinsichtlich der Wirkung und des Einflusses des Protests auf die Öffentlichkeit lassen sich widersprüchliche Tendenzen beobachten. Ausgebrochen aus ihrer konkreten Isolierung, sich das Recht nehmend, unter bewusstem Verstoß gegen die Residenzpflicht von Würzburg nach Berlin zu gehen, erfuhren die protestierenden Flüchtlinge ein nie da gewesenes öffentliches Interesse. Neue Gruppen der Gesellschaft waren bereit, sich erklären zu lassen, welche Konsequenzen die Gesetze und die Politik dieses Landes für Asylsuchende haben. Aber ebenso deutlich ist, dass die herrschende Politik bis heute nicht bereit ist, sich diesen Themen zu stellen. Zwar wurden in Folge des Protests die Residenzpflicht und das Arbeitserlaubnisrecht gelockert. Auch änderte sich teilweise der politische Mainstream, sogar die CDU/CSU äußerte in bisher ungehörten Tönen grundsätzliches Verständnis für Flüchtlinge. Gleichzeitig, und die jüngsten Gesetzesverschärfungen vom 1. August und 1. November 2015 machen dies deutlich, wird jedoch eine schärfere Ausgrenzungspolitik betrieben als je zuvor.

Es bleibt eine große Diskrepanz zwischen dem Misserfolg auf der individuellen Ebene und dem Erfolg der Sichtbarkeit im politischen und gesellschaftlichen Diskurs.

Berenice Böhlo ist Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Migrations- und Verwaltungsrecht, insbesondere Sozialrecht, in Berlin

Email: boehlo@aufenthaltundsoziales.de

Harald Glöde ist Vorstandmitglied von borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

E-mail: hg@borderline-europe.de

Anmerkungen

[1] „Selbstmord in Asylheim: Trauer um Flüchtling", Mainpost v. 30.1.2012, http://www.mainpost.de/regional/wuerzburg/Altaere-Asylheime-Fluechtlinge-Selbstmord-Teig-Trauer;art735,6588549.

[2] „Suizid im Asylheim: Protest und Trauer auf der Straße", Mainpost v. 13.2.2012, http://www.mainpost.de/regional/franken/Asylbewerber-Asylheime-Beerdigungen-Demonstrationen-Fluechtlinge-Lebensbedingungen-Leichen-Schwestern-Selbstmord-Tote;art1727,6615093.

[3] Erste Pressemitteilung seitens iranischer Asylbewerber der Stadt Würzburg (Bayern, Deutschland), 27.3.2012, http://gustreik.blogsport.eu/allgemein/erste-pm/.

[4] Siebte Pressemitteilung seitens der hungerstreikenden iranischen Asylbewerber in Würzburg (Bayern, Deutschland), 7.4.2012, http://gustreik.blogsport.eu/page/11/.

[5] „Iraner müssen Betten räumen", Mainpost v. 17.4.2012, http://www.mainpost.de/regional/franken/Iraner-muessen-Betten-raeumen;art127465,6735612.

[6] Als Non-Citizens werden Menschen ohne deutschen Aufenthaltstitel bezeichnet, wohingegen Citizens diejenigen sind, die einen deutschen Pass oder einen deutschen Aufenthaltstitel besitzen.

[7] Website des Aktionskreises unabhängiger Non-Citizen Kämpfe, http://refugeetentac-

tion.net/index.php?lang=de.

[8] Website von The VOICE Refugee Forum Germany – Flüchtlinge und Asyl in Deutschland, http://thevoiceforum.org/.

[9] Website der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, http://www.thecaravan.org/.

[10] „Flüchtlinge fordern mehr Freiheit", Potsdamer Neueste Nachrichten v. 6.10.2012, http://www.pnn.de/potsdam/687030/.

[11] Zu Botschaftsanhörungen werden Asylsuchende, deren Identität bzw. Staatsangehörigkeit nicht geklärt ist, vorgeführt, damit die Botschaft die Staatsangehörigkeit dieser Personen anerkennt und sie dann abgeschoben werden können.

[12] „Sie beißen die Zähne zusammen", taz v. 24.10.2012, http://www.taz.de/Protest/!5081028/.

[13] „Brandenburger Tor: Flüchtlinge beenden Hungerstreik", Tagesspiegel v. 2.12.2012, http://www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburger-tor-fluechtlinge-beenden-hungerstreik/7465760.html.

[14] „Flucht vor dem Schnee", taz v. 9.12.2012, http://www.taz.de/Protest-in-naechster-Runde/!5077622/.

[15] Website von Lampedusa in Hamburg, http://www.lampedusa-in-hamburg.org/.

[16] „Flüchtlinge wieder im Hungerstreik", taz v. 9.10.2013, http://www.taz.de/Berlin/!5057471/.

[17] „Protest am Brandenburger Tor: Flüchtlinge brechen Hungerstreik ab", Tagesspiegel v. 19.10.2013, http://www.tagesspiegel.de/berlin/protest-am-brandenburger-tor-fluechtlinge-brechen-hungerstreik-ab/8957934.html.

[18] Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin vom 4. November 2014, VG 24 L 293.14.

Völkerstrafrecht im Spannungszustand

Julia Geneuss

1 | Einleitung

Das Völkerstrafrecht scheint sich derzeit in einer Krise zu befinden. Die Errichtung des ständigen Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) im Jahr 2002 und die damit einhergehende Aufnahme völkerstrafrechtlicher Tatbestände in zahlreiche staatliche Strafrechtsordnungen lassen sich zweifellos als außergewöhnliche Erfolge in der Entstehung und Entwicklung des Völkerstrafrechts erzählen. Zivilgesellschaftliche Akteure haben nicht nur entscheidend zu dieser Entwicklung beigetragen, vielmehr eröffnet ihnen das Völkerstrafrecht bedeutende neue Handlungsmöglichkeiten im Kampf gegen die Straflosigkeit für schwere Menschenrechtsverletzungen. Mit Blick auf die bisherige, eher spärliche und selektiv-asymmetrische Völkerstrafrechtspraxis mehren sich in den letzten Jahren jedoch die skeptischen und kritischen Stimmen.

Dieser Beitrag will den momentanen Spannungszustand des Völkerstrafrechts – zwischen Theorie und Praxis, Anspruch und Wirklichkeit – näher erläutern. Hierzu werden zunächst die völkerrechtlichen Grundlagen und die Entwicklung des Völkerstrafjustizsystems skizziert, nicht zuletzt, um den radikalen Ansatz des Völkerstrafrechts zu verdeutlichen. Der zweite Teil des Beitrags wendet sich sodann der gegenwärtigen Praxis des Völkerstrafrechts zu, anhand derer strukturelle Durchsetzungsprobleme illustriert werden, deren zukünftige Überwindung auch eine Aufgabe für die globale Menschenrechtsbewegung darstellt.

2 | Völkerstrafrecht

2.1 | Völkerrechtliche Grundlagen

Das Völkerstrafrecht ist Teil der Völkerrechtsordnung. Es besagt, dass jeder Einzelne wegen weltweit begangener Völkermordtaten, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegs-, sowie Aggressionsverbrechen bestraft werden kann. Es handelt sich dabei um jene Verbrechen, die nach der geläufigen Definition die Interessen der internationalen Gemeinschaft als Ganzes, der *international community as a whole*, verletzen. Bezugspunkt des Völkerstrafrechts ist danach die Menschheit als Ganzes und damit letztendlich jedes einzelne Individuum. Die völkerstrafrechtlichen Tatbestände werden aus diesem Grund auch als Beweis für einen universell anerkannten minimalen Wertekonsens und einen Mindestbestand innerer Verbundenheit zwischen allen Menschen gesehen (Werle/Jeßberger 2014: 33 ff.). Das Völkerstrafrecht kann somit als das Strafrecht einer globalisierten „Weltgemeinschaft" begriffen werden.

Die völkerstrafrechtlichen Normen richten sich an die einzelnen Individuen. In der Völkerrechtsordnung, die traditionell allein das Verhalten von Staaten zueinander regelt und ausschließlich mit Staateninteressen befasst ist, ist dieser völkerstrafrechtliche Durchgriff auf den Einzelnen unter Durchbrechung des „Panzers staatlicher Souveränität" ein geradezu „radikales Projekt" (*Luban* 2010).[1] Es ist Teil – besser gesagt: Inbegriff – einer erstaunlichen Entwicklung der Völkerrechtsordnung, die sich von einer rein staatlichen Koexistenz- hin zu einer Kooperationsordnung und schließlich zu einer wertebasierten Gemeinschaftsordnung gewandelt hat.[2]

2.2 | Internationale Strafgerichtsbarkeit

Völkerrechtliche Verbrechen sind Massenverbrechen, die typischerweise im Rahmen einer gesamtgesellschaftlich gestörten Situation begangen werden (Günther/Reuss 2014). In ihre Begehung ist regelmäßig auf die eine oder andere Weise ein Staat bzw. ein anderes mächtiges Kollektiv verstrickt (Werle/Jeßberger 2014: 32). Mit diesem Umstand lässt sich auch das strukturelle Verfolgungsdefizit völkerrechtlicher Verbrechen erklären. Von Seite der betroffenen Staaten – der Tatort- und/oder der Täterstaat – unterbleibt in der Regel jede ersthafte Strafverfolgung. Gerade Täter schwerster Menschenrechtsverletzungen konnten sich daher lange Zeit sicher sein, für ihre Taten nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Die chronische Straflosigkeit völkerrechtlicher Verbrechen ist auch der Grund für die Errichtung internationaler und internationalisierter Strafgerichte. Das Statut des von den Alliierten zur Aburteilung der deutschen Hauptkriegsverbrecher des Zweiten Weltkriegs errichteten Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg kann dabei als „Geburtsurkunde" des Völkerstrafrechts angesehen werden (Werle/Jeßberger 2014: 5 ff.). Während das Völkerstrafrecht im Kalten Krieg ein Schattendasein fristete, erlangte die Idee einer internationalen Strafgerichtsbarkeit nach dem Fall der Berliner Mauer eine erstaunliche Dynamik (Schabas 2013). Seine Renaissance erfuhr das Völkerstrafrecht Anfang bzw. Mitte der 1990er Jahre, als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen jene Straftribunale errichtete, die sich bis heute mit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien und dem Völkermord in Ruanda befassen. Unbestreitbarer Höhepunkt der Entwicklung des Völkerstrafrechts ist die Errichtung des IStGH im Jahr 2002, an der – sowohl im Vorfeld als auch konkret bei der Ausarbeitung des Römischen Statuts, das die Grundlage für die Errichtung des IStGH bildet – auch die Zivilgesellschaft maßgeblich beteiligt war. Im Gegensatz zu den genannten Ad-hoc-Tribunalen der Vereinten Nationen ist der IStGH eine von Staaten gegründete, ständige Einrichtung, deren Zuständigkeit gerade nicht auf bestimmte Konfliktsituation beschränkt ist. Er kann seine Gerichtsbarkeit immer dann ausüben, wenn Völkerstraftaten auf dem Staatsgebiet eines Vertragsstaates des Gerichtshofes oder durch einen Staatsbürger eines solchen Staates

begangen werden und kein Staat willens oder in der Lage ist, selber Ermittlungen oder eine Strafverfolgung einzuleiten. Außerdem können sowohl der UN-Sicherheitsrat als auch Nichtvertragsstaaten Situationen zur Ermittlung an den Gerichtshof überweisen.

2.3 | Universelle Jurisdiktion

Die Strafverfolgung auf internationaler Ebene ist jedoch zwangsläufig kapazitiv und institutionell begrenzt und stößt bei der Ahndung völkerrechtlicher Verbrechen schnell an ihre Grenzen. Auch der IStGH wird angesichts seines endlichen Budgets nur eine kleine Zahl von Ermittlungen durchführen und sich mit einem Bruchteil der in seine Zuständigkeit fallenden Völkerrechtsverbrechen befassen können.

Daher ist darüber hinaus von besonderer Bedeutung, dass sich auch nicht unmittelbar betroffene sogenannte Drittstaaten an der strafrechtlichen Aufarbeitung völkerrechtlicher Massenkriminalität beteiligen. Völkerrechtliches Instrument hierfür ist das sogenannte Universalitäts- oder Weltrechtsprinzip. Sofern Staaten dieses Prinzip in ihre Rechtsordnung implementiert haben, ermöglicht es ihnen, Völkerrechtsverbrechen strafrechtlich zu verfolgen, egal wo, von wem oder gegen wen die Taten begangen wurden. Ein irgendwie gearteter Bezug zwischen den Taten und dem strafverfolgenden Staat ist nicht erforderlich.

Bekanntestes Beispiel für eine solche drittstaatliche Strafverfolgung ist das spanische Verfahren gegen den ehemaligen chilenischen Diktator *Augusto Pinochet*.[3] Anfang der 1990er Jahre wurden in Spanien, initiiert unter anderem von der spanischen *Unión Progresista de Fiscales* (Union Progressiver Staatsanwälte) und unterstützt von einem breiten Netzwerk von NGOs und Gruppen von Exilchilenen, mehrere Popularklagen (*acción popular*) gegen hochrangige Militärs der chilenischen (und argentinischen) Junta eingereicht. Als *Pinochet* 1998 für eine ärztliche Behandlung nach London reiste, erließ der spanische Untersuchungsrichter *Baltasar Garzón* einen Haftbefehl gegen ihn und ersuchte Großbritannien um seine Auslieferung. *Pinochet* wurde daraufhin festgenommen und später unter Hausarrest gestellt. Nach einer Reihe gerichtlicher Entscheidungen wurde das Auslieferungsersuchen letztendlich für zulässig befunden und damit sowohl die Kompetenz der spanischen Behörden zur Durchführung strafrechtlicher Ermittlungen bestätigt als auch das Bestehen etwaiger völkerrechtlicher Immunität bei Völkerrechtsverbrechen verworfen. Wenngleich *Pinochet* aus gesundheitlichen Gründen im Ergebnis nicht an Spanien ausgeliefert wurde, sondern nach Chile zurückflog, wo er sich in der Folge strafrechtlichen Ermittlungen ausgesetzt sah, wird die „Pinochet Saga" als Schlüsselmoment der universellen Jurisdiktion und großer Erfolg des Völkerstrafrechts insgesamt angesehen. Zu verdanken ist dieser Erfolg in erster Linie der geduldigen und hartnäckigen Arbeit verschiedener Menschenrechtsorganisationen, ihrer transnationalen Vernetzung und der kreativen Nutzung des Rechts. Zusammen mit der überwältigenden Zustimmung der Staatenvertreter zum Römischen Statut im selben Jahr hat sie Ende der 1990er Jahre zu einer regelrechten Völkerstrafrechtseuphorie geführt.

Eine Lehre aus den Ereignissen rund um *Pinochets* Verhaftung ist, dass es bei solchen drittstaatlichen Verfahren nicht unbedingt darauf ankommt, die Täter völkerrechtlicher Verbrechen auch tatsächlich vor Gericht zu stellen. Vielmehr geht es (zumindest auch) darum, durch die bloße Aufnahme von Ermittlungen eine – erneute oder erstmalige – Aufarbeitungsaktivität in den von den Verbrechen unmittelbar betroffenen Staaten auszulösen. Die strafrechtlichen Ermittlungen im Drittstaat tragen dazu bei, dass die Straflosigkeit der Verbrechen im Tatortstaat gesamtgesellschaftlich diskutiert wird, sich Politik und Justiz erneut mit den Verbrechen befassen und letztendlich eigene strafrechtliche Ermittlungen aufgenommen werden (zum argentinischen Beispiel Kaleck 2010). Im Schrifttum wird dieses Phänomen – vor dem

Hintergrund der skizzierten Ereignisse – unter dem Stichwort „Pinochet Effekt" diskutiert (Roht-Arriaza 2005; Lutz/Sikking 2001).

2.4 | Zwischenbilanz

Mit dem Völkerstrafrecht existiert nunmehr ein Instrumentarium, mit dem das Verhalten einzelner Individuen weltweit anhand präziser juristischer Standards gemessen werden kann. Menschenrechtsorganisationen können dieses Instrument sowohl auf internationaler als auch nationaler Ebene nutzen, um verübte Völkerrechtsverbrechen als solche zu benennen und darauf hinzuwirken, dass ihre Täter strafrechtlich belangt werden.

Angesichts der erheblichen Beeinträchtigung staatlicher Souveränität durch das Völkerstrafrecht, das die Strafverfolgung der Verantwortlichen für Völkerstraftaten unabhängig von deren Amt oder staatlicher Funktion oder dem Ort der Verbrechensbegehung ermöglicht, ist die Entwicklung eines solchen Völkerstrafjustizsystems, in dessen Zentrum der IStGH mit seinen mittlerweile 123 Mitgliedstaaten steht, ein großer Erfolg. Und wenngleich wichtige Staaten – unter anderem die USA, Russland, China, Israel und die Türkei – dem IStGH bis heute ferngeblieben sind, wird die Institution Internationaler Strafgerichtshof ernst genommen und spielt in den internationalen Beziehungen eine wichtige Rolle (Bosco 2014).

Über zehn Jahre, nachdem die lange Zeit utopische Idee eines ständigen internationalen Strafgerichts Realität geworden ist, ist das Völkerstrafrecht jedoch mächtig unter Druck geraten. Die Völkerstrafrechtseuphorie scheint weitestgehend verflogen und hat einer gewissen Ernüchterung Platz gemacht.

3 | Völkerstrafrechtspraxis

Ein Grund für diese mittlerweile eher gedämpfte Stimmung liegt in der kargen, asymmetrisch-selektiven völkerstrafrechtlichen Praxis.

3.1 | Praxis des IStGH

Der IStGH hat in den 13 Jahren seit seiner Errichtung erst drei Urteile gefällt.4 Angesicht dieser eher schwachen Bilanz wächst die Un-



geduld nicht nur der Vertragsstaaten, die in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr bereit zu sein scheinen, das Budget des Gerichtshofs immer weiter zu erhöhen. Schwerer wiegt jedoch der Vorwurf, der Gerichtshof würde allein afrikanische Staatsangehörige ins Visier nehmen. Tatsächlich betreffen alle Ermittlungsverfahren, die gegenwärtig vor dem IStGH anhängig sind, Konflikte, die sich auf dem afrikanischen Kontinent zugetragen haben (Uganda, Demokratische Republik Kongo, Zentralafrikanische Republik I und II, Sudan (Darfur), Kenia, Libyen, Elfenbeinküste und Mali). Vor diesem Hintergrund haben sich die Beziehungen zwischen dem Gerichtshof und der Afrikanischen Union (AU) in den vergangenen Jahren drastisch verschlechtert (Werle/Vormbaum 2015). Die AU bezeichnete den IStGH als „neokoloniales Instrument" und erhob den Vorwurf rassistischer, anti-afrikanischer und pro-westlicher Selektivität. Sie rief die afrikanischen Staaten zum Boykott des Gerichtshofs auf und drohte mit einer geschlossenen „Ent-Ratifizierung" des Römischen Statuts. Mittlerweile gibt es konkrete Pläne zur Errichtung eines eigenen „Afrikanischen Strafgerichtshofs" zur Verfolgung und Aburteilung auf dem afrikanischen Kontinent begangener völkerrechtlicher und anderer internationaler Verbrechen.

3.2 | Völkerstrafrechtliche Staatenpraxis

Auch auf staatlicher Ebene sieht es mit der völkerstrafrechtlichen Praxis gegenwärtig nicht viel besser aus. In Deutschland wurde das im Jahr 2002 unter großem Applaus aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in Kraft getretene Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) bisher kaum angewandt (zur Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerstrafrecht: Steinke 2012). Dabei wurde der Geltungs- und Anwendungsbereich des Gesetzes unter Hinweis auf die historische Verantwortung Deutschlands ausdrücklich universell definiert: Jedes Völkerrechtsverbrechen unterfällt der deutschen Strafgewalt, unabhängig davon, wo, von wem oder gegen wen es begangen wurde. Ein Bezug zu Deutschland ist explizit nicht erforderlich. Mit dieser Norm, so der Gesetzgeber, werde das Ziel verfolgt, dass sich Deutschland proaktiv an der Beendigung der Straflosigkeit von weltweit begangenen Völkerrechtsverbrechen beteiligt. Gleichzeitig wurde dem für die Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen in Deutschland zuständigen Generalbundesanwalt in Fällen, in denen kein Bezug zu Deutschland besteht, hinsichtlich der Entscheidung, ob völkerstrafrechtliche Ermittlungen aufgenommen werden, ein sehr weiter Ermessensspielraum eingeräumt.

Dennoch wurde bis heute erst ein einziges Hauptverfahren eröffnet, das Taten nach dem VStGB zum Gegenstand hat. Das vor dem OLG Stuttgart geführte Verfahren, welches kurz vor dem Abschluss steht, richtet sich gegen zwei ruandische Milizenführer, die von Deutschland aus Verbrechen in der Demokratischen Republik Kongo gesteuert haben sollen. Im Übrigen hat das Gesetz in erster Linie dann Aufmerksamkeit erregt, wenn es von Seiten der Zivilgesellschaft zu zum Teil äußerst umfangreichen Strafanzeigen kam und eine Strafverfolgung von der Bundesanwaltschaft gleichwohl abgelehnt worden ist. Die wohl bekanntesten Beispiele, die auch in der medialen Öffentlichkeit intensiv diskutiert wurden, beinhalten die Nichtverfolgung der in den amerikanischen Militärgefängnissen von Abu Ghraib und Guantánamo begangenen Straftaten (Jeßberger 2007). Ein weiteres Beispiel ist die Nichteinleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den damaligen usbekischen Innenminister *Zakir Almatov* wegen des „Massakers von Andijan", bei dem im Mai 2005 mehrere hundert Demonstranten erschossen wurden (Zappalà 2006). Auch die Einstellung der Ermittlungen im Zusammenhang mit einem von einem deutschen Offizier angeforderten Luftangriff im afghanischen Kundus, der viele Zivilisten getötet hatte, kann in diesem Zusammenhang genannt werden (Kaleck/Schüller/Steiger 2010).

In anderen Staaten sieht es nicht besser aus. Anders als Deutschland hatten viele Staaten das Universalitätsprinzip von Anfang an in einer

nur eingeschränkten, defensiven Ausprägung in ihre Strafrechtsordnungen aufgenommen und die Aufnahme völkerstrafrechtlicher Ermittlungen beispielsweise von der Inlandspräsenz des Tatverdächtigen oder einem langjährigen Wohnsitz der Opfer im Inland abhängig gemacht. Andere Staaten haben ihre ursprünglich umfassende universelle Jurisdiktion und die dazugehörigen verfahrensrechtlichen Regelungen erheblich eingeschränkt, nachdem es wegen der Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen zu diplomatischen Spannungen gekommen war.

Paradebeispiele in diesem Zusammenhang sind Belgien und Spanien (zu Belgien: Vandermeersch 2005; zu Spanien: Fernández 2014). Beide Staaten hatten sich lange Jahre durch einen aktiven und progressiven Gebrauch der universellen Jurisdiktion ausgezeichnet: Auf Anzeigen insbesondere von NGOs wurden Ermittlungsverfahren unter anderem gegen hochrangige Politiker und Militärs aus Israel, China, den USA, aber auch aus afrikanischen Staaten eingeleitet. In der Folge sahen sich beide Staaten erheblichem außen- und wirtschaftspolitischen Druck ausgesetzt und haben das Universalitätsprinzip im Zuge legislativer Reformen – in Belgien im Jahr 2003, in Spanien 2009 und 2014 – drastisch eingeschränkt bzw. de facto abgeschafft.

3.3 | Durchsetzungsasymmetrie

Der kursorische Blick auf die Völkerstrafrechtspraxis macht das gegenwärtig größte Problem des Völkerstrafrechts deutlich: Die Gefahr selektiv-asymmetrischer Anwendung. Diese Durchsetzungsasymmetrie wirkt sich zu Lasten von Staatsangehörigen politisch und wirtschaftlich schwacher Staaten aus, die nicht in der Lage sind, auf den IStGH oder Drittstaaten ausreichend Druck aufzubauen (Keller 2006; Kaleck 2012).[5] Belegt wird dieser Befund durch eine Studie des amerikanischen Rechtswissenschaftlers Máximo Langer: Von 1051 Anzeigen, die auf Grundlage des Universalitätsprinzips gestellt wurden, mündeten nur 32 in eine Hauptverhandlung – und sämtliche dieser Hauptverhandlungen richteten sich gegen Angehörige politisch schwacher Staaten (Langer 2011). Das Völkerstrafrecht gerät so in die Gefahr, zu einem Instrument der alleinigen Strafverfolgung von „low cost defendants" zu werden, das heißt von denjenigen Tatverdächtigen, deren Strafverfolgung „billig" ist, da sie geringe politische Folgekosten nach sich zieht.

3.4 | Ansätze gegenläufiger Tendenzen

Allerdings lassen sich mittlerweile gegenläufige Tendenzen identifizieren, die das gezeichnete Bild ein wenig aufhellen. Hervorzuheben ist zum einen die Entscheidung der Anklägerin des IStGH, Fatou Bensouda, der Anzeige zweier NGOs nachzugehen und Vorermittlungen in Bezug auf im Irak mutmaßlich von britischen Armeeangehörigen begangene Völkerrechtsverbrechen wieder aufzunehmen. Darüber hinaus führt die Anklagebehörde – zum Teil allerdings auch schon seit Jahren – Vorermittlungen in einer Reihe nicht-afrikanischer Staaten (u.a. Honduras, Ukraine, Irak, Palästina, Afghanistan, Kolumbien).

Auch die Vorwürfe, der IStGH sei ein „Gericht gegen Afrika", müssen differenzierter betrachtet werden. Es ist unstrittig, dass in den genannten afrikanischen Staaten schwerste Völkerrechtsverbrechen begangen worden sind und teilweise immer noch begangen werden, deren Dimension jene Verbrechen übersteigt, die europäischen Staaten oder den USA vorgeworfen werden. Auch wurden bis auf das Verfahren in der „Situation Kenia" alle Verfahren von den betroffenen afrikanischen Staaten selbst bzw. vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an den Gerichtshof überwiesen.[6] Schließlich ist zu bedenken, dass die Ermittlungs- und Strafverfolgungstätigkeit des IStGH zum Schutz der von den Verbrechen betroffenen Zivilbevölkerung stattfindet und in weiten Teilen auch von lokalen NGOs befürwortet und unterstützt wird. Vor diesem Hintergrund scheint es so, dass der Vorwurf anti-afrikanischer Doppelstandards im Völkerstrafrecht häufig von jenen erhoben wird,

die befürchten, sich eines Tages selbst für ihre Beteiligung an Völkerstraftaten vor Gericht verantworten zu müssen.[7]

Was die nationale Völkerstrafrechtspraxis angeht, ist festzustellen, dass in Staaten, die sich bisher nicht durch die Ausübung der universellen Jurisdiktion ausgezeichnet haben, in jüngerer Zeit Verfahren auf Grundlage des Weltrechtsprinzips eingeleitet wurden. So erließ beispielsweise eine argentinische Richterin Haftbefehle gegen spanische Staatsangehörige, die während der Diktatur Francisco Francos an schweren Menschenrechtsverletzungen beteiligt gewesen sein sollen. Und in Südafrika verpflichtete das Verfassungsgericht die zuständigen Behörden, Foltervorwürfen im Nachbarland Zimbabwe nachzugehen.

Hervorzuheben ist schließlich auch das Verfahren gegen den ehemaligen Diktator des Tschad, Hissène Habré, den „Pinochet Afrikas". Nach hartnäckigen, intensiven und langjährigen Bemühungen internationaler und lokaler NGOs und Opfergruppierungen steht Habré gegenwärtig wegen Vorwürfen der Folter, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Senegal vor Gericht (Brody 2015). Das hierfür extra errichtete Sondertribunal der AU, die „Außerordentlichen Afrikanischen Kammern" (*Chambres Africaines Extraordinaires*), könnte sich als wegweisend erweisen, um auch in Zukunft afrikanische Völkerrechtsverbrechen auf dem eigenen Kontinent abzuurteilen (Jeßberger 2014). Das Verfahren demonstriert zudem erneut, welche zentrale Rolle Akteure der zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsbewegung bei der Überwindung jahrzehntelanger Straflosigkeit spielen können und wie wichtig vielen Betroffenen eine juristische Aufarbeitung des erfahrenen Unrechts ist.

4 | Ausblick

Das Fazit zum gegenwärtigen Stand des Völkerstrafrechts fällt ambivalent aus. Theorie und Praxis, Anspruch und Wirklichkeit klaffen derzeit weit auseinander. Die Völkerstrafrechtspraxis kann die gegebenen Machtverhältnisse (noch) nicht überwinden. Gleichwohl wurde mit dem Völkerstrafrecht ein neues Instrumentarium geschaffen, mit dem NGOs auf Massenverbrechen aufmerksam machen und sie anhand präziser juristischer Maßstäbe als Völkerrechtsverbrechen benennen können. Auch die Straflosigkeit gerade der hauptverantwortlichen Tatverdächtigen kann durch völkerstrafrechtliche Anzeigen skandalisiert werden; die Reisetätigkeit einiger hochrangiger Politiker und Militärs ist deswegen bereits erheblich eingeschränkt.

Nichtsdestotrotz stellt der Eindruck, das Völkerstrafrecht werde selektiv-asymmetrisch ausschließlich gegen Angehörige schwacher und isolierter Staaten durchgesetzt, die gegenwärtig größte Herausforderung des Völkerstrafjustizsystems dar. Es bleibt zu hoffen, dass insbesondere der IStGH seine Position – gerade auch vis-à-vis denjenigen Staaten, die ihm bisher skeptisch bis feindlich gegenüberstanden – bald ausreichend gestärkt hat, um in Zukunft auch gegen „high cost defendants" vorgehen zu können. Wie auch in der Vergangenheit wird die Zivilgesellschaft auch für diese Weiterentwicklung des Völkerstrafrechts eine zentrale Rolle spielen.

Dr. Julia Geneuss, LL.M. (NYU), ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Habilitandin am Institut für Kriminalwissenschaften der Universität Hamburg. julia.geneuss@uni-hamburg.de.

Anmerkungen

[1] *David Luban* vergleicht die Entwicklung des Völkerstrafrechts daher mit "the early secularists' deflationary view of state authority as manifestation of human rather than divine will".

[2] Auch die Entstehung des völkerrechtlichen Menschenrechtsregimes ist Teil dieser Entwicklung. Allerdings bleibt Adressat der völkerrechtlichen Menschenrechtsnormen weiterhin der Staat, der verpflichtet wird, die grundlegenden Rechte der Menschen unter seiner Hoheitsgewalt zu wahren und zu schützen. Das Völkerstrafrecht geht noch einen Schritt weiter: Adressaten der

völkerstrafrechtlichen Normen sind nicht die Staaten, vielmehr richten sich die völkerrechtlichen Straftatbestände unmittelbar an den Einzelnen. Ein staatlicher Vermittlungsakt ist gerade nicht erforderlich. Anders als bei den menschenrechtlichen Regelungen wird die Staatenebene im Völkerstrafrecht übersprungen.

[3] Pinochet hatte am 11. September 1973 den demokratisch gewählten, sozialistischen Präsidenten Salvador Allende aus dem Amt geputscht und regierte bis 1990 das Land. Während dieser Zeit kam es in Chile zu systematischen Menschenrechtsverletzungen. Tausende politische Gegner wurden ermordet, zehntausende gefoltert. Der Verbleib von tausenden „Desaparecidos", den „Verschwundenen" der Diktatur, ist bis heute ungeklärt (Nationale Kommission zu politischer Haft und Folter 2008).

[4] Im März 2012 wurde der kongolesische Milizenführer Thomas Lubanga Dyilo wegen des Kriegsverbrechens der Rekrutierung und Verwendung von Kindersoldaten zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren verurteilt. Zwei Jahre später wurde Germain Katanga, ebenfalls kongolesischer Milizenführer, wegen Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu 12 Jahren Haft verurteilt. Der zunächst mitangeklagte Mathieu Ngudjolo Chui wurde hingegen aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

[5] Nach Kaleck ist das Völkerstrafrecht sowohl „horizontal" als auch „vertikal" selektiv: Zum einen seien Staatsangehörige bestimmter Staaten de facto immun, zum anderen würden in der Regel nur niederrangige Befehlsempfänger vor Gericht gestellt (Kaleck 2012). Bis auf vereinzelte Ausnahmen stehen auch wirtschaftliche Akteure außerhalb des Fokus völkerstrafrechtlicher Strafverfolger. Dabei lässt sich die Verstrickung insbesondere transnational agierender Unternehmen in die Begehung von Völkerrechtsverbrechen kaum leugnen. Dieser Aspekt kann an dieser Stelle jedoch nicht weiter vertieft werden.

[6] Das Ermittlungsverfahren in der „Situation Elfenbeinküste" wurde technisch gesehen auf Initiative der Anklagebehörde eingeleitet. Allerdings hat die Regierung der Elfenbeinküste, zu dieser Zeit noch kein Vertragsstaat des Römischen Statuts, zuvor die Gerichtsbarkeit des IStGH ausdrücklich anerkannt, was einer Selbst-Überweisung zumindest sehr nahe kommt.

[7] Gegen die Behauptung, der IStGH sei ein „Gericht gegen Afrika" spricht zudem, dass afrikanische Staaten intensiv an der Errichtung des IStGH beteiligt waren; der erste Staat, der das Römische Statut ratifizierte, war Senegal. Heute sind 34 der 123 Vertragsstaaten aus Afrika, vier der 18 IStGH-Richter sind Staatsangehörige afrikanischer Staaten und die Anklagebehörde wird von Fatou Bensouda aus Gambia geleitet.

Literatur

Bosco, David 2014: Rough Justice. The international Criminal Court in a World of Power Politics. Oxford, New York: OUP.

Brody, Reed 2015: Bringing a Dictator to Justice. The Case of Hissène Habré. In: Journal of International Criminal Justice, Jg. 13, Heft 2, 209-217.

Fernández, Rosa Ana Alija 2014: The 2014 Reform of Universal Jurisdiction in Spain. From All to Nothing. In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, Jg. 9, Heft 13, 717-727.

Günther, Klaus/Reuss, Vasco 2014: Legitimation des Völkerstrafrechts in Deutschland – Völkerstrafrecht als Bürgerstrafrecht. In Safferling, Christoph/Kirsch, Stefan (Hg.): Völkerstrafrechtspolitik. Berlin, Heidelberg: Springer, 127-163.

Jeßberger, Florian 2007: Universality, Complementarity, and the Duty to Prosecute Crimes Under International Law in Germany. In: Kaleck, Wolfgang/Ratner, Michael/Singelnstein, Tobias/Weiss, Peter (Hg.): International Prosecution of Human Rights Crimes. Berlin, Heidelberg: Springer, 213-222.

Jeßberger, Florian 2014: „On Behalf of Africa": Towards the Regionalization of Universal Jurisdiction? In: Werle, Gerhard/Fernandez, Lovell/Vormbaum, Moritz (Hg.), Africa and the

International Criminal Court. Den Haag: Asser Press/Springer, 155-175.

Kaleck, Wolfgang 2010: Kampf gegen Straflosigkeit – Argentiniens Militärs vor Gericht. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.

Kaleck, Wolfgang 2012: Mit zweierlei Maß. Der Westen und das Völkerstrafrecht. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.

Kaleck, Wolfgang/Schüller, Andreas/Steiger, Dominik 2010: Tarnen und Täuschen. Die deutschen Strafverfolgungsbehörden und der Fall des Luftangriffs bei Kundus. In: Kritische Justiz, Jg. 43, Heft 3, 270-286.

Keller, Rainer 2006: Grenzen, Unabhängigkeit und Subsidiarität der Weltrechtspflege. In: Goltdammer's Archiv für Strafrecht, Jg. 153, Heft 1, 25-37.

Langer, Máximo 2011: The Diplomacy of Universal Jurisdiction: The Political Branches and the Transnational Prosecution of International Crimes. In: American Journal of International Law, Jg. 105, Heft 1, 1-49.

Luban, David 2010: Fairness to Rightness: Jurisdiction, Legality, and the Legitimacy of International Criminal Law. In: Besson, Samantha/Tasioulas, John (Hg.): The Philosophy of International Law. Oxford, New York: OUP, 569-588.

Lutz, Ellen/Sikkink, Kathryn 2001: The Justice Cascade: The Evolution and Impact of Foreign Human Rights Trials in Latin America. In: Chicago Journal of International Law, Jg. 2, Heft 1, 1-35.

Nationale Kommission zu politischer Haft und Folter 2008: „Es gibt kein Morgen ohne Gestern". Vergangenheitsbewältigung in Chile. Hamburg: Hamburger Edition.

Roht-Arriaza, Naomi 2005: The Pinochet Effect. Transnational Justice in the Age of Human Rights. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

Schabas, William A. 2013: Kein Frieden ohne Gerechtigkeit? Die Rolle der Internationalen Strafjustiz. Hamburg: Hamburger Edition.

Steinke, Ronen 2012: The Politics of International Criminal Law. German Perspectives from Nuremberg to The Hague. Oxford: Hart.

Vandermeersch, Damien 2005: Prosecuting International Crimes in Belgium. In: Journal of International Criminal Justice, Jg. 3, Heft 2, 400-421.

Werle, Gerhard/Jeßberger, Florian 2014: Principles of International Criminal Law. 3. Aufl., Oxford: OUP.

Werle, Gerhard/Vormbaum, Moritz 2015: Afrika und der Internationale Strafgerichtshof. In: Juristenzeitung, Jg. 70, Heft 12, 581-588.

Zappalà, Salvatore 2006: The German Federal Prosecutor's Decision not to Prosecute a Former Uzbek Minister. Missed Opportunity or Prosecutorial Wisdom? In: Journal of International Criminal Justice, Jg. 4, Heft 3, 602-622.

Eine kritische Bestandsaufnahme des Kampfes gegen die Straflosigkeit für sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten

Anna v. Gall

1 | Einleitung

Seit Beginn des kolumbianischen Bürgerkrieges sind Frauen massiv von sexualisierter Gewalt[1] betroffen. Trotzdem hat im Frühjahr 2015 die Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen (VN) für sexuelle Gewalt in Konflikten, Zaina Hawa Bangura, wieder einmal beklagen müssen, dass in Kolumbien eine Kultur des Schweigens, der Verdrängung und Straflosig-

keit herrsche. Dass heute sexualisierte Gewalt in Kolumbien etwas sichtbarer ist, ist allein der Arbeit der Zivilgesellschaft zu verdanken[2]. Diese Situation ist symptomatisch für den weltweiten Umgang mit sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten.

Dabei wurde schon 1995 bei der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking die Straflosigkeit geschlechtsspezifischer Menschenrechtsverletzungen kritisiert und erkannt, dass ein Verständnis der spezifischen Auswirkungen von Konfliktsituationen auf Frauen fehlt[3]. Im Jahr 2000 wurde schließlich mit der Resolution des Sicherheitsrates 1325 erstmalig ein völkerrechtliches Instrument geschaffen, das den Zusammenhang zwischen Frauen, Frieden und Sicherheit formuliert[4]. Dennoch bleiben die Zahlen und Dunkelziffern sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten nach wie vor hoch. Es gibt keine wirkliche Lösungsstrategien und es werden zweifelhafte Erklärungen für diese massenhaften Gewalttaten angeführt. So wurde z.B. noch im Jahr 2015 Mitarbeitern der VN, die eigentlich zur Sicherung des Friedens beitragen sollten, sexueller Missbrauch vorgeworfen und ein kanadischer Offizier erklärte, sexueller Missbrauch im kanadischen Militär habe biologische Gründe[5]. Warum wird 20 Jahren nach Peking und 15 Jahren nach der Verabschiedung der Resolution 1325 sexualisierte Gewalt noch immer verschwiegen und bleibt straflos? Gibt es Wege dafür, dass Überlebende solcher Gewalt offener über das Geschehene sprechen können?

Menschenrechtsbewegungen fordern oft auf politischer Ebene die Einhaltung und universelle Anerkennung von Menschenrechten sowie die Sichtbarmachung von Menschenrechtsverletzungen. Doch dies muss nicht der einzige Weg sein. Ergänzend dazu könnte auch eine rechtliche Aufarbeitung dazu beitragen, dass sexualisierte Gewalt als eine Form der Menschenrechtsverletzung anerkannt und das von den Betroffenen erfahrene Unrecht aufgearbeitet wird. Dabei können rechtliche Mechanismen durch ihre spezifische Eigenlogik Potentiale sozialen und politischen Wandels freisetzen, die anders nicht zugänglich wären. Fraglich ist allerdings, ob juristische Verfahren dies trotz der aktuell bestehenden hohen Straflosigkeit tatsächlich gewährleisten und eine Form der Gerechtigkeit für die Überlebenden sexualisierter Gewalt darstellen können.

Dieser Beitrag stellt unterschiedliche Hürden bei der Strafverfolgung sexualisierter Gewalt dar und arbeitet Gründe, aber auch Lösungsansätze zur Überwindung dieser Hürden heraus. Das soll in drei Schritten geschehen: Zunächst werden drei paradigmatische Fälle sexualisierter Gewalt vorgestellt (2). Anschließend wird kurz die unerlässliche Rolle der Zusammenarbeit mit regionalen Zivilgesellschaften erläutert und skizziert. Es folgt eine Betrachtung der Grenzen, an die Jurist_innen bei der rechtlichen Aufarbeitung dieser Fälle stoßen (3), bevor in einem abschließenden Fazit auf effektivere Möglichkeiten der juristischen Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und auf die mögliche Rolle einer transnationalen Zivilgesellschaft in diesem Kontext hingewiesen wird (4).

2 | Straflosigkeit von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren

Obwohl Menschenrechtsbewegungen vielerorts ihre Ziele mit der Geltendmachung von Rechtsansprüchen verknüpfen, laufen juristische Verfahren bei sexualisierter Gewalt oft ins Leere und werden von Frauenrechtsbewegungen oft nicht als sinnvolles Instrument gesehen (Gall 2014). Zum einen erscheint es schwierig, mit juristischen Verfahren einen politischen und gesellschaftlichen Diskurs über verdeckte mehrdimensionale Diskriminierung anzustoßen. Das Recht konzentriert sich nämlich in der Regel auf das dominierende männliche Subjekt und mehrdimensionale Diskriminierungsstrukturen wie Geschlecht, Herkunft und Behinderung werden kaum sichtbar. Juristische Verfahren können mit dieser Ausgangssituation vor allem patriarchalisch-heterosexuelle Lebensweisen stabilisieren und rekonstruieren (Gall 2014). Zum anderen schreckt die angesprochene hohe

Straflosigkeit davor ab, solche Fälle vor die Justiz zu bringen. Doch juristische Verfahren können auch einer breiten Öffentlichkeit aufzeigen, dass die Rechte von Frauen nicht nur politische Ziele sind, sondern auch rechtlich durchgesetzt werden können (Gall 2014).

In diesem Beitrag werden drei Fallkonstellationen vorgestellt, zu denen die Autorin im Rahmen ihrer Tätigkeit für das European Center für Constitutional and Human Rights (ECCHR) gearbeitet hat. Dabei zeigt der folgende Abschnitt vor allem, wie unterschiedlich die Formen sexualisierter Gewalt sein können.

2.1 | Kolumbien – Eine patriarchale Gesellschaft im Konflikt

In Kolumbien sind Frauen besonders häufig von sexualisierter Gewalt betroffen. Dies hängt nur zum Teil mit dem seit den 1950er Jahren andauernden bewaffneten Konflikt zusammen. Sexualisierte Gewalt ist als Ausdruck einer patriarchalen Gesellschaft schon lange Teil des Alltags vieler Frauen. Im Rahmen des Konfliktes spitzte sich die allgemein verbreitete sexualisierte Gewalt lediglich zu. Dies wird auch aus den Zahlen deutlich: Im Jahr 2014 wurde alle 33 Minuten eine Frau vergewaltigt, im Rahmen des bewaffneten Konflikts kam es im Schnitt alle anderthalb Tage zu einer Vergewaltigung. Bei über 50 Prozent der konfliktbezogenen sexualisierten Gewalt zwischen 2004 und 2012 wurden staatliche Akteure als Täter identifiziert (ECCHR 2015, S. 3). Seit 2001 hat eine Arbeitsgruppe zum Thema Frauen und Konflikt (*Mesa de Trabajo Mujer y Conflicto Armado*) elf Berichte über Menschenrechtsverletzungen an Frauen und Mädchen veröffentlicht.

2.2 | Sri Lanka – Sexualisierte Gewalt im Kampf gegen den Terrorismus

Von 1983 bis 2009 herrschte in Sri Lanka ein Bürgerkrieg, der bis heute massive Auswirkungen auf die Bevölkerung hat. Im Rahmen des Kampfes gegen die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) intensivierte die sri-lankische Armee zwischen Oktober 2008 und Mai 2009 ihre Aktionen, um die LTTE endgültig zu besiegen. Allein in dieser Zeit starben nach Angaben der VN mindestens 40.000 Menschen. Die Angriffe trieben die Bevölkerung im Norden und Osten des Landes geradewegs in Richtung der Stellungen der sri-lankischen Armee. Diese internierte vermeintliche LTTE-Kämpfer und -Anhänger in Lagern, wo diese verhört und gefoltert wurden. Wenn überhaupt, hatten nur ausgewählte internationale Beobachter Zugang zu diesen Lagern. Viele Tamilen sind seitdem verschwunden. Bis heute fehlt eine nationale (und rechtliche) Aufarbeitung dieser Verbrechen. Und selbst, wo es Anstrengungen um rechtliche Aufarbeitung gibt, lassen diese das Problem der sexualisierten Gewalt außen vor. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Männer gab es angeblich nicht.

Seit dem offiziellen Ende des Bürgerkrieges hat die sri-lankische Regierung ihre Militärpräsenz in den tamilischen Gebieten erhöht. Es wurden diverse Checkpoints eingerichtet und im Rahmen des Anti-Terrorismus-Gesetze (*Prevention-Terrorism-Act – PTA*) Durchsuchungen und Leibesvisitationen durchgeführt. Gleichzeitig stiegen die Übergriffe auf Frauen allgemein und insbesondere auf allein stehende, tamilische Frauen. Lokale Frauenrechtsorganisationen wurden aufmerksam, als betroffene Frauen seelischen Beistand oder Unterstützung bei Schwangerschaftsabbrüchen brauchten. Eine rechtliche Aufarbeitung schien unmöglich – zum einen, da das *PTA* für die Angehörigen des Militärs eine weitreichende Immunität vorsieht, und zum anderen, weil aus Furcht vor möglicher Stigmatisierung und weiteren Übergriffen kaum eine der betroffenen Frauen aussagen wollte (ECCHR 2012; Saroor/Gall 2014: 98-102; United Nations High Commissioner for Human Rights 2013: 11; United Nations High Commissioner for Human Rights 2014: 5). Es fehlte an effektiven Schutzmechanismen für die aussagenden Frauen. Obwohl die Frauenrechtsbewegungen diese Forderungen immer wieder geltend machen, verändert sich nur langsam etwas im Land. Auch Deutschland und

die EU sollten die Stimmen der Frauen aus Sri Lanka hören und in diesem Zusammenhang Druck auf die sri-lankische Regierung ausüben (Saroor/Gall 2014: 103).

2.3 | Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen durch Unternehmen sichtbar machen

Menschenrechtsverletzungen an Frauen werden nicht nur durch staatliche Akteure begangen. Vereinzelt wird von sexualisierter Gewalt im Kontext von Projekten und Geschäften transnationaler Unternehmen im globalen Norden berichtet. Doch vor allem Aktivitäten im Bereich des Rohstoffabbaus in Afrika, Asien oder Lateinamerika führen oft zu sozialen Konflikten, in die lokale staatliche oder private Sicherheitskräfte mit extremer, auch sexualisierter Gewalt eingreifen. Solche Einsätze werden nicht selten von den Unternehmen unterstützt oder sogar unmittelbar eingefordert.

Exemplarisch hierfür steht der Danzer-Fall[6]. Am 2. Mai 2011 rückten lokale Sicherheitskräfte in das Dorf Bongulu (Provinz Équateur) in der Demokratischen Republik Kongo ein. Dabei sollen ca. 60 Soldaten und Polizisten regelrecht über das Dorf her gefallen sein und zahlreiche Dorfbewohner misshandelt und mehrere Frauen und Mädchen vergewaltigt haben. Die Sicherheitskräfte nutzten Fahrzeuge und Fahrer des Holzunternehmens Siforco S.A.R.L. Dieses war zu dem Zeitpunkt ein Tochterunternehmen des Deutsch-Schweizerischen Konzerns „Danzer Group". Darüber hinaus bezahlte der örtliche Manager der Danzer-Tochter die Soldaten und Polizisten nach dem Überfall. Hintergrund war ein Konflikt zwischen den Dorfbewohnern und Siforco über Investitionen in Sozial- und Infrastrukturprojekte.

Das Management von Danzer hätte allerdings wissen können und müssen, dass es in der Provinz Équateur bei Polizeieinsätzen regelmäßig zu Gewalt gegen Zivilist_innen kommt, denn gewaltsame Übergriffe und sexualisierte Gewalt durch Polizei- und Militärkräfte sind dort keinesfalls unerwartete oder vereinzelte Exzesstaten. Darüber hinaus ist allgemein bekannt, dass die örtlichen Sicherheitskräfte mangels staatlicher Bezahlung auch auf bezahlte „Aufträge" privater Auftraggeber angewiesen sind.

2.4 | Zwischenfazit

Wie diese Fallkonstellationen deutlich machen, wäre eine adäquate Analyse der Situation vor allem in Sri Lanka und Kolumbien ohne die Zusammenarbeit mit den Frauenrechtsbewegungen vor Ort nicht möglich gewesen. In allen Konstellationen ist sexualisierte Gewalt weit verbreitet, nimmt dabei allerdings vielfältige Formen an. Die Gewalt kann ein konkretes einzelnes Ereignis sein, aber auch im Kontext von Machtmissbrauch oder sogar strategisch und kontinuierlich eingesetzt werden. Allen drei Konstellationen ist gemein, dass sexualisierte Gewalt zu wenig in die Gesamtbetrachtung eines Konfliktes einbezogen wird und die betroffenen Gruppen zu wenig einbezogen werden. Anhaltspunkten wird nicht nachgegangen, Menschenrechtsverletzungen an Frauen werden nicht dokumentiert, es fehlt an (Schutz)Maßnahmen für Zeug_innen oder sie werden nicht angewandt, mögliche Beweise gehen verloren. Die Sachverhalte bleiben damit unklar und eine (rechtliche) Aufarbeitung der geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen wird unmöglich. Es mangelt somit zu oft an einer hinreichenden Dokumentation der Fälle. Damit die genaue Struktur sexualisierter Gewalt im Rahmen eines Konflikts sichtbar wird, muss aber, etwa über geeignete Zeug_innenschutzprogramme, gewährleistet werden, dass allen Betroffenen die Möglichkeit gegeben wird, über das Geschehene zu sprechen. Bevor die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können, muss dafür Sorge getragen werden, dass die Stimmen aller Betroffenen gehört werden. Die Nutzung des Rechts kann nur dann Teil des Aufarbeitungsprozesses werden, wenn alle betroffenen Gruppen in den Prozess miteinbezogen werden und sich

mit den rechtlichen Verfahren identifizieren können.

3 | Grenzen und Potentiale des (Internationalen) Rechts?

Wie diese drei Fälle zeigen, können nationale juristische Verfahren nicht immer eine umfassende Aufarbeitung unter Einbeziehung aller betroffenen Gruppen gewährleisten. In den drei ausgewählten Fallbeispielen wurde nach Alternativen im internationalen Recht gesucht.

3.1 | Kolumbien – Potentiale des Völkerstrafrechts

Der Fall von Kolumbien ist aus mehreren Gründen interessant. Zum einen hat kaum ein anderes nationales Verfassungsgericht[7] hinsichtlich der (rechtlichen) Aufarbeitung konfliktbezogener sexualisierter Gewalt gegen Frauen eine solch deutliche Forderung an die eigenen Strafverfolgungsbehörden formuliert wie das kolumbianische. Dieses stellte 2008 fest, dass sich sowohl der Konflikt als auch die damit einhergehende Zwangsvertreibung unverhältnismäßig stark auf Frauen auswirken. Es übergab der Staatsanwaltschaft 183 Fälle, um zu überprüfen, ob diese angemessen ermittelt werden (*due dilligence – gebotene Sorgfaltspflicht*) und zu garantieren, dass die Täter nicht unbegründet straflos bleiben[8]. Eine Vielzahl von (rechtlichen) Maßnahmen soll vermeiden, dass Angehörige der Strafverfolgungsbehörden betroffene Frauen in Befragungen diskriminieren und bei den Ermittlungen bestimmte Geschlechtsstereotypen zu Grunde legen.

Einige Regelungen zielen darauf ab, Frauen auch während der Ermittlungen vor weiteren Übergriffen zu schützen. Bisher werden diese Maßnahmen jedoch kaum angewandt (ECCHR 2015). Über zehn Frauenrechtsorganisationen[9] beobachten gemeinsam seit 2008, wie die Strafverfolgungsbehörden arbeiten, und berichten regelmäßig darüber. Bisher existieren weder klare Informationen über die Verurteilungen der Täter, noch gibt es eine aussagekräftige Übersicht über die Fälle und die getroffenen Maßnahmen. Es ist dieser Arbeitsgruppe und vor allem der Nichtregierungsorganisation Sisma Mujer[10] zu verdanken, dass heute konkret belegt werden kann, dass die getroffenen Maßnahmen die Situation nicht verbessern und Straftaten gegen Frauen oft straflos bleiben. Ermittlungen gegen Konfliktbeteiligte werden nur schleppend oder gar nicht durchgeführt. Hochrangige Militärs werden nicht in Zusammenhang mit der Gewalt gebracht und viele der Taten werden als rein opportunistische Einzelfälle bezeichnet.

Zum anderen hat es die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH), die seit 2004 Vorermittlungen zum bewaffneten Konflikt in Kolumbien führt, bisher vermieden, die Taten sexualisierter Gewalt auf Grundlage des Römischen Statuts auch als Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch staatliche Akteure zu analysieren[11]. 2012 hatte sie staatliche Akteure, die sexualisierte Gewalt verübt haben, lediglich als Kriegsverbrecher eingestuft. Im Gegensatz hierzu wurden vergleichbare Taten durch Gruppen der Guerilla und des Paramilitärs als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bewertet (International Criminal Court – Office of the Prosecutor 2012: 25-27). Diese Unterscheidung scheint zunächst nicht allzu wichtig, wurde doch international anerkannt, dass alle Akteure des Konfliktes sexualisierte Gewalt gegen Frauen begangen haben. Schauen wir uns die rechtliche Definition der beiden Taten aber genauer an, wird die volle Bedeutung dieser Einstufung deutlich. Um als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft zu werden, muss die Gewalt gegen Frauen als Teil eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung begangen worden sein und darf nicht nur eine Einzeltat gewesen sein.

Es gibt inzwischen aber genügend Anhaltspunkte dafür, dass sexualisierte Gewalt durch das Militär auf zwei Weisen genutzt wurde: 1) um Teile der Zivilbevölkerung, denen vorgeworfen wird, Gruppen der Guerilla zur unterstützen, als vermeintlich legitimes Ziel anzugreifen, einzuschüchtern und zu stig-

matisieren; 2) um militärische Macht zu demonstrieren und die Bevölkerung bestimmter Gebiete nachhaltiger zu kontrollieren. Dies würde bedeuten, dass sexualisierte Gewalt Bestandteil eines systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung ist und würde zu einer völlig neuen geschlechtsspezifischen Betrachtung des Konfliktes in Kolumbien führen. Sexualisierte Gewalt und die damit verbundene strukturelle Diskriminierung von Frauen würden einer völkerstrafrechtlichen Analyse zugänglich. Dies wäre auch im Einklang mit dem neuen Grundsatzdokument der Anklagebehörde des IStGH zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt (International Criminal Court – Office of the Prosecutor 2014: 5-8), in dem die Berücksichtigung einer Genderperspektive und Genderanalyse für alle Stufen ihrer Arbeit festlegt wurde. Gewalt gegen Frauen darf nicht länger als reine Einzeltat gesehen werden. Das Römische Statut und dessen Auslegung durch die Anklagebehörde bieten die Chance, diese Form der Gewalt in einen gesellschaftlichen Kontext zu setzen und diskriminierende Strukturen, auch in der Strafverfolgung, aufzudecken[12].

3.2 | Sri Lanka – Mechanismen der Vereinten Nationen

Im Fall von Sri Lanka ergriff der Staat keine (rechtlichen) Maßnahmen, um das Geschehene aufzuarbeiten. (Straf)Rechtliche Verfahren im Land selbst waren unmöglich. Aber es gab anonymisierte Berichte der Frauen über die Gewalt im Kontext der hohen Militarisierung, die veröffentlicht und als Beschwerden oder Eingaben bei verschiedenen Institutionen der UN eingereicht wurden (ECCHR 2011; ECCHR 2012)[13]. Dies ermöglichte einen neuen Blick auf den Bürgerkrieg und insbesondere auf dessen letzte Phase.

Nach und nach wurde auch über sexualisierte Gewalt bei der Internierung und bei Verhören von vermeintlichen LTTE-Kämpfer_innen – und Anhänger_innen berichtet (HRW 2013; International Crisis Group 2011). Hinzu kam, dass es eine starke lokale Frauenrechtsbewegung gibt, die sich im Laufe des Bürgerkrieges entwickelt hat (Saroor/Gall 2014: 98)[14]. Es waren diese Frauen, die im Land Strategien entwickelt haben, um ihre Stimme erheben zu können. Im Rahmen einer nationalen Aufarbeitungskommission wollten z.B. auch einige Frauen aussagen. Um diese zu schützen und somit eine umfassende Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen zu garantieren, organisierten sich die Frauen aus dem Norden und Osten des Landes, den Regionen, die am stärksten vom Bürgerkrieg betroffen waren. Gemeinsam entwickelten sie nicht-rechtliche Schutzmechanismen, um vor Gerichten oder Wahrheitskommissionen aussagen zu können, ohne weitere Übergriffe, Vergeltungsmaßnahmen oder Stigmatisierungen fürchten zu müssen (Saroor/Gall 2014: 101 ff). Dennoch wird die geringe Unterstützung von Organisationen aus dem globalen Norden kritisiert (Saroor/Gall 2014: 100). Eine rechtliche Aufarbeitung bleibt weiterhin aus. Viele der Mitverantwortlichen der Angriffe auf die Zivilbevölkerung von 2008-2009 besetzen noch immer wichtige politische und militärischen Positionen[15] – wobei zu hoffen ist, dass nach den Parlamentswahlen im August 2015 Verfahren in Gang gesetzt werden, um Kriegsverbrecher in Sri Lanka zur Verantwortung zu ziehen. Hierbei muss die Perspektive der Frauen angemessen berücksichtigt werden, wofür es zu kämpfen gilt. Die Frauen in Sri Lanka haben viel zu sagen – sie müssen allerdings auf angemessene Weise und in geschütztem Raum gefragt werden.

3.3 | Transnationale Unternehmen – Fehlende verbindliche Regelungen

Wie bereits in den Fällen zuvor diskutiert wurde, sagen nur wenige Betroffene aus, so dass auch nur wenige Fälle rechtlich aufgearbeitet und die Täter (straf)rechtlich belangt werden[16]. Das wiederum hat zur Folge, dass sich Frauen weiterhin zurückhalten, über erlittenes Unrecht zu sprechen. In Konstellationen, in denen

transnationale Unternehmen für sexualisierte Gewalt zur Verantwortung gezogen werden sollten, kommt hinzu, dass diese vor Ort oft starken Einfluss auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben der Bevölkerung haben und eine Aussage gegen ein Unternehmen daher fatale Auswirkungen für die Bevölkerung haben kann. Weiterhin werden bei Verhandlungen zwischen den Unternehmen und der Bevölkerung die Frauen aus den Gemeinden oft nicht einbezogen.

Es bedarf hier eines starken Zusammenschlusses der betroffenen Frauen bzw. der Zivilgesellschaft – zum einen, um festgefahrene Strukturen aufzubrechen und somit eine Interessensvertretung bei den Verhandlungen garantieren zu können und möglichen Stigmatisierungen entgegenzuwirken. Zum anderen, damit Betroffene betreut und in Rechts- und Sicherheitsfragen angemessen beraten werden. Auch verfügt kaum einer der Heimatstaaten transnationaler Unternehmen über nationale Rechtsordnungen, die die (straf- und zivil-) rechtliche Verantwortung dieser Unternehmen für aus transnationalem Handeln resultierende Menschenrechtsverletzungen umfassend kodifiziert haben[17]. Oft kann den Unternehmen kein für eine strenge Haftung notwendiger direkter Vorsatz nachgewiesen werden. Das ist für die juristische Aufarbeitung sexualisierter Gewalt besonders problematisch, weil eine Vergewaltigung nach dem Strafrecht vieler Länder – z.B. in Deutschland – nicht fahrlässig begangen werden kann.

Damit bieten aktuell weder nationale noch internationale Rechtsordnungen ausreichende Regelungen, um Unternehmen wegen Verletzungen von Menschenrechten (straf)rechtlich zu verfolgen. Die VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen geben dennoch klare Vorgaben, wie dem Risiko zu begegnen ist, dass Tochterunternehmen in schwachen oder autoritären Staaten sowie in Konfliktregionen Menschenrechte verletzen. Diese Regeln stellen zwar kein bindendes Recht, aber doch internationales Soft Law und einen anerkannten Konsens der internationalen Staatengemeinschaft dar. Darüber hinaus betonte auch der Ausschuss der Vereinten Nationen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW-Ausschuss) in den Empfehlungen Nr. 28 und Nr. 30 zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) die Verantwortung der Staaten. Diese müssten Maßnahmen ergreifen, die Gewalt gegen Frauen als eine Form der Diskriminierung verhindern. Dabei bezieht der CEDAW-Ausschuss sich auf Handlungen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure sowie explizit auch auf Handlungen extra-territorial agierender Unternehmen. Der Ausschuss hat damit die Staaten verpflichtet, Regelungen für diejenigen extra-territorial agierenden Unternehmen zu erlassen, deren Unternehmenssitz sich auf dem eigenen Staatsgebiet befindet. Es ist an der Zeit, dass vor allem die Staaten des globalen Nordens hier handeln und die erwähnten Leitprinzipien in bindendes nationales Recht umsetzen.

In Konstellationen, in denen transnational agierende Unternehmen für sexualisierte Gewalt verantwortlich sind, stellen sich also zwei Arten von Problemen. Zum einen bestehen faktische Hürden: die Kultur des Schweigens, die Verdrängung und die Straflosigkeit. Zum anderen stellt sich die Schwierigkeit, dass es keinen verbindlichen Rechtsrahmen gibt (Gall 2015).

4 | Fazit

Die drei paradigmatischen Fälle sexualisierter Gewalt verweisen auf allgemeine Problemkonstellationen, in denen geschlechtsspezifische Gewalt stattfindet und Betroffene aus verschiedenen Gründen nicht über diese reden können oder wollen. Dennoch besteht in allen drei Konstellationen ein Bedürfnis nach Gerechtigkeit: Als schwere Menschenrechtsverletzung muss sexualisierte Gewalt der Aufarbeitung durch Rechtsmittel zugänglich gemacht

werden. Bisher bieten juristische Verfahren keinen wirklichen Raum, um die sexuelle Diskriminierung von Frauen und Männern zu thematisieren. Vielmehr spiegeln sich in der Art und Weise, wie Gewalt gegen Frauen rechtlich verfolgt wird, diskriminierende gesellschaftliche Strukturen wieder. Sofern aber die Möglichkeit besteht, über das Geschehene zu sprechen, ohne neue Diskriminierungen und Stigmatisierungen befürchten zu müssen, werden immer mehr Frauen bereit sein, über ihre Erfahrungen zu reden.

Eine Alternative könnten hier internationale Menschenrechtsinstrumente sein. Diverse Verträge, Übereinkommen, Resolutionen und Protokolle der Vereinten Nationen und ihre Kommentierung bieten eine wichtige Möglichkeit, geschlechtsspezifische Gewalt zu thematisieren und Diskriminierungen in gesellschaftlichen und/oder rechtlichen Strukturen aufzudecken (Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau – CEDAW, Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte – IPBürgPR, VN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten, OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, VN-Sicherheitsratsresolution 1325 etc.).

Wie sollen wir als Jurist_innen, die sich als Teil der Menschenrechtsbewegung verstehen, damit umgehen, dass den vielfältigen Formen sexualisierter Gewalt auf rechtliche Weise nur ungenügend beizukommen ist? Wir können zunächst Mechanismen der VN oder quasi-rechtliche Mittel nutzen, um auf die Missstände aufmerksam zu machen. Ein solches Vorgehen sollte allerdings darauf abzielen, dass in den Ländern selbst der Zugang zu juristischen Mitteln eine Option wird. Die drei Fallkonstellationen haben Faktoren aufgezeigt, die entscheidend sind, um dies zu erreichen: Die Zusammenarbeit mit feministischen Bewegungen vor Ort ist notwendig, um zunächst



den gesellschaftlichen Kontext zu verstehen, in dem Gewalt gegen Frauen begangen wird. Ein solches Verständnis ist sowohl für eine umfassende Aufarbeitung sexualisierter Gewalt unverzichtbar als auch dafür, zu verstehen, welche geschlechtsspezifischen Hürden den Zugang zu Rechtsmitteln verhindern. Darüber hinaus spielen lokale Bewegungen eine wichtige Rolle dabei, den Zugang zu Rechtsmitteln zu verbessern, indem sie den Betroffenen Schutz gegen Stigmatisierung und Verfolgung bieten und diese so ermächtigen, als Zeug_innen aufzutreten. Auch haben sie allein Zugang zu den nötigen Informationen, um – möglicherweise in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen aus dem globalen Norden – internationale Mechanismen zu nutzen. Auch können sie als Stimme der Betroffenen zum Ausdruck bringen, was deren Wünsche und Bedürfnisse sind.

Sexualisierte Gewalt als geschlechtsspezifische Gewalt hat viele Formen und kann nicht mit einer universell gültigen Methode angegangen werden. Es gilt vielmehr, die spezifische Situation vor Ort zu verstehen: Wie verhalten sich die Geschlechter zueinander im Alltag? Wie sind Frauen und Männer von Aktivitäten transnationaler Unternehmen betroffen? Haben Frauen und Männer unterschiedliche Möglichkeiten, Menschenrechte einzufordern? Wie wirkt sich ein Konflikt auf Frauen und Männer aus? Diese Fragen können nicht allein von Menschenrechtsorganisationen aus dem globalen Norden beantwortet werden. Sie können und sollten aber von uns gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen gestellt und beantwortet werden. Denn nur, wenn wir die Strukturen im Land – und insbesondere das Verhältnis von Männern und Frauen zueinander – verstehen, können wir den Einsatz von und den Umgang mit sexualisierter Gewalt verstehen.

Sexualisierte Gewalt ist eine Form von Diskriminierung, die nicht selten strukturelle Züge annimmt. Sie zeigt sich oft auch bei der Arbeit der Strafverfolgungsbehörden. Die Folge ist Schweigen der Betroffenen und Straflosigkeit der Täter. Wenn wir nach strukturellen Diskriminierungen suchen und Ansätze finden, wie wir den Zugang zu Recht für alle Betroffenen gewährleisten können, erhalten diese die Möglichkeit, ihre Erfahrungen sexualisierter Gewalt im formalisierten Kontext eines Gerichtsverfahrens zu bezeugen und so sichtbar zu machen.

Eine nichtdiskriminierende und neutrale Anwendung des Rechts würde es erlauben, sexualisierte Gewalt auch in Kontexten zu thematisieren und aufzuarbeiten, in denen eine staatliche und gesellschaftliche Aufarbeitung auf Grund bestehender Tabus und Stigmata schwierig ist. Die Anhörung vor einer neutralen richterlichen Instanz, frei von Stereotypen, kann daher nicht nur im Falle einer Verurteilung der Täter eine wichtige Anerkennung des erlittenen Unrechts der Betroffenen darstellen. So wird es möglich, einen Beitrag zum Ende des Schweigens, der Verdrängung und der Straflosigkeit zu leisten, der mit anderen Mitteln nur schwierig erreicht werden kann[18].

Anna v. Gall ist Anwältin und hat für das ECCHR die Arbeit zu Geschlecht und Menschenrechte koordiniert. Sie arbeitete zu sexualisierter Gewalt in Sri Lanka, Kolumbien und der Demokratischen Republik Kongo. Anna v. Gall hat Workshops zur „Rule of Law und Gender" durchgeführt und publiziert regelmäßig zur Anwendung des Rechts bei Fällen sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie ist auch Mitglied des deutschen Frauensicherheitsrats.

Anmerkungen

[1] In diesem Beitrag wird der Begriff sexualisierte Gewalt als eine spezielle Form von Gewalt auf Grund des Geschlechts benutzt. Diese Form der Gewalt wird gegen Frauen und Männer angewandt. Der Ausschuss der Vereinten Nationen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW-Ausschuss) hat in seinen Empfehlungen Nr. 19 und 30 (CEDAW-/C/GC/30) jedoch einen bedeutenden Zusammenhang zwischen Gewalt gegen Frauen und Diskriminierung festgestellt.

Geschlechtsbezogene Gewalt, die den Zugang zu Menschenrechten unmöglich macht, wird heute als Diskriminierung im Sinne des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) anerkannt. Der Fokus dieses Beitrags ist daher Gewalt gegen Frauen als eine Form der Diskriminierung.

[2] 2001 hat die VN-Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen über die Auswirkungen des Konfliktes auf Kolumbien berichtet, UN Special Rapporteur on violence against women, its causes and consequences Radhika Coomaraswamy, Mission to Colombia (1-7 November 2001), E/CN.4/2002/83/Add. 3, 11 March 2002. Im März 2015 wird noch immer von Schweigen und Straflosigkeit berichtet: "[T]he barriers for survivors to report and access justice are significant. This has resulted in under-reporting of sexual violence crimes. It must be a priority to create the necessary protective environment for survivors to come forward, and the stigma of sexual violence must be redirected from the victims to the perpetrators. Above all, the impunity for sexual violence must be broken if we are to turn the tide. (...) The sustained and courageous efforts of civil society organizations have been critical to ensure the growing visibility of sexual violence in Colombia. However, from my conversations with survivors from different parts of the country it is evident that a deep culture of silence and denial still exists." Stellungnahme der VN-Sonderbeauftragten des Generalsekretärs zu sexueller Gewalt in Konflikten Zainab Hawa Bangura "Breaking the Silence on Sexual Violence in Colombia", März 2015, http://www.un.org/sexualviolenceinconflict/statement/statement-by-united-nations-special-representative-of-the-secretary-general-on-sexual-violence-in-conflict-zainab-hawa-bangura-breaking-the-silence-on-sexual-violence-in-colombia/ [01.09.2015].

[3] Bericht der Vierten Weltfrauenkonferenz 1995, Kapitel IV: Strategische Ziele und Maßnahmen, http://www.un.org/depts/german/conf/beijing/anh_2_5.html#iv-e[01.09.2015].

[4] Darauf folgten die sechs weiteren Resolutionen 1820, 1888, 1889, 1960, 2106 und 2122 zum Thema.

[5] General Tom Lawson erklärte das Vorkommen sexuellen Missbrauchs im kanadischen Militär mit den folgenden Worten: "It would be a trite answer, but it's because we're biologically wired in a certain way and there will be those who believe it is a reasonable thing to press themselves and their desires on others. It's not the way it should be...". Much as we would very much like to be absolutely professional in everything we do, and I think by and large we are, there will be situations and have been situations where, largely, men will see themselves as able to press themselves onto our women members", http://www.cbc.ca/news/politics/military-sexual-misconduct-due-to-biological-wiring-gen-tom-lawson-tells-cbc-news-1.3115993 [01.09.2015].

[6] Für eine Übersicht weiterer Fälle siehe: Gall 2015.

[7] 2004 hat das kolumbianische Verfassungsgericht die Situation der Binnenflüchtlinge in Kolumbien als verfassungswidrig erklärt. Eine Sonderkammer überprüft seit dem die Umsetzung dieses Urteils. 2008 hat diese Kammer festgestellt, dass auf Grund der Gewalt und Diskriminierung die Frauen erfahren, diese überproportional vom Konflikt und der Vertreibung betroffen sind.

[8] Der CEDAW-Ausschuss hat in seiner neuesten Empfehlung den Zusammenhang zwischen diskriminierenden Strukturen im Justizsystem und dem fehlenden Zugang zum Recht herausgearbeitet. CEDAW, General recommendation on women's access to justice, CEDAW/C/GC/33, 25 Juli 2015.

[9] Diese Arbeitsgruppe *Mesa de Seguimiento al Auto 092* veröffentlicht in regelmäßigen Abständen Berichte über die Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichts. Ihr gehören die folgenden Organisationen an: Alianza Iniciativa de Mujeres Colombianas por la Paz,

Centro de Estudios de Derecho, Justicia y Sociedad, Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo, Comisión Colombiana de Juristas, Consultoría para los Derechos, Humanos y el Dezplazamiento, Corporación Casa de la Mujer, Corporación Sisma Mujer, Liga de Mujeres Desplazadas, Mesa de Trabajo Mujer y Conflicto Armado, Observatorio Género Democracia y Derechos Humanos und Ruta Pacifica de las Mujeres. UN Women und der United Nations High Commissioner for Human Rights nehmen ebenfalls als Beobachter teil.

[10] Gemeinsam mit dem ECCHR hat Sisma Mujer Fälle von sexualisierter Gewalt analysiert. Es wurde untersucht, wie in diesen Fällen die Gewalt an den Frauen ermittelt wurde, ob ein Zusammenhang mit dem Konflikt untersucht wurde und wie mit den betroffenen Frauen umgegangen wurde. Diese Informationen ermöglichte eine wichtige Übersicht darüber, ob und wie Betroffene sexualisierter Gewalt Zugang zur kolumbianischen Justiz haben.

[11] Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ist eine internationale Organisation, die Strafgerichtsbarkeit über die Begehung von Völkerstraftaten durch Individuen ausüben kann, wenn die betroffenen Staaten nicht fähig oder willens dazu sind. Der Gerichtshof ist für Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständig, die seit 2002 begangen worden sind. Grundlage ist das Römische Statut, ein völkerrechtlicher Vertrag mit mittlerweile 123 Mitgliedsstaaten. Die Anklagebehörde des IStGH führt nicht nur Ermittlungen durch, sondern prüft auch im Rahmen sog. Vorermittlungen, ob ein formelles Ermittlungsverfahren aufgenommen werden soll.

[12] Am 4. Mai 2011 begann am Oberlandesgericht Stuttgart die Hauptverhandlung im Strafverfahren gegen die zwei ruandischen Führungsmitglieder der „Forces Démocratiques de Libération du Rwanda“ (FDLR) Ignace Murwanashyaka und Straton Musoni. Ihnen wird vorgeworfen, für die Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Osten der Demokratischen Republik Kongo in den Jahren 2008 und 2009 verantwortlich zu sein. Die Mitgliedstaaten sind an das Grundsatzdokument der Anklagebörde nicht gebunden. Dennoch bietet die deutsche Strafprozessordnung viel Potential, dieses Dokument sinngemäß umzusetzen. Inwieweit den deutschen Behörden dies im Rahmen des ersten Strafverfahrens nach dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch gelingen mag, kann erst nach Abschluss des Verfahrens umfassend beurteilt werden.

[13] Während Art. 1 CEDAW den Diskriminierungsbegriff definiert, stellt die Allgemeine Empfehlung Nr. 19 des CEDAW-Ausschusses fest, dass auch Gewalt, die sich spezifisch gegen Frauen und Mädchen richtet, als Form von Diskriminierung zu sehen ist. In Art. 2 CEDAW werden die Pflichten des Staates zur Beseitigung von Diskriminierung ausdifferenziert. Danach hat der Staat die Pflicht, Gleichberechtigung aktiv herzustellen, indem er u.a. den gesetzlichen Schutz der Rechte der Frauen garantieren (Art. 2(c)), diskriminierende Handlungen, auch durch staatliche Behörden, unterbinden (Art. 2(d)) und bestehende diskriminierende Gesetze und Verordnungen aufheben oder ändern (Art. 2(f)) muss. In der allgemeinen Empfehlung Nr. 30 hat der Ausschuss explizit Bezug auf die VN Sicherheitsratsresolutionen 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009), 1889 (2009), 1960 (2010) und 2106 (2013) genommen, um den Kontext zwischen Frauen, Sicherheit und Frieden anzuerkennen. Die Spruchpraxis und die Allgemeinen Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses genießen zwar keinen allgemeinverbindlichen Charakter, sie dienen jedoch der Konkretisierung der in CEDAW festgeschriebenen Rechte und Pflichten. Das ECCHR hat dem CEDAW Ausschuss Anfang 2011 in Bezug zur Resolution 1820 des Sicherheitsrates des Vereinten Nationen ein Gutachten zur Vorhersehbarkeit sexualisierter Gewalt in Konflikten in Bezug auf Sri Lanka vorgestellt. Im Juni 2012 hat das

ECCHR drei UN-Sonderberichterstatter sowie eine Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen angeschrieben und diese aufgefordert, weitere Ermittlungen zur Situationen der Frauen und Mädchen im Norden und Osten Sri Lankas durchzuführen. http://www.ecchr.eu/de/unsere-themen/gender-und-menschenrechte/sri-lanka.html [01.09.2015].

[14] Ein Sammelband mit Geschichten von überwiegend tamilischen Frauenrechtsaktivistinnen zeigt die Auswirkungen des Bürgerkriegs auf Frauen und welche wichtige Rolle Frauen innerhalb der letzten 30 Jahre als Teil der Freiheitsbewegung, der Menschenrechtsbewegung und der Wirtschaft gespielt haben (Sarroor 2014). „Der 30 Jahre dauernde Krieg in Sri Lanka hat dazu geführt, dass Frauen viele Aufgaben übernommen haben, die jenseits ihrer traditionellen Rollenzuschreibung liegen. Sie waren Teil der Befreiungsbewegung, schlossen sich den tamilischen Rebellen, den Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) an, wurden Frontkämpferinnen. Sie gingen an die Öffentlichkeit, um Gerechtigkeit für die vom Staat oder von den tamilischen Rebellen begangene Grausamkeiten zu fordern. Sie spielten eine Rolle als Aktivistinnen, als Beraterinnen, als Ehrenamtliche und als Freiwillige in Hilfsprojekten. Sie kümmerten sich um verletzte ZivilistInnen, Behinderte, Alte und versorgten ihre Familien, während die Männer kämpften und als viele gefallen waren, wurden sie Alleinernährerinnen der Familie. In diesem Bürgerkrieg waren es Frauen, die das Rückgrat der Wirtschaft bildeten – und zwar nicht nur im Norden und Osten, sondern letztlich im ganzen Land" (Saroor / Gall 2014: 98).

[15] Der ehemalige General Jagath Dias war Botschafter in Deutschland, siehe http://www.ecchr.eu/de/unsere-themen/gender-und-menschenrechte/sri-lanka.html [01.09.2015].

[16] Siehe auch CEDAW, General recommendation on women's access to justice, CEDAW/C/GC/33, 25 Juli 2015.

[17] Aktuell wird ein internationaler Vertrag zur Unternehmensverantwortung diskutiert, http://business-humanrights.org/en/binding-treaty/un-human-rights-council-sessions [01.09.2015].

[18] Ich danke Andreas Schüller für die wertvollen Kommentare zu einer früheren Version dieses Texts.

Literatur

ECCHR 2011: Alternative report on the implementation of the UN Convention on the Elimination of Discrimination against Women (CEDAW) – Sri Lanka „Women and Armed Conflict". http://www.ecchr.eu/de/unsere-themen/gender-und-menschenrechte/sri-lanka.html [01.09.2015].

ECCHR 2012: Pressemitteilung, Sri Lanka verletzt Frauenrechtskonvention der Vereinten Nationen. http://www.ecchr.eu/de/unsere-themen/gender-und-menschenrechte/sri-lanka.html. [01.09.2015].

ECCHR 2015: Sondernewsletter, Frauen im Visier: Sexualisierte Gewalt im kolumbianischen Konflikt – Ein Fall für den Internationalen Strafgerichtshof. http://www.ecchr.eu/de/unsere-themen/gender-und-menschenrechte/kolumbien.html [01.09.2015].

Gall, Anna 2014: Menschenrechtsklagen am Beispiel der Strafverfolgung sexualisierter Kriegsgewalt. In: Ulrike Lembke (Hg.): Menschenrechte und Geschlecht. Baden-Baden: Nomos-Verlag, 245-268.

Gall, Anna 2015: Litigation (im)possible? Holding companies accountable for sexual and gender-based violence in the context of extractive industries. http://www.ecchr.eu/de/dokumente/publikationen.html?file=tl_files/Dokumente/Publikationen/ECCHR_PolicyPaper_Mining_Gender_20150730.pdf [01.09.2015].

Human Rights Watch 2013: We will teach you a lesson – Sexual Violence against Tamils by Sri Lankan Security Forces. https://www.hrw.org/report/2013/02/26/we-will-teach-

you-lesson/sexual-violence-against-tamils-sri-lankan-security-forces [01.09.2015].

International Crisis Group 2011: „Sri Lanka: Women's Insecurity in the North and East", Asia Report No. 217. http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/asia/south-asia/sri-lanka/217%20Sri%20Lanka%20-%20Womens%20Insecurity%20in%20the%20North%20and%20East%20KO.pdf. [01.09.2015].

International Criminal Court – Office of the Prosecutor 2012: Situation in Colombia: Interim Report. http://www.icc-cpi.int/NR/rdonlyres/3D3055BD-16E2-4C83-BA85-35BCFD2A7922/285102/OTPCOLOMBIAPublicInterimReportNovember2012.pdf [01.09.2015].

International Criminal Court – Office of the Prosecutor 2014: Policy Paper on Sexual and Gender-Based Crimes. http://www.icc-cpi.int/iccdocs/otp/OTP-Policy-Paper-on-Sexual-and-Gender-Based-Crimes-June-2014.pdf [01.09.2015].

Sarroor, Shreen (Hg): Our Struggles, Our Stories, 2014.

Saroor, Shreen Abdul/ Gall, Anna 2014: Aufarbeitung – Fehlanzeige, Gespräch über die allgegenwärtige Gewalt gegen Frauen in Sri Lanka. In: Luxemburg, Gesellschaft und Linke Praxis, Heft 3/2014, 98-103.

United Nations High Commissioner for Human Rights 2013: Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on advice and technical assistance for the Government of Sri Lanka on promoting reconciliation and accountability in Sri Lanka, A/HR/C/22/38.

United Nations High Commissioner for Human Rights 2014: Promoting reconciliation and accountability in Sri Lanka, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, A/HRC/25/23.

Transnationale juristische Kämpfe gegen Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen

Miriam Saage-Maaß/Simon Rau

1 | Einleitung

Unternehmen sind immer wieder in massive Menschenrechtsverletzungen verwickelt: Weltweit sind Millionen von Menschen gezwungen, unter Bedingungen zu arbeiten, die eine akute Bedrohung für ihre Gesundheit und Leben darstellen, und das zu einem Lohn, der für ein Leben in Würde keinesfalls ausreicht. In Folge von großen Investitionsprojekten werden lokale Bevölkerungen in verschiedenen Ländern von ihrem Land vertrieben. Extraktive Industrien gefährden durch Umwelt- und Wasserverschmutzung in vielen Fällen die Lebensgrundlagen und Gesundheit der ansässigen Bevölkerung. Gruppen, die gegen Investitionsprojekte protestieren, werden immer wieder Zielscheibe gewaltsamer Repression. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Viele Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmenstätigkeit haben eine transnationale Komponente: Der Hauptfirmensitz des betreffenden Unternehmens befindet sich etwa in einem Land des globalen Nordens, während verschiedene Tochterunternehmen und/oder Zulieferfirmen in Ländern des globalen Südens etwa Rohstoffabbau betreiben oder Produkte für das Unternehmen

fertigen. Meist begeht das lokale Management des Tocher- oder Zulieferbetriebes die unmittelbaren Menschenrechtsverletzungen. Das Management am Hauptsitz ist zwar weit entfernt vom eigentlichen Geschehen, trifft aber grundlegende Entscheidungen über Geschäftspraktiken und ist über die vor Ort bestehenden Risiken im Normalfall im Bilde. Häufig versäumt es die Unternehmensleitung am Hauptsitz dennoch, Kontrollsysteme, die potentielle Menschenrechtsverletzungen durch das Unternehmen erkennen und verhindern würden, zu etablieren.

Angesichts fragmentierter internationaler Rechtssysteme und höchst unterschiedlicher Arbeits- und Umweltstandards auf nationaler Ebene wird seit Jahren diskutiert, wie soziale und ökologische Standards auch in diesen komplexen globalen Wirtschaftsbeziehungen durchgesetzt werden können. Oft wird konstatiert, dass ein internationales Regelungsdefizit bestehe und die wirtschaftliche Stärke von Wirtschaftsakteuren häufig diejenige von Staaten übersteige. Deshalb sei die freiwillige Übernahme sozialer Verantwortung durch Unternehmen der einzig gangbaren Weg (Scherer/Palazzo 2008). Zu Recht wird hiergegen vorgebracht, dass es nicht Unternehmen überlassen werden kann, über die Verwirklichung von Gemeinwohlbelangen zu entscheiden. Noch viel weniger sollten Firmen darüber bestimmen können, auf welche Art und Weise unveräußerliche Menschenrechte geschützt werden. Menschenrechte müssen von ihren Träger*innen wirksam eingefordert werden können, eine Option, die im Diskurs einer freiwilligen Corporate Social Responsibility (CSR) nicht vorgesehen ist.

Die im CSR-Diskurs angeführten Begründungen vernachlässigen zudem, dass gerade das inter- und transnationale Wirtschaftsrecht durchaus effektive Regelungen für die Abwicklung globaler Wirtschaftstätigkeit aufweist. Unter dem Dach der WTO wird der freie Handel durch völkerrechtliche Abkommen geschützt; den Vertragsstaaten steht mit dem dispute settlement mechanism eine wirksame Durchsetzungsinstanz zur Verfügung. Ähnliche Mechanismen bestehen bei anderen multi-bzw. bilateralen Freihandelsabkommen. Völkerrechtliche Investitionsschutzverträge sichern Auslandsinvestitionen ab und sehen für Investoren eine Klagemöglichkeit unter Umgehung des nationalen Rechtsweges vor einem Schiedsgericht des International Centre for Settlement of Investment Dispute (ICSID) vor. Entscheidungen solcher Schiedsgerichte sind in allen 159 ICSID Mitgliedsstaaten vollstreckbar. Weiterhin lässt sich eine rein privat, abseits staatlicher Normsetzung funktionierende Regulierung durch die so genannte lexmercatoria beobachten, die gerade deshalb entstanden ist, weil transnationale Wirtschaftstätigkeit Regeln für die „rechtssichere Durchführung wirtschaftlicher Transaktionen" (Renner 2014: 765f) erforderlich macht.

Sofern für ihren reibungslosen Ablauf notwendig und im Interesse der beteiligten Akteure, können transnationale Wirtschaftsbeziehungen also durchaus durch robuste Regelungen abgesichert werden.

Insofern sollte auch eine durchsetzungsstarke Regulierung zum Schutz der Menschenrechte möglich sein. Ihre Einführung ist allerdings eine Frage ökonomischer und politischer Machtverhältnisse. Ein Blick auf die Geschichte der Einführung sozialer Rechte auf nationaler Ebene legt nahe, dass eine progressive Regulierung in sozialen Kämpfen erstritten werden muss. Bisher ist die transnationale Arena vielfach den Vertreter*innen der Wirtschaft überlassen worden, die es verstanden haben, einen politischen Diskurs und ein rechtliches Umfeld zu schaffen, das zuvorderst ihren Interessen förderlich ist (Fischer-Lescano/Möller 2012: 33-36). Wenn die globale Menschenrechtsbewegung, regionale soziale Bewegungen und von Menschenrechtsverletzungen Betroffene ihre Interessen berücksichtigt sehen wollen, müssen sie„den Kampf um die Deutungshoheit im transnationalen Recht aufnehmen" (Ibid.: 30).

Der im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen anwendbare Rechtsrahmen ist, etwa im

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Kritik der Grünen Ökonomie

von **Thomas Fatheuer, Lili Fuhr** und **Barbara Unmüßig**



Die «Kritik der Grünen Ökonomie» stellt ein Versprechen auf den Prüfstand: Kann man mit grünem Wachstum die Welt retten? Und sie skizziert einen Weg, wie man globale Krisen auch unter sozialen Gesichtspunkten meistern kann. Dieses Buch kann produktive Reibung erzeugen!

Das Buch ist bei der Heinrich-Böll-Stiftung sowie im Buchhandel erhältlich:
www.boell.de/publikationen

Heinrich-Böll-Stiftung 030.28534-0
Schumannstr. 8, 10117 Berlin **boell.de**

Vergleich zu nationalen Arbeits- oder Umweltrechtsnormen, bis dato freilich eher unterentwickelt. Dennoch kann ein juristisches Vorgehen schon heute einen Beitrag zum Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen leisten und neben der Abhilfe im Einzelfall zur Etablierung von Unternehmensverantwortung in Rechtsdogmatik und -praxis beitragen. In diesem Zusammenhang ist die Methode der „strategischen Menschenrechtsprozessführung" zu sehen. Anhand exemplarischer Einzelfälle sollen die zu Grunde liegenden menschenrechtlichen Probleme herauskristallisiert und menschenrechtliche Forderungen gerichtlich durchgesetzt werden.

Der rechtliche Anknüpfungspunkt ist dabei – gerade im Kontext der wenig entwickelten menschenrechtlichen Unternehmensverantwortung – nicht unbedingt eine Menschenrechtsnorm und hängt von strategischen Erwägungen im Einzelfall ab. Motivation der Kläger*innen ist auch nicht ausschließlich das Ziel des Obsiegens im unmittelbaren Gerichtsverfahren. Vielmehr spielen darüber hinausgehende politische Ziele – wie eine abschreckende Wirkung in ähnlichen Fällen, die Skandalisierung bestehenden Unrechts, das Aufzeigen von Regulierungslücken und nicht zuletzt die Unterstützung sozialer Bewegungen – eine Rolle.

Wenn sich Aktivist*innen entschließen, auf Menschenrechtsverletzungen durch transnationales Unternehmenshandeln mit strategischer Prozessführung zu reagieren, erfordert dies meist auch eine transnationale Zusammenarbeit. Dabei treten typische Herausforderungen – wie ein unterschiedlicher Repressionsdruck und die Schaffung eines geteilten kognitiven Rahmens – auf. Die Wichtigkeit eines fortlaufenden Verständigungsprozesses kann in diesem Zusammenhang nicht genug betont werden (Ancheita/Terwindt 2015).

Im Folgenden besprechen wir aus unserer Perspektive als MitarbeiterInnen des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) drei paradigmatische Verfahren, an denen das ECCHR beteiligt ist. Ziel ist es, Probleme und Potentiale transnationaler strate-

gischer Menschenrechtsprozessführung gegen Unternehmen herauszuarbeiten. Danach folgt ein Exkurs zum Potential der nationalen Umsetzung der UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechte um die identifizierten Probleme zu überwinden. Wir schließen mit einem bewertenden Ausblick.

2 | Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen: Drei Fallstudien

In Nordamerika und Europa haben die Arbeiterbewegung und soziale Bewegungen wie die Umwelt- und Frauenrechtsbewegung seit dem 19. Jahrhundert Mindeststandards in den Bereichen Arbeitsbedingungen, Umweltschutz und Schutz vor Diskriminierungen erkämpft. Im Zusammenhang mit der asymmetrischen Struktur der Weltwirtschaft sind viele Staaten des globalen Südens dagegen bis heute durch schwache Umwelt- und Arbeitsschutzregelungen gekennzeichnet. Insofern finden viele der schwersten Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen im globalen Süden statt.

Dabei haben sich unter anderem drei Konstellationen als typisch erwiesen: Landnahmen und Vertreibungen im Zusammenhang mit Investitionsprojekten (1). Die Extraktion von Rohstoffen und Agroindustrieprojekte verursachen häufig Umweltschäden, die Gesundheit und Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung bedrohen (2). Unternehmen mit Sitz im globalen Norden lagern ihre Produktion in Zulieferbetriebe aus, die unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten lassen (3) (Brot für die Welt/ECCHR/Misereor 2014: 7-15). Auch wenn jeder Einzelfall spezifische Herausforderungen mit sich bringt, gibt es in jeder dieser Konstellationen typische Schwierigkeiten für eine transnationale Zusammenarbeit und juristische Aufarbeitung.

2.1 | Der Fall Lahmeyer: Vertreibung in Verantwortung deutscher Ingenieure

Das deutsche Ingenieursbüro Lahmeyer International GmbH hat Bauplanung, -überwachung sowie Kontrolle der Inbetriebnahme des Merowe-Staudamms im Nord-Sudan übernommen. Im Rahmen des Staudammbaus wurden sowohl im August 2006 als auch bei Inbetriebnahme im April 2008 angrenzende Siedlungsgebiete überschwemmt, da keine Umsiedlungspläne mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen ausgehandelt worden waren und keine Umsiedlungen stattgefunden hatten. Über 4.700 Familien mussten ohne Vorankündigung ihre Häuser verlassen, wobei sie sämtliche Besitztümer – von Häusern über Ernten bis zu Nutztieren – ersatzlos verloren. Dieser Fall ist symptomatisch für die Gefahren, die von großen Infrastrukturprojekten für wirtschaftliche und soziale Menschenrechte ausgehen. Autoritäre Regime wie das sudanesische unter Präsident Al Bashir beachten nur selten soziale und ökologische Auswirkungen solcher Projekte für ihre Bevölkerung.

Im Mai 2010 reichte das ECCHR zusammen mit Repräsentanten der betroffenen Bevölkerungsgruppe der Manasir Strafanzeige gegen zwei leitende Angestellte des Ingenieurbüros Lahmeyer bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main ein (ECCHR 2010). Ein Ansatzpunkt für ein juristisches Vorgehen findet sich hier im deutschen Strafrecht: Dieses ist in einem Fall wie diesem, in dem deutschen Unternehmensmitarbeiter*innen eine Mittäterschaft vorgeworfen wird, anwendbar – unabhängig davon, ob die Taten in Deutschland oder dem Sudan verübt wurden, da diese in beiden Ländern strafbar sind. Die individuelle Verantwortlichkeit für die angeführten Menschenrechtsverletzungen lässt sich durch verschiedene Straftatbestände des nationalen deutschen Strafrechts erfassen, wie zum Beispiel der Herbeiführung einer Überschwemmung (§ 313 StGB). Der Vorwurf gegenüber denleitenden Ingenieuren des Staudammprojektes lautet, dass sie das Staudammprojekt vorantrieben und letztlich beendeten, obwohl sie zumindest damit rechnen mussten, dass die Bevölkerung nicht vor Inbetriebnahme umgesiedelt und angemessen entschädigt sein würde.

Die Staatsanwaltschaft hat umfangreiche Ermittlungen durchgeführt, doch ist selbst fünf Jahre nach Einreichung der Strafanzeige eine Klageerhebung nicht absehbar. Dieses langwierige Mahlen der Mühlen der deutschen Justiz hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass den hiesigen Jurist*innen die Erfahrung und Expertise für solch komplexe Fälle fehlt. Auch die Vorstellung, dass Unternehmenshandeln im Ausland auch in Deutschland strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann, ist bisher wenig verbreitet. Für die sudanesischen Geschädigten, die seit Jahren auf Gerechtigkeit warten, ist dieses zögerliche Vorgehen der Justiz nur schwer verständlich. Sie fangen an, die Sinnhaftigkeit des juristischen Vorgehens in Deutschland zu hinterfragen. Dies illustriert die Bedeutung eines fortlaufenden Verständigungsprozesses: Um die transnationale Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten, ist ein fortlaufender Austausch über die gegenseitigen Erwartungen an das Verfahren und dessen Stand und Hindernisse sowie ein mögliches weiteres Vorgehen unerlässlich (Ancheita/Terwindt 2015). Erschwerend kommt hier zu tragen, dass die sudanesischen Betroffenen in einer abgelegenen Region des Landes leben und die Kommunikation nicht zuletzt auf Grund staatlicher Repression dementsprechend schwierig ist.

2.2 | Der Fall Glencore: Wasserverschmutzung durch Bergbau

Ein paradigmatischer Fall von Menschenrechtsverletzungen durch Umweltbeeinträchtigungen betrifft die Kupfertagebaue Tintaya und Antapaccay des Schweizer Unternehmens Glencore in der peruanischen Region Espinar. Verschiedene Studien seit 2010 belegen hohe Schwermetallwerte in Gewässern rund um die Kupferminen. Die betroffenen Gemeinden berichten von Gesundheitsproblemen und haben den peruanischen Staat und Glencore mehrfach aufgefordert, etwas gegen die Verschmutzung zu unternehmen. Und doch ist es ausgesprochen schwer, gerichtsfeste Beweise zu erheben, die belegen, dass die Aktivitäten der Mine Ursache für die Verschmutzung der Gewässer sind. Noch herausfordernder ist es, den Beweis zu erbringen, dass die vermehrt auftretenden Gesundheitsschäden auf die erhöhten Schwermetallwerte im Wasser zurückzuführen sind. Diese Beweisschwierigkeiten erleichtern es Glencore, jede Verantwortung von sich zu weisen und der lokalen Justiz, Verfahren zu verschleppen.

So erstattete im November 2011 der Bürgermeister einer der betroffenen Gemeinden Strafanzeige in Peru gegen das örtliche Management, ohne dass ernsthafte Ermittlungsschritte vorgenommen worden wären. Vielmehr wurde 2012 ein Protest gegen Glencore von der Polizei brutal beendet. Aber auch nach weiteren Untersuchungen im Jahr 2013, auf deren Grundlage die peruanischen Behörden feststellten, dass die Wasserverschmutzung eine Gefahr für die Gesundheit der Anwohner*innen darstellt, lehnt Glencore jegliche Verantwortung abund behauptet, die giftigen Stoffe kämen natürlicherweise in den Gewässern vor.

Die Idee eines transnationalen juristischen Vorgehens entstand 2014 im Rahmen eines internationalen Workshops in Lima/Peru, der strategische Prozessführung in Fällen von Menschenrechtsverletzungen durch extraktive Industrien behandelte. Teilnehmende peruanische Organisationen betonten, dass der peruanische Staat nicht aus seiner Verantwortung zu einer menschenrechtskonformen Regulierung der dortigen Bergbauaktivitäten zu entlassen sei, während teilnehmende europäische NGOs ein Vorgehen gegen das Unternehmen favorisierten.

Schließlich haben Betroffene gemeinsam mit dem ECCHR, der schweizerischen NGO Multiwatch und den peruanischen NGOs Derechos Humanos sin Fronteras und CooperAcción entschieden, einen Bericht an den UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Wasser und die UN-Arbeitsgruppe zu transnationalen Unternehmen zu senden. Die darin enthaltene Beschwerde kombiniert die verschiedenen Perspektiven und macht die menschenrechtliche Verantwortung der peru-

anischen Regierung, der Schweizer Regierung und des Unternehmens Glencore geltend (ECCHR 2015). Die Beschwerde argumentiert, dass die staatliche Schutzpflicht in Bezug auf das Recht auf Wasser, das im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte geschützt ist, den peruanischen Staat verpflichtet, Menschenrechtsverletzungen durch Dritte zu verhindern, bestehende Menschenrechtsverletzungen zu beenden und Betroffenen wirksame Beschwerdemöglichkeiten zu gewährleisten. Das mangelhafte Vorgehen gegen die Wasserverschmutzung durch die Tintaya-Mine stellt damit mutmaßlich einen Verstoß gegen diese Verpflichtung dar.

Obgleich die Bindung von Unternehmen an völkerrechtliche Menschenrechtsnormen umstritten ist, haben laut, dem ehemaligen UN-Berichterstatter zu Wirtschaft und Menschenrechten auch diese, zumindest eine sich aus gesellschaftlichen Erwartungen ergebende Sorgfaltspflicht, Menschenrechte zu achten. Glencore ist dieser Sorgfaltspflicht mit dem kategorischen Abstreiten jeglicher Verantwortung für die Verschmutzung und mit der Weigerung, die Ergebnisse interner Umweltverträglichkeitsstudien zu veröffentlichen und ernsthaft zur Feststellung der Quelle der Verschmutzung beizutragen, augenscheinlich nicht nachgekommen.

Schließlich sollte auch die Schweiz als Sitzstaat von Glencore Schritte unternehmen, um Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser durch Glencore zu verhindern. Auch diese Verpflichtungsebene ist augenscheinlich nicht beachtet worden. Allerdings hat die Schweizer Regierung in Reaktion auf den Bericht erklärt, weitere Studien zu den Ursachen der Verschmutzung unterstützen zu wollen, wenn alle Beteiligten zustimmen.

Zwar haben diese UN-Mechanismen keine Kompetenz, rechtsverbindliche Entscheidungen zu treffen. Sie überwachen jedoch die Umsetzung völkerrechtlicher Menschenrechtsstandards und treten gegebenenfalls in einen Dialog mit Staaten, Unternehmen und Zivilgesellschaft. Ziel der Beschwerde ist es, einen ersten Schritt in Richtung transnationaler Kooperation zu gehen, die zu weiteren Verfahren auf nationaler Ebene in Peru und auch in Europa führen soll.

Durch die Beschwerde angestoßene Untersuchungen zu den Ursachen der Verschmutzung und Feststellungen der UN-Mechanismen sollen als Grundlage solcher Verfahren genutzt werden. Abhängig vom Verlauf des Beschwerdeverfahrens könnten sich Möglichkeiten ergeben, vor peruanischen Gerichten das Versagen der peruanischen Behörden sowie die Verantwortlichkeit des örtlichen Glencore-Managements aufzuarbeiten und vor Schweizer Gerichten die Verantwortung von Glencore und seines Schweizer Managements zu thematisieren.

2.3 | Der Fall KiK: Organisierte Verantwortungslosigkeit entlang globaler Zulieferketten

Exemplarisch für die Konstellation, in der europäische Unternehmen über ihre globalen Zulieferketten mit Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang stehen, steht der Fall des deutschen Textildiscounters KiK. Am 11. September 2012 brach in der Textilfabrik Ali Enterprises in Karatschi/Pakistan ein Feuer aus. 255 Arbeiterinnen und Arbeiter starben, 55 Personen wurden verletzt. Ali Enterprises produzierte vornehmlich für den Textildiscounter, der mindestens 70 Prozent der Produktion von Ali Enterprises abnahm.

KiK sieht sich in einer „moralischen", jedoch in keiner rechtlichen Verantwortung und weigert sich, über eine Soforthilfe hinaus angemessene Entschädigungen zu zahlen. Man habe die Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsbedingungen regelmäßig prüfen lassen und der Brand sei völlig unvorhersehbar gewesen. Tatsächlich hatte das italienische Unternehmen RINA wenige Wochen vor dem Brand die Fabrik mit dem Güte-Siegel SA 8000 zertifiziert – dieses soll neben Sicherheitsstandards eine sozial- und ökologisch verträgliche Produktion garantieren. Dennoch bestanden gravierende Feuerschutzmängel: Vielen Arbeiter*innen

gelang es nicht, das Gebäude zu verlassen, da Notausgänge blockiert und Fenster vergittert waren. So zeigt dieser Fall einmal mehr, wie zweifelhaft die Aussagekraft von Zertifizierungen ist (so auch: Locke/Kochan/Romis/Qin 2007: 21-37). Rechtsverbindliche, einklagbare Standards scheinen deshalb entscheidend.

Aber die Feststellung rechtlicher Mitverantwortung von Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen entlang komplexer globaler Zulieferketten ist bisher schwierig. Denn rechtliche Verantwortung und Haftung knüpfen regelmäßig an Näheverhältnisse und die resultierenden Einflussmöglichkeiten, z.B. Rechtsverletzungen in einem Zulieferbetrieb zu ahnden, an. Oft kann keine direkte Verbindung zwischen einer Menschenrechtsverletzung bei einem Zulieferer und den Abnehmern in Europa hergestellt werden, obwohl diese über erheblichen ökonomischen Einfluss gegenüber den Zulieferbetrieben verfügen und damit auch auf Arbeitsbedingungen einwirken (Gereffi 2013; Staritz/Plank 2014). Denn gerade die Intensivierung des Wettbewerbs durch Flexibilisierung erlaubt es, Zulieferbetriebe über die Einkaufspolitik gegeneinander auszuspielen.

Trotz dieser Schwierigkeiten gibt es Ansatzpunkte im geltenden Recht: Ein Überlebender und drei Angehörige verstorbener Arbeiter der Ali Enterprises Fabrik klagen nun vor dem Landgericht Dortmund gegen KiK auf Schadensersatz. In einem zivilrechtlichen Verfahren mit Auslandsbezug ist in der Regel das Recht des Ortes anzuwenden, an dem der Schaden aufgetreten ist. Das anwendbare pakistanische Recht nimmt eine Haftung an, wenn Auftraggeber und Auftragnehmer zwar formal unabhängig sind, jedoch ein faktisches Kontrollverhältnis besteht. Dieses Kriterium sehen die Kläger als erfüllt an. Es bleibt abzu-



warten, ob das Gericht dieser Auffassung folgt.

Dieser schlimmste Industrieunfall in der Geschichte Pakistans wird aber auch vor pakistanischen Gerichten ermittelt. Verschiedene Gewerkschaften und Arbeitsorganisationen haben zusammen mit engagierten Anwälten strafrechtliche Verfahren gegen die Fabrikbesitzer in Gang gesetzt und die pakistanische Regierung über verwaltungsrechtliche Verfahren zu Entschädigungszahlungen verpflichtet. Bemerkenswert ist außerdem die Selbstorganisation der Betroffenen in der „Baldia Factory Fire Affectees Association". Sie treffen sich regelmäßig, um über die Gerichtsverfahren zu beraten und einander zu unterstützen, da viele den bisherigen Haupternährer verloren haben. Darüber hinaus organisieren sie Demonstrationen und informieren über Brandschutz und Arbeitsrechte.

Bei der Klage gegen KiK wird die „Baldia Factory Fire Affectees Association" von der pakistanischen Gewerkschaft NTUF und den deutschen NGOs medico international und ECCHR unterstützt. Mit diesen hat sie das Vorgehen gegen KiK erörtert, bis schließlich Vertreter von zehn Familien als mögliche Kläger*innen feststanden. Sollte die Klage Erfolg haben, muss sich KiK auf Klagen weiterer Betroffener gefasst machen. Ziel ist zum einen das Erstreiten einer angemessenen Entschädigung von KiK. Zum anderen ist den Betroffenen auch die politisch-strategische Komponente des Verfahrens wichtig. Sie fordern, dass KiK seine rechtliche Verantwortung anerkennt. Außerdem geht es um Abschreckung: Die Klage soll auch andere Unternehmen dazu bewegen, den Feuerschutz in Zulieferbetrieben ernst zu nehmen.

Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens weist die Klage auf einen eklatanten Mangel im deutschen Rechtssystem hin. Da es keine Möglichkeit für Gruppenklagen nach britischem Vorbild gibt, konnten auf Grund der hohen Prozesskosten nur vier der zehn ausgewählten Betroffenen klagen und dies auch nur mit internationaler Hilfe. Allein dies macht deutlich, dass hier keine effektiven Beschwerdemöglichkeiten bestehen.

3 | Die nationale Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte als Chance für transnationale Menschenrechtsklagen gegen Unternehmen

Die drei geschilderten Verfahren stehen beispielhaft für diverse Rechtsverfahren, die Betroffene seit den 1990er Jahren gegen transnationale Unternehmen wegen Menschenrechtsverletzungen angestrengt haben (Kaleck 2015). Daneben gab es auch auf UN-Ebene Bemühungen um eine Regulierung der menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen. Nachdem eine völkerrechtlich verbindliche Regelung zunächst scheiterte, wurden die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (Deutsches Global Compact Netzwerk 2014 für eine deutsche Übersetzung)2011 einstimmig vom UN Menschenrechtsrat angenommen. Die Leitprinzipien sind an sich nicht rechtsverbindlich, stellen aber einen Konsens der UN Mitgliedsstaaten dar und wurden auch von internationalen Wirtschaftsverbänden begrüßt. Sie bieten einen Ansatzpunkt, um die beschriebenen Probleme bei transnationalen Menschenrechtsklagen zu beheben. Die EU-Kommission hat die EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Leitprinzipien durch Aktionspläne auf nationaler Ebene umzusetzen, ein Prozess, der in Deutschland 2016 abgeschlossen werden soll.

Die Leitprinzipien basieren auf einer Trias von staatlichen Schutz- und unternehmerischen Achtenspflichten sowie der Pflicht, wirksame Beschwerdemöglichkeiten bereit zu stellen: Staaten sollen ihrer Schutzpflicht, Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen via Regulierung und Kontrolle zu verhindern, nachkommen. Unternehmen sind verpflichtet, Menschenrechte in ihrer Geschäftstätigkeit zu achten, indem sie entsprechende Sorgfaltspflichten einhalten. Betroffene von Verletzungen dieser Pflichten sollen wirksamen Rechtsschutz genießen. Bei einer robusten Umsetzung wäre dies ein riesiger Schritt hin zu einem effektiven Schutz von Menschenrechten gegen Verletzungen durch Unternehmen.

Ein Blick auf die in der obigen Fallanalyse identifizierten Probleme zeigt jedoch, dass der Teufel im Detail liegt und eine Verbesserung des Menschenrechtsschutzes von der konkreten Umsetzung der Leitprinzipien abhängen wird. Und da mangelt es noch erheblich. Derzeit stellen sich die europäischen Regierungen eher auf den Standpunkt, dass sie die UN-Leitprinzipien bereits jetzt umsetzen und nur noch kleinere Nachbesserungen von Nöten sind, die nicht auf substantielle Rechtsreformen, sondern auf die weitere Förderung von freiwilliger CSR durch Unternehmen hinauslaufen Auch in Deutschland ist zu befürchten, dass der Prozess zur Erstellung eines nationalen Aktionsplanes wenig substantielle Änderungen bringen wird. Denn es ist kaum der politische Wille zu erkennen, menschenrechtswidriges Handeln deutscher Wirtschaftsakteure im Ausland effektiv zu sanktionieren. Und so ist zu befürchten, dass es mehr vom Gleichen gibt: staatlich geförderte Initiativen der freiwilligen Übernahme sozialer Verantwortung, die Ressourcen von Gewerkschaften und NGOs binden, aber kaum mehr sind als Dialogforen ohne substantielle Ergebnisse.

Als Begründung, weshalb bindende Regulierungen nicht möglich sind, wird hier unter anderem ein völkerrechtliches Argument ins Feld geführt. Nach konservativer Rechtsmeinung haben Staaten keine Pflicht, außerhalb ihres Staatsgebietes auftretende Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, auch wenn Unternehmen mit Hauptsitz im Inland beteiligt sind. Einige Autoren meinen sogar, eine derartige Ausübung extraterritorialer Jurisdiktion würde gegen Völkerrecht verstoßen (Bellinger III/Blatt/Marks/Reeves Anderson/Clement/Harris 2012: 24-30). Dies sind Positionen, die den aktuellen Stand im Völkerrecht falsch wiedergeben. Staaten haben völkerrechtlich betrachtet die Möglichkeit, Unternehmen mit Hauptsitz im Inland auch in Bezug auf deren Verhalten im Ausland zu regulieren (Deutsches Global Compact Netzwerk 2014: 4). Insbesondere verstößt es natürlich nicht gegen Völkerrecht, ausländischen Klägern Rechtswege gegen die eigenen Unternehmen zu eröffnen (von Bernstorff 2011). Mit guten Argumenten kann auch vorgebracht werden, dass diese Möglichkeit sich sogar zu einer völkerrechtlichen Pflicht verdichtet (Coomans/Kamminga 2004).

Die dargestellten Fälle zeigen, dass die effektive Wahrnehmung extraterritorialer staatlicher Schutzpflichten durch die Bundesrepublik unverzichtbar ist: Juristisches Vorgehen gegen Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmenshandelnbraucht entsprechende Regulierungen und wirksame Rechtswege, auch für ausländische Betroffene. Dies zu erkämpfen ist nicht zuletzt das Ziel der Kläger*innen und Beschwerdeführer*innen in den besprochenen Fällen. Der KiK-Fall illustriert außerdem, dass es bei der Umsetzung der extraterritorialen Schutzpflicht darauf ankommt, ob in Deutschland ansässige Unternehmen auch eine Sorgfaltspflicht haben, Menschenrechtsverletzungen durch Zulieferfirmen zu verhindern.

Bei der Umsetzung der unternehmerischen Achtenspflicht geht es um die Konkretisierung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten, die den Kern des Problems in allen drei betrachteten Fällen darstellt. Die Wahrnehmung dieser Sorgfaltspflichten darf nicht allein bedeuten, dass Unternehmen in Policy Statements vollmundig ihr Committment zur Achtung der Menschenrechte versichern. Vielmehr müssen Unternehmen auch tatsächlich Verantwortung übernehmen, wenn sie in Folge mangelnder Kontrollen Menschenrechtsverletzungen durch ihre Tochter- oder Zulieferfirmen nicht verhindert haben und somit keine angemessene Sorgfalt haben walten lassen. Die Weigerung von KiK und Glencore, in den beschriebenen Fällen Verantwortung zu übernehmen, zeigt, dass Freiwilligkeit nicht ausreicht. Sorgfaltspflichten müssen sowohl im Straf- als auch im Zivilrecht in Ausübung der staatlichen Schutzpflicht rechtsverbindlich konkretisiert werden.

Der Verlauf der beschriebenen Verfahren zeigt aber auch, dass bestehende Beschwerdemöglichkeiten kaum als wirksam bezeichnet werden können. Neben der Konkretisierung

der unternehmerischen Sorgfaltspflichten als rechtssichere Grundlage für Beschwerden wäre es wünschenswert, Gruppenklagemöglichkeiten im deutschen Zivilrecht einzuführen, wie im Zusammenhang mit dem KiK Fall angesprochen. Zudem ist auch hier die Wahrnehmung extraterritorialer Staatenpflichten entscheidend. Es muss Betroffenen ermöglicht werden, am Sitzstaat transnational operierender Unternehmen juristisch gegen von diesen verantwortete Menschenrechtsverletzungen vorzugehen.

Letztlich werden die Art und Weise der Umsetzung der Leitprinzipien und vor allem die Berücksichtigung extraterritorialer Staatenpflichten über ihren Effekt entscheiden. Insofern müssen die Kampagnen globaler Netzwerke von Menschenrechts- und Umweltorganisationen dafür kämpfen, dass sich die Umsetzung der Leitprinzipien nicht zu einer unverbindlichen CSR-Initiativeentwickelt.

4 | Fazit

Trotz der verschiedenen Probleme und Herausforderungen sowohl rechtlicher Art als auch bei der Organisation transnationaler Zusammenarbeit zeigen die Fälle Lahmeyer, Glencore und KiK, dass transnationale juristische Kämpfe gegen Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen schon heute geführt werden. Wenn man diese unter der Perspektive strategischer Prozessführung betrachtet, bedeuten der teilweise schleppende Verlauf der Verfahren sowie die ungewissen juristischen Erfolgsaussichten keineswegs, dass diese Kämpfe verloren sind.

Dass im Fall Lahmeyer bisher eher zögerlich ermittelt wurde, liegt vermutlich nicht zuletzt an der mangelnden Gewöhnung deutscher Jurist*innen an den Gedanken, dass auch an Menschen außerhalb Europas begangene Straftaten hier verfolgt werden können. Dazu kommen zweifelsfrei bestehende Probleme bei Ermittlungen im Ausland und ein Mangel an Ressourcen, um solche, meist umfangreiche Untersuchungen durchzuführen. Diese Schwierigkeiten bestehen allerdings auch bei anderen transnationalen Sachverhalten wie Terrorismus und Betäubungsmittelkriminalität, ohne dass sich Strafverfolger in diesen Fällen von Ermittlungen abhalten ließen. Wie das Landgericht Dortmund mit der Zivilklage im Fall KiK umgeht, muss sich noch erweisen. Der Umgang mit derartigen Verfahren wird sich vielleicht im Laufe der Zeit ändern, muss doch die juristische Aufarbeitung von Unternehmensbeteiligung an Menschenrechtsverletzungen im Ausland erst noch als Bestandteil deutscher und europäischer Rechtspraxis etabliert werden (Kaleck 2015: 113f).

Hierbei bietet die spezifische Funktionsweise rechtlicher Mechanismen Raum für strategische Interventionen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass das Recht bestimmten Gesetzmäßigkeiten folgt, denen etwa Ansprüche auf Gleichheit vor dem Gesetz sowie Unparteilichkeit eingeschrieben sind. Formell steht auch den Machtlosesten die Möglichkeit zu, eine Klage zu erheben. Dies lässt gesellschaftliche Machtstrukturen natürlich nicht verschwinden: Ein großes Unternehmen kann z.B. auf einen riesigen Pool an rechtlicher Expertise zurückgreifen und hat gegebenenfalls die einschlägigen Rechtsnormen durch Lobbying beeinflusst, während es einer/m sudanesischen Betroffenen ohne internationale Hilfe oft kaum möglich ist, überhaupt eine Klage gegen ein deutsches Unternehmen zu erheben. Allerdings führt die beschriebene spezifische Funktionsweise dazu, dass das Recht den gesellschaftlichen Machtverhältnissen zumindest teilweise entrückt ist. (Buckel 2013: 29-32; Fischer-Lescano/Möller 2012: 28-30). In der Sphäre des Rechts können die Betroffenen des von Lahmeyer, Glencore und KiK verantworteten Schadens auf Anerkennung und Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts hoffen, die sie auf anderem Wege kaum durchsetzen könnten.

Damit diese Hoffnung nicht enttäuscht wird, muss letztlich der Diskurs davon, welche Verantwortung „unsere“ Unternehmen in globalen Produktionsprozessen tragen, beeinflusst werden. Die angestrengten Verfahren und deren Verbreitung durch Presse- und

Öffentlichkeitsarbeit, universitäre Lehre und Fachpublikationen können hierzu beitragen. Je mehr ein solcher Gegenentwurf zum Diskurs der freiwilligen Unternehmensverantwortung etabliert werden kann, desto eher kann es zu erfolgreichen Verfahren auch gegen einflussreiche Wirtschaftsakteure kommen.

Erfolgreiche Verfahren haben das Potential, die Unternehmensverantwortung für Menschenrechtsverletzungen über den Einzelfall hinaus zu stärken. Ein Urteil zu Gunsten der Kläger*innen im KiK-Fall würde auch die Haftung zahlloser anderer Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen in ihren Zulieferbetrieben begründen, eine Verurteilung im Lahmeyer Fall die Haftung von Managern in Fällen mit Auslandsbezug klarstellen. Weiterhin zeigen heute geführte Verfahren, welche Probleme im Rahmen der Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte gesetzgeberisch angegangen werden müssen, um Rechtsschutz in Fällen von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen im Ausland zu gewährleisten.

Miriam Saage-Maaß ist stellvertretende Legal Director beim European Center for Cnstitutional and Human Rights, wo sie das Programm Wirtschaft und Menschenrechte koordiniert. E-Mail: saage-maasz@ecchr.eu.

Simon Rau arbeitet als persönlicher Referent des Generalsekretärs für das European Center for Constitutional and Human Rights. E-Mail: rau@ecchr.eu.

Literatur

Ancheita, Alejandra/Terwindt, Carolijn 2015: Auf dem Weg zu einer funktionierenden transnationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 28/2014, Heft 4.

Bellinger III, John B./Blatt, Lisa S./Marks, Ramon P./Reeves Anderson, R./Clement, Paul D./Harris, Jeffrey M. 2012: US Supreme Court, Esther Kiobel et al v. Royal Dutch Petroleum Co. et al, On Writ of Certiorari to the United States Court of Appeals for the Second Circuit, Brief of Amici Curiae in support of respondents.

von Bernstorff, Jochen 2011: Extraterritoriale menschenrechtliche Staatenpflichten und Corporate Social Responsibility: Wie weit geht die menschenrechtliche Verantwortung des Staates für das Verhalten eigener Unternehmen im Ausland? In: Archiv des Völkerrechts, Jg. 49, 34-63.

Brot für die Welt/European Center for Constitutional and Human Rights/Misereor (Hrsg.) 2014: Unternehmen zur Verantwortung ziehen. Erfahrungen aus transnationalen Menschenrechtsklagen, Berlin.

Buckel, Sonja 2013: „Welcome to Europe. Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das „Staatsprojekt Europa". Bielefeld: transcript.

Coomans, Fons/Kamminga, Menno 2004: Extraterritorial Application of Human Rights Treaties. Antwerpen/Oxford: Intersentia.

Deutsches Global Compact Netzwerk (Hrsg.) 2014: Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Nichtamtliche Übersetzung, 2. Auflage.

European Center for Constitutional and Human Rights 2010: Strafanzeige gegen Lahmeyer (eingereicht bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main am 30. April 2010), abrufbar unter http://www.ecchr.de/lahmeyer.html.

European Center for Constitutional and Human Rights 2013: Sondernewsletter. Strafanzeige gegen leitenden Mitarbeiter der Danzer Group. Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen in der Demokratischen Republik Kongo, abrufbar unter http://www.ecchr.de/danzer.html.

European Center for Constitutional and Human Rights 2015: Water pollution in the influence area of Glencore in Espinar (Cusco, Peru). Legal Report to the Special Procedures of the United Nations Human Rights Council. Executive Summary, abrufbar unter http://www.ecchr.eu/de/unsere-themen/wirtschaft-und-menschenrechte/glencore.html.

Fischer-Lescano, Andreas/Möller, Kolja 2012: Der Kampf um globale soziale Rechte. Zartwäre das Gröbste. Berlin: Wagenbach.

Gereffi, Gary 2013: Global Value Chains in a post-Washington Consensus World. In: Review of International Political Economy, 2013, 21(1) 9-37.

Kaleck, Wolfgang 2015: Die Verantwortung von Unternehmen und Unternehmern für Völkerrechtsverbrechen – die Entwicklung seit den Nürnberger Prozessen. In: Kaleck, Wolfgang/Jeßberger, Florian/Singelnstein, Tobias, Wirtschaftsvölkerstrafrecht. Ursprünge, Begriff, Probleme, Perspektiven. Baden-Baden: Nomos (im Erscheinen), 77-114.

Locke, Richard/Kochan, Thomas/Romis, Monica/Qin 2007: Beyond corporate codes of conduct: Work organization and labour standards at Nike's suppliers. In: International Labour Review, Jg. 146, Heft 1, 21-37.

Renner, Moritz 2014: Transnationale Wirtschaftsverfassung. In: Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, Jg. 78, 750-783.

Scherer, Andreas Georg/Palazzo, Guido 2008: Globalization and Corporate Social Responsibility. In: Crane, Andrew/McWilliams, Abagail/Matten, Dirk/Moon, Jeremy/Siegel, Donald S. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Corporate Social Responsibility. Oxford: Oxford University Press, 413-431.

Staritz, Cornelia/Plank, Leonhard 2014: Global Competition, Institutional Context, and Regional Production Networks: Up- and Downgrading Experiences in Romania's Apparel Industry, Working Paper No. 50, Wien: Austrian Foundation for Development Research.



CONRAD TALER

ASCHE AUF VEREISTEN WEGEN
Berichte vom Auschwitz-Prozess

171 Seiten – € 13,90
978-3-89438-263-6

»Jedem zu empfehlen, der sich rasch über den Verlauf des Auschwitz-Prozesses, über dessen Höhepunkte und die im Gerichtssaal ausgetragenen Konflikte ein Bild machen möchte.« (Fritz-Bauer-Institut zur 1. Auflage) Ergänzt um einen Aufsatz über den Initiator des Verfahrens, Fritz Bauer, von seiner Biografin Irmtrud Wojak.



CONRAD TALER

SKANDAL OHNE ENDE
Deutscher Umgang mit dem Rechtsextremismus

175 Seiten – € 12,90
978-3-89438-503-3

Wenn eine Gruppe von Neonazis lange Zeit ungehindert morden kann, so ist das auch eine Folge jahrelanger Verharmlosung des Rechtsextremismus. Conrad Taler nennt jene beim Namen, die sich hieran beteiligt haben. Auch jene, für die der Feind schon immer links stand: Die Geheimdienste.

PapyRossa Verlag
mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

SONDERSCHWERPUNKT

Fritz Bauer: Menschenrechte als Herausforderung von Rechtspraxis und Rechtspolitik



© CV films: www.fritz-bauer-film.de

Nach den Wurzeln des Bösen fragen

Aus dem Wortlaut eines Vortrages von Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer

Fritz Bauer

Die Frage: „Dienen KZ-Prozesse der politischen Aufklärung?“ unterstellt den wegen NS-Verbrechen eingeleiteten Strafverfahren einen instrumentalen Charakter; sie werden als Mittel zu einem Zweck, etwa dem Zweck der politischen Bewusstseinsbildung verstanden. Dies geschieht keineswegs nur hier; mündlich und schriftlich wird den Staatsanwälten der Bundesrepublik oft die Frage vorgelegt: Was bezweckt ihr denn eigentlich mit diesen Verfahren? Mit dem Auschwitz-Verfahren? „Was mit den Verfahren wegen so genannter ‚Euthanasie‘„?

Die Antwort könnte einfach lauten: Die Staatsanwaltschaft ist nach unserer Strafprozessordnung verpflichtet, ein Verfahren einzuleiten, wenn eine strafbare Handlung begangen wurde.

Ich habe nicht die Absicht, mit einem solchen Rückzug auf das geltende Recht und seinem Verzicht auf Nützlichkeitserwägungen irgendwelcher Art das Rednerpult zu verlassen; ich stelle mich auf den Boden der Fragestellung, die übrigens die Staatsanwälte des Landes Hessen von Anfang an begleitet hat und täglich bis in den Traum hinein begleitet.

Nach der Auffassung der hessischen Staatsanwälte können und sollen die Prozesse auch der politischen Aufklärung dienen. Daran ist kein Zweifel. Wenn Sie, meine Damen und Herren, mich nun fragen, ob sie diese Zweckbestimmung auch erfüllen werden, stocke ich schon.

Was hat der Auschwitz-Prozess, an den Sie vornehmlich gedacht haben werden, bisher gebracht? Die Angeklagten – mit Ausnahmen, die auch reserviert und beschränkt genug waren – bestreiten ihre Taten. Sie haben nichts gesehen und nur vom Hörensagen Dunkles gewusst, sie haben nichts getan, obwohl sie durch das Tor gingen, das die Aufschrift trug: „Arbeit macht frei“, und in Kürze erkannt haben, dass niemand frei wurde, es sei denn durch den Tod.

Die Angeklagten haben in den Spiegel des deutschen Volkes geschaut und gelernt, dass „man“ nichts wusste, dass niemand etwas ahnte und, wenn das Unglaubliche überhaupt glaubwürdig sei, man erst lange nach dem nazistischen Zusammenbruch erfahren habe. Nicht zuletzt die Auslandspresse wird im Römersaal mit der Tatsache konfrontiert, dass selbst die Männer mit millionenfachem Blut an ihren Händen nichts zu wissen vorgeben; niemand kann sich wundern, wenn sie die Kollektivunwissenheit des deutschen Volkes in Zweifel zu ziehen beginnt und eine unbußfertige Verschwörung des allgemeinen Nichtwissens wittert.

1 | Der tiefere Sinn der Prozesse

Hunderte von Zeugen werden kommen, sie werden die Hand zum Schwur heben, und wir werden die tätowierte Hand sehen, die die Nummer trägt, jene Marke, die sonst nur Tiere im Schlachthaus erhalten und die die nazistische Verachtung alles Menschenwerten sinnfällig macht. Sie werden die Hölle von Auschwitz beschwören, jenes unsägliche Leid der Überlebenden, die ihre Familien verloren haben und die selber die Todesqual bis zum

Wahnsinn erlitten. Ob sie zu einer weiteren Aufklärung, nach der Sie, meine Damen und Herren, mich hier fragen, beitragen werden, weiß ich nicht. Wer seither hören wollte, konnte hören, wer sehen wollte, konnte sehen. Eine Flut wissenschaftlicher Werke, Zeitschriften- und Zeitungsaufsätze ist dem breiteren Publikum zugänglich gewesen; teure Bücher, geschenkt-billige Bücher, Bildbände, Filme, Ausstellungen, Werke, die Zeitgeschichte referieren, die mit dem Blut und den Tränen der Schreibenden getränkt sind, Werke, die zum Nachdenken Anlass geben, die uns die Schamröte ins Gesicht treiben, die uns tief traurig stimmen und verzagt machen und zweifeln und verzweifeln lassen. Die Zeugen können nur das bestätigen, und unsere Sachverständigen des Instituts für Zeitgeschichte werden es zusammenfassen und katalogisieren. Um dieses Stoffes willen brauchte es keine neuen Prozesse.

2 | Trügerischer Schein

Es gibt aber noch etwas anderes als die bloßen Fakten. Die Prozesse sind aus einem anderen, tieferen Grunde notwendig. Sie müssen die Frage nach dem Warum aufwerfen, denn ohne Antwort auf das Warum, ohne Frage nach den Wurzeln des Bösen, nach den Wurzeln des Kranken gibt es kein Heil und keine Heilung. Immer wieder wird uns gesagt, und neulich hat Professor Bockelmann in einem Artikel der FAZ mir vorhalten zu müssen geglaubt, dass die Angeklagten in den Antinazi-Prozessen sozial angepasste Menschen, gute Familienväter, brave Ehemänner seien, die im Berufsleben stünden, ohne zu morden und zu misshandeln. Hier sei – so schließt man – nichts mehr zu erziehen, nicht weil an den Angeklagten Hopfen und Malz verloren sei, sondern weil sie über genügend soziale Tugenden verfügten, so dass uns zu bessern nichts übrig bleibe. Nichts ist falscher. Auch die Mörder, Räuber, die gewöhnlich auf unseren Anklagebänken sitzen, sind in der Regel gute Familienväter und Ehemänner, oft haben sie geradezu aus Familiensinn gehandelt. Die Höchsten der Nazis haben Tiere geliebt und gehegt; an Tierschutzgesetzen war gewiss kein Mangel. Viele, auch gerade die Leiter der KZ- und Vernichtungslager, waren um ihre Familie besorgt, sie sind auch, wie schrecklich es klingt, ihrem Beruf mit Pflichteifer nachgegangen, sie waren nicht faul, sie waren nicht lässig. Verbrecher sehen in aller Regel nicht anderes aus als Menschen sonst. Kain und Abel waren Brüder, und um Kain zu erkennen, bedurfte es – wohlgemerkt nach dem Brudermord – des Kainszeichens. Der Schein der Bürgerlichkeit, der von den Angeklagten ausgeht, kann trügen.

Auch der Schein der Bürgerlichkeit, der von Teilen der deutschen Öffentlichkeit ausstrahlt, die wie die Angeklagten im Gerichtssaal möglicherweise nichts gelernt und möglicherweise wie sie alles verdrängt und vergessen haben, kann trügen und gefährlich sein. Die Prozesse sind eine Schule für die Angeklagten und ihre und unsere Mitwelt, sicher in Deutschland, wahrscheinlich auch außerhalb seiner Grenzen. Sie sind eine Unterrichtsstunde, nicht um Fakten zu lernen, sondern aus ihnen zu lernen und die Zeichen zu verstehen.

Selbst auf die Gefahr, einen Sturm der Entrüstung zu wecken, sei es ausgesprochen – die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ist noch lange nicht „bewältigt". Hier wird keiner von uns ausgenommen, und alles Pharisäertum ist unangebracht. Die Prozesse stellen eine bittere Medizin dar; wir alle müssen sie schlucken.

Ich weiß, dass alle Angeklagten – die Angeklagten auf allen Anklagebänken der Welt – nur Stellvertreter für viele andere sind. Hier liegt eine große Ungerechtigkeit. Die so genannte Dunkelziffer – die Zahl der nicht angezeigten, nicht angeklagten und nicht abgeurteilten Täter – ist ungeheuer groß. Wir verurteilen im Jahr in Deutschland etwa 5.000 bis 6.000 Abtreibungsfälle, wir glauben aber zu wissen, dass ihre wirkliche Zahl sich zwischen 500.000 und zwei Millionen bewegt. Auch die wegen NS-Verbrechen Angeklagten erschöpfen nicht die Zahl der wirklichen

Täter, die Zahl derer, die mehr oder minder mitschuldig waren. Was für die Zahl der Abtreibungen, der Betrügereien, Diebstähle usw. gilt, gilt genauso hier.

3 | Lehren ziehen

Es ist nicht angebracht, alle, die an den Ereignissen 1933–1945 beteiligt waren, über einen Kamm zu scheren. Wir können und müssen einige Typen trennen. Jeder Typus mag seine Lehren ziehen. Dabei muss von vornherein um der historischen Wahrheit willen gesagt sein, dass Hitler nicht wie der Blitz aus heiterem Himmel kam, dass er nicht etwa ein Millionenvolk überrannte und versklavte, wie er später fremde Nationen überfiel. Lassen Sie mich der Einfachheit halber drei Typen unterscheiden: 1. die Gläubigen, 2. die Gehorsamen, 3. die Nutznießer.

Der erste Typus besteht aus den Fanatikern, den Gläubigen. Es sind diejenigen, die sich der angeblich allein selig machenden Lehre des Nazismus verschrieben haben, sei es, dass sie diese Lehre erfunden, von anderen übernommen oder durch Außenlenkung, Propaganda und dergleichen sich zu eigen gemacht haben. Das war nicht nur der innere Kreis der Hitlers, Görings und Goebbels', es waren Millionen, die von dieser Lehre überzeugt waren. Sie ließen sich gerne genug überzeugen, weil die so genannte Weltanschauung des Nazismus ihnen schmeichelte und ihnen eine ehrenvolle Rolle im Welttheater zuspielte, weil sie eigenes Versagen auf die Machenschaften diabolischer Mächte, vor allem der Juden, abwälzte und alle Schicksalsschläge auf das Wirken finsterer Mächte, der angeblichen Weisen von Zion, zurückführte.

Es gibt nur eine Medizin: Es ist der Gedanke der Toleranz und der Anerkennung und der Vielfalt der Menschen, ihrer Meinungen und ihrer Wünsche, nach eigener Façon selig zu werden.

Es gibt einen zweiten Typus von Tätern, es sind die Blindgehorsamen, die immer und ewig Gehorchenden. Sie berufen sich auf den Satz „Gesetz ist Gesetz, Befehl ist Befehl." In der Sprache der Landser und der KZ-Wachmannschaften lautet der Satz „Dienst ist Dienst, und Schnaps ist Schnaps".

Der blinde Gehorsam ist – nehmt alles nur in allem – vorzugsweise ein deutsches Erziehungsprodukt. Manche hielten und halten den blinden Gehorsam vielleicht heute noch für eine deutsche Tugend.

Soziale Gruppen sind groß und stark geworden durch Gehorsam, die Welt selbst wurde aber groß durch den Ungehorsam der Einzelgänger und der Völker, die aufbegehren und für ihr Recht, für ihre Menschenrechte stritten.

Die deutsche Geschichte ist durch die Tabuisierung des Ungehorsams gekennzeichnet. Die Idee der Souveränität des Menschen und der Völker wurde durch den autoritären Staatsgedanken ersetzt. Der Staat wurde vergötzt und die Obrigkeit zum obersten Guten erklärt. Kant ist mit dem schlechtesten Beispiel vorausgegangen. „Wenn ein Volk", so lesen wir, „unter einer gewissen Gesetzgebung seine Glückseligkeit mit größter Wahrscheinlichkeit einbüßen sollte, was ist für dasselbe zu tun? Soll es sich nicht widersetzen? Die Antwort kann nur sein: es ist für dasselbe nichts zu tun als zu gehorchen." Und als der alte Kant sich noch mit der Frage befasste, ob die Richter das Recht hätten, einem unmenschlichen Gesetz den Gehorsam zu verweigern, wusste er nur den knechtischen Rat: „Es wäre lächerlich, sich dem Gehorsam gegen das Gesetz darum entziehen zu wollen, weil dieses angeblich nicht mit der Vernunft übereinstimmt. Darin besteht eben das Ansehen der Regierung, dass sie dem Untertanen nicht die Freiheit lässt, nach eigenem Begriff, sondern nach Vorschrift über Recht und Unrecht zu urteilen."

Gewiss, es gab wenige, verschwindend wenige Ausnahmen. Anselm von Feuerbach, der große Strafjurist, schrieb als junger Mensch ein Buch gegen die Auffassungen Kants, und als Präsident des Appellationsgerichtes zu Ansbach erklärte er trotzig: „Der Ungehorsam ist dem

Richter eine heilige Pflicht, wo der Gehorsam Treubruch sein würde gegen die Gerechtigkeit, in deren Dienst er allein gestellt ist." Geherrscht hat aber bis 1945 der Geist Kants und Hegels, und der bemüht sich heute schon wieder aufzuerstehen.

Hegel hat erfolgreich gelehrt, der Staat brauche weder innen- noch außenpolitisch moralisch zu handeln. Die Vorstellung, der Staat könne Unrecht tun und eine Politik des Staates könne Unrecht sein, verkenne die Natur des Staates und beruhe – wörtlich – „auf der Seichtigkeit der Vorstellungen von Moralität." Die deutsche Außen- und Innenpolitik hat sich das nicht zweimal sagen lassen, sie führte zu Auschwitz, Treblinka; Buchenwald und Dachau, von dem vom Zaune gebrochenen Angriffskrieg Hitlers ganz zu schweigen.

Wir brauchen eine Ethik, die nicht bloß formal die jeweilige Pflichterfüllung auf den Thron setzt. Eine Einheitsethik, die nur Freund und Feind im Stile Carl Schmitts kennt, muss ausgeschlossen sein. Was uns gemeinsam verbindet, kann nur Toleranz sein, die Anerkennung von allen, die Menschenantlitz tragen.

4 | Nichtige Befehle

An diesem Ethos des Pluralismus sind Gesetz und Befehl zu messen, zu wägen, und, wenn es sein muss, zu leicht zu befinden. Gesetz und Befehl können dann null und nichtig sein, Gehorsam ist dann Unmoral, und Ungehorsam ist die einzige Moral, die es gibt. Ich bin mir bewusst, wie revolutionär eine solche These manchen unter uns noch heute erscheint.

Ich komme zum dritten Typus. Es gibt nicht nur Nazis, die die Verbrechen begingen, sie begünstigten oder duldeten, weil sie überzeugte Anhänger des Nazismus waren und in dem biologischen Darwinismus der Weisheit letzten und einzigen Schluss sahen oder weil sie glaubten, blinder Gehorsam sei der Inhalt moralischen Handelns; die überwiegende Mehrzahl, die vielen Millionen, folgten Hitler, billigten ihn oder schwiegen, weil sie Opportunisten und Nutznießer waren.

Brutale Menschenverachtung, Lebensneid und Sadismus können scheinheilig verklärt werden. Die Leute glaubten nicht an die angebliche Moral des Darwinismus oder die angebliche Ethik des blinden Gehorsams. Sie heulten mit den Wölfen und schwammen mit dem Strom, weil es bequem war und ihnen psychische, wirtschaftliche und soziale Vorteile für sie und ihre Familie, ihre amtliche Stellung und ihren Betrieb versprach. Karriere und Kapital, Posten und Profit, Instinktentladungen und Perversionen lockten. Die Kriminellen auf der Anklagebank und andere waren mitunter mit der Zurückstellung von dem gefährlichen Dienst an der Front, ja, mit Urlaub, Zigaretten und Schnaps zufrieden, die ihnen in Aussicht gestellt wurden. Sie sagten ja und – wenn auch nicht amen – so doch „Heil Hitler", um Stirnrunzeln der Vorgesetzten und andere bescheidene Unannehmlichkeiten, etwa kritische Vermerke in ihren Personalakten, z.B. „Humanitätsduselei", „ungeeignet für die SS" zu vermeiden. In Uniformen mit Totenköpfen, die Furcht und Schrecken verbreiteten, großspurig und mit gespreizten Schenkeln kaschierten sie ihren Minderwert und ihre Minderwertigkeitsgefühle, sie buckelten nach oben und traten nach unten. Sie konnten ihr bürgerliches Fiasko durch Aggressivität nach außen abreagieren; die Knechtsseele konnte als eingebildeter Herrenmensch leben. Die Spießer und Kleinbürger, die es in allen Schichten oben und unten gibt, fanden scheinbar legitime Kanäle für ihre Lebens-, Macht- und Vermögensansprüche.

Ihr Ethos heißt Mimikry, äußere Anpassung, Konformismus, Egoismus und Feigheit. Aus ihren Mündern hingen die unehrlichen Spruchbänder „Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht", „Ordnung ist wichtiger als Freiheit", vielleicht auch „Deutschland erwache, Juda verrecke!". Weil das primitiv Menschliche, sehr Menschliche, hier Wirklichkeit und Ereignis ward und diese Verhaltensweise sehr allgemein, sehr verbreitet, sehr beliebt und sehr populär ist, wird die Lehre unserer Prozesse besonders deutlich und schmerzhaft. Es geht aber um einen kardinalen Punkt.

5 | Pflicht zum Nein

Wenn die Prozesse einen Sinn haben, so ist es die unumgängliche Erkenntnis, dass bequeme Anpassung an einen Unrechtsstaat unverantwortlich ist. Wenn der Staat kriminell ist, weil er die Menschen- und Freiheitsrechte, die Gewissensfreiheit, das Recht auf eigenen Glauben, auf eigene Nation und Rasse, das Recht auf eigenes Leben systematisch verletzt, ist ein Mitmachen Unrecht. Es ist, wie unsere Prozesse demonstrieren sollen, möglicherweise Mord, gemeiner Mord. Dabei macht es keinen Unterschied, ob ich selber Hand anlege oder nicht. Es kommt nicht darauf an, ob an meinen eigenen Händen Blut klebt, oder ob sie nur mit Tinte besudelt sind, ob ich aktiver Täter, Nutznießer oder nur beifällig nickender Zuschauer bin.

Worüber die NS-Prozesse aufklären, das ist das Recht, ja die Pflicht zum Nein gegenüber unmenschlichen Anordnungen. Das wird von den Angeklagten, von uns allen gefordert, weil es die Grundlage eines menschenwürdigen Zusammenlebens aller ist. Das ist die Moral der Geschichte, das ist der Beitrag der Prozesse zum politischen Bewusstsein.

Es ist leicht und bequem, mit den Wölfen zu heulen und dabei sein Schäfchen ins Trockne zu bringen. Es ist schwer, sich dem Bösen zu widersetzen, wenn die Wölfe im Namen des Staates handeln und das Mitheulen gebieten. Aber auf dieses Nein kommt es an.

6| Alles ist noch Gegenwart

Ich habe nicht zu den Rechtsfragen der Prozesse gesprochen, denn sie gehören nicht zu meinem Thema. Ihre Lösung mag den Plädoyers der Staatsanwälte und dem Urteil des Gerichtes überlassen bleiben. Gefragt ist nach dem politischen Bewusstsein und der politischen Aufklärung, die zugleich moralisches Bewusstsein und moralische Aufklärung meinen.

Aufklärung ist eine Sache des Verstandes. Sie sagt uns mit Logik, mit Deduktionen und Induktionen, was ist und was sein soll, vielleicht was der Weisheit letzter Schluss ist. Ich hoffe, nicht ohne Logik gesagt zu haben, was geschehen muss, um Grausamkeiten zu vermeiden, wie sie der Gegenstand der Prozesse sind und – nicht zuletzt in einem atomaren Zeitalter – wieder geschehen können. Nichts gehört der Vergangenheit an, alles ist noch Gegenwart und kann wieder Zukunft werden. Nichts ist – wie man zu sagen pflegt – „bewältigt"; wir stehen erst am Anfang, mag auch die breiteste Öffentlichkeit sich gerne in dem Glauben wiegen, sie habe schon so viel getan, dass ihr zu tun fast nichts mehr übrig bleibe.

Ich glaube nicht, dass Aufklärung allein genügt; die Aufstellung eherner Tafeln: „Du sollst", „Du sollst nicht" reicht nicht aus. Gebote und Verbote, die gehalten werden sollen, verlangen einen Urgrund des Fühlens, den zu schaffen allen staatlichen Gewalten, allen sozialen Gruppen, allen Fakultäten aufgegeben ist. Dieser Urgrund des Fühlens wird hoffentlich aufgewühlt, wenn etwa im Auschwitz-Prozess die Überlebenden kommen und Zeugnis ablegen.

Es ist eine Klima der Toleranz und Anerkennung erforderlich, aus der die Solidarität mit allem Menschlichen erwächst. Zu prüfen, wie es zu schaffen ist, ist des Schweißes aller Edlen wert.

Dr. Fritz Bauer, ehemaliger hessischer Generalstaatsanwalt (*16. Juli 1903 Stuttgart †1. Juli 1968 Frankfurt am Main) und Initiator des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses.

Anmerkung

1 Die nachfolgenden Auszüge aus dem Wortlaut eines Vortrages, den der hessische Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer am 5. Februar 1964 in der der Frankfurter Universität gehalten hat, wurden am 7. März 1964 von der in Frankfurt erscheinenden antifaschistischen Wochenzeitung Die Tat veröffentlicht. (Nr. 10, Seite 12). Sie sind sonst nirgendwo dokumentiert. Die Redaktion schrieb dazu einleitend:

„Der hessische Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer hielt am 5. Februar vor 800 Studenten in Frankfurt einen Vortrag zu dem Thema ‚Kriegsverbrecherprozesse und politisches Bewusstsein – Dienen KZ-Prozesse der politischen Aufklärung?' (Wir haben darüber kurz in Nr. 7 berichtet.) Angesichts der Bedeutung dieses Vortrages baten wir Dr. Bauer um die Überlassung des Wortlautes, aus dem wir mit freundlicher Genehmigung des Generalstaatsanwalts auf dieser Seite Auszüge veröffentlichen. Die Zwischentitel wurden von uns eingefügt."

Fritz Bauer: „Im Kampf um des Menschen Rechte"

Irmtrud Wojak

Fritz Bauers Leben und Werk sind beispielhaft für die Geschichte eines standhaften Sozialdemokraten im katastrophalen 20. Jahrhundert. Als junger Mann durchlitt er Verfolgung, KZ-Haft und erzwungene Emigration. Nach dem Ende der Nazi-Herrschaft kehrte er nach Deutschland zurück, um am Aufbau einer neuen Demokratie mitzuwirken. Anfeindungen und Morddrohungen begleiteten Fritz Bauers Leben und juristisches Wirken. „Was haben wir für ihn getan?", fragte Robert M. W. Kempner, Ankläger im Nürnberger Militärtribunal, selbstkritisch nach Bauers Tod im Jahr 1968. Und Bauers Zeitgenosse Walter Fabian (1902–1992), antifaschistischer Widerstandskämpfer und Exilant wie er, sah voraus, dass Leben und Werk des Juristen erst viel später in Erinnerung kommen würden.[1] (Fabian 1968: 490; Hessisches Ministerium der Justiz 1969: 25)

Den einzigen autobiografischen Artikel, den Fritz Bauer hinterließ, überschrieb er bezeichnenderweise mit dem Titel: „Im Kampf um des Menschen Rechte" (Bauer 1955a; Bauer 1955b). Die Zeiten, in denen sein Leben und Werk Verleumdungen ausgesetzt war, sind jedoch nicht vorbei. Anfeindungen, wie er sie aufgrund seiner jüdischen Herkunft und seiner politischen Einstellung erlebte, sind im Gegenteil wieder virulenter geworden[2] (Rautenberg 2014a; Rautenberg 2014b; Nelhiebel 2014a; Nelhiebel 2014b). Fünfzig Jahre nach dem ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess ist Fritz Bauers Kampf um des Menschen Rechte so nötig wie eh und je.

1| Die „schwäbische Heimat" Stuttgart

Fritz Bauer wurde 1903 in Stuttgart als erster Sohn einer gutbürgerlichen Kaufmannfamilie jüdischer Herkunft geboren. Drei Jahre später kam seine Schwester Margot in Württembergs Hauptstadt zur Welt. Die schwäbischen Wurzeln der Familie reichten tief. Seine Kindheit wurde geprägt von der bürgerlichen Herkunft und vom emanzipatorischen Geist, der im Haus seiner Großeltern in Tübingen herrschte, der Heimatstadt seiner Mutter Ella (Wojak 2009).

Fritz Bauer hat von seinem Heimweh nach Stuttgart gesprochen, als er Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals besuchte. In seiner Wiedersehensfreude erwähnte er in einem Brief an den damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher (1895-1952), er habe „Spätzle mit Sauerkraut" gegessen: „Ich habe sie seit 12 Jahren vermißt!". Sogar die Speisekarte habe er „geklaut – bloß wegen der ‚Spätzle RM 1'" und um sein „schwäbisches Heimweh zu lindern".[3]

In Stuttgart verbrachte Fritz Bauer seine Jugend, von hier aus folgte sein Vater Ludwig Bauer dem kaiserlichen Ruf und zog in den Ersten Weltkrieg. In Stuttgart besuchte Fritz Bauer das traditionsreiche Eberhard Ludwig Gymnasium, hier erlebte er die Revolution von 1918/19, die eigentlich keine war. Aus Stuttgart zog er fort ins Studium, nach Heidelberg, München und Tübingen – und wurde in Württembergs Hauptstadt schließlich jüngster Amtsrichter Deutschlands.

Als Student riss ihn die Aufbruchsstimmung nach dem Untergang des Kaiserreiches ins politische Leben. In Stuttgart schloss sich Fritz Bauer der Sozialdemokratischen Partei an und verteidigte fortan die Republik gegen deren nationalsozialistische Feinde.

2 | 1933: „Machtübernahme der Nazis und Flucht ins Exil

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde die Laufbahn des jungen Juristen jäh unterbrochen. Die neuen Herren sperrten den Nazi-Gegner ins KZ Heuberg und entließen ihn im April 1933 aus dem Richteramt. Ende 1935 flüchtete der 32-Jährige ins Exil nach Kopenhagen. Seine Eltern retteten sich in letzter Minute, nachdem das Pogrom vom 9. November 1938 auch ihnen klar gemacht hatte, dass es für Juden in Deutschland kein Überleben mehr gab.

In Kopenhagen heiratete Fritz Bauer die Montessori-Kindergärtnerin Anna Maria Bauer-Petersen (1903–2002). Sie half ihm, sich nach der Besetzung durch die Deutschen im April 1940 vor seinen Verfolgern zu verstecken. Als die Nationalsozialisten im Oktober 1943 auch in Dänemark die Ermordung der Juden in Gang setzen wollten, floh Bauer, zusammen mit seinen Eltern und der Familie seiner Schwester, in einer dramatischen Rettungsaktion über das Kattegat nach Schweden. Dänische Fischer retteten sie, nachdem sie in die kleine Stadt Rørvig geflüchtet waren, wo sie sich einschifften.

Bauer war von Anfang an in sozialdemokratischen Exilorganisationen aktiv. In Schweden lernte er Willy Brandt (1913-1992) kennen. Er setzte sich dafür ein, nach dem Krieg eine sozialistische Einheitspartei ins Leben zu rufen. Im skandinavischen Exil erlebte der Flüchtling nicht nur die teilweise erbittert geführten Kämpfe um die Nachkriegsordnung Deutschlands, sondern musste auch antisemitische Anfeindungen durch Mitglieder der eigenen Partei ertragen.

Nach der Kapitulation des so genannten Großdeutschen Reiches kehrte Fritz Bauer zunächst von Schweden nach Dänemark zurück. Er war sich nicht sicher, ob er nach Deutschland gehen sollte, auch wenn er erste Kontakte knüpfte. Bei Kurt Schumacher setzte er sich für den zehn Jahre jüngeren Willy Brandt ein, und er machte eine Besuchsreise nach Hannover. Die Rückkehr in seine geliebte schwäbische Heimat scheiterte, weil es in der württembergischen Justiz niemanden gab, der ihn zurückrief.

3 | 1949 – Rückkehr nach Westdeutschland

Wenige Wochen vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Verabschiedung des Grundgesetzes kehrte Fritz Bauer nach Deutschland zurück. Im niedersächsischen Braunschweig wurde er 1949 zunächst zum Landgerichtsdirektor und 1950 zum Generalstaatsanwalt am Braunschweiger Oberlandesgericht ernannt. 1956 berief ihn der sozialdemokratische hessische Ministerpräsident und Justizminister Georg August Zinn (1901-1976) in das Amt des Generalstaatsanwalts in Frankfurt am Main. Dort wirkte Bauer zwölf Jahre, bis 1968.

Angespornt von seinen Erkenntnissen als Verfolgter des Nazi-Regimes, von seinen Kindheitsträumen und seinem schwäbischen Idealismus setzte er sich für ein neues Recht und für die Demokratie ein. Er wollte mithelfen, bei einem grundlegenden Neubeginn und einer geistigen Revolution der Deutschen. „Ich bin zurückgekehrt“, sagte er, „weil ich glaubte, etwas von dem Optimismus und der Gläubigkeit der jungen Demokraten in der Weimarer

Republik, etwas vom Widerstandsgeist und Widerstandswillen der Emigration im Kampf gegen staatliches Unrecht mitbringen zu können. [...] Ich wollte ein Jurist sein, der dem Gesetz und Recht, der Menschlichkeit und dem Frieden nicht nur Lippendienst leistet.“ (Bauer 1962)

4 | Vorbilder

4.1 | Was war es, das Fritz Bauer nicht aufgeben ließ?

Die übergroße Mehrheit der Deutschen wollte nach 1945 vergessen und so schnell wie möglich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen. Was war es, das ihn nicht aufgeben ließ?

Es war ein Bibelwort des Alten Testaments, das die Mutter Ella Bauer dem Knaben zur Antwort gab, als er sich, bedrängt von antisemitischen Attacken seiner Mitschüler, an sie wandte mit der Frage: „Was ist eigentlich Gott“? Bauer erinnerte sich später sehr genau an diese Szene und bekannte, die Antwort seiner Mutter sei zur Richtschnur seines Lebens und seiner Tätigkeit geworden: „Was Du nicht willst, dass man dir tu – das füg’ auch keinem andern zu!“[4] Der schlichte Satz entspricht dem Leitgedanken des Grundgesetzes der Bundesrepublik: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Natürlich war sich Bauer darüber im Klaren, dass Nächstenliebe nicht gesetzlich vorgeschrieben werden kann, wohl aber sollten sich Staat und Gesellschaft von der Maxime leiten lassen: „Schädige keinen anderen!“ Sie sei in den Weltreligionen seit Jahrtausenden verankert und fordere zu bewusstem Handeln durch aktives Unterlassen auf. Seine eigenen Erfahrungen bestärkten Bauer in dieser Auffassung.

4.2 | Prägende Erfahrungen: Gustav Radbruch – Mord an Walther Rathenau – Kurt Schumacher

Wie viele andere idealistisch gesinnte Jugendliche verband Fritz Bauer den Untergang der Monarchie mit der Hoffnung auf eine „Selbsterlösung“ der Menschheit, auf einen „Sieg des Geistes“, der „Freiheit und Gerechtigkeit“ will. (Jochmann 1971: 445) Alle Deklassierten und Benachteiligten, darunter auch die Juden, sollten nach seiner Vorstellung fortan freier und selbstbewusster leben und wirken können, so wie es auch die sozialistische Idee verhieß. Sein kindlicher Berufswunsch, als Polizist die Ordnung zu hüten, mündete in dieser Zeit in die Entscheidung, Jura zu studieren und Anwalt des Rechts zu werden. In den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts waren es vor allem drei Ereignisse, die sein Bewusstsein prägten:

Da war als erstes Fritz Bauers Begegnung mit Gustav Radbruch (1878–1949). Die Ideen des Rechtswissenschaftlers und Sozialdemokraten Radbruch faszinierten ihn. Zwar erlebte er Radbruch, der inzwischen als Justizminister tätig war, nicht im Hörsaal, aber seine Schriften, insbesondere die *Einführung in die Rechtswissenschaft*, hatte er bereits in Heidelberg bewegt und begeistert gelesen. Radbruch habe unterschieden „zwischen zwei Juristentypen, dem Juristen aus Ordnungssinn und dem aus Freiheitssinn“ – und gerade ein solcher, ein Jurist aus Freiheitssinn, wollte Bauer werden (Bauer 1955b).

Das zweite Ereignis, das ihn prägte, war das Attentat auf Reichsaußenminister Walter Rathenau (*1867) im Jahr 1922. Rechtsextremisten ermordeten den als „Erfüllungspolitiker“ geschmähten Minister just in dem Augenblick, da er den Kriegsgegnern Zugeständnisse abgerungen hatte, die der Republik zum Überleben verhalfen. „Der Feind steht rechts!“, lautete der Alarmruf des Reichskanzlers Joseph Wirth (1879–1956) bei der Trauerfeier für Rathenau im Reichstag in Berlin. Die zunehmende Aggressivität der Rechtsextremisten veranlasste den Studenten Fritz Bauer und seine Freunde zu einem Appell an den Schriftsteller Thomas Mann (1875–1955), der jetzt nicht mehr schweigen dürfe, sondern helfen müsse, das republikanische Vaterland zu verteidigen. „Thomas Mann“, so die Erinnerung Bauers, „den wir über alles liebten und der unsere Jugend bestimmt hat seit den Tagen des Tonio

Kröger [...] wird jetzt auf unserer Seite stehen". Tatsächlich habe der Dichter reagiert und umgehend zurück geschrieben: „Wir hätten Recht, er stünde auf unserer Seite". Was dann folgte, war Thomas Manns bekannte Rede über die deutsche Republik, die noch im selben Krisenjahr in die Welt hinausging.[5]

Als Drittes bestimmte die Begegnung mit Kurt Schumacher (1895-1952) den Lebensweg Fritz Bauers. Unmittelbar nach seinem Examen suchte er, „mit dem inneren Drang, irgendetwas zu tun", Kontakt zu Kurt Schumacher, der 1920 in Stuttgart als Chefredakteur der *Schwäbischen Tagwacht* tätig war.[6] Bauer schloss sich der Republikschutzorganisation „Reichsbanner Schwarz Rot Gold" an, deren Stuttgarter Leitung ihm später übertragen wurde, und er hätte nichts dagegen gehabt, wenn sich die linken Parteien vereint gegen die Nazis gestellt hätten, um deren drohende Machtübernahme zu verhindern.

5 | Juristische Maximen und deutsche Wirklichkeit

5.1 | Lektion im Völkerrecht – „Kriegsverbrecher vor Gericht"

Die Jahre nach 1933 bestärkten Fritz Bauer in seiner Lebensmaxime, die eine Aufforderung zu mehr Mut und Zivilcourage war. Zu viele, schrieb er, machten im nationalsozialistischen Unrechtsstaat mit, schauten weg oder schwiegen: „(...) bei den ‚Arisierungen', bei der (...) Umsiedlung und Vertreibung von Millionen, bei harten, mitunter grausamen Gerichtsentscheidungen, (...) in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, bei den Einsatzgruppen des Ostens und bei vielen anderen Unrechtstaten" (Bauer 1965a). Ursache des Rückfalls in die Barbarei war nach Auffassung des Juristen die Auflösung des Rechtsbewusstseins. Die erlebte Wirklichkeit des NS-Regimes bekräftigte ihn in seiner Skepsis gegenüber „höheren" Werten und angeblich universell gültigen Prinzipien. Die Menschen wären ja doch verpflichtet gewesen, den bedrängten Juden zu helfen.

Auf der lebenslangen „Suche nach dem Recht"(Bauer 1966), so der Titel einer später verfassten Grundsatz-Publikation, bedrückte ihn das Wissen um die Vergeblichkeit dieser Suche, aber er glaubte daran, dass sich Gegenwart und Zukunft im Sinne von Recht und Gerechtigkeit gestalten ließen, weil letztlich alle Menschen das richtige, das wahre Recht suchten. In seinem Buch *Die Kriegsverbrecher vor Gericht* (Bauer 1945), das er während des Exils in Schweden verfasste, präsentierte er seine Vision von der Wiedererrichtung des Rechtes durch die strafrechtliche Auseinandersetzung mit staatlich sanktionierten Verbrechen von bis dahin unbekanntem Ausmaß. Sie entsprach den völkerstrafrechtlichen Kategorien des Internationalen Militärtribunals von Nürnberg und prägte seine Auseinandersetzungen mit der westdeutschen Nachkriegsjustiz, die aus überzeugten Nationalsozialisten und Vollstreckern des Massenmordes angeblich willenlose und wehrlose Gehilfen, lediglich verblendete Fanatiker an der Spitze des „Dritten Reiches" machte.

Die Weigerung der Justiz, sich der Vergangenheit, nicht zuletzt der eigenen, ernsthaft zu stellen, ging einher mit der Schlussstrichmentalität großer Teile der Gesellschaft. Die Täter beriefen sich auf Befehl und Gehorsam, und die Gerichte attestierten ihnen bereitwillig mangelndes Unrechtsbewusstsein. Bauer hingegen erklärte, mangelndes Unrechtsbewusstsein schließe den Vorsatz nicht aus. Nationalsozialisten brauchten keinen Befehl, um das, was sie ohnedies für richtig hielten, mit anderen Worten ihren „eigenen Nationalsozialismus", in die Tat umzusetzen (Bauer 1963a: 110).

Bauers 1944 in Schweden und 1945 in der Schweiz erschienenes Buch *Kriegsverbrecher vor Gericht* wurde bis heute von keinem deutschen Verlag gedruckt. Dabei handelt es sich bei dem Werk nicht nur um einen Meilenstein der Arbeit am Völkerrecht, sondern auch um einen der ersten großen Entwürfe zur Erklärung der historisch-politischen Ursachen des Nationalsozialismus. Für Bauer hatte der Nazi-Ungeist seine Wurzeln in überliefertem

obrigkeitsstaatlichen und autoritären Denken und Handeln, in falsch verstandener Treue und Anpassung, in antidemokratischen Affekten und der Bereitschaft, sich selbst und gegebenenfalls auch andere zu unterwerfen (Bauer 1965a).

5.2 | Verdrängung statt „Revolution des Geistes“

Die Hoffnung auf eine „Revolution des Geistes“ ließ Bauer 1949 nach Deutschland zurückkehren. Die Entscheidung wurde ihm nicht leicht gemacht. Ähnlich erging es Max Horkheimer (1895-1973), der im selben Jahr aus dem amerikanischen Exil nach Deutschland zurückkam und zusammen mit Theodor Adorno (1903-1969) das berühmte Frankfurter Institut für Sozialforschung zu neuem Leben erweckte. Ausdrücklich begründete Horkheimer seine Rückkehr damit, der Erziehung zum Widerstand dienen zu wollen, um den „wenigen Menschen, welche unmittelbar unter dem Schrecken Hitlers ihm innerlich und äußerlich widerstanden haben“, jetzt die erforderliche Ermutigung zu geben (Schneider 2007: 68f.; Demirovic 1989).

Willkommen waren diese Heimkehrer jedoch nicht. Sie machten vielen Deutschen ein schlechtes Gewissen, waren sie doch der lebende Beweis, dass man sich mit den Nationalsozialisten nicht arrangieren musste, sondern Nein sagen konnte, insbesondere zur Verfolgung der Juden, mit deren Schicksal die Deutschen jetzt konfrontiert wurden. Hannah Arendt (1906-1975) zufolge, die 1950 auf Besuch nach Deutschland kam, lag damals über Europa „ein Schatten tiefer Trauer“. Doch nirgends wurde nach ihrem Eindruck der „Alptraum von Zerstörung und Schrecken“ weniger verspürt und nirgendwo sei weniger darüber gesprochen worden als in Deutschland.“ Sie sah darin eine „Flucht vor der Wirklichkeit“ und „natürlich auch eine Flucht vor der Verantwortung“ (Arendt 1986: 43ff.).

Als Fritz Bauer sein Amt als Landgerichtsdirektor in Braunschweig antrat, prägte der Kalte Krieg zwischen Ost und West das politische Klima auch in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus rückte zugunsten der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus noch mehr in den Hintergrund. Überall fassten die vorübergehend abgetauchten Anhänger und Förderer des Nazi-Regimes wieder Fuß. Die von den Siegermächten angeordnete und von den Deutschen halbherzig bis überhaupt nicht betriebene Entnazifizierung kam vollends zum Erliegen. Fritz Bauer sah sich darin bestätigt, dass die Justiz, die den Nationalsozialisten als willfähriges Instrument zu Diensten war, keine grundlegende Erneuerung erfahren hatte.

6 | Kampf für die Entnazifizierung

6.1 | Versäumnisse bei der juristischen Ahndung der Nazi-Verbrechen

Fritz Bauer ließ sich jedoch nicht beirren. Die Auseinandersetzung mit den Wurzeln des Nationalsozialismus hielt er, im Gegensatz zu den meisten seiner Juristenkollegen, für unumgänglich. In den Prozessen wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen konfrontierte er die unzähligen Täter und Mitläufer mit ihrer Nazi-Vergangenheit. Er war es, der das gesellschaftliche Panorama beleuchten und den sittlichen Verfall ins Bewusstsein der Menschen rufen ließ, ohne den die so genannte „Endlösung der Judenfrage“ nicht vorstellbar ist. Er war der Generalstaatsanwalt, der die Mörder von Auschwitz anklagte, so formulierte dies die Juristin Ilse Staff (1968: 2858). Deshalb verfolgten ihn Drohbriefe und Anfeindungen bis zum Tod.

Die Liste der Versäumnisse, die sich die Justiz bis dahin bei der Ahndung nationalsozialistischer Verbrechen hatte zuschulden kommen lassen, ist ebenso lang wie die der Hindernisse, mit denen Fritz Bauer zu kämpfen hatte:

- die beherrschende Stellung ehemaliger Diener des nationalsozialistischen Unrechtsstaates in der Justiz und im Beamtenapparat des demokratischen Rechtsstaates,

- das Desinteresse der Justiz und der Polizei an der Verfolgung und Bestrafung von NS-Verbrechern,
- die Gehilfenrechtsprechung der Gerichte, die Massenmördern zugute hielt, nicht aus eigenem Antrieb gehandelt zu haben, und
- besonders schwer wiegend die mangelnde Empathie mit den Opfern.

6.2 | „Eine Grenze hat Tyrannenmacht" – Widerstandsrecht und Widerstandspflicht

Doch Fritz Bauer wollte sich nicht damit abfinden, dass staatlich gebilligte Kriminalität, angefangen von der so genannten Schutzhaft für politische Gegner bis hin zur physischen Vernichtung von Menschen aus purem Rassenwahn, anders bewertet wurde als die normale alltägliche Kriminalität. Für ihn war der nationalsozialistische Staat nicht ein Staat wie jeder andere, sondern ein Unrechtsstaat, der jedermann zum Widerstand berechtigte und verpflichtete.

Neben der Selbstaufklärung der Gesellschaft hatten die NS-Prozesse für ihn vor allem einen Sinn: dem Widerstandsrecht und Widerstandshandlungen zu neuer Geltung zu verhelfen. Einen entscheidenden Erfolg erzielte er dabei 1952 als Generalstaatsanwalt in Braunschweig in dem Verfahren gegen Otto Ernst Remer (Fröhlich 2005; Fröhlich 2006). Der ehemalige Kommandeur des Berliner Wachbataillons „Großdeutschland" hatte 1944 wesentlich zur Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli beigetragen. Nach Kriegsende bezeichnete er die Beteiligten an dem Attentat auf Hitler als vom Ausland bezahlte „Hoch- und Landesverräter". Wegen dieses Vorwurfs, den er 1951 auf einer Veranstaltung der von ihm mitbegründeten neonazistischen Sozialistischen Reichspartei erhoben hatte, musste sich Remer vor dem Braunschweiger Landgericht verantworten. Die Anklage lautete auf üble Nachrede in Tateinheit mit der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Vertreten wurde sie von Fritz Bauer.

Der Generalstaatsanwalt erreichte die vollständige Rehabilitierung der Männer des 20. Juli 1944. In seinem Plädoyer erklärte er, 1944 sei der Krieg für Deutschland längst verloren und das deutsche Volk „total verraten" gewesen. Allein deshalb hätten die am Attentat Beteiligten überhaupt keinen Landesverrat verüben können. Das „Dritte Reich" sei ein „Unrechtsstaat und deswegen sittenwidrig und nichtig gewesen"; ein solcher Unrechtsstaat, der täglich Zehntausende Morde begeht, berechtige jedermann zur Notwehr und zur Nothilfe. Einer der Kernsätze des Plädoyers lautete: „Ein Unrechtsstaat wie das Dritte Reich ist überhaupt nicht hochverratsfähig"[7] (Bauer 1952: 177).

Das Urteil bestätigte Bauers Darlegungen in vollem Umfang. „Die Strafkammer ist der Auffassung, dass der nationalsozialistische Staat kein Rechtsstaat, sondern ein Unrechtsstaat war, der nicht dem Wohle des deutschen Volkes diente." Alles „war schreiendes Unrecht, dessen Beseitigung geboten war"[8] (Proske 1952: 21). Rudolf Wassermann (1925-2008), später Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig, bezeichnete das Braunschweiger Verfahren als den „bedeutendsten Prozess mit politischem Hintergrund seit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen und vor dem Frankfurter Auschwitzprozess" (Wassermann 1984: 78). Vielen galt Fritz Bauer fortan als außergewöhnlicher und brillanter Ankläger, andere sahen in ihm einen „Nestbeschmutzer", und ließen ihn das auch spüren.

6.3 | Die „Endlösung" vor Gericht – Eichmann, Bormann, Mengele und Globke

1956 übernahm Fritz Bauer das Amt des Generalstaatsanwalts am Oberlandesgericht in Frankfurt am Main. Dort sah er seine Hauptaufgabe darin, Beteiligte am Massenmord an den Juden vor Gericht zu bringen. Einer von ihnen, der ehemalige SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, hatte sich bis dahin dem Zugriff der Behörden entzogen und war in Argentinien untergetaucht.

Von einem ehemaligen KZ-Häftling erfuhr Bauer den Aufenthaltsort Eichmanns. Im Wissen um die Unlust deutscher Strafverfolgungsbehörden bei der Ahndung von Nazi-Verbrechen gab er seine Information im Einvernehmen mit seinem Vorgesetzten, dem hessischen Ministerpräsidenten und Justizminister Georg August Zinn (1901-1976), an die Israelis weiter, die Eichmann vor Gericht stellten und zum Tode verurteilten[9] (Wojak 2014). Weniger Glück hatte er in den Fällen Mengele und Bormann.

Auch bei der Fahndung nach Auschwitz-Tätern kam Bauer wie in anderen Fällen der Zufall zu Hilfe. Mit Unterstützung des Internationalen Auschwitz-Komitees gelang es dann der Frankfurter Anklagebehörde, 211 Überlebende als Zeugen zu benennen. Zwei Jahre nach dem Eichmann-Prozess in Jerusalem begann in Frankfurt am Main das bis dahin umfangreichste Schwurgerichtsverfahren in der deutschen Justizgeschichte, der von Fritz Bauer initiierte erste Frankfurter Auschwitz-Prozess (Wojak 2004).

6.4 | Der Auschwitz-Prozess

Überlebende und Zeithistoriker ließen in der Hauptverhandlung das ganze Grauen lebendig werden, das sich mit dem Namen Auschwitz verbindet. Mehr als eine Million Menschen, darunter viele Kinder, wurden in Auschwitz ermordet. Die meisten starben qualvoll an den giftigen Dämpfen des Schädlingsbekämpfungsmittels namens Zyklon B. Das Urteil wurde am 20. und am 21. August 1965 verkündet. Jetzt konnten auch die Deutschen das Unfassliche nicht mehr leugnen.

Die verhängten Strafen entsprachen allerdings nicht dem Ausmaß des Verbrechens, an dem die Angeklagten beteiligt gewesen waren. Eine Strafe für Massenmord dieses Ausmaßes sei im Strafgesetzbuch nicht vorgesehen, betonte der Vorsitzende Richter Hofmeyer. Die Angeklagten konnten nach Meinung des Gerichtes nur für Taten bestraft werden, die ihnen zugerechnet und nachgewiesen werden konnten. So etwa die Teilnahme an den Selektionen auf der Rampe in Auschwitz, bei denen SS-Angehörige durch eine kurze Handbewegung darüber entschieden, wer von dem Angekommenen sofort „ins Gas“ musste, und wer vorher noch Sklavenarbeit verrichten durfte. Das Leben eines Einzelnen verlor angesichts der Alltäglichkeit des Massenmordes jegliche Bedeutung. SS-Angehörige des Wachpersonals ermordeten auf eigene Faust eine Vielzahl von Häftlingen, manche suchten sich speziell Juden als ihre Opfer aus. Dem einen diente die Spritze mit giftigem Phenol als Mordwerkzeug, andere prügelte Häftlinge zu Tode oder ließen sie in Stehzellen verdursten. Der Auschwitz-Prozess habe „das kollektive Geschehen“ privatisiert und es dadurch entschärft, erklärte der hessische Generalstaatsanwalt unter dem Eindruck des Prozess-Ausgangs (Bauer 1965b: 84). Das aber war von Anfang seine Befürchtung gewesen.

6.5 | Schreckensbild des NS-Unrechts

Neben dem Eichmann- und dem Auschwitz-Prozess setzte Fritz Bauer zahlreiche andere Verfahren in Gang, die das Geschehen während der NS-Zeit beleuchten und Mitverantwortliche zur Rechenschaft ziehen sollten, unter anderem:

- ein Verfahren gegen Adenauers Staatssekretär Hans Globke, den Kommentator der Nürnberger Rassegesetze,
- die Prozesse gegen die Verantwortlichen der NS-Euthanasie,
- ein Verfahren gegen führende NS-Juristen, die es widerspruchslos hinnahmen, als der geschäftsführende Reichsjustizminister Schlegelberger von ihnen verlangte, nichts gegen die Anstaltsmorde zu unternehmen,
- Prozesse in Sachen SS-Reichssicherheitshauptamt,
- Anstöße für den Darmstädter Einsatzgruppen-Prozess,
- 1966 die Anklage gegen Angehörige des Sonderkommandos 4a (Einsatzgruppe C) wegen des Massenmordes im ukrainischen Babi Jar,

- der Prozess gegen die Eichmann-Helfer Krumey und Hunsche wegen der Deportation von über 400.000 ungarischen Juden nach Auschwitz,
- die Anklage gegen Beger und andere wegen der so genannten „jüdischen Skelettsammlung" der Reichsuniversität Straßburg, in der Überreste von jüdischen Häftlingen gezeigt wurden, die eigens für diesem Zweck in Auschwitz ausgesucht und ermordet worden waren,
- und nicht zuletzt wollte Bauer den Fall des Adolf Heinz Beckerle aufklären. Beckerle war während des NS-Regimes Polizeipräsident in Frankfurt am Main. Zwischen 1941 und 1944 half er als „Reichsbevollmächtigter" in Sofia, Zehntausende thrakische und mazedonische Juden dem Organisator des Massenmordes, Adolf Eichmann, in die Fänge zu treiben; usw. usf.

7 | Was Menschsein bedeutet

7.1 | Ungehorsam als Lehre aus der Geschichte

Fritz Bauer wollte der Nachwelt vor Augen führen, „wie dünn die Haut der Zivilisation war und ist", „was Menschsein in Wahrheit bedeuten sollte, und was wir zu lernen haben" (Bauer 1965c: 176). Es ging ihm nicht in erster Linie darum, Schuldige zu verurteilen, er wollte die Wurzeln nationalsozialistischen Handelns bloßlegen, um die Menschen vor einem Rückfall in die Barbarei zu bewahren. Mit „Gerichtstag halten" (Bauer 1965a: 66f.) meinte er kritische Selbstreflexion im Sinne von Theodor W. Adorno und der „negativen Dialektik", die ihren Ursprung nach Adorno darin hat, „daß durch etwas wie Auschwitz deutlich geworden ist, was allerdings den Menschen, die keine Positivisten waren, sondern gerade den spekulierenden und den tiefen Menschen keine Überraschung gewesen ist: daß nämlich die Kultur bis ins Innerste hinein mißlungen ist" (Adorno 1998: 185).

Praktisch bedeutete dies die Notwendigkeit einer neuen Pädagogik der Menschlichkeit. Fritz Bauer hat sie oftmals eingefordert in der Überzeugung, dass richtiges Handeln in der Vernunft allein nicht aufgeht. Aufgabe der Pädagogik war aus seiner Sicht, ein Selbstbewusstsein zu entwickeln und zu fördern, dass keiner „Intoleranz und Aggressivität nach außen bedarf" (Bauer 1960: 140).

Blinder Glaube an die vermeintliche Richtigkeit staatlichen Handelns und mangelnde Zivilcourage: Das war nach Bauer der Boden, in dem nationalsozialistisches Denken und Handeln Wurzeln schlagen konnten. Damit hatte er die reaktionären Eliten an ihrer empfindlichen Stelle getroffen und sich ihre niemals endende Feindschaft zugezogen. Sie, die dem Wilhelminischen Kaiserreich nachtrauerten und der Weimarer Demokratie nie etwas abgewinnen konnten, die Hitler in den Sattel geholfen hatten und nach dessen Ende bald wieder obenauf waren, sie hatten an einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kein Interesse. Dass Bauer ein gesetzlich verbrieftes Recht auf Widerstand erstritten hatte, empfanden sie als Niederlage, Vorträge über das Thema „Ungehorsam und Widerstand in Geschichte und Gegenwart" waren ihnen ein Gräuel (Bauer 1968).

Genau mit diesem Thema wandte sich Fritz Bauer am 21. Juni 1968 zum letzten Mal an die Öffentlichkeit, dort, wo die Geschwister Scholl mit den Flugblättern der „Weißen Rose" zum Widerstand gegen Hitler aufgerufen hatten – im Gebäude der Münchner Universität. Sein Vortrag, gehalten wenige Tage vor seinem Tod, liest sich im Nachhinein wie sein Vermächtnis, wie ein einziger Appell an das Gewissen der Menschen, sich usurpierter staatlicher Gewalt nicht zu unterwerfen, sondern Mut zum Ungehorsam und zum Widerstand zu haben.

„Alle im Namen des Widerstandsrechts erfolgten Handlungen, auch Unterlassungen im Sinne des Ungehorsams, sind der Versuch einer Kritik, einer Einflussnahme, einer Korrektur staatlichen Geschehens, das gewogen und möglicherweise zu leicht befunden wird. Maßstab ist, so wie das Widerstandsrecht überkommen ist, freilich nicht ein neues Recht, sondern

immer ein altes Recht, das nach Auffassung der Widerstandskämpfer von Staats wegen gebeugt wird. Widerstandsrecht meint nicht Revolution, sondern Realisierung eines bereits gültigen, aber nicht verwirklichten Rechts.“ Das Grundgesetz fordere „eine Pflicht zum Ungehorsam“. Auch im Beamtengesetz und im Soldatengesetz sei diese Pflicht verankert. Es gebe ein Recht auf Befehlsverweigerung und Ungehorsam, „wenn ein Befehl [...] die Menschenwürde verletzt“. Auf der „Annahme einer solchen Pflicht zum Ungehorsam“ beruhten nach den Worten von Fritz Bauer ausnahmslos sämtliche Prozesse gegen Beteiligte an nationalsozialistischen Verbrechen: auf der Pflicht, „das Böse zu unterlassen“ und nicht zum Gehilfen des Unrechts zu werden (Bauer 1968: 286; 291).

Im selben Jahr, in dem der Auschwitz-Prozess begann, im Jahr 1963, wandte sich Papst Johannes XXIII. mit seiner Enzyklika *Pacem in Terris* an die Menschheit. Die darin postulierten Grundsätze entsprachen der Lebensphilosophie Fritz Bauers. „Wenn etwas befohlen wird – sei es durch Gesetz oder Befehl –, was rechtswidrig ist, was also im Widerspruch steht zu den (...) Geboten, etwas den zehn Geboten (...) dann musste Du Nein sagen“[10] (Bauer 1963a: 113). Solche Gesetze und Befehle seien stets „null und nichtig“ gewesen. Doppelt und dreifach unterstrich Bauer die zentralen Lehrsätze im Sendschreiben des Papstes. „Wenn (...) Staatsbehörden die Rechte der Menschen nicht anerkennen oder sie verletzen, weichen sie nicht nur von ihren Aufgaben ab, vielmehr verlieren ihre Anordnungen auch jede rechtliche Verpflichtung!“ So stand es in der Friedensbotschaft vom 11. April 1963 im Kapitel über die „Beziehungen zwischen den Menschen und der Staatsgewalt“, die der Konzilspapst noch kurz vor seinem Tode allen Menschen ins Gewissen rufen wollte (Katholische Nachrichten Agentur 1963: 16ff.).

Zahlreiche Stichwort kritzelte Fritz Bauer auf die Rückseite der Broschüre mit dem Wortlaut der Enzyklika. Er fühlte sich ermutigt in seinem Kampf gegen die Verharmloser eigenen Versagens, die immer nur ihre Pflicht getan haben wollten. Mitten unter die nur schwer zu entziffernden Notizen schrieb er, Zeugnis tiefer Erschütterung, das Wort seiner Mutter: „Was du nicht willst, dass man dir tu', das füg' auch keinem andern zu“. Eine andere handschriftliche Anmerkung von ihm besagte: „nicht Gesetz ist Gesetz, Befehl ist Befehl“. Diese Worte, so Bauer, bedeuteten ein eindeutiges Nein gegenüber allen Arten von „Nürnberger Gesetzen“, von Verletzungen menschlicher Würde und Freiheit (Bauer 1963b: 163).

8 | Fritz Bauers Tod – Würdigung und Gedenken

Nur eine Auszeichnung wurde Fritz Bauer zu Lebzeiten zuteil: ausgerechnet die nach dem bayerischen Volksdichter benannte Ludwig-Thoma-Medaille für Zivilcourage der Stadt München – am 30. April 1968. Verliehen wurde sie ihm posthum vom Münchner Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel. Danach wurde Fritz Bauer weitgehend vergessen. Die Umstände seines Todes sind nie geklärt worden. Die Akten verzeichnen schwerwiegende Versäumnisse[11] (Rautenberg 2014a: 376).

In seiner Trauerrede fragte der frühere Ankläger beim Internationalen Nürnberger Gerichtshof, Robert M. W. Kempner, sich und die Freunde des Frankfurter Generalstaatsanwalts nicht allein: „Was haben wir für ihn getan?“ Für Kempner war Fritz Bauer der Sprecher der Ermordeten und der Überlebenden der Konzentrationslager, der „größte Botschafter, den die Bundesrepublik hatte“ (Hessisches Ministerium der Justiz 1969: 26).

PD Dr. Irmtrud Wojak, Historikerin und Ausstellungskuratorin, ist Biografin von Generalsstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer. Sie ist Geschäftsführerin der gemeinnützigen BUXUS STIFTUNG GmbH (München).

Anmerkungen

[1] Abdruck dieses Beitrags mit freundlicher Genehmigung des PapyRossa Verlags (Köln).

– So auch Ilse Staff: „Was haben wir getan? Wir haben es im Großen und im Kleinen zu einer Situation kommen lassen, in der er unendlich einsam, unendlich deprimiert, unendlich traurig gestorben ist." Gedenkrede von Ilse Staff, Juli 1968 (Privatbesitz).

[2] Die Demontage Fritz Bauers wurde in jüngster Zeit vom dienstältesten Generalstaatsanwalt Erardo C. Rautenberg und dem Journalisten Kurt Nelhiebel aufgedeckt.

[3] F. Bauer an K. Schumacher, 8.8.1948, AdsD Bonn, Nachlass K. Schumacher, Mappe 71.

[4] ALS SIE NOCH JUNG WAREN / Dr. Fritz Bauer, TV-Dokumentation 1967, Interviewer: Renate Harprecht/Müller Scherak Produktion; für den Westdeutschen Rundfunk (WDR), Köln. Transkription des Interviews: Susanne Krejcik, Juli 2003.

[5] Ebd.

[6] Ebd.

[7] Auf einem anderen Blatt steht, dass Angehörige des Widerstands der Arbeiterbewegung in dem Prozess nicht als Nebenkläger auftraten. Fritz Bauer war sich darüber im Klaren, dass es seine Prozessstrategie sein musste, den Widerstand der Kommunisten und Sozialdemokraten (er selbst war Mitglied der SPD) in das Verfahren nicht einzubeziehen, um zu erreichen, dass der NS-Staat als Unrechtsstaat anerkannt und die Attentäter dementsprechend rehabilitiert wurden. Selbstverständlich war damit die Hoffnung auf künftige Prozesse und juristische Richtigstellungen verbunden.

[8] Auszug aus der Urteilsbegründung.

[9] Vgl. über die Auffindung Eichmanns mit Hilfe des Dachau-Überlebenden Lothar Hermann, der Eichmann in Argentinien erkannte und Fritz Bauer informierte: Wojak 2014.

[10] Zitat aus einem Rundfunk-Interview von F. Bauer, „Zu den Naziverbrecher-Prozessen. Gespräch im NDR" (1963), in: Ders., Die Humanität der Rechtsordnung (wie Anm. 2): 101-117, hier 113.

[11] Siehe insbesondere auch den Beitrag von E. C. Rautenberg in diesem Heft.

Literatur

Adorno, Theodor W. 1998: Metaphysik. Begriff und Probleme (1965). In v. Tiedemann, Rolf (Hg.): Nachgelassene Schriften. In v. Adorno, Theodor W. (Hg.): Archiv. Abt. IV: Vorlesungen. Bd. 15. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 185.

Arendt, Hannah 1986: Besuch in Deutschland 1950. Die Nachwirkungen des Naziregimes. In: Dies., Zur Zeit. Politische Essays. In: v. Knott, Marie Luise (Hg.), Berlin: Rotbuch, 43-70.

Bauer, Fritz 1945: Die Kriegsverbrecher vor Gericht. Zürich/New York: Europa Verlag.

Bauer, Fritz 1952: Eine Grenze hat Tyrannenmacht. Plädoyer im Remer-Prozeß (1952). In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main, New York: Campus, 169–179.

Bauer, Fritz 1955: Im Kampf um des Menschen Rechte. In: Elga Kern (Hg.): Wegweiser in die Zeitenwende. München, Basel: Ernst Reinhardt, 176-188.

Bauer, Fritz 1955b: Im Kampf um des Menschen Rechte (1955). In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main, New York: Campus, 37-49.

Bauer, Fritz 1969: Die ‚ungesühnte Nazi-Justiz' (1960). In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main, New York: Campus, 119-141.

Bauer, Fritz 1962: Ohne Titel. In: Deutsche Post, Jg. 14, H. 24, 657f.

Bauer, Fritz 1963a: Zu den Naziverbrecher-Prozessen (1963). In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main, New York: Campus Campus, 101-117.

Bauer, Fritz 1963b: Lebendige Vergangenheit (1963) In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am

Main, New York: Campus 157-165.

Bauer, Fritz 1965a: Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

Bauer, Fritz 1965b: Im Namen des Volkes. Die strafrechtliche Bewältigung der Vergangenheit (1965). In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main, New York: Campus, 77-90.

Bauer, Fritz 1965c: Antinazistische Prozesse und politisches Bewußtsein: Dienen NS-Prozesse der politischen Aufklärung? In: Huss, Hermann Huss/Schröder, Andreas (Hg.): Antisemitismus: Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, 168-193.

Bauer, Fritz 1966: Auf der Suche nach dem Recht. Stuttgart: Franckh'sche Verlagshandlung.

Bauer, Fritz 1968: Ungehorsam und Widerstand in Geschichte und Gegenwart. In: Vorgänge: Eine kulturpolitische Korrespondenz, Jg. 7, H. 8/9, 286-292.

Demirovic, Alex 1989: Das Glück der Wahrheit. Die Rückkehr der „Frankfurter Schule“. In: Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, 36. Jg., Nr. 8, 700-707.

Fabian, Walter 1968: Über F. Bauer. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 8, 490.

Fröhlich, Claudia 2005: Der Braunschweiger Remer-Prozeß 1952. Zum Umgang mit dem Widerstand gegen den NS-Staat in der frühen Bundesrepublik. In: Schuldig. NS-Verbrechen vor deutschen Gerichten. Hg. v. der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, H. 9, 17-28.

Fröhlich, Claudia 2006: Wider die Tabuisierung des Ungehorsams. Fritz Bauers Widerstandsbegriff und die Aufarbeitung von NS-Verfahren. Frankfurt am Main/New York (Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts, Bd. 13).

Hessisches Ministerium der Justiz 1969 (Hg.): Fritz Bauer. In Memoriam. Wiesbaden. Hg. vom Hessischen Minister der Justiz, Dr. Johannes E. Strelitz, anlässlich des Jahrestages des Todes von Fritz Bauer.

Jochmann, Werner 1971: Die Ausbreitung des Antisemitismus. In: Mosse, Werner E. und unter Mitwirkung von Paucker, Arnold (Hg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923. Tübingen: J. C. B. Mohr, 409-510.

Katholischen Nachrichten-Agentur 1963: Sonderdruck der Enzyklika der Vatikanischen Polyglott-Druckerei.

Nelhiebel, Kurt 2014a: Oh Deutschland, bleiche Mutter. Online: https://softatelegraph.wordpress.com/2014/10/31/o-deutschland-bleiche-mutter/ (07.02.2015).

Nelhiebel, Kurt 2014b: Die Nestbeschützer. Online: http://www.tagesspiegel.de/kultur/deutungskampf-um-das-werk-von-fritz-bauer-die-nestbeschuetzer/11087028.html (07.02.2015).

Rautenberg, Erardo C. 2014a: Die Demontage des Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauers. In: Neue Justiz, H. 9, 369-376.

Rautenberg, Erardo C. 2014b: Zu Haus unter Feinden. Online: http://www.onleihe.de/static/content/zeit_sa/20141113/ZXE_47_14/vZXE_47_14.pdf (07.02.2015).

Schneider, Christian 2007: Trauma und Zeugenschaft. In: Mittelweg 36, Jg. 16, Juni Juli-Heft, 59-74.

Staff, Ilse 1968: In Memoriam Fritz Bauer. In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 7. Jg., H. 27, 2857-2859.

Proske, Rüdiger 1952: Prozeß um den 20. Juli. In: Der Monat, Jg. 4, H. 43, 16-21.

Wassermann, Rudolf 1984: Zur juristischen Bewertung des 20. Juli 1944. In: Recht und Politik 2, 68-80.

Wojak, Irmtrud 2004: 4 Ks 2/63. Auschwitz-Prozeß. Frankfurt am Main. Köln, Gent: Snoeck.

Wojak, Irmtrud 2009: Fritz Bauer (1903-1968). Eine Biographie. München: C. H. Beck.

Wojak, Irmtrud 2014: Eichmanns Memoiren. Ein kritischer Essay. Berlin: Gemini (Originalausgabe Frankfurt am Main/New York: Campus 2001).

Fritz Bauer – Erinnerung an einen großen sozialdemokratischen Juristen

Herta Däubler-Gmelin

Als eine der wenigen Jurastudierenden meiner Generation hatte ich die Gelegenheit, Mitte der 1960er Jahre den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer persönlich kennenzulernen und nach seinem Vortrag einen Abend lang mit ihm zu diskutieren. Er hatte meine Einladung auf liebenswürdige Weise angenommen und kam nach Berlin zu unserer Studentengruppe der *Humanistischen Union*, die aus kritischen Jura-Studierenden und Soziologen bestand. Wir hatten Fritz Bauer eingeladen, um mehr über den beginnenden Auschwitz-Prozess zu erfahren. Fritz Bauer gehörte damals zu den – wenigen – Lichtgestalten unter den Juristen, die wir als Vorbilder ansahen, von denen wir uns ermutigt fühlten, uns auch weiterhin mit Naziverbrechen und mit der Verstrickung der Justiz in die Unrechtsmaschinerie der Nazis auseinanderzusetzen. Seit jener Zeit habe ich Fritz Bauer bewundert und durch die Jahre bedauert, dass er zu seinen Lebzeiten die öffentliche Anerkennung für seine Arbeit als mutiger Generalstaatsanwalt und rechtspolitischer Vordenker nie bekommen hat, die er längst verdient hatte. In meinen späteren Jahren als Rechtspolitikerin der SPD-Bundestagsfraktion habe ich viele Vorträge über das Leben und die Verdienste Fritz Bauers gehalten. Allerdings fand er die lange Zeit hindurch nur bei „Insidern" Interesse; Justiz, Universitäten und Öffentlichkeit befassten sich kaum mit ihm.

Heute ist das anders: Ilona Zioks großartiger Film *Fritz Bauer – Tod auf Raten* aus dem Jahr 2010, den die ARD auch im Ersten Programm endlich vollständig senden sollte, hat viel dazu beigetragen. Die hervorragende Biografie von Irmtrud Wojak wurde zur – leider nicht ausreichend gewürdigten – Grundlage für moderne Schnellschreiber und breitenwirksame Filme, die Fritz Bauers Name, sein Leben und seine Bedeutung mittlerweile einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht haben. Heute beschäftigen sich zahlreiche Vorträge mit Fritz Bauer, seinen Erfolgen und Niederlagen sowie mit seinen Forderungen, Büchern und Aufsätzen.

Das ist eine gute Entwicklung, auch wenn man gelegentlich mit Staunen zur Kenntnis nehmen muss, welche unbewiesenen Vermutungen und unwesentlichen Aspekte seines Lebens von einigen wichtigtuerisch selbsternannten Experten gelegentlich „geoutet" werden. Es wäre gut, wenn Bauers rechtspolitisches Gesamtwerk endlich veröffentlicht würde – allerdings von einer Institution, deren wissenschaftliche Fundierung außer Zweifel steht.

Fritz Bauer, der Aufklärer

Fritz Bauers Leben wird auch in diesem Band vielfach beschrieben. Ich will deshalb einige Aspekte herausgreifen, die mir persönlich besonders wichtig sind. Ich bewundere bis heute die von den Gedanken und Prinzipien der Aufklärung geprägte Grundhaltung Fritz Bauers, sein Eintreten für Verfassung und Rechtsstaatlichkeit, für die Menschenrechte und die Menschenwürde. Das alles spürt man nicht nur, wenn man sich mit seinen Handlungen als Generalstaatsanwalt in Braunschweig und Hessen befasst; auch seine juristischen Bücher und Aufsätze sind von dieser Haltung geprägt. Bauer stammt aus einer wirtschaftlich erfolgreichen jüdisch-schwäbisch-liberalen Bürgerfamilie, in denen Werte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie und verbindliche Verfassungsordnung hochgehalten wurden. Er behielt diese Grundhaltung während seines gesamten Lebens, obwohl er sich, oder vielleicht auch, weil er sich zeitlebens persönlich mit Vorurteilen und Rechtlosigkeit, mit Diskriminierung und Anfeindungen ausein-

andersetzen musste. Das wird schon in seiner Schulzeit begonnen haben, im Stuttgarter Eberhard-Ludwigs-Gymnasium, einer konservativen Elite-Schule, in dem u.a. auch die Stauffenberg-Söhne ausgebildet wurden und jüdische Kinder wohl nicht allgemein willkommen waren. Vorurteile und Diskriminierung bekam er auch an den mehrheitlich sehr früh rechtslastig-konservativen Juristischen Fakultäten der Universitäten Tübingen und Heidelberg zu spüren, an denen er studierte. Als er 17-jährig der Stuttgarter Sozialdemokratie beitrat, war das in der schwierigen Zeit nach dem Ersten Weltkrieg für viele Konservative ein weiterer Grund, ihn abzulehnen. Fritz Bauer blieb in der Weimarer Zeit und während seines ganzen Lebens den sozialdemokratischen Idealen verbunden, obwohl er auch nach Nazi-Verfolgung und Krieg in der neuen Bundesrepublik durch die SPD nicht immer die Unterstützung erhielt, die er gebraucht hätte und die er verdient hatte. Diesen Teil seiner Lebensgeschichte fand ich immer besonders bedauerlich – darauf will ich deshalb etwas eingehender zu sprechen kommen.

Fritz Bauer – Vorbild für meine Generation von JurastudentInnen

Meine Freunde unter den kritischen Berliner JurastudentInnen, die sich in den 1960er Jahren mit der bleiernen Zeit in der Bundesrepublik und ihren Wurzeln in der deutschen Vergangenheit auseinandersetzten, die in Diskussionen und Demonstrationen gegen die ungesühnte Nazi-Justiz und gegen die in sie verstrickten Juristen vorgingen, wurden durch Fritz Bauer und seine Arbeit, durch seine Kritik an der damaligen Justiz und ihrer Rechtsprechung, besonders aber auch durch sein Plädoyer im Remer-Prozess als Generalstaatsanwalt in Braunschweig und seine vielen Initiativen später in Hessen ermutigt. Wir erkannten, dass es ihm darum ging, endlich unsere Verfassungswirklichkeit mit den Prinzipien des Grundgesetzes in Übereinstimmung zu bringen. Wir diskutierten seine Kommentare zu Pressefreiheit und Landesverrat aus Anlass der Spiegelaffäre und seine Vorschläge für eine verfassungskonforme Strafrechtsreform.

Heute ist längst bekannt, dass seine Arbeit den Kurs der Bundesrepublik entscheidend verändert hat, allen Widerständen zum Trotz, die er ständig überwinden musste. Bauer ließ sich nicht davon abbringen, Nazi-Unrecht und Nazi-Täter beim Namen zu nennen; er wiederholte seine Forderung mit Nachdruck, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und ernsthaft mit der Aufarbeitung der Verbrechen der Nazizeit zu beginnen. Das haben wir damals schon bewundert. Der Auschwitz-Prozess und auch der Prozess gegen Adolf Eichmann in Israel wären ohne ihn nicht möglich gewesen. Beides hat die Bundesrepublik und ihre Gesellschaft verändert: Leugnen des Holocaust war danach nicht mehr möglich, Verschweigen und Verdrängen der schrecklichen Verbrechen und der Verstrickung großer Teile der „neuen" Elite der Bundesrepublik in das Nazi-Unrecht auch nicht. Die Annäherung der deutschen Verfassungswirklichkeit an die Vorgaben des Grundgesetzes, das Wirksamwerden dieser Verfassung für den Alltag der Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Justiz in Deutschland konnten beginnen. Das gehört mit zu Fritz Bauers großen Verdiensten. Das spürten wir jungen Studierenden damals. Das wissen wir heute.

Fritz Bauer – zu wenig Unterstützung durch „seine" SPD?

Warum aber halte ich den Umgang der SPD damals mit Fritz Bauer auch heute noch für bedauerlich und erwähnenswert? Schließlich wurde er 1950 zunächst Vorsitzender Richter am Landgericht, dann Generalstaatsanwalt im damals sozialdemokratisch regierten Braunschweig. Mitte der 1950er Jahre berief ihn Georg August Zinn, der herausragende sozialdemokratische Ministerpräsident Hessens, zum Generalstaatsanwalt. Insoweit hat es an Unterstützung nicht gefehlt. Die Probleme und fehlende Unterstützung zeigen sich an anderen Stellen, schon unmittelbar nach dem Ende des

Krieges: Fritz Bauer wäre zum Beispiel sehr gern lange vor 1949 aus dem Exil nach Deutschland zurückgekehrt. Er wäre auch, das hat er Richard Schmid, dem Freund aus Stuttgart aus der Weimarer Zeit in Briefen mitgeteilt, am liebsten nach Stuttgart zurückgegangen. Dort war er zuhause, dort war er als 17-Jähriger in die SPD eingetreten, dort arbeitete er 1930 als Vorsitzender des Stuttgarter Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und gehörte zum Kreis von Kurt Schumacher, dem damaligen Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Schwäbische Tagwacht". Richard Schmid, der spätere Präsident des Oberlandesgerichtes Stuttgart, ebenfalls ein herausragender sozialdemokratischer Jurist des Neuanfangs nach 1945, kannte Bauer auch als Mitgründer des Republikanischen Richterbundes in Württemberg. Richard Schmid selbst hatte früh Fuß fassen können; den Wunsch Fritz Bauers nach Rückkehr nach Stuttgart konnte er jedoch offensichtlich nicht erfüllen.

Für Fritz Bauer wäre eine herausgehobene Stellung in der württembergischen Justiz eine wichtige persönliche Genugtuung gewesen, war er doch als Sozialdemokrat im KZ Heuberg und in Ulm von den Nazis gequält und entwürdigt und schon am 24. Mai 1933 auf Antrag des Justizministeriums aus seinem Richteramt davongejagt worden. Bauer, der bekanntlich aufgrund seiner brillanten juristischen Examina zum jüngsten Amtsrichter Deutschlands ernannt worden war, wurde – so die Begründung der willfährigen Nazi-Juristen jener Zeit – nicht allein wegen seines jüdischen Glaubens, sondern in aller erster Linie wegen seiner politischen Aktivität entlassen. Sie erklärten, Bauer könne zwar auch auf der Grundlage von § 3 des Nazigesetzes „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933, also aufgrund des „Arier-Paragraphen", aus dem Amt entfernt werden, weil Bauer ja Jude sei. Gegen ihn, so die Begründung weiter, käme jedoch wegen seiner Aktivitäten als Sozialdemokrat gegen die Nationalsozialisten die „schärfere Bestimmung des Paragraphen 4 zur Anwendung".

Fritz Bauers Rückkehr aus dem Exil in Schweden, wo er mit seiner Familie lebte, nachdem die Nazis in seinem ersten Zufluchtsland Dänemark mit der Judenverfolgung begonnen hatten, zog sich hin. In Schweden hatte er aktiv für den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Exil (SOPADE) in der Gruppe um Willy Brandt gearbeitet und mit ihm die Zeitschrift *Sozialdemokratische Tribüne* heraus gegeben; das alles half nach Kriegsende zunächst jedoch nicht.

Heute ist nur Wenigen bewusst, dass es auch unter den sozialdemokratischen Exil-Gruppen und zwischen Exil-Sozialdemokraten und jenen, die es nicht ins Exil geschafft hatten, durchaus Zwistigkeiten gab. Fritz Bauer, der aufgrund seiner Persönlichkeit und seiner klaren Thesen Auseinandersetzungen nicht aus dem Weg gegangen war, wurde nach Kriegsende auch von einigen persönlichen Gegnern innerhalb der SPD diffamiert: So schwärzte ihn etwa ein Exil-Sozialdemokrat namens Kurt Heinig, der heute längst vergessen ist, damals aber wohl durchaus Einfluss hatte, in Briefen bei der SPD-Parteiführung als „hundertzwanzigprozentigen Kommunisten" an: „Moskauer Quisling" oder auch „der Mann mit der dicken Nase", was sich auf seine jüdische Abstammung bezog, waren weitere üble Beschimpfungen gegen ihn. Wie tragisch, dass damit auch antisemitische Vorurteile gegen ihn mobilisiert wurden – nicht nur außerhalb der SPD.

Nach seiner Rückkehr engagierte sich Fritz Bauer als Generalstaatsanwalt auch in der „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen" (ASJ) und im Rechtspolitischen Ausschuss beim Parteivorstand der SPD. Er brachte dort wichtige Initiativen ein, gehörte zu den Mitgründern der Zeitschriften *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* und später auch der *Kritischen Justiz*. Das alles verschaffte ihm Gehör, jedoch nicht die rechtzeitige und ausreichende Unterstützung für seine zentrale politische Forderung nach grundlegender Aufarbeitung der Nazivergangenheit und strafrechtlicher Verfolgung der Nazitäter, die Bauer als Grundlage für eine rechtsstaatliche

Entwicklung der Bundesrepublik ja für unerlässlich hielt. Mit dieser Forderung wurde er in der SPD damals nicht ausreichend unterstützt.

Der Grund dafür ist leicht erklärt: Der Großteil der Bevölkerung in Deutschland war in den 1950er Jahren an Bauers Hauptanliegen, der Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit, kaum interessiert. In Justiz und Politik machten ihm alle jene das Leben schwer, die es wieder in Amt und Würden geschafft hatten, aber aufgrund ihrer Verstrickung in das Nazi-Unrecht fürchten mussten, beide wieder zu verlieren, wenn Bauers Forderung sich durchsetzen würde. Die SPD und ihre Bundestagsfraktion hatte dieser Stimmung lange Jahre hindurch kaum etwas entgegenzusetzen: In den Archiven des Deutschen Bundestages sind peinliche Reden auch von Sozialdemokraten zu finden, so Reden des heute ebenfalls kaum mehr bekannten SPD-MdB Hans Merten. Er erklärte in mehr als einer Bundestagsdebatte höchst opportunistisch – er sprach als Vertreter der Fraktion der SPD im Bundestag –, es sei „selbst einem juristischen Laien (...) klar, dass die Prozesse gegen NS-Täter... nicht dem Willen der Gerechtigkeit gedient haben, sondern dass sie politische Prozesse gewesen sind", um dann zu fordern: „Wir müssen Schluss machen mit jeder Diskriminierung von Deutschen, Schluss mit der Rechtspraxis, deren Grundlage von dem Willen zur Rache und zur Vergeltung diktiert sind". Damit traf er die Meinung vieler Deutscher, die 1946 noch zu 70 Prozent die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse für notwendig und richtig angesehen hatten; diese Auffassung wurde jedoch zehn Jahre später nur noch von einer Minderheit unterstützt. Konrad Adenauer nahm diesen Trend auf und verstärkte ihn mit seiner Politik und der ausdrücklichen Erklärung, sogar von den in alliierten Gefängnissen einsitzenden Verurteilten habe nur ein „kleiner Prozentsatz von absolut asozialen Elementen" „wirkliche Verbrechen" begangen.

Diese Politik stand im Gegensatz zu dem, was Fritz Bauer schon 1944 in seinem zunächst in Dänemark, dann 1945 auch in Deutschland veröffentlichten Buch *Die Kriegsverbrecher vor Gericht* ausgeführt hatte. Das wurde uns Studierenden schnell klar, als wir uns unter erheblichen Schwierigkeiten dieses Buch besorgt und diskutiert hatten: Wir bewunderten, dass Fritz Bauer bereits 1944 klar erkannte, was nach dem Sieg über die Nazi-Deutschland in einem neuen Deutschland zur Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit durchgesetzt werden müsse.

In unseren Vorlesungen war von alldem nicht die Rede. Zwar wurden die Männer (von den Frauen war damals noch nicht die Rede) des Widerstandes Anfang der 1960er Jahre von unseren Ausbildern nicht mehr offiziell als Landesverräter gebrandmarkt; das war dank Bauers brillantem Plädoyer im Remer-Prozess nicht mehr zulässig. Eine Verantwortlichkeit der „neuen" Bundesrepublikanischen Eliten in Staat, Justiz und Universitäten, die doch überwiegend zur „alten" Elite gehörte und tief in die Nazizeit verstrickt war, kam für die meisten unserer Professoren jedoch ebenso wenig in Frage wie eine Kritik an der damaligen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. Sie scheuten die notwendige Aufarbeitung wie der Teufel das Weihwasser, trugen aber umso mehr Bedenken gegen die Rechtsstaatlichkeit und damit auch gegen die Urteile der Nürnberger und Tokyoer Kriegsverbrechertribunale vor.

Umso größer war die Wirkung von Bauers Buch von 1944 auf uns, weil er nicht allein die öffentliche Auseinandersetzung wollte, sondern ganz speziell die juristisch-fachliche Aufarbeitung der Verbrechen und die Strafverfolgung der persönlich Verantwortlichen in allen Institutionen. Bauer trat schon damals für die juristisch-fachliche Aufarbeitung der Verbrechen vorzugsweise vor deutschen Gerichten ein, plädierte aber für internationale Strafgerichte, wenn das nicht möglich sein sollte. Wichtig waren ihm rechtsstaatliche öffentliche Strafverfahren, in denen die Verbrechen und die Verbrecher für alle sichtbar und erkennbar benannt und verurteilt werden konnten, die den Opfern und ihren Angehörigen Gehör und damit wenigstens ein Stück Gerechtigkeit wiedergeben konnten. Bauer wollte auf diesem Weg auch erreichen, dass die Wahrheit nicht

länger verdrängt und der deutschen Bevölkerung so die Werte von Rechtstaatlichkeit und rechtstaatlicher Demokratie wieder vermittelt und nähergebracht werden könnten.

Heute sind viele dieser Gedanken längst anerkannt. Es gibt einen Internationalen Strafgerichtshof, der dann zuständig sein kann, wenn nationale Gerichte nicht handeln können oder wollen. Und Bauers Forderung nach Aufklärung der Gesellschaft über ein verbrecherisches System und Staatsverbrechen ist im Rahmen von Transitionaler Justiz durch die Wahrheits- und Versöhnungskommission des neuen Südafrika in den 1990er Jahren unter Leitung von Bischof Tutu wirksam aufgegriffen worden.

Wir haben damals mit Fritz Bauer – nach seinem Vortrag – auch über den beginnenden ersten Auschwitz-Prozess und über sein Buch von 1944 diskutiert. Als einer der Anwesenden ihn fragte, ob er sich 1944, also vor 20 Jahren, hätte vorstellen können, dass der Weg zum Beginn der Aufarbeitung der Naziverbrechen so steinig, mühevoll und lang und mit so bitteren persönlichen Erfahrungen gepflastert sein würde, hat er von Fritz Bauer keine Antwort erhalten. Aber an jenem Abend haben auch wir gespürt, wie sehr Fritz Bauer unter dem feindseligen Verhalten insbesondere der meisten Justizangehörigen damals litt. Wir hatten zu der Veranstaltung mit dem hessischen Generalstaatsanwalt neben Studierenden und Jura-Professoren selbstverständlich auch die Spitzen der Berliner Justiz und der Justizpolitik eingeladen; gekommen ist keiner von denen. Das hat Fritz Bauer sehr getroffen, das war zu merken, auch wenn er kein Wort der Klage darüber äußerte.

Wie schon erwähnt, hat Fritz Bauer seine Thesen zu wichtigen rechtspolitischen Diskussionen früh und gut begründet in die politische Diskussion der SPD eingebracht. Unterstützung fand er dort jedoch nicht immer. Auch die Rechtspolitiker der SPD waren nicht



Fritz Bauer beim Aktenstudium • Copyright www.fritz-bauer-film.de und CV Films

immer oder gleich auf seiner Seite. Sogar Adolf Arndt, der ja zu den herausragenden Juristen und führenden SPD-Rechtspolitikern jener Zeit gehörte und Fritz Bauer in persönlicher Freundschaft verbunden war, hielt seine Forderung nach grundlegender auch personeller Erneuerung der Justiz wegen deren willfähriger Verstrickung in das Nazi-Unrechtssystem und den daraus folgenden Auswirkungen auf die Richter und Staatsanwälte der frühen Bundesrepublik zunächst für übertrieben oder zumindest nicht durchsetzbar. Arndt hielt das zunächst wohl mehr das für das Problem von einzelnen Belasteten auch in der Justiz, die man zur Verantwortung ziehen, denen man ihr Fehlverhalten jedoch unter Berücksichtigung des Richterprivilegs im Einzelnen nachweisen müsse.

Dieser Meinungsunterschied hielt Jahre hindurch an und trug mit dazu bei, die Auseinandersetzung um die Verstrickung der Justiz zunächst lange Jahre zu verdrängen – der bekannt hohen Zahl der ehemaligen Nazi-Juristen auch in Obergerichten, Staatsanwaltschaften, Universitäten und Behörden zum Trotz. Adolf Arndt war auch erst nach Jahren davon zu überzeugen, dass generell alle an Unrechtsurteilen in der Nazizeit beteiligten Richter aus dem Richteramt ausscheiden sollten. Und in der Diskussion um die Verjährungsfristen für NS-Verbrechen gehörte Adolf Arndt noch Anfang der 1960er Jahre eher zu den Bremsern. Erst in seiner berühmten Bundestagsrede von 1965 hat er sich ohne Wenn und Aber für die Verlängerung der Verjährungsfristen für Nazi-Verbrechen ausgesprochen.

BGH-Urteil vom 16.11.1995 – endlich klare Worte

Viele Entscheidungen der Justiz in den 1950er Jahren sind aus heutiger Sicht mehr als anstößig. Damals wurden sie nur von Wenigen kritisiert. Es hat bekanntlich noch mehr als eine Generation gedauert, bis der Bundesgerichtshof in Strafsachen die längst überfällige Abrechnung mit der Kumpanei zwischen der Justiz in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik und den mit den Nazis verstrickten Juristen beendete: Erst 1995 hat der Bundesgerichtshof die Kraft aufgebracht, sie mit klaren Worten zu verdammen. Ironischerweise aber hat er das nicht aus Anlass eines Verfahrens gegen einen früheren Nazi-Richter oder Staatsanwalt getan, von denen wurde bekanntlich keiner verurteilt, sondern in einem Verfahren, in dem es um Straftaten von ehemaligen DDR-Richtern und deren Urteile ging. Das ist bitter, weil allein die mehr als 35.000 Todesurteile der Nazi-Justiz – ebenso wie deren zahllose weitere schändliche Urteile gegen jüdische Mitbürger – weitaus früher zu der notwendigen Klarstellung Anlass gegeben hätten. Das geschah jedoch nicht, die ehemaligen Nazi-Juristen wurden in den ersten Jahren der Bundesrepublik von der Justiz geschützt: Auch die Nazi-Richter konnten wegen Rechtsbeugung oder Tötung eines Menschen nur dann juristisch zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie nachweislich „wider besseres Wissen", so die Formel des Bundesgerichtshofes (BGH), falsch geurteilt hätten; und das wurde in diesen Fällen nie bejaht.

1995 hat der BGH diese Urteile seiner Vorgänger als „insgesamt fehlgeschlagene Auseinandersetzung mit der NS-Justiz" abqualifiziert und erklärt, „die Nationalsozialistische Gewaltherrschaft habe eine Perversion der Rechtsordnung bewirkt, wie sie schlimmer kaum vorstellbar war, und die damalige Rechtsprechung sei angesichts der exzessiven Verhängung von Todesstrafen nicht zu Unrecht als ‚Blutjustiz' bezeichnet worden" (Urteil des Bundesgerichtshofs in Strafsachen vom 16.11.1995-5 StR 747/94, Ziff 37, insbes. Ziff. 78). Anschließend rügte der BGH: „obwohl die Korrumpierung von Justizangehörigen durch die Machthaber des NS-Regimes offenkundig" gewesen sei, hätten „sich bei der strafrechtlichen Verfolgung des NS-Unrechts auf diesem Gebiet erhebliche Schwierigkeiten ergeben". Er kritisierte auch scharf, dass „die vom Volksgerichtshof gefällten Todesurteile (...) ungesühnt geblieben (sind, dass) keiner der am Volksgerichtshof tätigen Berufsrichter

und Staatsanwälte (...) wegen Rechtsbeugung verurteilt (wurde); ebenso wenig Richter der Sondergerichte und Kriegsgerichte", um dann zu der Feststellung zu kommen: „Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte nicht zuletzt die Rechtsprechung des BGH – vgl. BGHSt 10, 294 – die Kritik daran erachtet der Senat als berechtigt" (BGH St-Urteil vom 16.11.1995 – 5 StR 747/94, abgedruckt in: NJW 1996, S. 857-865).

Das war ein spätes Eingeständnis, dass die 1995 mit Recht kritisierte Rechtsprechung der 1950er und 1960er Jahre auch viele Versuche von Opfern der Nazijustiz, in der Bundesrepublik mit ihrer rechtsstaatlichen Verfassung endlich zu ihrem Recht zu kommen, zum Scheitern verurteilte. Sie wurden in jenen Jahren von bundesrepublikanischen Gerichten mit teilweise abenteuerlichen Begründungen immer wieder abgelehnt, viele Nazi-Opfer damit zum zweiten Mal viktimisiert. Besonders betroffen hat das auch den „Widerstand der kleinen Leute" gegen das NS-Unrecht, also hauptsächlich Wehrmachtsdeserteure oder die Kritiker von Führer und NSDAP. Fritz Bauer hatte auch diesen Widerstand im Blick, durchsetzen konnte er seine Forderung nach dessen Anerkennung zu seinen Lebzeiten freilich nicht. Die Auseinandersetzung darüber hat noch Jahrzehnte gedauert. Heute sind Änderungen erreicht worden, gerade bei der Anerkennung der Wehrmachtsdeserteure als Teil des Widerstandes.

Heute wissen wir, dass unglaublich viel mehr an Gerechtigkeit und Wiedergutmachung von Unrecht hätte erreicht werden können, wenn eine auch personell erneuerte rechtsstaatliche Justiz, so wie Fritz Bauer das forderte, schon in den 1950er und 1960er Jahren Buchstaben und Geist des Grundgesetzes umgesetzt hätte.

Auch in weiteren Bereichen hätte Fritz Bauer mehr Unterstützung „seiner" SPD zu seinen Lebzeiten nötig gehabt. Als engagierter Strafrechtler wäre Fritz Bauer geradezu dafür prädestiniert gewesen, eine führende Rolle in der Strafrechts-Reformkommission zu übernehmen, die zu Beginn der 1960er Jahre eingerichtet wurde, um endlich das völlig überalterte Strafrecht grundgesetzkonform neu zu gestalten. Fritz Bauer hätte das auch gerne gemacht, aber die SPD hat ihn nicht durchgesetzt, nicht durchsetzen können. Offensichtlich war auch am Ende der Adenauer-Ära für einen Sozialdemokraten vom Rang Fritz Bauers kein Platz. Das hat ihn sehr getroffen, hatte er doch in zahlreichen Vorträgen, Aufsätzen und Büchern längst wichtige Beiträge zur Strafrechtsreform verfasst. Viele seiner Analysen und Vorschläge sind bis heute aktuell geblieben, etwa der zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Weiße-Kragen-Tätern, Steuerhinterziehern oder der zur Trockenlegen von Steueroasen. Seine Überlegungen zur Notwendigkeit und zu den Voraussetzungen einer internationalen Strafgerichtsbarkeit sind längst in die Errichtung und die Rechtsprechung der UN-Tribunale und des Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag eingegangen.

Fritz Bauer wäre auch gern Verfassungsrichter geworden und hätte gerade auch in dieser Funktion Vieles zur Durchsetzung des Grundgesetzes bewirken können. Auch das scheiterte; auch hier konnten die Sozialdemokaten ausreichend Unterstützung nicht organisieren.

Schließlich hat auch viel zu der wachsenden Verbitterung Fritz Bauers beigetragen, dass er sich zu wenig in Schutz genommen fühlte gegen die schlimmen Verleumdungen und Beleidigungen politischer Gegner in aller Öffentlichkeit. Heute ist nur noch wenig bekannt, mit welcher Aggressivität und Häme der spätere Bundeskanzler Kohl Bauer ihn damals im rheinland-pfälzischen Landtag u.a. wegen seiner Forderung nach Auseinandersetzung mit dem Nazi-Unrecht angegriffen hat; damals hat Bauer sehr darunter gelitten. Auch die ständigen Attacken der CDU in Hessen haben ihn belastet, besonders damals, als er sich weigerte, während der Frankfurter Studentenunruhen willfährig Haftbefehle gegen Demonstrierer zu beantragen.

Fritz Bauer ist am 1. Juli 1968 tot in seiner Wohnung aufgefunden worden. Er hat die

Verabschiedung der „Notstandsverfassung" im Deutschen Bundestag wenige Tage zuvor noch erlebt. Er hatte sie mit guten Gründen abgelehnt, auch wenn er für das Widerstandsrecht, das damals in Art. 20 Abs.4.GG festgeschrieben wurde, mit seinem Plädoyer im Remer-Prozess die Grundlage gelegt hatte. Den Coup des Eduard Dreher, der trotz seiner Nazi-Vergangenheit als Staatsanwalt am Sondergericht Innsbruck zum erfolgreichen Strafrechtskommentator aufsteigen, unter FDP-Justizministern schon früh im Bundesministerium der Justiz Karriere machen und seine Führungsposition dort auch unter Gustav Heinemann bewahren konnte, hat er nicht mehr miterlebt. Dreher gelang es im Oktober 1968 durch eine unauffällig und harmlos aussehende Änderung im Einführungsgesetz zum Ordnungswidrigkeitengesetz – EGOWiG –, die Straftaten aller Nazi- Mordgehilfen verjähren und damit strafrechtlich unverfolgbar werden zu lassen. Bis heute muss sich auch die SPD vorwerfen lassen, dass damals niemand im Bundesministerium der Justiz diese Gesetzesänderung verhindert hat und dass die Sozialdemokraten ihr in den Ausschüssen und im Plenum des Bundestages zustimmten. Sie muss sich auch ankreiden lassen, dass Dreher selbst nach Bekanntwerden dieses schändlichen Vorgehens keinerlei Nachteile etwa wegen Pflichtwidrigkeit befürchten musste.

Heute ist Fritz Bauer als herausragender Jurist anerkannt, der bis zu seinem Tod für den Rechts- und Verfassungsstaat kämpfte. Heute werden Schulen und Straßen nach ihm benannt. Im Jahr 2014 hat der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz den Fritz Bauer Studienpreis für Menschenrechte und Zeitgeschichte gestiftet, der herausragende wissenschaftliche Arbeiten von Nachwuchs-JuristInnen mit 5.000 € auszeichnen soll, „die sich mit Leben, Werk oder Lebensthemen Fritz Bauers befassen". Das ist zu begrüßen. Besonders erfreulich ist auch, dass Fritz Bauers Schule, das Eberhard- Ludwigs-Gymnasium in Stuttgart, einen besonderen Fritz-Bauer-Schülerpreis für mutiges und herausragendes Sozialverhalten ins Leben gerufen hat und Fritz Bauers mahnende Worte „Wir können aus der Erde keinen Himmel machen, aber jeder von uns kann etwas tun, dass sie nicht zur Hölle wird" unübersehbar über dem Eingang der Schule anbringen ließ.

Wichtig wäre allerdings, dass noch mehr Gerichte als bisher an Fritz Bauer erinnern und dass die juristischen Fakultäten seine Bücher und Essays auch in die Ausbildung junger Juristinnen und Juristen einbeziehen.

Prof. Dr. jur. Herta Däubler-Gmelin, verh. mit Prof. Dr. Wolfgang Däubler, zwei Kinder, drei Enkelkinder. Studium in Tübingen und Berlin (FUB). Dr. jur. Rechtsanwältin (Schwerpunkte: Arbeitsrecht, insbesondere Beratung von ArbeitnehmerInnen und Betriebsräten; Europarecht, Völkerrecht, Datenschutz- und IT-Recht). MdB (1972-2009); stv. SPD-Bundesvorsitzende (1988-1997), Bundesministerin der Justiz (1998-2002). Tarifschlichterin, Vorsitz in Einigungs- und Schiedsstellen; Vorlesungen (Völkerrecht, Verfassungsrecht, Europarecht, Good Governance, Menschenrechte) an Universitäten im In- und Ausland (u.a. FUB, RWTH Aachen, Ev. Hochschule Ludwigsburg, China, Vietnam, Tunis, Accra, Südafrika). Schirmherrin u.a. Dt. Hospizbewegung DHPV, Bundesverband Ehrenamtlicher Richterinnen und Richter, Vorsitzende des Hochschulrats der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, Stuttgart. Zahlreiche Veröffentlichungen (Menschenrechte, Verfassung, Arbeitsrecht, Datenschutz, Medienrecht, CETA/TTIP).

Fritz Bauer und Martin Luther King jr. oder die Pflicht zum Ungehorsam

Irmtrud Wojak

Dort kommt ja dieser Träumer.
Jetzt aber auf,
erschlagen wir ihn...
Dann werden wir ja sehen,
was aus seinen Träumen wird.
Gen 37,19-20

1 | Der Bürgerrechtler und der Kämpfer für die Menschenrechte

Die Forschungen über Fritz Bauer und die Geschichte der Menschenrechte in Deutschland beginnen gerade erst. Welche Bedeutung das beispielhafte Leben und Werk dieses human denkenden Juristen und Sozialdemokraten für die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik und den Aufbau einer neuen Rechtsordnung nach zwölf Jahren Nazismus und der Ermordung und Vertreibung von Millionen Menschen haben, wurde noch längst nicht genügend gewürdigt.[1]

Fritz Bauers ganzes Hoffen und Tun galt der Maxime, die in den Menschenrechten und den meisten Religionen seit Jahrtausenden verankert ist: „Schädige keinen Anderen!“[2] (vgl. Wojak 2009: 431ff.) Diese Auffassung findet sich in fast allen seinen Formulierungen. Im Jahr 1963, als der erste große Auschwitz-Prozess begann, sagte der Generalstaatsanwalt in einer Gedächtnisrede zum Geburtstag von Anne Frank, das millionenfache Leiden der Menschen in den Jahren 1933 bis 1945 müsse an die Menschen appellieren. „Im Jahr des Ungarn- und Auschwitz-Prozesses in Frankfurt wäre sie ein lebendiger Zeuge des furchtbaren Geschehens gewesen.“ Anne, die so jung sterben musste, habe gesagt, sie werde „in der Welt und für die Menschen arbeiten!“ Und Bauer griff noch weiter aus. Wir sollten uns erinnern, sagte er, „daß alle Menschen nach dem Bilde Gottes geschaffen sind, daß alle Völker und Rassen gleich nahe zu Gott und seinen Gedanken sind. Sie alle sind wie Du.“ (Bauer 1963 in: Perels/Wojak 1998: 157, 163f.)

Bauers Vorstellung war, dass Gott den Menschen Recht und Gerechtigkeit auf Erden zur Daseinsaufgabe gesetzt hat. Diese Aufgabe müsse, so schrieb er bezugnehmend auf Leo Baecks Buch über *Das Wesen des Judentums*, zur Überwindung der bloßen Toleranz führen, „diesem Zwitter von Gerechtigkeit und Almosen“. Eine Bestätigung hierfür fand der Jurist bei Goethe. „In seinen Maximen und Reflexionen lesen wir“, schrieb Bauer: „‚Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: Sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.‘“ (Bauer 1963 in: Perels/Wojak 1998: 164) So aktuell war Fritz Bauer. Wobei immer wieder deutlich wird, wie ähnlich sich die Schicksale der Opfer und Überlebenden sind, an die der Jurist hier dachte und zu denen er selber gehörte. Auch dann, wenn die kulturellen und sozialen Hintergründe völlig verschieden sind und der aktuelle politische Kontext ein anderer ist.

Mehr als sonst war in diesen Tagen in den Medien über den Bürgerrechtskämpfer und Baptistenpastor Martin Luther King jr. (1929-1968) und den Kämpfer für die Menschenrechte und Juristen Dr. Fritz M. Bauer (1903-1968) zu lesen. Wie es dazu kam und welche Schlüsse daraus für die aktuelle Forschung zu ziehen sind, davon handelt dieser Beitrag.

2 | Überwindung erinnerungspolitischer Blockaden

Im Dezember 2014 jährte sich die Verleihung des Friedensnobelpreises an Martin Luther King jr. zum fünfzigsten Mal. Zur selben Zeit

brachte der Film Selma der amerikanischen Autorin, Produzentin und Regisseurin Ava DuVernay das Leben und Schicksal von King oder MLK, wie er genannt wurde, seine Bedeutung für die Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten und den Kampf gegen Rassismus erneut ins Bewusstsein.[3] DuVernays Werk machte Schlagzeilen, sie wurde als erste schwarze Frau für den Oscar in der Kategorie „*Best Director*" nominiert. Ich begann darüber nachzulesen, als ich Ende 2014 zu einem Vortrag über Bauer am *FXB Center for Health and Human Rights* der Harvard Universität eingeladen wurde. Im Internet entdeckte ich Einiges über die Entstehung des Filmepos und las in einem Artikel, der für das *New York Magazine* geschrieben wurde, die folgenden Zeilen:

„The biggest change, of course, was making King central to the narrative. The challenge was doing it without citing his speeches – his estate didn't grant permission to use his words. It was worth taking creative license with King's speeches in order to get the film made," DuVernay says. „If you sit there waiting for the rights, another 50 years are going to go past." (Yuan 2014)

Dieses Zitat erinnerte mich an die in Berlin lebende Autorin, Regisseurin und Produzentin Ilona J. Ziok. Ihr Film *Fritz Bauer – Tod auf Raten*, der mit dem Prädikat „besonders wertvoll" ausgezeichnet worden ist, rückte das Schicksal des deutschen Kämpfers für die Menschenrechte stärker in das öffentliche Bewusstsein und machte es auch international bekannter.[4] Der spannende Dokumentarfilm erinnert daran, wie alte Nazi-Seilschaften versuchten, Fritz Bauer als braunschweigischen und seit 1956 als hessischen Generalstaatsanwalt mundtot zu machen. Sie wollten verhindern, dass die Verbrechen der Nazis und die Wahrheit über Auschwitz, dass die Schuld und Mitschuld einer ganzen Gesellschaft ans Licht kamen. Schon gar nicht sollte ein Widerstandskämpfer Gehör finden, ein Antifaschist und Sozialdemokrat, der den Opfern der NS-Diktatur und den überlebenden Verfolgten eine Stimme verlieh.

Fritz Bauer war während der Weimarer Zeit Vorsitzender der Republikschutzorganisation „Reichbanner Schwarz-Rot-Gold" in Stuttgart. Von Beginn an, das heißt lange vor 1933, kämpfte er gegen die Nazis, deren Aufstieg er als Student in München miterlebte. Nachdem sie an die Macht gelangt waren, sperrten sie ihn als einen der ersten zusammen mit anderen Sozialdemokraten und Kommunisten ins Konzentrationslager (KZ). Im April 1933 wurde ihm sein Amt als Richter in Stuttgart aberkannt, 1936 musste er ins Exil nach Dänemark fliehen.[5]

Wie verhasst Rückkehrer wie Fritz Bauer in bestimmten Kreisen waren, kann man sich heute kaum vorstellen. Ich sah seine Geschichte, sein Leben und sein Werk positiv. Den Filmtitel Tod auf Raten verstand ich zunächst nicht. Bauer hatte gegen Antisemitismus und für die Bürgerrechte gekämpft, das KZ überlebt, sich in der politischen Emigration gegen die Nazis und ihre Kollaborateure engagiert. Und er war 1949 gegen alle Vernunft und wider besseres Wissen nach Deutschland zurückgekehrt, um, wie er sagte, der jungen Generation etwas vom Widerstandsgeist der Demokraten in der Weimarer Republik zu vermitteln. Bauer wollte ein Jurist sein, der „dem Gesetz und Recht, der Menschlichkeit und dem Frieden nicht nur Lippendienst leistet" (Bauer 1962a: 657f.).

Schon bald nach seiner Rückkehr erwirkte er 1952 in einem Aufsehen erregenden Prozess die rechtliche Anerkennung der in Deutschland als Hoch- und Landesverräter verleumdeten Hitler-Attentäter des 20. Juli 1944 (Fröhlich 2006). Er hatte entscheidenden Anteil daran, dass sich der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Deportationsspezialist Adolf Eichmann vor Gericht in Jerusalem verantworten musste, indem er den Israelis dessen Aufenthaltsort in Argentinien bekannt gab (Wojak 2013: 16ff.). Bauer brachte die bis dahin totgeschwiegene Ermordung von Behinderten vor Gericht, die ungesühnte deutsche Blutjustiz, das von Deutschen in der Ukraine begangene Massaker von Babi Yar. „Er war der Generalsstaatsanwalt, der die Mörder von Auschwitz anklagte", so formu-

lierte es einmal die Juristin Ilse Staff (Staff 1968: 2858). Deshalb begleiteten ihn Anfeindungen, Verleumdungen und Morddrohungen bis zum Tod.

Für mich war Bauer ein Widerstandskämpfer, einer, der sich nicht beugte, als fast alle schwiegen, der weiterkämpfte, obwohl die Nazis ihn ermorden wollten. Als er nach Deutschland zurückkehrte, war er einsam. Aber politisches Märtyrertum lag ihm völlig fern. Trotz aller negativen Erfahrungen beteiligte er sich am demokratischen Wiederaufbau und der so dringend notwendigen Entnazifizierung.

Wieso, fragte ich mich, sollte ein so aufrecht gelebtes Leben ein „Tod auf Raten" gewesen sein? Wie konnte der provozierende Filmtitel Bauers Leben gerecht werden, seinem Mut und seiner Standhaftigkeit? Hatte ich die Geschichte und sein Leben, das er in seinem einzigen autobiografischen Essay als „Im Kampf um des Menschen Rechte" bezeichnete, nicht richtig interpretiert (Bauer 1955 in: Wojak/Perels 1998: 37-49; Staff 1988: 440-450)?

Erst in jüngster Zeit, als sich Ilona Zioks Erfahrungen mit ihrem Fritz Bauer-Film und meine Erfahrungen mit meiner Fritz Bauer-Biografie zu einer gemeinsamen Geschichte zusammenfügten, begriff ich, dass sich das Leben dieses in seiner Bedeutung für die deutsche Geschichte und unsere nationale Identität noch immer unterschätzten Juristen auch anders darstellen lässt. Dass sein Widerstand, sein freier Geist und seine Abneigung gegen opportunistisches Verhalten sich ebenso gut als „Chronik eines angekündigten Todes" deuten lassen. Auch wenn ich mich dagegen sträubte, fielen mir Zitate aus seinen Schriften ein, die in diese Richtung wiesen. Hatte er nicht geschrieben: „Es sollte möglich sein, für Recht und Gerechtigkeit zu leben und – wenn es sein muss – zu sterben" (Bauer 1965: 187). Fritz Bauer wusste, wovon er sprach. Hatte er sein Schicksal vorhergesehen?

Blicken wir noch einmal zurück. Ilona Ziok ging es mit ihrem Film über Fritz Bauer ähnlich, ja teilweise genauso wie Ava DuVernay, die sämtliche Reden Martin Luther Kings mit eigenen Worten neu erfinden musste, da ihr die Rechte für eine Publikation im Wortlaut vorenthalten wurden (Yuan 2014). Die Rechte an den Schriften Bauers liegen bei dem nach ihm benannten Institut, das sich diese Rechte zwar sicherte, aber seither keine einzige Schrift Fritz Bauers im Wortlaut publiziert hat, und das seit siebzehn Jahren.

Als Ilona Ziok beim Archiv des Fritz Bauer Instituts nach Material für ihren Film forschte, bekam sie zur Antwort, sämtliche Unterlagen über Fritz Bauer befänden sich bei seiner Biografin, und die gäbe sie nicht heraus. Zur selben Zeit erhielt die Biografin, also ich, die Aufforderung, das gesammelte Material beim Institutsarchiv abzuliefern, da man an der Biografie nicht länger interessiert sei. Die Regisseurin eines Films über Fritz Bauer und die Autorin eines Buches über Fritz Bauer sollten anscheinend gegeneinander ausgespielt werden. Zum Glück führte das Intrigenspiel nicht zum Erfolg. Unabhängig voneinander machten wir uns, so wie Ava DuVernay, ungeachtet aller Hindernisse an die Arbeit. Ilona Ziok fand Förderer für ihren Film und ich einen Sponsor für die Biografie, so dass das Buch 2009 und der Film 2010 erscheinen konnten. Beide lösten viel positive Resonanz aus, wobei der Film natürlich weit mehr Menschen und vor allem ein internationales Publikum erreicht. Vom Fritz Bauer Institut werden beide Arbeiten boykottiert.

Ende gut, alles gut, könnte man meinen, doch die Geschichte fing, wie sich herausstellte, jetzt erst an. Um das zu erklären, komme ich nochmals auf den Film Selma zurück. In dem Epos geht es um einen der drei großen Freiheitsmärsche des Jahres 1965, die den politischen und emotionalen Höhepunkt des *Civil rights movement* in den USA markierten. Der Name der Stadt Selma in Alabama steht als negatives Symbol für die Gewaltbereitschaft der Staatsorgane und der Polizei, die sich nicht an ihre Geschichte erinnern lassen wollten; sie hatten die ersten beiden Märsche gewaltsam beendet. Die Zuspitzung im Kampf für Wahlrechte nach dem Civil Rights Act von 1964 (das Bürgerrechtsgesetz erklärte die

Rassentrennung für illegal) brachte viele Führer des *African-American Civil Rights Movement* in die Kleinstadt Selma, darunter eben auch Martin Luther King jr.

DuVernays Film ließ die Kritik an der mangelnden staatlichen Unterstützung für Kings Kampf wiederaufleben. Auch die Angst vieler, sich mit der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen öffentlich aktiv zu solidarisieren und die Frage, inwieweit US-Präsident Lyndon B. Johnson auf der Seite von King stand, waren wieder zu einem Thema geworden, das Zustimmung fand, aber auch Empörung hervorrief.[6] Die Regisseurin musste – so wie Ilona Ziok – jahrelang um die finanzielle Ausstattung ihres Films kämpfen. Sie arbeitete ständig gegen die Zeit.

Weil es in solchen Dingen keine Zufälle gibt, erschien ihr Werk dann aber in einem viel tieferen Sinne genau zum richtigen Zeitpunkt. Das war am Nachmittag der Erstaufführung von *Selma* in New York, am 24. November 2014, als der Gouverneur von Missouri, Jay Nixon, den Notstand ausrief. Er erlaubte der Nationalgarde, bei den Protesten, die als Reaktion auf die Entscheidung der *Grand Jury* in Ferguson erwartet wurden, einzugreifen. Die *Jury* aus zwölf Geschworenen, allesamt keine Juristen, hatte den Polizisten Darren Wilson freigesprochen, der kurz zuvor den 18-jährigen schwarzen Schüler Michael Brown mit zwölf Pistolenschüssen, von denen mindestens sechs trafen, erschossen hatte. Der Polizist musste sich nicht vor Gericht verantworten, obwohl das US-Justizministerium noch prüfen wollte, ob die Tat aus rassistischen Gründen begangen wurde, so als reichten zwölf Schüsse auf einen unbewaffneten Schüler als Nachweis nicht aus.

Es war schwer, in dieser Situation, so heißt es in dem eingangs zitierten Artikel für das *New York Magazine*, nicht an „Selma 1965" zu denken. Der Artikel zitiert die Regisseurin und Autorin DuVernay mit den Worten:

„The current dismantling of the Voting Rights Act and the breaking of the black body at the hands of police, this is not new." (Yuan 2014)

Ich holte mir, nachdem ich diesen Artikel gelesen hatte, die großen Reden von Martin Luther King jr. auf den Bildschirm. Was hatte er gesagt, in seiner Rede „*I have a dream*" (gehalten am 23. August 1963) und „*Beyond Vietnam*" (gehalten am 4. April 1967), und was war jetzt nicht neu? Hundert Jahre nach der Proklamation der Freiheit, das hatte King 1963 gesagt, herrsche noch immer Rassentrennung, vegetierten die Schwarzen am Rande des weiten Ozeans materiellen Wohlstands, der „Neger" lebe im Exil in seinem eigenen Land (King 1963 in: King 1992: 102).

In allen Lebensbereichen wurde ein Unterschied gemacht zwischen schwarz und weiß: in den Schulen, in den Kirchen und öffentlichen Gebäuden, in Bussen und Zügen, selbst in Toiletten und an den Waschbecken. Schon als Kind empfand King das als großes Unrecht. Sein Vater bestärkte den Sohn in seinem Willen, den Rassismus zu bekämpfen. Bereits als Jugendlicher setzte er sich öffentlich in seinen Reden für die soziale Integration und rechtliche Gleichstellung der Schwarzen ein. Er sah darin Herausforderung und Chance zugleich, eine Stärkung der amerikanischen Nation und der Demokratie. Sein Biograf Clayborne Carson zitiert Martin Luther King jr. mit den Worten: „Wir können keine aufgeklärte Demokratie sein, wenn eine große Bevölkerungsgruppe ignoriert wird. Wir können keine starke Nation sein, wenn ein Zehntel der Bevölkerung schlecht ernährt und krank durch Bakterien ist, die keinen Unterschied zwischen Schwarzen und Weißen machen – befolgt die Jim Crow-Gesetze nicht." (Carson 2000: 9)[7]

Dabei war es nicht, wie er betonte, Kings Absicht, die beschämenden Zustände zu dramatisieren. Er wollte aufklären und die Verhältnisse ändern. Das hundertjährige Versprechen der amerikanischen Verfassung und der Unabhängigkeitserklärung, deren Erben alle Amerikaner sind, die ihnen das unveräußerliche Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück garantieren, dieses Versprechen sollte endlich eingelöst werden. Immer nachdrücklicher thematisierte der Soziologe und Theologe, der an

der Boston University studiert hatte, in seinen Reden den Teufelskreis von Armut, Krieg und Rassismus. In seiner berühmten New Yorker Rede „*Beyond Vietnam*“, die der Historiker Vincent Gordon Harding verfasste (1931-2014), klagte Martin Luther King jr. am 4. April 1967 die amerikanische Regierung als „die größte Gewaltausüberin in der heutigen Welt“ an (King 1967 in: King 1992: 138f.).[8] Er rief zu zivilem Ungehorsam gegen eine ungerechte Gesetzgebung auf, die den Schwarzen das Wahlrecht vorenthielt. Gleichzeitig formulierte er in immer neuen Variationen seinen Traum von menschlicher Bruderschaft, Gewaltfreiheit und der alles entscheidenden Kraft der Liebe. Es war zugleich das erste Mal, das MLK den Widerstand gegen den Vietnamkrieg mit der Bürgerrechtsbewegung in Verbindung brachte (King 1967: 136).

Auf den Tag genau ein Jahr nach dieser Rede, am 4. April 1968, wurde Martin Luther King jr. erschossen.

In seiner Rede, mit der er den Osloer Friedensnobelpreis akzeptierte, hatte er vier Jahre davor gesagt, Gewaltlosigkeit sei die Antwort auf die entscheidenden politischen und moralischen Fragen unserer Zeit. „Zivilisation und Gewalt seien antithetische Konzepte“, waren seine Worte, während die Anfeindungen und Drohungen gegen ihn ständig zunahmen (King 1964 in: King 1992: 109).

Je näher sich King seinem Traum von der Überwindung der Rassentrennung wähnte, desto gefährdeter wurde sein eigenes Leben. Mit Wissen von Präsident Johnson, der ihn von dem Demonstrationsmarsch nach Selma abbringen wollte und der Kings Kritik an der aktuellen militärischen Eskalation des Vietnamkriegs fürchtete, wurde MLK ständig von der zentralen Sicherheitsbehörde FBI überwacht. Kurz vor dem Marsch drohte das FBI dem Bürgerrechtler mit der Veröffentlichung von Einzelheiten über nicht-eheliche Beziehungen zu Frauen; man riet ihm zum Selbstmord. Ziel war es, schreibt Kings Biograf unter der Überschrift „Johnson gegen King“, den Bürgerrechtler und Friedensaktivisten „als überregionale Führungsperson zu delegitimieren“. Doch all diese Versuche bestärkten MLK nur in seiner „Entschlossenheit, einen unabhängigen Kurs beizubehalten“, was ihn schließlich das Leben kostete (Carson 2015).

3 | Die Demontage von Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer

Und nun dies: Tausende Kilometer entfernt, im selben Monat, in dem 2014 DuVernays Film in New York erschien und sie von der aktuellen Demontage der Bürgerrechte der Schwarzen sprach, erschien in Deutschland ein Artikel mit dem Titel: „Die Demontage des Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer“.

Geschrieben hatte den Beitrag Professor Erardo C. Rautenberg, dienstältester Generalstaatsanwalt der Bundesrepublik in Brandenburg, der kurz darauf noch einen zweiten Artikel in der Wochenzeitschrift Die Zeit mit dem Titel „Zu Haus unter Feinden“ publizierte (Rautenberg: 2014a; Rautenberg: 2014b: 369-376). Bald darauf folgte ein dritter Artikel im Berliner *Tagesspiegel*, diesmal von Kurt Nelhiebel, langjähriger Nachrichtenchef bei Radio Bremen und Prozessbeobachter im Frankfurter Auschwitz-Prozess, mit der Überschrift „Die Nestbeschützer. Deutungskampf um Fritz Bauer“ (Nelhiebel 2014a).[9]

Etwa zur gleichen Zeit kritisierte der Historiker Professor Norbert Frei öffentlich Ilona Zioks Film *Tod auf Raten*. Er mache Furore, weil er insinuiere, Bauer sei „möglicherweise eines unnatürlichen Todes“ gestorben. „Aktivisten der vielbeschworenen Zivilgesellschaft“ stilisierten einen couragierten Staatsanwalt zum „einsamen Helden (...) mit dessen Kampf für die Ahndung von NS-Verbrechen man sich identifizieren kann.“ An gleicher Stelle behauptete er, die frühere Bundesministerin der Justiz, Professor Herta Däubler-Gmelin (SPD), habe sich skeptisch gegenüber Äußerungen von Bauer geäußert, der ähnlich wie King jr. die Fremdheit im eigenen Land mit den Worten zum Ausdruck gebracht habe: „In der Justiz lebe ich wie im Exil“ (Frei 2014: 275, 279).

Tatsächlich hatte Herta Däubler-Gmelin geschrieben, es sei „kein Wunder, dass Bauer gelegentlich bemerkte: ‚Wenn ich mein Arbeitszimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland.' Oder: ‚In der Justiz lebe ich wie im Exil.'" Er habe das gegenüber den Studierenden damals „so nicht ausgedrückt. Aber später, als diese Sätze von Fritz Bauer bekannt wurden, habe ich sie sehr gut verstanden" (Däubler-Gmelin in: Backhaus et al. 2014: 18f.).[10] Bauer war nach zwölfjährigen Erfahrungen mit der bundesrepublikanischen Wirklichkeit zu dem Schluss gekommen:

„Wer wollte leugnen, daß es an Anläufen zur Beschränkung der öffentlichen Meinung, zu einer kurzsichtigen und eigensüchtigen Diffamierung jeder Opposition und zu einem persönlichen-patriarchalischen Regiment nicht gefehlt hat und eine lebendige Anteilnahme wohlorientierter Bürger an dem politischen Geschehen nicht eben ermutigt wurde?" (Bauer 1962b in: Perels/Wojak 1998: 197)

Der Archivar des Fritz Bauer Instituts versuchte, den Film Tod auf Raten als „medialen Missgriff" in Verruf zu bringen.[11] Ein vom Institut geförderter junger Gastwissenschaftler schrieb ein Buch über Fritz Bauer und hielt dem von den Nazis Verfolgten sein eigenes Schicksal vor (vgl. Rautenberg 2014b: 370)[12], was sich wie folgt liest:

1. Der Sozialdemokrat Fritz Bauer habe sich als KZ-Häftling bei den Nazis angebiedert und eine „Unterwerfungserklärung" unterzeichnet, um aus dem Konzentrationslager entlassen zu werden.[13]

2. Der Generalstaatsanwalt Bauer sei homosexuell gewesen, was er aber aufgrund des damals noch existierenden § 175 StGB verborgen habe, da er sich strafbar gemacht hätte.[14]

3. Der junge Fritz Bauer habe sich vor 1945 „stolz einen Juden" genannt, was er jedoch nach 1945 „peinlich" verborgen habe, um sich das Leben unter den vielen alten Nazis in Deutschland leichter zu machen.[15]

Nachdem ich das gelesen hatte, wurde mir erstmals bewusst, dass das mit dem Tod auf Raten stimmt. Alles, was Fritz Bauer gesagt und getan hat, wird relativiert: Sein Widerstand gegen die Nazis, sein Engagement für die Gleichstellung Homosexueller und sein unerschöpflicher Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus. Der ganze Irrsinn deutscher Geschichte lebt wieder auf und wird auf einen Einzelnen fokussiert, dessen Tod – wie der von Martin Luther King jr. – viel zu früh und nicht wenigen gelegen kam. Dass der eine gewaltsam starb, wissen wir, die Todesumstände des anderen bleiben vorerst ein Rätsel.[16] Doch nicht einmal das soll offen bleiben dürfen, unbedingt muss ein Schlussstrich gezogen werden: Bauers Herz, heißt es apodiktisch, „ist in der heißen Badewanne stehen geblieben", nichts habe auf Suizid oder Gewalt hingedeutet. Einzig eine „Fritz Bauer verehrende Filmemacherin" habe es für gut gehalten, dunkles „Selbstmord-Geflüster" und „Andeutungen in Richtung Mordkomplott" zur Prämisse ihres Films zu machen (Steinke 2013: 270).

Kann eine Kapitulation vor der eigenen Verantwortung und Geschichte noch deutlicher werden? Ist es nur Oberflächlichkeit, wenn solche Halb- und Unwahrheiten verbreitet oder benutzt werden? Das war schließlich genau, wogegen Fritz Bauer sein Leben lang ankämpfte. Keine der Behauptungen lässt sich anhand von Quellen belegen, sie sind allesamt nicht richtig.

Fritz Bauer bekam den Antisemitismus schon früh zu spüren. Mitschüler bedrängten ihn. „Du und Deine Eltern, ihr habt Christus umgebracht!" Er wollte Polizist werden, denn Polizisten sorgten dafür, „daß niemandem Unrecht geschieht". Später sagte er: „Damals, mit sechs Jahren, begann ich unter dem zu leiden, was man eigentlich heute Kollektivschuld nennt. Ich verstand es nicht, das war mein persönliches Erlebnis und hat übrigens auch dazu geführt, daß ich später glaubte, auch im Juristischen das eine oder andere tun zu können."[17]

Wie bei King jr. herrschte auch in Bauers Familie ein emanzipatorischer Geist, der nach Gerechtigkeit und Freiheit verlangte. Hier war es die Mutter, die den Jungen darin bestärkte, sich gegen antisemitische Verleumdungen zu

wehren. Auf seine Frage „Was ist eigentlich Gott", antwortete die Mutter mit einem Satz, der sich in allen Weltreligionen wiederfindet und von dem Bauer als Erwachsener sagte, er sei zur Richtschnur seines Lebens und seines Berufs als Jurist geworden: „Was Du nicht willst, dass man Dir tu, das füg auch keinem andern zu."[18] An anderer Stelle ergänzte er, der Satz könne auch als kategorischer Imperativ dienen, denn er schütze vor der „Wiederkehr des Vergangenen", umschließe den „Widerstand gegen alle Trägheit des Herzens und gegen Unrecht, wo immer es geschieht, nicht zuletzt, wenn der Staat selber es begeht. Er fordert Zivilcourage und Mut gegen die Herrschenden, die oft schwerer sind als Tapferkeit vor dem Feind." (Bauer 1965a: 39)

Die Versuche politischen Rufmords an Fritz Bauer ähneln den Schmähungen, denen Martin Luther King jr. ausgesetzt war. Eine Privatsphäre wurde den Opfern nicht mehr zugebilligt, vermeintliche Geheimnisse wurden enthüllt, die persönliche Integrität in Zweifel gezogen und ihr Lebenswerk ins Zwielicht gerückt.

Die Demontage des hessischen Generalstaatsanwalts als Person der Zeitgeschichte begann vor rund zehn Jahren, als das Fritz Bauer Institut Sinn und Zweck des von Bauer initiierten Auschwitz-Prozesses in Frage stellte. (Nelhiebel 2014a)[19] Die erste umfassende, von international angesehenen Künstlerinnen und Künstlern begleitete Ausstellung über dieses Werk Fritz Bauers wurde von Angehörigen des nach ihm benannten Instituts jahrelang bekämpft. Der Initiative des Münchner Altoberbürgermeisters Dr. Hans-Jochen Vogel war es zu verdanken, dass die Wanderausstellung 2007 in der Landeshauptstadt noch einmal gezeigt werden konnte. Allerdings sollten auf Wunsch des Fritz Bauer Instituts die angeblich zu großen Fotos von „Nazi-Größen" entfernt werden, da sie bei „den Zuschauern den falschen Eindruck vermittelten, die Anführer der Nazis seien alle überdimensionale Scheusale gewesen" (Arning 2006). Aber was waren sie wohl sonst? Nachdem die Ausstellung, die Bauer einen eigenen von jungen KünstlerInnen gestalteten Raum gewidmet hatte, in München nicht mehr zu sehen war, ihre Tore geschlossen hatte, verschwand sie auf Nimmerwiedersehen. 2011 wurde sie unter Hinweis auf „fehlende Lagerkapazität" endgültig entsorgt (Nelhiebel 2014a).[20]

Parallel zu der Entsorgung erschien aus dem Fritz Bauer Institut heraus eine Serie von Aufsätzen, in denen der Leiter des Archivs und der Dokumentation, Werner Renz, die Bedeutung des Auschwitz-Prozesses zu relativieren und die Rolle des hessischen Generalstaatsanwalts am Zustandekommen des Verfahrens zu schmälern versuchte. „Durchaus im Stile eines Praeceptor Germaniae" habe Bauer im schwedischen Exil nach einer „Lektion im geltenden Völkerrecht" für das deutsche Volk gerufen, „dem die Sieger (und Befreier) eine noch unstabile Demokratie beschert" hätten. Zudem gebe es einen öffentlichen und einen geheimen privaten Bauer, der bei sich „intellektuelle Schizophrenie" diagnostiziert habe, die wiederum in dem „illusionären Erziehungsidealismus" zum Ausdruck gekommen sei, mit dem Bauer versucht habe, NS-Täter „zu Staatsbürgern umzuerziehen", usw. (Renz 2012). Wer Bauers Standpunkt nachvollziehe, betreibe Heiligengeschichtsschreibung. Unter der Überschrift „Anmerkungen zur Entmythologisierung eines NSG-Verfahrens" plädierte Renz für einen „sachlichen und nüchternen Blick" auf den Auschwitz-Prozess. Diesen Blick sah er durch den „Mythos Fritz Bauer" verstellt (Renz in: Osterloh und Vollnhals 2011: 349). Das von Fritz Bauer in bestimmten Fällen geforderte „lebenslange Zuchthaus" nannte Renz ein vom „NS-Verbrecher notwendig zu erleidendes Übel" (Renz 2012: 42). Der Politikwissenschaftler Professor Joachim Perels (Hannover), der sich damals noch im Wissenschaftlichen Beirat des Instituts wie kaum ein anderer für Bauers Lebenswerk stark machte, hat vergeblich versucht, den in den Aufsätzen von Renz erkennbaren Richtungswechsel des Instituts aufzuhalten (Perels 2011).[21]

Alle systematisch über Bauer in Umlauf gebrachten Unterstellungen flossen 2013 in das

Buch des Journalisten Ronen Steinke ein, dem das Fritz Bauer Institut nach seiner Aussage „den Status eines Gastwissenschaftlers mit allen dazugehörigen fachlichen und technischen Hilfestellungen freundschaftlich gewährt hat. Allen voran Werner Renz, sachkundig und zu meinem Glück auch großzügig wie wenige." Dieser lobte das unter seiner Patenschaft zustande gekommene Werk dann schon bald nach Erscheinen selbst in einer Rezension: „Geradezu wohltuend" sei es, dass Dr. Ronen Steinke „sich nicht in Verehrung mit Fritz Bauer beschäftige" (Taler 2015b).[22]

Auch die Verdienste des namentlich genannten Institutsdirektors Professor Raphael Gross hebt Steinke in seiner Danksagung hervor. Aber der gab sich später unwissend. In einer Replik auf den Artikel von Kurt Nelhiebel im Tagesspiegel stritt er eine Unterstützung des Buches, das schließlich auch die öffentliche Kritik des brandenburgischen Generalstaatsanwalts auf sich zog, rundweg ab. Vom Verfasser des Artikels verlangte er, dass er sich „öffentlich bei Herrn Renz entschuldigt" und seine Behauptung widerruft, „das Böse der Nazi-Ideologie und die Verachtung Fritz Bauers ‚wirke nun wieder nach' im Fritz Bauer Institut". So lange das nicht geschehen sei, werde es „in gleich welcher Sache keine Auseinandersetzung mit Ihnen und Ihren Thesen geben."

Am selben Tag stellte sich der hessische Wissenschaftsminister Boris Rhein (CDU) an die Seite des Gescholtenen: „Ich werde mich der von Ihnen geäußerten Kritik annehmen und möchte das Thema Eigen- und Fremdwahrnehmung des Fritz Bauer Instituts und die Positionierung zum Namensgeber in einer der nächsten Stiftungsratssitzungen zum Thema machen." (Nelhiebel 2014b) Kurz danach wurde bekannt, dass Raphael Gross sein Amt als Direktor des Instituts aufgibt, um sich, wie er der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sagte, künftig wieder verstärkt der Wissenschaft zu widmen.[23]

Nicht immer verhielt sich das Institut so passiv. Nachdem es mitgeholfen hatte, das Werk des Anklägers im Auschwitz-Prozess zu demontieren, trat es 2014 mit einer Ausstellung unter dem Titel *Fritz Bauer. Der Staatsanwalt an die Öffentlichkeit.* Reißerisch verkündet eine Überschrift des Begleitbuches: „Als politischer Flüchtling anerkannt, als Homosexueller observiert" (Backhaus et al. 2014: 4). In der Ausstellung wird das, was Ronen Steinke als Offenbarung verkauft, als seriöse Wissenschaft dargeboten. Die „Enthüllungen" Steinkes riefen auch die Filmbranche auf den Plan (Winkler 2015).[24] Über Bauers angebliche „Unfähigkeit zu echter Nähe" (Steinke: 26) wird getuschelt, allenthalben heißt es, er sei „homosexuell" gewesen, „linksradikal", obendrein ein „Atheist", dennoch aber Mitglied der „Freien Wissenschaftlichen Vereinigung", einer „jüdischen Studentenverbindung". Er habe ein „Treuebekenntnis" zu Hitler abgelegt, um aus der Haft freizukommen, während sein SPD-Genosse Kurt Schumacher standfest geblieben sei und deswegen im KZ bleiben musste; ein „Antizionist" sei Bauer gewesen mit einem „politisch determinierten Verhältnis" zur Religion; der Antisemitismus habe in „seinen Analysen des Nationalsozialismus" nach 1945 eine „auffallend geringe Rolle" gespielt (Backhaus et al. 2014: 7, 116, 256, 261, 272). „Noch immer können sie ihn nicht in Ruhe lassen." So der Kommentar von Außenminister Frank Walter Steinmeier (SPD).[25]

Man fragt sich, was hinter alledem steckt. Die „Freie Wissenschaftliche Vereinigung" war eine anti-antisemitische Gründung, eine Gegenreaktion auf den Berliner Antisemitismusstreit. Weder Politik noch Religion spielten für ihre Mitglieder eine Rolle. Gerade deshalb gewann sie im Laufe der Jahre immer mehr jüdische Mitglieder hinzu, weil sie anderswo unerwünscht waren (Voigts 2008). Bauer wurde also nicht Mitglied einer „jüdischen Vereinigung", sondern einer Vereinigung, die sich gegen religiös motivierte Diskriminierung wandte. Daran sieht man, welche Bedeutung die Bekämpfung des Antisemitismus schon damals für ihn hatte.

Fritz Bauer hat sich auch niemals in Treue zu Hitler bekannt. Dieses Bekenntnis haben

sich die Nazis zu Propagandazwecken ausgedacht, um die SPD-Anhänger im ganzen Land zu verunsichern. Eine Unterschrift Fritz Bauers konnten sie nicht vorweisen (Rautenberg 2014b: 371f.). Menschen gegeneinander auszuspielen und Opfer zu Tätern zu machen, gehörte zu den Unterdrückungs- und Foltermethoden des damaligen Terrorsystems. Wer ein von den Nazis fabriziertes Schriftstück als beweiskräftiges Dokument betrachtet, verletzt die Menschenwürde der Betroffenen und richtet sich damit selbst. Das Gleiche gilt, wenn die Unterstellung von Homosexualität, mit der die Nazis und ihre Kollaborateure wie zu allen Zeiten vorhandene Vorurteile bedienten, als Gerücht weiterverbreitet wird. Mit wissenschaftlicher Suche nach der historischen Wahrheit hat das nichts zu tun und auch nichts mit einer liberalen Einstellung, die die Verbreiter solcher Gerüchte für sich in Anspruch nehmen. Selbst die ärgsten politischen Feinde Bauers haben nach dessen Rückkehr aus dem Exil keinen Gebrauch von den dubiosen dänischen Polizeivermerken aus der Nazizeit gemacht, auf die sich die anwachsende Gerüchteküche jetzt beruft, so als hätte der unbequeme Mahner ein halbes Jahrhundert nach seinem Tod kein Anrecht auf den Schutz seiner Privatsphäre. In die rechtlich geschützte Privatsphäre darf nur eingegriffen werden, wenn das öffentliche Interesse oder ein Strafverfahren das erfordern. Beide Gründe lagen bei Fritz Bauer ersichtlich nicht vor. Bleibt als Motivation nur noch, was der Untersuchungsrichter im Auschwitz-Prozess, Dr. Heinz Düx, in einem Schreiben an Werner Renz zutreffend als Demontage und Desavouierung Fritz Bauers bezeichnet hat.

Bei meinen Recherchen für die Fritz-Bauer-Biografie bin ich im Kopenhagener Reichsarchiv auf Briefe von Oluf Carlsson gestoßen, der sich als Sekretär des dänischen Matteotti-Komitees, einer Anlaufstelle für geflüchtete Sozialdemokraten, bei der Polizei für Fritz Bauer eingesetzt und ihn als politischen Flüchtling bezeichnet hat, der bei Rückkehr nach Deutschland gefährdet wäre (Wojak 2009: 128ff.). Im Gegensatz zu Darstellungen im Ausstellungskatalog litt Fritz Bauer nicht darunter, dass er „wegen homosexueller Kontakte regelrecht observiert" wurde, sondern darunter, dass ihm diese Kontakte unterstellt wurden, um ihn nach Deutschland abschieben zu können, was seinen Tod bedeutet hätte. Wie viel eigene Vorurteile bei den Herausgebern mitgespielt haben, sei dahingestellt. Ganz ohne Unrechtsbewusstsein waren sie augenscheinlich nicht (Backhaus et al. 2014: 8). Dass Homosexualität in Deutschland nach wie vor etwas Diskriminierendes anhaftet, kann man auf der Website der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ausführlich nachlesen.[26]

Hier wird also offensichtlich skandalisiert, und es fragt sich, was oder wer damit eigentlich gewonnen werden soll. In ihrem Vorwort erklären die Herausgeber des Katalogs abschließend, sie hätten sich zur Publikation der zweifelhaften dänischen Polizeivermerke entschlossen, die sie als ihren „Fund" bezeichnen, um die politisch relevante „Tatsache der Observierung und Repression" zu dokumentieren, „der Bauer selbst im vergleichsweise liberalen Dänemark ausgeliefert war" (Backhaus et al. 2014: 8). Doch was hat das eine mit dem anderen eigentlich zu tun? Warum wird aktuellen antisemitischen und rechtpopulistischen Tendenzen derartig zum Tanz aufgespielt?

4 | Fritz Bauers aktuelles Vermächtnis

Um mich in die Gedankenwelt von Fritz Bauer zu versetzen, holte ich, wie bei Martin Luther King jr., wieder seine Reden und Aufsätze hervor, die – anders als die Reden und Aufsätze des amerikanischen Bürgerrechtlers in den USA – in Deutschland kaum jemandem bekannt sind. Im Internet sind sie größtenteils nicht nachlesbar, obwohl das leicht zu bewerkstelligen wäre. Martin Luther King jr. hat einen festen Platz in den amerikanischen Schulbüchern, Fritz Bauer sucht man in deutschen vergeblich. Nachwachsende Generationen erfahren nichts von seinem Kampf um die Wahrung der Menschenrechte und die Anerkennung des Widerstandsrechts (Wojak 2009: 265ff.; Fröhlich 2006).

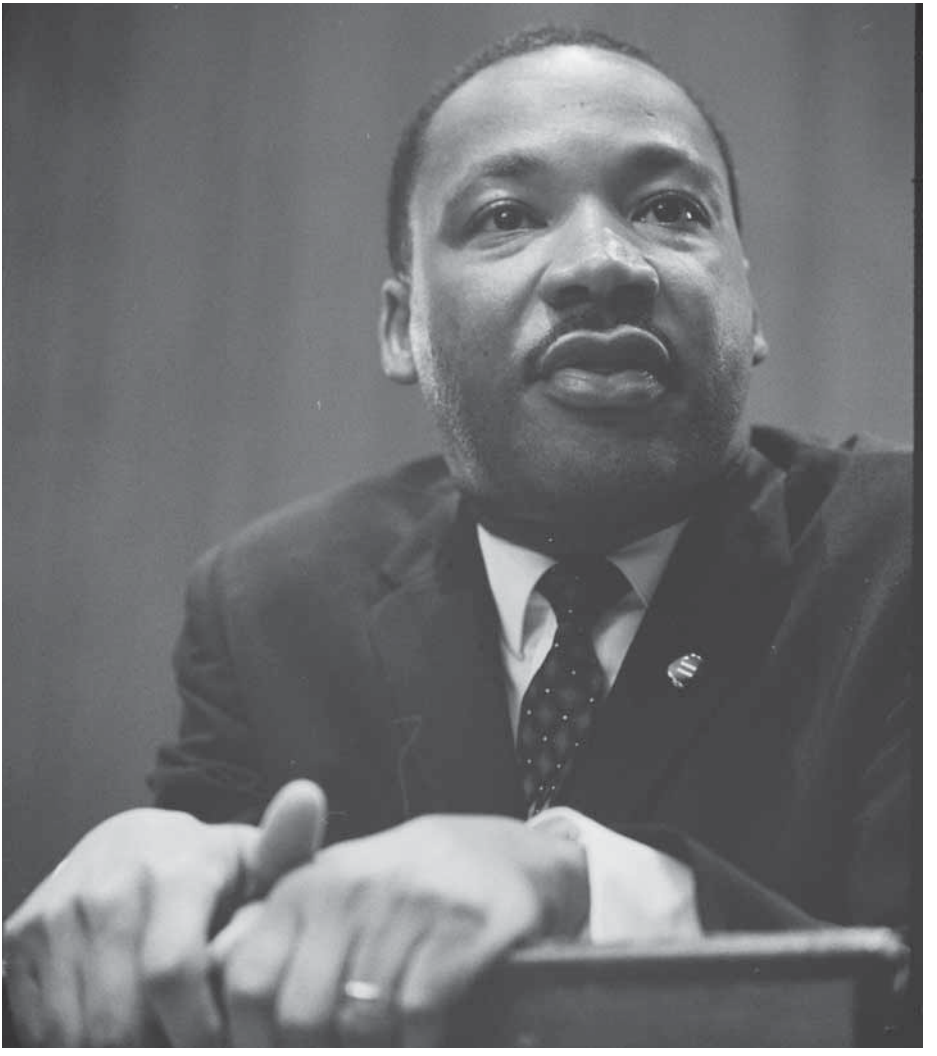
„Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht", rief er, unter Berufung auf den Rütli-Schwur in Schillers *Wilhelm Tell*, als Ankläger im Prozess gegen den Verleumder der Männer des 20. Juli 1944 aus. Ein Unrechtsstaat wie das „Dritte Reich" sei überhaupt nicht hochverratsfähig gewesen (Bauer 1952 in: Perels/Wojak 1998: 177, 179). Jeder habe das Recht und auch die Pflicht gehabt, Notwehr zu leisten und den bedrohten Menschen Nothilfe zu gewähren.

Wie ein roter Faden zieht sich das Thema „Widerstandsrecht und Widerstandspflicht des Staatsbürgers" durch seine Reden und Aufsätze (Bauer 1962b in: Perels/Wojak 1998: 181–205). „Es gibt kein Widerstandsrecht im Rechtsstaat", erklärte er 1952, „solange die Menschenrechte gewahrt werden, solange eine Möglichkeit zur Opposition besteht und einem Parlament Gelegenheit zur Gesetzgebung gegeben ist, solange unabhängige Gerichte walten und die Gewalten geteilt sind. Das Widerstandsrecht erwacht aber wieder zu lebendiger Wirklichkeit, wenn eine dieser Voraussetzungen in Wegfall tritt." (Bauer 1952 in: Perels/Wojak 1998: 178) Im Untertanengeist der Deutschen und ihrer Staatsgläubigkeit sah Fritz Bauer die Wurzeln nationalsozialistischen Denkens und Handelns.

In seinem wegweisenden Aufsatz „Das Widerstandsrecht des kleinen Mannes" setzte er sich kritisch mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs auseinander, der erklärt hatte, nur der Widerstand sei rechtmäßig, der auch den „Keim des Erfolgs in sich trägt" (BGH NJW 1962: 195; Bauer 1962c in: Perels/Wojak 1998: 207f.). Nicht nur alle Mitläufer des NS-Regimes würden damit exkulpiert, „wo immer sie standen oder saßen", so Bauer, sondern auch ein Adolf Eichmann hätte sich auf das Urteil des Bundesgerichtshofes berufen können. Die Prozesse gegen NS-Täter lehrten, dass verbrecherische Gesetze und Befehle ein klares Nein verlangten. Mitmachen sei rechtswidrig und müsse bestraft werden. Allein Widerstand sei rechtmäßig (Bauer 1962c in: Perels/Wojak 1998: 208).

Dieses Fazit zog der hessische Generalstaatsanwalt kurz nachdem das Todesurteil gegen Adolf Eichmann vollstreckt worden war. Seinen Aufenthaltsort hatten die Israelis von Fritz Bauer erfahren. Ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Hans Maria Globke, das Bauer im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess 1960 eingeleitet hatte, verlief im Sande. „Ohne auf Globkes eventuelle Mitschuld an der Judenverfolgung einzugehen", schreibt Conrad Taler alias Kurt Nelhiebel, „warfen die Kritiker dem Generalstaatsanwalt Amtsmissbrauch und Politisierung der Justiz vor. Als ob das nicht reichte, verdächtigten sie ihn obendrein der Komplizenschaft mit den Kommunisten." (Taler 2015a: 135) Bundeskanzler Adenauer sprang seinem Staatssekretär persönlich zur Seite und schickte einen Brief an den hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn (SPD). Empört stellte er fest, erstmals sei es dem Ulbricht-Regime gelungen, einem hohen Staatsorgan in der Bundesrepublik, Herrn Generalsstaatsanwalt Bauer, an dessen Objektivität er „persönlich natürlich in keiner Weise zweifle", Materialien über Herrn Globke zu übergeben. Er sei in „großer Sorge" und halte es „für zweckmäßig", das Verfahren nach Bonn abzugeben (Bevers 2009: 170f.). Damit war Fritz Bauer stigmatisiert. Das Ermittlungsverfahren wegen der Deportation von 20.000 Juden aus Thessaloniki, dass die Frankfurter Staatsanwaltschaft zuständigkeitshalber bereits an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Bonn abgegeben hatte, wurde kurz darauf eingestellt.

Im Dezember des Jahres 1962 geriet der Dienstwagen des Generalstaatsanwalts auf dem Weg zu einem Vortrag plötzlich ins Schleudern. Der Fahrer starb an den Verletzungen. Darüber, dass Bauer dem Fahrer mit dem Dichter Ludwig Uhland gedachte, und eine Anzeige mit dem Lied „Ich hatte einen Kameraden" in die Zeitung setzte, erntete er Hohn. Vor allem wegen der mittleren Strophe: „Eine Kugel kam geflogen, Gilt's mir oder gilt es dir? Ihn hat es weggerissen, Er liegt mir vor den Füßen, Als wär's ein Stück von mir." Bauer habe sich als fürsorglicher Kamerad seiner Mitarbeiter „stili-



© Library of Congress Prints and Photographs Division Washington, D.C.

Martin Luther King während einer Pressekonferenz

sieren" wollen, schreibt der Gastwissenschaftler des Bauer-Instituts abfällig (Steinke 2013: 262). Dabei war das Gedicht ein Ausdruck der Trauer über die Getöteten auf beiden Seiten. Uhland hatte es 1809 in Tübingen verfasst, als badische Truppen gegen aufständische Tiroler eingesetzt wurden. Der Generalsstaatsanwalt kannte es aus seiner Jugendzeit, die mit Tübingen verbunden ist. Später wurde das Gedicht von den Nationalsozialsten in dem bekannten Sinne instrumentalisiert.

Fritz Bauer ließ sich nicht in seiner Unabhängigkeit anfechten. Der Jurist berief sich wie Martin Luther King jr. auf die universalen Menschenrechte. „Die amerikanischen Staaten haben die Menschrechte konstituiert; sie haben das



© CV films: www.fritz-bauer-film.de.

Fritz Bauer

Widerstandsrecht zu ihnen gerechnet", erklärte er im selben Jahr 1962 und erinnerte an Massachusetts 1775/80 und die erste amerikanische Verfassung, die von BürgerInnen verabschiedet worden war, und in der stand: „Widerstand ist weit davon entfernt, verbrecherisch zu sein. Er ist christliche und soziale Pflicht eines jeden" (Bauer 1962c in: Perels/Wojak 1998: 187).

Das war kurz vor Beginn des von Bauer initiierten ersten großen Auschwitz-Prozesses im Jahr 1963. Der Prozess führte der Welt und insbesondere den Deutschen die grauenhaften Folgen von Antisemitismus und Rassismus vor Augen, das ganze Ausmaß des Holocaust. Das Urteil jedoch mussten die überlebenden Opfer als Verhöhnung empfinden. Der stellvertre-

tende Kommandant von Auschwitz, Robert Mulka, nach dem Krieg honoriger Kaufmann in Hamburg, wurde lediglich als Gehilfe und nicht als Täter verurteilt. Das Gericht hielt es für nicht erwiesen, dass Mulka die Tötung der Juden in den Gaskammern aus Rassenhass oder Antisemitismus befohlen und auch selbst gewollt hat. Er habe nur auf Befehl und aus falsch verstandenem Gehorsam gehandelt (Perels 2004; Bauer 1965c).[27]

Fritz Bauer, bei dem sich in dieser Zeit die antisemitischen Zuschriften und Morddrohungen häuften, die auch vor seiner Privatwohnung nicht Halt machten, sah das anders. Wer zum Funktionieren der Mordmaschinerie beigetragen habe, sei Täter oder Mittäter gewesen. Das Gericht habe das „kollektive Geschehen" atomisiert und entschärft: „Wer einer Räuberbande im Stil von Schiller oder einer Gangsterbande im Stil von ‚Murder Inc.' angehört, ist, woran keine Strafjuristin/ kein Strafjurist hierzulande zweifeln dürfte, des Mordes schuldig, gleichgültig, ob er als ‚Boß' am Schreibtisch den Mordbefehl erteilt, ob er die Revolver verteilt, ob er den Tatort ausspioniert, ob er eigenhändig schießt, ob er Schmiere steht oder sonst tut, was ihm im Rahmen einer Arbeitsteilung an Aufgaben zugewiesen ist." (Bauer 1965c in: Perels/Wojak 1998: 84) Von dieser sonst üblichen Rechtsauffassung seien die Gerichte in den NS-Prozessen abgewichen (ebd.).

In der Justiz, sagte Bauer jetzt immer öfter, lebe er wie im Exil. Es gab Tage und Wochen, da dachte der Generalstaatsanwalt daran, Deutschland wieder zu verlassen und zurück in sein Exilland Dänemark zu gehen. Es wurde immer einsamer um ihn. Aber er bereitete weitere Prozesse vor: Gegen die Spitzen der Nazi-Justiz, die den angekündigten Mord an den Kranken und behinderten Menschen widerspruchslos hingenommen hatten; gegen Beteiligte an den Verbrechen der Wehrmacht und gegen den ehemaligen Frankfurter Polizeipräsidenten Beckerle. Dessen Verteidiger forderte daraufhin, Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger als Zeugen zu laden. Kiesinger war bereits 1933 der NSDAP beigetreten und bekleidete später eine leitende Funktion in der Rundfunkabteilung des Auswärtigen Amtes.

Zu keinem Zeitpunkt hatte Bauer eine *„band of brothers and sisters who were around King*", die in dem Film *Selma* eine so entscheidende Rolle spielt, an seiner Seite (Yuan 2014). Er und die Staatsanwälte, die den Auschwitz-Prozess vorbereiteten, mussten – ebenso wie der Untersuchungsrichter Heinz Düx – erleben, dass ihre Arbeit behindert wurde, dass ihnen Aversionen und Aggressionen entgegen schlugen.

Bauers Bezugspunkt war immer das „neue Recht". Er setzte auf das Grundgesetz der Bundesrepublik, das „um die Unveränderlichkeit der Anlage des Menschen (wisse), aber auch um die Veränderlichkeit seiner Umwelt. Seine Mitwelt, seine Mitmenschen sind stets imstande, sein Verhalten zu ändern. (...) Wir sollen unseres Bruders Hüter sein", erklärte der Jurist, und weiter: „Das scheint mir die Aufgabe eines demokratischen und sozialen und menschenwürdigen Rechts. Das wäre die Menschenliebe, von der die Religionen sprechen. Sie weiß, dass die Menschen oft nicht wissen, was rechts und links ist, was Recht und Unrecht ist. Sie weiß, dass alle Menschen das Gute wollen und trotzdem verfehlen; der Geist ist willig, doch das Fleisch ist schwach. Die Liebe vergilt aber nicht, sondern sie hilft." (Bauer 1962d in: Perels/Wojak 1998: 277)

Ungeachtet des Unrechts, das er selbst erlebt hatte, und ungeachtet eigener schmerzlicher Erfahrungen sprach der Generalstaatsanwalt von einer „Bruderschaft im Herzen", die auch in den Reden von Martin Luther King jr. immer wieder anklingt, von jener Liebe, über die geschrieben steht, dass es ohne sie nicht geht. (Bauer 1955 in: Perels/Wojak 1998: 45) Die Wurzeln rassistischen, antisemitischen und nationalistischen Handelns sah er in sozialen Missständen, in Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit, in Krieg und Gewalt, auch in Angst. Sie brächten die Menschen dazu, ihre Identität aufzugeben und sich Mächten unterzuordnen, für die sie immer nur Mittel zum Zweck gewesen seien.

Einer seiner letzten unvergesslichen Vorträge galt dem Thema „Ungehorsam und Widerstand in Geschichte und Gegenwart“ (Bauer 1968). Er hielt ihn am 21. Juni 1968 an einem historischem Ort, in der Münchner Ludwig Maximilian Universität, dort, wo die Geschwister Hans und Sophie Scholl ihre Flugblätter gegen den Nazi-Ungeist abgeworfen hatten, deretwegen sie später sterben mussten. Was er sagte, klingt im Nachhinein wie ein Vermächtnis. Es war ein Plädoyer für Ungehorsam gegenüber usurpierter staatlicher Gewalt. Die „Pflicht zum Ungehorsam“ ergebe sich aus dem Grundgesetz; laut Beamten- und Soldatengesetz gebe es ein Recht auf Befehlsverweigerung, „wenn ein Befehl (...) die Menschenwürde verletzt“. Die Strafprozesse gegen NS-Täter beruhten „ausnahmslos auf der Annahme einer solchen Pflicht zum Ungehorsam“ (ebd.).

Zehn Tage später, am 1. Juli 1968, wurde Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer tot in seiner Wohnung gefunden.

Waren die von Erschütterung sprechenden Presseberichte ein Anzeichen dafür, dass sich dass Bewusstsein seiner Zeitgenossen, wenn auch nur unmerklich, doch verändert hatte?

5 | Der Traum von Recht und Gerechtigkeit lebt weiter

Heute wissen wir: Zur Anpassung an rein äußerliche Machtstrukturen gehört, dass der Schmerz, der als Schwäche empfunden wird, sich gegen einen selbst richtet, aber auch gegen Andere. Es ist die Angst vor dem Schmerz, vor dem Risiko des Nein-Sagens, die immer wieder zum Verrat des Menschen am Menschen führt, zu falsch verstandenem Gehorsam, missverstandener Loyalität und der Bereitschaft, falsche Kompromisse zu schließen (Gruen 2014).[29] Sowohl Martin Luther King jr. als auch Fritz Bauer war das bewusst. Der hessische Generalstaatsanwalt, der vom Bundesnachrichtendienst bespitzelt wurde, sprach die Gefahr auch offen an. Widerstand sei stets lebensgefährlich gewesen und werde häufig mit dem Leben, immer aber mit der Diffamierung durch die Zeitgenossen bezahlt (Bauer 1962b in: Perels/Wojak 1998: 191).

Beide sind das Risiko des Nein-Sagens dennoch eingegangen. Ihre Geschichte und ihr Schicksal bestärken sich gegenseitig. Sie führen uns – auch im Rechtsstaat – die ständige Gefährdung der Menschenrechte vor Augen und gleichzeitig ihre Universalität, ihren Kraftquell. Beide haben ihr Leben in die Waagschale geworfen, um ihren Traum von Recht und Gerechtigkeit, von der Gleichheit der Menschen vor dem Recht, zu verwirklichen. Erforschung und Nachvollzug ihres Lebens und Schicksals, wie es sich in der Ferne und doch in der Nähe zueinander, zur selben Zeit und doch unter völlig verschiedenen politischen und sozialen Umständen erfüllte und bis heute erfüllt, ist Ermutigung und enorme Herausforderung zugleich.

Ihr Schicksal ist verbunden mit einer Blutspur, die sich durch unsere Geschichte zieht. Gerade deshalb sollte ihr Handeln zum Ausgangspunkt unserer geschichtlichen Narrative werden. Von ihnen können wir lernen, dass Antisemitismus und Rassismus überwunden werden können, wenn wir uns der „Pflicht zur Gehorsamsverweigerung“ stellen, die Fritz Bauer so formuliert hat:

„Widerstand meint Verwirklichung eigener oder fremder Menschenrechte. Widerstand ist ein Spezialfall der Notwehr – oder – wenn Widerstand zugunsten Dritter geübt wird – der Nothilfe. Er setzt einen Angriff oder Eingriff in die Grundrechte oder ihre Vorenthaltung voraus. Da aber Menschenrechte keinen statischen Inhalt ein für allemal haben, umfasst Kampf für sie nicht nur Wiederherstellung eines früheren, verloren gegangenen Status, er kann auch einem Neuland gelten, das es zu erobern gilt.“ (ebd.)

In unserem *Grundgesetz* steht nichts anderes: Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf Leben und körperliche Unversehrtheit, soweit nicht die Rechte eines anderen verletzt werden (GG Art 2, Abs. 1 und 2). Das gebietet Achtung vor der Menschenwürde aller – ohne Rücksicht auf Glauben oder Unglauben, auf Abstammung, Herkunft und Stand. Die beiden Träumer leben nicht mehr, ihre Träume hingegen leben weiter.

PD Dr. Irmtrud Wojak, Historikerin und Ausstellungskuratorin, ist Biografin von Generalsstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer. Sie ist Geschäftsführerin der gemeinnützigen BUXUS STIFTUNG GmbH.

Anmerkungen

[1] Ab Winter 2015/16 widmet sich eine Website der gemeinnützigen BUXUS STIFTUNG GmbH der Vergegenwärtigung von Bauers Leben und Werk: www.fritz-bauer-projekt.de

[2] Die in Artikel 2 des Grundgesetzes enthaltene Begrenzung der eigenen Freiheitsrechte durch das Gebot, keinen anderen zu schädigen, betrachtete F. Bauer als Maximum des durch die Gesetzgebung Erreichbaren.

[3] http://www.avaduvernay.com/#/selma/

[4] http://www.fritz-bauer-film.de (mit Presse und Kinoauswertung). Der Film erhielt 2011 das „Prädikat besonders wertvoll" der Deutschen Film- und Medienbewertung. Vgl. über den Film mit aktuellen Veranstaltungshinweisen künftig auch die Website der BUXUS STIFTUNG (wie Anm. 1).

[5] Vgl. alle biografischen Details in der Biografie Fritz Bauers (Wojak 2009).

[6] Vgl. zahlreiche Rezensionen auf der Website von Ava DuVernay (wie Anm. 3) sowie weitere im Internet.

[7] Der Ausdruck „Jim Crow" („Jim, die Krähe") steht für die Rassendiskriminierung und das Stereotyp eines tanzenden, singenden, unterdurchschnittlich intelligenten Schwarzen – es funktioniert wie das antisemitische Stereotyp vom reichen, überdurchschnittlich intelligenten Juden.

[8] „(...) and I knew that I could never again raise my voice against the violence of the oppressed in the ghettos without having first spoken clearly to the greatest purveyor of violence in the world today – my own government."

[9] Vgl. auch die soeben erschienene Ausgabe der einfühlsamen Prozessbeobachtungen von Nelhiebel 2015a mit einem Vorwort von E. C. Rautenberg und einem Beitrag von I. Wojak. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Köln: PapyRossa.

[10] Bei Frei, Norbert 2014 wird Däubler-Gmelins angebliche Skepsis unrichtig mit S. 17 des Ausstellungskatalogs angegeben.

[11] Vgl. den Artikel des Archivleiters des Fritz Bauer Instituts, Werner Renz, unter: http://www.dieter-schenk.info/Anhang/FritzBauer/2012/Renz.pdf

[12] Vgl. das Buch von Steinke 2013, dazu die Rezension von Kurt Nelhiebel, Fritz Bauer als Zerrbild. Online: http://bremen.vvn-bda.de/2014/08/21/fritz-bauer-als-zerrbild-eine-biografie-mit-lucken-und-tucken/ (25.07.2015).

[13] „(...) ohne seine Unterwerfungserklärung geht es nicht", so schließt Steinke 2013: 97, seine Behauptungen über das Treuebekenntnis, das die Nazis gegen ihre Gegner in den KZ einsetzten.

[14] Im Staatsarchiv in Kopenhagen, so Steinke 2013: 25, lagere eine Akte, dass Fritz Bauer „im Exil wegen homosexueller Handlungen verhaftet wurde", sie hätte ihm „zum Verhängnis werden können", da Homosexualität damals noch strafbar war und sei nur deshalb „relevant", da „Bauer hier ein Geheimnis zu hüten hatte; ein weiteres".

[15] „(...) noch 1945 nennt er sich stolz einen Juden", so Steinke 2013: 250f.: „Erst als er 1949 aus dem Exil nach Deutschland zurückkehrt, beginnt er, diesen Teil seiner Biografie peinlich zu verbergen – was viel über das damalige Klima in der Bundesrepublik" aussage. Bauers Tragik sei, dass er sich von der einzigen Gruppe „abgestoßen" habe, die ihn je habe „dazugehören lassen", während seine Eltern und Großeltern sich „nie" hätten nehmen lassen „jüdisch und deutsch" zu sein, ja er habe sogar die „zutiefst unjüdische, eine im Judentum sogar verbotene Methode der Bestattung gewählt". Selbst dass Bauer auf die rhetorische Frage von Cilly Kugelmann und Micha Brumlik, „dass die NS-Prozesse gegen die NS-Täter Juden heute auch schaden können", ausweichend reagierte, wird gegen ihn verwand und man

fragt sich, was der Generalstaatsanwalt nach Meinung des Autors darauf hätte antworten sollen: Dass er aufgibt oder dass er es sich anders überlegt hat, sich fortan zur jüdischen Religion bekenne, obwohl er sich selbst als „glaubenslos" bezeichnete?

[16] Siehe hierzu den detaillierten Beitrag von E. C. Rautenberg in diesem Band.

[17] Fritz Bauer im Interview mit Renate Harpprecht, HEUTE ABEND KELLER CLUB. TV-Dokumentation 1964 / BRD / Redaktion: Dietrich Wagner / Hessischer Rundfunk. Frankfurt am Main.

[18] Ebd.

[19] Nelhiebel schreibt dazu: „2005 stellte ein Institutsmitarbeiter sogar den gesamten Auschwitz-Prozess infrage." Gemeint war der Leiter des Archivs, Werner Renz, der unter der Überschrift „Täterexkulpation und Opfergedenken" im NEWSLETTER Nr. 27 des Instituts über den Auschwitz-Prozess schrieb: „Betrachtet man also den Ausgang des Verfahrens (. . .) erörtert man Sinn und Zweck staatlichen Strafens in NS-Prozessen überhaupt, fällt das Fazit nicht gerade positiv aus (. . .) Gab es in der bundesrepublikanischen Gesellschaft hinsichtlich der NS-Täter überhaupt ein Strafbedürfnis? (. . .) Waren Rechtsfriede und Rechtsordnung tatsächlich gefährdet, wenn Handlanger (. . .) unbestraft blieben, während zum Beispiel die in den Nürnberger Nachfolgeprozessen abgeurteilten Funktionseliten, die so genannten Kriegsverbrecher, auf deutschen Druck hin längst vorzeitig begnadigt und entlassen worden waren? Auf diese Fragen kann es nur ein klares Nein geben. Sicherlich: Es gab das im erlittenen Leid wurzelnde, aus der verletzten Menschenwürde kommende Gerechtigkeitsverlangen von Überlebenden, ebenso von Nachfahren der Opfer (. . .) Haftet einem Verfahren wie dem Auschwitz-Prozess gegen recht unbedeutende SS-Führer und Unterführer nicht doch ein unvermeidliches Gerechtigkeitsdefizit an? (. . .) Die Auschwitz-Täter standen auf der letzten Stufe des vom deutschen Verbrecherstaat initiierten Vernichtungsgeschehens."

[20] Die Ausstellung ist komplett dokumentiert in dem Katalog von Wojak, Irmtrud (Hg.) 2004.

[21] J. Perels wurde eine öffentliche Auseinandersetzung mit seiner Kritik im Newsletter des Instituts nicht ermöglicht, daher veröffentlichte er sie 2011 an anderer Stelle.

[22] Werner Renz publizierte in den Nassauischen Annalen (Band 125, 2014) eine Rezension des Buches von R. Steinke, der wiederum dem Bauer Institut in seinem Buch dankt.

[23] So sagte R. Gross zuletzt am 18. Juli 2015 der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, sein Weggang aus Frankfurt sei „nicht nur ein Zurück in die Forschung, sondern ein sehr attraktives Angebot" habe ihn gereizt.

[24] W. Winkler kündigte den Film des Produzenten Nico Hoffmann an: „Sein Held wird deshalb vom Bundesnachrichtendienst bespitzelt (das war so), er verklagt Adenauers Staatssekretär Hans Globke, der unter Hitler die Nürnberger Rassegesetze kommentiert hat (trifft beides zu), und er ist homosexuell. ‚Fritz Bauer ist ein Vorbild, was Liberalität und Offenheit angeht, nicht nur in politischer Hinsicht', sagt Hofmann. ‚Dass ihm Offenheit und Liberalität im Ausleben seiner eigenen Homosexualität verwehrt war, macht ihn auch zu einer tragischen Figur.'"

[25] Am 7. Juni 2015 am Rande des Evangelischen Kirchentages im Gespräch mit der Autorin.

[26] Siehe die Website der Antidiskriminierungsstelle und Hunderte, wenn nicht Tausende Artikel über die Diskriminierung von Homosexuellen im Internet.

[27] Siehe auch den Beitrag von Erardo C. Rautenberg in diesem Band sowie zum Auschwitz-Urteil Bauer 1965c.

[28] So A. DuVernay über ihren Film.

[29] Das Werk des Psychoanalytikers und Psychologen Arno Gruen, der diese Mechanismen erforscht und erklärt hat, ist wegweisend. Auch Gruen gehört zu den Verfolgten des Nazi-Regimes, die aus Deutschland vertrieben wurden.

Literatur

Arning, Matthias 2006: Wenn Forscher hassen. Protestnoten und Klagedrohungen: Streit am Fritz-Bauer-Institut. In: Jüdische Allgemeine, 30. November 2006. Online: http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/6831 (23.07.2015).

Backhaus, Fritz/Boll, Monika/Gross, Raphael (Hg.) 2014: Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Bauer, Fritz 1952: Eine Grenze hat Tyrannenmacht. In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main, New York: Campus, 169-179.

Bauer, Fritz 1955: Im Kampf um des Menschen Rechte (1955). In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main, New York: Campus, 37-49.

Bauer, Fritz 1962a: Zitat aus einem unbetitelten Artikel von F. Bauer für die Deutsche Post, Jg. 14 (1962), H. 24, 657f.

Bauer, Fritz 1962b: Widerstandsrecht und Widerstandspflicht des Staatsbürgers (1962). In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main, New York: Campus, 181-205.

Bauer, Fritz 1962c: Das Widerstandsrecht des kleinen Mannes (1962). In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main, New York: Campus, 207-214.

Bauer, Fritz 1962d: Die Schuld im Strafrecht (1962). In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main, New York: Campus, 249-278.

Bauer, Fritz 1963: Lebendige Vergangenheit (1963). In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main, New York: Campus, 157-165.

Bauer, Fritz 1965a: Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Denkens und Handelns. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

Bauer, Fritz 1965b: Antinazistische Prozesse und politisches Bewußtsein: Dienen NS-Prozesse der politischen Aufklärung. In: Huss, Hermann/Schröder, Andreas (Hg.): Antisemitismus: Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, 168-193.

Bauer, Fritz 1965c: Im Namen des Volkes (1965). In: Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.) 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main, New York: Campus, 77-90.

Bauer, Fritz 1968: Ungehorsam und Widerstand in Geschichte und Gegenwart. Online: http://www.humanistische-union.de/nc/wir_ueber_uns/geschichte/geschichtedetail/back/geschichte/article/ungehorsam-und-widerstand-in-geschichte-und-gegenwart/ (25.07.2015), Artikel aus: Vorgänge Nr. 8-9/1968, 286-292.

Bevers, Jürgen 2009: Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Jursiten zur Grauen Eminenz der Bonner Republik. Berlin: Ch. Links, 1. Auflage.

Bundesgerichtshof (BGH) NJW 1962.

Carson, Clayborne (Hg.) 2000: The Autobiography of Martin Luther King. London: Jr. Abacus.

Carson, Clayborne 2015: Selma 1965: Ein entscheidender Wendepunkt. Online: http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009111.html (23.07.2015).

Däubler-Gmelin, Herta 2014: Fritz Bauer – Ein herausragender Jurist und Sozialdemokrat. In: Backhaus, Fritz/Boll, Monika/Gross, Raphael (Hg.): Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. Frankfurt am Main, New York: Campus, 15-28.

Frei, Norbert 2014: Fritz Bauer oder: Wann wird ein Held zum Helden? In: Gerber, Stefan u.a. (Hg.): Zwischen Stadt, Staat und Nation. Bürgertum in Deutschland. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 273-279.

Fröhlich, Claudia 2006: Wider die Tabuisierung des Ungehorsams. Fritz Bauers Widerstandsbegriff und die Aufarbeitung von NS-Verfahren. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (GG): Art. 2 Abs. 1 und 2.

Gruen, Arno 2014: Wieder den Gehorsam. Stuttgart: Klett-Cotta.

King, Martin Luther Jr. 1967: A Time to Break Silence (1967). In: King, Martin Luther Jr.: I Have A Dream. Writings & Speeches that Changed the World. Edited by James M. Washington. New York: Harper One, 135-152.

King, Martin Luther Jr. 1963: I have a dream (1963). In: King, Martin Luther Jr.: I Have A Dream. Writings & Speeches that Changed the World. Edited by James M. Washington. New York: Harper One, 101-106.

King, Martin Luther Jr. 1964: Nobel Prize Acceptance Speech (1964). In: King, Martin Luther Jr.: I Have A Dream. Writings & Speeches that Changed the World. Edited by James M. Washington. New York: Harper One, 107-111.

Nelhiebel, Kurt 2014a: Die Nestbeschützer. Deutungskampf um das Werk von Fritz Bauer. In: Der Tagesspiegel, 8. Dezember 2014. Online: http://www.tagesspiegel.de/kultur/deutungskampf-um-das-werk-von-fritz-bauer-die-nestbeschuetzer/11087028.html (25.07.2015).

Nelhiebel, Kurt 2014b: O Deutschland, bleiche Mutter. Online: https://softatelegraph.wordpress.com/2014/10/31/o-deutschland-bleiche-mutter/ (26.07.2015).

Perels, Joachim 2004: Die Strafsache gegen Mulka und andere: 4 Ks 2/63 – Juristische Grundlagen. In: Wojak, Irmtrud (Hg.) 2004: Auschwitz-Prozeß. 4 Ks 2/63. Frankfurt am Main, Köln, Gent: Snoek, 124-147.

Perels, Joachim 2011: Zur rechtlichen Bedeutung des Auschwitz-Prozess. Eine kritische Intervention. In: Mahlmann, Mathias (Hg.): Gesellschaft und Gerechtigkeit. Festschrift für Hubert Rottleuthner. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, 492-498.

Rautenberg, Erardo Cristoforo 2014a: Zu Haus unter Feinden. In: Die Zeit, Nr. 47, 13. November 2014.

Rautenberg Erardo Cristoforo 2014b: Die Demontage des Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer. In: Neue Justiz, Nr. 9 (2014), 369-376.

Renz, Werner 2011: Der 1. Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963-1965 und die deutsche Öffentlichkeit. Anmerkungen zur Entmythologisierung eines NSG-Verfahrens. In: Osterloh, Jörg/Vollnhals, Clemens (Hg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR. Göttingen, (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 45), 349-362.

Renz, Werner 2012: Fritz Bauer zum Zweck der NS-Prozesse. Eine Rekonstruktion. In: Einsicht 07. Bulletin des Fritz Bauer Instituts. Frankfurt am Main 2012, 40-46.

Staff, Ilse 1968: In Memoriam Fritz Bauer. In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 7. Jg. (1968), H. 27, 2857-2859.

Staff, Ilse 1988: Fritz Bauer (1903-1968). Im Kampf um des Menschen Rechte. In: Kritische Justiz (Hg.): Streitbare Juristen. Eine andere Tradition. Baden-Baden: Nomos, 440-450.

Steinke, Ronen 2013: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht. München, Zürich: Piper.

Taler, Conrad 2015a: Asche auf vereisten Wegen, Köln: PapyRossa.

Taler, Conrad 2015b: Nur als Nicht-Jude voll anerkannt? Online: https://softatelegraph.wordpress.com/2014/08/21/nur-als-nicht-jude-voll-anerkannt/ (23.07.2015).

Voigts, Manfred (Hg.) 2008: Freie Wissenschaftliche Vereinigung. Eine Berliner anti-antisemitische Studentenorganisation stellt sich vor – 1908-1931. Potsdam: Universitätsverlag.

Winkler, Willi 2015: In: Süddeutsche Zeitung, 2. Juni 2015.

Wojak, Irmtrud (Hg.) 2004: Auschwitz-Prozeß. 4 Ks 2/63. Frankfurt am Main. Köln, Gent: Snoek.

Wojak, Irmtrud 2009: Fritz Bauer 1903-1968. Eine Biographie. München: C. H. Beck.

Wojak, Irmtrud 2013: Eichmanns Memoiren. Mythos und Wirklichkeit. Mit einem Vorwort von Hans Mommsen, Berlin: Gemini.

Yuan, Jada 2014: With Her MLK Drama Selma, Ava DuVernay Is Directing History. Online: http://www.vulture.com/2014/12/ava-duvernay-on-the-long-road-to-selma.html (22.07.2015).

Die Bedeutung des Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer für die Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht[1]

Erardo C. Rautenberg

1 | Die Rückkehr Fritz Bauers ins kollektive Bewusstsein

Fritz Bauer (*16. Juli 1903 Stuttgart †1. Juli 1968 Frankfurt am Main)[2] war lange Zeit im Bewusstsein der Bevölkerung nicht mehr präsent. Umso verdienstvoller waren die Versuche, ihn der Vergessenheit zu entreißen: Hervorzuheben sind die jährliche Vergabe eines Fritz-Bauer-Preises durch die *Humanistische Union* seit 1969; das liebevolle Portrait seiner Vertrauten Ilse Staff 1988; die Gedenkfeier, die der dritte Amtsnachfolger Bauers, Generalstaatsanwalt Hans Christoph Schaefer, im November 1993 aus Anlass des 90. Geburts- und des 25. Todestages in Frankfurt am Main initiierte;[3] die Sendung des Essays „Einem Nestbeschmutzer zum Gedenken – Über Fritz Bauers Wirken als politischer Mensch" von Conrad Taler, alias Kurt Nelhiebel, am 19. Dezember 1993 durch Radio Bremen (nachzulesen bei Taler 2015: 133ff.); die Gründung des Fritz Bauer Instituts zur Erforschung der Geschichte und Wirkung der nationalsozialistischen Massenverbrechen im Januar 1995 in Frankfurt am Main; aus demselben Jahr die wenig beachtete 45-minütige Dokumentation „Die Würde eines jeden Menschen – Erinnern an Fritz Bauer" von David Wittenberg und das 2001 erschienene, aus einer geschichtswissenschaftlichen Dissertation hervorgegangene Buch „Von der Diktatur zur Demokratie. Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen (1956-1968)" von Matthias Meusch.

Doch seit einiger Zeit steht Fritz Bauer wieder im Mittelpunkt des Interesses (siehe dazu auch Frei 2015: 274f.), wofür vor allem die 2009 erschienene, viel gelobte Biografie von Irmtrud Wojak (2009), die auch als Habilitationsschrift Anerkennung fand, und der 2010 auf der Berlinale vorgestellte und seitdem weltweit gezeigte 97-minütige Dokumentarfilm von Ilona J. Ziok,[4] der von der Deutschen Film- und Medienbewertung (FBW) mit dem Prädikat „besonders wertvoll" versehen wurde, gesorgt haben. Auch die 2013 erschienene, brillant geschriebene Biografie von Ronen Steinke (2013) hat zur Popularität Bauers beigetragen, wenngleich ihr der Vorwurf gemacht werden muss, zugleich dessen „Demontage" betrieben (Rautenberg 2014b)[5], ein „Zerrbild" von ihm gezeichnet zu haben (Nelhiebel 2014), woran sich leider ausgerechnet das Fritz Bauer Institut beteiligt hat.[6]

Auf dem 70. Deutschen Juristentag ist Bauer vom Bundespräsidenten in dessen Rede vom 16. September 2014 lobend erwähnt worden.[7] Bereits im Januar 2014 hatte Bundesjustizminister Maas den „Fritz Bauer Studienpreis" gestiftet.[8] Hintergrund dürfte sein, dass das Bundesjustizministerium seit geraumer Zeit mit dem sogenannten Rosenburg-Projekt (Görtemaker/Safferling 2013) die NS-Vergangenheit des eigenen Hauses erforschen lässt. Je mehr das Ausmaß der braunen Vergangenheit der bundesdeutschen Nachkriegsjustiz deutlich wird, umso mehr erschließt sich Bauer als Ausnahmeerscheinung. Es verwundert daher auch nicht, dass Fritz Bauer der am meisten genannte Name auf dem 4. Rosenburg-Symposium in Karlsruhe am 21. Oktober 2014 war (BMJV 2015). Der Bundesjustizminister setzte

mit seiner Anwesenheit zur Deutschlandpremiere des Films „Labyrinth des Schweigens" von Giulio Ricciarelli[9], der die Vorgeschichte des großen Auschwitz-Prozesses thematisiert, am 4. November 2014 in Frankfurt am Main ein „dezidiert politisches Zeichen"[10].

Für den 2. Oktober 2015 ist der Kinostart des Films „Der Staat gegen Fritz Bauer" von Lars Kraume angekündigt, in dem Burghart Klaußner die Hauptrolle spielt.[11] Leider findet darin ein „Treuebekenntnis ehemaliger Sozialdemokraten" zu den Nationalsozialisten Erwähnung, das im November 1933 in Zeitungen erschien und von Bauer und sieben weiteren Sozialdemokraten unterzeichnet worden sein soll, um aus dem Konzentrationslager (KZ) entlassen zu werden. Dabei könnte es sich aber auch um eine Propagandaaktion der Nazis gehandelt haben (Rautenberg 2014b: 371ff.). Jedenfalls liegt die angebliche „Unterwerfungserklärung" im Original nicht vor und ist auch nicht die im Film aufgestellte Behauptung belegt, Bauer habe eine derartige Erklärung später bereut.

Damit fügt der Film dem Ansehen Bauers Schaden zu. Weiter wird den ZuschauerInnen vermittelt, dass Bauer homosexuell gewesen sei. Diese Kategorisierung, die auch *Der Spiegel* übernommen hat,[12] geht auf eine Ausstellung des Fritz Bauer Instituts und die vorangegangene Biografie von Ronen Steinke zurück, in der dieser Eindruck auf subtile Weise erweckt wird.[13] Wenn Steinke (2014: 515) auf meine Kritik daran (Rautenberg 2014b: 373f.) nun aber schreibt: „Fritz Bauers Lebensumstände lassen die Vermutung – nicht mehr als das – als möglich erscheinen, dass es eine homosexuelle Grundorientierung gab, die seinerzeit nicht gelebt werden konnte, wollte er seine politische Existenz nicht aufs Spiel setzen", so hat er damit eingestanden, ein Gerücht ohne tragfähige Belege in die Welt gesetzt zu haben. Mit weitreichenden Folgen: In Kraumes Film wird der junge schwule Staatsanwalt, mit dem sich der Generalstaatsanwalt so gut versteht, am Ende selbst Opfer der Strafverfolgung, denn damals war Homosexualität sogar unter Erwachsenen noch strafbar. Wird da nicht bei den durchschnittlichen KinogängerInnen hängen bleiben, dass sich Bauer nur nicht hat erwischen lassen?

Man kann nur hoffen, dass diese beiden Erkenntnisse in dem zurzeit produzierten Fernsehfilm „Der General" Berücksichtigung finden werden. Die Produzenten Nico Hoffmann und Benjamin Benedict haben jedenfalls zu Beginn der Dreharbeiten die besten Absichten bekundet: „Die Schwierigkeiten bei der Aufklärung von Naziverbrechen in der direkten Nachkriegszeit gehören zu den komplexesten und bislang noch komplett unerzählten dunklen Abschnitten deutscher Geschichte. Fritz Bauer ist in seinem Engagement um Gerechtigkeit der entscheidende Protagonist dieser Zeit – unser Film will ihm und seinem Mut ein Denkmal setzen."[14]

Fritz Bauer war meines Erachtens der bisher bedeutendste Generalstaatsanwalt der Bundesrepublik Deutschland. Zunächst übte er dieses Amt ab 1950 in Braunschweig aus – wo die Generalstaatsanwaltschaft seit dem 12. September 2012 am Fritz-Bauer-Platz gelegen ist – und dann ab 1956 bis zu seinem Tod in Frankfurt am Main – wo sich das Fritz Bauer Institut seltsamer Weise 2014 nicht dafür einsetzte, den vor dem Institut gelegenen Platz nach seinem Namensgeber zu benennen.[15]

Auf den Arbeitstagungen der Generalstaatsanwälte meldete Bauer sich vielfach zu Wort.[16] Er war ein Staatsanwalt aus Überzeugung. Schon als Elfjähriger hatte er als Berufswunsch „Oberstaatsanwalt" genannt, wenngleich er im April 1955 auch schrieb, dass die aus autoritären Zeiten stammende Bezeichnung „Staatsanwalt" nicht passe, denn „der Staatsanwalt vertritt nicht den Staat, er ist nicht der Anwalt irgendwelcher Staatsräson oder irgendwelcher Staatsinteressen, sondern des Rechts der Menschen und ihrer sozialen Existenz gegen private und staatliche Willkür. Er ist an Gesetze gebunden, deren wichtigste die Menschenrechte sind" (Bauer 1955: 176). Dass Bauer erst Recht nicht die Bezeichnung „Generalstaatsanwalt" mochte und in einem Brief an seine Freundin Birgitta Wolf vom 21.

Januar 1966 schrieb, dass er diesen Titel „nur mit Abscheu trage“,[17] verwundert daher nicht. Dem noch heute von den Medien liebevoll gepflegten Negativklischee des Staatsanwalts (dazu Rautenberg 2014a) entsprach Bauer somit nicht.

Bauers zahlreiche rechtspolitischen Beiträge waren gewichtig, wenngleich der Sozialdemokrat von seiner Partei nicht adäquat beachtet wurde (dazu Däubler-Gmelin 2014: 21ff.); und er publizierte auch literarisch Bedeutsames. Seine Vertraute Ilse Staff hat es sogar als „falsch“ bezeichnet, „das Hauptgewicht von Fritz Bauers beruflichem und menschlichem Einsatz in der Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen sehen zu wollen; es war dies nur ein Teilbereich seiner Arbeit für mehr Humanität im gesellschaftlichen und politischen Leben und seines Kampfes für eine Reform des Strafrechts und des Strafvollzuges“ (Staff 1988: 443). Doch sein Bild in der Öffentlichkeit ist gleichwohl ein anderes. Irmtrud Wojak (2009: 448) hat beschrieben, worauf es beruht:

„Im Amt des Generalstaatsanwalts trieb Bauer...die strafrechtliche Aufarbeitung des NS-Unrechts in den Jahren 1967 und 1968 auf einen neuen Höhepunkt und machte nach den Auschwitz- und Euthanasie-Prozessen auch noch die Verbrechen der Wehrmacht und die Beteiligung des Auswärtigen Amtes an der nationalsozialistischen ‚Endlösung der Judenfrage‘ zu einem gesamtgesellschaftlich diskutierten Thema. Weit über 140 größere und noch Dutzende kleinere NS-Verfahren waren im Januar 1968 bei den hessischen Staatsanwaltschaften anhängig, erklärte er gegenüber der Presse.“[18]

Da Bauer als wohl jüngster Amtsrichter in Deutschland bereits 1933 aus dem Justizdienst entlassen worden und nach anschließender KZ-Haft 1936 emigriert war, gehörte er zu den wenigen unbelasteten Justizjuristen, die in der jungen Bundesrepublik eine Führungsposition einnahmen. Umgeben war er von Justizjuristen, die dem NS-Staat gedient hatten und bis auf wenige Ausnahmen im Amt belassen wurden. Diese sehnten wie die Mehrheit der damaligen Bevölkerung einen Schlussstrich unter die Vergangenheit herbei. Demgegenüber setzte sich Bauer unbeirrbar und auch öffentlich für eine schonungslose Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht ein. Damit befand er sich in einer Außenseiterposition, die er selbst mit dem folgendem, des Öfteren getätigten Ausspruch treffend charakterisiert hat: „Wenn ich mein (Dienst-) Zimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland!“[19]

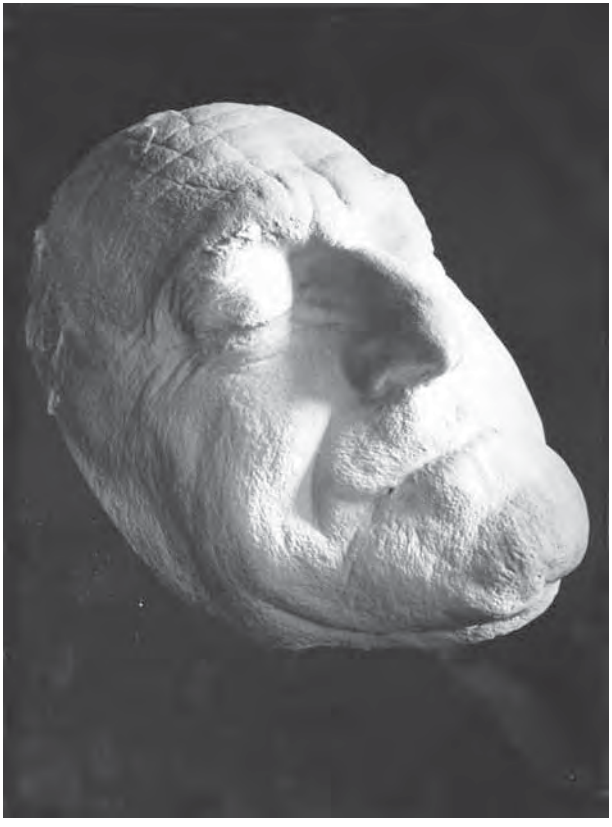
2 | Das Dritte Reich als „Unrechtsstaat“, die „Akte Auschwitz“ als Lehrstück

Als Generalstaatsanwalt in Braunschweig erwirkte Bauer, dass das Landgericht Braunschweig durch Urteil vom 15. März 1952 den an der Niederschlagung des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 maßgeblich beteiligten Otto Ernst Remer wegen Verleumdung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, nämlich der ermordeten Widerstandskämpfer, verurteilte, wobei das Gericht Bauers Plädoyer auch insoweit folgte, als es das NS-Regime als „Unrechtsstaat“ bezeichnete.[20]

Rottleuthner (2015: 91) konstatiert, dass diese Kennzeichnung des NS-Regimes „seit den 70er Jahren weite Anerkennung, zumindest Verbreitung gefunden“ habe, der Begriff „Unrechtsstaat“ aber seit geraumer Zeit „geschichtspolitisch verschlissen“ werde, weil die Diskussion, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei, „üblicherweise in bekennerhaften Ritualen“ ende, „die zu Gruppenzuweisungen führe.“ Die Anwendung dieses Begriffes auf die DDR ist in der Tat Gegenstand eines seit der Wiedervereinigung geführten und vor einiger Zeit wieder aufgeflammten heftigen Streites.[21] Dieser liegt nach meinem Eindruck vor allem darin begründet, dass die Streitenden darunter Unterschiedliches verstehen, wobei man sich allerdings einig ist, dass die DDR kein Rechtsstaat im Sinne unseres Grundgesetzes war. Während der frühere Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio[22] sie eben deshalb – wie auch der Bundespräsident[23] und die Bundeskanzlerin[24] – als Unrechtsstaat bezeichnet hat, hält der frühere Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang

Bockenförde[25] diese „globale Kennzeichnung der DDR“ nicht nur für „falsch“, sondern sieht darin auch eine Kränkung der BürgerInnen der ehemaligen DDR. Für Friedrich Schorlemmer verstellt dieser Sprachgebrauch als „Generalverdammungskeule“[26] eine differenzierte Sicht auf die DDR und für mich begünstigt er eine unakzeptable Gleichsetzung der beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts.

Zwar habe ich mich belehren lassen, dass nicht Fritz Bauer, sondern der Rechtsphilosoph Gustav Radbruch (*1878 †1949) Urheber des Begriffs „Unrechtsstaat“ ist, in dessen kleiner Schrift „Fünf Minuten Rechtsphilosophie“ aus dem Jahr 1945 Rottleuthner (2015: 92) ihn erstmals erwähnt gefunden hat. Doch Bauer hat den Versuch unternommen, diesen Begriff durch eine restriktive Definition zu einem praktikablen Rechtsbegriff auszugestalten, was in Vergessenheit geraten ist. Für ihn war mit dieser Qualifizierung nämlich die Rechtfertigung von Gewaltanwendungen gegen Repräsentanten des Unrechtsstaates bis hin zum Tyrannenmord verbunden. Bauer hatte „erhebliche Zweifel“, das faschistische Italien so zu kategorisieren, weil es dort – anders als auch in der Sowjetunion – keinen „Feind“ gab, den es systematisch „auszumerzen“ galt (Bauer 1965b: 9f.). Die Massenmorde, die in der stalinistischen Sowjetunion und im nationalsozialistischen Deutschland begangen worden waren, qualifizierten somit diese Regimes für ihn zu „Unrechtsstaaten“.[27] Daraus, dass dies in Deutschland nirgends besser als am Beispiel des größten Konzentrations- und Vernichtungslagers verdeutlicht werden konnte, erklärt sich wohl Bauers Engagement für dessen strafrechtliche Aufarbeitung.



© www.fritz-bauer-film

Fritz Bauers Totenmaske

Ohne Bauer wäre die noch immer nicht geschlossene „Akte Auschwitz“, wie *Der Spiegel* unlängst titelte,[28] jedenfalls später, vielleicht gar nicht aufgeschlagen worden: „Es war Fritz Bauer, der am 15. Februar 1959 den Antrag stellte, der Bundesgerichtshof möge gem. § 13a StPO die Zuständigkeit des Landgerichts Frankfurt am Main für alle in Auschwitz und Auschwitz-Birkenau begangenen Straftaten begründen. Am 17. April 1959 erging ein entsprechender Beschluss des Bundesgerichtshofes. Am 20. Dezember 1963 begann das Hauptverfahren ‚gegen Mulka und andere‘, der erste Auschwitz-Prozess. Am 20. August 1965 wurde das Urteil gesprochen; siebzehn der Angeklagten wurden we-

gen Mordes resp. gemeinschaftlichen Mordes oder/und der gemeinschaftlichen Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord verurteilt. Es war die Zeit, in der jeder, der zu hören bereit war, in vollem Ausmaß begreifen lernen konnte, was in Deutschland 1933-1945 geschehen war." (Staff 1988: 442f.)

Auch der Bundespräsident hat in seiner bereits erwähnten Rede auf dem 70. Deutschen Juristentag das Verdienst Bauers gewürdigt, dass im ersten Auschwitz-Prozess (siehe dazu Wojak 2009: 317-362; Taler 2015 und Düx 2013) „gleich 22 Angeklagte vor Gericht standen und so ein komplexes Bild ihres schrecklichen Tuns in den Lagern gewonnen werden konnte". Das hatte für Bauer persönliche Konsequenzen: „Die unsäglichen Verbrechen, die in dieser Gerichtsverhandlung zur Sprache kamen, schockierten die Weltöffentlichkeit und machten Fritz Bauer für eingeschworene alte Nazis zu einem der meistgehassten und -gefürchteten Männer" (Knopp 2002: 329).

Vor diesen Prozessen dürften nicht wenige Deutsche die Bilder aus den befreiten Konzentrationslagern noch als Propaganda der Alliierten abgetan haben. Mein Vater, der als 21-jähriger Leutnant 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten war, berichtete mir, dass seine Kameraden und er nach einer Filmvorführung empört in ihre Baracken zurückkehrten, weil die Amerikaner den Deutschen nach dem verlorenen Krieg auch noch „solche Schweinereien in die Schuhe schieben" wollten. Als zwei SS-Offiziere, die stumm geblieben waren, nach der Aufforderung, sich dazu zu äußern („Ihr wisst es doch am besten!"), nur verlegen grinsten, trat eine Totenstille ein und keiner in der Baracke zweifelte mehr an der Wahrheit des Gesehenen.

Nach den von Bauer initiierten Prozessen, die das Grauen minutiös dokumentierten, und der Berichterstattung darüber dürfte die Zahl der Zweifler in der Bevölkerung geschrumpft sein, wenngleich der von Bauer erhoffte durchschlagende volkspädagogische Effekt zunächst nicht eintrat (Meusch 2001: 357ff.). Diejenigen, die immer noch in der Öffentlichkeit von der „Auschwitzlüge" faseln, werden seit dem 1. Dezember 1994[29] wegen „Volksverhetzung" strafrechtlich verfolgt, wobei ich im Unterschied zu Otto Schily[30] nicht meine, dass man diesen Straftatbestand „überdenken" sollte; auch halte ich hohe Freiheitsstrafen für Wiederholungstäter, wie sie gegen Schilys früheren Mandanten Horst Mahler verhängt worden sind, für angemessen. Das sind wir den Opfern der „Mordmaschine" und auch Fritz Bauer schuldig.

Die Hoffnung, dass die Deutschen das NS-Regime als Unrechtsstaat wahrnehmen würden, dürfte Bauer wichtiger gewesen sein als die vom Schwurgericht verhängten Strafen, die deshalb für ihn nicht angemessen waren, weil „das Urteil im Auschwitz-Prozess wie die meisten Verfahren gegen NS-Gewaltverbrecher überwiegend durch die rechtlich fragwürdige Umwandlung von Tätern in Gehilfen charakterisiert" ist (Perels 2011: 497 m.w.N.).[31] Dies ändert nichts daran, dass „die kontrafaktische Wiederaufrichtung des Rechts gerade für die Überlebenden eine große Bedeutung" hatte (Perels 2011: 492 m.w.N.). Umso unverständlicher ist, dass ausgerechnet ein Mitarbeiter des Fritz Bauer Instituts „die Funktionen eines rechtsstaatlichen Strafprozesses gegen Beteiligte an den nationalsozialistischen Staatsverbrechen" und damit das Verdienst Bauers, „der in der Bundesrepublik die meisten Verfahren gegen NS-Gewaltverbrecher in Gang setzte", in Frage gestellt hat (Perels 2011: 492, 493), wogegen sich die „kritische Intervention" von Joachim Perels richtete.

3 | Bauers Positionen bei der strafrechtlichen Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht

3.1 | Zur Gehilfenrechtsprechung

Meusch (2001: 356) hat zu Recht konstatiert, dass die „von den Gerichten durch die extensive Gehilfenrechtsprechung unterstrichene Projektion von Schuld und Verantwortung auf wenige Naziführer...die Haltung des größten Teils der Öffentlichkeit" bestätigt habe. Bauer

(1965a: 307f.) kritisierte dies nach dem ersten Auschwitzprozess mit folgenden Worten:

„Die Gerichte haben...in einer sehr großen Zahl von Fällen von nazistischen Verbrechen nicht Täterschaft, sondern lediglich Beihilfe angenommen; das ist nicht nur bei kleinen Tätern geschehen, sondern auch bei hohen Funktionären der nazistischen Hierarchie. Hinter der bei den Gerichten bis hinauf zum Bundesgerichtshof beliebten Annahme bloßer Beihilfe steht die nachträgliche Wunschvorstellung, im totalitären Staat der Nazizeit habe es nur wenige Verantwortliche gegeben, es seien nur Hitler und ein paar seiner Allernächsten gewesen, während alle übrigen lediglich vergewaltigte, terrorisierte Mitläufer oder dehumanisierte Existenzen waren, die veranlaßt wurden, Dinge zu tun, die ihnen völlig wesensfremd gewesen sind. Deutschland war sozusagen nicht ein weitgehend besessenes, auf den Nazismus versessenes, sondern ein von einem Feind besetztes Land. Dergleichen hat mit der historischen Wahrheit wenig zu tun. Es gab vor Hitler glühende Nationalisten und Imperialisten, Völkische und Judenhasser. Hitler war ohne sie nicht denkbar. Er hat sie bestätigt, sie haben ihn bestätigt. Vieles, was an Verbrechen geschah, wurde durch Täter getan, die den Nazismus und sein Unrecht bejahten, sei es aus ideologischer Verblendung, sei es aus Machthunger, aus Lust am Fortkommen und an Karriere, aus Habsucht, aus Sadismus zwecks Befriedigung von Instinkten und Affekten, aus Bequemlichkeit und was es sonst an kriminellen Motiven gibt und geben mag."

Für die extensive Gehilfenrechtsprechung war ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 19. Oktober 1962[32] von Bedeutung, durch das der (noch in erster und letzter Instanz zuständige) 3. Strafsenat den am Tag des Baus der Berliner Mauer nach West-Berlin geflohenen KGB-Agenten Staschinski, der im Auftrag des KGB 1957 und 1959 zwei Personen in Deutschland ermordet hatte, lediglich wegen Beihilfe zum Mord der Moskauer Täter zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren verurteilte. Dies war nur möglich, weil der BGH zur Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme in Anschluss an das Reichsgericht die „sogenannte subjektive Teilnahmelehre" anwandte, d.h. auf die „innere Haltung zur Tat" abstellte und wonach auch derjenige Gehilfe sein konnte, der „alle Tatbestandsmerkmale selber erfüllt." Der Leitsatz dieser Entscheidung lautete „Wer eine Tötung eigenhändig begeht, ist im Regelfall Täter; jedoch kann er unter bestimmten, engen Umständen auch lediglich Gehilfe sein." Zu diesen Ausnahmefällen heißt es in der Entscheidung: „Politische Morde sind in der Welt wie in Deutschland immer vorgekommen. Neuerlich sind jedoch gewisse moderne Staaten unter dem Einfluß radikaler politischer Auffassungen, in Deutschland unter dem Nationalsozialismus, dazu übergegangen, politische Morde oder Massenmorde geradezu zu planen und die Ausführung solcher Bluttaten zu befehlen. Solche bloßen Befehlsempfänger unterliegen bei Begehung derartiger amtlich befohlener Verbrechen nicht den kriminologisch erforschten oder jenen jedenfalls ähnlichen persönlichen Tatantrieben. Vielmehr befinden sie sich in der sittlich verwirrenden, mitunter ausweglosen Lage, vom eigenen Staat, der vielen Menschen bei geschickter Massenpropaganda nun einmal als unangezweifelte Autorität zu erscheinen pflegt, mit der Begehung verwerflichster Verbrechen geradezu beauftragt zu werden..."

Der Strafrechtslehrer und spätere Berliner Justizsenator (1976-1978) Jürgen Baumann (*1922 †2003) sah sich in einer Besprechung dieses Urteils[33] zu folgenden Ausführungen veranlasst: „Die Bedeutung dieses Urteils des BGH für die Öffentlichkeit liegt in seiner eventuellen Nutzanwendung und Auswertung für die laufenden Schwurgerichtsverfahren über die Einsatzgruppenmorde. Wenn der Befehl in jedem Fall zur Beihilfe des Befehlsempfängers führen würde, wäre nur Hitler Täter der Einsatzgruppenmorde. Alle übrigen an der Ausführung des Führerbefehls Beteiligten, und selbst etwa Himmler und andere Größen des Nazisystems, wären lediglich Gehilfen: ein Täter und 60 Millionen Gehilfen oder: das

deutsche Volk, ein Volk von Gehilfen, eine nur für wenige erhebende, für den Verfasser entsetzliche Vorstellung." Am Ende seiner Besprechung warnte Baumann davor, das Urteil des BGH „zu weit zu interpretieren". Doch verhallte diese Warnung ungehört.[34]

3.2 | Zur Beteiligung an den KZ-Massenmorden

Bauer konnte sich vor Gericht auch nicht mit seiner Rechtsansicht durchsetzen, dass alle diejenigen, die in den Konzentrationslagern als Teile der Tötungsmaschine ihren Dienst versahen, wegen der während ihrer Dienstzeit begangenen Morde als Täter oder Gehilfen zu bestrafen seien, ohne dass ihnen eine konkrete Beteiligung an einzelnen Tötungshandlungen nachgewiesen werden müsse. Diese Position ist von den Sitzungsvertretern im ersten Auschwitz-Prozess vorgetragen (Renz 2014: 81) und von Bauer dann in einem Aufsatz detailliert begründet worden (Bauer 1967). Zu den Komplexen „Euthanasiemorde" und „Vernichtungslager" führte er aus:

„Die Gesamtkomplexe können in Pyramidenform vorgestellt werden. An der Spitze stand Hitler, dem etwa bei der ‚Endlösung der Judenfrage' Männer wie Himmler und Göring folgten. Himmler unterstand u.a. wieder Heydrich mit dem Reichssicherheitshauptamt. Am Fuße der Pyramide fanden sich insbesondere die Einsatztruppen teils mit einer Stärke bis zu 1.000 Mann und die Vernichtungslager mit Tausenden von Wachmannschaften. Der Gesamtumfang der objektiv und in der Regel auch mit Vorsatz Beteiligten dürfte eine fünfstellige Zahl ausmachen" (Bauer 1967: 625f.). Und an anderer Stelle: „Eine Aufteilung z.B. der ‚Endlösung der Judenfrage' oder eine Aufteilung der Beiträge der ganz überwiegenden Mehrzahl der Beteiligten – seien es Mittäter oder Gehilfen – in Episoden, die Auflösung des Geschehens und der Tätigkeit der Mitwirkenden in – im Zeitlupenstil aufzuklärende – Details ist ein historisch und rechtlich untauglicher Versuch, ja ein unmögliches Unterfangen" (Bauer 1967: 627).

Zuvor hatte er geschrieben (Bauer 1965a: 307f.): „Der Auschwitzprozeß war gewiß der bisher längste aller deutschen Schwurgerichtsprozesse, in Wirklichkeit hätte er einer der kürzesten sein können, womit freilich nicht gesagt sein soll, daß dies aus sozialpädagogischen Gründen auch wünschenswert gewesen wäre. Die Sach- und Rechtslage war ungewöhnlich einfach: Es gab einen Befehl zur Liquidierung der Juden in dem von den Nazis beherrschten Europa; Mordwerkzeug waren Auschwitz, Treblinka usw. Wer an dieser Mordmaschine hantierte, wurde der Mitwirkung am Morde schuldig, was immer er tat, selbstverständlich vorausgesetzt, daß er das Ziel der Maschinerie kannte, was freilich für die, die in den Vernichtungslagern waren oder um sie wußten, von der Wachmannschaft angefangen bis zur Spitze, außer jedem Zweifel steht: ... Von dieser hierzulande sonst ganz üblichen, schon dem jungen Strafjuristen geläufigen Praxis wichen unsere NS-Prozesse vielfach ab, wahrscheinlich, um das kollektive Geschehen durch Atomisierung und Parzellierung der furchtbaren Dinge sozusagen zu privatisieren und damit zu entschärfen. Die Strafen, die ausgesprochen wurden, lagen häufig an der Mindestgrenze des gesetzlich Zulässigen, was mitunter einer Verhöhnung der Opfer recht nahekam."

Im Revisionsverfahren gegen das Urteil des Schwurgerichts Frankfurt am Main im ersten Auschwitzverfahren vom 19. August 1965, durch das der SS-Lagerzahnarzt Dr. Willi Schatz freigesprochen worden war, vertrat der Generalbundesanwalt die dagegen gerichtete Revision der Staatsanwaltschaft. In seinem Urteil vom 20. Februar 1969[35] lehnte der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofes die Rechtsansicht Bauers ausdrücklich ab und ließ den erfolgten Freispruch unbeanstandet: „Die bloße Zugehörigkeit des freigesprochenen Angeklagten Dr. Sch. zum Lagerpersonal und seine Kenntnis von dem Vernichtungswerk des Lagers reichen...nicht aus, ihm die während seines Lageraufenthalts begangenen Tötungen zuzurechnen...In der Ausübung seiner eigentlichen Tätigkeit im Lager, der

zahnärztlichen Behandlung des SS-Personals, kann objektiv und subjektiv keine Beihilfe zu den Tötungshandlungen gesehen werden." Demgegenüber hatte Bauer geschrieben: „Auch die Tätigkeit eines jeden Mitglieds eines Vernichtungslagers stellt vom Eintritt in das Lager, womit in aller Regel sofort die Kenntnis von dessen Aufgabe, Tötungsmaschinerie zu sein, verbunden war, bis zu seinem Ausscheiden eine natürliche Handlungseinheit dar, was immer er physisch zur Verwaltung des Lagers und damit zur ‚Endlösung' beigetragen hat... schon die Anwesenheit ist psychische Beihilfe... Jeder stützt den Nächsten, er macht ihm das kriminelle Tun leichter. Die Opfer während seines Lageraufenthalts sind ihm zuzurechnen" (Bauer 1967: 628).

Das Landgericht München II sollte sich 2011 mit der Verurteilung des im Vernichtungslager Sobibór als Wachmann tätig gewesenen SS-Hilfswilligen John Demjanjuk wegen Beihilfe zum Mord in über 28.000 Fällen – der Staatsanwaltschaft folgend – auf diese Rechtsansicht zurückbesinnen. Anders als damals droht als Konsequenz allerdings keine Prozesswelle, weil nur noch wenige Verantwortliche am Leben sind, sodass das Demjanjuk-Urteil und die nun eingeleiteten weiteren Verfahren[36] auch nicht annähernd geeignet sind, die früheren Versäumnisse einer befangen gewesenen Justiz zu kompensieren.

Kurz hat dargelegt, dass die im Demjanjuk-Urteil vom 12. Mai 2011 zugrunde liegende Bewertung von dessen Tätigkeit als Wachmann auf einem nicht näher ermittelten Posten im Vernichtungslager als Beihilfe – auch ohne konkreten Einzeltatnachweis und ohne Nachweis einer für eine bestimmte Tötung kausalen Handlungsweise – sich nicht nur in die aktuelle Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes einfüge. Sie stehe auch im Einklang mit der Rechtsprechung zu den reinen Vernichtungslagern, die vor den Urteilen im Auschwitzverfahren ergangen sei (Kurz 2013: 129). Ebenso konstatiert Nestler: „Bis zur Auschwitzentscheidung des LG Frankfurt sind die Tatgerichte und der BGH sich einig: Die Vernichtung der Juden in den Lagern der Aktion Reinhard (Belzec, Sobibór und Treblinka) ist jeweils eine Tat von der Errichtung des Lagers bis zu seiner Schließung" (Nestler 2014: 769).

Doch damit nicht genug: Kurz und Nestler (ebd.) attestieren Bauer, in seinem Beitrag auf der Linie der früheren Rechtsprechung gelegen zu haben. Davon rückte dann im ersten Auschwitz-Prozess das Landgericht Frankfurt am Main ab, indem es einen einheitlichen Ablauf in eine Vielzahl von Haupttaten fragmentierte, was vom Bundesgerichtshof unbeanstandet gelassen wurde. Nestler kritisiert diesen Perspektivwechsel der „Auschwitz-Rechtsprechung" unter Verweis auf Kurz (Kurz 2013: 127) als „nicht nur widersprüchlich, sondern auch falsch" (Nestler 2014: 770). Auch Werle und Burghardt haben jüngst die Auffassung vertreten, dass die frühere Rechtsprechung zu den reinen Vernichtungslagern, wonach jede Tätigkeit im Lagerbetrieb zumindest als Beihilfe zu den Massentötungen zu bewerten sei, auch auf das Lagerpersonal in den „multifunktionalen" Konzentrationslagern Auschwitz und Majdanek zu übertragen sei. Die seit dem ersten Frankfurter Auschwitz-Urteil von der Rechtsprechung vertretene Auffassung, in diesen Konzentrationslagern habe es „neutrale" Tätigkeitsebenen gegeben, sei nicht überzeugend (Werle/Burghardt 2015: 351f.).

Somit hat Bauers Rechtsansicht späte Anerkennung erfahren. Es sei die Frage erlaubt, ob der Bundesgerichtshof sich getraut hätte, die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Schwurgerichts Frankfurt am Main zu verwerfen, wenn Bauer noch am Leben gewesen wäre. Denn eine den Bundesgerichtshof in Bedrängnis bringende Reaktion des „Feuerkopfs"[37] wäre zu erwarten gewesen. So aber wurden die im Urteil des Bundesgerichtshofes vom 20. Februar 1969 aufgestellten Grundsätze widerspruchslos, ja vielleicht sogar bereitwillig hingenommen:

„In den folgenden Jahrzehnten bis zum Demjanjuk-Verfahren wurden unter Anwendung dieser Grundsätze sämtliche Verfahren gegen die ehemaligen Angehörigen der

Wachsturmbanne bzw. Wachmannschaften der reinen Vernichtungslager, des Konzentrationslagers Auschwitz und sonstiger Konzentrationslager mit und ohne Massenvernichtungsanlagen eingestellt, bei denen zwar die Zugehörigkeit zur Wachmannschaft, nicht aber eine konkret bestimmbare Einzeltat nachzuweisen war. Bestraft wurden i.d.R. nur noch „Exzesstaten" (Kurz 2013: 125.). Nestler beschließt seinen Beitrag mit den Worten, dass nach der Auschwitz-Rechtsprechung „der Mythos von der ‚konkreten Einzeltat' bei NS-Verbrechen" entstanden sei: „Dieser Mythos war so wirksam, dass er die aktuelle Strafverfolgung im Einzelfall bis um ein halbes Jahrhundert verzögert hat" (Nestler 2014: 772).[38] Bauer hätte diese Sichtweise jedenfalls vehement bekämpft. Ganz in seinem Sinne war indes, was der Vorsitzende der Strafkammer des Landgerichts Lüneburg am 15. Juli 2015 bei der Urteilsverkündung in dem Verfahren gegen den „Buchhalter von Auschwitz" sagte: Oskar Gröning sei allein deshalb der Beihilfe schuldig, weil er „Rad im Getriebe" einer „insgesamt auf die Tötung von Menschen ausgerichteten Maschinerie" gewesen sei.

Gern hätte Bauer auch Anklage gegen Adolf Eichmann und zwölf weitere Hauptverantwortliche der organisatorischen Umsetzung des Völkermordes an den Juden beim Landgericht Frankfurt am Main erhoben, das der Bundesgerichtshof nach Abgabe des Verfahrens aus Österreich 1956 als zuständiges Gericht bestimmt hatte. Zwar gab Bauer den erhaltenen Hinweis auf den Aufenthaltsort Eichmanns 1957 an den israelischen Geheimdienst weiter, weil er den von ehemaligen Nazis durchsetzten deutschen Behörden zu Recht misstraute: Der deutsche Auslandsgeheimdienst hatte bereits viel früher Hinweise erhalten,[39] ohne diese an die Justiz weitergegeben zu haben. Als sich Eichmann dann aber nach seiner Entführung 1960 in Israel befand, bemühte sich Bauer über das Hessische Justizministerium um ein Auslieferungsersuchen, was jedoch von der Bundesregierung noch am selben Tag abgelehnt wurde (Wojak 2009: 302 m.w.N.).

3.3 | Zur Beteiligung an den „Euthanasie"-Morden

Ab Ende 1959 konzentrierte Bauer Verfahren gegen Juristen und Ärzte, die ein auf den Tag des Krieges rückdatiertes Ermächtigungsschreiben Hitlers umgesetzt hatten („Aktion T-4"), in Frankfurt am Main, wodurch sich ein gigantischer Verfahrenskomplex ergab. Die Prozesse wegen der NS-Euthanasiemorde zogen sich noch bis in die 1990er Jahre hin (siehe dazu ausführlich Wojak 2009: 376-400 und Loewy/Winter 1996). Die Bilanz war jedoch „wahrlich katastrophal": Nur vier Spitzenfunktionäre wurden rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt. Dies erlebte Bauer jedoch nicht mehr, wohl aber den Freispruch für drei Angeklagte (Wojak 2009: 396) und dass zuvor ein Limburger Untersuchungsrichter einen am 22. April 1965 gestellten Antrag auf Eröffnung der „gerichtlichen Voruntersuchung"[40] 1 ½ Jahre unbearbeitet gelassen hatte (Düx 2013: 52).

Diese Anschuldigungsschrift[41] gegen die Teilnehmer einer Besprechung des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium mit den Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälten über das nationalsozialistische „Euthanasie"-Programm „gehört zu den bedeutendsten Dokumenten der Rechtsgeschichte der Bundesrepublik" (Kramer 1996: 92). Mein früherer Kollege Schaefer (1996: 137f.) hat dazu ausgeführt: „Der Vorwurf an die Angeschuldigten... war der der Beihilfe zum Mord in über 70 000 Fällen, d.h. die Unterstützung des bereits laufenden ‚Euthanasie'-Programms dadurch, daß die Angeschuldigten in der Konferenz vom 23./24.4.1941 widerspruchslos die Weisung entgegennahmen, die nachgeordneten Gerichte und Staatsanwaltschaften über das ‚Euthanasie'-Programm zu unterrichten und alle die ‚Euthanasie' betreffenden Eingaben oder Strafanzeigen unbearbeitet dem Reichsjustizministerium vorzulegen. Es wurde weiter den Angeschuldigten der Vorwurf gemacht, entsprechend der erteilten Weisung nach der Konferenz verfahren zu haben. Der Antragsschrift lag die Überlegung zugrunde, daß

für die Angeschuldigten eine Rechtspflicht bestand, der in der Konferenz erteilten Weisung zu widersprechen und – natürlich – diese Weisung auch nicht weiterzugeben. Zur Frage der Kausalität wurde in der Antragsschrift die Auffassung vertreten, daß es nicht darauf ankomme, gewissermaßen nachzuweisen, daß bei einem Widerspruch die nationalsozialistischen Machthaber das ‚Euthanasie'-Programm in jedem Fall eingestellt hätten. Nach damaliger Auffassung kam es nur darauf an, ob das unterlassene Verhalten geeignet gewesen wäre, die weitere Durchführung der Haupttat zu erschweren."

Für diese Antragsschrift dürfte auch das Verhalten des Amtsrichters Lothar Kreyssig (*1898 †1986) ursächlich gewesen sein, der so mutig war, wegen der „Euthanasie"-Aktion 1940 sogar Strafanzeige zu erstatten und Reichsjustizminister Franz Gürtner (*1881 †1941) in dessen Ministerium ins Gesicht zu sagen, dass ein „Führerwort" kein Recht zu schaffen vermöge, als ihm dieser das „Ermächtigungsschreiben" Hitlers vorlegte. Mit seinem Protest, der ihm wie durch ein Wunder nur sein Amt kostete, blieb Kreyssig (siehe dazu Döring 2011) der einzige Vormundschaftsrichter, der so couragiert seine Mündel verteidigte. In und vor dem Gebäude, in dem Lothar Kreyssig tätig war und in dem heute die Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg untergebracht ist, wird die Erinnerung an ihn gepflegt.

Robert M.W. Kempner, stellvertretender Hauptankläger der USA im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, schrieb 1968 in einem in einer Wiener Zeitschrift erschienenen Artikel über die Zeugenaussage Kreyssigs im zweiten Frankfurter Euthanasie-Prozess: „... Und dann kam der Höhepunkt der Aussage, wie wir sie noch nie von einem Richter vor Gericht gehört haben. Nach langsamer Überlegung erklärte der tapfere und weise Amtsrichter: ‚Die Richter von damals sind schuldiger als andere, weil sie in ihrer Gesamtheit das Recht hätten besser vertreten müssen.' Gegen die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte der Hitler-Zeit, die damals direkt oder indirekt durch ihre juristische Amtstätigkeit die Durchführung der Euthanasie-Morde ermöglicht haben, schwebt seit langem ein Strafverfahren in der Bundesrepublik. In langen Schriftsätzen verteidigen sich die jetzt mit hoher Pension ausgestatteten ehemaligen Chef-Juristen Hitlers mit der Tendenz, die Vernichtung der angeblich ‚Unheilbaren' sei nicht gesetzwidrig gewesen und deshalb habe man seinerzeit die Initiatoren auch nicht wegen Mordes verfolgen können. Der brandenburgische Amtsrichter Doktor Kreyssig ist einer der unbesungenen, ‚gerechten' Richter..."[42]

Nach dem Tod Bauers „war vorauszusehen, dass dieses Verfahren nicht zu einem für die Angeschuldigten nachteiligen Ergebnis führen werde" (Düx 2013: 52). Wenige Wochen später kehrten die Akten aus Limburg – in dessen Nähe sich früher die „Euthanasie"-Tötungsanstalt Hadamar befand – an die Generalstaatsanwaltschaft zurück. Nach über elfjähriger Verfahrensdauer hatte sich die Anzahl der Beschuldigten u.a. wegen Todes und Verhandlungsunfähigkeit von ursprünglich dreißig auf vier reduziert, bezüglich derer die Generalstaatsanwaltschaft unter dem 31. März 1970 – unter Aufgabe der der Anschuldigungsschrift zu Grunde liegenden Rechtsansicht – beantragte, sie außer Verfolgung zu setzen.[43] Dem entsprach das Landgericht Limburg durch Beschluss vom 27. Mai 1970,[44] wobei es in der neunzeiligen Begründung lapidar heißt, dass „den Angeschuldigten eine Beihilfe zum Mord nicht im Sinne eines hinreichenden Tatverdachts nachgewiesen werden" könne und auf die Begründung des Antrags verwiesen wird. Diese Außerverfolgungsetzung hat Helmut Kramer, früher Richter am Oberlandesgericht Braunschweig, in seiner gründlichen Analyse des Verfahrens als einen der „schlimmsten Tiefpunkte in der Geschichte der NSG[45]-Verfahren" bezeichnet, an dem viele beteiligt waren (Kramer 1996: 112).[46] Und er verweist in diesem Zusammenhang auf einen spontanen Ausspruch Fritz Bauers nach der Meldung vom Tod des Arztes Werner Heyde alias Fritz Sawade,[47] den er als Chef der „Euthanasie"-Ak-

tion wegen Mordes an mindestens 100.000 Menschen angeklagt hatte, welcher sich aber fünf Tage vor Beginn der Hauptverhandlung am 13. Februar 1964 das Leben nehmen konnte, weil trotz warnender Hinweise keine Vorkehrungen gegen einen Suizid getroffen worden waren: „Es besteht der Verdacht einer stillschweigenden Übereinkunft, dies Verfahren nicht stattfinden zu lassen."[48]

Ungeachtet der unbefriedigenden strafrechtlichen Bilanz dürfte Bauer auch diesen Verfahrenskomplex als Lehrstück begriffen haben, das dazu diente, den Unrechtscharakter des NS-Regimes und insbesondere zu verdeutlichen, dass der Wille Hitlers kein Recht zu schaffen vermochte.

3.4 | Zu den NS-Todesurteilen

Keinerlei Erfolg hatte Bauer damit, Richter und Staatsanwälte wegen der Verhängung von Todesurteilen zur Rechenschaft zu ziehen (siehe dazu ausführlich Wojak 2009: 365 ff.). Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes ist eine Verurteilung wegen Rechtsbeugung nur möglich, wenn der Täter sich bei seiner Entscheidung „bewusst und in schwerwiegender Weise von Recht und Gesetz entfernt".[49] An das Vorliegen der subjektiven Voraussetzungen der Rechtsbeugung stellte der Bundesgerichtshof damals so hohe Anforderungen, dass ehemalige NS-Richter und -Staatsanwälte damit Gehör fanden, aus ideologischer Verblendung nicht vorsätzlich gehandelt zu haben. Konnte jedoch keine Rechtsbeugung nachgewiesen werden, war auch eine Verurteilung wegen Totschlags oder Mordes ausgeschlossen.

Diese Lehre von der Sperrwirkung des Rechtsbeugungstatbestands geht auf den berühmten Aufsatz „Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht" des damals führenden Rechtsphilosophen Gustav Radbruch, den die Nazis als ersten Professor aus dem Amt gejagt hatten, zurück und ist „vom BGH ohne Widerstreben übernommen" worden (Bauer 1968: 306). Radbruch (1946: 108) schrieb: „Die Strafbarkeit der Richter wegen Tötung setzt die gleichzeitige Feststellung einer von ihnen begangenen Rechtsbeugung (§§ 336, 344 StGB) voraus. Denn das Urteil des unabhängigen Richters darf Gegenstand einer Bestrafung nur dann sein, wenn er gerade den Grundsatz, dem jene Unabhängigkeit zu dienen bestimmt war, die Unterworfenheit unter das Gesetz, d.h. unter das Recht, verletzt hätte." Und Radbruch fragte dann auch noch: „Aber konnten Richter, die von dem herrschenden Positivismus soweit verbildet waren, daß sie ein anderes als das gesetzte Recht nicht kannten, bei der Anwendung positiver Gesetze den Vorsatz der Rechtsbeugung haben?" Dazu merkte Bauer (1968: 305) an: „Man ist freilich geneigt zu meinen, daß gerade Richter ein Unrechtsbewußtsein haben mußten und auch hatten, zumal sie in der Zeit der Weimarer Republik häufig genug dafür den Beweis erbracht hatten, daß man unbeliebte Gesetze in ihr Gegenteil verkehren kann. Damals kannten sie ein ‚Naturrecht' vermeintlicher Staatsräson. Niemand hat dies deutlicher gewußt als Radbruch."

Bauer kritisierte die Rechtsprechung zur Rechtsbeugung 1965 mit folgenden Worten: „Die Rechtsprechung der deutschen Gerichte gestattete den Beteiligten die – in Ermangelung eines Geständnisses – praktisch unwiderlegbare Verteidigung, sie hätten ihr nazistisches Tun, das im Totschlag bestand, mit gutem Gewissen betrieben, womit die Möglichkeit ihrer Verurteilung entfiel. Keiner der Betroffenen hat erklärt, er sei sich des Unrechts bewusst gewesen; nur anlässlich der Entnazifizierung pflegte man zu hören, man sei immer dagegen gewesen. Die These, Juristen könnten sich nur dann wegen ihrer nazistischen Betätigung, z.B. durch exzessive Todesurteile, strafbar gemacht haben, wenn sie sich zugleich des kaum erweislichen Verbrechens der Rechtsbeugung schuldig gemacht haben, kann – wie mir scheint – nur individual- und sozialpsychologisch verstanden werden; es wurde ein ständischer Schutzwall errichtet" (Bauer 1965a: 306f.).

Das Ergebnis war, dass – abgesehen von zwei Verurteilungen von Juristen, die als

Standrichter in den letzten Kriegsmonaten tätig waren – kein während des Dritten Reichs tätiger Richter oder Staatsanwalt rechtskräftig wegen seiner Berufsausübung verurteilt worden ist.[50]

Erst spät sollte der Bundesgerichtshof diese Rechtsprechung aufgeben: Der 5. Strafsenat führte in einem Urteil vom 16. November 1995[51], das die Mitwirkung eines DDR-Strafrichters an Todesurteilen betraf, aus, er neige zu dem Befund, „dass das Scheitern der Verfolgung von NS-Richtern vornehmlich durch eine zu weitgehende Einschränkung bei der Auslegung der subjektiven Voraussetzungen des Rechtsbeugungstatbestandes bedingt war."

Fritz Bauer war das Scheitern der Rechtsbeugungsverfahren früh bewusst, denn er bemühte sich, einen anderen Weg zu suchen, die Beteiligten an „exzessiven Todesurteilen" wenigstens von einer künftigen Tätigkeit als Richter oder Staatsanwalt auszuschließen. In der Niederschrift über die Arbeitstagung der Generalstaatsanwälte vom 21. bis 23. Mai 1959 in Hamburg wird zu TOP 16 Folgendes ausgeführt:[52] „Generalstaatsanwalt Dr. Bauer verlas das Urteil eines Sondergerichts aus dem Jahre 1943, das dem Hessischen Justizministerium vorgelegt worden war und das dieses an die Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung abgegeben hatte. Es handelte sich um die Verurteilung einer polnischen Frau zum Tode, weil sie sich eines geringfügigen Vergehens schuldig gemacht hatte. Generalstaatsanwalt Dr. Bauer ließ es dahingestellt, ob sich die damaligen Richter einer Rechtsbeugung schuldig gemacht hätten. Ihm liege nur daran, die Frage zu stellen, was beamtenrechtlich mit Kollegen, die solche Urteile ausgesprochen haben, geschehen solle. Es sei unerträglich, dass der Verfasser eines solchen Urteils, das als kaschierter Mord zu bezeichnen sei, jetzt noch als Staatsanwalt judiziere."

In der weiteren Diskussion fragte Bauer nochmals nach, „was beamtenrechtlich im Interesse der Selbstreinigung der Justiz zu geschehen habe." Es wurde darauf verwiesen, dass nach einem Freispruch disziplinarische Maßnahmen nicht mehr getroffen werden könnten. Erörtert wurde die Möglichkeit eines freiwilligen Ehrengerichts und vorgeschlagen, den Betreffenden das Amtieren zu verbieten, aber das Gehalt weiter zu zahlen. Die Diskussion wurde schließlich ohne Ergebnis abgebrochen und die Initiative Bauers versandete.

Die Erörterungen auf den folgenden Arbeitstagungen der Generalstaatsanwälte vom 19. bis 21. Mai 1960 in Aachen und vom 15. bis 18. Mai 1961 in Bremen offenbarten das Scheitern der strafrechtlichen Auseinandersetzung mit dem NS-Justizunrecht wegen der Rechtsbeugungsrechtsprechung des BGH,[53] wonach die Thematik nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte.

Der Würzburger Strafrechtslehrer Günter Spendel (1984: 18) schrieb Jahre später, dass die Nachkriegsrechtsprechung „die Bereitschaft zur Selbstreinigung vermissen ließ. So muß die Bilanz erschrecken und kommt per Saldo einer Bankrotterklärung gleich."

4 | Die Bilanz der strafrechtlichen Verfolgung des NS-Unrechts

Insgesamt ist die strafrechtliche Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht nicht geglückt, wobei man sich nicht ausmalen möchte, wie diese Bilanz ohne Fritz Bauer ausgefallen wäre. Mit seinem Tod am 1. Juli 1968 war die Galionsfigur der strafrechtlichen Säuberung verstummt, was demgemäß eine Verminderung des Verfolgungsdrucks zur Folge hatte.

In einem posthum erschienen Beitrag wies Bauer (1968) darauf hin, dass Gustav Radbruch der deutschen Justiz einen anderen Weg der Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht als den eingeschlagenen aufgezeigt habe. Radbruch (1947) hatte nach dem Nürnberger Urteil gegen die Hauptkriegsverbrecher das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945[54] durchaus als eine rechtliche Grundlage auch für die weitere Strafverfolgung bewertet.

„Verbrechen gegen die Menschlichkeit" waren nach Art II 1c) „Gewalttaten und Vergehen, einschließlich der folgenden, den

obigen Tatbestand jedoch nicht erschöpfenden Beispiele: Mord, Ausrottung, Versklavung; Zwangsverschleppung, Freiheitsberaubung, Folterung, Vergewaltigung oder andere an der Zivilbevölkerung begangene unmenschliche Handlungen; Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, ohne Rücksicht darauf, ob sie das nationale Recht des Landes, in welchem die Handlung begangen worden ist, verletzen." Art. III 1d) Satz 2 bestimmte: „Für die Aburteilung von Verbrechen, die deutsche Staatsbürger oder Staatsangehörige gegen andere deutsche Staatsbürger oder Staatsangehörige oder gegen Staatenlose begangen haben, können die Besatzungsbehörden deutsche Gerichte für zuständig erklären." Hiervon machte nur die US-amerikanische Militäradministration keinen, die britische hingegen extensiven Gebrauch (Form 2012: 20 ff. m.w.N.).

Zu dem Tatbestand der „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" merkte Radbruch (1947: 135) an, dieses Recht entfalte dann keine Rückwirkung, wenn dargetan werde, dass der Inhalt dieses scheinbar neuen Rechts „schon vorher in freilich nicht positiv gefaßter Form gegolten habe, gegolten habe als Naturrecht, Vernunftrecht, kurzum als übergesetzliches Recht." Die „Humanitätsverbrechen" seien aber kein fertiger Tatbestand, sondern „nur die Ermächtigung zu richterlicher Ausgestaltung bestimmter Tatbestände unter einem vom Gesetzgeber angegebenen Gesichtspunkt". Der Auffassung, dass die „Strafvorschrift gegen die Humanitätsverbrechen" nur einen von der Rechtsprechung auszufüllenden Rahmen darstelle, sei auch die britische Militärregierung, die in einem Erlass bestimmt habe, „daß vor der Ermächtigung an die deutschen Gerichte, diese Fälle zu verhandeln, bestimmte ausgewählte Fälle von Militärregierungs-Gerichten abgeurteilt werden sollen, damit die erkannten Strafen als Praezedenzurteile zur Verfügung stehen" (Radbruch 1947: 133f.).

Bis Anfang 1949 waren vor Gerichten der britischen Militärregierung 148 Personen angeklagt worden und erfolgte schrittweise die Ermächtigung deutscher Gerichte, bei denen bis zum Ende der Rechtsanwendung am 31. August 1951 mehrere tausend Personen angeklagt wurden (Form 2012: 24, 29). Als Revisionsgericht fungierte der im Mai 1948 gegründete Oberste Gerichtshof für die Britische Zone (OGH), dessen zahlreiche Entscheidungen zur Auslegung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 wesentlich zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts beitrugen (Form 2012: 8f. m.w.N.). Derartige Präzedenzurteile wurden auch in den zwölf sogenannten Nürnberger Nachfolgeprozessen gesprochen, die zwischen dem Jahresende 1946 und Mitte April 1949 im Nürnberger Justizpalast vor unterschiedlich besetzten US-Militärgerichtshöfen stattfanden.

Doch am 31. Januar 1951 gab der Hohe Kommissar John J. McCloy bekannt, dass er in 79 von 89 Fällen Gnadengesuchen stattgegeben habe, was zur sofortigen Freilassung von 30 Gefangenen aus der Haftanstalt in Landsberg führte (siehe dazu ausführlich Schwarz 1990).

Bauer (1965a: 308f.) kritisierte diese „Kehrtwendung" der West-Alliierten im Zuge des Kalten Krieges wie folgt: „Deutschland wurde aufgerüstet, und sie verloren schnell ihr ursprüngliches Interesse an den Verfahren. Viele Täter, die wegen schwerer und schwerster Taten verurteilt worden waren, wurden begnadigt, manche von ihnen übernahmen angesehene Stellen in der aufstrebenden Wirtschaft. Die Alliierten verboten eine Neubehandlung des alten Stoffes, so dass neue Verfahren gegen die Täter ausgeschlossen waren. Grund der alliierten Bestimmung war allerdings ihre Furcht gewesen, wir Deutsche könnten die von ihnen verurteilten Täter im Rahmen eines Wiederaufnahmeverfahrens freisprechen."

Dass Hauptverantwortliche für das NS-Unrecht im Ergebnis mit geringen Strafen davonkamen, war jedenfalls ein Signal, das einer intensiven weiteren Verfolgung des NS-Unrechts durch die bundesdeutsche Justiz entgegenstand. Aber auch das Kontrollratsgesetz Nr. 10 wurde als Grundlage hierfür verworfen, wozu Bauer (1968: 307) resignierend anmerkte: „Das Kontrollratsgesetz gab der deutschen

Rechtspflege eine Chance, einer Zeit revolutionären Unrechts, die Radbruch dämonisch und apokalyptisch nannte, durch revolutionäres Recht Herr zu werden. Das Kontrollratsgesetz und Radbruchs Stellungnahme zu ihm stießen auf Kritik und Ablehnung besonders durch den Bundesgerichtshof. Er weigerte sich, es anzuwenden. Man wünschte keine Revolution, nicht einmal in Gesetzesform und mit Mitteln der Rechtspflege."

Durch das Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956[55] wurde das Kontrollratsgesetz Nr. 10 förmlich aufgehoben, nachdem es am 5. Mai 1955 durch die West-Alliierten außer Kraft gesetzt und seit Bestehen der Bundesrepublik kaum noch angewandt worden war.[56]

Somit richtete sich die weitere Verfolgung des NS-Unrechts nach deutschem Recht, das jedoch vom Bundesgerichtshof um die „Radbruchsche Formel" bereichert wurde. Danach dürfe der „Konflikt zwischen der Gerechtigkeit und der Rechtssicherheit" so zu lösen sein, „daß das positive, durch Satzung und Macht gesicherte Recht auch dann den Vorrang hat, wenn es inhaltlich ungerecht und unzweckmäßig ist, es sei denn, daß der Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, daß das Gesetz als ‚unrichtiges Recht' der Gerechtigkeit zu weichen hat" (Radbruch 1946: 107).

Bauer (1968: 303ff.) konstatierte, dass danach in den NS-Prozessen die Feststellung des objektiven Tatbestandes eines Tötungsdelikts, die objektive Rechtswidrigkeit der „Endlösung der Judenfrage" und der sog. „Euthanasie" keine Schwierigkeiten bereitet habe. Er kritisierte jedoch zu Recht, dass zur Problematik „des Unrechtsbewußtseins im Unrechtsstaat" eine eindeutige Stellungnahme Radbruchs fehlt. Den Schluss, dass die Bejahung eines durch keinen Gesetzgeber antastbaren Kernbereich des Rechts „notwendigerweise auch die Bejahung eines Kernbereichs von Rechts- und Unrechtsbewußtsein bei einem jeden nach sich ziehen muß", hätte Radbruch nicht gezogen (Bauer 1968: 305). Auch insoweit ist die Rechtsprechung Radbruch gefolgt und hat damit strafrechtliche Schlupflöcher für diejenigen eröffnet, die zwar den Kernbereich des Rechts fraglos verletzt hatten, sich dessen aber angeblich nicht bewusst gewesen sein wollen.

Dass die bundesdeutsche Justiz nicht konsequent das NS-Unrecht verfolgte, dürfte daher weniger mit den zugrunde liegenden Rechtsvorschriften, sondern vor allem damit zusammenhängen, dass die meisten Justizjuristen des Dritten Reiches in den Justizdienst zurückkehrten (siehe zu dieser personellen Kontinuität Rottleuthner 2010). Dies zeigt bereits ein Blick auf die Britische Besatzungszone, wo nur beim OGH – nicht aber bei dem diesen nachgeordneten Gerichten – kein Richter oder Staatsanwalt tätig sein durfte, der früher der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört hatte (Rüping 2000: 356; Form 2012: 42). Alsbald geriet der OGH in Konflikt zu der Rechtsprechung der Untergerichte, auf deren zahlreiche Freisprüche bei der Anwendung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 ein hoher Anteil erfolgreicher Revisionen der Staatsanwaltschaft folgte (Rüping 2000: 358; Pauli 2012). Die spätere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes und der ihm nachgeordneten Gerichte erklärt sich somit nicht allein durch die Anwendung deutschen Rechts als solchem, sondern vor allem dadurch, dass es von selbst in das NS-System verstrickt gewesenen Rechtsanwendern ausgelegt wurde.

Während in der Ostzone nämlich die Justiz weitgehend konsequent von NS-Juristen gesäubert, jedoch durch gleichgeschaltete Volksrichter und Volksstaatsanwälte ersetzt wurde (Carsten/Rautenberg 2015: 270 m.w.N.), besetzte man in den Westzonen Führungspositionen im Justizdienst zunächst mit Rechtsanwälten, die man für weniger belastet als Richter und Staatsanwälte hielt. Dann begann man jedoch damit, nach Überprüfung wieder ehemalige Richter und Staatsanwälte für den Justizdienst zuzulassen. Nachdem bereits am 17. März 1951 in Schleswig-Holstein – das eine nationalsozialistische Hochburg gewesen war und wo 1950 der erste Ministerpräsident in der Bundesrepu-

blik mit einem früheren NSDAP-Parteibuch sein Amt angetreten hatte – das „Gesetz zur Beendigung der Entnazifizierung" in Kraft getreten war, verabschiedete der Deutsche Bundestag bei nur zwei Enthaltungen das „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen" vom 11. Mai 1951, wonach alle ehemaligen Nationalsozialisten mit Ausnahme der Gruppe I (Hauptschuldige) und II (Schuldige) einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung in den öffentlichen Dienst erhielten. Bis 1954 hatten alle Bundesländer entsprechende Entnazifizierungsschlussgesetze geschaffen.

Allein der Umstand, dass die beiden früheren Staatssekretäre im Reichsjustizministerium Franz Schlegelberger und Curt Rothenberger, die im Dezember 1947 im Nürnberger Juristenprozess verurteilt worden waren, nach ihrer Entlassung aus der Haft in Landsberg (1950 bzw. 1951) in Schleswig-Holstein entnazifiziert und in die Gruppe V (Entlastete) eingeordnet wurden, verdeutlicht exemplarisch, wie großmaschig das gesponnene Netz war. Sogar mindestens 28 Richter des Volksgerichtshofs und 74 bei der dortigen Reichsanwaltschaft tätig gewesene Staatsanwälte kehrten in den Justizdienst zurück; nur wenige während des Dritten Reichs in exponierten Führungspositionen tätig gewesene Justizjuristen blieben außen vor (Carsten/Rautenberg 2015: 265f. m.w.N.).

Da sich die Bundesregierung zudem für verurteilte Kriegsverbrecher einsetzte und ihr Vizekanzler dagegen protestierte, dass die Amerikaner am 8. Juni 1951 einige der des schwersten Massenmordes überführten Einsatzgruppenleiter hingerichtet hatten, konstatierte Fritz Bauer (1965a: 309): „Staatsanwaltschaft und Gerichte glaubten bis Mitte der fünfziger Jahre, hieraus den Schluss ziehen zu dürfen, nach Auffassung von Gesetzgebung (Parlament) und Exekutive (Regierung) sei die juristische Bewältigung der Vergangenheit abgeschlossen."

Darauf reagierte die DDR ab 1955 mit der Veröffentlichung von Informationen über die NS-Vergangenheit von Richtern, Staatsanwälten und hochrangigen Beamten, was zu einer besonderen Publikation führte: „Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und Westberlin". Als 2002 ein Reprint der dritten Auflage von 1968[57] erschien, führte der Historiker Götz Aly in einer Rezension[58] aus, dass es sich zwar um Propagandamaterial gehandelt habe, sich seine empirischen Grundlagen aber als „äußerst beständig" erwiesen hätten, „die Irrtumsquote lag deutlich unter einem Prozent".

Die politische Erkenntnis, dass ein Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht noch nicht gezogen werden konnte, führte in der Bundesrepublik zur Gründung der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen" am 1. Dezember 1958, die eine systematische Strafverfolgung ermöglichen sollte.[59] Sodann bestimmte § 116 des Deutschen Richtergesetzes vom 8. September 1961: „Ein Richter oder Staatsanwalt, der in der Zeit vom 1. September 1939 bis zum 9. Mai 1945 als Richter oder Staatsanwalt in der Strafrechtspflege mitgewirkt hat, kann auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt werden." Bis zum Ende der Antragsfrist am 30. Juni 1962 machten von dieser Regelung 149 Richter und Staatsanwälte der damals in der Bundesrepublik etwa 15.000 Personen umfassenden Berufsgruppe Gebrauch (Carsten/Rautenberg 2015: 267 m.w.N.). Der frühere Berliner Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Hans Günther (1973: 116) bemerkte dazu: „Die Bestimmung, die nicht ohne Grund ironisch als ‚Nazischutzgesetz' bezeichnet wurde, gereichte jedoch den meisten, die davon Gebrauch machten, ‚zum Segen'; sie erhielten vorzeitig nicht kärglich bemessene Pensionen und verdienten, als Rechtsanwälte oder Syndizi großer Unternehmen, ein Vielfaches hinzu. Andere zogen es trotz nicht selten erheblicherer Belastungen vor, den Antrag gar nicht erst zu stellen und darauf gerichteten Anregungen der Justizverwaltung gegenüber in der Nationalsozialisten eigenen Weise auf das Grundgesetz zu pochen."

Am 24. Juli 1962 wurde dann allerdings der erst am 23. März 1962 zum Generalbundesanwalt ernannte Wolfgang Fränkel (*1905 †2010) als politischer Beamter in den einstweiligen Ruhestand versetzt, weil bekannt geworden war, dass der 1933 der NSDAP beigetretene und 1934 zum Staatsanwaltschaftsrat ernannte Fränkel von 1936 bis 1943 als wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Reichsanwaltschaft nach Leipzig abgeordnet worden war, wo er an Todesurteilen für geringfügige Delikte im Wege der Nichtigkeitsbeschwerde mitgewirkt hatte (Carsten/Rautenberg 2015: 267 m.w.N.). Und nochmals Günther (1973: 117): „Noch verhängnisvoller wirkte sich aus, daß es infolge der Ost-West-Spannungen, deren Fronten sich mehr und mehr versteiften, alsbald zum ‚kalten Krieg' kam. In dessen Verlauf ergab sich zwangsläufig von selbst, daß jeder ehemalige Pg naturgemäß politisch zuverlässiger erschien als so unsichere Kantonisten wie frühere ‚Linke'; gleichviel ob es sich dabei um alte Kommunisten, Sozialisten oder Linksliberale handelte. Bei einem ehemaligen Nationalsozialisten stand kaum zu besorgen, daß er mit der Gegenseite jemals konspirieren könnte."



© CV films: www.fritz-bauer-film.de

Fritz Bauer in den 1950er-Jahren

Das Ergebnis, das die in das NS-System verstrickt gewesenen Justizjuristen der Bundesrepublik bei der Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht erzielten, ist von dem Bemühen bestimmt, sich selbst von einer Strafverfolgung auszuschließen und die Strafverfolgung im Übrigen in von der damaligen Gesellschaft noch akzeptierten Grenzen zu halten. Dazu eignete sich insbesondere die Verfolgung von Exzesstätern in den Konzentrationslagern, durch die das Bild „abnormer, krankhafter, intellektuell minderbemittelter Sadisten aus der Unterschicht" entstand, „von denen sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung leicht distanzieren konnte."[60] Diesen mordlustigen Handlangern der SS wurden zudem wenige skrupellose NS-Führer als die eigentlich Verantwortlichen zugeordnet, womit es gelang, die eigene Beteiligung am Unrechtsstaat zu verschleiern oder zu verdrängen. Wurde hingegen auf Befehl der NS-Führer gemordet, tendierte die Rechtsprechung dazu, die Befehlsempfänger nicht als Täter, sondern als bloße Gehilfen zu behandeln, wodurch unangemessene Strafmilderungen ermöglicht wurden.

Bauer blieb die Wahrnehmung erspart, dass durch das am 1. Oktober 1968 in Kraft getretene Einführungsgesetz zum Ordnungs-

widrigkeitengesetz in das Strafgesetzbuch eine Vorschrift einfügt worden war (§ 50 Abs. 2), die es einer „bereitwilligen Justiz" ermöglichte, die Verfolgung von Gehilfen der NS-Morde auch noch zu beschränken, wobei viele nicht an eine gesetzgeberische „Schludrigkeit", sondern daran glauben, dass der Ministerialbeamte und ehemalige NS-Jurist Eduard Dreher der „Drahtzieher" war (Rottleuthner 2004). Lagen nach dem § 50 Abs. 2 StGB zwar beim Täter, nicht jedoch beim Gehilfen „besondere persönliche Merkmale" vor, welche die Strafbarkeit des Täters begründeten, so war die Strafe für den Gehilfen zu mildern.

Als ein derartiges Merkmal sah der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes in einem Urteil vom 20. Mai 1969[61] das Mordmerkmal der „niedrigen Beweggründe" an. Das hatte folgende Konsequenz: War der Straftatbestand des Mordes allein deshalb erfüllt, weil der Täter aus niedrigen Beweggründen gehandelt hatte, und lagen diese beim Gehilfen nicht vor, betrug die Höchststrafe für diesen 15 Jahre. Wenn der Lauf der Verjährung, die bis zum 8. Mai 1945 geruht hatte, nicht in den folgenden 15 Jahren durch eine richterliche Untersuchungshandlung unterbrochen worden war, konnten derartige Mord-Gehilfen wegen eingetretener Verjährung nicht mehr verfolgt werden. Das Ergebnis bestand in einer „verdeckten Amnestie von NS-Schreibtischtätern", was als „politische Schadensbegrenzung" zunächst zu einer Verlängerung der Verjährung für Mord und schließlich zur heutigen Regelung der Unverjährbarkeit von Mord und Völkermord führte (Frommel 2011: 468).

5 | Das Postulat der allgemeinen Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht

Der Rechtswissenschaftler Bernd Rüthers hat in einem am 12. November 2002 in Potsdam gehaltenen Vortrag folgende bittere Erkenntnis prägnant zum Ausdruck gebracht: „Die Epoche der Verdrängung und Verschweigung des NS-Unrechts war in Westdeutschland durch die vielen weiterhin tätigen Richter, Staatsanwälte und Beamten beinahe programmiert. Sie dauerte etwa bis zur Mitte der 60er Jahre. Seit Anfang der 70er herrscht nun eine Art Hochkonjunktur, eine Literaturschwemme auf diesem Gebiet. Aus dem Karriererisiko bis 1970 für einen Autor, der sich diesem Problemfeld zuwendete, wurde danach eine Karrierechance."[62]

Mit diesem Zitat sollen keinesfalls die heutigen Bemühungen um eine Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht diskreditiert werden, die keine Lücken hinterlassen sollten. Daher ist zu begrüßen, dass nach dem Auswärtigen Amt auch sechs weitere Bundesministerien (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Justiz, Inneres, Bildung und Forschung), das Bundesarchiv, der Bundesrechnungshof, der Bundesgerichtshof, der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz „nach Kontinuitäten zwischen der Nazi-Zeit und der Bundesrepublik suchen oder... dafür Vorstudien in Auftrag gegeben" haben. Doch dass dies das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* erst im Februar 2015 vermelden konnte,[63] verdeutlicht noch einmal die Außenseiterposition Bauers, der die Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht schon damals nicht auf das Strafrecht beschränken wollte. So forderte er auch immer wieder, sich damit auseinanderzusetzen, wie es zu der Jahrhundertbarbarei kommen konnte, und darüber mit der nachwachsenden Generation ins Gespräch zu kommen.

In einem Schreiben an den Landesjugendring Rheinland-Pfalz vom 9. Juli 1962 formulierte Bauer (1965b: 66, Anhang): „‚Bewältigung unserer Vergangenheit' heißt *Gerichtstag halten über uns selbst* (Hervorhebung auch im Original, Anm.), Gerichtstag über die gefährlichen Faktoren in unserer Geschichte, nicht zuletzt alles, was hier inhuman war, woraus sich zugleich ein Bekenntnis zu wahrhaft menschlichen Werten in Vergangenheit und Gegenwart ergibt, wo immer sie gelehrt und verwirklicht wurden und werden. Ich sehe darin nicht, wie ein Teil meiner Kritiker zu meinen scheint, eine Beschmutzung des eigenen Nestes; ich

möchte annehmen, das Nest werde dadurch gesäubert."

Seine Gedanken zu den Ursachen des NS-Unrechts fasste Bauer in einem Referat zusammen, das er am 29. Oktober 1960 vor Vertretern rheinland-pfälzischer Jugendverbände hielt: „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns". Ein Vorschlag des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz, das Referat als Broschüre in 2000 Exemplaren den Oberstufen der höheren Schulen und Berufsschulen zur Verfügung zu stellen, wurde vom Kultusministerium abgelehnt, was am 10. Juli 1962 zu einer Debatte im Landtag führte. Auf einer außerordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Anfang Oktober 1962 in Bad Kreuznach rechtfertigte dann an Stelle des Kultusministers ein junger Abgeordneter der CDU das Verteilungsverbot und belehrte den Generalstaatsanwalt „nassforsch" darüber, dass der zeitliche Abstand zur Zeit des Nationalsozialismus zu gering sei, um sich darüber ein abschließendes Urteil zu bilden: Es handelte sich um den späteren Bundeskanzler Helmut Kohl (Taler 2015: 138). Die öffentlichkeitswirksamste Schrift Bauers erschien jedoch 1965 mit einem Anhang als Broschüre.

Stein des Anstoßes war Bauers Behauptung, dass wirtschaftliche und politische Faktoren der Weimarer Republik keine ausreichende Erklärung für den Nationalsozialismus seien, sondern der Hang der Deutschen zum Autoritären, die Neigung zur Reglementierung, die Sucht zu Gehorsamsleistung (Wojak 2009: 444). Die Deutschen hätten seit dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation die Tradition des antiken Römischen Reiches fortgeführt und den „Einheitsstaat mit seiner durchorganisierten und zentralgeleiteten Bürokratie" angestrebt, dessen Ideale „Autorität, Über- und Unterordnung, Ordnung schlechthin" gewesen seien. Damit hätten sie sich – anders als die Engländer und die Skandinavier und später die Amerikaner – vom germanischen Erbe gelöst, das von „Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung" geprägt sei:

„Das germanische Recht kannte keinen blinden und unbedingten Gehorsam, es kannte auch keinen unbedingt bindenden Eid. Der Eid verpflichtete nicht zur Treue gegenüber einem Menschen, sondern zur Treue gegenüber einem ewigen Recht, und er erlosch automatisch, wenn der Herrscher aufhörte, das Rechte zu tun. Dergleichen steht in der Edda, es findet sich in allen germanischen Rechtsquellen, besonders im Sachsenspiegel. Dort lesen wir: ‚Der Mann muß wohl auch seinem König, wenn dieser Unrecht tut, widerstehen und sogar helfen, ihm zu wehren in jeder Weise, selbst wenn dieser sein Verwandter und Lehnsherr ist. Und damit verletzt er seine Treuepflicht nicht'" (Bauer 1965b: 18f.).

Man kann sich vorstellen, welchen Zorn sich Bauer bei alten Nazis und in konservativen Kreisen damit einhandelte, dass sich für ihn die Abkehr der Deutschen von demokratischen germanischen Traditionen vom Ersten bis zum Dritten Reich und noch darüber hinaus erstreckte. Dies erklärt, dass Bauer es nicht dabei belassen konnte, die strafrechtliche Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht zu betreiben, sondern dass er aus Angst vor einer Wiederholung mit missionarischem Eifer für eine Demokratisierung der Gesellschaft plädierte, die er aber nicht mehr erleben sollte.

6 | Der Tod Fritz Bauers

Da der Tod Bauers Einfluss auf die Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht hatte, soll auf die Todesumstände eingegangen werden. Dazu existiert eine detaillierte Ausarbeitung des Kriminalisten Dieter Schenk (2014 m.w.N.): Fritz Bauer wurde am Montag, dem 1. Juli 1968 gegen 13 Uhr tot in seiner Wohnung in der Badewanne aufgefunden. Die Kriminalpolizei kam zu der Einschätzung, dass „ein Tod aus natürlicher Ursache" vorliegen, und die Leiche mehr als 24 Stunden im Wasser gelegen haben könnte. Gegenüber dem Leiter der Mordkommission betonte der ebenfalls anwesende

ständige Vertreter von Generalstaatsanwalt Bauer, Oberstaatsanwalt Ulrich Krüger, dass „ihm unter allen Umständen an einer Obduktion gelegen sei, um allen späteren Redereien rechtzeitig vorbeugen zu können." Dies solle in dem Vorgang vermerkt und sichergestellt werden, dass bei der Staatsanwaltschaft darauf geachtet werde. Demgemäß enthält der kriminalpolizeiliche Bericht vom selben Tag folgende Passage: „Oberstaatsanwalt Krüger ordnete vorsorglich eine Leichenöffnung an, die durch den örtlich zuständigen Staatsanwalt beantragt werden müsste."[64]

Zwar wurde der Leichenfundort dann auch von zwei Staatsanwälten der zuständigen Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt am Main aufgesucht,[65] doch diese verzichteten bereits auf die Hinzuziehung eines Rechtsmediziners zur Leichenschau. Es wurde auch nicht der vom stellvertretenden Generalstaatsanwalt gewünschte Antrag auf gerichtliche Leichenöffnung gestellt, sondern die Leiche sogleich frei gegeben, auch zu einer – von Bauer testamentarisch verfügten – Feuerbestattung. Entgegen der Annahme von Schenk (2014: 279) fand eine Verwaltungssektion nicht wegen der vorgesehenen Feuerbestattung statt. Dafür reichte nämlich die „schriftliche Genehmigung" zur Bestattung der Staatsanwaltschaft (oder damals auch noch: „des Amtsrichters") nach § 159 Abs. 2 StPO aus, und zwar gemäß § 3 Abs. 3 des „Gesetzes über die Feuerbestattung" vom 15. Mai 1934, das damals noch bundesweit als Landesrecht fort galt.[66] Die Verwaltungssektion am 3. Juli 1968 wurde vielmehr auf Betreiben des ständigen Vertreters von Bauer durchgeführt, der in einem Gespräch am 2. Juli 1968 den Testamentsvollstrecker gebeten hatte, sich um die Zustimmung der Angehörigen in Dänemark und Schweden zu bemühen, weil der Rechtsmediziner dies für „unbedingt erforderlich" gehalten hatte.[67] Weshalb Oberstaatsanwaltschaft Krüger diesen Weg wählte und nicht – schon allein wegen Missachtung seiner aktenkundig gemachten Anregung – von seinem Weisungsrecht Gebrauch machte, indem er den Leiter der nachgeordneten Staatsanwaltschaft förmlich anwies, eine Leichenöffnung gem. § 87 StPO beim Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Frankfurt am Main zu beantragen, ist mir unerklärlich.

Erst am 24. Januar 1969 übersandte der Rechtsmediziner Prof. Dr. Joachim Gerchow (*1921 † 2012) sein „abschließendes Gutachten über das Ergebnis der Obduktion und die weiteren Untersuchungen"[68] an den „Ersten Staatsanwalt Kuhn" bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main, der dort für Sektionen zuständig war (Schenk 2014: 282). In dem Gutachten heißt es: „Die Beurteilung der Todesursache des Generalstaatsanwaltes Herrn Dr. Fritz Bauer ist schwieriger als zunächst angenommen."[69] Festgestellt wurden u.a. eine „mässiggradige Kranzschlagaderverkalkung" und eine „schwerste schleimig-eitrige Bronchitis", die teilweise im Zustand der Bewusstlosigkeit entstanden sein könne, und eine geringe Menge Kohlenmonoxid im Blut, die Gerchow auf Bauers starken Zigarettenkonsum zurückführte. Zudem wurde im Magen in nicht unerheblicher Menge („Überdosis") das Einschlafmittel Revonal gefunden sowie eine Blutalkoholkonzentration zum Todeszeitpunkt zwischen 1,0 und 1,1 ‰ festgestellt, die zum Zeitpunkt der Aufnahme der Tabletten noch hätte höher gewesen sein können.[70]

Dies ist auffällig, weil Bauer Alkohol nur in sehr geringen Mengen zu sich zu nehmen pflegte, während er an Revonal gewöhnt war. Gerchow führte in seinem Gutachten aus, es sei davon auszugehen, „dass das tödliche Geschehen in der Nacht vom 29.6. zum 30.7. (Schreibfehler, Anm.) begann. Hierfür spricht auch die ausgeprägte Waschhautbildung an Händen und Füssen. Herr Dr. Bauer lag in der mit Wasser gefüllten Badewanne. Das Wasser reichte nach dem Bericht der Kriminalpolizei bis zum Munde. Wir haben im Obduktionsbefund bereits ausgeführt, dass sich keinerlei Anzeichen für Ertrinken gefunden haben. Als besonders bemerkenswert kann an dieser Stelle bereits hervorgehoben werden, dass nach dem Polizeibericht die Hände über dem Bauch wie zum Gebet gefaltet waren. Die Beine waren

leicht angewinkelt in den Kniegelenken. Dieser Befund – und das ist für die weitere Beurteilung von einer gewissen Bedeutung – spricht für die Annahme, dass ein motorischer Erregungszustand oder gar Krämpfe nicht stattgefunden haben können."

Gerchow weist sodann darauf hin, dass eine Revonal-Vergiftung zwar grundsätzlich mit „motorischen Sensationen" einhergehe, dies aber möglicherweise in Kombination mit Alkohol nicht der Fall sei, wobei er sich allerdings nur auf einen (!) „zufällig in den letzten Tagen" beobachteten anderen Fall bezieht. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die „Überdosis Revonal zumindest als ein wesentlicher Teilfaktor für das tödliche Geschehen aufgefasst werden muss. Es besteht deshalb auch die Vermutung, dass diese Überdosis Revonal in suicidaler Absicht verabreicht wurde. Die übrigen Befunde unter Berücksichtigung der Lebensgewohnheiten des Herrn Dr. Bauer schließen jedoch nicht mit der erforderlichen Sicherheit aus, dass es sich auch um einen Unglücksfall gehandelt haben kann."[71] Damit lässt sich jedenfalls der Umstand eines abendlichen Vollbades nicht zwanglos vereinbaren, denn der 30. Juni und der 1. Juli 1968 waren in Frankfurt am Main sehr warme Tage.[72]

In einem Interview, das Ilona Ziok und Dieter Schenk mit Gerchow am 9. April 2003 geführt haben, hat dieser deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er „dem willentlichen Tod den Vorzug" gebe, „sehr viel für einen willentlichen Tod" spreche, und zwar für einen geplanten Suizid mit „doppelter Sicherung", wobei es zum Tod durch Ertrinken aber nicht mehr gekommen sei, weil bereits die Einnahme des Schlafmittels mit Alkohol den Tod herbeigeführt habe.[73] Bauer habe diese Art der Selbsttötung schon deshalb gekannt, weil auch ein anderer bekannter Generalstaatsanwalt so aus dem Leben geschieden sei.[74] Schenk lässt diese Befragung Gerchows in seinem Beitrag unerwähnt und beruft sich stattdessen auf eine (frühere) Mitteilung von Gerchow an ihn vom 26. März 2003 mit gegenteiliger Tendenz, wonach dieser „eine Vergiftung in suizidaler Absicht nicht mit letzter Sicherheit" hätte ausschließen können (Schenk 2014: 284). Nach alledem ist der rechtsmedizinische Befund keinesfalls geeignet, die Zweifler an einem Unglücksfall endgültig verstummen zu lassen.

Schenk (2014: 288f.) sieht einen Suizid auch deshalb als fernliegend an, weil den Personen, die zuletzt zu ihm Kontakt hatten, keine einschlägige Stimmung aufgefallen war, er seine Nachbarin noch am Abend des 29. Juni gebeten habe, ihm in der kommenden Woche Kekse zu besorgen, und Bauer wusste, dass seinem Antrag auf Verlängerung seiner Amtszeit um drei Jahre stattgegeben worden war. Auch sein Vertrauter und Testamentsvollstrecker Manfred Amend hat sich gegen einen Suizid ausgesprochen. In einen Interview, das Ilona Ziok mit ihm am 23. Oktober 2005 bei den Arbeiten zu ihrem Film geführt hat,[75] äußerte Amend: „Nun muss man dazu wissen, dass Fritz Bauer Schlafmittel...konsumiert hat, und zwar in relativ starken Umfang, weil er seit dem Beginn des Auschwitz-Verfahrens, wie er sagte, in keiner Nacht mehr ohne Hilfsmittel hat schlafen können. Das hat ihn außerordentlich mitgenommen und insofern haben wir gesagt, er ist das letzte Opfer von Auschwitz gewesen. Nun bringt...aber...der dauernde Gebrauch von Schlafmitteln mit sich, dass die Dosis ständig erhöht werden muss, weil sonst keine Wirkung mehr eintritt, sodass Fritz Bauer wohl Dosen zu sich genommen hat, die für einen nicht Schlafmittel gewohnten Menschen lebensbedrohend gewesen wären. Und das ist das, was wohl Gerchow festgestellt hat. Ich glaube nicht an einen Selbstmord, denn Fritz Bauer ist, nach dem...was man da hörte, in der Badewanne... gestorben...und...dass Fritz Bauer sich auszieht, sich in die Badewanne setzt, Selbstmord begeht, um dann nackt in der Badewanne von Irgendjemanden gefunden zu werden, das ist... so ein absurder Gedanke, dass keiner von uns, die ihn kannten, auf die Idee gekommen wäre, dass das der Fall sein könnte." Demgegenüber „raunt" Bauers Künstlerfreund Thomas Harlan „bald dramatisch von einem Selbstmord... aus Verbitterung über alte Naziseilschaften"

(Steinke 2013: 269), obwohl Bauer in Briefen an diesen „nachdrücklich" betont hatte, „er wolle unbedingt bis 1971 in Frankfurt am Main weitermachen" (Schenk 2014: 288).

Gleichwohl sind die rechtsmedizinischen Anhaltspunkte für einen Suizid durchaus gewichtig, hatte Bauer am 31. Dezember 1967 sein Testament gemacht und ist den „letzten Briefen...anzumerken, dass Bauer an seine Grenzen gekommen war" (Wojak 2009: 442; siehe auch Steinke 2013: 271). Wäre Bauer aber willentlich aus dem Leben geschieden, ohne in einem Abschiedsbrief eine bittere Bilanz seines einsamen Kampfes zu ziehen? Dafür, dass ein derartiger Abschiedsbrief aus Angst vor einem Skandal („Generalstaatsanwalt in den Tod getrieben!") unterdrückt wurde, fehlt aber jeder Anhaltspunkt. Aufgefunden wurde die Leiche von der „Aufwartefrau" Bauers, die sich sogleich wieder aus der Wohnung entfernt und diese wieder verschlossen haben soll.[76] Oberstaatsanwalt Krüger verständigte die Polizei und merkte weitsichtig zum Eintreffen eines Beamten des 1. Kommissariats an: „Die Wohnung hatte ich bis dahin nicht betreten."[77] Doch auch ein Suizid ohne Abschiedsbrief kann nicht ausgeschlossen werden, und zwar als Kurzschlusshandlung, die mit dem unauffälligen Vorausverhalten vereinbart werden könnte.

Als weitere theoretische Möglichkeit neben einem Unglücksfall und einem Suizid verbleibt ein verdeckter Mordfall. Bekannt war, dass Bauer zahlreiche Todesdrohungen erhalten hatte (Wojak 2009: 19, 441ff.; Schenk: 2014: 286) und deshalb sogar im Besitz einer Pistole war, die die Polizei nach seinem Tod in seiner Wohnung sicherstellte.[78] Zwar fehlen konkrete Anhaltspunkte für ein Fremdverschulden am Tod Bauers, woraus Schenk (2014: 286) folgert, die „immer wieder kolportierte Behauptung, er sei ermordet worden, entbehrt nach der Beweislage jeglicher Grundlage." Doch damit verkennt Schenk, dass sich ein Fremdverschulden am Tod Bauers deshalb nicht mit völliger Sicherheit ausschließen lässt, weil die Frankfurter Polizei und Staatsanwaltschaft sich nicht um eine umfassende Aufklärung der Todesumstände bemüht haben und dies im Nachhinein nicht mehr möglich ist.

Vielmehr hat sich die für das Todesermittlungsverfahren zuständige Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt am Main über die eindeutige Vorgabe des stellvertretenden Generalstaatsanwalts Krüger hinweggesetzt und die Leiche freigegeben. Der darüber angelegte Aktenvorgang ist nicht mehr vorhanden, sodass vermutet wird, dass sich die Staatsanwaltschaft wohl auf die kriminalpolizeiliche Einschätzung einer „natürlichen Todesursache" stützte (so Schenk 2014: 279). Dies wäre jedenfalls heute fachlich nicht vertretbar, was ein Blick in die einschlägige Literatur zeigt:

So heißt es in einem rechtsmedizinischem Beitrag (Riepert/Rittner 1999: 486): „Die Untersuchung eines Toten aus der Badewanne gehört zu den schwierigsten rechtsmedizinischen Aufgaben überhaupt." Andernorts (Huckenbeck et al. 2004: 5) steht: „Bei Todesfällen in der Badewanne klingeln beim Rechtsmediziner immer alle Alarmglocken, da hier neben Suizid oder Unfall auch ein potentielles Tötungsdelikt in Betracht kommt." In einer weiteren Publikation wird ausgeführt (Wirth/Schmeling 2012: 150f.): „Ein spezielles kriminalistisches Problem stellt der Leichenfundort Badewanne dar. Die Vielfalt möglicher Todesursachen und die Wirkung des Mediums Badewasser bewirken nicht selten eine schwer beurteilbare Spurenlage... Bei Leichen aus dem Wasser oder in der Badewanne darf nicht vorschnell ein Unfall oder eine natürliche Todesursache angenommen werden. Die Hinweise auf die Anlegung fremder Hand können äußerst spärlich sein oder sogar fehlen. Zudem können durch die rasch ablaufenden Leichenveränderungen viele Befunde verloren gehen. Gerade hier muss unter dem Aspekt latenter Tötungsdelikte die Forderung wiederholt werden, auf eine baldige Leichenöffnung zu drängen. Dennoch werden sich die Erwartungen des Ermittlungsbeamten an die Aussagekraft der rechtsmedizinischen Befundinterpretation

nicht immer hinreichend erfüllen, sodass den kriminalistischen Ermittlungen die größte Bedeutung zukommt."

Es bleibt zu konstatieren, dass nicht einmal ein Rechtsmediziner zum Leichenfundort hinzugezogen wurde, obwohl der Polizeiarzt „eine nicht aufgeklärte Todesart" festgestellt hatte,[79] und eine gerichtliche Leichenöffnung nicht beantragt wurde, was der Rechtsmediziner Gerchow wegen der ungewöhnlichen Auffindesituation später als „verwunderlich" bezeichnet hat.[80] In einem weiteren von Ilona Ziok geführten Interview hat Gerchow beanstandet, dass die Auffindesituation nicht einmal fotografisch gesichert wurde, was schon wegen folgender Formulierung in dem kriminalpolizeilichen Vermerk wünschenswert gewesen sei: „Um beide Füße bildet der metallene Wasserschlauch der Brause einen Ring."[81] Immerhin veranlasste die Polizei wegen der von Oberstaatsanwalt Krüger angeregten Obduktion, dass die Leiche beschlagnahmt und zur Rechtsmedizin verbracht wurde.[82] Die Sektion konnte aber erst zwei Tage nach der Auffindung der Leiche stattfinden und Ermittlungen durch Kriminalisten erfolgten überhaupt nicht. Ob diesem Prozedere tatsächlich die Überzeugung von einer „natürlichen Todesursache" zu Grunde lag oder aber die Sorge, durch Einschalten der Rechtsmedizin könnten sich möglicherweise Anhaltspunkte für Fremdverschulden oder einen Suizid ergeben, bleibt ungeklärt. Allerdings gab sich der stellvertretende Generalstaatsanwalt mit dem Verhalten der Ermittlungsbehörden nicht zufrieden:

So befragte Oberstaatsanwalt Krüger nach einem erhaltenen Hinweis die über Bauer wohnende Nachbarin Lucie Schöpf. Einem darüber gefertigten Aktenvermerk vom 26. Juli 1968[83] ist zu entnehmen, dass diese sich in der „heißen" Nacht von Sonnabend auf Sonntag von 22 h bis etwa 0:45 h mit Bauer auf dessen Balkon unterhalten habe. Derartige längere Gespräche mit Bauer hätten öfters stattgefunden. Auffälligkeiten habe sie nicht bemerkt. Weiter heißt es in dem Vermerk:

„Am Sonntagabend (30. Juni) gegen 21 Uhr habe der im Erdgeschoss wohnende Herr Arndt ihr gesagt, es sei Besuch für Herrn Dr. Bauer dagewesen, falls sie denselben im Palmengarten sehe, möge sie ihn darauf aufmerksam machen, dass dieser Besucher auf der Terrasse des Palmengartens auf ihn warten wolle. Sie habe aber Herrn Dr. Bauer nicht gesehen; da aber Licht im Bad gebrannt habe, habe sie gegen 22 Uhr bei ihm geschellt. Es sei aber nicht geöffnet worden; sie habe dann angenommen, er sei wohl ausgegangen und habe vergessen, das Licht im Bad zu löschen."

Aus einem weiteren, vorangegangenen Vermerk Krügers ergibt sich,[84] dass am 1. Juli gegen 11 Uhr ein Hausbewohner, der seinen Namen nicht habe nennen wollen, in der Dienststelle angerufen habe, weil er Bauer seit Samstag nicht mehr gesehen habe. Das Licht im Badezimmer habe die ganze Nacht über gebrannt. Weiter heißt es in dem Vermerk: „Etwa 11 Uhr 30 fuhr ich mit Oberwachtmeister Wehrheim zum Hause Feldbergstraße 48. An der Türe meldete sich Herr Arndt aus der Erdgeschosswohnung als Anrufer (Oberregierungsrat a.D., übereifrig und sehr gealtert wirkend). Er trug seine Theorie vor HGStA. müsse tot in der Wohnung liegen, da er ihn nicht mehr gehört habe, obwohl er sein Husten im Treppenhaus regelmäßig höre. Er sprach von häufigem Besuch dunkler Elemente und empfahl, die Polizei nicht einzuschalten."

Doch es war ja nicht nur allgemein von „dunklen Elementen", sondern von einer männlichen Person die Rede, die Bauer am Abend des 30. Juni besuchen wollte und nicht ermittelt wurde. Schenk (2014: 279, 284) hält gleichwohl die Entscheidung, nicht im Privatleben Bauers zu forschen, im Hinblick auf den Schutz von dessen Privatsphäre für richtig und beanstandet auch nicht die sofortige Freigabe der Leiche, womit ich ihm als jemand, der als junger Staatsanwalt selbst drei Jahre lang sogenannte Kapitalsachen bearbeitet hat, nicht zu folgen vermag.

Steinke (2013: 270) schreibt zur Todesursache: „Am Ende hält eine Fritz Bauer verehrende Filmemacherin es 2010 sogar für gut, das dunk-

le Selbstmord-Geflüster, erweitert um einige Andeutungen in Richtung Mordkomplott, zur Prämisse ihres Dokumentarfilms über Bauer zu machen." Gemeint ist der Film von Ilona Ziok, dessen Titel *Tod auf Raten* wohlmeinend aber auch so verstanden werden kann, dass die Vielzahl der Anfeindungen, denen Bauer ausgesetzt war, über das menschlich Erträgliche hinauszugehen schien, und der Rechtsmediziner Gerchow eindeutig zu einem Suizid tendierte, was er auch in dem mit ihm am 9. April 2003 geführten Interview zum Ausdruck brachte.[85] Oberndörfer (2014: 100) hat zu Recht in seiner Rezension des Buchs von Steinke darauf hingewiesen, dass in dem Film von einem „Mordkomplott" gar nicht die Rede ist. Ziok hat aber nicht ignorieren können, dass Bauer zahlreiche Todesdrohungen erhielt und einige seiner näheren Bekannten, die sie während der Arbeiten an ihrem Film interviewte, von der Ermordung Bauers überzeugt waren.

Bedenkt man zudem die dargelegten Merkwürdigkeiten bei dem Umgang mit dem Todesfall, kann von einer „haltlosen Insinuation" in Zioks Film, Bauer sei möglicherweise eines unnatürlichen Todes gestorben, wie sich der Historiker Frei (2014: 274f.) mit Hinweis auf Schenk zu werten traut, keine Rede sein. Vielmehr vermag ich mich dem Schlusssatz der Rezension von Oberndörfer (2014: 100) anzuschließen: „Wenn man sieht, was für eine unglaubliche Zahl an Mutmaßungen, Untersuchungen und Publikationen die Causa Barschel hervorgebracht hat, ist es dagegen schon erstaunlich, dass der plötzliche Tod des wichtigsten Ermittlers in NS-Verfahren, der dauernden Morddrohungen ausgesetzt war, der zur Eigensicherung eine Schusswaffe bei sich hatte, und auf den 1966 ein Attentat verübt werden sollte, bis zum heutigen Tag als reine Routineangelegenheit abgehandelt wird."

Selbst wenn man nicht an die Existenz einer Geheimorganisation ehemaliger SS-Angehöriger glaubt, und es somit als Teil des „Mythos Odessa" ansieht, dass auf einer Vollversammlung in Marbella im Juni 1965 der Tod Bauers beschlossen und dies in einem Protokoll festgehalten worden sein soll,[86] muss man doch zur Kenntnis nehmen, dass der Bundesgerichtshof am 9. November 1966 zwei – 1932 bzw. 1942 geborene – Neo-Nazis „wegen Beteiligung an einer geheimen und verbrecherischen Vereinigung, begangen in verfassungsfeindlicher Absicht" und anderer Straftaten verurteilte,[87] und eine Verurteilung wegen der Verabredung zum Mord an Fritz Bauer daran scheiterte, dass nicht nachweisbar war, dass die Verabredung bereits „endgültig" getroffen worden war.[88] Doch heißt es in dem Urteil: „Hinsichtlich der ‚NS-Prozesse' kamen beide zu der Überzeugung, dass ihre ‚Wurzel' bei der ‚Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen' in Ludwigsburg liege, während ihr ‚Kopf', d.h. der Hauptverantwortliche für ihre Durchführung, Dr. Bauer sei. L. widersprach nicht, als R. ihm Zeitungsausschnitte über die Tätigkeit Bauers in solchen Kriegsverbrecherprozessen mitbrachte und ihm dabei zuflüsterte: ‚Der muss umgelegt werden.'"[89] Weiter heißt es: „Bei den verschiedensten Treffen erörterten sie, auf welche Art und Weise Dr. Bauer am besten ermordet werden könne...Beide waren sich einig, dass zunächst einmal Feststellungen über die Diensträume und den privaten Wohnsitz Dr. Bauer's sowie über seine Lebensgewohnheiten erforderlich seien, bevor man endgültige Pläne fassen könne."[90] Einer der beiden Verurteilten führte eine Erkundung in Frankfurt am Main durch, wobei er den Privatwohnsitz von Bauer aber nicht feststellen konnte und in der Nähe von dessen Amtssitz eine Polizeiwache bemerkte: „Beide kamen zu dem Ergebnis, dass mit ihren Mitteln ein Anschlag auf Dr. Bauer wenig Erfolg verspreche, und dass die Gefahr, bei einem Attentatsversuch gefasst zu werden, zu groß sei. Sie gaben daher ihre Attentatsplanungen auf."[91] Wenngleich der Bundesgerichtshof ihre Ausspähungstätigkeit insgesamt als „reichlich stümperhaft und ergebnislos" bewertete, ging von ihnen wegen des Besitzes von Waffen und des Versuchs, sich Sprengstoff zu besorgen, „eine ernstliche Gefahr" aus.[92] Ihr Endziel war „die Errichtung einer dem ‚Dritten Reich' ähn-

lichen Herrschaft in der Bundesrepublik" durch „Terror, insbesondere Mord, Sprengstoffanschläge und Brandstiftungen", ihr Nahziel „die Beendigung der Kriegsverbrecherprozesse" durch derartige Straftaten.[93]

Es bleibt zu konstatieren, dass durch die Medienberichterstattung Fritz Bauer großen Teilen der Bevölkerung als treibende Kraft bei der strafrechtlichen Verfolgung des NS-Unrechts bekannt war und viele auch wussten, dass der bekennende Atheist Bauer nach den Rassegesetzen der Nazis ein „Jude" war. Für alte und neue Nazis waren dies ausreichende Gründe, Bauer beseitigen zu wollen. Doch Mordgelüste dürfte es auch unter denen gegeben haben, die sich nicht mehr als Nazis gerierten, aber von der von Bauer dominierten Strafverfolgung wegen NS-Unrecht tatsächlich oder potenziell betroffen waren.

Zum Zeitpunkt seines Todes hatte der Bundesgerichtshof noch nicht über die Revision der Staatsanwaltschaft im ersten Auschwitz-Prozess entschieden, sodass unklar war, ob der BGH Bauers Auffassung zur rechtlichen Beurteilung der von der NS-Führung angeordneten Tötungsaktionen folgen würde, was er dann aber nicht tun sollte. In dem Beitrag, in dem Bauer seine Rechtsmeinung im Einzelnen darlegte, brachte er aber zum Ausdruck, was für ihn die Folge gewesen wäre (Bauer 1967: 625f.): „Der Gesamtumfang der objektiv und in der Regel auch mit Vorsatz Beteiligten dürfte eine fünfstellige Zahl ausmachen." Doch Bauer hatte auch keine Scheu, in aller Öffentlichkeit zu erklären, wie er sich die weitere Verfolgung des NS-Unrechts vorstellte, was viele als unmittelbare Bedrohung aufgefasst haben müssen. So äußerte er in dem Beitrag „Als sie noch jung waren", den das WDR-Fernsehen im August 1967 ausstrahlte: „Wir alle wissen, dass breite Teile der deutschen Öffentlichkeit glauben, die Prozesse gingen ihrem Ende entgegen. Das Gegenteil ist richtig. Hunderte, Aberhunderte von Prozessen kommen auf uns zu. Und wir müssen eigentlich damit rechnen, dass die Prozesse noch im Jahr 70 oder 75 laufen werden. Vorausgesetzt, dass Menschen nicht sterben."[94] Im Mai 1968 erschien dann auch noch in Ostberlin die dritte Auflage des „Braunbuches", was zu großer Unruhe unter den dort Genannten – darunter Oberstaatsanwalt Krüger, früher Staatsanwalt beim Sondergericht Frankfurt am Main, und Erster Staatsanwalt Kuhn, früher Staatsanwalt beim Sondergericht Königsberg (Dokumentationszentrum 1968: 165) – führte. Schließlich hatte sich durch die Verlängerung von Bauers Dienstzeit die Hoffnung vieler zerschlagen, der Verfolgungsdruck würde durch eine reguläre Pensionierung Bauers im Juli 1968 abnehmen.

Es hatten somit nicht nur viele ein Motiv, den Störenfried zu beseitigen, sondern es waren darunter auch solche, die bereits ohne Skrupel getötet hatten, und solche, die aufgrund ihrer Fähigkeiten in der Lage waren, einen Mord zu verschleiern. Sollte Bauer tatsächlich ermordet worden sein, wäre das damit verfolgte Ziel jedenfalls erreicht worden, denn nach dem Tod Bauers versandete die strafrechtliche Verfolgung der „Euthanasie"-Morde und fokussierte sich die Verfolgung des KZ-Personals für lange Zeit auf die „Exzess- und Direkttäter".[95]

Fritz Bauer hat nicht erreicht, was er wollte, weil der Widerstand gegen eine schonungslose Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht zu groß war. Ob er daran zerbrochen ist, ob man ihn zum Schweigen gebracht hat oder ob ein tragischer Unglücksfall denen in die Hände spielte, die den Schlussstrich herbeisehnten, bleibt für mich eine offene Frage.

Prof. Dr. Erardo C. Rautenberg, Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg, Honorarprofessor an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Anmerkungen

[1] Überarbeitete Fassung eines am 18. November 2014 in der Landesvertretung Baden-Württembergs in Berlin gehaltenen Vortrags. Online: http://stm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-stm/

intern/dateien/lv_berlin/20141118_Fritz_Bauer_LVB.pdf

[2] Ein prägnantes Portrait Bauers findet sich nun bei Wojak 2015.

[3] Die dazu erschienene Publikation „Fritz Bauer. Eine Denkschrift" ist leider vergriffen.

[4] Ilona Ziok (Regie): „Tod auf Raten." Von dem Film existieren auch englische, russische, polnische und spanische Fassungen; eine portugiesische und eine französische befinden sich in Vorbereitung. Siehe zu dem Film http://www.fritz-bauer-film.de/, die Rezension von Werner Koep-Kerstin in diesem Heft und Jaeger 2013 sowie die deutsche Übersetzung in diesem Heft.

[5] Siehe die Antwort von Steinke (Steinke 2014) und meine Replik hierauf in diesem Heft.

[6] Zu den Gründen siehe Nelhiebel in der Ausgabe des „Tagesspiegel" vom 08.12.2014: 19: „Die Nestbeschützer." Siehe auch die Replik von Helmut Kramer in der Ausgabe des „Tagesspiegel" vom 22.12.2014: 21.

[7] http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/09/140916-Juristentag.html

[8] http://www.bmjv.de/DE/WebS/FBP/start_node.html;jsessionid=AF7A0404446421A84FEE08B6579E9301.1_cid324

[9] Siehe dazu in diesem Heft die Rezensionen von Dietrich Kuhlbrodt und Daniel Kothenschulte.

[10] Hans Riebsamen in der Ausgabe der F.A.Z. vom 6.11.2014: „‚Im Labyrinth des Schweigens' Viele Filmhelden und ein echter Held."

[11] Siehe dazu in diesem Heft die Rezensionen von Dietrich Kuhlbrodt und Irmtrud Wojak.

[12] Der Spiegel Nr. 35/25.8.2014: 31; Nr. 45/3.11.2014: 109.

[13] Siehe dazu auch die Rezension von Ralf Oberndörfer in diesem Heft und meine Replik auf die Antwort von Steinke in diesem Heft.

[14] http://www.ptext.de/nachrichten/drehbeginn-politdrama-general-fernsehfilm-fritz-bauer-regie-stephan-wagner-drehb-927914

[15] Dies hat Udo Dittmann vom Braunschweiger Fritz-Bauer-Freundeskreis in einem Offenen Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main vom 9. November 2014 kritisiert.

[16] Erst in der Niederschrift der Arbeitstagung im Mai 1957 wird Bauer mit Doktortitel aufgeführt. Dieser ihm von der Universität Heidelberg verliehene Doktortitel war ihm am 11.01.1939 nach Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft entzogen worden (Moritz 2001: 554 mit weiteren Nachweisen).

[17] Hamburger Archiv für Sozialforschung, NBW 001. Für den Hinweis danke ich Werner Renz vom Fritz- Bauer-Institut.

[18] Siehe auch die Auflistung der von Bauer initiierten Verfahren wegen NS-Unrechts bei Wojak 2015: 127 f.

[19] Der Spiegel, Nr. 31/31.7.1995: 42. Siehe auch Manfred Amend in Ilona Zioks Film „Tod auf Raten" (Fußnote 4), 1'41'59.

[20] Die Anklageschrift und das Plädoyer Bauers sind abgedruckt bei Nöhre 2013: 45 ff. Siehe zu dem Prozess den Beitrag von Norbert Wolf in diesem Heft.

[21] Siehe dazu nur Gerd Appenzeller in der Ausgabe des „Tagesspiegel" vom 02.10.2014 („War die DDR ein Unrechtsstaat?") und in der juristischen Fachliteratur Müller 1992, Sendler 1993 und Wassermann 1997.

[22] FOCUS, 44/2014: 69 ff.

[23] Rede zur Demokratie" am 09.10.2014 in Leipzig: 4.

[24] Rede auf dem Landesparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern am 08.11.2014.

[25] „Rechtsstaat oder Unrechtsstaat?", Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgabe vom 12. Mai 2015: 11.

[26] „Es gab Lücken in der Mauer", Süddeutsche Zeitung, Ausgabe vom 25.10.2014: 5.

[27] Daher wäre für Bauer auch nicht ein Attentat auf Ulbricht oder Honecker oder das gesamte Politbüro gerechtfertigt gewesen.

[28] Der Spiegel, Nr. 35/25.8.2014; siehe dazu auch Taler 2015.

[29] Nach § 130 Abs. 3 StGB, eingefügt durch das Verbrechensbekämpfungsgesetz vom 28.10.1994 (BGBl. I 1994: 3186). Siehe dazu Schröder 2010.

[30] ZEITmagazin, Nr. 13/26.3.2015.

[31] Die damalige Bestimmung über die Täterschaft (§ 47 a.F. StGB) lautete: „Wenn mehrere eine strafbare Handlung gemeinschaftlich ausführen, so wird jeder als Täter bestraft." Der Gesetzgeber hat sich bemüht, dieser extensiven Gehilfenrechtsprechung dadurch entgegenzuwirken, dass seit Inkrafttreten einer neuen Fassung des Strafgesetzbuches am 1. Januar 1975 die Vorschrift über die Täterschaft (§ 25 StGB) nun lautet: „(1) Als Täter wird bestraft, wer die Straftat selbst oder durch einen anderen begeht. (2) Begehen mehrere die Straftat gemeinschaftlich, so wird jeder als Täter bestraft (Mittäter)."

[32] BGH NJW (Neue Juristische Wochenschrift) 1963: 355 ff.

[33] NJW 1963: 561 ff.

[34] Die Bestimmung über die Täterschaft (§ 47 a.F. StGB) hatte gelautet. „Wenn mehrere eine strafbare Handlung gemeinschaftlich ausführen, so wird jeder als Täter bestraft." Der Gesetzgeber bemühte sich der extensiven Gehilfenrechtsprechung dadurch entgegenzuwirken, dass seit Inkrafttreten einer neuen Fassung des Strafgesetzbuches am 1. Januar 1975 die Vorschrift über die Täterschaft (§ 25 StGB) nun lautet: „(1) Als Täter wird bestraft, wer die Straftat selbst oder durch einen anderen begeht (2) Begehen mehrere die Straftat gemeinschaftlich, so wird jeder als Täter bestraft (Mittäter)."

[35] BGH NJW 1969: 2056 f.

[36] Siehe etwa Der Spiegel, Nr. 17/18.4.2015: 34 ff.

[37] „Fritz Bauer war ein herrlicher Feuerkopf", zitiert Wojak (2009: 451) Jürgen Baumann.

[38] Siehe dazu auch Der Spiegel, Nr. 30/18.7.2015: 49.

[39] Siehe dazu nur die BT-Drs. 17/13 vom 13.05.2013, Online: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/135/1713563.pdf

[40] Abgeschafft durch das Erste Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts (1. StVRG) vom 09.02.1974 (BGBl. I, 3393).

[41] Abgedruckt bei Loewy/Winter: 1996:145 ff.

[42] Zitiert nach Carsten/Rautenberg 2015: 195 m.w.N.

[43] Abgedruckt bei Loewy/Winter: 1996:168 ff.

[44] Abgedruckt bei Loewy/Winter: 1996:180 f.

[45] Nationalsozialistische Gewalttaten.

[46] Schaefer teilt die Kritik Kramers in dieser Schärfe zwar nicht, hält jedoch die Begründung der Außerverfolgungsetzung für „unrichtig" und hätte sich eine Anklageerhebung und damit eine abschließende Klärung der Kausalitätsproblematik in einer Hauptverhandlung gewünscht (Schaefer 1996: 141 ff.). Auch er kritisiert die „sang- und klanglose Art der Beendigung des Verfahrens ohne eine Information der Öffentlichkeit" und den Umstand, dass Kramer nur nach Eingriff der Dienstaufsicht Einsicht in die Akten der Generalstaatsanwaltschaft erhalten konnte (Schaefer 1996: 139 f.).

[47] Der Fall von Prof. Dr. Werner Heyde gilt als einer der spektakulärsten politischen Skandale der jungen Bundesrepublik: Einer der Hauptverantwortlichen für die nationalsozialistische Massentötung von Behinderten – die ‚Euthanasie'-Aktion ‚T4 – konnte im Laufe des Jahres 1945 aus der Haft entfliehen und sich wenig später in Flensburg unter dem Namen Dr. med. Sawade eine neue Existenz als Mediziner aufbauen. Heyde/Sawade machte ein zweites Mal Karriere, genoß den Ruf eines angesehenen Bürgers und wurde schließlich als Gutachter für verschiedene Behörden tätig. Ohne Deckung von Mitwissern hätte ihm dies nie gelingen können" (Godau-Schüttke 2010: 9).
Verteidiger von Heyde/Sawade war der bekannte Frankfurter Strafverteidiger Dr. Erich Schmidt-Leichner (*1910 †1983), der zum 70. Geburtstag in der NJW (1980: 2565) eine Würdigung erfuhr. Im Spiegel (Nr. 6/1.2.1961: 25) wurde er damit zitiert, dass ihm als Vormundschaftrichter im Amtsgericht Brandenburg an der Havel ein Bündel Akten mit Todesmeldungen in drei „Euthanasie"-Fällen mit den Worten: „Herr Rat, hier sind wieder ein paar Fahrten ins Blaue" vorgelegt worden seien. Daraufhin

habe er den persönlichen Referenten von Reichsjustizminister Gürtner telefonisch um Aufklärung gebeten. In einem Artikel im „Stern" aus dem Jahr 1974 (Nr. 14: 135) heißt es weiter: „Die Antwort gab im Auftrag des Ministers der Präsident des Berliner Kammergerichts, zu dem er gerufen wurde: ‚Der Führer hat...' Der Richter aus Brandenburg an der Havel fiel ihm ins Wort: ‚Was der Führer hat, weiß ich nicht. Aber von mir können Sie nicht verlangen, daß ich raufschreibe Akten weglassen.' Sprach's, legte dem Präsidenten die Akten auf den Tisch und ging." Dies soll sich laut diesem Artikel 1942 ereignet haben, also in dem Jahr, als Lothar Kreyssig sein Amt verlor.

Andererseits soll Schmidt-Leichner 1941 bereits ins Reichsjustizministerium geholt worden sein: „1943 erhob der Reichsjustizminister Thierack den inzwischen zum Kammergerichtsrat avancierten Referenten zum Sachbearbeiter für jene ‚Richterbriefe', in denen rechtskräftige Urteile mit der Elle nationalsozialistischer Terror-Ideologie gemessen wurden" (Der Spiegel, a.a.O.). Die Zweifel, dass es tatsächlich einen „zweiten Lothar Kreyssig" gegeben hat, werden auch dadurch genährt, dass die Historikerin Kristina Hübener bei einer Durchsicht der Akten des Amtsgerichts Brandenburg an der Havel im Landeshauptarchiv Potsdam den Namen Schmidt-Leichner nicht festgestellt hat. Dessen Personalakten sind im Hessischen Hauptstaatsarchiv in der Abt. 505 registriert (8 Bde., davon zwei die NS-Zeit betreffend), konnten aber noch nicht gesichtet werden.

Der Spiegel-Artikel hatte dann Auswirkungen auf das Verfahren gegen Heyde/Savade, worüber „Die Zeit" (Nr. 8/21.2.1964: 4) wie folgt berichtete: „Inzwischen hatte die Staatsanwaltschaft im Oktober 1962 die Ausschließung von Schmidt-Leichner als Verteidiger beantragt, der selbst als Zeuge im Prozeß gehört werden sollte. Schmidt-Leichner war im Kriege Vormundschaftsrichter in Brandenburg gewesen und hatte aus seiner Ablehnung der ‚Euthanasie'-Aktion keinen Hehl gemacht. Nach Meinung der Generalstaatsanwaltschaft kollidierten seine Pflichten als Verteidiger mit denen als Zeuge. Der Antrag wurde bis zum Oberlandesgericht Frankfurt durchgefochten; Schmidt-Leichner wurde ausgeschlossen. Der Anwalt legte Verfassungsbeschwerde ein. Am 11. Juni 1963 teilte das Bundesverfassungsgericht mit, im Augenblick bestünden noch keine Bedenken gegen eine Verteidigung durch Schmidt-Leichner. Im übrigen soll Schmidt-Leichner nach dem höchstrichterlichen Spruch erklärt haben: ‚Wann der Heyde-Prozeß beginnt, bestimme ich jetzt.'"

[48] Der Spiegel Nr. 8/17.2.1964: 28, Die Zeit Nr. 8/21.2.1964: 4. Wegen eines angeblichen Befreiungsvorhabens hatte Bauer Heyde zwei Tage zuvor von Limburg nach Butzbach verlegen lassen. Obwohl Heyde einen Abschiedsbrief hinterließ, legte Bauer Wert darauf, dass die Obduktion der Leiche nicht von dem für den Auffindeort zuständigen, sondern von einem Rechtsmediziner seines Vertrauens durchgeführt wurde. Deshalb ließ er sie nach Frankfurt am Main bringen, wo der Rechtsmediziner Joachim Gerchow die Obduktion auf persönliche Bitte Bauers durchführte. Dies erklärte Gerchow in einem Interview, das Ilona Ziok und Dieter Schenk mit ihm am 9. April 2003 geführt haben (01'05'28, Archiv Ilona Ziok).

[49] BGH NJW 1995: 3324 f. mit weiteren Nachweisen.

[50] Siehe zur Auseinandersetzung mit dem NS-Justizunrecht in BRD und DDR etwa Rottleuthner 1997 und Rautenberg 2012, jeweils mit weiteren Nachweisen.

[51] BGH NJW 1996: 857, 863 f.

[52] Niederschrift (unveröffentlicht): 25 ff.

[53] Niederschrift (unveröffentlicht): 12 ff. zu TOP 3. Darin heißt es u.a.: „Generalstaatsanwalt Nellmann (Stuttgart, Anm.) und Generalstaatsanwalt Mützelburg (Braunschweig, Anm.) berichteten über die bisherigen Erfahrungen bei der Behandlung von Ermittlungsverfahren gegen Richter und Staatsanwälte wegen ihres Verhaltens in der

nationalsozialistischen Zeit, insbesondere wegen Beteiligung an Todesurteilen.
... Einleitend wurde klargestellt, dass wegen der Verjährungsfristen für Verbrechen der Rechtsbeugung (Verfolgung Unschuldiger) und der schweren Freiheitsberaubung nur noch die Todesurteile einer Erörterung bedürfen. Dabei genüge aber zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens nicht eine allgemeine Verdächtigung oder die Mitwirkung an einem Todesurteil schlechthin, oder – weil diese Gerichte zahlreiche Todesurteile gefällt haben – schon allein die Zugehörigkeit zu einem Sondergericht, Volksgerichtshof pp. als solche. Vielmehr bestehe Anlass zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens nur dann, wenn ein konkreter Vorwurf, in einem bestimmten Fall an einem sogenannten „excessiven" Todesurteil beteiligt gewesen zu sein, in Betracht komme. Auch Generalbundesanwalt Dr. Güde bezeichnete diese Auffassung als zutreffend. Demgegenüber berichtete Generalstaatsanwalt Dr. Bauer, in Hessen habe der Rechtsausschuss an den Landtag die Bitte gerichtet, den Justizminister anzuweisen, dass gegen alle Richter und Staatsanwälte, die an Sondergerichten in Polen und der Tschechoslowakei tätig gewesen seien, Verfahren eingeleitet würden...
Generalstaatsanwalt Nellmann brachte einige besonders krasse und instruktive Fälle aus den excessiven Todesurteilen, die nunmehr Gegenstand von Ermittlungsverfahren sind, zur Kenntnis. Generalstaatsanwalt Mützelburg bedauerte, dass die Einlassungen der Beschuldigten durchweg, soweit bisher ersichtlich, wenig rühmlich seien. Nur wenige brächten den Mut auf, zu ihrem damaligen Verhalten zu stehen, insbesondere zuzugeben, dass sie sich an einen bestimmten Fall erinnerten und dass sie für Todesstrafe gestimmt haben. Die meisten Richter wollten sich an den Fall überhaupt nicht erinnern bezw. nur an entlastende Umstände, oder beriefen sich auf das Beratungsgeheimnis, um sich jedem konkreten Vorhalt und einer evtl. Verantwortung zu entziehen. Das Gleiche gelte für die früheren Staatsanwälte. Allgemein werde behauptet, man habe nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt; auch die Polen-Strafrechtsverordnung sei gesetztes Recht gewesen. Obwohl an der Echtheit der zugegangenen Ablichtungen kein Zweifel bestehen könne, werde zum Teil versucht, durch Hinweis auf fehlende Unterschriften oder sonstige kleine Unvollständigkeiten die Teilnahme an den betreffenden Verurteilungen in Zweifel zu ziehen...Zur Frage von Inhalt und Form der Einstellungsbescheide in solchen Verfahren vertrat Generalstaatsanwalt Mützelburg in seinem Referat die Auffassung, dass ausführlich begründete Einstellungsbescheide ergehen sollten. Dies ergebe sich nicht nur aus der Bestimmung des § 171 StPO; vielmehr sei es ein nobile officium der Justiz in diesen Verfahren, mit offenen Karten zu spielen und sich nicht mit einer formularmässigen Fassung zu begnügen. Zudem öffne eine Bescheidung ohne Gründe nebenbei auch der politischen Propaganda Tür und Tor. Über die reinen Rechtsfragen könne ein eingehender Vermerk niedergelegt werden, so dass sich damit der Bescheid nicht zu befassen brauche. Da eine strafrechtliche Verurteilung wegen der Beteiligung an den excessiven Todesurteilen fast durchweg an den nötigen subjektiven Feststellungen scheitere, sei in der Einstellungsverfügung eine strenge Bewertung des Falles und des Verhaltens der Beschuldigten nach objektiven Grundsätzen des Rechts und der Sittlichkeit angebracht. Der Eindruck einer Billigung der Urteile müsse vermieden, jedoch ein kriminelles Verschulden der Richter aus dem Gesichtspunkt des damals im Vordergrund stehenden Gedankens der Abschreckung verneint werden. Soweit Behörden der SBZ als Anzeigeerstatter oder Übermittler von Unterlagen aufgetreten seien, komme ein Bescheid an sie nicht in Frage.
In seinem Bereich seien 8 Verfahren bereits eingestellt worden; Beschwerden hiergegen seien noch nicht eingegangen. In einem Fall sei Voruntersuchung eröffnet, Anklage sei

noch in keinem Falle erhoben worden. Evtl. sei noch in 2 bis 3 Fällen mit der Eröffnung einer Voruntersuchung zu rechnen. Es erhebe sich die Frage, ob in Fällen, bei denen man mit einiger Sicherheit ein negatives Ergebnis voraussagen könne, überhaupt eine Voruntersuchung beantragt werden und ob nicht der Staatsanwalt selbst die Verantwortung übernehmen solle. Über diese Fragen entstand eine lebhafte Diskussion unter Beteiligung insbesondere von GenStA. Biermann (Celle, Anm.), GenStA. Nellmann, GenStA. Brühl (Berlin, Anm.), GenStA. Dr. Müller (Karlsruhe, Anm.), GenStA. Dr. Jansen (Düsseldorf, Anm.), GenStA. Dr. Bauer, GenStA. Buchholz (Hamburg, Anm.) und GenStA. Ahmann (Hamm, Anm.). Überwiegend wurde der Auffassung zugestimmt, dass der Einstellungsbescheid eine ausführliche Begründung enthalten und dass nach Möglichkeit von einer gerichtlichen Voruntersuchung abgesehen werden solle...“

Auf der folgenden Jahrestagung in Bremen stand das Thema wieder auf der Tagesordnung. In der Niederschrift (unveröffentlicht): 17 f. zu Top 5 heißt es u.a.:

„Generalstaatsanwalt Buchholz stellte weiter fest: Auf Grund der Erfahrungen bedeute § 336 StGB (damaliger Rechtsbeugungstatbestand, Anm.) praktisch nicht viel mehr als eine Verzierung des Strafgesetzbuchs. Eine Rechtsbeugung sei so gut wie nie nachzuweisen, es sei denn in dem utopischen Fall, daß der beschuldigte Richter das Geständnis ablege, er habe wissentlich das Recht gebeugt. Angesichts der freien richterlichen Beweiswürdigung werde in subjektiver Hinsicht kaum jemals der sichere Nachweis zu führen sein, daß der Richter dieses oder jenes gegen seine subjektive Überzeugung als erwiesen oder als nicht erwiesen oder aber die von ihm ausgesprochene richterliche Beurteilung als einen Widerspruch zum Gesetzesinhalt angesehen habe. Ein unübersteigbares Hindernis sei fast immer das Beratungsgeheimnis... Selbst wenn aber ein Richter eines Kollegialgerichts durch frühere Kollegen unter Aufgabe des Beratungsgeheimnisses belastet werden sollte, stände seiner Verurteilung regelmäßig die Möglichkeit entgegen, daß die Kollegen zum eigenen Schutz die Verantwortung für das Urteil wahrheitswidrig auf den belasteten Richter abwälzen wollten... Generalstaatsanwalt Dr. Bauer führte aus: In Hessen seien etwa 150 Verfahren eingeleitet worden. Bei ihm habe sich keiner der Richter auf das Beratungsgeheimnis berufen, alle hätten sich vielmehr zu ihren Urteilen bekannt. In Hessen seien drei Gruppen gebildet worden. In der ersten seien diejenigen Richter zusammengefaßt worden, die objektiv einen Totschlag begangen hätten (Verurteilung zum Tode auf Grund der PolenstrafrechtsVO, der VO betreffend Autofallentäter und des Volksschädlingsgesetzes). Diese Verfahren seien – wenn auch mit scharfer Formulierung – eingestellt worden. In der zweiten Gruppe seien die Verfahren gegen Richter und Staatsanwälte behandelt worden, in denen excessive Strafen verhängt worden seien (Todesstrafe, wo sie ohne Sinn und Zweck gewählt worden sei). In der letzten Gruppe seien solche Verfahren zusammengefaßt worden, in denen Todesurteile auf Grund von Verletzungen des Prozeßrechts ausgesprochen worden seien. Unter diese Gruppe fallen insbesondere Kriegsgerichtsurteile ... In all diesen Fällen liege objektiv Totschlag oder versuchter Totschlag vor, subjektiv sei er dagegen regelmäßig nicht nachzuweisen.“

Der frühere Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Georg D. Falk, hat in dem Beitrag „Der ungesühnte Justizmord an Stanislawa Janczyszyn“, der im nächsten Bulletin des Fritz Bauer Instituts erscheinen soll („Einsicht14“), Fritz Bauer vorgeworfen, das Verfahren in dem geschilderten Fall und die Verfahren „gegen mehr als 100 an Todesurteilen beteiligte Richter“ eingestellt, statt Anträge auf gerichtliche Voruntersuchung (siehe Fußnote 40) gestellt zu haben. Zwar dürfte daran, dass es sich in diesen Fällen objektiv um Rechtsbeugungen und

damit auch um Tötungsdelikte gehandelt hat, kein Zweifel bestehen, doch verkennt Falk die vom Bundesgerichtshof später selbst eingeräumte „zu weitgehende Einschränkung bei der Auslegung der subjektiven Voraussetzungen des Rechtsbeugungstatbestandes." Diese hatte Bauer zwar kritisiert, aber offenbar keine Möglichkeit gesehen, den Bundesgerichtshof von seinem damaligen Standpunkt abzubringen. Zudem verkündete der Bundesgerichtshof im September 1960 ein Urteil, wonach die Staatsanwaltschaft an die gefestigte höchstrichterliche Rechtsprechung gebunden sei (siehe dazu Carsten/Rautenberg 2015: 485 ff.). Daran haben sich Bauer und seine Kollegen gehalten.

[54] Online: http://www.verfassungen.de/de/de45-49/kr-gesetz10.htm

[55] BGBl. I.: 437.

[56] Erst das Völkerstrafgesetzbuch vom 26. Juni 2002 (BGBl. I.: 2254) sollte mit § 7 einen Tatbestand der „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" in das deutsche Recht einfügen.

[57] Online: https://web.archive.org/web/20101119233721/http://braunbuch.de/3-04.shtml

[58] Süddeutsche Zeitung, Ausgabe vom 09.08.2002: 14.

[59] Auf ihrer Frühjahrskonferenz am 17./18.07.2015 haben die Justizminister und -senatoren beschlossen (TOP II.1), dass die Zentralstelle „in ihrer bisherigen Form weitergeführt wird, solange Strafverfolgungsaufgaben anfallen" und dass „die Zentrale Stelle und der Standort Ludwigsburg nach einem derzeit nicht absehbaren Ende der Ermittlungstätigkeit auch bei geänderter Nutzungskonzeption als Ort des Gedenkens, der Mahnung, der Aufklärung und der Forschung etwa in Form eines Dokumentations-, Forschungs- und Informationszentrums aufrecht erhalten bleiben sollen."

[60] Aus der Ansprache von Günter Morsch anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Die Konzentrationslager-SS 1936-1945: Exzess- und Direkttäter" in der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen am 22. März 2015.

[61] BGH NJW 1969: 1181 ff.

[62] Zit. nach Carsten/Rautenberg 2015: 268. Das Zitat ist insoweit inhaltlich falsch, als auch Staatsanwälte Beamte sind.

[63] Der Spiegel Nr. 7/7.2.2015: 16.

[64] Vermerk von KHM Schmitt, 1.K., vom 01.07.1968, 3 Seiten, Ziff. 9 (Archiv Irmtrud Wojak).

[65] Wie Fußnote 64, Ziff. 2. Einer der beiden fand in einer Schreibtischschublade das unverschlossene Testament vom 31.12.1967 (Ziff. 10).

[66] Zur Anwendung des § 159 StPO regelte die Nr. 33 der damaligen „Richtlinien für das Strafverfahren": „Aus dem Bestattungsschein muss sich ergeben, ob auch die Feuerbestattung genehmigt wird. Bestehen gegen diese Bestattungsart Bedenken, weil dadurch die Leiche als Beweismittel verloren geht, so wird die Genehmigung hierfür zu versagen sein (§ 3 Abs. 3 des Gesetzes über die Feuerbestattung vom 15.05.1934 – RGBl. I: 380). Solange der Verdacht eines nicht natürlichen Todes besteht, empfiehlt es sich, die Feuerbestattung nur im Einvernehmen mit dem zuständigen Gerichtsarzt zu genehmigen." (vgl. Nr. 38 der heutigen „Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren": Die ersten beiden Sätze sind bis auf den Gesetzesverweis wortgleich).

[67] Dies ergibt sich aus 7 ff. eines den Zeitraum 01. Juli bis 19. Juli 1968 umfassenden, 19-seitigen „Aktenvermerk(s) betr. das Ableben von Herrn GStA, Dr. Fritz Bauer" von Oberstaatsanwalt Ulrich Krüger (Archiv Irmtrud Wojak).

[68] Neun Seiten (Archiv Irmtrud Wojak).

[69] Seite 3.

[70] Gerchow hat diesen Befund in einem im Zuge der Arbeiten an dem Film „Tod auf Raten" aufgezeichneten Interview erläutert, das am 9. April 2003 Ilona Ziok und Dieter Schenk mit ihm führten. Dabei hat er insbesondere einen Gasdurchlauferhitzer als Quelle der festgestellten 6% Kohlenmon-

oxid-Hämoglobin ausgeschlossen, denn ein solcher befand sich nicht im Badezimmer (3‘23’01, Archiv Ilona Ziok).

[71] Gutachten Gerchow vom 24.01.1969: 8.

[72] Tageshöchsttemperaturen (Stadt): Am 29. 06. über 24 Grad, am 30.06. über 26 Grad und am 1. Juni über 30 Grad (Online: www.dwd.de/WESTE-XL).

[73] 02‘07’38, 03‘13‘17, 03‘14’07, 03‘22’15, 03‘ 29‘ 58 (Archiv Ilona Ziok). Es existiert ein weiteres, von Rosvita Krajinovic transkribiertes Interview mit Joachim Gerchow (Archiv Irmtrud Wojak), wobei das Datum und der Interviewer bis Redaktionsschluss nicht geklärt werden konnten. Auf Seite 9 antwortet Gerchow auf eine entsprechende Frage: „Ich bin von Selbstmord ausgegangen, ja.“

[74] Interview Gerchow, 09.04.2003 (Archiv Ilona Ziok). Gerchow spricht an einer Stelle davon, dass „ein recht bekannter Kollege von Dr. Bauer auf die gleiche Art und Weise ums Leben gekommen“ sei (01’25’59) und dann (03‘15’10): „der GStA von Hamburg, Dr. Voß, ist auf diese Art und Weise aus dem Leben geschieden.“ GStA Dr. Adolf Voß kann jedoch als mögliches „Vorbild“ nicht gemeint sein, weil er erst 1972, also nach Bauer starb, und er war auch nicht Generalstaatsanwalt in Hamburg. Dort verstarb jedoch am 05.04.1967 61-jährig Generalstaatsanwalt Ernst Buchholz, „ein Freund der bildenden Künstler, der Schauspieler, der Schriftsteller und Journalisten“, wie es im Nachruf des „Spiegel“ (Nr.16/10.4.1967, S. 166) hieß. Bauer und Buchholz hatten sich nicht nur seit 1958 auf den Arbeitstagungen der Generalstaatsanwälte regelmäßig getroffen, sondern waren beide auch Mitglieder des von 1956 bis zur Jahreswende 1957/1958 bestehenden Grünwalder Kreises, der aus Angehörigen verschiedener Berufsgruppen bestand und sich für eine Stärkung demokratischer Prinzipien und gegen rechtsextreme, völkische und neo-nationalsozialistische Tendenzen engagierte (Heesch 2006: 35 f., 63). Beide kannten sich somit schon längere Zeit und standen sich auch politisch nahe. Da Bauer zum Zeitpunkt des Todes von Buchholz dienstältester Generalstaatsanwalt war, darf schon aus diesem Grund davon ausgegangen werden, dass Bauer sich nach den Todesumständen erkundigt hatte. Oberstaatsanwalt i.R. Dietrich Kuhlbrodt (*1932), der seit 1957 auch Film- und Theaterkritiken schreibt, hat mir am 22.07.2015 mitgeteilt, dass er von Buchholz nach dem 2. Staatsexamen persönlich aufgefordert worden war, in den staatsanwaltlichen Dienst einzutreten. Buchholz habe Bauer als seinen persönlichen Freund bezeichnet. Zur Zeit des Todes von Ernst Buchholz sei er auf dessen Wunsch zu der Zentralstelle nach Ludwigsburg abgeordnet gewesen. Ihm seien jedoch danach Gerüchte zu Ohren gekommen, dass Buchholz sich in der Badewanne mit Medikamenten das Leben genommen habe, was zu glauben ihm schwergefallen sei, weil er Buchholz vor seiner Abordnung in Hamburg als sehr kämpferisch erlebt habe. 1969 veröffentlichte der Hamburger Schriftsteller Rolf Italiaander das Buch „Weder Krankheit noch Verbrechen. Plädoyer für eine Minderheit.“ Es enthält folgenden Widmungstext: „Dieses Buch ist dem Andenken zweier Juristen gewidmet: Generalstaatsanwalt Ernst Buchholz, Hamburg. Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer, Frankfurt am Main. Beide halfen im Nachkriegs-Deutschland, das Recht zu humanisieren. Beide förderten dieses Buch durch Ratschläge.“ Ob beide ihre Außenseiterposition nicht mehr zu ertragen vermochten und deshalb freiwillig aus dem Leben geschieden sind, wird sich wohl nicht mehr eindeutig klären lassen. Ob Gerchow seinen Hinweis 1968 bereits der Staatsanwaltschaft oder der Polizei gegeben hatte, kann man diesen leider nun nicht mehr fragen.

[75] 00‘16’04, Interview Amend, Band 2, 23.10.2005 (Archiv Ilona Ziok).

[76] Wie Fußnote 64, Ziff. 4.

[77] Seite 3 des in Fußnote 67 beschriebenen Aktenvermerks.

[78] Wie Fußnote 64, Ziff. 7.
[79] Wie Fußnote 64, Ziff. 2.
[80] 02'21'10, 02'24'40 Interview Gerchow, 09.04.2003 (Archiv Ilona Ziok).
[81] Wie Fußnote 64, Ziff. 5; 00'48'14'09 Interview Gerchow, 28.02.2006, Audio CD 1, aus Band 1 (Archiv Ilona Ziok).
[82] Wie Fußnote 64, Ziff. 11.
[83] Drei Seiten, überschrieben mit „Aktenvermerk betr. Das Ableben von Herrn Generalstaatsanwalt Dr. Bauer" (Archiv Irmtrud Wojak).
[84] Seite 1 des in Fußnote 67 beschriebenen Aktenvermerks.
[85] Siehe Fußnote 73.
[86] In der Folge „Mythos Odessa" der 2002 erstmals ausgestrahlten ZDF-Serie „Die SS" von Guido Knopp wird eine entsprechende Passage der angeblich spanischen Fassung des Protokolls eingeblendet (DVD, Kapitel 6/10, Time Life, KGD-03-17, ZDFVideo, Universum Film GmbH München, 2004). Siehe dazu auch Knopp 2002: 329.
[87] 1 StE 1/66 (1 BJs 8/66). Die Akten befinden sich im Bundesarchiv unter den Aktenzeichen B 362/4982 bis 4990. Seinerzeit war der Bundesgerichtshof in erster und letzter Instanz zuständig, wenn der „Oberbundesanwalt" die Verfolgung eines Staatsschutzdelikts „wegen der besonderen Bedeutung des Falles" übernommen hatte.
[88] Urteilsausfertigung (UA): 13, 21, 26.
[89] UA: 13.
[90] UA: 20.
[91] UA: 21.
[92] UA: 33.
[93] UA: 29 f.
[94] Zu sehen in dem Film „Tod auf Raten" von Ilona Ziok (Fußnote 4), 01'18'45.
[95] „Die Konzentrationslager-SS: Exzess- und Direkttäter" heißt die am 22.03.2015 eröffnete Dauerausstellung im Turm A der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen; siehe auch Fußnote 50. Zurzeit wird von Stephanie Bohra an der Dissertation „Tatort Sachsenhausen. Strafverfolgung von KZ-Verbrechen in der Bundesrepublik" gearbeitet.

Literatur

Bauer, Fritz 1955: Im Kampf um des Menschen Rechte. In: Kern, Elga (Hg.): Wegweiser der Zeitenwende, München, Basel: Ernst Reinhardt, 176 ff. und In: Vom kommenden Strafrecht, Karlsruhe 1969: C.F. Müller, 1ff.

Bauer, Fritz 1965a: Im Namen des Volkes/ In unserem Namen. Die strafrechtliche Bewältigung der Vergangenheit. In: Hammerschmidt, Helmut (Hg.): Zwanzig Jahre danach. Eine deutsche Bilanz 1945-1965. München, Wien, Basel: Kurt Desch, 301 ff.

Bauer, Fritz 1965b: Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

Bauer, Fritz 1967: Ideal- oder Realkonkurrenz bei nationalsozialistischen Verbrechen? In: JuristenZeitung, 625 ff.

Bauer, Fritz 1968: Das „Gesetzliche Unrecht" des Nationalsozialismus und die deutsche Strafrechtspflege. In: Kaufmann, Arthur (Hg.): Gedächtnisschrift für Gustav Radbruch. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 302 ff.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) 2015: Die Rosenburg, 4. Symposium, Die justizielle NS-Aufarbeitung – Täter, Opfer, Justiz. Berlin.

Carsten, Ernst S./Rautenberg, Erardo C. 2015: Die Geschichte der Staatsanwaltschaft in Deutschland bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zur Beseitigung ihrer Weisungsabhängigkeit von der Regierung im Strafverfahren. 3. Auflage, Baden-Baden: Nomos.

Däubler Gmelin, Herta 2014: Fritz Bauer – Ein herausragender Jurist und Sozialdemokrat. In: Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht. Eine Ausstellung des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt in Kooperation mit dem Thüringer Justizministerium, Schriftenreihe des Fritz Bauer Instituts. Band 32, Frankfurt am Main/ New York: Campus, 15 ff.

Döring, Hans-Joachim 2011: Lothar Kreyssig. Aufsätze, Autobiographie und Dokumente Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.

Dokumentationszentrum der Staatlichen

Archivverwaltung der DDR (Hg.) 1968: Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik.

Düx, Heinz 2013: Der Auschwitzprozess in Frankfurt/Main. In: Bundesministerium der Justiz (Hg.): Die Rosenburg. 2. Symposium. Die Verantwortung der Juristen im Aufarbeitungsprozess. Vorträge gehalten am 5. Februar 2013 im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Nürnberg-Fürth, 41ff.

Form, Wolfgang 2012: Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone: Gründung, Besetzung und Rechtsprechung in Strafsachen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In: Justizministerium des Landes NRW (Hg.): Verbrechen gegen die Menschlichkeit – Der Oberste Gerichtshof der Britischen Zone. Schriftenreihe „Juristische Zeitgeschichte Nordrhein-Westfalen", Bd. 19, 8ff.

Frei, Norbert 2014: Fritz Bauer oder: Wann wird ein Held zum Helden? In: Gerber, Stefan/Greiling, Werner/Kaiser, Tobias/Ries, Klaus (Hg.): Zwischen Stadt, Staat und Nation. Bürgertum in Deutschland, Teil 1, Festschrift für Hans-Werner Hahn zum 65. Geburtstag. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 273ff.

Frommel, Monika 2011: Taktische Jurisprudenz – Die verdeckte Amnestie von NS-Schreibtischtätern 1969 und die Nachwirkung der damaligen Rechtsprechung bis heute. In: Mahlmann, Matthias (Hg.): Gesellschaft und Gerechtigkeit. Festschrift für Hubert Rottleuthner. Baden-Baden: Nomos, 458ff.

Görtemaker, Manfred/Safferling, Christoph (Hg.) 2013: Die Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme. 2. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Godau-Schüttke, Klaus-Detlev 2010: Die Heyde/Sawade-Affäre. Wie Juristen und Mediziner den Euthanasieprofessor Heyde nach 1945 deckten und straflos blieben. 3. Aufl., Baden-Baden: Nomos.

Günther, Hans 1973: Staatsanwaltschaft. Kind der Revolution. Versuch eines juristischen Essays. Frankfurt am Main, Berlin, Wien: Ullstein.

Heesch, Johannes 2006: Der Grünwalder Kreis. In: Schwan, Gesine/Holzer, Jerzy/Lavabre, Marie-Claire/Schwelling, Birgit (Hg.): Demokratische Identität. Deutschland, Polen und Frankreich im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 35ff.

Huckenbeck, Wolfgang/Tsokos, Michael/Muth, Claus-Martin 2004: Der Tod im Wasser, Sonderdruck des Universitätsklinikums Düsseldorf, Institut für Rechtsmedizin. Online: http://www.uniklinik-duesseldorf.de/fileadmin/Datenpool/einrichtungen/institut_fuer_rechtsmedizin_id65/dateien/tod_im_wasser_sw.pdf

Jaeger, Stephan 2013: Between Tragedy and Heroism: Staging the West German Past in Ilona Ziok's Fritz Bauer: Tod auf Raten. In: Colloquia Germanica, Internationale Zeitschrift für Germanistik, Band 43, Heft 3, 195 ff. (siehe auch in diesem Heft die deutsche Übersetzung)

Knopp, Guido 2002: Die SS. Eine Warnung der Geschichte. München: C. Bertelsmann.

Kramer, Helmut 1996: „Gerichtstag halten über uns selbst". In: Loewy, Hanno/Winter, Bettina (Hg.): Das Verfahren Fritz Bauers zur Beteiligung der Justiz am Anstaltsmord, 81ff.

Kurz, Thilo 2013: Paradigmenwechsel bei der Strafverfolgung des Personals in den deutschen Vernichtungslagern? In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, 122 ff.

Loewy, Hanno/Winter, Bettina (Hg.) 1996: NS-„Euthanasie" vor Gericht. Fritz Bauer und die Grenzen juristischer Bewältigung. Frankfurt/New York: Campus.

Meusch, Matthias 2001: Von der Diktatur zur Demokratie. Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen (1956-1968). Wiesbaden: Historische Kommission für Nassau.

Moritz, Werner 2001: Die Aberkennung des Doktortitels an der Universität Heidelberg während der NS-Zeit. In: Kohnle, Armin/En-

gehausen, Frank (Hg.): Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wolgast. Stuttgart: Franz Steiner, 540 ff.

Müller, Ingo 1992: Die DDR – ein „Unrechtsstaat"? In: Neue Justiz, 281ff.

Nelhiebel, Kurt 2014: Fritz Bauer als Zerrbild. Eine Biographie mit Lücken und Tücken. Online: http://bremen.vvn-bda.de/2014/08/21/fritz-bauer-als-zerrbild-eine-biografie-mit-lucken-und-tucken/ (siehe auch in diesem Heft)

Nestler, Cornelius 2014: Ein Mythos – das Erfordernis der „konkreten Einzeltat" bei der Verfolgung von NS-Verbrechen. Zu den aktuellen Strafverfahren wegen Beteiligung an NS-Verbrechen. In: Neubacher, Frank/Kubink, Michael (Hg.): Kriminologie – Jugendkriminalrecht – Strafvollzug. Gedächtnisschrift für Michael Walter. Berlin: Duncker & Humblot, 759ff.

Nöhre, Monika (Hg.) 2013: Zerstörte Rechtskultur. Vorträge im Berliner Kammergericht, Berlin: lexxion.

Oberndörfer, Ralf 2014: Rezension von Ronen Steinke, Fritz Bauer oder Auschwitz. Vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 205, Heft 1/2014, 98ff. (siehe auch in diesem Heft)

Pauli, Gerhard 2012: Der Konflikt zwischen dem Obersten Gerichtshof für die Britische Zone und seinen Untergerichten bei der Anwendung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10. In: Justizministerium des Landes NRW (Hg.): Verbrechen gegen die Menschlichkeit – Der Oberste Gerichtshof der Britischen Zone. Schriftenreihe „Juristische Zeitgeschichte Nordrhein-Westfalen", Bd. 19, 64ff.

Perels, Joachim 2011: Zur rechtlichen Bedeutung des Auschwitz-Prozesses. Eine kritische Intervention. In: Mahlmann, Matthias (Hg.): Gesellschaft und Gerechtigkeit. Festschrift für Hubert Rottleuthner. Baden-Baden: Nomos, 492ff.

Radbruch, Gustav 1946: Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht. Süddeutsche Juristen-Zeitung (SJZ), 105ff.

Radbruch, Gustav 1947: Zur Diskussion über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit. SJZ 1947, Spalte 131ff.

Rautenberg, Erardo, C. 2012: In Memoriam Nürnberger Juristenprozess: Die Auseinandersetzung mit dem NS-Justizunrecht in den beiden deutschen Teilstaaten. Goltdammer's Archiv für Strafrecht, 32 ff.

Rautenberg, Erardo C. 2014a: Die deutsche Staatsanwaltschaft: „Objektivste Behörde" mit viel Macht, aber geringem Ansehen – Was ist zu tun? Deutsche Richterzeitung, 214 ff. Online: http://www.gsta.brandenburg.de/media_fast/4140/DRiZ_06_2014_S214-219_Rautenberg.pdf

Rautenberg, Erardo C. 2014b: Die Demontage des Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer. Neue Justiz (NJ), 369ff. Online: http://www.gsta.brandenburg.de/media_fast/4140/NJ_9_2014_Beitrag_Rautenberg.pdf

Rautenberg, Erardo C. 2015: Die Antwort von Ronen Steinke auf meine Besprechung seines Buches „Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht": Eine Replik. (siehe in diesem Heft)

Renz, Werner 2014: Auschwitz und die deutsche Strafjustiz: Keine Erfolgsgeschichte. Der Frankfurter Auschwitz-Prozess und seine Wirkung auf das Recht, Recht und Politik. Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Heft 2, 77ff.

Riepert, Thomas/Rittner, Christian 1999: Der Tod in der Badewanne. In: Notfall & Rechtsmedizin, 486ff.

Rottleuthner, Hubert 1997: Das Nürnberger Juristenurteil und seine Rezeption in Deutschland – Ost und West. Neue Justiz (NJ), 617 ff.

Rottleuthner, Hubert 2004: Hat Dreher „gedreht"? Über Unverständlichkeit, Unverständnis und Nichtverstehen in Gesetzgebung und Forschung. In: Lerch, Kent D. (Hg.): Die Sprache des Rechts. Band 1: Recht verstehen, Berlin: de Gruyter, 307ff. Online: http://edoc.bbaw.de/volltexte/2011/1875/pdf/307_Rottleuthner_Hat_Dreher_gedreht.pdf

Rottleuthner, Hubert 2010: Karrieren und Kontinuitäten deutscher Justizjuristen vor

und nach 1945. Berlin: BWV Berliner Wissenschaftsverlag.

Rottleuthner, Hubert 2015: Gustav Radbruch und der „Unrechtsstaat". In: Borowski, Martin/Paulson, Stanley L. (Hg.): Die Natur des Rechts bei Gustav Radbruch. Tübingen: Mohr Siebeck, 91ff.

Rüping, Hinrich 2000: Das „kleine Reichsgericht" Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone als Symbol der Rechtseinheit. Neue Zeitschrift für Strafrecht, 2000, 355ff.

Schaefer, Hans Christoph 1996: Unbewältigte Justizvergangenheit. Zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte. In: Loewy, Hanno/Winter, Bettina (Hg.), 131ff.

Schenk, Dieter 2014: Die Todesumstände des Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer. In: Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht. Eine Ausstellung des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt in Kooperation mit dem Thüringer Justizministerium. Schriftenreihe des Fritz Bauer Instituts, Band 32, Frankfurt am Main/New York: Campus, 275 ff.

Schröder, Friedrich-Christian 2010: Die Strafvorschriften der Bundesrepublik Deutschland gegen den Nationalsozialismus. Juristische Arbeitsblätter, 1 ff. Online: http://www.ja-aktuell.de/cms/website.php?id=/de/studium_referendariat/aufs/nationalsozialismus.htm

Schwarz, Thomas Alan 1990: Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 39, Heft 3, 375 ff. Online: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3_2_schwartz.pdf

Sendler, Horst 1993: Die DDR ein Unrechtsstaat – ja oder nein? Neue Justiz (NJ), 1 ff.

Spendel, Günter 1984: Rechtsbeugung durch Rechtsprechung. Sechs strafrechtliche Studien. Berlin/New York: de Gruyter.

Staff, Ilse 1988: Fritz Bauer (1903-1968) „Im Kampf um des Menschen Rechte". In: Kritische Justiz (Hg.): Streitbare Juristen. Baden-Baden: Nomos, 440ff.

Steinke, Ronen 2013: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht. München: Piper.

Steinke, Ronen 2014: Wissenschaftliche Standards verletzende Polemik – Eine Antwort auf Erardo C. Rautenberg. Neue Justiz (NJ), 513ff.

Taler, Conrad (alias Kurt Nelhiebel) 2015: Asche auf vereisten Wegen. Eine Chronik des Grauens – Berichte vom Auschwitz-Prozess. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Köln: PapyRossa.

Wassermann, Rudolf 1997: Wieviel Unrecht macht einen Staat zum Unrechtsstaat? Neue Juristische Wochenschrift (NJW), 2152f.

Werle, Gerhard/Burghardt, Boris 2015: Zur Gehilfenstrafbarkeit bei Massentötungen in nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Der Fall Demjanjuk im Kontext der bundesdeutschen Rechtsprechung. In: Fahl, Christian/Müller, Eckhart/Satzger, Helmut/Swoboda, Sabine (Hg.): Ein menschengerechtes Strafrecht als Lebensaufgabe, Festschrift für Werner Beulke zum 70. Geburtstag. Heidelberg: C.F. Müller, 339ff.

Wirth, Ingo/Schmeling, Andreas 2012: Rechtsmedizin, Grundwissen für die Ermittlungspraxis. 3. Aufl., Heidelberg: Kriminalistik.

Wojak, Irmtrud 2009: Fritz Bauer. 1903-1968. Eine Biographie, München: Beck.

Wojak, Irmtrud 2015: Fritz Bauer „Im Kampf um des Menschen Rechte". In: Taler, Conrad (alias Kurt Nelhiebel): Asche auf vereisten Wegen. Eine Chronik des Grauens – Berichte vom Auschwitz-Prozess. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Köln: PapyRossa, 113 ff. (siehe auch in diesem Heft)

Wolf, Norbert 2015: Der Braunschweiger Prozess um den 20. Juli 1945. (siehe in diesem Heft)

Der Remer-Prozess

Norbert Wolf

„Die Justizgeschichte ist die wahre Geschichte eines Volkes (…). Wenn wir die Prozesse der Weltgeschichte studieren (…) dann lernen wir mehr Weltgeschichte als durch die Schilderung von Schlachten und militärischen Siegen oder Niederlagen. Historiker und Juristen haben – mit wenigen Ausnahmen – in ihren Fakultäten und Büchern dieses Feld der Justizgeschichte sträflich vernachlässigt, obwohl gerade Strafprozesse in vielen Ländern zu neuen gesellschaftlichen Entwicklungen geführt haben (…). Kein Wunder, wenn mangels jeglicher Bildung auf diesem Gebiet die Dritte Gewalt im Staat noch immer nicht als Pfeiler der Gesellschaft gilt und weite Kreise ihr die gebührende Achtung versagen."
(Kempner 1977: 9)

1 | Einleitung

Zur Landtagswahl am 6. Mai 1951 in Niedersachsen trat die Sozialistische Reichspartei (SRP) an, von ehemaligen NS-Funktionären Anfang Oktober 1949 gegründet. Bei ihren Veranstaltungen erklang Hitlers Erkennungsmelodie, der Badenweiler-Marsch, wehten rote Fahnen mit dem schwarzen Reichsadler anstelle des Hakenkreuzes und schritten uniformierte Saalordner gegen Störer ein. „Star" der SRP war Otto Ernst Remer, der am 20. Juli 1944 in Berlin als Kommandeur des Wachbataillons „Großdeutschland" an der Niederschlagung des Umsturzversuchs beteiligt war. Die Partei zog am 6. Mai 1951 mit 11% der Stimmen und 16 Mandaten in den Niedersächsischen Landtag ein (Frei 1966: 326f., 338).

Am 5. Mai 1951, dem Tag vor der Wahl, berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* unter der Überschrift „Remer greift Widerstandskämpfer an" über einen Wahlkampfauftritt Remers in Braunschweig, bei dem er die Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 als Landesverräter beschimpft hatte (Fröhlich 2006: 32). Bundesinnenminister Robert Lehr stellte daraufhin Strafantrag. Als Angehöriger des Widerstandskampfes fühlte er sich betroffen. Die Nazis hatten ihn 1933 aus dem Amt als Oberbürgermeister von Düsseldorf entfernt und inhaftiert. Nach seiner Freilassung hatte er im Widerstand mitgewirkt (Frei 1966: 332, Fußnote 22). Generalstaatsanwalt Fritz Bauer setzte durch, dass die Staatsanwaltschaft Braunschweig Anklage gegen Remer erhob.

Am 15. März 1952 verurteilte das dortige Landgericht den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. Heute gilt der Braunschweiger „Remer-Prozess" als bedeutendster Prozess mit politischem Hintergrund seit den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen und vor dem Frankfurter Auschwitz-Prozess (Fröhlich 2005: 17).

2 | Der 20. Juli 1944, Remer und die Nachkriegszeit

Von den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik wissen heute nur noch 45% um die Ereignisse des 20. Juli 1944, unter den 16 bis 29-Jährigen sind es gerade noch 26% (Allensbach 2014: 2). Was hatte sich am 20. Juli 1944 ereignet? Der Wehrmachtsoffizier Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Verbündeten wollten Hitler am 20. Juli 1944 im Rahmen eines Staatsstreichs töten. Es gelang ihm, eine Bombe in das scharf bewachte Führerhauptquartier in Ostpreußen einzuschleusen und während der Lagebesprechung explodieren zu lassen. Schleunigst flog Stauffenberg nach Berlin, um dort den Umsturz auszulösen und Raum für Friedensverhandlungen zu schaffen. Aber Hitler hatte überlebt und erteilte dem Wehrmachtsoffizier Remer persönlich den Befehl, mit dem Wachbataillon „Großdeutschland" den Aufstand niederzuschlagen. Remers Truppen besetzten den Bendlerblock, die Berliner Zentrale der Verschwörer. Soldaten

erschossen noch in derselben Nacht die vier Hauptverantwortlichen: Stauffenberg und drei weitere Offiziere. Remer wurde von Hitler aus Dank zum Generalmajor befördert (Fröhlich 2006: 31).

Nach einem perfiden Plan wurden die überlebenden Widerstandkämpfer unter Vorspiegelung streng rechtlichen Vorgehens als Verräter verfolgt und rücksichtslos vernichtet. Ein eigens geschaffener „Ehrenhof" von Generalen und Feldmarschällen stieß 84 Offiziere des Heeres aus der Wehrmacht aus, damit sie vom Volksgerichtshof, nicht vom eigentlich zuständigen Reichskriegsgericht, in Schauprozessen unter Vorsitz des Präsidenten Roland Freisler abgeurteilt werden konnten. Bereits am 7. und 8. August 1944 fand der erste Prozess gegen die „Verräter"-Offiziere statt, darunter Oberleutnant Peter Graf Yorck von Wartenburg und Generalleutnant Paul von Hase, die noch am Tag des Urteils hingerichtet wurden. In mehr als 50 weiteren Prozessen folgten über 110 Todesurteile. Im September ergingen Todesurteile gegen die zivilen Widerstandkämpfer um den designierten Reichskanzler Goerdeler, darunter Julius Leber und Prof. Dr. Jens Jessen. Ab Januar 1945 fanden die Prozesse gegen Helmuth James Graf von Moltke und die Angehörigen des Kreisauer Kreises statt, alle dazugehörigen Mitglieder wurden hingerichtet. Im Februar 1945 ergingen Todesurteile gegen die Gruppe um Klaus Bonhoeffer, darunter Hans John.[1]

Die vom Vorsitzenden Richter Freisler verkündeten Urteile stellen Nazipropaganda in Urteilsform dar. Der Tenor des Urteils vom 8. September 1944 gegen Goerdeler u.a. „wegen Verrats" ist charakteristisch: „Ehrgeizzerfressene, ehrlose, feige Verräter sind Karl Goerdeler, Wilhelm Leuschner, Josef Wirmer und Ulrich von Hassell. Sie verschworen sich – Goerdeler sogar als politischer Kriegsspion für unsere Feinde – mit einer Gruppe eidbrüchiger Offiziere, die unseren Führer ermorden wollten, als Minister einer feindhörigen Verräterregierung unser Volk in dunkler Reaktion zu knechten und unseren Feinden auf Gnade und Ungnade auszuliefern. (...) Statt mannhaft wie das ganze Volk, dem Führer folgend, unseren Sieg zu erkämpfen, verrieten sie – wie niemand je in unserer Geschichte – mitten im Daseinskampf das Opfer unserer Krieger, Volk, Führer und Reich, alles wofür wir leben und kämpfen. Sie werden mit dem Tode bestraft. Ihr Vermögen verfällt dem Reich".[2]

In den Nachkriegsjahren wurde der Widerstand zunächst vorwiegend negativ bewertet. Es sei das „Odium des Verrats" gewesen, das die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer lange Zeit umgeben habe, sie und ihre Familien seien ebenso wie die Opfer der Gewaltherrschaft und deren Angehörige in der Minderheit geblieben (Tuchel 2014: 18). Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach beurteilten im Jahr 1951 nur 38% der Frauen und 43% der Männer die Widerstandskämpfer positiv (zitiert nach Tuchel 2014: 23). Der Deutschlandfunk berichtete, 1950 habe ein Viertel der Deutschen geglaubt, dass der Zweite Weltkrieg aufgrund von Verrat und Sabotage verloren worden sei. Eine vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebene Umfrage im Sommer 1951 habe ergeben, dass etwa 60% aller ehemaligen Berufssoldaten den Aufstand vom 20. Juli 1944 strikt ablehne.[3]

Bundespräsident Theodor Heuss weigerte sich 1950, im Rundfunk Worte der Würdigung und des Gedenkens an den 20. Juli 1944 zu sprechen und äußerte sich erst 1954 anerkennend (Tuchel 2014: 23). Den Angehörigen der Widerstandskämpfer riet er davon ab, wegen der Verleumdungen Gerichtsverfahren anzustrengen, denn die Justiz sei für solche Geschichtsurteile, die keine Gerichtsurteile seien, unzuständig (Fröhlich 2011: 247). Fröhlich berichtet über einen Artikel Claus Jacobis in der Wochenzeitung *Die Zeit* vom 20. Juli 1951: Die „Verräter" von damals gälten beinahe schon wieder als „Verräter" (Fröhlich 2005: 17). Der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Soldaten in Bayern betonte im Oktober 1951, dass für die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 kein Platz in einer neuen deutschen Armee sei, denn

ihre Rückkehr könne zu einer Gefährdung des soldatischen Geistes führen, ohne den jeder Wehrbeitrag undenkbar sei (Tuchel 2014: 19). Remers Hetzpropaganda zielte anscheinend auf den Zeitgeist.

3 | Der Weg zum Prozess

Remers Straftat bot Generalstaatsanwalt Bauer die Gelegenheit, eine gerichtliche Entscheidung über die Rechtfertigung des Widerstandes herbeizuführen. Bauer kannte den „meinungsbildenden Einfluss, den die Menschen den Eingriffen der Gerichte einräumen" (Wassermann 1984: 77) und wollte ihn nutzen. Ein Urteil gegen Remer sollte die *Widerstandskämpfer rehabilitieren*, das *Naziregime als Unrechtsstaat* entlarven und das *Widerstandsrecht anerkennen*. Für eine Verurteilung wegen übler Nachrede (§ 186 StGB) hätte genügt, dass Remers Behauptung, die Widerstandskämpfer seien Hoch- und Landesverräter gewesen, nicht bewiesen werden konnte. Bauer wollte jedoch darüber hinaus beweisen, dass die Behauptung des Hoch- und Landesverrats falsch war.

Die angestrebte Anklage gegen Remer musste sich auf die Beleidigung der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 konzentrieren. Denn eine Bestrafung Remers wegen übler Nachrede kam nur in Betracht, weil dieser klar bestimmte Personen, nämlich diejenigen, die „zum 20. Juli gehört" hatten, und nicht etwa vage „alle Widerstandskämpfer" angegriffen hatte. Allerdings war die Beschränkung auf die Verunglimpfung der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 auch opportun, denn die Bundesregierung hatte auf Drängen der Alliierten noch kurz vor der Anklageerhebung eine Ehrenerklärung für sie abgegeben (Fröhlich 2006: 65; Wojak 2009: 269). Der Widerstand anderer, etwa der „Roten Kapelle", war von einer solchen Anerkennung noch weit entfernt.

Bei der Staatsanwaltschaft Braunschweig hatte Oberstaatsanwalt Erich Günther Topf über Lehrs Strafantrag zu entscheiden. Topf war Mitglied der NSDAP und Rottenführer in der SA gewesen. Im Februar 1949 hatte der Legal Adviser der britischen Militärregierung wegen der NSDAP- und SA-Mitgliedschaft Topfs außerordentliche Bedenken gegen dessen Einstellung erhoben, die Topf allerdings zerstreuen konnte. Oberstaatsanwalt in Braunschweig war er geworden, nachdem er seine Mitgliedschaft als rein nominelle beschrieben hatte. Bauer führte dienstrechtliche Ermittlungen wegen des Verdachts, Topf habe bei seiner Einstellung falsche Angaben über seine Vergangenheit gemacht (Fröhlich 2006: 59f.).

Ende September 1951 stellte Oberstaatsanwalt Topf das Ermittlungsverfahren ein. Bauer erfuhr davon, stellte ihn zur Rede und wies ihn an, Remer anzuklagen. Bevor er der Weisung Folge leistete, wurde Topf aber auf eigenen Wunsch an die Staatsanwaltschaft Lüneburg in den Geschäftsbereich des ihm wohlgesonnenen Celler Generalstaatsanwalts abgeordnet (Fröhlich 2006: 57ff.). So erhob Staatsanwalt Herzog für die Staatsanwaltschaft Braunschweig am 18. November 1951 Anklage bei der Großen Strafkammer des Landgerichts wegen übler Nachrede zum Nachteil des Bundesministers Lehr „als einer Person, die zum Kreis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 gehört hatte".

Remer wurde zur Last gelegt, in der Wahlveranstaltung am 3. Mai 1951 gesagt zu haben: „Es wird die Zeit kommen, in der man schamhaft verschweigt, dass man zum 20. Juli 1944 gehört hat. Wenn man schon bereit ist, Hochverrat zu begehen, dann bleibt die Frage offen, ob nicht in sehr vielen Fällen dieser Hochverrat gleich Landesverrat ist. Diese Verschwörer sind zum Teil in starkem Maße Landesverräter gewesen, die vom Auslande bezahlt wurden" (Fröhlich 2005: 32f.). Die Anklageschrift zitiert auch Remers Einlassung im Ermittlungsverfahren, in der er sich als überzeugter Agitator im Kampf um die Deutung des Widerstandes gibt: „Ich würde nicht heute auf der politischen Bühne stehen, wenn ich nicht hundertprozentig von der Richtigkeit meiner Handlungsweise am 20. Juli 1944 überzeugt wäre. Ich würde in der gleichen Situation noch einmal dasselbe tun. Es ist notwendig, dass sich gerade am Problem

des 20. Juli 1944 die Gemüter klären müssen."[4]

Zur Verhandlungskonzeption Bauers gehörte eine Reihe von Persönlichkeiten, die gleichsam als neue Deutungselite Remer entgegentreten sollten. Der Anklage schlossen sich Marion Gräfin Yorck von Wartenburg, Annedore Leber, Uwe Jessen und Alexander von Hase als Nebenkläger an (Wassermann 1984: 71, 79; Fußnoten 8ff.). Als Zeugen lud die Staatsanwaltschaft den Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes Otto John, Bruder des ermordeten Hans John, den späteren Richter des Bundesverfassungsgerichts Fabian von Schlabrendorff, den Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek und den Bruder des ermordeten Pfarrers Dietrich Bonhoeffer, Karl Friedrich Bonhoeffer (Wojak 2009: 272). Historische, militärische und theologische Sachverständige sollten die rechtfertigenden Umstände des Widerstands darlegen.

4 | Die Beweisaufnahme[5] und Bauers Plädoyer

Die Hauptverhandlung fand am 7., 8., 10., 11. und 15. März 1952 unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Joachim Heppe statt, der als Wehrmachtsoffizier erst Anfang 1950 aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war. Bereits im NS-Regime war er Richter gewesen (Fröhlich 2006: 66; Fußnote 167). Heppe stellte klar, es gehe in diesem Prozess nicht um ein Ehrenverfahren für die Widerstandskämpfer, sondern nur um die Tat des Angeklagten (Wassermann 1984: 74). Der Gerichtssaal war überfüllt, lange Schlangen von ZuschauerInnen bildeten sich an jedem Sitzungstag, Presse und Rundfunk berichteten laufend über den Prozess. Remer wurde aus der Haft vorgeführt, denn er verbüßte eine Strafe von vier Monaten aus einem Urteil des Landgerichts Verden wegen Beleidigung der Bundesregierung (Wassermann 1984: 71).

Zu den Motiven des Umsturzversuchs sagten die Nebenkläger und die geladenen Widerstandskämpfer aus: Es sei darum gegangen, Deutschland vor dem katastrophalen Ende zu bewahren, die sinnlose Weiterführung des Krieges zu verhindern, die Hinmordung tausender Menschen zu beenden, den Tyrannen aus christlicher Verantwortung zu beseitigen und in keinem Fall darum, Deutschland zu schaden.

Der Historiker Percy Schramm entzog der Propaganda den Boden, der Krieg sei durch den „Dolchstoß" der Widerstandskämpfer in den Rücken der Soldaten verloren gegangen. Schramm hatte das offizielle Kriegstagebuch der Wehrmacht geführt und stellte fest: Die militärische Lage sei am 20. Juli 1944 ausweglos gewesen, der verlorene Krieg könne weder durch Sabotage noch durch Verrat erklärt werden (Schramm 1953: 74, 77, 80). Generalleutnant a.D. Friebe beschrieb, dass die Nachricht von dem Umsturzversuch 1944 bei manchen Offizieren zum Nachdenken geführt habe. Sieben Jahre danach sei vielen klar, dass die Widerstandskämpfer sich „aus tiefem Verantwortungsgefühl und wahrer Vaterlandsliebe" dazu durchgerungen hätten, ihren Eid gegenüber Hitler zu brechen. In diesem Einzelfall sei der Eidbruch vertretbar, ansonsten jedoch habe der Soldat den „Eid zu halten, und zwar bedingungslos" (Friebe 1952: 102).

Die evangelischen Theologen Iwand und Wolf begründeten das Recht zum Eidbruch und zum Tyrannenmord aus christlicher Verantwortung. Der Staat habe nach der Bibel die Aufgabe, die Guten zu schützen und die Bösen zu strafen (Römer 13). Der Christ habe die Pflicht, eine Umkehrung dieser Bestimmung unter allen Umständen zu verhindern (Römer 12, 1). Den Männern des 20. Juli könne höchstens der Vorwurf gemacht werden, dass sie zu spät eingegriffen hätten. Für ihr Zuspätkommen könne entschuldigend angeführt werden, dass die reformatorische Lehre von einem gebotenen Widerstand innerhalb der evangelischen Kirche seit langem in Verfall geraten und hinter der anderen Lehre vom leidenden Gehorsam zurückgetreten sei (Iwand/Wolf 1952: 16ff.).

Der katholische Theologe Angermair hob das christliche Gewissen des Einzelnen als Rechtfertigung des Widerstands nach der

Bibel hervor (Römer 14, 23). Wer nach seiner vernünftigerweise möglichen ehrlichen persönlich-subjektiven Überzeugung handele, begehe niemals Sünde, wenn alle sonstigen Mittel der „Not-Wehr" keine Hilfe brächten und er verantwortungsbewusst zur Milderung nationalen Unglücks tätig werde. Dann stehe auch ein geleisteter Eid nicht entgegen. Geeigneter Gegenstand eines eidlichen Versprechens sei nur das Sittlich-Gute. Niemand könne „bei Gott schwören", dass er „Gott beleidigen" wolle, wenn der höchste Vorgesetzte es befehle. Nach der Bibel (Apostelgeschichte 5, 29) müsse man „Gott mehr gehorchen als den Menschen". Darum gebe es keinen gültigen Eid zum bedingungslosen Gehorsam gegenüber einer Einzelperson. Ein zum Verräter am Gemeinwohl gewordener Tyrann könne nicht mehr verraten werden, er sei überhaupt nicht mehr „hochverratsfähig" (Angermair 1952: 30ff., 36).

Der Historiker Seraphim betonte die „Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Deutschland durch Beseitigung des Regimes" und die „Erhaltung des deutschen Volkes und Staates in Freiheit und Unabhängigkeit" als Ziele der Widerstandskämpfer. Für den Fall



© Gerhard Gronefeld, Deutsches Historisches Museum, Berlin.

Remer-Prozess – Fritz Bauer und Staatsanwalt Rolf Herzog im Gespräch.

des Misslingens sei es ihnen darauf angekommen, vor der Welt unter Einsatz des Lebens zu beweisen, dass das deutsche Volk und der Nationalsozialismus nicht das gleiche gewesen seien (Seraphim 1953: 55f.).

Remer verteidigte sich damit, dass er bei seiner Rede zwischen Hochverrat und Landesverrat unterschieden habe. Die Männer des 20. Juli 1944 hätten zwar Hochverrat begangen, jedoch zolle er ihnen Achtung, soweit sie den inneren Umsturz aus politischem Idealismus angestrebt hätten. Alle diejenigen aber, die während des Krieges mit den Feinden in Verbindung gestanden hätten, lehne er als Landesverräter ab. Das habe er bei seinen Wahlkampfreden immer vertreten und mit der Frage verbunden, inwieweit vor allem im Kriege Hochverrat gleich Landesverrat sei.

Nach viertägiger Beweisaufnahme beantragte Bauer[6], den Angeklagten wegen übler Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu verurteilen. Die für das Urteil zentrale, vorab zu klärende Rechtsfrage lautete aus Bauers Sicht: „Waren die Männer des 20. Juli Hoch- und Landesverräter?" Er stellte klar, dass es dabei nicht um die Erkenntnismöglichkeiten und das Handeln Remers im Jahre 1944 gehe, sondern um seine Propaganda im Jahre 1951: „Was am 20. Juli 1944 vielen noch dunkel vorgekommen sein mag, ist heute durchschaubar, was damals verständlicher Irrtum gewesen sein mag, ist heute unbelehrbarer Trotz, böser Wille und bewusste Sabotage unserer Demokratie". Er bekräftigte, dass den Nazis und ihren Anhängern nicht die rechtliche Deutung des Widerstandes überlassen werden dürfe: „Die Frage, ob die Männer des Widerstandskampfes vom 20. Juli Hoch- oder Landesverräter waren, ist schon einmal entschieden worden. Sie wurde unter Missbrauch strafprozessualer Formen vom Volksgerichtshof (...) unter Freisler bejaht. Heute geht es um eine ‚Wiederaufnahme' dieses Verfahrens. Es ist die Aufgabe der Staatsanwaltschaft, Aufgabe der Richter des demokratischen Rechtsstaates, die Helden des 20. Juli (...) zu rehabilitieren, auf Grund (...) des damals und heute, des ewig geltenden Rechts."

Zur *Rehabilitation der Widerstandskämpfer* maß Bauer ihr Handeln am 1944 gültigen Gesetz. Nach dem Strafgesetzbuch beging Verrat nur, „wer mit dem Vorsatz, das Wohl des Reiches zu gefährden" handelte (§ 88 StGB) oder „mit dem Vorsatz, schwere Nachteile für das Reich herbeizuführen, zu einer ausländischen Regierung in Beziehung tritt" (§ 91 StGB) oder „mit dem Vorsatz, der Kriegsmacht des Reiches einen Nachteil zuzufügen" handelte (§ 91b StGB). Nach der Beweisaufnahme sei es ausgeschlossen, irgendeinem Teilnehmer am 20. Juli vorzuwerfen, er habe den Vorsatz gehabt, Deutschland zu schaden. Einziges Ziel ihrer Handlungen sei es gewesen, Deutschland zu retten. Sie hätten gewusst, dass der Krieg verloren gewesen sei und jeder Versuch, den Krieg abzukürzen, eine Ersparnis deutscher Menschenleben, „deutscher Arme und Beine" bedeutet habe. „Am 20. Juli war das deutsche Volk total verraten, verraten von seiner Regierung, und ein total verratenes Volk kann nicht mehr Gegenstand eines Landesverrats sein. Genau so wenig, wie man einen toten Mann durch einen Dolchstoß töten kann." Er appellierte an das Gericht, bei seinem Urteil über den misslungenen Umsturzversuch auch nicht zu vergessen: „Das, was die Widerstandskämpfer vollbracht haben, war das größte nationale Aktivum, mit dem wir Deutschen am Ende des Krieges den Alliierten entgegentreten konnten; es war das einzige Aktivum, das wir ins Feld führen konnten, als die Kollektivschuld uns ins Gesicht geschleudert wurde. Es war ein Aktivum, das wir dem Widerstandskampf und nur ihm verdanken."

Remers Vorwurf des Hochverrats gegen die Widerstandskämpfer gab Bauer die Gelegenheit, das Naziregime als *Unrechtsstaat* zu qualifizieren. Er argumentierte zunächst auf der Ebene des Staatsrechts und unterstrich, dass Hochverrat eine legale Verfassung voraussetze, das Dritte Reich aber eine staatsrechtlich usurpierte, illegale Macht gewesen sei. Das Regime habe unter Missachtung der Weimarer Verfassung mit Notverordnungen, mit dem Ermächtigungsgesetz, mit dem Eid

der Beamten und Soldaten zum unbedingten persönlichen Gehorsam gegenüber Hitler und mit Führererlassen die Macht an sich gerissen. Die Machtergreifung sei keinesfalls durch Anerkennung des Volkes staatsrechtlich gültig geworden. Vielmehr „(...) beweist die dauernde Einrichtung der Gestapo, das Blockwartsystem und die sonstige Handhabung eines ungeheuren Drucks gegenüber der Bevölkerung, dass von einer freiwilligen Zustimmung keine Rede sein kann, denn sonst wären diese Maßnahmen vollkommen überflüssig gewesen".

Der NS-Staat sei aber auch seinem Inhalt nach ein *Unrechtsstaat* mit einem Gewalt- und Willkürsystem gewesen, der das *Recht zum Widerstand* begründe. Seine Gesetzgebung habe den Grundsatz der Gleichheit grundsätzlich abgelehnt, Grundrechte seien mit Füßen getreten, Millionen Menschen seien umgebracht worden. Wenn der Grundsatz der Gleichheit bei der Setzung des positiven Rechts überhaupt verleugnet werde, dann entbehre das Gesetz der Rechtsnatur und sei überhaupt kein Recht. Die Formulierung Angermairs aufgreifend betonte er, ein *Unrechtsstaat* sei überhaupt nicht hochverratsfähig: „Ein *Unrechtsstaat*, der täglich zehntausende Morde begeht, berechtigt jedermann zur Notwehr gemäß § 53 StGB. Jedermann war berechtigt, den bedrohten Juden oder den bedrohten Intelligenzschichten des Auslandes Nothilfe zu gewähren. Insoweit sind alle Widerstandshandlungen durch den § 53 StGB gedeckt."

Die Überzeugungskraft seines Arguments versuchte Bauer zu verstärken, indem er das Widerstandsrecht in die Rechtsgeschichte einordnete. Er erinnerte an den Sachsenspiegel, an „das germanische Widerstandsrecht unserer Vorfahren" und an „die alte deutsche Demokratie". Der Untertaneneid sei auf Treue gegangen, und Treue setze Gegenseitigkeit voraus. Den Anspruch auf Treue der Untertanen habe der König verloren, wenn er das Recht gebrochen habe. Aber Bauer stellte auch klar: „Es gibt kein Widerstandsrecht im Rechtsstaat, solange die Menschenrechte gewahrt werden, solange eine Möglichkeit zur Opposition besteht und einem Parlament Gelegenheit zur Gesetzgebung gegeben ist, solange unabhängige Gerichte walten und die Gewalten geteilt sind".

Bauer beantragte keine bestimmte Strafe gegen Remer. Vielleicht wollte er ausdrücken, was später eine Überlebende des Konzentrationslagers Auschwitz bekräftigte: „Es geht nicht um die Strafe (...), es geht um das Urteil, die Stellungnahme der Gesellschaft" (Steinberger 2015: 3).

5 | Das Urteil

Mit Urteil vom 15. März 1952 (siehe Anmerkung 5) stellte das Gericht fest, dass Remer bei der Wahlkampfrede am 5. März 1951 „im Bewusstsein der Rechtswidrigkeit seiner Verlautbarung" behauptet hatte, die Männer des 20. Juli 1944 seien in starkem Maße Landesverräter gewesen, die vom Ausland dafür bezahlt worden seien. Es verurteilte Remer dafür zu drei Monaten Gefängnis. Wegen Remers Behauptung, die Widerstandskämpfer hätten Hochverrat begangen, verurteilte es ihn nicht. Das Gericht meinte, den Inhalt der Rede nicht mit letzter Sicherheit feststellen zu können. Es folgte stattdessen Remers Einlassung, dass er „aus Gewissensnot handelnden Hochverrätern, soweit sie nur den inneren Umsturz erstrebt hätten", seine Achtung ausgesprochen habe. Daher sei ihm das Bewusstsein von dem ehrenkränkenden Charakter seiner Äußerung nicht nachzuweisen. Das ist erstaunlich, denn Remer hatte immerhin bei einer Wahlveranstaltung am 15. März 1951 in Braunschweig klargestellt: „Ich verbitte es mir, mich Nazi zu nennen. Ich war, ich bin und bleibe Nationalsozialist." (Frei 1966: 326). Einen Nationalsozialisten, der Widerstandskämpfern seine Achtung ausspricht, hatte es bis dahin noch nicht gegeben. Das Gericht vermied dadurch aber, sich mit den Argumenten Bauers zur Rechtfertigung des Tyrannenmords auseinanderzusetzen und den Widerstand gegen das

NS-Regime als grundsätzlich gerechtfertigt anzuerkennen.

Die Verteidiger Remers hatten beantragt, einige für Todesurteile verantwortliche Nazi-Juristen als Zeugen dafür zu vernehmen, dass ein Teil der Widerstandskämpfer Landesverräter gewesen sei. Das Gericht wies den Antrag zurück: Diese Behauptung betreffe eine Rechtsfrage, deren Beurteilung der Entscheidung des Gerichts vorbehalten bleiben müsse. Damit war der dreiste Versuch Remers gescheitert, die alte NS-Deutungselite weiterhin das Maß bestimmen zu lassen. Der Nebenkläger von Hase hatte den Antrag auf Vernehmung des Anklägers beim Volksgerichtshof Lautz mit dem Ausruf kommentiert: „Das ist einer der übelsten Halunken, der je in einem deutschen Gericht gesessen hat!" (Wassermann 1984: 72). Lautz hatte die Todesstrafe für den Vater von Hases beantragt.

Zum Vorwurf des Landesverrats gegen die Widerstandskämpfer führte das Gericht aus, in der Tat hätten sie mit dem Ausland Verbindung gehabt, aber nur, um den inneren Umsturz durch Fühlungnahme mit den Feindmächten abzuschirmen: „Auf keinem dieser Männer ruht (...) auch nur der Schatten des Verdachtes, jemals für irgendeine (...) Handlung vom Ausland bezahlt worden zu sein." Zu den Verhältnissen im Jahre 1944 stellte das Gericht fest: „Ein Staat, dessen Staatsführung (...) Unrecht nicht nur duldet, sondern zur Durchsetzung der politischen Ziele unter Außerachtlassung der unabdingbaren Menschenrechte bewusst durchführt (...), kann nicht mehr beanspruchen, als Rechtsstaat, d. h. als ein in jeder Beziehung unter Wahrung rechtsstaatlicher Garantien nach rechtsstaatlichen Grundsätzen regierter Staat bezeichnet zu werden."

Die Kriegslage 1944 fasste das Urteil mit dem Satz zusammen: „Die Schlusskatastrophe war gewiss, nur über ihr Datum konnte man noch streiten." Die Verhältnisse hätten gebieterisch die Beseitigung des Hitler-Regimes verlangt. Beweggründe der Widerstandskämpfer für die Beseitigung des Regimes seien die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Deutschland und die Erhaltung des deutschen Volkes und Staates in Freiheit und Unabhängigkeit gewesen. Im Anschluss an Bauers Plädoyer und Diktion führte die Strafkammer schließlich aus, „dass die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944, mögen bei den Einzelnen nun christliche, rechtliche, soldatische, politische oder soziale Erwägungen auslösend gewirkt haben, durchweg aus heißer Vaterlandsliebe und selbstlosem bis zur bedenkenlosen Selbstaufopferung gehendem Verantwortungsbewusstsein gegenüber ihrem Volk die Beseitigung Hitlers und damit des von ihm geführten Regimes erstrebt haben. Nicht mit der Absicht, dem Reich (...) zu schaden, sondern allein mit der Absicht (...) zu helfen." Eine Stellungnahme zu der von Bauer verneinten verfassungsrechtlichen Legalität des Dritten Reiches lehnte das Gericht allerdings ausdrücklich als unerheblich ab.

Remers Wunsch, zum Beweis des Landesverrats die Urteile des Volksgerichtshofs gegen die Widerstandskämpfer heranzuziehen, kam das Gericht nicht nach. Urteile für Taten, die ausschließlich aus Gegnerschaft zum Nationalsozialismus begangen worden waren, seien mit dem „heutigen" Rechtsdenken unvereinbar. Die Prozesse vor dem Volksgerichtshof hätten den Charakter nationalsozialistischer Schau- und Propagandaprozesse getragen. Als strafschärfend berücksichtigte das Gericht, dass der Angeklagte noch in den Anschauungen des Jahres 1944 lebe und sich von diesen Anschauungen auch sieben Jahre nach Kriegsende nicht habe lösen können: „Was aber damals am 20. Juli 1944 verständlicher Irrtum war, ist heute als unbelehrbarer Trotz anzusehen."

6 | Die Stärke Fritz Bauers

Recht entsteht nicht von allein. Stets ist es auf Persönlichkeiten angewiesen, die seine Verwirklichung zu ihrer Sache machen. Bauer zog seine außerordentliche Kraft aus der Überzeugung, dass Recht nottut, um die Mächtigen und Starken zu zügeln, um sie zu hindern, dass sie die Schwachen vergewaltigen (Bauer 1966: 252). Dabei verstand er es, die „Entfaltungs-

möglichkeiten moralischer Freiheit gerade im Rahmenwerk des Rechts" (Voßkuhle 2013: 11) couragiert zu nutzen. Bauer war von der gestaltenden Funktion und der politischen Wertbezogenheit der Rechtsprechung überzeugt. Das Strafverfahren betrachtete er als Bestandteil eines Deutungsprozesses für die Vergangenheit (Fröhlich 2006: 25f.).

In seinem Aufsatz „Im Kampf um des Menschen Rechte" (Bauer 1969: 205ff.) legt Bauer sein Verständnis von der Verantwortung des Juristen dar. Bloße Gesetzeshörigkeit reiche nicht aus: „Dann arbeiten die Gesetze und ihre Techniker wie eine Maschine; ihre Leistungen mögen standardisiert und berechenbar sein, aber dahinter steht das erbarmungslose Pathos des kalten Satzes: es lebe das Gesetz, mag auch die Welt untergehen. Gerade in unserer technisierten Zeit sollte aber kein Raum mehr für solch juristisches Technokratentum sein. Dem menschlichen Faktor eine Gasse zu bahnen, ist die Aufgabe aller Berufe, vor allem der Juristen, denn Gesetze sind nun einmal nicht auf Pergament, sondern auf empfindliche Menschenhaut geschrieben. Vom Gesetzesfetischismus führt ein schnurgerader Weg zu den Konzentrationslagern von Auschwitz und Buchenwald. (...) Eine Justiz, die zu einer solchen bloßen Gesetzestechnik entartete, war dann auch dem Ansturm des nazistischen Unrechtsstaates, der Unrecht in Gesetzesform schuf, nicht gewachsen."

Den Rückzug vieler Juristen auf bloßen Gesetzesgehorsam kritisiert er scharf. Aus Friedrich Schillers akademischer Antrittsrede und dessen Antwort auf die Frage, warum so leicht „dem Rechtsgelehrten seine Rechtswissenschaft entleide", zitiert er: „Er fühlt sich abgeschnitten, herausgerissen aus dem Zusammenhang der Dinge, weil er unterlassen hat, seine Tätigkeit an das große Ganze der Welt anzuschließen." Bauer verlangt vom Juristen, seine Passivität, die bequeme Haltung eines politischen „ohne-mich", nicht als Objektivität auszugeben, sondern mit gutem Beispiel voranzugehen und sich seiner staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten zu besinnen. Demokratie sei „kein Dampfer, dessen Kapitän man sich anvertraut, sondern ein Boot, in dem wir alle mitrudern müssen".

Das Recht, dem das Engagement des Juristen zu gelten habe, sei „ein Recht, das allen nationalen Gesetzgebungen vorgelagert und übergeordnet ist und durch keine Beschlüsse eines Parlaments oder den Befehl eines ‚Führers' außer Kraft gesetzt werden kann. Es ist durch eine Art Plebiszit des modernen Menschen geschaffen; es hat durch den griechischen Humanismus, die biblische Ethik, durch die Kämpfe erst der Bürger, später der Arbeiter um Freiheit und Gleichheit Gestalt gewonnen. (...) es steht fest, dass menschliche Gemeinschaft, Friede und Gerechtigkeit auf der Welt nicht denkbar sind ohne den Respekt vor der Würde eines jeden Menschen."

Als Generalstaatsanwalt folgte Bauer couragiert seiner Überzeugung. Er war „vielleicht einer der letzten großen, wirklich großen Generalstaatsanwälte, kein Bürokrat, sondern juristischer Entrepreneur, ein Unternehmer, und nicht das, was wir gemeinhin ein Rädchen in der Maschine oder einen Bürokraten nennen" (Kempner 1969: 24).

7 | Schlussbemerkungen

Die Verteidiger Remers legten gegen das Urteil Revision ein, die der Bundesgerichtshof durch Urteil vom 11. Dezember 1952 – 5 StR 707/52 – als unbegründet verwarf (Wassermann 1984: 77).

Die Sozialistische Reichspartei wurde durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1952 – 1 BvB 1/51 – für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Die Urteile des Volksgerichtshofes, deren „Wiederaufnahme" Bauer in Braunschweig betrieb, wurden erst am 25. August 1998 durch das Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege – BGBl. I S. 2501 – pauschal aufgehoben.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker würdigte die Widerstandskämpfer in seiner Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985: „Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer

des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten“ (Weizsäcker 1985: II).

Eine Wanderausstellung der Generalstaatsanwaltschaft und des Instituts für Braunschweigische Regionalgeschichte erinnert an den Prozess vor 63 Jahren.[7]

Norbert Wolf ist Generalstaatsanwalt in Braunschweig. Trat nach dem Jurastudium in Göttingen im Jahre 1981 als Proberichter in die niedersächsische Justiz ein. Er begann bei der Staatsanwaltschaft Hannover und wurde 1991 für zwei Jahre zum Bundesjustizministerium abgeordnet, wo er im Bereich Internationales Strafrecht arbeitete. 1994 wurde Wolf zum Oberstaatsanwalt in Hildesheim befördert. Seit Januar 2001 leitete er als Leitender Ministerialrat die Referatsgruppe Strafrecht im Niedersächsischen Justizministerium.

Kontakt: Norbert.Wolf@justiz.niedersachsen.de

Anmerkungen

[1] Gedenkstätte Plötzensee 2015: Der 20. Juli 1945. Online: http://www.gedenkstaette-ploetzensee.de/12_dt.html (02.07.2015): 12f.

[2] Gedenkstätte Plötzensee 2015: Der 20. Juli 1945. Online: http://www.gedenkstaette-ploetzensee.de/12_dt.html (02.07.2015): 13.

[3] Deutschlandfunk 2006: Kalenderblatt vom 02.10.2006. Online: http://www.deutschlandfunk.de/bekenntnis-auf-druck-der-alliierten.871.de.html?dram:article_id=125650 (02.07.2015).

[4] Kopie der Anklageschrift 1 Js 515/51 in den Generalakten der Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig.

[5] Hinweise auf die Beweisaufnahme ergeben sich aus dem Urteil des Landgerichts vom 15. März 1952 – 1 K Ms 13/51 –. In: Kraus, Herbert (Hg.) 1953: Die im Braunschweiger Remerprozess erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil. Hamburg: Girardet&Co: 105–136.

[6] Plädoyer im Remer-Prozess. Online: http://www.braunschweiger-zeitung.de/media/755236--2695/Plaedoyer-Fritz-Bauer-Remer-Prozess-1952.pdf (06.03.2015).

[7] Fröhlich, Claudia (Kuratorin)/Biegel, Gerd 2012: Der Prozess um den 20. Juli. Das Braunschweiger Verfahren gegen Otto Ernst Remer 1952. Eine Ausstellung im Landgericht Braunschweig vom 16. Juli bis zum 28. September 2012. Online: http://www.staatsanwaltschaften.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=31001&article_id=106904&_psmand=165 (05.03.2015).

Literatur

Allensbach, Institut für Demoskopie 2014: Erinnerung an den 20. Juli 1944 verblasst. Allensbacher Kurzbericht 17. Juli 2014. Online: http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/PD_2014_13.pdf (02.07.2015).

Angermair, Rupert 1952: Moraltheologisches Gutachten über das Widerstandsrecht nach katholischer Lehre. In: Kraus, Herbert (Hg.) 1953: Die im Braunschweiger Remerprozeß erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil. Hamburg: Girardet&Co, 29-39.

Bauer, Fritz 1966: Auf der Suche nach dem Recht. Stuttgart: Franckh´sche Verlagshandlung.

Bauer, Fritz 1969: Im Kampf um des Menschen Rechte. In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 6, 205–210. Online: http://www.humanistische-union.de/nc/publikationen/vorgaenge/online_artikel/online_artikel_detail/browse/11/back/nach-autoren/article/im-kampf-um-des-menschen-rechte, 1-3 (05.03.2015).

Frei, Norbert 1966: Vergangenheitspolitik. München: Beck.

Friebe, Helmut 1952: Gutachten über die Stellung des Offizierkorps zum 20. Juli 1944. In: Kraus, Herbert (Hg.) 1953: Die im Braunschweiger Remerprozeß erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst

Urteil. Hamburg: Girardet&Co, 83-103.

Fröhlich, Claudia 2005: Der Braunschweiger Remer-Prozess 1952. Zum Umgang mit dem Widerstand gegen den NS-Staat in der frühen Bundesrepublik. In: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.): Schuldig. NS-Verbrechen vor deutschen Gerichten. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 9, 17-27.

Fröhlich, Claudia 2006: Wider die Tabuisierung des Ungehorsams. Fritz Bauers Widerstandsbegriff und die Aufarbeitung von NS-Verbrechen. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Fröhlich, Claudia 2011: Freispruch für Bonhoeffers Richter. Personelle Kontinuität als strukturelle Hypothek für die Rechtsprechung in der Bundesrepublik am Beispiel des NS-Juristen und Richters am BGH Ernst Mantel. In: Wette, Wolfram/Perels, Joachim (Hg.): Mit reinem Gewissen. Wehrmachtsrichter in der Bundesrepublik und ihre Opfer. Berlin: Aufbau, 241-261.

Iwand, Hans-Joachim/Wolf, Ernst 1952: Entwurf eines Gutachtens zur Frage des Widerstandsrechts nach evangelischer Lehre. In: Kraus, Herbert (Hg.) 1953: Die im Braunschweiger Remerprozeß erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil. Hamburg: Girardet&Co, 9–18.

Kempner, Robert Max Wasilii 1969: Liebe Freunde und Kollegen hier im Dornbusch. Nachruf anlässlich der Trauerfeier für Fritz Bauer. In: Hessischer Minister der Justiz (Hg.): Fritz Bauer in Memoriam. Wiesbaden: Eigenverlag, 23-26.

Kempner, Robert Max Wasilii 1977: Einleitung zur Neuausgabe. In: Sling: Richter und Gerichtete. Gerichtsreportagen aus den zwanziger Jahren. München: Deutscher Taschenbuchverlag, 7-10.

Schramm, Percy Ernst 1953: Historisches Gutachten über die Kriegslage im Sommer 1944. In: Kraus, Herbert (Hg.): Die im Braunschweiger Remerprozeß erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil. Hamburg: Girardet&Co, 63-81.

Seraphim, Hans-Günter 1953: Entwurf zu einem Gutachten über 1. Motive der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944, 2. Ablauf der Ereignisse am 20. Juli 1944 unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des damaligen Majors Remer. In: Kraus, Herbert (Hg.): Die im Braunschweiger Remerprozeß erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil. Hamburg: Girardet&Co, 49-61.

Steinberger, Karin 2015: Das Zeugenhaus. In: Süddeutsche Zeitung vom 30. April/1. Mai 2015, 3.

Steinke, Ronen 2013: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht. München: Piper.

Tuchel, Johannes 2014: Zwischen Diffamierung und Anerkennung: Zum Umgang mit dem 20. Juli 1944 in der frühen Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 27/2014 vom 30.06.2014, 18-24.

Voßkuhle, Andreas 2013: Vorwort. In: Steinke, Ronen 2013: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht. München: Piper, 9-11.

Wassermann, Rudolf 1984: Zur juristischen Bewertung des 20. Juli 1944. In: Recht und Politik. Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik. Heft 2, 68-80.

von Weizsäcker, Richard 1985: Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa. Online: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html (16.07.2015).

Wojak, Irmtrud 2009: Fritz Bauer (1903–1968). Eine Biographie. München: Beck.

Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-„Euthanasie“[1]

Udo Dittmann

1 | Fritz Bauers Bedeutung für die westdeutsche Demokratie

Vielen in Braunschweig ist Fritz Bauer immerhin schon bekannt. Aber noch immer kennen ihn hier auch viele noch nicht, und in Deutschland ist er oft nur Insidern bekannt, was wirklich ein Manko ist, wie sich zeigen wird. Langsam ändert sich das aber: Bauer wird zurzeit wieder entdeckt, und das ist gut so.

Nun hat Fritz Bauer gerade auch für Braunschweig eine große Bedeutung. Immerhin war er hier nach dem Krieg in den Jahren 1950-1956 Generalstaatsanwalt. Und vor einigen Jahren gab es eine schöne Initiative in Braunschweig, so dass der Platz vor der Generalstaatsanwaltschaft gegenüber dem Dom jetzt Fritz Bauer Platz heißt. Dafür wurde sogar ein Teil des Domplatzes abgeteilt. Die Adresse der Generalstaatsanwaltschaft ist jetzt: Fritz Bauer Platz 1.

Inzwischen gibt es – wie gesagt – eine gewisse Renaissance von Bauer. Er war 1968 plötzlich verstorben, und dann wurde es still um ihn. Es kannte ihn fast keiner mehr. Erst in den Jahren 1993-1995 kam es in Frankfurt zu einer ersten Wiederentdeckung, die auch zur Gründung des Fritz Bauer Institutes führte (im Jahr 1995). Es war ein Institut zur Geschichte und Aufarbeitung des Holocausts, aber zu Bauer selber wurde wenig gemacht. Er war hauptsächlich Namensgeber des Institutes, das aber eine hervorragende Arbeit zur Holocaustforschung gemacht hat und inzwischen ein weltweit anerkanntes und renommiertes Institut ist.

Wenn man von den Jahren 1993-1995 als einer ersten Phase der Wiederentdeckung von Bauer sprechen kann, so begann ab 2009/2010 eine zweite Phase der Wiederentdeckung, die derzeit noch anhält. Und das Interesse an Bauer steigt stetig. Auch die Politik entdeckt ihn langsam. Doch davon später. Die 2. Phase begann eigentlich mit dem Erscheinen der Biografie von Irmtrud Wojak über Bauer im Frühjahr 2009 und mit dem Film *Fritz Bauer – Tod auf Raten* von Ilona Ziok. Dieser Film wurde im Februar 2010 auf der Berlinale vorgestellt und setzte ein wichtiges Zeichen. Beide Personen kamen dann schon bald ausgerechnet nach Braunschweig:

Irmtrud Wojak hielt im Oktober 2009 auf Einladung von Helmut Kramer einen Vortrag über Bauer im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Braunschweig (wo Fritz Bauer den legendären Remer-Prozess geführt hatte, der zur Rehabilitation der Männer des 20. Juli führte und der Bauer weit über Braunschweig hinaus bekannt machte), und Ilona Ziok zeigte im Mai 2010, als erste Station nach der Berlinale, ihren Film in Braunschweig im Kino C1.

Das führte dann schließlich in Braunschweig im Jahr 2011 zur Gründung des Fritz Bauer Freundeskreises. Dieser gibt inzwischen einen bundesweiten Rundbrief heraus, der jeweils über Aktuelles zu Fritz Bauer berichtet.[2] Denn: Inzwischen boomt es, was Fritz Bauer betrifft, nicht nur in Braunschweig, sondern auch bundesweit. Es gibt neue Bücher zu Bauer, neue Filme, Vorträge, Ausstellungen, Tagungen zu Bauer – und auch die Politik hat gerade einen neuen Fritz Bauer Studienpreis gestiftet. Es war eine der ersten Amtshandlungen von Bundesjustizminister Heiko Maas, diesen Preis auszuloben. Gerade vor kurzem ist er zum ersten Mal vergeben worden (siehe dazu die Rede von Heiko Maas in diesem Heft, Anm. d. Red.).

Warum das Vergessen damals, warum die Aufregung um Bauer heute? Bauer war in der jungen Bundesrepublik vielleicht einer der meistgehassten Personen. Ihm ging es um Aufklärung der NS-Verbrechen, und er ließ dabei nicht locker. Viele waren dann froh, als er 1968 plötzlich und unerwartet starb.

Aber er hatte damals einen Nerv getroffen: Es ging ihm um Aufarbeitung, um Aufklärung oder wie er es in seinem Buch von 1944 „Die Kriegsverbrecher vor Gericht“ ausdrückte: Die Deutschen sollten eine Lektion im geltenden Völkerrecht erfahren. Und Bauer war Patriot, der dies immer verband mit dem Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Die Frage der Menschenrechte spielte für Bauer eine große Rolle. In Braunschweig und später auch in Frankfurt am Main ließ er diesen ersten Satz aus dem Grundgesetz groß an der Außenmauer der Generalstaatsanwaltschaft anbringen, für alle sichtbar. In Braunschweig schon 1955, also einige Jahre noch vor der Gründung von Amnesty International im Jahre 1961, das diesen Satz als Leitmotiv ebenfalls bis heute hat.

Bauer war ein Visionär gewesen. So ließ er die Justitia an die Braunschweiger Generalstaatsanwaltschaft anbringen, die sein neues Verständnis von Gerechtigkeit widerspiegelt. Es ging ihm nicht um Vergeltung, sondern um Aufklärung und Heilung. Die Justitia hat keine Binde mehr um die Augen und keine Waagschale in der Hand, sondern sie trägt die Menschen in ihren Händen mit offenen Augen. Es ist eine neue Vision von Gerechtigkeit. Man könnte sagen, sie trägt fast heilpädagogische Züge. Das spielte bei seinen Prozessen eine große Rolle. Vor einem Jahr ist die Justitia übrigens umgehängt worden, so dass man sie vom Domplatz auch besser sehen kann.



© Udo Dittmann

Justitia – an der Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig (Nordseite)

Robert M. W. Kempner, stellvertretender Chefankläger in den Nürnberger Prozessen, bezeichnete Bauer in seiner Trauerrede 1968 als den größten Botschafter, den die Bundesrepublik je hatte. Dort begann er die Rede mit den Worten:

„Ich beginne meine kurzen Worte mit dem Zweiten Buch der 5 Bücher Mose. Es heißt dort. Und der Engel des Herrn erschien Moses in einer feurigen Flamme aus dem Dornbusch. Und der Herr rief zu Moses aus dem Busch: So gehe nun hin, ich will mit deinem Munde sein und dich lehren, was du sagen sollst.

Auch Fritz Bauer war jemand, der durch eine höhere Stimme gelehrt wurde, was er sagen sollte. Er war mehr als ein Reformer, er war mehr als hellhörig, er war prophetisch. Und deshalb, wie man manchmal so sagt, ‚unbequem‘.“[3]

Aber Fritz Bauer war auch ein Kämpfer gegen seine Zeit. Bitter sagte er des Öfteren den Satz „Wenn ich mein Büro verlasse, betrete ich Feindesland.“ Dieser Satz ist zum Leitmotto des Fritz Bauer Freundeskreises geworden und immer auf den Flyern zu sehen.

Es ging um die Widerstände, die Fritz Bauer als Jurist, als Generalstaatsanwalt immer wieder erlebte. Dabei wurde er zum Ausnahme-Juristen in der jungen Bundesrepublik, der immer wieder Prozesse an sich zog. Wer in das Visier von Bauer kam, hatte ein Problem. Es war die Hartnäckigkeit, die Bauer zeigte. Gerade im Fall von Globke wurde das deutlich, als dieser

im Umfeld des Eichmann-Prozesses ins Visier von Bauer kam. Adenauer versuchte alles, um dies zu verhindern. Globke war der Kommentator der Reichsrassengesetze und von Adenauer zum zweitwichtigsten Mann in der Bundesrepublik erhoben worden. Er hielt als Staatssekretär alle wichtigen Fäden in der Hand hielt und war enger Vertrauter von Adenauer. Globke hatte Glück: Bauer war mit der Verfolgung von Mengele, Bormann und Eichmann beschäftigt. Auch waren die Widerstände in diesem Fall zu groß. Im Falle von Eichmann umging Bauer die westdeutsche Justiz, der er nicht vertraute, und gab die Infos zur Ergreifung Eichmanns direkt an den israelischen Geheimdienst weiter. Erst zehn Jahre später erfuhr man, dass dies direkt auf Bauer zurückging.

Im Jahre 1959 begann Bauer dann in Frankfurt mit den Ermittlungen zu Auschwitz und gleichzeitig auch zur NS-Euthanasie. 1963-1965 entstand daraus der Auschwitz-Prozess, der Geschichte geschrieben hat. Noch größer aber sollte der Prozess von Bauer zur NS-„Euthanasie" werden. Und während es im Auschwitz-Prozess nur die unteren und mittleren Ränge waren, die angeklagt wurden, sollten es im „Euthanasie"-Prozess die oberen Ränge sein, die Organisatoren. Der Begriff „Schreibtischtäter" beschreibt es fast zu wenig: Es waren die, die für die Vernichtung von Behinderten und Kranken jeweils verantwortlich waren und für die Umsetzung gesorgt hatten.

In den zahlreichen NS-„Euthanasie"-Prozessen nach dem Krieg waren oft nur die direkt Beteiligten verurteilt worden, also diejenigen, die direkt gemordet hatten. Den Ärzten gestand man oft einen „schuldlosen Verbotsirrtum" zu. Nun wollte Bauer auch diese anklagen sowie die „Schreibtischtäter" und Organisatoren aus der T4-Zentrale. Die Enttarnung von Werner Heyde, einem Obergutachter der T4, im Jahre 1959 war ein konkreter Anlass dazu.

Schließlich waren über 80.000 Seiten Prozess-Akten zustande gekommen, die Zahl der Angeklagten wurde immer größer. Und dann fiel alles in sich zusammen! Der Großprozess platzte und übrig blieb nur die Anklageschrift von Fritz Bauer von 1962, die ein Standardwerk zur Geschichte der NS-„Euthanasie" wurde. Aber auch die verschwand bald in den Archiven und verstaubte. Erst im Jahre 2002 wurde sie durch Zufall wiederentdeckt und 2005 neu aufgelegt. Aber auch das ist eine eigene Geschichte.[4]

Diese Anklageschrift von Bauer aus dem Jahr 1962 ist fundamental. Dabei handelt es sich übrigens nicht um die Anschuldigungsschrift von Bauer aus dem Jahr 1965 gegen die Juristen, die die NS-„Euthanasie" rechtlich abgesichert hatten, und die Helmut Kramer dann aufgegriffen hat (Kramer 1996).[5] Die Anklageschrift von 1962[6] betrifft die Organisatoren der T4 und die Ärzte und hat den Charakter eines wissenschaftlichen Werkes, das aus den Vernehmungsprotokollen in einer unerhörten Fleißarbeit zusammengestellt wurde. Dies diente später auch Ernst Klee und anderen[7] als wichtige Grundlage für ihre eigenen Forschungen, neben den Protokollen aus den Nürnberger Ärzte-Prozessen und anderen NS-„Euthanasie"-Prozessen.

Außer dieser Anklageschrift gab es in Frankfurt eine Reihe weiterer „Euthanasie"-Prozesse, die von Bauer veranlasst wurden, aber auch enttäuschend verliefen. Darüber werde ich ebenfalls kurz berichten. Unter dem Strich war die Bilanz für Bauer immer enttäuschend. So ist die Zahl der verurteilten NS-Straftäter in Frankfurt unter Bauer nicht wesentlich höher gewesen als in anderen Orten, wie Eichmüller in seinen Untersuchungen feststellte (Eichmüller 2014: 42–49). Zu groß waren die Widerstände, die Bauer auf allen Ebenen erlebte. Und trotz allem hat Fritz Bauer Geschichte geschrieben, und das lag an seinen Visionen und seiner enormen Energie und Tatkraft.

Noch kurz zu Bauer: 1903 wurde er in einer jüdisch-assimilierten Familie geboren, studierte Jura in Heidelberg, München und Tübingen. 1930 wurde er jüngster Amtsrichter in Deutschland. Als Sozialist und Jude wurde er in der NS-Zeit verfolgt, war 1933 im KZ-Heuberg auf der Schwäbischen Alb und im Garnisonsgefängnis Ulm. 1936 emigrierte

er zuerst nach Dänemark, dann 1943 weiter nach Schweden, wo er auch Willy Brandt kennenlernte. 1949 kehrte er nach dem Krieg nach Deutschland zurück und wurde zunächst in Braunschweig Direktor des Landgerichtes und 1950 dann Generalstaatsanwalt. 1956 ging er nach Frankfurt, wo er u.a. durch den Auschwitz-Prozess bekannt wurde. 1968 starb er plötzlich und unerwartet.

2 | Bauer und die Aufarbeitung der NS-„Euthanasie“

Die NS-„Euthanasie“ wurde lange nach dem Krieg in Deutschland tabuisiert, im Westen wie im Osten, und erst seit etwa den 1980er Jahren verstärkt aufgearbeitet.

Das Thema „Fritz Bauer und die NS-‚Euthanasie‘“ ist bis heute kaum bearbeitet, obwohl es immerhin schon 1994 dazu eine Tagung in Frankfurt am Main gab, die letztlich durch Helmut Kramer angestoßen wurde. Der Tagungsband dazu erschien 1996 als erster Band der Wissenschaftlichen Reihe des Fritz Bauer Institutes mit dem Titel „NS-‚Euthanasie‘ vor Gericht – Fritz Bauer und die Grenzen juristischer Bewältigung“ (Loewy/Winter 1996). Aber so gut das Buch auch ist: Über Fritz Bauers Ermittlungen und Prozesse zur NS-„Euthanasie“ erfährt man letztlich nur wenig oder fast gar nichts.

Einer der wichtigsten Beiträge des Buches ist von Helmut Kramer und behandelt die Schlegelberger-Konferenz vom 23./24. April 1941, auf der die obersten Juristen des Reiches die NS-„Euthanasie“ rechtlich abgesichert hatten (Kramer 1996). Kramer bezieht sich auf die Anschuldigungsschrift[8] von Bauer aus dem Jahr 1965. Sie ist später – Ende der 1970er-Jahre – von ihm wieder aufgegriffen worden, nachdem sie nach dem Tod von Bauer 1968 völlig in Vergessenheit geraten war. Bauer wollte auch die Juristen vor Gericht bringen, aber seine Ermittlungen dazu sind nach seinem Tod sang- und klanglos eingestellt worden – mit einem kurzen 9-zeiligen Einstellungsbescheid vom 27. Mai 1970.

Wichtige Angaben zu dem Vortragsthema findet man in der grundlegenden Biografie von Irmtrud Wojak über Fritz Bauer aus dem Jahr 2009, und auch Matthias Meusch (2001) berichtet in seinem beachtlichen – leider viel zu wenig bekannten – Buch über Bauer darüber. In der neuen Biografie von Ronen Steinke (2013) wird die Thematik nicht einmal erwähnt, es hinterlässt eher viele weiße Flecken. Und im Filmbereich hat immerhin Ilona Ziok in ihrem wichtigen Fritz-Bauer-Film *Tod auf Raten* aus dem Jahr 2010 darauf aufmerksam gemacht. In den anderen Filmen zu Bauer spielt es dagegen überhaupt keine Rolle; es existiert nicht einmal als Thema.

2.1 | Warum wurde die Thematik vergessen?

Welche Bedeutung hat Fritz Bauer hinsichtlich der Aufarbeitung der NS-„Euthanasie“? Ist sie wirklich nur so unbedeutend, dass er keine Beachtung fand? In der Tat spielt Bauer hier eine gewisse Rolle, die sich bei der erst später einsetzenden Aufarbeitung der NS-„Euthanasie“ in den 1980er Jahren mit Ernst Klee, Götz Aly, Klaus Dörner und anderen zeigte. Allerdings wird dann eher Bezug auf die Anklageschrift von 1962 genommen; Bauer selber wird mit Namen nur selten erwähnt.[9] Umso irritierender ist es, dass Bauer auch später fast nirgends bekannt ist. Woran mag das liegen? Hier spielen vielleicht mehrere Punkte eine Rolle:

1. Zum einen scheinen die Juristen selbst kein großes Interesse an der Frage der NS-„Euthanasie“ zu haben. Es gibt hierzu kaum Literatur, und selbst das Forum Justizgeschichte – als Vereinigung kritischer Juristen – scheint sich bisher trotz Helmut Kramer wenig damit befasst zu haben.
2. Die Forschung zu Fritz Bauer, insbesondere des Fritz Bauer Institutes, beschränkt sich auf Holocaust-Forschung, auf den Beitrag Bauers zur Ergreifung Eichmanns und den Auschwitz-Prozess.[10] Das Thema NS-„Euthanasie“ und Bauer spielt hier bisher überhaupt keine Rolle, sieht man von dem

genannten Buch ab, das aber letztlich nur wenig über die Prozesse von Bauer enthält.
3. Die HistorikerInnen haben Fritz Bauer weitgehend nicht einmal entdeckt. Es sind Journalisten und Filmemacher, die sich um Fritz Bauer bemühen, und langsam auch PolitikerInnen.[11]
4. In der Forschung zur NS-„Euthanasie" wird das Thema der juristischen Aufarbeitung kaum behandelt. Selbst der „Arbeitskreis zur Erforschung der NS-‚Euthanasie' und Zwangssterilisation"[12] – auch 1983 gegründet –, der so großartige und wichtige Forschung zu dem Thema NS-„Euthanasie" betreibt und sich jährlich zweimal in Stätten der NS-„Euthanasie" trifft, beschäftigt sich nicht mit den juristischen Fragestellungen, schon gar nicht mit Bauer.[13] Nur in der Zeit, als Willi Dreßen von der Zentralen Stelle in Ludwigsburg dort mitgearbeitet hatte, wurden auch juristische Themen behandelt.

2.2 | Die Neuherausgabe der „Anklageschrift von 1962" von Fritz Bauer im Jahr 2005

Nun könnte man meinen, Fritz Bauer sei bei der ganzen Thematik nicht so wichtig. Der Eindruck verändert sich aber sogleich, wenn man die „Anklageschrift gegen Werner Heyde u.a" aus dem Jahr 1962 liest. Sie ist im Grunde eines der wichtigsten Standardwerke zur Geschichte der NS-„Euthanasie". Diese Anklageschrift, die fast verschollen und in Archiven verschwunden war, wurde von Prof. Dr. Thomas Vormbaum von der Fern-Uni Hagen per Zufall wieder entdeckt und in einem aufwendigen Verfahren im Jahr 2005 neu verlegt und herausgegeben. Es trägt den Titel „‚Euthanasie' vor Gericht. Die Anklageschrift des Generalstaatsanwalts beim OLG Frankfurt/M. gegen Dr. Werner Heyde u.a. vom 22. Mai 1962" (Vormbaum 2005). Überraschenderweise wurde diese Schrift vom Institut für Juristische Zeitgeschichte Hagen herausgegeben und nicht vom Fritz Bauer Institut, das diese Schrift bisher kaum zur Kenntnis genommen hat. Allerdings ist bei dieser Neuherausgabe auch Fritz Bauer nicht erwähnt, er taucht nur in der Bezeichnung „Generalstaatsanwalt" auf, ein Versäumnis, das der Herausgeber Thomas Vormbaum später auch bedauert hat. Dieses Institut hat übrigens auch das Wagnis unternommen, die Schrift von Binding und Hoche „Über die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens" aus dem Jahr 1920 neu herauszugeben, allerdings mit einem sehr kritischen und wichtigen Kommentar von Wolfgang Naucke (Binding/Hoche 2006).

Welche Stellung hat diese Anklageschrift von Fritz Bauer aus dem Jahr 1962? Es ist ein umfangreiches Werk und umfasst im Original 833 Seiten. Es beinhaltet Originaldokumente aus den Vernehmungen von T4-Angehörigen aus den Jahren 1960-1962, fügt sie zusammen mit den Protokollen aus den Nürnberger Ärzte-Prozessen und mit Angaben aus anderen „Euthanasie"-Prozessen der Nachkriegszeit und setzt sie alle wie ein Puzzle zusammen. So ist ein großartiges wissenschaftliches Werk entstanden, das eine solide und umfassende Grundlage für die spätere Forschung war und eben nicht nur eine trockene Anklageschrift ist.

3 | Zur Aufarbeitung der NS-„Euthanasie" vor 1962

Um die Ermittlungen von Bauer zur NS-„Euthanasie" und die Schrift von 1962 einordnen zu können, hier zunächst ein kurzer Überblick über die Zeit vorher:

Die erste Phase der Aufarbeitung der NS-„Euthanasie" erfolgte in den Jahren 1946-1949, zunächst durch die Nürnberger Ärzte-Prozesse. Diese waren der erste der Nürnberger Nachfolgeprozesse und behandelten insbesondere die Medizinverbrechen, aber auch die NS-„Euthanasie". Hier gab es u.a. auch das Todesurteil für Karl Brandt, den Leibarzt Hitlers. Er wurde 1948 hingerichtet (vgl. Mitscherlich/Mielke 2012).

Im Weiteren fanden zahlreiche lokale Gerichtsverfahren zur NS-„Euthanasie" statt, z.B. in Hadamar, in Eichberg und an vielen anderen

Orten, die bis in die 1950er Jahre hineingingen. Dann ließ die Zahl der NS-Prozesse nach und erreichte Mitte der 1950er Jahre einen Tiefstand. Und insbesondere die NS-„Euthanasie“ verschwand fast ganz aus dem Blick. Einen Einschnitt bildete dann 1958 der Ulmer Einsatzgruppenprozess, der durch Zufall entstanden war. Dieser führte schließlich zur Gründung der Zentralen Stelle zur Erfassung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg im Dezember 1958.

Jetzt kommt Fritz Bauer ins Spiel, der bereits die Gründung der Zentralen Stelle unterstützt hatte. 1956 war er als Generalstaatsanwalt von Braunschweig nach Frankfurt gewechselt und hatte sich dort zunächst u.a. mit der Verfolgung von Adolf Eichmann befasst. In Frankfurt konnte er auf seinen Braunschweiger Erfahrungen aufbauen. Hier hatte er 1952 den spektakulären Remer-Prozess geführt, in dem die Männer des 20. Juli als Widerstandskämpfer rehabilitiert wurden. (Übrigens wollte Bauer eigentlich nach Berlin wechseln. Willy Brandt wollte ihn dort haben. Aber es war gerade keine passende Stelle frei. Da kam der Ruf aus Frankfurt, dem Bauer gern folgte.)

4 | Zur Vorgeschichte der Ermittlungen

1957 gab es die sogenannte „Blutrichter-Kampagne“ der DDR. Es wurden Listen von NS-Juristen herausgegeben, die in der Bundesrepublik wieder tätig waren (Wojak 2009: 206). Von der Bundesregierung und der westdeutschen Justiz wurde dies als kommunistische Propaganda abgetan. Auch Adolf Arndt, der „Kronjurist“ der SPD, tat diese Listen ab. Fritz Bauer hingegen nahm diese Informationen sehr ernst, und er war bereit, mit Personen aus der DDR zusammen zu arbeiten, wenn er derart wichtige Informationen erhielt. Er handelte damit gegen die Hallstein-Doktrin, die jegliche Zusammenarbeit mit kommunistischen Behörden ausschloss. Noch im Oktober 1959 hatte die Konferenz der Justizminister solche Kontakte abgelehnt. Im November 1959 kamen weitere „Blutrichter-Listen“ aus der DDR dazu, mit weiteren 1.000 Namen.

4.1 | Die Ausstellung von Reinhard Strecker „Ungesühnte Nazi-Justiz“ (November 1959)

Und dann plötzlich eine Sensation (Wojak 2009) – die Ausstellung von Reinhard Strecker mit dem Titel „Ungesühnte Nazi-Justiz“ in Karlsruhe vom 27. bis 30. November 1959.[14] In dieser Ausstellung gab es zahlreiche Originalakten auch aus Prag, Warschau und Ost-Berlin, die national und international Aufsehen erregten. Da es um die Wende 1959/1960 eine plötzliche Zunahme von antisemitischen Vorfällen in der Bundesrepublik gab, und Max Güde, der Generalbundesanwalt, die Echtheit der Dokumente bestätigte, entstand eine neue Dynamik, die bis Mitte 1960 anhielt. Trotzdem wurden die Organisatoren um Reinhard Strecker aus der SPD ausgeschlossen.

4.2 | Ende der Verjährungsfrist: 9. Mai 1960

Gleichzeitig endete am 9. Mai 1960 die Verjährungsfrist für Totschlag für NS-Täter. Bauer suchte noch vor dieser Frist, zahlreiche Verfahren – auch gegen Juristen – einzuleiten. Seine dringende Empfehlung, z.B. eine Sondertagung zum Problem der NS-Juristen anzusetzen, wurde Mitte Mai 1960 auf der Tagung der Generalstaatsanwälte abgelehnt (Wojak 2009: 372). Und eine Befragung aller Richter und Staatsanwälte in Hessen, die er in Gang setzte, wurde im Juni 1960 von den Oppositionsparteien CDU und FDP als Nestbeschmutzung bezeichnet (ebd.)

4.3 | Probleme für die Ermittlungen

In Bezug auf die Ermittlungen zur NS-„Euthanasie“, die durch die Enttarnung von Werner Heyde am 12. November 1959 entstanden, stellte sich nun folgendes Problem: Bei den vorausgegangenen Prozessen zu den Anstaltsmorden sprach man nur vom beteiligten Anstaltspersonal, also von denen, die direkt gemordet hatten. Den übergeordneten Ärzten wurde ein sogenannter „schuldloser

Verbotsirrtum“ zugestanden. Das führte in der Argumentation sogar soweit – wie Irmtrud Wojak vermerkt (ebd.: 376) –, dass darauf verwiesen wurde, dass die „Euthanasie“-Ärzte durch die Aussonderung noch arbeitsfähiger Kranker sogar noch die Gesamtzahl der zu Tötenden verringert haben.

Man denke dann noch an die enorme (eigentlich irrsinnige) Konstruktion des Star-Verteidigers Hans Laternsers im Auschwitz-Prozess, der meinte, die Selektion an der Rampe habe der Lebensrettung gedient (ebd.). Dass so etwas vor einem deutschen Gericht möglich war, mutet wie eine nachträgliche Verhöhnung der Opfer an. Aber die westdeutschen Juristen hatten es auch geschafft, dass nicht ein einziger NS-Jurist nach dem Krieg verurteilt wurde. Eine Krähe hackt wohl der anderen kein Auge aus... Sogar die Witwe von Roland Freisler bezog eine Witwenrente, da ihr Mann möglicherweise nach dem Krieg wieder hätte arbeiten können, wäre er nicht kurz vor Kriegsende bei einem Bombenangriff getötet worden...

In Hessen hatte (in den NS-„Euthanasie“-Prozessen nach dem Krieg in den Jahren 1946-1948) schon Adolf Arndt die Auffassung vertreten, die später für Bauer maßgeblich war: Dass jeder der Beteiligten ein Teil des Ganzen war und damit Schuld trug (Meusch 2001: 183f.). Wie im Auschwitz-Prozess wollte Bauer nun auch bei den „Euthanasie“-Prozessen diese Sichtweise einbringen. Aber auch jetzt gab es Schwierigkeiten.

Der „Euthanasie“-Prozess sollte – wie der Auschwitz-Prozess – zur Aufklärung beitragen. So wie im Auschwitz-Prozess erstmals der Gesamtkomplex eines Vernichtungslagers beschrieben werden konnte, sollte es nach Bauer auch im „Euthanasie“-Prozess werden. Die Anklageschrift von 1962 bildete dafür eine Grundlage. Sie gab einen Gesamtüberblick über die Organisation und Struktur der Euthanasie-Verbrechen, wovon die „Aktion T4“ mit der Tötung von ca. 70.000 Behinderten und psychisch Kranken nur ein Teil war. Bauer ging es um den Gesamtüberblick und die differenzierte Darstellung der Entstehung und Strukturen des Tötungsapparates. Dies ist in der Anklageschrift von 1962 beschrieben. Daher ist sie ein Grundlagenwerk geworden, das aber nur von Insidern wahrgenommen wurde. Entsprechend ist diese Leistung von Bauer noch nicht gewürdigt worden. Die weitgehende Unbekanntheit der Schrift ist ein Beleg dafür.

5 | Ab 1959: Bauer ermittelt zu Auschwitz und zur NS-„Euthanasie“

1959 wurde dann zu einer weiteren Wende in der Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Es gab neue Informationen zu Auschwitz wie auch zur NS-„Euthanasie“. In Breslau entdeckte ein ehemaliger Auschwitz-Häftling Dokumente aus Auschwitz, die über den Journalisten Thomas Gnielka an Fritz Bauer gelangten, und das andere war die Enttarnung von Werner Heyde im November 1959.[15] Und nun gab es in Frankfurt mit Fritz Bauer den Ausnahme-Juristen, der daraus große Verfahren entwickelte und alles an sich zog. Frankfurt wurde nun zu einem der wichtigsten Orte zur Aufarbeitung von NS-Verbrechen.

Die Vorgeschichte des Auschwitz-Prozesses ist inzwischen weitgehend bekannt und auch der Prozess selbst, der Geschichte geschrieben hat. Fritz Bauer war der Motor für diesen Prozess; er hatte mit den Ermittlungen begonnen, wobei die eigentliche Arbeit junge, unbelastete Staatsanwälte machten, die Bauer ausgewählt hatte. Im Prozess trat Bauer nicht weiter in Erscheinung und agierte eher im Hintergrund.

Gleichzeitig mit den Ermittlungen zu Auschwitz begann Bauer auch zur NS-„Euthanasie“ zu ermitteln. Er plante dazu einen Großprozess, der noch größer als der Auschwitz-Prozess werden sollte. Und während im Auschwitz-Prozess nur die unteren und mittleren Grade angeklagt wurden, sollten es im Falle der NS-„Euthanasie“ gerade die oberen Ränge sein, die Drahtzieher und Schreibtischtäter, d.h. die leitenden Personen der T4 sowie die obersten Juristen, die die Tötungsaktionen abgesichert hatten. Das Verfahren hätte dann die Bedeutung eines

Verfahrens gegen die Täter aus dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) gehabt, das aber niemals zustande kam, wo die Ermittlungen nachher im Sande verliefen und die Täter straffrei blieben.

Das „Euthanasie“-Verfahren von Bauer kam letztlich – wie gesagt – durch die Enttarnung von Werner Heyde zustande. Heyde war einer der Obergutachter der T4 gewesen. Nach dem Krieg war er untergetaucht und hatte unter dem Namen Sawade in Flensburg gelebt, war später dort Sportarzt und verfasste auch wieder ärztliche Gutachten. Einzelnen Vorgesetzten war seine Identität bekannt, aber sie sagten nichts und deckten ihn. Schon vorher hatte Bauer mit Ermittlungen zur NS-„Euthanasie“ begonnen; die Festnahme von Heyde brachte eine neue Dynamik. Und Bauer holte das Verfahren nach Frankfurt, obwohl er dafür nicht zuständig war.

Während Bauer zu Auschwitz und zur NS-„Euthanasie“ ermittelte, zog er weitere Verfahren nach Frankfurt, obwohl seine eigene Behörde nicht sehr willig und auch völlig überlastet und überfordert war. Neben diesen beiden Großkomplexen verfolgte Bauer weitere Verfahren, auch gegen Juristen. Seine Dienststelle führte im Juni 1960 nicht weniger als 126 Verfahren gegen NS-Juristen, darunter auch gegen die 30 überlebenden Teilnehmer der Schlegelberger-Konferenz vom April 1941 (Wojak 2009: 381).

„Eine Verfügung von Bauer Mitte 1961 zeigt, wie umfangreich mittlerweile seine Nachforschungen zur NS-‚Euthanasie‘ geworden waren. Demnach hatte sich die Zahl der möglicherweise an der ‚Aktion T4‘ beteiligten Personen auf 347 erhöht. Davon waren 168 verstorben bzw. in bereits anhängigen Strafverfahren erfasst. Anfang Oktober 1961 war die Zahl der Beschuldigten auf 505 Personen gestiegen. Schließlich richtete sich das Sammelverfahren gegen mehrere hundert Personen, die auszuwertende Personenkartei umfasste 2.000 bis 3.000 Namen. Die Vernehmungen füllten 59 Aktenordner, allesamt bei der Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft angelegt“ (ebd.).

6 | Planungen und Scheitern des Großprozesses zur NS-„Euthanasie“

6.1 | Vorbereitungen zum Großprozess

Das Verfahren zur NS-„Euthanasie“, das auf der Anklageschrift von 1962 aufbaute, begann schließlich 1964. Es gab über 80.000 Seiten Prozessakten – zum Vergleich: Im Auschwitz-Prozess waren es ca. 18.000 Seiten (Nelhiebel 2015) –, es sollte ein Großprozess im Limburger Landgericht werden. Über 300 ZeugInnen waren geladen, zwei Staatsanwälte aus der DDR (Carlos Foth und Gerhard Ender) hatten mehrfach Originalmaterial zur T4 nach Frankfurt gebracht, der Limburger Schwurgerichtssaal war modernisiert worden und ca. 100 JournalistInnen hatten sich angesagt (Wojak 2009: 386).

Die Anklageschrift gegen Heyde, Bohne und Hefelmann lag bereits seit zwei Jahren vor, dann kamen noch die Anklagen gegen Dr. Schumann und Friedrich Tillmann dazu. Die Eröffnung der Hauptverhandlung hatte also zwei Jahre gedauert, da sie durch die Taktiken der Verteidiger immer wieder herausgezögert wurde (Urlaub, Krankheit, Terminschwierigkeiten, Überlastung usw.) Heyde wurde angeklagt, „heimtückisch, grausam und mit Überlegung mindestens 100.000 Menschen getötet zu haben“.

Das ganze Verfahren sollte zu einem Grundlagenprozess für alle Rechtsfragen der NS-„Euthanasie“ werden. Als erstes legte Bauer Beschwerde ein, dass der Haftbefehl bisher nur auf Beihilfe lautete: Heyde, dem „Obergutachter“, sei bewusst gewesen, dass die Tötungen heimtückisch vorgenommen wurden. Das Landgericht gab seiner Beschwerde statt. Bei Dr. Bohne wurde jedoch nur „Beihilfe“ als Tatbeitrag zugelassen.

6.2 | Die Angeklagten

- Prof. Dr. Werner Heyde: Anklage: Ab 1939 in Hadamar und anderen Orten als sogenannter „Obergutachter“ und ab Sommer 1940 auch als Leiter der Tarnorganisation T4 – unter den Tarnbezeichnungen „Aktion T4“ und

„Sonderbehandlung 14f13" – Massentötungen an mindestens 100.000 Menschen durchgeführt zu haben.
- Dr. Gerhard Bohne (Rechtsanwalt): Anklage: Von 1939 bis zum Sommer 1940 in Berlin; Grafeneck und anderen Orten als Leiter der Tarnorganisation T4 mindestens 15.000 Menschen getötet zu haben.
- Dr. Hans Friedrich Hefelmann (Diplom-Landwirt). Anklage: In den Jahren 1939-1945 als Amtsleiter der Abt. IIb der „Kanzlei des Führers" und als Beauftragter für den „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leidens" etwa 70.000 Menschen und weitere 3.000 Kinder getötet zu haben. (Am 30.08.1960 hatte sich Hefelmann selbst gestellt; „nach reiflicher Überlegung" habe er sich entschlossen, sich freiwillig der Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stellen, um aufklärend und informierend verfügbar zu sein. Tatsächlich war er – anders als Heyde – bei seinen Vernehmungen sehr auskunftsfreudig.)

Die Anklageschrift von 1962 bezieht sich auf diese drei Personen. Etwas später kamen noch die Anklagen gegen Friedrich Tillmann und Dr. Horst Schumann hinzu, so dass der Prozess gegen fünf Personen geführt wurde.

- Friedrich Tillmann: Er leitete nach Gerhard Bohne die Büroabteilung der T4 und hatte damit die Aufsicht über alle Verwaltungsarbeiten, die in den „Euthanasie"-Anstalten nach den Tötungen anliefen.
- Dr. Horst Schumann: Er leitete ab Januar 1940 die erste Vergasungsanstalt in Grafeneck und ab Juni 1941 Pirna/Sonnenstein. Später war er auch an grausamen Menschenversuchen in Auschwitz beteiligt – u.a. bei Sterilisationen durch Röntgenstrahlen. Er sei der berüchtigtste aller „Euthanasie"-Ärzte gewesen, so Ernst Klee (1986: 98). Zur Zeit der Anklage befand er sich noch in Ghana und leitete dort ein Krankenhaus. Vorher wurde er im Sudan noch als zweiter Albert Schweitzer gefeiert.

7 | Der geplatzte Großprozess 1964

Dann brach alles in sich zusammen: Von den fünf Hauptangeklagten hatten zwei kurz vor dem Prozess Selbstmord verübt (Werner Heyde, Friedrich Tillmann), zwei waren plötzlich verhandlungsunfähig (Dr. Bohne, Dr. Hefelmann), und der fünfte – Dr. Schumann – war noch flüchtig in Ghana. Resigniert musste Bauer im Februar 1964 auf einer Pressekonferenz feststellen, dass die große Anklageschrift von 1962 nur noch ein Werk der Zeitgeschichte sei. Als habe offenbar eine „stillschweigende Übereinkunft" bestanden, dass der Prozess nicht stattfinden sollte.
- Friedrich Tillmann: Er war wegen einer Kaution von der Untersuchungshaft verschont worden. Er stürzte sich sechs Tage vor Prozessbeginn, am 12. Februar 1964, unter ungeklärten Umständen aus dem Fenster eines Kölner Hochhauses zu Tode.
- Werner Heyde: Einen Tag danach, am 13. Februar 1964, fand man ihn erhängt am Heizungskörper seiner Zelle. In einem Abschiedsbrief prangerte er noch den Generalstaatsanwalt an: Fritz Bauer diffamiere das deutsche Volk und gehe persönlichen Rachegelüsten nach.
- Dr. Bohne: Er war als erster aus dem Heyde-Verfahren ausgeschieden, nachdem ihm Verhandlungsunfähigkeit bescheinigt worden war. Am 15. März 1963 wurde er aus der U-Haft entlassen und floh nach Argentinien (wo er schon – wie Hefelmann – 1949 einige Zeit untergetaucht war). Sein Anwalt hatte ihm zuvor ein schweres Leiden bescheinigt und eine Flucht als den sicheren Tod bezeichnet. Im Februar 1964 wurde er schließlich verhaftet und 1966 als erster NS-Verbrecher von Argentinien ausgeliefert. Zu einem Urteil kam es jedoch nicht, da Bohne 1968 wegen eines Herzinfarkts für verhandlungsunfähig erklärt wurde. Das Verfahren wurde ein Jahr später krankheitsbedingt eingestellt. Bohne lebte danach noch 20 Jahre.
- Dr. Schumann: Er traf schließlich nach acht-monatiger Auslieferungshaft am 16.

November 1966 aus Ghana in Frankfurt ein. Der Prozess gegen ihn begann am 23. September 1970.

Am Ende war also nur noch einer der Hauptangeklagten vor dem Limburger Landgericht erschienen: Dr. Hans Hefelmann. Kaum begonnen, wurde aber auch das Verfahren gegen ihn wegen angeblicher „Verhandlungsunfähigkeit“ eingestellt. Später erfolgte am 8. Oktober 1972 der Einstellungsbeschluss. Trotz des angeblichen schlechten Gesundheitszustandes lebte Hefelmann dann noch recht lange, bis zum April 1986.

Trotz des geplatzten Groß-Prozesses gab es weitere „Euthanasie“-Prozesse unter Bauer in Frankfurt. Letztlich gingen diese Prozesse bis in die 1990er Jahre. Für Bauer verliefen sie aber fast alle enttäuschend. Doch ist Bauers Anklageschrift geblieben. Sie ist ein bedeutendes Grundlagenwerk für die spätere Erforschung der NS-„Euthanasie“. Aber sie verschwand auch bald von der Bildfläche.

Die Geschichte dieser Anklageschrift ist ebenso spannend wie tragisch. Wenn sie nicht so bedeutsam wäre, könnte man sie schnell abhaken und zur Seite legen. Aber die Inhalte dieser Anklageschrift sind durch die Vernehmung so wichtiger ZeugInnen von elementarer Bedeutung für die Thematik und vielleicht vergleichbar mit den Protokollen zu den Nürnberger Ärzte-Prozessen.

8 | Zur Anklageschrift von 1962

Die Anklageschrift besteht aus zehn Teilen, wobei die Kapitel 3-5 einen Schwerpunkt bilden. Dort werden die sogenannte „Kinderaktion“ (Kap. III), die sogenannte „Aktion T4“ (Kap. IV) und die Aktion „Sonderbehandlung 14f13“ (Kap. V) behandelt. Ausführlich und systematisch – und vielleicht in dieser Weise erstmalig – werden die verschiedenen Aktionen zur Tötung von Behinderten, psychisch Kranken und später auch von Häftlingsinsassen beschrieben. In Kapitel III wird u.a. der Fall „Kind Knauer“ näher behandelt. Weil mit diesem Fall die konkrete Tötungshandlung schon Anfang 1939 einsetzte und dies in der Anklageschrift ausführlich beschrieben wird, möchte ich darauf später noch eingehen.

8.1 | Euthanasie-Aktion: Strukturen der Vernichtung

Um die Strukturen von Organisation und Durchführung der „Euthanasie“-Aktionen verstehen zu können, werden diese in der Anklageschrift ausführlich dargestellt. Hier ein kurzer Überblick, um auch die späteren Prozesse von Bauer besser zu verstehen.

Die KdF („Kanzlei des Führers“): Die KdF war ein Parteiamt, das sich Hitler unabhängig von der Parteikanzlei und der Reichskanzlei als Privatkanzlei geschaffen hatte. Zu ihren Hauptaufgaben gehörte es, Privatangelegenheiten Hitlers und alle an Hitler persönlich gerichteten Gesuche und Eingaben zu bearbeiten. Dieses ursprünglich kleine Amt hatte sich bis zum Jahre 1938 zu einem aus fünf Hauptämtern bestehenden Verwaltungsapparat entwickelt. Es wurde von Phillip Bouhler geleitet. Ende 1938 oder Anfang 1939 gaben Gesuche Schwerstkranker um Genehmigung ihrer Tötung und Gesuche von Angehörigen Schwerstkranker Hitler den Anlass, neue Maßnahmen gegen insbesondere Geisteskranke in Angriff zu nehmen. Diese Gesuche wurden in der „Kanzlei des Führers“ bearbeitet.

Für „Euthanasie“-Angelegenheiten war das Hauptamt II unter Viktor Brack zuständig. Das Hauptamt II gliederte sich in 3 Teile (eigentlich 4).

8.2 | Der Fall „Kind Knauer“ – der Beginn der „Euthanasie“-Maßnahmen

Die Verwirklichung der längst gehegten Absicht, das Geisteskrankenproblem „radikal zu lösen“, trat durch den sogenannten Fall „Kind Knauer“ in ein akutes Stadium. Der Fall ereignete sich im Jahre 1938.[16] Es handelte sich um ein Kind, dem drei Gliedmaßen und das Augenlicht fehlten. Es lag in der Universitätsklinik von Prof. Catel in Leipzig. Die Großmutter hatte ein Gesuch gestellt, das

Kind durch einen Gnadentod zu erlösen. Karl Brandt, der Leibarzt Hitlers, fuhr nach Leipzig, um eine Befundsermittlung durchzuführen. Nach der Rückkehr teilte Brandt mit, dass das Kind eingeschläfert werden sollte. Brandt und Bouhler waren dann – schon im Frühjahr 1939 – von Hitler mündlich ermächtigt worden, in analogen Fällen ähnlich zu verfahren.

Das führte im Frühjahr zu den Vorbereitungen für einen „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingten schweren Leidens", mit dem die sogenannte „Kinderaktion" begann. Dort wurden ab Oktober 1939 in Kinderfachtabteilungen ca. 3.000-5.000 Kinder getötet.

Zunächst wurde dafür ein Gremium von Ärzten gebildet, die dem Gnadentod positiv gegenüber standen. Das Gremium tagte von Februar bis Mai 1939.

„Da Hitler angeordnet hatte, dass zwar die ‚KdF' die beabsichtigten Maßnahmen durchführen, aber keinesfalls in dieser Eigenschaft nach außen in Erscheinung treten sollte, war von vornherein klar, dass sie, die ‚KdF', unter einem anderen Namen auftreten müsse. Bei der Auswahl des Tarnnamens ging es insbesondere darum, der beabsichtigten Aktion einen möglichst wissenschaftlichen Anstrich zu geben und nicht erkennbar werden zu lassen, welche eigentliche Funktion diese Dienststelle hatte.

Man einigte sich auf den Namen „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter Leiden" („Reichsausschuss"). Dieser Name bot sichere Gewähr

„Kanzlei des Führer"

Hauptamt I (Privatkanzlei Hitlers)
Hauptamt II (Angelegenheit für Staat und Partei) – Leiter: Viktor Brack
Hauptamt III: (Gnadenamt für Parteiangelegenheiten)
Hauptamt IV: (Sozial- und Wirtschaftsangelegenheiten)
Hauptamt V: (Internes, Personalamt der Partei)

Für „Euthanasie"-Angelegenheiten war das Hauptamt II unter Viktor Brack zuständig. Das Hauptamt II gliederte sich in drei Teile

IIa – allgemein –
Leitung: Blankenburg
IIb – alle Angelegenheiten aus den Reichsministerien (mit Ausnahme von Wehrmacht, Polizei und Gestapo); zuständig auch für die Gewährung des „Gnadentodes"
Leitung: Dr. Hefelmann
IIc – Wehrmacht, Polizei, Gestapo
Leitung: Reinhold Vorberg
IId – Parteiangelegenheiten
Leitung: Buchholz, später Brümmel
(Vorberg, Buchholz, Brümmel konnten 1962 noch nicht ermittelt werden)

Zunächst wurde ein Gremium von Ärzten gebildet, die dem Gnadentod positiv gegenüber standen. Das Gremium tagte von Februar bis Mai 1939. Dazu gehörten:

Prof. Dr. Karl Brandt
Dr. Herbert Linden, zuständig im RMI für das Sachgebiet „Heil- und Pflegewesen“ (unterstand direkt dem damaligen Reichsärzteführer Dr. Conti)
Prof. Dr. Werner Catel, Ordinarius für Psychiatrie und Neurologie an der Uni Leipzig und Leiter der Universitätsklinik Leipzig
Dr. Helmut Unger (Augenarzt; Verfasser des Buches „Sendung und Gewissen“, das später Grundlage für das Drehbuch des Filmes Ich klage an wurde)
Dr. Ernst Wentzler (Kinderarzt)
Prof. Dr. Hans Heinze
An den Beratungen nahmen auch Viktor Brack und Hans Hefelmann von der KdF teil.

dafür, dass jeder Dritte von der Vorstellung ausging, es mit einer Art Forschungsinstitut ernsten wissenschaftlichen Charakters zu tun zu haben“ („Euthanasie vor Gericht. Die Anklageschrift 2005: 32). Dann gab es einen „streng vertraulichen“ Runderlass vom 18.8.1939, der Hebammen und Ärzte verpflichtete, Kinder unter 3 Jahren mit bestimmten Behinderungen zu melden. Dieser „Reichsausschuss“ war also die erste Tarnorganisation zur Tötung „lebensunwerten Lebens“.

Die erste „Kinderfachabteilung“ wurde schon im Oktober 1939 in der Heil- und Pflegeanstalt Görden bei Brandenburg unter Prof. Heinze eingerichtet, der als angesehener Kinder- und Jugendpsychiater galt, und die Tötung der Kinder hier vorbereitete. Da nun logistisch seit dem Fall des „Kindes Knauer“ die Tötung schwerbehinderter Kinder bis zu 3 Jahren im Frühjahr 1939 beschlossen und ab Herbst 1939 umgesetzt wurde, wurde im Oktober 1939 die Aktion ausgeweitet auf erwachsende Behinderte: die sogenannte „Großaktion“. Dazu wurden Reichsleiter Bouhler und Karl Brandt, Hitlers Leibarzt, in einem Schreiben von Hitler ermächtigt, das in der endgültigen Fassung von Professor de Crinis entworfen worden war und auf den 1. September 1939 rückdatiert wurde: „Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Karl Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Aerzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewaehrt werden kann“ (ebd.: 107).[17]

8.3 | Die T4-Zentrale und ihre Tarnorganisationen

Wie bei der Kinderaktion und dem Aufbau der Tarnorganisation des „Reichsausschusses“ wurden auch bei der „Aktion T4“ Tarnorganisationen aufgebaut. Hier in Kürze ein Überblick, da zahlreiche Personen von Bauer angeklagt wurden. Diese werden im Folgenden durch kursive Schrift gekennzeichnet.

Die „Euthanasie-Zentrale“ war in der Tiergartenstraße 4 in Berlin. Sie gliederte sich in sechs Abteilungen. Geschäftsführer war ab Januar 1941 *Dietrich Allers*.

1. Medizinische Abteilung – Leitung: *Werner Heyde*, ab Dezember 1941 Hermann Paul Nitsche
   Zuständig für die Erfassung der für die Eu-

thanasie in Betracht kommenden Anstaltsinsassen. Ihr unterstand auch das Arzt- und Pflegepersonal der „Euthanasie"-Aktion. Obergutachter waren Heyde, Nitsche und Dr. Linden von der Gesundheitsabteilung des Reichsinnenministeriums. Die Erstbegutachtung erfolgte durch 40 Ärzte, die als T4-Gutachter bestellt worden waren.

2. Büroabteilung – Leitung *Gerhard Bohne*, später *Friedrich Tillmann*
   Aufsicht über alle Verwaltungsarbeiten, die in den „Euthanasie"-Anstalten nach den Tötungen anfielen.
3. Hauptwirtschaftsabteilung – Leitung: Willy Schneider, dann Fritz Schmiedel, dann *Friedrich Lorent*
   Zuständig für die persönliche und sachliche Ausstattung.
4. Transportabteilung – Leitung: *Reinhold Vorberg*; zuständig für den Transport, d.h. die „Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft GmbH.
5. Personalabteilung – Leitung: Friedrich Haus, Verwaltung und Besoldung des eingestellten Personals.
6. Inspektionsabteilung – Leitung: *Gustav Kaufmann*
   Zuständig für die Auswahl und Einrichtung der „Euthanasie"-Anstalten und die Einstellung des dortigen Personals.

Dazu wurden vier weitere Tarnorganisationen gegründet. Im Verkehr nach außen, insbesondere im Schriftverkehr, trat die Zentrale unter diesen verschiedenen Bezeichnungen auf.

- „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten" (RAG): Sie diente der Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten und ihrer Insassen und der Anordnung und Vorbereitung der Krankenverlegungen in die Tötungsanstalten.
- „Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege" (Stiftung): zuständig für das nichtärztliche Personal.
- „Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft GmbH" (Gekrat): zuständig für den Transport.
- „Zentralverrechnungsstelle Heil- und Pflegeanstalten": zuständig für die unterschiedlichen Pflegesätze, die sich durch die Verlegung der Opfer in Zwischen- und Tötungsanstalten ergaben (durch Allers geschaffen; er hatte auch die Leitung).

Um für die Öffentlichkeit die Verbindung von „Euthanasie"-Zentrale und der KdF zu verschleiern, benutzten führende Angehörige des Hauptamtes II der KdF Decknamen, wenn sie für die T4-Zentrale auftraten: Viktor Brack als „Jennerwein", Werner Blankenburg als „Brenner", Reinhold Vorberg in Umkehrung seines Namens „Hintertal".

9 | Die weiteren Verfahren von Fritz Bauer

Im Fall Heyde war – wie gesagt – auch gegen Dr. Bohne und Dr. Hans Hefelmann ermittelt worden. Später kamen noch Friedrich Tillmann und Dr. Horst Schumann hinzu. Das führte zum Prozess von 1964. Nebenher gab es noch eine Reihe weiterer Ermittlungen gegen andere Personen, auf die ich jetzt eingehen möchte.

9.1 | Zur Phase der 1. Frankfurter „Euthanasie"-Prozesse

Es ist schwierig, einen klaren Überblick über die Frankfurter „Euthanasie"-Prozesse unter Fritz Bauer zu bekommen, weil sich die Zahl der Angeschuldigten ständig änderte. Außerdem zog sich die Zeit von Ermittlung, Anklageerhebung und Prozess enorm in die Länge, oft auch durch Taktiken der Verteidiger. Im Folgenden möchte ich eine gewisse Systematisierung versuchen.

Zunächst dazu ein Zitat von Irmtrud Wojak, die diesen Sachverhalt beschreibt: „Aufgrund solcher Ermittlungsergebnisse änderte sich die Anzahl der Beschuldigten ständig, so dass unmöglich erscheint, den gesamten „Euthanasie"-Komplex hier nachzuzeichnen. Erkennbar ist jedoch, wie viel Zeit regelmäßig bis zum Beginn einer Hauptverhandlung verstrich. Die Vorbereitung der

wichtigsten Verfahren zog sich über Jahre hin. Dabei machte der enorme bürokratische Aufwand genauso wie die Verzögerungstaktiken der Verteidiger die Bemühungen nicht selten zur Farce. So auch in den Verfahren gegen die Ärzte von „Euthanasie“-Anstalten. Vom Beschluss der Voruntersuchung gegen Dr. Ullrich und andere am 24. November 1961 bis zum Beginn der Hauptverhandlung vergingen nicht weniger als fünf Jahre. Am Ende war der Prozess der erste und einzige, bei dem Fritz Bauer das Urteil noch erlebte“ (Wojak 2009: 389).

Die Verfahren gegen Dr. Ullrich, Dr. Bunke und Dr. Endruweit sowie gegen Dr. Borm: Im Rahmen der Ermittlungen gegen Heyde wurde auch öfter der Name Dr. Ullrich von Zeugen genannt. Dieser wird schließlich am 22. August 1961 in U-Haft genommen, aber am 8. September schon wieder gegen Auflagen entlassen.

Ullrich war für mehrere Monate der Vertreter des Leiters der Vergasungsanstalt Brandenburg (Tarnname: Dr. Schmitt) und arbeitete ab Dezember 1940 in der Planungsabteilung der Zentrale. 1942 war er bei der T4 ausgeschieden. 1952 wird er niedergelassener Facharzt für Frauenkrankheiten und Belegarzt einer Stuttgarter Klinik.

Nach dem Verfahren gegen Dr. Ullrich übernahm Bauer im Februar 1962 von der Staatsanwaltschaft Amberg das Verfahren gegen den Frauenarzt Dr. Heinrich Bunke, der wieder in Celle praktizierte, etwas später kam das Verfahren gegen Dr. med. Klaus Endruweit hinzu, der als Arzt in Bettrum bei Hildesheim wieder tätig war. Bunke und Endruweit waren als Assistenzärzte in den Vergasungsanstalten Brandenburg an der Havel, Bernburg und Pirna/Sonnenstein eingesetzt worden. Bunke war im Mai/Juni 1941 für vier bis sechs Wochen zur Ausbildung bei Prof. Hallervorden in Berlin. Als er nach Bernburg zurückkehrte, richtete er den Sektionsraum neben der Gaskammer ein. Bunke sprach später lieber vom „Duschraum“ als von „Gaskammer“ und von „einschläfern“ statt von „morden“, wie Ernst Klee feststellt (1986: 117). Ullrich, Bunke und Endruweit waren Lehrersöhne; der Vater von Endruweit war Taubstummen-Oberlehrer. Bauer leitete gegen die beiden ein gesondertes Ermittlungsverfahren ein. Bunke wurde am 12. April 1962 festgenommen, Endruweit stellte sich selbst am 18. Juni. Beide wurden jedoch gegen Auflagen von der Untersuchungshaft verschont.

Im Zuge der Ermittlungen gegen Ullrich wurde auch gegen Dr. Wortmann ermittelt, der für zwei Monate in Pirna/Sonnenstein tätig war. Danach beendete er die Tätigkeit, ohne dass ihm ein Nachteil entstand. Die Ermittlungen gegen ihn wurden später eingestellt.

Der ehemalige T4-Arzt Dr. Kurt Borm kam eine Woche nach der Verhaftung von Endruweit auf Initiative von Bauer in Untersuchungshaft. Borm lebte damals in Uetersen (Holstein), war dort Medizinalrat am Städtischen Krankenhaus und leitete die innere Abteilung. Früher war er Mitglied der Waffen-SS gewesen und seit 1940 in der KdF tätig. Dann war er bis Spätsommer 1941 Stellvertreter von Dr. Schumann in der Anstalt Pirna/Sonnenstein, später wieder in der T4-Zentrale tätig. Aber auch Dr. Borm erwirkte Haftverschonung. Die Strafverfolgung von Borm sorgte für viel Aufregung, da er ein stadtbekannter und bei der Bevölkerung sehr geschätzter Arzt war.

Borm wurde zusammen mit Ullrich, Bunke und Endruweit angeklagt. Die Anklageschrift ist datiert auf den 15. Januar 1965. Bald tauchten jedoch Zweifel auf, ob Borm nicht noch mehr Straftaten vorzuwerfen seien. So kommt es, dass gegen Borm noch weiter ermittelt wurde, während seine Kollegen Ullrich, Bunke und Endruweit am 3. Oktober 1966 zum ersten Mal vor dem Schwurgericht des Landgerichts Frankfurt zur Hauptverhandlung erscheinen müssen (Klee 1986: 122).

Es stand nun die Frage im Raum, ob die angeklagten Ärzte weiter praktizieren dürfen. Im Fall von Bunke hatte der Regierungspräsident in Lüneburg das untersagt. Nun entstand eine große Unterstützungskampagne für diese Ärzte in ihren jeweiligen Gemeinden. Den Gipfel erreichte der Bürgermeister von Nettlingen im Falle von Endruweit:

„Bereits jetzt werden in nicht zu übersehendem Maße peinliche und dem Ansehen der Regierung sehr schädliche Vergleiche mit Willkürmaßnahmen des 3. Reiches gezogen....“ (ebd.: 124).

Das Urteil zu Ullrich, Bunke und Endruweit endete mit Freispruch: Das Gericht stellte zwar fest, dass die Angeklagten zum Gelingen der „Euthanasie“-Aktionen wesentlich mit beigetragen haben: „Da die Beihilfe der einzelnen Angeklagten in ihrem gesamten Verhalten liegt und deshalb als einheitliche Tat in natürlichem Sinne erscheint, hat der Angeklagte Dr. Ullrich demnach Beihilfe zur Ermordung von mindestens 1.815 Geisteskranken geleistet, davon in mindestens 210 Fällen durch eigenhändige Tötung. Der Angeklagte Dr. Bunke hat Beihilfe zur Ermordung von mindestens 4.950 Geisteskranken geleistet und der Angeklagte Dr. Endruweit Beihilfe zur Ermordung von mindestens 2.250 Geisteskranken“ (ebd.: 125).

Dennoch werden alle drei freigesprochen. Die Begründung: „Die Angeklagten haben jedoch nicht schuldhaft gehandelt. Es fehlte ihnen das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit (Anm. U.D.: trotz der Tarnnamen). Sie haben das ‚Unerlaubte‘ ihres Tuns nicht erkannt und in einem unvermeidbaren Verbotsirrtum gehandelt. Die Angeklagten sind davon ausgegangen, dass sie nur bei der Tötung von Geisteskranken ‚ohne natürlichen Lebenswillen‘ mitwirkten und dass deren Tötung erlaubt war. Da hiermit die Schuld entfällt, waren die Angeklagten freizusprechen“ (ebd.).

Das Urteil wurde von den Zuhörern mit großem Beifall aufgenommen. Staatsanwalt Warlo hatte für Ullrich acht Jahre, für Bunke sieben Jahre und für Endruweit vier Jahre Zuchthaus beantragt. Alle Angeschuldigten waren auch nicht der Mittäterschaft, sondern nur noch der Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord verdächtigt worden. Dagegen hatte sich Staatsanwalt Johannes Warlo gewehrt. Er erklärte, dass es sich im Gegensatz zum Eröffnungsbeschluss nicht um Gehilfen, sondern um Täter handele.

In der Verhandlung selber sagte Dr. Ullrich, er habe die Vergasung für eine „bittere Pflichterfüllung“ gehalten. Auf die Frage, weshalb er als Arzt selber den Gashahn aufgedreht habe, antwortete er, dass er die „Euthanasie“ für Sterbehilfe hielt und verhindern wollte, dass Sadisten an den Gashahn kämen (Wojak: 2009: 392). Drei Jahre später jedoch, am 7. August 1970, hob der Bundesgerichtshof (BGH) das Urteil auf. Das Schwurgericht musste erneut gegen die drei Ärzte verhandeln.

Vor dem neuen Prozessbeginn am 15. Dez. 1971 wurde den drei Angeklagten jeweils Verhandlungsunfähigkeit bescheinigt. Die Verfahren wurden vorläufig eingestellt. Trotzdem konnten sie ihre PatientInnen als Ärzte weiterhin behandeln. 15 Jahre danach waren beide Ärzte plötzlich wieder verhandlungsfähig, so dass am 29. Januar 1986 das Revisionsverfahren aufgenommen wurde. Ernst Klee war jetzt Prozessbeobachter und berichtete in einem *ZEIT*-Artikel in seinem unnachahmlich sarkastischen Stil darüber: „Nichts als Nächstenliebe – Ein Angeklagter stellt sich als Erlöser dar“ (Klee 1987).

„Am 49. Verhandlungstag stellt Ullrichs Anwalt Meub (der einen psychiatrischen Gutachter wegen dessen jüdischen Großvater ablehnte) wieder einmal Beweisanträge. Sie sollen zeigen, dass Ullrich ‚mit übersteigerter Begeisterung von dem Gedanken beseelt war, Menschen ohne Ansehen der Person helfen zu müssen.‘ Nähme man das ernst, dann müsste sich Aquilin Ullrich in der Vergasungsanstalt Brandenburg wie Albert Schweitzer in Lambarene gefühlt haben“ (*ZEIT* vom 27.03.1987).

Schließlich verurteilte das Frankfurter Landgericht Dr. Ullrich und Dr. Bunke wegen Beihilfe zum Mord – Ullrich in mindestens 4500, Bunke in 11.000 Fällen – zu je vier Jahren Freiheitsstrafe. Der BGH setzte allerdings anderthalb später das Strafmaß auf die Mindeststrafe herab: Man habe, so die Begründung, den Angeklagten eine zu große Anzahl von Tatbeteiligungen zugerechnet, auch Ermordungen, die in Abwesenheit stattfanden.

Borm wird am 6. Juni 1972 – zehn Jahre nach seiner Verhaftung – freigesprochen, trotz der „objektiven Beihilfe zur Tötung von mindestens 6652 Geisteskranken“. Borm habe in einem „unüberwindbaren Verbotsirrtum“ gehandelt. Er stamme aus einem Beamtenhaushalt, in dem erfahrungsgemäß staatstreue Gesinnung und unbedingter Glaube an die Gesetzmäßigkeit geherrscht habe. Mit Verweis auf Reichsjustizminister Gürtner und Staatssekretär Schlegelberger erklärte das Gericht Hitlers „Euthanasie“-Erlass damit zu gültigem Recht. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Daraufhin gab es einen Protestbrief von zahlreichen Künstlern und Schriftstellern an Bundespräsident Heinemann.

Als Problem wurde auch empfunden, dass Borm überzeugter Nationalsozialist gewesen war und so sein Gewissen durch NS-Parolen entlasten konnte. Das wurde vom Gericht als entlastend gewertet. Staatsanwalt Warlo kam so zu dem Schluss, dass in Zukunft nur noch Täter mit einem „Unrechtsbewusstsein“ verurteilt werden könnten, während die „Gewissenlosen“ einen Freispruch erhielten. Das Urteil wurde zwei Jahre später im März 1974 vom BGH bestätigt.

Bauer contra Behörden – ein Problem: die Zähflüssigkeit der Prozesse. Das Verfahren gegen Ullrich und andere hatten sich jahrelang hingezogen. Für Bauer war es frustrierend, immer wieder Widerstände auch in den Behörden zu erleben. Als ein Beispiel dazu eine Mitteilung von Bauer an das hessische Justizministerium:

„Über meine Anträge aus der Anklageschrift (...) hat die Strafkammer bisher nicht entschieden. Auf eine Sachstandsanfrage erklärte der Berichterstatter der 3. Strafkammer, Landgerichtsrat Dr. Koch, folgendes: Die Akten müssten zunächst den einzelnen Anwälten zur Akteneinsicht übersandt werden. Es haben sich bisher 8 Anwälte gemeldet (...) Da man jedem Anwalt etwa eine 3monatige Erklärungsfrist zubilligt und er für diese Zeit die Akten benötige, würden allein über die Akteneinsicht 2 bis 3 Jahre vergehen, ohne dass über meine Anträge entschieden werden könnte (...).“ Es gab nun zahlreiche Aktenordner, die kopiert werden könnten. Die Verwaltungsabteilung hatte aber die Gestellung einer Hilfskraft dafür abgelehnt.

„Ich vermag über die Personalschwierigkeiten des Landgerichts mich nicht zu äußern. Ich halte es aber nicht für vertretbar, dass bei der bisherigen Sachbehandlung allein 2 bis 3 Jahre vergehen, bis über meinen Antrag auf Eröffnung der Hauptverhandlung entschieden werden kann. Unter diesen Umständen ist überhaupt nicht abzusehen, wann es zu einer Hauptverhandlung kommt“ (Wojak 2009: 392). Im Falle gegen Ullrich u.a. hatte es 4,5 Jahre bis zur Hauptverhandlung gedauert.

9.2 | Frankfurter NS-„Euthanasie“-Prozess (ab April 1967)

Die Beweisaufnahme im 1.Frankfurter „Euthanasie“-Prozess war am 25. April 1967 abgeschlossen, als genau an dem Tag der 2. NS-„Euthanasie“-Prozess in Frankfurt begann. Dieser Prozess ging gegen die wichtigsten noch lebenden Funktionäre der „T4 Aktion“. Angeklagt waren diesmal, nicht nur wegen Beihilfe, sondern wegen Mittäterschaft an tausendfachem Mord, folgende Personen: Reinhold Vorberg („Gekrat“), Dietrich Allers (Geschäftsführer der T4-Zentrale), Adolf Gustav Kaufmann (Erster Leiter von Hartheim) und Dr. Gerhard Bohne (Büro-Abteilung T4).

Reinhold Vorberg: Diesen Fall kennt man auch durch den Bauer-Film *Tod auf Raten* von Ilona Ziok. Reinhold Vorberg war der Ex-Leiter der „Gemeinnützigen Krankentransportgesellschaft“. Er war nach Viktor Brack und Werner Blankenburg der drittwichtigste Mann in der T4. Aus der Aussage einer KdF-Mitarbeiterin: „Aus meiner Sicht als Telefonistin waren Vorberg und Brack die hochgestellten Persönlichkeiten aus der KdF, vor denen alle ‚Männchen’ machten. Wenn diese erschienen, hatte man den Eindruck, der Herrgott kommt persönlich“ (Klee 1986: 66).

Vorberg war im März 1962 nach Spanien geflohen. Durch Observierung der Ehefrau kam man ihm auf die Spur. Im Mai 1962 reiste Bauer persönlich nach Madrid und sprach in der Deutschen Botschaft vor. Bauer bezweifelte, dass die Franco-Regierung einen Nazi-Täter ausliefern würde. Er erhielt aber Unterstützung vom Militärattaché, Oberst Achim Oster, der die Wohnung Vorbergs ausfindig machte. Gleichzeitig nahm er in Deutschland auch Kontakt zum Limburger Weihbischof Kampe auf, der den Fall Vorberg in Rom zur Sprache brachte. Schließlich wurde Vorberg am 5. März 1963 von den Spaniern ausgeliefert (Filmausschnitt aus *Fritz Bauer – Tod auf Raten* von Ilona Ziok, 1.17.30 – 1.19.30).

Dietrich Allers (Jurist): Er war ab Frühjahr 1941 der Geschäftsführer der T4-Zentrale und der Leiter der Stiftung für Anstaltspflege (er war der einzige, der sich noch auf freiem Fuß befand). Nach dem Krieg gehörte er zu einer der „schillerndsten und erfolgreichsten NS-Gehilfen" (Klee 1998) und hatte 1951 auch für die SRP in Niedersachsen kandidiert.

Adolf Gustav Kaufmann: Er hatte die Einrichtung und den Betrieb in den Vernichtungsanstalten überwacht und war in der Aufbauphase Leiter der Anstalt Linz/Hartheim.

Dr. Gerhard Bohne: Er war schon mit Prof. Heyde angeklagt worden und war jetzt von Argentinien ausgeliefert worden.

Wieder kam es zu Ausfällen: Zunächst schied Kaufmann aus wegen eines Herzinfarkts, dann Dr. Bohne wegen ärztlich attestierter „Verkalkung". Das Gericht verhandelte bis zum 20. Dezember 1968, wertete die Aussagen von 261 Zeugen, von fünf Gutachten und zahlreichen Dokumenten aus.

Schließlich wurden nur Vorberg und Allers verurteilt: Vorberg zu zehn Jahren Zuchthaus und Allers zu acht Jahren Zuchthaus, beide wegen Beihilfe. Vom Vorwurf der Tötung von KZ-Häftlingen wurden sie freigesprochen. Die Haftstrafen galten als verbüßt. Die *Neue Züricher Zeitung* kritisierte das Urteil mit den Worten, wieder habe es eine fragwürdige Abgrenzung von Täterschaft und Beihilfe gegeben. Am Ende gäbe es immer nur einen Täter, und zwar Hitler.[18] Gegen Kaufmann und Bohne waren die Verfahren wegen Krankheit eingestellt worden.

Verfahren gegen Blankenburg, Wentzler und Heinze: Dann bekam Bauer aus Berlin das Verfahren gegen Werner Blankenburg, den ehemaligen Chef des Amtes II der KdF, zugewiesen. Dieser lebte jedoch unerkannt bis zu seinem Tod 1957 unter dem Mädchennamen seiner Ehefrau „Bieleke", so dass es in diesem Fall nicht zu einem Prozess kam.

Außerdem erhielt er die Verfahren gegen zwei weitere Obergutachter der „Kinder-Euthanasie": Ernst Wentzler und Hans Heinze. Bauer hatte diese zunächst wegen Überlastung abgelehnt, dann bekam er die Verfahren aber doch noch zugeteilt – durch den Generalbundesanwalt. Wentzler blieb straffrei, und Heinze wurde 1964 für verhandlungsunfähig erklärt. Heinze war 1954 Leiter der jugendpsychiatrischen Klinik beim Niedersächsischen Landeskrankenhaus in Wunstorf geworden. Durch die Strafverfolgungen sei er schwer depressiv geworden. Zu seinem Tod 1987 spricht ihm das Landeskrankenhaus ein „ehrendes Andenken" aus.

9.3 | Frankfurter „Euthanasie"-Prozess (ab November 1967 bis Mai 1970)

Im 3. von der Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft (unter Bauer) veranlassten „Euthanasie"-Prozess mussten sich drei Angeklagte verantworten. Die Ermittlungen hatte Frankfurt Anfang 1960 von der Zentralen Stelle in Ludwigsburg übernommen. Allen Beschuldigten war die Mitwirkung an der „Aktion T4" sowie die Tötung von Häftlingen aus den Konzentrationslagern vorgeworfen worden.

- Hans-Joachim Becker: Leiter der „Zentralverrechnungsstelle Heil- und Pflegeanstalten". Er hatte die Abrechnung mit den Kostenträgern besorgt. Später war er Büroleiter in Hartheim gewesen.

- Friedrich Robert Lorent: Leiter der Wirtschaftsabteilung. Er war für die gesamte Haus- und Wirtschaftsverwaltung tätig (zuständig etwa für das Gold der Goldzähne der getöteten Kranken, für Schmuck und andere Wertsachen). Beide, Lorent und Becker, hatten sich immer wieder persönlich bereichert.
- Dr. Georg Renno: „Euthanasie“-Arzt in Hartheim (wo 1943/1944 auch tausende KZ-Häftlinge aus Mauthausen vergast worden sind).

Wegen der vordringlichen Arbeiten an der Strafsache gegen Dr. Beger und andere zum Tatbestand „jüdische Skelettsammlung“[19] musste der Fall vorübergehend zurückgestellt werden. Schließlich vergingen insgesamt sechs Jahre, bis am 7. November 1967 Anklage gegen Renno, Becker und Lorent erhoben werden konnte. Der Eröffnungsbeschluss – aber da lebte Fritz Bauer schon nicht mehr – erging am 20. Dezember 1968, die Hauptverhandlung wurde neun weitere Monate später eröffnet. Aber gerade in dem Moment, als Dr. Renno schwer belastet wurde, musste er sich den Blinddarm entfernen lassen. Das Verfahren wurde abgetrennt und fünf Jahre später wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt. Renno lebte noch bis 1997.
Gegen die beiden anderen erging das Urteil im Mai 1970:

> Becker wurde wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen zu zehn Jahren, Lorent wegen Beihilfe zu sieben Jahren verurteilt. Diesmal blieb die Revision der Angeklagten erfolglos.

In dem jahrelangen Frankfurter Verfahren gegen Dr. Horst Schumann, den ehemaligen Leiter der „Euthanasie“-Anstalten Grafeneck und Sonnenstein, der später auch Sterilisationsversuche mit Röntgenstrahlen in Auschwitz anstellte, kam es erst am 12. Dezember 1969 zur Anklageerhebung. Neun Monate später begann der Strafprozess, und bereits am 14. April 1971 war er erledigt. Es war zu keinem Urteil gekommen. Die Ärzte bescheinigten Schumann Verhandlungsunfähigkeit, Manipulation – so Irmtrud Wojak (2009: 396) – konnte nicht nachgewiesen werden. Ende Juli 1972 wurde der Prozess endgültig eingestellt. Schumann starb elf Jahre später, am 5. Mai 1983.

10 | Eine katastrophale Bilanz bei den „Euthanasie“-Prozessen

Die Bilanz war katastrophal. Aus der Sicht Bauers konnte sie enttäuschender, ja verheerender nicht sein, wie es Irmtrud Wojak (ebd.) ausdrückt: Nur vier Spitzenfunktionäre der T4 wurden rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt, und dies auch nur wegen Beihilfe: Vorberg, Allers, Lorent und Becker. Drei Funktionäre der T4 (Hefelmann, Bohne, Becker) und drei „Euthanasie“-Ärzte (Renno, Endruweit, Schumann) schieden wegen Verhandlungsunfähigkeit vorzeitig aus und vier Ärzte wurden wegen fehlenden Unrechtsbewusstseins freigesprochen (Dr. Borm sogar rechtskräftig mit Bestätigung durch den BGH). Zu Lebzeiten von Fritz Bauer erging nur ein Urteilsspruch gegen die T4-Funktionäre und Organisatoren: der Freispruch für Dr. Ullrich, Dr. Bunke und Dr. Endruweit.

Zuletzt möchte ich noch Irmtrud Wojak für ihre Ausführungen zu Fritz Bauer und der NS-„Euthanasie“ danken, die vielleicht dafür gesorgt hat, dass dies Thema in der Forschung nicht völlig in Vergessenheit geraten ist. Ihre Biografie zu Fritz Bauer ist nach wie vor ein Standardwerk – eine Fundgrube für immer neue Forschungen zu Bauer.

Udo Dittmann, geboren 1952 in Peine/Hannover, studierte Germanistik und Geschichte an der TU Braunschweig (1973–1977), später dann Sonderpädagogik an der PH Hannover (1983–1988). Er arbeitete mehrere Jahre im Freizeitbereich mit geistig behinderten Kindern und Jugendlichen bei der Lebenshilfe Braunschweig, dann als Förderschullehrer in Vienenburg (Harz), Bad Harzburg und Braunschweig. Im Jahr 2000 gründete er den Verein „Forum Bioethik e.V.“

und 2011 den „Fritz Bauer Freundeskreis“ in Braunschweig.
Kontakt: udo.dittmann@t-online.de

Anmerkungen

[1] Das Manuskript wurde anlässlich eines Vortrags am 20.08.2015 in Braunschweig, Schloss-Carree im Rahmen des Begleitprogrammes zum „Denkmal der Grauen Busse“ erstellt und für das Forschungsjournal überarbeitet.

[2] Der Rundbrief berichtet regelmäßig über neue Aktivitäten und Veranstaltungen zu Fritz Bauer und erscheint ca. 1x pro Monat. Bei Interesse wird er per Mail zugeschickt (udo.dittmann@t-online.de).

[3] Trauerrede von Robert M.W. Kempner in der Gedenkfeier der Hessischen Landesregierung am 6. Juli 1968 im Haus Dornbusch in Frankfurt am Main („Liebe Freunde und Kollegen hier im Dornbusch“), in: Fritz Bauer in memoriam, hrsg. vom Hessischen Minister der Justiz, Wiesbaden 1969: 23.

[4] „Euthanasie vor Gericht“. Die Anklageschrift des Generalstaatsanwalts beim OLG Frankfurt am Main gegen Dr. Werner Heyde u.a. vom 22. Mai 1962, mit Anmerkungen von Uwe Kaminski und Friedrich Dencker. Neuherausgegeben von Thomas Vormbaum, Institut für Juristische Zeitgeschichte Hagen, Abt. I – Allgemeine Reihe, Bd. 17. Berlin 2005.
Zur Vorgeschichte der Anklageschrift führt Thomas Vormbaum im Vorwort der Neuherausgabe aus:
„Der Entschluss zur Veröffentlichung der Anklageschrift gegen die Hauptverantwortlichen der sog. ‚Aktion-T4` geht zurück auf eine Anregung von Prof. Dr. Wolfgang Naucke; er teilte mir 2002 mit, daß eines der wenigen erhaltenen Exemplare dieser Schrift, auf die ich durch das Buch von Godau-Schüttke über die Affäre Heyde/ Sawade aufmerksam geworden war, im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden lagere und sich in konservatorisch bedenklichem Zustand befinde. Dank der Kooperationsbereitschaft des Archivs und der Unterstützung durch den Verein für Juristische Justizgeschichte, durch das Hessische Staatsministerium der Justiz und durch das Schleswig-Holsteinische Kultusministerium wurde es möglich, das Archivexemplar zu kopieren und im Institut für Juristische Zeitgeschichte – nachdem die Möglichkeit des Einscannens sich als technisch nicht durchführbar erwiesen hatte – abzuschreiben.“

[5] Die „Anschuldigungsschrift Fritz Bauers vom 22. April 1965“ ist in dem Buch von Loewy/Winter (s.o.) in vollständiger Länge abgedruckt. 145-167. Dazu ein Hinweis von Wolfgang Naucke: „In dem Verfahren gegen die hohen NS-Juristen 1965 hat es keine Anklageschrift gegeben. Fritz Bauer hat sich nach der damaligen, inzwischen geänderten Rechtslage im Strafprozessrecht des Instituts der ‚gerichtlichen Voruntersuchung‘ bedient, die das staatsanwaltschaftliche Verfahren in das gerichtliche Verfahren überführen konnte. Dazu bedurfte es einer ‚Anschuldigungsschrift‘, die nach Aufbau und Inhalt einer Anklageschrift gleichkam.“ (Persönliche Mitteilung von W. Naucke an U. Dittmann)

[6] Siehe Anmerkung 4.

[7] Siehe z.B. bei Klee, Ernst 1983 (2010); Klee 1986, oder die Dokumenation „Reichsausschusskinder“ 1989. In: Aly, Götz 1989: 121ff.

[8] Siehe Anmerkung 5.

[9] Bauer taucht in der Literatur der 1980er-Jahre zunächst nicht mit Namen weiter auf, sondern nur seine Anklageschrift von 1962, z.B. in dem Buch von Ernst Klee 1983 und in dem Buch von Götz Aly über die „T4 Aktion“ (1989). Dort werden ganze Passagen aus Bauers Anklageschrift in einem Kapitel über den „Reichsausschuss“ als Dokumentation wiedergegeben: 121ff. Erst in dem Buch von Ernst Klee 1986 wird Bauer auch namentlich häufig erwähnt. Ansonsten wird Bauer auch später kaum im Zusammenhang mit NS-„Euthanasie“ erwähnt.

[10] Das Fritz Bauer Institut wurde im Januar 1995 als „Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocausts“ gegründet. Siehe auch die Webseite des Instituts: www.fritz-bauer-institut.de
Lange Zeit war Bauer hauptsächlich Namensgeber des Instituts; erst seit 2012 spielt Bauer dort eine stärkere Rolle: 2012 – Tagung zu Fritz Bauer in der deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte, 2014 – Ausstellung „Fritz Bauer – Der Staatsanwalt“ sowie die Herausgabe einer Doppel-DVD mit Gesprächen, Interviews und Reden von Fritz Bauer aus den Fernseharchiven 1961–1968). Das Buch von Joachim Perels/Irmtrud Wojak „Die Humanität der Rechtsordnung“ mit Texten von Fritz Bauer, das 1998 in der Wissenschaftlichen Reihe des Instituts erschienen ist, ist nicht mehr im Buchhandel erhältlich. Im September 2015 ist ein neues Buch mit den Briefen von Bauer an Thomas Harlan erschienen: Werner Renz (Hg.) „Von Gott und der Welt verlassen“. Fritz Bauers Briefe an Thomas Harlan. Frankfurt am Main.

[11] Insbesondere im Film tat sich viel: Zunächst Ilona J. Ziok mit ihrem Film „Fritz Bauer – Tod auf Raten“ (2010), der vieles überhaupt angestoßen hat, dann die ZDF-History Dokumentation von Andrzej Klamt und Peter Hartl „Mörder unter uns – Fritz Bauers einsamer Kampf“ (2014), „Im Labyrinth des Schweigens“ von Giulio Ricciarelli (2014), „Der Staat gegen Fritz Bauer“ von Lars Kraume (2015). In der Politik zum Beispiel Heiko Maas: Eine seiner ersten Amtshandlungen als neuer Bundesjustizminister war die Stiftung eines neuen „Fritz Bauer Studienpreises“ (www.bmjv.de), sowie Sigmar Gabriel, der eine exklusive Filmpreview zum neuen Bauer-Film von Lars Kraume in Berlin veranstaltete (am 31.08.2015).

[12] Arbeitskreis zur Erforschung der NS-Euthanasie und Zwangssterilisation, siehe www.ak-ns-euthanasie.de

[13] Eine Ausnahme gab es, als der Arbeitskreis in der Charité Berlin und in der Topografie des Terrors im April 2014 tagte. Dort hielt der Frankfurter Kulturwissenschaftler Christoph Schneider einen Vortrag über „Die Spitzen der Justiz als Helfer der T4 – das Ermittlungsverfahren gegen Schlegelberger u.a.“.

[14] Zu Reinhard Strecker und seiner Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“: Stephan Alexander Glienke 2008 sowie Gottfried Oy/Christoph Schneider 2014.
(Strecker war wie Bauer lange Zeit in Vergessenheit geraten. Erst jetzt werden seine Verdienste von damals gewürdigt. 2015 erhielt er u.a. für seine Ausstellung den Bundesverdienstorden).

[15] Zur Enttarnung von Heyde siehe Klaus-Detlef Godau-Schüttke 2001. Heyde hatte nach dem Krieg in Flensburg unter dem Namen Fritz Sawade gelebt, zunächst als Sportarzt, dann war er auch als Gerichtsgutachter in Schleswig-Holstein tätig. Seine wahre Identität war zahlreichen Personen bekannt, die ihn jedoch immer wieder deckten. Erst als 1959 der Druck zu groß wurde und er seine Approbationsurkunde vorlegen sollte, die jedoch den Namen Werner Heyde trug, stellte er sich am 12. November 1959 in Frankfurt am Main der dortigen Justiz.
Zur Vorgeschichte des Auschwitz-Prozesses: Werner Renz 2011.

[16] Das Kind „Knauer“ konnte bis heute noch nicht genau identifiziert werden. Siehe dazu: Udo Benzenhöfer 2012.

[17] Zu der Ermächtigung von Hitler gibt Hefelmann in seiner Vernehmung vom 6.-15.9.1960 an, dass das Schreiben von Professor De Crinis entworfen worden sei. Schon seit Juli/August habe es beratende Gespräche zur Durchführung von Tötungsmaßnahmen gegeben. Es ergaben sich Verzögerungen bis Ende Oktober 1939, die die Zeugin Linkenbach damit erklärt, dass ein etwa zehn Personen umfassendes Gremium „über die Formulierung viel hin und her redete“. Schließlich wurde der Text von De Crinis gewählt, den Hitler auf den 1. September 1939 zurückdatierte (siehe „Euthanasie“ vor Gericht. Die Anklageschrift: 107).

[18] Neue Züricher Zeitung vom 23.11.1968, zitiert nach Wojak a.a.O.: 395.

[19] Bruno Beger gehörte zum persönlichen Stab des Reichsführers SS Himmler und betrieb im Auftrag der „Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe e.V." rassenkundliche Forschungen. Im Jahr 1938 hatte er an der „Deutschen Tibet-Expedition" unter Ernst Schäfer teilgenommen. 1943 wählte er mit dem Anthropologen Hans Helmut Fleischhacker in Auschwitz 2 polnische, 86 jüdische und 4 „innerasiatische" Häftlinge aus und untersuchte sie im elsässischen KZ Natzweiler-Strutthof. Anschließend ließ er sie in der Gaskammer ermorden und die Leichen ins Anatomische Institut der Reichsuniversität Straßburg zu Prof. August Hirt bringen. Dort sollte eine jüdische Skelettsammlung als Beleg für eine angeblich jüdische Rasse entstehen. Beger und Fleischhacker wurden 1970 vor dem Landgericht Frankfurt angeklagt. Beger wurde am 6.4.1971 wegen Beihilfe zu 86-fachem Mord zur Mindeststrafe von drei Jahren verurteilt; Fleischhacker war am 5.3.1971 freigesprochen worden.

Literatur

Aly, Götz (Hg.) 1989: Aktion T4 (1939-45). Die „Euthanasie"-Zentrale in der Tiergartenstraße 4. Berlin.

Benzenhöfer, Udo 2012: Der Fall Leipzig (alias Fall „Kind Knauer") und die Planung der NS-„Kindereuthanasie" Wien.

Binding, Karl/Hoche, Alfred 2006: Über die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Neuherausgegeben und kommentiert von Wolfgang Naucke.

Ebbinghaus, Angelika/Dörner, Klaus 2002: Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozess und seine Folgen. Berlin.

Eichmüller, Andreas 2014: Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Hessen. Die Ära von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1956-1968). In: Einsicht 12. Bulletin des Fritz Bauer Instituts. Frankfurt.

„Euthanasie vor Gericht". Die Anklageschrift des Generalstaatsanwalts beim OLG Frankfurt am Main gegen Dr. Werner Heyde u.a. vom 22. Mai 1962, mit Anmerkungen von Uwe Kaminski und Friedrich Dencker. Neuherausgegeben von Thomas Vormbaum, Institut für Juristische Zeitgeschichte Hagen, Abt. I – Allgemeine Reihe, Bd. 17. Berlin. 2005.

Fritz Bauer in memoriam, Gedenkfeier zum Tode Fritz Bauers am 6. Juli 1968, hrsg. vom Hessischen Minister der Justiz, Wiesbaden. 1969.

Glienke, Stephan Alexander 2008: Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz" (1959-1962) Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen. Baden-Baden.

Godau-Schüttke, Klaus-Detlef 2001: Die Heyde/Sawade-Affäre. Wie Juristen und Mediziner den NS-Euthanasieprofessor Heyde nach 1945 deckten und straffrei blieben. Baden-Baden.

Klee, Ernst 1983 (2010): „Euthanasie" im Dritten Reich. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens". Frankfurt am Main.

Klee, Ernst 1986 (1998): Was sie taten – was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord. Frankfurt am Main.

Klee, Ernst 1987: Nichts als Nächstenliebe. Ein Angeklagter stellt sich als Erlöser dar. In: Die ZEIT vom 27.03.1987. Online: http://www.zeit.de/1987/14/nichts-als-naechstenliebe

Kramer, Helmut 1996: „Gerichtstag halten über uns selbst". Das Verfahren Fritz Bauers zur Beteiligung der Justiz am Anstaltsmord. In: Loewy, Hanno/Winter, Bettina (Hg.): NS-„Euthanasie" vor Gericht Fritz Bauer und die Grenzen juristischer Bewältigung. Frankfurt am Main: Campus.

Loewy, Hanno/Winter, Bettina (Hg.) 1995: NS-„Euthanasie" vor Gericht Fritz Bauer und die Grenzen juristischer Bewältigung. Frankfurt am Main: Campus.

Meusch, Matthias 2001: Von der Diktatur zur Demokratie. Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen (1956-1968). Wiesbaden.

Mitscherlich, Alexander/Mielke, Fred (Hg.) 1960: Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses.

Oy, Gottfried/Schneider, Christoph 2014: Die Schärfe der Konkretion. Reinhard Strecker, 1968 und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiografie. Münster.

Perels, Joachim/Wojak, Irmtrud 1998: Die Humanität der Rechtsordnung. Fritz Bauer – Ausgewählte Schriften. In: Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts. Bd. 5. Frankfurt am Main.

Renz, Werner 2011: Der 1. Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963-65 und die deutsche Öffentlichkeit. In: Osterloh, Jörg/Vollnhals, Clemens (Hg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Göttingen.

Renz, Werner (Hg.) 2015: Von Gott und der Welt verlassen. Fritz Bauers Briefe an Thomas Harlan. Frankfurt am Main.

Steinke, Ronen 2013: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht. München, Zürich: Piper.

Wojak, Irmtrud 2009: Fritz Bauer. 1903-1968. Eine Biographie. München: C. H. Beck.

Ziok, Ilona 2010: Fritz Bauer – Tod auf Raten. Dokumentarfilm. Online: www.fritz-bauer-film.de

Rädchen im Getriebe von Auschwitz

Das Verfahren gegen Oskar Gröning vor dem Schwurgericht in Lüneburg

Thomas Walther

Die überragende Bedeutung von Dr. Fritz Bauer im Prozess gegen Oskar Gröning vor dem Schwurgericht Lüneburg war tagtäglich im Gerichtssaal – 50 Jahre nach dem Frankfurter Auschwitz-Urteil – zu erfahren. Nicht jedes Mal wurde sein Name genannt, wenn Gericht oder Verfahrensbeteiligte sich auf ihn beriefen.

Gröning hatte bereits vor zehn Jahren öffentlich im *SPIEGEL* über seine Beteiligung an der Vernichtung der ungarischen Juden im Sommer 1944 gesprochen. Er sprach von sich selbst bereits damals als einem „kleinen Rädchen" in der Vernichtungsmaschinerie. Wir können sicher sein, dass er damals nichts davon wusste, wie vehement sich Fritz Bauer dagegen gewandt hat, dass die Individuen im NS-System zu willenlosen Rädchen einer Vernichtungsmaschinerie herabgesetzt werden sollten. Im Verfahren hat Gröning verneint, sich 1964/65 mit dem Frankfurter Auschwitz-Prozess befasst zu haben. Dazu habe er nichts gelesen und im Fernsehen habe er umgeschaltet, wenn berichtet wurde, „weil es ihn nicht interessiert hat". Nun hat Gröning 50 Jahre später Fritz Bauers Grundideen doch noch kennengelernt.

Das Gericht hat ihn ausdrücklich als „Rädchen im Getriebe" der Mordmaschinerie wegen Beihilfe zum Mord am 15. Juli verurteilt. Nach den allgemeinen Regeln des deutschen Strafrechts sind weder die wertenden Gedanken von Fritz Bauer zum Menschheitsverbrechen Auschwitz noch 50 Jahre später die Worte des Lüneburger Gerichts verwunderlich.

Die Jahrzehnte in Stein gemeißelte Geschichte der Nicht-Verfolgung jener „Rädchen" seit dem Frankfurter Urteil bis zum Münchner Demjanjuk Verfahren 2009/2011 und sodann zur Gröning-Anklage der Staatsanwaltschaft Hannover ist hingegen die beschämende Wirklichkeit unserer Justiz.

Das Frankfurter Gericht hat 1965 mit seinem Urteil das Gebäude des Gesamtver-

brechens Auschwitz – dieses Verständnis war eines der grundlegenden Verfahrensziele von Bauer – eingerissen, indem es in der Anklage der Staatsanwaltschaft nichts anderes als ein willkürlich von Bauer initiiertes Sammelverfahren aus unzählig vielen Einzelverbrechen erkennen wollte. Diese Atomisierung des Menschheitsverbrechens endete in Lüneburg 50 Jahre später ausdrücklich damit, dass die angeklagte Vernichtung der ungarischen Juden in sieben Wochen des Sommers 1944 als ein zusammenhängendes, tateinheitliches Verbrechen des Mordes an 300.000 Juden abgeurteilt wurde, zu dem Gröning Beihilfe leistete.

Vierzehn der 437.000 aus Ungarn an der Rampe in Auschwitz ankommenden Juden, todgeweiht oder als Arbeitssklaven von der SS für einige Monate in der Kriegswirtschaft kapitalisiert, sind als ZeugInnen in Lüneburg zu Wort gekommen. Mehr als 50 von ihnen habe ich als Nebenkläger aus dem Kreis der Überlebenden davon überzeugen können, dem Prozess in Lüneburg ein eigenes Gesicht zu verleihen, indem sie ihren ermordeten Eltern und Geschwistern Identität und Stimme für den Moment dieses Prozesses in Deutschland zurückgeben konnten.

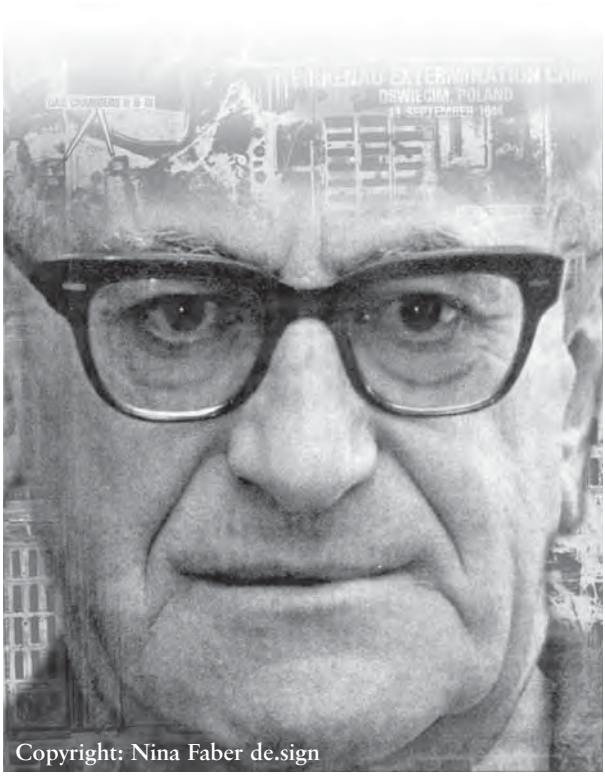
Nicht alle, zu denen ich Kontakt fand, fanden auch Worte für mich. Manche gar nicht; andere nur in der Qual der auch nach 70 Jahren nie endenden Traumatisierung. Die Bedeutung dieser seelischen Tortur sollte sich die deutsche Justiz und darüber hinaus die Gesellschaft zur Lehre dienen lassen. Die Auschwitz-Überlebenden im Gröning Prozess – und zwar die im Schmerz sprechenden wie auch schweigenden – zeigen uns sieben Jahrzehnte nach dem Menschheitsverbrechen, wie falsch der Gedanke ist, der Faktor „Zeit" könne Wunden heilen. Das unheilbare Leid wurde nur tiefer in ihre Seelen gebrannt. Und die deutsche Justiz muss wissen, dass ihre Untätigkeit von diesen Überlebenden des Holocaust durchaus wahrgenommen wurde. Die kollektive Nicht-Verfolgung all jener, die eine Mordmaschinerie Auschwitz für sechs Millionen Juden erst ermöglichten, wurde durch den Faktor „Zeit" auch nicht ungeschehen gemacht.

Fritz Bauer wirkte in einer Zeit, die dieses juristische Wegschauen politisch weitestgehend als Doktrin und Staatsräson pflegte. Er wollte den Überlebenden einen Blick auf späte Gerechtigkeit ermöglichen. Er zeigte in die einzig richtige Richtung. Er tat dies in juristisch eindeutiger Weise 20 Jahre nach dem Menschheitsverbrechen. Die politische Elite hatte all dies damals auch zweifellos begriffen. Einen eindeutigen Widerspruch hatte Bauer dennoch nicht auf der politischen Ebene in offener Auseinandersetzung erfahren. Vielmehr geschah dies subtil durch die Urteilsfindung des Gerichtes. Unter zutreffenden Sachverhaltsschilderungen des Urteils wurden juristisch erstaunlich falsche Schlussstriche gezogen. Täterschaft gab es nur bei Exzesstaten und das Gesamtverbrechen Auschwitz wurde in zigtausende von Einzeltaten zertrümmert.

Eine Beweisführung konnte sich künftig nur im undurchdringlichen Dschungel von sechs Millionen Opferschicksalen verlieren, wenn sich ZeugInnen – mehr als 20 Jahre nach den Verbrechen – nicht mehr an die Gesichter von Tätern, Tageszeiten, Regen oder Sonnenschein erinnerten. Zugleich erkannten Täter und Verteidiger die hohe Bedeutung der Diversifikation des einen Menschheitsverbrechens Auschwitz seitens der Rechtsprechung in abertausende von Einzeltaten. Während meiner Tätigkeit an der *Zentralen Stelle zur Ermittlung von NS-Verbrechen* in Ludwigsburg habe ich unzählige Vernehmungen von Angehörigen der SS in Auschwitz oder anderswo gelesen, in denen stets freimütig davon gesprochen wurde, nur in der äußeren Postenkette oder auf den Wachtürmen oder in Schreibstuben Dienst verrichtet zu haben. Niemals wurde auch nur ein Vorermittlungsverfahren gegen diese „Rädchen im Getriebe" eingeleitet.

Es wird von mir als ein unverdientes Geschenk aus den Händen der Überlebenden dankbar entgegen genommen, wenn sich doch viele von ihnen überzeugen ließen, 50 Jahre nach dem Frankfurter Urteil, gemeinsam auf

den Weg in dieses Strafverfahren gegen Gröning zu gehen. Sie haben verstanden, dass sich die Justiz 20 Jahre nach dem Verbrechen durch die juristisch falschen Schlussstriche des Frankfurter Urteils ein Feigenblatt für Jahrzehnte des Wegschauens geschaffen hatte. Nie gab es ein Aufbegehren in der Rechtsprechung oder der juristischen Wissenschaft. Einzelne Staatsanwaltschaften und Gerichte, die dennoch den richtigen Weg gingen, blieben unbeachtete Einzelfälle, in denen die Lehre von der strafrechtlichen Beihilfe richtig angewandt wurde.



Und dennoch sind die meisten der Überlebenden nicht ausschließlich voller Groll über das Versagen der Justiz in der Vergangenheit. Sie empfinden – ganz im Gegenteil – tiefe Dankbarkeit dafür, dass so lange Zeit nach der falschen Weichenstellung doch noch vor einem deutschen Gericht ihren ermordeten Angehörigen ein Stück Gerechtigkeit gewährt werden kann. Einige von ihnen vermochten trotz ihrer inneren Zustimmung nicht den Schritt zu tun, zum Prozess nach Lüneburg zu reisen. Die nie endende Traumatisierung lässt auch heute noch bei manchen Überlebenden diffuse Ängste vor dem Betreten deutschen Bodens oder einer Aussage als Zeuge unverrückbar bestehen.

Als ich diese Innensicht der Mandanten vorsichtig hinterfragte, erzählten sie von Gesprächen mit Überlebenden, in denen vor Jahrzehnten von früheren Vernehmungen als ZeugInnen in deutschen NS-Prozessen berichtet wurde. Diese Erlebnisse vor deutschen Gerichten hatten nicht selten zu einer weiteren Traumatisierung der Überlebenden geführt, die sich in diesem neuen Deutschland erneut als Opfer einer Justiz fühlten, die Täter zu schützen suchte und sie selbst inquisitorisch behandelten. Einige wenige meiner Gesprächspartner unter den Überlebenden waren selbst bereits ZeugInnen in einem NS-Prozess in Deutschland gewesen. Nicht eine/r von ihnen wollte auch nur ernsthaft erwägen, NebenklägerIn in einem deutschen Gerichtssaal zu sein.

Der Umstand, dass heute die NebenklägerInnen in Lüneburg als ZeugInnen ohne willkürliche Unterbrechungen seitens Gericht oder Verfahrensbeteiligter berichten konnten, ist der gerichtlichen Rückkehr zum Bauer'schen Gesamtverständnis von „Auschwitz" als Gesamtverbrechen geschuldet, an dem niemand mitmachen durfte, um nicht schuldig zu werden. Die Überlebenden sind damit zu denjenigen geworden, die sie allein schon immer waren. Sie waren diejenigen Verbrechensopfer, deren im Gesamtplan vorgesehener eigener Tod allein

durch das Kriegsende und einige glückliche Umstände verhindert wurde. So sprachen sie in Lüneburg nicht als dringlich erforderliche „TatzeugInnen" im Kreuzverhör: Der eigentliche Tatnachweis war im wesentlichen Umfang bereits dadurch geführt, dass Gröning einer der vielen tausend von „Mitmachern" in Auschwitz war, ohne die der Tatplan zur Ermordung der Juden Europas lediglich eine finstere Fantasie geblieben wäre. Sie waren vor dem Gericht in Lüneburg vielmehr allein ZeugInnen für ihr eigenes Leid, welches sie durch die Ermordung ihrer Eltern und Geschwister an Leib und Seele erlitten haben.

Das Gericht hatte erkannt, dass dieses Leid, welches für uns alle so gänzlich unfassbar ist, jedenfalls von einigen Überlebenden vor Gericht in Worte gefasst werden musste, um zu den Tatfolgen (als einem Aspekt für die Strafzumessung) Authentisches zu erfahren.

Der Angeklagte Gröning hatte dem nichts entgegenzusetzen. Das stets von Angeklagten in NS-Verfahren praktizierte Verbergen hinter den SS-Befehlsstrukturen nutzte Gröning nichts. Die Preisgabe jeder eigenen Verantwortung hinter dem Gehorsam hatte ausdrücklich die Feststellung des Gerichtes zur Folge, dass er strafrechtlich für diesen Gehorsam verantwortlich ist, wenn er bekannte, lediglich dazu beigetragen zu haben, „dass das Lager Auschwitz funktioniert". Genau dies ist aber jene funktionale Beihilfe, die so charakteristisch für die „Rädchen im Getriebe" der Mordmaschinerie ist.

Es kann keinerlei Zweifel daran bestehen, wie sehr Fritz Bauer juristisch zutreffend das Menschheitsverbrechen Auschwitz als eine tateinheitliche Tat durch die Staatsanwälte definieren ließ. Gröning bestätigte dies mit der wahrheitsgemäßen Antwort auf die Frage, was er über das geplante Schicksal aller Juden wusste: „Nein, es war nicht vorgesehen, dass irgendein Jude überleben sollte."

Wenn im *SPIEGEL* am 22.10.2002 über den ersten deutschen Terror-Prozess gegen Mounir al-Motassadeq vor dem Hamburger Oberlandesgericht unter der Überschrift berichtet wurde: „Hamburger Terror-Prozess: Das kleine Rädchen, ohne das nichts lief", so hat ohne jegliche Zweifel damals die Justiz durch den obersten deutschen Strafverfolger Generalbundesanwalt Kay Nehm richtig argumentiert. Man wollte nachweisen, dass er ein „Rädchen" der Hamburger Terrorzelle war, der von Hamburg aus den Terror-Piloten Atta bei seinem Angriff auf das World Trade Center in New York tatkräftig unterstützte. Der Nachweis gelang. al-Motassadeq wurde 2007, nach insgesamt drei Verhandlungen, vor dem Oberlandesgericht Hamburg und zwischendurch zwei Revisionsentscheidungen des Bundesgerichtshofes (BGH) zur Höchststrafe von 15 Jahren Haft dafür verurteilt, dass er Beihilfe an der Ermordung der 256 Fluggäste leistete, die in der vom Attentäter Atta gekaperten Maschine am 11. September 2001 saßen. Auch al-Motassadeq wusste im Jahr 2001: „Nein, es war nicht vorgesehen, dass irgendein Passagier überleben sollte."

Die deutsche Justiz hat Jahrzehnte mit zweierlei Maß gemessen: Wenn das Frankfurter Auschwitz-Urteil vom 19. August 1965 zumeist als Krönung des Lebenswerkes von Fritz Bauer verstanden wird, so zeigte sich in der Praxis der vergangenen Jahre, dass sich die Justiz Jahrzehnte im Blindflug durch die Grundregeln des Rechts – hinsichtlich der Beihilfe zum Mord unter Berufung auf dieses Urteil – mogelte. Dabei ging es ausschließlich um die Beihilfe an Mordtaten in den Fällen der Massentötungen unter Regie der SS in Vernichtungslagern, Konzentrationslagern oder bei Erschießungsaktionen.

Im Terror-Prozess von Hamburg 2002 bis 2007 kam kein Generalbundesanwalt und weder das Oberlandesgericht Hamburg noch der BGH auf die abwegige Idee, das Verfahren gegen al-Motassadeq einzustellen oder ihn freizusprechen, weil ihm eine konkrete Tatbeteiligung, durch seine Hamburger Unterstützungshandlungen für den Terror-Piloten Atta, nicht nachgewiesen werden konnte. Funktionale Beihilfe in Hamburg, lange Zeit vor der Haupttat in New York, reichte für die Höchststrafe von 15 Jahren.

Durch die Anklage der Staatsanwaltschaft Hannover gegen Gröning und das Urteil des Schwurgerichts Lüneburg vom 15.08.2015 hat sich Fritz Bauer 50 Jahre später als eigentlicher *spiritus rector* dieses Prozesses erwiesen, der nach den allgemeinen Strafrechtsregeln – und damit den rechtlichen Prinzipien Bauers folgend – geführt und entschieden wurde.

Wer nun meinen möchte, die Atomisierung des Verbrechens „Auschwitz" aus dem Frankfurter Urteil von 1965 sei nun ein für alle Mal überwunden, hat nicht mit der Staatsanwaltschaft Frankfurt und der Wirkkraft fest gefahrener Gedanken gerechnet. Am Tage der Urteilsverkündung gegen Gröning in Lüneburg gab die Frankfurter Anklagebehörde bekannt, dass sie zum Landgericht Hanau gegen einen ehemaligen Angehörigen des SS-Totenkopfsturmbanns Auschwitz Anklage wegen Beihilfe zum Mord erhoben hat. Aus acht Monaten Dienstzeit des Ernst T. im SS-Totenkopf-Sturmbann hat sie drei Deportationszüge des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) aus Berlin, Drancy/Frankreich und Westerbork/Niederlande mit insgesamt 1.870 Juden herausgepickt. In erneuter Atomisierung des Gesamtverbrechens geht es der Frankfurter Staatsanwaltschaft allein um 1.075 Menschen aus diesen drei Transporten und deren grausame und heimtückische Tötung. Lediglich tatmehrheitlich sei Ernst T. an der organisatorischen Abwicklung dieser drei Einzeltransporte im November 1942 sowie im Mai und Juni 1943 beteiligt gewesen. Eine funktionale Beihilfe des Ernst T. am Gesamtverbrechen der Ermordung der Juden, während seines Dienstes in den Wachmannschaften, wird nicht angeklagt. Die Beteiligung an jedem einzelnen der drei Transporte, innerhalb seiner achtmonatigen Dienstzeit, müsse Ernst T. nachgewiesen werden.

Im Transport von Drancy, der Gegenstand der Anklage ist, wurden am 23. Juni 1943 1.018 Menschen nach Auschwitz deportiert. Lediglich 75 von ihnen überlebten 1945 das Kriegsende. Paulette S. aus Paris war eine von ihnen. Die ehemalige Resistance-Kämpferin ließ mir im August 2016 ausrichten, dass sie von der deutschen Justiz nicht viel halte. Sie habe den großen Frankfurter Auschwitz-Prozess aktiv verfolgt und erlebt. Das Urteil habe sie auf dem Hintergrund dessen, was mit den Aussagen der Überlebenden festgestellt wurde, als eine „Mascerade" der Justiz erlebt. Die Verfahren Demjanjuk oder Gröning kenne sie nicht. Die deutsche Justiz habe seit Kriegsende in der Aufklärung und Verfolgung der NS-Verbrechen total versagt und veranstalte nun nochmals mit den Verfahren gegen die letzten Überlebenden unter den Tätern eine solche „Mascerade". Deshalb werde sie auch nicht mit mir sprechen, was auch immer ich wolle.

Die Masken im klassischen Karneval von Venedig und Florenz verbergen seit dem Spätmittelalter, und in oft allegorischen Bildern, ein wahres Gesicht – aber nur auf Zeit. Paulette S. sieht die „Mascerade" der deutschen Justiz im Umgang mit den Verbrechen des Holocaust als andauernde Realität der vergangenen Jahrzehnte.

Wer kennt die Wahrheit und Motive für den Umgang mit den NS-Massenverbrechen hinter der Maske der deutschen Justiz, wie sie Paulette S. stellvertretend für unzählige Betroffene wahrnimmt? Kannte Fritz Bauer die wahre Realität in seiner Zeit? Wird es dereinst ein Forschungsprojekt geben, das wahre Gesicht hinter der Maske und dessen Wandel im Laufe der Jahrzehnte in Justiz, Politik und der juristischen Wissenschaft zu ergründen?

Das bleibt zu hoffen.

Thomas Walther, war Richter und Staatsanwalt in Memmingen, Kempten, Sonthofen und Lindau und ist seit 2009 als Rechtsanwalt tätig. Von 2006 bis 2009 war er in Ludwigsburg an der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen tätig und führte die Vorermittlungen im Demjanjuk-Verfahren. Seither ist er, in verschiedenen Verfahren gegenüber Staatsanwaltschaften und bei Gericht, der Vertreter der Nebenklage von Angehörigen der ermordeten jüdischen Opfer. Kontakt: T.Walther@dorn-rae.de

Zu wenig, zu spät

Wie Fritz Bauers Vision in Vergessenheit geriet

Rebecca Wittmann

„Es gab einen Befehl, die Juden im NS-kontrollierten Europa zu vernichten; die Mordinstrumente waren Auschwitz, Treblinka etc. Jeder, der diese Mordmaschinerie bediente, ist der Beteiligung am Mord schuldig – egal, was er tat, und natürlich vorausgesetzt, dass ihm das Ziel der Maschinerie bekannt war .... Wenn jemand Mitglied einer Diebesbande ist ... oder ein Gangster ... dann ist er des Mordes schuldig, egal, ob er als „Boss" am Schreibtisch den Mordbefehl gab, ob er die Waffen ausgab ... oder ob er mit eigener Hand schießt ... kein Strafjurist in diesem Land würde das anzweifeln."
(Bauer in Hammerschmidt 1965: 308)

Fritz Bauer schrieb diese Worte in seinem wichtigen Artikel „Im Namen des Volkes: die strafrechtliche Bewältigung der Vergangenheit", der im Jahr 1965 in einem Band zu „Zwanzig Jahre danach" erschien. 1965 endete der letzte der sog. Auschwitz-Prozess. Bauer machte aus seiner Frustration über das Urteil kein Geheimnis, vor allem über die Art und Weise, wie das StGB zugunsten von NS-Angeklagten ausgelegt und manipuliert wurde. Für Bauer ergab es keinen Sinn, dass die Mehrzahl der Nazis, die vor Gericht standen, entweder freigesprochen oder lediglich wegen Beihilfe zum Mord verurteilt wurde. Er sah zweifelhafte Motive in dem Beharren der meisten Richter, das Gesetz so eng zu definieren und auszulegen, dass ehemalige Nazis nur dann wegen Mordes verurteilt wurden, wenn ihnen Eigeninitiative nachgewiesen werden konnte (obwohl die Berufung auf „Befehlsnotstand" bereits in Nürnberg ausgeschlossen worden war).[1] Natürlich hatte Bauer Recht. Wie ich anderswo darlegte, stellte das Beharren darauf, nur diejenigen als Täter zu verurteilen, die grausam oder heimtückisch agiert hatten – was üblicherweise vor Gericht durch Bezugnahme auf Vorschriften aus der NS-Zeit zum Vorliegen von „individueller Initiative" bewiesen wurde –, letztlich eine Legitimierung des NS-Staates dar und einen bequemen Weg, die Rädchen im Getriebe zu entlasten, ohne die die Mordmaschinerie nicht funktioniert hätte.[2] Auf die Frage, ob seiner Ansicht nach die Angeklagten hauptsächlich ideologisch Überzeugte waren, sagte Bauer:

> „Im Großen und Ganzen, vor allem für die in Auschwitz, muss man dies mit Ja beantworten... Dies war kein merkwürdiges oder fremdartiges Verbrechen, die Täter waren hauptsächlich Menschen, die zu diesem Zeitpunkt davon überzeugt waren, das Richtige zu tun, nämlich ihrem nationalsozialistischen Weltbild zum Sieg zu verhelfen. Meiner Ansicht nach sind diese Männer schlicht Täter, zusammen mit Hitler, wie Hitler von der ‚Endlösung der Judenfrage' überzeugt, die sie für richtig hielten." (Bauer 1963: 586)

Sicherlich hat sich die deutsche Vergangenheitsbewältigung seit den Auschwitz-Prozessen beträchtlich weiterentwickelt. Auf politischer, kultureller und sozialer Ebene gab es enorme Fortschritte: An Universitäten, in Schulen, in den Medien und in der Kunst wurde ein ernsthafter und kontinuierlicher Dialog über Deutschlands Nazivergangenheit geführt, im Zuge dessen Deutschland eines der offensten und ehrlichsten Länder im Umgang mit seiner mörderischen Vergangenheit wurde. In kaum einem anderen Land wäre ein Mahnmal zum Gedenken an die eigene massenmörderische Vergangenheit denkbar – ein Monument von der Größe zweier Fußballfelder, direkt am Brandenburger Tor. Obwohl die NS-Täter nie wirklich Verantwortung für ihre Verbrechen übernahmen, ist der Umgang mit den Geistern der Ermordeten sehr ernsthaft und aufrichtig.

Aber wie steht es um Fritz Bauers Kritik an der juristischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit? Haben Gesetz und Justiz ebenfalls einen neuen Umgang mit NS-Verbrechen gefunden? Zeigt sich in der Auslegung der Gesetze ein anderer Ansatz? Meiner Ansicht nach ist dies leider nicht der Fall. Die eingangs zitierte Äußerung von Fritz Bauer ist heute genauso relevant wie im Jahr 1965: Kriminelle Banden gelten als Mörder, Nazis jedoch nicht. Die Untersuchung von drei Prozessen – Stammheim, Majdanek und Demjanjuk – belegt, wie hellsichtig Bauers Aussagen waren.

Im Mai 1975 eröffnete die Bundesrepublik Deutschland durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart das Strafverfahren gegen die Mitglieder der berüchtigten und gefürchteten Roten Armee Fraktion (RAF) oder Baader-Meinhof-Bande. Der Stammheim-Prozess, so genannt nach dem eigens für die Angeklagten Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Karl Raspe erbauten Gefängnis, war ein nationales Großereignis. In den westdeutschen Medien und in der Öffentlichkeit fand der Prozess große Beachtung, obwohl er unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand und keine Film- oder Fotoaufnahmen gestattet waren. Der Prozess dauerte etwa zwei Jahre, während derer fast jeder Verteidiger mindestens einmal vom Verfahren ausgeschlossen wurde. Der Vorsitzende Richter wurde wegen Befangenheit ausgeschlossen, der Generalstaatsanwalt der BRD wurde von RAF-Mitgliedern der zweiten Generation erschossen, und Ulrike Meinhof beging Suizid.

Am 28. April 1977 wurden Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Karl Raspe des Mordes und versuchten Mordes schuldig gesprochen und erhielten jeweils lebenslängliche Gefängnisstrafen. Ein halbes Jahr später begingen sie alle in ihren Zellen Selbstmord. Dies war der Auftakt zu dem damals und bis heute so genannten „Deutschen Herbst", eine Zeit, in der es zu politischen Gewalttaten kam, darunter Geiselnahmen und weitere Morde. Hinzu kamen ein seit den 1940er-Jahren ungekannt hartes Durchgreifen der Polizei und ein Klima der Angst, das von einer verängstigten Regierung und den hungrigen Medien bis zur Hysterie geschürt wurde.

Im Jahr 1975 begann ein weiterer wichtiger Prozess. Nach Absicht der Staatsanwaltschaft Düsseldorf sollte dieser das größte und wichtigste Strafverfahren gegen NS-Verbrecher seit den viel beachteten und bahnbrechenden Auschwitz-Prozessen in Frankfurt sein, die zehn Jahre zuvor stattgefunden hatten. Es handelte sich um den Majdanek-Prozess, in dem gegen Angehörige des Lagerpersonals des Zwangsarbeits- und Vernichtungslagers in Lublin ermittelt wurde. Wie schon beim Auschwitz-Prozess bemühten sich die Staatsanwälte, einen repräsentativen Querschnitt an Aufsehern des Lagers vor Gericht zu bringen und zu beweisen, dass diese furchtbare Verbrechen begangen hatten, darunter die Erschießung und Vergasung tausender unschuldiger Männer, Frauen und Kinder. Doch die Ergebnisse blieben hinter den Erwartungen zurück. Die Mehrzahl der NS-Angeklagten konnte nicht wegen Mordes verurteilt werden, da ihnen kein individueller Tötungswille nachzuweisen war. Die fünfzehn Angeklagten wurden hauptsächlich wegen Exzesstaten und besonderer Grausamkeit angeklagt, doch die Anklage konnte Exzesstaten nur in wenigen Fällen nachweisen – hauptsächlich, wenn es Beweise gab, dass das SS-Kommando die Tat eines Wärters missbilligte, weil sie nicht von offizieller Stelle in Berlin befohlen worden war. Die Straftaten, welche in Düsseldorf als Mord eingestuft wurden, stellten auch in der Nazizeit Ausnahmen dar, womit die NS-Maßstäbe von Recht und Unrecht auf perverse Weise Eingang in den Düsseldorfer Prozess fanden. Darüber hinaus war das Verfahren geprägt von endlosen Debatten über die Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord, über alternde und dem Tode nahe Angeklagte, über Überlebende, deren Erinnerungsvermögen nachließ und die zunehmend unwillig waren, in einem weiteren Verfahren auszusagen, da sie befürchteten, als „Profi-Zeugen" gebrandmarkt zu werden. Problematisch waren ferner mangelndes Medieninteresse sowie die weit-

verbreitete öffentliche Ansicht, dass die vor Gericht stehenden Senioren über dreißig Jahre lang ein unauffälliges Leben geführt hatten und weitaus harmloser waren als die „Staatsfeinde", gegen die zum gleichen Zeitpunkt in Stuttgart ermittelt wurde. Schließlich hatten die NS-Angeklagten im Namen des Staates gehandelt – ein pervertierter Staat, sicherlich, aber sie waren nur Staatsbedienstete und damit nicht gefährlich.

Als im Jahr 1975 in Stammheim das Verfahren gegen die RAF-Terroristen begann, waren der Staat und die Öffentlichkeit kaum mehr interessiert an den lang zurückliegenden Straftaten einiger alter Männer und Frauen, obwohl ihre Gräueltaten weitaus schwerwiegender waren als die Verbrechen der RAF. Interessanterweise gab es nie einen systematischen Vergleich dieser beiden Prozesse, obwohl sie im selben Zeitraum stattfanden und dasselbe Recht angewandt wurde – das deutsche Strafgesetzbuch. Ich höre oft von skeptischen RAF- oder NS-Experten, dass ein solcher Vergleich wenig sinnvoll ist, weil es „zwei vollkommen unterschiedliche Verfahren waren". Genau dieses Problem jedoch beschäftigt mich.

Warum waren diese beiden Verfahren so unterschiedlich? Sollten nicht an beide Verfahren identische juristische Maßstäbe angelegt werden? Warum kam eine Gruppe von Angeklagten mit milden Strafen davon, während die andere streng bestraft wurde – obwohl die Verbrechen der NS-Angeklagten weitaus umfangreicher waren als diejenigen der RAF? Die Unterscheidung zwischen Verbrechen gegen den Staat und im Namen des Staates verübte Verbrechen verdient es, weiter erforscht zu werden – eine Unterscheidung, die von Vertretern der Justiz sorgfältig gehegt und von der Öffentlichkeit kritiklos übernommen wurde.

Im Jahr 1949 lehnte das neu gegründete Bundesministerium der Justiz die Aufnahme von Völkerrechtsverbrechen (darunter Verbrechen gegen die Menschlichkeit) in das westdeutsche Strafgesetzbuch ab. Stattdessen sollte gezeigt werden, dass die juristische Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit auch mit Gesetzen möglich war, die bereits während der Nazizeit galten. Für die strafrechtliche Verfolgung ehemaliger Nazis kam das seit dem Jahr 1871 gültige deutsche Strafgesetzbuch zur Anwendung. Die Unterscheidung zwischen Täter und Gehilfe, wie 1963 im StGB definiert, verlangt, dass die Staatsanwaltschaft eine subjektive innere Motivation nachweist. Mordmerkmale einer Absicht waren u.a. Mordlust, Befriedigung des Geschlechtstriebs, Habgier, Grausamkeit und schließlich niedrige Beweggründe (was die deutschen Gerichte nach dem Zweiten Weltkrieg in den NS-Prozessen als Rassenhass interpretierten).

In juristischen Kreisen wurde die Definition von Mord als subjektive oder objektive Handlung diskutiert. Bei der objektiven Definition galt derjenige als der Täter, welcher die Schusswaffe auslöste – eine Definition, die allgemein als zu eng angesehen wurde. Letztlich folgten konservativere Experten, und daraufhin der BGH als höchstes deutsche Berufungsgericht, zeitweilig einer vollständig subjektiven Definition, laut derer eine Tatbegehung allein vom Vorhandensein eines Willens abhing, ungeachtet dessen, ob der Angeklagte die Tat physisch begangen hatte. Dies ließ die Möglichkeit zu, die Person, welche die Tat begangen hatte, nicht des Mordes für schuldig zu befinden.[3]

Nach der strafrechtlichen Unterscheidung zwischen Täter und Gehilfe musste der Haupttäter Eigeninitiative und Kenntnis über die Ungesetzlichkeit der Handlung zeigen. Anders als im anglo-amerikanischen Recht, bei dem angenommen wird, dass Staatsbürger die Gesetze kennen, ist es also für Angeklagte möglich, zu argumentieren, dass sie sich nicht bewusst waren, ein Verbrechen zu begehen.[4] Je mehr ein Angeklagter vorbrachte, sich mit der NS-Weltsicht identifiziert und an sie geglaubt zu haben, desto weniger wahrscheinlich wurde seine Verurteilung – obwohl die Befehle des NS-Staates schon in Nürnberg für unrechtmäßig befunden worden waren, aufgrund der Tatsache, dass in Nürnberg die SS als kriminelle Organisation galt, nicht jedoch bei den Prozessen in Deutschland, da dies dem Rückwirkungsverbot



© CV films: www.fritz-bauer-film.de

entgegengestanden hätte. Zur Verurteilung des Mordes musste die Staatsanwaltschaft zweifelsfrei beweisen, dass jeder Angeklagte individuell und aus persönlicher Initiative gehandelt hatte. In bürokratischen oder politischen Zirkeln des Dritten Reiches, wo keine physischen Morde begangen wurden, waren damit die einzigen unbestrittenen Täter – diejenigen mit niedrigen Beweggründen – die Menschen, welche die Endlösung erdacht hatten: Hitler, Himmler und Heydrich. Alle anderen Staatsbediensteten konnten – ungeachtet ihres Dienstgrades – in der Regel behaupten, sie hätten nur ihre Pflicht erfüllt – und dies taten sie auch.[5] Fritz Bauer war über diese enge Auslegung empört und brachte seine Kritik häufig und vehement zum Ausdruck, allerdings vergeblich. Für ihn war dies Vorgehen eine Verzerrung der NS-Verbrechen und eine Verharmlosung der Mittäterschaft von Hunderttausenden.

Warum die Anwendung der subjektiven Definition von Täterschaft? Genau diese Frage beschäftigte Fritz Bauer. Für ihn war das Problem letztlich ein systemisches, das auf das Bedürfnis der Judikative zurückging, sich von den NS-Verbrechen zu entlasten. Die Explosion historischer Forschung zur Vergangenheitsbewältigung in der BRD legt nahe, dass ehemalige Nazis überall im öffentlichen Leben vertreten waren: im öffentlichen Dienst, der Regierung, an den Universitäten, im Zeitungswesen und vor allem in der Richterschaft. Die ursprüngliche Absicht der Alliierten, alle NS-Mitglieder aus dem Justizsystem zu entfernen, erwies sich als schlicht nicht durchführbar, da die Gerichte mangels Bediensteter nicht arbeitsfähig gewesen wären. Ein Vergleich mit der DDR allerdings zeigt, dass es durchaus Möglichkeiten gegeben hätte, den Staat neu aufzubauen, ohne Machtpositionen mit alten Nazis zu besetzen. Von 1945 bis 1949 trat die ursprüngliche Verordnung der Alliierten, dass jeder, der auch nur nominell am NS-Regime teilgenommen hatte, seinen Arbeitsplatz verlieren solle, zusehends in den Hintergrund. Zuerst wurden diejenigen zurückgeholt, die 1933 pensioniert worden waren oder denen man gekündigt hatte. Danach wurde jedem, der nach 1937 in die NSDAP eingetreten war, ein „Persilschein“ ausgestellt. Als nächster Schritt konnte für jeden Richter mit reiner Weste ein belasteter Richter angestellt werden. Und schließlich wurden alle Richter, die den fragwürdigen Entnazifizierungsprozess durchlaufen hatten, wieder eingestellt. Als Ergebnis bestand die Richterschaft z.B. im Bundesland Bayern zu 80 Prozent aus ehemaligen Nazis. In der Stadt Schweinfurt waren es sogar 100 Prozent (Müller 2001: 202).

Seltsamerweise bringen Wissenschaftler selten Gesetze mit den Juristen, die sie schufen, in Verbindung. Stattdessen wird argumentiert, dass die neu geschaffenen Gesetze der Bundesrepublik frei waren von jeglichen antidemokratischen Tendenzen aus der Nazizeit. Schon zu Zeiten der NS-Prozesse kritisierte Bauer diese seltsame Verdrängung der Realität. Schließlich waren sowohl die Richter als auch die Öffentlichkeit schon in der Nazizeit Richter und Öffentlichkeit gewesen. Bauer schrieb:

> „Die Gerichte sind ein Teil des Volkes, dies gilt für Richter und Geschworene. Stimmt, die Sprache des Rechts wird nicht durch eine Befragung der Öffentlichkeit bestimmt. Aber wir sollten nicht Dantes Worte vergessen: ‚Das Recht existiert, doch wer wendet es an?‘“ (ebd.: 302)

Bauer war der festen Ansicht, dass die Bürger Westdeutschlands – das heißt auch die Juristen – die Gesetze und die Gesellschaft miteinander in Verbindung bringen sollten. Gesetze sollten dabei auch einen gesellschaftlichen und historischen Wandel berücksichtigen. Sie sollten flexibel sein. Bauer wünschte sich mehr Aufmerksamkeit von Seiten der Öffentlichkeit und der Justiz anstatt der seiner Ansicht nach weit verbreiteten Gleichgültigkeit und sogar des Widerstands gegen „die historischen, rechtlichen und moralischen Lektionen dieser Prozesse“.

Doch dies trat nicht ein: Rechtstheoretiker legten der Verurteilung ehemaliger Nazis aktiv Steine in den Weg. Dies geschah mit Absicht und erlaubte es Juristen, sich davor zu schüt-

zen, für ihre Tätigkeiten als NS-Gesetzgeber und -vollstrecker verurteilt zu werden.[6] Der beste Beweis für den fortwährenden Einfluss von NS-Recht auf Nachkriegsrecht ist die Tatsache, dass in Westdeutschland nur zwei Anwälte oder Richter verurteilt wurden, die NS-Befehle ausgeführt hatten. Beide Strafverfahren wurden vor 1949 abgeschlossen (Perels 1999: 13f.).

Mit Sicherheit standen die Gesetze in Verbindung mit den Juristen, welche sie schufen und sie auslegten. Auffällig ist, dass Eduard Dreher – in den 1960er-Jahren Generalreferent im Bundesjustizministerium – während der Nazizeit als Staatsanwalt am „Sondergericht" Innsbruck fungiert hatte. Sondergerichte waren von den Nazis geschaffene Gerichte außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit, an denen regelmäßig für geringfügigste Vergehen Todesstrafen verhängt wurden. Er war wahrscheinlich für den Tod Hunderter unschuldiger Menschen verantwortlich. Als Herausgeber eines in den 1960er-Jahren weithin verwendeten Kommentars zum Strafrecht war Dreher der vielleicht einflussreichste der vielen ehemaligen NS-Juristen der Nachkriegszeit. Es ist anzunehmen, dass Drehers Vergangenheit, wie die vieler an den damaligen Gesetzesreformen beteiligter Juristen, sein Weltbild beeinflusste.[7]

Die bei den NS-Prozessen verwandten Maßstäbe wurden überhaupt nicht auf Verbrecher angewendet, die zur gleichen Zeit vor Gericht standen. Die subjektive Auslegung des Gesetzes, die für das Vorliegen von Mord eine individuelle Initiative voraussetzt, kam zugunsten von NS-Tätern zur Anwendung, bei denen man glaubte, dass sie für ihr Glaubenssystem weniger verantwortlich waren, da sie seitens des Staates angeordnete Handlungen ausgeführt hatten. Gleichzeitig belastete sie linksextreme Terroristen, deren innere Motivation darin bestand, den demokratischen Staat zu zerstören. Die Urteile gegen die vier Angeklagten im Stammheim-Prozess waren strenger als die gegen NS-Verbrecher, die zur gleichen Zeit vor Gericht standen, da die RAF-Mitglieder sich der Strafwürdigkeit ihrer Handlungen und über ihr Ziel, Verbrechen gegen den Staat zu begehen, im Klaren waren.

Der Stammheim-Prozess war das größte Ereignis in Öffentlichkeit und Medien dieser Zeit. Im Verlauf traten eklatante Rechtsverletzungen auf, die im Majdanek-Prozess nie passiert wären. So schränkte das Gericht im Stammheim-Prozess – in offensichtlichem Kontrast zum Umgang mit den Verteidigern in Düsseldorf – die Rechte der Verteidigung und deren Zugang zu Informationen ein. Erstens wurde die Höchstzahl der Verteidiger auf drei beschränkt. Damit waren die Angeklagten gezwungen, sich kurz vor Prozessbeginn zügig von einigen ihrer Anwälte und deren Verteidigungsstrategien zu trennen. Zweitens führte erstaunlicherweise die Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskriminalamt, der Bundesstaatsanwaltschaft und dem Bundesministerium des Inneren Anfang 1975 zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, mit der eine Änderung der Strafprozessordnung eingeführt wurde: Richter mussten ab nun Verteidiger vom Verfahren ausschließen, sobald sie „der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung *verdächtigt* wurden" (Bakker-Schut 1989: 135f.). Beweise für diese Unterstützung waren nicht notwendig, allein der Verdacht genügte. Natürlich führte dies zur Entlassung vieler Anwälte der Verteidigung im Vorfeld oder zu Anfang des Prozesses. Schließlich bestand die *Aufgabe* der Verteidiger darin, ihre Mandanten zu unterstützen – und für den Generalbundesanwalt (GBA) und das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart waren die Unterstützung eines Mandanten und die Unterstützung der RAF als krimineller Vereinigung ein und dasselbe. Ein Tag vor Prozessbeginn wurde Klaus Croissant, der Anwalt von Andreas Baader, mit Bezug auf diesen Paragraphen vom Verfahren ausgeschlossen. Auch Kurt Groenewold und Christian Ströbele wurden zunächst als Verteidigung von Baader, einige Monate später auch als Verteidiger von Ensslin und Raspe ausgeschlossen.

Die Bundesstaatsanwaltschaft bezeichnete die Anwälte der Verteidigung im Stamm-

heim-Prozess regelmäßig als „Anwaltskollektiv" und beschwor damit das Bild einer kommunistischen (und damit illegalen) Organisation herauf. Vertrauliche Schreiben und Notizen zwischen Anwälten und Mandanten wurden beschlagnahmt. Beklagten sich die Rechtsanwälte über die Illegalit*ät* derartiger Maßnahmen, wurden die Einsprüche vom OLG Stuttgart oder dem GBA nicht anerkannt. Das letzte Beispiel war die Haltung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback, der behauptete, es sei eine Schande, als Verteidiger für die RAF zu fungieren. Was bedeutet es für eine noch junge Demokratie, wenn ihr höchster Justizbeamter die Verteidigung bestimmter Angeklagter, eines der wichtigsten demokratischen Grundrechte, als unmoralisch bezeichnet? Es sollte uns nicht überraschen, dass Siegfried Buback selbst am 1. Juli 1940 in die NSDAP eingetreten war.[8] Das bedeutet nicht notwendigerweise, dass Buback ideologisch motiviert und ein überzeugter Nazi war. Seine innere Überzeugung in Bezug auf die Nazi-Ideologie und die Rassenpolitik bleibt – wie bei vielen anderen Parteimitgliedern auch – ungeklärt. Was sich jedoch aus Bubacks persönlicher Geschichte ablesen lässt, ist eine fließende berufliche Identität, die es ihm ermöglichte, Menschenrechte auszublenden und schreckliche Menschenrechtsverletzungen hinzunehmen, um seine eigene Haut zu retten, sich später jedoch als ein Vertreter des demokratischen Staats zu präsentieren – um erneut seine Haut zu retten.

Derart aggressive Manöver wurden im Majdanek-Prozess durch die Gerichte nicht einmal in Erwägung gezogen. Einer der Hauptgründe, dass sich das Verfahren über sechs Jahre hinzog, war das störende Benehmen des Rechtsanwalts Ludwig Bock. Bock, Mitglied der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) (Die Zeit 1978), verzögerte den Prozess monatelang dadurch, dass er eine Unzahl von Einwänden gegen den wichtigsten Gutachter der Anklage einreichte, nämlich den angesehenen Historiker Wolfgang Scheffler.[9] Mit welcher Begründung? Scheffler könne nicht objektiv sein, weil sein Doktorvater Jude gewesen sei. Darüber hinaus besaß er die Frechheit, mit jüdischen Wissenschaftlern in regelmäßigem Kontakt zu stehen. Die wenigen Journalisten, die den Majdanek-Prozess verfolgten, berichteten durchaus kritisch über diese Winkelzüge. Aber dies reichte nicht aus, um Bocks Entlassung zu erreichen. Bock zog sich im April 1978 selbst vom Prozess zurück – mit der Behauptung, er sei das Opfer einer Schmutzkampagne.

Es ließe sich behaupten, dass die Verteidiger im Majdanek-Prozess ganz einfach eine kriminelle Organisation unterstützten, und zwar nicht allein durch ihren Beistand für die Angeklagten, sondern auch durch die Tatsache, dass einige von ihnen Mitglieder der NSDAP gewesen und für die Anwendung der pervertierten Gesetze des NS-Staates verantwortlich gewesen waren. Doch im Majdanek-Prozess wurde das Rückwirkungsverbot strikt beachtet und die Angeklagten wurden nicht aufgrund der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung belangt, da die SS während der NS-Zeit nicht als eine solche galt. Dies wäre gerecht, wenn das Rückwirkungsverbot universal angewandt worden wäre, doch die Beschlüsse der Bundesbeamten durchbrachen den Grundsatz in Fällen, bei denen es sich um linksterroristische Verbrechen handelte, immer und immer wieder – was einige Kritiker zu der Frage führte, ob es eine spezielle „lex RAF" (Bakker Schut 1989: 132f.) gebe.

Im Majdanek-Prozess erschien die Presse nur ganz am Anfang und ganz am Ende. Von den fünfzehn belasteten Angeklagten waren neun Männer und sechs Frauen. Der Fokus lag ausschließlich auf den sadistischen Taten v.a. des weiblichen Wachpersonals, dessen extreme Grausamkeiten umso schockierender waren, als es sich um Frauen handelte. Ansonsten zog sich der Prozess hin. Vier Angeklagte wurden im Jahr 1979 wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Nur eine Angeklagte, die als „blutige Brygida" bekannt war, wurde 1981 zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Von den verbleibenden Angeklagten erhielt keiner mehr als zwölf Jahre Haft.

Infolge des Interesses ehemaliger NS-Richter, sich selbst vor möglicher Strafverfolgung zu schützen, entstand in der Nachkriegszeit ein zutiefst konservatives Rechtssystem, in dem NS-Täter mehrheitlich straffrei ausgingen. Niemand, und vor allem nicht die Juristen im Zentrum der absichtlichen Amnesie und der verzerrten Definition von NS-Verbrechen, wollte sich der Möglichkeit stellen, für seine Taten zur Verantwortung gezogen zu werden. In den ersten Nachkriegsjahren gelang es Juristen vergleichsweise gut, ihre eigenen Verbrechen zu verschleiern. Diese Tradition setzte sich fort und herrschte auch in der nächsten Richtergeneration vor, die fanatisch an der Vorstellung festhielt, die Bundesrepublik sei ein wahrhaft demokratischer, gerechter und progressiver Staat.

Wie weit ist Deutschland also bei der juristischen Bewältigung seiner Vergangenheit gekommen? Wie jüngste Beispiele zeigen: Leider nicht sehr weit. Ende November 2009 eröffnete das Landgericht München II ein Verfahren gegen John Demjanjuk, ehemaliger Aufseher im Vernichtungslager Sobibor. Demjanjuk wurde wegen Beihilfe zum Mord in 27.900 Fällen angeklagt. Diese Zahl ist Ergebnis einer Schlussfolgerung der Staatsanwälte: Es wird angenommen, dass Demjanjuk im Jahr 1943 in Sobibor war. NS-Unterlagen belegen, dass während dieser Zeit genau diese Anzahl von Menschen, hauptsächlich aus den Niederlanden, nach Sobibor gebracht und dort ermordet wurde. Demjanjuk ist aus unterschiedlichen Gründen ein problematischer Fall. Erstens ist er wegen seines aufsehenerregenden Prozesses in Israel vor 30 Jahren bereits berühmt-berüchtigt. Er war aus den USA ausgeliefert und in Israel vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt worden (er war damit neben Adolf Eichmann der einzige NS-Täter, der in Israel die Todesstrafe erhielt). Das Gericht war davon ausgegangen, dass es sich bei Demjanjuk um „Iwan den Schrecklichen" handelte, ein ausgewiesen sadistischer Aufseher in Treblinka. Demjanjuk verbrachte sechs Jahre im Todestrakt.

Nach dem Niedergang des Kommunismus wurden neue Unterlagen verfügbar, aus denen hervorging, dass er nicht „Iwan der Schreckliche" aus Treblinka war, sondern höchstwahrscheinlich ein ebenfalls berüchtigter Aufseher aus Sobibor. Demjanjuk kehrte nach Cleveland, Ohio, zurück, während amerikanische Ermittler ein neues Verfahren gegen ihn vorbereiteten. Diesmal wurde ihm in Deutschland der Prozess gemacht, was uns zum zweiten Problem bringt: John Demjanjuk war von der Roten Armee eingezogen worden und kämpfte für die Sowjets, bis ihn die Deutschen im Jahr 1942 ergriffen. Als Kriegsgefangener waren seine Aussichten mehr als düster: Tod in einem Konzentrationslager (allein im Jahr 1941 wurden 15.000 sowjetische Kriegsgefangene in Auschwitz umgebracht), Tod durch harte Arbeit oder Verhungern oder Trawniki, ein von den Nazis errichtetes Lager in Polen nahe der ukrainischen Grenze, in dem Kriegsgefangene wie Demjanjuk „geschult" wurden, die Drecksarbeit zu verrichten. Sie bestand darin, im Rahmen der „Aktion Reinhard" in den Vernichtungslagern Juden und Roma umzubringen.

Demjanjuk handelte damit aus komplexeren Motiven als die Deutschen, die der SS beitraten und in Lagern arbeiteten, um sich dem Einsatz an der Front zu entziehen. Die Mehrzahl dieser Deutschen wurde von deutschen Gerichten nicht verurteilt oder freigesprochen, einschließlich der Vorgesetzten von Demjanjuk. Demjanjuk wurde wegen Beihilfe für schuldig befunden und zu fünf Jahren Haft verurteilt. Was bedeuten das Strafmaß und der Prozess selbst für die Strafverfolgung massenhafter Gräueltaten? Wie ich im Folgenden argumentieren werde, leider nicht sehr viel.

Zweifellos war Demjanjuk am Massenmord tausender Unschuldiger im Holocaust beteiligt und sollte entsprechend verurteilt und bestraft werden. Das Problem besteht darin, dass Demjanjuk – als unfreiwilliger Aufseher, für dessen Handlungen keine konkreten oder spezifischen Indizien vorliegen – weitaus mehr Zeit im Gefängnis verbracht hat als viele tausende Deutsche, die freiwillig in Vernichtungslagern

tätig waren und bei denen umfassendes Beweismaterial vorliegt, das ihre Beteiligung an Massenmorden belegt.

Ein gutes Beispiel für diesen zweifelhaften juristischen Umgang mit NS-Verbrechen ist der Fall von SS-Sturmbannführer Karl Streibel, Lagerkommandant von Trawniki. Das Lager in Trawniki diente mehreren Zwecken: Von Juli bis September 1941 war es ein Auffanglager für sowjetische Zivilisten und Soldaten. Zwischen September 1941 und Juli 1944 wurden dort Hilfspolizisten für die „Aktion Reinhard" ausgebildet. Von Juni 1942 bis September 1943 diente es im Zusammenhang mit der „Aktion Reinhard" als Zwangsarbeitslager für Juden. Und von September 1943 bis Mai 1944 fungierte es als Unter-Lager des Konzentrationslagers in Lublin/Majdanek.

In dem Lager wurden also 5.000 neue SS-Aufseher ausgebildet (hauptsächlich sowjetische Kriegsgefangene, jedoch auch einige Zivilisten), allerdings befanden sich dort auch über 6.000 jüdische Zwangsarbeiter. Diese Häftlinge wurden so behandelt wie in anderen NS-Lagern auch: Unzureichendes Essen und Mord durch Überarbeitung kamen häufig vor, dazu Erschießungen, um die Lagerinsassen in Angst zu halten. Im Oktober 1943 fand die entsetzliche „Aktion Erntefest" statt: Nach versuchten Aufständen in Sobibor und anderen Lagern beschloss die SS, zur Abschreckung schnell und gewalttätig vorzugehen. Alle 6.000 jüdischen Lagerinsassen wurden an einem einzigen Tag erschossen und damit alle Arbeitskräfte eliminiert.[10] Insgesamt wurden während der „Aktion Erntefest" 40.000 jüdische Gefangene erschossen.

Gegen Karl Streibel wurde 1970 in Hamburg wegen seiner Rolle als Lagerkommandant Anklage erhoben. Nach sechs langen Jahren wurde er, zusammen mit fünf anderen Aufsehern, vom Vorwurf des Massenmords an Juden freigesprochen.[11] Wie ist es möglich, dass jemand wie Streibel freigesprochen wird, während jemand wie Demjanjuk als Gehilfe verurteilt wurde? Das Personal des heutigen deutschen Justizsystems besteht mit Sicherheit nicht aus Altnazis, die versuchen, sich selbst vor Beschuldigungen zu schützen. Es handelt sich hier um eine neue Generation von Juristen, von denen viele ein aufrichtiges Interesse daran haben, die NS-Vergangenheit aufzuarbeiten und für Gerechtigkeit zu sorgen. Anzeichen für positiven und hilfreichen Wandel sind erkennbar: So wurde Demjanjuk nicht wegen Mordes angeklagt, weil es klar war, dass eine solche Anklage unhaltbar wäre – abgesehen von seiner Tätigkeit als Aufseher in Sobibor während des benannten Zeitraums (die er selbst abstreitet) gibt es gegen ihn keine Beweise.

Bei den wenigen noch anhängigen Prozessen gegen NS-Angeklagte sind sich die Staatsanwälte mittlerweile der Tatsache bewusst, dass eine Verurteilung wegen Mordes fast unmöglich ist, und gründen ihre Anklagen daher nicht auf diesen Straftatbestand. Damit gibt es einerseits mehr Verurteilungen, die zu den Anklagepunkten – also Beihilfe – passen, doch andererseits wird damit das verfehlte Argument fortgeführt, die meisten Menschen, die freiwillig in Vernichtungslagern tätig waren, seien nur Gehilfen gewesen.

Wie absurd diese Darstellung der NS-Verbrechen ist, beweist der jüngste Prozess gegen Oskar Gröning, den „Buchhalter von Auschwitz". Gegen Gröning wurde wegen Beihilfe zu Mord in Auschwitz in 30.000 Fällen Anklage erhoben, die Staatsanwaltschaft forderte eine Haftstrafe von mindestens dreieinhalb Jahren, der Richter setzte das Strafmaß auf vier Jahre. Dies mag als Fortschritt erscheinen, ist jedoch nach wie vor eine Schande: Vier Jahre Haft für die Teilnahme an der Ermordung von über 30.000 Menschen als – es muss wiederholt werden – freiwilliger SS-Aufseher in Auschwitz, der es vorzog, sich am Massenmord von unschuldigen Männern, Frauen und Kindern zu beteiligen, als an der Front für Deutschland zu kämpfen. Für Bauer wäre dieses erschütternde Ergebnis ein Hinweis darauf, dass sich in der deutschen Justiz seit 1965 wenig getan hat.

Demjanjuks Fall ist problematisch, weil er ein in vieler Hinsicht fehlgeleiteter Versuch ist, Gerechtigkeit zu schaffen. Erstens ist es

unwahrscheinlich, dass Demjanjuk freiwillig der SS beitrat. Zweitens ist auch die Frage der Zuständigkeit deutscher Gerichte problematisch: Der Staat versucht zu belegen, dass Demjanjuk nach deutschem Recht der Prozess gemacht werden kann, obwohl er kein deutscher Staatsangehöriger war und die Verbrechen nicht in Deutschland begangen wurden. Das Verfahren in Deutschland wird damit begründet, dass er ein Amtsträger war – also ein Angestellter, der seinen Kriegsgefangenenstatus verlor, weil er von Deutschen bezahlt und damit Teil der deutschen Bürokratie wurde. Diese Definition eines Aufsehers wie Demjanjuk ist aus zwei Gründen sehr problematisch: Erstens wurde sie im Nachhinein von der Zentralen Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg konstruiert, um mehr nichtdeutsche Kriegsgefangene wie Demjanjuk verfolgen zu können, zweitens waren diese Wachmänner, wie Scott Raab argumentiert,

> „Produkte der kriminell wahnsinnigsten Nation der Menschheitsgeschichte, Nazideutschland. Sie wurden von den Nazis an Orten dämonischer Brutalität ausgebildet und zur Arbeit angehalten – Orte, die von Deutschen errichtet wurden, die für ihre schrecklichen Verbrechen mehrheitlich nicht oder nur wenig bezahlten. Und jetzt – jetzt: fünfundsechzig Jahre später – wird ein ukrainischer Tölpel, Kanonenfutter der Roten Armee, ein simples Geschöpf von der Sorte, wie sie die Nazis millionenfach ermordeten, zu einem deutschen Amtsträger stilisiert, damit Deutsche ihn für seine Beteiligung am Mord von Juden in einem deutschen Konzentrationslager strafrechtlich belangen können."[12]

Abseits des Verbrechens, sich zwischen 1942 und 1943 in Sobibor aufgehalten zu haben, wo er höchstwahrscheinlich am Massenmord von hauptsächlich niederländischen Juden beteiligt war, wurden Demjanjuk keine spezifischen Straftaten zur Last gelegt. Aus den Zeugenaussagen unzähliger Überlebender ist klar ersichtlich, dass die ukrainischen Wachmänner häufig brutal und grausam waren. In so gut wie jedem Prozess gegen NS-Aufseher sagten Zeugen aus, dass Nichtdeutsche besonders sadistisch handelten.

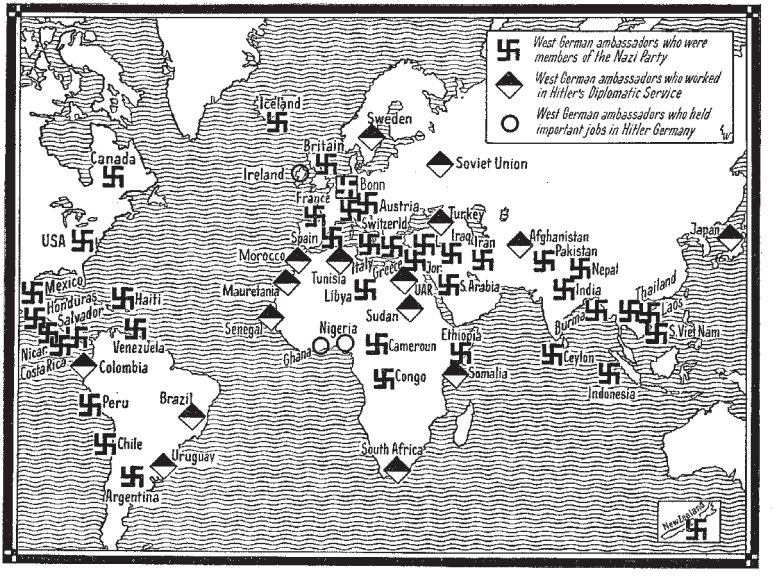
Aber dies ist für den Fall Demjanjuk, bei dem es keine konkreten Zeugenaussagen zu seinen Handlungen gibt, nicht von Bedeutung. Sogar der Hauptzeuge Thomas Blatt, der als einziger ehemaliger Sobibor-Insasse aussagte, erinnerte sich nicht an Demjanjuk selbst. Bei seiner Aussage im Januar 2010 wusste er nur zu berichten, dass „Ukrainer wie Demjanjuk am allerschlimmsten waren. Wir hatten mehr Angst vor ihnen als vor den Deutschen"[13]. Blatts Ausführungen zu Leben und Tod in Sobibor sind zwar bewegend und wichtig für die historische Forschung, doch als Beweise gegen Demjanjuk lassen sie sich nicht verwenden.

Beim Verfahren gegen Demjanjuk kam das deutsche Strafgesetzbuch zur Anwendung. Er wurde damit nicht als Nazi oder Kriegsverbrecher verurteilt, sondern wegen Beihilfe zum Mord.[14] Wie ich gezeigt habe, unterscheidet sich das deutsche Strafgesetzbuch stark von den Anklagen in Nürnberg oder dem Internationalen Strafgerichtshof, bei denen den Angeklagten Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last gelegt werden. Also mussten die Staatsanwälte in München beweisen, dass er Beihilfe zum Mord geleistet hatte. Der wichtigste Beweis gegen ihn, sein SS-Ausweis, und einige Unterlagen, die belegten, dass er als Wachmann in Sobibor registriert war, reichten für eine Verurteilung aus.

Das Strafmaß (höchstens fünf Jahre) erscheint im Vergleich mit der Größenordnung der Straftat (Beihilfe in über 20.000 Fällen!) außerordentlich kurz. Viele ehemalige Nazis wurden in der Nachkriegszeit jedoch zu weitaus kürzeren Strafen verurteilt. Viele von Demjanjuks Kollegen, und die meisten seiner Vorgesetzten, wurden entweder freigesprochen oder erhielten Haftstrafen, die so bemessen waren, dass sie zum Zeitpunkt der Verurteilung bereits abgeleistet waren. Das Urteil reiht sich damit ein in eine lange Geschichte fehlgeleiteter Pro-

DEMOCRATIC
GERMAN REPORT
Vol. XI No. 2 January 19th 1962 Price: 15 Pf, 5c, 3d.

THE PLAGUE



Note: This is a 1962 map, not a 1933 map

In the past few years a plague has spread, almost unnoticed, across the face of the globe — the plague of nazi diplomats who head the West German diplomatic missions in every continent. The swastikas on the map above represent West German ambassadors who have been positively identified as members of Hitler's party. The other signs show West German ambassadors who served Hitler in the Foreign Ministry or elsewhere. A full listing of all these ambassadors is given on the inside pages. The swastika in the West German capital of Bonn marks the West German Foreign Ministry, headed by Gerhard Schroeder, Nazi Party member and Storm Trooper, and almost exclusively staffed by former Hitler supporters. It should be stressed that this map is not complete; many more West German ambassadors served Hitler, but positive identification of their past record is not at present available.

© CV Films

Deutsche Diplomaten, die früher Mitglied der NSDAP waren, im Jahr 1962.

zesse, Anklagen und Verurteilungen. Es weist auf ein viel größeres Problem im deutschen Justizsystem und bei den rechtlichen Mitteln hin, die deutsche Juristen bei der Strafverfolgung von Nazis anwenden.

John Demjanjuks Fall ist ein weiterer gescheiterter Versuch des deutschen Justizsystems zu zeigen, dass es sich für die Verurteilung von NS-Tätern einsetzt. Die Tatsache, dass ein Nazi in Deutschland vor Gericht kommt, der noch dazu als Nichtdeutscher „keiner von uns ist", sorgt für oberflächliche Befriedigung und Erleichterung. Natürlich sollte jede einzelne Person, die an der Vernichtungsmaschinerie der NS-Zeit beteiligt war, zur Verantwortung gezogen werden. Doch genau dies ist in Deutschland seit dem allerersten Prozess gegen NS-Täter nicht geschehen.

Fritz Bauer hatte sich eine ganz andere juristische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vorgestellt, bei der durch das Recht und ein gerechtes Strafurteil auch noch das letzte Mitglied der Mordmaschinerie als genau das zur Rechenschaft gezogen wurde, was es war: ein Mörder. Bauer schrieb:

> „Hinter der vielgeliebten Anwendung der Verurteilung zu Beihilfe – von den Gerichten bis ganz nach oben zum höchsten Bundesgericht – liegt der nach wie vor gehegte Wunsch, dass nur ein paar Menschen im totalitären Staat der Nazizeit verantwortlich waren, und dass der Rest lediglich aus terrorisierten und geschundenen Mitläufern oder entpersonalisierten, enthumanisierten Charakteren bestand, die dazu gezwungen wurden, Dinge zu tun, die vollständig ihrer Natur zuwider liefen. Deutschland wäre damit nicht eine vom Nationalsozialismus besessene Gesellschaft gewesen, sondern ein vom Feind besetztes Land. Mit der historischen Realität hatte dies jedoch wenig zu tun." (Bauer in Hammerschmidt 1965: 307)

Es ist paradox, dass sich Deutschland mittlerweile wie kein anderes Land tagtäglich mit seiner Vergangenheit auseinandersetzt und dass der deutsche Prozess ohne weiteres als Vorbild für Reformen in post-diktatorischen Gesellschaften dienen könnte. Doch der Erfolg der deutschen Vergangenheitsbewältigung ist nicht Prozessen wie dem gegen John Demjanjuk geschuldet. Das Recht war nicht der Bereich, in welchem Deutsche zur Einsicht kamen, dass eine ganze Generation mitverantwortlich war. Dies geschah über andere Kanäle, vornehmlich durch ernsthaft betriebene historische Forschung und Archivarbeit, solide Wissenschaft, Debatten und Wissensvermittlung an ein junges, neugieriges deutsches Publikum.

Wie weitaus gründlicher der Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung gewesen wäre, wären die für den Holocaust Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden, lässt sich nur erahnen. Alles hätte anders ausgesehen, wenn die Täter Verantwortung für ihre Taten übernommen hätten, statt die Aufarbeitung der nächsten Generation zu überlassen. Diese Generation, zu der auch die Angeklagten in Stammheim gehörten, hatte dafür mit Schuld und Scham zu kämpfen und mit dem Schweigen der Eltern, die Antworten versagten. Was als legitime Kritik am Fortbestehen nationalsozialistischen Gedankenguts in allen westdeutschen Berufsständen begann, vor allem im juristischen Bereich, endete für manche im Extremismus. Die Suche nach Antworten und die Wut auf das Schweigen ihrer Eltern ließ die Gründungsmitglieder der RAF am Ende die Heuchelei des Justizsystems, das sie selbst so heftig kritisiert hatten, am eigenen Leib erfahren. SS-Mitglieder, die an der Planung oder Durchführung des Massenmords an Juden beteiligt waren, wurden freigesprochen oder erhielten milde Strafen, wohingegen linksextremistische Terroristen im größtmöglichen Umfang zur Verantwortung gezogen werden.

Dies war nicht das gerechte, faire und demokratische Rechtssystem, für das Bauer sich so eingesetzt hatte. Vielleicht sind die Unzulänglichkeiten dieser Prozesse – einschließlich Demjanjuk und Gröning – notwendig, vielleicht führte ja genau ihr Scheitern zu mehr Dialog, Debatten und einer umfassenderen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Fritz Bauer

hat dies nicht mehr erlebt und hätte sich mit Sicherheit ein Justizsystem gewünscht, das kritik- und reformfähig ist. Doch der juristische Umgang mit NS-Verbrechen ist nach wie vor hilflos, gequält und ohne Abschluss. Und so wird es auch bleiben, wenn der allerletzte Nazi längst unter der Erde liegt.

Rebecca Wittmann (PhD University of Toronto) ist Associate Professor für Geschichte an der Universität von Toronto. Ihre Forschungsschwerpunkte sind der Holocaust und Nachkriegsdeutschland, Prozesse von NS-Tätern und Terroristen und deutsche Rechtsgeschichte. Sie erhielt Forschungsstipendien der Alexander von Humboldt Stiftung, dem Social Sciences and Humanities Research Council of Canada, dem United States Holocaust Memorial Museum, und dem DAAD (German Academic Exchange Service). Sie hat Artikel zu zentraleuropäischer Geschichte, deutscher Geschichte und Lektionen und Vermächtnissen veröffentlicht. Für ihr Buch „Beyond Justice: The Auschwitz Trial" (Harvard University Press, 2005) erhielt sie den Fraenkel Preis in Zeitgeschichte. Sie hat soeben einen einjährigen Forschungsaufenthalt in Deutschland beendet, wo sie an ihrem zweiten Buch arbeitete: „Nazism and Terrorism: The Majdanek and Stammheim Trials in 1975 West Germany".

Anmerkungen

[1] Bei dem Nürnberger Nachfolgeprozess gegen die Einsatzgruppen wurde der Sachverständige Dr. Hans-Günther Seraphim herangezogen. Er wies darauf hin, dass kein einziger SS-Offizier wegen Befehlsverweigerung bestraft worden war. Auch beim Einsatzgruppen-Prozess 1958 in Ulm wurde Seraphim gehört. Dort argumentierte er, dass §47 des Wehrmachts-StGB noch gelte, demzufolge die Ausführung von kriminellen Befehlen verboten ist. Die Staatsanwaltschaft war jedoch mit der Strategie, auf den Befehlsnotstand zu verweisen, wenig erfolgreich, konnte dieser doch IMMER NOCH herangezogen werden, um den Unterschied zwischen Täter und Gehilfe zu zeigen. Folglich gab es in der Tat eine Doppelmoral. Siehe auch Wittmann 2005: 78-82.

[2] Dies bezieht sich auf die Unterscheidung im StGB zwischen Täter und Gehilfe aus dem Jahr 1963 (damals §47-49, Abschnitt zu Teilnahme). Dieser Unterscheidung zufolge konnte der Angeklagte nur als Täter (anstatt Gehilfe) verurteilt werden, wenn die Staatsanwaltschaft eine subjektive innere Motivation und Eigeninitiative des Angeklagten nachweisen konnte. Die einzige Möglichkeit der Staatsanwaltschaft, Eigeninitiative oder Elemente der Definition von Mord (Mordlust, Grausamkeit etc.) nachzuweisen, war der Verweis auf die Lagervorschriften, die explizit unsittliches oder grausames Verhalten verbaten; oder sich an Personen wie den früheren SS-Richter Konrad Morgen zu wenden, der in Auschwitz Korruptions- und Grausamkeitsvorwürfen nachging. Es war dessen Aussage – als Richter –, die letztendlich zur Verurteilung von Angeklagten wie Wilhelm Boger führte. Siehe Wittmann 2005: Kapitel 4.

[3] Solche Diskussion gab es bereits während der NS-Zeit, zum Beispiel im sog. Badewannenfall im Jahr 1940, in dem der Begriff der Täterwillens schon weitgehend definiert wurde: Eine Frau hatte das Baby ihrer Schwester ertränkt. Das Gericht vertrat die Meinung, die Mutter des Kindes habe die Tat gewollt, daher war die Schwester, die den Mord ausgeführt hatte, aufgrund des fehlenden Täterwillens nicht als Täterin anzusehen, sondern als Gehilfin. Genau diese Argumentation wurde in den Nazi-Prozessen nach dem Krieg immer wieder herangezogen: Angeklagte, die ohne Eigeninitiative getötet hatten, wurden als Gehilfe verurteilt. Siehe auch Wittmann 2005: 39.

[4] Zum Zeitpunkt des Auschwitz-Prozesses musste die Staatsanwaltschaft „Unrechtsbewusstsein" nachweisen, das jetzt in leicht veränderter Definition als „Verbotsirrtum" bezeichnet wurde.

[5] Für eine detailliertere Analyse des deutschen Strafrechts siehe Rebecca Wittmann 2005:

15–54.

[6] Mehr zu diesem „Interpretationsmonopol", wie Joachim Perels es genannt hat, in: Joachim Perels 1999: 20-25.

[7] Während der „Badewannen-Fall" aus dem Jahr 1940 stammt, gab es natürlich auch nach 1941 und in der gesamten Nachkriegszeit regelmäßig Veränderungen in der Auslegung, darunter auch die von Eduard Dreher eingeführte Strafrechtsreform. Darüber hinaus ermöglichten neue Interpretationen und Ergänzungen des Rechts die pauschale Ablehnung von Fällen, bei denen Vertreter der Rechtspflege beteiligt waren. Hier sind der RSHA-Fall und die Ergänzung des § 50 gute Beispiele. Siehe Ingo Müller 2001: 246–250.

[8] „Von RAF ermordeter Generalbundesanwalt Buback war NSDAP-Mitglied", Focus Magazin, 15. März 2011. Online: http://www.focus.de/panorama/vermischtes/nsdap-von-raf-ermordeter-generalbundesanwalt-buback-war-nsdap-mitglied_aid_608945.html.

[9] Alle Verweise auf den Majdanek-Prozess sind aus Ermittlung 853 Majdanek und LG Düsseldorf Investigation 869 Majdanek, LG Düsseldorf, Az.: 8 KS 1/75, Rep. 432.

[10] Mehr zu Trawniki siehe http://www.ushmm.org/wlc/en/article.php?ModuleId=10007397.

[11] Veröffentlicht in Justiz und NS-Verbrechen Vol. XLI, Urteil und Prozesszusammenfassung. Online: http://www1.jur.uva.nl/junsv/brd/brdengfiles/brdeng833.htm.

[12] Scott Raab, „John Demjanjuk, The Last Nazi", Esquire Magazine, 11. August 2010. Online: http://www.esquire.com/features/john-demjanjuk-1109.

[13] „Sobibor death camp survivor testifies in John Demjanjuk Trial", *The Mirror UK*, 20. Januar 2010. Online: http://www.mirror.co.uk/news/uk-news/sobibor-death-camp-survivor-testifies-195993.

[14] Ausführlicher zum Demjanjuk-Prozess siehe Lawrence Douglas, „Ivan the Recumbent or Demjanjuk in Munich", Harpers Magazine, März 2012.

Literatur

Bakker-Schut, Pieter 1989: Stammheim. Kiel: Neue Malik, 135f.

Bauer, Fritz 1965: Im Namen des Volkes: Die strafrechtliche Bewältigung der Vergangenheit. In: Hammerschmidt, Helmut (Hg.): Zwanzig Jahre danach: Eine Deutsche Bilanz 1945-1965. München, Wien, Basel: Desch, 308.

Bauer, Fritz 1963: Zu den Naziverbrecher Prozessen. In: Stimme der Gemeinde zum Kirchlichen Leben, zur Politik, Wirtschaft und Kultur 18 (1963), 568.

Die Zeit: 7. April 1978.

Müller, Ingo 2001: Hitler's Justice: The Courts of the Third Reich, Übers. Lucas Schneider, Cambridge, MA: Harvard University Press, 202.

Perels, Joachim 1999: Das Juristische Erbe des „Dritten Reiches". Frankfurt: Campus, 13f.

Wittmann, Rebecca 2005: Beyond Justice: the Auschwitz Trial. Cambridge MA: Harvard.

Über den Umgang mit Auschwitz und Fritz Bauer[1]

Kurt Nelhiebel

1 | Offizielles Gedenken und politische Wirklichkeit[2]

1.1 | Eine Bilanz 50 Jahre nach dem Auschwitz-Prozess

Die Deutschen lieben die Wahrheit nicht, wollen sie nicht wissen, kennen nicht ihren Reiz und ihre reinigende Kraft.
Thomas Mann an Hermann Hesse (12.10.1946)

In seiner Rede zum 50. Jahrestag des Bestehens der deutsch-israelischen Beziehungen sagte Bundespräsident Joachim Gauck am 12. Mai 2015: „Wir werden nicht zulassen, dass das Wissen um die besondere historische Verantwortung Deutschlands verblasst." Sonderlich erfolgreich waren die politisch Verantwortlichen damit offenbar nicht. Einer Bertelsmann-Studie zufolge möchten 81% der Deutschen die Geschichte der Judenverfolgung „hinter sich lassen". (SZ 12.05.2015: 6). Offensichtlich gibt es in der deutschen Erinnerungskultur eine Lücke. „Man übergeht, dass es den deutschen Widerstand gab", klagte der deutsch-französische Historiker Alfred Grosser am 70. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus im Interview mit einer deutschen Zeitung (Weser-Kurier 08.05.2015). Dabei waren die Angehörigen des deutschen Widerstandes mit ihren „moralischen Grundentscheidungen" vielen anderen voraus, konstatierte Willy Brandt ein Jahr vor seinem Tod. Winston Churchill erinnerte 1947 daran, dass in Deutschland eine Opposition lebte, „die zu dem Edelsten gehört, was in der Geschichte der Völker je hervorgebracht worden ist. Diese Männer und Frauen kämpften ohne Hilfe von innen und außen, einzig angetrieben von der Unruhe ihres Gewissens. Ihre Taten sind das unzerstörbare Fundament eines neuen Aufbaus."

Vielleicht sollten in allen deutschen Schulen, dem französischen Beispiel folgend, einmal im Jahr Bekenntnisse deutscher Widerstandskämpfer verlesen werden, um etwas von dem Geist zu vermittelten, der die Gegner der Nazityrannei beseelte. „Wie wir der Luft bedürfen, um zu atmen, des Lichts, um zu sehen, so bedürfen wir edler Menschen, um zu leben", sagte die Schriftstellerin Ricarda Huch im Gedenken an die ermordeten deutschen Widerstandskämpfer. „Sie reißen uns aus dem Sumpf des Alltäglichen; sie entzünden uns zum Kampf gegen das Schlechte." Eine der Erfahrungen des deutschen Widerstandes besagt, dass die Ausgrenzung von Minderheiten niemals geduldet werden darf; denn damit begann das, was mit Auschwitz endete.

Wer sich ein Bild vom Ausmaß des Verbrechens machen will, das in Auschwitz begangen worden ist, der möge sich daran erinnern, dass bei der Tsunami-Katastrophe in Ostasien mehr als 200.000 Menschen dem blinden Wüten der Naturgewalt zum Opfer gefallen sind. Das Entsetzen darüber war groß. In Auschwitz wurden fünfmal so viele Menschen ermordet. Einige Beteiligte an dem beispiellosen Verbrechen mussten sich Anfang der 1960er-Jahre in Frankfurt am Main vor Gericht verantworten. Die Verkündung des Urteils in dem Jahrhundertverfahren jährte sich am 19. August zum 50. Male. Ich habe den Prozess als Journalist miterlebt.

1.2 | Ohne Erinnern keine Überwindung des Bösen

Wie es zu dem Massenmord kommen konnte, wie alles begonnen hat damals in Deutschland, ist vor allem jungen Menschen weitgehend unbekannt. Manches sah zunächst harmlos aus. Auch damals bekämpften Rechtsextremisten und Nationalkonservative den demokratischen Rechtsstaat zunächst nur mit Worten. Schamlos beuteten sie die Not von Millionen Arbeitslosen für ihre Propagandazwecke aus. Zugleich entfachten sie eine Hetzkampagne gegen die vermeintlich Schuldigen an der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg. Zielscheibe der Verleumdungen waren Juden, Marxisten und Intellektuelle, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und bürgerlich-liberale Politiker, die als undeutsch und national unzuverlässig hingestellt wurden.

Wer sich mit den Anfängen der Naziherrschaft vertraut macht, wird die Warnzeichen für neues Unheil rechtzeitig erkennen. Wer weiß, was in Auschwitz geschah, ist für immer gefeit gegen alles, was auch nur im Entferntesten mit Nazi-Ungeist zu tun hat. Ohne Erinnerung an das Böse, so Bundespräsident Roman Herzog 1996, gibt es weder die Überwindung des Bösen, noch Lehren für die Zukunft. Dass Angehörige eines Kulturvolkes in der Mitte Europas Menschen fabrikmäßig töteten, dass sie Schlachthäuser für Menschen errichteten, darüber werden noch in hundert Jahren Menschen in aller Welt grübeln.

Wenn von den Gräueltaten der Nazis die Rede ist, antworten manche, Verbrechen habe es auch anderswo gegeben. Das stimmt, aber niemals und nirgendwo sonst wurden völlig schuldlose Menschen so systematisch und mit industrieller Perfektion getötet wie in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern, nirgendwo sonst wurden den Ermordeten die Goldzähne ausgerissen und zur Devisenbeschaffung eingeschmolzen, nirgendwo sonst wurden die Haare der Opfer als Material zur Filzherstellung verwendet. Lange Zeit wurde Auschwitz in den endlosen Weiten des Ostens vermutet, und nicht wenige entschuldigten ihr Unwissen mitunter gerade damit. Tatsächlich lag Auschwitz nur 40 Kilometer hinter der alten deutschen Grenze, aber einer der akademisch gebildeten Mörder fühlte sich dort – wie er nach Hause schrieb – am anus mundi, am Arsch der Welt.

1.3 | Wie alles begann

Wie Schlachtvieh wurden die Opfer in Güterwagen aus allen besetzten Ländern Europas in die Todeslager transportiert. Noch auf der Bahnrampe rissen SS-Angehörige die Familien auseinander. Der arbeitsfähige Vater und der Bruder mussten nach rechts, die Mutter mit dem Kleinkind auf dem Arm und die Oma nach links. Sie wurden auf direktem Weg in den Tod geschickt. Vor den Gaskammern mussten sie sich – angeblich zum Duschen – nackt ausziehen. Eng aneinander gedrängt starben sie an den giftigen Dämpfen eines Mittels zur Schädlingsbekämpfung. Zyklon B hieß das Blausäurepräparat.

Die für arbeitsfähig gehaltenen Ankömmlinge vermietete die SS an deutsche Firmen, die Auschwitz in Erwartung billiger Arbeitskräfte als Standort für neue Produktionsstätten ausgewählt hatten. Die Opfer selbst bekamen keinen Lohn. Nutznießer waren namhafte Unternehmen wie Krupp und der Chemiekonzern IG Farben. Wenn die Kräfte der Arbeitssklaven versiegten, wenn sie arbeitsunfähig wurden, kamen auch sie in eine der Gaskammern oder wurden mit Phenol durch einen Stich mit der Spritze direkt ins Herz getötet. Einer dieser „Phenolspezialisten" saß während des Auschwitz-Prozesses nur wenige Meter von mir entfernt. Nichts in seinem Gesicht deutete auf seine grauenvolle Vergangenheit hin.

Die planmäßige Ermordung von Millionen Menschen war nicht kriegsbedingt, sondern ein Ergebnis des Rassenwahns der Nazis. Er fiel in Deutschland auf fruchtbaren Boden. Dabei stellten die Juden eine verschwindende Minderheit dar. Ihr Anteil an der deutschen Bevölkerung betrug nur ein Prozent. Dennoch

behaupteten die Nazis, an allem Unheil seien die Juden schuld. Ihr Blut sei verdorben und dürfe sich niemals mit dem Blut von Nicht-Juden vermischen. Intime Beziehungen eines Juden zu einer nichtjüdischen Frau wurden mit dem Tode bestraft.

Bevor die Nazis daran gingen, die Juden aus der menschlichen Gemeinschaft auszuschließen, unterdrückten sie brutal ihre politischen Gegner. Als erste kamen Kommunisten und Sozialdemoraten an die Reihe. Dann wurden Gewerkschafter, liberale Politiker und Intellektuelle in Konzentrationslager und Gefängnisse gesperrt. Konservative Politiker, die nicht mit den Wölfen heulten, blieben gleichfalls nicht verschont. Aufrechte Priester mussten sterben, weil sie Gott mehr gehorchten als den Machthabern des so genannten Dritten Reiches. Neben Juden, Sinti und Roma und anderen starben in Auschwitz auch viele politische Gegner Hitlers.

1.4 | Bleibende Gefahr

Auschwitz, das war nicht nur der fabrikmäßige Massenmord in den Gaskammern, sondern das waren auch die Todesschüsse an der Schwarzen Wand, die medizinischen Versuche an Kindern und das waren die Stehzellen, in denen man die Opfer qualvoll verdursten und verhungern ließ. Die Täter mordeten nicht unter Zwang, sie befanden sich nicht in einem Befehlsnotstand. In ihrem persönlichen Hass auf Juden und Kommunisten stimmten sie völlig mit der Naziführung überein.

Wer nicht mitmachen wollte, wem vielleicht das Gewissen schlug, der konnte ohne disziplinarische Folgen seine Versetzung an die Front beantragen. Das ist durch Dokumente belegt und Zeugen im Auschwitz-Prozess haben das bestätigt. Dieses freiwillige Mittun ist das eigentlich Unfassbare. In der Neigung der Menschen, sich den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen, in ihrer Angst vor dem Nein zu staatlichem Unrecht, schlummert eine bleibende Gefahr für die Zukunft: Allzu viele haben ein kurzes Gedächtnis, lassen sich manipulieren, im Zeitalter der elektronischen Massenmedien leichter denn je.

Es hat lange gedauert, bis einige Beteiligte an den Auschwitz-Verbrechen 1963 in Frankfurt am Main vor Gericht gestellt wurden. Ich war als Journalist dabei, als die Überlebenden der Todesfabrik in den Zeugenstand traten und in Gegenwart ihrer Peiniger zu Protokoll gaben, was in Auschwitz geschah. Auf der Anklagebank sah ich Männer mit Durchschnittsgesichtern, keine Monster mit blutunterlaufenen Augen. Kaufleute waren darunter, Handwerker, Apotheker und Zahnärzte, Menschen wie du und ich. Aber sie verkörperten ein Grauen, das mich bis in den Schlaf hinein verfolgte.

Als die Verhandlung begann, war ich Mitte dreißig. Über die Todesfabrik im besetzten Polen hatte ich schon einiges gelesen. Dennoch erlebte ich den Prozess wie einen Alptraum. Quälend war jedes Mal auch die Rückkehr in den Alltag. Musste das Leben nicht stillstehen angesichts des Grauens, das eben noch im Gerichtssaal auf mich eingestürmt war? Aber draußen nahm alles seinen gewohnten Gang. Geschäftig wie immer eilten die Menschen hin und her und ihre unbeteiligten Gesichter wirkten auf mich wie Masken aus einer anderen Welt. In den Prozessberichten erfüllte ich meine Chronistenpflicht nach bestem Wissen und Gewissen. Ein neutraler Beobachter war ich nicht. Wenn mir jemand wegen meiner Parteinahme für die Opfer mangelnde Objektivität vorwirft, dann ehrt mich das.

Über den Tag der Urteilsverkündung schrieb ich: „Dieser 19. August des Jahres 1965 ist ein Tag wie jeder andere auch. Durch die Stadt wälzt sich der Verkehr, Autos stauen sich an Ampeln, Trambahnen schieben sich durch das Gewühl, auf den Gehsteigen hasten die Menschen zur Arbeit, auf dem Schulhof nebenan lärmen Kinder. Und doch ist dies ein besonderer Tag, denn inmitten dieser Stadt wird heute das Urteil in einem Verfahren verkündet, das in der Geschichte ohne Beispiel ist.

Die Angeklagten werden hereingeführt, als erster wie immer der hinkende frühere Arrestverwalter im Todesblock 11, Bruno Schlage.

Der ehemalige Gestapomann Wilhelm Boger, der „schwarze Tod" von Auschwitz, trägt wie immer den Anflug eines Lächelns im harten Gesicht. Mit brüchiger Stimme, der man die nervliche Belastung anmerkt, verliest der Gerichtsvorsitzende Hofmeyer das Strafmaß für die 20 Angeklagten: Sechsmal lebenslanges Zuchthaus, elfmal begrenzte Freiheitsstrafen zwischen drei und 14 Jahren und dreimal Freispruch – das ist in dürren Worten die Bilanz dieses Prozesses.

1.5 | Ohne ein menschliches Wort

In der Urteilsbegründung setzte sich der Vorsitzende mit dem Einwand auseinander, dass hier nur die „kleinen Leute" vor Gericht gestanden hätten. Auch diese „kleinen Leute" seien damals nötig gewesen, um den Plan der Vernichtung von Menschen auszuführen. Sie seien so nötig gewesen wie die Großen, die das Gesamtgeschehen eingeleitet und vom Schreibtisch aus kontrolliert hätten. Den Angeklagten warf er vor, nichts zur Erforschung der Wahrheit beigetragen, sondern geschwiegen und zum Teil die Unwahrheit gesagt zu haben.

Bis auf zwei Ausnahmen verloren die Angeklagten kein menschliches Wort des Bedauerns für die Opfer. Die meisten zeigten nur Mitleid mit sich selbst. Das größte Verfahren der deutschen Justizgeschichte erstreckte sich über 20 Monate und 183 Verhandlungstage. 356 Zeugen traten vor das Gericht, die Hälfte von ihnen aus Deutschland, die anderen aus weiteren 17 Ländern. Die schriftlichen Unterlagen über das Prozessgeschehen füllen 100 Aktenbände mit insgesamt 18.000 Seiten.

Das Echo ist unterschiedlich ausgefallen. Es gab scharfe Kritik und zustimmende Äußerungen: Den einen waren die Strafen zu gering, andere hielten sie für gerecht. Aber selbst wenn alle Angeklagten die höchste damals denkbare Strafe bekommen hätten, bliebe Auschwitz letztlich ungesühnt. Es gibt keine Strafe, die dem Unfasslichen gerecht werden könnte. Die nachfolgenden Generationen können nur eines tun: durch ihr klares Nein gegenüber allen Versuchen, das Geschehene zu bagatellisieren oder zu relativieren, den Opfern ihren Respekt zu erweisen. Damit schützen sie sich selbst vor einem wie auch immer gearteten Rückfall in die Unmenschlichkeit.

1.6 | Mühsamer Kampf gegen das Vergessen

Seit der Verkündung des Urteils sind fünfzig Jahre vergangen. Wie verhielt es sich in dieser Zeit mit dem Interesse an Auschwitz? Als mir vor Jahren die Idee kam, meine Berichte vom Auschwitz-Prozess als Buch der Jugend von heute zugänglich zu machen (aktuelle Neuauflage soeben im PapyRossa Verlag erschienen, die Red.), ahnte ich nichts von den Schwierigkeiten, mit denen ich zu tun bekommen sollte. Sechs Jahre dauerte meine Suche nach einem Verlag. Dabei machte ich die Erfahrung, dass alle gern von der Notwendigkeit des Erinnerns reden, aber ungern in diese Notwendigkeit investieren. Schließlich griff der PapyRossa Verlag in Köln die Idee auf. Umgesetzt werden konnte sie, weil die Bundeszentrale für politische Bildung das Projekt unterstützte.

Der Kampf gegen das Vergessen war stets mühsam. Mitte der siebziger Jahre, als die Wiederverwendung alter Nazis kein Thema mehr war, wohl aber die Jagd auf Kommunisten und so genannte Radikale im öffentlichen Dienst, zu jener Zeit also arbeitete ich als Redakteur und Kommentator bei einer als liberal geltenden deutschen Rundfunkanstalt. Zum 30. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch sowjetische Truppen bot ich dem zuständigen Kollegen einen Fünf-Minuten-Beitrag an. Der war von dem Thema wenig erbaut. Mit diesen alten Geschichten müsse doch endlich mal Schluss sein, meinte er. Nach einer kurzen Diskussion wurde der Beitrag dann doch gesendet.

Seit 1996 wird der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz offiziell als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus begangen. Es genügt aber nicht, einmal in Jahr die Vergangenheit als Mahnung für die Zukunft zu beschwören. Einer der wenigen, der frühzeitig vor

einem Rückfall in frühere Denkweisen gewarnt hat, war der Initiator des Auschwitz-Prozesses, der hessische Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer. Er hat eindringlich beschrieben, wie es dazu kommen konnte, dass die erste deutsche Republik dem gewalttätigen Rechtsextremismus mit dem Hakenkreuz in die Hände fiel.

1.7 | Der Sündenbock-Mechanismus

„Statt einer ‚Bewältigung der Vergangenheit', die auch damals notwendig war und die einen harten Willen zur Wahrheit erforderte, zog man den Betrug und Selbstbetrug eines angeblichen Dolchstoßes vor und suchte krampfhaft nach Sündenböcken. Man fand sie bald in „Marxisten", bald in Juden. Jeder Sündenbock-Mechanismus erwächst aus Charakterschwäche; er ist ein infantiler Zug und alles andere als eine männliche Reaktion. Je schwächer die Leute sind und je mehr sie von Minderwertigkeits-Komplexen geplagt werden, desto mehr rufen sie nach Härte und desto gewalttätiger und brutaler treten sie auf, um ihr eigenes Ungenügen und das Fiasko ihres Daseins zu verbergen. Die Kraftmeierei des Nazismus, sein Geschrei, seine Demonstrationen, seine Verbrechen waren die Maske von neidischen Schwächlingen." (Bauer 1960)

Dieser Sündenbock-Mechanismus hat die Nazizeit überlebt. Als Ende der siebziger Jahre Hakenkreuz-Schmierereien wieder einmal für peinliches Aufsehen sorgten, machte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß kommunistische Geheimdienste für die Schändung jüdischer Friedhöfe verantwortlich. Das rechtslastige „Deutschland-Magazin" behauptete, der „angebliche Neonazismus sei in Wahrheit eine Waffe Moskaus". Das war ein bequemer Weg, die Krankheit am eigenen Leibe zu leugnen und sich der Auseinandersetzung mit den wahren Ursachen zu entziehen.

Inzwischen gibt es keine DDR und keine Sowjetunion mehr, aber noch immer werden Hakenkreuze auf Grabsteine geschmiert und jüdische Einrichtungen angegriffen. Wenn es nur das wäre! Als die rechtradikale NPD vor Jahren zu einer Demonstration gegen den Bau einer Synagoge in Bochum aufrief und die örtliche Polizeibehörde den provozierenden Aufmarsch verbot, machte das Bundesverfassungsgericht den Unbelehrbaren den Weg frei. Das Recht der Neonazis zu demonstrieren wurde höher bewertet als das Recht der Überlebenden des Holocausts, vor der Verhöhnung der Opfer des Naziterrors geschützt zu werden (Beschluss des Ersten Senats vom 23. Juni 2004, Aktenzeichen 1 BvQ 19 / 04).

Nicht von ungefähr, so scheint es, verlangte zu Beginn des neuen Jahrtausends der damalige Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, beim Kampf gegen die Neonazis, nicht bestimmte Entwicklungen in der Mitte der Gesellschaft aus dem Blickfeld zu verlieren; dort gebe es immer noch hartnäckige Vorurteile gegenüber Menschen anderer Hautfarbe, anderer Herkunft und anderer Religion.

1.8 | Verharmlosung des Rechtsextremismus

Diese Vorurteile sind das Ergebnis der Jahrzehnte langen Verharmlosung rechtextremistischer Bestrebungen. Allzu gern wird vergessen, dass während des Kalten Krieges nicht die Bekämpfung des Neonazismus im Vordergrund stand, sondern die Bekämpfung der Kommunisten und all derer, die dafür gehalten wurden. Nur so konnte es dazu kommen, dass zwei Monate nach dem Beginn des Auschwitz-Prozesses der damalige Bundespräsident Heinrich Lübke einem der Mitschuldigen an der Ausbeutung von Auschwitz-Häftlingen das Bundesverdienstkreuz verlieh. Geehrt wurde, auf Vorschlag des Bundesverbandes der deutschen Industrie, der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates der Ruhrchemie AG Oberhausen, Dr. Heinrich Bütefisch, ehemals leitender Angestellter des IG Farbenkonzerns. Ein alliiertes Gericht verurteilte ihn nach Kriegsende wegen der Ausbeutung von Auschwitz-Häftlingen und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu sechs Jahren Gefängnis. Davon wussten die

Beteiligten an dem Ordensskandal angeblich nichts. Bütefisch musste sein Verdienstkreuz zurückgeben, nachdem eine Schweizer jüdische Zeitung aufgrund eines Artikels von mir bei der Ordenskanzlei des Bundespräsidialamtes angerufen hatte. Dann wurde die peinliche Angelegenheit schnell unter den Teppich gekehrt.

Das ist es wohl, was Fritz Bauer meinte, als er nach dem Auschwitz-Prozess feststellte, in dem Verfahren sei „das Herz des Ganzen" nicht zur Sprache gekommen. Viele sahen in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eine Art Nestbeschmutzung, viele waren verstrickt in das Gewaltregime der Nationalsozialisten und an einer Bloßlegung seiner Wurzeln nicht interessiert. Warum musste Bundeskanzler Konrad Adenauer ausgerechnet einen von ihm selbst später als „tiefbraun" bezeichneten Experten der Nazis für die Neuordnung des europäischen Ostens namens Theodor Oberländer in sein Kabinett holen? Weshalb musste er ausgerechnet den Mitverfasser eines juristischen Kommentars zu den Rassegesetzen der Nazis, Dr. Hans Globke, als Staatssekretär und engsten Berater im Kanzleramt beschäftigen, ihn, der diesen Kommentar später selbst als „entsetzlich und abstoßend" bezeichnet hat (Greive 1983: 173). Musste da nicht der Eindruck aufkommen, dass es mit der Judenverfolgung wohl nicht so schlimm gewesen sein konnte, wenn einem solchen Mann dieses wichtige Amt anvertraut wurde? Heute würde man sagen: Eine schlimmere Verharmlosung des Ungeistes der Nazizeit konnte es gar nicht geben.

1.9 | „Unbußfertige Verschwörung des Nichtwissens"

Zyniker sagen, Hans Globkes Tätigkeit als Staatssekretär im Bundeskanzleramt habe der Demokratie nicht geschadet. Schließlich hätten sich doch alle vom Ungeist des Nazismus distanziert. In der Tat, an solchen Bekundungen hat es nicht gemangelt. Stets wurde versichert, die Bekämpfung des Neonazismus und Rechtsextremismus gehöre, wie die Bekämpfung des Linksextremismus, zu den entscheidenden Lehren der Vergangenheit. In Wirklichkeit hatten Politik, Polizei und Justiz hauptsächlich die Linken im Visier, die aktivsten Gegnern Hitlers, deren Widerstand gegen die Wiederbewaffnung und die Notstandsgesetze als Widerstand gegen den Rechtsstaat gedeutet und deren Verdienste im Kampf gegen den nazistischen Unrechtsstaat ignoriert wurden. Resigniert bemerkte Fritz Bauer nach dem Auschwitz-Prozess, die von ihm angestrebte Aufklärung habe nicht stattgefunden. Die „unbußfertige Verschwörung des allgemeinen Nichtwissens", die er bei den Angeklagten beobachte hatte, beschränkte sich nach seiner tiefen Überzeugung nicht auf den Kreis der unmittelbar an den NS-Verbrechen Beteiligten; er hielt sie für ein verbreitetes Phänomen, gepaart mit Versuchen, die Naziverbrechen zu relativieren.

1983 appellierte der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Alfred Dregger, an die Deutschen, aus dem Schatten Hitlers herauszutreten und normal zu werden. 1986 fragte der Historiker Ernst Nolte, ob der „Archipel Gulag", also das Verbannungssystem unter Stalin, nicht „ursprünglicher als Auschwitz" gewesen sei. 1998 wandte sich der Schriftsteller Martin Walser in seiner Paulskirchenrede dagegen, Auschwitz als „Moralkeule" zu benutzen, woraufhin ihm die versammelte deutschen Crème de la Crème am Schluss stehend eine Ovation bereitete – mit Ausnahme von Ignatz Bubis: Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland blieb als Einziger sitzen. 1999 rechtfertigte der grüne Außenminister Joschka Fischer die deutsche Teilnahme am völkerrechtswidrigen Luftkrieg gegen Jugoslawien mit dem Satz, er habe nicht nur „Nie wieder Krieg", sondern auch „Nie wieder Auschwitz" gelernt, so als hätten auf dem Balkan Gaskammern und Verbrennungsöfen verhindert werden müssen. 2006, also vor seiner Zeit als Bundespräsident, bezeichnete Joachim Gauck den Massenmord an den Juden als rational einzuordnendes Phänomen der modernen Zivilisation. Neun Jahre später

sagte derselbe Joachim Gauck, es gebe keine deutsche Identität ohne Auschwitz, und am 70. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus verkündete der Historiker Heinrich August Winkler im Bundestag ganz im Sinne Alfred Dreggers, die Deutschen dürften sich „durch die Betrachtung ihrer Geschichte nicht lähmen lassen".

1.10 | Schlussstrichdenken hat gesiegt

Alles nur Einzelmeinungen? Alles nur Einzelfälle? Ja, alles nur Einzelfälle, aber sie ergeben wie Mosaiksteinchen ein Gesamtbild, das nachdenklich stimmt. Die nach der deutschen Vereinigung erhobene Forderung von Jürgen Habermas, die „klammheimlichen Fantasien von der neu-alten europäischen Großmacht Deutschland" sollten endlich öffentlich diskutiert werden (Frankfurter Rundschau 12.06.1993), wird heute nur noch milde belächelt. Niemand in der SPD stört sich auch nur im geringsten an der Aussage Rudolf Scharpings, er halte es für ein „konservatives Symbol", wenn gefordert werde, die Deutschen müssten endlich, wie alle anderen auch, überall auf der Welt militärisch intervenieren können. „Das wollen wir nicht mitmachen." (Frankfurter Rundschau 09.10.1993)

Entgegen allen Beteuerungen, dass es einen Schlussstrich unter die Vergangenheit niemals geben werde, dominiert das Schlussstrichdenken längst die politische Wirklichkeit. Den Weg dahin haben die westlichen Alliierten geebnet. Sie brauchten die Deutschen, die eben noch für Hitler geschwärmt hatten, als Verbündete im Kampf gegen den ehemaligen Kriegsverbündeten im Osten, begnadigten vorzeitig verurteilte Naziverbrecher und ließen die ursprünglich für notwendig gehaltene Entnazifizierung zur Farce verkommen. Andere drückten beide Augen zu, zahlten die Deutschen doch am meisten in die gemeinsame europäische Kasse und entlasteten damit die Haushalte der Nachbarn.

Die offiziellen Gedenkrituale, die den Opfern der Nazi-Tyrannei gewidmet sind, den deutschen Widerstand gegen Hitler wegen des hohen Anteils der Kommunisten aber ausklammern, haben mit der politischen Wirklichkeit nichts zu tun. Der Welt wird nach dem deutschen Wirtschaftswunder ein deutsches Vergangenheitsbewältigungswunder präsentiert, stünden da nicht die prophetischen Worte des Auschwitz-Überlebenden Primo Levi im Raum: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen. Darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben." Mit dem Auschwitz-Prozess wollte Fritz Bauer dem Vergessen einen Riegel vorschieben. Wenige Wochen nach Beginn der Hauptverhandlung mahnte er: „Nichts gehört der Vergangenheit an, alles ist noch Gegenwart und kann wieder Zukunft werden. Nichts ist, wie man zu sagen pflegt, bewältigt, mag auch die Öffentlichkeit sich gerne in dem Glauben wiegen, dass ihr zu tun fast nichts mehr übrig bleibe."

Für Alfred Dregger war das „törichtes Gerede" (zitiert bei Wojak 2009: 447). Wer sich all das bewusst macht, für den klingt die Beteuerung des Bundespräsidenten Joachim Gauck, „Wir werden nicht zulassen, dass das Wissen um die besondere historische Verantwortung Deutschlands verblasst", ziemlich hohl. Zur historischen Verantwortung Deutschlands hätte es gehört, sich bei der Etablierung eines demokratischen Rechtsstaates nicht mit denen gemein zu machen, die einst nur Hohn und Spott für ihn hatten. Keiner hat die Folgen dieser Fehlentscheidung schmerzlicher zu spüren bekommen, als Fritz Bauer, der zu Lebzeiten als Nestbeschmutzer verleumdet und nach seinem Tod ganz schnell dem Vergessen anheim gegeben wurde. Sein Wirken als politischer Mensch habe ich am 19.12.1993 in einem Essay für Radio Bremen nachgezeichnet.

2 | Einem Nestbeschmutzer zum Gedenken[3]

Obwohl der am 30. Juni 1968 verstorbene hessische Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer als Initiator des Auschwitz-Prozesses zu den herausragenden Persönlichkeiten der deutschen Nachkriegsgeschichte gehört, lassen sich Daten

über sein Leben nicht ohne weiteres finden. Nachschlagewerke wie das Neue Taschenlexikon des Bertelsmann-Verlages, das Kleine Lexikon der Deutschen Büchergilde, die Chronik des 20. Jahrhunderts oder das Duden-Lexikon halten zwar den oberbayerischen Erzähler Josef Martin Bauer und den Erfinder des ersten Unterseebootes Wilhelm Sebastian Valentin Bauer für erwähnenswert, nicht aber den ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer.

Woran mag das liegen? Dass Fritz Bauer das Jahrhundertverfahren gegen Verantwortliche des Massenmordes von Auschwitz in Gang gesetzt hat, kann schwerlich der Grund dafür sein. Ganz im Gegenteil – das allein müsste ihm einen Platz in den Geschichtsbüchern sichern. Nein, die Ursachen liegen woanders, nämlich im politischen Wirken dieses ungewöhnlichen Mannes, der ungeachtet seiner hohen Stellung im Staatsdienst immer dann seine Stimme erhob, wenn er die Bürgerrechte durch ausufernde staatliche Macht in Gefahr sah. Davon soll hier die Rede sein und von der Art und Weise, in der dieser leidenschaftliche Demokrat und unbequeme Mahner mundtot gemacht werden sollte.

Fritz Bauer, der mit 65 Jahren in seiner Wohnung tot aufgefunden wurde, hat Freunden gegenüber kein Hehl daraus gemacht, wie tief ihn manche Verleumdung getroffen hat, wie verzweifelt er deswegen oft war und wie einsam er sich fühlte. Die Verfolgungen während der Nazizeit hatten ihn verletzbar gemacht. Der begabte Jurist war gleich nach der Machtübernahme durch Hitler aus dem Amt gejagt und in ein Konzentrationslager (KZ) gesperrt worden. Nach Ansicht der neuen Herren hatte der jüngste Amtsrichter Deutschlands einen doppelten Makel – er war Sozialdemokrat und Jude obendrein. Bauer wurde zunächst in dem KZ auf dem schwäbischen Heuberg und anschließend bis Ende 1933 in der Ulmer Strafanstalt gefangen gehalten. Um weiterer Verfolgung zu entgehen, floh er 1936 aus Deutschland zunächst nach Dänemark und später nach Schweden, wo ihm Asyl gewährte wurde.

Nachdem 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet worden war, kehrte der Vertriebene in die Heimat zurück. Rasch machte er sich einen Namen als Vorkämpfer für eine Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs. Seinen ersten größeren Konflikt handelte Fritz Bauer sich 1960 als hessischer Generalstaatsanwalt ein, als er ein strafrechtliches Vorermittlungsverfahren gegen den Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Vertrauten Konrad Adenauers, Dr. Hans Globke, einleitete. Dessen frühere Tätigkeit als Spezialist für Judenfragen im Nazi-Reichsinnenministerium war während des Prozesses der Israelis gegen den Beauftragten für die „Endlösung der Judenfrage", Adolf Eichmann, wieder einmal ins Blickfeld gerückt.

Ohne auf Globkes eventuelle Mitschuld an der Judenverfolgung einzugehen – immerhin war er Mitverfasser des offiziellen juristischen Kommentars zur Umsetzung der Rassegesetze in die Praxis –, warfen die Kritiker dem Generalstaatsanwalt Amtsmissbrauch und Politisierung der Justiz vor. Als ob das nicht reichte, verdächtigten sie ihn obendrein der Komplizenschaft mit den Kommunisten. Wie es denn zu erklären sei, fragten sie öffentlich, dass die Presse der Ostzone das Aktenzeichen des Globke-Verfahrens eher gekannt habe als die Zeitungen der Bundesrepublik; offensichtlich gebe es da Querverbindungen.

2.1 | Vom Recht auf Widerstand

In die Nähe der Kommunisten gerückt zu werden, war schon für einen normal Sterblichen existenzbedrohend, geschweige denn für einen Mann in exponierter Position. Ein amtierender Generalstaatsanwalt im Bunde mit dem politischen Erzfeind hinter dem Eisernen Vorhang – für die meisten ein unerträglicher Gedanke. Doch nichts an dem schäbigen Verdacht stimmte. In Wirklichkeit war das Aktenzeichen des Verfahrens nicht von der DDR-Presse erstmals veröffentlicht worden, sondern vier Monate davor vom SPD-nahen *Hamburger Echo*. Aber die Schmutzwerfer

hatten ihr Ziel erreicht. Fritz Bauer war stigmatisiert. Hans Globke, der einstige Spezialist für Judenfragen im NS-Staat, behielt, ungeachtet des weltweiten Entsetzens über den Massenmord an den Juden, seinen Bonner Posten bis zum Erreichen des Pensionsalters. Er verließ das Kanzleramt 1963 zusammen mit seinem Mentor Konrad Adenauer.

Für Fritz Bauer bestand eine der Lehren aus dem Untergang der Weimarer Republik in der Erkenntnis, dass eine demokratische Ordnung nur dann auf sicherem Grund steht, wenn die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Macht des Staates gestärkt würden. So erklärt sich, dass er scharfe Kritik an der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur Frage des Rechts auf passiven Widerstand gegen staatliches Unrecht übte. Nach seiner Meinung hatten verschiedene Senate des Bundesgerichtshofs in Urteilen zur Wehrdienstverweigerung das Recht auf passiven Widerstand unangemessen eingeschränkt. Der Generalstaatsanwalt machte deutlich, dass nach seiner Ansicht jeder das Recht zu solchem Widerstand gegen staatliches Unrecht besitze. Öffentlich verkündete er, in Deutschland müsse man lernen, nein zu sagen, wenn Verbrechen befohlen würden. Das Funktionieren der Demokratie hänge auch davon ab, dass falschem Gehorsam und missverstandener Loyalität ein Ende bereitet werde.

Bauers Kritik entzündete sich insbesondere an einer Entscheidung aus dem Jahr 1961, die großes Aufsehen erregte. Der Bundesgerichtshof hatte die Entschädigungsansprüche eines Wehrdienstverweigerers aus der NS-Zeit mit der Begründung zurückgewiesen, der Widerstand des Mannes sei eine Einzelaktion gewesen, die an den Verhältnissen nichts habe ändern können. Widerstand gegen eine Unrechtsherrschaft gelte nur dann als rechtmäßig, „wenn die Widerstandshandlung (...) als ein sinnvoller Versuch gewertet werden kann, den bestehenden Unrechtszustand zu beseitigen". Das verneinte das Gericht im vorliegenden Fall. Dreißig Jahre dauerte es, bis ein anderes höchstes Gericht Wehrdienstverweigerung und Desertion unter Hitler als rechtmäßigen Widerstand gegen einen Unrechtsstaat anerkannte. Gestützt auf eine entsprechende Entscheidung des Bundessozialgerichts konnten von da an die Opfer der Nazi-Militärjustiz endlich mit Aussicht auf Erfolg eine Entschädigung beantragen.

Keiner wusste besser als Fritz Bauer, wie schwer gerade in Deutschland Verständnis für Auflehnung gegen die Obrigkeit zu wecken ist. Vor der Kirchlichen Bruderschaft in Hessen und Nassau klagte er Anfang der sechziger Jahre: „Das öffentliche Klima ist jedem Widerstand abhold." Immer gebe es zu wenig Menschen, die gegen den Strom schwimmen. Aber er machte auch Mut, indem er das demokratische Bewusstsein zu stärken versuchte. Normales Instrument des Widerstandes seien „eine unerschrockene öffentliche Meinung und eine wache Opposition". Demokratie lade zu permanentem Widerstand ein und fordere die kämpferische Auseinandersetzung über die ihr eingelagerten Gegensätze in allen Bereichen des menschlichen Lebens. Der glänzende Rhetoriker schlug seine Zuhörer landauf und landab in seinen Bann. Dass er mit seinen Vorträgen Widerspruch provozierte, nahm er als selbstverständlich in Kauf. Nichts war ihm so verhasst wie unpolitisches Spießertum und kritiklose kleinbürgerliche Loyalität. Immer wieder warnte er vor blinder Staatsgläubigkeit, weil sie nach seiner Überzeugung zur Abstumpfung des Rechtsgefühls führe. Abzulehnen sei eine Ordnung, „die den Menschen des freien Entschlusses in eigener Verantwortung entwöhne".

2.2 | Das „schlechte Vorbild" Fritz Bauer

Ein Mann mit dieser Grundüberzeugung konnte natürlich nicht schweigen, als die Bundesregierung mit Plänen für eine Notstandsverfassung an die Öffentlichkeit trat. In der mehrjährigen öffentlichen Debatte stand der hessische Generalstaatsanwalt auf der Seite derer, die zusätzliche Vollmachten für den Polizeiapparat ablehnten. Er befürchtete „praktisch unlimitierte Einschränkungen einer

Reihe von Menschenrechten „ für den Fall, dass die Entwürfe der Regierung in der vorliegenden Form angenommen würden."

Von solchen Befürchtungen wollten die Befürworter der Notstandspläne nichts hören, erst recht nicht von jemandem, der als oberster Ankläger eines Bundeslandes die Staatsgewalt verkörperte. Bauers Kritiker lagen seinen Dienstvorgesetzten mit der Klage in den Ohren, der hessische Generalstaatsanwalt gebe mit seinen „ständigen Stellungnahmen zu aktuellen Problemen" ein schlechtes Vorbild. Verantwortungslosigkeit warfen sie ihm vor und die Gefährdung des Vertrauens der Bürger in den demokratischen Rechtsstaat. Auch Bauer werde am Ende die Notstandsgesetze peinlich genau befolgen müssen, wenn der Bundestag sie erst einmal verabschiedet habe. Das geschah dann 1968, im Todesjahr Bauers, während der Zeit der Großen Koalition, also unter Mitwirkung seiner eigenen Partei.

Die fortgesetzten Angriffe auf den hessischen Generalstaatsanwalt hatten zur Folge, dass sein Ansehen bei politisch interessierten jungen Menschen wuchs. Fritz Bauers weißer, etwas widerspenstiger Haarschopf und die feste Stimme mit ihrem schwäbischen Akzent erweckten Ehrfurcht und Respekt. Etwas Charismatisches ging von der gedrungenen Gestalt aus, wo immer sie hinter einem Rednerpult auftauchte. So nahm es nicht wunder, dass der Landesjugendring von Rheinland-Pfalz den ehemaligen KZ-Häftling einlud, im Oktober 1960 auf einer Arbeitstagung zum Thema Rechtsradikalismus zu sprechen. Bauers Referat über „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns" fand so viel Zustimmung, dass die Veranstalter den Text drucken ließen, um ihn einem größeren jugendlichen Publikum zugänglich zu machen.

Damit war der Kultusminister von Rheinland-Pfalz, Eduard Orth, überhaupt nicht einverstanden. Er verbot die Verteilung der Broschüre mit den Ausführungen des hessischen Generalstaatsanwalts für sämtliche höheren und berufsbildenden Schulen seines Bundeslandes. Zur Begründung erklärte der CDU-Politiker, ihr Inhalt sei „sachlich fragwürdig und von einseitiger Betrachtungsweise geprägt". Die SPD-Opposition im Mainzer Landtag nannte das Vorgehen des Ministers einen Akt geistiger Bevormundung. Sie verlangte eine Parlamentsdebatte über den Vorgang, aber das Verbot blieb bestehen. Die Jugendorganisationen – mit Ausnahme der katholischen Jugend – wollten die Sache jedoch nicht auf sich beruhen lassen. Sie forderten den Kultusminister auf, seine Haltung in einem Streitgespräch mit Fritz Bauer zu erläutern. Dazu war Eduard Orth aber nicht bereit.

Auf einer außerordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Anfang Oktober 1962 in Bad Kreuznach rechtfertigte an Stelle des Ministers ein junger Landtagsabgeordneter der CDU das Verbot. Nassforsch belehrte er den in KZ-Haft und Emigration ergrauten Generalstaatsanwalt, der zeitliche Abstand zum so genannten Dritten Reich sei noch viel zu kurz, um ein abschließendes Urteil über den Nationalsozialismus fällen zu können. Der dies sagte, war kein anderer als der spätere Bundeskanzler Helmut Kohl.

2.3 | Der Sündenbock-Mechanismus

Ungeachtet aller Proteste blieb dem von den Nazis verfolgten Antifaschisten Fritz Bauer der Zugang zu den rheinland-pfälzischen Gymnasien verwehrt. Dagegen durfte wenig später Hitlers Großadmiral Karl Dönitz nach der Entlassung aus Kriegsverbrecherhaft vor den Schülerinnen und Schülern eines Gymnasiums im schleswig-holsteinischen Geesthacht mit Einverständnis des zuständigen Kultusministers Osterloh von der CDU seine Sicht der Dinge ungehindert ausbreiten. Später beklagten dann Leute aus derselben politischen Ecke, die diesen und andere ähnliche Skandale zu verantworten hat, das Wiederaufleben nazistischer und rassistischer Gewalt. Ich war als Journalist damals dabei in Bad Kreuznach und sehe die Akteure des hitzigen Disputs im düsteren Saal des Bootshauses an der alten Nahe-Brücke noch deutlich vor mir.

Wenn ich in der inzwischen vergilbten Broschüre blättere, die angehende Abiturientinnen und Abiturienten nicht lesen sollten, finde ich nichts, was nicht auch nach Jahrzehnten noch gültig ist. Im Gegenteil – Bauers Warnungen vor einem Rückfall in frühere Denkweisen und seine Analyse des Abgleitens der Weimarer Republik in den gewalttätigen Rechtsextremismus der Nationalsozialisten sind aktueller denn je. „Statt einer ‚Bewältigung der Vergangenheit', die auch damals notwendig war und die einen harten Willen zur Wahrheit erforderte, zog man den Betrug und Selbstbetrug eines angeblichen Dolchstoßes vor und suchte krampfhaft nach Sündenböcken. Man fand sie bald in ‚Marxisten', bald in Juden (...). Jeder Sündenbockmechanismus erwächst aus Charakterschwäche; er ist ein infantiler Zug und alles andere als eine männliche Reaktion. Je schwächer die Leute sind und je mehr sie von Minderwertigkeitskomplexen geplagt werden, desto mehr rufen sie nach Härte und desto gewalttätiger und brutaler treten sie auf, um ihr eigenes Ungenügen und das Fiasko ihres Daseins zu verbergen. Die Kraftmeierei des Nazismus, sein Geschrei, seine Demonstrationen, seine Verbrechen, waren die Maske von neidischen Schwächlingen."

Der Sündenbockmechanismus, von dem Fritz Bauer vor fast einem halben Jahrhundert sprach, gehört keineswegs der Vergangenheit an. Er ist nicht nur bei den Glatzköpfen zu beobachten, die in pseudonazistischer Kostümierung „Deutschland den Deutschen" brüllen und gelegentlich Brandsätze gegen Ausländerwohnungen schleudern, sondern auch bei jenen Leuten, die das miese Treiben klammheimlich beklatschen, ganz zu schweigen von jenen Politikern, die mit dem affektbeladenen Wort „Asylmissbrauch" ihr eigenes Unvermögen vertuschen, die verheerenden Folgen der dritten industriellen Revolution mit ihrer millionenfachen Existenzvernichtung auch nur halbwegs zu bannen.

Schwer zu schaffen machte dem hessischen Generalstaatsanwalt der latente Antisemitismus in Deutschland, der sich Ende der fünfziger Jahre wieder einmal in einer Welle antijüdischer Ausschreitungen entlud. Als dann auch noch eine Umfrage unter Hamburger Bürgerinnen und Bürgern bekannt wurde, bei der jeder Zweite die Frage verneint hatte, ob ein Jude Minister in Bonn oder General der Bundeswehr werden könnte, ließ Fritz Bauer seinem Kummer freien Lauf. Die Gelegenheit bot sich ihm Anfang 1963 in einem Interview der dänischen Zeitung *B.T.*, der Boulevardausgabe des angesehenen Kopenhagener Blattes *Berlingske Tidende*.

Die Nachrichtenagentur UPI verbreitete darüber am 27. Februar 1963 eine Meldung, die tags darauf in allen Zeitungen stand. Bauer wurde darin mit den Worten zitiert, die deutsche Jugend könne liberale und demokratische Standpunkte im eigenen Land immer noch nicht finden. Auf die Frage, ob er damit andeuten wolle, dass Hitler heute leichtes Spiel mit dem deutschen Volk hätte, antwortete er nach dieser Darstellung: „Ich glaube nicht, dass die junge deutsche Demokratie stark genug wäre, ihn abzuweisen." Über die Haltung der Deutschen gegenüber den Juden sagte er: „Der beherrschende Einfluss der Juden im Geschäfts- und Kulturleben ist gebrochen. Aber der Hass ist noch der gleiche."

2.4 | CDU fordert Bauers Entlassung

Ein empörter Aufschrei der etablierten Politik war die Folge. Als erster richtete der Sprecher des SPD-Vorstandes, Franz Barsig, einen heftigen Angriff auf den Parteifreund. Die Bundesregierung ihrerseits bezeichnete Bauers Äußerungen als Entstellungen, die sie entschieden zurückweise. Der FDP-Politiker Willy Weyer erklärte, mit seinen Diffamierungen schade Fritz Bauer auf ungeheure Weise dem deutschen Ansehen im Ausland. Von Würdelosigkeit war die Rede und – schlimmer noch – sogar davon, der hessische Generalstaatsanwalt sei anscheinend Kommunist. Nicht alle ließen sich von dem Geschrei mitreißen. Im hessischen Landtag fand ein Antrag der CDU auf Suspendierung Fritz Bauers keine Mehrheit.

Eine unabhängige Zeitung schrieb, wenn das Ansehen Deutschlands überhaupt Schaden gelitten habe, so nicht durch vielleicht überspitzte Formulierungen Bauers, sondern durch die heftige Reaktion so vieler, die selbst im Glashaus säßen. Dass manche in dem Interview eine willkommene Gelegenheit erblickten, den unangepassten Juristen aus seinem Amte zu vertreiben, wurde bald deutlich. Als nämlich der Historiker Golo Mann den Faden mit der Bemerkung weiterspann, „Wo Auschwitz möglich war, ist alles wieder möglich", brach kein Sturm der Entrüstung los. Und als der Schriftsteller Wolfgang Hildesheimer äußerte, zwei Drittel aller Deutschen seien Antisemiten, sie seien es immer gewesen und würden es immer bleiben, fiel niemand über ihn her.

Anfang der sechziger Jahre wurde Fritz Bauer als Ignorant beschimpft, weil er Zweifel an der demokratischen Stabilität der Bundesrepublik hatte – dreißig Jahre später sah der Verfassungsschutz die innere Sicherheit durch eine „neue Dimension" rechtsextremistischer Gewalt „dramatisch gefährdet". Weil Fritz Bauer besorgt war wegen fortdauernder Sympathien für Hitler, wurde er als „Nestbeschmutzer" geächtet; doch 1993 ergaben zwei Umfragen, dass mehr als die Hälfte der Amerikaner und mehr als die Hälfte der Briten eine Wiederkehr des Nationalsozialismus in Deutschland befürchteten. Dreißig Jahre nach Bauers Wort vom gleich gebliebenen Hass gegen die Juden wurden dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, die antisemitischen Schmutzbriefe nach eigenem Bekunden nicht mehr anonym zugesandt, sondern mit vollem Absender, und Helmut Kohl benannte einen Mann als Kandidaten



Kurt Nelhiebel (Mitte) 1943 während der NS-Zeit (Copyright Kurt Nelhiebel)

der CDU für das Amt des Bundespräsidenten, der mit seinen Äußerungen über die NS-Vergangenheit – wie Bubis sich ausdrückte – den latenten Antisemitismus in Deutschland wieder salonfähig gemacht habe.

Kein Zweifel – Fritz Bauer hat vieles schärfer gesehen als andere. Was er heute zu Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass sagen würde, hat er 1961 vor der Kirchlichen Bruderschaft in Hessen und Nassau formuliert. Das Grundgesetz verlange Nächstenliebe, erklärte er damals. Es gebiete nicht mehr und nicht weniger, als alle menschenwürdig zu behandeln, ohne Rücksicht auf Glauben oder Unglauben, auf Abstammung, Herkunft und Stand. Zu Lebzeiten ist der von den Nazis verfolgte leidenschaftliche Demokrat mit seinen Ansichten bei vielen auf Unverständnis und Ablehnung gestoßen. Inzwischen verleiht die Humanistische Union, zu deren Mitbegründern er zählte, einen „Fritz-Bauer-Preis", und das Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocausts in Frankfurt am Main trägt den Namen Fritz Bauer Institut. Ein erster Schritt zur Rehabilitierung des unbequemen Mahners, dessen Geburtstag sich am 16. Juli 2003 zum 100. Male jährt, ist damit getan, aber es klaffen noch immer große Lücken in der Würdigung dieses ungewöhnlichen Lebens.

In der „Chronik des 20. Jahrhunderts" wird die Frankfurter Eiskunstläuferin Marika Kilius fünfmal erwähnt, der Initiator des Frankfurter Auschwitz-Prozesses hingegen kein einziges Mal. Und natürlich wurde Dr. Fritz Bauer zeitlebens einer staatlichen Ehrung nicht für würdig befunden, ganz im Gegensatz beispielsweise zu seinem Kontrahenten Dr. Eduard Orth. Der bekam das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband als Kulturminister von Rheinland-Pfalz ausgerechnet in jenem Jahr, da auf seine Weisung hin die Gymnasiasten des Landes Bauers Schrift über die Ursachen des Nationalsozialismus im Unterricht nicht zu Gesicht bekommen durften. Zur selben Zeit war an den Oberstufen der höheren Lehranstalten ein Geschichtsbuch zugelassen, in dem die Judenvernichtung unter Hitler mit ganzen sieben Zeilen abgetan wird. (Soweit dieser Rundfunkbeitrag aus dem Jahr 1993, der zehn Jahre später Eingang in mein Buch über den Auschwitz-Prozess „Asche auf vereisten Wegen" gefunden hat.)

3 | Untaugliche Versuche, eine historische Gestalt zu demontieren[4]

Im Vorwort einer Biografie über den 1968 verstorbenen hessischen Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer würdigt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, den Initiator des Auschwitz-Prozesses 2013 mit den Worten: „Der Demokrat und Patriot Fritz Bauer hat an der deutschen Geschichte mitgeschrieben und sie zum Guten hin beeinflusst. Es sollte uns ein gemeinsames Anliegen sein, die Erinnerung an sein Leben festzuhalten und sein Verdienst in würdigem Andenken zu bewahren." Im selben Jahr schreibt der Leiter des Archivs und der Dokumentation des Fritz Bauer Instituts, Werner Renz, ein Vorwort zur Neuauflage eines Buches über den Auschwitz-Prozess, in dem Fritz Bauer nicht vorkommt. Wie soll man sich das erklären? Natürlich ist es jedermanns gutes Recht, sich über eine Person der Zeitgeschichte zu äußern oder auch nicht. Aber bei jemandem, der in einem wissenschaftlichen Institut arbeitet, das nach Fritz Bauer benannt ist, fragt man sich schon, ob er vielleicht ein Problem hat mit dem Namensgeber. Ich will versuchen, am Beispiel einiger Aufsätze von Werner Renz darauf eine Antwort zu finden.

2005 erscheint ein Artikel von Renz mit der Überschrift „40 Jahre Auschwitz-Urteil – Täterexkulpation und Opfergedenken" (Renz 2005). Darin schreibt er unter anderem, wenn man den Ausgang des Verfahrens betrachte und Sinn und Zweck staatlichen Strafens in NS-Prozessen überhaupt erörtere, falle das Fazit nicht gerade positiv aus. Er fragt, ob es in der bundesrepublikanischen Gesellschaft hinsichtlich der NS-Täter überhaupt ein Strafbedürfnis gegeben habe, und ob der

Rechtsfriede und die Rechtsordnung ohne die Bestrafung der „Handlanger" gefährdet gewesen wären. Auf diese Fragen, so Renz, könne es nur ein klares Nein geben. Hafte dem Auschwitz-Prozess nicht ein Gerechtigkeitsdefizit an, fragt er weiter, wenn man sich vergegenwärtige, dass die Schreibtischtäter vielfach nicht belangt worden seien? Gewiss hätten einige der Angeklagten, „Führer, Volk und Vaterland in Treue ergeben", den Vernichtungsprozess bedient. Aber die Auschwitz-Täter hätten auf der letzten Stufe des Geschehens gestanden. Als Bürger der Bundesrepublik hätten sie sich später untadelig verhalten, und die Gefahr des Rückfalls in staatlich befohlenes kriminelles Verhalten habe bei ihnen ebenso wenig bestanden wie der Verdacht mangelnder Rechtstreue gegenüber dem demokratischen Staat.

So massiv wie in diesem Artikel sind die Verfahren gegen NS-Täter und der Auschwitz-Prozess im Besonderen selten in Frage gestellt worden. Schlimmer als das in diesem Artikel geschieht, kann man die Gegner des NS-Regimes und die Hinterbliebenen der Opfer des Holocausts nach meinem Empfinden nicht vor den Kopf stoßen. Die Art und Weise, in der Werner Renz sich über die Angeklagten im Auschwitz-Prozess äußert, erinnert mich an manche Auftritte der Verteidiger während der Hauptverhandlung, über die ich als Journalist für eine jüdische Zeitung in Wien berichtete habe. Täterexkulpation bedeutet im strafrechtlichen Sinne die Aufhebung der Schuldfähigkeit eines Täters. Meint Renz wirklich, die Angeklagten hätten sich die ihnen vorgeworfenen Taten nicht zurechnen lassen müssen?

Desavouiert er damit nicht Fritz Bauer? Er arbeitet doch im Fritz Bauer Institut, das sich dem geistigen und politischen Erbe seines Namensgebers verpflichtet fühlt. Laut Satzung des Fördervereins Fritz Bauer Institut e.V. soll das Institut die Erinnerung an Leben, Werk und Wirken des ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer im öffentlichen Leben wach halten und fördern. Wie verträgt sich das miteinander?

3.1 | Zweifel am Sinn des Auschwitz-Prozesses

Im Jahr 2009 nimmt Werner Renz Äußerungen des Historikers Heinz Boberach über ein Gespräch mit Fritz Bauer zum Anlass für „Überlegungen zur einer skeptischen Bilanz Fritz Bauers" (Renz 2009). Boberach zufolge soll Bauer kurz vor seinem Tod gesagt haben, es sei vielleicht falsch gewesen, dass er den Historikern mit dem Auschwitz-Prozess habe Arbeit abnehmen und das ganze Ausmaß der Verbrechen habe dokumentieren wollen, ihn dadurch aber verlängert und mehr Zeugen an ihre Leiden erinnert habe, als nötig gewesen sei; es hätte genügen können, die Schuld der Angeklagten nur in einigen hundert oder tausend Fällen nachzuweisen, um sie zur Höchststrafe zu verurteilen. Dazu bemerkt Renz, die von Bauer angesprochenen „negativen Folgen des Auschwitz-Prozesses" ließen sich unterschiedlich betrachten. Für den Strafrechts- und Strafvollzugsreformer Bauer sei es gewiss nicht akzeptabel gewesen, dass Beschuldigte bzw. Angeklagte mehr als fünf Jahre in Untersuchungshaft gesessen hatten, bis endlich der Prozess begonnen habe. Ein weiterer wichtiger Aspekt bestehe darin, dass sich Zeugen in der Hauptverhandlung anders erinnert hätten, als im Rahmen des Vorverfahrens. Ob der Auschwitz-Prozess, wie Bauer emphatisch erhofft habe, den Deutschen „die historische Wahrheit kund und zu wissen" gegeben habe, sei ungewiss. Gleichfalls strittig sei, ob das Strafverfahren den Bürgern der Bundesrepublik Lehren erteilt habe. Bauers aufklärerischer Impetus, sein aus Humanismus, aus seinem Menschenglauben geschöpfter volkspädagogischer Ansatz, hätten ihn das leidenschaftlich hoffen lassen. Man sei freilich geneigt, die Sache nüchterner zu betrachten.

Was heißt das? Will Renz damit in Abrede stellen, dass der Auschwitz-Prozess erstmals das ganze Ausmaß des Verbrechens am jüdischen Volk deutlich gemacht und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der NS-Ver-

gangenheit bewirkt hat? Mit dieser Ansicht stünde er ziemlich allein. Oder will er nur Fritz Bauers Anteil an der zeitgeschichtlichen Wende schmälern? Hält es Renz wirklich für eine „negative Folge" des Auschwitz-Prozesses, dass einer der Hauptangeklagten, der brutale Gestaposcherge Wilhelm Boger, bei Prozessbeginn seit fünf Jahren in Untersuchungshaft saß? Woher weiß er, dass das für den Reformer Fritz Bauer nicht akzeptabel gewesen sein dürfte? Abgesehen davon – Selbstzweifel sind kein negatives Charaktermerkmal. Dass Fritz Bauer sich gelegentlich gefragt hat, ob alles richtig gewesen sei, was er unternommen habe, zeugt von seiner Ehrlichkeit sich selbst gegenüber. Das als „begründete Selbstkritik" auszugeben, steht niemandem zu.

3.2 | Film über Fritz Bauer ein „medialer Missgriff"?

Im Jahr 2010 veröffentlicht Renz eine Stellungnahme zu dem Film von Ilona Ziok, *Fritz Bauer – Tod auf Raten*, der von der Deutschen Film- und Medienbewertung mit dem Prädikat „besonders wertvoll" ausgezeichnet worden ist (Renz 2010). Mit dem Film selbst hält er sich nicht lange auf. Er beschäftigt sich hauptsächlich mit Äußerungen von Zeitzeugen, die seiner Meinung nach einer Überprüfung nicht standhalten. Insbesondere reibt er sich daran, dass der Ministerialdirigent Eduard Dreher vom Bundesjustizministerium als Drahtzieher einer Amnestie durch die Hintertür für NS-Täter bezeichnet wird. Dreher hat bei der im Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten untergebrachten Novellierung des § 50 Abs. 2 StGB eine wichtige Rolle gespielt. Die 1968 vom Bundestag einstimmig beschlossene Änderung sollte hauptsächlich Verkehrssündern zugutekommen, entpuppte sich aber, wie der Rechtswissenschaftler Michael Greve schreibt, auch „als Wohltat für zahlreiche NS-Gewaltverbrecher" und als eine der gravierendsten gesetzgeberischen Fehlleistungen in der Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht (Greve 2000: 412ff.). Renz hingegen meint, in der Forschung sei durchaus offen, ob es sich um eine Panne oder um „Drahtzieherei" handelt. Was in dem Film als unbestrittene Erkenntnis verkündet werde, ist Renz zufolge „eine mögliche Auffassung – nicht mehr".

Die abschätzige Bemerkung steht auf wackligen Füßen. Das Echo auf den Fehltritt des Bundestages war überwiegend negativ und ist immer noch nicht verhallt. 2013 bezeichnete Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) die Neufassung des § 50 Abs. 2 des Strafgesetzbuches als „großen Rückschritt", gemessen an dem Durchbruch in der strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit durch die Auschwitz-Prozesse, die untrennbar mit der Persönlichkeit von Fritz Bauer verbundenen seien. Das unter Beteiligung des NS-Juristen Eduard Dreher zu Stande gekommene Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten habe, so Maas, schlagartig viele NS-Taten verjähren lassen. Renz hat seinen Lesern nicht gesagt, dass es sich bei Dreher um einen ehemaligen Diener des nationalsozialistischen Unrechtsstaates handelt, der als Erster Staatsanwalt am NS-Sondergericht in Innsbruck mehrmals wegen geringfügiger Delikte die Todesstrafe beantragt haben soll. Die von Renz beanstandete Äußerung, Dreher sei der Drahtzieher einer Amnestie durch die Hintertür für NS-Täter gewesen, findet sich 2011 fast wortgleich in einem Aufsatz der Rechtswissenschaftlerin Prof. Dr. Monika Frommel wieder. Sie schreibt mit Blick auf das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten: „Unverdächtiger konnte die kalte Amnestie für NS-Täter nicht verpackt werden." (Frommel 2011)

3.3 | Störender „Mythos Fritz Bauer"

2011 veröffentlicht Werner Renz „Anmerkungen zur Entmythologisierung eines NSG-Verfahrens" (Renz 2011: 349ff.). Gemeint ist der Auschwitz-Prozess. Die Abkürzung steht für nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Renz leitet diesen Artikel wie folgt ein: „Zum

100. Geburtstag Fritz Bauers meldeten sich Verehrer und Kritiker zu Wort. Der Journalist und Jurist Heribert Prantl meinte in der ‚Süddeutschen Zeitung' ehrerbietig, Bauer habe den Gerichtssaal ‚zum Klassenzimmer der Nation' gemacht; der Jurist und Rechtsphilosoph Gerd Roelleke hielt in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* dem hessischen Generalstaatsanwalt vor, ‚Volksaufklärung durch Strafrechtstheater' betrieben zu haben. Inwiefern beide Autoren Bauers Intentionen angemessen darstellen, sollen die folgenden Ausführungen zeigen." Wer sich in kritischer Absicht mit dem Auschwitz-Prozess befasse, schreibt Renz, der habe es auch mit Mythen zu tun, die den sachlichen und nüchternen Blick auf das Verfahren verstellten. Da sei zum einen der Mythos Fritz Bauer und zum anderen der Mythos der volkspädagogischen Aufklärung durch NS-Prozesse. Aus Unkenntnis sei oft von konzeptioneller Planung und Vorbereitung des Auschwitz-Prozesses die Rede, wo es schlicht um die Durchführung eines Strafverfahrens nach Recht und Gesetz gehe.

Als politischer Beamter habe Bauer seine Behörde mit großer Konsequenz zu einem „vergangenheitspolitischen Instrument" gemacht und gegen den Widerstand der Frankfurter Staatsanwaltschaft durchgesetzt, dass ihr der Bundesgerichtshof die Verfolgung von Auschwitz-Tätern übertrug. Für die Unwilligkeit der Anklagebehörde gab es nach Meinung von Renz gute Gründe. Der Verbrechenskomplex Auschwitz sei bei der zentralen Ermittlungsstelle in Ludwigsburg in guten staatsanwaltschaftlichen Händen gewesen. Die wiederholt zu lesende Feststellung, ohne Bauer hätte es den Auschwitz-Prozess nicht gegeben, sei „demnach ins sachgerechte Licht zu rücken". Renz lobt im weiteren Verlauf den Untersuchungsrichter Dr. Heinz Düx, der sich mit großer Tatkraft die von Bauer angestrebte Ahndung der NS-Verbrechen zu Eigen gemacht und auf herausragende Weise der Beweissicherung und Beweisermittlung gedient habe. Ob das Verfahren am Ende zu einem Bewusstseinswandel der Deutschen geführt habe, lasse sich nur recht spekulativ beantworten.

Welcher der beiden eingangs von ihm genannten Autoren die Intentionen Fritz Bauers zutreffend dargestellt hat, sagt Renz am Ende nicht. Auch was ihn zu den „Anmerkungen zur Entmythologisierung" des Auschwitz-Prozesses bewogen hat, bleibt den Leserinnen und Lesern verborgen. Seine Wortwahl lässt auch nicht erkennen, ob er eine Entmythologisierung des Prozesses für notwendig hält, oder ob er sich nur zu einem Faktum äußert. Jedenfalls meint er, wer sich in kritischer Absicht mit dem Auschwitz-Prozess befasse, habe es mit Mythen zu tun, die den nüchternen Blick verstellten. Nur – welchen Grund gibt es eigentlich, sich dem Auschwitz-Prozess in kritischer Absicht zu nähern? Wieso verstellt der Mythos Fritz Bauer den sachlichen und nüchternen Blick auf den Auschwitz-Prozess? Empfinden manche die öffentliche Ausstrahlung Fritz Bauers auch 46 Jahre nach seinem Tod immer noch als so störend, dass sie ihn als historische Gestalt vom Sockel stoßen möchten?

Was die Andeutung von Werner Renz betrifft, den Auschwitz-Prozess hätte es auch ohne Fritz Bauer gegeben, da dieser Verbrechenskomplex bei der Ludwigsburger Stelle in guten Händen gewesen sei, so bedarf sie einer Klarstellung. Die zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Ermittlung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Ludwigsburg hat keine Prozesse geführt, sondern lediglich Verbrechenskomplexe zusammengestellt und ihre Ermittlungsergebnisse an die jeweils zuständigen Staatsanwaltschaften weiter geleitet. Im Fall Auschwitz wären die Akten vermutlich nach Stuttgart gegangen, weil einer der Hauptbeschuldigten, Wilhelm Boger, seinen Wohnsitz in der Nähe von Stuttgart hatte. Die Stuttgarter Behörden waren bekannter Maßen wenig geneigt, sich mit Auschwitz zu behängen, und auch die Frankfurter Staatsanwaltschaft nahm sich der Sache erst an, nachdem der hessische Generalstaatsanwalt Bauer beim Bundesgerichtshof eine entsprechende Entscheidung herbeigeführt hatte. Das alles weiß natürlich auch Werner Renz.

3.4 | Was den Untersuchungsrichter Dr. Düx empörte

In einem Aufsatz mit der Überschrift „Fritz Bauer zum Zweck der NS-Prozesse“ erinnert Renz 2012 an Fritz Bauers Buch „Die Kriegsverbrecher vor Gericht“, das dieser im schwedischen Exil verfasst hat. „Durchaus im Stile eines Praeceptor Germaniae“ habe Bauer dort mit Entschiedenheit dargelegt, dass das deutsche Volk „eine Lektion im geltenden Völkerrecht“ brauche. Mit der ihm eigenen Emphase habe der „patriotische Exilant“ gemeint, ein ehrliches deutsches „J’accuse“ würde das eigene Nest nicht beschmutzen, sondern ganz im Gegenteil das Bekenntnis zu einer neuen deutschen Welt sein. Im Gegensatz zu seinen optimistischen öffentlichen Äußerungen als Generalstaatsanwalt habe Bauer die Situation insgeheim jedoch viel pessimistischer betrachtet und bei sich selbst eine intellektuelle, um der Sache willen gleichwohl erkennenden Auges praktizierte „Schizophrenie“ diagnostiziert. Zu Gunsten der NS-Täter werde man annehmen können, dass sie sporadisch ein schlechtes Gewissen und ein Unrechtsbewusstsein gehabt hätten. Nahezu alle seien der Meinung gewesen, dass sie für ihre staatlich angeordnete Beteiligung an rechtswidrigen Taten strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden könnten. Nach der Schilderung von Renz empfanden sie es als „schreiende Ungerechtigkeit“, dass es dann anders kam. Bei aller Notwendigkeit, die Verbrechen zu ahnden, dürfte Bauer ihnen gegenüber nicht frei von Gewissenszweifeln gewesen sein.

Mich erstaunt die Kühnheit, mit der Werner Renz den hessischen Generalstaatsanwalt in diesem Artikel als gespaltene Persönlichkeit charakterisiert und ihm Gewissenszweifel gegenüber Nazi-Verbrechern unterstellt, demselben Fritz Bauer, dem er an anderer Stelle vorhält, er habe NS-Täter unterschiedslos „Kriegsverbrecher“ genannt und ihnen „nicht ohne Rigorosität“, vor Gericht „nur die Rolle eines Mittels zum Zweck“ zugewiesen (Renz 2011: 350). Nicht weniger erstaunlich ist seine Aussage, zugunsten der NS-Täter werde man annehmen können, sie hätten sporadisch ein schlechtes Gewissen und ein Unrechtsbewusstsein gehabt. Im Auschwitz-Prozess war davon nichts zu bemerken. Keiner der Angeklagten hat sich von seinen Untaten distanziert oder ein Wort des Bedauerns für die Opfer gefunden. Alle hatten nur Mitleid mit sich selbst und empfanden es – wie Renz einfühlsam registriert – „als schreiende Ungerechtigkeit“, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Der von Werner Renz lobend erwähnte Untersuchungsrichter Dr. Heinz Düx reagierte auf diesen Artikel mit Erstaunen und außerordentlichem Befremden. Er enthalte seines Erachtens nach Elemente, die als Beginn der Demontage und Desavouierung des Namensgebers des Fritz Bauer Instituts gesehen werden könnten.

3.5 | Fritz Bauers störende andere Rechtsauffassung

Ein Beitrag von Werner Renz für das 2014 erschienene Begleitbuch zu einer Ausstellung über Fritz Bauer in Frankfurt am Main (Renz 2014: 149f.) beginnt mit den Sätzen: „Gemeinhin werden Fritz Bauer und der Frankfurter Auschwitz-Prozess in einem Atemzug genannt. Die ‚Strafsache gegen Mulka u. a.’ vor dem Landgericht Frankfurt am Main, in 20 Monaten und an 183 Verhandlungstagen gegen zuletzt 20 Angeklagte durchgeführt, fand jedoch ohne Bauer statt.“ Später erwähnt Renz in einem Halbsatz Bauers „wichtige Rolle“ in der Vorgeschichte, betont aber nochmals: „In der Hauptverhandlung kommt Bauer nicht vor.“ Dann jedoch spricht er davon, dass es neben der Erstattung zeitgeschichtlicher Gutachten in der Hauptverhandlung einen weiteren Vorgang gegeben habe, der „ganz und gar Bauers Handschrift trug“. Am Ende der Beweisaufnahme habe er „zur Überraschung des Gerichts“ seine „andere Rechtsauffassung“ in den Prozess eingebracht, und zwar habe die Anklagevertretung auf sein Drängen hin beantragt, das Gericht möge die Angeklagten darauf hinweisen, dass in ihrer Anwesenheit in

Auschwitz eine „natürliche Handlungseinheit gemäß § 73 StGB" gesehen werden könne, die sich rechtlich als Beihilfe oder Mittäterschaft zu einem einheitlichen Vernichtungsprogramm qualifiziere und eine Verurteilung auch ohne konkreten Tatnachweis ermögliche. Diese Rechtsauffassung hätten das Frankfurter Gericht und später auch der Bundesgerichtshof jedoch verworfen. Am Schluss des Artikels schreibt Renz, Bauers Rechtsauffassung habe 2012 eine „überraschende Renaissance" erlebt, als das Münchner Landgericht II den ehemaligen ukrainischen Wachmann Demjanjuk wegen seiner Tätigkeit im Vernichtungslager Sobibór ohne konkreten Tatnachweis wegen Beihilfe zum Mord verurteilte (siehe dazu die Beiträge von Walther und Wittmann in diesem Heft, die Red.).

Mit diesem Artikel verhält es sich so, wie mit den meisten anderen. Renz stellt unstrittige Sachverhalte so dar, dass sie Fritz Bauer schlecht aussehen lassen. Im Auschwitz-Prozess kam der hessische Generalstaatsanwalt aus gutem Grund nicht vor: Die Vertretung der Anklage lag in den Händen von vier Staatsanwälten, die Fritz Bauer mit dieser Aufgabe betraut hatte. Die Sache so darzustellen, als würde Fritz Bauer zu Unrecht für etwas gerühmt, mit dem er nichts zu tun hatte, ist einer der Seitenhiebe, die Renz immer wieder austeilt. Im Gegensatz zu seiner Behauptung, in der Hauptverhandlung komme Bauer nicht vor, spricht er später von zwei Vorgängen, die ganz und gar Bauers Handschrift getragen hätten. An keiner Stelle lässt Renz erkennen, wie er zu dem auf Drängen Bauers eingebrachten Antrag steht, die Angeklagten davon zu unterrichten, dass sie im Einzelfall wegen Beihilfe oder Mittäterschaft zu Verantwortung gezogen werden könnten. Auch zu seiner Haltung gegenüber der „überraschenden Renaissance" der Bauerschen Rechtsauffassung im Fall des ukrainischen Wachmanns Demjanjuk äußert er sich nicht. Einem institutsfernen Historiker würde ich diese Distanz nachsehen, einem Mitarbeiter des Fritz Bauer Instituts nicht.

3.6 | Auschwitz-Prozess ohne „nachhaltige Wirkung"

2015 erschien ein Artikel von Werner Renz mit der Überschrift „Der Frankfurter Auschwitz-Prozess: ‚Rechtsstaatliches Verfahren' oder ‚Strafrechtstheater'? – Kann mithilfe der Strafjustiz politische Aufklärung geleistet werden?" (Form et al. 2015: 439-451). Im Mittelpunkt des Aufsatzes steht wiederum der von Renz als „leidenschaftlicher Volkserzieher" apostrophierte Fritz Bauer. Über ihn schreibt er: „Seine mit NS-Verfahren verbundenen volkspädagogischen Absichten erwiesen sich mit Blick auf den Adressaten, das westdeutsche Volk, als illusionär." Das Rechtsgefühl vieler sei durch die unaufgeklärt gebliebenen NS-Verbrechen keineswegs verletzt gewesen. „Die Wiederherstellung der durch die Untaten verletzten Rechtsordnung war mithin nur einer Minderheit ein Bedürfnis." Es falle schwer, „Bauers Rede vom Sinn und Zweck der NS-Prozesse nicht als bloßes Wunschdenken" zu bewerten. Seine „außerrechtliche Zwecksetzung" sei wirklichkeitsfremd gewesen. Von einer „nachhaltigen Wirkung des Auschwitz-Prozesses auf die öffentliche Bewusstseinsbildung" könne gleichfalls nur schwerlich gesprochen werden. Der Gerichtssaal sei nicht zum „Klassenzimmer der Nation" geworden. „Strafrechtstheater wollten und konnten die Prozessbeteiligten nicht inszenieren."

In diesem Aufsatz spinnt Werner Renz den Faden weiter, den er 2011 mit seinen Anmerkungen zur Entmythologisierung des Auschwitz-Prozesses aufgenommen hatte. Diesmal schlägt er sich allerdings unverkennbar auf die Seite Gerd Roellekes, der Fritz Bauer vorgeworfen hat, mit dem Auschwitz-Prozess „Volksaufklärung durch Strafrechtstheater" betrieben zu haben, eine im doppelten Sinne diskriminierende Behauptung: Die Wortwahl spielt auf das von Joseph Goebbels geleitete „Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda" an, und sie unterstellt dem hessischen Generalstaatsanwalt, er habe der Öffentlichkeit mit dem Auschwitz-Prozess etwas vorspielen

wollen, was mit einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht zu vereinbaren ist. Wieder einmal lässt Werner Renz den Namensgeber der Einrichtung, bei der er tätig ist, als einen auf der ganzen Linie Gescheiterten erscheinen, der sich mit seiner „außerrechtlichen Zwecksetzung" außerhalb des vorgegebenen rechtlichen Rahmens bewegt hat. So etwas zieht anderswo wegen geschäftsschädigenden Verhaltens die fristlose Entlassung nach sich.

3.7 | Fazit

Das Schweigen von Werner Renz über Fritz Bauer, seine Bemerkungen über den vermeintlich innerlich zerrissenen „Praeceptor Germaniae", der den Deutschen die Ursachen ihrer Verführbarkeit bewusst machen wollte und mit sich selbst nicht zurechtkam, all das steht in krassem Widerspruch zu der Aussage des obersten Verfassungsrichters der Bundesrepublik Deutschland, Fritz Bauer habe die deutsche Geschichte zum Guten hin beeinflusst. Fritz Bauer verkörperte das „andere Deutschland", mit dem sich Teile der konservativen Elite nie angefreundet haben. Sie möchten die Erinnerung an dieses andere Deutschland und an die NS-Vergangenheit auf ein unvermeidliches Maß zurückschrauben, damit Deutschland seine neue Rolle in der Welt ungehindert wahrnehmen kann. Aber die Erinnerungen an die von Deutschen begangenen Verbrechen sind zu fest im kollektiven Gedächtnis der Menschheit verankert, als dass sie jemals vergessen werden könnten. Als der kürzlich verstorbene amerikanische Schauspieler Robin William gefragt wurde, was er auf die Frage einer deutschen Talkmasterin geantwortet habe, warum es in Deutschland so wenig Comedy gebe, antwortete er: „Na ja, ich habe gesagt, habt ihr schon mal überlegt, ob ihr die lustigen Leute vielleicht alle umgebracht habt?" (Vahabzadeh 2014: 3)

Fritz Bauer war auch aus anderen Gründen manchen ein Dorn im Auge. Sie nahmen ihm übel, dass er mit dem vor Gericht erstrittenen Recht des Bürgers auf Ungehorsam der Aufstellung deutscher Streitkräfte in die Quere kam. Nicht minder verübelten sie ihm, dass er den Aufenthaltsort Adolf Eichmanns an die Israelis „verriet" und damit die Gefahr heraufbeschwor, Eichmann könne etwas über die Verstrickung von Hans Globke in die Judenverfolgung aussagen, ganz abgesehen von dem Ermittlungsverfahren gegen den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, mit dem er sich den Zorn der Bundesregierung zuzog.

Ich habe Fritz Bauer schon vor dem Auschwitz-Prozess gekannt. Ich habe ihn in Bad Kreuznach im Streitgespräch mit Helmut Kohl erlebt und während seines Frankfurter Vortrages über die Ursachen des Bösen. Damals sagte er: „Ohne Frage nach den Wurzeln des Bösen gibt es kein Heil und keine Heilung. Nichts gehört der Vergangenheit an, alles ist noch Gegenwart und kann wieder Zukunft werden." Von diesem Fritz Bauer finde ich bei Renz so gut wie nichts. Bauers Vortrag über „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns", der Schlüssel zum Verständnis des Lebenswerkes von Fritz Bauer, ist ihm allenfalls eine Fußnote wert, obwohl er Fritz Bauer für einen Mann von funkelnder Intelligenz, umfassenden Wissen und klassischer Bildung hält, umgetrieben von heißer Menschenliebe und verzehrender Sorge um das Menschengeschlecht, leidenschaftlich und engagiert, rastlos und unermüdlich, selbstlos und aufopfernd, ein couragierter Streiter und mutiger Kämpfer, aber auch ein seelisch Verletzter (Renz 2010). Allem Anschein nach hat Renz persönlich ein gespaltenes Verhältnis zu Fritz Bauer, das ihm den Blick mitunter trübt. Ich bin der Letzte, der ihn deswegen kritisieren würde. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Fritz Bauer Instituts ist es jedoch seine Pflicht, ein authentisches Bild von Fritz Bauer zu zeichnen und ihn vor Fehldeutungen zu bewahren.

4 | Fritz Bauer als Zerrbild[5]

4.1 | Eine Biografie mit Lücken und Tücken

Kaum zehn Minuten Fußweg vom Geburtshaus Goethes im Frankfurter Großen Hirschgraben entfernt soll sich 1960 ein Ereignis zugetragen,

das der amerikanische Kriminalromanautor James Ellroy („Die schwarze Dahlie") kaum spannender hätte beschreiben können, als das in Ronen Steinkes Biografie über den Initiator des Frankfurter Auschwitzprozesses, Fritz Bauer, geschieht (Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht, Piper Verlag, München 2013). Ort der geschilderten Handlung war ein Gebäude in der Frankfurter Gerichtsstraße, in dem sich das Büro des hessischen Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer befand. Und so beginnt Steinkes Buch:

„Die schwere Eichentür in der Frankfurter Gerichtsstraße gibt kaum einen Laut von sich, als der 27jährige Michael Maor sie öffnet und unbemerkt in das dunkle Gebäude hineinschlüpft. Den Weg haben sie ihm vorher genau aufgezeichnet. Rechts die steinerne Treppe hinauf, bis zum zweiten Stock... Du kannst es gar nicht verfehlen, haben sie ihm gesagt... Der Auftrag des israelischen Ex-Fallschirmspringers: Fotografiere die Akte, die links auf dem Tisch liegt. Der Tisch steht im Büro des Frankfurter Generalstaatsanwalts Fritz Bauer." (Steinke 2013: 13)

Im Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* vom 31. Juli 1995 (Nr. 31) wurde die Szene so beschrieben: „Wie geplant, war die Eichentür des Gebäudes in der Frankfurter Gerichtsstraße leicht zu öffnen. Michael Maor schlich durch die Vorhalle und gleich rechts die mächtige Steintreppe hoch, über den Flur im ersten Stock. Es war dunkel, niemand war zu hören oder zu sehen, weiter tappte er die nächste Treppe hoch. Dann, im zweiten Stock – ‚Du kannst es gar nicht verfehlen', hatten sie ihm gesagt – lag gegenüber dem Treppenabsatz das Büro. Der Israeli Maor könnte den Weg durch das Frankfurter Justizgebäude heute noch mit geschlossenen Augen gehen bis zu der Tür, vor der er vor 35 Jahren stehen blieb. Sein Auftrag: ‚Fotografier die Akte, die links auf dem Schreibtisch liegt.' ... Der Raum, in den Maor im Frühjahr 1960 heimlich eindrang, war das Dienstzimmer des damaligen hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer..." (Nr. 31 vom 31. Juli 1995).

Den weiteren Fortgang der nächtlichen Spähaktion des israelischen Geheimdienstagenten im Frankfurter Büro des hessischen Generalstaatsanwalts beschreibt Ronen Steinke so:

„Es riecht nach Zigarren, die langen Gardinen sind zugezogen, an den Wänden hängt moderne Kunst. Und links auf dem Schreibtisch, von allen anderen Papieren säuberlich getrennt, liegt ein Stapel. ‚Das waren NS-Unterlagen, Tätigkeitsberichte, auch Fotos', erinnert sich Maor, ‚und überall Hakenkreuze.' Es ist die Akte Adolf Eichmanns..." (Steinke 2013: 13).

Im Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* vom 31. Juli 1995 war 18 Jahre davor unter der Überschrift „Feindliches Ausland" zu lesen gewesen:

> „Im Büro des Generalstaatsanwalts fand er alles wie besprochen vor. Die Gardinen waren zugezogen, es roch nach Zigarren, und links auf dem Schreibtisch, von allen anderen Papieren deutlich isoliert, lag ein Stapel. ‚Das waren NS-Unterlagen, Tätigkeitsberichte, auch Fotos', erzählt Maor, ‚und überall Hakenkreuze.' (...) Maor ist sich sicher, dass nur der Ermittler die Akte Eichmann derart offensichtlich auf dem Schreibtisch platziert haben konnte."

In der Biografie von Ronen Steinke hieß es weiter:

> „Gerade hat der israelische Agent in Fritz Bauers dunklem Büro seine Fotoausrüstung aufgebaut, da zuckt er zusammen: ‚Plötzlich hörte ich Schritte, und Licht fiel durch den Türritz. Michael Maor versteckte sich eilig hinter dem Schreibtisch, der Mensch auf dem grünen Linoleum draußen näherte sich mit langsamen, seltsam schlurfenden Schritten. Es scheint, als ziehe er irgendetwas hinter sich über den Boden. Maor verharrt – bis ihm klar wird, dass es die Putzfrau sein muss. ‚Offenbar war sie ein bißchen schlampig', glaubt er, denn die Frau erspart sich die Arbeit im verqualmten 60-Quadratmeter-Büro des Generalstaatsanwalts und schlurft weiter." (Steinke 2013: 15)

Die entsprechende Passage liest sich im Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* vom 31. Juli 1995 so:

„Er hatte gerade alles vorbereitet, da wurde er gestört: ‚Plötzlich hörte ich Schritte, und Licht fiel durch den Türritz.' Schnell löschte Maor die Repro-Lampe und versteckte sich hinter dem Schreibtisch. Er konzentriert sich auf die seltsam schlurfenden Schritte, die näher kamen. Der Mensch, so erkannte Maor, zog irgendetwas auf dem Boden hinter sich her. Dann wurde ihm klar, dass es sich nur um die Putzfrau mit ihrem Schrubber handeln könne. ‚Offenbar war sie ein bisschen schlampig', sagt Maor. Die Frau ersparte sich die Arbeit in Bauers Zimmer und schlurfte weiter, nachdem sie kurz vor der Tür verharrt hatte."[6]

4.2 | Schwieriger Umgang mit den Fakten

Ein Verleger, der die Textauszüge miteinander verglichen hatte, schrieb mir: „Das schrammt haarscharf am Plagiat vorbei. Auf jeden Fall ist eine solche Arbeitsweise völlig unseriös."

Dass der Verfasser der Biografie augenscheinlich eine Vorlage benutzt hat, erfahren die Leserinnen und Leser zunächst nicht. Erst am Schluss des Buches heißt auf Seite 283 in den „Anmerkungen": „‚Das waren NS-Unterlagen' und folgende Zitate Maors: ‚Feindliches Ausland', Der Spiegel, 31. Juli 1995". Der knappe Satz erweckt den Anschein, als stamme der Text *vor* dem erwähnten Zitat aus eigener Quelle. Aber auch der ist unverkennbar abgekupfert, und schon dort stehen, ohne Kennzeichnung, zwei wörtliche Zitate. („Du kannst es gar nicht verfehlen" und „Fotografiere die Akte, die links auf dem Schreibtisch liegt"; bei Steinke heißt es, leicht abgewandelt: „(...) die links auf dem Tisch liegt."

So viel Lässigkeit im Umgang mit dem Gedankengut anderer sollte man sich nicht erlauben, erst recht nicht, wenn man dem Nazigegner Fritz Bauer unter Berufung auf eine Nazipublikation unterstellt, er habe 1933 ein Treuebekenntnis gegenüber der Naziführung abgelegt. Dazu später mehr. Zur angeblichen Homosexualität Bauers, über die sich Steinke ohne konkreten Beweis und ohne Rücksicht auf die menschliche Würde des Verstorbenen bis zur Peinlichkeit hin verbreitet, nur so viel: Weder das Bundesarchiv in Koblenz noch das Archiv des Bundesnachrichtendienstes verfügen, wie sie mir schriftlich bestätigten, über Unterlagen, die auf eine Homosexualität des hessischen Generalstaatsanwalts hindeuten.

Noch ehe ich Steinkes Biografie über Fritz Bauer gelesen hatte, war ich über einen Artikel des promovierten Juristen in der Süddeutschen Zeitung vom 15. Oktober 2013 gestolpert, in dem es hieß, der Saal, in dem der Auschwitz-Prozess 1963 begonnen habe, sei 120 Meter lang gewesen. Er meinte damit den Tagungsraum der Frankfurter Stadtverordneten im historischen Römer, der dem Gericht überlassen worden war, weil sich die Fertigstellung des eigentlich vorgesehenen Verhandlungssaales im Bürgerhaus Gallus verzögert hatte. Da ich den Auschwitz-Prozess als journalistischer Berichterstatter miterlebt habe, hielt ich eine Richtigstellung der Wahrheit wegen für angezeigt. Daraufhin schrieb mir Ronen Steinke, ihm sei in der Tat bei der Länge des Saales etwas durcheinander gegangen. 120 Meter lang sei der Saal im Bürgerhaus Gallus gewesen, in dem der Prozess ab Frühjahr 1964 stattgefunden habe. Der Saal im Römer sei zwar auch lang, nämlich 80 Meter, aber doch nicht ganz so lang. Damit hatte er der einen falschen Angabe eine zweite hinzugefügt. In Wirklichkeit beträgt die Länge des Saales im Römer 23,8 Meter, und die des Saales im Bürgerhaus Gallus 24,9 Meter.

Ich habe mich gewundert, weshalb Ronen Steinke sich hartnäckig weigerte, diesen offenkundigen Lapsus zu berichtigen. Bei der Lektüre seiner Fritz-Bauer-Biografie wurde mir klar, weshalb er sich dagegen sträubte. Dort verbreitet er nämlich denselben Unsinn. Wäre es nur das, könnte man vielleicht ein Auge zudrücken. Aber Steinke nimmt es auch bei anderen Dingen nicht so genau. So behauptet er, die Angeklagten im Auschwitz-Prozess hätten während der Hauptverhandlung auf den „vorderen Reihen im Zuschauerraum" gesessen. Weiter heißt es: „Mancher nichtsahnende

Besucher hat schon einen von ihnen von hinten angetippt und freundlich flüsternd nach dem rätselhaften juristischen Geschehen da vorn gefragt." Das ist Boulevard-Journalismus. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der angesehene Schriftsteller Horst Krüger, auf den Steinke sich in diesem Zusammenhang beruft, die Dinge so falsch dargestellt hat. Auf jedem Foto aus dem Verhandlungssaal kann man sehen, dass die Angeklagten keineswegs so dicht neben den Besuchern saßen, sondern getrennt von ihnen in einem von Polizisten flankierten gesonderten Block.

Das Jahrhundertverfahren gegen Beteiligte am Massenmord an den Juden atmosphärisch in die Nähe einer Verhandlung vor einem königlich-bayerischen Amtsgericht zu rücken, lässt sich mit Unerfahrenheit nicht erklären. Steinke ist Jurist. Dass sein Mentor Werner Renz vom Fritz Bauer Institut das hat durchgehen lassen, ist unbegreiflich, zumal da er Sachkunde als notwendige Voraussetzung betrachtet, „um über das vielfältige Wirken des Hessischen Generalstaatsanwaltes Fritz Bauer angemessen arbeiten und publizieren zu können". Hinzu kommt, dass bereits eine ehemals leitende Mitarbeiterin des Instituts eine – wie die *Süddeutsche Zeitung* schrieb – „exzellente Biografie" über Fritz Bauer vorgelegt hatte (Irmtrud Wojak, Fritz Bauer, 1903-1968. Eine Biografie, C.H. Beck, 2009).

4.3 | Auf der Lauer vor dem Schlafzimmer

Ronen Steinkes Biografie erschien vier Jahre nach der von Irmtrud Wojak. Ihr Werk umfasst rund 600 Seiten, die Recherchen nahmen zehn Jahre in Anspruch. Steinke brauchte für seine rund 300 Seiten nur einen Bruchteil dieser Zeit. Ging ihm das Schreiben so flott von der Hand, oder haben ihn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fritz Bauer Instituts so intensiv unterstützt?

Was gab es Neues über Fritz Bauer zu berichten, so kurz nach dem Erscheinen der von Steinke selbst so bezeichneten „hervorragenden wissenschaftlichen Arbeit" von Irmtrud Wojak? Es seien „weiße Flecken" geblieben, schreibt er auf Seite 24, und zwar nicht nur in der Arbeit von Irmtrud Wojak, mit der diese sich habilitierte, sondern auch in der Dissertation von Matthias Meusch, der 2001 Fritz Bauers Leben und Werk gewürdigt hatte.

Bauer habe – obwohl aus einer jüdischen Familie stammend – zu anderen Juden auffallend Distanz gehalten, sich selbst aber 1945 stolz einen Juden genannt. Nach seiner Rückkehr aus dem Exil nach Deutschland im Jahr 1949 habe er damit begonnen, „diesen Teil seiner Biografie peinlich vor der Öffentlichkeit zu verbergen". Im Kopenhagener Staatsarchiv lägen seit Jahrzehnten Berichte darüber vor, „wie Bauer als junger Mann im Exil wegen homosexueller Handlungen verhaftet wurde" (Steinke 2013: 25).

Bauer wurde während seines Exils niemals verhaftet. Dazu hätte es eines Haftbefehls bedurft und des Verdachts einer strafbaren Tat. Beides gab es nicht; Homosexualität war in Dänemark nicht strafbar. Wie die Historikerin Monika Boll im Begleitbuch zur Ausstellung „Fritz Bauer – Der Staatsanwalt" schreibt, wurde Fritz Bauer zwar von der dänischen Staatspolizei „wegen homosexueller Kontakte regelrecht observiert" und er bekam „viele Vorladungen" von der Ausländerbehörde, verhaftet wurde er jedoch niemals.

Dass Ronen Steinke seinen Leserinnen und Lesern auch in diesem Fall etwas erzählt, das nicht stimmt, ist schlimm genug, aber es kommt noch schlimmer (Steinke 2013: 101f.). Schon im ersten Monat nach seiner Ankunft in Dänemark habe Fritz Bauer „eine Nacht mit einem Dänen" verbracht. Ob er in „verbotene schwule Prostitution verwickelt" sei, hätten dänische Uniformierte ihn barsch gefragt. Und dann zitiert Steinke wörtlich, was ein dänischer Polizist in seinen Bericht geschrieben habe: „Von der Straße aus konnte man beobachten, dass der Deutsche sich ausgezogen hat, ohne sich einen Pyjama anzuziehen." Was soll man davon halten? Irmtrud Wojak, die als Erste auf die dänische Polizeiakte über Fritz Bauer gestoßen ist, erwähnt die „angeblichen homosexuellen

Freundschaften“ in ihrer Biografie mit sieben Zeilen. Warum lässt es Ronen Steinke nicht auch dabei bewenden? Will er wirklich nur zeigen, „dass Bauer der Willkür der Behörden selbst in seinem Exilland – der Demokratie Dänemark – von Beginn an ausgeliefert“ war. Honi soit qui mal y pense.

4.4 | „Hässliche Gerüchte“ und „dunkle Elemente“

Was hat es überhaupt auf sich mit der angeblichen Homosexualität von Fritz Bauer, über die Ronen Steinke sich in einer Weise auslässt, die jeden Spanner freuen wird. Hieb- und stichfeste Beweise hat er nicht. Auf Seite 102 räumt er ein, Äußerungen, auf die sich die Annahme stützen könnte, Bauer habe sich selbst als schwul gesehen, seien nicht bekannt.

Später ging er dann noch mehr auf Distanz. Er wisse nicht, wie man beweisen könne, dass Bauer ein homosexueller Mann gewesen sei, sagte er am 19. November 2013 bei der Vorstellung seines Buches in Berlin. Es gebe auch niemanden, der das in der Nachkriegszeit in irgendeiner Weise bestätigt habe. Das hinderte ihn aber nicht, sich in seinem Buch über Fritz Bauer wie folgt zu äußern:

„Nur an den Abenden mit seinen jungen, vom Leben noch unbeschwerten Freunden in seiner Wohnung findet Bauer Zerstreuung“. (Steinke 2013: 221) Mit dem Sohn eines Hausbewohners habe Bauer sich angefreundet. „Es ist die erste von vielen Freundschaften zu Männern, die vom Alter her seine Söhne sein könnten. Was in Frankfurt bald zu hässlichen Gerüchten führt.“ (Steinke 2013: 222) „Er ist den jungen Leuten zugewandt, er interessiert sich für ihre Weltsicht, oft bis tief in die Nacht hinein, und er zieht damit den Argwohn mancher Nachbarn auf sich, die zwischen den Gardinen misstrauisch auf das Kommen und Gehen beim Generalstaatsanwalt schauen. Ein pensionierter Polizeibeamter, der mit in Bauers Haus wohnt, spricht einmal vom ‚häufigen Besuch dunkler Elemente‘ bei Bauer.“ (Steinke 2013: 224f.) Über ein Fernsehinterview Fritz Bauers in dessen Büro schreibt Steinke: „Fritz Bauer, weißes, flammendes Haar und Hornbrille, fläzt etwas verdreht im Sessel, was ein Hosenbein hochrutschen und eine helle Socke und etwas Männerbein aufblitzen lässt, und natürlich raucht er ...“ (Steinke 2013: 28).

Als am 16. Juli 2003 der 100. Geburtstag von Fritz Bauer gefeiert wurde, erwähnte keiner der Festredner die angebliche Homosexualität Fritz Bauers auch nur mit einem Wort. Erst nachdem Steinke in seinem Buch mit dem irreführenden Titel „Fritz Bauer – oder Auschwitz vor Gericht“ (nur 12 Prozent des Inhalts befassen sich mit dem Auschwitz-Prozess) das Thema Homosexualität zum Gegenstand einer öffentlichen Debatte gemacht hatte, wagten sich auch andere aus der Deckung. Wer das alles nicht gut findet, weil der Homosexualität immer noch die wünschenswerte gesellschaftliche Akzeptanz fehlt, und weil die sexuelle Orientierung eines Menschen dessen Privatsache ist, der muss sich sagen lassen, er mache sich die Denkweise der Nazis zu Eigen – ein Totschlagargument, das auf seine Urheber zurückschlägt und zu der Frage führt, ob der Behauptung über die Homosexualität Fritz Bauers am Ende gar antisemitische Motive zugrunde liegen. Immerhin wollen 61% der Deutschen laut einer Umfrage aus dem Jahr 2006 mit Homosexualität möglichst wenig zu tun haben.

4.5 | Ablenkung von den politischen Ursachen

Was hat den Journalisten Steinke eigentlich dazu getrieben, sich in seiner Fritz-Bauer-Biografie über die angebliche Homosexualität des hessischen Generalstaatsanwalts zu verbreiten? Bestand ein dringendes öffentliches Interesse an der Offenlegung des Intimlebens von Fritz Bauer? Wie auch immer – kaum ein Rezensent kam ohne den Hinweis auf die vermeintliche Homosexualität Fritz Bauers aus. Nach dem Sinn und Zweck fragte niemand, nur ich schwamm wieder einmal gegen den Strom. In der Zweiwochenschrift *Ossietzky* vom 24.

Mai 2014 schrieb ich, Ronen Steinke lenke damit von den Verdiensten eines Mannes ab, dessen sexuelle Orientierung für die Bewertung seines Lebenswerkes völlig unerheblich sei. Ähnlich hatte sich vor mir bereits die ehemalige Bundesjustizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin geäußert. Energisch wandte sie sich dagegen, die Isoliertheit Fritz Bauers auf dessen vermeintliche Homosexualität zurückzuführen und damit von den politischen Gründen für seine üble Behandlung abzulenken.

In einem Beschwerdebrief an die *Ossietzky*-Redaktion meinte ein von mir geschätzter Jurist, er finde es schlimm, wenn jemand im 21. Jahrhundert Homosexualität für etwas halte, was die Einschätzung des Lebenswerkes von Fritz Bauer beschädigen könnte. Dazu kann ich nur sagen: „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie, und Grün des Lebens goldner Baum." (Mephisto in Goethes „Faust"). Wenn – wie eine EU-Studie 2013 ergab – in Deutschland 68% der Schwulen und Lesben aus Angst vor Schikanen und Pöbeleien ihre sexuelle Ausrichtung verschweigen, dann kann es nicht weit her sein mit der Akzeptanz der Homosexualität. Das war wohl auch der Grund, weshalb das Fritz Bauer Institut den Eingriff in die persönliche Sphäre seines Namensgebers Ronen Steinke überließ.

Der unterstellte Fritz Bauer neben der angeblichen Homosexualität dann auch anderes. Er habe gegenüber den Deutschen, die er politisch habe überzeugen wollen, sein Judentum mit einer „betont christlichen Wortwahl" übertüncht. In einem Essay, in dem es um die Frage ging, ob die Juden oder die Römer Jesus getötet haben, habe Bauer, „wie um seine Bemühungen um ein Image der Objektivität nicht zu gefährden", seine eigene jüdische Erziehung an keiner Stelle zu erkennen gegeben, sondern ausschließlich aus christlichen Quellen geschöpft (Steinke 2013: 199f.).

Auf Seite 201 behauptet Steinke, zum Antisemitismus der Nachkriegszeit sei Bauer nie ein öffentliches Wort über die Lippen gegangen (Steinke 2013: 201). Zehn Seiten später – was kümmert mich mein Geschwätz von gestern – beschreibt er dann den „Sturm der Entrüstung", den Fritz Bauer 1963 mit seiner Kritik am Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland hervorgerufen hat. Die dänische Zeitung „B.T", die Boulevardausgabe des angesehenen Kopenhagener Blattes „Berlingske Tidende", hatte Bauer mit den Worten zitiert, die Juden würden zwar nicht mehr als Schweine beschimpft, dafür heiße es jetzt: „Wir haben vergessen, dich zu vergasen."

4.6 | Versuch einer Nachrede ohne Beweis

Salopp wie gewohnt geht Steinke auch im Kapitel über die KZ-Haft Fritz Bauers mit den Fakten um. Seiner Familie habe Bauer erzählt, dass er die Entlassung seinen Freunden in der Justiz zu verdanken habe, schreibt Steinke, aber ohne seine Unterschrift unter einer Unterwerfungserklärung gegenüber den neuen Machthabern wäre das nicht gegangen.

Eine solche Erklärung inhaftierter Sozialdemokraten habe das Ulmer Tagblatt am 13. November 1933 veröffentlicht. An vorderster Stelle der Unterzeichner stünden die beiden Reichsbannerführer Karl Ruggaber und Fritz Bauer. Von dieser Demütigung habe Bauer nie etwas erzählt. Kurt Schumacher, seinerzeit Kopf der Stuttgarter SPD, habe eine solche Unterwerfungserklärung verweigert. Deshalb sei er in Haft geblieben, als Bauer entlassen worden sei.

Das klingt wenig schmeichelhaft. Aber wie war das wirklich mit der vermeintlichen Unterschrift Fritz Bauers? Die Behauptung, sein Name stehe neben dem von Ruggaber an vorderster Stelle, ist falsch. In den Anmerkungen am Schluss des Buches heißt es, bei näherer Betrachtung falle auf, dass in der Unterzeichnerliste nicht Fritz Bauer stehe, sondern ‚Fritz Hauer', was im altdeutschen Schriftbild leicht zu verwechseln sei. Da ein Fritz Hauer nicht bekannt sei, spreche alles „für einen bloßen Druckfehler". Wäre es wirklich so, wie Steinke behauptet, dann müsste den Schriftsetzern des Ulmer Tagblattes, und nur sie können den Druckfehler begangen haben, die Unterzeich-

nerliste bereits gedruckt in altdeutscher Schrift vorgelegen haben; das ist kaum vorstellbar. Der nahe liegenden Frage, ob die genannten Personen das „Treuebekenntnis einstiger Sozialdemokraten" wirklich unterschrieben haben, oder ob das Ganze eine Propaganda-Aktion der Nazis war, mit der die Anhänger der SPD verunsichert werden sollten, dieser Frage geht Ronen Steinke nicht nach. Dabei macht schon die Überschrift des Artikels im gleichgeschalteten Ulmer Tagblatt stutzig: Sie unterstellt nämlich, dass die als Unterzeichner Genannten sich von der SPD abgewandt haben. Davon konnte weder bei Fritz Bauer noch bei den anderen die Rede sein.

Wer Fritz Bauer dem Verdacht aussetzt, ein Treuebekenntnis gegenüber der Naziführung abgelegt zu haben, der kann es nicht gut mit ihm meinen. So darf man nicht umgehen mit jemandem, der sich nicht wehren kann, erst recht nicht, wenn man nicht den Funken eines Beweises in der Hand hat. Dass Ronen Steinkes Buch die Verdienste Fritz Bauers „in würdigem Andenken" bewahrt, wie der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, voller Respekt vor Fritz Bauers Lebenswerk in seinem Vorwort meint, bestreite ich ganz entschieden. Es ist, von den Unterstellungen und falschen Tatsachenbehauptungen abgesehen, ein sehr einseitiges Buch. Es verschweigt Fritz Bauers Wirken als politischer Mensch und setzt den hessischen Generalstaatsanwalt dadurch in ein völlig falsches Licht.

4.7 | Was die Biografie verschweigt – und was nicht

Mehr als siebzigmal bezieht Steinke sich auf die Fritz-Bauer-Biografie von Irmtrud Wojak, aber um deren Aussagen zu diesem Teil der Lebensgeschichte von Fritz Bauer macht er einen großen Bogen. Den mit dem Prädikat „besonders wertvoll" ausgezeichneten Film von Ilona Ziok, *Fritz Bauer – Tod auf Raten* tut er mit zwei Sätzen ab, wahrscheinlich, um sich nicht mit Fritz Bauers Kritik an den Zuständen im Deutschland der Nachkriegszeit auseinandersetzen zu müssen.

So erfahren die Leserinnen und Leser kein Wort von dem, was Fritz Bauer 1960 über „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns" gesagt hat und was aus der konservativen Ecke der CDU daraufhin an Kritik auf ihn niedergeprasselt ist. Nichts erfahren sie von Fritz Bauers Streitgespräch mit Helmut Kohl, in dessen Verlauf der spätere Bundeskanzler dem hessischen Generalstaatsanwalt 1962 vorhielt, der zeitliche Abstand sei noch viel zu kurz, um ein abschließendes Urteil über den Nationalsozialismus fällen zu können. Nichts erfahren sie von Fritz Bauers Versuch, den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Hans Globke, durch ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren zu Aussagen über seine Rolle bei der Judenverfolgung zu bewegen, nichts erfahren sie von seinem Kampf gegen die Notstandsgesetze, nichts von seinem Vortrag über die Bedeutung des Auschwitz-Prozesses für die Nachwelt, der im Nachhinein klingt wie sein politisches Vermächtnis.

Ich war dabei, als Fritz Bauer am 5. Februar 1964 vor etwa 800 Studenten im Hörsaal VI der Frankfurter Universität sagte: „Nichts gehört der Vergangenheit an, alles ist noch Gegenwart und kann wieder Zukunft werden." Und ich war auch dabei, als er und Helmut Kohl im düsteren Saal des Bootshauses an der alten Nahebrücke in Bad Kreuznach die Klingen kreuzten. Mich empört das Niveau, von dem aus Ronen Steinke meint, den großen Humanisten Fritz Bauer als Juden darstellen zu können, der keiner sein wollte, als Schwulen, der keiner sein durfte, als Nazigegner, der den Nazis angeblich Treue geschworen hat, als einen Trickser und Täuscher also – und das alles im Einklang mit dem politischen Mainstream und einem Zeitgeist, der die Vergangenheit am liebsten Vergangenheit sein lassen möchte.

Trotz allem, das will ich am Schluss nicht verhehlen, verdanke ich Ronen Steinke einige Informationen, ohne deren Kenntnis mein Wissen über Leben und Werk Fritz Bauers lückenhaft geblieben wäre. Ich weiß jetzt, dass Deutschland vollständig unter dichten Wolken lag, als Fritz Bauer am 15. März 1936

– wie Steinke schreibt – den Zug in Richtung Dänemark nahm. Ich weiß, dass es in Kopenhagen regnete, als sich Fritz Bauer dort am 26. Februar 1963 mit einem jungen dänischen Journalisten über die Zustände in Deutschland unterhielt, und ich erfuhr, dass am 27. Februar 1964 in Frankfurt gehupt wurde, als der „junge Schriftsteller" Horst Krüger, der damals 45 Jahre alt war, mit offenem Schiebedach zum Auschwitz-Prozess fuhr.

5 | Neuer Gedenkort für Fritz Bauer[7]

5.1 | Zum Weggang von Raphael Gross als Direktor des Fritz Bauer Instituts in Frankfurt

Am Ende der achtjährigen Tätigkeit von Raphael Gross als Direktor des Fritz Bauer Instituts in Frankfurt am Main stand ein politischer Offenbarungseid. Der in der Schweiz geborene und dort aufgewachsene Wissenschaftler, von Beginn an überfordert mit diesem Amt, räumte das Feld, ohne sich seiner Verantwortung für den beschämenden Umgang des Fritz Bauer Instituts mit seinem Namensgeber gestellt zu haben. Als die Diskussion darüber unausweichlich zu werden schien, zog er die Notbremse. Er machte die Auseinandersetzung mit meiner Kritik davon abhängig, dass ich die, so wörtlich „falsche Unterstellung, Werner Renz habe die Angeklagten im Auschwitz-Prozess als ‚für das Geschehen in Auschwitz nicht verantwortlich' bezeichnet", öffentlich widerrufe und mich ebenso öffentlich bei Herrn Renz entschuldige, bei jenem Werner Renz, der seit Jahren als Leiter der Dokumentation des Fritz Bauer Instituts die historische Bedeutung des Auschwitz-Prozesses und die entscheidende Rolle des hessischen Generalstaatsanwalts beim Zustandekommen des Verfahrens in Zweifel zieht.

Raphael Gross konnte schwerlich davon ausgehen, dass ich dem Ansinnen nachkommen und mich bei seinem Untergebenen entschuldigen würde. Oder war Werner Renz der eigentliche Chef des Instituts? Wie auch immer, jedenfalls war die Hoffnung, sollte der Institutsleiter sie denn gehegt haben, der Auseinandersetzung aus dem Wege gehen zu können, ein Trugschluss. Zur selben Zeit hatte sich nämlich der hessische Minister für Wissenschaft und Kunst, Boris Rhein, meiner Kritik angenommen. Er werde die „Eigen- und Fremdwahrnehmung des Fritz Bauer Instituts und die Positionierung zum Namensgeber" im Stiftungsrat zum Thema machen und den wissenschaftlichen Beirat daran beteiligen, schrieb er mir am 18. Dezember 2014. Der Minister ist stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrates. Er vertritt dort zusammen mit dem Ministerpräsidenten Volker Bouffier das Land Hessen, das dem Fritz Bauer Institut 2014 einen Zuschuss von 350.000 Euro gewährte.

Dies alles geschah wenige Tage nachdem der Berliner *Tagesspiegel* am 8. Dezember 2014 in großer Aufmachung meine Kritik am Umgang des Fritz Bauer Instituts mit seinem Namensgeber veröffentlicht und sie als Ausdruck eines Deutungskampfes um das Vermächtnis des Auschwitz-Chefanklägers interpretiert hatte. Um eine Stellungnahme zu dem Artikel gebeten, zeigte sich Raphael Gross wenig im Bilde. Dem Deutschlandradio Kultur erzählte er, es seien „ganz viele wirklich falsche Tatsachen in dem Artikel". Eingefallen ist ihm dazu ein aus der Luft gegriffenes Beispiel. Er unterstellte mir die Behauptung, das Fritz Bauer Institut habe die Arbeit der Historikerin Irmtrud Wojak an der Biografie des hessischen Generalstaatsanwalts nicht gefördert.

Davon steht in dem Artikel kein einziges Wort. Peinlich war auch seine Reaktion auf meinen Vorwurf, das Fritz Bauer Institut habe ein Buch unterstützt, dessen Verfasser Ronen Steinke wahrheitswidrig behauptet, Fritz Bauer sei zum Antisemitismus der Nachkriegszeit nie ein öffentliches Wort über die Lippen gekommen. Wahrheitswidrig behauptete er, das Institut habe die Arbeit „von Herrn Steinke überhaupt nie unterstützt", er habe nur wie jeder andere die Archivbestände genutzt. Tatsächlich wäre das Buch ohne die tatkräftige Mitwirkung des Fritz Bauer Instituts wahrscheinlich niemals herausgekommen. Der Verfasser schreibt in seiner Danksagung. „Mein Dank gilt dem Fritz

Bauer Institut in Frankfurt am Main, das mir den Status eines Gastwissenschaftlers mit allen dazugehörigen fachlichen und technischen Hilfestellungen freundschaftlich gewährt hat", schwärmt Ronen Steinke, „allen voran Werner Renz, sachkundig und zu meinem Glück auch großzügig wie wenige".

Ohne Scheu lobte Werner Renz das unter seiner Mithilfe entstandene Werk seines Schützlings (vgl. Renz 2014). In einer Rezension schreibt er, da Fritz Bauer seit den 1990er-Jahren anscheinend „nur noch Verehrer, Adepten und Jünger" gehabt habe, sei es „geradezu wohltuend", dass der Jurist und Journalist Ronen Steinke Fritz Bauer aus Fachinteresse zum Gegenstand eines kritischen und gut lesbaren Buches gemacht habe – den sprichwörtlichen Blick durchs Schlüsselloch nicht ausgeschlossen, wie man hinzufügen muss. Schon im ersten Monat nach seiner Ankunft im dänischen Exil habe Fritz Bauer eine Nacht mit einem Dänen verbracht, lässt Steinke seine LeserInnen wissen. Ein Polizist habe Bauers Fenster noch nachts um 2.30 Uhr beobachtet und in seinem Bericht festgehalten: „Von der Straße aus konnte man beobachten, dass der Deutsche sich ausgezogen hat, ohne sich ein Pyjama anzuziehen." (Steinke 2013: 101) Am Schluss der Rezension schreibt Renz: „Eine herausragende Gestalt der Zeitgeschichte findet ihre angemessene Darstellung".

Weitere Details breitete Werner Renz später selbst aus, gestützt auf eine dänische Polizeiakte aus dem Jahr 1936, die in der Bauer-Rezeption als umstritten gelte. In einem Text mit der Überschrift „Geschichtsklitterung oder Fritz Bauer und die Hagiografie" (Hagiografie = Darstellung des Lebens von Heiligen), den er am 3. Juli 2014 verschickte, ist von „widernatürlichen Handlungen" die Rede, bei denen Bauer das Geschlechtsteil eines männlichen Prostituierten „bis zum Samenerguss manipuliert habe". In einem Begleitschreiben betonte Renz, bei der „Zusammenstellung der Dokumente" handle es sich um seine rein persönliche Auffassung und nicht um einen Text, der eine Ansicht des Fritz Bauer Instituts darlege.

Eine solche Einschränkung hat der Leiter der Dokumentation des Fritz Bauer Instituts bei keinem der mir bis dahin bekannten Texte für notwendig gehalten. Selbst als er im Herbst 2006 mit einem skandalösen Artikel über die angebliche Sinnlosigkeit des Auschwitz-Prozesses das Fritz Bauer Institut in eine Existenzkrise stürzte, hatte er seine Vorgesetzten auf seiner Seite, während sein Kritiker, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates, Professor Joachim Perels, gehen musste. Als Raphael Gross 2007 die Leitung des Fritz Bauer Instituts übernahm, fand er einen Scherbenhaufen vor. Statt die Ursachen der Malaise zu beheben, kehrte er nach der Beobachtung von Insidern die Scherben unter den Teppich und machte sich als „Jedermanns Liebling" einen Namen. Selbst als Werner Renz öffentlich behauptete, dass es den Auschwitz-Prozess wahrscheinlich auch ohne Fritz Bauer gegeben hätte, ließ Raphael Gross ihn gewähren.

Irritiert fragte Ende Dezember 2014 der Vorsitzende des in Braunschweig beheimateten Fritz Bauer Freundeskreises Udo Dittmann: „Welches Verhältnis hat das Fritz Bauer Institut zu Fritz Bauer?" Im Programm des Jahres 2015 tauche Fritz Bauer an keiner Stelle auf. Es sei merkwürdig, dass mit vielen Personen, die zu Fritz Bauer gearbeitet hätten, Konflikte bestünden, zum Beispiel mit Irmtrud Wojak, Joachim Perels, Ilona Ziok und anderen. Die Historikerin Irmtrud Wojak, ehemals stellvertretende Direktorin des Fritz Bauer Instituts, wird von den Verantwortlichen der Einrichtung geschnitten, weil ihre Biografie über Fritz Bauer, mit der sie sich habilitierte und die ihr zu Weltgeltung verhalf, angeblich nicht genug Distanz zum verstorbenen hessischen Generalstaatsanwalt wahrt. Eine von ihr gestaltete öffentlich gelobte Ausstellung über den Auschwitz-Prozess und seinen Initiator wurde mit der fadenscheinigen Begründung vernichtet, es fehle an Lagerkapazität. Ilona Zioks Film *Fritz Bauer – Tod auf Raten*, von der deutschen Filmbewertungsstelle einstimmig mit dem Prädikat „besonders wertvoll" ausgezeichnet und seit Jahren international erfolgreich, wird

vom Fritz Bauer Institut boykottiert, weil die Regisseurin Gegner Fritz Bauers nicht zu Wort kommen lasse. Werner Renz nannte ihn einen „medialen Missgriff".

Die Vorsitzende des Fördervereins Fritz Bauer Institut e.V., Jutta Ebeling, die zum Abschied den Weihrauchkessel für Raphael Gross geschwenkt hat, scheint von all dem nichts mitbekommen zu haben. Dabei müsste sie sich längst fragen, ob das Fritz Bauer Institut seinen Namensgeber überhaupt noch fördert, bzw. inwieweit seine Tätigkeit noch mit der Satzung des Fördervereins konform geht. Dort heißt es, Zweck des Vereins sei es „des Weiteren, durch die Gründung des Instituts die Erinnerung an Leben, Werk und Wirken des ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer im öffentlichen Bewusstsein wach zu halten und zu fördern". Das Institut besteht 20 Jahre. In dieser langen Zeit haben es die Verantwortlichen – von allem Anderen abgesehen – nicht fertiggebracht, eine Gesamtausgabe der Schriften zu Fritz Bauer herauszubringen. Wer Bauers Vortrag über die „Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns" aus dem Jahr 1960 lesen möchte, wird zwar in Amerika fündig, nicht aber in Deutschland.

Nicht alle, die einst an der Wiege der wissenschaftlichen Einrichtung standen, sehen deren Werdegang so unkritisch wie Jutta Ebeling. Eine Mitbegründerin des Instituts, Trägerin eines berühmten Namens, bedankte sich unaufgefordert für meinen – wie sie mir schrieb – „guten Artikel im Tagesspiegel", in dem ich den Umgang mit Fritz Bauer beanstande. Das Fritz Bauer Instituts leiste allerdings auch „sehr gute aufklärerische Arbeit, ganz im Sinne des Namensgebers". Sie setze zuversichtlich darauf, „dass sich eine wissenschaftlich saubere und menschlich anständige Rezeption Fritz Bauers à la longue durchsetzen" werde. Getroffene Hunde bellen, sagt der Volksmund. Verärgert kündigte Werner Renz, als er das las, der Dame die Freundschaft.

Mir unterstellte Raphael Gross, wegen meines Artikels im *Tagesspiegel* vom 8. Dezember 2014, „eine Art von Ressentiment", ohne zu sagen, was er damit meint. „Der Autor ist ja zum Beispiel kein Historiker", druckste er im Deutschlandradio herum, „ist ein Journalist, ein Zeitzeuge, auch ein sehr interessanter in dieser Kapazität, aber wirklich nicht als Historiker". Es stimmt, ich bin kein Historiker, aber Werner Renz ist auch keiner. Ein halbes Jahr davor spielte das für Raphael Gross überhaupt keine Rolle. Am 4. Juni 2014 akzeptierte er in einem halbstündigen Telefonat meine Kritik an der unkommentierten Wiedergabe eines Zeitungsartikels aus der Nazizeit, in dem behauptet wird, Fritz Bauer habe 1933 als Schutzhäftling ein Treuegelöbnisses gegenüber der Naziführung abgelegt.

Ich hatte dieses Dokument im Katalog zur Ausstellung „Fritz Bauer – Der Staatsanwalt" entdeckt und mich deswegen an Gross gewandt. Am 5. Juni schrieb er mir: „Mit Recht monieren Sie in Ihrem Brief, wir würden den Kontext (...) nicht genügend im Katalog darstellen. Das werden wir bei jeder weiteren Auflage nun versuchen. Auch werden wir in der Ausstellung den Kontext deutlicher herausstellen". Passiert ist nichts. Ergänzt wurde die Ausstellung lediglich durch drei Dokumente, die der Nazipropaganda den Schein der Glaubwürdigkeit verleihen. Eine Unterschrift Fritz Bauers war nicht dabei. „Geradezu gespenstisch" nannte es der Historiker Peter Steinbach am 10. Dezember 2014 im Deutschlandradio Kultur, eine von den Nazis verbreitete Erklärung Bauers aus der Haft als ein ernst zu nehmendes Treuebekenntnis zu interpretieren. Er halte das für abwegig. In der Pressemitteilung über den Weggang von Raphael Gross sucht man vergebens ein Wort des Dankes der hessischen Landesregierung noch des Bedauerns.

Als ich 1993 in einem Rundfunkessay unter der Überschrift „Einem Nestbeschmutzer zum Gedenken" Fritz Bauers Wirken als politischer Mensch gewürdigt habe, machte ich die HörerInnen (siehe Gliederungspunkt 2, die Red.) darauf aufmerksam, dass mit der Benennung des Frankfurter Studien- und Dokumentationszentrums zur

Geschichte und Wirkung des Holocausts nach Fritz Bauer ein erster Schritt zur Rehabilitierung des unbequemen Mahners getan worden sei. Jetzt beende ich diesen eher betrüblichen Rückblick auf das, was seither geschah, wiederum mit einem optimistischen Ausblick.

Fritz Bauer bekommt einen neuen Gedenkort. „Haus der Humanität" heißt die Internetplattform, ins Leben gerufen von der gemeinnützigen Buxus Stiftung. Dort wird der Demokrat und Patriot Fritz Bauer, der „an der deutschen Geschichte mitgeschrieben und sie zum Guten hin beeinflusst hat" (Andreas Voßkuhle), fern jeder staatlichen Einflussnahme den ihm gebührenden dauerhaften Platz in der deutschen Erinnerungskultur bekommen. Auch die Geschichten von anderen Menschen – so die Buxus Stiftung –, „deren Haltung, Mut und Eigensinn sie gegen den Strom schwimmen lässt, weil ihr Gewissen, ihre Menschlichkeit ihnen dies gebietet"[8], sollen dort erzählt werden.

Raphael Gross hat seinen Posten als Direktor des Fritz Bauer Instituts im Frühjahr 2015 geräumt, noch ehe es zu der vom hessischen Wissenschaftsminister angekündigten Diskussion im Stiftungsrat über den Umgang des Instituts mit seinem Namensgeber kam.

6 | Man merkt die Absicht . . .

6.1 | Über den Versuch einer symbolischen Hinrichtung Fritz Bauers

Im Frühjahr 2015 verabschiedete sich Raphael Gross als Direktor des Fritz Bauer Instituts im institutseigenen Bulletin ohne ein Wort des Gedenkens an Fritz Bauer. Er trat damit in die Fußstapfen des Leiters der Dokumentation des Fritz Bauer Instituts, Werner Renz, der zwei Jahre davor in einem Vorwort zur Neuauflage eines Buches über den Auschwitz-Prozess den Initiator des Prozesses ebenfalls mit keiner Silbe erwähnt hatte (Naumann 2013). Journalisten bezeichnen das als die „schärfste Form der publizistischen Bestrafung" (Steinke 2013: 249). Der neue kommissarische Direktor des Fritz Bauer Instituts, Werner Konitzer, hält sich an die Tradition: Er stellte das Bulletin des Instituts für eine Art symbolischer Hinrichtung des hessischen Generalstaatsanwalts zur Verfügung. Als Scharfrichter fungierte Georg D. Falk (Falk 1964: 40-47).

Eine breitere Öffentlichkeit erfuhr von dem Vorgang durch das Nachrichtenmagazin Der Spiegel. Unter der Überschrift „Heikle Aktenfunde zu Nazijäger Fritz Bauer" meldete das Blatt am 24. Oktober 2015, der ehemalige Richter am Frankfurter Oberlandesgericht und Leiter eines Projektes zur Aufarbeitung der Geschichte dieses Gerichts, Georg D. Falk, habe Unterlagen ausgewertet, die Schatten auf das Wirken jenes Mannes fallen ließen, der maßgeblich dazu beigetragen habe, dass der Auschwitz-Prozess zustande gekommen und der NS-Kriegsverbrecher Adolf Eichmann gefasst worden sei. „Ausgerechnet Bauer", so hieß es, der die hohe Zahl belasteter NS-Juristen beklagte, habe mehr als hundert Ermittlungsverfahren gegen Richter und Staatsanwälte eingestellt, die Todesurteile im „Dritten Reich" zu verantworten gehabt hätten. Besonders befremdlich erscheine der Fall der Polin Stanisława Janczyszyn, die mit ihrem Leben dafür büßen musste, dass sie ein jüdisches Kind versteckt hatte. Wegen des „nicht nachvollziehbaren" Verhaltens von Fritz Bauer blieben, dieser Darstellung zu Folge, die für das Todesurteil verantwortlichen Richter ungeschoren.

Fritz Bauer ein Schutzpatron belasteter Nazis – das klingt ungefähr so, als würde man Albert Schweitzer Kannibalismus oder Mutter Theresa Prostitution nachsagen. Für den Politikwissenschaftler Joachim Perels verkörperte Fritz Bauer „gleichsam das rechtsstaatliche Gewissen der Republik". Falk bezeichnet die Einstellungsverfügung aus heutiger Perspektive als „nicht nachvollziehbar". Die in der Literatur wiederholt – auch von ihm selbst – geäußerte Auffassung, Fritz Bauer habe bei Ermittlungen gegen belastete Richter ‚nicht anders gekonnt' und entsprechende Verfahren einstellen ‚müssen', halte einer kritischen Prüfung nicht stand. Angesichts der Ermittlungsergebnisse wäre ein Antrag auf Eröffnung der gerichtli-

chen Voruntersuchung „zwingend" gewesen. Stattdessen habe der Generalstaatsanwalt dem hessischen Justizministerium mitgeteilt, es sei „nicht damit zu rechnen", dass das zuständige Gericht den Prozess weiterführen werde. Für diese Annahme gab es gute Gründe. Vielleicht war die Einstellungsverfügung auch eine Form des Protestes gegen die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, der nach eigenem Eingeständnis einen „wesentlichen Anteil" an dem Geschehen hatte. „Diese Rechtsprechung ist auf erhebliche Kritik gestoßen, die der Senat als berechtigt betrachtet. Insgesamt neigt der Senat zu dem Befund, dass das Scheitern der Verfolgung von NS-Richtern vornehmlich durch eine zu weitgehende Einschränkung bei der Auslegung der subjektiven Voraussetzungen des Rechtsbeugungstatbestandes bedingt war."

Im Freispruch für den Nazirichter Hans-Joachim Rehse vom 6. Dezember 1968 berief sich unter anderem das Schwurgericht beim Landgericht Berlin auf diese Rechtsprechung. Dort heißt es, ein Richter könne wegen einer durch richterliche Entscheidung verursachten Tötung nur bestraft werden, wenn er die Entscheidung durch vorsätzliche Rechtsbeugung getroffen habe; dabei sei der Nachweise des unbedingten Vorsatzes erforderlich (BGHSt 10, 294). Das heißt, nur wenn der Beschuldigte gestand, bewusst gegen das geltende Recht verstoßen zu haben, konnte er belangt werden. Versicherte er dagegen, sich an die geltenden Gesetze gehalten zu haben, konnte er nicht wegen Rechtsbeugung verurteilt werden. Diese Hürde hatte der Bundesgerichtshof am 7. Dezember 1956 errichtet. Er entschied: Wer wegen seiner Tätigkeit als Beamter oder Richter in einer Rechtssache zur Verantwortung gezogen wird, kann auch nach anderen Vorschriften als § 336 StGB (insbesondere nach den §§211 f. 239 StGB) nur dann verurteilt werden, wenn ihm eine Rechtsbeugung im Sinne des Paragraphen 336 nachgewiesen wird. §336 erfordert bestimmten, nicht nur bedingten Vorsatz. (I StR 56/56). Demnach kann ein Richter oder Staatsanwalt wegen Mordes oder Totschlags nur verurteilt werden, wenn die Tat Folge einer nachgewiesenen Rechtsbeugung ist.

Damit waren Richter praktisch unangreifbar. Kein Generalstaatsanwalt konnte daran

Seltsam an den diversen Auslassung zu dieser Causa ist, dass nirgendwo das Umfeld dieser Vorgänge erwähnt wird. In jenen frühen Jahren der BRD durchwaberten braune Moleküle die Gerichte – der komplette NS-Justizapparat hatte sich in etwa unbeschädigt in die Bundesrepublik einbringen können. Ein schwer belasteter NS-Jurist wie Theodor Maunz las 1954 „Staatsrecht" an der Münchner Universität! Und das Wort makaber reicht aber auch nicht entfernt an die Geschehnisse in deutschen Gerichten – man lese zwei viele Beispiele zitierende Standardwerke: Wolfgang Curilla, „Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust", und „Nicht ermittelt" von Stefan Klemp. Da verlassen Massenmörder als freie Männer die Gerichte, nachdem sie sich mit „war damals im Krankenstand", „hatte Küchendienst", „war im Urlaub" hatten exkulpieren können, dazu natürlich der übliche Befehlsnotstand. Fritz Bauer kannte seine Pappenheimer und das Denken und die NS-Solidarität vieler Richter und Staatsanwälte; man kennt sein Wort vom „Feindesland betreten" – bei Verlassen seines Dienstzimmers. Sein begründetes profundes Misstrauen in die deutsche Gerichtsbarkeit veranlasste ihn ja auch, den ermittelten Eichmann an den israelischen Mossad weiterzuleiten. Mithin sei postuliert, dass die hundert eingestellten Verfahren allein dazu dienten; weitere deutsche Fehlurteile und Blamagen zu verhindern. Dem großartigen Menschen Fritz Bauer gebührt nur etwas: Würdigung und Ehre!

Nicolai Freytag v. Loringhoven, München
Leserbrief in der FAZ vom 9.11.2015

etwas ändern. Bauers Stuttgarter Amtskollege Erich Nellmann stellte am 27. Juni 1960 unter Verweis auf die genannte Entscheidung des BGH das Verfahren gegen den NS-Richter Paul Reimers ein, dem 120 Todesurteile zur Last gelegt wurden (Js 4/60). Zur Begründung erklärte er, auch wenn man davon ausgehe, dass gesetztes Recht missbräuchlich angewendet worden sei, scheitere die Feststellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Beschuldigten daran, „dass nicht aufzuklären ist, ob und inwieweit solche Verurteilungen seinem Votum entsprachen". Die Beschuldigten in dem von Georg Falk gegen Fritz Bauer ins Feld geführten Fall kannten die Hintertüren, die ihnen der BGH geöffnet hatte. Ihm sei nicht bekannt gewesen, argumentierte einer von ihnen, „dass ein Richter die Anwendung eines ordnungsgemäß erlassenen Gesetzes ablehnen kann." Der zweite erklärte: „Da ich mich an das Beratungsgeheimnis gebunden fühle, sehe ich mich daran gehindert, den Hergang bei der Beratung und Abstimmung über dieses Urteil zu offenbaren." Im Gesetzblatt veröffentlichte Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft stellten für einen Richter „bindendes Recht" dar. Der dritte meinte, bezogen auf eine Verordnung des Generalgouverneurs Hans Frank, die dem Todesurteil gegen die polnische Beschützerin eines jüdischen Kindes zugrunde lag, ihm sei niemals der Gedanke gekommen, dass die Verordnung rechtswidrig sein könnte.

Fritz Bauer hielt die Einlassungen der Beschuldigten für nicht überzeugend, kam aber zu dem Schluss, dass sich ihnen niedrige Beweggründe im Sinne der Rechtsprechung zu § 211 StGB nicht mit der erforderlichen Sicherheit nachweisen ließen (vgl. BGHSt 18, 37 ff.). Georg Falk hält die Beschuldigten im Nachhinein für hinreichend verdächtig, einen Mord im Sinne des § 211 begangen zu haben. Vorsätzliche Rechtsbeugung hätte sich u. a. auf der Grundlage eines Urteils gegen einen früheren Richter der DDR begründen lasen. Mit dem verfuhr der Bundesgerichtshof in der Tat ganz anders als mit den Nazi-Richtern. Betroffen war der Vorsitzende der 6. (politischen) Strafkammer des Landgerichts Magdeburg Ernst Oehme, der 1952 nach Westberlin geflüchtet war. Er wurde am 16. Februar 1960 vom Bundesgerichtshof mit Begründung für schuldig befunden: „Ein Strafrichter begeht, mag auch sein Schuldspruch keine vorsätzliche Rechtsbeugung enthalten, dennoch Rechtsbeugung, wenn er bewusst eine Strafe verhängt, die nach Art oder Höhe in einem unerträglichen Missverhältnis zu der Schwere der Tat und der Schuld des Täters steht" (vgl. BGHSt3, 110, 118 ff.).

Oehme hatte gegen Regimegegner Zuchthausstrafen zwischen dreieinhalb und zehn Jahren verhängt. Seiner Verurteilung durch den Bundesgerichtshof lagen unverkennbar politische Motive zugrunde. Zu einer Verurteilung der drei Nazirichter, die den Justizmord an Stanisława Janczyszyn begangen haben, wäre es hingegen niemals gekommen, auch wenn Fritz Bauer einen Antrag auf Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung gestellt hätte.

Mit seiner Behauptung, die Einstellung des Ermittlungsverfahrens wegen dieses Justizmordes durch Fritz Bauer setze fort, was wenige Jahre vorher bundesweit massenhaft geschehen sei – Ermittlungsverfahren gegen im Zuge der „Blutrichterkampagne" der DDR beschuldigte Juristen seien eingestellt worden – macht Falk Fritz Bauer zum Beteiligten am Freispruch für die Nazijustiz. Das schreit nach einer Gegenrede:

„Fritz Bauers Verdienste um die Demokratisierung, Liberalisierung und Humanisierung der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland sind singulär. Für Studentinnen und Studenten, die Ende der 1960er Jahre ihr Jurastudium begannen, war er ein Leuchtfeuer in schwierigen Zeiten. Er gab Mut, Orientierung und Zuversicht. Seine Tätigkeit als Generalstaatsanwalt begründete ‚Höhepunkte in der hessischen und deutschen Justizgeschichte' (Meusch 2001: 382). Bauer gehörte zu den wenigen Initiatoren der Verfolgung von NS-Verbrechen; ohne ihn wäre dieses dunkle Kapitel der bundesdeutschen Justizgeschichte noch schändlicher ausgefallen." Die Gegen-

rede stammt – „nur um Missverständnissen vorzubeugen" – von Georg D. Falk. In Goethes Schauspiel „Torquato Tasso" äußert Tasso sein Missfallen an dem Verhalten der Leonore Sanvitale wie folgt: „(...) und wenn sie auch/ die Absicht hat, den Freunden wohl zu tun, / so fühlt man Absicht, und man ist verstimmt."

Kurt Nelhiebel, Pseudonym Conrad Taler, ist ein deutscher Journalist und ehemaliger Rundfunkredakteur. Sohn eines sudetendeutschen Hitlergegners. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema Vertreibung, u.a. „Verstaubte Kulisse Heimat" und zur unbewältigten NS-Vergangenheit, u.a. „Skandal ohne Ende". Erhielt 2014 für sein Lebenswerk den Kultur- und Friedenspreis der Villa Ichon in Bremen. Kontakt: kurt-nelhiebel@t-online.de

Anmerkungen

[1] Der Beitrag besteht aus ursprünglich fünf (Einzel-)Texten. Der Autor hat diese überarbeitet und zu einem Text zusammengefasst.

[2] Der Beitrag basiert auf dem Schlusskapitel der zweiten Auflage des Buches „Asche auf vereisten Wegen. Berichte vom Auschwitz-Prozess", Köln: PapyRossa Verlag, 2015.

[3] Der Beitrag ist am 19.12.1993 von Radio Bremen gesendet worden.

[4] Der Beitrag kann unter http://kulturexpress.de/wpo/ abgerufen werden und steht außerdem auf der Internetplattform softatelegraph zur Verfügung.

[5] Ebd.

[6] Ob diese nächtliche Spähaktion tatsächlich stattgefunden hat, erscheint zweifelhaft. Fritz Bauer hatte Kopien der Ermittlungsakte Eichmann bereits am 7. November 1957 einem Verbindungsmann des israelischen Generalstaatsanwalts Haim Cohn ausgehändigt. Insofern war eine so delikate Operation 1960 überhaupt nicht mehr notwendig. Als Verbindungsmann zum hessischen Generalstaatsanwalt fungierte im Auftrag des israelischen Generalstaatsanwalts dessen Bruder Shaul Darom (Erich Cohn). Am 21. Januar 1958 trafen sich Bauer und Darom (Cohn) ein zweites Mal in Frankfurt. Mitte März 1958 reiste Bauer für zwei Wochen zu Gesprächen nach Israel. Ende 1959 überbrachte er seinem israelischen Amtskollegen neue Hinweise auf den Aufenthaltsort Eichmanns (Wojak 2009: 295ff.).

[7] Veröffentlicht am 5. April 2015 unter http://softatelegraph.wordpress.com, der Beitrag kann auch unter http://www.kulturexpress.de/wpo/ abgerufen werden.

[8] Geschäftsadresse der Stiftung: Isabellastraße 10, 80798 München. Erreicht werden kann die Geschäftsführerin PD Dr. Irmtrud Wojak auch unter der E-Mail-Adresse Irmtrud.Wojak@buxus-stiftung.de

Literatur

Bauer, Fritz 1960: „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns", Vortrag vom 29. Oktober 1960, gehalten auf einer Arbeitstagung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz in Mainz.

Form, Wolfgang/Schiller, Theo/Seitz, Lothar 2015 (Hg.): NS-Justiz in Hessen. Marburg, 439-451.

Frankfurter Rundschau 09.10.1993.

Frankfurter Rundschau 12.06.1993.

Frommel, Monika 2011: Taktische Jurisprudenz – die verdeckte Amnestie von NS-Schreibtischtätern und die Nachwirkung der damaligen Rechtsprechung bis heute, Festschrift für Hubert Rottleutner.

Greive, Hermann 1983: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland.

Greve, Michael 2000: Amnestierung von NS-Gehilfen – eine Panne?, Kritische Justiz 2000, H 3.

Renz, Werner 2014: (Rezension) Ronen Steinke: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht, Nassauische Annalen, Bd. 125.

Renz, Werner 2014: Fritz Bauer und der Auschwitz-Prozess. In: Bauer, Fritz: Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht. Frankfurt am Main/New York: Campus, 149f.

Renz, Werner 2011: Der 1. Frankfurter

Auschwitz-Prozess 1963-1965 und die deutsche Öffentlichkeit. Anmerkungen zur Entmythologisierung eines NSG-Verfahrens. In: Osterloh, Jörg/Vollnhals, Clemens (Hg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Göttingen: Vandenhoek & Ruprecht, 336ff.

Renz, Werner, Mediale 2010: Missgriffe – Fritz Bauer im Dokumentarfilm, Einsicht 04, Bulletin des Fritz Bauer Instituts.

Renz, Werner 2009: (Un-)Begründete Selbstkritik, Tribüne, Heft 190, 2. Quartal 2009.

Renz, Werner 2005: Täterexkulpation und Opfergedenken, In: Newsletter Nr. 27 des Fritz Bauer Instituts (Herbst 2005).

Steinke, Ronen 2013: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht. München, Zürich: Piper.

Vahabzadeh, Susan 2014: Der gute Amerikaner, FAZ 13. August 2014, 3.

Wojak, Irmtrud 2009: Fritz Bauer 1903-1968. Eine Biographie. München: C. H. Beck.

Eine letzte Begegnung mit Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer am 28. Juni 1968 im Schlosshotel in Karlsruhe

Christof Müller-Wirth

Einleitend möchte ich kurz schildern, wie es Anfang der 1960er Jahre zur Bekanntschaft mit Dr. Fritz Bauer kam. Sie entstand durch Vermittlung meines Freundes Klaus von Beyme, der zu Zeiten Fritz Bauers in Braunschweig dort junger Buchhändler war, bevor er in den folgenden Jahrzehnten zu einem bedeutenden Politologen an der Universität Heidelberg wurde.

Ich habe Fritz Bauer danach einige Male zu kürzeren Gesprächen in Frankfurt im Café Kranzler getroffen. Manchmal war dies auch mit meinem Bruder, der damals bei der Anti-Trust-EnqueteKommission tätig war, ein Thema, mit dem sich Bauer in Schweden beschäftigt hat. Als sich der Auschwitz-Prozess anbahnte, bat ich ihn, mir einen Besucherplatz zu reservieren, was er umgehend tat.

Wir hatten dann keine Verbindung mehr bis zum Zeitpunkt seines Vortrags in Karlsruhe am 28. Juni 1968. Das war drei Tage, bevor am 1.7. der Tod von Fritz Bauer offiziell festgestellt wurde.

Für mich wurde der Aufenthalt Fritz Bauers in Karlsruhe zu einer in meiner Erinnerung noch heute gegenwärtigen, bewegenden Begegnung.

Wenige Tage zuvor hatte ich der Lokalzeitung entnommen, dass Bauer an jenem Tag in der Universität vor Studierenden sprechen würde. Welche studentische oder sonstige universitäre Vereinigung ihn eingeladen hatte, ist mir entfallen, da ich ja keine Einladung erhalten hatte. Bauer sprach in einem etwa zur Hälfte besetzten Hörsaal und wurde dort von einem Dozenten vorgestellt. Kein Journalist war anwesend, kein Jurist, von denen es ja in Karlsruhe einige gibt, gab sich in der anschließenden, kurzen Diskussion zu erkennen.

Sein Vortrag befasste sich vor allem mit den Lehren, die die Deutschen aus der Katastrophe der Hitlerzeit zu ziehen hätten. Bereits hier wies er darauf hin, dass es bei der Bestrafung der einzelnen Täter, die ohnehin nur sehr zögerlich betrieben werde, nicht bleiben könne. Er setze sehr auf die deutsche Jugend. Dies sei auch ein Motiv für seine Rückkehr aus der Emigration gewesen. Er denke dabei an den Einsatz für die Weimarer Republik in seiner eigenen Ju-

gendzeit zurück. Sein eigenes Lebensschicksal erwähnte er kaum.

Da wir uns von den erwähnten Begegnungen her kannten, ging ich nach Abschluss der Veranstaltung auf ihn zu und fragte, ob wir anschließend noch zusammenkommen könnten.

Er stimmte dem zu und schlug das nahe dem Bahnhof gelegene Schlosshotel, wo er übernachtete, als Treffpunkt vor. Einer der Mitveranstalter brachte Bauer dorthin, wo sich auch ein weiterer Gesprächspartner einfand. Die beiden Universitätsangehörigen verabschiedeten sich allerdings alsbald. Das verwunderte mich. War es doch eine Begegnung mit einer Persönlichkeit, der zu begegnen ich – jedenfalls für mich – als eine Ehre ansah.

Als wir schließlich allein ins Gespräch kamen, berührte es mich, dass der vielbeanspruchte und oft öffentlich beschimpfte Fritz Bauer keinen Moment der Müdigkeit oder Gesprächsbeendigung erkennen ließ. Schließlich war ich als Nichtjurist für ihn ein eher flüchtiger, allerdings politisch engagierter Zeitgenosse.

Unser Gespräch begann zunächst bei den Ausführungen Bauers in der vorangegangenen Veranstaltung, wobei er auch mir – mit der Anrede „junger Mann" – ans Herz legte, mich für eine gesellschaftliche Erneuerung einzusetzen.

Ausgelöst durch meine entsprechenden Fragen, kamen wir auf die Verfolgung und Bestrafung der Naziverbrecher zu sprechen. Dabei ging es um zwei Beispiele: um Eichmann und um Heyde-Sawade, den berüchtigten Mitverantwortlichen für die „Euthanasie"-Morde.

Bauer schilderte mir die Ergreifung Eichmanns sehr anschaulich und in manchem abweichend von den heute umlaufenden Versionen. Ein Detail ist vielleicht erwähnenswert.

Der israelische Geheimdienst hatte sich gegenüber dem erkundeten Wohnhaus der Familie Eichmann in Argentinien eine Wohnung zur Observierung angemietet und verfolgte – auf der Basis bereits zahlreicher ermittelter Tatbestände – den Ablauf seiner Tage. So war etwa in den Unterlagen auch der Hochzeitstag des Ehepaares Eichmann festgehalten. An genau diesem Tag beobachteten die Verfolger, wie Eichmann mit einem Blumenstrauß nach Hause kam. Ein weiteres Indiz war verifiziert. Im Übrigen betonte Bauer, dass die Central Intelligence Agency (CIA) schon länger wusste, wo sich Eichmann befand.

Es ging Bauer – was heute leider häufig übersehen wird – nicht nur um die Täter, sondern vor allem um die Opfer. So beschrieb er mir seinen Gefängnisbesuch bei dem „Euthanasie"-Mörder HeydeSawade in Schleswig-Holstein. Er brachte seine Erschütterung darüber zum Ausdruck, dass auch bei diesem Gespräch „kein menschliches Wort der Reue" gefallen sei, die Opfer unerwähnt blieben.

Ich erzählte ihm von meinen Besuchen in Polen in den 1960er Jahren und dass dort sein Name und seine Bemühungen bei dem dortigen Kolleginnen und Kollegen durchaus bekannt seien. Ein anderes Thema waren seine Erfahrungen mit dem Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe, der zwar die Zuständigkeit für den Auschwitz-Prozess nach Frankfurt gegeben hatte, ihn aber in seiner Rechtsprechung zum Widerstandsrecht und zu den Notstandsgesetzen schwer enttäuschte.

Als wenige Tage nach diesem Abend der plötzliche Tod Bauers festgestellt wurde, stellte sich mir die Frage nach der möglichen Todesursache.

Mein Eindruck bei dieser Begegnung war, dass Fritz Bauer einen angestrengten, merklich resignierten Eindruck machte, aber wohl ein persönliches Gespräch eher als Entlastung „empfand". Jedenfalls ließ er es den gesamten Abend bei zwei Glas Bier bewenden, rauchte aber fortgesetzt. Seine sonore, schwäbisch gefärbte Stimme hatte dabei eher etwas Beruhigendes.

Für mich wurde an jenem Abend in Karlsruhe klar, welche Bedeutung das Wirken Fritz Bauers für unsere Zeit und hoffentlich für die Zukunft haben würde.

Nicht die Verurteilung des einzelnen Täters ist entscheidend, sondern die Einsicht, dass es sich um eine gesamtgesellschaftliche Katastrophe und unendliches Unrecht an den Opfern gehandelt hat. Dies aufzuzeigen war ja bereits Bauers Kampf

beim Remer-Prozess, bei dem Bauer zunächst übersah, einen Strafantrag zu stellen.

Wir verabschiedeten uns zu später Stunde ohne weitere Verabredungen.

Schockiert entnahm ich wenige Tage später der Zeitung die Nachricht vom Tode Fritz Bauers. Keine der mir in Frankfurt bekannten Personen und später auch nicht die Staatsanwaltschaft haben mich damals informiert oder über jenen Abend befragt.

Lediglich Horst Krüger hat in seinem ‚Gedenkblatt' für Fritz Bauer in der *ZEIT* den Besuch in Karlsruhe erwähnt. Wohl dadurch aufmerksam geworden, besuchte mich viele Jahre später Ilona Ziok in Karlsruhe. Wir trafen uns genau an jenem Ort, an dem ich mit Fritz Bauer den Abend verbracht hatte. Meine Ausführungen zu Fritz Bauer an diesem Abend sind in den Film, *Fritz Bauer – Tod auf Raten* von Ilona Ziok eingegangen.

Als besonderes Andenken an ihn sehe ich es an, dass Herbert Jäger im C.F. Müller Verlag die posthume Schrift „Vom kommenden Strafrecht" mit Texten von Bauer veröffentlicht hat. Diese enthält nicht nur eine der wenigen autobiografischen Schriften Bauers, sondern auch eine juristische Stellungnahme zur Frage der Homosexualität.

Eine historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke Bauers, die ca. 4.000 Druckseiten umfassen, steht leider noch aus.

Die Erinnerungen an die damaligen und seitherigen Geschehnisse um Fritz Bauer haben mich bei der Vorbereitung dieses kleinen Berichtes sehr bewegt.

Karlsruhe, 14. November 2014

Dr. Christof Müller-Wirth, von 1959–1994 Verleger des C.F. Müller Verlags in Karlsruhe. Heute engagiert er sich bürgerschaftlich, z.B. in der „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte" in Rastatt.
Kontakt: christoforus@gmx.de

Fritz Bauer und die Erziehung der Deutschen zur Mündigkeit

Thomas Harlan

Vorbemerkung

Die von Thomas Harlan gefundenen Beweise für NS-Verbrechen aus den Archiven hinter dem Eisernen Vorhang bestärkten die Wahrheitsfindung – nicht nur für den Frankfurter Auschwitz-Prozess.

Für Fritz Bauer galt: „Bewältigung unserer Vergangenheit heißt Gerichtstag halten über uns selbst, Gerichtstag über die gefährlichen Faktoren in unserer Geschichte (...) ich sehe darin nicht eine Beschmutzung des eigenen Nests; ich möchte annehmen, das Nest werde dadurch gesäubert."

Mit Thomas Harlan, der 2010 verstarb, sprach Regisseurin Ilona J. Ziok im Rahmen ihrer fünfjährigen Arbeiten am 2010 veröffentlichten Dokumentarfilm „Fritz Bauer – Tod auf Raten".

Thomas Harlan wurde 1929 als Sohn des späteren NS-Propagandaregisseurs Veit Harlan und der Schauspielerin Hilde Körber in Berlin geboren. Während sein Vater Karriere mit tendenziösen Auftragswerken wie dem diffamierenden Spielfilm *Jud* Süß (1942) oder dem Durchhalteparolenwerk *Kolberg* (1945) machte, gehörte sein Sohn Thomas zur Hitlerjugend.

Im Nachkriegsdeutschland erlebte er: „Zuneigung, wenn mein Name fiel. Da spürte ich so richtig, 20.000 weiße, schneeweiße Offiziersköpfe sich senken und sagen, ach, wie war

das schön, als wir diese Filme gesehen haben, in der Not. In keinem Restaurant in Tübingen, bei der Universität, durfte ich bezahlen, die Ober sagten: Ach lassen Sie nur; das Benzin für mein erstes Auto: Aber komm, das sind ja nur ein paar Mark. Ich durfte nichts bezahlen. Ihr armer Vater, hieß es. Irgendwann bin ich dann weg: Jetzt werd' ich Waisenknabe, ich hab' keine Eltern mehr. Endlich fängt mein Leben an, ich kann alles vergessen, nur noch französisch sprechen; auf Französisch kann ich mich nicht mehr an meine Eltern erinnern. Das ist eine Sehnsucht, die, kann ich Ihnen sagen, wie groß die wird. Wenn sie einmal wirklich kommt."

Ab 1948 lebte Thomas Harlan mit Gilles Deleuze bei Michel Tournier in Paris, später bei Pierre Boulez, zusammen mit Klaus Kinski unternahm er lange Reisen. Er verfasste Gedichte, Theaterstücke und Drehbücher, unter anderem für Wolfgang Staudte. Die meiste Zeit seines Lebens verbrachte Thomas Harlan außerhalb Deutschlands, dem Land, vor dessen Geschichte er erst weglief und das ihn doch nie losließ.

1959 wurde Thomas Harlan mit den ersten einer Reihe von Verleumdungsklagen konfrontiert, unter anderem durch den damaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Ernst Achenbach und durch Franz Alfred Six, einem der ranghöchsten Propagandisten im Reichssicherheitshauptamt und nach 1945 Werbechef der Porsche Diesel Motorenbau GmbH. Thomas Harlan hatte in Polen, wo er seit 1960 lebte, mit Recherchen über die Vernichtungslager Kulmhof, Sobibór, Bełzec und Treblinka begonnen. Bis 1964 trug er mit seiner Arbeit in den polnischen Archiven, aus denen er Tausende von Dokumenten über deutsche Kriegsverbrechen zutage förderte, zu der Einleitung von über 2.000 Strafverfahren gegen Kriegsverbrecher in der Bundesrepublik Deutschland bei. Fritz Bauer brachte für die Voruntersuchungen und für den Auschwitz-Prozess erstmals Akten und Zeugen nicht nur aus aller Welt zusammen; möglich wurde erstmals ein Blick in die Archive hinter dem Eisernen Vorhang – Dank der Recherchen von Thomas Harlan.

Ein Theaterskandal als seismografisches Politikum

Thomas Harlan über seine Erfahrungen im Nachkriegsdeutschland und seine Begegnungen mit Fritz Bauer: „Der Ursprung meines Aufenthalts in Warschau und in Moskau war ein Prozess, der mir drohte seitens des damaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Ernst Achenbach, mitverantwortlich als Botschaftsattaché für die Judendeportationen in Frankreich und nun Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag: Er fühlte sich und seine Klienten schwer beleidigt durch meine Behauptung, dass sie zu einer Massenmörderbande gehörten, eine Behauptung, die ich im Theater in Berlin gemacht hatte. Die Uraufführung meines Theaterstücks *Ich selbst und kein Engel – Chronik aus dem Warschauer Ghetto* wurde so zum Skandal. Infolgedessen suchte ich sofort in den Archiven des Warschauer Innen- und des Justizministeriums. Und die Beweise wuchsen auf das Zehnfache innerhalb von zwei Wochen an – von dem, was ich glaubte finden zu können – und da hab' ich mein Maul aufgerissen. Ich wusste, dass es Generalstaatsanwaltschaften und dass es ein Legalitätsprinzip gibt, das es den Staatsanwaltschaften verbat, nicht zu handeln. Und daran habe ich sie schon in den ersten Briefen erinnert, mit Folgen. Ich hatte eine große Anzahl von Strafanzeigen angestrebt hinsichtlich des Tatbestands Mord. Da ich im polnischen Rundfunk regelmäßig über die Beweise für die NS-Verbrechen, die wir gefunden hatten und die mit der deutschen Regierung eng zusammenhingen, sprach, erstattete Staatssekretär Hans Globke Strafanzeige gegen mich wegen Landesverrats – der Verwaltungsjurist hatte dafür gesorgt, dass Juden das J tragen mussten, er hatte dafür gesorgt, dass zahlreiche diskriminierende und lebensbedrohende NS-Gesetze wie die Nürnberger Rassegesetze Anwendung fanden und er war einer der Spitzenbeamten unter Konrad Adenauer.

Aus den polnischen Archiven nach Frankfurt am Main

Es kam ein Anruf oder ein Brief von Fritz Bauer, der erfahren hatte, dass es einen Deutschen gibt, der es relativ mühelos schafft, in die Archive hinter dem Eisernen Vorhang zu kommen. 1959 hatte ich weniger Kontakt mit Fritz Bauer denn mit seinen Staatsanwälten. Er arbeitete mit mehreren jungen, von der NS-Vergangenheit unbelasteten Staatsanwälten, einer von ihnen war Dietrich Zeug. Dietrich Zeug arbeitete in Ludwigsburg bei der 1958 neu eingerichteten Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen. Es gab einen Briefverkehr zwischen uns beiden, über die Jahre. Was habe ich unternommen, um von Staatsanwalt Zeug zu erfahren, dass das gesamte Referat Kommunismus des Reichssicherheitshauptamts – hier wurden die Einsatzgruppenberichte geschrieben, hier wurden die fürchterlichsten Sachen verantwortet – im Bundesnachrichtendienst sitzt, mit Namen und Adresse.

Fritz Bauer hatte mich nach Frankfurt eingeladen. Am ersten Tag, als wir uns trafen, setzte er mich ins Auto und ist mit mir nach Ludwigsburg gefahren, in die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen. Dort hat er mich den Staatsanwälten vorgestellt und diese gebeten, mir zu helfen. Und da ich wirklich ein Ausnahmefall war durch meinen Zugang in Polen und in der Sowjetunion, und es keine diplomatischen Beziehungen und keine Möglichkeiten für einen deutschen Richter gab, einfach nach Polen zu fahren, ohne etwa die DDR anzuerkennen bei der Durchreise, war ich ein nützlicher Bundesgenosse. Sofort habe ich begonnen, nach Ludwigsburg Unterlagen zu schicken.

Dort gab es noch ein Ungeheuer, den Leiter der Zentralen Stelle der Justizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, OSTA Schüle. Oberstaatsanwalt Erwin Schüle war selbst ein Kriegsverbrecher, das wusste damals niemand. Sein Name steht für schwere Verbrechen, Hinrichtungen, an der Leningrader Front. Statt dass er von der Bildfläche verschwand, wurde er der große Ankläger im Baader-Meinhof-Prozess, im Baader-Prozess, der Stammheimer in Stuttgart, als Generalstaatsanwalt für Württemberg. Das war seine Beförderung.

Reisen durch die Zeiten mit Fritz Bauer

Fritz Bauer wurde so etwas wie eine Vaterfigur für mich, der Altersunterschied zwischen uns war immens. Es begann ein auf jeden Fall sehr intensiver Austausch. Einmal lud er mich nach Afrika zu einem Flug nach Tunesien ein. Diese zwei Wochen waren wie ein Wendepunkt in unser beider Leben. Eine Stunde nach meiner Ankunft wären wir fast ertrunken; wir retteten uns auf eine Sandbank drei Kilometer vor der Küste. Da standen wir in unseren Badehosen, Fritz Bauer in seiner mit den Kleeblümchen, drei, vier Stunden lang oder noch länger, bis ein Fischerboot uns rettete. Schwer leidend unter einem Sonnenbrand lag Fritz Bauer da wie ein Toter, unter Schmerzen und mit höchstem Fieber. Den ganzen Tag über bis zum später Nachmittag habe ich ihm Massagen mit einer Tomate auf dem Rücken gemacht, bis die Schmerzen gelindert waren, bis das Fieber ging, und ich fühlte mich wie ein Wunderheiler ersten Ranges. Djerba lag ganz einsam, es gab nur den Strand und das Hotel. Und das Flugzeug landete im Sand, 500 Meter entfernt. Und über allem war die Stille.

Der große Moment kam, als er sich zwei Stunden später vorsichtig an mein Bett setzte und sagte, „Thomas, ich bin in nur drei Malen in meinem Leben von einem Menschen berührt worden: Das erste Mal von meiner Kinderfrau, ich war fünf Jahre alt, sie hat mich immer so umarmt, dass sie mir fast die Knochen gebrochen hätte; sie hat mich so geliebt! Und weil sie das tat, wollten meine Eltern sie nicht mehr im Haus behalten. Das war der denkwürdigste Tag in meinem Leben, als sie entlassen wurde. Weil sie mich zu sehr liebte und ich niemanden mehr hatte."

Wenn man mir mit fünf Jahren die einzige enge Beziehung wegnimmt – die zur Mutter muss, aus irgendeinem Grund, schwach gewesen sein oder nicht vergleichbar –, bin ich, glaube ich, in meinem ganzen Verhalten für immer gestört. Das verkrafte ich nicht. Wer nimmt jetzt diesen Platz ein?

Fritz Bauer fuhr fort: „Und das zweite Mal, da ging in einer Gefängniszelle in Dänemark, in Kopenhagen, die Tür auf und ein Wachmann in Uniform, strahlend, legte mir die Hand auf die Schulter und mit der anderen Hand zeigte er mir den Ausgang in die Freiheit. In dieser Nacht", sagte mir Fritz Bauer, „bin ich nach Schweden gekommen".

Das hat mich umgeworfen. Dass ein Mann von dieser Wärme und diesem Gebirge von menschlicher und sachlicher Schönheit und einer solchen Gesinnung sagen konnte, er sei in seinem Leben nur dreimal mit einem anderen Körper in Berührung gekommen. Ich hab' gedacht, der Fritz Bauer ist sicherlich 1.000 Mal geküsst worden, 2.000 Mal umarmt, 3.000 Mal geliebt worden, so sehr, wie er schenken konnte. Ich glaube nicht, dass es ein viertes Mal gab.

Der die Menschen liebte – in der Hoffnung auf „nur ein menschliches Wort"

Ich sah ihn mit Lust vielen Menschen begegnen, seine Arme öffnen, sich Menschen öffnen, die verschlossen waren. Überall waren gescheiterte Kinder, denen er versuchte, Wärme zu geben. Er hatte lauter Adoptivkinder, auch das Verhältnis zu Staatsanwalt Zeug war ein solches, dem er nachjagte, um herauszufinden, womit mache ich dem eine Freude, welche Schokolade essen die gerne, welche Bücher würden jene gerne lesen. Er freute sich sehr darüber, dass er bei Alexander Kluge in *Abschied von gestern* mitspielen konnte. Den Kluge verehrte er. Er sprach immer wieder von ihm.

Der eher private, persönliche Aspekt war, wie sehr leidet ein Generalstaatsanwalt darunter, dass er eben doch sehr hartes Zeug mit anderen ausrichten muss, was macht er mit anderen Menschen, was macht er mit seinen Staatsanwälten, was macht das mit ihm? Wie schafft er das, mit solchen strengen Sachen zu tun zu haben – der Auschwitz-Prozess lag da schon hinter ihm – und gleichzeitig so ein Wärmereservat zu haben, das fast jeden betraf? Er war zu jedem auf seine Weise so, dass der Andere sich seiner Wärme nicht entziehen kann. Auch mit Ekeln habe ich ihn reden hören wie mit guten Bekannten oder mit Menschen, mit denen man gerne essen geht. Wo ich ausgespuckt hätte, wenn ich denen nur die Hand hätte reichen müsse. Er kannte keine Grenzen.

Über Justizprobleme haben wir weniger gesprochen und über politische auch nur zu einem geringen Teil. Und dann gab's andere Sachen, sehr private, ein Nachtanruf bei mir zuhause, Thomas, [lauter werdend], stellen Sie sich vor, was ist da passiert, in diesem Augenblick läuft Franz-Josef Strauß mit dem Lied „Nach Ostland wollen wir reiten" die Kantstraße hinunter, ist ausgebrochen aus dem Restaurant der *Grünen Woche* und brüllend über den Damm; [noch lauter werdend], was machen wir, wenn das die Presse erfährt? Dann ist das eine schreckliche Nachricht für Deutschland. Ich werde alles in Bewegung setzen, dass darüber kein Wort fällt, denn das schadet unserem Land. Und am nächsten Mittag hat er mich angerufen und gesagt: „Mir ist es gelungen! Keiner schreibt darüber!" Der großartige Deutsche, das war er, nicht ich. Er hat Deutschland so geliebt, dass er es nicht ausgehalten hat, dass so ein Schwein sich demaskierte.

Soziales Gewissen

Fritz Bauer hat sich nicht nur um die Verfolgung der NS-Verbrechen verdient gemacht. Er hat sich auch mit dem Strafvollzug beschäftigt, und da vor allem mit den sozialen Folgen für den Delinquenten und seine Familie: Dr. Harry Sturm etwa war ein Leutnant der SS, ein Untersturmführer im Sicherheitsdienst in

Lublin, und er gehörte zu dem sogenannten Umsiedlungskommando im Lubliner, dann auch im Warschauer Ghetto und in Białystok. Er war beteiligt an der Aktion Reinhardt in den Vernichtungslagern des deutsch besetzten Polen und Galizien. Ein Funkspruch wurde gemeldet, „An das Reichssicherheitshauptamt, zu Händen SS-Obersturmbannführer Eichmann, Berlin", mit den Zahlen der Opfer. Sturm war einer der führenden Mörder in dieser Zeit. Bei einer Ausweiskontrolle im Lubliner Ghetto hielt er auf der Straße drei alte Männer an: Er erschrak, einer der dreien trug seinen Namen. Dr. Harry Sturm war Konsistorialrat in Wien. Das ließ er sich zwei Mal von dem Konsistorialrat bestätigen, dann nahm er seine Pistole und erschoss ihn. Auch die beiden anderen hat er erschossen. Alle drei waren Mitglieder des neu gegründeten Judenrates im Lubliner Ghetto.

Harry Sturm machte nach dem Krieg Karriere als Freund der Jugend, er war Jugendheimleiter, Jugendstiftungsleiter einer evangelischen Akademie – alles in der Welt von Diakonen, von protestantischem Sauberkeitsfimmel in Stuttgart und in Frankfurt. Sturm wurde verhaftet von Dietrich Zeug, dem jungen Staatsanwalt, den Bauer nach Ludwigsburg gesandt hatte. Und Bauer sagte mir, Sturms Frau sei zu ihm gekommen, habe bitterlich geweint und gesagt, Sie vernichten meine Familie, was soll ich machen. Über die nächsten Jahre hat er sich der Frau und der Kinder angenommen, er hat das Studium der Kinder bezahlt, er hat der Familie Geld gegeben, wieviel, weiß ich nicht. Er war so diskret, es war ganz wichtig, dass andere das nicht erfahren. Er mochte nicht als guter Mensch gelten, da er Generalstaatsanwalt war. Aus seiner Entschädigungsakte geht hervor, dass er die Verluste seiner Eltern, den Zwangsverkauf ihres Textiliengeschäftes in Stuttgart weit unter Wert – man nannte den Vorgang Arisierung – wieder gut machen wollte, indem er einen Entschädigungsanspruch gestellt hat. Sein ganzes Geld hat er, als Jude, verschenkt an die Aktion Sühnezeichen.

Aushebeln der Strafverfolgung

Bald nach der Gründung der Bundesrepublik schloss der Artikel 131 des Grundgesetzes die alten Nazi-Größen oder auch mittlere Chargen von Tätigkeiten im Staatsdienst aus. Alle öffentlich Bediensteten, die beim Entnazifizierungsverfahren nicht als Hauptschuldige oder Belastete eingestuft worden waren, durften wieder eingestellt werden.

Es gab eine Pflicht, einen bestimmten Prozentsatz von bis dahin Abgewiesenen nach Inkrafttreten des Artikels 131 in die Ministerialbürokratie aufzunehmen. Nichts hinderte daran, außer eben eine rechtskräftige Verurteilung. In der DDR, das fand ich so schön, setzten sie an die Stelle von Richtern, weil sie keine anderen hatten, Schuster ein. Wenn da drüben einer eine neue Stelle bekam, bekam er sie nicht, weil er was konnte, sondern weil klar war, dass er den alten Dreck nicht am Stecken hat.

Die braunen Socken von Konrad Adenauer

Die Unschuld, ich rede von der Unschuld der wieder Eingesetzten, wird für mich durch zwei Vorgänge widerlegt: Die sozialdemokratische Fraktion im Bundestag, im allerersten, meldet sich und sagt, Herr Adenauer, soweit wir Kenntnis haben, sind 63 Prozent sämtlicher Diplomaten Mitglieder der Partei NSDAP. Halten Sie das für erträglich? Adenauer geht ans Pult und fragt: „Ob ich das für vertretbar halte? Es sind 75 Prozent, nicht 63, und ich halte das für vertretbar."

Und im Auswärtigen Amt wurde 1949 eine Abteilung gegründet, die sämtlichen Personen, die wegen Kriegsverbrechen belangt werden könnten, eine offizielle Mitteilung zukommen ließ: dass sie Gefahr laufen, verhaftet zu werden, wenn sie ins Ausland fahren. Sie sollten sich vorher beim Auswärtigen Amt melden. Diese Information wurde an etwa 25.000 Verbrecher versandt.

Die Zermürbung des Fritz Bauer

1968, das Jahr, in dem Fritz Bauer gestorben ist, war für die Geschichte der NS-Verbrechen noch in einer anderen Hinsicht ein sehr wichtiges Jahr. Es handelt sich um eine Gesetzesänderung, sie betrifft das Verhältnis von Täterschaft und Beihilfe. Die Beihilfe unterlag bis dahin der gleichen Verfolgung und Strafandrohung wie die Täterschaft. Nur war die Möglichkeit gegeben, den Gehilfen einer Tat milder zu bestrafen.

Im Einführungsgesetz zum neuen Ordnungswidrigkeitenrecht stand diese Änderung des Strafgesetzbuches, mit der zwingenden Milderung der Strafdrohung für den Gehilfen. Das hatte große Auswirkungen auf die Bestrafung der Schreibtischtäter, die als Gehilfen angesehen wurden und die Motivation der Haupttäter, d. h. der obersten Befehlsgeber, nicht geteilt haben mussten, sie vermutlich geteilt hatten, natürlich, aber es war praktisch nicht zu widerlegen, dass sie völlig neutral geblieben sind, was ihre innere Anteilnahme, ihre Motivation bei der Durchführung dieser Befehle anging. Hochrangige Verantwortliche konnten nicht weiter verfolgt werden.

Das Ganze war ein verbrecherisches Komplott, initiiert von Eduard Dreher, der sich als besonders systemkonformer Nationalsozialist profiliert hatte und in Innsbruck als Richter für seine Härte, mit mehreren Todesurteilen, bekannt war. Hätte man die Strafrechtsreform belassen, wäre es nie dazu gekommen, dass sämtliche Täter des Reichssicherheitshauptamtes, also alle die, die den Massenmord mitorganisiert hatten, plötzlich außer Verfolgung gesetzt wurden. Erst das Heraustrennen aus der Strafrechtsreformgesetzgebung ermöglichte eine Verjährung. Dreher fand in den Nachkriegsjahren gleich Anstellung im Bundesministerium für Justiz. In wenigen Jahren wurde er der Vorsitzende der Strafrechtsabteilung, und in der FPD ein allerdickster Freund von Dr. Achenbach.

Die gesamte Rechtsprechung ist zu Boden geschlagen worden mit dem von Dreher ins Leben gerufenen Gesetz zur Ordnungswidrigkeit, das unendlich harmlos klang. Dreher brachte das Gesetzt über die Rechtsprechungskommission in den Bundestag zur Diskussion, und dort wurde es in einer einzigen Stunde, ohne einen einzigen Widerspruch, mit den Stimmen von allen Großen, von Wehner und Brandt, abgestimmt. Die gesamte Verbrechenszeit bekam im Nachhinein ihren Segen. Die Perspektive für eine neue Ordnung in Deutschland war dahin.

Achenbach und Dreher haben erreicht, dass dieses Gesetz vorgezogen wird, bevor ein Strafrechtsreformprojekt auf dem Bundestagstisch liegt. Die gesamte Berliner Generalstaatsanwaltschaft, die die Reichssicherheitshauptamtakten hatte, alle diese Prozesse waren zerstört von einem Tag zum anderen. Es ging in die nächste Instanz, den Bundesgerichtshof. Und der hat ihnen bestätigt: Nein, es gibt keine zwangsweise Behandlung des Gehilfen mehr als Täter. Die Gehilfen, wenn sie nicht niedrige Beweggründe hatten – und wie wollte man die ihnen nachweisen – sie sind frei.

Ich nehme an, dass Fritz Bauer davon genauso schnell Kenntnis gehabt hat wie jeder andere Richter. Das hat ihn doch glühend interessiert.

Das ist die deutsche Geschichte. Das Gewissen hört an diesem Tag auf. Das fällt seltsamerweise zusammen mit dem Mai der Studenten, dem Mai ‘68, ein gewaltiges Datum. Und daran stirbt Bauer. Für Bauer war die deutsche Geschichte hier zu Ende. Seine Nachkriegsarbeit war verloren.“

Die Briefe von Thomas Harlan an Fritz Bauer sind nicht erhalten. Nach dem bisher nicht geklärten Tod Fritz Bauers am 1. Juli 1968 in seiner Wohnung wurden dort keine Dokumente gefunden.

Die Transkription eines Teils des filmischen Interviews von Ilona J. Ziok zu ihrem Dokumentarfilm „Fritz Bauer – der Tod auf Raten“ (Uraufführung Berlinale 2010) wurde in Zusammenarbeit mit Silke Kettelhake aufbereitet; weitere Interviews sollen in Buchform erscheinen.

Fritz Bauer (1903 – 1968)



Im Winter 2015 geht das „Fritz M. Bauer Projekt" der BUXUS STIFTUNG gemeinnützige GmbH unter http://www.fritz-bauer-projekt.de online.

(Porträt Fritz Bauer © Unbekannter Fotograf / Archiv der Sozialen Demokratie)

„Viel, vielleicht alles, hängt davon ab, dass es gelingt, in Wort, Schrift und Tat dem falschen Gehorsam ein Ende zu bereiten, der missverstandenen Loyalität, der politischen Abstinenz, dem Byzantinismus, dem Untertanengeist, dem Herdentrieb und einer Staatsfrömmigkeit, die unsere Geschichte beherrscht haben."

BUXUS® STIFTUNG

FRITZ BAUER VERANSTALTUNGEN

9. Juli 2015, 19.00 Uhr, Donauwörth Buchhandlung Greno

8. Juli 2015, 19.30 Uhr, Colleg Dillingen a. d. Donau

8. Juli 2015 Dillingen a. d. Donau

06.06.2015 Fritz Bauer und die Überlebenden

05. – 07.05.2015 Museo de la Memoria y de los Derechos Humanos und Goethe Institut

"FRITZ BAUER – TOD AUF RATEN"

Filmvorführungen des Films von I. Ziok

EICHMANN - PROJEKT

FRITZ M. BAUER AKADEMIE

FRITZ M. BAUER PREIS

BUXUS STIFTUNG

Der Jurist Dr. Fritz M. Bauer, der dies sagte, wusste, wovon er sprach. Als Generalstaatsanwalt, zunächst in Braunschweig, später in Hessen, setzte er sich für die Rehabilitierung des Widerstandsrechts in Deutschland nach 1945 ein. Konsequent sprach er stets von den Nazi-Tätern und wandte sich gegen die juristische Konstruktion der Gehilfenschaft, die er als Flucht aus der Verantwortung begriff – vor den Opfern, aber auch vor der eigenen Geschichte. Wäre nicht jeder während der Nazi-Herrschaft berechtigt und verpflichtet gewesen, den Verfolgten zu helfen? Das war die Frage, die ihn bewegte. Entnazifizierung und Demokratisierung waren nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur Fritz Bauers Hauptanliegen.

Er war der Generalstaatsanwalt, der Eichmann, Auschwitz, die Verbrechen der Wehrmacht, der NS-Justiz und NS-Medizin vor Gericht brachte. Deshalb verfolgten ihn Anfeindungen und Morddrohungen bis zum Tod.

Fritz Bauer, der selber KZ-Haft und Gefängnis überlebte, setzte sich für die Gefangenen und für die Schwächsten in unserer Gesellschaft ein. Die Strafrechtsreform und ein humaner Strafvollzug waren für ihn Hauptanliegen. Bauer kämpfte gegen das überkommene deutsche Schuld- und Sühnestrafrecht, er sprach von Liebe und Mitgefühl gegenüber Hass und Gewalt. „Wir sollen unseres Bruders Hüter sein", erklärte der Jurist: „Das scheint mir die Aufgabe eines demokratischen und sozialen und menschenwürdigen Rechts. Das wäre die Menschenliebe, von der die Religionen sprechen."

Robert M. W. Kempner, Ankläger der USA beim Internationalen Nürnberger Militärtribunal, sagte über den Sozialdemokraten, der die sozialistische Idee als humanes Tagwerk begriff und auch verwirklichte: „Er war der größte Botschafter, den die Bundesrepublik hatte." Wie kein anderer Jurist im Nachkriegsdeutschland setzte Fritz Bauer sich dafür ein, dass der Kampf gegen Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus weiterging und die Menschenrechte zu neuer Anerkennung gelangten.

Der Jurist Fritz Bauer war die Stimme der Überlebenden, ein Praktiker, der möglichst unbürokratisch helfen wollte. Sein Ziel war es, die Humanität der Rechtsordnung und der Wissenschaft weiter zu entwickeln und ein humanistisches Lernen in der Welt voranzubringen, welches das Verständnis für die Werte etablieren würde, durch die unsere Zivilisationen überleben.

Die BUXUS Stiftung will mit ihrer Webseite zur ständigen Diskussion über Fritz Bauers Werk und Ziele beitragen.

BUXUS Stiftung
gemeinnützige GmbH

Dieses Deutschland

Das Unvorstellbare vorstellbar machen

Ralph Giordano

Vorbemerkung

„Dieses Deutschland, in dem Fritz Bauer zu wirken versuchte, als Antifaschist, als Nazi-Gegner und letztlich auch als Überlebender des Holocausts, war gekennzeichnet von dem, was ich die zweite Schuld genannt habe.“ Ralph Giordano

Mit Ralph Giordano, der 2014 verstarb, sprach Regisseurin Ilona J. Ziok im Rahmen ihrer fünfjährigen Arbeiten am 2010 veröffentlichten Dokumentarfilm „Fritz Bauer – Tod auf Raten“.

Ralph Giordano, Jahrgang 1923, überlebte die Nazi-Zeit mit seiner Familie versteckt im Untergrund. Seine Begegnungen mit Fritz Bauer sind ihm als höchst eindrucksvoll in Erinnerung: „Ein körperlich eher kleiner Mann, aber mit einer großen persönlichen Ausstrahlung. In mein Bewusstsein ist Fritz Bauer lange vor dem Auschwitz-Prozess getreten, zehn Jahre vorher, denn der Remer-Prozess fand 1952, geführt von Fritz Bauer, in Braunschweig statt. Als jugendlicher Antifaschist, als Publizist, mit Ende 20, habe ich diesen Prozess mit allergrößter Aufmerksamkeit verfolgt. Aus dieser Zeit stieg Fritz Bauer auf wie Phönix aus der Asche. Er war einer von denen, die Ernst machten, die von dieser Gesellschaft – die nur einen Wunsch hatte, nämlich den Schlussstrich zu ziehen, zu verdrängen und nicht mehr drüber reden zu wollen – die Einsicht in die Wahrheit forderten. Fritz Bauer war der große Störenfried.“

Einzelkämpfer im Feindesland

Die Tragik von Bauer war mir eigentlich immer bekannt: Er versuchte, in einem Deutschland, das nicht bereit war für diese Schuldanerkennung, die Nazi-Zeit juristisch aufzuarbeiten. Fritz Bauer stieß auf unglaubliche Widerstände. Wir leben in einem Land, in dem die größten geschichtsbekannten Verbrechen begangen wurden mit Millionen und Abermillionen Opfern, die hinter den Fronten umgebracht worden sind wie Insekten – und in dem das größte Wiedereingliederungswerk für die NS-Täter entstanden ist, das es je gegeben hat. Sie sind nicht nur straffrei davongekommen, sondern sie konnten ihre Karrieren unbeschadet fortsetzten. Das war der Stachel im Leben von Fritz Bauer – wie in meinem Leben als Überlebender des Holocausts. Man stelle sich vor: 200.000 aktenkundige politische Todesurteile, und kein einziger dieser NS-Richter ist je rechtskräftig verurteilt worden? Damit muss man leben können.

Fritz Bauer hat damit nur schwer leben können. Ich glaube, seine inneren Versehrungen waren größer, stärker, fürchterlicher, als er sich das hat anmerken lassen. Ich habe die NS- und KZ-Prozesse vor bundesdeutschen Schwurgerichten jahrzehntelang verfolgt, ich war beim Auschwitz-Prozess über die Jahre zugegen als Berichterstatter der Wochenzeitung *Jüdische Allgemeine*, im Auftrag des Zentralrates der Juden in Deutschland, als Fernsehjournalist, als Autor, als Radiomann.

Täterprofile

Für mich begann die Berichterstattung mit dem Prozess gegen Gustav Sorge und Karl Schuhmann in Bonn, vom Oktober 1958 bis Februar 1959. Es ging um die SS-Wachmannschaften des KZ Sachsenhausen und des KZ Oranienburg. Und binnen kürzester Zeit war klar, was sich in all den Jahrzehnten bis heute – die Ausläufer dieser Prozesse reichen ja bis in die Jetzt-Zeit – bestätigt hat, nämlich, dass der Hauptangeklagten-Typus aus den untersten Gliedern des industriellen Serien-, Massen- und Völkermordes stammte.

Vor Gericht standen die kleinen Angestellten, die Angestellten des Verwaltungsmassakers, die Tötungsarbeiter selbst, die nicht mehr sagen konnten, sie haben von nichts gewusst. Weil sie mit ihren Stiefeln, Pistolen und Knüppeln gemordet haben. Das war der Hauptangeklagten-Typus. Nicht ihre Vorgesetzten, nicht die, die in der Verantwortungshierarchie viel höher standen als sie, nicht die, die den Todesmühlen das Menschenmehl zugetrieben haben. Die standen bei diesen NS-Prozessen, diesen KZ-Prozessen vor bundesdeutschen Schwurgerichten, nicht vor Gericht. Wenn, dann höchst selten.

Die Konfrontation

Das ist und bleibt ein Stigma der NS-Prozesse vor den bundesdeutschen Schwurgerichten. Nicht nur in der Nachkriegszeit. Das ist das eine. Das andere ist, wie die Verteidiger mit den Opfern, mit den Zeugen umgegangen sind. Das ist eines der entsetzlichsten Kapitel in der deutschen Nachkriegs-Justizgeschichte und ich bin ganz sicher, dass Fritz Bauer darunter sehr, sehr gelitten hat. Auch für den Auschwitz-Prozess galt dies: Die Verteidiger wussten, wer da ankommt, was das für Menschen sind, wie sie leiden mussten. Die Angeklagten kannten die Verteidiger nicht so, wie sie diese als Zeugen erleben mussten. Zum Teil waren das ja Opas, in Pantoffeln. Die Zeugen hatten die Angeklagten in Erinnerung, wie sie in ihren Uniformen, in ihren SS- oder Wehrmachts-Uniformen, in Reitstiefeln und Gerte und Pistole, eben schwer bewaffnet, mit ihnen umgegangen sind. Das waren diese Herren, die jetzt also auf ihren Bänken dort anscheinend keiner Fliege etwas antun konnten.

Das waren für mich sehr schwere Stunden, denn ich habe diese NS-Prozesse über Fritz Bauers Tod hinaus lange verfolgt. Die Zeugen, die kamen, kostete es große innere Überwindung, überhaupt zu erscheinen, sich noch einmal zu erinnern, dann ihrer Peiniger ansichtig zu werden – um schließlich von den Verteidigern behandelt zu werden, als wenn sie die Angeklagten sind. Auch darüber äußerte sich Bauer einmal ergiebig in meiner Gegenwart, dass bei diesen NS-Prozessen durch die Verteidigung die Rollen vertauscht wurden. Ja. Die Angeklagten wurden zu Opfern und die Opfer wurden zu Angeklagten gemacht.

Es gab zwei Typen von Zeugen, von Opferzeugen: Die einen, die so bewegt waren in der Rekonstruierung ihres eigenen Leids, dass sie nicht das aussagten, was eigentlich nötig gewesen wäre. Sie waren so beschäftigt mit sich selbst. Die Verteidiger verlangten von ihnen, dass sie sich damals hätten Notizen machen sollen, wann, zur welcher Stunde, zu welcher Tageszeit das und das geschehen ist, für spätere Prozesse. Ein absoluter Irrsinn. Aber es gab auch andere Zeugen. Es gab gestandene Zeugen, die dieser Haltung der Verteidiger ihre Kraft, ihre intellektuelle und moralische Kraft, entgegenzusetzen wussten. Die dann die Angeklagten ins offene Messer rennen ließen. Auch das habe ich erlebt. Selten genug, aber so etwas gab es auch. Charakteristisch für diese Haltung hinsichtlich der Verteidigung in den NS-Prozessen vor bundesdeutschen Schwurgerichten ist der Spielfilm von Stanley Kramer *Judgment at Nuremberg*, *Das Urteil von Nürnberg* von 1961: Anknüpfungspunkt des Films ist der Juristenprozess von 1947 gegen eine Reihe von NS-Richtern. Auch hier wurden plötzlich die Angeklagten zu Opfern und die Opfer zu Angeklagten.

Der große Frieden um die Täter

In diesem Deutschland der zweiten Schuld in den Jahren nach 1945 bis 1949, wie ich es genannt habe, behielten Verdrängung und Leugnung der ersten Periode unter Hitler die Oberhand. Davon ist die Nachkriegszeit gekennzeichnet. Fritz Bauer war einer der wenigen Menschen, die diesem unsäglichen Zeitgeist trotzten und widerstanden und dabei muss er sehr viel eingesteckt haben. Er hat gesagt, wenn er sein Dienstzimmer verließe, dann betrete er feindliches Ausland. Das feindliche Ausland lag in der Bundes-

republik Deutschland, in der so genannten Demokratie.

Jede zweite Schuld setzt eine erste voraus: Die Schuld, die die Deutschen oder doch die ihrer Mehrheit unter Hitler auf sich geladen haben. Die zweite Schuld benennt diese Verdrängung und Verleugnung der ersten Schuld nach 1945, nach Gründung der Bundesrepublik. Aber nicht eben bloß rhetorisch oder moralisch, sondern tief institutionalisiert durch das, was ich den großen Frieden mit den Tätern genannt habe.

Dieser große Frieden mit den Tätern hat mit sich gebracht, dass diejenigen, von Ausnahmen abgesehen, die „in" waren, die vor 1945 Karriere gemacht hatten, auch danach ihre Posten innehatten. Und diejenigen, die „out" waren, die vorher geächtet wurden, die verfolgt wurden, die emigrieren mussten, sie waren auch lange nachher „out". Dieses Deutschland nach 1945, dieses Adenauer-Deutschland wollte sich an der NS-Vergangenheit vorbeistehlen. Und es kam ja überhaupt erst sehr spät zu den NS-Prozessen vor bundesdeutschen Schwurgerichten. Es hat sehr lange gedauert, bis die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen ihre Arbeit aufnahm, bis Ende der 1950er-Jahre.

Der Ulmer-Einsatz-Kommando-Prozess 1958 vor dem Schwurgericht Ulm zeigte auf, dass es Verbrechenskomplexe gab, über die bisher nie gesprochen worden ist. Und dann kam der Prozess gegen Martin Sobber, genannt die Bestie von Buchenwald, 1957/1958. Ein Tötungsarbeiter, eine Bestie. Die, die in der Verantwortungshierarchie wirtschaftlich und politisch in der Nazi-Zeit oben standen, die haben im nationalen Konsens ihre Karrieren fortsetzen können.

Es war viel schwerer, diese Täter vor Gericht zu bekommen als die so genannten Kleinen, die, die als Tötungsarbeiter die Drecksarbeit an der Front des Holocausts gemacht haben. Das ist der Makel hinsichtlich dieser Welle von NS- und KZ-Prozessen vor bundesdeutschen Schwurgerichten: Kein einziger hoher Wehrmachtsoffizier, keiner der Wirtschaftsführer stand vor den Schranken der bundesdeutschen Justiz. Was kein Wunder war, denn eben die Justiz nach 1945, auch nach 1949, nach Gründung der Bundesrepublik, ist niemals gesäubert worden. Es sind keinerlei wirkliche Anstrengungen gemacht worden. Nicht, dass es keine Prozesse gegeben hätte, es hat Prozesse gegen NS-Richter gegeben, etwa 60 oder 70, aber nicht einer der Täter ist rechtskräftig verurteilt worden.

Zur Rechenschaft ziehen

Ausdruck jener Zeit ist, dass die ganze Verantwortung für das, was geschehen ist, auf KZ-Exzess-Täter konzentriert werden sollte. Das ist eine der großen historischen Lebenslügen dieser zweiten deutschen Republik, eine Lebenslüge zur Verdrängung der Schuld, die der Gesellschaft und der Nachkriegs-Justiz gelungen ist. Denn dieses Defizit der höheren Verantwortlichen im Vergleich mit den unteren Gliedern ist ganz offensichtlich. Gesehen von dem Zeitpunkt an, als ich anfing, NS-Prozesse zu beobachten, seit 1958, änderte sich nichts im Verlauf der Jahre. Sondern es ist bis zuletzt, bis in die Ausläufer von heute, gleich geblieben.

Die lieben Pensionäre

Es lebt noch eine Reihe von über 80-Jährigen, die Blut an den Händen haben und die nie zur Verantwortung gezogen worden sind. Die Prozesse wurden immer wieder verschoben, es sind ihnen immer neue Tricksereien eingefallen. Es wundert mich nicht, wenn von Zeit zu Zeit so etwas hochkommt, und da lebt einer in Bayern oder in Hessen oder in Schleswig-Holstein, da war einer von den Tötungsarbeitern oder auch einer von denen, die Befehle gegeben haben und der lebt da von 1945 bis heute. 60 Jahre sind vergangen und niemand hat ihn zur Verantwortung gezogen. Und der kassiert natürlich seine Pension, das ist etwas ganz Ungeheuerliches.

Die Jagd auf Adolf Eichmann

Dass Fritz Bauer an der Ergreifung von Eichmann beteiligt war, habe ich erst sehr viel später erfahren. Er selbst hat zu seinen Lebzeiten darüber nicht gesprochen, denke ich. Dass er seine Kenntnisse an den israelischen Geheimdienst gegeben hat, sicher auch im Zusammenhang mit Simon Wiesenthal, war die Voraussetzung dafür, dass Eichmann ergriffen wurde. Hier wurde das Prinzip, dass die untersten Glieder abgeurteilt wurden, einmal unterbrochen. Hier ist der Spediteur des Holocausts mit Fritz Bauers Hilfe gefasst und bestraft worden.

Eichmann soll vor seiner Hinrichtung, als er zum Schafott geführt wurde, den Menschen, den Juden in Israel, die ihn da umgaben, gesagt haben: „Und ihr werdet mir bald nachfolgen." Die Ergreifung Eichmanns erfüllt mich mit großer Genugtuung und Fritz Bauer hat seinen Teil dazu beigetragen, dass dieser Großverbrecher Eichmann seiner gerechten Strafe zugeführt wurde. Alle diese Täter hätten hingerichtet werden müssen, aber in der Bundesrepublik wären sie davon gekommen.

Für einen Überlebenden des Holocausts ist es nicht leicht gewesen, in diesem Deutschland der zweiten Schuld zu bleiben und nicht den blutigen Staub dieses Landes so schnell wie möglich von seinen Füßen zu schütteln. Am 4. Mai 1945 bin ich aus einem Keller, aus dunkler rattenverseuchter Illegalität, von der achten britischen Armee befreit worden und es war vollkommen klar, warum ich aus Deutschland weggehen würde. Doch ich konnte dieses Land doch nicht verlassen. Weil sich sehr schnell herausstellte – nach einem kurzen Vergeltungsschock, in dem die ganze Nation dachte, sie würde als Besiegte behandelt werden, wie sie als Sieger ja die Besiegten behandelt hatten –, dass die alttestamentarischen Racheängste nicht Wirklichkeit wurden, war der alte, braune Atem wieder da.

Hitler war zwar militärisch besiegt und alles, was der Mann symbolisierte und personifizierte, schien passé. Aber geistig oder besser ungeistig war Hitler nicht geschlagen und er ist bis heute nicht vollständig geschlagen. Das ist eine bittere Bilanz, die ich ziehe als 82-Jähriger. Nicht, dass ich glaube, dass die demokratische Republik, der demokratische Verfassungsstaat durch diese Kräfte, durch diese ungehaltenen Kräfte ausgehebelt werden kann, das nicht.

Rechtsruck in der Mitte der Gesellschaft

Wenn die Deutschen so verrückt wären, diesen Rattenfängern von rechts zu folgen, würde sich schnell herausstellen, dass das Erinnerungsvermögen des ehemals deutsch besetzten Europas unter einer ganz, ganz dünnen Decke liegt. Ich hoffe, dass das nicht der Grund ist, weshalb die Deutschen ihren alten Rattenfängern nicht folgen und dass ihnen klar wird, dass von allen Staaten der Menschheitsgeschichte die demokratische Republik die unerfahrenste ist. Da ist ungeheuer wichtig, dass wir ein angstfreies Gespräch führen können und uns eine Gesellschaft erhalten, in der angstfreie Gespräche geführt werden können. Aber jeden Tag gibt es Meldungen, Nachrichten, Indizien, Beweise dafür, dass – ich wiederhole es – Hitler militärisch geschlagen ist, aber nicht geistig oder besser ungeistig.

Aber wir haben doch nichts gewusst!

Die Verdrängungsmentalität hat ganz bestimmte kollektive Affekte hervorgebracht, mit denen ich mich mein ganzes Leben auseinandergesetzt habe. Denn wenn man die Nazi-Verbrechen betrachtet, dann heißt es schnell: Ja aber, die anderen haben auch Verbrechen begangen, guckt euch an, was England und Frankreich, Spanien, Portugal in der Kolonialzeit passiert ist! Oder es wird gesagt: Es muss doch endlich mal Schluss gemacht werden mit der Aufarbeitung! Diesen kollektiven Affekt, es müsse doch endlich mal Schluss gemacht werden, den habe ich zum ersten Mal gehört im Oktober 1945. Das war ein halbes Jahr nach der Befreiung, nach der militärischen Zerschmetterung Hitlerdeutschlands. Was alle diese Menschen, die so sprechen, eint, von damals bis heute, ist:

Sie haben sich mit dem, mit dem sie Schluss machen wollen, niemals wirklich befasst.

Dann gibt es die, die sagen, aber wir haben doch von nichts gewusst! Im selben Atemzug sagen sie: Aber man konnte doch nichts dagegen machen! Da darf man doch wohl fragen: Wogegen wollten sie eigentlich etwas machen – gegen das, was sie nicht gewusst haben? Das ist ganz charakteristisch. Diese Abwehrmechanismen, diese Verdrängungsmentalität hat keinerlei innere Beziehung zur Welt der Opfer, sie zeigt nur eine absolute, totale innere Beziehungslosigkeit zur Welt der Opfer. Und wenn in dieser Argumentationskette andere Opfer beschworen werden, wenn anderen Ländern der Vorwurf gemacht wird, ja auch ihr habt Verbrechen begangen, dann heißt das für mich: Unbestritten sind die Kriegsverbrechen nicht nur von den Deutschen begangen worden. Aber in dieser Argumentation sind Opfer nichts anderes als Kompensations-Aufrechnungsmasse einer entseelten Toten-Arithmetik. Die traurige Wahrheit ist, dass die Mehrheit – noch zu Zeiten von Fritz Bauer, also in den 1960er-Jahren – von dieser Aufrechnungsmentalität, von dieser Verdrängungsmentalität gebrandmarkt worden war und dass sich Elemente davon bis in die heutige Zeit erhalten haben.

„Nur ein menschliches Wort" – Fritz Bauer

Fritz Bauer war kein Rächer, obwohl es verständlich gewesen wäre, wenn ein Jude ein Rächer gewesen wäre. Man könnte sich aber fragen, wenn den Deutschen das angetan worden wäre, was den Juden angetan wurde: Wie viel Rache- und Vergeltungsenergien hätten in den Deutschen gesteckt? Bauer war ein Mann, der alles, was er getan hat, in seiner Eigenschaft als Jurist hinsichtlich der Aufarbeitung dieses ganzen Tatkomplexes getan hat. Er wollte, dass sich das einpflanzt in die Köpfe, auch in die einer neuen Generation, die herangewachsen war. Einmal, um den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Dann aber auch, um das seine zu tun, damit sich so etwas nicht wiederholt. Damit die Deutschen von damals wussten, wozu eine Kulturnation in der Mitte Europas im 20. Jahrhundert fähig gewesen ist: einen Zivilisationsbruch zu begehen wie Auschwitz, womit nur eines der ungeheuerlichen Verbrechen symbolisiert wird. Es sind nicht nur in Auschwitz Menschen industriell umgebracht worden: Treblinka, Sobibor, Bełzec. In all diesen anderen Todesfabriken.

Fritz Bauer wollte, dass diese historischen Ungeheuerlichkeiten, die geschehen sind, in das öffentliche Bewusstsein der Deutschen dringen. Er hat versucht, seinen Teil dazu beizutragen. Das ist ihm ja auch geglückt, denke ich. Der Auschwitz-Prozess war eine Zäsur in der Geschichte der zweiten Schuld, in der Geschichte der Verdrängung. Danach, und auch mit der Studentenrevolte der 68er, hatte sich etwas verändert: Im Deutschland von heute ist Auschwitz als ein historisches Faktum von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen anerkannt.

Man kann auch sagen: Spät genug, aber immerhin. Wenn man die Messmodelle aneinanderhält, wie es also in den ersten Jahrzehnten nach 1945 und heute lief, dann denke ich: Da hat sich doch etwas getan und die, die am liebsten schon am 8. Mai 1945 Schluss machen wollten, haben nicht das bekommen, was sie wollten. Dieser Leichen-Himalaya im Keller der deutschen Geschichte liegt da wie ein Berg und man kann sich vor einen Berg stellen und rufen: Berg, du bist nicht da! Das macht dem Berg gar nichts aus. Dieser Leichenberg im Keller der Deutschen wird die deutsche Geschichte noch lange Zeit bestimmen und auch neue Generationen immer wieder zwingen, sich damit auseinanderzusetzen.

Die Jugend als Chance

Natürlich, als Schuldlose muss man sehen, es gibt keine Sippenhaft. Die Jugend, die nachwuchs und die heute lebt, ist in jeder Beziehung schuldlos, de facto historisch, politisch, moralisch vollkommen schuldlos. Aber: Sie ist verantwortlich dafür, wie sie dieser Zeit gegenüber steht und wie sie sich Anteilnahme

abringen lässt oder Schmerzlosigkeit zeigt. Wenn jemand emotionslos gegenüber diesen Entsetzlichkeiten und Verbrechen bleibt, dann wird sich das nicht nur auf einen Teil seines Ichs, seines Egos, beziehen, sondern auf die gesamte Persönlichkeit auswirken.

Über 40 Jahre liegen meine beiden Begegnungen mit Bauer nun zurück, aber ein Segment davon habe ich sehr stark in Erinnerung: Es kam ihm auf die Jugend an. Einfach deshalb, weil er glaubte, dass bei den Älteren, bei den sogenannten Tätergenerationen, Hopfen und Malz verloren waren. Da gab es auch welche, die sich geändert haben, die einen Wandel durchgemacht haben, aber nicht kollektiv. Davon kann keine Rede sein.

Nein, nein, ohne dass ich das wortwörtlich wiederholen könnte, was wir damals gesprochen haben, aber das ist mir in Erinnerung geblieben, dass die Anstrengungen, die er aufbrachte, eigentlich dahin zielten, einer neuen und unbelasteten Generation mitzuteilen und mitzugeben, was die Schuld der Deutschen ist.

Als Jude bin ich nicht im Namen des deutschen Volkes verfolgt worden, sondern von Deutschen; und das wollte er den jungen Menschen klar machen. Ich glaube, das war sein eigentliches moralisches Hauptanliegen. Davon war er durchdrungen. Er war ja ein Mensch, der sehr markante Züge hatte. Aber wenn man dahinter schaute und wenn man ein bisschen mit ihm gesprochen hat, dann wusste man, dass da eigentlich ein gütiger Mensch dahinter stand und dass die Unerbittlichkeit, die ihm manche andichteten, dass das überhaupt nicht stimmte, sondern, dass er an etwas arbeitete, das ihn selber schwer versehrte und ihm selber weh tat, natürlich. Nein, es war eine Begegnung, die zu den, obwohl sie kurz war, elementaren Begegnungen meines Lebens gehörten.

Das Wissen und das Ungeheuerliche

Ich erinnere mich, dass dieses Bedürfnis, das Wissen über die Ungeheuerlichkeit des Geschehens weiterzugeben an die jüngeren Generationen, dass das etwas war, was ihn eben besonders antrieb. Ich erinnere mich daran, dass er sich darüber im Klaren war, was diese Vermittlung eigentlich bedeutete: Einer Generation, die demokratisch sozialisiert war, das Unvorstellbare vorstellbar zu machen. Und zwar anhand von konkreten, nachweisbaren, dokumentarisch belegten Ereignissen. Aber er war sich auch darüber im Klaren, dass das schwer war, dieses Unvorstellbare der demokratisch sozialisierten Generation verständlich zu machen. Er sagte mir und darüber sprachen wir lange, dass die Gaskammern von Auschwitz Hunderte und Aberhunderte von Menschen fassen konnten, die auf einmal zusammen vergast wurden. Das Zyklon B wurde eingelassen und nach spätestens 15 Minuten war alles vorbei. Und das war etwas, das ist unvorstellbar. Auch das, was an Wissen später hinzugekommen ist: Dass die Häftlinge die Toten aus den Gaskammern zerren mussten, ihnen das Gold aus den Zähnen brachen, und dass die Toten gezeichnet waren von ihrem Todeskampf: Sie lagen dort übereinander, bekackt und bepisst.

Diese Bilder jungen Menschen klarzumachen, sie dazu zu bringen, sich das vorstellen zu können – da wusste er, dass das große Schwierigkeiten mit sich bringt. Weil es ja selbst für die, die das erlebt haben und überlebt haben, unvorstellbar bleibt. Da kommt ja immer wieder etwas Neues, immer neues Schreckliches dazu, so dass man sich sagt: Das kann doch eigentlich gar nicht wahr sein! Aber es ist wahr! Und Fritz Bauer hat sich sein ganzes Leben eben mit diesem Unvorstellbaren herumgeschlagen.

Fritz Bauer war einer von den Aufrechten, die mir das Verbleiben in Deutschland, so schwer es auch war, doch gerechtfertigt erscheinen ließen, einfach, weil es nötig war, gegen diesen Ungeist, der versuchte zu verdrängen, anzukämpfen. Da konnte ich nicht einfach weg, wie ich ursprünglich vor der Befreiung plante, sondern die Front verlief hier und meine Beziehung – genau wie Fritz Bauers Beziehungen zu den Opfern – war so, dass wir uns, da darf ich mich identifizieren mit ihm, wie Deserteure vorgekommen wären, wenn wir Deutschland

verlassen hätten. Denn diese weitergehende Auseinandersetzung mit dem Nazi-Ungeist hätte einen ja überall hin verfolgt, wo immer man hingegangen wäre.

Wir wollten in die USA, nach Palästina, in der Hoffnung auf einen jüdischen Staat. Aber wo immer ich auch hingegangen wäre, diese Tatsache, dass Hitler militärisch, aber nicht geistig geschlagen war, hätte mich verfolgt bis zu den Antipolen. Infolgedessen habe ich, so schwer es war, nicht bereut, in Deutschland geblieben zu sein. Dass Fritz Bauer, der ja aus der Emigration kam, diese selbe Einstellung hatte, das ist mir nachträglich eine große Genugtuung.

Fritz Bauer und die Jahrhundertbilanz

Ich würde nicht sagen, dass seine Anstrengungen umsonst gewesen sind. Nein, der Auschwitz-Prozess war eine Zäsur in der Verdrängungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Aber wenn man weiß, was er sich vorgenommen hat, und sieht, was erreicht worden ist, wenn man das als Messmodell aneinanderhält, dann muss man sagen: Diese bundesdeutsche Gesellschaft hat seine Anstrengungen zum Scheitern verurteilt, da die Täter eben nicht nur straffrei davon gekommen sind, sondern auch ihre Karrieren unbeschadet fortsetzten konnten.

Fritz Bauer hat erkennen müssen: Das ist eine schreckliche Jahrhundertbilanz! Wenn ein Gewaltregime abgelöst wird durch eine Demokratie, dann kommen die Täter davon. Das galt nicht nur für das Deutschland nach Hitler. Das galt auch, abgesehen von einiger Selbstjustiz der Partisanen, für das Italien nach Mussolini. Es galt ganz und gar für das Spanien nach Franco, es galt für das Portugal nach Salazar, es galt für alle diese faschistischen Regimes in Südamerika, es galt auch für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Da gibt es keine Tabus mehr. Nur die Täter sind davon gekommen, es gibt keine Anklage gegen die Täter! Und es galt letztlich auch für die DDR. Auch da hat es krampfhafte Bemühungen gegeben, Täter zu bestrafen, aber davon kann überhaupt gar keine Rede sein. Die schrecklichste Jahrhundertbilanz ist – und das musste Fritz Bauers Erkenntnis sein: Wenn ein Gewaltregime abgelöst wird durch eine Demokratie, dann kommen die Täter davon.

Da kann es nur eine Schlussfolgerung geben: Ein solches System, und daran hat Fritz Bauer natürlich gearbeitet, darf seine Macht gar nicht erst etablieren, weil es sonst zu spät ist. Sonst werden die Menschen sich immer so benehmen, wie sie sich unter Diktaturen benehmen. Die Mehrheit sind die Mitläufer. Es geschehen Verbrechen und danach werden die immer irgendwie hilflosen Gespräche über Sühne und Gerechtigkeit geführt. Darum, auch als Extrakt für Fritz Bauers Leben, kann ich nur sagen, wirklich, ich wiederhole es: Die einzige produktive Erkenntnis ist, ein solches System darf seine Macht gar nicht erst etablieren. Und dafür zu kämpfen, das ist im Sinne von Fritz Bauer.

Anteilnahme lernen

Wenn junge Leute heute konfrontiert werden mit Augenzeugen, Überlebenden des Holocausts, und den Eindruck haben, dass sie ehrlich sind und die Fähigkeit auch haben, das, was sie selbst erlebt haben, mit all ihren Emotionen zu erzählen, dann muss ich sagen, dass das auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Und ich kann mir vorstellen, dass mit Fritz Bauer, zu dem dieses Odium des Rächers, des Vergelters gar nicht passt, ein tiefgütiger Mensch sichtbar wird, der entsetzt ist von dem, was geschehen war. Der seine Kenntnisse vermitteln und auch Täter bestrafen will. Das wird seine Wirkung auf junge Menschen von heute haben. Nicht auf alle, ich will das nicht pauschalisieren oder generalisieren. Aber in dieser Jugend von heute steckt ein Kern, der offen und zugänglich ist für das, was mit dem Namen Fritz Bauer verbunden ist. Da bin ich sicher.

Die Transkription eines Teils des filmischen Interviews von Ilona J. Ziok zu ihrem Dokumentarfilm „Fritz Bauer – Tod auf Raten“ (Uraufführung Berlinale 2010) wurde in Zusammenarbeit mit Silke Kettelhake aufbereitet; weitere Interviews sollen in Buchform erscheinen.

Mutterseelenallein durch Frankfurt am Main

Gerhard Zwerenz/Ingrid Zwerenz

Vorbemerkung

Mit Fritz Bauer kam ich Anfang der 1960er Jahre in Frankfurt am Main in verschiedenen Gesprächsrunden zusammen, es hatte sich eine Art liberaler Arbeitskreis gebildet. Wir waren befreundet. Sein Vorgehen hat Fritz Bauer Feindschaften innerhalb der gesamten Bundesrepublik, auch innerhalb der Sozialdemokratie eingebracht. (Gerhard Zwerenz)

Regisseurin Ilona J. Ziok sprach im Rahmen ihrer fünfjährigen Arbeiten am 2010 veröffentlichten Dokumentarfilm *Fritz Bauer – Tod auf Raten* mit Ingrid und Gerhard Zwerenz.

Ingrid Zwerenz über ihren am 13. Juli 2015 verstorbenen Mann, den Schriftsteller und Journalisten Gerhard Zwerenz: Als Gerhard 2000 die Neuausgabe seines biographischen Romans über die letzten Jahre Kurt Tucholskys im Exil vorbereitete, wählte er erst den Titel *Eine Liebe in Schweden*. Schließlich hieß das Buch *Gute Witwen weinen nicht*. Immer wieder betonte er diese vier Worte – als wollte er sie mir besonders empfehlen. Ich überhörte den Hinweis, wollte weder eine gute, noch überhaupt eine Witwe sein. Jahre hindurch hat meine Abwehr gewirkt, bis zum Tod von Gerhard am 13. Juli 2015, dabei war entgegen allem Aberglauben der 13. immer unser Glückstag gewesen. Am 13. Dezember 1965 hatte ich in Köln, assistiert von unserer damals zehnjährigen Tochter Catharina, das etwa tausend Seiten umfassende Manuskript des Romans *Casanova oder der Kleine Herr in Krieg und Frieden* abgeschickt – das Buch wurde über lange Zeit ein Bestseller. Erfolge gab es weiterhin bei den über 100 späteren Gerhard-Zwerenz-Editionen: Sie brachten es auf gut zwei Millionen Auflage, wurden in acht Sprachen übersetzt, sie umfassten die Bereiche Politik, Sachbücher, Autobiographien, Lyrik, Polemik, Erotik, Satire, Humor. Dabei war es ein weiter Weg gewesen, den der 1925 im sächsischen Industriegebiet zur Welt gekommene spätere Schriftsteller zurückzulegen hatte.

Wir müssen hier im Land alles verbessern. Ich meine wirklich alles (Fritz Bauer)

Gerhard Zwerenz: In Frankfurts Innenstadt führte mich die Rolltreppe abwärts ins Untergeschoss. Da stehe ich, lasse die Gedanken driften und plötzlich, auf der entgegengesetzten Rolltreppe nach oben, da fährt Fritz Bauer. Verblüfft schauten wir uns an, während die Rolltreppen uns auseinander trugen, wild gestikulierend versuchte der eine dem anderen etwas mitzuteilen. Also stieg ich unten aus und fuhr wieder hoch, um ihn zu treffen, und Fritz Bauer nahm die Treppe abwärts. So fuhren wir noch einmal aneinander vorbei. Schließlich wartete ich auf ihn oben, wir kamen ins Gespräch. 1967 überlegte ich, mit Frau und Tochter aus Köln wegzugehen nach München: Meine kritischen Äußerungen im Kölner *Stadtanzeiger* zu den militärischen Ehren anlässlich der Beerdigung Konrad Adenauers stießen auf große Empörung. Meine Frage war: Was sucht das Militär im Kölner Dom? Unser Briefkasten wurde daraufhin tagelang verstopft von beleidigenden Leserbriefen. Wir waren also entschlossen, Köln zu verlassen.

1967, ein Jahr vor seinem Tod, interviewte ich Fritz Bauer. Er sagte: „Haben Sie sich das genau überlegt, nach München zu ziehen? Und was machen Sie, wenn es dort Schwierigkeiten gibt mit den Gerichten? Wir müssen hier im Land alles verbessern. Alles. Ich meine wirklich alles. Fangen wir bei den Menschen an, bei uns selber müssen wir anfangen. Also, das ist mitunter gar nicht so einfach. Wo verläuft die Grenze zwischen Selbstironie und Masochismus? Natürlich ist es besser, man tut sich selbst etwas weh als einem anderen. Die Selbstkontrolle ist

kein leichtes Geschäft. Kommen Sie doch statt nach München nach Frankfurt. Ich helfe Ihnen, solange ich da bin."

1961 hatte Fritz Bauer aus der hessischen Generalstaatsanwaltschaft ein mehrmonatiges Vorermittlungsverfahren gegen Dr. Hans Globke, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, geführt. Bauer gab die eingeleiteten Ermittlungen (AZ. I AR / 26 / 60 GStA) am 15. Februar 1961 zuständigkeitshalber an die Staatsanwaltschaft Bonn ab. Hans Josef Maria Globke war Adenauers graue Eminenz: Globke, die rechte Hand des Bundeskanzlers, musste geschont werden, obwohl er etwa im Wilhelmstraßenprozess, auch genannt „The Ministries Trial", als Angeklagter und Zeuge aussagte: „Ich wusste, dass die Juden massenweise umgebracht wurden." Die SPD konnte im Bundestag noch so oft beantragen, Hans Globke abzuberufen. Der Verfasser des Kommentars zu den so genannten Rassegesetzen saß fest im Sattel im Bundeskanzleramt. Als alltägliche Konsequenz seines Kommentars zu den „Nürnberger Gesetzen" mussten Frauen ihren Namen mit dem Zusatz Sarah tragen, die Männer Israel. In den Pass wurde ihnen ein großes J gestempelt. Großes Leid brachten die Urteile aufgrund von „Rassenschande". Diese NS-Gesetze markierten den Weg in die Vernichtungslager. Globke blieb im Amt bis zum Erreichen der Pensionsgrenze, 1963, als der Auschwitz-Prozess anlief.

Mir wurde anhand von Vorkommnissen wie des im Sande verlaufenden Falls des Hans Globke die Verstörung des Fritz Bauer verständlich. Fritz Bauer war erschüttert über diese Skandale in der Anfangszeit der Bundesrepublik: ‚Wir haben geglaubt, wir finden ein Volk, das aufklärungswillig ist. Und was finden wir? Ein aufklärungsunfähiges, unwilliges Volk." Das war seine große Sorge, sehr früh.



© Ingrid Zwerenz

Ingrid und Gerhard Zwerenz

Damals wussten wir noch nicht, wie lange, wie viele Jahrzehnte sich die Verhinderung der Aufklärung in diesem Land hinziehen würde.

Das Wiedererstehen der Parteien nach 1945

1960 bis 1962 hielt Fritz Bauer Vorträge, nicht nur in Hessen, sondern auch in Rheinland-Pfalz. Mit der Schrift *Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns* verdeutlichte er seine Skepsis, ob die Demokratie im Notfall in Deutschland verteidigt werden würde. In Nordrhein-Westfalen sollte dieser Vortrag zur Schullektüre werden. Der CDU-Kulturminister in Rheinland-Pfalz ließ diese Absicht für sein Bundesland verbieten.

Anlässlich einer Diskussion darüber sagte ein junger CDU-Abgeordneter, der spätere Bundeskanzler Helmut Kohl, zu dem Remigranten Fritz Bauer, diesem jüdischen, linksintellektuell geprägten SPDler: „Es ist noch viel zu wenig Zeit vergangen seit dem Ende des *Dritten Reiches*, da kann man den Nationalsozialismus noch nicht richtig einschätzen." Das sind die Erschütterungen in der Biografie des Fritz Bauer, über die er schwer weggekommen ist.

Helmut Kohl hatte Rechts-, Sozial- und Staatswissenschaften sowie Geschichte studiert. 1958 promovierte er mit einer Arbeit über „Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945". Kohl sah also 1960, 1962 die Zeitgeschichte noch nicht so weit entwickelt, dass man das *Dritte Reich,* den Faschismus, objektiv hätte bewerten können. Ich würde es begrüßen, wenn er in seinen Autobiografien dazu stehen würde. Helmut Kohl hätte sehr viel nachzuholen, um überhaupt zu begreifen, welch ein Potential Fritz Bauer in dieser frühen Zeit für Deutschland bedeutet hat.

Ingrid Zwerenz: 1968 habe ich ein Buch veröffentlicht, *Anonym – Schmäh- und Drohbriefe an Prominent. I*ch schrieb die einzelnen Betroffenen an, darunter auch Fritz Bauer. Sicher, er hat natürlich fast alles, was ihn von diesem Mist erreichte, sofort in den Papierkorb geworfen. Aber einige bezeichnende Zuschriften hat Fritz Bauer aufgehoben. Adressiert ist die Karte an: „Oberstaatsanwalt Bauer, Charakterkopf 1 A!". Auf der Karte heißt es: „Gut für Brandtfarben. Natürlich muss zu solchem Teufelswerk auch die Handlangermannschaft bereit stehen. Ein großes Volk zu demoralisieren und zu würgen bedarf bestimmter Regeln." Als ob Bauer das deutsche Volk würge. Nach diesem Angriff auch gegen Willy Brandt geht es weiter im Text: „Juda ist im Völkermord geübt. Ein Handlanger dieser Rasse sind Sie, Bauer. Sie sollten sich bis in den Hintern hinein schämen, zu solchem Völkermord die Hand zu reichen. Sie sind also kein deutscher Richter, sondern ein Handlanger der Juden, die unser Volk vernichten wollen." In diesem Ton endet das Schreiben: „Daher sehen wir in Ihnen einen Mann, der mithilft, ein Volk zu zerstören. Bei aller demokratischen Einstellung, aber das ist Teufelswerk und wird auch so vergütet werde. Sie verstehen, Sie charakterloser Staatsanwalt, Sie."

Diese Sendungen wurden anonym verschickt; ich habe Beispiele ähnlicher Aggressivität gesammelt, die mit durchaus offen ersichtlichem Absender dieses Geschmiere an die verschiedenen, ja, Gefährdeten und herausgehobenen Persönlichkeiten versandten.

Ja, ich bin der Mann mit dem Auschwitz-Prozess.

Gerhard Zwerenz: Dafür standen die früheren, verdeckten Organisationen des Alt-Nazitums, nicht des Neonazismus. Fritz Bauer hat natürlich durch seine juristische Stellung, hier in Frankfurt als hessischer Generalstaatsanwalt, solche Feindseligkeiten auf sich gezogen – geradezu Hass. Seine Energie, mit der er den Auschwitz-Prozess vorantrieb, die anderen Prozesse auch, machte ihn zum Generalfeind. Beim nächsten Treffen saßen wir in einem Café an der Hauptwache, da lief schon der Auschwitz-Prozess, und ich befragte ihn: „Ja, ich bin der Mann mit dem Auschwitz-Prozess. Wir müssen diese Prozesse in Deutschland machen. Nein, die Angeklagten sehen ihre Schuld nicht ein. Die nicht. Ein Kollege, ein Anwalt und Verteidiger der Angeklagten im Auschwitz-Prozess, ein CDU-Mann, gab den Angeklagten die Bibel zu lesen. Als er sie zurückerhielt, fand er darin alle Stellen angestrichen, in denen Gott verspricht, seine Feinde auszurotten, mit Feuer und Schwert. Der Verteidiger legte daraufhin sein Mandat nieder. Ich habe mich oft gefragt und frage mich immer öfter: Warum bin ich nur zurückgekommen nach Deutschland."

Erst nach seinem Tod habe ich begriffen, dass aus solchen Erlebnissen seine Unsicherheit im öffentlichen Umgang rührte. Seelenallein – es gab keinen Personenschutz – ist er durch Frankfurt gegangen. Mehrfach habe ich ihn in der Innenstadt getroffen. Er hat stets einen etwas ängstlichen Eindruck gemacht. Verständlich, wenn man so viel Feindschaft erntet.

Bauer war er ein sehr herzlicher Typ, ein ungeheuer freundschaftlicher Mensch, und das eben auch im Beruf, auch gegenüber dem Justizpersonal: Wenn er in den Haftanstalten unterwegs war, sprach er die Gefangenen mit „Kamerad" an. Er trat wie ein ehemaliger Häftling auf. Anfang 1933 wurde er sofort verhaftet, saß in einem der ersten Konzentrationslager. Deshalb hat er dieses kameradschaftliche Du beibehalten, das im damaligen Justizapparat, auch dem Personal gegenüber, völlig befremdlich wirkte.

Nation auf Leitbildsuche

Anfang der 1970er besuchte ich zusammen mit Heinz Brandt, der zwölf Jahre des „Dritten Reiches" im Zuchthaus und in Auschwitz verbracht hat, eine neu eröffnete Haftanstalt in Frankfurt-Preungesheim. Wir gingen durch das moderne Gebäude und wir wurden hier vom Nachfolger Fritz Bauers in die Gefangenbibliothek geführt. Betont wurde, wie toll und neu alles eingerichtet ist, und ich erinnerte mich plötzlich an Fritz Bauer, als er zu mir sagte: „Gehen Sie in die Gefängnisbibliothek, sehen Sie sich dort genauer um." Und ich nehme aus der ersten Regalreihe einen Band in die Hand. Ein durchweg nationalsozialistisches Machwerk. Heinz Brandt greift seinerseits ein Buch heraus, eine Hetzschrift von Alfred Rosenberg. Da standen wir beide nebeneinander mit zwei Nazischwarten: Wenn nun die Gefangenen diese Bücher zu lesen bekommen? Achtet niemand darauf?

Fritz Bauer war ein klassischer sozialdemokratischer Kulturmensch. Einmal äußerte er sich zur Rezeption des allabendlichen Fernsehkonsums: „Die Wirkung der Kunst ... Ich bin ein alter Mann, verstehen Sie. Aber unterschätzen Sie bloß nicht die Wirkung der Erziehung, des Vorbilds. Nehmen Sie diese vielen Krimis im Fernsehen." (lacht) Das war also Mitte der 1960er Jahre. Wenn wir da an heute denken ... Fritz Bauer sagte mir weiter dazu: „Unterschätzen Sie nicht die Wirkung dieser ewigen Krimis im Fernsehen. Das wird nachgeahmt. Das Schießen wird zum Leitbild. Bald wollen alle schießen."

Der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer war der typische gesellschaftskritische Remigrant, ein Linksintellektueller, der versucht hat, nach seiner Rückkehr, zwischen Ende der 1940er Jahre und seinem Tod 1968, in diesem Land etwas zu bewegen: „Was, glauben Sie, kann aus diesem Land werden? Meinen Sie, das Land ist noch zu retten? Diese Linken, die kommen immer mit ihren Utopien. Wenn die Städte aber aufgebaut worden sind, wie eine Kanalisation es verlangt, was soll dann aber eine Utopie? Nehmen Sie die ersten Bonner Jahre. Keine Wehrmacht. Keine Politik der Stärke. Nun betrachten Sie die jetzige Politik und nehmen die Notstandsgesetze hinzu. Legen Sie meinethalben ein Lineal an. Wohin zeigt es? Nach rechts. Was kann da in der Verlängerung herauskommen? Höchstens eine negative Utopie. Zum Glück sind wir alt. Wir werden das nicht mehr miterleben."

Öffentliches Vergessen

Wenn man allerdings das Lineal, von dem er gesprochen hatte, anlegt, dann zeigt das, dass Fritz Bauer in der späteren Zeit vergessen gemacht worden ist. Und dieses Vergessenmachen ist so ungeheuerlich. Es gibt ihn ja gar nicht. In den entsprechenden Büchern über die damalige Zeit kommt er kaum vor. Dieser liberale Jurist, der als Praktiker und als Theoretiker wichtig nicht nur für die Strafrechtsreform war, ist faktisch nicht vertreten. Im Standardwerk *Frankfurter Biographie* von 1994 sind ihm knapp acht Zeilen gewidmet. Denn die Öffentlichkeit hat ihm insgeheim verübelt, dass sein eigentliches Anliegen in seiner juristischen Tätigkeit mündete, die eigentlich eine antifaschistische Tätigkeit gewesen ist. Und das war für einen Mann mit seiner Vergangenheit, mit seiner Verfolgungsgeschichte, die alltägliche Anforderung.

Während in der Tat von der damaligen, noch sehr dumpfen, rechtslastigen CDU viel gegen Bauer vorgebracht wurde, muss allerdings hinzugefügt werden, dass er in der Sozialdemokratie ähnliche Gegner hatte. Das hat ihn naturgemäß mehr irritiert und auch pessimistischer gestimmt. Denn von der CDU angegriffen zu werden, das war normal, in der Adenauer-Zeit sowieso, aber aus der SPD, von der höheren Etage angegriffen zu werden, das hat er schwer verkraftet. Das war sein eigentlicher Kummer.

In der linken Enklave

Ingrid Zwerenz: Im Kabarett *Das Kleine Frankfurter Resistenztheater* fand zu den Premieren

als auch nach den Vorstellungen oft eine Runde zusammen, aus ehemaligen überzeugten Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzkisten und Flüchtlingen aus der DDR, aber vor allen Dingen aus Widerständlern der Nazi-Zeit, die sich als Remigranten hier zusammenfanden, nicht zuletzt Fritz Bauer. Wir haben uns dort seelisch bestärkt, weil wir gegenüber der Entwicklung der frühen Bundesrepublik sehr skeptisch waren. Wir sagten uns: So lange es in Frankfurt ein solches Kabarett gibt, kann es noch nicht ganz so schlimm sein. Schriftsteller, Wissenschaftler, Politiker, Juristen und vor allen Dingen eben auch Fritz Bauer haben sich zu einem Trostbündnis zusammengeschlossen. Alles, was später als 68er Bewegung entstand, war ein Jahrzehnt vorher in den Kreisen dieser Remigranten, dieser Intellektuellen vorhanden: Etwa die Liberalisierungsbestrebungen, die immer wieder von den Rechten abgewürgt wurden, weshalb es dann zur APO-Gründung und zur Studentenbewegung kam. Im Hinblick auf die 68er Bewegung wird oft vergessen, dass es vorher eben diese andere Generation gegeben hat, dominiert von Remigranten.

Gerhard Zwerenz: Dennoch, wenn wir uns zusammensetzten, entweder in einem kleinen Kreis oder wenn ich mich mit ihm in Frankfurt in der Nähe vom Gericht in einem Café traf: Fritz Bauer konnte wundersam erzählen und war völlig offen gegenüber der Jugend. Er war ein alter, sozialdemokratischer Justizreformator, der sich entschieden gegen die Verschärfung des Jugendstrafrechts aussprach. Und er wurde sehr gebraucht. Wir als damals noch jugendbewegte Opposition haben von ihm profitiert, je mehr wir merkten, dass Fritz Bauer auf unserer Seite stand. Gleichgültig, ob es Schriftsteller, ob es Journalisten betraf oder ob es im Kabarett im Kleinen Residenztheater war: Auf Fritz Bauer war Verlass. Er hat seine liberale Grundhaltung durchgehalten, bis zum Schluss. Deswegen haben wir es so bedauert, dass er so frühzeitig, im gleichen Jahr wie Adorno, sterben musste.

Er hatte wenig Rückhalt, auf den er sich verlassen konnte. Einer war Willy Brandt. In Hessen gab es noch Georg-August Zinn, der ihn überhaupt in Sachen Aufarbeitung geholt hatte. Georg-August Zinn war als Jurist bereits in der Weimarer Republik einer der entschiedensten Gegner Roland Freislers gewesen, dem späteren gefürchteten Präsidenten des Volksgerichtshofs. In einer scharfen Auseinandersetzung im Kasseler Stadtparlament, Freisler tobte in der bekannten Art, ließ Zinn kurzerhand nach einem Krankenwagen und nach Zwangsjacken rufen; der Tobsüchtige wurde abgeholt.

Durch seine juristische Tätigkeit hat Fritz Bauer Meilensteine hinterlassen, ohne seine ungeheuerliche Energie, seine nicht nachlassende Kraft, wäre es nicht in Frankfurt zum Auschwitz-Prozess gekommen. Aber er hat auch gewusst, das sind punktuelle Ereignisse. Der Trend insgesamt ändert sich nicht. Daher rührte seine Verzweiflung, seine pessimistische Analyse. Im Nachhinein muss ich ihm Recht geben.

Schwerstarbeit des Herzens

Ingrid Zwerenz: Wer so ein mühevolles Leben hinter sich gebracht hat, spürt das später natürlich. Fritz Bauer war schwer herzkrank. Er hatte Kreislaufschwierigkeiten. Wenn noch eine Depression die Oberhand gewinnt, die das bisherige Lebenswerk zu unterminieren droht, denke ich, dass viele Faktoren kulminiert sind. Aber das merkwürdige ist der Tod in der Badewanne. Derartig wollte dieser prüde Mensch sicherlich nicht gefunden werden, so schutzlos und nackt. Und die Untersuchungen sind verschlampt worden!

Auch bei Kurt Tucholsky ergab sich die Frage: War sein Freitod ein Versehen oder war es Mord von rechts. Für ein Buch bin ich dieser Frage nachgegangen und habe dabei immer an Fritz Bauer gedacht. Ich halte alles für möglich. Wenn ich überlege, wie pessimistisch er in der politischen Einschätzung war, muss ich aber sofort entgegensetzen, dass, sobald er aktiv wurde – und er aktivierte sich ja fast täglich –, dieser Pessimismus verschwand. Dann gab

es den Übergang in Tatkraft, in energisches Alltagshandeln. Ich kann nicht beurteilen, wie es ihm allein und zu Hause erging. Falls etwas geschehen sein sollte, das weitere Depressionen mit sich brachte, ob es dann zu diesem Schlusspunkt Freitod hätte kommen können, ich wage dies nicht zu entscheiden.

Anhand des Selbstmords von Jean Améry wurden die Fragen um den Freitod auch diskutiert, und es hieß oft, es sei im Freitod eine sehr aktivierende Tat zu sehen. Ein freiwilliger Tod setzt in einer bestimmten Zeit ein Zeichen. Ernst Toller und all die verschiedenen Selbstmorde in der Emigration, – ich würde alles als Spekulation ansehen, ich möchte das nicht entscheiden. Dieses gilt auch für Tucholsky.

Fritz Bauer ist laut des ersten Gutachtens an Herzversagen gestorben, bedingt wahrscheinlich durch zu viel Alkohol, durch zu viel Nikotin, und vor allem durch Tabletten. Mit dieser Kombination ist er in Ohnmacht gefallen und gestorben. Ein wichtiges Detail: Zwei Tabletten wurden aufgelöst in seinem Magen gefunden; gefunden wurden aber noch weitere, nicht aufgelöste. Aber wie sind nur diese insgesamt fünf Tabletten in seinen Magen gekommen – als Fritz Bauer schon ohnmächtig war? Eine dieser später verbotenen Tabletten reicht aus, um jemanden, der sie nicht gewohnt war, in Ohnmacht zu versetzen. Fritz Bauer nahm zwei, es waren seine täglichen Schlaftabletten.

Vier unterschiedliche Gutachten

Die Anzahl der in seinem Magen gefundenen Tabletten bedeutet, er hätte sanft und ohnmächtig ins Wasser gleiten müssen. Er wäre ertrunken – doch seine Lungen waren wasserfrei. In einem der drei weiteren Gutachten wurde festgestellt: In der Lunge war Kohlenmonoxid vorhanden. Fritz Bauer muss also später in die Badewanne befördert worden sein. Überhaupt wurde die Spurensicherung nicht gleich gerufen. Da könnte etwas vertuscht worden sein. Wichtig ist, was die Medizin heute dazu sagen kann; welche Möglichkeiten gab es damals und welche Schlüsse lassen sich heute daraus ziehen?

Fritz Bauer kam zu unseren Veranstaltungen, danach ist er direkt nach Hause gegangen, alle Umwege sind undenkbar. Er war viel zu ängstlich, sich allein irgendwohin zu begeben.

Die Spekulationen um seinen Tod, das waren Gesprächslawinen. Da hat jeder etwas gesagt und etwas gewusst und der andere hat's weiter getragen. Schließlich verstummten die Diskussionen. Das war zu Beginn der Studentenrevolte, da gab es mehr Gerede, als dass etwas dahinter steckte.

Die juristische Linie aus der Weimarer Zeit

Gerhard Zwerenz: Diese Haltung antifaschistischer, liberaler Justizpolitik ist im Laufe der politischen Entwicklung der Bundesrepublik verloren gegangen. Insofern ist der Tod von Fritz Bauer paradigmatisch zu sehen. Da ist mehr gestorben als nur eine Person, da haben die alten Kräfte die Oberhand gewonnen. So ist die weitere Entwicklung der Bundesrepublik zu erklären. Zumindest in der Justiz gab es zu wenige Menschen vom Schlage eines Fritz Bauers. Das war für mich eine tiefe Enttäuschung, weil ich geglaubt habe, dass wenigstens die juristische Linie aus der Weimarer Zeit, die Fritz Bauer nach dem Zweiten Weltkrieg verkörperte, weiterverfolgt wird.

Fritz Bauer ist in seiner Einmaligkeit das große Ärgernis und die große Verlegenheit der Bundesrepublik Deutschland. Wenn er weiter gelebt hätte, der gleiche Fall gilt für Adorno, hätte sich das auf die politische und die juristische Struktur nur vorteilhaft ausgewirkt. Diese Tode sind nicht nur persönliche Tode, sondern damit ging eine alternative, liberale Möglichkeit für die Bundesrepublik nachhaltig verloren. Ich bedaure das sehr.

Die Transkription eines Teils des filmischen Interviews von Ilona J. Ziok zu ihrem Dokumentarfilm „Fritz Bauer – Tod auf Raten" (Uraufführung Berlinale 2010) wurde in Zusammenarbeit mit Silke Kettelhake aufbereitet; weitere Interviews sollen in Buchform erscheinen.

Was mir sauer aufstieß[1]

Eindrücke von einem Gang durch die Fritz-Bauer-Ausstellung

Claudia Schulmerich

Endlich wieder eine Fritz-Bauer-Ausstellung in Frankfurt! Das war meine erste Reaktion, als ich 2014 davon erfuhr. Erinnerungen wurden wach. Für mich war Fritz Bauer während der Schulzeit eine Lichtgestalt. Im Lessing-Gymnasium bekam ich eine Ohrfeige, weil ich unseren Mathe-Lehrer mit dem Einwurf gereizt hatte, Hitler sei von der deutschen Großindustrie finanziert worden. Das entsprang nicht konkretem Wissen, sondern der Haltung meiner Familie. Außerdem wollte ich Fritz Bauer gerecht werden, auf dessen Wirken ich es zurückführte, dass irgendwann im Treppenhaus die Büste eines Widerstandskämpfers vom 20. Juli 1944 stand, der im Lessing zur Schule gegangen war. Später wurden dann, als Folge einer Schüler-Initiative, drei weitere Absolventen geehrt: Carl-Heinrich von Stülpnagel, Cäsar von Hofacker und Friedrich-Karl Klausing, deren Rolle als Widerstandskämpfer nicht unumstritten war. Den Auschwitz-Prozess haben wir Klassenweise besucht – und das nicht nur einmal.

Weil Fritz Bauer die panisch antikommunistische, immer noch nazi-behaftete Bundesrepublik verändern wollte, wurde ihm übel mitgespielt. Daran erinnert am Eingang der Ausstellung eine vergrößerte Postkarte, auf der er als „Vaterlandsverräter" geschmäht wird. Ein großes Bild von Kurt Schumacher, dessen Kraft und Konsequenz Fritz Bauer bewundert hat, führt den BesucherInnen vor Augen, dass der Initiator des Auschwitz-Prozesses nicht nur ein leidenschaftlicher Jurist war, sondern als Sozialdemokrat auch ein politisch denkender Mensch. Mir gefiel jener Teil der Ausstellung am besten, der Fritz Bauers Kindheit und sein Hineinwachsen in die Welt der Erwachsenen zeigt. Jude war Fritz Bauer nach seinen eigenen Worten nur „im Sinne der Nürnberger Gesetze". Religion spielte für ihn keine Rolle, aber an sich selbst und andere stellte er hohe ethische Ansprüche.

Sauer aufgestoßen ist mir in der Ausstellung ein Zeitungsartikel aus der Nazizeit, der den Eindruck erweckt, Fritz Bauer sei vor den braunen Machthabern eingeknickt, nachdem sie ihn aus politischen Gründen eingesperrt hatten. Der Artikel trägt die Überschrift „Treuebekenntnis einstiger Sozialdemokraten". Zu den Unterzeichnern soll auch Fritz Bauer gehört haben, obwohl seine Unterschrift nirgendwo gezeigt wird. Nun weiß man ja, dass solche Bekenntnisse niemals freiwillig zustande kamen. Aber das wird den BesucherInnen nirgendwo vermittelt. Das ist unverantwortlich und entspricht nicht wissenschaftlichen Standards. Dass das Fritz Bauer Institut dazu seine Hand gereicht hat, ist ein Schlag ins Gesicht seines Namensgebers.

Nicht weniger befremdet hat mich, dass in einer Vitrine Aktenvermerke der dänischen Polizei aus der Zeit des Exils von Fritz Bauer in Dänemark gezeigt werden, wohin er 1936 aus politischen Gründen geflüchtet war. Diese Vermerke unterstellen ihm den Umgang mit einem homosexuellen Prostituierten. Was die Verantwortlichen bewogen hat, Fritz Bauer 46 Jahre nach seinem Tod als schwul erscheinen zu lassen, bleibt unerfindlich. Nicht einmal die Nazis haben ihm das unterstellt, obwohl Homosexualität für sie der Grund war, jemanden ins Konzentrationslager (KZ) zu sperren. Auch nach Fritz Bauers Rückkehr aus dem Exil war davon niemals die Rede. Seine politischen Gegner hätten den Verdacht mit Kusshand aufgegriffen. Damit wäre der unbequeme Generalstaatsanwalt sofort erledigt gewesen. So aber mussten sie sich damit zufrieden geben, ihn wegen seiner Zusammenarbeit



© CV Films

Das Foto von Dr. Fritz Bauer in einer Ausstellung in Berlin.

mit der DDR-Justiz bei der Aufklärung von Naziverbrechen als Kommunisten zu verdächtigen.

Für mich spielt die sexuelle Orientierung eines Menschen keine Rolle. Und so wie ich hätten sich auch alle anderen, die in den 1950er und 1960er Jahren den Kampf von Fritz Bauer für Demokratie und Toleranz mit heißem Herzen verfolgten, nicht daran gestört, wenn es so gewesen wäre, wie manche behaupten. Im Fritz Bauer Institut kannte man die dänischen Polizeiakten seit langem und hielt sie aus wohl erwogenen Gründen für ungeeignet zur öffentlichen Vermarktung. Bis dann ein Journalist namens Ronen Steinke des Weges kam, dem solche Skrupel fremd zu sein schienen. Er breitete in einem Buch über Fritz Bauer nicht nur dessen vermeintliches Schwulsein aus, sondern auch seinen vermeintlichen Kniefall vor Hitler, und hatte damit bei einem sensationslüsternen Publikum Erfolg. Dass die Gestalter der Fritz-Bauer-Ausstellung sich zur Rechtfertigung ihres unprofessionellen Verhaltens hinter ihm verstecken, ist lächerlich.

Nicht immer begleiten einen beim Gang durch die Ausstellungsräume zwiespältige Gefühle. Vieles aus dem Leben Fritz Bauers wird anschaulich dargestellt, so etwa der Braunschweiger Prozess gegen Otto Ernst Remer und der große Frankfurter Auschwitz-Prozess. Da kommen die BesucherInnen durchaus auf ihre Kosten. Die Ausstellung heißt ja auch „Fritz Bauer – Der Staatsanwalt". Diesem Staatsanwalt wurde von seinen Gegnern vorgeworfen, sein Amt für politische Zwecke zu missbrauchen. Wird er gegen diesen Vorwurf in Schutz genommen? Was erfährt man über den politischen Kopf Fritz Bauer, über seine

politischen Ideen, die ihn insbesondere für junge Menschen zu einer Leitfigur machten? So gut wie nichts. Dabei hat sich dieser Mann immer öffentlich eingemischt, wenn er die Rechte der BürgerInnen bedroht sah. Er stritt leidenschaftlich für eine Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs. Seine Äußerungen zum Recht auf Widerstand habe ich noch im Ohr.

Fritz Bauer machte den Menschen Mut, Nein zu sagen, den Gehorsam zu verweigern, wenn es galt, dem Unrecht zu wehren. Sein Kampf gegen die heftig umstrittenen Notstandsgesetze wird in der Ausstellung verschwiegen. Er hat uns Junge aufgefordert, in Bonn, am Sitz der Bundesregierung, gegen die Notstandsgesetze zu demonstrieren. Das Demonstrieren mussten auch wir erst lernen. Die hoch gelobte Fritz Bauer-Biografie von Irmtrud Wojak, die all das beschreibt, wird den BesucherInnen vorenthalten, ebenso der international erfolgreiche Film von Ilona Ziok, *Fritz Bauer – Tod auf Raten*. Das ist unbegreiflich. Das ist undemokratisch. Das ist eine Art von Zensur. Die Öffentlichkeit hat Anspruch auf ein umfassendes, zutreffendes Bild von Fritz Bauer. Leider zeigen sich die Verantwortlichen taub gegenüber Kritik. Für mich ein Zeichen der Unsicherheit und Schwäche.

Claudia Schulmerich, Journalistin und Herausgeberin des Weltexpresso, u.a. Historikerin, Archäologin und Kunsthistorikerin, früher auch in der Lehrerbildung tätig.
Kontakt: claudia.schulmerich@t-online.de

Anmerkung

[1] Der Beitrag ist eine Kompilation von fünf Artikeln, anlässlich der Fritz Bauer Ausstellung 2014 in Frankfurt am Main.

Briefe zu einer Ausstellung[1]

Zeitzeuge beanstandet Nazipropaganda zu Lasten von Fritz Bauer

Constanze Weinberg

Kurt Nelhiebel ist einer der letzten noch lebenden Zeitzeugen, die den großen Frankfurter Auschwitz-Prozess als journalistische Beobachter miterlebt haben. Er gehört zu den Wenigen, die den Initiator des Verfahrens, den legendären hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, persönlich kannten und aus eigenem Erleben heraus über ihn schreiben können.

Ebenso wie Fritz Bauer hat er Verfolgung durch die Nazis am eigenen Leibe erlebt und wie dieser an ihrer Wiederkehr gelitten.

Als im April 2014 im Frankfurter Jüdischen Museum eine vom Fritz-Bauer Institut und dem Jüdischen Museum initiierte Ausstellung zum Thema „Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht“ eröffnet wurde, entdeckte er im Ausstellungskatalog neben viel Positivem auch manches, das ihn betroffen machte. Zum Beispiel wurde dort kommentarlos ein Zeitungsartikel aus der Nazizeit abgedruckt, der den Anschein erwecke, als habe sich der aus politischen Gründen inhaftierte Fritz Bauer die Freilassung durch ein Treuegelöbnis gegenüber den neuen Machthabern erkauft.

Schockiert bat Kurt Nelhiebel den Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirates des Fritz Bauer Instituts, Wolfgang Benz, eine historische Einordnung des angeblichen Treuebekenntnisses anzuregen, um dem Ausstellungsstück seinen denunziatorischen Charakter zu

nehmen. Er hielt das auch deshalb für notwendig, weil dort von einem Fritz Hauer und nicht von Fritz Bauer die Rede war. Ähnlich äußerte er sich gegenüber dem Direktor des Fritz Bauer Instituts, Raphael Gross. Eine Büroangestellte des Instituts bedauerte unter Hinweis auf eine Intervention des wissenschaftlichen Beirates gegenüber Nelhiebel, dass der „Tippfehler" im Katalog nicht ausreichend ausgewiesen worden sei. Vom Treuegelöbnis selbst kein Wort.

Anschließend bedankte sich der Institutsdirektor mündlich und schriftlich bei dem Zeitzeugen für dessen Engagement. „Mit Recht monieren Sie", schrieb er am 5. Juni, „wir würden den Kontext des von Fritz Bauer sicherlich unter brutalsten KZ-Bedingungen erzwungenen ‚Treuegelöbnisses' nicht genügend im Katalog darstellen. Das werden wir bei jeder weiteren Auflage nun versuchen. Auch werden wir in der Ausstellung den Kontext deutlicher herausstellen." So „durchdacht", wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 9. April 2014 schrieb, war die Ausstellung dann wohl doch nicht.

Die versprochene Erläuterung ließ auf sich warten. „Die Mühlen von Museen und Gestaltern und Layoutern mahlen leider oft sehr langsam", rechtfertigte sich Gross auf Rückfrage. Nach acht Wochen wollte Nelhiebel vom stellvertretenden Direktor des Jüdischen Museums, Fritz Backhaus, wissen, ob und in welcher Weise Besucher der Ausstellung inzwischen über die Umstände informiert würden, unter denen das Treuebekenntnis zustande gekommen sein könnte. Ohne die unerlässlichen Erläuterungen, so Kurt Nelhiebel an die Adresse von Fritz Backhaus, sollte die in Frankfurt beendete Ausstellung am 9. Dezember im Thüringer Landtag in Erfurt jedenfalls nicht erneut eröffnet werden.

Backhaus antwortete ausweichend. Auf Rückfrage hielt er dem 87-jährigen Zeitzeugen vor, er verwechsle anscheinend eine Ausstellung mit einem juristischen Prozess. „Wir sind keine Ankläger und ich glaube nicht, dass Fritz Bauer eine Verteidigung benötigt." Dann räumte er ein, vergessen zu haben, dass es inzwischen einen erläuternden Text gebe; leider wisse er nicht, seit wann er in der Ausstellung gezeigt werde. Es bedurfte einer weiteren Nachfrage, ehe der stellvertretende Museumsdirektor schmallippig antwortete: „Beiliegend die ergänzte Objektbeschriftung und der erläuternde Text zu Ihrer Information. Sie wurden im Juli 2014 in der Ausstellung installiert." Gemeint waren drei Dokumente, die nach Meinung der Ausstellungsmacher darauf hindeuten, dass Fritz Bauer das Treuebekenntnis unter Zwang unterschrieben habe.

Die Vermutung, dass es sich bei dem Treuebekenntnis um eine Propaganda-Aktion der Nazis handelte, mit der die Mitglieder der verbotenen SPD verunsichert werden sollten, ist nach Meinung des Zeitzeugen damit nicht widerlegt. Da die Umstände des Zustandekommens der Unterwerfungserklärung nicht eindeutig geklärt seien und ein Dokument mit der Unterschrift Fritz Bauers offensichtlich nicht existiere, hätte der belastende Zeitungsartikel niemals gezeigt werden dürfen. Dass es dennoch geschehen sei, schade dem Ansehen Fritz Bauers. Der wissenschaftliche Fehlgriff widerlege gleichzeitig die Behauptung, Fritz Bauer benötige keine Verteidigung. In Wirklichkeit, so Kurt Nelhiebel, benötige sie der 1968 verstorbene hessische Generalstaatsanwalt dringender denn je.

Constanze Weinberg ist Politologin und Historikerin, lange im Ausland lebend und tätig.
Kontakt: kulturredaktion@aol.com

Anmerkung

[1] Der Beitrag wurde erstmalig veröffentlicht in: Weltexpresso, am 04.10.2014.

Weiterführende Literatur

„Die Demontage des Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer" von Prof. Dr. Erardo C. Rautenberg; abrufbar unter http://www.gsta.brandenburg.de/media fast/4140/NJ 9 2014 Beitrag Rautenberg.pdf

„Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden“: Auschwitz, Fritz Bauer und die filmische Aufarbeitung

Silke Kettelhake

Mit der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 ging für die meisten Deutschen die Demütigung der totalen Niederlage einher. Die wenigsten empfanden diesen Tag als einen Tag der Befreiung wie etwa die Opfer der nationalsozialistischen Willkürherrschaft: KZ-Insassen, Millionen von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangene, politisch und rassisch Verfolgte. Die erste filmische Nachricht über die Existenz der Konzentrationslager erfahren die Deutschen in der Wochenschau *Welt im Film*, Nr. 5, Sonderausgabe *KZ*, veröffentlicht am 15. Juni 1945. In dieser Wochenschau wird eine große Zahl von Konzentrationslagern benannt und deren Befreiung gezeigt. Doch dieser Wochenschau stand eine Bevölkerung gegenüber, die aus 12-jähriger Erfahrung das Gesehene mit Manipulation und Propaganda gleichsetzte.

Leichenberge, die mit Schaufelbaggern umgeschichtet werden, hohläugige, wandelnde Skelette – die Bilder, die nach der Befreiung der Konzentrationslager durch die russischen, amerikanischen und britischen Soldaten entstanden, kommentierte der glücklich emigrierte Starregisseur Billy Wilder: „Die Leute werden später behaupten, das hätten wir in Hollywood mit Special Effects nachgestellt.“ Hell und luftig gekleidet wie zum Sonntagsausflug, spazierten die wenigen verbliebenen deutschen Männer, die Frauen, die Alten und auch Kinder im Frühsommer 1945 in die KZs, nach Buchenwald bei Weimar, nach Dachau bei München. Das Grauen, das ihnen dort begegnete, ließ sie traumatisiert allein. Das Experiment der leiblichen Konfrontation der Bevölkerung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten wurde nicht wiederholt.

Hilfe aus Hollywood

Stattdessen sollten Lehrfilme entstehen. Alfred Hitchcock wurde beauftragt, mit *Night Will Fall* das Leiden in den Lagern Bergen-Belsen, Auschwitz, Dachau und Ebensee – das Hunger- und Sterbelager im Salzkammergut war in den letzten Wochen vor Kriegsende durch Überführungen aus anderen Konzentrationslagern völlig überfüllt – zu dokumentieren. Der Filmtitel stammt aus dem Skript der letzten Szene: „Finsternis kommt über die Menschheit, wenn die Welt aus diesen Bildern keine Lehre zieht.“ Gedreht wurde etwa in Bergen-Belsen, am 24. April 1945: Noch wurden die Körper wie Holzscheite in die Krematorien geschoben, und über dem Lager lag der süßliche Geruch verbrannten Fleisches. 2000 Meter Film dokumentierten die Momente der Befreiung. Hitchcock, eingeflogen aus Hollywood, verdeutlichte mit Hilfe einer Karte, dass Deutschland und die von Deutschland besetzten Gebiete mit Lagern geradezu überzogen waren wie mit Windpocken. Ein jeder, eine jede hätte die Existenz der Lager in seiner Nähe bezeugen können.

Im September 1945 wurden die Arbeiten am so gut wie beendeten Film eingestellt. Ein Greuelfilm sei nicht erwünscht, so der für Deutschland und Österreich eingesetzte Commander Donald McLachlan, Division of the Political Intelligence Department: „On the

other hand, policy at the moment in Germany is entirely in the direction of encouraging, stimulating and interesting the germans out of their apathy and there are people around the C-in-C who will say: no atrocity film." Der Winter stand vor der Tür und die britischen Behörden zogen der Re-Education die Zusammenarbeit mit den Deutschen vor. Einzelne Filmausschnitte dienten bei Kriegsverbrecherprozessen in Hannover und Nürnberg als Beweismaterial.

Der unglaubliche Schrecken

Ausschnitte aus den in *Night will Fall* gezeigten Bildern fanden Eingang in *Die Todesmühlen*, gedreht und montiert im Auftrag der Alliierten von Billy Wilder und Hanuš Burger. Ansporn war: „Es ist damit zu rechnen, dass die Nazis in einigen Jahren versuchen werden, die Beweise zu widerlegen, oder aber behaupten, es habe sich bei den geschilderten Ereignissen um seltene Ausnahmefälle gehandelt." (Chamberlin 1981) In der „General Directive for Cameramen in the Field" heißt es: „Wählen Sie Einstellungen, die das Lager mit seiner charakteristischen Landschaft ‚verbinden', so dass kein Zweifel an seiner Lage besteht. [...] Stellen Sie die Stromquelle fest, die zur Beleuchtung der Lager benutzt wurde und die die Zäune unter Strom setzte. Falls der Strom von einer in der Nähe liegenden Stadt bezogen wurde, weisen Sie auf die Tatsache hin, um die Verbindung zwischen Stadt und Lager zu beweisen."

Die stillschweigende Zustimmung des Einzelnen an den Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das musste den Deutschen bewusst gemacht werden. Nach langwieriger Bearbeitung erhielt der Film eine Preview in Anwesenheit von Regisseur Billy Wilder. Die ZuschauerInnen sollten per Papier und Bleistift ihre Eindrücke notieren und Billy Wilder erinnerte sich: „Als das Licht wieder anging, waren die Zuschauer verschwunden, alle Bleistifte und Papier gestohlen."

Im Januar 1946 lief der Film regulär in den Kinos an, der Besuch sollte kein Zwang sein. Nach der Sichtung der *Todesmühlen* folgten viele den geflügelten Worten – in den Nachkriegsjahren genutzt zu einem Gemeinplatz der deutschen Verteidigung: „Davon wusste ich nichts, also kann ich nicht verantwortlich gemacht werden."

Die Welt konnte wissen

Fritz Bauer schrieb 1943 an seinem ersten Buch „Kriegsverbrecher vor Gericht", nach KZ und Flucht überlebte er im schwedischen Exil. Veröffentlicht wurde das Buch erst 1945 – in der Schweiz. 1943 konnte die Welt wissen, es gab genügend Berichte von Überlebenden, denen es gelungen war, aus Auschwitz zu fliehen. Im Oktober 1943 gründeten 17 gegen Deutschland Krieg führende Staaten in London die United Nations War Crimes Commission, um Material zu sammeln, damit nach dem Krieg möglichst viele NS-Kriegsverbrecher vor Gericht stehen – ganz Bauers Überlegungen. In Deutschland dagegen begannen die Menschen, sich im Vergessen zu üben: Nach der Niederlage bei Stalingrad kamen Zweifel am so genannten Endsieg auf. Die Genese der Parole „Davon haben wir nichts gewusst" lässt sich bis ins Jahr 1943 zurückverfolgen.

Der amerikanisch lizensierte Berliner *Tagesspiegel* titelte am 4. November 1947 mit „Angst vor der Wahrheit", lediglich 25 Prozent der erwachsenen Bevölkerung im amerikanischen Sektor hätten den Film besucht: „Fünfundsiebzig Prozent hatten also kein Interesse, einen Film zu sehen, der uns vor Augen führt, wie weit wir vom Wege menschlichen Denkens und Handelns abgeirrt sind. Wohin wir dabei gekommen sind, das geht über alle Begriffe des Verstehens und des Verstandes hinaus, so dass man sich im Zuschauerraum scheu umsieht und tief beschämt das Theater verlässt. Fünfundsiebzig Prozent wollten sich aber nicht schämen. Sie stehen geistig noch immer Spalier am Wilhelmplatz, an der Ost-West-Achse, im Stadion und jubeln Herrn Hitler und anderen Helden von gestern zu. Dieser Film hätte bei der Geburt eines Bekenntnisses helfen können, des Bekenntnisses zur Menschlichkeit.

Fünfundsiebzig Prozent hatten Angst vor der Wahrheit, und fünfundzwanzig Prozent schämen sich darüber." Der Film *Die Todesmühlen* wurde 1947 zurückgezogen und nicht mehr aufgeführt.

Der Prozess und seine mediale Wirksamkeit

In den bundesdeutschen Kinos war die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen in der Nachkriegszeit ebenso wenig Thema wie in den Gerichtssälen. Den Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher des Nationalsozialismus 1945 bis 1946 aber kommt filmhistorisch eine besondere Bedeutung zu, denn die Beweisführungen gegen NS-Politiker wie Hermann Göring, Rudolf Heß oder Albert Speer wurden mit Kamera und Ton ausführlich dokumentiert – Material für die Grundlage vieler nachfolgender Filme über die Nürnberger Prozesse. Im Auftrag des Büros der Militärregierung der USA in Deutschland entstand 1947 *Nürnberg und seine Lehre* (*Nuremberg: it`s lessons*, Regie Stuart Schulberg) über den Verlauf des Hauptkriegsverbrecherprozesses vor dem Internationalen Militärgerichtshof von der Verfahrenseröffnung am 14. November 1945 bis zur Urteilsverkündung am 1. Oktober 1946. In Ausschnitten handelt der Dokumentarfilm die Jahre von 1933 bis 1945 ab und bildete die Grundlage für den 1947 in der Sowjetunion produzierten Dokumentarfilm *Das Gericht der Völker* (*Sud Narodow*) von Roman Karmen und Jelisaweta Swilowa. Es entstand eine kaum überschaubare Anzahl dokumentarischer Filme, von denen zahlreiche in der Datenbank des Projekts „Cinematographie des Holocaust" aufgeführt sind. Mit Filmdokumenten der britischen und US-amerikanischen Kriegsberichterstatter arbeiteten etwa Jürgen Corleis' *Bergen-Belsen zum Beispiel* (1985), ebenso Alain Resnais' *Nacht und Nebel* (1956) – während Claude Lanzmann mit *Shoah* (1974–1985) ganz auf Archivmaterial verzichtet: Er zeigt das Umfeld des Massenmords oder den Lokführer, der immer wieder die Strecke bis zum Lagertor fährt.

Der erste deutsche Trümmerfilm

„Leben. Einfach leben", sagt Hildegard Knef in einer der ersten Szenen in *Die Mörder sind unter uns*. Im März 1946 begannen die Dreharbeiten für den ersten deutschen Spielfilm unter Regisseur Wolfgang Staudte. Eine junge Frau, blond, ansehnlich ist die junge Nachwuchsschauspielerin, die ungewöhnlich chic angezogen aus einem KZ zurückkehrt in die Trümmerlandschaft der sowjetischen Besatzungszone Berlins. Sie will in ihre Wohnung, doch dort lebt inzwischen der fürchterlich demoralisierte Arzt Dr. Mertens. Dass das Hildchen gute Protektion erfahren hatte durch Ewald von Demandowksy, „Reichsfilmdramaturg" und Produktionschef der Tobis Filmkunst GmbH, dass ihr Ewald in einem sowjetischen Gefangenenlager einsaß und auf den Tod wartete, wusste niemand oder es interessierte nicht, genauso wenig wie die zwar gebremste, aber doch fortgeführte Schauspielkarriere des Regisseurs Wolfgang Staudte in Propagandafilmen wie *D III R*, *Jud süß* oder *Reitet für Deutschland*.

Die Männer in *Die Mörder sind unter uns*, dem Film, der das Genre des Trümmerfilms begründete, sind in sich Gefangene, rückwärtsgewandt in ihre schreckliche Vergangenheit: Der Arzt Dr. Mertens begegnet seinem ehemaligen Hauptmann wieder, einem bornierten, vollgefressenen Wiederemporkömmling, der einst im Krieg im Osten ein Weihnachten mit einer Massenerschießung feiern ließ. Mertens dürstet nach Rache – das blonde Fräulein aber nach Zuneigung. Abwartend verhält sie sich, bis er endlich reif ist für ihre Liebe und für eine gemeinsame Zukunft. *Die Mörder sind unter uns* traf genau den Nerv der Zeit.

Der neorealistische, ebenfalls auf Originalschauplätzen gedrehte Film *Deutschland im Jahre Null* von Roberto Rossellini ist, verglichen mit *Die Mörder sind unter uns*, ungleich radikaler, unversöhnlicher angelegt: Ein 12-Jähriger versorgt die Familie, die Schwester prostituiert sich, der Vater ist krank und allen eine Last. Ein ehemaliger Lehrer und überzeug-

ter Nationalsozialist bestärkt den ehemaligen Hitlerjungen darin, „unwertes" Leben „auszumerzen". Der Sohn vergiftet den erkrankten Vater und, erschüttert bis in die Grundfeste seiner zutiefst zerstörten Seelenlandschaft, springt von den Mauern eines Ruinenhauses in den Freitod. Roberto Rossellini über seinen Film: „Sollte jedoch jemand glauben, nachdem er diese Geschichte von Edmund Köhler miterlebt hat, es müsste etwas geschehen, man müsste den deutschen Kindern beibringen, das Leben wieder lieben zu lernen, dann hätte sich die Mühe desjenigen, der diesen Film gemacht hat, mehr als gelohnt."

Die Genrebezeichnung Trümmerfilm wird in den Fünfzigern als Schimpfwort gehandelt, denn das Kino bot während der Zeit des Nationalsozialismus die Gelegenheit zu einer Massenflucht in die Leinwandgefühle. Und sich nun plötzlich mit den Realitäten auseinanderzusetzen, das bedeutet eine bisher nicht gekannte Anforderung: Keinen Publikumserfolg, aber Geschichtsaufarbeitung, Vergangenheitsbewältigung brachten international hoch geachtete Produktionen wie *Rotation* (1947), von Wolfgang Staudte für die DEFA in Berlin gedreht, oder Kurt Maetzigs Tragik eines jüdischen Ehepaares in *Ehe im Schatten*. Artur Brauner und Eugen York erzählten mit *Morituri* die Geschichte von durch die Flucht in einen Wald der Deportation entgehenden und überlebenden Juden.

Lang ist der Weg (1946/47) von Herbert B. Fredersdorf und Marek Goldstein, beginnt mit Aufnahmen ermordeter Juden und aus dem Off kommentiert ein Sprecher: „Zahlen sind Zahlen. Sie besagen viel, aber nicht alles. Sie erzählen nicht, was Menschen fühlen, die man in den Tod treibt. Tod durch Hunger, Tod durch Misshandlung, Tod durch Typhus. Sie erzählen nicht, was Menschen fühlen, die man in Viehwagen stößt und nach Auschwitz oder Mauthausen transportiert." Daran, dass ihre Nachbarn mit dem gelben Stern am Revers aus den Häusern, auf die Straßen und in Züge getrieben wurden, dass sie auf Nimmerwiedersehen verschwanden und ihr Hab und Gut für einen lächerlichen Preis auf öffentliche Auktionen zu haben war, daran wollte sich niemand in Deutschland freiwillig erinnern.

Das grüne Gras zwischen den Gleisen

Gut zehn Jahre später sorgten die 32 Minuten Laufzeit des Dokumentarfilms *Nacht und Nebel* von Alain Resnais für einen Skandal bei den Filmfestspielen in Cannes, 1956. Die Bundesregierung protestierte gegen die Nominierung zur Aufführung von *Nacht und Nebel*, unterlegt mit der Musik Hanns Eislers und den Texten der Schriftsteller Jean Cayrol und Paul Celan, beide hatten den Holocaust überlebt: Haarberge, um daraus Filzdecken herzustellen, Brillenberge, Schuhberge, all diese Signalbilder kontrastiert Resnais mit langsamen Kamerafahrten entlang des Lagerzauns, das Gras ist gewachsen zwischen den Gleisen in Auschwitz und in seiner leisen Eindringlichkeit macht *Nacht und Nebel* das Grauen greifbar. Nach Auffassung der Bundesregierung verstieß der filmische Essay gegen die Festivalordnung, nach der „die Gefühle von anderen Staaten nicht verletzt werden dürfen". Mit Intervention der französischen Regierung wurde der Film aus dem Programm genommen.

Am 18. April 1956 debattierte der Deutsche Bundestag über den Film. Die SPD warf der Adenauer-Regierung vor, die Verdrängung der deutschen Geschichte aktiv zu fördern. Die Landesbildstelle Baden-Württemberg erklärte im Mai 1957, dass der Film „Jugendlichen, die den Krieg selbst nur in vager Erinnerung haben, nicht zugemutet werden" könne. Dennoch fand *Nacht und Nebel* bis in die frühen 1960er-Jahre weite Verbreitung: empfohlen als Schulungsfilm für den höheren Polizeidienst vom Innenministerium von Nordrhein-Westfalen. In der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle, Vorgängerin der nordrhein-westfälischen Landeszentrale für politische Bildung, war *Nacht und Nebel* über Jahre der am häufigsten verlangte Film zum Thema.

Die Rückkehr des Fritz Bauer

Über lange zehn Jahre hinweg konnte Fritz Bauer, 1930 mit 27 Jahren jüngster Amtsrichter der Weimarer Republik, nicht in seinem Beruf als Jurist arbeiten. Doch seine Rückkehr nach Deutschland 1949 dauerte mehr als drei Jahre, denn sie war geprägt von Absagen. Das Klima der Adenauer-Ära, in das der Remigrant Fritz Bauer zurückkehrte, war das eines von teils schwerstbelasteten Funktionsträgern, denen es gelang, ihre Karrieren unter veränderten Umständen bruchlos fortzusetzen. Die alten Seilschaften kamen wieder zu Macht und Einfluss, wirkten auf Gesetzgebungsverfahren ein, unterliefen die Strafverfolgung. Der deutschstämmige Jurist Robert Kempner etwa, Stellvertreter des amerikanischen Chefanklägers bei den Nürnberger Prozessen, traf auf große Widerstände, als er sich später in Frankfurt am Main als Anwalt niederlassen wollte. Alexander Mitscherlich, der in Nürnberg für die Ärztekammer den Ärzte-Prozess beobachtete – er schrieb an seinem Buch „Medizin ohne Menschlichkeit" und konnte nicht mehr als Arzt arbeiten – wurde an keine medizinische Fakultät berufen; ihm blieb nur der Weg als Psychoanalytiker.

Der Unrechtsstaat

Der Hartnäckigkeit von Fritz Bauer, der sich gegen die Nazi-Seilschaften in der Nachkriegsjustiz immer wieder zur Wehr setzte, ist es zu verdanken, dass der hitlertreue Wehrmachtsoffizier und rechtsradikale Politiker Otto Remer Anfang 1952 wegen Verleumdung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener vor Gericht gestellt wurde. Remer hatte die Widerständler des 20. Juli 1944 als vom Ausland bezahlte Landesverräter bezeichnet. Fritz Bauer gewann den Prozess für die Hinterbliebenen mit einem außergewöhnlichen, mitreißendem Plädoyer: Er erreichte durch die Verurteilung Remers eine Rehabilitierung des Widerstandsrechts, was ihm ein besonderes Herzensanliegen war. Bauer hob ab auf den Unrechtscharakter des NS-Staates, der „unrechtes Recht" geschaffen habe, wogegen man Widerstand leisten musste. Damit erbrachte Bauer einen ersten bedeutenden Beitrag zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Fritz Bauer: „Schon einmal hatte die Justiz, als es galt, die Demokratie zu verteidigen, ihre Macht missbraucht, und im Unrechtsstaat der Jahre 1933 bis 1945 war der staatlichen Verbrechen kein Ende. Ich wollte ein Jurist sein, der dem Gesetz und Recht der Menschlichkeit und dem Frieden nicht nur Lippendienst leistet."[1]

Ausgerechnet Braunschweig

Über 80 Prozent der alten Staatsanwälte und Richter waren im CDU-regierten neuen Württemberg zurück auf ihren Posten. Einen Ausweg bot Niedersachsen, von einer SPD/CDU-Koalition mit einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten regiert. In Braunschweig – hier wurde 1930 eine der ersten Rechtsregierungen unter Beteiligung der NSDAP gebildet, hier wurde Adolf Hitler 1932 zum Staatsbeamten ernannt, damit er die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt – wurde im April 1949 aus dem Emigranten Fritz Bauer der Remigrant Landgerichtsdirektor Bauer, wohnhaft in der Adolfstraße 46, zur Untermiete. Fritz Bauer in einem Fernsehbeitrag: „Und als der Krieg zu Ende war, war es die logische Konsequenz, dass wir das, was wir uns in unserem Idealismus und vielleicht allzu großen Optimismus erträumten, umsetzen wollten in die Wirklichkeit. Ich bin zurückgekehrt. Ich muss ehrlich sagen, ich habe es nicht bereut. Ich glaube, hier besteht eine Aufgabe, die Aufgabe ist noch nicht gelöst. Ich hoffe in vielen kleinen Schritten die jungen Menschen mitzureißen, ein neues Deutschland zu schaffen, ein Deutschland der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Solidarität und Frieden."

„Steig ein in das Traumboot der Liebe"

Das Kino als Eskapismusmaschine bescherte dem deutschen Film ein Jahr nach Bauers

Rückkehr endlich seinen ersten großen Nachkriegserfolg an den Kassen: mit dem ersten Farbfilm der jungen bundesrepublikanischen Geschichte, mit dem Ende der Film-Noir-artigen Trümmerfilme in Schwarz-Weiß. Das *Schwarzwaldmädel* von 1950 ist ein positiver, leichter Film, der in keiner Sekunde mehr an die Schatten der Vergangenheit erinnert. Die Landschaft: Sattgrün, unzerstört, hier gab es keinen Krieg, Natur pur anstelle von Steinschuttstädten. Ein Mädchen in Tracht, Sonja Ziemann, das erobert werden will, ein ungestümer Maler, Rudolf Prack, fertig ist das neue Traumpaar als Projektionsfläche. *Der Spiegel* schrieb 1952 über die Perfektionierung der Rolle des kleinen, naiven Mädchens und des erfahrenen Mannes: „Eine der boshaftesten Atelier-Erklärungen für die Spezialität des klassischen Paares, Liebesszenen hölzern aneinander vorbeizuspielen, ist die, dass die beiden sich gegenseitig kitschig finden."

Hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit stellte sich mit den Heimatfilmen der 1950er-Jahre ein erfolgreich verdrängender Abwehrmechanismus ein. Die Obrigkeit, auch die Hierarchie in der Familie, durfte nicht in Frage gestellt werden. Ehe und Familie galten als verlässliche, traditionelle Werte, Hausfrau und Muttersein – ein nicht todzukriegendes Ideal, auch wenn die Mehrzahl der Frauen ein langjähriges, hartes Training des Alleinseins und Alleinhandelns hinter sich hatte. Die Familienpolitik der von dem Adenauerschen Motto „Keine Experimente" geprägten Unionsregierungen der 1950er-Jahre befasste sich in vorderster Linie mit der zurückzudrängenden Selbstständigkeit der Frauen. Gleich bei seinem Amtsantritt 1953 als Bundesminister für Familienfragen machte sich der Katholik Franz-Josef Wuermeling stark gegen die Gleichberechtigung der Frau. Familienpolitik ist Staatspolitik, sie „gehört nicht in den Bereich der sozialen Fürsorge" (Wuermeling in Haensch 1969: 74f.) – und die Frau gehört ins Haus. Die Funktionalität der Familie soll die Verteidigungspolitik des Landes unterstützen, ein Bollwerk gegen kommunistische Einflüsse bilden: „Millionen innerlich gesunder Familien mit rechtschaffen erzogenen Kindern sind als Sicherung gegen die drohende Gefahr der kinderreichen Völker des Ostens mindestens so wichtig wie alle militärische Sicherung." (Wuermeling 1953 zit. nach Haensch: 74f.)

Allein gegen die reaktionären Fronten

Gegen die Schweigemauer aus Heimatfilmkitsch und Wirtschaftswunderwelt kämpfte Fritz Bauer, der sich wie keine andere Persönlichkeit der deutschen Nachkriegsgeschichte für eine Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen einsetzte. Die Bedeutung Bauers für die Justizgeschichte und die junge bundesdeutsche Demokratie spielt in dem im Herbst 2015 aktuellen Spielfilm *Der Staat gegen Fritz Bauer* von Lars Kraume weniger eine Rolle. Der Spielfilm dramatisiert – schon in den ersten Einstellungen, sie zeigen einen Selbstmordversuch in der heimischen Badewanne – und gibt Raum für eine Spekulation um die Todesumstände Fritz Bauers in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 1968. Fritz Bauer hatte noch Großes vor, er plante nach dem Auschwitz-Prozess 1963 bis 1965 einen weiteren Prozess: Dieser zielte darauf ab, die für die „Euthanasie"-Verantwortlichen („Aktion T4") zu verurteilen. Seine Ermittlungen wurden von der deutschen Justiz nicht weiter verfolgt und eingestellt.

Die Spielfilme *Im Labyrinth des Schweigens* von Giulio Ricciarelli, 2014, und *Der Staat gegen Fritz Bauer*, 2015, nehmen sich die Freiheit des Fiktionalisierens und schreiben zugleich die Geschichte um: Bei Lars Kraume ist für den Helden in Robe Antriebsfeder ein Fehltritt von 1933: Zerknirscht gesteht dieser Fritz Bauer seinem Untergebenen, er habe, um aus dem KZ entlassen zu werden, ein Treuebekenntnis zu Adolf Hitler unterzeichnet, das auch veröffentlicht worden sei. Da sich diese Behauptung nicht belegen lässt, musste auch das Fritz Bauer Institut diese biografische Geschichtsklitterung aus seiner gleichnamigen Ausstellung entfernen.

Der größte Strafprozess der deutschen Geschichte

Bauers Lebenswerk auf die Rolle des Nazijägers zu kondensieren, ist, nicht nur dramaturgisch, zu einfach gestrickt: In Alexander Kluges *Abschied von gestern* (1966), dem ersten Spielfilm zum Oberhausener Manifest, beschreibt Bauer mit der ihm eigenen Verve seine Vision eines humanistischen Rechtssystems: Für den Gerichtssaal fordert er einen Runden Tisch, an dem Ankläger und Angeklagte auf Augenhöhe zusammensitzen – eine klare Absage und auch Kampfansage an das vorherrschende autoritäre Rechtsverständnis. Ein Generalstaatsanwalt, der eine verantwortungsvoll agierende Justiz mit einem humanistischen Selbstverständnis fordert, prägend für die Persönlichkeit und Lebensgeschichte Bauers – diese seine Geisteshaltung findet sowohl in *Der Staat gegen Fritz Bauer* als auch in *Im Labyrinth des Schweigens* wenig Würdigung. Doch darin liegt Bauers Verdienst: Dass Auschwitz den Deutschen ein Begriff wurde, denn in den 1950er-Jahren war der Ortsname Auschwitz dem Durchschnittsdeutschen unbekannt. Auschwitz lag in Polen hinter dem Eisernen Vorhang, einem Land, zu dem die Bundesrepublik keine diplomatischen Beziehungen unterhielt. Es gab kein Rechtshilfeabkommen. Heute fahren jedes Jahr hundertausende von Touristen und unzählige Schulklassen nach Auschwitz. Das Vernichtungslager ist zur Metapher für den Holocaust geworden – die Lebensleistung Fritz Bauers. In der mehr als vier Jahre andauernden Vorarbeit führte er eine Reihe von Einzelklagen gegen NS-Verbrecher zu einem Verfahren zusammen, dem Auschwitz-Prozess, bis dahin der größte Strafprozess in der deutschen Geschichte.

Raum für Spekulationen und Zuschreibungen

In *Der Staat gegen Fritz Bauer* geht es nicht um Bauers Lebenswerks, zu dem entscheidend der Auschwitz-Prozess und dessen Wirkung auf die deutsche Öffentlichkeit und die der Weltöffentlichkeit gehört. Lieber fiktionalisiert der *Tatort*-erfahrene Lars Kraume Bauers Jagd auf Adolf Eichmann: Bauer wollte Eichmann als Organisator des Holocaust unbedingt in Deutschland vor Gericht bringen. Zwar wurde die Verhaftung Adolf Eichmanns in der ganzen Welt wahrgenommen – für die Bewusstwerdung, für die Herausbildung eines Unrechtsbewusstseins in Deutschland hatte das Aufspüren Eichmanns in Argentinien nach Hinweisen Bauers an den israelischen Geheimdienst eine viel geringere Wirkung als der Frankfurter Auschwitz-Prozess.

Geschichtsklitterung

Bei Lars Kraume gibt es keinen Zweifel an der neuerdings viel diskutierten angeblichen Homosexualität Fritz Bauers: Oberstaatsanwalt Kreidler kommentiert im Film die Mitteilung, dass Fritz Bauer homosexuell ist, mit dem Satz: „Der Jude ist schwul". Der versteckte, immer noch allgegenwärtige Hass auf Juden und der offene Hass auf Schwule sind Kraume Sinnbild für die Enge und Spießigkeit der 1950er-Jahre. Ein schwuler, also sensibler, ein einsamer, also verzweifelter Generalstaatsanwalt: Ist er nicht doch der rachsüchtige Jude, der das schöne deutsche Aufbauwirtschaftswunder madig machen will?

Als Sozialdemokrat, Remigrant und Jude deckte Fritz Bauer genug Feindbilder ab, eine Diskussion seiner geschlechtlichen Orientierung wusste er zu vermeiden. Jahrzehnte und Generationenwechsel schienen nötig, damit die Erinnerung an diesen großen deutschen Juristen den ihr gebührenden Platz in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat. Der Dokumentarfilm *Fritz Bauer – Tod auf Raten* (2010) von Ilona Ziok kommt dem Leben und Wirken Fritz Bauers nahe, schafft Spannung, ohne Kommentar: Die, die Fritz Bauer kannten, kommen zu Wort und in der Tradition eines Marcel Ophuels, der seine Jagd nach Klaus Barbie filmisch dokumentierte, verdichten sich die Handlungs-und Erzählstränge eruptiv in der Suche nach der Wahrheit.

Die Deutschen und ihre Geschichte: Die Aufarbeitungsfilme der vergangenen Jahre lieferten Erklärungsansätze für eine totgeschwiegene Epoche. Aus deren Erbe erschuf Rainer Werner Fassbinder seine großen Filme. Andres Veiel zeigt anhand der gemeinsamen Jahre von Gudrun Ensslin und Bernward Vespers mit *Wer wenn nicht wir* (2011) die Radikalisierung bis zum Mord der jungen Generation aus den Studentenprotesten 1967/68. Vespers Vater war ein Nazi-Schriftsteller, der Vater von Ensslin Anhänger der oppositionellen Bekennenden Kirche und Wehrmachtssoldat. Und in *Hannah Arendt* (2012) erzählt Margarethe von Trotta die Sichtweise der in die USA emigrierten Jüdin auf den Eichmann-Prozess. Schmerzte der Blick zurück in die 1950er-Jahre, schmerzt er heute noch, der Blick zurück auf zwei verheerende Kriege, die Millionen Tote forderten, der Blick zurück auf eine zerstörte Welt, auf Diktaturen, auf den Holocaust, auf Vertreibung? Ein neues Finanz- und Währungssystem, der Marshall-Plan, die Nato wurden etabliert: „Selling democracy" auf der westlichen Seite – und parallel der Aufbau einer sich antifaschistisch begreifenden Deutschen Demokratischen Republik auf der östlichen Seite mit im Kollektiv erzogenen, im Kollektiv arbeitenden „sozialistischen Persönlichkeiten" – heute alles unter Dach und Fach gebracht in einer gemeinsamen bundesrepublikanischen Erinnerungskultur?

Das dreiteilige Weltkriegs-Epos *Unsere Mütter, unsere Väter* sorgte 2013 für Traumquoten im deutschen Fernsehen. Nach dem Screening der ZDF-Produktion in US-amerikanischen Kinos erntete *Unsere Mütter, unsere Väter* harsche Kritiken. Die *New York Times* zog Parallelen zu Propagandafilmen aus der Nazizeit, eine Online-Seite nannte die deutsche TV-Produktion „auf perverse Art optimistisch". Die Serie biete „fünf Stunden Selbstmitleid für die Jugend des Dritten Reiches"; Schuldzuweisung und Schuldeingeständnis seien bei dieser Botschaft an die junge Generation von Deutschen nicht nötig: „Ja, eure Großeltern mögen Nazis gewesen sein. Aber vielleicht waren sie auch so nett wie die Leute in dem Film."

Nun also, 2015, reist Hitler in *Er ist wieder da* in der Regie von David Wnendt durchs Land, lauscht den Sorgen und Nöten des Volkes, fröhliches Armrecken zum Hitlergruß, hier ein Selfie, da ein Selfie mit dem Führer und es wird eifrig gejubelt, wenn er proklamiert, dass die vielen Ausländer das reine deutsche Blut verwässern. Weg vom Fenster ist der twitternde Hitler nicht aufgrund rassistischer Äußerungen, nein, ein Video geht um, in dem er einen kleinen Hund erschießt. Das war, abgesehen von Massenmord und Unrechtsregime, nun wirklich zu viel. Einfach schlimm.

Silke Kettelhake ist freie Journalistin und Autorin von vier Biografien über ungewöhnliche Frauen, zuletzt 2014 mit „Sonja: negativ-dekadent".
Kontakt: sk@silkekettelhake.de

Anmerkung

[1] Deutsche Post, Jg. 14 (1962), K. 24.: 657 f., zitiert in Wojak: „Fritz Bauer".

Literatur

Bauer, Fritz 1962: Justiz als Symptom. In: ders., Die Humanität der Rechtsordnung.

Chamberlin, Brewster S., 1981: Todesmühlen. Ein früher Versuch zur Massen-„Umerziehung" im besetzten Deutschland 1945-1946, Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte, Jg. 29/1981, Heft 3.

Wuermeling, Franz-Josef 1953: Staatliche Familienpolitik. In: Bonner Hefte 8 (1953), 1-6, zit. n. Haensch, N. D., Repressive Familienpolitik, Hamburg 1969, 74f.

Wuermeling, Franz-Josef 1953: Das muss geschehen! Die Familie fordert vom Bundestag. In: Kirchenzeitung, Köln, 6.12.1953, zitiert n. Haensch, N. D., 74f.

„Fritz Bauer – Tod auf Raten“

Ein Film über den Initiator des Auschwitz-Prozesses und Mitbegründer der Humanistischen Union[1]

Werner Koep-Kerstin

1 | Einleitung

Auf der Berlinale 2010 hatte der Film über Dr. Fritz Bauer in der Sektion Panorama seine mit viel Beifall bedachte Welt-Premiere. Ilona Ziok, international bekannte und preisgekrönte Regisseurin, hat in jahrelanger Recherchearbeit das filmische Porträt dieses für die Frühgeschichte der Bundesrepublik und für die Ahndung der Nazi-Verbrechen so bedeutenden Juristen vorgelegt.

Der *Humanistischen Union* ist Bauer, zunächst in Braunschweig, dann als hessischer Generalstaatsanwalt in Frankfurt am Main tätig, nicht nur als Gründungsmitglied aus dem Jahr 1961 bekannt. Doch dürften die meisten Deutschen mit diesem Namen nichts verbinden. Ihm das Bundesverdienstkreuz zu verleihen, kam keinem der Bundespräsidenten in den Sinn. Bauers Tod im Jahr 1968 war allerdings für Robert W. Kempner, Chefankläger bei den Nürnberger Prozessen, Anlass festzustellen: „Er war der größte Botschafter, den die Bundesrepublik hatte... Er wusste, womit man Deutschland helfen kann und er hat ihm geholfen.“

Aber Deutschland hat ihm nicht geholfen. Gegen größte Widerstände aus Justiz und Politik hat Bauer 1963 die Aufnahme des Auschwitz-Prozesses, der gegen Wachmannschaften des Konzentrationslagers (KZ) Auschwitz mit der Anklage millionenfachen Mordes geführt wurde, durchsetzen können. Ohne seine Hinweise an den israelischen Geheimdienst Mossad über den Aufenthalt Eichmanns in Argentinien wäre dessen Entführung 1960 und der Prozess in Jerusalem im folgenden Jahr nicht möglich gewesen. Den deutschen Behörden, die sich nie ernsthaft um die Auslieferung Eichmanns bemüht hatten, misstraute Bauer. Er hielt es sogar für möglich, dass Eichmann vorab gewarnt würde. Bereits Anfang der fünfziger Jahre konnte Bauer im sogenannten Remer-Prozess den deutschen Widerstand vom Vorwurf des Hochverrats freimachen, und so für die allgemeine Anerkennung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus im Nachkriegsdeutschland sorgen. Indem der NS-Staat zum Unrechtsstaat erklärt wurde, konnte der Widerstand rehabilitiert werden.

Der Film stellt nicht den Anspruch, die Umstände des Todes von Fritz Bauer – er wurde 1968 zu Hause tot in der Badewanne aufgefunden – durch neue, ultimative Fakten aufzuklären. Es kommen Freunde zu Wort, die Selbstmord für höchst unwahrscheinlich halten, Mord aber nicht ausschließen. Der Film kommentiert dies nicht. Bereits der Filmtitel weist allerdings den Tod Bauers als Endpunkt einer tragischen Vorgeschichte aus: *Tod auf Raten* heißt doch, dass jemand nach und nach gestorben ist. Oder nach und nach ums Leben gebracht wurde. Die Zusetzungen, die Fritz Bauer erfahren musste, kulminieren in seiner Bemerkung, wenn er sein Büro verlasse, befinde er sich in „feindlichem Ausland“. Der zufällige Zeuge einer Unterhaltung zweier sich unbeobachtet wähnenden Kunden in einem Braunschweiger Antiquariat nach dem Remer-Prozess Anfang der 1950er Jahre konnte hören, wie bedauerlich es sei, dass man Fritz Bauer zu vergasen vergessen habe. Zahlreiche Schmähbriefe mit Anspielungen auf seine jüdische Herkunft spiegeln den „unsäglichen Zeitgeist“ (Ralph Giordano), der wenig bereit war, die NS-TäterInnen, von denen zahlreiche noch oder wieder in Justiz und Politik tätig waren, zur Verantwortung zu ziehen.

Der Filmemacherin Ilona Ziok ist es beeindruckend gelungen, das Leben und

Wirken Bauers durch die Mitteilungen seiner Freunde, Bekannten und KollegInnen in eine große Erzählung mit tiefgründiger dramatischer Struktur zu montieren. Zu Wort kommen sein Nachlassverwalter Manfred Amend, der Neffe Rolf Tiefenthal, Gerhard und Ingrid Zwerenz, Ralph Giordano, Heinz Düx – Untersuchungsrichter im Auschwitz-Prozess – und Joachim Kügler, Staatsanwalt im Ausschwitz-Prozess, sowie Staatsanwalt Johannes Warlow, schließlich noch Thomas Harlan, als der Sohn Veith Harlans mit dessen NS-Vergangenheit belastet, und viele mehr.

Auch wenn der Film zahlreiche *Talking Heads* zeigt, ist er doch weit entfernt von additiver Präsentation. Ilona Ziok steht mit ihrem Dokumentarfilm in einer Erzähltradition, wie sie u.a. von Marcel Ophüls und Krzysztof Kieslowski in den 1950er und 1980er Jahren in überaus vielschichtigen Filmen entwickelt wurde. In spannend erzählten und informativ dichten Kapiteln werden die mit dem Namen Fritz Bauer verbundenen Etappen der Manifestierung des Rechtsstaates mit Hilfe von Archivmaterial und Interviews dargestellt: Remer-Prozess, Verurteilung Eichmanns in Jerusalem, Auschwitz-Prozess, Vorbereitung des Prozesses gegen die „Euthanasie“-Täter und als Beispiel für eine Form von Strafvereitelung der Fall Dreher.

Der Bonner Ministerialbeamte Eduard Dreher, im Krieg als Staatsanwalt am Sondergericht in Innsbruck tätig und durch Übereifer bei der Verhängung von Todesurteilen berüchtigt, war im Bundesjustizministerium am Entwurf und an der Einbringung eines Gesetzes beteiligt, das zunächst in der unscheinbaren Form eines Einführungsgesetzes zum Ordnungswidrigkeitengesetz die Ausschusshürden nahm – und dann im Mai 1968 durch Anfügung eines § 50 II im Strafgesetzbuch durch den Deutschen Bundestag faktisch zu einem Ende der Strafverfolgung von NS-SchreibtischtäterInnen führte. Statt für Beihilfe zum Mord konnten nun zahlreiche StraftäterInnen nur wegen Beihilfe zum Totschlag belangt werden. Dieser war für Straftaten aus der NS-Ära bereits 1960 verjährt. Welch zynisch-unmenschliche Begründungen für die Bewertung Totschlag statt Mord konstruiert wurden, schildert der Film anhand der detaillierten Wiedergabe eines Schwurgerichtsurteils aus dem Jahr 1962, in dem es um die Erschießung von zehn polnischen Häftlingen in ihrer Zelle ging. Dreher war lange Jahre Leiter der Strafrechtsabteilung im Justizministerium und Mitverfasser eines in zahlreichen Auflagen erschienen Strafrechtskommentars.

Ausschnitte aus der Fernsehsendung „Der Kellerclub“ des Hessischen Rundfunks aus dem Jahr 1964, in der Fritz Bauer mit Studierenden diskutiert, geben leitmotivisch in allen Kapiteln Bauers Sicht auf Schuld der Täter und Verantwortung der jungen Generation für das demokratische Deutschland wieder. „Das Nein ist die Grundlage jeder Ethik”, sagt Bauer, und: „Es gibt eine Grenze, wo wir nicht mehr mitmachen dürfen”.

Dass keiner der Angeklagten des Auschwitz-Prozesses auch nur ein einziges Wort der Reue oder Menschlichkeit sagt oder gar an die als ZeugInnen aussagenden Opfer richtet, hat Bauer mehr als alles anderen beklagt. O-Töne der Angeklagten zu Fotos vom heutigen, leeren Gerichtssaal, in dem gegen Boger, Mulka und andere verhandelt wurde, zeugen von deren feiger Wortkargheit. Mulka hat im Prozess lange geleugnet, etwas von den Vergasungen in Auschwitz gewusst zu haben, bis man ihm Listen mit seiner Unterschrift vorgelegt hat.

Ohne umfangreichen Nachlass und mit nur wenigen schriftlichen persönlichen Aufzeichnungen, wie im Falle Fritz Bauers, ist es schwer, im Film einen Menschen nahe zu bringen. Es sind vor allem diese Fernsehbilder, die einen Eindruck vom Charisma und auch dem abgründig Vulkanischen in der Person Bauers vermitteln. Seine Hoffnung, die junge Generation werde dem Rechtsstaat und dem individuellen Recht verpflichtet sein, trägt er mit großer Leidenschaft vor. Anekdoten zeugen von der Menschlichkeit Bauers. Noch jeder angeklagte Jugendliche, der seine Unschuld beteuerte, und den Bauer vor dem Prozess zum Gespräch aufgesucht hat oder kommen ließ,

habe nach einiger Zeit gesagt: „Herr Bauer, isch bins doch gewäse."

Gewiss vermittelt der Film keine wesentlich neuen Erkenntnisse über Nationalsozialismus und Holocaust. Auch ist im akademischen Bereich mit der im Jahr 2009 erschienenen umfangreichen Biografie von Irmtraut Wojak über Fritz Bauer nahezu alles zusammengetragen. Was den Film auszeichnet, ist seine Gesamtschau auf das politische Klima der Frühzeit der Bundesrepublik, das von größten Widerständen in Justiz, Politik und Gesellschaft gegen eine Aufarbeitung der NS-Verbrechen geprägt war. Was den Film zudem für ein großes Publikum und insbesondere für Schulen so wichtig macht, ist seine durch den authentischen Bericht von WeggefährtInnen Bauers und ausgezeichnetes Archivmaterial anschauliche Darstellung von ungeheuren Sachverhalten, die in ihrer Täterschaft und Schuld aufzuklären Bauer als Generalstaatsanwalt seine ganze Kraft gewidmet hat: die Einzigartigkeit des Holocaust durch das industrielle Morden und die mit dem Mord verbundene Beraubung der Opfer sowie deren physische „Verwertung".

2 | Zur Rezeption des Films

KritikerInnen tun sich schwer, wenn eine Dokumentation derart schweren Stoffs nicht puristisch bleibt und künstlerische Elemente einsetzt. Wem, wie einem Kritiker der Tageszeitung, die verwendete Musik wegen der „emotionalisierenden Wirkung" nicht zusagte, dem dürfte vermutlich nicht bekannt gewesen sein, dass es sinfonische Klagelieder aus berühmten Kompositionen sind – Goreckis „Dritte Symphonie" und Pendereckis „Auschwitz Symphonie" –, die der Film in seiner Berlinale-Version dezent einsetzte. Die Bilder vom Flug einer Möwe mit der Musik des Berliner Komponisten und Produzenten des Films, Manuel Göttsching, bei der Fährfahrt des Erzählers nach Kopenhagen, wo Fritz Bauer zunächst Exil fand, gehören zu den Sequenzen, die den ZuschauerInnen Augenblicke der Entspannung von schwer zu ertragenden Schilderungen verschaffen, und die zum Rhythmus des Films beitragen.

Der Rezensent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) fragte seinerzeit (19.02.2010): „Wo sind Fritz Bauers Feinde geblieben?" und wirft dem Film „methodischen Mangel" vor, weil seine Feinde nicht zu Wort kämen. Abgesehen davon, dass diese Kritik von filmischer Ausgewogenheit ausgeht, ist zu fragen, ob es für jene Jahre nicht gerade kennzeichnend war, dass viele Altnazis aus der Deckung heraus agierten? Warum wohl trug der Generalstaatsanwalt Bauer eine Pistole? Absagen bei Interviewanfragen für den Film gab es genügend – u.a. vom Büro Helmut Kohls, dessen Rolle in einer Landtagsdebatte über die Weigerung des Kultusministeriums in Rheinland-Pfalz, ein Buch Bauers für Schulen zuzulassen, im Film geschildert wird. Es scheint, als hätten Probleme der *FAZ* mit Fritz Bauer Tradition: Der Artikel zum hundertsten Geburtstag Bauers am 16.07.2003 trug den Titel: „Volksaufklärung durch Strafrechtstheater" – womit auch die „Inszenierung" des Auschwitz-Prozesses gemeint war.

Die *FAZ* hatte in ihrer Besprechung des Films als finanziellen Förderer irrtümlich die *Bundeszentrale für politische Bildung* genannt. Tatsächlich war es das Bundespresseamt, das den Film unterstützenswert fand. Dass ansonsten mit dem *Saarländischen Rundfunk* nur eine der kleinsten Sendeanstalten Geld gab, verwundert angesichts der Tatsache, dass Filme über Adenauers Staatssekretär Globke oder über Hitlers Sekretärin mit ihrem endlosen Monolog recht großzügig gefördert wurden – der Globke-Film vom *WDR*, *SWR* und von *ARTE*.

Zu einer Renaissance der Beschäftigung mit Fritz Bauer in den vergangenen Jahren in Filmen und Büchern dürfte Ilona Zioks *Tod auf Raten* wesentlich beigetragen haben. Den Auftakt machte die *Aktion Mensch*, die den Film als deutschen Beitrag unter zehn internationalen Filmen in ihr filmisches Angebot des Jahres 2010 zum Thema „Über Mut" aufgenommen und in weit über einhundert Städten in Deutschland gezeigt hat. Die *Huma-*

nistische Union „betreute" diesen Film, indem sie ReferentenInnen für die anschließenden Diskussionen zum Film stellte. Zahlreiche Juristenvereinigungen haben ihren Mitgliedern *Tod auf Raten* – oftmals im Beisein der Produzentin – vorgeführt: so zum Beispiel als erstes das „Forum Recht und Kultur im Kammergericht e.V." in Berlin.

Tod auf Raten hat breite internationale Aufnahme und Beachtung gefunden: u.a. in Dänemark, Frankreich, Polen, Rußland, Spanien und den USA, ebenso wie in Lateinamerika. In einer ausführlichen Handreichung für die *German Departments* in den USA sind Inhalt, filmhistorische Einordnung der Machart des Films und sein didaktisch-pädagogischer Einsatz aufbereitet worden (siehe den Beitrag von Jaeger in diesem Heft, die Redaktion). Und es ist dem Engagement der Abiturklasse 2011 der Albert-Einstein-Schule Maintal zu verdanken, wenn inzwischen auch in Deutschland zum *Tod auf Raten* didaktisch-pädagogisches Begleitmaterial vorliegt (ebenfalls in diesem Heft). Dass der immerhin einhundert-Minuten-Film auch ein jugendliches Publikum zu fesseln vermag, konnte man insbesondere bei der Vorführung in Oppole (Polen) vor dreihundert jungen Leuten erleben, die sich im Rahmen eines deutsch-polnischen Schüler-Wettbewerbes der Friedrich-Ebert-Stiftung in der anschließenden Diskussion kenntnisreich und betroffen zu Wort meldeten.

Werner Koep-Kerstin ist Vorsitzender der Humanistischen Union.
Kontakt: koep-kerstin@gmx.de

Fritz Bauer – Tod auf Raten
Deutschland 2010, 97 Minuten
Ein Film von Ilona Ziok
CV Films Produktion in Koproduktion mit dem Saarländischen Rundfunk
Format Digital Beta, Farbe & s/w

Anmerkung

[1] Aktualisierte Fassung der Filmbesprechung „Fritz Bauer – Tod auf Raten" in den „Mitteilungen der Humanistischen Union" Nr. 208/209 (Juli 2010).

Alles kann Zukunft werden

Über das Festival „Über Mut" und dessen Eröffnungsfilm „Fritz Bauer – Tod auf Raten"

Ralf Schenk

Letzte Woche gab es, wenngleich vor allem aufs Feuilleton beschränkt, einige Aufregung über die Verfilzungen des Auswärtigen Amtes in die NS-Politik, nicht zuletzt darüber, dass die junge Bundesrepublik zahlreiche Diplomaten in ihren Dienst nahm, die schon vor 1945 alle, auch die verbrecherischsten Anweisungen mit in die Tat umgesetzt hatten. Diese Woche könnten wir gleich weitermachen mit solcher Art der Vergangenheitsaufarbeitung, jetzt bezogen auf jene Staatsanwälte und Richter, die ihre Karriere nach dem „Dritten Reich" bruchlos im deutschen Westen fortsetzten. Anlass dazu gibt ein Film, der wie kein anderer geeignet ist, das heute beginnende Festival „Über Mut" zu eröffnen, und dann ein Jahr lang durch hundert deutsche Städte touren wird: „Fritz Bauer – Tod auf Raten" (2010), die neueste Arbeit von Ilona Ziok.

Fritz Bauer (1903-1968), Jude, Emigrant und besessen von Recht und Gerechtigkeit, war hessischer Generalstaatsanwalt und sah

es als eine seiner Lebensaufgaben an, den braunen Sumpf, der ihn im westdeutschen Justizapparat umgab, trockenzulegen. Unter anderem war er beteiligt an der Gefangennahme Adolf Eichmanns, des Cheforganisators des industriellen Tötens in Auschwitz, der durch den israelischen Geheimdienst in Argentinien dingfest gemacht werden konnte. Bauer, so heißt es im Film, habe den Israelis den entsprechenden Auftrag „zugeschanzt", aus Sorge darüber, dass im Verwaltungsapparat der westdeutschen Staatsanwaltschaft Verrat möglich sei. Er traute den früheren NS-Beamten, die unter Bundeskanzler Adenauer zu neuen Ehren gekommen waren, so ziemlich alles zu: auch, dass sie Eichmann warnen und ihm so zur Flucht hätten verhelfen können.

Ilona Ziok skizziert penibel, gegen welche Widerstände Bauer zu kämpfen hatte: Es ist ein Bild aus einer sehr fernen Zeit, wie die Parabel von David und Goliath. Heute zum Beispiel erscheint es nahezu unbegreiflich, wie sehr Bauer in den 50er-Jahren darum ringen musste, die Attentäter des 20. Juli zu rehabilitieren, die gemeinhin als „Verräter" galten. Dagegen gelang es ihm nicht, den berüchtigten Staatssekretär Globke, den Kommentator der Rassegesetze und„ Vorarbeiter für Auschwitz", aus dem Amt zu treiben. Adenauer hielt seine schützende Hand über ihn, und er hatte dabei viele Verbündete. Bauer pflegte zu sagen: „Wenn ich mein Dienstzimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland", was nicht verwundert, war ihm doch die Verwünschung eines Juristenkollegen zugetragen worden: „Sie hätten ihn mit vergasen sollen." Im Film beschreibt ein Zeitzeuge die damalige Bundesrepublik mit den Worten: „Es wurden alle Möglichkeiten genutzt, wenn sich Gelegenheit bot, die NS-Täter zu schonen und zu schützen." Ilona Ziok glaubt, sich verhört zu haben und fragt nach. Tatsächlich folgt der Satz unverändert ein zweites Mal: Der, der ihn sagt, weiß genau, wovon er redet.

Der Rahmen, den sich „Fritz Bauer – Tod auf Raten" gibt, besteht aus einer These, die vielleicht etwas gewagt klingt, dem Ganzen aber eine unheimliche Spannung verleiht: Wäre es denkbar, dass der mutige, unbequeme Mann ermordet wurde? Immerhin trug er aus Sorge um sein Leben in seinen letzten Jahren stets eine Pistole bei sich. In einer Diskussionssendung des Hessischen Rundfunks von 1964, aus der Ilona Ziok ausführlich zitiert, bekennt Bauer, es komme ihm vor, als ob alle Wände von allen Seiten auf ihn einstürzten. Im Juli 1968 fand man ihn dann tot in der Badewanne. Anders als in solchen Fällen üblich, wurde keine Obduktion beantragt. Die „furchtbaren Juristen" (Rolf Hochhuth), die sich in einem Netzwerk mit gegenseitigen entlastenden Zeugenaussagen wirkungsvoll zu schützen verstanden, atmeten hörbar auf. Nun gab es niemanden mehr, vor dem sich die einstigen Schreibtischtäter noch hätten ängstigen müssen. Das alles erzählt der Film mit mühsam gebändigtem Zorn, getreu dem Motto: „Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden." (Fritz Bauer).

Berliner Zeitung vom 4.11.2010

Ralf Schenk ist Journalist, Filmkritiker, Filmhistoriker und Autor.

Zwischen Tragik und Heldentum

Die Inszenierung westdeutscher Vergangenheit in Ilona Zioks Dokumentarfilm „Fritz Bauer – Tod auf Raten“ (2010)[1]

Stephan Jaeger

1 |

Die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft der 1950er- und 1960er-Jahre wurde von der Spannung zwischen dem Schweigen über die nationalsozialistische Vergangenheit und dem gleichzeitigen Versuch geprägt, insbesondere in Film und Literatur, dieses Schweigen zu überwinden. Zudem bestand ein fortwährender Widerspruch zwischen der Denazifizierung und der Präsenz früherer NationalsozialistInnen, die nun einfach ihre vormaligen Ideen gegen die neue kapitalistische Ideologie eingetauscht hatten und ähnliche Funktionen wie im Dritten Reich in den Bereichen Politik, Jurisprudenz und Wirtschaft in der neuen Bundesrepublik bekleideten. Es war eine Zeit, in der die bundesrepublikanische Gesellschaft einen Anfang suchte, ihre Kriegsschuld und die Verantwortlichkeit für den Holocaust anzuerkennen. Ein Film, der im 21. Jahrhundert versucht, die Atmosphäre der damaligen Zeit einzufangen, steht vor der Herausforderung, dass das heutige Geschichtsbewusstsein von der Beurteilung des nationalsozialistischen Deutschlands als Verbrecherstaat sowie vom dominierenden Narrativ, dass die Bundesrepublik und später das wiedervereinigte Deutschland als politische und ökonomische Erfolgsgeschichte gesehen werden, geprägt ist. Kollektiv besteht im heutigen Deutschland für die meisten Menschen kein Zweifel, dass das Dritte Reich ein Unrechtsstaat war. Zum Beispiel könnte man diskutieren, ob die Besetzung von Graf Claus von Stauffenberg mit Tom Cruise in Brian Singers Spielfilm *Operation Walküre – Das Stauffenberg-Attentat* (2008, im Original *Valkyrie*) einfach nur eine sehr ironische Hollywood-Interpretation eines heldenhaften Freiheitskämpfers ist, die Stauffenbergs militärische und aristokratische Überzeugungen einfach beiseitelässt. Jedoch dürfte es vermutlich weder in den USA noch in Deutschland in Frage stehen, dass Stauffenberg als heroische Person, die versucht, Hitlers Diktatur zu beenden, und damit als Repräsentant einer Art von Gerechtigkeit gilt, dargestellt werden kann.

Es mag daher heutzutage die allgemeine Öffentlichkeit überraschen, dass es in der Bundesrepublik im Jahr 1952 keineswegs der Normalfall war, die nationalsozialistischen Täter strafrechtlich zu verfolgen, oder dass damals der Widerstand gegen Hitler immer noch von der Mehrzahl der Deutschen als Verrat angesehen wurde. Nach seiner Rückkehr aus dem Exil in Dänemark und Schweden war Fritz Bauer von 1949 bis 1956 Richter und dann Generalstaatsanwalt für Niedersachsen in Braunschweig. 1952-53 führte er einen Prozess gegen Otto Ernst Remer, den Kommandeur des Wachbataillons ‚Großdeutschland‘ in Berlin, das eine wichtige Rolle dabei spielte, einen erfolgreichen Putsch nach dem Hitler-Attentat zu verhindern. Remer hatte die Verschwörer als „Landesverräter“ bezeichnet und Bauer führte eine Anklage wegen „übler Nachrede“ mit dem Ziel, den nationalsozialistischen Staat zu einem Unrechtsstaat zu erklären und die Verschwörer des 20. Juli zu rehabilitieren.[2] Man könnte den Remer-Prozess durchaus als den wichtigsten, oder zumindest einen der wichtigsten Nachkriegsprozesse in Bezug auf die westdeutsche Vergangenheitsbewältigung bezeichnen.[3]

An dieser überraschenden Schnittstelle zwischen dem heutigen Geschichtsbewusstsein und der historischen Atmosphäre der

1950er-Jahre setzt Ilona Zioks Dokumentarfilm *Fritz Bauer – Tod auf Raten* aus dem Jahr 2010 ein (um Fritz Bauers Geschichte zu erzählen). Dieser Artikel untersucht, wie Zioks Film durch verschiedene Darstellungsverfahren diese Schnittstelle nutzt, um die Atmosphäre in der Bundesrepublik der 1950er- und 1960er-Jahre für die ZuschauerInnen als gegenwärtig zu inszenieren und zugleich mit der Person Fritz Bauers ein Vorbild für humanitäres Engagement in der heutigen Gegenwart zu erschaffen.[4]

2 |

Zioks Film wurde im Panoramaprogramm auf der Berlinale 2010 erstaufgeführt und dann als deutscher Beitrag des *Aktion Mensch*-Filmfestivals in mehr als 100 deutschen Städten zwischen November 2010 und November 2011 gezeigt. Der Film eröffnete dieses Festival von zehn internationalen Filmen im Zeughauskino des Deutschen Historischen Museums in Berlin. Die Reaktionen der Presse auf den Film waren gemischt. Im Allgemeinen konzentrierten sich die RezensentInnen mehr auf die Handlung und den Inhalt des Films, weniger auf Form und Darstellung.[5] Die positiven Rezensionen heben besonders hervor, wie wichtig es ist, Bauers Geschichte für ein weiteres, über HistorikerInnen und JuristInnen hinausgehendes Publikum bekanntzumachen (siehe z.B. Seeligers Analyse) und betonen die spannungsreiche, fast krimiartige Wirkung, die der Film auf den ZuschauerInnen ausübt (siehe z.B. Kothenschulte; Gutmair). Die kritischen Rezensionen hingegen sehen gerade diesen, der Gattung des Spielfilms entlehnten Spannungsbogen als störend an und argumentieren, dass Emotionalisierung und Dramatisierung bei einem so ernsten Thema wie dem Holocaust die ZuschauerInnen nur vom Wesentlichen der Geschichte ablenken würden.[6] Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf Zioks erzähltheoretische Entscheidung, die Umstände von Bauers Tod zu verwenden, um eine Leerstelle zu erzeugen, ob Bauer vielleicht ermordet worden sei oder Selbstmord begangen habe.[7] Der Film hat zudem das Interesse vieler PädagogInnen und LehrerInnen in Deutschland geweckt, und das Publikum – viele *Aktion Mensch*-Aufführungen wurden von anschließenden Publikumsdiskussionen begleitet, oft mit der Regisseurin Ilona Ziok – war besonders an der Wichtigkeit Bauers als Vorbild für einen Menschen mit Zivilcourage interessiert.[8]

Eine detaillierte Analyse des Films kann im Folgenden diese vielfältige und widersprüchliche Rezeption erklären. Erst einmal stellt der Dokumentarfilm keine neuen Fakten oder neuen Interpretationen von Fakten dar, die nicht auch in biografischer und historiografischer Forschung zur Sprache gekommen sind.[9] Ziok versucht ebenso wenig eine ausgewogene Darstellung zu erreichen, die nach wissenschaftlicher Objektivität und Reflexivität strebt. Stattdessen verwendet sie den Kontrast zwischen dem heutigen historischen Geschichtsbewusstsein und den Nachkriegsjahren, um die Atmosphäre in der Bundesrepublik der 1950er- und 1960er-Jahre für die ZuschauerInnen als gegenwärtig zu inszenieren und zugleich ein Modell für humanitäres Engagement und soziale Verantwortlichkeit zu schaffen. Auf den ersten Blick könnten Zioks schwarz-weiß-Porträt des immer noch von den Ideen des Nationalsozialismus geprägten Nachkriegsdeutschlands einerseits und Fritz Bauers humanistischer Idealismus andererseits als Vereinfachung historisch komplexer Gegebenheiten betrachtet werden. In diesem Aufsatz wird jedoch argumentiert, dass es gerade diese Vereinfachung historisch komplexer Gegebenheiten ist, die benötigt wird, um die LeserInnen emotional so zu lenken, dass sie Zugang zur Vergangenheit durch die (konstruierte) Perspektive Fritz Bauers gewinnen und so eine simulierte historische Atmosphäre der 1950er- und 1960er-Jahre erfahren können. Dies ermöglicht es, Bauer dualistisch zu inszenieren: zwischen heroischem Erfolg und tragischem Scheitern, als Held und als tragisches Opfer. Zioks dem Spielfilm entlehnte

Dramatisierung hat durchaus alle Merkmale eines Dokumentarfilms. Der Film besteht fast ausschließlich aus Interviewausschnitten mit Zeitzeugen sowie ein wenig Originalfilm- und Tonmaterial aus dem Dritten Reich und der Nachkriegszeit, was es der Regisseurin ermöglicht, einen historischen Raum zu erschaffen, der bewusst durch die Lenkung der Zuschaueremotionen Authentizität ausdrückt, statt durch Quellen eine historische Analyse zu belegen.



© CV films: www.fritz-bauer-film.de

Grundlegend ist, dass der Film die Perspektive und Überzeugungen von Bauer als Anwalt und Verfechter der Menschenrechte[10] der Atmosphäre einer Gesellschaft, die weder bereit noch gewillt ist, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen, gegenüberstellt. Der Film, der mit Ausnahme kurzer Erklärungen historischer Ereignisse ohne einen Erzähler oder eine Erzählerin auskommt, stellt Bauer auf zweierlei Weise dar: Erstens durch schwarz-weiß-Originalfilmaufnahmen von Bauer, die vorwiegend aus der Talkshow „Heute Abend Kellerklub" des Hessischen Rundfunks in Frankfurt in den 1960er-Jahren stammen. Hierin spricht Bauer mit StudentInnen über seine ethischen Prinzipien und darüber, wie das westdeutsche Rechtssystem mit dem Erbe des Nationalsozialismus umgeht. Die zweite Darstellungsmethode sind die Interviews mit ausschließlich Bauer freundlich gesinnten ZeitzeugInnen, die sein Leben,

seine Handlungen und seine Überzeugungen beschreiben. *Tod auf Raten* konzentriert sich ganz explizit auf die humanistischen und universalen Aussagen in der Talkshow. Die konkreten historischen und biografischen Details werden den ZuschauerInnen durch die ZeitzeugInnen, nicht durch Bauer selbst, vermittelt. Diese Arbeitsteilung ermöglicht es, Bauer als Repräsentant allgemeingültiger Menschenrechte zu inszenieren. Im scharfen Kontrast zu diesen Idealen kann der Film dann die historische Wirklichkeit der Bundesrepublik in den 1950er- und 1960er-Jahren setzen, die vom kollektiven Schweigen und einem Desinteresse an der Vergangenheitsbewältigung des Nationalsozialismus und der Aufarbeitung des Holocaust geprägt ist, und zeigen, wie tief der Nationalsozialismus noch in die Gesellschaft der frühen Bundesrepublik hineinreichte und deren politisches System und Rechtssystem beeinflusste und manipulierte. Diese beiden Pole führen dazu, Bauer auf der einen Seite zum Opfer und auf der anderen zum Helden zu machen. *Tod auf Raten* verknüpft vier unterschiedliche Handlungsstränge, um solch eine doppelte Wirkung zu erzielen: Erstens wird die kontinuierlich durch den Film laufende Geschichte von Bauers universalem Wertesystem von Gerechtigkeit, Humanität und Menschenrechten dargestellt; zweitens erzählt der Film die Erfolgsgeschichte von Bauers Gerichtsprozessen; drittens gibt es die tragische Entwicklung, wie Bauers Vision letztlich im antihumanistischen Klima Nachkriegsdeutschlands scheitert und Bauer selbst zum Opfer wird; und viertens wird die Geschichte von Bauers Tod erzählt. Der Untertitel des Films *Tod auf Raten* rekurriert vornehmlich auf den dritten und vierten Handlungsstrang.

3 |

Das universale Wertesystem wird aus Bauers Perspektive gleich in der ersten Szene als Leitmotiv eingeführt. Bauer repräsentiert einen prinzipienstarken Humanismus.[11] Direkt bevor der Filmtitel erscheint, sieht die ZuschauerInnen Bauers Gesicht in einer Nahaufnahme, wobei Bauer in einem ruhigen, insistierenden Ton, begleitet von Klaviermusik, sagt: „Ich möchte eigentlich wünschen, dass junge Leute heute vielleicht den selben Traum von Recht besäßen, den ich einmal hatte, und dass sie das Gefühl haben, dass das Leben einen Sinn hat, wenn man für Freiheit, Recht und Brüderlichkeit eintritt." Nach einem Schnitt zum Namen der Produktionsfirma und des Filmtitels, untermalt von dramatischer, Spannung erzeugender Musik, wird Bauer erneut gezeigt, dieses Mal in der Talkshow des Hessischen Rundfunks (die in den verschiedenen Teilen des Films immer wieder leitmotivisch auftaucht). Dieses Mal spricht Bauer über die Bedeutung von Auschwitz als einem Verbrechen, das sowohl vom Staat als auch von den Menschen, die daran beteiligt waren, begangen wurde. Der Kontrast in der Filmmusik in diesen beiden Szenen unterstreicht die Dichotomie von Idealismus und historischer Realität, die den Film prägt. Der Film endet damit, wie Bauers Neffe Rolf Tiefenthal schweigend Bauers Grab besucht, während Bauer noch einmal aus denselben Interviewmaterialien wie zu Beginn gezeigt wird, während er eine Anekdote erzählt, wie seine Mutter ihm als Kind seine Frage, was Gott ist, nicht beantworten wollte, sondern den Rat gab: „Was du nicht willst, das man dir tut, das füge auch keinem anderen zu." Der Film etabliert seinen Grundton durch Fritz Bauers Stimme als ahistorisch und universal. Die Menschenrechte im Allgemeinen und der humanistische Wert, den Nächsten zu lieben, werden besonders betont. Das in den Film montierte Bauer-Interview (zwölf Minuten Originalmaterial in etwa 100 Minuten Film) hat nur wenige konkrete historische Referenzen, zum Beispiel wenn Bauer bei den Angeklagten im Frankfurter Auschwitz-Prozess jegliche Reue vermisst. Die dargestellten Teile des Interviews thematisieren allgemeine ethische Werte, die ein vielfältiges Publikum im 21. Jahrhundert direkt ansprechen können. Neben dem humanistischen Fokus betont der Film von Beginn an in den montierten Interview-

ausschnitten Bauers Vertrauen in die Jugend. Der Bauer des Films wird so dargestellt, als ob er dem heutigen Publikum humanistische Werte nahebringen möchte. Dies wirkt aus der Perspektive heutiger westlicher Demokratien vollkommen aktuell.

4 |

Wie wird der Film nun historisch konkret? Erstens verzichtet Ziok fast vollständig auf einen Erzähler/ eine Erzählerin und setzt auf die authentische Aura von ZeitzeugInnen. Der Film ist zuallererst eine Collage von Zeitzeugenberichten aus in den vergangenen Jahren von Ziok geführten Interviews. Die Regisseurin ist nie im Bild; manchmal sind ihre Fragen oder Kommentare ganz kurz zu hören, während die Zeitzeugen sprechen; einige Male ordnet sie kurz deren Äußerungen im Gespräch in ihren Kontext ein. Ziok setzt zudem Originalfilmaufnahmen, Fotos und gefilmte historische Dokumente ein sowie einige kommentarhaft gebrauchte Zitate, die von verschiedenen weiblichen und männlichen Stimmen gelesen werden. Mit der Ausnahme einiger Originalfilmaufnahmen, die manchmal kurz eingeblendet werden, wenn ZeitzeugInnen sprechen, korrespondieren Stimme und Bild miteinander, womit Ziok bewusst auf das klassische Element des Dokumentarfilms verzichtet, der Stimme der ZeitzeugInnen durch kommentierende Bilder eine visuelle Interpretation zu geben.

Zweitens stellt der Film seine Historizität her, indem er die historische Stimmung der damaligen Zeit simuliert. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Szene der Verhaftung Adolf Eichmanns im Mai 1960, die das erste wichtige Prozesskapitel des Films darstellt. Bauer umgeht die deutschen Behörden und gibt dem israelischen Geheimdienst Mossad den entscheidenden Hinweis auf Eichmanns Aufenthaltsort. Weil er niemals über seine Rolle im Eichmannprozess gesprochen hat (was im ersten Zeitzeugeninterview vom deutschen Schriftsteller und Publizisten Ralph Giordano erwähnt wird),[12] gibt es keine Originalaufnahmen, wie Bauer über den Prozess spricht. Stattdessen beginnen sich – wie zu den verschiedenen historischen Ereignissen durch den ganzen Film hindurch – ZeitzeugInnen in einer Collage mit Filmaufnahmen und historischen Erzählerkommentaren zu den Aufnahmen an Bauers besondere Rolle im Eichmann-Prozess zu erinnern und diese zu interpretieren. Neben Giordano zählen hierzu der Filmregisseur und Schriftsteller Thomas Harlan, der damalige Chef des Mossad Isser Harel und Bauers Testamentsvollstrecker, Manfred Amend. Harels Kommentar, dass Bauer Angst davor hatte, dass es in den Kreisen seines eigenen Verwaltungsapparats, der deutschen Staatsanwaltschaft, eine undichte Stelle geben könnte, ist das Initialmoment für den erzähltechnisch-dramaturgischen Grundton von *Tod auf Raten*: Bauer und einige wenige Freunde kämpften gegen ein von alten Nationalsozialisten infiltriertes bzw. gar geprägtes bundesrepublikanisches Rechtssystem, das Eichmann ohne Zweifel rechtzeitig gewarnt hätte. Amend spekuliert, dass es für Bauer der einzige Weg war, Eichmanns strafrechtliche Verfolgung zu ermöglichen und abschließend fasst Giordano zusammen, dass Bauer seinen Teil dazu beigetragen habe, dass Eichmann seine gerechte Strafe bekommen hätte. Nach einem kurzen Ausschnitt vom Prozess führt Harlan aus, wie Bauers Handlung spezifische nationale Interessen zugunsten internationaler Werte überschritten hat. Durch diesen vielstimmigen Chor von Zeitzeugen und Originalmaterialien markiert der Film nicht nur Bauers humanistische Grundprinzipien, sondern auch die Atmosphäre eines kollektiven Unwillens im deutschen Rechtssystem, sich ernsthaft mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen, den Bauer im Namen der Menschenrechte bekämpfte.

Ziok zerlegt ihre Interviews in viele kleine Fragmente und integriert sie in den Erzählstrang ihres Films. Dies entspricht der Darstellungsweise vieler Fernsehdokumentationen und Dokumentarfilme vor allem seit

den frühen 1990er-Jahren, die eine „Aura von Authentizität und eines erzählerischen Gerüsts, das mit kurzen, scharf abgesetzten Texthappen Aufmerksamkeit einfordert," schaffen und dabei historisch komplexe Problemfelder, wie die Frage nach der Schuld der deutschen Gesellschaft im Zweiten Weltkrieg vollständig ausblenden (Kansteiner 2003: 626). Anders jedoch als beispielsweise Guido Knopp, der Produzent zahlreicher erfolgreicher Populärdarstellungen deutscher Geschichte wie *Hitlers Helfer* (1996), erschafft Ziok keineswegs den von Wulf Kansteiner erkannten Gesamtkunstwerk-Effekt, der auf „der gelungenen Mischung von Bild und Ton" und gerade „von Tempo und präzisen Schnitten" beruht (Kansteiner 2003: 632). Es gibt keinen allwissenden Erzähler oder eine Erzählerin, der/die die Geschichte und Aussage des Films kontrolliert. Stattdessen verwendet Ziok die Zeitzeugenfragmente, um Bauers Standpunkt und Perspektive darzustellen. Damit wird deutlich, dass die Filmkritik, die die Darstellung von Bauers Feinden vermisst (Platthaus, „Bauers Feinde"), die ästhetische Idee des Films nicht erkennt. Der Film gebraucht AugenzeugInnen nicht als emotionslose und daher zuverlässige Informationsquellen,[13] sondern um die Atmosphäre um Bauer zu der damaligen Zeit im Allgemeinen und aus Bauers Perspektive im Besonderen darzustellen. Es ist entscheidend, wie Bauer sich gefühlt haben könnte, nicht ob die Erinnerung der ZeitzeugInnen historisch vollständig korrekt ist. Entsprechend tragen sehr emotional geprägte Aussagen wie die von Thomas Harlan, Ralf Giordano, Rolf Tiefenthal, seinen Freunden Heinz und Gisela Meyer-Velde und vielen anderen zum Ausdruck von Bauers Perspektive und der historischen Stimmung der Zeit bei, nicht einfach zur Darstellung historischer Fakten. Weil die Funktion der Zeitzeugenerzählungen der Darstellung von Bauers Geschichte dient, nicht der ihrer eigenen Geschichte, untergräbt die Fragmentierung der Zeitzeugeninterviews, anders als in der typischen Fernsehdokumentation, nicht die Authentizität der ZeugInnen. Diese bilden einen vielstimmigen Chor emotionaler Befindlichkeiten der damaligen Zeit, um die Rekonstruktion von Bauers Perspektive in den 1950er- und 1960er-Jahren zu ermöglichen.

Nach der Unterteilung von Aleida Assmann (2006: 85–92) in vier Grundtypen von ZeugInnen sind die ZeitzeugInnen in *Tod auf Raten* historische ZeugInnen, die das Vergangene durch ihre Nähe zu historischen Ereignissen und Personen, hier das Leben und die Handlungen von Fritz Bauer, bezeugen. Sie sind weder ZeugInnen vor Gericht – der Film zitiert die Aussage des Angeklagten Hans Starck im ersten Frankfurter Ausschwitz-Prozess, um einen Eindruck von der Verteidigungsstrategie der Angeklagten zu geben – da sie nicht in ihrer besonderen Rolle als unparteiische objektive ZeugInnen eingeführt werden, noch sind sie religiöse oder moralische ZeugInnen. Assmanns letzte Kategorie ist, anders als bei Ziok, eng mit den Zeugnissen von Holocaustüberlebenden verknüpft, doch Zioks Emotionalisierung führt ebenfalls zu einer moralischen Wirkung der ZeugInnen, da die Zeugnisse auch hier im „öffentlichen Raum einer *moralischen* Gemeinschaft" abgelegt werden. (Assmann 2006: 91)

Der Film arbeitet in der Darstellung von Bauers gesellschaftlichen Erfolgen Schritt für Schritt auf seinen Höhepunkt zu, wobei er die chronologische historische Ordnung um der Erzählstruktur willen verschiebt: von Eichmanns Verhaftung und Prozess 1960-62 zurück zum Remer-Prozess 1952 und schließlich zum ersten Frankfurter Ausschwitz-Prozess 1963-65. Letzterer markiert im Film zugleich den Wendepunkt in Bauers Wandlung vom Helden in ein zunehmend selbst von der Gesellschaft der Bundesrepublik verfolgtes Opfer. Einerseits erreicht der Film mit Beginn des Ausschwitz-Prozesses einen Höhepunkt, indem er Bauer zeigt, wie dieser aus Artikel 1 des Grundgesetzes zitiert, „Die Würde des Menschen ist unantastbar". Dieser Äußerung folgt die Montage eines kurzen Zeitzeugenaussage und Originalfilmaufnahmen des Prozesses,

was dann in Bauers Aussage kulminiert: „Der Prozess soll der Welt zeigen, dass ein neues Deutschland, eine deutsche Demokratie gewillt ist, die Würde eines jeden Menschen zu wahren." Ziok hat also in der ersten Hälfte des Films, neben dem ersten Handlungsstrang von Bauers universalem Wertesystem von Gerechtigkeit, Humanität und Menschenrechten, den zweiten Handlungsstrang, Bauers historische Erfolgsgeschichte, entwickelt. Gerade der Ausschwitz-Prozess wird oft als Wendepunkt der Aufarbeitung des Dritten Reichs in der bundesrepublikanischen Gesellschaft überhaupt, andererseits als Meilenstein des Verständnisses des Holocausts durch westdeutsche HistorikerInnen gesehen.[14] Zugleich hat der Film seinen dritten Handlungsstrang, den kollektiven Widerstand der bundesrepublikanischen Gesellschaft gegen die Vergangenheitsbewältigung, bereits etabliert. Die ZuschauerInnen sind nun gespalten, ob sie auf die Absurdität reagieren sollen, dass es so schwierig war, den Prozess gegen Remer oder auch den Auschwitz-Prozess überhaupt zu führen, oder ob sie sich positiv mit Bauers außerordentlicher Leistung und Erfolg in solch schwieriger Situation identifizieren sollen. Der Film vollführt diese Spannung zwischen tragischem Scheitern und Erfolgsgeschichte, indem er beide miteinander konkurrierenden, sich eigentlich widersprechenden Interpretationen als jeweils gültig inszeniert.

5 |

Ein Beispiel aus der Darstellung des Remer-Prozesses kann im Kern verdeutlichen, wie der Film seinen dritten Handlungsstrang, die tragische Entwicklung, wie Bauers Vision letztlich im antihumanistischen Klima Nachkriegsdeutschlands scheitert und selbst Bauer zum Opfer wird, erzählt: Der Verleger Christof Müller-Wirth wird im Zeitzeugeninterview gezeigt, als er sich daran erinnert, wie Bauer von der politisch interessierten Studentenschaft zu einem Vortrag zu seiner Arbeit in der hessischen Justiz bei der Verfolgung von NS-Verbrechen an die Technische Hochschule Karlsruhe eingeladen wurde. Müller-Wirth markiert sofort die Absurdität, dass in der „Hauptstadt des Rechts" nur die politisierten StudentInnen einer *Technischen* Hochschule an Bauers Vortrag interessiert waren. Alle JournalistInnen und JuristInnen der Stadt blieben dem Vortrag fern und hätten Bauer, nach Müller-Wirth, niemals nach Karlsruhe eingeladen. Der Film unterteilt das Interview mit Müller-Wirth in drei Teile. Nach den ersten beiden zeigt er jeweils Aussagen Bauers aus der Talkshow. Zuerst reflektiert Bauer über die Aufgabe der Gesellschaft; in dieser müssten alle Fakultäten von der Theologie bis zur Soziologie zusammenarbeiten; alle Deutschen müssten zusammenhalten, um die „ungeheuer große Aufgabe" des Umgangs mit der Vergangenheit des Nationalsozialismus zu bewältigen. Im zweiten Talkshowausschnitt bewertet Bauer die neue Demokratie, Institutionen, Gewaltenteilung und Gesetze der Bundesrepublik sehr positiv, bevor er verdeutlicht, dass alle Institutionen, das Grundgesetz und die Menschenrechte wirkungslos seien, wenn sie nicht von ihren Menschen gelebt würden. Müller-Wirth bemerkt dann im letzten Segment des Interviews, dass alle Richter vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe, allen voran der Präsident und Vizepräsident, vom Reichsgericht in Leipzig kamen. Der nächste Schnitt führt zu Originalaufnahmen des Reichsgerichts, von monumentaler Musik untermalt, bis eine einzelne Note wie ein Peitschenschlag die gespenstische Szene beendet und einen Augenblick des Schweigens schafft, bevor der Film zur nächsten Episode übergeht. In dieser erzählen mehrere ZeitzeugInnen die Geschichte von Hans Globke, der den Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen verfasste, und von 1953 bis 1963 als Chef des Kanzleramts von Bundeskanzler Konrad Adenauer arbeitete, eines der extremsten Beispiele, wie jemand, der stark in das juristische System des Dritten Reichs integriert war, eine bedeutende Rolle in der Bundesrepublik einnahm. Globke bereitete die juristische Basis für den Ho-

locaust vor, um dann in der Bundesrepublik Karriere zu machen.

Diese kurze Karlsruhe-Episode verdeutlicht genau, wie der Film Bauers Ideen durch seine Erzählmittel als universal gültig und zeitlos markiert und zugleich Bauers Person als heroisch entfaltet, während er den ZuschauerInnen die historische Stimmung fühlen und die juristischen und moralischen Absurditäten der Zeit erfahren lässt. Die Darstellung von Bauers universalen Prinzipien und die historische Besonderheit der Phasen, die Bauers unendlichen Kampf in einer Gesellschaft veranschaulichen, die sich mit ihrer Vergangenheit nicht auseinandersetzen will, intensivieren sich gegenseitig. Dies wird durch Zioks Entscheidung verstärkt, mögliche Probleme einzelner Interpretationen nicht anzusprechen. Zum Beispiel könnte die ZuschauerIn fragen, warum derselbe von Ideen des Nationalsozialismus durchtränkte Bundesgerichtshof Bauers Anliegen, die Zuständigkeit für den Auschwitz-Prozess an die Staatsanwaltschaft nach Frankfurt zu vergeben, stattgab, wo dies absehbar den Beginn einer intensiven juristischen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bedeuten musste. Die ZeitzeugInnen reflektieren nur darüber, dass es passierte und wie eine solche Vergabe im bundesdeutschen juristischen System technisch möglich war. Um das Zusammenspiel zwischen Bauer und westdeutscher Gesellschaft in den 1960er-Jahren für die ZuschauerInnen präsentisch auszudrücken, verzichtet der Film bewusst auf zu viel Metareflektion. Die Erzählstränge müssen klar und deutlich erkennbar sein.

Im Sinne von Bill Nichols interaktivem Modus des Dokumentarfilms („interactive mode"; 1991: 44–56) gibt der Film den ZeitzeugInnen erhebliche Autorität, die kollektive Psyche der westdeutschen Gesellschaft zu interpretieren. Dies gilt sowohl für ZeitzeugInnen, die direkt in Prozessverfahren involviert waren, wie im ersten Frankfurter Ausschwitz-Prozess der Staatsanwalt Joachim Kügler und der Untersuchungsrichter Heinz Düx, als auch für Beobachter der historischen Ereignisse wie beispielsweise Ralph Giordano oder Thomas Harlan. Doch zugleich setzt der Film eine Mischform von dem ein, was Bill Nichols einführenden („expository") Modus und beobachtenden („observational") Modus im Dokumentarfilm nennt (1991: 32–44). Zum Beispiel verwendet der Film eine voice-over Stimme, also einen Erzähler, der nach Nichols in einer gottähnlichen Stimme den Auschwitz-Prozess kommentiert (1991: 34), wenn der erste Angeklagte im Auschwitz-Prozess, auf den sich der Film konzentriert, eingeführt wird. Dies ist der Buchhalter Wilhelm Boger, der das Folterinstrument Boger-Schaukel erfunden hat.[15] Während der Erzähler spricht, zeigt der Film zunächst ein Porträtfoto von Boger und einen Zeitungsartikel, der die Foltermethode beschreibt, bevor ein Zoom auf das Foto der Boger-Schaukel in dem Artikel vorgenommen wird. Begleitet vom Ende der Beschreibung der Folter durch den Erzähler präsentiert der Film Archivmaterial, wie Boger im Gerichtssaal eskortiert wird. Dann fragt ihn der Untersuchungsrichter, ob er „angesichts dieser fürchterlichen Schilderungen uns nicht doch jetzt etwas zu sagen hätte". Während der Richter in Originaltonaufnahme der Verhandlung spricht, sehen die ZuschauerInnen eine Aufnahme des leeren Gerichtssaals im Bürgerhaus Gallus,[16] bevor der Film auf die historischen Filmaufnahmen zurückschwenkt, und Boger, nach einer kurzen Pause, antwortet: „Nein, ich hab' dazu nichts zu sagen." Danach werden Originalaufnahmen eines Interviews mit Bogers Frau gezeigt, die mit ihm und ihren gemeinsamen Kindern in Auschwitz gelebt hat. Sie wiederholt mit monotoner Stimme, dass sie sich nicht vorstellen könnte, dass ihr Mann so etwas getan haben könnte. Er wäre „zwar sehr genau" gewesen, aber sie könnte sich nicht vorstellen, dass er Kinder ermordet hätte, da er selbst Kinder hatte und ein sehr guter Familienvater war.[17] Die Wirkung dieser Sequenz ist die Darstellung eines Täters, der sich weigert, bewiesene Fakten seiner Verbrechen zu kommentieren und einer Ehefrau, die die offensichtliche Realität ignoriert und sich,

wie viele Deutsche, die behaupteten, nichts von den NS-Verbrechen mitbekommen zu haben, in Plattitüden flüchtet. Die ZuschauerInnen nehmen Zioks Botschaft über das Verhalten des Ehepaars Boger und das darin zu erkennende Schweigen der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft deutlich wahr. Der Film nennt hierbei bewusst nicht den Umstand, dass Boger zu anderen Zeiten nach seiner Verhaftung und während des Prozesses versucht hat, seine Foltermethoden zu rechtfertigen,[18] um das Schweigen zu intensivieren und damit eine weitere Frustration und einen Unglauben über eine derartige Einstellung im heutigen Publikum hervorzurufen. Ziok wechselt entsprechend vom einführenden in den beobachtenden Dokumentarfilmmodus, um die Idee eines unvermittelten und ungehinderten Zugangs zur historischen Welt (Nichols 1991: 43) auszudrücken. Durch diese Wechsel der Darstellungsmodi werden die ZuschauerInnen dazu gebracht, dass sie die Essenz des Gerichtsverfahrens und das Kernproblem der damaligen Gesellschaft erfahren. Zugleich ist es wichtig zu betonen, dass Ziok die Illusion eines solchen unvermittelten Zugangs wiederum bricht, insbesondere durch die Aufnahmen des leeren Gerichtssaals, was die BesucherInnen an die Distanz zwischen Gegenwart und Vergangenheit erinnert. Damit kann *Tod auf Raten* die Tendenz des öffentlichen Diskurses zum Auschwitz-Prozess in den 1960er-Jahren, sich auf die Exzesstaten besonderer Grausamkeit zu konzentrieren (vgl. Miquel 2001: 105), vermeiden. Diese Methode ermöglicht es, durch das Zusammenspiel von Bauers Perspektive und dem Blick auf den öffentlichen Diskurs der Zeit die Todesmaschinerie des Holocausts als eine systemische Handlung, die zur damaligen Zeit ans Licht gebracht werden musste, darzustellen.

6 |

Im Laufe der Darstellung des Auschwitz-Prozesses wird der Ton des Films zunehmend weniger idealistisch und stärker desillusioniert. *Tod auf Raten* etabliert dabei eine Stimmung von der Kollektivpsyche der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, was Bauers Aussage, dass Auschwitz weit in „die Kollektivpsychologie von uns allen", also allen Deutschen, reiche, widerspiegelt. Bauer, der zuvor im Film als derjenige dargestellt wurde, der alle jugendlichen Straftäter in seinen frühen Jahren als Gerichtsassessor im Jugendstrafrecht davon überzeugt habe, zu gestehen und Reue zu zeigen, bemerkt: „Ich muss Ihnen sagen, seit dem Dezember 1963 warten die Staatsanwälte, dass einer der Angeklagten, also einer der unmittelbar Betroffenen, ein menschliches Wort zu den Zeugen und Zeuginnen findet, die überleben, nachdem ihre ganzen Familien ausgerottet sind." Später im Film fährt er fort:

„Also ich muss Ihnen sagen, die Welt würde aufatmen, nicht bloß die Staatsanwälte in Frankfurt, ich glaube, Deutschland würde aufatmen, und die gesamte Welt, und die Hinterbliebenen der, die in Auschwitz gefallen sind, und die Luft würde gereinigt werden, wenn endlich einmal ein menschliches Wort fiele." Wiederum wird hier die doppelte Ausrichtung des Films deutlich: Einerseits setzt der Film seine Erzählung allgemeingültiger ethischer Werte durch die Zuspitzung des Kontrastes zwischen der Welt der Jugendlichen und der der Erwachsenen, die sich durch die Angeklagten im Prozess zeigt, fort. Andererseits gibt der Film die Idee einer Erfolgsgeschichte durch die Art der Darstellung des Auschwitz- Prozesses fast vollständig auf, da Bauers humanitäre Werte zu scheitern scheinen: Kein einziges menschliches Wort ist je zu den Überlebenden gesagt worden.

Die Darstellung des Auschwitz-Prozesses kulminiert in Ralph Giordanos Aussage, dass Bauers Tragik darin bestand, dass Deutschland noch nicht für eine juristische Aufarbeitung des Holocausts und der Verbrechen im Nationalsozialismus bereit war. Der Film investiert erhebliche Zeit in Originalfilmaufnahmen, Musik und Überlegungen der ZeitzeugInnen, um die Einmaligkeit des Holocaust aufgrund des industriell

organisierten und verwalteten Massenmords darzustellen. Hier scheint *Tod auf Raten* auf den ersten Blick die Fokussierung auf die 1950er- und 1960er-Jahre aufzugeben und sich stattdessen auf den historischen Fall der Verbrechen im Holocaust und seine Unbegreiflichkeit zu konzentrieren. Aber bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass Ziok mit wenigen Ausnahmen – Originalaufnahmen anderer Filme und Originaltonaufnahmen des Gerichtsverfahrens – keinerlei ZeugInnen aus dem Prozess interviewt, weder ZeugInnen der Verteidigung noch der Anklage. Genau deshalb gelingt es dem Film, die Perspektive Bauers und die gesellschaftliche Rezeption des Holocausts in 1950er- und 1960er-Jahren darzustellen und zugleich die Traumatisierung der Opfer zu vermeiden. Letztere lässt sich gerade durch die Konzepte der ‚prekären Zeugenschaft' und der ‚Traumatifizierung' fassen (Keilbach 2008:153-166; Plato 2001): Überlebende des Holocaust haben hiernach kaum die Möglichkeit erhalten, in Gerichtsprozessen ihre persönliche Geschichte zu erzählen, weil sie dort als juristische ZeugInnen zu spezifischen Verbrechen der Angeklagten agieren mussten.[19]

Der Film intensiviert durchgängig den Unglauben der heutigen ZuschauerInnen, dass Bauers Ermittlung in den verschiedenen Prozessen gegen die Täter des Nationalsozialismus auf solche Widerstände stieß. Im weiteren stellt er dar, wie Ermittlungen wie diejenige Bauers gegen die Oberlandespräsidenten und Generalstaatsanwälte, die sich widerspruchslos auf das auf der Berliner Konferenz im April 1941 in Berlin verkündete Euthanasieprogramm einließen (vgl. Wojak 2009), scheiterten oder im Sande verliefen. Eine andere wichtige Geschichte, die *Tod auf Raten* verwendet, um die Tragik von Bauers Lebenswerk auszudrücken, ist der Fall des Juristen Eduard Dreher, der im Dritten Reich als Erster Staatsanwalt am Sondergericht Innsbruck diente. Im westdeutschen Nachkriegsdeutschland entwirft Dreher eine scheinbar harmlose Novellierung des Strafgesetzparagraphen 50/2, die den Bundestag fast unbeachtet passierte und die Verjährung von nationalsozialistischen Verbrechen, jeder Form von Beihilfe zum Mord, ermöglichte und somit die Strafverfolgung nahezu aller NS-Täter unmöglich machte. Der Film lässt offen, ob Bauer diese Entwicklungen kurz vor seinem Tod im Sommer 1968 bereits bewusst waren.[20]

Tod auf Raten erreicht seinen erzählerischen Höhepunkt, um die Absurdität der NS- Prozesse ausdrücken, in der Inszenierung eines Prozesses im Jahr 1962 am Schwurgericht Ansbach gegen Obersturmbannführer ‚P', der den Befehl erhalten hatte, zehn polnische Häftlinge zu töten. Der Film verwendet drei Voice-over-Stimmen, zwei männliche und eine weibliche, um den damaligen Fall zu kommentieren. Dies geschieht vornehmlich durch Lesen des Tatbestands, der bestehenden Gesetze zu Mord und Totschlag sowie der Urteilsverkündung. Das Gericht bemerkt den „blinden Gehorsam" des Angeklagten: Er tötete seine Opfer willentlich mit einer Maschinenpistole. Die weibliche Stimme, begleitet von Aufnahmen einer leeren Gefängniszelle, liest „Mord, nein", bevor sie § 211 zu Mord im deutschen Strafgesetzbuch leicht gekürzt vorliest, während die Kamera diesen Text in einer Strafgesetzbuchausgabe von 1871 zeigt.[21] Während sich die drei Erzählerstimmen im Stakkato abwechseln, die Konsequenzen von Sachverhalt und Gesetz vorzulesen, inszeniert und dekonstruiert der Film durch die Art seiner Darstellung das damalige Urteil. Die Tötung war laut Gerichtsurteil weder grausam noch heimtückisch: Sie war nicht grausam, „weil den Opfern über die angekündigte Tötung hinaus keine zusätzlichen schweren Leiden oder Qualen zubereitet worden waren." Sie war auch nicht heimtückisch, weil Heimtücke die Ausnutzung von Arglosigkeit und Wehrlosigkeit impliziere. Die Opfer waren zwar wehrlos, aber nicht arglos, da die Opfer über die Erschießung vorab informiert worden wären. Dann wird wieder eine Gefängniszelle gezeigt, während eine männliche Stimme aus dem Urteil, dessen Text auch im Bildervorder-

grund erscheint, vorliest: „Sie sahen, wie er die Maschinenpistole von der Schulter nahm, und auf sie anlegte, wobei nicht auszuschließen ist, daß er sie unmittelbar vor dem Feuerstoß noch auf ihre bevorstehende Erschießung hingewiesen hat. Unter diesen Umständen liegt eine heimtückische Tötung nicht vor, da die Gefangenen noch um Hilfe rufen, den im Raum stehenden Tisch oder die Stühle zu ihrer Verteidigung hätten verwenden oder den Versuch hätten unternehmen können, zu fliehen oder den Angeklagten umzustimmen." Die weibliche Stimme führt die Schlussfolgerung fort, dass der Angeklagte wegen fehlender niedriger Beweggründe kein Mörder, sondern nur Totschläger sei, und kommt in einigen weiteren Schritten zu dem Ergebnis, dass der Angeklagte nicht Täter, sondern nur Beihelfer war, was alles zu verschiedenen Formen der Strafmilderung führte. Der Film inszeniert diesen einen Fall als exemplarisch für die Unfähigkeit des gesamten Gerichtssystems, mit den NS-Verbrechen umzugehen. Die ZuschauerInnen werden emotional so manipuliert, dass sie Ärger gegenüber dem westdeutschen Gerichtssystem empfinden müssen und sich zugleich noch enger mit den Opfern des Nationalsozialismus und dem ‚tragischen Helden' Fritz Bauer verbunden fühlen.

7 |

Der vierte und letzte Handlungsstrang umfasst den gesamten Film. Hierin wird Fritz Bauer als Opfer inszeniert und die mysteriösen Umstände seines Todes zur Sprache gebracht. Bauer wurde am 1. Juli 1968 tot in seiner Badewanne aufgefunden. Nachdem der Film, wie oben gesehen, zu Beginn den Handlungsstrang von Bauers universalem Wertesystem etabliert hat, zeigt er Bauers Neffen Rolf Tiefenthal, der zuerst bemerkt, dass es eine Spekulation sei, dass Bauer Selbstmord begangen hätte, bevor er darüber grübelt, dass Bauers viele Feinde ihn zum Selbstmord gezwungen oder gar ermordet haben könnten. Der Film spielt – verstärkt durch die dramatische Orchestermusik, die einen starken Kontrast zur Klaviermusik in den ersten Einstellungen des Films bildet – mit dem Geheimnisvollen von Bauers Tod, allerdings ohne die spekulative Geschichtsdeutung zu übertreiben. Er bleibt suggestiv durch die Aussagen der ZeitzeugInnen. Amend und der Gerichtsmediziner Joachim Gerchow beschreiben die Entdeckung von Bauers Leichnam und die Untersuchung der Todesumstände. Der Frankfurter Staatsanwalt Johannes Warlow bemerkt, dass es damals Gerüchte gab, dass Bauer ermordet worden wäre, auch wenn er gleichzeitig darauf verweist, dass dies nur die typischen Gerüchte in solchen Fällen gewesen seien. Amend wird dann wieder gezeigt und stellt – wie Tiefenthal zuvor – fest, dass Bauer auch Feinde gehabt hätte, selbst wenn das fast unbegreiflich sei, da jeder sofort erkennen konnte, dass Bauer ein außergewöhnlich kluger sowie warmherziger und guter Mensch gewesen wäre. Anschließend verwirft Warlow rigoros die Idee, Bauer könnte Selbstmord begangen haben. Der Film stellt also die Idee von Bauer als großartiger Persönlichkeit und Vorbild, der heutzutage geehrt und bewundert werden sollte, gegen die Idee, dass Bauer viele Feinde hatte und selbst ein Opfer war, das wegen seiner Überzeugungen verfolgt wurde.

Viel später kehrt der Film zum Handlungsstrang von Bauers Tod zurück, nachdem der Widerstand der deutschen Gesellschaft und im Besonderen des deutschen Gerichtswesens gegen Bauers Ermittlungen und Ziele deutlich dargestellt wurden. Direkt vor dem Kapitel über den Auschwitz-Prozess diskutiert Ziok mit Heinz Düx, der feststellt: „der Bauer hatte eigentlich nur Feinde", dass Bauer eine Pistole trug, weil er bedroht worden sei. Später reflektieren mehrere ZeitzeugInnen, u.a. Bauer selbst in den Talkshow-Aufnahmen, über Drohungen, gehässige Briefe und antisemitische Beleidigungen, die Bauer insbesondere während des Auschwitz-Prozesses erhalten hat. Damit wird der Fritz Bauer des Films in den Augen der ZuschauerInnen selbst zu einem Opfer nationalsozialistischer Propaganda, was die antisemitische Vergangenheit

des Dritten Reichs, die in die 1960er-Jahre der Bundesrepublik hineinwirkt, widerspiegelt.

Am Ende kehrt der Film zum Handlungsstrang von Bauers Todesumständen zurück. Amend bemerkt, dass normalerweise, wenn ein so prominenter und umstrittener Mann wie Fritz Bauer stirbt, eine gerichtsmedizinische (nicht nur eine klinische) Obduktion vorgenommen würde. Gerchow führt aus, dass er sich damals gewundert hätte, dass keine gerichtsmedizinische Obduktion vorgenommen wurde, obwohl es so eine ungewöhnliche Situation gewesen war. Der Film kommentiert diese Überlegungen (jenseits der Auswahl und Anordnung der Interviewfragmente) nicht; er stellt keine eigenen Spekulationen an, sondern lässt die ZeitzeugInnen Unklarheiten und Merkwürdigkeiten benennen. Einige JournalistInnen lesen die Erzählung von Bauers Tod als „frivole Verdächtigungen" und „Raunen von Tod und Freitod" (Platthaus 2010: 37). Kothenschulte behauptet, dass der Film argumentiere, die Dreher-Strafgesetzbuchnovellierung hätte Bauer in den Selbstmord getrieben. *Tod auf Raten* verwendet jedoch die Gerüchte um Bauers Tod ausschließlich, um einen Spannungsbogen für den Film zu schaffen und damit eine emotionale Leerstelle, die die Spannungen in der damaligen Bundesrepublik zur Sprache bringt, auszudrücken. Eine eindeutige These von Mord oder Selbstmord würde gerade die Idee des Films unterminieren, Bauer zugleich zum Opfer und positiven Helden sowie Vorbild zu machen. Ansonsten hätte der Film den Fall des beisitzenden Richters des Volksgerichtshofs Hans Joachim Rehse dargestellt, um die Enttäuschungen im letzten Lebensjahr von Bauer zu intensivieren. Rehse wurde im April 1968 vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe freigesprochen, da nicht nachgewiesen werden könne, dass er aus niedrigen Beweggründen für die Todesstrafe gestimmt habe (vgl. Wojak 2009: 375f.). Ziok verwendet also den Handlungsstrang von Bauers Tod als Mittel der Spannungserzeugung, aber noch wichtiger ist es, dass diese Geschichte die Darstellung von Bauer als Opfer komplettiert. Der Handlungsstrang führt zu einer Emotionalisierung der Filmerzählung und ermöglicht daher ein Gleichgewicht zwischen der Tragik Bauers und seiner Erfolgsgeschichte, zwischen historischer Atmosphäre und Bauers zeitlosen humanitären Werten sowie seiner Vorbildfunktion. Die genauen Umstände von Bauers Tod sind für die Erzähltechnik des Films nicht bedeutsam. Hingegen ist es entscheidend, dass Bauer als tragischer Held und als zeitloses Vorbild für Zivilcourage und Menschenrechte im Gegensatz zur Gesellschaft der 1950er- und 1960er-Jahre dienen kann. Die Möglichkeit eines Mordes ergänzt den Prozess der Viktimisierung und intensiviert die Spannung zwischen Geschichte und Ideal. Sie verbindet für die heutige Generation die zwei Perspektiven von allgemeingültigen Menschenrechten in der heutigen Welt mit der historischen Atmosphäre des Schweigens, Vergessens und Weitermachens von Tätern aus der Zeit des Nationalsozialismus in der damaligen Bundesrepublik. Diese Spannung erlaubt es Ziok, die Vergangenheit mit der Generationenerinnerung an das Dritte Reich und an die ersten zwei Jahrzehnte der Bundesrepublik zusammenzubringen. Ihr Film stellt keine faktische Vergangenheit der 1950er- und 1960er-Jahre dar, sondern nutzt Ästhetisierungs- und Erzählstrategien, um Vergangenheit und Gegenwart zusammenzubringen, also Geschichte zu temporalisieren.

Diese doppelte Erzählstrategie zwischen Vergangenheit und Gegenwart macht auch deutlich, warum der Film historische Abläufe bewusst vereinfacht und pointiert. Zum Beispiel werden komplexe historische Zusammenhänge wie die Rolle des CIA, frühere Nazis zu schützen, was gerade für den Eichmann-Prozess wichtig ist, nicht genannt. Auch diejenigen Menschen, die wie Bauer Widerstand gegen die Nationalsozialisten geleistet haben oder Menschen, die möglicherweise echte Reue gezeigt haben, kommen in *Tod auf Raten* nicht vor. Der Film konstruiert bewusst ein schwarz-weiß-Bild: Einerseits Bauer als ein für Humanität und Menschenrechte kämpfendes Vorbild, andererseits die immer noch von Ideen des

Nationalsozialismus durchtränkte Bundesrepublik. Weil sich die ZuschauerInnen im 21. Jahrhundert naturgemäß mit Bauers Wertesystem identifizieren und von den Nazi-Verstrickungen der Nachkriegsgesellschaft abgestoßen fühlen, kann der Film eine emotionale Reaktion bei den ZuschauerInnen erzeugen, die diesen erlaubt, die simulierte, noch von den Ideologien des Nationalsozialismus geprägte westdeutsche Nachkriegsgesellschaft zu erleben.[22] Die ZuschauerInnen dürften dabei nicht einfach Sympathie mit Bauer verspüren, da dieser zu stark als Person und Vorbild fungiert. Die Kombination aus Opferstatus und vorbildhafter und universaler Heldengeschichte macht Bauer zum tragischen Helden. Das heißt also, dass die ZuschauerInnen dazu gebracht werden, sich so mit Bauer zu identifizieren, dass sie Bauers Situation und seine Idee von Humanität im Sinne von Empathie begreifen (Breithaupt 2009: 1ff.); die ZuschauerInnen schauen also mit Bauers Augen und kalkulieren oder erträumen dessen Handlungsmöglichkeiten, Gerechtigkeit zu schaffen. Dieses Gefühl der Empathie kann nicht einfach auf andere ZeitzeugInnen im Film übertragen werden, sondern gilt explizit für Bauer, dessen Perspektive simuliert wird. Es handelt sich hierbei um eine emotionale Empathie, die insofern a-historisch operiert, als dass die ZuschauerInnen die Kraft von Bauers Ideen in Spannung zur Realität der damaligen Zeit erfahren. Dem Film gelingt diese universale Perspektive nur, weil er zugleich die historische Atmosphäre der damaligen Zeit als Gegenperspektive zu Bauer entwickelt hat.[23]

8 |

Indem Ziok Bauer und sein visionäres Denken zum Fluchtpunkt von *Tod auf Raten* macht, kann sie die Grenzen von Opfer, Ermittler und Täter miteinander verschmelzen. Die Nationalsozialisten in der Bundesrepublik stellen sich selbst als Opfer dar (was im Film durch die Verteidigungsstrategien im Auschwitz-Prozess ausgedrückt wird), obwohl die ZuschauerInnen sie eindeutig als Täter wahrnehmen. Bauer ermittelt in den Verfahren um die Verbrechen des Nationalsozialismus, um die Gesellschaft zu verbessern und die Täter zur Reue zu bewegen, wird jedoch selbst ein Opfer eines Kollektivhasses der westdeutschen Justiz und von Teilen der westdeutschen Gesellschaft. Die heutige Perspektive revidiert dann Bauers Schicksal als Opfer und macht ihn zum Vorbild oder Helden, was einen geschichtsdidaktischen Ansatz und die aktivistisch-politische Botschaft für Menschenrechte ermöglicht.

Den Film vornehmlich als faktenorientierte Dokumentation von Bauers Leben und den NS-Prozessen der 1950er- und 1960er-Jahre zu sehen, ist eine klare Fehlinterpretation. *Tod auf Raten* hat ohne Zweifel die historiografische und pädagogische Aufgabe, Bauers Lebensgeschichte darzustellen und ihn wieder zu einer Person des heutigen öffentlichen Bewusstsein zu machen, aber um dies zu erreichen, muss der Film Fakten und Anekdoten sowie Geschichte, Erinnerung und Mythen miteinander verschmelzen. Er erschafft drei unterschiedliche Effekte historischer Authentizität: erstens als historisches Zeugnis, im Film durch die ZeitzeugInnen und Originalfilmaufnahmen gewährleistet;[24] zweitens durch Bauers Stimme, die eine ethische Perspektive und historische Autorität wie die Authentizität der unmittelbaren ZeitzeugInnen hinzufügt. Der dritte Effekt historischer Authentizität ist die simulierte historische Atmosphäre der damaligen Zeit. Dieser wird durch Originalfilm- und Originaltonaufnahmen unterstützt, entsteht aber insbesondere durch die Inszenierung verschiedener Handlungsstränge, die gegeneinander gesetzt werden. Entsprechend ist die entscheidende Wirkung des Films nicht das faktische Detail; vielmehr simuliert er die Atmosphäre des Vergangenen und emotionalisiert den heutigen ZuschauerInnen in ständigen Kontrasten zwischen Vergangenheit und Gegenwart, was es ermöglicht, den tragischen Helden Fritz Bauer zu einem universalen Vorbild zu machen. Hier kann man genau erkennen, warum der Film im pädagogischen Sinn

erfolgreich ist, aber als historische Darstellung kritisiert worden ist.

Tod auf Raten spiegelt Bauers besonderes Interesse an der Jugend, indem der Film ihn zu einem Vorbild der heutigen Jugend macht. Daher verschmilzt die Vergangenheit mit der Gegenwart und öffnet sich zur Zukunft. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden verzeitlicht und damit kopräsent. Die verstörende Wirkung der simulierten historischen Atmosphäre ist zu stark, als dass die ZuschauerInnen einfach im Nachhinein in moralisierende Selbstzufriedenheit verfallen könnten. Damit hat der Film weniger eine kathartische Wirkung auf die ZuschauerInnen, sondern dient als seine dauerhafte Warnung, dass Menschenrechte und Humanität nie einfach garantiert sind. Dieses Konzept des Films, den Kampf zwischen humanistischen Idealen und historischer Atmosphäre sich vollziehen zu lassen, entspricht der Wirkung der letzten gesprochenen Worte im Film, von Rolf Tiefenthal, der spontan auf Englisch bemerkt: „I think all of the Germans ... Nazis alive [sic] saw him as major enemy. They were afraid of him, yes. ... But he won." Es sind nicht die Umstände von Bauers Tod, die wirklich wichtig sind, sondern die Dichotomie zwischen ihm und seinen Gegnern. Tiefenthals subjektive Perspektive als Verwandter Bauers bestätigt die Dramaturgie des Films: Obwohl Fritz Bauer selbst zum Opfer wird, setzt sich seine universale Weltanschauung letztlich durch.[25]

Prof. Dr. Stephan Jaeger, Professor of German Studies, Head Department of German and Slavic Studies University of Manitoba/Canada. Kontakt: stephan.jaeger@umanitoba.ca

Anmerkungen

[1] Ich möchte mich insbesondere bei der Regisseurin Ilona Ziok dafür bedanken, dass sie mir eine gesondert angefertigte DVD des Films zur Verfügung gestellt hat sowie für zwei lange Gespräche im Juni 2011, in denen sie mir ihre Vision des Filmprojekts erläutert hat. Eine englischsprachige Fassung dieses Aufsatzes erschien als „Between Tragedy and Heroism: Staging the West German Past in Ilona Zioks *Fritz Bauer – Tod auf Raten* (2010)" im Sonderheft *Screening German Perpetration*, *Colloquia Germanica* 43.3 (2010 [veröffentlicht im Juni 2013]), hg. Brad Prager und Michael D. Richardson: 195–213.

[2] Vgl. Bauers Schlussplädoyer im Prozess, „Eine Grenze hat Tyrannenmacht" (*Die Humanität*: 169–79).

[3] Für den historischen Kontext des Remer-Prozesses und eine ausführliche Zusammenfassung des Prozessverlaufs, siehe Wojak 2009, *Fritz Bauer*: 265-284. Es ist unbestritten, dass die ZeitzeugInnen in Zioks Film keine neuen historischen Erkenntnisse zum Prozess beisteuern. Wojaks historiografischer Ansatz zur Geschichte der Bundesrepublik erlaubt es, den Remer-Prozess viel genauer in seiner Wirkung und dem Zusammenhang anderer NS-Prozesse darzustellen als der Dokumentarfilm. Jedoch kann ein faktenorientierter Ansatz zwar die den heutigen Leser überraschenden Schwierigkeiten in der Gesellschaft und im Gerichtswesen der Nachkriegszeit, den Widerstand gegen den NS-Staat als notwendig und damit als nicht-gesetzeswidrig anzuerkennen, präzise benennen – zum Beispiel die Umstände, die dafür sorgten, dass politische Gefangene keinerlei Entschädigungsanspruch für Haftstrafen hatten (siehe den Fall des Drehers und Sozialdemokraten Georg B., Wojak: *Fritz Bauer*: 278f.), aber anders als Zioks Film nicht die Vergangenheit mit der Gegenwart synthetisieren und so die RezipientInnen emotional beeinflussen und ihnen die Atmosphäre der damaligen Zeit durch ein simuliertes Miterleben nachvollziehbar machen. *Tod auf Raten* braucht den Remer-Prozess als Baustein für eine Erzählung, die eine solche Emotionalisierung leisten kann. Auch die ähnlich zu *Tod auf Raten* im Stile literarischer Kapitel aufgebaute und leitmotivisch durch humanistische Bauer-Zitate eingeleitete Ausstellung *Fritz Bauer:*

Der Staatsanwalt – NS-Verbrechen (2014-2015) bleibt letztlich zu dokumentarisch-faktisch, ohne Erzählperspektiven zu schaffen, sodass sie die historische Atmosphäre der westdeutschen Nachkriegszeit bestenfalls andeuten kann; vgl. auch den Katalog zur Ausstellung Backhaus, Boll, Gross (Hg.).

[4] Fritz Bauer wurde 1903 in Stuttgart geboren. Nach Jurastudium und anschließender Promotion wurde er 1927 Gerichtsassessor. Wegen seines politischen Engagements in der SPD und seiner jüdischen Abstammung emigrierte er Ende 1935 nach Dänemark – nach zwischenzeitlicher Haft in einem Konzentrationslager und Entlassung aus dem Gerichtsdienst. Von dort floh er 1943 nach Schweden. Zwischen 1945 und 1949 lebte er erneut in Dänemark, bevor er im April 1949 nach Deutschland zurückkehrte. Nach seiner Zeit in Braunschweig diente er dann von 1956 bis zu seinem Tod im Jahr 1968 als Generalstaatsanwalt in Hessen.
Für eine ausführliche Darstellung der Biografie Bauers mit besonderer Betonung juristischer Fragen, siehe Irmtrud Wojaks Biografie *Fritz Bauer 1903-1968* von 2009. In der 2013 erschienenen Biografie von Ronen Steinke *Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht* finden sich hingegen wenig neue Informationen. Steinke konzentriert sich mit vielen suggestiven Fragen und Andeutungen auf die Psychologisierung der Person Bauers, was dessen juristische Arbeit und humanitären Ansatz teilweise eher verklärt (vgl. Anmerkung 23 zum ästhetischen Effekt von Steinkes Schreibstil).

[5] Die einzige Rezension, die die Darstellungsweise des Films detailliert (und zugleich sehr positiv) diskutiert, stammt von Werner Koep-Kerstin. Er sieht – ähnlich zur Regisseurin Ilona Ziok in ihren mündlichen Ausführungen zum Konzept des Films – *Tod auf Raten* in der Tradition von Marcel Ophüls und Krzysztof Kieslowski. Der Dokumentarfilm ähnelt einem Spielfilm, der in „spannend erzählten und informativ dichten Kapiteln" die „mit dem Namen Fritz Bauer verbundenen Etappen der Manifestierung des Rechtsstaates" erzählt.

[6] Der Film ist mehrfach für seine Musik, insbesondere die Wahl des abschließenden Liedes „My Way", von Frank Sinatra gesungen, kritisiert worden (z.B. Kothenschulte; Gutmair). Koep-Kerstin verteidigt die Musikauswahl des Films, insbesondere der sinfonischen Klagelieder aus Henryk Mikołaj Góreckis „Dritter Symphonie" und Krzysztof Pendereckis *Dies Irae – Oratorium zum Gedächtnis der Opfer von Auschwitz*. Er erkennt, dass die Ästhetik des Films auf einer Reihe unterschiedlicher Darstellungsschichten aufgebaut ist, während die meisten RezensentInnen nur nach einer unmittelbaren Übereinstimmung zwischen dem Plot und der Darstellung suchen.

[7] Siehe hierzu insbesondere die äußerst kritische Rezension des Films von Andreas Platthaus („Raunen"). Siehe unten für eine ausführliche Diskussion des Erzählstrangs von Bauers Tod und seiner Funktion und ästhetischen Wirkung im Film.

[8] Dies entspricht Ilona Zioks eigenen Aussagen bei der an die Aufführung des Films anschließenden Publikumsdiskussionen und meiner eigenen Beobachtung einer solchen Diskussion am 17. Juli 2011 in der *Blackbox – Kino im Filmmuseum* in Düsseldorf. Die Publikumsdiskussion mit Ilona Ziok wurde von Tim Engels von der *Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V.*, Regionalgruppe Düsseldorf moderiert. Das Publikum war besonders fasziniert von Bauers Rolle als Vorbild für die heutige Jugend. Für Darstellungen von Publikumsreaktionen zu *Tod auf Raten* siehe auch Michels sowie die Ankündigung einer zweiten Vorstellung im Frankfurter Naxos-Kino.

[9] Vgl. Anmerkung 3.

[10] Siehe Bauers Artikel „Im Kampf um des Menschen Rechte" (1955) für seine Vorstellung, dass sich das Strafgesetz mehr auf die Wiederherstellung des Rechts in einer Gesellschaft als auf die Person des Verbrechers

konzentrieren sollte (Bauer, *Die Humanität*: 37-49). Die Aufsatzsammlung *Die Humanität der Rechtsordnung* mit einer Auswahl von Bauers Artikeln, Reden und Interviews gibt einen guten Überblick, wie Bauer das deutsche Strafgesetzbuch reformieren wollte und wie sich dies zur Aufarbeitung der Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Holocaust verhielt.

[11] Siehe für Bauers Suche nach einer Definition von Recht und Gerechtigkeit seine Überlegungen in Bauer, *Auf der Suche nach dem Recht*, wo er die Idee eines modernen Strafvollzugs, der auf Resozialisierung und Humanität statt auf Bestrafung beruht, entwickelt.

[12] Siehe für eine ausführliche Analyse der Fakten von Bauers Rolle bei der Eichmann-Verhaftung Wojak, *Fritz Bauer*: 285-302.

[13] Vgl. Horn (2009: 37) für die Überlegung, dass im westdeutschen Fernsehen vor der in den 1990er-Jahren einsetzenden „Knopp-Ära" die Vorstellung eines möglichst emotionslosen und objektiv-glaubhaften Zeitzeugen vorherrschte. Für eine allgemeine Kritik des unkritischen Gebrauchs von Interviewfragmenten von ZeitzeugInnen siehe zudem Blanke; für die Bedeutung von individueller Erfahrung und Oral History als Quellen zur Zeit des Nationalsozialismus und zum Holocaust siehe Plato, „Geschichte ohne Zeitzeugen".

[14] Vgl. Wojak, „Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozeß", 57. Siehe auch Atze: 644ff. für die Rolle der Medien im Auschwitz-Prozess. Für die Reaktion der deutschen Geschichtswissenschaft zum Auschwitz-Prozess siehe Frei.

[15] Vgl. Wojak (Hg.), *Auschwitz-Prozeß 4 Ks 2/63*: 388-437, für eine umfassende Dokumentation des Prozesses gegen Boger; für eine kurze Zusammenfassung siehe zudem Kingreen: 52f.

[16] Der Prozess begann 1963 im Frankfurter Rathaus Römer, wurde aber im April 1964 in das neu erbaute Bürgerhaus Gallus verlegt.

[17] Vgl. auch Wojak (Hg.), *Auschwitz-Prozeß 4 Ks 2/63*, 395f., zu Marianne Bogers Vernehmung durch die Kriminalpolizei Stuttgart im Oktober 1958. Zioks Auswahl der Interviewausschnitte betont die Absurdität von Bogers Aussagen, dass sie von nichts gewusst habe und dass ihr Mann ein guter Mensch und Familienvater gewesen sei.

[18] Vgl. Wojak (Hg.), *Auschwitz-Prozeß 4 Ks 2/63*: 401 zu einer staatsanwaltlichen Vernehmung Bogers, in der dieser den Foltereffekt der Schaukel herunterspielte. Er versuchte sich zudem in seinem Schlussplädoyer im Prozess vom Holocaust zu distanzieren, indem er betonte, dass er sich auf Mitglieder des polnischen Widerstandes und Bolschewisten in seinen „Betrachtungen" konzentriert hatte, nicht auf die Vernichtung des europäischen Judentums (432).

[19] Vgl. auch Knellessens Interviewprojekt im Jahr 2005 mit ZeitzeugInnen aus verschiedenen europäischen Ländern, die im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess ausgesagt haben. Wenn auch einerseits Zioks Entscheidung, Zeugenaussagen von traumatisierten Opfern nicht in den Film einzubauen, ästhetisch motiviert ist, um den Standpunkt Bauers so fokussierter herausarbeiten zu können, läuft dieser Ansatz andererseits die Gefahr, die Spezifität der historischen Ereignisse zugunsten einer sekundären und nur exemplarischen Zeugenschaft zu reduzieren.

[20] Für eine genauere Zusammenfassung der Verjährungsdebatte und von Drehers Novellierung des Strafgesetzbuch-Paragrafen 50/2, die im Oktober 1968 in Kraft trat, siehe Miquel: 109f.

[21] Das deutsche Strafgesetz lässt den Tatbestand des organisierten Massenmordes nicht gelten (vgl. Wojak (Hg.): *Auschwitz-Prozeß 4 Ks 2/63*: 271ff.). Für die juristischen Hintergründe und eine detaillierte Diskussion der Herausforderungen, den Mordparagraphen auf den Massenmord im Dritten Reich anzuwenden, siehe am Beispiel des Auschwitz-Prozesses Wojak, „Mauer des Schweigens": 33f.; und Perels, der die Untrennbarkeit von Strafprozess und öffentlichem Bewusstsein

und die Abwehrmechanismen gegen die strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Politik und Gesellschaft der damaligen Bundesrepublik diskutiert (136); sowie Bauers Essay „Genocidium (Völkermord)" von 1965, in dem Bauer über die „Politik der ‚re-education'" der Täter, um Toleranz in der Gesellschaft zu schaffen, spricht (*Die Humanität*: 61ff., 74f.). Entsprechend kann das sich auf den individuellen Täter konzentrierende Strafgesetz nur Teil der „gegenüber der Gesamtgesellschaft notwendigen Sozialpädagogik" sein (75).

[22] Siehe Jaeger (92ff.) bezüglich des theoretischen Konzeptes der Simulation von historischer Erfahrung und Atmosphäre.

[23] Hier wird auch deutlich, warum der sehr literarische Stil der Fritz Bauer-Biografie von Steinke den ästhetischen Effekt von *Tod auf Raten* nicht erreicht. Steinke schreibt in einem Stil, der die LeserInnen direkt in die Szene einbeziehen soll, wie zum Beispiel in der einem *Spiegel*-Artikel entlehnten Eingangsszene, in der Michael Maor als israelischer Agent auf Bauers Anraten in die Frankfurter Staatsanwaltschaft einbricht, um die dortige Eichmann-Akte zu fotografieren (13ff.; vgl. zum Hintergrund dieser Episode Nelhiebel). Ähnlich wie in Zioks Film ist nicht notwendigerweise entscheidend, ob diese Szene historisch belegt oder zumindest wahrscheinlich ist, oder ob sie der Imagination entspringt; entscheidend ist vielmehr, dass Steinke keine wirkliche Perspektive schafft, die sich mit der Vergangenheit reibt, weder die Bauers noch die der an Menschenrechten interessierten Gegenwart. Er beschreibt letztlich eine Episode, in der der Erzähler schlichtweg wissend in die Vergangenheit einsteigt. Diese einfache literarische Rekonstruktion kann anders als der Film weder das Besondere der Person Bauers noch die Atmosphäre der damaligen Zeit lebendig zur Sprache bringen; statt Empathie verbleibt es eine reine Anekdote über die Vergangenheit.

[24] Pirker und Rüdiger (insbesondere 17) unterscheiden zwischen zwei Modi historischer Authentizität. Der erste ist das authentische Zeugnis, zu dem Quellen, Zeitzeugen, Unikate und auratische Orte gehören. Alle diese Ausformungen des authentischen Zeugnisses suggerieren ein Original, ein Relikt aus der Vergangenheit. Der zweite Modus ist derjenige des authentischen Erlebens. Dieser wird durch Nachahmung oder Schaffung von Repliken und Kopien sowie durch ein Nachspielen oder Reenactment, also durch das Evozieren eines ‚authentischen Gefühls', dass die Gegenwart mit der Stimmung oder Atmosphäre der Vergangenheit verbindet, erreicht. Die Perspektive Bauers, wie sie in *Tod auf Raten* dargestellt und simuliert wird, erscheint als hybride Mischung beider Authentizitätsmodi.

[25] Wie zuvor bereits gesehen, triumphiert aus der Perspektive des Films dieses positive Moment über jede mögliche Resignation Bauers, sodass der Film offensichtlich weder die Selbstmordtheorie im Sinne von Bauers verlorener Hoffnung noch eine Mordtheorie im Sinne einer Verschwörung gegen Bauer und die Ideale, für die er steht, aktiv verficht.

Literatur

Assmann, Aleida 2006: Der lange Schatten der Vergangenheit: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München: Beck.

Atze, Marcel 2004: ... an die Front des Auschwitz-Prozesses: Zur Zeitgenössischen Rezeption der Strafsache gegen Mulka und andere. In: Wojak, Irmtrud (Hg.) im Auftrag des Fritz Bauer Instituts: Auschwitz-Prozeß 4 Ks 2/63 Frankfurt am Main. Köln: Snoeck, 637-647.

Backhaus, Fritz/Boll, Monika/Gross, Raphael (Hg.) 2014: Fritz Bauer: Der Staatsanwalt – NS-Verbrechen vor Gericht. Eine Ausstellung des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt in Kooperation mit dem Thüringer Justizministerium. Schriftenreihe des Fritz Bauer Instituts. Bd. 32. Frankfurt am Main: Campus.

Bauer, Fritz 1966: Auf der Suche nach dem Recht. Stuttgart: Franckh'sche Verlagshandlung.

Bauer, Fritz 1998: Die Humanität der Rechtsordnung: Ausgewählte Schriften. In: Perels Joachim/Wojak, Irmtrud (Hg.): Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts. Bd. 5. Frankfurt am Main: Campus.

Berlinale. „Film file Fritz Bauer: Tod auf Raten/Death by Instalments." Online: http://www.berlinale.de/en/archiv/jahresarchive/2010/02_programm_2010/02_Filmdatenblatt_2010_20106770.php (20.08.2014).

*Blanke, Horst Walter*2009: Stichwortgeber: Die Rolle der Zeitzeugen in G. Knopps Fernsehdokumentation." In: Oswalt, Vadim/Pandel, Hans-Jürgen (Hg.): Geschichtskultur: Die Anwesenheit von Vergangenheit in der Gegenwart. Schwalbach: Wochenschau, 63–74.

Breithaupt, Fritz 2009: Kulturen der Empathie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

CV Films: Homepage Fritz Bauer: Tod auf Raten. Online: http://www.fritz-bauer-film.de/ge/index.htm (20.08.2014).

Frei, Norbert 1996: Der Frankfurter Auschwitz-Prozess und die deutsche Zeitgeschichtsschreibung. In: Fritz Bauer Institut (Hg.): Auschwitz: Geschichte, Rezeption und Wirkung. Jahrbuch 1996 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Frankfurt am Main: Campus, 123-138.

Fritz Bauer: Tod auf Raten. Regie Ilona Ziok. 2010. DVD. CV Films, 2011 [zu Forschungszwecken zur Verfügung gestellte Privatkopie].

Gutmair, Ulrich 2010: Nein sagen ist der Kern jeder Ethik. In: Die Tageszeitung, 16. Feb. 2010. Online: http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=be&dig=2010%2F02%2F16%2Fa0143&cHash=0d0b299b56 (20.08.2014).

Horn, Sabine 2009: Erinnerungsbilder: Auschwitz-Prozess und Majdanek-Prozess im westdeutschen Fernsehen. Essen: Klartext.

Jaeger, Stephan 2012: Historiographical Simulations of War. In: Baraban, Elena/Jaeger Stephan/Muller, Adam (Hg.): Fighting Words and Images: Representing War across the Disciplines. Toronto: University of Toronto Press, 89-109.

Kansteiner, Wulf 2003: Die Radikalisierung des deutschen Gedächtnisses im Zeitalter seiner kommerziellen Reproduktion: Hitler und das Dritte Reich in den Fernsehdokumentationen von Guido Knopp. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51.7 (2003), 626–648.

Keilbach, Judith 2008: Geschichtsbilder und Zeitzeugen: Zur Darstellung des Nationalsozialismus im bundesdeutschen Fernsehen. Münster: Lit.

Kingreen, Monica 2004: Der Auschwitz-Prozess 1963-1965: Geschichte, Bedeutung und Wirkung – Materialien für die pädagogische Arbeit mit CD: Auschwitz-Überlebende sagen aus. Pädagogische Materialien. Bd. 8. Frankfurt am Main: Fritz Bauer Institut.

Knellessen, Dagi 2007: Momentaufnahmen der Erinnerung: Juristische Zeugenschaft im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess – Ein Interviewprojekt. In: Elm, Michael/Kößler, Gottfried (Hg.) im Auftrag des Fritz Bauer Instituts: Zeugenschaft des Holocaust: Zwischen Trauma, Tradierung und Ermittlung. Jahrbuch 2007 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Frankfurt am Main: Campus, 116–138.

Koep-Kerstin, Werner 2010: Fritz Bauer – Tod auf Raten: Ein Film über den Generalankläger des Ausschwitz-Prozesses und Mitbegründer der HU. Mitteilungen der Humanistischen Union 208/209.1/2 (2010), 18-20, 15. Juli 2010. Online: http://www.humanistische-union.de/aktuelles/aktuelles_detail/back/aktuelles/article/fritz- bauer-tod-auf-raten-ein-film-ueber-den-generalanklaeger-des-ausschwitz-prozesses-und- mitbeg (20.08.2014).

Kothenschulte, Daniel 2010: Aufklärung im Kellerclub. In: Frankfurter Rundschau 22. November 2010. Online: http://www.fr-online.de/film/dokumentarfilm-ueber-fritz- bauer-aufklaerung-im-kellerklub,1473350,4859784.html (20.08.2014).

Michels, Claudia 2011: Das öffentliche Hinsehen: Niederschmetternde Dokumentation über den Aufklärer und Ankläger Fritz Bauer.

In: Frankfurter Rundschau 7. Februar 2011: R7.

von Miquel, Marc 2001: Wir müssen mit den Mördern zusammenleben! NS-Prozesse und politische Öffentlichkeit in den sechziger Jahren. In: Wojak, Irmtrud (Hg.) im Auftrag des Fritz Bauer Instituts: Gerichtstag halten *über* uns selbst ...: Geschichte und Wirkung des Ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses. Jahrbuch 2001 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Frankfurt am Main: Campus, 97-116.

Naxos-Kino: Wiederholung des Films Fritz Bauer – Tod auf Raten am 7. Dezember in der Naxoshalle, 30 Nov. 2010. Online: http://www.frankfurter- info.org/Nachrichten/wiederholung-des-films-fritz-bauer-tod-auf-raten-am-7.-dezember-in- der-naxoshalle (20.08.2014).

Nelhiebel, Kurt 2014: Steinkes Biografie: Fritz Bauer als Zerrbild. In: Weltexpresso 4. August 2014. Online: http://www.kulturexpress.de/wpo/index.php/lust-und- leben/3294-steinkes-biografie-fritz-bauer-als-zerrbild (20.08.2014).

Nichols, Bill 1991: Representing Reality: Issues and Concepts in Documentary. Bloomington: Indiana University Press.

Perels, Joachim 2004: Die Strafsache gegen Mulka und andere Ks 2/63 – Juristische Grundlagen. In: Wojak, Irmtrud (Hg.) im Auftrag des Fritz Bauer Instituts: Auschwitz-Prozeß 4 Ks 2/63 Frankfurt am Main. Köln: Snoeck, 124-147.

Pirker, Eva Ulrike/Rüdiger, Mark 2010: Authentizitätsfiktionen in populären Geschichtskulturen: Annäherungen. In: Pirker, Eva Ulrike et al. (Hg.): Echte Geschichte: Authentizitätsfiktionen in populären Geschichtskulturen. Bielefeld: transcript, 11-30.

von Plato, Alexander 2007: Geschichte ohne Zeitzeugen? Einige Fragen zur Erfahrung im Übergang von Zeitgeschichte zur Geschichte. In: Elm, Michael/Kößler, Gottfried (Hg.) im Auftrag des Fritz Bauer Instituts: Zeugenschaft des Holocaust: Zwischen Trauma, Tradierung und Ermittlung. Jahrbuch 2007 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Frankfurt am Main: Campus, 141-156.

von Plato, Alice 2001: Vom Zeugen zum Zeitzeugen: Die Zeugen der Anklage im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965). In: Wojak, Irmtrud (Hg.) im Auftrag des Fritz Bauer Instituts: Gerichtstag halten über uns selbst ...: Geschichte und Wirkung des Ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses. Jahrbuch 2001 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Frankfurt am Main: Campus, 193–215.

Platthaus, Andreas 2010: Wo sind Fritz Bauers Feinde geblieben? Ein Dokumentarfilm über das Leben des großen Gerechten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 18. Februar 2010. Online: http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/feuilleton/wo-sind-fritz- bauers-feinde-geblieben-1939584.html (20.08.2014).

Platthaus, Andreas 2010: Raunen von Mord und Freitod. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 2. Dezember 2010, 37.

Seeliger, Anja 2010: Der Ungeehrte. Außer Atem: Das Berlinaleblog 15. Februar 2010. Online: http://www.perlentaucher.de/berlinale-blog/110_der_ungeehrte (20.08.2014).

Steinke, Ronen 2013: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht. München: Piper.

Wojak, Irmtrud 2004 (Hg.) im Auftrag des Fritz Bauer Instituts: Auschwitz-Prozeß 4 Ks 2/63 Frankfurt am Main. Köln: Snoeck.

Wojak, Irmtrud 2001: Die Mauer des Schweigens durchbrochen: Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963-1965. In: Wojak, Irmtrud (Hg.) im Auftrag des Fritz Bauer Instituts: Gerichtstag halten über uns selbst ...: Geschichte und Wirkung des Ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses. Jahrbuch 2001 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Frankfurt am Main: Campus, 21-42.

Wojak, Irmtrud 2004: Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozeß und die Bewältigung der NS-Vergangenheit. In: Wojak, Irmtrud (Hg.) im Auftrag des Fritz Bauer Instituts: Auschwitz-Prozeß 4 Ks 2/63 Frankfurt am Main, Köln: Snoeck, 53-70.

Wojak, Irmtrud 2009: Fritz Bauer 1903-1968*:* Eine Biographie. München: Beck.

Zur schulischen Auseinandersetzung mit dem Film „Fritz Bauer – Tod auf Raten“

Leistungskurs „Politik und Wirtschaft“ des Albert-Einstein-Gymnasiums Maintal unter Leitung von *Barbara Bingel*

BRD 2010 | Regie: Ilona Ziok | 97 Min. | Deutsch und Englisch

Kamera: Jacek Blawut | Ton: Manuel Göttsching | Schnitt: Pawel Kocambasi, Ilona Ziok | Produzenten: Manuel Göttsching, Ilona Ziok | Produktionsleitung: Myriam Abeillon | Musik: div.

1 | Einführung

1.1 | Fritz Bauer – und die Aufarbeitung von NS-Verbrechen durch die Justiz der der frühen Bundesrepublik

„Ich selber kann eigentlich nur sagen, dass das Bekenntnis zum Recht und auch das persönliche Engagement jedenfalls für mich das Entscheidende schien.“ Dieses Statement eröffnet den Film über Fritz Bauer, dessen Leben und Wirken als Jurist und Humanist die Entwicklung der frühen Bundesrepublik entscheidend geprägt hat. Das Bekenntnis zum Recht bedeutete für Fritz Bauer den Aufbau einer humanen Rechtsordnung in der jungen Bundesrepublik. Für den Demokraten, der sich dem ersten Artikel des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ verpflichtet fühlte, war die wichtigste Bedingung für ein neues Deutschland. 1949 kehrte Bauer mit diesem Grundsatz aus der Emigration in Dänemark und Schweden zurück, in die er als linker Sozialdemokrat 1936 gezwungen worden war. In den fast 20 Jahren seines persönlichen Engagements in der deutschen Justiz konnte er große Erfolge nachweisen, zuerst als Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht in Braunschweig, dann in Frankfurt am Main, wo er den Auschwitz-Prozess (1963–1965) initiierte. In einer Nachkriegsgesellschaft, die von Schuldabwehr geprägt war, und einer Regierung, die die Strafverfolgung von NS-Tätern fast völlig eingestellt hatte und einer Justiz, die auf allen Instanzen mit NS-Beamten besetzt war, blieb Fritz Bauer bis zu seinem plötzlichen Tod ein zäher und einsamer Kämpfer. Als Jurist und als Jude war er immer wieder Anfeindungen ausgesetzt, welche sich steigerten, als er sich 1959 zum Ziel setzte, die „Euthanasie“-Verbrechen aufzuklären und mit Ermittlungen durch die deutschen Justiz zu beginnen.

Nach den anfänglichen Erfolgen Bauers kamen Jahre, in denen kein einziger Gerichtsprozess gegen NS-Verbrechen geführt wurde, dann Bauers plötzlicher Tod. Erst postum wurde seine Arbeit in zahlreichen Nachrufen öffentlich benannt und geehrt. Danach geriet er in völlige Vergessenheit. Die Bedeutung seiner Arbeit wurde erst Jahrzehnte später im Rahmen der Forschung zur Geschichte der Aufarbeitung von NS-Verbrechen durch die Justiz der Bundesrepublik deutlich.

1995 wurde die erste filmische Auseinandersetzung mit seinem Wirken, „Die Würde eines jeden Menschen – Erinnern an Fritz Bauer“, von David Wittenberg gesendet, eine TV-Dokumentation, die sich auf Bauers Lebenswerk und seine Denktradition konzentriert. Im selben Jahr wurde das nach Fritz Bauer benannte „Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust“ in Frankfurt am Main gegründet. 2009 legte die Historikerin Irmtrud Wojak die erste umfassende Biografie Fritz Bauers vor, ein grundlegendes Werk, das wertvolle Erkenntnisse über diese außergewöhnliche Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts vermittelt.

Im Rahmen des Filmfestivals der *Aktion Mensch* zum Thema „Mut“ startete 2010 der Film *Fritz Bauer – Tod auf Raten* in den Kinos. In einer filmischen Collage sucht die Regis-

seurin Ilona Ziok das Leben und Wirken des aufklärerischen wie kämpferischen Juristen in dem von Verdrängung geprägten Westdeutschland der 1950er- und 1960er-Jahre zu fassen. Das vorliegende Begleitheft soll insbesondere die Zugänglichkeit des Films für die junge Generation erleichtern und kann als Grundlage zur Unterrichtsvorbereitung genutzt werden.

2 | Zeitgeschichtlicher Hintergrund

2.1 | NS-Prozesse der Alliierten 1945 bis 1949

Mit der Einrichtung des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg im Jahre 1945 begann die Aufarbeitung der Verbrechen, die während des Nationalsozialismus in ungekanntem Ausmaß begangen worden waren. Im so genannten Nürnberger Prozess (20.11.1945 bis 01.10.1946) – dem einzigen Prozess, der in internationaler Besetzung von den vier alliierten Siegermächten USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion geführt wurde – standen 24 Angehörige der NS-Elite als Hauptkriegsverbrecher vor Gericht, sechs Organisationen Nazi-Deutschlands waren als verbrecherisch angeklagt.

Der völkerrechtliche Vertrag zwischen den Alliierten, der die Grundlage der Gerichtsbarkeit in Nürnberg bildete, war mit dem Londoner Abkommen (08.08.1945) endgültig besiegelt worden war. In Artikel 6 dieses Statuts werden drei Verbrechenskategorien für den Gerichtshof festgelegt: Verbrechen gegen den Frieden (Planung, Einleitung und Durchführung eines Angriffskriegs), Kriegsverbrechen (u.a. Verstöße gegen die Haager Landkriegsordnung und die Genfer Kriegsgefangenenkonvention) und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (im Wesentlichen: Mord, ethnische Ausrottung, Versklavung, Deportation und Verfolgung aus politischen, rassischen und religiösen Gründen). Der Massenmord an den Juden Europas fiel unter die dritte Kategorie. Es war die Intention der alliierten Siegermächte, dem deutschen Volk und der Welt durch die Verurteilung der Hauptverantwortlichen im NS-Staat eine historische Lektion zu erteilen. Besonders galt dies im Bezug auf den neu definierten Tatbestand Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Crimes against humanity), der die Dimension des organisierten Verwaltungsmassenmords juristisch fasste. Darüber hinaus sollte die öffentliche Inszenierung des Prozesses die internationale Öffentlichkeit und vor allem die deutsche Bevölkerung über die begangenen Massenverbrechen aufklären; der Nürnberger Prozess diente also auch als ein Mittel zur Reeducation.

Im Laufe der Verhandlungen standen die Kriegsverbrechen im Vordergrund, während die Verbrechen gegen die Menschlichkeit nur am Rande behandelt wurden. In der öffentlichen Wahrnehmung führte dies jedoch zu einer Gleichsetzung des Völkermords mit Kriegsverbrechen und letztendlich zu einer Relativierung des Mordgeschehens, das eher als Teil der Kriegshandlungen verstanden wurde, denn als staatlich legitimiertes Massenverbrechen zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Rassenideologie. In der deutschen Bevölkerung wurde der Prozess überwiegend als Sieger- bzw. Rachejustiz kritisiert und damit abgelehnt. Heute wird er als historischer Prozess für den ersten Versuch, den Holocaust und andere NS-Massenverbrechen strafrechtlich zu erfassen, betrachtet.

Die Ergebnisse des Nürnberger Prozesses nach fast einem Jahr Prozessdauer:

- zwölf Todesurteile
- sieben langjährige oder lebenslange Haftstrafen
- drei Freisprüche
- eine krankheitsbedingte Verfahrenseinstellung
- ein Selbstmord vor Prozessbeginn
- die Erklärung der SS, SD und Gestapo zu verbrecherischen Organisationen.

Zwölf weitere Verfahren fanden von 1946 bis 1949 in Nürnberg statt, diese wurden jedoch allein von der amerikanischen Besatzungsmacht geführt, denn die Spannungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion wurden

immer deutlicher. Diese Nachfolgeprozesse richteten sich gegen Vertreter der NS-Funktionseliten, wie Juristen, Mediziner, Beamte, Generäle, Unternehmen und Wirtschaftsmanager. Insgesamt waren 186 Personen angeklagt, 96 wurden verurteilt, darunter 25 Todesurteile, wovon zwölf vollstreckt wurden. Bis 1949 wurden 4.500 Verurteilungen wegen NS-Verbrechen, auch durch deutsche Gerichte, ausgesprochen. Eine ernüchternde Zahl wenn man die industrielle Ermordung und die Anzahl der Beteiligten daran betrachtet.

Für Fritz Bauer hatte sich während seines Exils in Schweden die Frage gestellt, wie die deutsche Justiz in der Bundesrepublik mit den NS-Verbrechen umgehen könnte. Sein Buch „Die Kriegsverbrecher vor Gericht“ wurde bereits 1944 von einem Stockholmer Verlag veröffentlicht. Es enthielt auf der Grundlage des Völkerrechts die wesentlichen Elemente der Straftatbestände, die vor dem Internationalen Militärtribunal als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhandelt wurden. Eine deutsche Übersetzung war bereits 1945, noch vor dem Prozessbeginn in Nürnberg, erschienen.

Die deutschen Gerichte waren im Mai 1945 unter der alliierten Besatzung nach der Kapitulation geschlossen worden. In den westlichen Besatzungszonen wurden sie von den Alliierten allmählich wieder eröffnet. Eine Einschränkung war, dass ausschließlich Taten verhandelt werden durften, deren Opfer Deutsche waren – ein Grund dafür, warum darunter kaum Verfahren waren, die die Mitwirkung am Holocaust – ein Begriff, der damals noch nicht existierte – thematisierten. Im gleichen Zeitraum urteilten in den Besatzungszonen die Militärgerichte der Westalliierten 5.000 Naziverbrecher ab. Des Weiteren wurden in anderen Staaten, vor allem in der Sowjetunion, NS-Prozesse geführt, die bis heute nicht hinreichend erforscht sind.

Von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung wurden die Prozesse der Alliierten als Kollektivbestrafung betrachtet. Man fühlte sich entmündigt. Mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 sollte nach der Vorstellung vieler die Selbstbestimmung der Deutschen auch hinsichtlich der Aufarbeitung ihrer Geschichte beginnen. Dies führte jedoch dazu, dass die NS-Vergangenheit über Jahre verdrängt wurde und erst viele Jahre später eine Auseinandersetzung über die Fragen nach Schuld und Verantwortung überhaupt beginnen konnte.

2.2 | Amnestien, Integration, Begnadigung – der faktische Stillstand der NS-Strafverfolgung nach der Gründung der Bundesrepublik bis Mitte der 1950er-Jahre

Mit dem Beginn der Adenauer-Ära ging die Zahl der NS-Prozesse deutlich zurück: Im Jahr 1955 gab es nur 21 Verurteilungen gegen NS-Verbrechen, nur 23 Urteile ergingen 1956. Eine Strafverfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen wurde im Laufe der 1950er-Jahre fast eingestellt. Die Ermittlungsverfahren die es gab, kamen vor allem durch Anzeigen von Überlebenden zustande, eine organisierte Verfolgung von NS-Verbrechen gab es nicht. Hintergrund waren die Maßnahmen der Gesetzgeber unter der Adenauer-Regierung zur Rehabilitierung und Straffreiheit von belasteten NS-Tätern. Die Masse der Mitläufer sollte in die Gesellschaft integriert und für die neue demokratische Ordnung gewonnen werden. Profiteure waren allerdings weit darüber hinaus auch schwer belastete NS-Täter. Diese Vergangenheitspolitik, die bis Mitte der 1950er-Jahre abgeschlossen wurde, hatte moralische und Konsequenzen für das Verständnis von der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik, insbesondere solche für das Denken innerhalb der Justiz.

Gleich 1949 wurde das erste Amnestiegesetz mit Zustimmung des gesamten Bundestags erlassen und zwar für Taten, die bis 1949 mit bis zu sechs Monaten Gefängnis geahndet werden konnten. Unter diese sogenannte Bundesamnestie fielen auch Zehntausende von NS-Tätern, unter anderem solche, die nach Kriegsende untergetaucht waren und sich nun straffrei legalisieren konnten.

1950 wurde die in der Bevölkerung verhasste Entnazifizierung durch die Verabschiedung bundeseinheitlicher Richtlinien ersetzt, die die Einstellung der Verfahren gegen Minderbelastete und Mitläufer (Kategorien drei bis fünf) empfahlen. Die rechtsnationalen Klientelparteien DP (Deutsche Partei) und Teile der nordrhein-westfälischen FDP, welche damals von Altnazis unterwandert war, stellten noch radikalere Forderungen wie die Einstellung der Verfahren gegen Hauptbelastete (Kategorie eins und zwei), konnten sie jedoch nicht durchsetzen.

Die Verabschiedung des „131er“-Gesetzes, durch welches Beamte, die im Laufe der Entnazifizierung 1945 aus politischen Gründen entlassen worden waren, wieder in den Staatsdienst aufgenommen wurden, erfolgte 1951. Dadurch fanden sich unter den 300.000 betroffenen Beamten und Berufssoldaten auch Zehntausende, die in ihrer NS-Vergangenheit schwerste Verbrechen begangen hatten und mit keinerlei Folgen mehr zu rechnen hatten. Die Wiedereingliederung von NS-belasteten Richtern und Staatsanwälten erwies sich als besonders folgenschwer, da sie natürlich die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen möglichst unterdrücken wollten.

Das zweite Straffreiheitsgesetz erließ der Deutsche Bundestag im Jahr 1954. Diese Amnestie galt den Taten mit einem zu erwartenden Strafmaß von bis zu drei Jahren, die zwischen 1944 und 1945 begangen worden waren, den Endphaseverbrechen.

Neben diesen Gesetzgebungen stand seit 1949 als vergangenheitspolitisches Hauptthema die „Lösung des Kriegsverbrecherproblems“ auf der Tagesordnung. Unter den Begriff Kriegsverbrecher fielen im wesentlichen NS-Verbrecher: ehemaliges KZ-Personal, Kommandeure von Einsatzgruppen ebenso wie Rüstungsindustrielle. Diese Kriegsverbrecher wurden jedoch von vielen Seiten unterstützt: Ein weiter Teil der Presse und der Bevölkerung forderte immer mehr die Freilassung. Eine einflussreiche Lobby der alten militärischen, wirtschaftlichen und bürokratischen Eliten stand ebenfalls hinter ihnen. Gerade die rechtsextremen Parteien hatten dieses Thema populistisch hochgeschaukelt. Ein juristisches Gnadenfieber, bei dem man auch bei Mördern nicht halt machte, war die Folge.

Somit wurden Mitte der 1950er-Jahre 3,6 Millionen Deutsche durch Entnazifizierung und Zehntausende durch Amnestien von ihrer NS-Vergangenheit befreit. Darunter waren auch die meisten derjenigen, die von alliierten Militärgerichten verurteilt worden waren, wieder auf freiem Fuß. Das alles förderte in der deutschen Bevölkerung die vorherrschende Mentalität, die NS-Vergangenheit zu verdrängen. Sich damit zu befassen, welches Leid angerichtet worden war, kam nicht in Frage. Man mied den Rückblick und stellte sich einen kompletten Neuanfang vor. In den 1950er-Jahren wurde die Vergangenheit weg geschwiegen: in den Medien, in der Politik, der Justiz und nicht zuletzt im Privaten. Der Wiederaufbau, das anlaufende Wirtschaftswunder und die internationalen Folgen des Kalten Kriegs standen im Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses.

Die Forderungen rechtsnationaler bis rechtsextremer Gruppierungen nach der Entnazifizierung für schwer belastete NS-Verbrecher oder Wiedergutmachungszahlungen für Kriegsverbrecher waren gesamtgesellschaftlich zwar nicht durchsetzbar. Dennoch verschärften die rechten Parteien das Klima erheblich, so dass phasenweise die politische Durchsetzbarkeit einer Generalamnestie realistisch erschien.

2.2.1. | Der Remer-Prozess 1952

Der Remer-Prozess macht die Anstrengungen deutlich, die Fritz Bauer 1952 als Generalstaatsanwalt in Braunschweig auf sich nehmen musste, um gegen den ehemaligen Generalmajor Otto Ernst Remer vorzugehen, und er zeigt, welche absolute Ausnahmeerscheinung der Prozess in jener Zeit darstellte.

Bauer, der nach seiner Rückkehr 1949 im sozialdemokratischen Niedersachsen zunächst am Landgericht, dann als Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht in Braunschweig tätig war,

musste im Frühjahr 1951 erleben, wie bei den Landtagswahlen in Niedersachsen die rechtsextreme Sozialistische Reichspartei (SRP), die sich als Nachfolger der NSDAP verstand, mit 11 Prozent und damit 16 Abgeordneten in den Landtag einzog. Einer der Mitbegründer der SRP war eben jener Otto Ernst Remer, der ehemalige Generalmajor und Kommandeur des Berliner Wachbataillons, das an der Niederschlagung des Aufstands vom 20. Juli maßgeblich beteiligt war. Remer hatte auf einer Wahlkampfveranstaltung die Widerstandskämpfer des 20. Juli beleidigt und als „vom Ausland bezahlte Landesverräter“ bezichtigt. Diese Aussagen blieben nicht ohne Folgen. So stellte der damalige Bundesinnenminister Robert Lehr (CDU), der selbst aktiver Widerstandskämpfer gewesen war, kurz darauf beim Oberlandesgericht Braunschweig Strafantrag wegen Verleumdung.

Im März 1952 stand der Rechtsextremist Remer wegen „übler Nachrede und Beschimpfung des Andenkens Verstorbener“ vor Gericht. Fritz Bauer vertrat selbst die Anklage, Angehörige führender Widerstandskämpfer waren Nebenkläger. Mit dem Prozess wollte Fritz Bauer ein bundesweites politisches Signal setzen, um die Widerstandskämpfer vom Vorwurf des Landesverrats und vom Eidbruch frei zu sprechen und „die Helden des 20. Juli ohne Vorbehalte und ohne Einschränkung zu rehabilitieren“. „War nicht jeder in Deutschland, der die Ungerechtigkeit des Krieges erkannte, berechtigt, Widerstand zu leisten und einen Unrechtskrieg zu verhüten?“ Diese Frage stellte Bauer dem Gericht und benannte damit nicht nur die Unrechtmäßigkeit der Angriffskriege Nazi-Deutschlands, sondern stellte dem Vorwurf des Volksverrats das Recht auf Widerstand entgegen. Bauer argumentierte geschickt mit historischen Belegen, auch aus der von den Nazis angesehenen nordischen Kultur, welche das Recht auf Widerstand sehr wohl kennt. Einen Unrechtsstaat kann man demnach nicht verraten. Den Ausführungen Bauers schloss sich das Gericht vollständig an und Remer wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die er jedoch wegen seiner Flucht ins Ausland nie antrat. Die SRP wurde im Oktober 1952 aufgrund ihrer direkten Bezugnahme auf die NSDAP verboten; damit war eine klare Abgrenzung der Bundesrepublik zu den rechtsextremen Parteien gezogen.

Der Remer-Prozess und die damit festgelegte Rechtmäßigkeit des Widerstands erregte bundesweites Aufsehen. Zahlreiche deutsche Politiker bekannten sich daraufhin öffentlich zum konservativen Widerstand. 1953 wurde im Bendlerblock in Berlin, wo Widerstandskämpfer wie Stauffenberg und andere standrechtlich erschossen worden waren, eine Gedenkstätte eröffnet. Bauer konnte mit dem Prozess den Widerstand gegen das NS-Regime in der Öffentlichkeit thematisieren. Auch wenn dies fast ausschließlich für den konservativen und militärischen Widerstand des 20. Juli galt, dessen Angehörige nicht zwingend demokratischer Gesinnung waren. Es war ein erster Schritt zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Bauer wusste: Es wäre undenkbar gewesen, mit diesem Prozess etwa die Aktionen einer kommunistischen Widerstandsgruppe zu legitimieren. Eine positive öffentliche Meinung über den Widerstand war auch eine Chance, das deutsche Selbstbild zu ändern und vor dem Ausland die Existenz eines „anderen“ Deutschland, das sich gegen Hitler wehrte, zu zeigen. Durch den Remer-Prozess wurde der Nationalsozialistische Staat von der deutschen Justiz zum Unrechtsstaat erklärt und so ermöglichte dieser Prozess alle weiteren NS-Prozesse in Deutschland. Trotz des Erfolges blieb der Remer-Prozess eine große Ausnahme und es sollte erst 1958 ein entscheidender Wendepunkt eintreten.

2.3 | Der Wendepunkt 1958 – Beginn der systematischen Ermittlungen zu NS-Verbrechen

Der erste wichtige Prozess in den 1950er-Jahren zu NS-Verbrechen war der so genannte Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958, der zufällig zu Stande kam. Zehn Angehörige des Einsatzkommandos Tilsit, die im November 1941 aktiv an der Ermordung von 120.000

litauischen Juden beteiligt waren, kamen vor Gericht. Bei diesem ersten großen NS-Prozess in Westdeutschland sollte jedoch nicht das Urteil entscheidend sein. Denn die Höchststrafen, die nur in zwei Fällen ausgesprochen wurden, sollten sich auf 15 Jahre Zuchthaus belaufen. Vielmehr stießen die Staatsanwälte mit den Ermittlungen auf völliges Neuland, und gerade hierdurch verdeutlicht der Prozesses die Versäumnisse der letzten Jahre: Zum Holocaust und anderen NS-Massenverbrechen gab es bis Ende der 1950er-Jahre noch kaum historische Forschungsarbeiten, da u.a. wichtiges Belastungsmaterial am Ende des Krieges von den Nazis vernichtet worden war. Die ZeugInnen, die überlebt hatten, lebten mittlerweile in allen Teilen der Welt verstreut. Die Täter waren unter falschem Namen untergetaucht oder hatten sich in Südamerika bzw. in den Nahen Osten abgesetzt, über die so genannte „Rattenlinie“. Der Ulmer Prozess verdeutlichte die Masse an Ermittlungsarbeit, die von einer einzelnen Staatsanwaltschaft schlicht nicht zu bewältigen war. Die Erschießungsmassaker, die rein rasseideologische Mordaktionen an der jüdischen Bevölkerung waren und in keiner Weise mit den Kriegshandlungen in Verbindung standen, drangen so erstmals an die Öffentlichkeit. Angesichts dieser schockierenden Konfrontation wurden während des Prozessverlaufs erstmals entschiedene Forderungen nach einer konsequenten strafrechtlichen Ahndung von NS-Verbrechen in der deutschen Presse und vor allem auch aus dem Ausland laut.

Das internationale Ansehen des Wirtschaftswunderlandes Deutschland war in Gefahr, und so verschärfte sich für die Justiz der Handlungsdruck, endlich aktiv zu werden. Noch im selben Jahr beschlossen die Landesjustizminister die Einrichtung der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“. Sie wurde bereits Ende 1958 eröffnet. Von nun an wurden hier systematische Vorermittlungen zu nationalsozialistischen Gewaltverbrechen (NSG) geführt, die außerhalb der Kriegshandlungen an Zivilpersonen begangen worden waren, d.h. v.a. Massenverbrechen in Ghettos, Konzentrations- und Zwangsarbeiterlagern. Für eine Anklageerhebung gab die Zentrale Stelle die Ermittlungsergebnisse an die jeweiligen Staatsanwaltschaften ab. Mit ihrer Gründung ist die Zentralen Stelle ein bedeutender Wendepunkt in der westdeutschen Nachkriegsjustiz. Man begann eine zentralisierte Strafverfolgung und systematische Ahndung von NS-Verbrechen und der Holocaust wurde zum Gegenstand der bundesdeutschen Justiz.

Immer mehr Stimmen erhoben sich und standen für eine kritische bzw. selbstkritische westdeutsche Minderheit, die sich in diesen Jahren zunehmend an die Öffentlichkeit ging und sich organisierte. So 1958 mit der Gründung der Freiwilligenorganisation Aktion Sühnezeichen (ab 1968 bis heute Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ASF), die explizit junge Menschen als Helfer und gleichzeitig Repräsentanten in die Länder entsandte, die von der nationalsozialistischen Besatzungs-, Kriegs- und Mordpolitik betroffen waren, um einen Beitrag zu Versöhnung und Frieden zu leisten. Wenig später gehörte Fritz Bauer 1961 zu den Gründungsmitgliedern der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union, die sich seither für den Schutz und die Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten stark macht.

Die Widerstände gegen die NS-Verbrechensaufklärung blieben aber weiterhin bestehen, ganz besonders innerhalb der Justiz. Viele spekulierten auf die Verjährung der NS-Angelegenheiten, welche 1960 für Totschlag eintrat. Als Totschlag gelten juristisch Tötungsverbrechen, die keine so genannten Erschwerungsgründe aufweisen wie Mordlust oder andere niedrige Beweggründe, Heimtücke, Grausamkeit (die allesamt Mordmerkmale sind). Für NS-Verbrechen hieß das: Eine Tötung, die auf Befehl ausgeübt worden war und nicht hauptsächlich aus niedrigen Beweggründen wie Rassenhass, galt als Totschlag. Mit der Verjährung von Totschlag mussten zahlreiche Ermittlungsverfahren eingestellt werden, weil sie eine „normale“ vorsätzliche Tötung, also einen Totschlag zum Gegenstand hatten. 1965 stand die Verjährungs-

frist für Mord nach § 211 Strafgesetzbuch an. Mit Eintritt dieser gesetzlich festgelegten Frist wären sämtliche Mordtaten, die während des Nationalsozialismus begangen worden waren, verjährt gewesen. Doch dazu kam es wegen der jetzt anstehenden NS-Prozesse, die den Deutschen und der Welt die Dimension der NS-Massenverbrechen vor Augen führten, nicht.

2.3.1 | Die Festnahme Adolf Eichmanns

Der Sozialdemokrat Fritz Bauer trat 1956 seine neue Stelle als Generalstaatsanwalt im einzig dauerhaft sozialdemokratisch regierten Bundesland der Ära Adenauer, nämlich in Hessen, an und zwar beim Oberlandesgericht in Frankfurt am Main. Sofort begann er hier mit Ermittlungen gegen NS-Täter, die an den „Endlösungs“-Verbrechen mitgewirkt hatten. Dabei konzentrierten sich seine Recherchen zunächst auf Adolf Eichmann, der als Leiter des so genannten „Judenreferats“ im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) ab Oktober 1941 für den reibungslosen Ablauf der Deportationen von Juden aus allen Teilen Europas verantwortlich war, ohne dabei besonders in Erscheinung zu treten. Seine eigene Nachkriegsgeschichte war geradezu „klassisch“ verlaufen: Der Name Eichmann war in den Nürnberger Prozessen nur am Rande gefallen. So konnte er recht problemlos in Deutschland untertauchen, bis er sich 1950 nach Südamerika absetzte. Über die von ehemaligen SS-Kameraden organisierte Fluchtroute, die so genannte „Rattenlinie“, schiffte er sich mit Hilfe eines Bischofs von Italien nach Argentinien ein. Von dort bekam er einen Flüchtlingspass des Vatikans unter dem Namen Ricardo Clement. Ehefrau Vera mit den drei Söhnen folgten 1952 problemlos nach, die Familie ließ sich in einem Vorort von Buenos Aires nieder und blieb über Jahre unbehelligt. Gleichzeitig drohte das Ermittlungsverfahren, das im Sommer 1945 in Wien gegen Eichmann eingeleitet worden war, vollkommen im Sande zu verlaufen. Als die Akte Eichmann nach zehn Jahren ergebnislos an die Bundesrepublik abgegeben wurde, landete sie auf Umwegen bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft, wo Bauer selbst die Recherchen übernahm und erfolgreich war. Bei seinen Ermittlungen über den Aufenthaltsort Eichmanns erhielt er von dem in Argentinien lebenden jüdischen Emigranten Lothar Hermann Hinweise und leitete diese Information an den israelischen Geheimdienst Mossad weiter. Eichmann wurde im Mai 1960 von israelischen Agenten durch eine spektakuläre Aktion nach Israel entführt, wo er sich im April 1961 vor dem Jerusalemer Bezirksgericht zu verantworten hatte.

Der Prozess, der mit dem Todesurteil für Eichmann endete, machte den Holocaust über Monate zum Thema der Weltpresse und verdeutlichte international das Ausmaß dieses Genozids. Bauer hatte befürchtet, dass Eichmann vor einem deutschen Gericht unschuldig gesprochen würde. Er wusste, dass von deutscher Seite kein Interesse bestehen konnte, Eichmann nach Deutschland auszuliefern. Daher hatte er seine Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst im Verborgenen gehalten und so blieb über Jahrzehnte unbekannt, dass Bauer ganz entscheidend am Zustandekommen dieses historischen Prozesses beteiligt war.

2.3.2 | Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess

Parallel zu den Ereignissen um Adolf Eichmann hatte Fritz Bauer im Jahr 1959 erreicht, dass Ermittlungen, die zu Tötungsverbrechen in Auschwitz angelaufen waren, gesammelt von der Frankfurter Staatsanwaltschaft übernommen wurden. Bauer strebte ein Großverfahren zum Gesamtkomplex Auschwitz an, um die Taten und die Angeklagten in den Gesamtzusammenhang des Mordgeschehens zu stellen – und um der deutschen Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, sich dieser NS-Vergangenheit zu stellen. Sein Ziel war: „Gerichtstag [zu] halten über uns selbst, über die gefährlichsten Faktoren in unserer Geschichte“. Der zentrale Ort, an dem die Auswirkungen dieser gefährlichen Faktoren zusammentrafen, war das Vernichtungslager Auschwitz, seinerzeit Zentrum des

Massenmords an den europäischen Juden. Zwischen 1940 und 1945 wurden hier mehr als eine Millionen Menschen, überwiegend Juden, ermordet. 8.000 SS-Angehörige und 200 SS-Aufseherinnen leisteten dort ihren Dienst und wirkten an der industriellen Massenvernichtung von über einer Millionen Menschen und der anschließenden Verwertung der Leichen mit. Nach jahrelanger Ermittlungsarbeit standen im Dezember 1963 im größten Prozess der deutschen Justizgeschichte 19 dieser SS-Angehörigen und ein Funktionshäftling als Angeklagte vor dem Frankfurter Gericht. Der Prozess erregte ungeheures Aufsehen. Nach dem Ulmer Einsatzgruppen-Prozess und dem Eichmann-Prozess, der im Land der Opfer stattgefunden hatte, konnte die Welt beim Auschwitz-Prozess nun ins Land der Täter blicken, ihren Umgang mit der Vergangenheit sehen. Dort hatten sich fast 20 Jahre nach Kriegsende biedere deutsche Familienväter als NS-Schergen zu verantworten, die direkt in das Mordgeschehen involviert waren. Gegenstand der Verhandlung war die Frage der individuellen Schuld. Sie waren entweder als Täter bzw. Mittäter des Mordes oder als Gehilfen der Beihilfe zum Mord angeklagt, oft in mehreren Tausend Fällen. Die vormaligen Funktionen der Angeklagten waren auf allen Ebenen der SS-Hierarchie zu finden, d.h. unter ihnen waren Adjutanten der Lagerkommandanten Rudolf Höss und Richard Baer, aber auch Blockführer und Funktionshäftlinge. Das Gericht tagte 20 Monate. Vor ihm traten insgesamt 360 ZeugInnen auf, unter ihnen 211 Überlebende von Auschwitz, die aus 18 Ländern angereist waren. Das Prozessgeschehen war bestimmt vom den erschütternden Aussagen der ZeugInnen und dem strikten Schweigen und Leugnen der Angeklagten. Das „menschliche Wort“, das Bauer und die jungen Staatsanwälte während des gesamten Prozesses von den Angeklagten gegenüber den Opferzeugen erhofft und erwartet hatten, fiel in all den Monaten nicht.

Im August 1965 wurde das Urteil verkündet: Sieben Angeklagte wurden als Täter wegen Mordes verurteilt, sechs von ihnen zu lebenslangen Haftstrafen, einer, Hans Stark, zu zehn Jahren Jugendstrafe, da er zur Tatzeit unter 21 Jahre alt gewesen war. Zehn Angeklagte wurden als Gehilfen qualifiziert und erhielten Zuchthausstrafen zwischen dreiviertel und vierzehn Jahren. Drei der Angeklagten wurden mangels Beweisen freigesprochen. Das Urteil wurde in den Medien weltweit überwiegend als zu milde wahrgenommen, im Besonderen für diejenigen, die nicht als Mittäter, sondern als Gehilfen verurteilt wurden, was zu einem viel geringeren Strafmaß führte. Entscheidender als die Strafen aber war die damalige Wirkung: Aus dem krassen Gegensatz zwischen der Erinnerungsverweigerung der Angeklagten und der Zeugnispflicht der Opfer ergab sich eine umfassende Aufklärung über das entsetzliche Ausmaß der NS-Verbrechen, die jeder weitere Verdrängung unmöglich machen sollte.

2.4 | Verjährungsdebatten und die „stille Amnestie für Gehilfen“ ab Mitte der 1960er-Jahre

Noch während in Frankfurt am Main in dem Aufsehen erregenden Prozess einstige SS-Angehörige aus Auschwitz vor Gericht standen, fand ihm März 1965 die erste der legendären Bundestagsdebatten über die Aussetzung der Verjährungsfrist für Mord statt. Nach dem Strafgesetzbuch wäre das schwerste aller Tötungsverbrechen, nämlich Mord, das mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht war, nach einer Frist von 20 Jahren verjährt gewesen. Die allgemeine Rechtsauffassung war, dass die Verjährungsfrist für Mord erst mit Kriegsende, also mit dem 8. Mai 1945 einsetzte, da NS-Täter während des Nationalsozialismus wegen solcher Tötungsverbrechen nicht belangt wurden. Dementsprechend wären sämtliche Mordtaten, die während der NS-Zeit begangen worden waren, mit dem 8. Mai 1965 verjährt gewesen.

Die Bundesregierung unter Ludwig Erhard (CDU) hatte keinen Gesetzentwurf zur Fristverlängerung ins Parlament eingebracht, da mit weiteren NS-Prozessen tatsächlich nicht gerechnet wurde. Für die noch anhängigen

NS-Verfahren wurde der Ablauf der Frist ausgesetzt. Aus außenpolitischen Erwägungen wurde jedoch ein Aufruf an alle relevanten Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen im In- und Ausland verschickt, belastendes Material an die Zentrale Stelle zu senden. Die Resonanz war erstaunlich groß, vor allem die Ostblockstaaten und auch die DDR verwiesen auf umfangreiche Archivbestände sowie auf die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Damit war klar, dass Hunderte von NS-Verfahren noch bevorstanden, die keinesfalls vor Ablauf der Frist eingeleitet werden konnten. In letzter Sekunde wurde eine Bundestagsdebatte zu einem Gesetzentwurf zur Aussetzung der Verjährungsfrist einberufen, die letztendlich auch unter dem Einfluss des Frankfurter Prozessgeschehens stand. Die mit leidenschaftlichem Engagement geführten Debatten, die im In- und Ausland mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden, gingen als „Sternstunden des Parlaments“ in die Geschichte ein. Dennoch war das Ergebnis dürftig, der Ablauf der Frist wurde auf Ende 1969 verschoben. 1969 erfolgte nach einer erneuten Debatte eine Verlängerung der Frist um zehn Jahre und erst 1979 beschloss der Bundestag mit einer Mehrheit von nur 33 Stimmen die endgültige Aufhebung der Verjährung für Mordverbrechen. Diese Entscheidung schuf die Voraussetzung, dass NS-Mordverbrechen bis heute strafrechtlich geahndet werden können.

Auf die Aussetzung der Verjährungsfrist im Jahre 1965 folgte allerdings drei Jahre später eine gravierende Gesetzesänderung durch die Hintertür, die eine „stille“ oder „kalte“ Amnestie für einen erheblichen Täterkreis zur Folge hatte. Bis 1968 konnten im Falle eines Morddelikts sowohl der Täter als auch der Gehilfe mit lebenslänglicher Haft als Höchststrafe verurteilt werden. Die gesetzliche Neuerung unterschied in Bezug auf den Gehilfen, ob die Beihilfe zur Tat durch besondere persönliche Merkmale (Grausamkeit, niedrige Beweggründe, etc.) zu qualifizieren war. Lagen diese Merkmale nachweislich nicht vor, wurde die Beihilfe als Versuch gewertet und milder, d.h., mit höchstens 15 Jahren bestraft. Mit der Herabsetzung der Höchststrafe verringerte sich auch die Verjährungsfrist auf 15 Jahre, was zur Folge hatte, dass diese Taten rückwirkend seit Mai 1960 als verjährt galten. Die Gesetzesänderung hatte dramatische Folgen, da hochrangigen NS-Schreibtischtätern, die grundsätzlich als Gehilfen galten, diese persönlichen Merkmale nicht nachzuweisen waren. Als Konsequenz wurde ein aufwändiges Verfahren gegen damalige Amts- und Referatsleiter des Reichsicherheitshauptamtes, das die ideologische und organisatorische Zentrale der Vernichtungspolitik war, eingestellt. Verantwortlich für die Gesetzesänderung war der Leiter der Strafrechtsabteilung im Bundesjustizministerium Eduard Dreher. Er hatte das so genannte „Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten“, das sich fast ausschließlich auf den Straßenverkehr bezog, dem Bundestag zugeleitet, der es noch im gleichen Jahr verabschiedete. Dreher, der während der NS-Zeit als Sonderrichter in Innsbruck für eine Vielzahl von Todesurteilen verantwortlich war, machte in der Nachkriegszeit rasch Karriere im Bundesjustizministerium. Sein enger Kontakt zu anderen ehemaligen hochkarätigen NS-Repräsentanten wie Ernst Achenbach und Werner Best und zum Ausschuss zur Herbeiführung einer Generalamnestie legt nahe, dass die vermeintlich überraschende Nebenwirkung des Gesetzes kein Zufall war. Die Einführung des Gesetzes im Oktober 1968, die ein herber Rückschlag für die juristische Aufarbeitung bedeutete, hat Fritz Bauer nicht mehr erlebt. Doch wurden ihm in den Jahren vor seinem Tod in seiner Ermittlungstätigkeit deutliche Grenzen gesetzt. Fast all seine späteren Ermittlungsanstrengungen liefen ergebnislos ins Leere.

2.4.1 | „Ungesühnte NS-Justiz“ und der „Euthanasie“-Komplex

Bauer ließ nicht locker, in den eigenen Reihen der hessischen Justiz Ermittlungen gegen Richter und Staatsanwälte aufzunehmen, die Unrechtsurteile gefordert bzw. gefällt hatten.

Ende der 1950er-Jahre wurden von der DDR die „Blutrichter“-Listen mit 2000 Namen veröffentlicht. Sie standen unter dem Motto „Gestern Hitlers Blutrichter – heute Bonner Justiz-Elite“ und lieferten besonderes Material. Während man diese Listen in weiten Kreisen Westdeutschlands als DDR-Diffamierungs-Attacke abtat, nahm Bauer die Vorwürfe ernst und leitete eine Vielzahl von Ermittlungen gegen Richter und Staatsanwälte in Hessen ein. Die Verfahren wurden entweder mangels Beweisen eingestellt oder fielen 1960 unter die Verjährung von Totschlagsverbrechen, da die unrechtmäßig gefällten Todesurteile als Totschlag geahndet wurden. Bemühungen auf Bundesebene, teils schwer belastete NS-Richter in den Zwangsruhestand zu versetzen, scheiterten ebenfalls. 1961 wurde ein Gesetz verabschiedet, welches eine freiwillige Versetzung in den Ruhestand ermöglichte. Von 14.500 betroffenen Richtern und Staatsanwälten quittierten nur 135 ihren Dienst. Die Bauer-Biografin Wojak resümiert: „In Westdeutschland wurde kein einziger Richter des Volksgerichtshofs, der Sonder- sowie anderer NS-Gerichte nach 1945 verurteilt.“

Ein weiterer Ermittlungsschwerpunkt Bauers war der Komplex der NS-„Euthanasie“-Verbrechen. „Euthanasie“ stand in der NS-Terminologie für die systematische Vernichtung „unwerten Lebens“. Unter der Bezeichnung „Aktion T4“ wurde diese organisiert und durchgeführt. 1939 bis 1945 wurden 125.000 geistig und körperlich behinderte Menschen ermordet. Es war der erste organisierte Massenmord der Nazis, der in sechs Mordanstalten im Deutschen Reich durchgeführt wurde. 1941 war die Spitze der deutschen Justiz, nämlich sämtliche Generalstaatsanwälte und Oberlandesgerichtspräsidenten, zu einer Konferenz nach Berlin zusammen gerufen worden, um die Geheimhaltung der T4-Aktion abzusichern. Im selben Jahr wurde die Aktion jedoch schlagartig eingestellt, nachdem mehrere Bischöfe ihre Stimme gegen die Tötung von Schutzbefohlenen erhoben hatten.

Bauer hatte bei diesen Ermittlungen vor allem die Schreibtischtäter, also Ärzte und Juristen, im Visier. Ende 1959 hatte sich der medizinische Leiter der „Euthanasie“-Aktion Dr. Heyde, der bislang unter dem Namen Sawade untergetaucht war, der Frankfurter Staatsanwaltschaft gestellt. Innerhalb kürzester Zeit weiteten sich die Ermittlungen zu einem Sammelverfahren gegen mehrere hundert Beschuldigte aus. Am 18. Februar 1964 sollte der „Euthanasie“-Prozess gegen Heyde/Sawade und drei weitere hohe Verwaltungsfunktionäre der T4-Aktion eröffnet werden. Doch Heyde und ein weiterer Mitangeklagter begingen wenige Tage vor Prozessbeginn Selbstmord, und die beiden anderen Beschuldigten wurden für verhandlungsunfähig erklärt. Der groß angelegte „Euthanasie“-Prozess kam nicht zustande. Ebenso verliefen Bauers Ermittlungstätigkeiten gegen 20 Juristen im Sande, die 1941 an der Berliner Konferenz teilgenommen hatten. Der Verlauf der Ermittlungen im gesamten „Euthanasie“-Komplex, den Fritz Bauer angestoßen hatte, glich einer Kette von Verfahrenseinstellungen, Fluchten, Selbstmorden und Verschleppungen und endete mit einer niederschmetternden Bilanz. Bauer selbst erlebte nur einen einzigen Urteilsspruch, nämlich einen Freispruch für drei T4-Funktionäre. Bis Mitte der 1980er-Jahre wurden insgesamt vier T4-Spitzenfunktionäre als Gehilfen verurteilt.

3 | Der Film „Fritz Bauer – Tod auf Raten“

Der Film erzählt die Geschichte Bauers in Form eines filmischen Mosaiks, das sich aus verschiedensten Materialien zusammenfügt: neben den aktuellen Interview-Ausschnitten mit 22 ZeitzeugInnen der 1950er-/1960er-Jahre sind das Filmaufzeichnungen der 1960er-Jahre – vor allem mit Aufnahmen von Fritz Bauer – und historisches Filmmaterial aus der NS-Zeit.

Das Motiv, welches als Rahmen des Films dient, lässt sich bereits im Titel erkennen: Der Tod Bauers im Jahre 1968, der bis heute rätselhaft bleibt. Im gesamten Verlauf des Films

werden Annahmen und Fakten zum Tod Bauers von ZeitzeugInnen vorgetragen. Dabei werden ein natürlicher Tod, ein Selbstmord oder gar ein Mord in Betracht gezogen, die Frage bleibt aber ungeklärt.

Vor diesem Hintergrund wird Bauers Wirken als Jurist gezeigt:

- die seit 1956 eingeleitete Strafverfolgung und Verhaftung Adolf Eichmanns,
- der Prozess gegen den Rechtsextremisten Otto Ernst Remer in Braunschweig 1952,
- der Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963–1965,
- die ergebnislosen Ermittlungen zu den „Euthanasie“-Verbrechen seit 1959,
- der bittere Rückschlag durch die „stille Amnestie“ 1968.

Zwischen diesen strukturierten Themenblöcken stehen biografische Rückblicke auf die Jahre in Stuttgart bis 1933 und Bauers Jahre der Emigration nach Dänemark und Schweden.

Als weiterer thematischer Aspekt steht Bauers Persönlichkeit, d.h. hier, sein Rechtsverständnis als Humanist und als Jurist, sowie seine Erwartungen an die heutige Jugend im Mittelpunkt. Ilona Ziok lässt hier auch Bauer selbst zu Wort kommen. In Ausschnitten aus „Heute Abend Keller Klub“, einer Sendung des Hessischen Rundfunks von 1964, diskutiert Bauer mit jungen Erwachsenen.

Ansonsten sprechen die 22 ZeitzeugInnen über Bauer und das politische Klima in der Bundesrepublik bis Ende der 1960er-Jahre. Darunter sein Neffe Rolf Tiefenthal, Freunde und Weggefährten, wie der Filmemacher und Schriftsteller Thomas Harlan und sein Nachlassverwalter Manfred Amend, Mitarbeiter und Kollegen aus der hessischen Justiz, wie Johannes Warlo oder Joachim Kügler, sowie Verbündete, die sich dem Verdrängungslima jener Zeit entgegensetzten. Einstimmig berichten sie dabei, wie Fritz Bauer als Jurist attackiert wurde, als jüdischer Remigrant nach 1945 antisemitische Beleidigungen ertragen musste. Der Zeitgeist der 1950er- und 1960er-Jahre ist durch die bittere Realität von Verdrängung und Ignoranz der Vergangenheit geprägt, die den Wirtschaftsaufschwung und die Westintegration der frühen Bundesrepublik begleiten. Der Protagonist Bauer dient dabei vor allem der historischen und politischen Charakterisierung Nachkriegsdeutschlands.

Im Laufe des Films potenziert sich dieses Szenario: Mit den Erfolgen, die Bauer zunächst hat, nehmen Anfeindungen, Ausgrenzungen und Einsamkeit zu. Gerade die letzten Jahre vor seinem Tod kapitulierte er zunehmend vor den Widerständen in den Reihen der Justiz. Der Film endet mit der Frage nach Bauers rätselhaftem Tod, der trotz aller Spekulationen nach wie vor nicht zweifelsfrei aufzuklären ist.

4 | Der Film im Unterricht oder in der Jugendarbeit: Konzeption einer Unterrichtseinheit

Die SchülerInnen/Jugendlichen sollen durch gezielte Arbeitsaufträge, die sich für arbeitsteiliges Vorgehen bzw. Gruppenarbeit eignen, zur aufmerksamen und kritischen Beobachtung motiviert werden. Am Ende der Arbeit mit dem Film sollen sie zu einem fundierten Urteil sowohl über den Film als auch über zwei historischen Epochen, den Nationalsozialismus und seine Aufarbeitung in der frühen Bundesrepublik, befähigt sein. Im Folgenden finden sich unterschiedliche Vorschläge zur Einbettung des Films in den Unterricht/die Jugendarbeit. Es werden auch Vorschläge zur Zeiteinteilung gemacht, wobei es zu empfehlen wäre, den Film im Rahmen von Projekttagen oder als Sonderveranstaltung zu zeigen, damit Filmschau und Nachbereitung im engen zeitlichen Zusammenhang bleiben können.

Die Beschreibung von Inhalt und Aufbau des Films (3.) ist gleichzeitig didaktische Analyse. Als Referenzfächer im schulischen Bereich bieten sich an: Geschichte, Politik und Wirtschaft, Religion/Ethik, Deutsch und Kunst.

Der Film sollte in der Jahrgangsstufe 9/10 oder in der Oberstufe weiterführender Schulen gezeigt werden. Grundkenntnisse über den Nationalsozialismus sind Voraussetzung, um

den moralischen Anspruch und die Einzigartigkeit des Wirkens Fritz Bauers angemessen zu würdigen. Kenntnisse über die Zeit der jungen Bundesrepublik sind wünschenswert, können aber auch anhand des Films vermittelt werden.

4.1 | Methodische Alternativen

4.1.1 | Filmbetrachtung auf der Grundlage vorgegebenen Materials

Die Klassen/Kurse/Jugendgruppen werden in Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe übernimmt einen der im Folgenden angebotenen Themenblöcke, sie erhält darüber hinaus medienkritische Beobachtungsaufträge, die von allen berücksichtigt und bearbeitet werden sollen.

Die Jugendlichen/jungen Erwachsenen erhalten die zeitgeschichtlichen Hintergrundinformationen und die Beobachtungsaufträge vor dem Kinobesuch. So werden sie in die Lage versetzt, die Interviewausschnitte im Film selbstständig einzuordnen und der Filmerzählung zu folgen.

In einer Vorbereitungsstunde wird das Begleitheft gemeinsam durchgegangen und Gruppen, die für die jeweiligen Themenkomplexe verantwortlich sind, werden eingeteilt. Zudem kann zusammen getragen werden, was die Jugendlichen/jungen Erwachsenen über die Aufarbeitungsgeschichte „NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik“ und über den politischen Kontext der 1950er und 1960er wissen. Die innerdeutsche Entwicklung sowie die weltpolitische Lage im Zeichen der Blockstaatenkonfrontation, also des „Kalten Kriegs“ werden vorgestellt.

Nach dem Kinobesuch werden die Beobachtungen, Ergebnisse und Positionen in den Kleingruppen zusammengetragen. Anschließend stellen die Gruppen ihren jeweiligen Themenblock und ihre medienkritischen Beobachtungen vor. Die Themen sollen angemessen präsentiert werden, d.h., es ist darauf zu achten, dass Stichpunkte an der Tafel bzw. auf Flipchart strukturiert notiert werden, so dass sich im Ergebnis ein filmanalytisches Cluster ergibt.

Eine abschließende Podiumsdiskussion, zu der die Kleingruppen je einen Vertreter entsenden, bietet sich als Möglichkeit der vertiefenden Reflexion und der Ergebnissicherung an.

Bearbeitungszeit:

- Vorbereitung: 1 Doppelstunde
- Filmschau: 1 Doppelstunde
- Gruppenarbeit: 1 Doppelstunde
- (evtl. Podiumsdiskussion: 1 Einzelstunde)
- (evtl. Abschluss im Plenum: 1 Einzelstunde)

4.1.2 | Filmbetrachtung auf der Grundlage von Referaten

Eine andere Möglichkeit der Vorbereitung der Filmschau ist die Aufteilung der Klassen/Kurse/Jugendgruppen in Referatsgruppen.

Folgende Themen sind möglich:

- Biografie Bauers
- Nürnberger Prozesse
- Eichmann Prozess
- Remer-Prozess
- Frankfurter Auschwitz-Prozess
- Euthanasiekomplex
- Bundesrepublik nach 1945
- Ost-West-Konflikt
- Bildungskritik der 68er
- u.v.a.

Die Referate werden vor der Filmschau vorgetragen und diskutiert. Die Beobachtungsaufträge (4.2.) werden an Einzelne oder an Gruppen nach der Nähe zum jeweiligen Referatsthema vergeben. Zusätzliche Beobachtungsaufträge, die sich aus den Referaten ergeben, können von den Referenten formuliert/übernommen werden.

Bearbeitungszeit:

- Vorbereitung der Referate: Hausarbeit nach Lehrervorgabe

- Vortrag der Referate: 2 Doppelstunden
- Filmschau: 1 Doppelstunde
- Nachbereitung: 1 Doppelstunde
- (evtl. Podiumsdiskussion: 1 Einzelstunde)
- (evtl. Abschluss im Plenum: 1 Einzelstunde)

4.1.3 | Spontane Filmbetrachtung

Eine Filmbetrachtung ohne gezielte Vorbereitung würde die Eigendynamik des Films in den Mittelpunkt stellen und die filmanalytischen Aspekte des Aufbaus von Spannung, der Verknüpfung unterschiedlicher Erzählstränge sowie filmischer Materialien, den Zusammenklang von Bild und Musik etc. in den Vordergrund stellen. Sie wäre evtl. besonders für den Kunstunterricht geeignet. Es sollte bei dieser Methode darauf geachtet werden, dass die erste Nachbesprechung zeitlich unmittelbar nach der Filmschau erfolgt, damit die Eindrücke frisch sind und die Zuschauer sich direkt auf das Gesehene beziehen können. Möglich wäre ein Spontanaustausch der Eindrücke in Kleingruppen, eine Protokollierung dieses Austausches, ein Vergleich der Gruppenprotokolle und schließlich die Fixierung gemeinsamer und unterschiedlicher Beobachtungsergebnisse im Plenum. Hieraus könnte der Versuch einer Definition des Genres „Dokumentarfilm“ erfolgen, wobei die Beobachtungsaufträge und Diskussionspunkte, insbesondere die filmanalytischen, aus 4.2. Grundlage sein könnten.

Bearbeitungszeit:
- Filmschau: 1 Doppelstunde
- Nachbereitung in Kleingruppen: 1 Einzelstunde
- Vergleich der Protokolle: 1 Doppelstunde
- Systematisierung/ Definition „Dokumentarfilm“: 1 Doppelstunde

4.1.4 | Filmbetrachtung in Ausschnitten

Eine weitere Möglichkeit, den Film als Unterrichtsmaterial zu verwenden, wäre, die einzelnen Kapitel bzw. Themenstränge des Films in den laufenden Unterricht einzubinden. Hierfür sind besonders die Themen des Geschichtsunterrichts geeignet, z.B.:

- Führerprinzip
- Holocaust
- Eichmann Prozess
- alliierte Politik nach 1945
- Ost-West-Konflikt
- Bundesrepublik in der Adenauer-Zeit
- die 68er

Die Beobachtungsaufträge könnten jeweils als Arbeitsauftrag verwendet werden.
Bearbeitungszeit: abhängig von der Auswahl der Ausschnitte.

4.2 | Fritz Bauer und seine juristischen Interventionen – Beobachtungsaufträge und Diskussionspunkte

Anhand von Beobachtungsaufträgen sind die Jugendlichen/jungen Erwachsenen gefordert, sich auf zentrale Aspekte des Films zu konzentrieren. Im Anschluss an den Film werden die Beobachtungen in Kleingruppenarbeit zusammengetragen und zu begründeten Thesen und Positionen weiter entwickelt, die dann im abschließenden Plenum vorgestellt und gemeinsam diskutiert werden (siehe auch 4.1.).

Hier noch einige Anmerkungen zu den Beobachtungsaufträgen: Grundsätzlich wird in der medienpädagogischen Arbeit grob zwischen einer filmanalytischen und einer inhaltsanalytischen Herangehensweise unterschieden, Letzteres besonders in Bezug auf Dokumentarfilme.

Der filmanalytische Ansatz zielt auf die Vermittlung von Medienkompetenz und ist damit für alle o.g. Referenzfächer relevant.

Er konzentriert sich auf den Themenzuschnitt und die filmische Inszenierung wie zum Beispiel:

- die Montage der Einstellungen,
- die Kameraführung,
- den Einsatz,
- das Verhältnis von Bild, Ton und Musik,
- die Darstellung und Inszenierung der Protagonisten, hier der Zeitzeugen.

Mit den Beobachtungsaufträgen werden die jungen ZuschauerInnen animiert, sich vom Sog des Films zu distanzieren und seine Machart kritisch zu hinterfragen.

Der inhaltsanalytische Ansatz hingegen bleibt im Film verhaftet und fragt inhaltliche Informationen ab. Die hier vorgestellten Beobachtungsaufträge verbinden beide Ansätze. Das heißt, der Film wird als Informationsvermittler betrachtet, ohne den filmanalytischen Blick außer Acht zu lassen.

4.2.1 | Arbeitsgruppe I: Fritz Bauer – Biographie, Persönlichkeit, Rechtsverständnis

Der Lebensweg Fritz Bauers taucht fragmentarisch in den Erzählungen der Interviewpartner im Film auf und folgt überwiegend einer Chronologie. Die Schwerpunkte der Beschreibungen liegen auf seinem Charakter, seiner Ausstrahlung als Mensch und darauf, dass er ein außergewöhnlicher, ja untypischer Jurist war.

Achten Sie auf diese Passagen und machen Sie sich Notizen dazu, so dass Sie die biographischen Stationen Fritz Bauers skizzieren und ein Bild seiner Persönlichkeit vorstellen können. Orientieren Sie sich ggf. auch an der Kurzbiographie zu Fritz Bauer und an denen der Protagonisten/Interviewpartner.

Strukturieren Sie Ihre Notizen/Ihre Präsentation anhand folgender Punkte:

Biografische Stationen:

- Was erfahren Sie über die Kindheit und Jugend Fritz Bauers?
- Welche Konsequenzen hatte seine Erziehung für sein späteres Denken?
- Was erfahren Sie über Fritz Bauers politische Haltung in der Vorkriegszeit?
- Wie hat er sich nach der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 verhalten?
- Wie wird sein letzter Lebensabschnitt dargestellt?
- Wie ging er mit den zunehmenden Anfeindungen um?

Persönlichkeit und Charakter:

- Führen Sie einige konkrete Beispiele auf, anhand derer Fritz Bauers Persönlichkeit und sein Charakter beschrieben werden.
- Durch welche Eigenschaften werden er als untypischer Jurist charakterisiert?

Rechtsverständnis und Denken:

- Stellen Sie einige Leitgedanken Fritz Bauers zu seinem Rechtsverständnis vor.
- Warum waren diese Gedanken für die damalige Zeit außergewöhnlich? Sind sie heute selbstverständlich?
- Welche Erwartungen hatte Bauer an die NS-Täter?
- Wie hätten Sie seiner Meinung nach Einsicht zeigen können?
- Was erfahren Sie über Fritz Bauers Haltung in Bezug auf den Jugendstrafvollzug?
- Was war an dieser Haltung außergewöhnlich?
- Vergleichen Sie diese Haltung mit der heutigen.
- Als Lebensmotto nennt Fritz Bauer den Satz: „Was Du nicht willst, das man Dir antut, das füg auch keinem andern zu.“ Wie beurteilen Sie dieses Motto heute? Begründen Sie Ihre Position.

Erwartungen an die junge Generation:

- Wie äußert sich Fritz Bauer über die Jugend? Welche Erwartungen und Wünsche formuliert er an die junge Generation Deutschlands?
- Welche Erwartungen an die Jugend äußern andere Interviewpartner im Film, z.B. Ralph Giordano?
- Haben sich Bauers Erwartungen in der Gegenwart erfüllt?

Filmanalytische Fragen:

- Aus welcher/wessen Perspektive wird der von Ihnen bearbeitete Schwerpunkt gezeigt?
- Wie gestaltet die Interviewerin ihre Rolle?
- Wie viele Personen sind für diesen Schwerpunkt von Bedeutung?
- Wie verhalten sie sich?
- Haben sie gleiche Anteile als Protagonisten?
- Worauf konzentriert sich die Kamera?
- Welche Rolle spielt die Musik bei der Darstellung?
- Taucht der von Ihnen bearbeitetet Aspekt als einmalig auf oder mehrfach?
- Ist er im Gesamtkontext des Films ein Schwerpunkt oder eher marginal?
- Ist er Teil des „roten Fadens“, der sich durch den Film zieht?

4.2.2 | Arbeitsgruppe II: Der Remer-Prozess 1952

Lesen Sie sich die Kurzbiografie Remers durch, so dass Sie seinen Werdegang in Ihrer Präsentation kurz vorstellen können.

Strukturieren Sie Ihre Notizen/Ihre Präsentation anhand folgender Punkte:

Zur Person Remers:

- Welche Rolle spielte er in der Zeit des Nationalsozialismus?
- Was tat er nach Gründung der Bundesrepublik?

Zum Prozess:

- Was war der Anlass des Prozesses?
- Wer hatte geklagt?
- Welche unterschiedlichen Positionen zu der Klage gab es in der Öffentlichkeit?

Zur Intention Fritz Bauers:

- Was erfahren Sie über die Intention Fritz Bauers, den Prozess gegen den ehemaligen Generalmajor Otto Ernst Remer zu führen?
- Was war sein Ziel?
- Welche Schritte musste er gehen, um dieses zu erreichen?
- Wie argumentierte er im Prozess?

Zum grundsätzlichen ethischen Problem:

- Welche Argumente für die Legitimität des bewaffneten Widerstands gegen den Nationalsozialismus legen die Interviewpartner dar?
- Entwickeln Sie eine eigene Position in dieser Frage und stellen Sie diese begründet vor.
- Wo liegen heute die Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandrechts als Staatsbürger?
- Was findet sich hierzu im Grundgesetz?
- Finden Sie aktuelle Beispiele für den Gebrauch des Widerstandsrechts durch Staatsbürger.

Filmanalytische Fragen:

- Aus welcher/wessen Perspektive wird der von Ihnen bearbeitete Schwerpunkt gezeigt?
- Wie gestaltet die Interviewerin ihre Rolle?
- Wie viele Personen sind für diesen Schwerpunkt von Bedeutung?
- Wie verhalten sie sich?
- Haben sie gleiche Anteile als Protagonisten?

- Worauf konzentriert sich die Kamera?
- Welche Rolle spielt die Musik bei der Darstellung?
- Taucht der von Ihnen bearbeitetet Aspekt als einmalig auf oder mehrfach?
- Ist er im Gesamtkontext des Films ein Schwerpunkt oder eher marginal?
- Ist er Teil des „roten Fadens“, der sich durch den Film zieht?

4.2.3 | Arbeitsgruppe III: Die Verhaftung Adolf Eichmanns (1960)

Verhaftung Adolf Eichmanns

Achten Sie im Film darauf, wie die Rolle Fritz Bauers bei der Verhaftung Adolf Eichmanns beschrieben wird. Beziehen Sie in Ihre Arbeit auch die Kurzbiographie Adolf Eichmanns mit ein.

Strukturieren Sie Ihre Notizen/Ihre Präsentation anhand folgender Punkte:

Zu den Fakten:

- Welche Rolle hatte Eichmann im Dritten Reich?
- Wie wird diese Rolle von Historikern allgemein eingeschätzt?
- Wo hielt er sich nach dem Krieg auf?
- Wer suchte nach ihm?

Zur Haltung Fritz Bauers:

- Warum unterstützte Bauer den israelischen Geheimdienst Mossad bei der Festnahme Eichmanns?
- Warum versuchte Bauer nicht, Eichmann in Deutschland vor Gericht zu stellen?
- Weshalb musste er glauben, die deutschen Justizbehörden seien an einer Auslieferung Eichmanns nach Deutschland nicht interessiert?

Zum Verlauf des Eichmann-Prozesses in Israel:

- Wie äußert sich Adolf Eichmann vor dem Jerusalemer Bezirksgericht zu seiner Verantwortung als Beteiligter der „Endlösung der Judenfrage“?
- Was erfahren Sie über sein Selbstbild?
- Vergleichen Sie Eichmanns Statements mit den Äußerungen der Angeklagten im Frankfurter Auschwitz-Prozess zur.
- Welche Analogien und Unterschiede hinsichtlich der Frage von Schuld und Verantwortung gibt es?
- Wie bewerten Sie diese aus heutiger Sicht?

Filmanalytische Fragen:

- Aus welcher/wessen Perspektive wird der von Ihnen bearbeitete Schwerpunkt gezeigt?
- Wie gestaltet die Interviewerin ihre Rolle?
- Wie viele Personen sind für diesen Schwerpunkt von Bedeutung?
- Wie verhalten sie sich?
- Haben sie gleiche Anteile als Protagonisten?
- Worauf konzentriert sich die Kamera?
- Welche Rolle spielt die Musik bei der Darstellung?
- Taucht der von Ihnen bearbeitetet Aspekt als einmalig auf oder mehrfach?
- Ist er im Gesamtkontext des Films ein Schwerpunkt oder eher marginal?
- Ist er Teil des „roten Fadens“, der sich durch den Film zieht?

4.2.4 | Arbeitsgruppe IV: Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963 bis 1965

Der Auschwitz-Prozess wird im Film ausführlich thematisiert, neben den Interviewpartnern kommen anhand von damaligen Film- und Tonaufzeichnungen auch Täter und Opfer zu Wort. Zudem äußert sich Fritz Bauer in Filmdokumenten dezidiert erstens über das Verhalten der Deutschen in der NS-Zeit und zweitens dazu, wo er die Grenzen des Mitmachens sieht. Achten Sie während

des Films auf folgende Aspekte, die Sie in der Abschlussrunde vortragen und zur Diskussion stellen.

Strukturieren Sie Ihre Notizen/Ihre Präsentation anhand folgender Punkte:

- Warum war die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen für Bauer ein unverzichtbarer Bestandteil des Demokratisierungsprozesses?
- Welche Intentionen verfolgte Fritz Bauer mit dem Auschwitz-Prozess?
- Bauer stellt in einem Filmausschnitt aus „Heute Abend Keller Klub“ aus dem Jahre 1964 eine Art Typologisierung der deutschen Gesellschaft während des Nationalsozialismus vor. Machen Sie sich Notizen dazu und diskutieren Sie, ob sich seine damalige Analyse mit Ihrem Wissen heute deckt und wie Sie zu der Typenbildung und deren jeweiligen Motiven stehen. Erläutern Sie die Grenzen des Mitmachens, die Fritz Bauer formuliert.
- Welche Täter waren im Frankfurter Prozess angeklagt? Wie wird das Verhalten der Angeklagten im Auschwitz-Prozess im Film vorgestellt?
  - Wie haben sie sich selbst zu den Tatvorwürfen geäußert?
  - Wie äußern sich die Angehörigen der Angeklagten zur Persönlichkeit der Täter?
  - Wie werden die Angeklagten von den Zeugen beschrieben?
  - Arbeiten Sie die Widersprüche der jeweiligen Statements heraus und entwickeln Sie einige Thesen dazu, wie diese Widersprüche zu erklären sind.
- Achten Sie in dieser Passage zum Auschwitz-Prozess auf die Statements zu der Frage, wie sich der nationalsozialistische Massenmord an den europäischen Juden von anderen Genoziden unterscheidet.

Filmanalytische Fragen:

- Aus welcher/wessen Perspektive wird der von Ihnen bearbeitete Schwerpunkt gezeigt?
- Wie gestaltet die Interviewerin ihre Rolle?
- Wie viele Personen sind für diesen Schwerpunkt von Bedeutung?
- Wie verhalten sie sich?
- Haben sie gleiche Anteile als Protagonisten?
- Worauf konzentriert sich die Kamera?
- Welche Rolle spielt die Musik bei der Darstellung?
- Taucht der von Ihnen bearbeitetet Aspekt als einmalig auf oder mehrfach?
- Ist er im Gesamtkontext des Films ein Schwerpunkt oder eher marginal?
- Ist er Teil des „roten Fadens“, der sich durch den Film zieht?

4.3 | Stationen des Scheiterns: Ermittlungen zum „Euthanasie“-Komplex und die Gesetzesänderung von 1968

Ermittlungen zum „Euthanasie“-Komplex

Die Verfahren, die Fritz Bauer zum Verbrechenskomplex der „Euthanasie“ seit dem Jahre 1959 angestrengt hat, richteten sich im Wesentlichen gegen seine eigene Zunft, nämlich die Juristen. Im Ergebnis scheiterten seine Anstrengungen und die Angriffe gegen ihn verschärften sich. Achten Sie während des Films auf folgende Aspekte, die Sie in der Abschlussrunde vortragen und zur Diskussion stellen.

Strukturieren Sie Ihre Notizen/Ihre Präsentation anhand folgender Punkte:

- Was erfahren Sie über die Euthanasieverbrechen? Definieren Sie in der Abschlussdiskussion, was unter Euthanasieverbrechen zu verstehen ist. Skizzieren Sie grob die aus Ihrer Sicht wichtigsten Informationen, die Sie im Film erfahren haben.
- Was erfahren Sie über die Einstellung der „Euthanasie“-Täter zu ihrer Schuld?

- Warum scheiterten die „Euthanasie“-Prozesse, die Fritz Bauer über viele Jahre vorbereitet hatte? Welche Begründungen werden im Film genannt?
- Lesen Sie die Biografien von Allers, Vorberg, Heyde-Sawade. Können sie Gemeinsamkeiten erkennen? Zeigen Sie Parallelen und Unterschiede in den Biografien auf.

Filmanalytische Fragen:

- Aus welcher/wessen Perspektive wird der von Ihnen bearbeitete Schwerpunkt gezeigt?
- Wie gestaltet die Interviewerin ihre Rolle?
- Wie viele Personen sind für diesen Schwerpunkt von Bedeutung?
- Wie verhalten sie sich?
- Haben sie gleiche Anteile als Protagonisten?
- Worauf konzentriert sich die Kamera?
- Welche Rolle spielt die Musik bei der Darstellung?
- Taucht der von Ihnen bearbeitetet Aspekt als einmalig auf oder mehrfach?
- Ist er im Gesamtkontext des Films ein Schwerpunkt oder eher marginal?
- Ist er Teil des „roten Fadens“, der sich durch den Film zieht?

Die Gesetzesänderung von 1968

Bei der Gesetzesänderung von 1968 handelt es sich um eine komplexe juristische Verordnung, die gravierende Auswirkung für die strafrechtliche Verfolgung von NS-Tätern hatte. Machen Sie sich Notizen dazu, was Sie im Film darüber erfahren. Skizzieren Sie kurz zum gemeinsamen Verständnis den Inhalt der Gesetzesänderung für die Abschlussdiskussion und achten Sie auf folgende Aspekte.

Strukturieren Sie Ihre Notizen/Ihre Präsentation anhand folgender Punkte:

- Wie skizzieren die Interviewpartner die Folgen der Gesetzesänderung? Warum musste die Durchsetzung des Gesetzes für Fritz Bauer ein Scheitern bedeuten?
- Lesen Sie die Biografien von Dreher, Achenbach, Best.
- Welche politischen Ziele verfolgten diese Männer in der Nachkriegszeit? Zeigen Sie Parallelen in den Biografien auf und an welchen Lebensstationen sich ihre Wege kreuzten.

Gesellschaftliches und politisches Klima der 1950er- und 1960er-Jahre

- Was erfahren Sie über den politischen und gesellschaftlichen Zeitgeist in den 1950er- und 1960er-Jahren?
- Wie wird die deutsche Bevölkerung der 1950er- und 1960er-Jahre beschrieben?
- Welche Reaktionen erreichten Fritz Bauer zu den diversen juristischen Interventionen?

Filmanalytische Fragen:

- Aus welcher/wessen Perspektive wird der von Ihnen bearbeitete Schwerpunkt gezeigt?
- Wie gestaltet die Interviewerin ihre Rolle?
- Wie viele Personen sind für diesen Schwerpunkt von Bedeutung?
- Wie verhalten sie sich?
- Haben sie gleiche Anteile als Protagonisten?
- Worauf konzentriert sich die Kamera?
- Welche Rolle spielt die Musik bei der Darstellung?
- Taucht der von Ihnen bearbeitetet Aspekt als einmalig auf oder mehrfach?
- Ist er im Gesamtkontext des Films ein Schwerpunkt oder eher marginal?
- Ist er Teil des „roten Fadens“, der sich durch den Film zieht?

4.4 | Ethische Fragen, die im Film auftauchen

Im Film werden neben Fritz Bauers Vorstellung von Recht und Moral auch andere ethische

Fragen aufgegriffen. Mit dem Kapitel des Remer-Prozesses geht im Film auch immer die Frage über die Rechtfertigung eines Tyrannenmords einher. Die Ausschnitte aus „Heute Abend Keller Klub", in denen Bauer im Film selbst zu Wort kommt, sind als ein Credo Bauers zu betrachten. Sein Bekenntnis zu Freiheit und Recht.

Strukturieren Sie Ihre Notizen/Ihre Präsentation anhand folgender Punkte:

- Welche Vorstellung von Recht und Moral hatte Bauer?
- Kann Recht moralisch falsch sein?
- Kann man den Mord an einem Tyrannen rechtfertigen? Argumentieren Sie mit verschieden ethischen Theorien (z.B. Utilitarismus).
- Kann man als Humanist, wie Bauer es war, den Mord an einem Tyrannen befürworten?
- „Was Du nicht willst, das man Dir antut, das füg auch keinem andern zu." – Kann man Fritz Bauers Lebensmotto mit Immanuel Kants Kategorischem Imperativ gleichsetzen?
- Darf man jemanden für ein Verbrechen bestrafen, das zum Zeitpunkt der Tat kein Verbrechen war?
- Mindert ein „Befehl von oben" die Schuld am moralisch falschen Handeln?

(weitere Fragen?)

Das Material wurde 2012 erstellt vom *Leistungskurs „Politik und Wirtschaft" des Abiturjahrgangs 2013 des Albert-Einstein-Gymnasiums in 63477 Maintal*. Beteiligt waren 16 Schülerinnen und Schüler, die politisch sehr interessiert sind und sich teilweise auch nach dem Abitur weiter engagieren.

Barbara Bingel ist Studiendirektorin und leitet die Oberstufe der Schule. Sie unterrichtet die Fächer Politik und Wirtschaft, Geschichte, Englisch und Russisch.
Kontakt: barbara.bingel@t-online.de

Jenseits der Stille[1]

Der Spielfilm „Im Labyrinth des Schweigens" über die Frankfurter Auschwitz-Prozesse läuft an

Daniel Kothenschulte

Fritz Bauer ist nur eine Nebenfigur im ersten großen Spielfilm über die von ihm initiierten Frankfurter Auschwitz-Prozesse. Vielleicht hätte ihm das sogar gefallen. Gerne ließ er jüngeren Kollegen den Vortritt – Juristen, die zu jung waren, um eine Mitschuld an den NS-Verbrechen zu tragen, und auf die er seine Hoffnungen richtete: Da überall an bundesdeutschen Gerichten ehemalige Nazis wirkten, konnte erst ein Generationswechsel einen Neuanfang bedeuten.

Zwei der jungen Staatsanwälte, denen Bauer zutraute, den größten Strafprozess der bundesdeutschen Geschichte vorzubereiten und zu führen, Georg Friedrich Vogel und Joachim Kügler, sind bereits verstorben. Ein dritter, Gerhard Wiese, lebt noch heute in Frankfurt und ist mit 86 Jahren ein gefragter Vortragsredner. Er wäre sicher ein guter Berater gewesen für das Filmdrama „Im Labyrinth des Schweigens", doch dessen Regisseur und Co-Autor Giulio Ricciarelli verzichtete gleich

auf alle drei potentiellen Protagonisten und erfand sich einen neuen namens Johann Radmann. Als Wiese den Film sah, nannte er ihn „einen Spielfilm, der mit unserer Arbeit damals nichts zu tun hat“.

Nun können erfundene Geschichten dennoch Wahrhaftigkeit besitzen. Gerade läuft mit Christian Petzolds „Phoenix“ ein Film in den Kinos, der von der Verdrängung des Holocaust in der unmittelbaren Nachkriegszeit erzählt. Gewidmet hat Petzold ihn Fritz Bauer.

„Im Labyrinth des Schweigens“ ist eine andere Art von Kino. Es ist ein Ausstattungsfilm, der in den Schauwerten imposanter Frankfurter Schauplätze schwelgt, die man nicht alle Tage auf der Leinwand sieht – gedreht wurde unter anderem im IG-Farben-Haus, im Römer und im Höchster Bolongaropalast. Der seinem Thema aber so wenig traut, dass er erst einmal alles ausschüttet, was historische Genrefilme angeblich sonst noch brauchen: Eine nostalgisch-überzuckerte Ausstattung, in der Radmann (Alexander Fehling) in seinem möblierten Zimmer pikiert den „röhrenden Hirsch“ abhängen muss, selbst für das Jahr 1958 ein seltenes Prachtexemplar. Heute wäre es der Stolz jeder Szenekneipe. Ist dieser Kampf gewonnen, muss sich Radmann nacheinander mit einer schwierigen Liebesbeziehung zu einer Modeschöpferin, einem Alkoholproblem und der Erkenntnis herumschlagen, dass sein eigener Vater Nazi war (Bauer soll bei der Auswahl seiner Mitarbeiter streng darauf geachtet haben, solche Konflikte zu vermeiden).

Kein Wunder, dass da für Bauer nicht viel Leinwandzeit bleibt. Das ist umso bedauerlicher, als ihm der nach den Dreharbeiten verstorbene Burgschauspieler Gert Voss mit einnehmender Zurückhaltung eine bestechende Präsenz verleiht.

Dennoch schmälert der unter Mitarbeit des Fritz Bauer Instituts entstandene Film Bauers Verdienste schon bei der ersten Gelegenheit. Bekanntlich wurde ihm das entscheidende Beweismaterial, eine Liste, die sich auf angeblich auf der Flucht ermordete Auschwitz-Insassen bezog, von einem Lokalredakteur der Frankfurter Rundschau zugeführt – dem 1965 verstorbenen Autor und Journalisten Thomas Gnielka. Umgehend leitete er die Ermittlungen ein. Im Film ist es Radmann, der mit ihm das Material bei dem Auschwitz-Überlebenden ausfindig macht – auch diese Figur fiktionalisiert, ein Maler namens Simon Kirsch. Radmann und Gnielka bringen die Erschießungsliste dann zu Bauer.

Gnielka selbst ist in der eindringlichen Verkörperung durch André Szymanski zwar ein Sympathieträger – doch es wird ihm ein Schuldgefühl unterstellt, weil er als 15-jähriger Luftwaffenhelfer in der Region Auschwitz stationiert war. Tatsächlich musste Gnielka im Umland des Lagers Häftlinge bei Zwangsarbeiten überwachen, doch man sollte wohl richtig sagen, dass es der Zorn eines Gerechten war, der ihn dazu brachte, einen Großteil seines viel zu kurzen Lebens als Journalist der Aufklärung über die NS-Verbrechen zu widmen. Der ganze Film lebt von solcher „Dramatisierung“: Als wäre das Thema nicht stark genug, müssen an allen Enden psychologische Zuspitzungen her. Fast schon fanatisch sieht man Gnielka nun über die Gerichtsflure poltern und eine junge Angestellte anherrschen: „Wie alt sind Sie? Dann haben Sie sicher noch nie etwas von Auschwitz gehört.“

Tatsächlich hatte Gnielka in der FR aufgedeckt, wie Altnazis in der Versorgungsbehörde bewusst die Wiedergutmachungsanträge von Holocaust-Überlebenden verschleppten. So hatte er sich das Vertrauen jenes Opfers erworben, das ihm das Beweismaterial überließ. Die Rundschau würdigte seine Arbeit mit einem Sonderdruck, aber wer weiß noch, wie eine Zeitung damals arbeitete? Wenn im Film die FR von etwa zehnjährigen Zeitungsjungen angepriesen wird, wähnt man sich eher in den Zwanzigern.

Als Radmann, für den Auschwitz noch ein Fremdwort gewesen ist, in der Frankfurter Stadtbibliothek nach Literatur fragt, besitzt diese nur einen Band – und der ist bereits ausgeliehen. Vielleicht wäre er im Buchladen an der Ecke fündig geworden: 1958 publizierte

die Deutsche Verlagsanstalt die Autobiographie des Lagerkommandanten Rudolf Höß.

Zu Beginn verdient sich der junge Staatsanwalt im Verkehrsgericht die ersten Sporen. Rechtschaffen wie er ist, drückt er auch bei der Modeschöpferin auf der Anklagebank kein Auge zu. Lieber schießt er ihr einen Teil der Strafe aus eigener Tasche vor. Die Umwege, die sich der zweistündige Film leistet, um in die Psychologie seines Helden einzuführen, stammen aus dem Lehrbuch für Hollywood-konformes Filmerzählen. Nur dass sich diese Konventionen verselbstständigen. Auch die Erfindung eines jugendlichen Protagonisten ist so eine Hollywood-Konvention aus der Zeit, als man nur noch an ein Teenager-Publikum dachte. Wäre Fritz Bauer nicht die viel interessantere Hauptfigur?

Wenn der Verleih in seiner Presseerklärung gar behauptet, im Kino sei diese Geschichte noch nie erzählt worden, muss man an den international beachteten Dokumentarfilm „Fritz Bauer – Tod auf Raten" erinnern: Filmemacherin Ilona Ziok hat darin mindestens so viel Öffentlichkeit für Bauer geschaffen wie ein ganzes Institut, das seinen Namen trägt. „Manche Leute in Deutschland sind immer noch der Meinung, ein ernsthafter Film dürfte die Leute nicht gut unterhalten", sagt Produzentin Uli Putz im selben Pressetext. Das wird man am Produzenten-Stammtisch einmal sagen dürfen. Wenn es denn nur gute Unterhaltung wäre.

Doch spätestens wenn Traumsequenzen im Look billiger Horrorfilme ins Haus von Doktor Mengele führen, verirrt sich der Film im Labyrinth der Genres. Allgegenwärtig ist eine emotionalisierende Filmmusik. In einer Montagesequenz etwa machen Holocaust-Überlebende gegenüber der Staatsanwaltschaft ihre Aussagen. Nach wenigen Sätzen jedoch überdeckt Komponist Niki Reiser die bewegenden Fallgeschichten mit Klezmer-Klängen.

Reiser, einer der besten deutschen Filmkomponisten (hier arbeitete er mit Sebastian Pille), wurde bekannt mit herrlichen Soundtracks, die er für Dani Levy komponierte („Alles auf Zucker"). Musikalisch gesehen ist an der Komposition nichts auszusetzen. In der Dramaturgie aber suggeriert sie, bei den Frankfurter Prozessen hätten ausschließlich jüdische Opfer eine Rolle gespielt. Im ganzen Film ist von keiner anderen Opfergruppe die Rede. So war es jedoch nicht: Was Bauer in Frankfurt vor Gericht brachte, war das gesamte Menschheitsverbrechen, der Völkermord an den europäischen Juden, der Mord an Sinti und Roma, die Tötung von Zehntausenden von Polen und sowjetischen Kriegsgefangenen. Insgesamt wurden 360 Zeugen vernommen.

Vor den Auschwitz-Prozessen wimmelte es in Deutschland vor Holocaust-Leugnern. Fritz Bauer setzte dem ein Ende. Wenn das keine Hauptrolle wert ist... Und lange wird es wohl ja auch nicht dauern: Wie die Film- und Medienstiftung Nordrhein-Westfalen meldet, begannen soeben die Dreharbeiten von Lars Kraumes Drama „Die Heimatlosen". Die zentrale Figur ist Fritz Bauer – gespielt von Burghart Klaußner.

Im Labyrinth der Stille. Regie: Giulio Ricciarelli. D 2014. 123 Min.

Daniel Kothenschulte ist ein deutscher Filmkritiker und Filmwissenschaftler.

Anmerkung

[1] Der Beitrag von Daniel Kothenschulte wurde erstmalig veröffentlicht in: Frankfurter Rundschau, 05.11.2014, Seite 33 – Ausgabe FR Deutschlandausgabe, © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt.

„Im Labyrinth des Schweigens“[1]

Dietrich Kuhlbrodt

Regie: Giulio Ricciarelli;
mit Alexander Fehling, Andre Szymanski;
Deutschland 2014 (Universal);
123 Minuten; ab 6. November im Kino

Ein fiktiver, politisch unbedarfter junger Staatsanwalt wird in den sechziger Jahren von einem engagierten Journalisten der „Frankfurter Rundschau“ dazu bewogen, die Mörder von Auschwitz zu verfolgen und anzuklagen. Das gelingt dem Noch-Verkehrsdezernenten nur mit Hilfe seines Mentors, Generalstaatsanwalt Bauer. Gegen die öffentliche Meinung, die sich lieber dem Wirtschaftswunder widmet und das Vergangene ruhen lassen will.

Hintergrund ist der legendäre Auschwitz-Prozess, initiiert und durchgeboxt vom realen Fritz Bauer. In Giulio Ricciarellis Spielfilmdebüt spielt Bauer eine Nebenrolle. Denn alles dreht sich darum, wie es dem Staatsanwaltsdebütanten geht, der eine schier übermächtige Aufgabe bewältigen will. Das gibt Emotionen ohne Ende, persönliche Krisen der Reihe nach. Wir sollen mitleiden und hoffen und lernen, denn das Labyrinth soll – im Hintergrund, bittschön – auch ein pädagogisches Ziel haben.

Um die Enkel von heute zu erreichen, versteht sich das Labyrinth als Unterhaltungsfilm. Also gibt es reichlich Zeitkolorit. Vespas, Mofas und VW. Gänge von hier nach dort, Schritte gern in Großaufnahme. Ach ja, die Adenauer-Zeit. Und die erste große Liebe! Auf einer „FR“-Party findet unser Held die Frau seines Lebens. Aber, ach, Ziel seines Lebens ist der Auschwitz-Prozess. Problem! Lösung: Alkohol. Betrunken macht der Staatsanwalt Passanten an: „Du bist auch ‚n Nazi!“

Wir sollen bei diesem pädagogischen Unternehmen auf der Emotionsschiene fahren und Empathie entwickeln. Alle Achtung, ein tollkühnes Unternehmen. Leider funktioniert es nicht. Die klumpigen Einfälle des Drehbuchs sorgen dafür, dass man den Helden nicht glaubt. In der Sitzung beantragt der Verkehrsdezernent eine Buße und gibt der zickigen Angeklagten 20 Mark, damit sie die bezahlen kann? Die „FR“ verkaufen Kinder im Grundschulalter auf der Straße? Wenn der VW in der Pampa kaputtgeht, rennt der Held ins Nirgendwo? Wenn er Ärger mit den Vorgesetzten hat, lässt er das Auschwitz-Ziel sausen, kündigt und nimmt einen lukrativen Job an – Service für Wirtschaftswunderunternehmen? Und ich soll mitbibbern und mir die Nägel abkauen? Also, Leute, die Drehbucheinfälle führen in die Irre. Ins Nirgendwo. Und selbst mit dem Fazit des Generalstaatsanwalts wird‘s schwierig: „Heute wird Geschichte geschrieben!“ Mag ja sein, allein mir fehlt der Glaube.

Die Türen zum Gerichtssaal schließen sich, der Prozess beginnt, und rieselt mir was den Rücken runter? Nö.

Dietrich Kuhlbrodt ist ein deutscher Jurist, Autor und Schauspieler. Der Oberstaatsanwalt a.D. schreibt seit 1957 Film- und auch Theaterkritiken.

Anmerkung

[1] Der Beitrag wurde erstmalig veröffentlicht in: konkret 11/14.

Zeitzeugin Lelle Franz zu „Im Labyrinth des Schweigens“[1]

Claudia Schulmerich

Heute ist ja *Fritz Bauer Tag* in Frankfurt. Es werden der Dokumentarfilm von Ilona Ziok *Fritz Bauer – Tod auf Raten* um 13 Uhr und der erste Spielfilm über Fritz Bauer um 15.30 Uhr im Rahmen des Lichter Filmfestes im Cantatesaal aufgeführt. Wir sprachen mit Lelle Franz, die Fritz Bauer noch gekannt hat, über ihre Einschätzung des Spielfilms *Im Labyrinth des Schweigens*.

Claudia Schulmerich (CS): Wie hat Ihnen der Film gefallen?
Lelle Franz (LF): Unterm Strich gibt es ein paar Szenen, die mir gefallen haben, die mich auch berührt haben, wenn es um die Schicksale der Zeugen geht, die noch aussagen konnten, aber ansonsten fand ich den Film schlecht.

CS: Warum?
LF: Weil er nur mit Versatzstücken arbeitet. Die Atmosphäre Ende der fünfziger Jahre kommt nicht zum Tragen.

CS: Aber darum bemüht sich der Film doch ganz besonders?
LF: Ja, er bemüht sich darum, aber mit absurden Klischees. Der Hauptdarsteller Alexander Fehling, den ich schon in anderen Rollen gesehen habe und da ist er richtig gut, der wird in diesem Film mühsam auf die fünfziger/sechziger Jahre getrimmt. Er stakst hier hilflos durch die Gegend.

CS: Und Gert Voss als Fritz Bauer?
LF: Das ist eigentlich die noch größere Fehlbesetzung, Fehlstelle. Denn der junge Schauspieler, Alexander Fehling, der die komprimierte Staatsanwaltsfigur darstellt, der ist ja gar keine echte Figur, er ist, wenn ich das richtig einschätze, ein bisschen an den Kügler angelehnt, auch vom Typ her, aber ansonsten eine Kunstfigur. Aber Gert Voss soll ja Fritz Bauer sein. Voß deutet ihn als zurückhaltenden intellektuellen Grandseigneur, der kaum Einfluss nimmt, nur hin und wieder mal eine Meinung äußert. Der Zuschauer erfährt nicht, welche Bedeutung Fritz Bauer für die Ermittlungen im Auschwitz-Verfahren hatte.

CS: Und wie war Fritz Bauer?
LF: Fritz Bauer war auf jeden Fall ganz anders, als Voss ihn darstellt, aber wie! Fritz Bauer war ständig in Bewegung, ein wuseliger Typ, der ein Konzept zu allem hatte und dies fast dozierend immer weitergab, aber er war mit Sicherheit überhaupt kein väterlicher, überlegener Typ. Im Gegenteil. Er war ein Mensch, der seiner Obsession nachjagte. Er wollte diese Prozesse durchziehen und vor allen Dingen, er wollte ja noch weitergehen, er wollte ja diesen großen „Euthanasie“-Prozess gegen die Nazi-Juristen führen.

CS: Woher wissen Sie das, auch wie Fritz Bauer war?
LF: Mein verstorbener Mann ist 1960 Richter geworden, er war damals der jüngste Richter am Landgericht Frankfurt am Main und hatte etwas mit den Vorermittlungen zu tun. Der Hintergrund dieser Mitarbeit war, dass die Staatsanwaltschaft, also Fritz Bauer, die Anklageschrift fertig hatte. Wie es in der Prozessordnung vorgeschrieben ist, hat er den Antrag auf richterliche Vorermittlungen gestellt. Bevor überhaupt ein Prozess festgesetzt wird, findet die richterliche Vorermittlung statt und an der dürfen nur Richter beteiligt sein. Da hat die Staatsanwaltschaft dann gar nichts mehr mit zu tun. Mit anderen Worten: Die Richter prüfen, ob die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft sie davon überzeugt, dass sie sagen, jawohl, dieser Prozess muss stattfinden mit genau diesen Anklagepunkten. Und damit hatte mein Mann zu tun. Da war er zweimal in Israel und

hat dort Zeugen befragt, KZ-Überlebende, die sich geweigert hatten, nach Deutschland zu kommen. Da gab es sehr viele und auch einige Juden im Osten, die haben sich durch die Bank weg geweigert, nach Deutschland zu kommen. Soweit ich mich erinnere, war im ersten Prozess überhaupt kein Zeuge aus Israel. Die Israelis hatten eine andere Haltung als Polen, Russen, Ungarn, die wollten deutschen Boden damals nicht mehr betreten.

CS: Hat sich Fritz Bauer von 1963 bis zu seinem plötzlichen Tod 1968 verändert? Und wenn ja, wie?
LF: Er war enttäuscht, resigniert, er hat unverbrüchlich daran geglaubt, dass man Menschen verändern kann, dass man sie aufklären kann, dass man ihnen etwas nahebringen kann, so dass sie erschrocken innehalten wie in einer kathartischen Situation: Da ist Schreckliches passiert, das darf nie wieder vorkommen. Das war manchmal sogar Thema in unseren privaten Gesprächen, dass ich ihm vorgehalten habe, dass die Menschen ganz anders sind, auch die Jugend, auf die er baute. Ich weiß noch, wie wir uns mal gestritten hatten, um dieses Milgram-Experiment, wo ich gesagt habe: So sind die Menschen, lesen Sie doch mal Adorno, über die autoritären Charakterstrukturen... Das wollte er nicht wissen, er wollte nur glauben, dass es möglich ist, jemand zu belehren und zur Umkehr zu bringen. Wie auch immer. Aber diesen Glauben hat er immer mehr verloren. Den hat er verloren, wegen der öffentlichen Reaktion auf die NS-Prozesse. Der erste Auschwitz-Prozess wurde wie ein Highlight hochgepuscht, überall stand etwas darüber in den Tageszeitungen, aber schon beim zweiten Prozess, der meiner Meinung nach der interessantere war, da hat kein Hahn danach gekräht. Da wurden keine Tonbandaufzeichnungen gemacht, das war in der Presse kaum existent, sondern unwichtig, was dort ablief. Und das ist leider heute noch so.

CS: Sie waren in dieser Zeit, die in *Im Labyrinth des Schweigens* dargestellt wird, so jung, wie die Leute im Film. Entspricht der Film mit den Partys und alledem dem Lebensgefühl, das Sie damals hatten?

LF: (Lautes Lachen.) Das ist auch eine Absurdität, was da gezeigt wird. In dieser Zeit hörte man AFN, wenn man kein Jazzfan war, man tanzte immer noch Boogie Woogie, aber das, was da an Partyszenen gezeigt wird, das ist so eine Art Discoverschnitt in 60er-Jahre-Kostümierung. Das ist albern. Man nannte das damals nicht Party, sondern hat Feste gefeiert, da wurde viel diskutiert, man wollte einfach auch ein bisschen anders sein als die Eltern. Damals war die Diskrepanz zwischen Jung und Alt noch sehr groß, die meisten hatten Eltern, die durch die Nazizeit geprägt waren.

CS: Sahen die jungen Mädchen so aus wie im Film, haben die sich um Mode gekümmert?
LF: (Erneut sehr lautes Lachen.) Also, es gibt da eine Szene im Film, an die ich mich besonders erinnere, in der sich die Freundin des jungen Staatsanwalts zum ersten Mal auszieht. Wie eine Karikatur aus dem Simplicissimus steht sie da in einer Unterwäsche, die keine Frau damals angezogen hätte. Diese korsettähnliche Verschnürung um die Brust, die sie im Film trägt, an so etwas kann ich mich überhaupt nicht erinnern, geschweige denn, dass ich so etwas je besessen hätte und ich war Anfang der 60er-Jahre noch nicht einmal Dreißig.

CS: Und das Büro Fritz Bauers?
LF: Das sieht im Film ganz anders aus, so verwaschen, selbst die Le-Corbusier-Tapete und die Möbel sind eine Mischung aus Sperrmüll und Ikea. Fritz Bauers echtes Zimmer im Gericht, dieses Eckzimmer, wo man – mein Mann und ich, wir nannten es immer den Thronsaal – so ein paar Stufen hoch ging und da war dann eine große Flügeltüre und dann kam man in dieses riesige Zimmer, das ganz modern und trotzdem sehr charaktervoll eingerichtet war mit einem riesigen Schreibtisch. Dieses Zimmer hatte eine beeindruckende Atmosphäre, es war das Büro eines Mannes, der eine Bedeutung

hat, das hat man gespürt. Fritz Bauer saß hinter einem großen Schreibtisch, das war für ihn auch sehr wichtig, diese Theke zwischen sich und den anderen...

CS: Im Film trinkt er ja oft Alkohol mit den Besuchern am kleinen Tischchen.
LF: Das habe ich nie erlebt. Ich habe Fritz Bauer immer nur hinter seinem Schreibtisch erlebt, er kam nur zum Verabschieden dahinter hervor. Ich erinnere mich, dass andere das auch erwähnt haben.

CS: Und wenn er sein Zimmer verließ, der berühmte Satz vom feindlichen Ausland?
LF: Dieser Spruch: „Wenn ich mein Zimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland", den hat er sehr gerne gebracht, ich habe ihn bestimmt vier, fünf, sechs Mal von ihm gehört. Er hatte eine Vorliebe für solche Floskeln, über die man lachen konnte, da war er manchmal wie ein Pennäler; er hatte das Gerichtsgebäude und die Kollegen gemeint. Niemanden sonst. Er hat nicht die Gesellschaft gemeint oder irgendwelche Menschen, die ihn draußen angefeindet haben. Er hat zwar böse Briefe bekommen, ganz furchtbare Briefe, darüber hat er gerne geredet und die hat er gerne gezeigt.

CS: Das wird ja im Film auch dargestellt...
LF: Ja, ja, aber diese Briefe waren ihm eher anekdotisch wichtig. Er hatte keine Angst. Er war ja ein Mensch, der von dem, was er tat, sehr überzeugt war, und das in einem Gericht, dessen Belegschaft ihm feindlich gesinnt war. Aus bestimmten Situationen, wie dem Mittagessen in der Kantine, hat er sich herausgehalten. Mit solchen Formen von Geselligkeit und Austausch konnte er nichts anfangen.

CS: Was war mit den Nazis im Gericht, seinem Stellvertreter, der in der NSDAP war?
LF: Der erwähnte Spruch bezog sich auf alle seine Kollegen. Fritz Bauer war ein Fremdkörper. Sie haben ihn abgelehnt wegen seiner Arbeitswut und der Verbissenheit, mit der er das, was er wollte, durchgesetzt hat. Zugleich bewunderte man seinen Mut, der ihn trotz vieler Rückschläge nicht verließ.

Claudia Schulmerich, Journalistin und Herausgeberin des Weltexpresso, u.a. Historikerin, Archäologin und Kunsthistorikerin, früher auch in der Lehrerbildung tätig.
Kontakt: claudia.schulmerich@t-online.de

Lelle Franz kannte Fritz Bauer seit 1961, da sie mit Jürgen Franz, Richter am Landgericht Frankfurt, verheiratet war, der unter dem leitenden Ermittlungsrichter, Heinz Düx, richterliche Voruntersuchungen zum ersten Auschwitz-Prozess, z.B. in Israel, durchführte. Sie selbst ist Medizinerin und hat lange ein bürgernahes Engagement in der Aktionsgemeinschaft Westend ausgeübt.

Anmerkung

[1] Der Beitrag wurde erstmalig veröffentlicht in: Weltexpresso, am 21.03.2015.

„Der Staat gegen Fritz Bauer“[1]

Dietrich Kuhlbrodt

Regie und Buch: Lars Kraume; mit Burghart Klaußner, Ronald Zehrfeld, Sebastian Blomberg, Jörg Schüttauf, Paulus Manker; Deutschland 2015 (Alamode); 105 Minuten; ab 1. Oktober im Kino.

Fritz Bauer, der hessische Generalstaatsanwalt der fünfziger Jahre (Auschwitz-Prozess!), wird mainstreamtauglich. Regisseur Lars Kraume (KKD-Kriminaldauerdienst, ZDF, und Tatort, ARD) bringt uns Bauer als eine Art TV-Kommissar näher, der auch seine – au, Mann! – sperrigen Seiten hat, aber vor allem grundsympathisch ist. Burghart Klaußner vermittelt in seinen vielen, vielen Dialogsätzen Bauers Überzeugung, als Einzelner gegen die in der Adenauerrepublik allseitige Restitution kämpfen zu müssen, d.h. gegen die Nazis, die allüberall nach 1945 ihre alten Positionen besetzt hatten (Globke usw.). Bauer also gegen König, den Bonner Staat. Soweit, so gut. Aber nun kommt Butter an die Fische. Die BRD soll einen Musterprozess bekommen. Gegen Eichmann? Ermitteln wir. Sehen wir im Film. Aber wo bleibt das Persönliche? So richtig zum Große-Augen-machen? „Bauer war schwul“, ist doch ein Aufmerker, oder nicht? Der Film wird jetzt lebhaft. Er hat sein Thema gefunden. Die Kamera bricht aus dem Kammerspiel aus. Sie macht Großaufnahmen. Von Socken. Bauers Socken sind schwarz. Die vom jungen Staatsanwalt sind kariert. Ein paar Einstellungen weiter: Bauers Socken sind auch kariert. Aha! Die beiden kucken sich in die Augen. Sie verstehen sich. Verstehen wir. Falls nicht: Bauer kriegt noch einen erklärenden Dialogsatz. – Eigentlich wars der Sache nach ja darum gegangen, dass Bauer von den jungen Staatsanwälten hoffte, dass sie gegen die Nazi-Väter aufbegehren und sich für so was wie den Auschwitz-Prozess engagieren. Die Studentenbewegung der sechziger Jahre kriegte das auch hin. Der Film sagt es, anfangs, aber dann hat er anderes im Sinn. Schon wieder sitzen wir im Transvestitenclub. Der Jungstaatsanwalt (Ronald Zehrfeld) arbeitet dort hart und körperlich an seinem Comingout.

Für eine Geschichtsstunde ist dieser Film ungeeignet. Der Jungstaatsanwalt ist eine fiktive Figur. Bauers Credo war nicht die Homosexualität. Und überhaupt: Sollen wir glauben, dass Bauer den Auschwitz-Prozess aus Verärgerung gegenüber dem Mossad begonnen hat, weil der ihm nicht den Wunschkandidaten Nr. 1 ausgeliefert hat, den Eichmann??

Zurück zum Anfang. Wem das alles egal ist, Geschichtsstunde hin, Geschichtsstunde her, der wird den Film toll finden, supergut gespielt, voll glaubwürdig, so richtig zu Herzen gehend. Klaußner/Bauer ist unser Mann! Oder??

Dietrich Kuhlbrodt ist ein deutscher Jurist, Autor und Schauspieler. Der Oberstaatsanwalt a.D. schreibt seit 1957 Film- und auch Theaterkritiken.

Anmerkung

[1] Der Beitrag wurde erstmalig veröffentlicht in: konkret 10/15.

„Der Staat gegen Fritz Bauer“ oder „Der Jude ist schwul!“

Irmtrud Wojak

Der Staat gegen Fritz Bauer, Regie und Drehbuch: Lars Kraume; Produzent, Thomas Kufus, in den Hauptrollen als Fritz Bauer: Burghart Klaußner und als Staatsanwalt Karl Angermann: Ronald Zehrfeld, 105 Minuten, Deutschland 2015.

Nach „Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht“ nun also: „Der Jude ist schwul!“ Überraschend ist das nicht, nachdem der Fritz Bauer Institut-Gastwissenschaftler Ronen Steinke im vergangenen Jahr mit seiner Enthüllungsstory über die angeblichen weißen Flecken in der Biographie des bedeutenden Juristen herauskam (Steinke 2014). Das nach Bauer benannte Institut zog 2015 mit einer Ausstellung unter dem Titel „Fritz Bauer. Der Staatsanwalt“ (Backhaus et al. 2015) nach.

Doch fangen wir vorn an. Der Plot des Films ist spektakulär und politisch brisant. In „Der Staat gegen Fritz Bauer“ geht es darum, dass im Nachkriegs- oder besser gesagt im Deutschland der Adenauer-Ära die Ahndung von Nazi-Verbrechen niemanden interessiert hat außer die Betroffenen selber – das ist Handlungsstrang Nr. 1. Und es geht darum, dass die Hauptfigur in dem Film all das verkörpern soll, worauf sich der Hass und der Ausrottungswille der Nazis konzentrierten. Bauer war Sozialdemokrat und wurde als politischer Gegner verfolgt; er stammte aus einer jüdischen Familie und wurde aufgrund der nationalsozialistischen Rassegesetze verfolgt; er war ein politischer Flüchtling, dem die dänische Fremdenpolizei, die mit den Nationalsozialsten kollaborierte, erfolglos versuchte, Homosexualität zu unterstellen. Die Auslieferung an das NS-Regime hätte Bauers Todesurteil bedeutet. Daraus entwickelt der Film Handlungsplot Nr. 2.

1 | Der Sozialdemokrat – ein „Landesverräter“

Zunächst zu Plot 1, der damit beginnt, dass der leicht dicklich wirkende Generalstaatsanwalt Dr. Bauer nackt in seiner Badewanne liegt. Eben rutscht er schon fast unter Wasser, da schwenkt die Kamera auf das Tablettenröllchen und fast leere Weinglas. Der Generalstaatsanwalt, das ist die Botschaft, hat einen Alkohol- und Tablettencocktail zu sich genommen. In letzter Sekunde wird er gerettet und aus dem Wasser gezogen, doch die Gerüchte lassen sich jetzt nicht mehr aufhalten. Der „General“ habe eine „unglückliche Mischung“ zu sich genommen, man könnte denken, er wollte sich umbringen oder sei überfordert gewesen, eine „Art Selbstmordversuch“, so heißt es hier gleich zu Beginn des Films. Der Protagonist selber will darüber natürlich nicht sprechen. Seinen besorgten Dienstherrn und Ministerpräsidenten Georg August Zinn klärt Bauer mürrisch auf, „ohne Chemie“ könne er schon lange nicht mehr schlafen, aber er habe eine Pistole, und wenn er sich umbringen wolle, dann werde es bestimmt keine Gerüchte mehr geben.

Held oder Verlierer der Nachkriegsgeschichte, schnell wird der Hauptkonflikt des Films als Plot erkennbar: Dr. Bauer gegen die Übermacht der ehemaligen Nazis, die in der Ära-Adenauer rasch wieder zu Ansehen und Wohlstand gekommen sind. „Meine eigene Behörde ist Feindesland“, sagt Bauer, es gehe überhaupt nichts voran auf der Suche nach Bormann, Mengele und Eichmann. Zutiefst misstrauisch beäugt er seine Umgebung. Als die Akte eines NS-Täters von seinem Schreibtisch „verschwindet“, während er noch im Krankenhaus liegt, stellt der deprimierte Nazi-Jäger alle möglichen Verdächtigungen an. Schließlich stellt sich heraus, dass einer der Staatsanwälte die Akte für den Dienstgebrauch von seinem

Schreibtisch genommen hat. Stimmt also nicht mit dem „Feindesland“? Bauer ist blamiert.

So hustet, raucht, schnauft, schimpft und schwäbelt Bauer sich gekünstelt als merkwürdig zahnlos wirkender, weißhaariger Greis durch den Film. Ein höchst unglücklicher, verzweifelter, zum Selbstmordkandidaten erklärter „General“, der mit der Welt, in der er lebt, und mit sich selbst nicht zurechtkommen kann.

Nur wenn es um die Nazis geht, dann lebt Dr. Bauer auf. Stets und ständig ist er fanatisch auf der Suche nach alten Nazis und vor allem nach dem einen, dessen Name für die „Endlösung der Judenfrage“ steht: Adolf Eichmann. Ob er nicht gern auf die Jagd gehe, wird er gefragt, „Ja, aber nicht auf Tiere!“, schnaubt Bauer zurück. Und dann folgt schon bald wieder einer dieser grotesken Dialoge mit seinem Dienstherrn Zinn, Sozialdemokrat wie Bauer, von dem wir erfahren, er habe das Bild von Rosa Luxemburg in seinem Büro abhängen lassen. Ein linker Sozialdemokrat wie Fritz Bauer, das ist die Botschaft, sieht so etwas natürlich sofort. Wird auch Ministerpräsident Zinn ihn im Stich lassen? Der Staat gegen Fritz Bauer und der Genossen-Verrat stehen im Raum.

Bauer berichtet Zinn von seiner heimlichen Jagd auf Eichmann, dass er den israelischen Geheimdienst Mossad einschalten wird, usw., usf. Die ganze Eichmann-Story nimmt ihren Lauf, nur damit Bauer schließlich zerknirscht und ebenso naiv wie pathetisch feststellen kann: „Mein Zorn ist begleitet von Ohnmacht und die macht mich alt.“ Nach 1945 habe er gedacht, „wir hätten das Böse besiegt“, aber die Leute hätten keine Visionen gewollt, sondern bloß „Adenauers verfluchte Versöhnung, die Restauration hat die Revolution besiegt.“ Platter geht es kaum, der Sozialdemokrat Bauer, der das Böse besiegen wollte, war angeblich gegen die Versöhnung mit Israel. Suggeriert wird, Bauer habe seiner eigenen jüdischen Familiengeschichte abgeschworen, er sei ein Verräter seiner Leidensgefährten. Was für eine groteske historische Fehlinterpretation.

Der Film geht der nationalsozialistischen Rassegesetzgebung auf den Leim, der Rückgängigmachung der rechtlichen Gleichstellung der Juden. Ja, es stimmt: Bauer war assimiliert, er gehörte keiner Religionsgemeinschaft an. Wer aber Bauer vorwirft, sich nicht den Nürnberger Rassegesetzen unterworfen zu haben, positiviert den nationalsozialistischen Unrechtsstaat und begibt sich auf ein gefährlich populistisches Glatteis. Wie Fritz-Bauer-Institut-Gastwissenschaftler Ronen Steinke, der Bauer vorhält, dieser habe auf die „unschuldige Frage“ eines „jungen Freundes“: „Sind Sie eigentlich Jude?“, angeblich „nur kühl“ geantwortet: „Im Sinne der Nürnberger Gesetze: Ja.“ Der Autor fügt hinzu, deutlicher hätte Bauer nicht sagen können, dass er „darin eine ärgerliche Fremdzuschreibung sieht“ (Steinke 2014: 32). Was denn sonst, fragt man sich, sollte er darin sehen? Und wieso „nur kühl“, warum diese Distanzierung von Bauer? Wieso meint Steinke, er müsse Bauers Großvater, der für die rechtliche Gleichstellung der Juden kämpfte, gegen dessen Enkel ausspielen? (ebd.) Schließlich trat Bauer in die Fußstapfen seines Großvaters und praktizierte eben jene Religionsfreiheit, die uns unser Recht garantiert. Traut der Autor etwa seiner eigenen Interpretation nicht?

Diesen Eindruck von Selbstzweifel vermittelt auch der Film „Der Staat gegen Fritz Bauer“. Die Fußspuren, in die der Hauptdarsteller treten soll, sie sind den Autoren der Story zu groß. Sie trauen sich nicht, sich auf den Weg eines Fritz Bauer zu begeben und wiederholen lieber die alte Leier von der Vergeblichkeit menschlichen Handelns, als sich „Im Kampf um des Menschen Rechte“ auf die Seite des mutigen Generalstaatsanwalts zu stellen. So gerät ihnen ausgerechnet eine der wenigen wegweisenden Persönlichkeiten in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu einer jämmerlichen Karikatur seiner selbst.

Wie um dies zu untermauern, wird ihre Story immer irrationaler. „Eichmann“, sagt Bauer zu Zinn, das wäre „ein Schlag“. „Weißt Du, wie viel Leute in Frankfurt nicht mehr schlafen können, wenn wir ihn auf die Anklagebank setzen?“ Und schon ist er wieder da, der sich rächende Jude, den nur die Jagd auf

Eichmann noch am ihm sinnlos scheinenden Leben hält. Er solle sich nicht selbst Leid tun, ermahnt Film-Ministerpräsident Zinn dementsprechend seinen „General". Und Israel einzuschalten in die Suche nach Eichmann: „Das ist Landesverrat!" Zinn hält das für keine kluge Entscheidung, aber er lässt Bauer gewähren. Immer noch empört verlässt dieser das Ministerium, nicht ohne Zinn noch mitgeteilt zu haben: „An meinem Patriotismus sollte es wohl keinen Zweifel geben."

2 | „Der Jude ist schwul!"

Plot 1 läuft auf seinen Höhepunkt zu. Das Bundeskriminalamt kommt Bauer auf die Spur seiner heimlichen Suche nach Eichmann und will, gerade noch rechtzeitig, um einzuschreiten und Bauer unter besondere Beobachtung zu stellen, entdeckt haben. „Der Jude ist schwul!", stellt Oberstaatsanwalt Kreidler vielsagend fest. Es kommt zum höhnischen Schwure: „Wenn wir ihn mit irgendeinem Kerl erwischen, dann ist er erledigt. ... Selbst ein Mönch muss irgendwann mal bumsen." Als Beglaubigung von Bauers Homosexualität wird im Film die Fremdenpolizeiakte aus Dänemark eingeführt. Dabei beweist sie, wie eingangs gesagt, nichts außer die Verdächtigungen, mit denen die Polizei den politischen Flüchtling unter Druck setzte.

Von da an steuert der Film vor dem Hintergrund der sattsam bekannten Eichmann-Story, in der auch die angebliche Liebesgeschichte des Eichmann-Sohnes Nick mit der Tochter eines KZ-Überlebenden nicht fehlt (obwohl sie nicht stimmt, das Mädchen war in Wirklichkeit zwölf Jahre alt), auf das Ende und gleichzeitig wieder auf den Anfang der Story zu.

Plot 2 bestimmt von jetzt an die Story: Der Jude Bauer, er war heimlich schwul. Auf seiner fanatischen und ebenso heimlichen Suche nach Eichmann vertraut er sich seinem gut aussehenden jungen Lieblingsstaatsanwalt Angermann an, der wiederum gerade seine eigene Homosexualität entdeckt. Bauer erkennt dies im Film noch vor Angermann selbst, wozu ihm ein Blick auf dessen karierte Socken genügt, als er den jungen Mann – vertraulich, versteht sich – zum Gespräch über Adolf Eichmann in seine Privatwohnung einlädt. Im Hintergrund läuft Tschaikowskys „Symphonie Pathétique". Die Weichen sind gestellt oder besser gesagt, die *Sex and Nazi-Crime Story* nimmt ihren Lauf. Ein aller Lust entsagender Jude und „Nazi-Jäger" verführt einen unsicheren jungen Staatsanwalt, sich vom Pfad der Tugend weg mit ihm auf die Nazi-Jagd zu begeben.

Im Film zeigt sich Angermann zunächst jedoch zurückhaltend: „Wir begehen Landesverrat", sagt auch er. Bauer ist empört: „Wollen Sie etwas für unser Land tun oder eine neue Küche? Wenn wir etwas für unser Land tun wollen, dann müssen wir es in diesem Fall verraten." Die Dolchstoßlegende lässt grüßen. Ein linker Sozialdemokrat verrät die ehemaligen Nazis an Israel. Angermann wirft Bauer seine Rachsucht vor: „Sie klingen immer mehr wie Ihre Gegner..." Woraufhin Bauer auch noch selber der Schlüsselsatz in den Mund gelegt wird: „Sie meinen wie ein rachsüchtiger Jude!"

Angermann erbittet Zeit zum Nachdenken und es kommt, wie es (dramaturgisch gesehen) kommen muss. Es gelingt Bauer, den unsicheren jungen Mann, der kurz vor seinem *coming out* steht, auf seine Seite zu ziehen. Bald schon offenbart ihm Angermann seine sexuellen Neigungen, woraufhin Bauer sich ebenfalls erklärt: „Ich habe schon seit einiger Zeit das Gefühl, dass wir ähnliche Interessen haben. ... Meine Frau Anna-Maria und ich leben schon seit vielen Jahren getrennt, sie in Kopenhagen und ich hier. Ich denke, dass das eine der glücklichsten Ehen überhaupt ist. Wenn ihre Frau ein guter Kamerad ist, dann brauchen Sie keine Angst zu haben, Kinder groß zu ziehen. Ich denke, dass Sie ein phantastischer Vater sind.[1] Staatsanwalt Angermann ist nämlich wie Dr. Bauer verheiratet und ausgerechnet am Tag nach seinem *coming out* offenbart ihm seine Frau, dass sie schwanger ist, natürlich. Bauer ermahnt Angermann, dass er seinen Liebhaber nicht mehr sehen darf, sie beide müssten entsagen. Ihre Freundschaft wird schon bald auf die Probe gestellt.

3 | Der „Nazi-Jäger“ ein linker Antisemit?

Zunächst aber passiert, was in Plot 1 noch passieren muss. „Ich muss die lebenden Juden von Israel verteidigen, nicht die Toten. ... Ich muss meine Leute gegen unsere arabischen Feinde einsetzen“, hat Israels Geheimdienstchef Isser Harel, der jiddisch mit Bauer spricht, den auf die Verhaftung Eichmanns drängenden Dr. Bauer eben erst im Film aufgeklärt. Und dem israelischen Generalstaatsanwalt Haim Cohn hat der „Nazi-Jäger“ bei einer seiner Reisen nach Jerusalem, die der Ergreifung Eichmanns dienten (tatsächlich fanden diese Treffen übrigens in Tel Aviv statt), eben noch zugerufen: „Wenn Sie Eichmann haben, werde ich einen Auslieferungsantrag an Israel stellen. ... Eichmann muss in Frankfurt vor Gericht. Wir müssen die Deutschen mit ihrer Vergangenheit konfrontieren.”

Doch in derselben Sekunde, in der Bauer die Nachricht vom Erfolg der Eichmann-Entführung bekommt, sieht er im Fernsehnen den israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion zusammen mit Bundeskanzler Adenauer, wie sie sich zur (eingangs im Film von Bauer kritisierten) deutsch-israelischen Versöhnung gratulieren. Adenauer: „Das deutsche Volk empfindet tiefe Genugtuung, dass durch die Wiedergutmachung für Opfer des Nazismus ein Beitrag für den Aufbauprozess Israels geleistet wird.“ Ben Gurion: „Ich sagte in der Knesset, das Deutschland von heute ist nicht mehr das Deutschland von gestern. Ich wünsche dem Kanzler Erfolg bei seinem Bemühen, Deutschland auf dem Weg zur Demokratie und internationalen Zusammenarbeit zu führen.“[2] Bauer schaltet entnervt den Fernseher ab. Dies ist, abgesehen von einer kurzen Rede Bauers über Eichmann als Intro zum Film, die einzige längere historische Filmeinspielung in „Der Staat gegen Fritz Bauer“. Suggeriert wird, dem „Nazi-Jäger“, Sozialdemokrat und „schwulen Juden“, der sich angeblich nicht zur jüdischen Geschichte bekennen will, seien die politischen Entwicklungen und der Staat Israel gleichgültig gewesen, er habe immer bloß seine „Nazi-Jagd“ im Kopf gehabt. Ausgerechnet Fritz Bauer, der Kämpfer für die Menschenrechte und Gleichheit vor dem Recht, der trotz aller Widerstände den von den Nazis verübten Genozid, die Verbrechen der Wehrmacht und die NS-„Euthanasie“ vor Gericht brachte, der gegen die Spitzen der eigenen Zunft ermitteln ließ (der Einstellungsbeschluss erfolgte bald nach seinem Tod) – ein „linker Antisemit“?

Immer verworrener und irrationaler, vor allem nationalistischer wird das Geschichtsbild. Der staatliche Geheimdienst Israels jagt keine Nazis, weil er seine Leute braucht, um die arabischen Feinde zu vernichten, und die verantwortlichen staatlichen Stellen in Deutschland jagen keine Nazis, weil die ehemaligen Judenverfolger wieder in ihren Ämtern sitzen und mit Israel Geschäfte machen. Das rentiert sich nämlich besser, wie auch Dr. Bauer nun im Film bald erfährt. Als hätte es keine Alternativen gegeben, wird die Geschichte entsorgt und sitzen Israel und Deutschland selbstvergessen in einem Boot: Die einen wollen die Nazi-Vergangenheit auslöschen, um wieder ein „normaler“ demokratischer Staat zu werden, die anderen die Araber, um den Aufbauprozess Israels zu verteidigen. Simpler geht es wohl nicht.

4 | Das letzte „Geheimnis“ Fritz Bauers wird gelüftet

Zur gänzlichen Auflösung der filmischen Handlung kommt es, als die Entführung Eichmanns dem „Nazi-Jäger“ angeblich die Zunge löst. Ist es Alkohol (wie ja eingangs des Films bereits suggeriert) oder Siegestrunkenheit, die Bauer wieder einmal zur Selbstentblößung treibt? Er feiert mit Staatsanwalt Angermann, seinem einzigen Vertrauten, den Eichmann-Erfolg in einer Kneipe bei Äppelwoi und, *in vino veritas*, nun lüftet er das letzte seiner drei „Geheimnisse“: Er selbst hat seine Genossen verraten und sich den Nazis unterworfen.

Auf dem Heimweg aus der Kneipe erzählt er die Story dem entgeisterten Angermann, wie er mit dem Stuttgarter Reichstagsabgeordneten Kurt Schumacher ins KZ gesperrt wurde und

dessen Standhaftigkeit bewunderte, während er selbst kleinmütig gewesen sei: „Aber ich, ich habe mich in einem offenen Brief den Nationalsozialisten unterworfen", sagt der müde „General", „den druckten die in der Zeitung, der Sozialist Bauer unterwirft sich, so kam ich raus, ich hab' mir das niemals verziehen, Schumacher unterwarf sich nicht, man darf sich der Tyrannei niemals beugen, Karl, niemals. Ich muss jetzt hoch, vertrag nix mehr." Und damit verschwindet Dr. Bauer in seiner Wohnung.

Ist es Naivität oder Absicht, schon wieder folgt die Handlung der Logik des Nazi-Regimes, das seine Gegner gegeneinander ausspielte. Weder das Unterwerfungs- noch Bauers angebliches Reuebekenntnis existiert, und diejenigen, die das glauben machen wollen, haben bis heute kein einziges Original präsentiert, sondern immer nur Bauers Leben und Werk beschädigt. Es gibt ein von den Nazis in ihrer Parteizeitung gedrucktes (also kein handschriftliches!) angebliches Treuebekenntnis, unter dem neben anderen Namen „Hauer" und nicht „Bauer" steht. Eine handschriftliche Unterschrift von einem der angeblichen SPD-Verräter gibt es überhaupt nicht.

5 | Der unbelehrbare „Nazi-Jäger" – selber ein Nazi?

Was der geplagte Generalstaatsanwalt zu dem Zeitpunkt im Film noch nicht weiß ist, dass sein junger Freund Angermann aufgeflogen ist. Dieser geht zur Feier des Tages zu seinem transsexuellen Liebhaber, der vom BKA gekauft war, der wiederum Bauer und Angermann die ganze Zeit hat beobachten lassen. Der BKA-Mann hält dem jungen Staatsanwalt die inkriminierenden Fotos vor die Nase, genüsslich eins nach dem anderen, und erpresst ihn damit: Angermann soll Dr. Bauer des Landesverrats beschuldigen wegen seines Hinweises auf Eichmanns Aufenthaltsort an den Mossad. Als Alternative bleibe ihm selbst nur, wegen Vergehens gegen § 175 ins Gefängnis zu gehen.

Es kommt zum S*howdown*: Zunächst informiert Ministerpräsident Zinn den zutiefst enttäuschten „Nazi-Jäger" Dr. Bauer, dass die Bundesregierung keinen Auslieferungsantrag für Eichmann stellen wird. „Weißt Du nicht, warum sich Ben Gurion und Adenauer getroffen haben? Israel will deutsche Waffen kaufen, ... die Israelis brauchen deutsche Waffen." Eine Anspielung auf die Geheimdiplomatie und Verabredungen zwischen Ben Gurion und Adenauer in New York, die zu deutschen Waffenlieferungen an Israel führte, was gerne schon mal sowohl aus deutscher als auch israelischer Staatsraison mit der „Wiedergutmachung" (ein verharmlosender Begriff) vermischt wird. Doch Dr. Bauer soll ja ohnehin beides gleichgültig gewesen sein: „Mein Erfolg wäre es gewesen, wenn Eichmann vor einem Gericht in Deutschland all die Nazis benannt hätte, die heute als Kriegsgewinnler diese Republik anführen." Zinn: „Es werden andere Chancen kommen." Bauer: „Aber nicht mehr für mich." Er ist deprimiert.

Auf der Rückfahrt im Auto bekennt er seinem jungen Staatsanwalt, dass er sein Amt niederlegen will. Er dürfe das nicht, sagt Angermann, doch Bauer sinniert weiter, die beiden Staatsanwälte Vogel und Kügler seien da an etwas dran: „Wir könnten Auschwitz vor Gericht bringen, ein Querschnitt durch das ganze Lager, aber ich glaube nicht mehr daran, sie finden immer einen Weg, uns zu stoppen." Damit endet Handlungsplot 1, Bauer ist der Verlierer, alles was sich zu Beginn bereits angekündigt hat, ist wahr geworden: Die Restauration hat gewonnen.

Doch auf den Generalstaatsanwalt wartet noch eine weitere bittere Stunde. Angermann nämlich steigt plötzlich aus dem Dienstwagen und übergibt Bauer gleichzeitig die inkriminierenden Fotos, die das BKA von ihm und seinem Liebhaber gemacht hat. Er stellt sich der Polizei und wird zum Entsetzen Bauers abgeführt, dem im selben Augenblick klar wird, dass sein Freund erpresst wurde, ihn aber nicht verraten hat.

Mit geballter Faust kehrt Bauer am nächsten Tag zurück in sein Büro, wo ihn bereits Oberstaatsanwalt Kreidler (der Mann mit dem

BKA-Kontakt) erwartet. Ob er in der Sache des Staatsanwalts Angermann befangen sei, wird Bauer gefragt. Er verneint. Einmal Verräter, immer Verräter, lautet die Botschaft. Ebenso wie Bauer sich angeblich den Nazis unterworfen hat, unterwirft er sich jetzt den Bestimmungen des § 175. Sein letzter Satz, der den Film beschließt, lautet: „Tun Sie Ihre Arbeit. Aber seien Sie sicher, ich werde meine tun. Solange ich lebe, hält mich niemand mehr davon ab.“

Damit schließt sich der Kreis: Fritz Bauer, der angebliche Verräter der Juden und Sozialdemokraten, er soll auch noch zum Verräter an den Homosexuellen geworden sein. Das ist die missratene und gewiss nicht unschuldige Botschaft dieses Films. All das, wogegen Bauer sein Leben lang gekämpft hat, soll er selbst gewesen sein. Er, der Ungehorsam und Widerstand gegen staatlich usurpierte Gewalt zur Pflicht erklärte, der gegen die Nazis kämpfte und dabei sein Leben riskierte, der KZ-Haft und Exil durchlitt, soll selbst einer jener gesetzeshörigen Pflichtenmenschen und Juristen gewesen sein, als Ungehorsam und Widerstand notwendig waren. Die Opfer und Überlebenden werden mit den Tätern über einen Kamm geschoren, als hätte es keinen Widerstand und keine Hilfe gegeben und vor allem, als seien nach 1945 alle Opfer und Überlebende gewesen – auch die Millionen überzeugten Nazis, aus denen wie durch Wunder von einem Tag auf den anderen überzeugte Demokraten wurden.

Wer die Geschichte Bauers kennt, dem kommt dieser Film wie ein Spuk vor, doch das ist er leider nicht. Wieso wird, anstatt Fritz Bauers beispielhafte und mutige Geschichte zu erzählen, die wahrhaftig genügend spannenden Stoff für ein Filmepos bietet, die Privatsphäre und Honorigkeit eines Menschen derartig angezweifelt, ja verletzt? Er kann sich schließlich nicht mehr wehren! Wieso wird mit Unterstützung des nach Bauer benannten Instituts (Werner Renz und Raphael Gross, der dort bis vor kurzem Direktor war, sind als Berater genannt) und von seinem Gastwissenschaftler Ronen Steinke, an denen sich der ganze Film orientiert, ein derartig selbstvergessenes Geschichtsbild in die Welt gesetzt, als hätte es Widerstand und den Überlebenskampf der Verfolgten und Opfer während der NS-Herrschaft nicht gegeben? Sollte all das wirklich schon vergessen sein?

PD Dr. Irmtrud Wojak, Historikerin und Ausstellungskuratorin, ist Biografin von Generalsstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer. Sie ist Geschäftsführerin der gemeinnützigen BUXUS STIFTUNG GmbH (München).

Anmerkungen

[1] Fritz Bauers Neffe Rolf Tiefenthal sagte über Fritz Bauer und seine Frau Anna Maria, sie seien „gute Kameraden“ gewesen.

[2] Erklärung über den Sender Rias II, Berlin, am 14.3.1960. Nach der ersten Begegnung Konrad Adenauers mit dem israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion im Hotel Waldorf Astoria in New York am selben Tag.

Literatur

Backhaus, Fritz/Boll, Monika/Gross, Raphael (Hg.) 2014: Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Steinke, Ronen 2013: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht. München, Zürich: Piper.

„Der Staat gegen Fritz Bauer“[1]

Ulrich Kriest

Anstatt über ästhetische Strategien einer Auseinandersetzung mit der unübersichtlichen Gegenwart nachzudenken oder ein ernst zu nehmendes Reflexionsniveau zu entwickeln, wählt der deutsche Kinofilm seit längerem den Kostümfilm, um längst geschlagene Schlachten nachzustellen. Ob RAF, Oktoberfest-Attentat, West-Berliner Subkultur, Mauerfall, Rostock-Lichtenhagen oder Stasi-, Nazi-Nachwehen – der Kinofilm gerät schnell zu einer Art von Action-Ausstattungs-Schulfernsehen für Nachgeborene.

Jetzt also Fritz Bauer, die dritte. Zunächst gab es den höchst sehenswerten Dokumentarfilm *Fritz Bauer – Tod auf Raten* (2010) von Ilona Ziok, der umfassend und materialreich über Biografie und politisches Selbstverständnis des Generalstaatsanwaltes informierte. 2014 folgte dann Giulio Ricciarellis Spielfilm *Im Labyrinth des Schweigens*, in dem Bauer, gespielt von Gert Voss, als eine Art graue Eminenz den politischen Lernprozess eines jungen Staatsanwaltes begleitete, der gegen alle Widerstände in die Vorbereitung des Auschwitz-Prozesses mündete. Ricciarellis Film verkleidete sich als Politthriller in der Manier der (wenigen) „Zeitfilme“ der 1950er-Jahre wie *Rosen für den Staatsanwalt* oder *Der Mann, der sich verkaufte*. In *Der Staat gegen Fritz Bauer* rückt Regisseur und Co-Drehbuchautor Lars Kraume nun Bauer selbst in den Mittelpunkt der Handlung eines Kammerspiels, konzentriert sich aber auch auf die Jahre um das Aufspüren und den Prozess gegen Adolf Eichmann. Auch Kraume bedient sich bei den Filmen der 1950er-Jahre. Hier wird noch geraucht wie ein Schlot, in Hinterzimmern gekungelt, telefoniert und mit zwielichtigen Informanten gedealt. Um Bauers Ethos besser verständlich zu machen, für den jenseits seines Arbeitszimmers das feindliche Ausland begann, wird eine bekannte Fernsehsendung mit Fritz Bauer aus dem Jahr 1964 kurzerhand in die Filmhandlung zurückverlegt. Dazu kommt eine motivierende Erinnerung an eine unvergessene Niederlage im Angesicht der Todesdrohung des NS-Regimes. Der Jude und Sozialdemokrat Fritz Bauer soll sich 1933, so kolportiert Kraumes Film, seine Freilassung aus der Haft mit einem Treuebekenntnis zu Hitler erkauft haben. Eine Behauptung, die – obwohl nicht objektivierbar – schon 2014 anlässlich der Frankfurter Ausstellung „Fritz Bauer. Der Staatsanwalt“ für Kontroversen sorgte.

Die Situation in *Der Staat gegen Fritz Bauer* stellt sich wie folgt dar: Weil er auf die Jugend setzt und hofft, dass man in einem Land, das komplett in Trümmern liegt, vielleicht eine bessere Zukunft bauen könne, kehrt Bauer aus dem schwedischen Exil zurück und beginnt, als Generalstaatsanwalt in Frankfurt Ermittlungen über NS-Verbrechen anzustellen. „Worauf kann man als Deutscher nach 1945 noch stolz sein?“, fragt er in der Fernsehsendung. Und antwortet: „Auf das, was man tut!“ In der eigenen Behörde isoliert, muss Bauer mit den Ergebnissen seiner Ermittlungen sehr vorsichtig umgehen, damit untergetauchte NS-Verbrecher nicht gewarnt werden, da Justiz und Geheimdienste voller Nazis stecken, die seine beharrliche Arbeit mit Argusaugen verfolgen. In dem jungen Staatsanwalt Karl Angermann findet Bauer einen loyalen Helfer, den er später um der Sache willen opfern muss. Hier kommt die vermutete Homosexualität Bauers ins Spiel, denn Angermanns „Coming out“ ist die Schwäche, auf die Bauers Gegner nur gewartet haben, um den Störenfried loszuwerden. Der Staat, der hier gegen Fritz Bauer antritt, ist eine Gemengelage aus untergetauchten Tätern, alten und jungen Kameraden und einer Be-

völkerung, die ihre Mittäterschaft durch ein Wirtschaftswunder verdrängt. Die Isolation Bauers geht so weit, dass er, als er durch einen Hinweis Eichmanns Aufenthaltsort in Argentinien erfährt, sich – da selbst machtlos – an den israelischen Mossad wenden muss, um Eichmann vor Gericht zu bringen. Weder der deutschen Machtelite noch den Amerikanern konnte daran gelegen sein, dass Eichmann in der Bundesrepublik der Prozess gemacht würde. Warum das so war, liegt auf der Hand, denn Eichmann war bei der Flucht in der argentinischen Niederlassung von Porsche untergetaucht.

Wer allerdings etwas Genaueres zur Psychologie dieses Staates erfahren will, gegen den Bauer ermittelte, muss auf Zioks Dokumentation zurückgreifen, wo es einmal heißt, dass der „Raubmord“ an den Juden nicht aufgeklärt werden sollte. Ein interessanter Aspekt in Kraumes Film ist die Entscheidung, auch für Eichmanns verborgenes Leben in Argentinien Bilder zu finden, was zu ein paar irrlichternden Parallelsetzungen zwischen Bauer und Eichmann führt. Beide Figuren sind gewissermaßen Außenseiter mit geborgter Identität, und beide Figuren sind dort angreifbar, wo die Sexualität ins Spiel kommt. Ob das beabsichtigt ist? Interessant ist auch, dass sich die Maske nur bei Bauer und Eichmann bis zur Perfektion ins Zeug legt, um die Schauspieler mit ihren historischen Vorbildern möglichst verschmelzen zu lassen, wo im Falle von Ronald Zehrfeld als Staatsanwalt Angermann schon eine Rasur, ein Besuch beim Friseur und ein etwas zu enger Anzug ausgereicht hat.

Dass Eichmann in Israel der Prozess gemacht wird, zeigt die historischen Handlungsgrenzen Bauers auf. Es ist gleichsam eine Niederlage mit positiver Wirkung, die allerdings erst von der antiautoritären Revolte eingelöst wird. Dass Bauer 1968 unter etwas dubiosen Umständen starb, wäre insofern eine ironische Ungleichzeitigkeit. Kraume allerdings lässt dieses Thema komplett außen vor und endet seinen etwas unentschlossen zwischen peniblem Reenactment, vertrauten Genreregeln und vorsichtiger Abstraktion schwankenden Film mit einer direkten Adressierung in den Zuschauerraum.

Einen Helden wie Fritz Bauer zur rechten Zeit gehabt zu haben, ist auch eine Verpflichtung, sein Andenken durch Praxis zu pflegen. Oder wie es Thomas Harlan, ein Freund und Zuarbeiter Bauers in jenen Jahren, in *Fritz Bauer – Tod auf Raten* formulierte: „Fritz Bauer war ein Komplott der deutschen Geschichte gegen ihre Unzeit.“

Ulrich Kriest, seit Anfang der 1980er-Jahre als freier Autor Texte und Kritiken zu Film, Musik, Kunst und Literatur.

Anmerkung

[1] Der Beitrag wurde erstmalig veröffentlicht in: FILMDIENST 20/2015, S. 40. Wir danken Redaktion und Verlag für die Abdruckgenehmigung.

Ronen Steinke: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht[1]

Ralf Oberndörfer

Und schon wieder eine Biografie zu Fritz Bauer. Ronen Steinkes 2013 erschienenes Werk zum Leben und Wirken des hessischen Generalstaatsanwalts, der auch Mitbegründer der *Humanistischen Union* war, liest sich gut, wie man das von einem Redakteur der *Süddeutschen Zeitung* erwarten kann. Fast jedes der elf Kapitel beginnt mit einer im Reportageton gehaltenen Szene, die die LeserInnen mitten in Bauers bewegtes Leben versetzt. Die Lektüre zerfasert nicht durch einen detaillierten Fußnotenapparat, Belegstellen finden sich sortiert nach Seiten und Textstellen am Ende des Buches. Ebenso findet man dort eine „Auswahlbibliografie", die etwa 20 Buchtitel umfasst, darunter themennahe Veröffentlichungen wie Irmtrud Wojaks Pionierarbeit zu Bauer (2003) und Claudia Fröhlichs Monografie zu Bauers Widerstandsbegriff (2006), aber auch Titel, die mit der Gedankenführung des Buches kaum etwas zu tun haben, zum Beispiel Tom Segevs Biografie von Simon Wiesenthal (2001) oder Amos Elons Geschichte der Juden in Deutschland von 1743 bis 1933 (2004).

Der Untertitel des Buches lautet „Auschwitz vor Gericht" und man fragt sich, ob der Verlag darauf bestanden hat, dass auf dem Einband ausdrücklich auf die Strafsache gegen Mulka u.a., allgemein bekannt als Frankfurter Auschwitz-Prozess verwiesen werden musste, denn es geht um Bauers Lebensweg, nicht allein um diesen einen Prozess. Seinen stärksten Moment hat das Buch, wenn der promovierte Jurist Steinke seine chronologische Darstellung von Bauers Leben unterbricht und dessen Theorien über Strafvollzug in einen größeren rechtspolitischen Kontext stellt. Steinke spannt den Bogen von Kant und Hegels Sühnestrafrecht über Gustav Radbruchs frühe Erfolge beim Jugendstrafrecht in der Weimarer Republik zu Bauers Resozialisierungsenthusiasmus der sechziger Jahre, weiter zu Foucaults Resozialisierungsskepsis der Siebziger bis zur Debatte über die Sicherungsverwahrung der vergangenen Jahre, in der die Grenzen des Wegsperrens mit humanitärer Intention deutlich wurden. Da wird Bauer sehr modern, sehr gegenwärtig, seine Leidenschaft, die auch ein leidenschaftlicher Glaube an die Möglichkeiten von Justiz als Institution war, wird nachvollziehbar. Man fragt sich, welche dialektisch fundierte Antwort der philosophisch geschulte Praktiker für die Schwierigkeiten gefunden hätte, die ein Staat, der die Menschenwürde achten will und muss, mit mutmaßlich nicht resozialisierbaren Schwerstkriminellen hat.

Auch die Darstellung von Bauers lebenslanger Auseinandersetzung mit dem Judentum als Basis seines Denkens einerseits und sein Kampf gegen antisemitische Fremdzuschreibungen andererseits ist überwiegend aufschlussreich. Der Enkel eines Synagogenvorstehers studierte im reaktionären Tübingen der zwanziger Jahre zwei Semester evangelische Theologie, auch deshalb, weil er sich nicht auf seine religiöse Herkunft reduzieren lassen wollte. Im Prozess gegen Ernst Otto Remer, mit dem es Bauer als Generalstaatsanwalt in Braunschweig 1952 gelang, eine bundesweite Debatte über den Widerstand gegen Hitler durch die Männer des 20. Juli in Gang bringen, benannte er zwei Theologen und einen Pfarrer der Bekennenden Kirche als Gutachter, die das Attentat auf Hitler als Tat legitimieren, die auf einer christlich-deutschen Rechtstradition beruhte (145). Steinkes Satz „Bauer stößt sich ausgerechnet von der einzigen Gruppe ab, die ihn je wirklich hat dazugehören lassen" (250) suggeriert allerdings eine Homogenität aller Juden in Deutschland, die es weder vor 1933 noch nach 1945 gegeben hat. Zionisten, Deutschnationale, Liberale, Orthodoxe und Atheisten, Bürgerliche und Kommunisten, es gab und gibt so viele Arten und Weisen, sich

auf das Judentum zu beziehen, wie es Juden gibt. Insofern ist diese „Gruppe“ immer lediglich imaginiert.

Vollkommen imaginiert wirken auch die Passagen über Bauers mögliche oder vermeintliche Homosexualität. Bauer unterhält Freundschaften zu mehreren jüngeren Männern. Aha. Der „weißhaarige Generalstaatsanwalt“ (226) und der „Nachbarsjunge“ Wolfgang Kaven treffen sich im Treppenhaus (222). Oho. „Was in Frankfurt bald zu hässlichen Gerüchten führt.“ (222). Auch „getuschelt“ wird. Tatsächlich? In ganz Frankfurt? Von Bonames bis Sachsenhausen soll Bauers Sozialleben subjektloses Stadtgespräch gewesen sein? Und keiner seiner zahlreichen Feinde soll versucht haben, diesen Verdacht gegen Bauer zu verwenden? Den Nestbeschmutzer loszuwerden? Das klingt alles sehr an schlohweißen Haaren herbeigezogen. Während Steinke negative Aussagen über Bauer ansonsten sehr detailliert belegen kann, bleibt er hier mit den Fundstellen im Kolportagehaften, im Gerücht hängen.

Überhaupt, die Fundstellen: Es ist legitim, sogar wünschenswert, auf einen kompletten wissenschaftlichen Handapparat zu verzichten, wenn man ein so sperriges Thema wie die Biografie eines Generalstaatsanwalts einem breiteren Publikum nahebringen möchte. Nicht jeder will sich mit Fußnoten befassen, in denen sich kryptische Archivsignaturen oder Paragrafenketten finden. Aber es darf trotzdem fundiert sein. Die Auffassung, der zufolge alle an den Mordaktionen beteiligten NS-Funktionäre Gehilfen von Himmler, Hitler und Heydrich waren, war keine „gewagte juristische Konstruktion“ (210) des Landgerichtes Frankfurt am Main in seinem Urteil im Auschwitz-Prozess, sondern die seit Mitte der fünfziger Jahre ständige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. Marc von Miquels „Ahnden oder Amnestieren“ (2004) befasst sich ausführlich damit. Irritierend ist auch der Umgang mit Ilona Ziok, die Steinke als „Fritz Bauer verehrende Filmemacherin“ bezeichnet, die „Andeutungen in Richtung Mordkomplott“ zur Prämisse ihres Dokumentarfilms über Bauer gemacht habe (270). Ziok ist eine international renommierte Regisseurin, deren Film „Kurt Gerrons Karussell“ von Deutschland 1999 für den Dokumentarfilm-Oscar vorgeschlagen wurde. *Tod auf Raten* über Fritz Bauer lief auf der Berlinale und wird regelmäßig bei Lehrveranstaltungen in der juristischen Ausbildung verwendet, unter anderem auch vom Verfasser dieser Rezension. Von einem Mordkomplott ist da nicht die Rede. Wenn man sieht, was für eine unglaubliche Zahl an Mutmaßungen, Untersuchungen und Publikationen die Causa Barschel hervorgebracht hat, ist es dagegen schon erstaunlich, dass der plötzliche Tod des wichtigsten Ermittlers in NS-Verfahren, der dauernden Morddrohungen ausgesetzt war, der zur Eigensicherung eine Schusswaffe bei sich hatte, und auf den 1966 ein Attentat verübt werden sollte, bis zum heutigen Tag als reine Routineangelegenheit abgehandelt wird.

Ralf Oberndörfer ist freiberuflicher Rechtshistoriker in Berlin.
Kontakt: ralf.oberndoerfer@histox.de

Anmerkung

[1] Die Rezension wurde erstmalig veröffentlicht in: vorgänge Nr. 205 (Heft 1/2014): 98-100.

Literatur

Steinke, Ronen 2013: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht. München: Piper.

Die Antwort von Ronen Steinke auf meine Besprechung seines Buches „Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht“: Eine Replik

Erardo C. Rautenberg

Ronen Steinke hat mir „wissenschaftliche Standards verletzende Polemik“ vorgeworfen (Steinke 2014: 513ff.). Den Vorwurf der Polemik akzeptiere ich selbstverständlich, habe ich doch seine Biographie als „das am besten geschriebene schlechte“ Buch bezeichnet, das ich bisher gelesen habe (Rautenberg 2014: 370). Doch nachdem mir Steinke „Verfälschungen“ vorgeworfen, mir unterstellt hat, dass für mich „Homosexualität ein Persönlichkeitsmakel“ sei und ein schwuler Generalstaatsanwalt nicht in mein „Mannbarkeitsbild“ passe (Steinke 2014: 515), dürften unsere Konten insoweit ausgeglichen sein. Ich möchte mich daher in gebotener Kühle auf Richtigstellungen beschränken:

Steinke stellt meine Kritik an seinem Buch als „Einzelstimme“ dar. Damit unterschlägt er etwa die von mir in meiner Besprechung zitierte Buchkritik „Fritz Bauer als Zerrbild“[1] des Publizisten Kurt Nelhiebel (Rautenberg 2014: 375 und FN 45), der Bauer persönlich gekannt hat und während des großen Auschwitzprozesses unter seinem Pseudonym Conrad Taler für das Organ der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien eindringliche Prozessberichte schrieb (Taler 2015). Steinke zitiert hingegen in seiner Replik u.a. die Rezension von Annette Weinke (Steinke 2014: Fn 3). Daher möchte ich dem Leser nicht vorenthalten, dass diese zu dem Ergebnis kommt, mit Steinkes Biographie sei „eine historische Figur, die in den letzten Jahren ins Monumentalistische zu entschweben drohte, wieder auf ein Maß zurechtgestutzt (worden), an dem sich die künftige Forschung reiben“ könne. Liegt da nicht die Frage nahe, ob Steinke Bauer vielleicht zu sehr „gestutzt“ haben könnte? Dies bejahen u.a. auch Irmtrud Wojak, die bereits 2009 eine wissenschaftlich fundierte Bauer-Biographie vorgelegt hat, Ilona Ziok, Regisseurin des Bauer-Dokumentarfilmes „Tod auf Raten“, und die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin.

Wenn ich einen Teil meiner Kritik an dem Buch von Steinke auf eine Formel bringen sollte, so wäre es die: Steinke erweckt beim Leser subtil negative Eindrücke über Bauer, die bei genauer Lektüre seines Buches nicht aufrecht zu erhalten sind:

Wieso titelt er „Eine Doktorarbeit, über die sich Industriebarone freuen“ und schreibt, dass sich Bauer deshalb habe „Hoffnungen auf eine Karriere in ihren Diensten machen“ dürfen? Auch wenn Steinke dann in diesem Kapitel die Argumente selbst aufführt, die gegen ein opportunistisches Handeln Bauers sprechen, bleibt beim Leser doch etwas hängen.

Die gleiche Formel wird bei der Thematik „Homosexualität“ sichtbar: Steinke schreibt in seiner Replik, dass er in seiner Biografie die Homosexualität Bauers gar nicht behauptet habe. Das stimmt, aber er erweckt eben diesen Eindruck, was ich in meiner Besprechung durch Zitate belegt habe (Rautenberg 2014: 373ff.). Ralf Oberndörfer schreibt in seiner Rezension hierzu: „Vollkommen imaginiert wirken auch die Passagen über Bauers mögliche oder vermeintliche Homosexualität. Bauer unterhält Freundschaften zu mehreren jüngeren Männern. Aha. Der ‚weißhaarige Generalstaatsanwalt‘ (226) und der ‚Nachbarsjunge‘ Wolfgang Kaven treffen sich im Treppenhaus (222). Oho. ‚Was in Frankfurt bald zu hässlichen Gerüchten führt‘ (222). Auch ‚getuschelt‘ wird. Tatsächlich? In ganz Frankfurt? Von Bonames bis Sachsenhausen soll Bauers Sozialleben subjektloses Stadtgespräch gewesen sein? Und keiner seiner zahlreichen Feinde soll versucht haben, diesen Verdacht gegen Bauer zu verwenden? Den

Nestbeschmutzer loszuwerden? Das klingt alles sehr an schlohweißen Haaren herbeigezogen“ (Oberndörfer 2014: 99).

In seiner Antwort auf meine Rezension schreibt Steinke (2014: 515) nun: „Fritz Bauers Lebensumstände lassen die Vermutung – nicht mehr als das – als möglich erscheinen, dass es eine homosexuelle Grundorientierung Fritz Bauers gab, die seinerzeit nicht gelebt werden konnte, wollte er seine politische Existenz nicht aufs Spiel setzen.“ Damit hat er eingestanden, ein Gerücht ohne tragfähige Belege in die Welt gesetzt zu haben, das sich verbreitet hat wie dies von A. Paul Weber so treffend verbildlicht worden ist.

Mit weitreichenden Folgen: In der im vorigen Jahr in Frankfurt am Main und dieses Jahr in Erfurt und Heidelberg gezeigten Ausstellung des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums über Bauer, an der Steinke übrigens mitgearbeitet hat (Backhaus et al. 2014: 294f.), wird dann Bauer die Homosexualität schlicht unterstellt (Backhaus et al. 2014: 8, 51ff.). Nunmehr wird Bauer in den Printmedien so kategorisiert[2] und auch in dem Film „Der Staat gegen Fritz Bauer“ von Lars Kraume dieser Eindruck vermittelt. Wer denkt da nicht, dass Bauer seine Homosexualität auch praktiziert hat? Damit hätte er aber als oberster Ankläger Straftaten begangen, denn praktizierte Homosexualität war selbst unter Erwachsenen damals strafbar und wäre deshalb – so unsinnig es uns heute erscheinen mag – mit dem Amt eines Generalstaatsanwalts unvereinbar gewesen. Allein deshalb mein von Steinke mit Verwunderung aufgenommener „Aufschrei“ (Steinke 2014: 515).

Ich bleibe auch dabei, dass Steinke nicht den Nachweis dafür erbracht hat, „dass Bauer sich zum jüdischen Glauben bekannt hat“ und dies dann erst 1949 „schlagartig“ aufgab. Dass Bauer sich als Jurastudent und als junger Richter noch als „israelitisch“ registrieren ließ, worauf Steinke in seiner Replik verweist, steht jedenfalls mit seinem sonstigen, von Steinke in seiner Biographie auch ausführlich geschilderten Verhalten während der damaligen Zeit in einem Widerspruch. Selbst Steinke räumt ein, dass Bauer zu dieser Zeit „privatim längst prononcierter Atheist war“ (Steinke 2014: 514). Als glaubwürdiges Bekenntnis zum jüdischen Glauben vermag ich die Registrierungen daher nicht anzusehen; sie könnten irgendwelchen Rücksichtnahmen geschuldet sein. Wenn Steinke in seiner Replik darauf verweist, Bauer habe 1945 „in einer Zeitschrift, die sich an seine SPD-Genossen im Exil richtete“, geschrieben: „Ich bin zugleich Deutscher, Jude und staatenlos“ (ebenda), so ist das nur die halbe Wahrheit: Aus seinem Buch ergibt sich (Steinke 2009: 50), dass Bauer dies auf eine entsprechende Frage eines 15-jährigen Hitlerjungen antwortete, für den Bauer natürlich Jude wegen seiner Abstammung und nicht wegen seines Glaubens war. Im Übrigen schildert Steinke zutreffend eine persönliche Entwicklung Bauers, die das öffentliche Bekenntnis zum Atheismus bis hin zu der Gründung der Humanistischen Union als völlig folgerichtig erscheinen lässt.

Weiterhin für abwegig halte ich die Annahme Steinkes, Bauer habe sich deshalb vom jüdischen Glauben abgewandt, um in der Bundesrepublik seine „politischen Wirkungsmöglichkeiten“ zu erweitern. Zwar trifft Steinkes Behauptung zu, dass die Deutschen der frühen Bundesrepublik Vorbehalte hatten, „jüdische Deutsche als ihre Repräsentanten“ anzuerkennen. Aber ein Bekenntnis zum Atheismus war überhaupt nicht geeignet, diese Vorbehalte auszuräumen. Dafür war die rein biologistisch ausgerichtete „Rassenlehre“ der Nazis in der Bevölkerung noch zu präsent, die allein auf die Abstammung abstellte und weder Atheisten noch Christen vor der Ermordung bewahrt hatte. Dies wird durch die zahlreichen Beschimpfungen als „Jude“ belegt, die Bauer über sich ergehen lassen musste, und er war gewiss klug genug, dies auch vorherzusehen. Dagegen, dass Bauers Bekenntnis zum Atheismus nur opportunistisches Kalkül war, spricht auch die testamentarische Verfügung der Verbrennung, „eine im Judentum sogar verbotene Methode der Bestattung“, wie Steinke in seiner Biographie zutreffend anmerkt (Steinke 2014: 251).

Nun zu dem angeblichen „Treuebekenntnis“ aus der KZ-Haft: Ob dieses tatsächlich von

Bauer und sieben weiteren Sozialdemokraten abgegeben worden ist, lässt sich nicht klären, weil ein Original nicht vorliegt. Dies räumt auch Steinke nun ein (Steinke 2014: 515). Beanstandet habe ich in meiner Buchbesprechung lediglich, dass auf diesen Umstand nicht in der Biographie Steinkes und auch nicht in der Begleitpublikation zu der vorgenannten Fritz-Bauer-Ausstellung hingewiesen wird. Alle acht angeblichen Unterzeichner sind längst tot. Ob sie nach 1945 zu dem 1933 in Zeitungen veröffentlichten „Treuebekenntnis" Stellung genommen haben, wissen wir nicht. Ich habe auch im Einzelnen dargelegt, dass Voraussetzung für die Entlassung aus dem KZ in der Regel eine sogenannte „Verpflichtungserklärung" war, nicht aber ein derartiges „Treuebekenntnis"(Rautenberg 2014: 372ff.). Weshalb von dieser Regel für die Gefangenen des Garnisons-Arresthauses abgewichen worden sein soll, verrät auch nicht der Lokalhistoriker Markus Kienle, auf den Steinke verweist (Steinke 2014: 514 und FN 9). Belegt habe ich, dass die vom KZ Heuberg in das Garnisons-Arresthaus verlegten Gefangenen, anders als dort, gerade nicht misshandelt wurden. Weshalb sollten sie dann eine derartige Erklärung abgeben, zumal wohl alle auch nach ihrer Entlassung der Sozialdemokratie treu blieben?

Da das „Treuebekenntnis" gegenüber dem „Reichsstatthalter" abgegeben worden sein soll, von wo es an die Presse gelangte, und Wilhelm Murr über ausgeprägte propagandistische Fähigkeiten verfügte, muss angesichts weiterer von mir dargelegter Umstände auch an eine Fälschung des „Treuebekenntnisses" gedacht werden. Sofern Steinke in seiner Replik darauf verweist, dass „sozialdemokratische Quellen" damals von der Echtheit ausgingen, bezieht er sich auf einen auch von mir zitierten Brief des Sozialdemokraten Erwin Schoettle an den Vorstand der Exil-SPD in Prag (Rautenberg 2014: 373 FN 37), in dem sich dieser über das „Treuebekenntnis" entrüstete. Schoettle vermochte dieses jedoch nur aus der Ferne zu bewerten, denn er befand sich bereits in St. Gallen im Exil. Schoettle wurde 1947 Landesvorsitzender der SPD in Württemberg-Baden und Erwin Roßmann, bis 1933 Landesvorsitzender der SPD in Württemberg und damit der bedeutendste Unterzeichner des angeblichen „Treuebekenntnisses", 1948 Intendant von Radio Stuttgart. Es liegt daher nahe, dass beide darüber gesprochen haben. Doch wir wissen eben nicht, mit welchem Ergebnis.

Ich bleibe deshalb dabei, dass Steinke mit seiner Biographie Fritz Bauer Schaden zugefügt hat, den er nur wegen seines durchaus anzuerkennenden schriftstellerischen Talents anrichten konnte. Falls der Leser dazu neigen sollte, meine Reaktion darauf als zu heftig zu bewerten, möge er bedenken, dass es sich um die „Schutzschrift" für einen Amtsbruder handelt, der so lange Generalstaatsanwalt war, wie ich es nunmehr auch schon bin.

Prof. Dr. Erardo C. Rautenberg, Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg, Honorarprofessor an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Anmerkungen

[1] Nachzulesen in diesem Heft

[2] Der Spiegel Nr. 35/25.8.2014, 31; Nr. 45/3.11.2014, 109

Literatur

Backhaus, Fritz/Boll, Monika/Gross, Raphael (Hrsg.) 2014: Begleitpublikation zu der Ausstellung „Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht", Campus: Frankfurt am Main.

Nelhiebel, Kurt 2015: Fritz Bauer als Zerrbild. Eine Biographie mit Lücken und Tücken, Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 28, Heft 4.

Oberndörfer, Ralf 2014: Rezension von Ronen Steinke, Fritz Bauer oder Auschwitz, Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 205, Heft 1/2014, S. 98 ff., und Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 28, Heft 4.

Rautenberg, Erardo C. 2014: Die Demontage des Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer, Neue Justiz, S. 369 ff., abrufbar unter http://

www.gsta.brandenburg.de/media_fast/4140/NJ_9_2014_Beitrag_Rautenberg.pdf

Steinke, Ronen 2013: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht, München: Piper.

Steinke, Ronen 2014: Wissenschaftliche Standards verletzende Polemik – Eine Antwort auf Erardo C. Rautenberg, Neue Justiz, S. 513 ff.

Taler, Conrad (alias Kurt Nelhiebel) 2015: Asche auf vereisten Wegen. Eine Chronik des Grauens - Berichte vom Auschwitz-Prozess, 2., aktualisierte und erweiterte Aufl., Köln: PapyRossa.

Wojak, Irmtrud 2009: Fritz Bauer.1903-1968. Eine Biographie, München: Beck.

Fritz Bauer als Antiheld

Irmtrud Wojak

Werner Renz 2015: Fritz Bauer und das Versagen der Justiz. Nazi-Prozesse und ihre „Tragödie". Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.

Werner Renz (Hg.) 2015b: „Von Gott und der Welt verlassen". Fritz Bauers Briefe an Thomas Harlan. Frankfurt am Main/ New York: Campus (Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts, Band 25).

Wer wissen will, wie es kommen konnte, dass der wohl bedeutendste Jurist in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte, Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer, in kurzer Zeit zum Antiheld der Kinowelt werden konnte, kann jetzt zurückgreifen auf zwei Veröffentlichungen von Werner Renz, Archivar des nach Bauer benannten Instituts. Der Dokumentarist des Holocaust-Forschungsinstituts hat zwei Bücher herausgebracht: eine Sammlung eigener Aufsätze und eine Veröffentlichung der Briefe von Bauer an den Schriftsteller Thomas Harlan (1929-2010), die er mit einer Einleitung versehen hat.

Wer die Lektüre bis zum Ende der beiden von Renz verfassten Einleitungen durchhält, wird erfahren, für wen, um nicht zu sagen für was er Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer hält. Angeblich auch, warum Bauer von der Tragödie der NS-Prozesse gesprochen hat und ob die NS-Verfahren „nicht geleistet" haben, worum es dem Generalstaatsanwalt nach Ansicht des Autors „vorrangig und erklärtermaßen ging". Beispielsweise darum, ob die Strafgerichte „das Tun und Lassen der Angeklagten" auch „tatangemessen qualifiziert" haben, ob ihre Verantwortung „überzeugend gewürdigt" worden ist.

Solche abstrus klingenden Fragen wirft Renz auf. Sie zeugen von einem verqueren Geschichtsbild, das schon öfters kritisiert worden ist. Doch wer auf inhaltliche Auseinandersetzung hofft, wird enttäuscht. Renz psychologisiert und uminterpretiert die Motive im Denken und Handeln Fritz Bauers in einem fort. Er unterstellt ihm sachfremdes Zweckdenken und spielt gleich die ganze bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft gegen ihn aus. „Voller Energie" sei Bauer nach Hessen gekommen, der „deutsche Patriot", in der „Erwartung", mit seinen Prozessen „volkspädagogische Wirkung" zu erzielen, schreibt er. Dabei sei von Anfang an klar gewesen, dass er scheitern musste, denn die „Bundesdeutschen" – Renz' Lieblingsbegriff – waren „ungelehrige Schüler" und wollten sich nicht belehren lassen.

Regelrechtes Mitleid mit Bauer hat ihn scheint's erfasst. Schließlich „veranstalteten" die Alliierten Nürnberg und nicht die Deutschen. Veranstaltet, schreibt Renz, und trumpft anschließend auf: „Es gab keine ‚Antinazisten' als politisch starke und einflussreiche Kraft, weder im Exil noch im besetzten Deutschland, die gegenüber den Alliierten eine juristische Selbstreinigung hätten durchsetzen können." Fritz Bauer sei diese Entwicklung „keineswegs recht" gewesen. Die Sieger haben uns „wohlweislich" die Ahndung der NS-Verbrechen abgenommen, wozu brauchte es da überhaupt noch einen

Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer? Fehlt nur noch die Behauptung, dies alles sei alternativlos geschehen: die gescheiterte Entnazifizierung, die quasi reibungslose erfolgreiche Reintegration der Nazis, die Täter als Opfer, usw. usf.

„Freilich" schreibt Renz – immer wieder schreibt er „freilich", wenn es um Bauers Handeln geht – „freilich" hätte dieser die Nürnberger Prinzipien als „bestallter Justizjurist" nicht „thematisieren" können. Dabei hat Bauer genau das wieder und wieder getan und gegen den Rechtspositivismus einer staatsautoritären, dem Obrigkeitsstaat verhaftet gebliebenen Richterschaft angekämpft. „Freilich" hätten seine Auffassungen „eingedenk der personellen Kontinuitäten in Politik und Justiz" „nie eine Chance gehabt". Was heißt hier keine Chance und „eingedenk"? Dass Bauer besser daran getan hätte, im Exil zu bleiben, es sich hätte ersparen können, für den Aufbau eines demokratischen Rechtssystems zu kämpfen?

So arbeitet sich der erklärte Nachlassverwalter des Generalstaatsanwalts an seinem „Helden" ab, der für ihn ein verzweifelter, hoffnungsloser, „rastlos und unermüdlich für ein besseres Deutschland" arbeitender Antiheld ist. Öffentlich ein Optimist, privat ein Pessimist solle er gewesen sein, gleichzeitig ein moderner Mensch und doch zutiefst traditionell, eben „uneins mit sich selbst". „Selbsttherapeutisch" habe Bauer sich Erziehungsidealismus „verschrieben", „um nicht alle Lebenskraft zu verlieren". Je näher Renz seinem gebeutelten Antihelden kommt, desto abstruser werden die Behauptungen. Bauer habe sich im Amt und Leben aufgezehrt, aus seinen Briefen habe „Verlangen nach Gemeinsamkeit, nach einem Zusammenleben" gesprochen, doch andererseits soll er eine „nicht geringe Zahl Freundinnen und Freunde" gehabt haben, während er gleichzeitig ein „isolierter und einsamer Mensch" war. Zeitlebens habe Bauer nicht aufgegeben, doch so „fragil", so angeschlagen sei er gewesen, dass ihn schließlich ein früher Tod „ereilte". Werner Renz weiß sogar dies sicher: Bauer ist eines natürlichen Todes gestorben.

Die Auswüchse solch mangelhafter Quellenkenntnis und -kritik sind aktuell in dem Kinofilm Der Staat gegen Fritz Bauer zu sehen. Der Nachlassverwalter Bauers hat zusammen mit seinem Ex-Institutsdirektor den Filmproduzenten Lars Kraume beraten und dieser Bauer daraufhin als einen zerrissenen, rauchenden, trinkenden, deprimierten schwulen Juden und besessen Nazi-Jäger gedeutet, den nur seine „Jagd-Erfolge" noch vom Selbstmord abhielten. Eben all das, was Fritz Bauer nicht war, es sei denn für seine Gegner von einst – und heute.

In seiner neuesten Publikation, die Werner Renz der Autorin kurz vor Abschluss dieser Rezension zusandte („Einsicht 14", das Bulletin des Bauer Instituts), kritisiert der Autor, der in seinem Zorn über positive Bauer-Artikel kaum noch Grenzen kennt, ich hätte in einem Beitrag in „gewohnt hagiografischer Manier" über Fritz Bauer geschrieben. Offenbar hat sein „Filmerfolg" ihn gänzlich den Bezug zur Wirklichkeit verlieren lassen. Es ist seine Anti-Bauer-Aufsatzsammlung, die mit den Worten schließt: „Fritz Bauer behauptet sich, fragiler und bewundernswerter Held in einem, gegen den Staat." Wenn das keine Hagiographie ist, was dann? Nur leider hat Werner Renz sie mit diesem bösen „Anti" versehen, Fritz Bauer gegen den Staat Bundesrepublik Deutschland. Diese Behauptung ist, wenn man sie nicht als infam bezeichnen will, jedenfalls eine geschichtliche Unwahrheit, die auf den Autor zurückfällt.

Fritz Bauer war kein „Antiheld" und taugt nicht für Tatort-Geschichten. Der Bundesminister der Justiz Heiko Maas hat dies kürzlich in einem Grußwort festgehalten: „Fritz Bauer ist einer der wenigen Helden in der Geschichte der deutschen Justiz."

Was sich an den beiden Veröffentlichungen von Werner Renz zu lesen lohnt? Fritz Bauers Briefe an Thomas Harlan, da spricht er selbst als Freund und Mensch, der er war und bleiben wird.

PD Dr. Irmtrud Wojak, Historikerin und Ausstellungskuratorin, ist Biografin von Generalsstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer. Sie ist Geschäftsführerin der gemeinnützigen BUXUS STIFTUNG GmbH (München).

Der Moralist

Joachim Kügler – Staatsanwalt im Auschwitz-Prozess

Jürgen Serke[1]

Zehn Jahre war Joachim Kügler Staatsanwalt. Dann wechselte er die Fronten, weil er es nicht ertragen konnte, dass man so oft die Kleinen hängt und die Großen laufen lässt.

Wer dem Rechtsanwalt Joachim Kügler aus Frankfurt ins Gesicht schaut und auf den Anzug, bei dem klickt's im Hinterkopf: Aha, ein gerader Mensch, sehr ordentlich, sehr seriös, das blonde Haar in friseurfrischer Fasson, metallgeränderte Brille, dunkelblauer Anzug, scharfe Bügelfalten, weißes Hemd, blinkende Schuhe. Er steht in dem Ruf. ein besonnener Mann zu sein, einer, der hin und her denkt, ehe er spricht, der weiß, was er sagt, der abwägt. Hinter solcher Fassade wittert niemand den Moralisten. Und der genau ist er. Seine nahezu zwanzigjährige Berufserfahrung fasst er in die Worte zusammen: „Die Wahrheit und die Wirklichkeit kommt im Gerichtssaal nicht zutage. Die Justiz ist eine unbewegliche Maschinerie, sie denkt nicht nach. Der Strafprozess erstickt in Formalien. Die Gerechtigkeit ist eine bloße Konstruktion, ein Anspruch, der nicht eingelöst wird. In Deutschland hat es bisher keine Juristengeneration gegeben, die in schlimmen Zeiten zu etwas getaugt hätte."

Er verzichtete auf Beamtenstatus und Pensionsanspruch

Im Dritten Reich deckte die Justiz die Gesetze des Verbrecherregimes und setzte sie gegen die durch, die sich diesen Gesetzen widersetzten. Mit Freiheitsstrafen und mit Todesurteilen. Die ewige Rechtfertigung der Juristen: Gesetz ist Gesetz, Befehl ist Befehl, Gesetzesbefehl ist Gesetzesbefehl. Käme heute ein Umsturz, die Justiz würde für drei Tage ihre Tore schließen, würde warten, bis die revidierten Gesetzesbücher da wären und würde dann mit den neuen Paragraphen weiter hantieren, leicht indigniert nur darüber, dass in den neuen Büchern die Dinge, die man erlernt hat, nun anderswo stünden. Eine Gerechtigkeit, die austauschbar ist. Es ist das Dilemma jeglicher Justiz, aber ganz besonders der deutschen. Die Frage lautet: Kann so Gesetzestreue verstanden werden?



© Jüdische Gemeinde Frankfurt/Main

Joachim Kügler, der Anwalt aus Frankfurt, stellt sie sich, hat sie sich gestellt, solange er seinen Beruf ausübt. Innerhalb der Justiz der Bundesrepublik ist der 47-jährige Jurist eine

Ausnahmeerscheinung: Zehn Jahre lang arbeitete er als Staatsanwalt in der Main-Metropole, als Ankläger trug er das Material für das größte NS-Verfahren, den Ausschwitz-Prozess, zusammen, der vom 20. Dezember 1963 bis zum 19. August 1965 dauerte. Zwei Monate nach dem Urteil wechselte Kügler die Fronten und wurde Strafverteidiger. Mit 39 Jahren – in einem Alter, in dem andere Juristen kein Risiko mehr einzugehen pflegen. Er hatte die Nase voll von einer Art der Justiz, die meist nur die „kleinen" NS-Täter verfolgt hatte, die am Ende der Unrechtskette gestanden haben, und nicht diejenigen, die diese Kleinen an diese Kette gelegt hatten.

Wir sind mit unserer unmoralischen Vergangenheit nicht fertig geworden

Joachim Kügler sieht die Belastung, die sein Berufsstand – und nicht nur seiner – durch die nazistische Erbschaft zu tragen hat. Andere schauen heute gar nicht mehr hin. Der Anwalt sagt: „Moralisch lebt doch dieses Land auf Kredit seit 1945. Man hat uns damals gesagt, dass wir die größten Verbrecher gewesen sind. Und wir haben uns gesagt, wenn wir nur weiterleben und aus dem Nichts was machen, dann haben wir es geschafft. Mit unserer unmoralischen Vergangenheit sind wir nicht fertig geworden, wir haben den Kredit nicht abgedeckt. Was wir aus der Katastrophe hätten lernen sollen – nicht in großen, sondern in kleinen Dingen menschlich zu denken – das haben wir nicht gelernt. Wie leben wir denn? Doch nicht miteinander! An der Strafjustiz können wir beispielhaft ablesen, dass wir gegeneinander leben."

Wer das Gute will, so glaubt der Frankfurter Rechtsanwalt, wird ausgelacht. „Nehmen wir doch nur einmal die dritte Garnitur bei den großen Konzernen und die dritte Garnitur bei den Gewerkschaften. Wenn ein Gewerkschaftssekretär sagt, mit den Lohnforderungen kann es nicht mehr so weitergehen, dann kann er mit Prügel rechnen. Und wenn jemand aus dem Unternehmensbereich sagt, dieses Produkt müssen wir nicht für 800 Mark verkaufen, sondern wir haben auch noch unseren Gewinn mit einem Preis von 400 Mark, dann kostet eine solche Äußerung den Job. Ein anderes Beispiel: Wenn in einem Ort ein Haus eröffnet wird, in dem verwahrlosten Jugendlichen geholfen werden soll, dann steht oft die Gemeinde wie ein Mann auf und schafft sich diese Gefahrenquelle vom Hals."

Die moralische Abstinenz der Deutschen und ihre ökonomische Tüchtigkeit brachten nach 1945 einen merkwürdigen Zwitter zur Welt: die ErfolgsmoraL Ein Ersatzwert, der Vergangenheit und Gegenwart reguliert. Kügler: „Die Mentalität der Leute hat sich verändert. Es ist alles erlaubt, solange man nicht erwischt wird. Das hängt mit der Gesetzgebung zusammen, die immer unmoralischer wird. Um gegenüber dieser Gesetzgebung bestehen zu können, muss man selbst unmoralisch sein. Tüchtigkeit allein zahlt sich nicht aus, Tüchtigkeit auf krummen Wegen fast immer."

Eine Streichholzbreite vorwärts – das kann schon Erfüllung sein

So, wie dieser Joachim Kügler spricht, erweist er sich als ein Schüler des inzwischen verstorbenen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer, jenes Mannes, der im Dritten Reich im Konzentrationslager saß, später in die Emigration ging und der nach dem Kriege der höchste Ankläger des Landes Hessen wurde. Fritz Bauer hatte nach der Rückkehr zwei Funktionen gleichzeitig übernommen: die des Handelnden und die des Justizkritikers. Als Exponent der Obrigkeit nahm Bauer keine Rücksicht auf andere etablierte Kräfte, wenn er deren Meinung für falsch hielt. Falsch war nach seiner Ansicht das Festhalten am Schuldstrafrecht. „Schaffen wir den Begriff der Sünde aus der Welt – und schicken wir ihm den Begriff der Strafe bald hinterher", hatte er gefordert und für ein „umfassendes System von ambulanten und stationären Behandlungsmaßnahmen, die jeweils der Individualität des Täters angepasst sind", plädiert.

Fritz Bauer hat sich mit dieser Forderung nicht durchsetzen können. Sein Engagement immerhin bewirkte in Frankfurt, dass dort die

Qualität der Rechtspflege die beste in ganz Deutschland wurde. Dem damaligen Staatsanwalt Kügler sagte Bauer: „Unser Leben ist erfüllt, wenn wir die Dinge um eine Streichholzbreite vorwärtsgebracht haben."

Der heutige Rechtsanwalt Kügler sieht sechs Jahre nach Bauers Tod den Rückschritt auf die Justiz zukommen. „Zu Bauers Zeiten war die Polizei in Frankfurt mit der Gewaltanwendung zurückhaltender als heute", sagt er. Die Anwendung von körperlicher Gewalt und von Schussgewalt durch die Polizei nimmt zu. Das heißt, um es deutlich zu sagen, es wird wieder geprügelt. Die Folge: das Delikt Widerstand gegen die Staatsgewalt ist stark gestiegen. Ein Delikt, bei dem man nie so recht weiß, was Ursache und Wirkung ist oder wer Täter oder Opfer gewesen sind."

Großvater verspielte in einziger Nacht Haus und Hof

Die Liberalität in diesem Lande, so Kügler, ist in Gefahr: „Der einzige Auslöser, der noch fehlt, um diese Liberalität zu löschen, ist der sogenannte starke Mann auf der politischen Bühne. Man schwätzt ihn ja zur Zeit förmlich herbei und gaukelt den Leuten vor, dass nur er sie von ihren seelischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten befreien könne. Für die Justiz würde dies bedeuten, dass sie endlich wieder mit der Faust auf den Tisch hauen darf." Der Fausthieb als symbolische Geste von oben nach unten. Polizeiknüppel im Genick von Demonstranten, scharfe Strafen gegen die, die unbequem sind.

Übertreibt dieser Rechtsanwalt, der nicht nur juristische Fachkommentare liest, sondern eine Vorliebe für schöne Literatur, klassische Musik und fürs Theater hat und der in seiner Freizeit Barockkirchen fotografiert? „Das Leben bei uns ist nicht mehr glücklich", sagt er. „Und ich glaube, dass das früher anders war." Joachim Kügler entstammt einer vermögenden Familie. Der Großvater hatte ein Gut in Schlesien. Als Unteroffizier hisste er 1871 bei der Kaiserproklamation Wilhelm I. in Versailles die schwarz-weiß-rote Fahne. Als Leutnant verspielte er in einer Nacht Haus und Hof und wanderte in die vereinigten Staaten aus, wo sich seine Spur verliert. Die Großmutter blieb mit Küglers Vater in Deutschland und arbeitete als Hausdame bei einem Pastor. Der Vater wurde Ingenieur und ließ sich in Frankfurt nieder. Er gehörte einer Freimaurerloge an. Im Dritten Reich war er dauernden Verdächtigungen durch die Nationalsozialisten ausgesetzt, aber als Ingenieur brauchte ihn das Regime immerhin. Joachim Kügler war 6 Jahre alt, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, und achtzehn, als sie von der Bühne verschwanden. Die Stationen dieser Jugend: Spielschar, Jungvolk, Hitlerjugend, als Gymnasiast Luftwaffenhelfer auf dem Rhein-Main-Flughafen, mit 17 Jahren Notabitur. Arbeitsdienst, Einsatz zur Partisanenbekämpfung im Isonzo-Gebiet, gleichzeitig Soldatenausbildung, dann Offiziersschule und ab Anfang 1945 Gebirgsjäger. In einem Feldpostbrief an die Eltern schrieb er: „Ich sage es offen und ehrlich: An die Gesetze des nationalsozialistischen Staates fühle ich mich nicht mehr gebunden. Ich lehne die Thesen und Dogmen seiner Anschauung ab." Zwei Monate vor Kriegsende verhinderte sein Kommandant, dass die jungen Soldaten an der Front in Ungarn verheizt wurden. Er gab ihnen die Soldbücher zurück und sagte: „Geht nach Hause!" In Ingolstadt geriet Kügler in amerikanische Gefangenschaft und arbeitete dort als Kellner im Offizierskasino.

Die Zensuroffiziere setzten den Hörspielautor vor die Tür

Nach seiner Entlassung kehrte er nach Frankfurt zurück und drückte noch einmal die Schulbank, um ein ordnungsgemäßes Abitur zu machen. 1947 begann er zu studieren. Seine Überlegung: „Technisch bin ich nicht begabt. Philosophie und Kunst machen mir Freude. Aber der Spaß vergeht bei trockenem Studium. Und Jura hilft mir vielleicht, meinen wirren Kopf etwas zu begradigen." Während des Studiums schrieb er Schulfunksendungen mit historischem Inhalt

für den Hessischen Rundfunk. Über Bismarck, Friedrich den Großen, Maria Theresia. Als Joachim Kügler ein Manuskript mit Angriffen gegen die Politik des US-Präsidenten Roosevelt in einer Sendung unterbringen wollte, setzten ihn die amerikanischen Zensuroffiziere vor die Tür.

Nach seinem Assessorexamen im Jahre 1955 wollte er Rechtsanwalt werden. Aber in einer Anwaltskanzlei kam er nicht unter, und sich gleich selbständig zu machen, getraute er sich nicht. So wurde er Staatsanwalt. Den fleißigen Juristen holte sich der Generalstaatsanwalt Bauer in das politische Dezernat, wo er Ermittlungen für den Auschwitz-Prozess führte. Vier Jahre lang wälzte Kügler zusammen mit einem Kollegen Zentnerberge von Papier: Dokumente, Literatur, Zeugenaussagen, Erklärungen der Beschuldigten. Es war die Erhellung von Tatkomplexen, in einer abgründigen historischen Landschaft.

Das Kompromissurteil ließ die Frage offen: Hat er geschossen oder nicht?

Als der Prozess begann, standen 22 Angeklagte vor Gericht. 18 Anwälte verteidigten sie. Drei Staatsanwälte, darunter Kügler, vertraten die Anklage. In seinem Buch „Die andere Seite im Auschwitz-Prozess" bezeichnete der inzwischen verstorbene Rechtsanwalt Hans Laternser den Ankläger Kügler als den „Staatsanwalt mit der wohl umfassendsten Sachkenntnis" in NS-Fragen. Doch als das Buch erschien, hatte sich dieser Staatsanwalt bereits selbständig gemacht, hatte eine kleine Kanzlei schräg gegenüber dem Frankfurter Landgericht eröffnet und hatte als Rechtsanwalt noch einmal ganz von vorn angefangen. Ein Insider, der zum Außenseiter geworden war.

„Der Beruf des Rechtsanwalts ist – mit Abstrichen – die letzte Insel der Freiheit im Bereich der Juristerei", sagt er rückblickend. Joachim Kügler hat sich mit vielen kleinen Fällen diese Freiheit hart erkämpft. Gewiss, es gab Mandanten, die seine Erfahrung als Staatsanwalt in NS-Sachen zu nutzen suchten. Doch da nahm er nicht jeden. Er verteidigte einen 48-jährigen Littauer, der als 18jähriger in seiner Heimat auf Befehl der Deutschen an Judenerschießungen teilgenommen haben sollte und der von der Jugendstrafkammer zu einer Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt wurde. „Ein lächerliches Kompromissurteil", sagt der Anwalt noch heute. „Entweder er hat geschossen, dann hätte man ihn für den Rest des Lebens hinter Gitter schicken müssen, oder er hat nicht geschossen, dann hätte man ihn freisprechen müssen."

Dennoch: Der Kompromiss war ein Erfolg für Kügler, sein Plädoyer war nicht ohne Wirkung geblieben: „Nennen Sie mir einen prominenten, intellektuell Verantwortlichen für den Massenmord an den Juden, der von einem deutschen Gericht verurteilt worden ist. Sie können es nicht, weil es das nicht gibt. Der Bundestag und in seinem Schlepptau der Bundesgerichtshof überantworten nur die Hanswürste der Mordaktion den Schwurgerichten und der Strafvollstreckung. Wie immer, so auch hier, die Kleinen werden aufgehängt, die großen lässt man laufen."

Sein großes Vorbild starb „wie ein ausgebrannter Krater"

Wer sich wie Kügler mit den NS-Taten jahrelang auseinandergesetzt hat, der kann zwangsläufig nicht allzuviel Vertrauen zur Justiz haben. So ist seine Tätigkeit als Staatsanwalt nicht nur nützliche Erfahrung, sondern auch Ballast. Der Jurist Kügler zwingt sich im Gerichtssaal ständig zur Disziplin, um emotional nicht aus dem Ruder zu laufen.

Einen bestimmten Punkt in der Beweislage genial aufzuputzen ist seine Sache nicht. Kügler wühlt sich systematisch durch die Akten. Seine Erkenntnisse sind Ergebnis zuverlässiger Arbeit. „Ich bin kein Star", sagt er, „nur ein Anwalt, der sich für seinen Mandanten viel Mühe gibt." Nein, die Leichtigkeit eines Stars hat er nicht. Er hadert nicht nur mit dieser Gesellschaft, sondern zuerst einmal auch mit sich selbst. Zwischen ihm und den beamteten Juristen liegen Welten, die er überbrücken muss, wenn er als Anwalt Erfolg haben will. Also tritt er auf, als trage er immer einen Stock im Rücken, also umgibt er sich mit Reputierlichkeit. Er weiß, wie sein Vorbild Fritz Bauer, ein Feuerkopf,

gestorben ist. „Wie ein ausgebrannter Krater", sagt er. Die Betroffenheit über dieses Schicksal hat sich in Joachim Kügler eingegraben.

In Frankfurt führt er inzwischen eine gutgehende Anwaltskanzlei in teurer Zentrumslage. Ein Mann, der die Lücke zwischen Starverteidiger und Wald-und-Wiesen-Anwalt füllt, vielseitig und solide.

Spektakuläre Fälle hat Kügler nur am Rande gemacht: So die Verteidigung des Türken Gebes, der im Auftrage seines Chefs dessen Frau Siglinde Hanzlicek ermorden sollte und sie mit einer Pistole niederschoss. Oder die Verteidigung der 48-jährigen Hausfrau Gertrud Krebs, die wegen Mordes an ihrer Hauswirtin vor Gericht stand und die nach einer „exzellenten Verteidigung" – so der Gerichtsvorsitzende – freigesprochen werden musste.

Es säuft doch kaum jemand, um anschließend Auto zu fahren

Über die Staatsanwaltschaft sagt der einstige Staatsanwalt Kügler: „Das Gesetz verpflichtet sie, Belastendes und Entlastendes gleichermaßen zu ermitteln. Das funktioniert in komplizierten Fällen nie. Eigentlich müsste der Verteidiger zugunsten seines Mandanten selber recherchieren. Tut er dies, dann kann er fast mit Sicherheit damit rechnen, dass er sich selber wegen Begünstigung auf der Anklagebank wiederfindet. Nehmen wir als Beispiel ein Sexualdelikt: Der Anwalt sucht Zeugen auf, die seinen Mandanten belasten. Er fühlt ihnen auf den Zahn, fragt, ob sich diese Zeugen nicht irren könnten. In der Sprache der Staatsanwaltschaft heißt das: Der Verteidiger versuchte dem Zeugen etwas zu suggerieren."

Über die Richter sagt der Rechtsanwalt Kügler: „Sie sollen zunächst einmal die Anklage der Staatsanwaltschaft daraufhin prüfen, ob das Hauptverfahren überhaupt eröffnet werden kann. Aber eröffnet wird ein Hauptverfahren in aller Regel, ohne dass sich die Richter die Mühe gemacht haben, in die Anklageschrift genau hineinzuschauen. Wenn der Angeklagte erst vor Gericht steht, gehen die Richter mit Vorliebe den bequemen Weg zur Verurteilung – nach dem Motto: Du Angeklagter bist verdächtig genug, gemacht zu haben, was man dir vorwirft."

„Das Gesetz wird zum goldenen Kalb", sagt Kügler, und führt als Beispiel die Trunkenheitsdelikte im Straßenverkehr an. „Bei 1,3 Promille ist der Richter gesetzlich gezwungen, den Führerschein zu entziehen. Die Motivation des Betroffenen ist ihm völlig gleichgültig, weil sie auch dem Gesetzgeber gleichgültig ist. Da haben wir es mit einer Regelung zu tun, nach der zwar alle gleich behandelt werden sollen, die aber viele ungleich trifft. Den Lkw-Fahrer ganz sicher in einer anderen Weise als den Sonntagsfahrer."

Jeden Morgen die Qual der Wahl: zwei Dutzend Anzüge. 30 Paar Schuhe

„Führerscheinentzug ist keine Bestrafung mehr, sie ist Amputation, solange man nicht den Motiven nachgeht, die jemanden veranlasst haben, sich betrunken ans Steuer zu setzen, und solange man nicht auf existenzvernichtende Maßnahmen verzichtet. Denn einer, der nur deswegen säuft, um anschließend Auto zu fahren, ist doch äußerst selten."

Das Beispiel zeigt symptomatisch, dass der Angeklagte vor Gericht Regeln unterworfen ist, die auf seine individuelle Tat keine Rücksicht nehmen. Strafrecht wird so zur hohen Schule der Menschenverachtung. Der Richter pocht auf den Gehorsam gegenüber dem Gesetz. Dieser Gehorsam setzt zwangsläufig das Verantwortungsbewusstsein herab; denn der Richter tritt hinter das Gesetz zurück. Das Gesetz spricht durch ihn – eine Art Sprachrohrgerechtigkeit.

Joachim Kügler sieht das so: „Gesetze zu lernen, ist eine Arbeit, die man nicht gerne zweimal macht. Juristen ist es deshalb unsympathisch, wenn Wesentliches in ihrem Bereich geändert wird. Dann müssen sie umdenken, umlernen, anders reagieren als früher, das Gedächtnis neu aufspeichern. Das geht erst einmal gegen die menschliche Trägheit und dann auch gegen einen Apparat, der Trägheit fördert."

Joachim Kügler, der Menschenkenner und der Gesetzeshandwerker, sieht den Konflikt. Der Beruf, den er hat, provoziert Zynismus.

Am Ende oder auf dem Höhepunkt einer Karriere könnte es für einen Rechtsanwalt heißen: Stimmen die Kohlen, dann kann ich für dich Beschuldigten was tun. Sonst nicht. Bedaure.

Der Moralist Kügler kämpft da um Selbstachtung an einer Front, die – wie er wohl wissen muss – längst zusammengebrochen ist. Er, der Junggeselle, gräbt sich nach Feierabend in seiner Penthouse-Wohnung im stadtnahen Gravenbruch zwischen Büchem und Schallplatten ein und ist dann nur selten noch zu sprechen. Wenn er morgens wieder zur Arbeit geht, dann zwängt er sich in das ihm unumgänglich erscheinende Korsett: Er wählt aus unter zwei Dutzend Anzügen, zehn Mänteln und dreißig Paar Schuhen. Bei Somerset Maugham hat er gelesen: „In dieser modernen Welt gibt es nur eine akzeptable Alternative: Entweder man ist Verbrecher oder ein Künstler."

Joachim Kügler ist weder das eine noch das andere. Aber er ist dennoch ein höchst akzeptabler Mann.

Jürgen Serke, geb. 1938 in Landsberg an der Warthe, ist Journalist und Schriftsteller.

Anmerkung

[1] Aus *Jürgen Serke*: „Strafverteidiger in Deutschland", Luchterhand Verlag 1976, mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Fritz Bauer Studienpreis für Menschrechte und juristische Zeitgeschichte[1]

Heiko Maas

Rede des Bundesministers der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas, bei der Verleihung des Fritz Bauer Studienpreises für Menschenrechte und juristische Zeitgeschichte am 1. Juli 2015 im Ministerium.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Mitglieder des Bundestages,
liebe Frau Staatssekretärin Dr. Hubig,
sehr geehrte Präsidenten und Präsidenten der Gerichte,
sehr geehrte Herren Generalstaatsanwälte,
sehr geehrter Herr Präsident des Bundesamtes für Justiz, lieber Herr Friehe,
sehr geehrte Mitglieder der Jury,
verehrte Gäste,
vor allem aber: liebe Preisträger!

Herzlich willkommen im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz! Ich freue mich sehr, dass Sie heute zu uns gekommen sind, denn heute ist in doppelter Hinsicht ein besonderer Tag: Heute vor 47 Jahren, am 1. Juli 1968, ist Fritz Bauer gestorben. Und heute verleihen wir zum ersten Mal den „Fritz Bauer Studienpreis".

Der Name Fritz Bauer war bis vor kurzem allenfalls historisch interessierten Juristen ein Begriff. Aus dem öffentlichen Gedächtnis war er so gut wie verschwunden. Das hat sich in den letzten Jahren deutlich geändert. Mehrere große Kino- und Fernsehfilme rücken jetzt den Mann ins Rampenlicht, der nicht zulassen wollte, dass Nazi-Täter straflos blieben. Der Kino-Film *Im Labyrinth des Schweigens* war sogar für den Deutschen Filmpreis nominiert. Den Grund für dieses neue Interesse hat die Süddeutsche Zeitung neulich treffend auf den Punkt gebracht. Sie nannte Fritz Bauer „einen Held von gestern für heute".

Die Geschichte der deutschen Justiz kennt wahrlich nicht viele Helden. Ganz im

Gegenteil. Der Weimarer Republik standen Deutschlands Richter und Staatsanwälte in der Mehrheit ablehnend bis feindlich gegenüber: Wenn es um die Feinde der Republik ging, dann war die Justiz sprichwörtlich auf dem rechten Auge blind.

1933 haben Juristen die Machtübernahme der Nazis als „legale Revolution" legitimiert. Anschließend hat die Justiz geholfen, das Regime zu erhalten und politische Gegner zu vernichten – dafür stehen allein 16.000 Todesurteile der ordentlichen Justiz. Vor allem aber haben Juristen in Justiz und Verwaltung die jüdische Bevölkerung Schritt für Schritt ausgegrenzt, stigmatisiert und entrechtet. Sie haben damit den Völkermord an den Juden systematisch vorbereitet. In der jungen Bundesrepublik hat Deutschlands Justiz dann eine dritte Schuld auf sich geladen – sie hat die Opfer des Holocausts viele Jahre ignoriert, und sie hat die meisten Täter der Nazi-Verbrechen laufen gelassen.

Meine Damen und Herren,
ich erwähne dieses Versagen und diese Schuld der deutschen Justiz so ausführlich, weil man die Größe und die Bedeutung von Fritz Bauer erst dann richtig erfassen kann, wenn man sich diese Geschichte vor Augen hält. Fritz Bauer trägt nichts von dieser Schuld der deutschen Justiz. Ganz im Gegenteil.

- In der Bundesrepublik hat er mit großem Engagement dafür gestritten, die Nazi-Täter vor Gericht zu bringen;
- während der Diktatur gehörte er im skandinavischen Exil zum Widerstand gegen Hitler,
- und in der Weimarer Demokratie engagierte er sich im Republikanischen Richterbund und im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für die junge Demokratie.

Keine Frage: Hätte es mehr Juristen wie Fritz Bauer gegeben, die deutsche Geschichte wäre glücklicher verlaufen!

Aber, meine Damen und Herren, seine Geschichte kann man sich nicht aussuchen. Man muss sie so nehmen, wie sie war, und man sollte nichts unter den Teppich kehren und auch nichts beschönigen. Nur die offensive Auseinandersetzung mit Fehlern und Versagen kann eine Wiederholung verhindern. Genau das war auch das Anliegen von Fritz Bauer. Indem er den Völkermord vor Gericht brachte, sollten die Deutschen „Gerichtstag halten über sich selbst" – so hat er das einmal formuliert. Tatsächlich hat der Frankfurter Auschwitz-Prozess den Horror in den Vernichtungslagern erstmals einer breiten Öffentlichkeit in Deutschland vor Augen geführt.

Heute wissen wir um die Verbrechen der Nazis, aber das bedeutet nicht, dass das Kapitel der Strafverfolgung abgeschlossen ist. Derzeit findet vor dem Landgericht Lüneburg der Prozess gegen einen ehemaligen SS-Mann aus dem KZ Auschwitz statt. Der Angeklagte ist 93 Jahre alt, und beim Anblick dieses Greises vor Gericht fragen sich manche Beobachter, ob so ein Prozess heute noch sinnvoll ist. Ich habe da eine klare Haltung. Ich meine, für Gerechtigkeit ist es nie zu spät! Ein Rechtsstaat mit Strafverfolgungsmonopol muss solche Täter zur Rechenschaft ziehen, unabhängig davon, wie alt sie sind. Vor 70 Jahren war es der deutsche Staat, der die Verbrechen organisiert hat, heute muss dieser Staat zumindest feststellen, ob sich jemand schuldig gemacht hat. Das ist auch eine Verpflichtung gegenüber den Opfern und ihren Nachkommen. Außerdem zeigt dieser Fall eines sehr deutlich: Der Mann, der heute vor Gericht steht, war kein fanatischer Nazi oder brutaler Sadist. Er war ein Buchhalter und ein ganz normaler Mann. Deshalb ist dieser Prozess so wichtig: Er erinnert uns daran, wie eine menschenfeindliche Ideologie, die Ausgrenzung von Minderheiten, Gruppendruck und die Vergötzung von Befehl und Gehorsam ganz normale Menschen zu Teilnehmern eines Völkermordes gemacht hat. Ich meine, nicht nur dieses Strafverfahren ist richtig, sondern auch die Justizminister der Länder haben vorletzte Woche richtig entschieden: Sie haben beschlossen, die Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg fortzuführen.

Solange noch Täter leben und verhandlungsfähig sind, solange ist dieses Kapitel noch nicht beendet. Solange muss diese Arbeit weitergehen.

Meine Damen und Herren,
der aktuelle Prozess in Lüneburg ist möglich geworden, weil sich eine Rechtsauffassung durchgesetzt hat, die Fritz Bauer schon 1967 im Auschwitz-Prozess vertreten hat: In einem Lager, dessen einziger Zweck in der massenhaften Ermordung von Menschen bestand, war jede Mitarbeit Beihilfe zum Mord. Dass es mehr als vier Jahrzehnte und den Fall Demjanjuk gebraucht hat, bis diese Ansicht mehrheitsfähig wurde, ist kein Ruhmesblatt für unsere Justiz.

Meine Damen und Herren,
Fritz Bauer ist bei seiner Arbeit damals auf enorme Widerstände gestoßen – gerade aus den eigenen Reihen. „Wenn ich mein Büro verlasse, betrete ich feindliches Ausland", so lautete sein bekanntes Diktum. Die Verfolgung von Nazi-Verbrechern wurde damals nicht nur aus den Reihen der Justiz behindert, sondern auch von der Justizverwaltung, und heute, wir müssen davon ausgehen: auch vom Bundesjustizministerium. Weil wir uns diesen Schattenseiten unserer eigenen Geschichte stellen, gibt es das Rosenburg-Projekt. Es ist benannt nach einer Villa in Bonn-Kessenich, in der der erste Dienstsitz des Ministeriums in Bonn war. Seit 2012 arbeitet eine Unabhängige Wissenschaftliche Kommission an der Geschichte dieses Ministeriums. Sie untersucht, wie das Justizministerium in den 50er und 60er Jahren mit der NS-Vergangenheit umgegangen ist, welche alten Seilschaften es gegeben hat, und wie sich Juristen gegenseitig davor schützten, dass ihr Treiben in der Nazi-Zeit bekannt und geahndet wurde. Im kommenden Jahr werden die Wissenschaftler ihren Abschlussbericht vorlegen. Das wird vermutlich nicht sehr schmeichelhaft für unser Ministerium werden, aber wir wollen, dass die ganze Wahrheit ans Licht kommt, und dann werden wir noch genauer wissen, inwieweit auch dieses Ministerium für Fritz Bauer „feindliches Ausland" war.

Meine Damen und Herren,
an Fritz Bauer und seinem Wirken mag aus der historischen Distanz besonders die Verfolgung der NS-Verbrecher interessant sein. Dass er dabei so viel Widerstand von Seiten alter NS-Juristen überwinden musste, ist so ganz nach dem Geschmack derer, die heute Heldengeschichten fürs Kino suchen: Fritz Bauer der Nazi-Jäger. Aber wer Fritz Bauer auf das NS-Unrecht und den Auschwitz-Prozess reduziert, der springt zu kurz und wird ihm nicht gerecht. Dies war nur ein Teil seiner Arbeit für mehr Humanität in Politik, Gesellschaft und Justiz. Ganz wichtig waren ihm dabei das Strafrecht und der Strafvollzug. Schon bevor Freigang und Hafturlaub gesetzlich geregelt wurden, hat Bauer Strafgefangenen Urlaub gewährt, wenn ihm das aus sozialen Gründen geboten erschien. Er war nicht nur ein Theoretiker, sondern er kümmerte sich auch immer wieder selbst um Strafgefangene und deren Familien. Er war – so hat das Ilse Staff einmal formuliert – „Generalstaatsanwalt und Bewährungshelfer".

Der Antrieb für dieses Engagement war sein Staatsverständnis. Aus dem Bekenntnis des Grundgesetzes zu Demokratie und Sozialstaat folgerte Bauer ein dezidiert demokratisches und soziales Strafrecht. Die Gesellschaft solle lernen, sich mit all ihren Mitgliedern solidarisch zu fühlen – auch mit Strafgefangenen. Als der einstige KZ-Häftling Bauer einmal ein Gefängnis besuchte, begrüßte er die Gefangenen mit „Meine Kameraden". Das löste Ende der 50er Jahre einen kleinen Skandal aus.

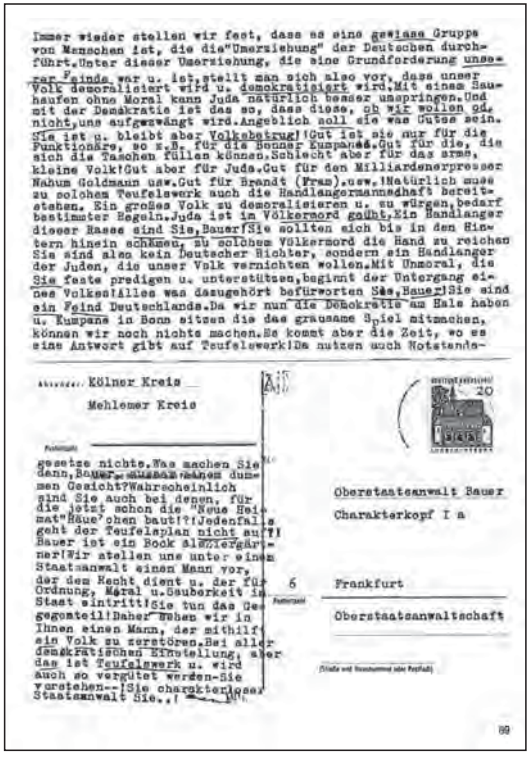
Strafe war für Bauer einzig und allein ein Instrument zur Resozialisierung, nicht aber der Vergeltung. Das hat ihm häufig den Vorwurf eingetragen, er lege bei der Verfolgung von NS Verbrechen andere Maßstäbe an als bei anderen Taten. Bauer hat das nicht gelten lassen, denn für ihn fehlte es bei vielen Nazi-Tätern an der Bereitschaft zu einem humanen Zusammenleben: Im Auschwitz-Prozess bekannte sich kein einziger Angeklagter zu seinem Unrecht, und die meisten Täter zeigten weder Respekt noch Empathie für die überlebenden

Opfer. „Viele der Täter – so Bauer – sind weit davon entfernt, die Grundwerte unseres Staates, vor allem die Menschenwürde aller, die Gleichheit eines jeden ohne Rücksicht auf Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiöse oder politische Anschauung zu bejahen."

Humanität und Toleranz, Menschenwürde und Gleichheit – das waren für Bauer die Grundwerte, die die deutsche Gesellschaft und ihr Recht prägen sollten. Diese Werte sind heute so aktuell wie damals. Und sie sind alles andere als unangefochten. Denken Sie etwa an die Aufnahme und den Umgang mit Flüchtlingen oder an das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Religionen. Sehen wir zuerst das Fremde? Zuerst die Bedrohung für die eigene Kultur oder den eigenen Wohlstand? Oder sehen wir im anderen zuerst den Mitmenschen, seinen Glauben und sein Schicksal? Für Fritz Bauer wäre die Antwort wohl eindeutig gewesen. Humanität und Toleranz, Menschenwürde und Gleichheit – diese Werte hat er gelebt, und für diese Werte hat er gestritten. Und zwar zu einer Zeit, als viele Deutsche noch glaubten, dass Härte und Gewalt, Zucht und Ordnung, Befehl und Gehorsam die wichtigsten Maximen einer Gesellschaft sind.

Seine Geschichte kann man sich nicht aussuchen – aber seine Tradition schon. Fritz Bauer steht für eine seltene Tradition in der deutschen Justiz. Er steht für ein demokratisches, soziales und humanes Recht. Er steht für ein Recht, dem es nicht um den Staat und nicht ums Prinzip ging, sondern immer um den einzelnen Menschen. Und er steht für den Geist und Mut zur „anderen Ansicht", und für die Kraft, die man manchmal braucht, sie zur „herrschenden Meinung" zu machen. Fritz Bauer ist zu seinen Lebzeiten verfolgt, umstritten, ja verhasst gewesen. Heute aber ist er für die Justiz und für uns Juristen ein Vorbild, und deshalb ist er der richtige Namenspatron für diesen Preis!

Meine Damen und Herren,
mit unserem Preis wollen wir Nachwuchsjuristen auszeichnen, die sich in einer Doktorarbeit mit Fritz Bauer, seinem Werk oder seinen Lebensthemen befasst haben. Die Resonanz auf unsere Ausschreibung war beachtlich. Am Ende lagen 13 herausragende Doktorarbeiten auf dem Tisch; das waren fast 15 Kilogramm und 5000 Seiten Forschungsleistung. Die eingesandten Arbeiten waren auch qualitativ sehr beachtlich. Mehr als die Hälfte von ihnen war mit der akademischen Bestnote „summa cum laude" ausgezeichnet. Wir haben



Immer wieder stellen wir fest, dass es eine gewisse Gruppe von Menschen ist, die die "Umerziehung" der Deutschen durchführt. Unter dieser Umerziehung, die eine Grundforderung unserer Feinde war u. ist, stellt man sich also vor, dass unser Volk demoralisiert wird u. demokratisiert wird. Mit einem Haufen ohne Moral kann Juda natürlich besser umspringen. Und mit der Demokratie ist das so, dass diese, ob wir wollen od. nicht, uns aufgezwängt wird. Angeblich soll sie was Gutes sein. Sie ist u. bleibt aber Volksbetrug! Gut ist sie nur für die Funktionäre, wie z.B. für die bezahlten Kumpanei. Gut für die, die sich die Taschen füllen können. Schlecht aber für das arme, kleine Volk! Gut aber für Juda. Gut für den Milliardenerpresser Nahum Goldmann usw. Gut für Brandt (Frau), usw.! Natürlich muss zu solchem Teufelswerk auch die Handlangermannschaft bereitstehen. Ein großes Volk zu demoralisieren u. zu würgen, bedarf bestimmter Hegeln. Juda ist in Völkermord gaubt. Ein Handlanger dieser Rasse sind Sie, Bauer! Sie sollten sich bis in den Hintern hinein schämen, zu solchem Völkermord die Hand zu reichen. Sie sind also kein Deutscher Richter, sondern ein Handlanger der Juden, die unser Volk vernichten wollen. Mit Unmoral, die Sie feste predigen u. unterstützen, beginnt der Untergang eines Volkes! Alles was dazugehört befürworten Sie, Bauer! Sie sind ein Feind Deutschlands. Da wir nun die Demokratie am Hals haben u. Kumpane in Bonn sitzen die das grausame Spiel mitmachen, können wir noch nichts machen. Sie kommt aber die Zeit, wo es eine Antwort gibt auf Teufelswerk! Da nutzen auch Notstands-

Kölner Kreis
Mehlemer Kreis

gesetze nichts. Was machen Sie dann, Bauer, mit einem dummen Gesicht? Wahrscheinlich sind Sie auch bei denen, für die jetzt schon die "Neue Heimat" Häuschen baut!?? Jedenfalls geht der Teufelsplan nicht auf! Bauer ist ein Book allein gärtner! Wir stellen uns unter einem Staatsanwalt einen Mann vor, der dem Recht wieder zu mehr für Ordnung, Moral u. Sauberkeit im Staat eintritt! Sie tun das Gegenteil! Daher wohen wir in Ihnen einen Mann, der mithilft ein Volk zu zerstören. Bei aller demokratischen Ehrbezeichnung, aber das ist Teufelswerk u. wird auch so vergütet werden. Sie verstehen--! Sie charakterloser Staatsanwalt Sie..!

20

Oberstaatsanwalt Bauer
Charakterkopf I a

6

Frankfurt
Oberstaatsanwaltschaft

89

© CV Films

Einer der vielen anonymen Schreiben, die an Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer gesendet worden sind.

uns daher entschieden, den Preis zu teilen. Seiner Zielsetzung entsprechend, zeichnen wir eine zeitgeschichtliche Arbeit aus und eine, die dem aktuellen Schutz der Menschenrechte gewidmet ist. Trotz dieser Teilung war es nicht leicht, die besten Arbeiten auszuwählen. Deshalb war es ganz wichtig, dass uns eine Jury dabei geholfen hat, eine gute Entscheidung zu treffen. Mein großer Dank gilt den Mitgliedern dieser Jury. Professor Raphael Gross und Professor Gerhard Werle werden gleich noch die Laudatio sprechen; ich danke aber auch Frau Professor Beate Rudolf vom *Deutschen Institut für Menschenrechte*, Werner Koep-Kerstin, dem Vorsitzenden der *Humanistischen Union*, die Fritz Bauer einst mitbegründet hat, und ich danke Christoph Flügge, dem deutschen Richter am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Ihre Mitwirkung ist eine Gewähr für die hohe Qualität der Arbeiten, die wir heute auszeichnen. Und Ihre Mitwirkung gibt unseren beiden Preisträgern noch mehr Anlass, auf ihre Leistung und auf diesen Preis stolz zu sein.

Dr. Andreas Werkmeister aus München zeichnen wir für seine Doktorarbeit zu „Straftheorien im Völkerstrafrecht" aus. Seine Arbeit knüpft an die Bemühungen Fritz Bauers an, mit Hilfe des Völkerstrafrechts staatliches Unrecht vor Gericht zu bringen und zu ahnden. Die Arbeit entwickelt eine anspruchsvolle Legitimation des Strafens, deren Ausgangspunkt vor allem die Würde des Menschen ist. Dr. Arthur v. Gruenewaldt aus Frankfurt am Main erhält den Preis für seine Dissertation „Die Richterschaft des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main in der Zeit des Nationalsozialismus". Seine Untersuchung zeigt, wie willfährig sich die Frankfurter Richterschaft gegenüber der nationalsozialistischen Diktatur gezeigt hat und zum Mittäter des Unrechts wurde.

Ich gratuliere den beiden Preisträgern herzlich und danke ihnen für ihr wissenschaftliches Engagement. Fritz Bauer hat einmal gesagt: „Wir können aus der Erde keinen Himmel machen, aber jeder von uns kann etwas tun, dass sie nicht zur Hölle wird." Der Einsatz für das Recht und für die Würde jedes einzelnen Menschen – das prägte die Arbeit von Fritz Bauer, und ich wünsche mir, dass dies auch die weitere juristische Arbeit unserer beiden Preisträger prägen wird. Unser Land braucht junge Juristen wie sie.

Heiko Maas ist Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz.

Anmerkung

[1] Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz. Redetext online: http://www.bmjv.de/SharedDocs/Reden/DE/2015/20150701-Fritz-Bauer-Studienpreis.html?nn=1477162

Ein Jurist mit aufrechter Haltung[1]

Nachruf auf Dr. Heinrich Kintzi

Stephan Weil

Am 2. Juni 2015 ist der ehemalige Generalstaatsanwalt Dr. Heinrich Kintzi im Alter von 84 Jahren gestorben. Sein Tod ist ein großer Verlust für seine Familie, seine Freunde und seine ehemaligen KollegInnen, aber auch für die Niedersächsische Justiz insgesamt.

1931 in Galizien geboren, war Kintzi wie so viele andere Menschen damals und auch heute schon in seiner Jugend auf der Flucht, die ihn und seine Familie nach Uelzen führte. Heinrich Kintzi machte 1950 Abitur, studierte Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft und

wurde ein kluger und besonnener Jurist. Ihm war früh bewusst, welche wichtige Rolle einer guten Gesetzgebung, einer unabhängigen Justiz, aber auch den die Exekutive kontrollierenden Parlamenten in der damals noch jungen westdeutschen Demokratie zukam (und auch heute zukommt). In seiner Promotion beschäftigte er sich mit der „Rechtsstellung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse", er verbrachte einen Teil seines Referendariats im Deutschen Bundestag. Nach der Großen juristischen Staatsprüfung im Jahr 1958 trat Kintzi in den höheren Justizdienst des Landes Niedersachsen ein, wurde 1973 Leitender Oberstaatsanwalt, 1974 dann Generalstaatsanwalt in Braunschweig.

Er war ein würdiger Nachfolger von Fritz Bauer, der ein Vierteljahrhundert vor Kintzi 1950 zum Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht Braunschweig ernannt worden war. Bauer hatte in Braunschweig seine konsequente strafrechtliche Verfolgung des im Nationalsozialismus begangenen Unrechts und der Rehabilitation der Opfer begonnen, die schließlich in den drei Frankfurter Auschwitz-Prozessen von 1963 bis 1968 mündete. Heinrich Kintzi sprach stets mit großer Hochachtung über ihn, eindrucksvoll ist das Interview, das Ilona Ziok für ihren Dokumentarfilm *Fritz Bauer – Tod auf Raten* mit Kintzi führte.

Kintzi hat 23 Jahre lang die Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig mit sicherer Hand geleitet. 1977, drei Jahre nach Kintzis Amtsantritt, wurde Generalbundesanwalt Buback ermordet, die Familien Buback und Kintzi kannten sich gut. In Kintzis Zuständigkeit lag auch die Zentralstelle zur Erfassung der SED-Verbrechen.

Heinrich Kintzi hat an vielen Stellen der niedersächsischen und der bundesdeutschen Justiz Verantwortung übernommen. Er war unter anderem Vorsitzender des Niedersächsischen Richterbundes, Vorsitzender des Prüfungsausschusses für die Große juristische Staatsprüfung, Lehrbeauftragter an der Universität Hannover und Vorsitzender der Großen Strafrechtskommission des Deutschen Richterbundes.

Als junger Jurist bin ich Heinrich Kintzi erstmals begegnet und der erste Eindruck ist über die folgenden Jahrzehnte immer wieder bestätigt worden: Kintzi hat mich stets beeindruckt mit seiner Klugheit, seiner Gradlinigkeit und Standfestigkeit sowie seiner aufrechten Haltung. Ich würde mir wünschen, dass sich vor allem die jungen Juristinnen und Juristen an einem Generalsstaatsanwalt wie Heinrich Kintzi orientieren.

Kintzi überzeugte seine ZuhörerInnen und LeserInnen mit besonnenen Argumenten, aber auch mit seinem Charme und seinem Humor. Er war – wie einer seiner Freunde sagte – ein „großer Kommunikator", schon in frühen Jahren Pressesprecher des Niedersächsischen Justizministeriums, später dann Mitherausgeber der Juristischen Rundschau und Schriftleiter des Aufsatzteils der Deutschen Richterzeitung.

Auf der Trauerfeier hat der aktuelle Braunschweiger Generalstaatsanwalt Norbert Wolf über Kintzi gesagt, er habe Pflöcke eingeschlagen, Zeichen gesetzt, Spuren hinterlassen, er habe Zeitgeschichte erlebt und Zeitgeschichte mitgestaltet. Niedersachsens Justiz kann dankbar sein, einen solchen Juristen in ihren Reihen gehabt zu haben.

Stephan Weil ist niedersächsischer Ministerpräsident.

Anmerkung

[1] Der Beitrag wurde erstmalig veröffentlicht in: Deutsche Richterzeitung 07/08 2015.

ANALYSE

Sahnehäubchen oder Ausfallbürgen?
Fördervereine im Fokus

Anfang 2013 veröffentlichte der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft die Ergebnisse seiner Studie „Zivilgesellschaft in Zahlen" (ZiviZ) und legte damit die erste repräsentative Untersuchung der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre vor (Krimmer/Priemer 2013). Zahlreiche Ergebnisse der ZiviZ-Studie bestätigen Trends und Entwicklungslinien, die bereits im alten Jahrhundert festgestellt worden sind. Ein Resultat war jedoch besonders bemerkenswert: Seit Beginn des Millenniums boomen Fördervereine in Deutschland. Sie machen mittlerweile ein Viertel der rund 580.000 Vereine aus.

Aber warum ist das so? Sind Fördervereine Ausdruck eines neuen bürgerschaftlichen Engagements, über das die Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf das öffentliche Leben nehmen möchten? Oder treten sie als Ausfallbürgen eines überforderten Wohlfahrtsstaates auf, der nicht mehr in der Lage ist, seine angestammten Aufgaben ausreichend zu finanzieren? Oder sind sie vielleicht ein spezifisches Modell der Philanthropie, in dem Bürgerinnen und Bürger ihre Spenden durch eine Mitgliedschaft auf Dauer stellen, aber sonst nicht weiter behelligt werden möchten?

In der Vereinsforschung sind diese Fragen lange Zeit nicht thematisiert worden. Im Gegenteil: Fördervereine sind ein nahezu unerforschtes Feld und gelten gemeinhin als langweilig, verbinden doch viele mit ihnen eine etwas dröge Form des Geldsammelns für den guten Zweck. Noch am besten untersucht sind Schulfördervereine, die landauf, landab besonders zahlreich sind. Braun, Hansen und Langner haben 2013 eine Studie zum bürgerschaftlichen Engagement in Bildungseinrichtungen vorgelegt, in der sie erstmals systematisch die Bedeutung dieses Vereinstypus' für das bürgerschaftliche Engagement im Bildungssektor erfasst haben. Sie illustrieren, dass Schulfördervereine eine besondere Rolle als funktionale Dienstleister für Schulen und auch als Themenanwälte für Eltern und Lehrer im Hinblick auf bildungsspezifische Anliegen von Schülerinnen und Schülern spielen.

Fördervereine sind aber auch in vielen weiteren Tätigkeitsfeldern aktiv und verdienen daher eingehender Betrachtung. Die disparate Forschungslage war Anlass für ein Forschungsseminar an der Universität Münster, um in Kooperation mit Stifterverbandsmitarbeiterin Jana Priemer das Phänomen Förderverein zu untersuchen, die repräsentativen Daten der ZiviZ-Studie durch eine qualitative Interviewerhebung mit 70 Fördervereinen im Vereinsregisterbezirk Münster zu ergänzen und dabei Fragen auf den Grund zu gehen, die bisher unbeantwortet geblieben sind. Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Studie knapp umrissen.[1]

1 | Was wissen wir über Fördervereine?

Der Begriff „Förderverein" ist in Deutschland nicht geschützt und steht somit im Grunde für jeden Zweck offen. Allerdings lassen sich die weitaus meisten Fördervereine auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Es sind eingetragene Vereine (e.V.), bei denen weniger das gemeinsame Handeln der Mitglieder im Vordergrund steht (wie dies etwa bei Sportvereinen der Fall ist), sondern vielmehr die Unterstützung eines gemeinnützigen Anliegens die Vereinsarbeit dominiert. In der Regel äußert sich diese Unterstützung in der Kooperation mit einer öffentlichen Einrichtung (wie etwa Schulen, Bibliotheken, Museen, Kindertagesstätten oder Krankenhäusern) oder auch mit einer gemeinnützigen Organisation (wie Kirchen, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden oder Selbsthilfegruppen). Aber auch die Förderung eines gemeinnützigen Zwecks ohne eine konkrete geförderte Einrichtung ist möglich, etwa wenn sich ein Förderverein der Unterstützung einer wissenschaftlichen Forschungsdisziplin

verschrieben hat. In seltenen Fällen tritt der Förderverein auch als Träger einer gemeinnützigen Einrichtung auf, etwa wenn er eine ehemals öffentliche Stadtteilbibliothek übernimmt und weiterführt.

Gemeinsam ist jedoch allen Fördervereinen in der vorliegenden Untersuchung, dass sie einen gemeinnützigen Zweck im Sinne des § 52 der Abgabenordnung verfolgen und von den Finanzbehörden steuerlich begünstigt worden sind. Erkennt das Finanzamt die Vereine als gemeinnützig an, unterliegen ihre Einnahmen im ideellen Bereich, im Zweckbetrieb oder im Bereich der Vermögensverwaltung nicht der Körperschaftsbesteuerung. Zudem erhalten sie die Berechtigung, Spendenbescheinigungen auszustellen und in aller Regel können ihre Mitglieder ihre Mitgliedsbeiträge steuermindernd absetzen. Eine Besonderheit von Fördervereinen ist zudem, dass sie nahezu alle ihre Vermögensmittel an eine andere gemeinnützige Körperschaft weiterleiten dürfen.

Allerdings beschränkt sich die Arbeit von Fördervereinen nicht ausschließlich auf die Akquise von finanziellen Mitteln. Sie können auch auf andere Art und Weise ihrem Förderzweck gerecht werden, etwa indem sie Sportanlagen instand halten oder Fahrzeuge anmieten, sich mit ihren Mitgliedern an Schulbasaren oder Verschönerungsaktionen beteiligen oder konkrete Projekte im Umweltschutz unterstützen. Wichtig ist bei allen Leistungen, dass die Mittel durch den Empfänger ausschließlich für den gemeinnützigen Zweck verwendet werden.

Da Fördervereine gesetzlich nicht definiert und de jure nichts anderes sind als eingetragene Idealvereine, ist es schwierig, sie statistisch zu erfassen. Letztlich ist dies nur über eine Selbsteinschätzung der Vereine möglich. Für die vorliegende Studie wurde das Vereinsregister des Registerbezirks Münster auf Vereine durchsucht, die die Begriffe „Förderverein", „Förderkreis", „Verein der Freunde und Förderer", oder „zur Förderung" im Namen tragen.

2 | Drei Vermutungen

Fördervereine sind in Deutschland kein neues Phänomen. Im Gegenteil: Bereits lange vor dem Ersten Weltkrieg sind viele solcher Organisationen gegründet worden, die zum Teil bis heute aktiv sind. Allerdings zeigt die ZiviZ-Sonderauswertung, dass deutschlandweit die weitaus meisten Fördervereine deutlich jüngeren Alters sind und vor allem seit Beginn der 1990er Jahre gegründet wurden. Seit Beginn des neuen Jahrtausends machen Fördervereine sogar den Großteil der Vereinsneugründungen aus.

Wie lässt sich dies erklären? Auch wenn die vorliegenden Daten keine abschließende Antwort zulassen, sind doch zumindest drei Erklärungsansätze plausibel, die in der vorliegenden Studie genauer untersucht wurden. Demnach könnten Fördervereine Ausdruck zunehmender finanzieller Engpässe der öffentlichen Hand, insbesondere der Kommunen sein. In der Tat sind seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, insbesondere aber im neuen Jahrtausend, zahlreiche Städte und Gemeinden mit ihren Haushalten in die roten Zahlen gerutscht, weil ihnen Bund und Länder viele zusätzliche Aufgaben aufgebürdet haben, ohne ausreichende Kompensationsleistungen zur Verfügung zu stellen (Holtkamp 2011). Jüngste Beispiele sind der Rechtsanspruch auf Betreuung von unter Dreijährigen oder das Anwachsen der internationalen Flüchtlingsströme, die für viele Kommunen ganz erhebliche Zusatzbelastungen bedeuten.

Landauf, landab geraten vor allem Städte mit hoher Arbeitslosigkeit und hohen Sozialausgaben in Haushaltsnot und müssen zur Sanierung ihrer Finanzen insbesondere bei den freiwilligen Leistungen den Rotstift ansetzen. Betroffen ist dabei vor allem der Kultur- und Sportbereich (Fatoyinbo 2011), aber auch der Denkmalschutz und nicht zuletzt der Bildungsbereich, sind doch die Kommunen für den Bau und die Ausstattung von Schulen selbst verantwortlich, während die Länder die Personalkosten tragen. Auch Volkshochschu-

len, Musikschulen und Landschulheime fallen immer häufiger dem Sparzwang zum Opfer.

Gerade in diesen Tätigkeitsfeldern tummeln sich besonders viele Fördervereine, und so lässt sich die Annahme formulieren, dass Fördervereine als eine Art Ausfallbürge für die öffentliche Hand auftreten, die sich viele freiwillige Aktivitäten nicht mehr leisten kann, die von den Bürgerinnen und Bürgern aber dennoch nachgefragt und deshalb durch Fördervereine unterstützt werden. Vor allem im Bildungssektor und in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit kommt Fördervereinen eine wesentliche Rolle zu. Hier bezeichnen sich jeweils mehr als die Hälfte der befragten Vereine dezidiert als Förderverein. Auch Vereine mit dem Haupttätigkeitsfeld Wissenschaft und Forschung betätigen sich sehr häufig als Förderverein.

Hinzu kommt, dass Fördervereine vor allem lokal tätig sind. Dabei hat die ZiviZ-Studie keine signifikanten Unterschiede zwischen Stadt und Land feststellen können. Allerdings gibt es in den alten Bundesländern mehr Fördervereine als in den neuen. Außerdem sind Fördervereine häufig Einzelkämpfer und nicht dachverbandlich organisiert. Dies ist insofern bemerkenswert, weil das deutsche Verbändewesen ansonsten einen sehr hohen Organisationsgrad aufweist und sich weit mehr als die Hälfte aller deutschen Vereine einem Dachverband angeschlossen hat (etwa 57 %), um ihre Interessen politisch vertreten zu lassen. Bei den Fördervereinen ist dies nur bei gut einem Viertel der Fall (Krimmer/Priemer 2013).

Aber kreist der Pleitegeier wirklich über so vielen öffentlichen Einrichtungen, dass sich nur mit ihm der Boom der Fördervereine erklären lässt, der seit 20 Jahren anhält? Betrachtet man das immense Tätigkeitsspektrum der Fördervereine, so erscheint auch eine zweite Hypothese plausibel. Demnach sind Fördervereine auch Ausdruck einer sich wandelnden Kultur des bürgerschaftlichen Engagements, in der die Bürgerinnen und Bürger als zivilgesellschaftliche Akteure Einfluss auf die Arbeit öffentlicher Einrichtungen nehmen möchten. Sehr häufig sind nämlich die Mitglieder von Fördervereinen von der Arbeit der geförderten Einrichtung unmittelbar oder mittelbar selbst betroffen, beispielsweise als Eltern, deren Kinder die geförderte Schule besuchen, oder als Nutzerinnen und Nutzer einer öffentlichen Bibliothek.

Im Sinne des Wirtschaftswissenschaftlers Avner Ben Ner (1994) sind sie damit Stakeholder der Einrichtung und können über den Förderverein Einfluss auf das Angebot und die Qualität der Angebote nehmen. Zwar würde die geförderte Einrichtung auch ohne den Verein bestehen, die Unterstützung des Vereins ist aber ein wertvolles Extra, das die Arbeit der Einrichtung bereichert und die Anspruchsgruppen mit der Organisation verbindet. In anderen Worten: Der Förderverein fungiert als „Kirsche auf der Torte", indem er beispielsweise in der Kindertagesstätte zusätzliches Spielzeug anschafft oder der Kirchengemeinde den Kauf von Sakralkunst ermöglicht. Solche Angebote sind keine Pflichtleistungen, bereichern aber die geförderte Einrichtung und ermöglichen den Vereinsmitgliedern, an der Arbeit zumindest im Kleinen zu partizipieren. Das ist insbesondere in einer sich nach wie vor pluralisierenden Gesellschaft ein wichtiger Anreiz, entsprechen doch uniforme öffentliche Angebote häufig nicht (mehr) den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger.

Schließlich soll in dieser Untersuchung eine dritte Hypothese zur Erklärung der zahlreichen Neugründungen in den vergangenen Jahres auf den Prüfstand gestellt werden. Könnte es sein, dass Fördervereine Instrumente eines spezifischen Spendenverhaltens sind und aus steuerrechtlichen Gesichtspunkten gegründet werden? Für diese Annahme spricht, dass Fördervereine in den vergangenen Jahren nicht nur zur Unterstützung öffentlicher Einrichtungen gegründet worden sind. Auch Sport- und Freizeitvereine werden immer häufiger durch einen Förderverein unterstützt, der sich besonders für solche Bürgerinnen und Bürger eignet, die an der eigentlichen Tätigkeit des Vereins nicht (mehr) teilnehmen, ihre Verbundenheit

zum Verein aber durch eine Dauerspende zum Ausdruck bringen möchten. Gerade diese Option machen sich viele Fördervereine in Deutschland zu nutze. Erwartungsgemäß machen Spenden und Sponsoring für diesen Vereinstypus einen deutlich größeren Anteil am gesamten Mittelaufkommen aus als in anderen Vereinsformen.

Außerdem sind Fördervereine bisweilen auch Treuhänder für öffentliche Mittel, die die geförderte öffentliche Einrichtung nicht selbst verbuchen kann. So kann beispielsweise eine Bürgerinitiative, die ein von der Schließung bedrohtes Freibad übernimmt, keine Zuschüsse der Stadt einstreichen. Hier stellt dann der Förderverein sein Konto zur Verfügung.

3 | Kompensatoren und Kirsche auf der Torte

In der qualitativen Vereinsbefragung in Münster wurden diese Hypothesen auf den Prüfstand gestellt und in unterschiedlichem Maße bestätigt. Die Studie zeigt, dass Fördervereine sowohl die Funktion eines Ausfallbürgen als auch eines Sahnehäubchens übernehmen. Ein gutes Drittel der befragten Vereine bestätigt, dass der Wegfall öffentlicher oder anderer Mittel Anlass für die Vereinsgründung gewesen ist. Beispiele sind der Förderverein einer Stadtteilbibliothek, von der sich die Kommune trennen wollte, der Förderverein eines Freibades, das vor der Schließung stand, oder ein Landschulheim, das die öffentliche Hand nicht mehr tragen konnte.

Auch zahlreiche Schulfördervereine beklagen die aus ihrer Sicht mangelhafte Ausstattung der Schulen. Genannt werden fehlende Musikinstrumente, die Ausstattung der Spielplätze, aber auch ganz basale Dinge wie die unzureichende Möblierung der Klassenzimmer. Aber nicht nur die öffentliche Hand hat sich aus der Finanzierung von Leistungen zurückgezogen. Auch die Kirchen können in Zeiten des Mitgliederschwunds in den Gemeinden nicht mehr alle Leistungen übernehmen, die früher selbstverständlich gewesen sind. Auch hier springen Fördervereine in die Bresche und versuchen, durch finanzielle Leistungen und ehrenamtliches Engagement kompensierend zu wirken. In einigen Fällen würde das Angebot ohne den Förderverein völlig eingestellt werden, in anderen wären die Leistungen erheblich schlechter.

Der größere Teil der befragten Fördervereine sieht sich jedoch nicht in der Funktion des Lückenbüßers, sondern betrachtet sich eher als „Möglichmacher". Diese Vereine werden mit der Absicht gegründet, die unterstützten Einrichtungen so zu fördern, dass diese ihr Angebot ausweiten können. Beispiele sind Restaurierungsarbeiten in Kirchen, das Angebot von Schmerztherapien in Krankenhäusern oder die Finanzierungen von Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrern, die das eigene Budget der Schule sprengen würden. In allen diesen Fällen gilt, dass die geförderte Einrichtung ohne den Förderverein sicher existieren könnte, das Engagement des Vereins die Arbeit in der Einrichtung aber deutlich angenehmer macht.

Die Studie zeigt auch, dass bei der Gründung von allen Fördervereinstypen Entrepreneure eine wichtige Rolle spielen, die mit der Etablierung eines Fördervereins eine bestimmte Idee, einen lang gehegten Wunsch oder ein bestimmtes Ziel verwirklichen möchten. Oft wird die Gründung durch persönliche Anliegen angetrieben, bei der einzelne Personen und Gruppen die Förderung ihrer Anliegen für wichtig empfinden und für unterfinanziert halten. In aller Regel sind oder waren die Gründer von Fördervereinen in irgendeiner Form von der Arbeit der geförderten Einrichtung betroffen und wünschten sich eine Verbesserung: Bürgerinnen und Bürger möchten ein Hospiz in der Stadt, weil sie in der eigenen Familie erlebt haben, wie wertvoll eine solche Einrichtung sein kann. Fußballfreunde wünschen sich einen Rasenplatz für den eigenen Sportclub und Kunstliebhaber wollen Preise für junge Nachwuchskünstlerinnen und -künstler ausloben.

Dabei entfalten Fördervereine in der Regel sicherlich nicht das bürgerschaftliche Engage-

ment, wie dies im klassischen Mitgliederverein der Fall ist. Bei vielen ihrer Mitglieder beschränken sich die Aktivitäten auf das Ausfüllen von Beitrittserklärung und Kontoeinzugsermächtigung. Eine Vereinslandschaft, die nur aus Fördervereinen bestünde, ist deshalb aus demokratietheoretischer Perspektive ganz und gar nicht wünschenswert. Im Gegenteil: Fördervereine können lediglich ergänzend wirken und sollten hinsichtlich ihres sozialintegrativen Potentials nicht überbewertet werden. Als wichtiges Standbein der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur sind sie jedoch nicht mehr wegzudenken und Ausdruck eines selbstbewussten bürgerschaftlichen Engagements.

Matthias Freise ist Akademischer Oberrat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster.

Anmerkung

[1] Der vollständige Abschlussbericht kann auf der Website des Autors heruntergeladen werden unter http://www.uni-muenster.de/IfPol/personen/freise.html.

Literatur

Ben-Ner, A. 1994: Who Benefits from the Nonprofit Sector? Reforming Law and Public Policy Towards Nonprofit Organizations. In: Yale Law Journal, 104. Jg., 731-762.

Braun, S./Hansen, S./Langner, R. 2013: Bürgerschaftliches Engagement an Schulen. Eine empirische Untersuchung über Schulfördervereine. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Fatoyinbo, J. R. 2011: Kommunale Kulturfinanzierung im Zeichen der Krise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 7/8, 19-25.

Holtkamp, L. 2011: Kommunale Haushaltspolitik bei leeren Kassen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 7/8, 13-19.

Krimmer, H./Priemer, J. 2013: ZIVIZ-Survey 2012. Zivilgesellschaft verstehen. Berlin: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft.

Analyse

Kein Land mehr für Kohle – Kohleausstieg ist Handarbeit

Unter den Slogans „Kein Land mehr für Kohle" und „Kohleausstieg ist Handarbeit" fanden im Sommer 2015 wieder zwei Klimacamps statt: Vom 05. bis 09. August in Groß-Gastrose (Lausitz) und vom 07. bis 15. August in Erkelenz im Rheinland. Die Camps richteten sich gegen Braunkohletagebaue und die Verstromung von Braunkohle; sie sind Kristallisationspunkte der jungen Anti-Kohle-Bewegung. Die Geschichte der Camps, ihre Charakteristika und die aktuellen Entwicklungen möchte ich im Folgenden kurz skizzieren.

1 | Kleine Geschichte der Klimacamps

Protestcamps haben eine lange und bunte Tradition; als moderne politische Praxis kamen sie in den 1960er Jahren auf (Feigenbaum et al. 2013: 1, 10). Klimacamps entstanden aber erst deutlich später. 2005 fand das erste im Ökodorf Stirling in Schottland statt. Es fungierte einerseits als „Basislager" für die Aktivitäten zum G8-Gipfel, andererseits wollte es auch nachhaltige Alternativen schaffen, erlebbar und erfahrbar machen (Bedall et al. 2011: 42; Feigenbaum et al. 2013: 34ff). Vieles, was dort entwickelt und ausprobiert wurde, wird wenige Jahre später auf deutschen Klimacamps genutzt werden.

Das erste Klimacamp in Deutschland fand 2008 gemeinsam mit dem Antifa-Camp in der Nähe der Baustelle des Kohlekraftwerks Moorburg statt. Das Camp hatte zum Ziel, linke Aktivist*innen und Klimaschützer*innen zusammen zu bringen.[1] Das Kraftwerk, das seit Februar 2015 am Netz ist, wird mit importierter Steinkohle betrieben, die über den Hamburger Hafen angeliefert wird. (Stein-) Kohle wurde dort zum Beispiel, an dem sich die globale und soziale Dimension des Klimas thematisieren ließ.

Der gescheiterte Klimagipfel 2009 in Kopenhagen erschütterte die Hoffnung der Klimabewegung, im Rahmen politischer Verhandlungen einen effektiven Schutz des Klimas zu erreichen. Für viele Aktivist*innen war es nun keine Option mehr, Klimaschutz der (internationalen) Politik zu überlassen. Nach der Enttäuschung kam es zu einer Neuausrichtung der Aktivist*innen: weg von der internationalen Politik und hin zu lokalen Kämpfen und Klimaschutz von unten. Nicht mehr Steinkohle als global gehandelter Energieträger, sondern die lokale Förderung und Verbrennung von Braunkohle geriet in den Fokus – und damit die konkreten Orte, an denen lokal Klimawandel mitverursacht wird. Deutschland ist weltweit führend in der Braunkohleförderung. Ein Viertel der deutschen CO_2-Emissionen lassen sich auf die Braunkohleverstromung zurückführen (Heinrich Böll Stiftung/ Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland 2015: 14). Diese Orte sollten sichtbar gemacht werden. Camps wurde dabei als eine Protestform gewählt, die besonders geeignet ist, um das Räumliche zu thematisieren. Oft wurde dort gezeltet, wo später die Kohlebagger stehen sollten.

2010 wurde das erste Klimacamp im Rheinland organisiert, im größten deutschen Tagebaugebiet. 2011 fand neben dem Klimacamp im Rheinland auch erstmals in der Lausitz ein Camp mit rund 250 Teilnehmenden statt. Die Camps wurden zunächst unabhängig voneinander organisiert. Erst 2012 begann man, die Mobilisierungsprozesse zu koordinieren (Kössler 2013: 195).[2] Seitdem sind die Camps aus dem Aktivismus-Sommer nicht mehr wegzudenken. Jedes Jahr aufs Neue werden Zelte aufgestellt, Workshops geplant und Aktionen vorbereitet. Die Klimacamps haben neben dem thematischen Fokus noch weitere Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die Organisationsweise, den Ablauf und die benötigte Infrastruktur.

2 | Gemeinsamkeiten der Klimacamps

Klimacamps in Deutschland haben vier Kernanliegen: Informieren, Vernetzung ermöglichen, eine Plattform für politische Aktionen bieten und Nachhaltigkeit (er-) lebbar machen.

2.1 | Information und Aktion

Die Camps bieten ein umfangreiches Programm aus Workshops, Vorträgen und Diskussionen. Zusätzlich können Teilnehmende spontan eigene Veranstaltungen anbieten. Damit sind die Camps Orte des inhaltlichen Austauschs und bieten einen Rahmen für Peer-to-Peer Learning und selbstorganisierte Weiterbildung.

Zudem gehen vom Camp politische Aktionen aus. In den letzten Jahren hat sich eine Mischung aus geplanten und spontanen Aktionen etabliert. Die Hauptaktion, meist am letzten Campwochenende, wird in aller Regel vorbereitet. Alle Campteilnehmenden sind eingeladen, sich anzuschließen. Außerdem gibt es während des Camps Gelegenheit, eigene Aktionsideen zu entwickeln und umzusetzen. Dafür wird in einem Materialzelt alles bereitgestellt, was benötigt werden könnte: Farben, Bannerstoff, Schilder, Werkzeug, Büromaterial usw.

2.2 | Practice What You Preach

Klimacamps sind immer auch gelebte Utopie. „Not only do protest camps encompass a diversity of demands for social change, they are also spaces where people come together to imagine alternative worlds and articulate contentious politics“ (Feigenbaum et al. 2013: 1). Auf den Camps soll Nachhaltigkeit Realität werden. Sie sind Orte, an denen Alternativen (er-)lebbar werden und die Möglichkeit besteht, neue Formen des Miteinanders auszuprobieren. Deutlich wird das sowohl am Umgang miteinander als auch am Umgang mit den Ressourcen.

Beide Camps verstehen sich als selbstorganisiert und basisdemokratisch; die Vorbereitungsgruppen sind offen und parteiunabhängig. Entscheidungen werden im Konsens getroffen. Dieses Prinzip wird auch während der Camps beibehalten – ein nicht immer einfacher Prozess. So experimentiert das Rheinland-Camp seit 2014 mit einer Barrio-Struktur[3] und einem Sprecher*innenrat. Themen und Anliegen wer-

den nicht mehr mit allen im Plenum diskutiert, sondern in den einzelnen Barrios vorbesprochen, von Sprecher*innen in den Rat gebracht und wieder zurückgetragen. Das Herbeiführen von Absprachen wird leichter, der Entscheidungsprozess langsamer. Sprecher*innen eines Barrios agieren im Rahmen eines imperativen Mandats. Häufig werden Vorschläge aus dem Rat deshalb wieder in die Barrios zurückgetragen. Da die Treffen täglich stattfinden, kann es unter Umständen zwei bis drei Tage dauern, bis eine Entscheidung zustande gekommen ist.

Im Lausitz-Camp beginnt jeder Tag mit einem Morgenplenum. Hier können Diskussions- und Abstimmungsprozesse in großen Gruppen gelernt und ausprobiert werden. Damit zeigen die Camps, dass Abstimmungsprozesse auch mit mehreren hundert Personen, die verschiedene Sprachen sprechen, möglich sind.

Das Format Camp macht den Aufbau einer spezifischen Infrastruktur erforderlich. „What makes protest camps different from other place-based or space-based social movement gatherings and actions is the sustained physical and emotional labour that goes for building and maintaining the site as simultaneously a base for political action and a space for daily life." (Feigenbaum et al. 2013: 2) Anreisende brauchen einen Ort für ihre Zelte, Orte der Begegnung, sanitäre Infrastruktur, rechtliche Beratung, Erste Hilfe und Verpflegung.

Um das Camp als sicheren Rückzugsort für Aktive zu gestalten, versuchen die Organisator*innen meist, Nutzungsverträge für die Flächen abzuschließen. Dies ist aber oft nicht einfach. Sowohl im Rheinland als auch in der Lausitz ist die lokale Bevölkerung in hohem Maße von den jeweiligen Energiekonzernen abhängig. So gehört viel Mut dazu, eine Fläche für den Protest gegen den eigenen Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen.

Dann müssen Wasser und Abwasser organisiert werden. Dabei legen die Camps Wert auf einen schonenden Umgang mit Ressourcen. Kompostklos sind selbstverständlich – ebenso wie die dazugehörige ausführliche Bedienungsanleitung. Oft stellt sich aber auch die Frage: Wie viel braucht man eigentlich? Wo kann Suffizienz gelebt werden?

Gleichzeitig wollen die Camps zeigen: Weniger ist nicht unbedingt Verzicht, sondern oft eben auch mehr. Die Verpflegung wird von mobilen Aktionsküchen zubereitet, die Kochen als politische Praxis entwickelt haben. Das Essen ist vegan, biologisch und wenn möglich regional angebaut. Dies reduziert die auf den Konsum tierischer Produkte zurückgehenden Klimabelastungen, soll aber auch deutlich machen: Es ist kein Problem, (mal) auf tierische Produkte zu verzichten.

3 | Same-same, but different

Neben diesen gemeinsamen Charakteristika gibt es auch Unterschiede zwischen dem Rheinland- und dem Lausitz-Camp. Beide richten sich gegen Braunkohle, aber unter unterschiedlichen lokalen Bedingungen. Im Rheinland ist RWE der Betreiber, in der Lausitz der schwedische Konzern Vattenfall. Neben den Gesundheits- und Klimabelastungen, die überall mit dem Tagebau verbunden sind, ist im Rheinland der Konflikt um den Hambacher Forst hervorzuheben, ein mehr als 12.000 Jahre altes, naturwüchsiges Waldgebiet. Um dieses reichhaltige Biotop vor weiterer Abbaggerung zu schützen, werden der Forst und eine anliegende Wiese seit 2012 von Aktivist*innen besetzt.

In der Lausitz sind Gewässer stark bedroht. Seit einigen Jahren lässt sich die Verockerung der Spree beobachten, eine Spätfolge der Tagebaue. Die Braunfärbung des Wassers ist ein großes Problem für den Tourismus im Spreewald, die Sulfatanreicherung belastet zunehmend das Trinkwasser mit Auswirkungen bis nach Berlin.

Der sich ausbreitende Tagebau führte in beiden Abbauregionen bereits zur Zerstörung mehrerer hundert Dörfer, weitere sind von der Abbaggerung bedroht. Die Bevölkerung ist gespalten: Viele arbeiten in der Kohle, einige verhandeln mit den Betreibern über Entschädigung, andere organisieren Protest. Die Camps müssen sich innerhalb der lokalen Strukturen und Konflikte positionieren. Wäh-

rend sich beide Camps stets um gute Kontakte und Zusammenarbeit mit der anwohnenden Bevölkerung bemüht haben, lassen sich doch Unterschiede erkennen.

In der Lausitz werden niedrigschwellige Aktionsformen gewählt – radikale Aktionen gelten als lokal unvermittelbar, denn Vattenfall ist der wichtigste Arbeitgeber in der strukturschwachen Region. Das Camp bemüht sich, den lokalen Widerstand zu stärken und sichtbar zu machen. Dabei wird viel Wert auf die Kooperation mit den Gemeindevertreter*innen gelegt. Diese sind oft in der schwierigen Situation, den Tagebau abzulehnen, gleichzeitig aber für ihre Gemeinde mit der Politik und mit Vattenfall verhandeln zu müssen. Radikaler Protest wäre da nicht hilfreich. Höhepunkt der Proteste in der Lausitz war die grenzüberschreitende Menschenkette mit mehr als 7.000 Personen im Sommer 2014.[4] Hier zeigte sich erstmals die Breite und das Mobilisierungspotential der jungen Anti-Kohlebewegung auch abseits der Metropolen.

Die Notwendigkeit radikaler Aktionen zum Schutz des Klimas wurde dagegen im Rheinland nie in Zweifel gezogen und hat im Hambacher Forst eine Kontinuität über das Camp hinaus. Das Rheinland-Camp wählt deutlich konfrontativere Aktionsformen. Es blockierte bereits 2011 und 2012 die Hambachbahn, um die Braunkohlelieferung vom Tagebau zum Kraftwerk zu unterbrechen. Immer wieder stiegen Aktivist*innen in den Tagebau hinab und besetzten Bagger. Dem Camp geht es nicht nur darum, Widerstand sichtbar zu machen und lokal zu stärken. Viele Aktive wollen den Tagebaubetrieb explizit stören und die Schädigung des Klimas direkt verhindern. Denn: Kohleausstieg ist Handarbeit.

Diese beiden grob umrissenen strategischen Ausrichtungen sind auch innerhalb der Camps und der Vorbereitungsgruppen nicht unumstritten. Allerdings sind sowohl das Vorbereitungsteam als auch die Teilnehmenden im Rheinland-Camp tendenziell nach Möglichkeit stärker öko-anarchistisch geprägt. Gemeinsam ist den Camps jedoch eine wachstums- und kapitalismuskritische Grundhaltung.

4 | Strategische Weiterentwicklungen 2015

In beiden Klimacamps wurden 2015 neue Kooperationsformen ausprobiert. Das Lausitz-Camp war erstmals als kürzeres Aktionscamp konzipiert. Die Zahl der Workshops wurde verringert, Aktionen erhielten ein größeres Gewicht. Gegenstromberlin, Ehrenamtliche von Greenpeace und Tour de Natur gestalteten jeweils einen Aktionstag; die Hauptaktion „Coal Kills“ am 08.08.2015 vor dem Kohlekraftwerk Jänschwalde wurde von einem Bündnis vorbereitet.[5] Der Protest richtete sich zudem nicht mehr nur gegen Vattenfall und die Politik, sondern setzte sich auch mit der Gewerkschaft IG BCE auseinander, die sich politisch stark für die Kohleförderung engagiert. Insgesamt zogen die Organisator*innen eine positive Bilanz. Auch in den Medien wurde das Camp wahrgenommen.

Wichtig für die Anti-Kohle-Bewegung waren aber vor allem die Entwicklungen im Rheinland. Das Klimacamp stellte dieses Jahr die Infrastruktur für die Degrowth Summerschool.[6] Dahinter stand die Idee, die Themen Postwachstum und Klimaschutz zu verbinden und beide Bewegungen stärker zu vernetzen. Das Camp wurde so zu einem Ort des Austauschs für rund 1.500 Personen.

Auch in der Aktionsvorbereitung ergab sich in diesem Jahr eine interessante Weiterentwicklung. Schon früher gab es im Rheinland radikale Aktionen, die von einzelnen Gruppen vor dem Camp vorbereitet wurden, wie beispielsweise die Baggerbesetzung 2014. An diese Praxis knüpfte das Ende Gelände-Bündnis[7] an, als es als Aktionstermin das letzte Wochenende des Rheinland-Camps wählte. Ein breiter Zusammenschluss verschiedener Graswurzelgruppen organisierte und koordinierte die Aktion; bundesweite Mobilisierung und Pressearbeit gingen ihr voraus. Knapp 1.500 Aktivist*innen stiegen, begleitet von professionellen Presse- und Filmteams, in den Tagebau hinab und besetzten einen Bagger. Der Widerstand gegen Kohle erhielt damit dieses Jahr eine neue Qualität und Sichtbarkeit: Es war das bislang größte Klima-

camp in Deutschland und die bislang größte Massenaktion zivilen Ungehorsams der Klimabewegung. Und es gelang, den Aktionskonsens[8] trotz massivem Polizeieinsatz einzuhalten. Dazu die Twitter-Nachricht des Bündnisses: „Von #endegelaende geht keine Eskalation aus – ziviler Ungehorsam aus dem Bilderbuch".[9]

5 | Ausblick

Die Klimacamps verstehen sich als Orte, an dem Aktivist*innen zusammen kommen, sich vernetzen und nach außen wirken können. Mit dem lokalen Anti-Kohle-Fokus entwickelte die Klimabewegung ein neues Narrativ. Damit gelang es, die Klimabewegung nach Kopenhagen neu zu organisieren und, durch die soziale Dimension der Energiekämpfe, zunehmend auch für die außerparlamentarische Linke anschlussfähig zu machen (Groll 2015).

Diese kontinuierliche Arbeit zahlt sich nun aus. Die Aktion Ende Gelände ist der sichtbare Auftakt für eine erstarkende Bewegung. Dem Bündnis ist es gelungen, eine radikale Massenaktion, getragen von vielen Einzelpersonen und Gruppen von unten und solidarisch begleitet und unterstützt von vielen NGOs, erfolgreich durchzuführen. Dass die Akzeptanz auch für radikalen Protest gegen Kohlekraft wächst, lässt sich am Beispiel der Ende-Gelände-Solidaritätserklärungen gut aufzeigen. So gehören u.a. Attac, BUND, Campact, Oxfam, Robin Wood und Einrichtungen wie das Umweltinstitut München zu den Unterzeichnenden. Damit lässt sich als Fazit für diesen Sommer festhalten: Die Anti-Kohle-Bewegung ist jetzt breit aufgestellt und wird in den nächsten Jahren sicher von sich hören lassen.

Jana Bosse promoviert an der FU Berlin zur deutschen Umweltbewegung, finanziert durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. Kontakt: jana.bosse@fu-berlin.de.

Anmerkungen

[1] http://www.dazwischengehen.org/story/2008/09/10-tage-klimacamp-alles-richtig-gemacht-aber-soll-das-etwa-alles-sein [02.09.2015]

[2] 2012 bis 2014 gab es zudem das Klimacamp Hohenmölsen. Es wurde von einem Bündnis aus Bürgerinitiativen, Parteien und NGOs organisiert und richtete sich gegen Pläne des Betreibers Mibrag.

[3] Barrios sind Zeltnachbarschaften, die sich häufig auch nach Themen oder Interessen organisieren. So gab es bspw. ein Queer-Feministisches Barrio und ein Landwirtschaftsbarrio.

[4] Auch auf polnischer Seite der Grenze wird Braunkohle gefördert.

[5] https://lausitzer-widerstand.de/aktionen/ [02.09.2015]

[6] http://www.degrowth.de/de/sommerschule-2015/ [02.09.2015]

[7] https://ende-gelände.org/ [02.09.2015]

[8] https://ende-gelände.org/de/aktionskonsens [02.09.2015]

[9] https://twitter.com/Ende__Gelaende [02.09.2015]

Literatur

Bedall, Philipp/Bricke, Mona/Tzschiesche, Selana 2011: Klima- und Energiekämpfe. In: Bois, Marcel/Hüttner, Bernd (Hg.): Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken. Bewegungen, Parteien, Ideen. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Reihe rls papers, Heft 3), 41-45. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Beitr_zur_Gesch_3_web.pdf [02.09.2015].

Feigenbaum, Anna/Frenzel, Fabian/McCurdy, Patrick 2013: Protest Camps. London, New York: Zed Books.

Groll, Stefanie 2015: Klima und Kohle zusammen in Bewegung. Heinrich Böll Stiftung. Online verfügbar unter https://www.boell.de/de/2015/08/28/neue-soziale-bewegung-klima-kohle#comments [01.09.2015].

Heinrich Böll Stiftung/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland 2015: Kohleatlas 2015. Daten und Fakten über einen globalen Brennstoff. Unter Mitarbeit von Stefanie Groll

und Tina Löffelsend. Berlin. https://www.boell.de/sites/default/files/kohleatlas2015.pdf [30.07.2015].

Kössler, Georg 2013: Die Klimabewegung in Deutschland. In: Garrelts, Heiko/Dietz, Matthias (Hg.): Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer (Bürgergesellschaft und Demokratie, 39), 185-204.

Konferenzbericht

Mit Sicherheit uneinig

Zwischen dem 21. und dem 25. September 2015 fand auf dem Duisburger Campus der Universität Duisburg-Essen der 26. Kongress der Deutschen Vereinigung Politikwissenschaft statt. Zum Konferenzthema „Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit" trafen sich mehr als 800 Teilnehmende in über 75 Veranstaltungen.

1 | Plena

Der Kongressbeginn war in jeder Hinsicht durch Prominenz gekennzeichnet. Neben der soliden Eröffnungsrede der noch amtierenden Verbandsvorsitzenden Gabriele Abels (Uni Tübingen) wurden die KongressteilnehmerInnen durch Grußworte der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) und den hiesigen Hochschulrektor Ulrich Radtke begrüßt. Während Ministerin Schulze sich bemühte, die gesellschaftspolitische Relevanz des Faches anzusprechen, kam Rektor Radtke überraschend humorvoll daher. Auf wenig Gegenliebe bei seiner Vorrednerin, eben sowenig wie beim Großteil des nicht-verbeamteten Publikums wird allerdings seine Aussage gestoßen sein, das Problem prekarisierter Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen sei nicht „mit einer großen Entfristungswelle" zu beantworten.

Enttäuschend fiel das Referat des ehemaligen Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar aus, von dem sicherlich viele ‚realpolitische' Impulse für die späteren, stärker theoretisch und grundsatzpolitisch unterfütterten Debatten erhofft worden waren. Schaar beschrieb die „Versicherheitlichung" der Politik des globalen Nordens nach dem 11. September 2001, streifte die wesentlichen Enthüllungen und Skandale bis in die jetzige Zeit, er bot jedoch keine Deutung oder Insider-Einsichten an, die in der Tiefe über einen ordentlichen Leitartikel hinausgingen. Auch dadurch wurde – eher unbeabsichtigt – die deutliche Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Veranstaltung deutlich.

Im ersten Plenum zu „‚Supergrundrecht' Sicherheit" wurde das weite Spektrum des Fachs durch Vorträge von Harald Müller (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) und Bernd Ladwig (Freie Universität Berlin) deutlich, die trotz unterschiedlichen Umgangs mit gleichen Begriffen eine harmonisch-komplementäre Kombination aus Internationale Beziehungen und Politischer Theorie boten. Müller interpretierte Freiheit und Sicherheit als Güter und ergänzte diese um ein drittes Gut, den Frieden. Daraus entstehe für ihn gleichzeitig das Dilemma einer fehlenden gerechten Verteilung dieser Güter in der Realität. So sei mehr Sicherheit oft mit weniger Freiheit verbunden. Dieses Dilemma löste Müller mit einer Synthese, indem er eine Integration der drei Güter vorschlägt. So nennt er Rüstungskontrollen als Verbindung von Frieden und Sicherheit oder das Konzept der „human security" als Synthese von Sicherheit und Freiheit. Deren Realisierung in der Praxis sei aber immer vom Handeln der stärkeren Akteure abhängig. Die Bilanz kommentierte er nach 40 Jahren Berufserfahrung als Friedensforscher abschließend nur mit einem „Na ja".

Ladwig argumentierte in seinem Vortrag, warum Sicherheit nicht als Grundrecht gelten könne. Auch er stellte einen Bezug zu Gütern her und fragt nach der Art und Weise, wie Subjekte Zugang zu bzw. in Genuss dieser kommen können: „*Wer* ist frei *wovon* und *wozu*?" und „*wer* ist *in welchem Sinne* ohne

Sorge *um was*?" (Sicherheit von securas, „ohne Sorge"). Anhand von Bedrohungs-Konstellationen verdeutlichte Ladwig die Unterkomplexität eines vermeintlichen Trade-offs von Freiheit vs. Sicherheit. So würde der Staat zur größten Freiheitsbedrohung, indem er die Unsicherheit privater Akteure mindere oder für die Sicherheit einiger weniger Bürger auf Kosten anderer sorge.

Nach der ersten gemeinsamen Veranstaltung des Kongresses ging es anschließend mit einem Plenum zur Nachwuchsförderung und Karriereplanung weiter. Die Podiumsdiskussion zur Initiative für bessere Beschäftigungsbedingungen und planbare Berufsperspektiven speziell für den Nachwuchs des Fachs eröffneten vier inhaltliche Inputs. So stellte Gabi Schlag (Universität Magdeburg) die Initiative „Wissenschaft als Beruf" vor, der es gelungen war, knapp 14.000 Unterschriften zu sammeln und damit auf die Arbeitsrealität der Wissenschaftler aufmerksam zu machen. Daran anschließend präsentierte Kai-Uwe Schnapp (Universität Hamburg) die Ergebnisse seiner empirischen Studie zu Karriereperspektive, in der 1.600 DVPW-Mitglieder zum Verlauf ihrer Qualifikationsphasen befragt wurden. Claudia Wiesner (Universität Marburg) führte in die aktuelle Arbeit des Ständigen Ausschusses für Fragen der Frauenförderung (StAFF) der DVPW ein und brachte mit dem Bild der „leaky pipeline" die Situation gerade von Frauen in der (Politischen) Wissenschaft auf den Punkt. GEW-Vizevorsitzender Andreas Keller berichtete von den Aktivitäten seiner Gewerkschaft, insbesondere der aktuellen Aktion „Traumjob Wissenschaft". Als letzter Referent stellte Frieder Vogelmann von der Universität Bremen eine Mittelbau-Initiative zur Stärkung von Gleichberechtigung und Entfristung vor. Bei der anschließenden Diskussion herrschte große Einigkeit in Bezug auf Problembeschreibung und Reformbedarf. Hingegen zeigten sich unterschiedliche Ansichten darüber, wie bzw. zu welchen Kosten dieser umgesetzt werden sollte.

Im zweiten Plenum des Kongresses diskutierten Ulrich Schneckener (Universität Osnabrück) und Wolfgang Seibel (Universität Konstanz) zur „Ordnung von Freiheit – Architekturen von Sicherheit". Schneckener fragte in seinem Vortrag nach dem Umgang mit „Terrorrisiko" und nach den Reaktionsmustern staatlicher Sicherheitspolitik. Er verstehe Terror als Bedrohung, als schwerkalkulierbares Risiko mit psychologischen Effekten. Dabei unterschied er Risiken erster und zweiter Ordnung. Risiken erster Ordnung wirken als Verstärker bereits vorhandener Risiken (Bspw. Atomkraftwerke). Von der Gesellschaft in Kauf genommene Risiken werden somit erhöht. Risiken zweiter Ordnung seien Maßnahmen, die in erster Linie zur Terrorverhinderung oder -bekämpfung dienen, sich aber zu politischen oder sozialen Risiken entwickelten. Schneckener illustriert dies anhand von Interessenkonflikte zwischen Sicherheitsapparat und demokratisch-legitimierten Entscheidungsträgern wie z.B. bei der Datenspeicherung. Der politische Betrieb sei vorrangig mit Risiken dieser Ordnung beschäftig.

Wolfgang Seibel referierte im Anschluss über Behördenversagen als Sicherheitsrisiko und verwies darauf, dass eine begrenzte Rationalität (bekannt durch Simon, March, Olsen u.a.) als Handlungsanleitung von Politik- und Verwaltungspersonal nicht ausreiche (Bsp.: Love-Parade und NSU). Es brauche Urteilsfähigkeit, damit Verwaltungsangestellte entscheiden können, ob sie in einer Normalsituation handeln, also Pragmatismus angemessen ist, oder in einer Ausnahmesituation, in der man kreativ und pragmatisch handeln muss, oder aber in einer Grundrechts-relevanten Situation, in der sich Regelabweichung verbietet.

Der Aktualität geschuldet war kurzfristig noch ein Plenum zu den Herausforderungen der Flüchtlingskrise auf nationaler und europäischer Ebene organisiert worden. Die gut besuchte Veranstaltung zeigte die Vielschichtigkeit der Ursachen auf und wies auf die Herausforderungen von „capacity problems" sowie „value issues" hin. So gehe die aktuell schwache europäische Kooperation u.a. auf Strukturprobleme in der Union zurück, die bereits über zehn Jahre zurückliegen. Doch trotz

großer Herausforderungen und Bedarf an einer umfassenden Lösung komplexer Ursachen, gab es optimistische Ausblicke, die Krise auch als Chance zu sehen („Germany can cope with it", so James Holifield von der Southern Methodist University of Dallas).

2 | Sektionen und Arbeitskreise

2.1 | Sektion politische Ökonomie und Arbeitskreis internationale politische Ökonomie

Die Sektion politische Ökonomie tagte zum Thema „Unsicherheiten und Kräfteverschiebungen in der globalen Ökonomie", wobei ein Panel gemeinsam mit dem Arbeitskreis Internationale Politische Ökonomie ausgerichtet wurde. Sebastian Botzem und Sebastian Möller von der Uni Bremen fragten nach Kräfteverschiebungen in der globalen Finanzmarktregulierung. Sie präsentierten einigermaßen erstaunliche, paradoxe Ergebnisse: Obwohl die Länder des globalen Südens stärker in den Arenen internationaler Finanzmarktregulierung vertreten seien, komme die Besetzung durch ihre RepräsentantInnen bei den wichtigsten öffentlichen Institutionen IWF und Weltbank-Gruppe nur langsam voran, bei den privaten Regulierungsarenen sei die Verschiebung noch langsamer. Ob durch Integration von VertreterInnen des Südens das neoliberale Paradigma der Finanzmarktpolitik gestärkt oder unterlaufen werde, konnte noch nicht abschließend beurteilt werden.

Einen interessanten Ansatz bot der Frankfurter Politökonom Tobias Ten Brink an, der Indien und China als zwei Exemplare eines nicht-liberalen, staatlich durchdrungenen Kapitalismus vorstellte. China und Indien heben sich demzufolge von den „westlichen", liberalen und organisierten Kapitalismen ab, u.a. durch einen anderen zentralen Koordinationsmechanismus (interpersonale Loyalitäten und privat-öffentliche Allianzen statt wettbewerbsorientierter Märkte), durch eine andere Form der Corporate Governance (nationale Kontrolle und geringer Einfluss transnationaler Eliten gegenüber wichtigen Anteilseigner-Minderheiten), andere Unternehmensfinanzierung (besondere Bedeutung von nationalem „Familienkapital" und Staatsbanken statt Finanzierung über nationale und internationale Finanzmärkte), sowie durch anders regulierte Binnenmärkte (Schutz und selektive Öffnung vs. vorbehaltlos Öffnung für den liberalisierten Weltmarkt). Auf die Frage, wie stichhaltig eine gemeinsame Schublade für Indien und China sei, erwiderte Ten Brink, dass die beiden Länder mehr Gemeinsamkeiten untereinander aufwiesen, als es zwischen jedem von ihnen und anderen Volkswirtschaften gäbe.

2.2 | Sektion Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik

Im ersten Plenum der Sektion „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik" ging es um fiktive Dialoge in der Politikwissenschaft. Narrative wie story-telling eignen sich, um Subjektivität und Pluralität sichtbar zu machen und zu reflektieren und um Multiperspektivität zu verdeutlichen. Als Chance könne dieser Perspektivwechsel zu neuen Erkenntnissen führen. Grenzen des Konzepts liegen im mitunter geringeren Abstraktionsgrad sowie in der Herausforderung der entsprechenden Nachvollziehbarkeit und Eingebundenheit in Forschung und Lehre. Die lebhafte Diskussion im Anschluss offenbarte die große Beliebtheit alternativer Lehrkonzepte, von denen narrative Ansätze nur einen kleinen Teil ausmachen.

2.3 | Sektion Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik mit dem Arbeitskreis Gewaltordnung

Das gemeinsame Panel „Gewalt im Globalen Süden: Auf der Suche nach einem entwicklungstheoretischen Kompass?" der Sektion Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik und des Arbeitskreises Gewaltordnung durchleuchtete das Thema auf vielfältige Art. Siegmar Schmidt und Christina Saulich (Universität

Koblenz-Landau) referierten ihre Untersuchungen zu rohstoffbasiertenn Entwicklungs- und Konfliktpotentialen in Mosambik und Ghana. Neue Ressourcenfunde zeigten die Grenzen und mangelnde Erklärungsreichweite der Ressourcenfluch-These auf. Die Koblenzer Ergebnisse passten nichts ins Schema der These und deuten darauf hin, dass große Rohstoffansammlung zwar Konfliktpotenzial berge, aber dabei keine lineare Wirkung vorliege, sondern ein komplexes Zusammenspiel verschiedener Faktoren.

Wolfgang Muno (Universität Mainz) sprach über „Schwache, gescheiterte oder Mafia-Staaten? Der Staat und das organisierte Verbrechen in Latein-Amerika". Er stellte fest, dass besonders schwache Staaten anfällig für Kriminalität seien. Muno erklärte dies anhand des Aufbaus quasi staatlicher Strukturen durch kriminelle Gruppen im Bereich Justiz- oder Wohlfahrtsystem (wie der Bau von Schulen, Witwenrenten oder Krankenversicherung für Gangmitglieder). Dieses Ausmaß sei stellenweise als „fusion of governance and criminal groups" zu bezeichnen. Abschließend fragte Heidrun Zinecker (Universität Leipzig) in ihrem Vortrag „Politische Gewalt und Gewaltkriminalität in einem Kausalmodell? Kann das eine Entwicklungstheorie allein leisten?" Zur Beantwortung untersucht Zinecker das Phänomen „Gewalt im Frieden" und ging der Frage nach, unter welchen (sub-)optimalen Bedingungen Gewalt (nicht) ausbricht.

2.4 | Arbeitskreis Soziale Bewegungen

Am Freitag diskutierte der Arbeitskreis Soziale Bewegungen, moderiert von Peter Ullrich, zum Thema „Protest und Polizei in der Überwachungsgesellschaft". Zunächst referierte Hartmut Aden (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) zu Wechselwirkungen von Versammlungsrecht und Protest. Aden bezog sich auf die stark demokratietheoretische Verortung der Versammlungsfreiheit im sog. Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Während das Versammlungsrecht der 1950er Jahre noch stark vom Eindruck von „Aufmärschen" geprägt gewesen sei, habe der Versammlungsbegriff in der Rechtsprechung im Laufe der Zeit mehrfach Wandlungen erfahren. Traditionellen Vorstellungen seien durch Rechtsprechung zu Sitzblockaden und anderen vormals „untypischen" Aktionsformen sukzessive aufgeweicht worden. Seit dem Brokdorf-Urteil neige polizeiliche Praxis zum „moderaten Vorsichtsprinzip", man wolle „nichts anbrennen lassen". Das Spannungsfeld der polizeilichen Praxis liege zwischen Rechtmäßigkeit und Effektivität des Einsatzes, sichtbar an der vergrößerten Herausforderung bei Zulassung von Gegendemonstrationen. Als problematisch qualifizierte Aden die Überbetonung von Einzelpersonen („Rädelsführer") und paramilitärische Elemente der polizeilichen Praxis, etwa im Sprachgebrauch und in der Befehlstaktik. „Das Denken in Feindbildern kann man durch Ausbildung schwer herauskriegen", laute ein weiteres Problem.

Marco Krüger und Katrin Geske von der Uni Tübingen sprachen zu Tracking-Verfahren bei polizeilichen Fußballeinsätzen. Sie stellten Fußball als „Überwachungslabor" vor: Fußballspiele brächten eine hohe Zahl aufgewendeter Polizeistunden mit sich. Gewalt sei diskursiv fest als Bestandteil von Fußballereignissen etabliert. Hinsichtlich der Übertragbarkeit auf andere Massenereignisse gebe es Grenzen, weil es sich rechtlich um An- und nicht um Versammlungen handele.

Bilderkennungsverfahren im Fußball bedeuteten eine undankbare Beweislage für die PolizistInnen, da bislang das Videomaterial manuell durchgesehen werden müsse. Daher stamme der Wunsch nach Video-Tracking-Verfahren, die jedoch bislang eine technische Herausforderung bleiben. Durch homogenes Auftreten der FußballzuschauerInnen, etwa durch gleiche Kleidung, könne die aufwendige Technik, die eine spezifische Ausbildung erfordere, leicht unterlaufen werden.

3 | Eschenburg-Debatte

Nach ausführlicher Debatte, die den vorherigen DVPW-Kongress 2012 in Tübingen überschatte-

te, hatte sich der Verband für die Abschaffung des nach Theodor Eschenburg benannten Lebenswerk-Preises entschieden. In Duisburg gab man nun in einem Spezialplenum Raum für den Abschluss der Debatte. Durch den Vortrag von Jeffrey Olick (University of Virgina) konnte die Debatte sachlich zu Ende geführt werden. Er warf einen ungewöhnlichen, aber aufschlussreichen Blick „von außen" auf die vergangene Diskussion und nahm mithilfe einer zeitgeschichtlichen Einordnung einen Perspektivwechsel vor. Olick kennzeichnete die Debatte unter dem Stichwort »Post-Memory« in Hinblick auf die Hauptakteure; meist Mitgliedern jüngerer Kohorten, die um die Erfahrungen und Taten ihres Lehrers stritten. Darin liege auch eine (Teil-)Erklärung für die Heftigkeit, mit der die Debatte geführt wurde, die jedoch von Olick als „relatively mild" und „not as bad as it could have been" beurteilt wurde. Nicht zuletzt durch den besonnenen Abschluss durch Moderator Ulrich von Alemann gelang es, die Debatte würdevoll zu beenden.

4 | Wahlen

In Erinnerung bleiben wird dieser DVPW-Kongress vermutlich trotz vieler ausgezeichneter inhaltlicher Beiträge und anregender Debatten durch das keineswegs ermutigende Resultat der Vorstandswahl. Hatte in der Veranstaltung zum Anschluss der sog. Eschenburg-Debatte noch eine angenehm unaufgeregte Atmosphäre geherrscht, die Raum für Selbstreflexion, Selbstkritik und erfreulich nüchterne Einschätzungen gab, lieferte der lange Wahlabend ein besorgniserregendes Bild.

Im letzten Jahrzehnt war die Wahl der oder des Verbandsvorsitzenden ein überraschungsarmes Verfahren gewesen. Diesmal jedoch wurde der Kongress schon vor Beginn aufgewirbelt durch die von Michael Zürn (WZB) angeführte sog. Initiativgruppe, die sich eine tiefgreifende Reform der DVPW auf die Fahnen geschrieben hatte. Zürn und seine vornehmlich aus dem Teilbereich der Internationalen Beziehungen stammenden MitstreiterInnen traten als gemeinsames „Ticket" auf. Die Bewertung dieser Initiative ging im Verband deutlich auseinander. Allerdings verspielte die Gruppe anscheinend bei der Versammlung viele Chancen durch eine unglückliche Kommunikationsstrategie. Zürn erklärte, er gehe davon aus, dass nach seiner Wahl sich auch seine „Liste" durchsetzen werde, er setze „auf die Rationalität der Versammlung".

Es sollte anders kommen: Zürn wurde als einziger Kandidat mit 149 Ja-Stimmen (zehn mehr als nötig) gegen 127 Nein-Stimmen bei 294 Wahlberechtigten gewählt. Als bei der Wahl des Vorstandes sich seine Liste nicht durchsetzte, trat er noch in derselben Nacht zurück. Der Verband ist seitdem ohne Vorsitzenden. Die gewählten Gremien (in der Folgenacht wurde der Beirat relativ unspektakulär gewählt) entschieden sich dafür, anlässlich der sog. „Drei Länder-Tagung" der deutschen, österreichischen und schweizerischen Politikwissenschaft 2016 zurückzutreten und damit den Weg für eine geordnete Neuwahl freizumachen.

Es entbehrt sicherlich nicht einer gewissen bitteren Ironie, dass ausgerechnet die verbandsmäßig organisierten PolitogInnen nicht ohne öffentlich wahrnehmbare „Wahlschlappe" ihre Führungsnachfolge haben regeln konnten. Noch bitterer wirkt diese Ironie, weil der Kongress an allen Ecken und Enden sowohl den Bedarf an qualifizierter Politikwissenschaft für die Bewältigung nationaler wie suprationaler Zukunftsaufgaben deutlich machen konnte als auch den dringenden Reformbedarf an Hochschulen, um leistungs- und geschlechtergerechte und sichere (sic!) Arbeitsbedingungen für die benötigten PolitikwissenschaftlerInnen zu schaffen. Dies alles ruft nach einem starken Verband, der stattdessen deutlich angeschlagen dasteht.

Antje Busch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen und promoviert zum Thema „Statebuilding, Local Ownership und NGOs".

Alban Werner promoviert an der RWTH Aachen zum Thema „politische Opposition".

REZENSIONEN

Menschenrechtspolitik als Rechtspolitik

Wolfgang Kalecks Autobiografie

Wolfgang Kaleck 2015: Mit Recht gegen die Macht. Unser weltweiter Kampf für die Menschenrechte. Berlin. Hanser Berlin

Wolfgang Kaleck ist heute vielen durch die Medien bekannt: Der 1960 geborene Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist leitet das von ihm mitbegründete *European Center für Constitutional and Human Rights* (ECCHR) in Berlin. Er ist auch der juristische Beistand von Edward Snowden in Deutschland. Als Ankläger des amerikanischen Verteidigungsministers Rumsfeld, des britischen Militärs wegen Folter in den Gefängnissen im Irak oder von Unternehmen wie Nestle wegen Menschenrechtsverletzungen gehört er zu den profilierten Persönlichkeiten der deutschen und internationalen Menschenrechtsbewegung. Jetzt hat er seine (Zwischen-) Autobiografie vorgelegt. Sie ist die Geschichte eines engagierten Lebens im Kampf für die Menschenrechte und ihr Lesen lohnt, weil hier in einem noch keineswegs abgeschlossenen Lebenslauf zentrale Zusammenhänge eines zeitgenössischen Verständnisses der aktuellen Menschenrechtspolitik sichtbar werden.

Das Besondere ist der dezidiert politische und rechtspolitische wie auch der zivilgesellschaftliche Zugang in das Feld der Menschenrechtspolitik vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung von Völkerrecht und Internationalem Strafrecht. Die Erfahrungen, die Kaleck dabei macht, nehmen uns mit in die Netzwerke, Personen und Organisationswelten des Menschenrechtsaktivisten und erläutern den Erfahrungshorizont, aus dem Kaleck die Motivationen für sein Engagement bezieht. Kaleck sieht sich selber in der Figur eines postmodernen „Nomaden", zu seiner Lieblingslektüre gehört das Buch *Traumpfade* von Bruce Chatwin. Zu den Stationen seiner globalen Reisen, von denen die Biographie berichtet, zählen immer wieder Argentinien und Patagonien, Mexiko, Uruguay, Paraguay, Liberia, Jerusalem und Ramallah und neuerdings verstärkt auch Kolumbien, Indien und China. Und natürlich immer wieder die USA und New York, Den Haag und Europa.

Kalecks Erfahrungen haben ihn dazu getrieben, sich am Aufbau einer differenzierten Agenda der Menschenrechtspolitik zu beteiligen (zu den dort zur Verhandlung stehenden Themen gibt der Schwerpunkt dieses Themenheftes Auskunft, das Kaleck als Gastherausgeber betreut hat). Ganz wesentlich sind dabei die Kontakte mit den vielen und vielfältig von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen. Und auch die Kontakte zu denen, die politisch etwas unternehmen, um diesen Menschenrechtsverletzungen Einhalt zu gebieten, prägen seine Biografie. So ist das ECCHR eine selbstbewusste Übertragung des US-amerikanischen Vorbilds auf die deutsche und europäische Bühne.

Der Nürnberger Prozess nach dem Ende des nationalsozialistischen Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs bildete den Ausgangspunkt für die Entwicklung einer internationalen Strafgerichtsbarkeit, die sich an den Kriterien der Menschenrechte und des Völkerrechts orientiert. Kaleck spricht im einleitenden Kapitel vom „Vermächtnis der Nürnberger Prozesse" (S. 22). Dieses entfaltet sich in einer Entwicklungslinie von den Nürnberger Prozessen, das Kriegsverbrechen und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" definiert hat, über die UN-Tribunale zu den Völkermorden im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda bis hin zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag. Wolfgang Kaleck kann als einer derer gelten, die das rechtspolitische Vermächtnis von Fritz Bauer erfüllen (Fritz Bauer wird in diesem Heft in einem umfangreichen Sonderschwerpunkt gewürdigt). Kaleck erläutert den Grundgedanken des seit 2002 arbeitenden Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag: „Dessen Grundgedanke lautet, dass die Kernverbrechen des Völkerstraf-

rechts ‚schwerste Verbrechen' sind, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren. Völkerrechtsverbrechen sind damit keine innerstaatlichen Angelegenheiten mehr." (S. 109f.)

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag und die institutionelle Arena, in der Völker- und Strafrecht mit den Themen der Menschenrechte in Verbindung treten, bilden das Arbeitsterrain, das sich Kaleck im Laufe seiner Biografie erschließt. Er hat 2012 dazu den Band „Mit zweierlei Maß. Der Westen und das Völkerstrafrecht" bei Wagenbach/ Berlin herausgebracht. Hier beschreibt er seine Erfahrungen als international tätiger Strafrechtsanwalt bezüglich eine politisch selektiven Anwendung des Völkerstrafrechts gegen schwache, gefallene und besiegte Potentaten und Generäle.

Das erste Kapitel der Autobiografie zeigt den Autor als weitweiten Aktivisten, der sich nahtlos zwischen Uruguay, London, Moskau, Buenos Aires, Madrid und Berlin bewegt. Danach steigt der Autor in die eher chronologisch sortierte Autobiografie ein. Kalecks Eltern kamen aus Siebenbürgen in Rumänien nach Deutschland. Diese Migrationserfahrung prägt den in Jülich im Rheinland aufwachsenden jugendlichen Kaleck. Er verweigert nach wenigen Monaten Erfahrung mit der Wehrpflicht den Kriegsdienst und arbeitet als Kriegsdienstverweigerer in der Betreuung psychisch kranker und schwerbehinderter Menschen in deren eigenen Wohnungen beim Malteser Hilfsdienst in Köln. In der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden in Köln beschlossen Kaleck und andere einen Streik, der zu disziplinarischen Sanktionen führte.

Kaleck kommt dann zum Studium ins damals eher konservative Bonn. Zu seinen Professoren gehört Bernhard Schlink. Kaleck setzt sich dort mit dem Staatsrechtler Carl Schmitt und den an ihn anschließenden Konzeptionen autoritärer Staatlichkeit auseinander. Engagiert ist er auch leidenschaftlich beim Volkszählungsboykott 1983. Er studiert zusätzlich Politikwissenschaften und schreibt auch zu entwicklungspolitischen Themen. Kaleck wird im Studium seine künftige Aufgabe mehr und mehr deutlich: „Mein eigentliches Betätigungsfeld sah ich aber im Strafrecht, als Verteidiger derer, die sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen, aber auch von Ausgegrenzten, die von einem repressiven Staat verfolgt werden." (S.33)

Nach dem Studium zieht Kaleck nach Berlin, um ein Rechtsreferendariat beim Zivilgericht in Charlottenburg anzutreten. Über eine damalige Freundin lernt er 1989 Mexico City und das Umland kennen und besucht 1990 die *Comision De Derechos Humanos de Guatemala*, die in Mexiko-Stadt mit Unterstützung der späteren Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchù und der lebendigen Exilszene aus Guatemala arbeitet. Die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen dient dort als Ausgangspunkt für eine Information der internationalen Öffentlichkeit und als Unterstützung progressiver Bewegungen. Er soll einen Bericht über *Conavigua*, einen Zusammenschluss von über 50.000 indigenen Frauen auf nationaler Ebene, und über die vielfache Diskriminierung der Frauen schreiben. Kaleck kommentiert: „Aber wenn ich die Einträge über meine Guatemala-Reise lese, merke ich auch, wie unerfahren ich darin war, mit Menschen aus anderen Kulturkreisen umzugehen. Aus den Aufzeichnungen spricht Zerrissenheit. Erst später in meinem Leben gelang es mir, derartige Begegnungen nicht mehr als politische Selbsterfahrungstrips aufzufassen und wirklich Empathie für die Betroffenen zu entwickeln". (S. 44)

Nach Abschluss des zweiten juristischen Staatsexamens gründet Kaleck mit seinen Kollegen Dieter Hummel und Volker Ratzmann im Ostberliner Haus der Demokratie eine Anwaltskanzlei. Die Rechtsvertretung von Stasi-Opfern, Kriegsdienst- und Totalverweigerern und von Opfern neonazistischer Gewalt gehört zu seinen Aufgaben. Die gemeinsame Kanzlei setzt sich seit Anfang der 1990er Jahre mit der anwachsenden rassistischen und rechtsextremen Gewalt in Deutschland auseinander. Zum Jahr

2000f. schreibt Kaleck: „Zum Selbstverständnis der Kanzlei gehört das Engagement in Anwalts- und Bürgerrechtsnetzwerken. Ich werde zum Vorsitzenden des Republikanischen Anwältinnen- und Anwaltsvereins gewählt. ... Ich betätige mich als europäischer Strafverteidiger in Warschau, Athen und Barcelona und als Beistand für Demonstranten der globalisierungskritischen Bewegung nach den brutalen Polizeiaktionen bei den Gipfeltreffen in Göteborg und Genua 2001. Vor allem durch die Argentinienfälle finde ich nach und nach Zugänge in die internationalen Netzwerke von Menschenrechtsorganisationen und Anwälten Wir wollen auch die mächtigen gegenwärtigen Menschenrechtsverletzer aus Russland, China und den USA ins Visier nehmen. Dass das nicht einfach werden wird, ist uns klar“ (S. 94f.)

1996 reist Kaleck nach Uruguay und Argentinien, die durch das argentinische Militär in der Diktatur ermordeten Menschen und die Wahrheitskommission sind in Argentinien zentrale Themen der Arbeit. Kaleck stellt Strafanzeigen im Fall der verschwundenen Nora Marx und bearbeitet den Fall der verschwundenen Gewerkschafter von Mercedes-Benz in Argentinien. Die „Kritischen Aktionäre“ nutzen „über mehrere Jahre die jährlichen Aktionärshauptversammlungen, um Nachfragen zu stellen und Gewerkschafter aus Argentinien auftreten zu lassen.“ (S. 89)

Kaleck ist elektrisiert, als sich spanische Gerichte in Berufung auf das Prinzip der „Universellen Jurisdiktion“ aufmachten, um Strafanzeigen gegen die chilenische Militärdiktatur einzureichen: „Im Oktober 1998 erließ dann der spanische Ermittlungsrichter Baltasar Garzón einen internationalen Haftbefehl gegen den Exdiktator Augusto Pinochet. Da dieser sich gerade in London aufhielt, konnte er tatsächlich verhaftet werden. Eine Zeitenwende im internationalen Menschenrechtsschutz.“ (S. 71)

2004 hat Kaleck eine für seine weiteren Schritte ganz wesentliche Begegnung. Er trifft Michael Ratner und Peter Weiss vom *Center for Constitutional Rights*, das sich als Non-Profit-Organisation seit den 1960er Jahren für die Menschenrechte in den USA einsetzt. Finanziert wird das Center durch private Spenden und Zuwendungen von großen Stiftungen aus den USA und Europa. Es gibt einen kleinen Apparat von Anwälten und Pro-bono Unterstützungen durch große Anwaltskanzleien und Universitäten (S. 98). Der heutige Präsident des Center, Jules Lobel, beschreibt die verfolgte strategische Prozessführung als „Success Without Victory“. „Auch Rückschläge können Wahrheiten ans Licht bringen, mobilisieren und konstruktiv für die betroffenen Communities und Bewegungen wirken.“ (S. 108)

Peter Weiss, so Kaleck, hat den Ruf einer Legende: Als Wiener Jude 1938 in die USA geflohen, war er nach dem Krieg in der US-Armee an den Verhören von hochrangigen deutschen Kriegsgefangenen beteiligt, darunter auch den Bankier Herman-Josef Abs. Anfang der 1980er Jahre gruben er und seine Kollegen vom Center ein vergessenes US-Gesetz von 1789 aus den Archiven: den *Alien Tort Claims Act*. Danach kann ein „Ausländer in den USA auf Schadensersatz verklagt werden..., wenn er gegen grundlegende Normen des Völkerrechts verstößt. Peter nutzte das Gesetz, nachdem er von Angehörigen eines Folteropfers aus Paraguay angesprochen worden war. Dessen Mörder ... hielt sich in den USA auf ... Die Richter nannten die Folterer *hostis humanis generis*, Feinde der Menschheit, und verurteilen (ihn) zur Zahlung von über zehn Millionen Dollar. Damit schrieb Peter Rechtsgeschichte. Er verkörpert eine historische Linie, die von der Zerschlagung der Trusts, die die Nazis in Deutschland unterstützten, über die Prozesse in Nürnberg bis zur heutigen Praxis der Menschenrechtsorganisationen reicht.“ (S. 101) Auf eine gemeinsame Intervention von Weiss mit anderen Organisationen wie der *International Association of Lawyers Against Nuclear Arms* (ILANA) bei der Generalversammlung der UN hin beauftragte diese den Internationalen Strafgerichtshof in den Haag,

ein Gutachten zur Vereinbarkeit der Androhung und des Einsatzes von Atomwaffen mit dem Völkerrecht zu erstellen (S.102).

„Auch Michael Ratners politischer Weg ist eng mit dem Vietnamkrieg verknüpft. Er studierte an der Columbia University Jura und nahm 1968 an der großen Universitätsbesetzung teil, die von der New Yorker Polizei brutal beendet wurde. Früh engagierte er sich im Center for Constitutional Right, das einige linke Anwälte unter William Kunstler und Arthur Kinroy 1966 gegründet hatte. Die Juristen aus dem Umfeld des Center verteidigten unter anderem Anführer der Studentenbewegung, Mitglieder der militanten Black Panther Party und Opfer der Polizeigewalt nach der blutig niedergeschlagenen Revolte im Attica-Gefängnis. Und nach den Anschlägen vom 11. September übernahm das Center die unpopuläre Aufgabe, Terrorismusverdächtige zu vertreten, die ohne Anklage und richterlichen Beschluss in Guantánamo festgehalten und oft misshandelt werden." (S.107) Ratner verteidigt auch den Wikileaks-Wortführer Julian Assange (S. 217).

Der 11. September 2001 löst auch im gemeinsamen Anwaltsbüro in Prenzlauer Berg zahlreiche politische Aktivitäten aus: Bei uns „entstanden gemeinsame Stellungnahmen vieler Bürgerrechtsgruppen. Mit ihnen organisierten wir den Widerstand gegen die neuen Antiterrorgesetze, das sogenannte Schily-Paket." (S.104) Kaleck stellt Strafanzeige gegen den amerikanischen Verteidigungsminister Rumsfeld: Die weltweite und juristische Ächtung der Folter nahm viele Jahrzehnte in Anspruch. Dennoch ist Folter nach wie vor in vielen Staaten gängige Praxis. Der Kampf gegen sie ist daher von zentraler Bedeutung für die Zukunft einer humanen und zivilisierten Menschheit. Für meine Mitstreiter und mich heißt das, dass wir jeder Propagierung und Praxis von Folter im konkreten Fall entgegentreten und uns für die Bestrafung der Folterer und der Organisatoren der Folter einsetzen. In diesem Sinne verstehen wir unsere Strafanzeige." (S. 110f.) Die Menschenrechtsszene reagiert sehr unterschiedlich: Der Chefjurist von Amnesty International, Christopher Hall, befürchtet Einschränkungen des menschenrechtlichen Rahmens als Reaktion der angegriffenen mächtigen Staaten, manche Linken kritisieren einen naiven Rechtspositivismus und die Überschätzung der Möglichkeiten des Rechts. Das Jahr 2004 beschreibt Kaleck so:

„Person und politische Position und berufliche Tätigkeit sind auf eine Weise verschmolzen, wie ich es mir einerseits für mein Leben immer gewünscht habe. Andererseits bedeuten die Herbstmonate des Jahres 2004 eine so intensive Anstrengung, dass für die Genüsse des Lebens keine Zeit bleibt. Ohne einem Masterplan gefolgt zu sein, habe ich auf genau diese Mischung aus Theorie und Praxis hingesteuert. Doch wie meistere ich diese Herausforderung, dass es immer zu viel zu tun geben wird für einen Menschen oder eine kleine Gruppe von Menschen?" (S. 113)

Als Gastherausgeber des Themenschwerpunkt zur aktuellem Menschenrechtspolitik haben Kaleck und seine KollegInnen auf diese Fragen erste Antworten gegeben.

Ansgar Klein, Berlin



Die Ambivalenz der Menschenrechtspolitik

Eckel, Jan 2015: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940er Jahren. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 2. Auflage

Mit der „überarbeiteten und gekürzten Fassung" (843) seiner Habilitationsschrift legt Jan Eckel auf insgesamt immer noch 938 Seiten ein monumentales Werk vor, in dem er sich unter dem Titel „Die Ambivalenz des Guten" mit den Menschenrechten in der internationalen Politik seit den 1940er Jahren beschäftigt. Da-

bei geht er von einem sehr offenen Menschenrechtsbegriff aus, beschreibt ihn als „äußerst form- und wandelbar“ (11). In den Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg macht er mehrere Konfliktlinien aus, in die die Menschenrechtsforderungen hineinspielen: „Konflikte zwischen Ost und West, zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Kolonialmächten und kolonial beherrschten Ländern, zwischen industrialisierten Staaten der Nordhalbkugel und sogenannten Entwicklungsländern des globalen Südens. Eckel will untersuchen, „wie internationale Menschenrechtspolitik entstand und sich im Zeitraum zwischen den vierziger und den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelte“ (13). Im Zentrum steht für ihn die Frage, „welche Bedeutung das Sprechen und Handeln im Namen der Menschenrechte für die internationale Politik hatte – welche Anliegen es in die internationale Arena transportierte, wie es internationale prägte, ob es die staatliche Verfügungsmacht über den Einzelnen einschränkte, schließlich und überwölbend, ob es einen Formwandel der internationalen Beziehungen anzeigte oder sogar herbeiführte.“ (ebenda).

Dieser komplexen Fragestellung widmet sich Jan Eckel ausgiebig in zehn Hauptkapiteln. In einem Prolog beschäftigt er sich außerdem mit der Frage, ob es vor 1945 eine internationale Menschenrechtspolitik gegeben hat. Eckel zieht dann zwei Zäsuren ein: Der erste Teil beschäftigt sich mit dem Zeitraum von den 1940er bis zu den 1960er Jahren. Im zweiten Teil geht es um die 1970er und 1980er Jahre. Zum Schluss zieht er nochmals Bilanz und charakterisiert die Menschenrechtspolitik seit Ende des Kalten Kriegs als Dilemma im Bewusstsein des Dilemmas.

Vereinte Nationen als schwacher Akteur

Eckel erörtert zunächst die Ziele, Pläne und Hoffnungen in der Nachkriegszeit, beginnend mit den Zukunftsvisionen der Alliierten, dem Internationalismus und den Menschenrechten, dem Föderalismusdiskurs in Europa, der katholischen Kirche und dem Recht der menschlichen Person und schließlich dem Weg zu den Vereinten Nationen. Ihnen wendet er sich in einem eigenen Unterkapitel zu. Dabei macht er deutlich, wie ambivalent die Menschenrechtspolitik in diesem Gremium war und ist. Die Bill of Rights dokumentiert für ihn die gewollte Schwäche der internationalen Menschenrechtsnormen. An der Kampagne gegen Zwangsarbeit zeigt er, wie Menschenrechte im Kalten Krieg als Propagandamittel missbraucht werden können. Am Kampf um die Informationsfreiheit legt Eckel dar, dass es auch jenseits des Ost-West-Denkens Konfliktfelder gab, in denen die Vereinten Nationen Akzente setzen wollten und konnten. Mit einem Aktionsprogramm wollten die Vereinten Nationen schließlich den Menschenrechten trotz des Kalten Kriegs den Boden bereiten, indem sie die Mitgliedsstaaten zu regelmäßigen Berichten anhielten. Dieses Programm erwies sich aber aus Sicht von Eckel als stumpfe Waffe, als harmlos. Insgesamt sieht er die Vereinten Nationen in diesem Zeitraum als schwachen Akteur mit wenig Raum für Eigensinn.

Europa im Dornröschenschlaf

In einem weiteren Unterkapitel untersucht er die Menschenrechte im Europarat und in der Organisation Amerikanischer Staaten. Er hebt hervor, dass die Europäische Menschenrechtskonvention sozusagen der Gründungskonsens des Europarats war. Gleichzeitig sei das europäische Menschenrechtssystem aber wieder in einen Dornröschenschlaf verfallen. Auch im Prozess der (west-)europäischen Integration spielten sie aus seiner Sicht lediglich eine rudimentäre Rolle. Einen noch längeren Weg gingen Lateinamerika und den USA, um einen gemeinsamen Menschenrechtskodex zu verabschieden. Erst im Jahr 1959 richtete die Organisation Amerikanischer Staaten eine Menschenrechtskommission ein. Die dazugehörige Konvention wurde bis Ende der 1960er Jahre erarbeitet und trat erst weitere zehn Jahre später in Kraft. Begründet liegt dies nach Eckels Einschätzung unter anderem in den politischen Umbrüchen innerhalb Lateinameri-

kas in den 1940er und 1950er Jahre. Deshalb regierte der Primat der Nicht-Intervention.

Ziviles Engagement

Das vierte Unterkapitel widmet der Autor den Nichtregierungsorganisationen und dem Thema Menschenrechte. Eckel arbeitet heraus, dass sich der nicht-staatliche Internationalismus eigentlich schon immer mit dem Thema Menschenrechte beschäftigt hat. Eckel nimmt sich insbesondere der International League for the Rights of Man an. Für ihn ist sie ein Sonderfall. „Sie war die einzige internationale Organisation, die sich konsequent für die Wahrung aller (politischen) Menschenrechte in allen politischen Systemen einsetzte¨ (223) Und gerade weil sie ein Sonderfall ist, sieht Eckel sie als historisch aufschlussreich an. „Sie illustriert, welche Möglichkeiten und Grenzen ein umfassend verstandener Menschenrechtaktivismus unter den Bedingungen des frühen Kalten Kriegs hatte“ (ebenda). Auch in diesem Sonderfall kommt Eckel zu einem gemischten Urteil: „Manches erfolgreich, vieles nicht“ lautet seine Kapitelüberschrift. In den nächsten beiden Abschnitten beschäftigt sich Eckel mit der Motivation, die die NGOs und ihre Akteure leitet. Dabei legt er den Fokus auf zwei Schwerpunkte. Den ersten überschreibt er mit dem Titel „Sozialtechnologie und Mitleid: Über die Grenzen zwischen Humanitarismus- und Menschenrechtsdiskurs“. Der zweite ist ein existenzieller: Menschenrechte als Politik des Selbstschutzes. Insgesamt zieht Eckel erneut ein ernüchterndes Fazit: Obwohl die Euphorie der Nichtregierungsorganisationen ohnehin verhalten war, war die Enttäuschung bei den Akteuren groß. Es war ihnen unter den Vorzeichen des Kalten Kriegs nicht gelungen, die „Menschen besser vor dem Zugriff ihrer eigenen Regierungen (zu) schützen“.

Eine neue Weltordnung

Im fünften Unterkapitel setzt sich Eckel mit Menschenrechten in der Dekolonialisierung auseinander. Für den Autor ist die Dekolonialisierung „eine der größten politischen Freiheitsbewegungen des 20. Jahrhunderts, ja darüber hinaus ein Emanzipationsprozess weltgeschichtlichen Formats“ (260). Zunächst geht es Eckel darum, welche Rolle die Menschenrechte im Unabhängigkeitskampf der ehemaligen Kolonien spielen. Denn auch das sieht Eckel zwiespältig. Prägenden Einfluss habe die Verbindung von Menschenrechten und dem Streben nach Unabhängigkeit nur in den Vereinten Nationen gehabt. Diese Organisation erlebte durch den Unabhängigkeitskampf einen dramatischen Wandel, da die unabhängig gewordenen Staaten eine Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen anstrebten. Die Diskussion um den Kolonialismus schaffte es in den 1950er Jahren sogar, den Ost-West-Konflikt in den Hintergrund zu drängen. Auf diesem Themengebiet gelang es den Vereinten Nationen, konzertierte Aktionen auf die Beine zu stellen, beispielsweise durch die Anti-Apartheid-Politik. Und auch wenn es der afrikanisch-asiatischen Koalition aus Sicht von Eckel nicht gelungen ist, die internationale Politik entscheidend mitzugestalten, es glückte doch, „Züge einer neuen Weltordnung“ zu schaffen (315).

Amnesty als mächtiger Mitspieler

In den 1970er und 1980er Jahren erlebte die internationale Politik interessante Neuansätze, weshalb Eckel hier eine zeitliche Zäsur vornimmt. Als Erstes beschreibt er die Entwicklung von Amnesty International, das zwar schon 1961 gegründet wurde, in der 1970er Jahren aber eine politische Schlagkraft entwickelte, „die es zu einem mächtigen Mitspieler in der internationalen Politik¨ werden ließ (14). Inwieweit sich dieses Engagement ziviler Aktivisten auch auf die Außenpolitik westlicher Regierungen auswirkte, untersucht Eckel im siebten Kapitel an den Beispielen der USA, der Niederlande und Großbritannien. Zunächst waren es linke Regierungen, die in den 1970er Jahren den Menschenrechtsgedanken in ihrer Außenpolitik implementierten. In den 1980er Jahren regierten immer mehr Konservative, die diese Gedanken aber nicht aus ihrer Politik verbannten.

Der Kommunismus bricht zusammen

Den Widerstand gegen eine Diktatur macht Eckel an der Politik gegen Chile deutlich, der er ein eigenes Kapitel widmet. Die Stigmatisierung der chilenischen Machthaber habe „eine besondere menschenrechtspolitische Signatur" (585). Die Menschenrechte in Europa, die durch den KSZE-Prozess eine ungeahnte Wirkung entwickelten, sind der Gegenstand des neunten Kapitels. Die Frage, ob der Kampf für Menschenrechte letztlich das kommunistische System zum Einsturz gebracht hat, ist für Eckel „ebenso zentral wie schwer zu beantworten". (746). Eckel erkennt den Einsatz der Dissidenten an, gibt zugleich aber zu bedenken, dass deren Wirkung begrenzt war. Und er macht deutlich, dass mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa auch den Linken in Westeuropa Illusionen geraubt wurden.

Im zehnten Kapitel schließlich beschäftigt sich Eckel mit dem Verhältnis zwischen westlichen Ländern und den postkolonialen Staatsführungen der Dritten Welt. Vor allem die NGOs waren es, die Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern beobachteten. Mit der Krücke der Menschenrechte wurde versucht, eine neue Wirtschaftsordnung zu etablieren. Die Verteilung von Ressourcen und Wohlstand überlagerte schnell die Menschenrechtsfrage. Doch es gelang letztlich nicht, diese neue Wirtschaftsordnung durchzusetzen. Dafür sei es trotz allem möglich geworden, zumindest unter den afrikanischen Intellektuellen eine afrikanische Menschenrechtstradition zu entwickeln.

Kein Patentrezept

Ambivalenz ist der rote Faden, der sich durch das Werk von Jan Eckel zieht. Er bildet viele Grautöne in der Menschenrechtspolitik ab, liefert dabei keine Patentrezepte. Sein Fazit spricht für sich: „Der historische Rückblick endet also an dem Punkt, von dem er ausging. Dass internationale Menschenrechtspolitik nicht überhistorisch ist, nichts Zwangsläufiges hat, keine eindeutige Richtung nimmt, sondern dass sie ein Produkt spezifischer Umstände darstellt, ein Ergebnis diskursiver Kämpfe, einen Ausfluss zeitgebundener Wahrnehmungen, die sich wandeln. Für die Zukunft bedeutet dies, dass offen ist, ob sie ihre Bedeutung beibehalten wird¨.(841).

So liefert das Buch auch keine wirkliche Antwort auf die aktuelle Flüchtlingskrise und die Frage, ob und wie es gelingen kann, durch Stärkung der Menschenrechte in Afrika und Arabien die Ursachen für die Flucht beizulegen. Es bleibt bei allem Wissen, dass das Buch vermittelt, und bei allen Fragen, die es aufwirft, eine gewisse Unzufriedenheit beim Leser und der Leserin, lautet die Konklusion doch ganz einfach, dass es keine verbindliche Konklusion gibt.

Karin Urich, Mannheim



Hüter der Verfassung

Müller-Heidelberg, Til/Steven, Elke/Pelzer, Marcel/Heiming, Martin/Fechner, Heiner/Gössner, Rolf/Niehaus, Holger/Stößel, Martin (Hg.) 2015: Grundrechte-Report 2015. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Frankfurt am Main.

Der Grundrechte-Report ist 2015 im 19. Jahr erschienen. Er ist ein Gemeinschaftsprojekt der Humanistischen Union, des Komitees für Grundrechte und Demokratie, des Bundesarbeitskreises Kritischer Jura-Gruppen, von Pro Asyl, des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins, der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen, der Internationalen Liga für Menschenrechte und der Neuen Richtervereinigung. Die Ausgabe des Jahres 2015 versammelt 41 Beiträge, in denen die Autorinnen und Autoren Verstöße gegen die im Grundgesetz verbrieften Rechte und die entsprechende Rechtsprechung dazu referieren. Die Autorinnen und Autoren stellen ihr Vorwort unter die Überschrift „Die Gefährdung der Verfassung geht vom Staat aus". Und sie

räumen ein: „Im Grundrechte-Report können wir uns fast nie positiv auf die Gesetzgebung beziehen, sondern allenfalls auf die Rechtsprechung, auf die des Bundsverfassungsgerichts (BVerfG), zunehmend auf die europäische Rechtsprechung." (13).

Schutz persönlicher Daten

Das Internet und der Schutz persönlicher Daten ist ein Schwerpunkt des Berichts, der auch Bezug nimmt auf die Enthüllungen von Edward Snowden. Ein Themenkomplex steht unter der Überschrift „Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit" (Artikel 2 I Grundgesetz). Dabei geht es unter anderem um das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Suchmaschine Google und die Verpflichtung, ein Recht auf Vergessen zu wahren und persönliche Daten auf Aufforderung zu löschen. Thilo Weichert befasst sich mit der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung, die der Europäische Gerichtshof (EuGH) als Verstoß gegen die europäischen Grundrechte zumindest vorläufig kassiert hat. Dass das Thema noch nicht beendet ist, hat uns die Politik inzwischen bewiesen. Es wird die Jurist_innen auch in Zukunft noch beschäftigen.

Um das Thema Nachrichtendienste geht es unter der Überschrift „Die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden" (Artikel 20 III Grundgesetz). Einen Schwerpunkt bildet dabei die Rolle des Bundesnachrichtendienstes im NSA-Skandal. Rolf Gößner veranschaulicht in seinem Beitrag, dass die Bundesanwaltschaft die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen der massenhaften Überwachung durch BND und NSA eingestellt hat – mangels zureichender Tatsachen. Ebenso sei die Bundesregierung die Antworten auf eine parlamentarische Anfrage zur Kontrolle der Nachrichtendienste schuldig geblieben, legt Burkhard Hirsch in seinem Beitrag dar. Berthold Huber zeigt in seinem Beitrag, dass die Überwachung der Telekommunikation durch den BND zumindest teilweise verfassungswidrig war.

Ein weiteres zentrales Thema sind die Verhandlungen über das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP). Es steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Artikel 19, IV: Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Pia Eberhard kritisiert in ihrem Beitrag die aus ihrer Sicht unkalkulierbaren Risiken für die demokratische Gestaltungsmacht des Gesetzgebers.

Auch der Prozess gegen den Nationalsozialistischen Untergrund beschäftigt die Autorinnen und Autoren – auch wenn dieser Prozess bei Erscheinen bereits in dritte Jahr geht. Rolf Gößner zeigt in seinem Beitrag, wie tief der Nachrichtendienst in die Ereignisse um den NSU verstrickt ist und dass die Reformen beim BND nur halbherzig waren. Und Heike Kleffner schildert anhand der Übergriffe auf einen ausländischen Mitbürger in Sachsen-Anhalt und des sich anschließenden Prozesses gegen neun Neonazis, wie wenig die Justiz aus dem NSU-Komplex gelernt hat. Der Übergriff wird als „spontane Tat unter Alkoholeinfluss" (176) bewertet, die Hintergründe ausgeblendet.

Umgang mit Flüchtlingen und Migranten

Der Umgang mit Asylbewerbern und Migranten steht ebenfalls im Fokus des Grundrechtereports. Dabei geht es beispielsweise um den Umgang mit Roma, die in „sichere Herkunftsländer" zurückgeschickt werden, die alles andere als sicher sind. Oder um eine achtköpfige Familie aus Afghanistan, die nach Italien zurück soll, weil sie dieses Land auf seiner Flucht als ersten EU-Staat betreten hat. Dem hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zumindest in diesem Fall widersprochen und damit die Dublin-Abschiebungen bereits in Frage gestellt, ehe die Flüchtlingswelle so stark anschwoll, dass die Dublin-Regeln ohnehin nicht mehr durchsetzbar waren. Zudem gab es ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs, der die Abschiebehaft in ihrer bisherigen Form in Frage stellt. Nachholbedarf gibt es aber auch bei Fragen wie der Gesundheitsvorsorge für Asylsuchende oder der Höhe der

Unterstützung für Flüchtlinge, die unter dem Sozialhilfesatz liegt.

Der Grundrechte-Report legt den Finger in die Wunde und erhebt den Zeigefinger, wo Deutschland seiner Rolle als Rechts- und Sozialstaat nicht gerecht wird. Damit verschafft er denen eine Lobby, die unter diesen Verstößen leiden und nutzt die Chance, Veränderungen in der Politik anzustoßen. Das wird in Zeiten, in denen sich Flüchtlinge weltweit auf den Weg nach Europa und nach Deutschland machen und die demokratische Grundordnung gefordert ist wie nie, umso wichtiger.

Karin Urich, Mannheim



Erosion statt Krise

Wolfgang Merkel (Hrsg.) 2015: Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden. Springer VS.

Eine Krise der Demokratie zu konstatieren ist keineswegs ein Novum. Den wichtigeren Hinweis, worum es dem Herausgeber Wolfgang Merkel in dem Band geht, gibt der Untertitel: „Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie". Merkels Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass von vielen Seiten eine Krise der Demokratie konstatiert werde. Dies geschehe aber zumeist aus normativer Perspektive und ohne empirische Grundlage. Die empirische Demokratieforschung müsse sich hingegen fragen, ob sie nicht zu sehr an der Oberfläche kratze. Merkel geht es also darum, Theorie und Empirie zu verknüpfen mit Blick auf die Frage, ob sich Demokratien tatsächlich in einer Krise befinden.

Dazu versammelt er Beiträge von Forscherinnen und Forschern der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung" des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, deren Direktor er ist. Dementsprechend ist der Bezugspunkt aller Beiträge das Modell einer eingebetteten Demokratie, das auch der Referenzpunkt der Abteilung ist. Dieses Modell mittlerer Reichweite differenziert nach verschiedenen Teilregimen innerhalb demokratischer Systeme (Wahlregime, politische Partizipation, bürgerliche Freiheitsrechte, Gewaltenkontrolle, effektive Regierungsgewalt), die sich wechselseitig ergänzen und in einen Rahmen aus Staatlichkeit, Zivilgesellschaft und ökonomischen Voraussetzungen eingebettet sein müssen, damit sich Demokratie voll entfalten kann.

Partizipation, Repräsentation, Regieren

Der Frage, inwieweit diese Teilregime nur noch eingeschränkt funktionieren geht der Band aus drei Perspektiven nach: Partizipation, Repräsentation und Regieren.

Im Hinblick auf das Thema Partizipation werden sowohl die Kerninstitution der Wahl als auch ergänzende Partizipationsformen diskutiert. Während diese beiden Beiträge auch auf die sozioökonomischen Bedingungen der Bürgerinnen und Bürger eingehen, geht ein weiterer Beitrag auf eine ganz andere Art von Voraussetzungen ein: die programmatischen Alternativen, die Parteien anbieten. Während die sozioökonomischen Voraussetzungen durchaus zu kritischen Entwicklungen führen, lässt sich eine Angleichung von Wahlprogrammen nicht so ohne weiteres feststellen.

Im Abschnitt Repräsentation widmet sich der Band neben der Frage, inwieweit die Interessen und Positionen verschiedener Bevölkerungsgruppen in Parlamenten repräsentiert werden, auch der Rolle politischer Parteien. Dabei wird einerseits aufgezeigt, wie sich verschiedene Parteitypen entwickelt haben und welche Konsequenzen das für verschiedene demokratische Funktionen hat. Andererseits wird der Frage nachgegangen, inwieweit Parteien überhaupt responsiv auf die Wählerinteressen eingehen.

Nicht zuletzt geht es darum, inwieweit gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung tatsächlich effektiv regieren können, bzw. inwieweit sie dabei einschränkt werden. Auch hier werden die oftmals über-

zeichneten Krisendiagnosen zurechtgerückt. So könne zum Beispiel von der Globalisierung nicht die Rede sein, sondern es müsse nach politischer, kultureller und ökonomischer Globalisierung differenziert werden. Während letztere durchaus negative Konsequenzen für Demokratien haben können, zeigen die ersten beiden Aspekte durchaus positive Effekte. Auch beim Einfluss weiterer Akteure, die oftmals kritisch betrachtet werden, wie Medien und Verfassungsgerichte, kommen die Autoren der entsprechenden Beiträge zu dem Schluss, dass die negativen Auswirkungen geringer sind als oftmals angenommen. Insbesondere Verfassungsgerichte können sogar als Motor der Demokratisierung fungieren.

Betrachtet man die verschiedenen Beiträge in der Gesamtschau, scheint ein Aspekt immer wieder durch: Die soziale Dimension. Ob es um die Beteiligung an Wahlen, die programmatischen Alternativen – klassische linke Wirtschaftspolitik kommt in Parteiprogrammen kaum noch vor – oder die Responsivität von Parteien beim Thema soziale Ungleichheit geht: Immer wieder wird deutlich, dass soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Entwicklungen demokratische Regime beschädigen können. So kommt Merkel in seinem zusammenfassenden Beitrag auch zu dem Schluss, dass „die Indifferenz gegenüber gravierenden sozioökonomischen Ungleichheiten von Vermögen, Einkommen und Lebenschancen gewachsen [ist]. Die rasche Transformation in politische Ungleichheit beschädigte aber das demokratische Gleichheitsprinzip nicht unerheblich." (490).

Differenziertes Gesamtbild mit Praxisbezug

Wenngleich die einzelnen Beiträge relativ spezifischen Fragestellungen nachgehen und sich die methodische Herangehensweise nicht immer auf andere Fragestellungen übertragen lässt: Die Beiträge zeigen auf sehr instruktive Weise, wie sich demokratietheoretische Überlegungen empirisch prüfen lassen. Da zugleich zahlreiche Facetten abgedeckt werden, die in der Debatte um eine Krise der Demokratie immer wieder thematisiert werden, entsteht ein differenziertes Gesamtbild über die verschiedenen Teilregime und die Wechselwirkungen zwischen ihnen, aber auch über verschiedene Länder hinweg.

Wohltuend ist auch die sehr differenzierte Sicht auf die kritischen Entwicklungen demokratischer Systeme. Es werden Defizite herausgearbeitet, ohne über Gebühr alarmistisch zu sein. Es werden aber nicht nur Theorie und Empirie verknüpft. Der Band verliert die Perspektive der politisch Handelnden nicht aus dem Blick und zeigt auf, wo Stellschrauben sind, um den negativen Entwicklungen entgegenzuwirken. Insgesamt lässt sich sagen, dass der Band eine Bereicherung nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die öffentliche Debatte und für politische Entscheidungsträger darstellt.

Tobias Quednau, Berlin



Die Entscheidung: Kapitalismus vs. Klima

Naomi Klein 2015: Die Entscheidung – Kapitalismus vs. Klima, Frankfurt a. Main: S. Fischer Verlag.

Eine unbequeme Wahrheit

2015 gilt als das wohl heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Weltweit hatte die Menschheit mit den Konsequenzen extremer Hitze und anhaltender Dürre zu kämpfen. Die Erde wird durch den vom Menschen verursachten Klimawandel immer wärmer. So fielen, laut wissenschaftlichen Messungen, global gesehen zehn der wärmsten Jahre auf das 21. Jahrhundert.

Die öffentliche Debatte ist bereits seit Ende der 1980er Jahre für das Thema Klimawandel

sensibilisiert. Allerdings folgten auf die Notwendigkeit, tiefgreifende Reformen durchzuführen, keine ausreichenden Taten seitens der politischen Führung. Der Klimawandel ist, wie bereits der ehemalige US-amerikanische Außenminister Al Gore sagte, „eine unbequeme Wahrheit". Es nützt jedoch nichts, diese unausweichliche Tatsache zu ignorieren. Im Gegenteil, die Menschheit muss sich dazu aufgefordert sehen, das eigene Konsumverhalten sowie den rasant steigenden Energiebedarf zu überdenken. Die kanadische Bestseller-Autorin Naomi Klein geht noch einen Schritt weiter. Ihrer Meinung nach sei es lediglich ein erster Schritt, das individuelle Verhalten in Bezug auf Lebensstil, Recycling oder die Mülltrennung zu ändern. Vielmehr benötige es einen tiefgreifenden wirtschaftlichen Wandel, um auf die weltweite Klimakrise reagieren zu können, da unser auf Wachstum und Konsum ausgerichtetes Wirtschaftsmodell im Kriegszustand mit den Lebensformen der Erde sei.

Der Klimawandel mit seinen Folgen war kein genuines Thema der kanadischen Journalistin und Schriftstellerin Naomi Klein. In ihren vorausgegangenen Arbeiten setzte sie sich vor allem kritisch mit der Globalisierung, der modernen Konsumgesellschaft sowie dem Neoliberalismus auseinander. Sie selbst beschreibt sich sogar als Person, die zu lange die Augen vor der Wahrheit verschlossen habe und somit den Klimawandel innerlich verleugnete (siehe S. 11). Erst als sich ihr 2009 der starke Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung, sozialer Ungleichheit und dem allumfassenden deregulierten Kapitalismus offenbarte, begann sie sich mit der Thematik zu beschäftigen. Am Ende dieses fünfjährigen Forschungs- und Rechercheprozesses stand die Veröffentlichung des Bestsellers „Die Entscheidung – Kapitalismus vs. Klima" (im Original „This Changes Everything: Capitalism vs. The Climate", 2014). Das aktuelle Werk bildet im weiteren Sinne in Ergänzung zu *No Logo!* (2000) und *Die Schock Strategie* (2007) den finalen Teil einer Anti-Globalisierungs-Trilogie.

Schlechtes Timing

Naomi Kleins Buch gliedert sich in drei Teile. Die ersten Kapitel stehen unter dem Titel *Schlechtes Timing*. Zunächst beschreibt die Autorin, wie schlecht es tatsächlich um das Ökosystem Erde stehe und wie gering die Chance sei, das Zwei-Grad-Ziel der internationalen Klimapolitik bei anhaltendem Wirtschaftswachstum und entsprechenden Konsum- und Emissionsraten einzuhalten. In diesem Zusammenhang wird sowohl der Klimawandel-Leugnung, wonach die Klimabewegung ein Trojanisches Pferd sei, in dessen Bauch rote marxistische Sozialökonomen stecken, als auch der Gerechtigkeitsdebatte Raum geboten. Außerdem elaboriert Klein in diesem Abschnitt ihr Hauptargument, wonach die Probleme des Klimawandels nicht gelöst werden können, solange die Wirtschaft der westlichen Industriestaaten vom neoliberalen Marktfundamentalismus dominiert werde, der auf stetiges Wachstum und verschwenderischen Konsum ausgerichtet sei und für die Umwelt feindliche Prozesse wie Freihandelsabkommen und globale Unternehmensfusionen befördere. Der Titel des Abschnittes bezieht sich auf das kurze Zeitfenster, das sich 1988 öffnete, als erkannt wurde, dass die Erderwärmung – bedingt durch die vom Menschen verursachten Emissionen – stetig ansteigt.

Jedoch ereignete sich parallel zu dieser Erkenntnis der Zusammenbruch des Ostblocks und das Ende der Geschichte wurde propagiert. Daraufhin feierte der deregulierte Kapitalismus seinen Siegeszug und die neuen Regeln des neoliberalen und globalisierten Handelssystems wurden geschrieben – und zwar, ohne die Gefahren der Klimakrise angemessen zu berücksichtigen. Im Zuge der Globalisierung begann eine Zeit der Privatisierung des öffentlichen Sektors, der Deregulierung des Unternehmenssektors und der Senkung der Unternehmenssteuer. Naomi Klein argumentiert, dass es nie Ziel der Globalisierung gewesen sei, den grenzüberschreitenden Handel zu fördern. Der Prozess habe vielmehr dazu gedient, einen globalen politischen Rahmen für

multinationale Konzerne zu schaffen, um billig produzieren und regulierungsfrei verkaufen zu können.

Als eine Maßnahme gegen den Klimawandel nennt Klein unter anderem die Rekommunalisierung, bei der das Strom-, Wasser-, Gas- und Fernheizungsnetz aus privater Hand zurück unter die Kontrolle der Städte geführt wird. Dahinter steht das Konzept, dass sich die Kommunen bei der Energieversorgung an öffentlichen Interessen orientieren und nicht an Profiten, wodurch die Energiewende schneller vorangetrieben werden könne. Einen weiteren Schwerpunkt des Kapitels bilden neue „innovative" Technologien wie Fracking, Teersand und Tiefseebohrungen, die immer riskantere Fördermethoden ermöglichen. Klein sieht darin jedoch keine Innovationen, sondern „die letzten Zuckungen einer selbstmörderischen Sucht" (S. 181): Anstatt unseren Energiebedarf über erneuerbare Energien abzudecken, verlagern wir lediglich den Abbau konventioneller fossiler Brennstoffe hin zu noch riskanteren, noch zerstörerischen und noch emissionsreicheren Fördermethoden.

Magisches Denken

Die hartnäckige Weigerung, die Erkenntnisse der Wissenschaft ernst zu nehmen, spiegelt die in unserer Kultur verbreitete Vorstellung wider, dass der Mensch die Erde beherrscht und nicht umgekehrt. Dieser Ansicht liegt auch die Illusion zugrunde, dass wir in letzter Minute gerettet werden. Der zweite Teil des Buches beschreibt unter dem Titel *Magisches Denken* diese Wunschvorstellung. Der erste mögliche Heilsbringer ist dabei der Markt selbst. Mit einer gewissen Verachtung widmet Klein der Kooperation zwischen großen Umweltorganisationen und der Fossilindustrie ein eigenes Kapitel. Die amerikanische *Nature Conservancy* wird in Kleins Ausführungen zum Paradebeispiel einer gewissenlosen Umweltorganisation stilisiert, die durch finanzielle Zuwendungen und weitere strukturelle Verbindungen zur Fossilindustrie sowie durch eigene



Ölbohrungen in einem Naturschutzgebiet negative Schlagzeilen schrieb. Zudem wird sowohl Fracking als Brückentechnologie hin zur Energiewende als auch der internationale Emissionshandel als Lösungsansatz für den Klimawandel diskutiert.

Als weitere mögliche Heilsbringer für den Planeten werden grüne Philanthropen gehandelt. Mit einem großen Spannungsbogen und viel Detailtreue beschreibt Klein den Werdegang und die Bekehrung von Richard Branson, dem Gründer der amerikanischen Virgin Group. Branson gab medienwirksam zahlreiche Versprechen ab, Investitionen in Milliardenhöhe zu tätigen, um Alternativen zu Erdöl und Gas zu finden. Seine Zusicherungen entpuppten sich später allesamt als haltlos und er musste sich den Vorwurf gefallen lassen, seine ökologische Kehrtwende als reine Werbemasche inszeniert zu haben. Weitere Beispiele wie Warren Buffett, Michael Bloomberg und Bill Gates folgen. Alle haben gemeinsam, dass sie große Teile ihres Vermögens in Technologien investierten, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Gleichzeitig besitzen sie alle enorme Anteile oder sind gar Eigentümer im Bereich der Fossilindustrie. Sie suchten nach Energiewundern und seien von dem Glauben getrieben, dass die Technik die Menschheit vor den Konsequenzen ihres eigenen Handelns retten könne. Naomi Klein bewertet das Engagement „grüner Milliardäre" eher kritisch, weil diese keineswegs den Weg für erneuerbare Energien ebnen, sondern vielmehr Technologien fördern, die im Nachhinein den Müll der Fossilindustrie entsorgen sollen, wie der von Bill Gates finanzierte und von David Keith erfundene CO_2-Staubsauger.

Als letzte Lösungsstrategie für den Klimawandel wird an dieser Stelle das Geo-Engineering vorgestellt, also das bewusste Eingreifen in das Klimasystem, um den Folgen des Klimawandels und der Erderwärmung entgegenzuwirken. Naomi Klein geht insbesondere auf die zahlreichen Risikofaktoren dieser neuen Form der Beherrschung der Erde ein. Ein Großteil der Geo-Engineering Forschung werde mit Geld aus den Erdölgeschäften finanziert, womit ein gewisser negativer Bias einhergehe. Geo-Engineering untergrabe zudem die Anstrengungen, sich auf die Ursachen der steigenden Treibhausgasemissionen zu konzentrieren. Es unterstreiche vielmehr das Credo, wonach die Menschen lieber nach Möglichkeiten suchen, um die Erde zu verändern, anstatt den Lebensstil, Konsum und das eigenen zerstörerische Handeln an die Bedürfnisse der Erde anzupassen.

Aufbruch in die neue Zeit

Der letzte Teil des Buches schlägt einen optimistischeren Ton an und beschreibt die Aktionen und Siege der zahlreichen globalen Protestbündnisse. Der Widerstand gegen hochriskante extreme Formen der Rohstoffförderung hat in den letzten Jahren ein globales Basisnetzwerk geschaffen. Der Leitgedanke sei dabei nicht zwangsläufig der einer Umweltbewegung, sondern vielmehr die Forderung nach mehr Demokratie und die Kontrolle über Ressourcen wie sauberes Trinkwasser, Luft und fruchtbaren Boden, die für das gemeinsame Überleben wichtig seien. Im Zuge dessen habe ein Perspektivenwechsel stattgefunden: die kollektive Antwort auf die Klimakrise werde demnach nicht mehr hinter verschlossenen Türen verhandelt, sondern durch lebendige sichtbare Aktionen auf der Straße errungen.

Naomi Klein nennt diese neue globale Protestbewegung *Blockadia*. Die sozialen Medien ermöglichen es, ein grenzüberschreitendes Narrativ über die Gegenwehr gegen eine allgemeine ökologische Krise zu bilden. Esperanza Martínez, Anführerin der Bewegung „ölfreier Amazonas", formulierte es so: „Wenn die Bewegung einen Leitgedanken hat, dann tatsächlich den, dass es höchste Zeit ist, die Förderung fossiler Brennstoffe nicht immer weiter auszudehnen, sondern ihr einen Riegel vorzuschieben." (S. 368) Die Fossilindustrie sieht sich einer neuen erstarkenden Protestbewegung gegenüber, die nicht wie die Umweltorganisationen der 1990er Jahre durch Spenden, Emissionshandel oder Lobbyarbeit

ruhig gestellt werden kann, sondern die Nein sagt: nein zu Kohle, nein zu Pipelines, nein zu Öltankzügen, nein zum Fracking, nein zum Bergbau. Und das nicht nur auf lokaler, sondern auf globaler Ebene.

Neben Protestaktionen bedient sich die Blockadia-Bewegung auch anderen Mitteln, etwa dem *Divestment*. Diese Maßnahme, das Gegenteil von Investment, meint den Aufruf an öffentliche Einrichtungen wie Hochschulen, Religionsgemeinschaften oder Stadtverwaltungen, ihre Beteiligung an Unternehmen aus der Fossilindustrie zu verkaufen und sich somit von unökologischen oder umweltschädlichen Anlagen zu trennen. Die Unternehmen werden dadurch freilich nicht in den Ruin getrieben, aber ihre gesellschaftliche Legitimation wird stark angegriffen.

Des Weiteren ist die Rolle von indigenen Bevölkerungsgruppen für Naomi Klein von zentraler Bedeutung. Die Geltendmachung indigener Rechte sei im wachsenden Widerstand gegen die Fossilindustrie essentiell und es konnten sogar schon einige Erfolge erzielt werden. Außerdem seien so ungewöhnliche Partnerschaften entstanden, wie beispielsweise zwischen der indigenen Bevölkerung und Nicht-Ureinwohnern in Kanada und den USA, die durch den gemeinsamen Kampf gegen Fracking, Pipelines, Kohle-Bergbau und Erdölförderung geeint wurden. Einige Länder mit besonders großen indigenen Bevölkerungsanteilen, wie Ecuador und Bolivien, haben die „Rechte der Mutter Erde" sogar gesetzlich verankert. Danach haben Ökosysteme nicht nur das Recht zu existieren, sondern auch zu regenerieren. Die Umweltproteste gegen die Energiegewinnung mittels extremer Methoden seien außerdem mehr als nur Kämpfe gegen einzelne Öl-, Gas- und Kohlekonzerne und auch mehr als eine Pro-Demokratie Bewegung. Laut Klein würden die Proteste vielmehr Raum für die historische Versöhnung zwischen indigenen Völkern und Nicht-Ureinwohnern eröffnen.

Naomi Kleins Fazit lautet, dass uns nur eine soziale Massenbewegung – eine Klimarevolution – noch retten könne. Die im Buch dargestellten Bewegungen seien frühe Manifestationen dieses Widerstands. Der Klimawandel macht keine neue Bewegung erforderlich, die auf magische Weise durchzusetzen versucht, woran andere gescheitert sind. Der Klimawandel kann und sollte vielmehr die Kraft sein, die die zahllosen lebendigen Bewegungen zusammenführt. Dabei sind soziale Bewegungen zentral, denn die politische Führungselite sei selbst zu eingebunden und abhängig von der Wirtschaft, als das sie den notwendigen Befreiungsschlag ausführen könne. Es bedarf *Blockadia*, einer von unten kommenden Protestbewegung. Im letzten Kapitel des Buches durchforscht Naomi Klein die Geschichte der sozialen Bewegungen auf der Suche nach einem Präzedenzfall. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich die Abschaffung der Sklaverei ähnliche tiefgreifende Veränderungen zur Folge hatte. Sie bleibt jedoch größtenteils die Antwort schuldig, wie die Klimarevolution im Genauen durchgesetzt werden kann.

Fazit

Das Buch folgt einer sehr klaren, durchdachten Struktur, wobei weder Grafiken noch Tabellen verwendet werden. Der Schreibstil der Autorin ist sachlich und fachkundig, aber gleichzeitig auch feinfühlig. Dabei gelingt es Klein, selbst schmerzhafte Episoden und Beispiele mit dem ihr eigenen Optimismus zu beschreiben oder die Absurdität des neoliberalen Wirtschaftsmodells mit einer gewissen Ironie wiederzugeben. Währenddessen verfährt sie ganz im Sinne der wissenschaftlichen Tradition. Ihre Forschungsergebnisse wirken sehr fundiert, wobei die Autorin betont, wie wichtig es ihr war, ihre Untersuchungen durch renommierte Klimaforscher_innen und Expert_innen bestätigen zu lassen. Die Argumente und Forschungsergebnisse werden durch persönliche Erfahrungen und Einschätzungen abgerundet, was dem Buch seinen speziellen persönlichen Charakter verleiht. Zudem ist lobenswert hervorzuheben, dass Klein ein Personen- und Sachregister angehängt hat, welches aufgrund der Fülle von Beispielen und Fachbegriffen

einen ausgezeichneten Referenzpunkt bietet. Im Verlauf des Buches finden sich außerdem immer wieder Querverweise zu anderen kontrovers diskutierten Publikationen zum Thema Klimawandel, Kapitalismus und/oder Gerechtigkeitstheorien, wie beispielsweise „Silent Spring" von Rachel Carson (1962) oder „Wohlstand ohne Wachstum" von Tim Jackson (2011), wodurch das Buch zum einen in der aktuellen Debatte verortet wird, zum anderen Kleins Argumente gestützt werden.

Das Ziel von Naomi Kleins gesamter Argumentation ist es, aufzuzeigen, dass der Klimawandel nicht nur eine Bedrohung für das Leben auf der Erde darstellt, sondern auch als Katalysator für Gerechtigkeit sowie sozialen, politischen und ökonomischen Wandel dienen kann. In diesem Sinne stimmt das Buch von Naomi Klein hoffnungsvoll. Dem Klimawandel kann begegnet werden, er kann als Chance begriffen werden, die Erde auf der wir leben, zu einem gerechteren Ort zu machen.

Deshalb müssen die Herausforderungen des Klimawandels mit der Frage einhergehen, welche Werte unsere Gesellschaft zukünftig bestimmen sollen. Klein zitiert in diesem Zusammenhang Miya Yoshitani, die Geschäftsführerin des Asian Pacific Environmental Network (APEN): „Der Kampf für Klimagerechtigkeit (...) ist nicht nur ein Kampf gegen die (größte) ökologische Krise aller Zeiten. Es ist der Kampf für eine neue Wirtschaft, ein neues Energiesystem, eine neue Demokratie, ein neues Verhältnis zu unserem Planeten und zueinander, für Land-, Wasser- und Nahrungsmittelsouveränität, für die Rechte indigener Völker, für Menschenrechte und die allgemeine Menschenwürde." (S. 194) Ein zentrales Fazit von Kleins Argumentation lautet deshalb, dass es keinen überzeugenden Weg aus der Klimakrise geben könne, der nicht die Wurzeln der Armut und der Ungerechtigkeit beseitigt.

Maria Langethal

Die Fähigkeit medialen Einflussvermögens – revisited

Sieber, Samuel 2014: Macht und Medien. Zur Diskursanalyse des Politischen. Bielefeld: transcript und *Jonson, Lena* 2015: Art And Protest In Putin's Russia. London/New York: Routledge.

Die Fähigkeiten medialen Einflussvermögens werden diskutiert, seit es Medien gibt. Die Entwicklung des Internets hat zweifelsohne erdrutschartige Veränderungen in diese Debatte mit eingeführt, und die Wissenschaft beschäftigt sich zunehmend mit den direkten Auswirkungen digitaler Revolutionen auf (Soziale) Medien und ihre konkrete Verortung als Einflussgenerator. Auch Samuel Sieber hat sich im Rahmen seiner Dissertation ausführlich mit diesem Thema beschäftigt und diese nun in erweiterter Fassung unter dem Titel „Macht und Medien" herausgegeben.

Zwischen An- und Widerspruch

Siebers Studie versteht sich dabei als Brennglas auf Diskurse und Dispositive medialer Einflussfaktoren. Konkret geht es dem Autor darum, die Denkbarkeit von Macht, Geltung und Einfluss zu ergründen, wenn Medien als „komplexe Wissensordnungen" (9) ihre Fähigkeit wahrnehmen, Meinung zu präformieren. Das große Problem dieses Bandes beginnt jedoch schon an dieser Stelle. Denn so sinnvoll sich der Rückgriff auf Michel Foucault als Namensgeber und prägenden Wissenschaftler mit Blick auf Begrifflichkeiten wie Dispositiv und Diskurs darstellt – Sieber bleibt den historischen Zuschreibungen treu, und hinterfragt deren Definition keineswegs auf heutige Anwendungsschwierigkeiten.

Verhielte sich der Autor aufgrund dieses Mangels ausgewiesen defensiv und verhalten beziehungsweise auf jenes Vergangene gerichtet, auf das Foucaults Definition so noch anwendbar scheint, wäre das wenig

problematisch. Tatsächlich führt Sieber als konkrete Beispiele dann jedoch gerade die Umstürze jüngerer Zeit bei Occupy, in Syrien und der Türkei ins Feld und verkennt dabei die Anwendungsproblematik. Denn vor allem die Beleuchtung, Interpretation und Einordnung konkreter Details, die eine mediale Machtausübung hätten offenlegen können, erweisen sich so als schwierig und bleiben außen vor. Eine Entscheidung, die ins Gewicht fällt. Dabei hätte gerade das Beispiel Istanbul mit der Auseinandersetzung der gezielten Sperrung einzelner Netzinhalte durch staatliche Hand eine neue, bisher nahezu beispiellose Qualität politischer Restriktion nachzeichnen und Siebers Anfangsargumentation der medialen Instrumentalisierbarkeit durch Machtorgane damit deutlich stützen können. Doch auf solch aktuelle Anschauungsmodelle hat es der Autor nicht abgesehen. Ihm geht es um das Theoretisieren von „Wissensregimen" im Spannungsfeld zwischen Politik und Gesellschaft, die zu einem Überhang von Macht führen können, je nachdem, wie mediale Inhalte stilisiert werden. Zwar hat dieser Ansatz singulär betrachtet durchaus seine Daseinsberechtigung, doch ergibt sich die Wirkungskraft diskursrelevanter Erkenntnisse erst durch ihre Einbettung in den gesellschaftlichen Kontext. Und so verbleibt eine eindeutige Kluft zwischen dem artikulierten Anspruch des Forschungsvorhabens und der Notwendigkeit einer einordnenden Analyse, die Siebers Ansatz gänzlich abgeht.

Konformität und Sonderfälle

Der kommende Gang des Bandes scheint unter diesen Voraussetzungen überdeutlich. Nachdem Sieber zunächst einmal feststellt, dass „die Wirkkraft neuer Medien weitgehend einem neoliberalistisch gewendeten Ideal westlicher Demokratien zu entsprechen" (8) scheint, und damit die genuine Besonderheit dieser Entwicklungen konkret infrage stellt, entwickelt der Autor ein ganzes Reservoir sinnfälliger Wissensordnungen, die „immer auch disponibel bleiben" (9) müssen. Konkret räumt Sieber damit ein, dass die Auseinandersetzung mit der Sag- und Sichtbarkeit von medialen Machtverhältnissen zweifelsohne von hohem Interesse ist, konzise Ergebnisse, die auf Dauer standhalten könnten, jedoch kaum zu gewinnen sind.

Als bedauerlich stellt sich diese Vorgehensweise deswegen dar, weil Sieber in gewissen Ansätzen durchaus neue Erkenntnisse gewinnt, die weiter zu verfolgen wären. In Anlehnung an den Begriff des Mediums als Archiv, wie ihn Foucault in den späten 1970er-Jahren geprägt hat, stellt Sieber die These auf, dass die allzeitige Verfügbarkeit sag- und sichtbarer Inhalte durch Archivstrukturen im Internet Macht in Form von Meinung nachhaltig beeinflussen kann. Als Beispiel führt er dabei nicht nur die Visualisierung des Sturzes der Statue Saddam Husseins (47f) an, die zehn Jahre nach dem Sturz der Diktatur abermals veröffentlicht wurde und Tatsächlichkeit damit nachformt – auch die vergleichsweise junge Entwicklung fotografischer Aufnahmen durch Drohnen auf der Plattform dronestagram (107), die auf der einen Seite Kriegsorte dokumentieren, auf der anderen Seite jedoch auch selbstreferentiell die Entmenschlichung heutiger Konflikte demaskieren, wird thematisiert.

An diesen Schnittpunkten erweist sich die durch und durch diskursorientierte Darstellung Siebers als Glücksgriff, denn eine allzu meinungsorientierte Auseinandersetzung wäre der Konsistenz dieser Erkenntnisse für die gesamte Forschungsmaßnahme – selbst bei penibelst ausgearbeitetem theoretischem Fundament – gewiss abträglich gewesen. Statt sich jedoch auf seine kundige Expertise in solch neuartigen Randbereichen zu verlassen, und damit anhaltendes Reibungspotential für neue Auseinandersetzungen der Medien- und Sozialwissenschaft aufzubieten, bleiben solche Exkurse bedauerlicherweise eine Randnotiz, die in großer Zuverlässigkeit so konformen wie bekannten Überblicksgesten preisgegeben werden.

Nichts Neues unter der Sonne?

Betrachtet man die Hinführung Siebers mittels defensiver Überblicksdarstellung in Bezug auf das ganze Forschungsvorhaben, könnte man auf diese Weise den Eindruck gewinnen, das griechische Sprichwort, nachdem es nichts Neues unter der Sonne zu erwarten gäbe, fände hier vollkommene Erfüllung.

Dass mediale Inszenierungen kreiert, inspiriert und konturiert werden, um Wahlkämpfe, Kriege, oder gesellschaftliche Missstände entweder zu verfremden und politische Macht zu sichern, oder zu akzentuieren und die Macht dieser Regime zu erodieren, bleibt zwar triftig – die Argumentation selbst mutet jedoch epigonal und wenig diskussionswürdig an. Sieber könnte sich daran abarbeiten, dass Transparenz und Versinnbildlichung von Wirklichkeit durch markierte Eigeninteressen meist verschleiert bleiben, und Deutungen in Szene gesetzt werden, statt autark von mündigen Rezipienten erarbeitet werden zu können. Dialogstrukturen bleiben in diesem Sujet eher die Ausnahme, um bestehende Klüfte zu konstatieren und mittels durchdachter Dispositive Lösungsszenarien zumindest ansatzweise zu skizzieren. Speziell um den „Kommenden Demokratien", denen Sieber am Ende ein ganzes Kapitel zubilligt, analytisch gerecht zu werden, wäre eine derartig fundierte Einordnung zukunftsträchtiger Handlungsmuster sachdienlich gewesen.

So bleibt am Ende zwar die Erkenntnis, dass auf beiden Seiten, auf der der Politik wie auch auf der der Zivilgesellschaft, die Sensibilitäten gestiegen sind – auf eine regulierende Einordnung medialer Machtmuster muss der Leser jedoch verzichten. Zu komplex bleiben die theoretischen Annahmen, die Samuel Sieber formuliert, zu vage und defensiv die Darstellungen, die eine diskutierbare Argumentationsgrundlage so konsequent wie bewusst aussparen.

Geglückte Wissensarchive

Dass sich Wissensarchive jedoch bei Weitem nicht immer so theoretisch-zurückhaltend darstellen müssen wie bei Samuel Sieber, davon gibt Lena Jonsons Band „Art and Protest in Putin's Russia" auf beeindruckende Art und Weise Zeugnis. Ausgehend von den Massenprotesten des späten Jahres 2011, die sich nach der Parlamentswahl in Russland wütend gegen die erneute Präsidentschaft Wladimir Putins formierten, zeichnet Jonson eine sich zusammenbrauende „Gegenkultur" (165) nach, die sich konsequent vom Kurs des Regimes emanzipierte, und dafür auch juristische Verfolgung nicht fürchtete.

Tatsächlich richtet Jonson damit den Blick mitnichten auf eine vereinzelte Avantgarde – schon allein die Präsenz von Bands wie „Pussy Riot" macht das verzichtbar. Vielmehr bietet die Autorin einen kollektiven Blick auf breit inszenierte Gesellschaftskunst, die aus eben ihrer Mitte entspringt, dort Anerkennung findet, verbreitet wird und auf diese Weise ihre Macht entwickelt. In einer Art Sammelband eigener Aufsätze, die Jonson konsequent um zeitgenössische Werke politischer Revoltenkunst ergänzt, erwächst ein ikonisches Sammelbecken medial motivierter Einflussnahme aus Sicht der Aktivistenseite. Insofern ist Jonsons Band jene Fallstudie, die konkret aufzeigt, was geschieht, wenn Macht als mediales Instrument Verwendung findet, um Diskurse zu beeinflussen.

Dabei verfolgt Lena Jonson einen dezidiert ganzheitlichen Ansatz, bietet feisten Karikaturen (117) ebenso Platz wie finsteren Rauminstallationen (57), performativer Videokunst (58) und satirischen Fotomontagen. Dass eingedenk der erwünschten Provokationen solcher Kunst weder die obszöne Darstellung von Analsex zweier russischer Militärs (136) noch Putin als ironisch skizziertes Zentrum christlicher Kirchenmalerei (93) ausgespart werden, offenbart die Konsequenz dieses Bandes, der die Darstellung politischer Unzufriedenheit durch (eigen)mächtige, medial relevante Kunst salonfähig macht und gleichzeitig deren Bedeutung akzentuiert.

Dabei macht sich Jonson die eigene Vorgehensweise keineswegs leicht, indem sie allein

Werke präsentiert, die sich dezidiert gegen Putin wenden. Auch Zeitgeist, Sittenbild und Lebensphilosophie einer Gesellschaft, die etwa die Frau als klar sexualisierte Ware (80) preisgegeben sieht, artikuliert sich mittels expressiver Kunstwerke schonungslos. Dabei bleibt die politische Reaktion, die sich jedoch meist in juristischer Bestrafung und medial inszenierter Ächtung erschöpft, nicht unerwähnt. Doch der Schwerpunkt verbleibt auf der Auseinandersetzung mit der Kunst selbst. Dass sich die Wissenschaftlerin dabei die Mühe gemacht hat, neben ihren eigenen Ausführungen zu den Arbeiten auch die Ausstellungskataloge, aber auch hunderte von Internetquellen und Untergrundmagazinen aufzuarbeiten, spricht für die detailreiche Arbeit einer Chronistin, die eine politisch agile Szene in Methodik und Inhalt transparent zu machen sucht, und dabei so zielstrebig wie kompetent vorgeht.

Es bleibt zwar zu bezweifeln, ob der Anspruch, „eine neue Ära" (211) begründet zu haben, die Jonson mit dem Heraufziehen der Gegenkultur gekommen sieht, wirklich Bestand hat: Ein lebendiges Archivwerk mit Ausblicks-Charakter, das den Weg einer Deutung mutig beschreitet, statt nur zu verwalten, liegt mit diesem Band jedoch zweifelsohne vor.

Markus Mertens, Mannheim

Die Banalität des Narrativen

Mayer, Frederick W. 2014: Narrative politics. Stories and Collective Action, Oxford: Oxford University Press

Das Buch von Frederick W. Mayer über die Bedeutung von Erzählungen für kollektives Handeln und sozialen Bewegungen ist hochwillkommen. Zuletzt hatte etwa Klaus Eder in dieser Zeitschrift einen interessanten Ansatz ausgebreitet, Geschichten als „Narrative Netzwerke" zu verstehen, auf deren Grundlage kollektive Identitäten entstehen und sich stabilisieren (Eder 2011). Dass Narrative eine wichtige Rolle bei der Entstehung, Stabilisierung, Verwandlung, Radikalisierung, Zähmung sowie beim Erfolg und Scheitern von sozialen Bewegungen spielen, ist im Grunde banal. Denkt man etwa an die ArbeiterInnenbewegung als offensichtlichste Kandidatin lange existierender KollektivakteurInnen, fällt sofort die „Internationale" ein, die nichts anderes als eine in Liedform gebrachte Leidens- und Befreiungsgeschichte ist. „Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt". An diese berühmte Liedzeile schließen sich Emanzipationssehnsüchte und säkularisierte Heilsversprechen an, die selten so brillant in wenigen Strophen auf den Begriff gebracht worden sind und trotz einiger Patina noch heute Millionen inspirieren.

Hier liegt aber bereits das größte Problem von Mayers Buch begraben, dass seine LeserInnen mit einiger Unzufriedenheit zurücklässt. Nicht nur die „Internationale", auch etliche andere Beispiele politische Erzählungen mit impliziter oder expliziter Handlungsaufforderung an ihr Publikum, erzählen sich doch weitgehend von selbst. Ihre Motive, ihre organisatorischen TrägerInnen und ihre charismatischen Leitfiguren sind bereits so deutlich in die soziale Vorstellungswelt der heutigen Gesellschaften eingeschrieben, dass es fast unvermeidlich den Geschmack des Banalen vermittelt, gräbt man nicht ein ganzes Stück analytisch und historisch unter der Oberfläche dieser mythenbeladenen Texte. Mit der sozialen Vorstellungswelt (Social imaginary") meine ich im Anschluss an Charles Taylor die Art und Weise, wie Menschen vor-theoretisch über ihre eigene soziale Existenz denken. Es geht darum, wie Menschen ihr Verhältnis zu anderen Menschen bestimmen und welche normativen oder interessenbegründeten Erwartungen sie in ihrer Gesellschaften aneinander haben (Taylor 2004: 23).

Mayers Buch kommt trotz einiger durchaus lobenswerter, auch interdisziplinärer Detailarbeit über diese Banalität nicht hinaus. Dass er als US-amerikanischer Autor mit der unvermeidlichen „I have a dream"-Rede von Martin Luther King Jr. beginnt, mag man als präsentationsstrategischen Schachzug gelungen finden. Auf den knapp 140 Seiten Text (Anmerkungsapparat und Literaturverzeichnis nicht mitgezählt) werden jedoch im Grunde in überdeutlicher Mehrheit die unvermeidlichen, die offensichtlichen KandidatInnen politischer Narrative aufgerufen und lange zitiert. Dazu zählen Abraham Lincolns Ghettysburg Adress, Winstons Churchills anstachelnde Kriegsrhetorik als Premierminister des britischen Empire oder George W. Bushs Kriegserklärungen gegen den Terror als Reaktion auf den 11. September 2001. Immer wieder dienen die schwarze Bürgerrechtsbewegung und die Ökologiebewegung, die ohnehin bis zum Anschlag untersuchten Schablonen so vieler Theorien und Forschungsdesigns, als Illustrationsmaterial. Leider bietet Mayers Buch nicht annähernd die Substanz und Tiefe, die seine großzügigen Veranschaulichungen erwarten lassen.

Grundprobleme kollektiven Handelns

Unglücklich ist etwa Mayers Entscheidung, den theoriestrategischen Bedarf an einer narrativen Perspektive durch die Erklärungslücken anderer Theorietraditionen in der Soziologie kollektiven Handelns herleiten zu wollen. Mayer rekonstruiert vier Grundprobleme kollektiven Handelns im Anschluss an Rational Choice- und institutionalistische Ansätze: das Trittbrettfahrerproblem von Mancur Olson, das Problem wechselseitiger Gewissheit über die Verlässlichkeit des Gegenübers beim kollektiven Handeln (assurance), das aus der Vielzahl möglicher Handlungsalternativen entstehende Koordinationsproblem sowie das eine Stufe tiefer liegende Problem, dass gemeinsame Interessen selten fertig formuliert vorgefunden, sondern in einem kommunika-



tiven Prozess erst „gemacht“ werden müssen.

Die Betrachtung ist deutlich zu lang geraten, okkupiert sie doch das ganze erste Drittel des ohnehin kurzen Buches. Dass alle oben genannten Theoriestränge ab einem bestimmten Punkt ein Erklärungsdefizit aufweisen, ist schließlich weder überraschend, noch erscheint es überhaupt nötig, einen narrativen Ansatz ex negativo begründen zu müssen, erfreuen sich doch sozialkonstruktivistische Zugriffe auf politische AkteurInnen und ihre kollektiven Identitäten durchaus zu Recht großer Popularität. Ebenso lehrbuchartig erläutert Mayer die verschiedenen Bedeutungsdimensionen des Narrativen. Ist es wirklich nötig, in einem Buch über kollektives Handeln und soziale Bewegungen, einem Bereich mit ganzen Bibliotheken an fundierter Literatur, noch ausführlich George Herbert Meads Anmerkungen zu „I“ und „Me“ zu zitieren? Ertragreicher wäre es gewesen, die narrative Dimension materialreich in dezidierten Fallstudien herauszuarbeiten und/oder auf Basis narrativer Anhaltspunkte vielleicht sogar neue Fälle für die Bewegungsforschung zu generieren, die möglicherweise zuvor übersehen wurden.

Mayer begibt sich sowohl durch Auswahl seiner theoretischen „Gegner“, an denen sich das Buch anfangs abarbeitet, als auch seiner positiven Bezugspunkte sehr stark auf die sichere Seite. Die Teile wollen dennoch nicht immer so recht zusammenpassen. Das wiederholt bemühte Beispiel der AfroamerikanerInnen passt nicht mit dem Bild des Olsonschen Trittbrettfahrers zusammen. Zum einen könnte man behaupten, um dabei in Olsons berühmter „‚Logik“ zu verbleiben, dass bei den schwarzen US-AmerikanerInnen dieser Anreiz gegen eigene Beiträge weniger ins Gewicht fiel, weil sie als Minderheit auf segregiertem Raum einander deutlich besser im Auge hatten und daher soziale Kontrolle und Sanktionen gegen Trittbrettfahrende deutlich leichter fielen. Auch der „Ausreißer“, also der durch Opportunismus und Gefügigkeit gegenüber den herrschenden weißen Südstaatlern sozial aufgestiegene schwarze Einzelgänger, fiele sofort auf. Zum anderen spielte doch – über Olson hinausgehend – in diesem Fall der „Exit“ eine erhebliche Rolle. Der häufige Wegzug von AfroamerikanerInnen in den weniger offenen rassistischen Norden der USA brachte jedoch für die Verbliebenen auch Probleme mit sich. Nicht nur „Voice“, auch „Exit“ – und als solchen könnte man beispielsweise die Forderung der Nation of Islam unter Malcolm X nach Separation der AfroamerikanerInnen durch eigenes Territorium auffassen – war Projektionsfläche und Anlass zahlreicher Erzählungen, die jedoch in Mayers Buch keine Rolle spielen.

Mayer begründet die Bedeutung von Erzählungen im kollektiven Handeln im zweiten Teil des Buches anthropologisch. Er skizziert verschiedene idealtypische Szenarien, die in unterschiedlichsten Formen immer wieder begegnen: den Niedergang sowie Aufstieg und Fall als Formen der Tragödie sowie die biblischen Exodus- und Auferstehungs-Erzählungen als Spielarten von Erfolgsgeschichten. Die Zuschreibung bestimmter Rollen an die Handelnden sowie die Sinnstiftung werden als wichtigste Wirkungen von Narrativen erläutert. Auch die Bedeutung von Emotionen, Identitätsstiftung sowie die performativ-darstellende Qualität im individuellen und kollektiven Handeln werden angesprochen.

Orientierung und Motivation

Im letzten Teil geht es um Aspekte wie die Resonanzfähigkeit von Narrativen in der jeweiligen politischen Kultur, um ihre Aufladung mit moralischen Imperativen und die Fähigkeiten politischer Führungsfiguren, durch geschickten Einsatz von Erzählungen ihr Publikum zu Handelnden einer größeren politischen Entwicklung zu stilisieren. Den Angesprochenen wurden dabei, wie etwa von Churchill im Zweiten Weltkrieg, die Notwendigkeit ihres Einsatzes unter Inkaufnahme möglicherweise hoher Kosten und Opfer plausibel gemacht. Von Narrativen wird auch erwartet, dass sie den sozial Bewegten

Orientierung und Motivation stiften können in Situationen, die unvorhergesehen sind, für die es noch kein „Skript“ gibt.

Während Mayer sehr starke Erwartungen dazu aufbaut, was das Narrative für Entstehung, Verlauf und Erfolg des kollektiven Handelns erklären können soll, klafft in seiner Erklärung für die Entstehung des Narrativen selbst eine bemerkenswerte Lücke. Dass Narrative drei wichtige Probleme des kollektiven Handelns lösen, heißt schließlich nicht, dass sie deswegen entstehen. Mayer jedoch nimmt hier die funktionalistische Abkürzung und lässt ohne viel Aufhebens aus der Notwendigkeit die Existenz folgen. So wird etwa erklärt, dass Erzählungen ein zentrales Element im kollektiven Gedächtnis von (fiktiven) Gemeinschaften sind, dass sie helfen zu bestimmen, wer „wir“ und wer „die anderen“ sind (103). Öffentliche Narrative, erfährt man etwas später, erfüllen dieselbe Funktion wie private Erzählungen für Individuen: „They help to define who we are, what we believe, and what we value“ (105). Auch wird eine Funktion von Narrativen als Motivation und soziale Kontrolle zugleich erläutert. „The sharing of stories that so often precedes collective action, therefore, serves not only to remind the community of what is at stake, but also to provide mutual assurance that all are committed to stay the course“ (139).

Das ist alles richtig, aber noch keine Erklärung für die Entstehung der Geschichten, auf die soziale Bewegungen so dankbar zurückgreifen. Allenfalls kann Mayer verweisen auf bereits zuvor existierende Erzählungen, die von neu entstehenden sozialen Bewegungen aufgegriffen und für ihre Zwecke adaptiert werden, wie im Falle der AfroamerikanerInnen, die für sich die biblische Exodus-Geschichte aneigneten. Mayer beendet die Analyse jedoch immer, bevor es spannend wird, und bietet so keinen sozialen Mechanismus an, der den Aneignungsprozess der Narrative begreiflich machen könnte. Dabei gäbe es in der Geschichte der politischen Theorie und politischen Soziologie durchaus einige Kandidaten für ebensolche Erklärungen, die sich heranziehen ließen: Man könnte ähnlich wie Carl Schmitt annehmen, dass es sich bei den Narrativen um säkularisierte theologische Begriffe handelt; man könnte, ebenfalls religiöses Wissen als Ausgangspunkt nehmend, im Anschluss an Michaels Mann Geschichte der Macht vermuten, dass Erzählungen als Wissensformen sozialstrukturell „nach unten“ diffundiert und von den Leuten entsprechend anderer Zielsetzungen umgedeutet, „neu gemacht“ werden; oder man könnte, Jon Elster folgend, untersuchen, inwiefern politisch verwendbare Erzählungen als „Nebenprodukte“ nicht-politischer Handlungen entstehen.

Scheitern kommt nicht vor

Unbefriedigend ist Mayers Behandlung hier auch, weil nicht thematisiert wird, wann und warum sich Narrative als nicht ausreichend erweisen, entweder weil sie nicht die gewünschte Resonanz erreichen oder schlicht die Bewegungen scheitern, von denen sie erzählt werden. So muss sich Mayers Entwurf auch eine gewisse Willkür vorwerfen lassen. Denn obwohl zumindest „en passant“ politische Erzählungen mit schrecklichen Folgen als Schattenseite genannt werden, kommt Scheitern als Problem kaum vor. Dabei waren es doch oft die nicht erfolgreichen Bewegungen, die sich am eifrigsten überlieferter Narrative bedient haben – denkt man etwa an Revolutionen.

„[W]enn sie [die Lebenden] eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen. So maskierte sich Luther als Apostel Paulus, die Revolution von 1789-1814 drapierte sich abwechselnd als römische Republik und als römisches Kaisertum, und die Revolution von

1848 wusste nichts Besseres zu tun, als hier 1789, dort die revolutionäre Überlieferung von 1793-1795 zu parodieren", wusste schon Marx in einer seiner berühmtesten Schriften zu berichten (Marx 1960 [1852]: 115).

Zusammenfassend ist Mayers Erzählung der Erzählung zu glatt, um als künftiges Referenzwerk für die narrative Dimension von Politik gelten zu können. Obwohl sie spezifischer und älteren Datums sind, erweisen sich bereits vorliegende Arbeiten in diesem Bereich als überzeugender. Seien es die Arbeiten von Margaret R. Somers im Anschluss an Edward P. Thompson über die narrative Konstitution von Identität (Somers 1992 und Somers 1994) sowie die Rolle von Erzählungen bei der Konstitution einer sozialen Klasse, seien es die Untersuchungen von Reinhard Koselleck über Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus und andere „Ismen" als historische „Bewegungsbegriffe" und ihrem prägenden Charakter für die Neuzeit (Koselleck 1979) oder der bereits zitiere Klaus Eder – weder werden diese wichtigen Meilensteine für die Analyse narrativer Aspekte von Politik berücksichtigt, noch wird ihr Niveau erreicht. Ein „großer Wurf" für diesen wichtigen Bereich fehlt daher nach wie vor.

Alban Werner, Aachen

Literatur

Eder, Klaus 2011: Wie schreiben sich soziale Bewegungen über die Zeit fort? Ein narrativer Ansatz. In: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen: Forschungsjournal neue soziale Bewegungen, Nr. 4, 2011, S. 53-73.

Koselleck, Reinhart 1979: ›Neuzeit‹. Zur Semantik moderner Bewegungsbegriffe. In: Ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main, Suhrkamp, S. 300-348.

Marx, Karl 1960: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Marx Engels Werke, Bd. 8, S. 111-207.

Somers, Margaret R. 1992: Narrativity, Narrative Identity, and Social Action: Rethinking English Working-Class Formation. In: Social Science History, 16 Jg., Nr. 4, S. 591-630.

Somers, Margaret R. 1994: The narrative constitution of identity: A relational and network approach. In: Theory and Society. Renewal and Critique in Social Theory, Jg. 23, Nr. 5, S. 605-649.

Taylor, Charles 2004: Modern Social Imaginaries. Durham: Duke University Press.

Barbara Unmüßig: *Zivilgesellschaft und Klimawandel. Eingeschränkte Handlungsspielspielräume, Protest und Kooptation (FJ SB 4/2015, S. 16-22)*
Es gilt nach den verschiedenen Zielen und Aktionsformen der jeweiligen Akteur/innen zu differenzieren, wenn wir über Zivilgesellschaft, soziale Bewegungen und NROs rund um Paris reden. Wichtig ist, ob es zum strategischen Austausch kommt, wie die verschiedenen Zugänge zur komplementären Stärke ausgebaut werden können, statt sich wechselseitig zu paralysieren. Das berührt die Strategiefähigkeit der Zivilgesellschaft. Nach Kopenhagen haben viele NROs und Netzwerke ihre Strategien und die vielen Ressourcen reflektiert, die in den Verhandlungsprozess gesteckt wurden. Dezentrale Aktionen und Protest haben als Aktionsform Auftrieb zugunsten der Konferenzdiplomatie erhalten. Diese Reflexion hätte aber viel stärker zwischen den „Camps" geführt werden müssen. Ein solcher Austausch ist umso dringlicher, als sich die politischen Handlungsspielräume für soziale Bewegungen und Proteste in vielen Ländern der Welt massiv einschränken. In manchen Ländern finden regelrechte Hetz- und Diffamierungskampagnen gegen jede Form von Opposition statt.

Barbara Unmüßig: *Civil Society and climate change: limited scope of action, protest and co-optation (FJ SB 4/2015, pp. 16-22)*
Exploring civil society, social movements and NGOs engaged in issues around Paris, we need to differentiate between diverging objectives and forms of activism among different actors. What matters is to facilitate strategic exchanges to develop diverging approaches such that they complement each other's strengths as opposed to paralyzing each other. This is a key feature of civil society's capacity to act strategically. After Copenhagen, many NGOs and networks reflected on their strategies and the resources that they had invested into the negotiation process. Decentralised campaigns and protests received impetus in contrast to conference diplomacy as a form of action. This discussion should have been carried out in greater detail between the „camps". Such an exchange is even more urgent today, as the scope of action for social movements and protests is increasingly massively restricted in many countries around the world. In some countries, veritable agitation and defamation campaigns are launched against any form of political opposition.

Daniel Mittler: *Globale Gipfel: frustrierend, aber wichtig. Warum die Umweltbewegung globale Verhandlungen nutzen muss, statt sie zu verteufeln (FJ SB 4/2015, S. 23-27)*
Die Umweltbewegung streitet darüber, ob globale Gipfel, wie der Klimagipfel in Paris Ende 2015, einen wichtigen Beitrag für eine bessere Politik leisten. Daniel Mittler argumentiert, dass der Pariser Klimagipfel alleine zwar keine großen positiven Veränderungen bringen wird, dass Gipfel dieser Art aber trotzdem Treiber von positiven Gesellschaftsveränderungen sein können. Er fordert die Umweltbewegung auf, die Chancen, die globale Gipfel bieten, gemeinsam zu nutzen und durch die Aufmerksamkeit, die Paris bringt, den notwendigen Wandel unseres Konsummodells zu beschleunigen.

Daniel Mittler: *Global summits: frustrating, but important. Why the environmental movement must use global negotiations rather than condemning them (FJ SB 4/2015, pp. 23-27)*
There is a debate in the environmental movement about the importance of global summits, such as the Paris climate meeting at the end of 2015. Daniel Mittler argues that global negotiations on their own will not save the planet, but that the environmental movement must not dismiss global summits entirely because they have many positive – and often indirect – effects. He calls on the movement to unite and strategically use global summits to undermine the power of destructive lobbies and industries.

Thomas Leif: *Zwischen Debatten-Allergie und Argumentations-Phobie. Der Mehrwert von Diskursen für eine vitale Öffentlichkeit (FJ SB 4/2015, S. 27-37)*
Wirksame politische Macht hat derjenige, der politische Debatten anstoßen und durchsetzen kann. Dieser Leitsatz eines sogenannten „Alpha-Politikers" umreißt die Bedeutung politischer Diskurse und markiert gleichzeitig die Grenzen kontroverser, öffentlicher Auseinandersetzungen in einer „gelähmten Demokratie." Der Beitrag geht der Frage nach, warum der diskursive Mehrwert von Diskursen heute von führenden Politikern nicht erkannt wird und warum der schnelle „soundbite" und die „Eindruckserweckung" im tempogetriebenen Politikbetrieb den Streit um grundsätzliche Fragen abgelöst haben? Welche Konsequenzen hat die Ausklammerung von Streitfragen, die Einhegung von Konfliktthemen für die kommunikative Ausstattung der Demokratie? Heute scheint die gezielte Ausklammerung politischer Diskurse eine Primärkompetenz des politischen Personals zu sein. Stattdessen bindet die kurzatmige visuelle Inszenierung in den Medien immer mehr Aufmerksamkeit. Mit der Konsequenz, dass die amputierten Debatten den Kern der Demokratie – die Herstellung von Öffentlichkeit – immer stärker aufzehren.

Thomas Leif: *Between allergies of debate and argumentation-phobia: The value of discourse in a vital public sphere (FJ SB 4/2015, pp. 27-37)*
Effective political power lies with the one who can initiate and enforce political debates. The guiding principle of the so-called „alpha-male politician" highlights the importance of political discourse and at the same time marks the limits of controversial, public debate in a „paralyzed democracy." This article reflects on the question why the discursive value of discourse is not recognized by leading politicians today and why the rapid „soundbite" and the „impression revival" has replaced critical debate about fundamental issues in accelerated modes of policy formulation. What consequences result from the exclusion of issues, the containment of conflictual topics for the communicative toolkit of democracy? The targeted exclusion of key political discussions seems a primary qualification of the political personnel today. Instead, all attention is increasingly taken up by the breathless visual staging in the media. The consequence is that such amputated debates increasingly erode a core function of democracy – the production of a public.

Themenschwerpunkt:
Menschenrechtsbewegung in Deutschland. Wie weit reicht der politische Einfluss?
The Human Rights Movement in Germany. How far does its political influence go?

Kolja Möller/Francesca Raimondi: *Mensch, Institution, Revolution. Zur Politik der Menschenrechte (FJ SB 4/2015, S. 38-46)*
Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Frage nach einer Politik der Menschenrechte. Unsere Ausgangsthese ist es, dass die Menschenrechte deswegen intrinsisch politisch sind, weil sie in eine Politik der Definition, in eine Politik der Institution und eine Politik der Revolution verstrickt sind. Diese jeweiligen internen Politiken sind es, die Paradoxien in der Verwirklichung von Menschenrechten mit sich führen. Nachdem wir diese drei Aspekte dargelegt haben, kommen wir auf die praktischen, politischen und rechtlichen Konsequenzen einer solchen kritischen Analyse der Menschenrechte zu sprechen: Menschenrechte sind weder ein übergeordneter Wertekatalog noch ein Ersatz für politisches Handeln. Sie sind aber, so möchten wir argumentieren, auch mehr als ein bloßes politisches Instrument: Ihre paradoxale Grundstruktur und die damit zusammenhängende Fragilität führen ein emanzipatives Potential mit, das es in den vielfältigen Kontexten rechtlicher und politischer Auseinandersetzungen zu aktualisieren gilt.

Kolja Möller/Francesca Raimondi: *Human beings, institutions, revolution. On the politics of Human Rights (FJ SB 4/2015, pp. 38-46)*

This article focuses on the relation between human rights and the political. We argue that human rights must be regarded as intrinsically political because they are entangled in a politics of definition, a politics of institution and a politics of revolution. These internal politics provoke severe paradoxes when it comes to realizing human rights in the world. After pointing out these three aspects, we turn to the consequences of such an approach: Human rights are neither a catalogue of higher-ranking values nor a substitute for political action. However, drawing on their paradoxical and fragile character, we can identify an emancipatory potential that has to be actualized within the various contexts of legal and political struggles.

Walter Reese-Schäfer: *Die Antisklavereibewegung von 1787 als frühe international wirksame NGO (FJ SB 4/2015, S. 47-56)*

Am Modell der erfolgreichen britischen Antisklavereibewegung von 1787, die 1807 den Sklavenhandel auf britischen Schiffen abschaffte und 1833/34 dann die Sklaverei in den britischen Kolonien, wird entwickelt, welche Faktoren für den Sieg einer internationalen und kosmopolitisch agierenden NGO erforderlich sind. Insbesondere wird das Verhältnis zwischen moralisch-aufklärerischem Engagement, religiöser Motivation sowie wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen in einer internationalen Agenda kritisch analysiert. Damit berührt dieser Artikel aktuelle Fragen, nicht zuletzt die moralische Ambivalenz internationaler NGO-Politiken, an Hand eines der markantesten und bestdokumentierten historischen Beispiele. Der Essay liefert damit ein paradigmatisches Beispiel für die Verknüpfung politischer Ideengeschichte mit aktuellen Fragen der NGO-Politiken.

Walter Reese-Schäfer: *The 1787 anti-slavery movement as early internationally effective NGO (FJ SB 4/2015, pp. 47-56)*

The model of the successful British anti-slavery movement in 1787, which abolished the slave trade on British ships in 1807 and subsequently in 1833/34 also slavery in the British colonies, is used as an example to reflect on the factors that account for the success of an international and cosmopolitan NGO. In particular, this contribution critically analyses the relationship between a moral commitment to the Enlightenment, religiously driven objectives, as well as economic and political interests as key aspects of an international agenda. Drawing on one of the best documented and distinctive examples, the article also touches upon current issues, such as the moral ambivalence of international NGO policies. The essay thus provides a paradigmatic example of links between the political history of ideas and current issues of NGO politics.

Alejandra Ancheita/Carolijn Terwindt: *Auf dem Weg zu einer funktionierenden transnationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe (FJ SB 4/2015, S. 56-65)*

Die transnationale Zusammenarbeit von Aktivist*innen, Gewerkschaften, Anwält*innen oder NGOs aus dem globalen Süden und Norden ist einer Vielzahl von Schwierigkeiten ausgesetzt, die gemeinsame Projekte beeinträchtigen können. Dieser Artikel stößt eine Diskussion über diese Herausforderungen an, die zu oft vernachlässigt werden. Um eine ausgewogenere, demokratischere, nachhaltigere und effektivere transnationale Zusammenarbeit zu erreichen, ist unserer Einschätzung nach ein fortlaufender *Verständigungsprozess* erforderlich.

Alejandra Ancheita/Carolijn Terwindt: *Towards effective transnational collaboration at eye level (FJ SB 4/2015, pp. 56-65)*
Transnational collaboration between activists, trade unions, lawyers or NGOs from the Global South and the Global North can face a variety of challenges, which in the end can hamper the collective project. This article opens up the discussion regarding these challenges, which are too often neglected at the start of cooperation. It is suggested that to achieve a more egalitarian, democratic, sustainable and effective transnational collaboration, a constant *negotiation of understanding* is needed, to identify inequalities between coalition partners, identify their different political and institutional interests, and to construct a common framework. First, this article briefly describes the major challenges faced by transnational activists as they engage in longer-term collaboration. Second, the article draws on the experiences of several organizations working transnationally, to open the discussion on achieving genuine collaboration.

Julia Duchrow: *Zwischen Professionalisierung und Fragmentierung: Herausforderungen für die Menschenrechtsszene in Deutschland (FJ SB 4/2015, S. 66-74)*
Der Beitrag gibt einen Überblick über die Menschenrechtsszene in Deutschland. Zunächst wird die Entwicklung der Menschenrechtszene in Deutschland seit 1948 beschrieben, dem Datum der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. In den 1950er und 1960er Jahren bildete vor allem das Grundgesetz den Referenzrahmen der Bürgerrechtsbewegung; die Menschenrechte spielten kaum eine Rolle. Erst durch die Tätigkeit international vernetzter kirchlicher Akteure und mit der Gründung von Amnesty International rückten die Menschenrechte mehr und mehr in den Fokus. Aber noch die Studentenbewegung der 1960er und 1970er Jahre war zwar durchaus international und forderte eine gerechtere Weltordnung, bezog sich dabei aber kaum auf menschenrechtliche Grundlagen. Die zentrale Zäsur bildete dann die Weltmenschenrechtskonferenz im Jahre 1993 und die Änderung des Asylgrundrechts. Das Deutsche Institut für Menschenrechte wurde gegründet und ein großes Bündnis von Menschenrechtsrechtsorganisationen schloss sich im Forum Menschenrechte zusammen. Seitdem sind die Menschenrechte „Thema" und eben auch „Referenzrahmen" der Diskussionen in Deutschland; zugleich wurde die Menschenrechtszene auf diese Weise institutionell gestärkt. Von einer echten „Menschenrechtsbewegung" lässt sich aber nach wie vor allenfalls in Teilbereichen sprechen, etwa im Bereich der Flüchtlingsarbeit. Der Beitrag mahnt, dass die deutsche Menschenrechtsszene den aktuellen menschenrechtlichen Herausforderungen nur gerecht werden könne, wenn sie einen internationaleren Blick bekommt und Fragen von globaler Gerechtigkeit gemeinsam mit den Akteuren in den Ländern des Südens bearbeitet.

Julia Duchrow: *Between Professionalization and Fragmentation: challenges for the human rights scene in Germany (FJ SB 4/2015, pp. 66-74)*
The text first describes the history of the human rights scene in Germany since 1948 – the date of the adoption of the Universal Declaration of Human Rights. In the 1950s and 1960s, the civil rights movement's frame of reference was almost exclusively that of the Constitution. Human rights came increasingly into focus though church actors and the founding of Amnesty International. In the 1970s, the student movement was international and referred to a more just world order, but did not refer to a human-rights foundation. Since the World Conference on Human Rights in 1993 and the change in the constitutional right to asylum, this has changed in the German human rights scene. The German Institute for Human Rights was established and a large alliance of human rights organizations joined forces in the Human Rights Forum. In this way, the human rights scene became strengthened at an institutional level, but one can

only really talk about a movement in the area of refugee work. The article describes how the scene only can only rise to human rights challenges when it takes a more international view and address issues of global justice together with actors in countries of the Global South.

Harald Glöde/Berenice Böhlo: *Der Marsch der protestierenden Flüchtlinge von Würzburg nach Berlin und ihr Protest bis heute (FJ SB 4/2015, S. 75-86)*
Seit dem Sommer 2012 haben Flüchtlinge in Deutschland vielfältige Proteste gegen prekäre Lebensumstände, unsicheren Aufenthaltsstatus und Residenzpflicht für Asylsuchende durchgeführt. Dieser Artikel stellt Entwicklung, Bedingungen und Folgen des selbstorganisierten Widerstandes dar. Den Protestierenden ist es gelungen, die Situation von Flüchtlingen einer breiteren Öffentlichkeit nahe zu bringen, doch ihre eigene Situation hat sich kaum verbessert.

Harald Glöde/Berenice Böhlo: *The Refugee protest march from Würzburg to Berlin and ongoing social resistance (FJ SB 4/2015, pp. 75-86)*
Since summer 2012, refugees have staged various protests against their precarious living conditions, insecure legal status and the mandatory residence of asylum seekers in Germany. This article discusses the development, conditions and aftermath of this self-organized resistance. The protesters have succeded in making a wider public aware of the situation of refugees, their own situation, however, has hardly improved.

Julia Geneuss: *Völkerstrafrecht im Spannungszustand (FJ SB 4/2015, S. 86-94)*
Der Beitrag beschreibt und analysiert den momentanen Spannungszustand des Völkerstrafrechts zwischen Theorie und Praxis, Anspruch und Wirklichkeit und beleuchtet die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft für die – auch zukünftige – Entwicklung eines effektiven Völkerstrafjustizsystems.

Julia Geneuss: *International criminal law under contestation (FJ SB 4/2015, pp. 86-94)*
This paper describes and analyzes the current tensions in international criminal law, between theory and practice, expectations and reality and highlights the decisive role of civil society for the – past and future– development of an effective international criminal justice system.

Anna Gall: *Eine kritische Bestandsaufnahme des Kampfes gegen die Straflosigkeit von sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten (FJ SB 4/2015, S. 94-106)*
In Bezug auf sexualisierte Gewalt in Konflikten herrscht eine Kultur des Schweigens und der Straflosigkeit. Dieser Beitrag stellt Anhand von Beispielen von Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien, Sri Lanka und durch Unternehmen Hürden bei der Strafverfolgung sexualisierter Gewalt dar. Er arbeitet deren Gründe und mögliche Lösungsansätze heraus und zeigt, dass vor allem die Zusammenarbeit mit regionalen Zivilgesellschaften unerlässlich für eine effektivere juristische Aufarbeitung ist.

Anna Gall: *A critical inventory of the struggle against impunity of sexual violence in armed conflict (FJ SB 4/2015, pp. 94-106)*
The task of adequately addressing sexualized violence in armed conflict is complicated by a culture of silence and impunity. This article sets outs examples of human rights violations in Colombia and Sri Lanka as well as by corporations to highlight obstacles to the investigation and prosecution of sexualized violence. The analysis focuses on the causes of these difficulties and develops possible solutions. It shows that cooperation with regional civil societies is key to finding a more effective legal response to conflict-related sexualized violence.

Miriam Saage-Maaß/Simon Rau: *Transnationale juristische Kämpfe gegen Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen (FJ SB 4/2015, S. 106-117)*
Eine Untersuchung dreier Fälle zeigt, dass juristisches Vorgehen gegen Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen auf rechtliche und faktische Probleme stößt. Die Fallstudien zeigen jedoch auch, dass strategische Prozessführung gegen Unternehmen einen Beitrag zur Regulierung internationaler Wirtschaftstätigkeit im Bereich des Menschenrechtsschutzes leisten kann. Dies erfordert eine funktionierende transnationale Zusammenarbeit von Menschenrechtsbewegungen und Betroffenen.

Miriam Saage-Maaß/Simon Rau: *Transnational legal struggles against corporation's human rights violations (FJ SB 4/2015, pp. 106-117)*
Three case studies show that judicial action against human rights violation by corporations has to handle various factual and legal obstacles. Notwithstanding, the analysis reveals that strategic litigation against corporations which is based on transnational cooperation can make a valuable contribution to a regulation of international business in relation to human rights.

Sonderschwerpunkt:
Fritz Bauer: Menschenrechte als Herausforderung von Rechtspraxis und Rechtspolitik/ Fritz Bauer: Human Rights as challenges to legal practice and legal politics

Teil 1: Fritz Bauer – Leben und Werk/ Part 1: Fritz Bauer – Life and Work

Fritz Bauer: *Nach den Wurzeln des Bösen fragen (FJ SB 4/2015, S. 120-125)*
Ich habe nicht zu den Rechtsfragen der Prozesse gesprochen, denn sie gehören nicht zu meinem Thema. Ihre Lösung mag den Plädoyers der Staatsanwälte und dem Urteil des Gerichtes überlassen bleiben. Gefragt ist nach dem politischen Bewusstsein und der politischen Aufklärung, die zugleich moralisches Bewusstsein und moralische Aufklärung meinen. ... Nichts gehört der Vergangenheit an, alles ist noch Gegenwart und kann wieder Zukunft werden. Nichts ist – wie man zu sagen pflegt – „bewältigt"; wir stehen erst am Anfang, mag auch die breiteste Öffentlichkeit sich gerne in dem Glauben wiegen, sie habe schon so viel getan, dass ihr zu tun fast nichts mehr übrig bleibe. Ich glaube nicht, dass Aufklärung allein genügt; die Aufstellung eherner Tafeln: „Du sollst", „Du sollst nicht" reicht nicht aus. Gebote und Verbote, die gehalten werden sollen, verlangen einen Urgrund des Fühlens, den zu schaffen allen staatlichen Gewalten, allen sozialen Gruppen, allen Fakultäten aufgegeben ist. Dieser Urgrund des Fühlens wird hoffentlich aufgewühlt, wenn etwa im Auschwitz-Prozess die Überlebenden kommen und Zeugnis ablegen. Es ist eine Klima der Toleranz und Anerkennung erforderlich, aus der die Solidarität mit allem Menschlichen erwächst. Zu prüfen, wie es zu schaffen ist, ist des Schweißes aller Edlen wert.

Fritz Bauer: *Inquiry into the roots of evil (FJ SB 4/2015, pp. 120-125)*
I have not discussed the legal issues in relation to the trials as they are not part of my area. Their resolution may be left to the prosecutors and the judgment of the court. At the centre of my engagement, however, are issues of political consciousness and elucidation, which at the same time touch upon moral conscience and moral enlightenment. ... Nothing belongs to the past, everything is still present and can be turned into the future. Nothing is – as the saying goes – „dealt with"; we are only at the beginning, even if the wider public may be comfortable in their sense that they have already done so much that there is nothing left to do. I do not think that

education is sufficient on its own; the erection of brazen boards, „Thou shalt," „thou shalt not" is not enough. Do's and don'ts that should be safeguarded require a first cause, a sense for their meaning that needs to be created by all branches of government, all social groups, all faculties. This sense will hopefully be stirred up by the testimonies of the survivors of Auschwitz at the trial. What we need is a climate of tolerance and recognition, which emerges from a fundamental solidarity with all human beings. Finding out how this can be created is worth the sweat of all nobles.

Irmtrud Wojak: *Fritz Bauer. „Im Kampf um des Menschen Rechte" (FJ SB 4/2015, S. 125-135)*
Fritz Bauers Leben und Werk sind beispielhaft für die Geschichte eines standhaften Sozialdemokraten im katastrophalen 20. Jahrhundert. Als junger Mann durchlitt er Verfolgung, KZ-Haft und erzwungene Emigration. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft kehrte er nach Deutschland zurück, um am Aufbau einer neuen Demokratie mitzuwirken. Noch immer ist die Biografie des Juristen in Deutschland den meisten unbekannt, kommt er in Schulbüchern nicht vor. Dabei wäre ohne Bauer die Entnazifizierung und Demokratisierung von Justiz und Rechtsprechung nach 1949 fast völlig zum Erliegen gekommen. Irmtrud Wojak fasst die prägenden Erfahrungen und handlungsleitenden Motive im Leben des Juristen zusammen und stellt ihn als Humanisten vor, der den Überlebenden der NS-Verfolgung und des Genozids eine Stimme gab.

Irmtrud Wojak: *Fritz Bauer: the struggle over the human's rights (FJ SB 4/2015, pp. 125-135)*
Fritz Bauer's life and work epitomize one of a persistent Social Democrat in the catastrophe-prone 20th century. As a young man, Bauer suffered persecution, was imprisoned in concentration camps and forced to emigrate. After the end of the Nazi regime, he returned to Germany to help to build a new democracy. Still, the lawyer's biography is unknown to most in Germany, and his life does not appear in key textbooks. Yet, denazification and democratization of the legal apparatus and jurisprudence after 1949 would not have been possible without Bauer. Irmtrud Wojak summarizes formative experiences and motivations in the lawyer's life and presents him as a humanist activist who gave voice to the survivors of Nazi persecution and genocide.

Herta Däubler-Gmelin: *Fritz Bauer – Erinnerung an einen großen sozialdemokratischen Juristen (FJ SB 4/2015, S. 136-143)*
Herta Däubler-Gmelin würdigt in ihrem Beitrag die Rolle als Lichtgestalt und Vorbild, die Fritz Bauer für die Generation der in den 1960er und 1970er Jahren studierenden jungen Juristinnen und Juristen einnahm. Außerdem erörtert sie die Frage, warum die berechtigten Forderungen und Vorschläge Fritz Bauers trotz der Unterstützung durch große Sozialdemokraten wie etwa den Ministerpräsidenten des Landes Hessen, Georg August Zinn, durch die Bundespartei bzw. die Bundestagsfraktion der SPD so spät und zögerlich aufgegriffen wurden.

Herta Däubler-Gmelin: *Fritz Bauer – Commemorating a great social democratic jurist (FJ SB 4/2015, pp. 136-143)*
In her contribution, Herta Däubler-Gmelin lauds Fritz Bauer's role as trailblazer and role model for the generation of young jurists that studied in the 1960s and 1970s. She also discusses why, despite support from great social democrats like Georg August Zinn, Premier of the German state of Hesse, the Social Democratic Party and its parliamentary group were slow and late in taking up Fritz Bauer's legitimate demands and suggestions.

Irmtrud Wojak: *Fritz Bauer und Martin Luther King jr. oder die Pflicht zum Ungehorsam (FJ SB 4/2015, S. 144-161)*
Nicht der eben in die Kinos gekommene Antiheld – ein „schwuler Jude und Nazi-Jäger" in *Der Staat gegen Fritz Bauer* von Lars Kraume –, sondern der Anwalt für die Menschenrechte steht im Mittelpunkt dieses Beitrags über den Juristen und Generalstaatsanwalt. Bauer-Biografin Irmtrud Wojak sieht Parallelen zwischen dem Bürgerrechtskämpfer Martin Luther King jr. und dem Kämpfer für die Menschenrechte Fritz Bauer. Am Beispiel der Entstehung und Rezeption der Filme *Selma* (Regie: Ava Duvernay, 2014) und *Tod auf Raten* (Regie: Ilona Ziok, 2010) stellt sie Ähnlichkeiten und Unterschiede im Umgang mit zivilem Ungehorsam und dem Thema Zivilcourage in den USA und in Deutschland fest. Der Sozialdemokrat und Justizreformer Fritz Bauer, dessen Familie mütterlicherseits für die rechtliche Gleichstellung der Juden in Deutschland Bedeutendes leistete, hatte beispielsweise zu keinem Zeitpunkt jene „band of brothers and sisters" an seiner Seite, die zur erfolgreichen Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus notwendig gewesen wäre. Das Plädoyer des Juristen für die Anerkennung einer Pflicht zum Ungehorsam gegenüber staatlich usurpierter Gewaltausübung – „Wir sollen unseres Bruders Hüter sein" – ist und bleibt eine Herausforderung an unsere Geschichte.

Irmtrud Wojak: *Fritz Bauer and Martin Luther King jr. Or the duty to disobedience (FJ SB 4/2015, pp. 144-161)*
This contribution on Fritz Bauer as jurist and Attorney-General focuses not on the anti-hero currently on screen – a „gay Jew and Nazi hunter" in Lars Kraume's *The State Against Fritz Bauer* – but on the advocate for human rights. Bauer Biographer Irmtrud Wojak discerns parallels between the civil rights activist Martin Luther King jr. and the human rights activist Fritz Bauer. Taking as an example the development and reception of the movies *Selma* (2014, directed by Ava Duvernay) and *Death By Instalments* (2010, directed by Ilona Ziok), she finds similarities and differences how civil disobedience and moral courage are dealt with in the United States and Germany. Social democrat and legal reformer Fritz Bauer, whose mother's family made important contribution on achieving legal equality for Jews in Germany, never had a „band of brothers and sisters" at his side which would have been necessary to successfully fight racism and anti-Semitism. The jurist's plea for recognising a duty to disobedience vis-a-vis state-usurped exercise of force – „we shall be our brothers' keepers" remains a challenge to our history.

Teil 2: Historische Würdigung – Bauers große Prozesse
Historical evaluation: Bauer's important trials

Erardo C. Rautenberg: *Die Bedeutung des Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer für die Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht (FJ SB 4/2015, S. 162-196)*
Der dienstälteste deutsche Generalstaatsanwalt würdigt in seinem Beitrag die Verdienste seines Amtsbruders Fritz Bauer bei der Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht, indem er ihm bei der strafrechtlichen Aufarbeitung in der Bundesrepublik eine singuläre Bedeutung beimisst. Rautenberg referiert die Rechtsansichten Bauers, denen die Rechtsprechung – anders als heute – damals nicht gefolgt ist, um die strafrechtliche Verfolgung in gesellschaftlich akzeptierten Grenzen zu halten. Dazu wurden der Fokus auf die Verfolgung der Exzess- und Direkttäter gelegt, wovon sich die Mehrheit der damaligen deutschen Bevölkerung leicht abzugrenzen vermochte, und eine Vielzahl von Tätern zu bloßen Gehilfen einer kleinen NS-Führungsschicht herabgestuft. Da die Mehrheit der damaligen Justizjuristen eine NS-Vergangenheit hatte und wie die Mehrheit der Bevölkerung den „Schlussstrich" unter die Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht herbeisehnte, wurde Fritz Bauer als Störenfried empfunden. Dies hat Rautenberg veranlasst, sich abschließend mit den Todesumständen Bauers zu befassen, wobei er zu dem Ergebnis kommt, dass die Strafverfolgungsbehörden nicht um eine lückenlose Aufklärung bemüht waren und die Todesursache daher für ihn ungeklärt bleibt.

Erardo C. Rautenberg: *The importance of Attorney-General Dr Fritz Bauer for confronting Nazi wrongs (FJ SB 4/2015, pp. 162-196)*
In his contribution, the longest-serving Attorney-General lauds the merits of his colleage Fritz Bauer by outlining his outstanding importance in the penal confrontation with Nazi wrongs in the Federal Republic of Germany. Rautenberg illuminates Bauer's legal opinions that, in contrast to today, were not followed by jurisprudence to keep the criminal prosecution within societally accepted boundaries. Hence, the focus was on prosecuting perpetrators who acted directly or in excess, making it easy for a majority of Germans to distance themselves, and many perpetrators were demoted to mere aiders and abettors of a small Nazi elite. As the majority of jurists at the time had a Nazi history and, like the majority of the general population, wished to „wipe the slate clean" on the confrontation with Nazi wrongs, Bauer was regarded as troublemaker. This inspired Rautenberg to look into Bauer's death circumstances, finding in conclusion that the prosecuting authorities did not seek a complete clarification of fact. He therefore regards the cause of death as uncertain.

Norbert Wolf: *Der Remer-Prozess (FJ SB 4/2015, S. 197-207)*
Gegen starke Widerstände in der eigenen Behörde setzte Fritz Bauer als Braunschweiger Generalstaatsanwalt im Jahre 1952 die Anklage gegen Generalmajor a.D. Remer durch. Remer hatte als Wahlkämpfer für die Nazi-Nachfolgepartei SRP die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 als Hoch- und Landesverräter beschimpft. Vor Gericht vertrat Bauer die Anklage persönlich. Gegen die Propaganda des Angeklagten, der sich im Einklang mit großen Teilen der Bevölkerung wähnte, traten im Prozess überlebende Widerstandskämpfer, Angehörige von Hingerichteten und historische, theologische und militärische Sachverständige als neue Deutungselite der jungen Bundesrepublik auf. Bauers Ziel war es, die vom Volksgerichtshof verurteilten Widerstandskämpfer zu rehabilitieren, „aufgrund des damals und heute, des ewigen geltenden Rechts". Ihm ging es um den Satz: „Ein Unrechtsstaat, der täglich zehntausende Morde begeht, berechtigt jedermann zur Notwehr." Das Gericht verurteilte Remer, folgte Bauers Argumentation aber nur zum Teil. Heute

gilt der Braunschweiger Remer-Prozess als bedeutendster Prozess mit politischem Hintergrund seit den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen und vor dem Frankfurter Auschwitz-Prozess.

Norbert Wolf: *The Remer trial (FJ SB 4/2015, pp. 197-207)*
In 1952, Fritz Bauer – then Braunschweig-based Attorney-General – brought about a prosecution case against Major-General Remer (retired) against strong resistance from within his own office. While electioneering for the Nazi successor party SRP, Remer had reviled the resistance fighters of 20 July 2944 as guilty of high treason. At court, Bauer personally served as prosecuting counsel. The defendant's propaganda, who thought himself in accord with large parts of the population, was met at court by appearances of surviving resistance fighters, dependants of executed individuals, experts in law, theology and military matters – the young Federal Republic's new interpretation elite. Bauer's goal was to rehabilitate the resistance fighters sentenced by the People's Court „on basis of the law applicable then and today, and in eternity". His crucial sentence was: „In an unjust state that commits a thousand murders each day, each and everyone is entitled to self-defence". The court sentenced Remer, but followed Bauer's arguments only in parts. Today, the Remer trial in Braunschweig is considered the most important trial with a political background since the Nuremberg war crimes trials and before the Frankfurt Auschwitz trial.

Udo Dittmann: *Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-„Euthanasie" (FJ SB 4/2015, S. 208-229)*
Fritz Bauer wurde bisher hauptsächlich auf die Ergreifung Eichmanns und den Auschwitz-Prozess reduziert. Weniger bekannt ist jedoch, dass Bauer etwa zeitgleich – im Jahr 1959 – auch Ermittlungen zur NS-„Euthanasie" durchführte, die den Umfang der Auschwitz-Ermittlungen weit übertrafen. So gab es fast 80.000 Seiten Prozessakten zur NS-„Euthanasie" – im Vergleich zu ca. 18.000 Seiten Prozessakten im Auschwitz-Prozess. Ein Jahr vor Beginn des Auschwitz-Prozesses entstand die große Anklageschrift von Bauer zur NS-„Euthanasie" gegen den Obergutachter und Leiter der T4-Zentrale Dr. Werner Heyde (Sawade) u.a. vom 22. Mai 1962 mit 833 Seiten, in der das System der NS-„Euthanasie" vielleicht erstmals grundlegend dargestellt wurde. Der beabsichtigte Großprozess platzte im Jahr 1964 durch die Selbstmorde der Hauptangeklagten sowie die Verhandlungsunfähigkeit weiterer Angeschuldigter. Trotzdem gab es weitere „Euthanasie"-Nachfolge-Prozesse von Bauer, die auch meist enttäuschend verliefen. Diese aufwändigen Anstrengungen von Bauer (und seine bedeutende Anklageschrift von 1962) sind bisher fast in Vergessenheit geraten und kaum gewürdigt worden.

Udo Dittmann: *Fritz Bauer and dealing with Nazi „euthanasia"(FJ SB 4/2015, pp. 208-229)*
Fritz Bauer has so far mainly been reduced to the capture of Eichmann and the Auschwitz trial. What is less known is that around the same time, in 1959, Bauer also investigated cases of Nazi „euthanasia" that were much larger in scope than the Auschwitz investigations. There were almost 80,000 pages of case records on Nazi „euthanasia", compared to 18.000 pages of case records on the Auschwitz trial. One year before the beginning of the Auschwitz trial, in the context of investigations against Dr Werner Heyde, chief consultant and head of the T4 head office (Sawade), Bauer's indictment on Nazi „euthanasia" was being produced – perhaps the first document to fundamentally describe the system of Nazi „euthanasia". The intended large-scope trial failed in 1964 due because the main defendants committed suicide and other defendants were deemed unfit to stand trial. Nonetheless, Bauer conducted further „euthanasia" follow-up trials, mostly with disappointing results. These extensive efforts of Bauer (and his important 1964 indictment) are now largely forgotten and have scarcely been appreciated.

Thomas Walther: *Rädchen im Getriebe von Auschwitz. Das Verfahren gegen Oskar Gröning vor dem Schwurgericht in Lüneburg (FJ SB 4/2015, S. 229-233)*
„Nein, es war nicht vorgesehen, dass irgendein Jude überleben sollte", sagte Gröning als Angeklagter im Sommer 2015 über den Generalplan für die Juden in Auschwitz. Als „kleines Rädchen" der Mordmaschinerie bestätigt er, was Fritz Bauer als eines der Verfahrensziele 1964/65 vor dem Schwurgericht Frankfurt tragisch verfehlte. Die Atomisierung des Gesamtverbrechens im Frankfurter Urteil von 1965 leitete eine kollektive Nicht-Verfolgung all jener ein, die wie Gröning den Tod für sechs Millionen Juden in Auschwitz arbeitsteilig erst ermöglichten. Mit dem Lüneburger Gröning Urteil kehrte ein deutsches Gericht erstmals zu den Bauer'schen Grundsätzen zurück. Überlebende und Kinder oder Geschwister der Mordopfer begreifen die heilende Wirkung von später Gerechtigkeit für das eigene Leben und das ihrer Familien.

Thomas Walther: *Cogs in the works of Auschwitz. The trial against Oskar Gröning at the Luneburg jury court (FJ SB 4/2015, pp. 229-233)*
In summer 2015, as a defendant speaking about the general plan for Jews in Auschwitz, Gröning said „No, it was not part of the plan for any Jew to survive". As „small cog" in the murder machine, he confirmed what Fritz Bauer tragically missed to achieve during the 1964/65 trial at the Frankfurt jury court. In contrast, the atomisation of the totality of the crime in the 1965 Frankfurt sentence gave rise to a collective non-prosecution of those, like Gröning, made the murder of six million Jews possible through their collective contributions. With the Luneburg Gröning sentence, a German court returns for the first time to Bauer's principles. Survivors and victims' relatives understand the healing value of late justice for their own lives and that of their families.

Rebecca Wittmann: *Zu wenig, zu spät: Wie Fritz Bauers Vision in Vergessenheit geriet (FJ SB 4/2015, S. 234-247)*
Nach Ansicht des hessischen Generalstaatsanwals Fritz Bauer war die Beteiligung am Holocaust in jeglicher Form gleichbedeutend mit der Begehung von Mord. Sein Ziel war es, jeden einzelnen Nazi, der an der Mordmaschinerie teilnahm, als Mörder verurteilt zu sehen. Leider führte der Auschwitz-Prozess nicht zu diesen Ergebnissen. Was für rechtliche Schlüsse jedoch wurden aus dem Prozess gezogen? Wie haben sich Prozesse gegen NS-Täter seither verändert? In diesem Beitrag argumentiert die Autorin, dass sich leider wenig verändert hat. Vermittels einer Untersuchung von drei Prozessen – dem Maidanek-Prozess (1975-81), dem Stammheim-Prozess (1975-1977) und dem Demjanjuk-Prozess (2009-10) – versucht sie, zu zeigen, dass sich die deutsche Vergangenheitsbewältigung nicht im rechtlichen Bereich niederschlug.

Rebecca Wittmann: *Too Little, Too Late: The Lost Lessons of Fritz Bauer in Post-War German Nazi Trials (FJ SB 4/2015, pp. 234-247*
Fritz Bauer, Attorney General of the State of Hesse and instigator of the Auschwitz Trial, argued that to participate in the Holocaust in any form was to perpetrate murder, and it was his goal to see every last Nazi who was involved in the machinery of mass murder convicted as such. The Auschwitz Trial sadly did not produce such results; but what were the lessons learned from this trial in the legal realm? How have Nazi trials changed and evolved since then? This essay argues that sadly, they have not. By assessing three key trials: The Majdanek Trial (1975-81), The Stammheim Trial (1975-77), and the Demjanjuk Trial (2009-10), I argue that the German legal setting was not the place where Germany's real confrontation with the past would occur.

Teil 3: Das Bild von Fritz Bauer in der Öffentlichkeit: Rezeption und Kontroversen
Part 3: Fritz Bauer's public image: Reception and controversies

Kurt Nelhiebel: Über den Umgang mit Auschwitz und Fritz Bauer *(FJ SB 4/2015, pp. 248-280)*
Kurt Nelhiebel, der zu wenigen Zeitzeugen gehört, die Fritz Bauer und dessen politisches Umfeld noch aus eigenem Erleben kennen, gibt in diesem Kapitel einen Überblick über den Umgang der Deutschen mit der NS-Vergangenheit und dem Lebenswerk des hessischen Generalstaatsanwalts während des halben Jahrhunderts seit der Verkündung des Urteils im Auschwitz-Prozess. Nach seinem Eindruck entsprechen die offiziellen Gedenkrituale nicht der politischen Wirklichkeit. Entgegen anders lautenden Bekenntnissen bestimme eine Tendenz des Vergessens und der Relativierung des Holocaust den Alltag. Dazu gehörten auch die Versuche, über der Rolle Fritz Bauers als Nazijäger dessen Bedeutung als Humanist und Demokrat zu vergessen.

Kurt Nelhiebel: *On dealing with Auschwitz and Fritz Bauer (FJ SB 4/2015, S. 248-280)*
Kurt Nelhiebel, one of the few contemporaries to experience Fritz Bauer and his political context first hand, provides an overview about the way Germans dealt with the Nazi past and the life's work of the Hesse Attorney-General in the five decades since the proclamation of the Auschwitz trial sentence. His impression is that the official commemoration ritual soften do not correspond with political realities. Despite proclamations to the contrary, the daily lives are marked by a tendency of forgetting and relativising the Holocaust. This also includes attempts to reduce Fritz Bauer to his role as Nazi hunter, disregarding his importance as humanist and democrat.

Nicolai Freytag von Loringhoven: Gute Gründe für die Verfahrenseinstellung *(FJ SB 4/2015, S. 277)*
Der jüngst in einer Zeitschrift des Fritz Bauer-Instituts erhobene Vorwurf, Bauer habe um die 100 Verfahren gegen Täter aus der Nazizeit unterschlagen, wird vom Autor entschieden zurückgewiesen. Er verweist auf die damals geltenden rechtspolitischen Umstände, die es unmöglich gemacht haben, diese Verfahren mit Aussicht auf Erfolg zu führen.

Nicolai Freytag von Loringhoven: **Good reasons for dropping the proceedings** *(FJ SB 4/2015, pp. 277)*
The author emphatically rejects a recent claim made in the journal of the Fritz Bauer Institute, which states that Bauer dismissed about 100 proceedings against Nazi perpetrators. He refers to the legal and political circumstances at the time, arguing that it was impossible then to instigate proceedings with a chance of success.

Christof Müller-Wirth: *Eine letzte Begegnung mit Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer am 28. Juni 1968 im Schlosshotel in Karlsruhe (FJ SB 4/2015, S. 280-282)*
Der Autor kannte Fritz Bauer seit einigen Jahren. Unvorhergesehen nahm er an einem Vortrag von Fritz Bauer teil, den dieser zwei Tage vor seinem Tod in der Universität von Karlsruhe vor StudentInnen hielt. Danach hatte Christof Müller-Wirth die Gelegenheit, sich mit Fritz Bauer allein zu unterhalten – bis tief in die Nacht. Er beschreibt dies als ein unvergessliches Ereignis.

Christof Müller-Wirth: *One last encounter with Attorney-General Dr Fritz Bauer in the Schlosshotel Karlsruhe on 28 June 1968 (FJ SB 4/2015, pp. 280-282)*
The author had known Fritz Bauer for a few years. He unexpectedly took part in a presentation of Fritz Bauer held two days before Bauer's death at the University of Karlsruhe before students.

Afterwards, Christof Müller-Wirth had the chance to speak with Fritz Bauer alone until late at night. He describes it as an unforgettable encounter.

Thomas Harlan: *Fritz Bauer und die Erziehung der Deutschen zur Mündigkeit (FJ SB 4/2015, S. 282-287)*
Der 1929 geborene Sohn des NS-Propagandaregisseurs Veit Harlan, Thomas Harlan, machte sich die Aufarbeitung des Völkermords zur Herzenssache. Während der Vater als Regisseur nach 1945 weiterhin Filme drehen konnte, forschte der Sohn in den Archiven hinter dem Eisernen Vorhang und konnte so u.a. erstmals Beweise für NS-Verbrechen in den Konzentrationslagern nach Deutschland liefern – entscheidende Beweise auch für die Vorermittlungen zum Auschwitz-Prozess Fritz Bauers. Bis zu seinem Tod 2010 arbeitete an einem Manuskript mit dem Arbeitstitel „Veit". Das Interview entstand im Zeitraum 2004-2010 während der Arbeiten zu Ilona J. Zioks Film *Fritz Bauer – Tod auf Raten* und wurde in Zusammenarbeit mit Silke Kettelhake aufbereitet.

Thomas Harlan: *Fritz Bauer and educating the Germans towards responsibility (FJ SB 4/2015, pp. 282-287)*
Thomas Harlan, born in 1929 and son of the Nazi propaganda film director Veit Harlan, committed his life's work to confronting the Nazi genocide. While his father was still able to direct films after 1945, Veit Harlan did archival research behind the Iron Curtain and for the first time was able to deliver to Germany evidence for Nazi crimes in concentration camps – evidence that was crucial for the investigations preceding Fritz Bauer's Auschwitz trial. Until his death in 2010, Thomas Harlan worked on a manuscript with the working title "Veit". The interview was held between 2004 and 2010 during the shooting of Ilona J. Ziok's film "Fritz Bauer – Death By Instalments" in cooperation with Silke Kettelhake.

Ralph Giordano: *Dieses Deutschland. Das Unvorstellbare vorstellbar machen (FJ SB 4/2015, pp. 289-295)*
Ralph Giordano, Jahrgang 1923, überlebte den Holocaust versteckt mit seiner Familie in einem Hamburger Keller. Seit dem Tag seiner Befreiung am 4. Mai 1945 widmet er sich als Journalist, Schriftsteller und Regisseur der Aufarbeitung von NS-Verbrechen. Er verfolgte u.a. den von Fritz Bauer initiierten Auschwitz-Prozess. Die Begegnungen mit Fritz Bauer, insbesondere sein Einsatz für die Jugend, waren dem 2014 verstorbenen Ralph Giordano Ausnahmeerlebnisse. Das Interview entstand im Zeitraum 2004-2010 während der Arbeiten zu Ilona J. Zioks Film *Fritz Bauer – Tod auf Raten (Weltpremiere Berlinale 2010)* und wurde in Zusammenarbeit mit Silke Kettelhake aufbereitet.

Ralph Giordano: *This Germany. Imagining the Unimaginable. (FJ SB 4/2015, pp. 289-295)*
Ralph Giordano, born 1923, survived the Holocaust hidden in a Hamburg basement with his family. Since the day of his liberation on 4 May 1945, his work as journalist, author and director is dedicated to confronting Nazi crimes. Among others, he followed the Auschwitz trial initiated by Fritz Bauer. The encounters with Fritz Bauer, especially his commitment to young people, were exceptional encounters for Giordano, who died in 2014. The interviews were conducted between 2004 and 2010 during the shooting of Ilona J. Ziok's film *Fritz Bauer – Death By Instalments*. The film premiered at the 2010 Berlin film festival. The interview was edited in cooperation with Silke Kettelhake.

Gerhard Zwerenz/Ingrid Zwerenz: *Mutterseelenallein durch Frankfurt am Main (FJ SB 4/2015, pp. 296-301)*
Der Schriftsteller und Journalist Gerhard Zwerenz und dessen Frau, Ingrid Zwerenz, erinnern sich an ihre Begegnungen mit Fritz Bauer: „Seelenallein – es gab keinen Personenschutz – ist er durch Frankfurt gegangen. Mehrfach habe ich ihn in der Innenstadt getroffen. Er hat stets einen etwas ängstlichen Eindruck gemacht. Verständlich, wenn man so viel Feindschaft erntet." Durch seine juristische Tätigkeit hat Fritz Bauer Meilensteine hinterlassen. Ohne seine ungeheuerliche Energie, seine nicht nachlassende Kraft wäre es nicht in Frankfurt zum Auschwitz-Prozess gekommen. Aber er hat auch gewusst, das sind punktuelle Ereignisse. Der Trend insgesamt ändert sich nicht. Daher rührte seine Verzweiflung, seine pessimistische Analyse. Das Interview entstand im Zeitraum 2004-2009 während der Arbeiten zu Ilona Zioks Film *Fritz Bauer – Tod auf Raten (Weltpremiere Berlinale 2010)* und wurde in Zusammenarbeit mit Silke Kettelhake aufbereitet.

Gerhard Zwerenz/Ingrid Zwerenz: Walking through Frankfurt all alone *(FJ SB 4/2015, pp. 296-301)*
The author and journalist Gerhard Zwerenz and his wife Ingrid Zwerenz recall their encounters with Fritz Bauer: „All alone – without personal security – he walked through Frankfurt. I met him several times in the citz center. He always seemed somewhat anxious. Understandable given the degree of enmity he faced." In his legal work, Fritz Bauer has created milestones. Without his tremendous energy, his unwavering strength, Frankfurt would not have seen the Auschwitz trial. But he also knew that these events were selective. The trend itself does not change. Hence his desperation, his pessimistic analysis. The interviews were conducted between 2004 and 2009 during the shooting of Ilona Ziok's film *Fritz Bauer – Death By Instalments*. The film premiered at the 2010 Berlin film festival. The interview was edited in cooperation with Silke Kettelhake.

Ausstellung/Exhibition

Claudia Schulmerich: *Was mir sauer aufstieß. Eindrücke von einem Gang durch die Fritz-Bauer-Ausstellung (FJ SB 4/2015, S. 302-304)*
Als Besucherin der Ausstellung „Fritz Bauer. Der Staatsanwalt" empört sich Claudia Schulmerich über Exponate, die Fritz Bauer ohne Erläuterung der historischen Hintergründe unterstellen, u.a. sich die Freilassung aus Nazi-Haft mit einem Treuebekenntnis zu Hitler erkauft zu haben.

Claudia Schulmerich: *What rankled me. Impressions from visiting the Fritz Bauer exhibition (FJ SB 4/2015, pp. 302-304)*
Having visited the exhibition „Fritz Bauer. The Attorney", Claudia Schulmerich expresses her indignation about exhibits that suggest, without going into the historical background, Fritz Bauer bought himself out of prison by swearing allegiance to Hitler.

Constanze Weinberg: *Briefe zu einer Ausstellung. Zeitzeuge beanstandet Nazipropaganda zu Lasten von Fritz Bauer (FJ SB 4/2015, S. 304-305)*
In diesem Beitrag werden die Versuche eines Zeitzeugen beschrieben, das Fritz Bauer Institut als Veranstalter einer Ausstellung über Fritz Bauer zu bewegen, Dokumente der Nazipropaganda den Besuchern nicht unkommentiert zu präsentieren und im Ausstellungskatalog zu schwärzen.

Constanze Weinberg: *Letters on an exhibition. Contemporary witness takes issue with Nazi propaganda to the detriment of Fritz Bauer (FJ SB 4/2015, pp. 304-305)*
This contribution describes the attempts of a contemporary witness to bring the Fritz Bauer Institute, which organised an exhibition on Fritz Bauer, to not present Nazi propaganda documents without further comment and to blacken them in the exhibition catalogue.

Filme/Films

Silke Kettelhake: *„Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden": Auschwitz, Fritz Bauer und die filmische Aufarbeitung* (FJ SB 4/2015, pp. 306-313)

Der Text geht der Frage nach, wie das deutsche Kino die Stimmung in Nachkriegsdeutschland, die Verdrängung der Schuldfrage und die juristische Aufarbeitung der Verbrechen im Nationalsozialismus behandelte und behandelt. Sollten die Deutschen im Rahmen der Umerziehung anfangs noch face to face mit den Verbrechen der Nationalsozialisten konfrontiert werden, wurde in Anbetracht der Anforderungen des zu bewältigenden Alltags schnell dazu übergegangen, in Aufsicht der britischen und amerikanischen Filmofficer Lehrfilme herzustellen. Der Publikumszuspruch zu diesen Dokumentarfilmen war mehr als gering; doch das Material eignete sich zur Beweisaufnahme bei den endlich einsetzenden NS-Kriegsverbrecherprozessen. Auch gab und gibt bis heute dieses Material den Anstoß zu vielen Spiel- und Dokumentarfilmen und für die Fernsehverarbeitung. Als Leitfaden des Beitrags dient eine Filmauswahl, anhand derer versucht wird, die Aufarbeitung der NS-Verbrechen historisch zu referieren. Erstrebt wird ein aufschlussreiches Gesamtbild, wie das aktuelle deutsche Kino dieses Thema umsetzt – und darüber hinaus ein Zeitbild der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft im Kino der 1950er-/1960er-Jahre – ein Zeitenbild, in das der nach den Nürnberger Rassegesetzen als Jude geltende Jurist und Sozialdemokrat Fritz Bauer als Remigrant zurückkehrte.

Silke Kettelhake: *„Nothing belongs to the past. All is present and can again become future ": Auschwitz, Fritz Bauer and coming to terms with the past in film (FJ SB 4/2015, pp. 306-313)*

The contribution addresses the role of German cinema in depicting the atmosphere in post-war Germany, denial of the guilt issue and the legal confrontation with Nazi crimes. While Germans initially were still confronted directly with the crimes of the Nazi regime as part of the re-education measures, but due to the commitments associated with daily life, the strategy soon changed to the production of films supervised by British and US film officers. While these documentaries did not find much of an audience, the material was suitable for taking evidence once the NS war crimes criminal trials began. The material continues to inspire many feature films and documentaries and is also used by TV productions. It is guided by a selection of films that seek to illustrate how the Nazi crimes were being addressed historically. The aim is an insightful broader picture of how current German cinema deals with this issue, as well as a historical picture of the post-war society in West Germany in 1950s and 1960s cinema – a historical image which saw the return of jurist and social democrat Fritz Bauer, who had been considered Jewish according to the Nuremberg racial laws.

Werner Koep-Kerstin: *Fritz Bauer – Tod auf Raten. Ein Film über den Initiator des Ausschwitz-Prozesses und Mitbegründer der Humanistischen Union (FJ SB 4/2015, S. 314-317)*

Die Präsentation des Films *Fritz Bauer – Tod auf Raten* auf der Berlinale 2010 hat eine Renaissance der Beschäftigung mit Fritz Bauer in der öffentlichen Diskussion eingeleitet. Im Fokus des Films steht das Lebenswerk Fritz Bauers, insbesondere seine Bedeutung für die Ahndung und Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Der Film hat auch international Beachtung gefunden. Es wird nachvollziehbar, weshalb der Chefankläger im Nürnberger Prozess bei der Totenfeier für Fritz Bauer diesen als den „größten Botschafter, den die Bundesrepublik hatte" bezeichnen konnte.

Werner Koep-Kerstin: *Fritz Bauer – Death by Instalments. A film about the initiator of the Auschwitz trial and co-founder of the Humanist Union (FJ SB 4/2015, pp. 314-317)*
The showing of the *Fritz Bauer – Death by Instalments* at the 2010 Berlin Film Festival triggered a renewed interest in Fritz Bauer in public discussion. The film focuses on Fritz Bauer's life's work, especially his importance in prosecuting and addressing Nazi crimes. The film also found international recognition. It becomes clear why the Nuremberg trial's attorney general, at Fritz Bauer's funeral, described Bauer as the „Federal Republic of Germany's greatest ambassador".

Ralf Schenk: *Alles kann Zukunft werden. Über das Festival „ueber Mut" und dessen Eröffnungsfilm „Fritz Bauer – Tod auf Raten" (FJ SB 4/2015, S. 317-318)*
Der Film *Fritz Bauer – Tod auf Raten* von Ilona Ziok wurde in Zusammenarbeit mit der Aktion Mensch ein Jahr lang in deutschen Kinos von 100 Städten gezeigt. Der Rahmen, den sich „Fritz Bauer – Tod auf Raten" gibt, besteht aus einer These, die vielleicht etwas gewagt klingt, dem Ganzen aber eine unheimliche Spannung verleiht: Wäre es denkbar, dass der mutige, unbequeme Mann ermordet wurde? Immerhin trug er aus Sorge um sein Leben in seinen letzten Jahren stets eine Pistole bei sich. In einer Diskussionssendung des Hessischen Rundfunks von 1964, aus der Ilona Ziok ausführlich zitiert, bekennt Bauer, es komme ihm vor, als ob alle Wände von allen Seiten auf ihn einstürzten. Im Juli 1968 fand man ihn dann tot in der Badewanne. Anders als in solchen Fällen üblich, wurde keine Obduktion beantragt. Die „furchtbaren Juristen" (Rolf Hochhuth), die sich in einem Netzwerk mit gegenseitigen entlastenden Zeugenaussagen wirkungsvoll zu schützen verstanden, atmeten hörbar auf.

Ralf Schenk: Everything can become future. On the festival „ueber Mut" and its opening film „Fritz Bauer – Death by Instalments" *(FJ SB 4/2015, pp. 317-318)*
In cooperation with the Aktion Mensch, the film „Fritz Bauer – Death By Instalments" by Ilona Ziok was shown over one year in cinemas in a hundred cities. The film's argument may seem far-fetched at first, but makes for an eerie tension: what if this courageous, uncomfortable man was murdered? After all, in his last years he always carried a pistol because he was afraid for his life. In a 1964 discussion broadcast by the Hesse Broadcast Service, which Ziok quotes from extensively, Bauer admits that he feels as if the walls are closing in on him from all sides. In June 1968 he was found dead in a bathtub. Uncharacteristically for cases like this one, no autopsy was ordered. The „terrible jurists" (Rolf Hochhuth), who were careful to protect themselves in a network of mutually exonerating testimonies, breathed an audible sigh of relief.

Stephan Jaeger: *Zwischen Tragik und Heldentum: Die Inszenierung westdeutscher Vergangenheit in Ilona Zioks Dokumentarfilm Fritz Bauer – Tod auf Raten (FJ SB 4/2015, S. 319-337)*
Der Beitrag analysiert, wie in Ilona Zioks Dokumentarfilm *Fritz Bauer – Tod auf Raten* (2010) der Kontrast zwischen der nach wie vor NS-geprägten westdeutschen Nazigesellschaft und Bauers prinzipientreuem humanistischen Idealismus inszeniert wird (als Bürgervorbild für ein heutiges Publikum). Diese schwarz-weiße Simplifizierung lenkt den Betrachter darauf hin, über den (konstruierten) Blickwinkel Bauers Zugang zur Vergangenheit zu finden und die simulierte historische Atmosphäre in den 1950er und 1960er Jahren zu erleben. Zioks spielfilmartige Dramatisierung, die von Interviews mit Zeitzeugen getragen wird, erlaubt es ihr, einen historischen Ort zu schaffen, der in vier kontrastierenden Geschichten Authentizität schafft: Bauers allgemeine Überzeugungen zu Gerechtigkeit und Menschenrechten, die Erfolgsgeschichten von Bauers Naziprozessen, die tragische Entwicklung seines Scheiterns im antihumanistischen Klima der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft und die Geschichte von Bauers Tod.

Stephan Jaeger: *Between Tragedy and Heroism: Staging the West German Past in Ilona Ziok´s Fritz Bauer – Tod auf Raten (FJ SB 4/2015, pp. 319-337)*
The essay analyzes how Ilona Ziok's documentary film *Fritz Bauer – Tod auf Raten* (2010) stages the contrast between between the still Nazified post-war West German society and Bauer's principled humanistic idealism (as a civic role model for today's audience). This black-and-white simplification steers the viewer emotionally to gain access to the past through the (constructed) point of view of Bauer and to re-experience the simulated historical atmosphere of the 1950s and 1960s. Ziok's feature-film-like dramatization carried through interviews with historical witnesses enables her to create a historical space that conveys authenticity in four juxtaposed storylines: Bauer's universal convictions concerning justice and human rights, the success story of Bauer's NS trials, the tragic development of how Bauer's endeavor fails in the anti-humanistic climate of post-war West Germany, and the story of Bauer's death.

Leistungskurs „Politik und Wirtschaft" des Albert-Einstein-Gymnasiums, Maintal: *Zur schulischen Auseinandersetzung mit dem Film Fritz Bauer – Tod auf Raten (FJ SB 4/2015, pp. 338-356)*
Das pädagogische Material liefert umfassende Informationen zum historischen Hintergrund des Wirkens Fitz Bauers. Dabei wird, ausgehend von den NS-Prozessen der Alliierten, die besondere Bedeutung der Aufarbeitung der NS Vergangenheit durch die deutsche Justiz herausgestellt. Hier ist die Rolle Fritz Bauers einzigartig, da er sowohl im Remer-Prozess die Rechtmäßigkeit des deutschen Widerstands bewies als auch mit den Frankfurter Auschwitz-Prozessen eine systematische Aufarbeitung einzelner Verbrechen einleitete. Zur Arbeit mit dem Film in Unterricht und Jugendarbeit werden Modelle mit konkreten Material- und Zeitvorgaben vorgestellt. Diese berücksichtigen inhaltliche wie auch filmanalytische Fragen und können alternativ eingesetzt werden. Sie wurden unter Mitarbeit von SchülerInnen entwickelt und spiegeln deren Fragen zu dem Thema.

Leistungskurs „Politik und Wirtschaft" des Albert-Einstein-Gymnasiums, Maintal: *On discussing at school the film Fritz Bauer – Death By Instalments (FJ SB 4/2015, pp. 338-356)*
The material for schools provides comprehensive information on the historical background of Fritz Bauer's activities. Starting with the NS trials by the Allied forces, the material outlines the special importance of how the German judiciary addressed Nazi crimes. Fritz Bauer holds a unique role in this, as he both proved the legality of German resistence in the Remer trial and initiated a systematic confrontation with individual crimes in the Frankfurt Auschwitz trials. The contribution presents models with concrete material and time suggestions for working with the film in schools. They consider issues regarding content and film analysis and can be employed alternatively. They were developed in cooperation with students and reflect their questions about the topic.

Daniel Kothenschulte: *Jenseits der Stille. Der Spielfilm „Im Labyrinth des Schweigens" über die Frankfurter Auschwitz-Prozesse läuft an (FJ SB 4/2015, S. 356-358)*
Daniel Kothenschulte, deutscher Filmkritiker und Filmwissenschaftler, rezensiert *Im Labyrinth des Schweigens:* „Fritz Bauer ist nur eine Nebenfigur im ersten großen Spielfilm über die von ihm initiierten Frankfurter Auschwitz-Prozesse. Vielleicht hätte ihm das sogar gefallen. Gerne ließ er jüngeren Kollegen den Vortritt – Juristen, die zu jung waren, um eine Mitschuld an den NS-Verbrechen zu tragen, und auf die er seine Hoffnungen richtete."

Daniel Kothenschulte: *Moving past the silence. The movie „In the Labyrinth of Silence" depicting the Auschwitz trials in Frankfurt is opening in cinemas (FJ SB 4/2015, pp. 356-358)*
Daniel Kothenschulte, a German film critic and art historian, in his review of „In the Labyrinth of Silence": „Fritz Bauer is only a minor character in the first major movie about the Auschwitz trials in Frankfurt, which he initiated. Perhaps he even would have appreciated that. He preferred to leave right of way to younger colleagues, who were too young to be complicit in NS-crimes; his hopes were focused on them."

Dietrich Kuhlbrodt: *Im Labyrinth des Schweigens (FJ SB 4/2015, S. 359)*
Der Film *Im Labyrinth des Schweigens* verliert schnell sein Thema (der Holocaust und seine Aufarbeitung im Nachkriegsdeutschland) an die psychische Belastung eines fiktiven, labilen jungen Staatsanwaltes, der der Trunksucht verfällt. Fritz Bauer, der die Auschwitzprozesse initiierte, kommt nur als Nebenfigur vor.

Dietrich Kuhlbrodt: *‚In the Labyrinth of Silence' (FJ SB 4/2015, p. 359)*
The movie *„In the Labyrinth of Silence"* early on loses focus on the main subject it should be concerned with (the Holocaust and its elucidation in post-war Germany), just to instead engage in great detail with the psychological burden experienced by a fictional, instable and young prosecutor, who turns to alcoholism. Fritz Bauer, who initiated the Auschwitz trials in Frankfurt, is only allocated a minor role in the film.

Claudia Schulmerich: *Zeitzeugin Lelle Franz zu „Im Labyrinth des Schweigens" (FJ SB 4/2015, S. 360-362)*
Im Gespräch mit der Journalistin Claudia Schulmerich äußert sich Lelle Franz als Zeitzeugin, die Fritz Bauer persönlich gut gekannt hat, zu dem Film *Im Labyrinth des Schweigens*. Sie kommt zu dem Schluss, dass der Bauer im Film der historischen Figur nicht entspricht.

Claudia Schulmerich: Contemporary witness Lelle Franz on *„In the Labyrinth of Silence" (FJ SB 4/2015, pp. 360-362)*
In conversation with journalist Claudia Schulmerich, Lelle Franz, who knew Fritz Bauer well in person, draws on her experience as a contemporary witness in her commentary of the movie *In the Labyrinth of Silence*. She suggests that the movie character hardly reflects the historic figure.

Dietrich Kuhlbrodt: *Der Staat gegen Fritz Bauer (FJ SB 4/2015, S. 363)*
Der Film *Der Staat gegen Fritz Bauer* ist mainstreammäßig üppig ausgestattet. Die Öffentlichkeit, die uniso gegen die von Fritz Bauer in Gang gebrachten Auschwitz-Prozesse war, wird jedoch auf missliebige Vorgesetzte reduziert, die beweisen wollten, dass Bauer schwul war und gegen § 175 verstieß. In Schwulenbars und Transvestitenclubs verliert sich der Film.

Dietrich Kuhlbrodt: *The state against Fritz Bauer (FJ SB 4/2015, p. 363)*
The movie *The state against Fritz Bauer* makes use of considerable resources, and can thus be situated within the cinematic mainstream. The wider public, which at the time unanimously opposed the Auschwitz Trials initiated by Fritz Bauer, is reduced to reticent line managers who seek to prove that Bauer was gay and thus in breach of § 175. The plot gets lost in gay bars and transvestite clubs.

Irmtrud Wojak: Der Staat gegen Fritz Bauer oder „Der Jude ist schwul!" *(FJ SB 4/2015, S. 364-369)*
Es gibt kaum eine Persönlichkeit, die so viel für die Entnazifizierung getan hat wie Fritz Bauer. Er brachte Eichmann, Auschwitz, die NS-„Euthanasie", die NS-Justiz und NS-Medizin, Babyn Jar, die Ermordung der Sinti und Roma vor Gericht. Doch im neuesten Film *Der Staat gegen Fritz Bauer* heißt es (wieder) über ihn: „Der Jude ist schwul!" Es wird verbreitet, Bauer habe „gegen den Staat" gekämpft, er sei ein Verräter: des Judentums, seiner Genossen in der SPD und der Homosexuellen. De Behauptungen berufen sich auf nationalsozialistische Quellen und auf Aussagen von Kollaborateuren. Kann Geschichte mehr in Verruf gebracht werden?

Irmtrud Wojak: *„The state against Fritz Bauer" or the Jew is gay! (FJ SB 4/2015, pp. 364-369)*
There hardly is anybody who has contributed to the process denazification in Germany as much as Fritz Bauer has. He brought Eichmann, Auschwitz, the NS ‚Euthanasia' programmes, the NS Jurisdiction and the NS Medical Sector, Babyn Jar, and the extinction of Sinti and Roma to the courts' attention. Yet, the most recent film „The state against Fritz Bauer" claims (again): the Jew is gay! The film seems to suggest that Bauer fought ‚against the state', that he is a traitor; in this account, he committed treason against the Jewish community, his comrades at the SPD as well as the homosexuals. Those claims are based on national-socialist sources and statements from collaborators. Can history be distorted any further?

Ulrich Kriest: *Der Staat gegen Fritz Bauer (FJ SB 4/2015, S. 370-371)*
Der Staat, der hier gegen Fritz Bauer antritt, ist eine Gemengelage aus untergetauchten Tätern, alten und jungen Kameraden und einer Bevölkerung, die ihre Mittäterschaft durch ein Wirtschaftswunder verdrängt. Die Isolation Bauers geht so weit, dass er, als er durch einen Hinweis Eichmanns Aufenthaltsort in Argentinien erfährt, sich – da selbst machtlos – an den israelischen Mossad wenden muss, um Eichmann vor Gericht zu bringen. Wer allerdings etwas Genaueres zur Psychologie dieses Staates erfahren will, gegen den Bauer ermittelte, muss auf Zioks Dokumentation zurückgreifen.

Ulrich Kriest: *The State against Fritz Bauer (FJ SB 4/2015, pp. 370-371)*
The state faced by Fritz Bauer is a conglomerate of hidden perpretators, old and young comrades and a society using the economic boom to deny its own complicity. Bauer's isolation is so intense that he, on learning about Eichmann's place of residence in Argentinia, needs to turn to the Israeli Mossad in order to get Eichmann to trial. But those wishing to learn more about the psychology of the state that Bauer investigated against need to recur to Zioks documentary.

Bücher/Books

Ralf Oberndörfer: *Ronen Steinke: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht (FJ SB 4/2015, S. 372-373)*
Seit dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg setzen Verfahren zur Aufarbeitung von NS-Verbrechen gesellschaftliche Impulse. Ein Strafprozess ist ein antagonistisches Verfahren zwischen öffentlichem Ankläger und Angeklagtem, das im Rechtsstaat strengen Regeln wie der Unschuldsvermutung folgt. Nur, wer die prozessualen Garantien achtet, kann Verantwortliche eines verbrecherischen Regimes so zur Rechenschaft ziehen, dass demokratische Gesellschaften gestärkt aus diesen Verfahren hervorgehen.

Ralf Oberndörfer: *Ronen Steinke: Fritz Bauer or Auschwitz on trial (FJ SB 4/2015, pp. 372-373)*
Ever since the international military tribunal in Nuremberg, trials that elucidated NS-crimes marked significant social impulses. A criminal trial is an antagonistic procedure between the

public prosecutor and the accused, which follows strict rules of law, including the presumption of innocence. Only safeguarding these procedures can make those responsible for a criminal regime accountable and strengthen democratic societies in this process.

Erardo C. Rautenberg: *Die Antwort von Ronen Steinke auf meine Besprechung seines Buches „Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht": Eine Replik (FJ SB 4/2015, S. 374-377)*
Erardo C. Rautenberg hatte 2014 in der *Neuen Justiz* die Biografie „Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht" von Ronen Steinke kritisch besprochen („Die Demontage des Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer"), worauf dieser in derselben Zeitschrift geantwortet hatte („Wissenschaftliche Standards verletzende Polemik – Eine Antwort auf Erardo C. Rautenberg"). Hierzu bezieht Rautenberg in seinem Beitrag Stellung, indem er an seiner Kritik festhält.

Erardo C. Rautenberg: *Ronen Steinke's response to my review of his book „Fritz Bauer and or Auschwitz on trial": a rejoinder (FJ SB 4/2015, pp. 374-377)*
In 2014, Erardo C. Rautenberg critically reviewed the biograhical monograph „Fritz Bauer and or Auschwitz on trial" by Ronen Steinke in the priodical „Neue Justiz"(„The Dismantlement of Chief Prosecutor Dr Fritz Bauer"); Bauer responded in the same journal („Polemics that breach academic standards – a response to Erardo C. Rautenberg"). Rauterberg formulates a rejoinder in this contribution, reaffirming his initial criticism.

Ehrungen und Nachrufe/Tributes and obituaries

Jürgen Serke: Der Moralist. Joachim Kügler – Staatsanwalt im Auschwitzprozess *(FJ SB 4/2015, S. 379-384)*
Der Journalist und Schriftsteller Jürgen Serge gibt mit diesem Interview einen guten Einblick in die Erfahrungen und Denkwelten von Joachim Kügler, der im Auschwitzprozess eine wichtige Rolle in der Staatsanwaltschaft einnahm.

Jürgen Serke: The moralist. Joachim Kügler – Attorney in the Auschwitz trial *(FJ SB 4/2015, pp. 379-384)*
In this interview, the journalist and author Jürgen Serke provides good insights into the experiences and throughts of Joachim Kügler, who took an important role in the prosecution of the Auschwitz trial.

Heiko Maas: *Fritz Bauer Studienpreis für Menschrechte und juristische Zeitgeschichte (FJ SB 4/2015, S. 384-388)*
Auf den Tag genau 47 Jahre nach dem Tod von Fritz Bauer verleiht Heiko Maas, Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz, zum ersten Mal den „Fritz Bauer Studienpreis" für Menschenrechte und juristische Zeitgeschichte an zwei Preisträger. In seiner Rede würdigt Heiko Maas Fritz Bauers Verdienste sowie sein Engagement: „Humanität und Toleranz, Menschenwürde und Gleichheit – das waren für Bauer die Grundwerte, die die deutsche Gesellschaft und ihr Recht prägen sollten. Diese Werte sind heute so aktuell wie damals. Und sie sind alles andere als unangefochten."

Heiko Maas: *Fritz Bauer Academic Award for Human Rights and legal history (FJ SB 4/2015, pp. 384-388)*
On the day 47 years after Fritz Bauer's passing, Heiko Maas, Federal Minister for the Judiciary and Consumer Protection, awards the „Fritz Bauer Academic Award for Human Rights and legal history" for the first time to two laureates. In his laudation, Heiko Maas recognizes Fritz

Bauer's achievements and praises his engagement: "Humanity and tolerance, human dignity and equality – those were fundamental values that in Bauer's view were to shape German society and its legal system. Those values are as timely now as they were then. And they are anything but uncontested."

Stephan Weil: *Ein Jurist mit aufrechter Haltung – Nachruf auf Dr. Heinrich Kintzi (FJ SB 4/2015, S. 388-389)*
Stephan Weil, niedersächsischer Ministerpräsident, erinnert in einem Nachruf an den ehemaligen Generalstaatsanwalt Dr. Heinrich Kintzi, der am 2. Juni 2015 im Alter von 84 Jahren verstorben ist: „Er war ein würdiger Nachfolger von Fritz Bauer, der ein Vierteljahrhundert vor Kintzi 1950 zum Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht Braunschweig ernannt worden war. Bauer hatte in Braunschweig seine konsequente strafrechtliche Verfolgung des im Nationalsozialismus begangenen Unrechts und der Rehabilitation der Opfer begonnen, die schließlich in den drei Frankfurter Auschwitz-Prozessen von 1963 bis 1968 mündete."

Stephan Weil: *An honest jurist – an orbituary of Dr. Heinrich Kintzi (FJ SB 4/2015, pp. 388-389)*
Stephan Weil, head of government in lower Saxony, honours the former attorney general Dr. Heinrich Kintzi, who passed away at the age of 84 on June 2nd 2015: „He was a deserving successor of Fritz Bauer, who had been appointed as attorney general at the Higher Regional Court in Braunschweig. It was in Braunschweig that Bauer began his persistent legal prosecution of crimes committed during National Socialism and the rehabilitation of victims, which finally led to the three Auschwitz Trials in Frankfurt from 1963-1968."

FJSBplus – online unter www.forschungsjournal.de

Beate Ziegler: *Das FORUM MENSCHENRECHTE – eine Geschichte großer Herausforderungen und kleiner Erfolge*
Der Artikel befasst sich mit der Arbeit des FORUM MENSCHENRECHTE als Netzwerk deutscher Menschenrechtsorganisationen seit 1994. Neben der Darstellung von Geschichte und Arbeitsweise des Forums wird auch der Frage nachgegangen, welche Grenzen der politischen Arbeit eines relativ lockeren nationalen Netzwerks im Vergleich zu zentralistisch geführten und international tätigen Organisationen gesetzt sind. Fazit: Auch wenn die Erfolge des Forums oft kleiner ausfallen als gewünscht: Sie sollten Ansporn sein, weiterhin alle verfügbaren Kräfte zu bündeln (bzw. neue dazuzugewinnen), um menschenrechtspolitische Herausforderungen auf nationaler und internationaler Ebene erfolgreich angehen zu können.

Beate Ziegler: *The FORUM MENSCHENRECHTE – a history of great challenges and small successes*
The article describes the work of the FORUM MENSCHENRECHTE as a network of German human rights organisations founded in 1994. In addition to outlining the forum's history and working methods, it also addresses the limits that a loose network encounters in its political work in comparison to centrally managed organisations operating internationally. The conclusion: even though the forum's successes are often smaller than desired, they should be an incentive to continue focussing all available resources (and gaining new ones) to successfully tacke national and international human rights challenges.

Janne Schulitz: *Belo Monte, Brasilien: Eine(r) für alle, alle für eine(n) ? Wenn Identitäten aufeinander prallen und wie soziale Bewegungen damit umgehen können*
Kollektive Identitäten spielen in der Forschung zu sozialen Bewegungen und politischem Protest eine bedeutende Rolle. Jedoch beschränken sich die bisherigen Forschungen zu multiplen kollektiven Identitäten zumeist auf einzelne Identitätskategorien und untersuchen zum Beispiel den Einfluss von Geschlecht auf soziale Bewegungen. Am Beispiel der sozialen Bewegung gegen das Staudammprojekt Belo Monte im Amazonasgebiet Brasiliens zeigt sich, was passiert, wenn mehrere parallel existierende und potentiell konkurrierende kollektive Identitäten innerhalb einer sozialen Bewegung aufeinandertreffen und sie in ihrer Mobilisierung und ihrer Durchsetzungskraft beeinflussen: Die nicht ausreichende Integration verschiedener Gruppen in die Gesamtbewegung kann diese in enormem Ausmaß schwächen. Zeitgleich bieten sich aber auch Chancen für die einzelnen Kämpfe der Subgruppen. Es zeigt sich zudem, dass sich gesellschaftliche Hierarchien und Rassismen sowie Unterdrückung verschiedener Gruppen in der Bewegungsstruktur widerspiegeln. Um Abspaltungen und Zersplitterung der Bewegung zu verhindern, müssen diese von innen heraus aus den Bewegungen angegangen werden.

Janne Schulitz: *Belo Monte, Brazil: One for all, all for one? When identities clash and how social movements react*
Collective identities play an important role in research on social movements and political protest. But current research are mostly limited to individual identity categories, for example in examining the influence of gender on social movements. Taking as an example the social movement against the Belo Monte dam in Brazil's Amazon area, the contribution outlines what happens when several parallel – and potentially competing – collective identities clash within a social movement and influence its mobilising and assertive capacities. When different groups are not sufficiently integrated into the whole movement, the movement can be weakened enormously. At the same time, there are also opportunities for individual struggles of sub-groupings. The contribution also finds that the movement structure reflects societal hierarchies and racisms, as well as the suppression of different groups. To prevent splits of the movement, these need to be addressed from within.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 28, Heft 4, Dezember 2015

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart
Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe SB herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, Frankfurt M.; Peter Kuleßa, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Melanie Müller, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin/Wroclaw; Dr. Gabriele Schmidt, Hannover/Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeit: Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Miriam Küller, Berlin; Maria Langethal, Berlin; Dr. Aleksandra Lewicki, Bristol; Johanna Neuling, Potsdam; Laura Sasse, Berlin; Franziska Scholl, Berlin

Gastherausgeber_innen für den Themenschwerpunkt: Wolfgang Kaleck, Berlin

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt und den Sonderschwerpunkt zu Fritz Bauer: Dr. Ansgar Klein, Berlin (v.i.S.d.P.); verantwortlich *für Pulsschlag*: Alexander Flohé, Arndtstr. 2, 40479 Düsseldorf, e-mail: alex.flohe@web.de; *für Aktuelle Analyse*: PD Dr. Ansgar Klein, Berlin, e-mail: ansgar.klein@snafu.de; *für Treibgut:* Vera Faust, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: vera.faust@gmx.de; *für Literatur:* Dr. Karin Urich, Zähringer Str. 2, 68239 Mannheim, mail: karin.urich@online.de; *für FJSB+*: Dr. Ansgar Klein/Laura Sasse, beide Berlin; *für Homepage und Social Media:* Regina Vierkant und Moritz Sommer, Berlin

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Markus Mertens, Mannheim; Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Regina Vierkant, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Detlef Wetzel, Frankfurt/M.; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.forschungsjournal.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snafu.de; *Spendenkonto*: Sparkasse KölnBonn, BIC: COLSDE33XXX, IBAN: DE76 3705 0198 0007 5146 07

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.
Jahresabonnement 2015: Bibliotheken € 78,–, persönliches Abonnement € 44,–, Studierende (gegen Studienbescheinigung) € 30,–, jeweils zuzügl. Versandkosten (Inland € 4,–/Ausland € 8,–). Der Bezugspreis schließt den Zugang zum digitalen Volltext der Zeitschrift ein. Persönliche und Studentenabonnements zum reduzierten Preis erhalten den Zugang zur Datenbank gegen einen Zuschlag von € 12,-/Jahr. Mit dem Ende des Abonnements endet auch das Zugriffsrecht auf die Digitalversion. Einzelheft € 19,– (zzgl. Versandkosten).
Alle Bezugspreise verstehen sich inkl. MwSt. und sind unverbindliche Preisempfehlungen.
Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.
Abonnentenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2015.

© 2015 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden • *Umschlag:* Nina Faber de.sign, Wiesbaden • *Satz:* com.plot Klemm & Leiby, Mainz • *Druck und buchbinderische Verarbeitung:* Rosch-Buch, Scheßlitz

Copyright Titelfoto © Amnesty International/Foto: Dario Sarmadi

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany
ISSN 2192-4848